

Unpersönliche Berichte

1945 - 1949

Bd.4

1945

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 1943/73	Best. 25/129
Rep. Fr	Kat.

NEUE ZEIT

BERLIN
SONNTAG, 9. SEPTEMBER 1945

1. JAHRGANG / NUMMER 45
PREIS 15 PFENNIG

Im Kampf gegen Hitler

Von
Dr. Andreas Hermes

Der Tag zu Ehren der Opfer des Faschismus ist eine Feier des ganzen antifaschistisch-demokratischen Volkes. Aus allen Parteien und politischen Lagern der Vergangenheit, über alle Schranken der Rassen und Konfessionen hinweg soll eine Einheit der antifaschistischen Aktivisten erwachsen, die das Fundament der neuen deutschen Demokratie bildet und es sich zur Pflicht macht, diese Demokratie zu schützen und zu bewahren.

Das antifaschistische Kampferlebnis stellt sich für jeden einzelnen verschieden dar. Der Kommunist hat es anders erlebt als der jüdische Mitbürger, der Sozialdemokrat anders als der katholische Priester und der protestantische Bekenntnischrist wieder anders als der Soldat und Offizier. Für mich steht im Mittelpunkt meines antifaschistischen Kampferlebnisses der 20. Juli 1944, das Attentat gegen Adolf Hitler und alle damit zusammenhängenden politischen Fragen und persönlichen Erlebnisse.

Mein Kampf gegen Adolf Hitler reicht in die Tage zurück, da dieser Mann die politische Bühne betrat. Ich habe ihn mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln von Anfang an bekämpft und bin ihm nach der sogenannten Machtübernahme in aller Öffentlichkeit entgegengetreten. Der Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Hause der Bauernvereine, deren Präsident ich Anfang 1933 war, habe ich mich mit Gewalt mehrfach widersetzt. Zu der gleichen Zeit habe ich als Präsident der Bauernvereine und der landwirtschaftlichen Genossenschaften gegen die Hiltersche Agrarpolitik öffentlich opponiert. Ich wurde dann am 21. März 1933, am Tage von Potsdam, als Hitler seine demokratische Rolle der Ergebenheit vor dem Generalfeldmarschall von Hindenburg spielte, von der Gestapo verhaftet. Fünf Monate hielt man mich damals im Moskauer Gefängnis fest. Ich verließ die deutsche Heimat und war von 1933 bis 1939 als Wirtschafts- und Finanzberater bei der Regierung von Columbia tätig. Der Ausbruch des Krieges überraschte mich bei einem Urlaub in Europa.

Der räuberische Überfall auf Polen war für mich starker Antrieb, meine ganze Kraft dem Versuche zu widmen, Adolf Hitler zu stürzen. Im Rheinland bildeten wir einen Kreis, der sich der illegalen Propaganda und der Erarbeitung einer neuen Staatsordnung widmete, und der sich vorbereiten wollte, am Neuaufbau Deutschlands mitzuarbeiten, sobald es gelungen sein würde, Adolf Hitler und sein Terrorssystem zu beseitigen. Ich arbeitete damals eng mit dem jetzigen Oberbürgermeister von München-Gladbach, Rifes, mit Nikolaus Groß aus Köln, Heinz Körner aus Bonn und einigen anderen Männern zusammen. Nikolaus Groß wurde als Opfer des 20. Juli in Plötzensee hingerichtet, und Heinz Körner wurde nach seiner Befreiung im April d.J. in Berlin das Opfer einer deutschen Kugel. Beide waren prachvolle, aufrechte Kämpfer, die uns heute, wie so viele andere, sehr fehlen.

Unser Kreis arbeitete ein vollständiges Programm für ein neues Deutschland aus. Damals nahm ich die ständige Verbindung mit Jakob Kaiser auf, der heute Vorstandsmitglied des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Christlich-DEMOKRatischen Union ist. Er stellte auch die Verbindung mit Goerdeler her, bis sich schließlich der weite Kreis bildete, den ich nur mit den Namen Leuschner, Wirmer, Leber kurz charakterisieren möchte. Wir waren bald der einhelligen Überzeugung, daß die Lösung in einer gewaltsamen Beseitigung Hitlers unter Mitwirkung einseitiger Militärs gescheit und gefunden werden müsse. Sein blutiges Diktatorsystem sollte durch eine Regierung von Männern klarer antifaschistischer Einstellung ersetzt werden. Das Schicksal hat die Verwirklichung dieser Pläne zunächst verweigert. Ich wurde bereits zwei Tage nach dem Attentat gegen Hitler zusammen mit den früheren Ministern Goßler und Fehr in der Nähe des Bodensees verhaftet und nach Ravensbrück eingeliefert. Ich habe dort mit meinen Freunden vielerlei Leiden durchmachen müssen, die das Merkmal der nazistischen Konzentrationslager überall gewesen sind. Gegen Ende September wurde ich nach Tegel und kurz darauf in die SS-Abteilung des Zellengefängnisses der Lehrter Straße übergeführt. Die Anklageschrift wurde mir erst im Dezember zugestellt; sie lautete auf Hoch- und Landesverrat. Meine Verurteilung erfolgte am 11. Januar d.J. Es war ein Todesurteil.

Die Verhandlungen führte Herr Freisler. Es war eine jener synkretischen und verlogenen Gerichtsprozeduren, die die Justiz des Volksgerichtshofes kennzeichnen. Der Beginn der Verhandlung verzögerte sich bereits erheblich, und nicht mit Unrecht bemerkte mein Offizialverteidiger, daß das Gericht und der Oberstaatsanwalt wohl

DIE TOTEN DES 20. JULI

Beck, Robert
Bernardis, Robert
Graf Bernstorff
Graf Blumenthal, Hans-Jürgen
Bolz, Eugen
Bonhoeffer, Klaus
Bonhoeffer, Dietrich
Brückemeyer, Eduard
Cramer, Walter
Delp
Graf Dohna, Heinrich
Dohnanyi
Graf Dressel
Erdmann, Hans
Fellgiebel, Erich
Finck, Eberhard
Frank, Reinhold
v. Freytag-Loringhoven
Gennewein, Max
Gloeden, Erich
Gloeden, Liselotte
Goerdeler, Karl-Friedrich
Goerdeler, Fritz
Groß, Nikolaus
Frhr. v. Guttenberg, C. Ludwig
Habermann, Max
v. Haefen, Hans Berndt
v. Haefen
v. Hagen
Hahn, Kurt
Hansen
v. Harnack, Ernst
v. Hase, Paul
v. Hassel, Ulrich
Haubach, Theodor
Haushofer, Albrecht
Hayessen
Herfurth
Hoepfner, Erich
Höflein, Roland
v. Hofacker, Caesar
Jäger
Jessen, Peter
John, Hans
Kaiser, Hermann
Kiep, Otto
Klamroth, Hans-Georg
Klamroth
Klausing, Friedrich
v. Kleist-Schmenzin, Ewald
Knack, Gerhard
Körner, Heinrich
Kranzfelder, Alfred
Kuenzer
Kuzniski, Elise, Auguste
Ladrozinski, Joachim
Langbehn, Karl
v. d. Lanken
Leber, Julius
Graf Lehndorff-Steinert
Lejeune-Jung, Paul
v. Leonrod, Ludwig

Letterhaus, Bernhard
Leuninger, Franz
Leuschner, Wilhelm
Lindemann
v. Linstow
Frhr. v. Lüninck, Ferdinand
Graf Lynar
Maaß, Hermann
Marcks, Karl
Graf Marogna-Redwitz, Rudolf
Graf Matuschka
Meißner, Joachim
Moll, Carlos
Graf Moltke, Helmuth
Müller, Otto
Munzinger, Ernst
zur Nieden, Wilhelm
v. Oertzen
Olbricht
Peyels
Planck, Erwin
Frhr. v. Plettenberg
Popitz, Johannes
Merz v. Quirnhelm
Ratgen, Karl-Heinz
Reichwein, Adolf
Roenne, Alexis
v. Salviati
Smend
Sperr, Franz
Schleicher
Schneppenhorst, Ernst
Scholz-Babisch, Friedrich
Schrader
Graf v. d. Schulenburg
Graf v. d. Schulenburg
Schulze-Büttger, Georg
Schwamb, Ludwig
Graf Schwerin-Schwanen-berg
Staeble, Wilhelm
Graf v. Stauffenberg, Klaus
Graf v. Stauffenberg, Bert-hold
Stercks, Hans-Ludwig
Stieff
Frhr. v. Stülpnagel
Thiele, Fritz
Thoma, Russo
v. Thüngen
v. Tresckow
v. Tresckow
v. Trott zu Solz
Graf Uexküll
Vogt, K.
Wagner
Wagner
Graf York v. Wartenberg
Wehrle
Wenzel
Wiersich, Oswald
Wirmer, Josef
v. Wittleben, Erich

Den Streitern des Geistes

D. Berlin, den 9. September.

Wir gedenken in Trauer und Ehrfurcht der Toten, die im innern Kampfe gegen Hitler fielen. Wir ehren die Ueberlebenden, die nach schamlos ihnen zugefügter Pein in das Leben zurückkehrten. Es stehen große Vorbilder für uns unter ihnen, und sie geben mancherlei Lehren durch das enthüllende Zeugnis der unmenschlichen Gewalt, der sie trotzten oder über die sie sterbend Sieger blieben. Wer gab ihnen die Kraft dazu?

Nur der die Tiefen kennt, aus der in einer Menschenseele gerade in ihrer bittersten Stunde der härteste Widerstand aufwächst, in der bohrenden Einsamkeit der Gefängniszelle, der überhitzten Bedrängnis des Verhörs oder den Schlägen der Folter, nur der vermag da zu antworten. Wer gab ihnen die Kraft zu schweigen, „nein“ zu sagen, zu widerstehen und sich zu behaupten? Wir, die wir nicht durch das gleiche Erleben gegangen sind, vermögen nur im Ziel die eigentliche Quelle der Kraft zu finden. Nur das Ziel konnte es sein, das in ihnen lebte und für das sie standen als geistige Kämpfer gegen niedrige Schändung, gegen all die ausgetüftelten Schenlichkeiten, die Menschen in teuflischem Mißbrauch der Vernunft anwenden können, „um tierischer als jedes Tier zu sein“.

Sehr verschieden war der Anstoß, der die einzelnen in den Kampf rief. Im einen waren es religiöse Bewegungen, in anderen die Liebe zum freien Vaterlande, in nächsten die Empörung gegen persönliche Erniedrigung, im übernächsten der Wille zur Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der kirchlichen Betätigung, im nächsten die Freiheit des Gewissens überhaupt, gegen die Vergewaltigung der Seele, gegen den Untergang der Persönlichkeit in einer suggestiv überwältigten verdummten und verstummten Masse. Sie alle kämpften für das höhere Gesetz des Geistes und der Sitte, gegen den Machtmißbrauch, für das göttliche Gebot gegen die satanische Verschmutzung und Entstellung des Menschenbildes.

Gleich ihren Antrieben im einzelnen waren auch die Formen ihres Kampfes unterschieden, für den sie gefaßt, eingekerkert und verurteilt wurden. Da stürmten vor die leidenschaftlichen Revolutionäre der Tat, da rechneten planvoll die Organisatoren der Aktion, da kennzeichneten erbarmungslos die nimmermüden Werber des Wortes die Verlogenheit des Systems, und da wirkten die stillen Verbreiter natürlicher Erkenntnisse des Herzens und der Seele. Sie alle erhielten langsam den Massenwahn, in den ein Großteil Deutschlands gefallen war, bis man sie faßte und fesselte. Da trafen sie dann zusammen, die Männer und Frauen aller Stände, aller Berufe und Konfessionen, aller politisch mündigen Lebensalter. Und soweit sie nicht der Galgen oder der Richtblock oder andere furchtbare Vernichtungsmaschinen einer teuflischen Technik des Menschenmordes sie ihrem irdischen Dasein entriß, stehen sie nun im Kampf für eine neue Welt.

Aus der Zeit ihres Leidens gedenken wir heute besonders der seelischen Qualen, die sie in den Tagen ihres notvollen Kampfes zu tragen hatten. Die große geistige Werbekraft und die persönliche Sympathie, die jedes Martyrium ausstrahlt, das öffentlich sich vollzieht, wurde ihnen bewußt geraubt. Diese genugtuende Kraft wurde ihnen berechnend entzogen, damit nicht Aufsehen erweckt werde und Nachfolgerschaft im Volke. So vollzog sich also ihr Opfer im schalllichten Raume, abgesperrt und verheimlicht vor aller Welt, nach draußen gelangt und als „Greuelmärchen“ abgetan. Auch der gerichtswesen Verbreitung sollte so die Werbekraft genommen werden. Dazu kam die noch infamere Taktik persönlicher Diffamierung des gefangenen mündigen Opfers. Sie machte in der Öffentlichkeit aus den Kämpfern echter Gesinnung niedrige Verbrecher, Schieber, Sünder, mit besonderer Vorliebe

nicht rechtzeitig mit der Ausarbeitung des Urteils fertig geworden wären. Die Verhandlung ließ auch keinen Zweifel, daß das Urteil schon vorher feststand und die ganze Gerichtsprozedur nur noch dem Zwecke diente, die satanische Leidenschaft Freislers in einem widerlichen Zynismus von Rechtsbeugungen anstoben zu lassen. Unmenschlichkeit hat in diesen Prozessen ihre widerlichste Fratze gezeigt.

Das Todesurteil ist nicht zur Vollstreckung gekommen. Meine tapfere Frau brachte es zuwege, in ständiger geheimer Verbindung mit mir zu bleiben. Ich war über die allgemeine Lage laufend und gut unterrichtet, und unter Mitwirkung vieler hilfsbereiter Freunde gelang es, durch wiederholte Anträge die Urteilsvollstreckung hinauszuschieben, bis der schnelle Vormarsch der Roten Armee meine Befreiung brachte. Mit besonderer Dankbarkeit gedenke ich der steten selbstlosen Hilfsbereitschaft des ausgezeichneten Theo Baensch, der mir am Abend meiner Urteilsverkündung bei meiner

Rückkehr in die Zelle in tiefer Bewegung die Hand drückte.

Noch am 23. April d. J. wurden aus dem Luftschutzkeller, wo ich mit acht anderen Todes-kandidaten untergebracht war, nächsten sieben Opfer herausgeholt und durch Genickschuß ermordet. Unmittelbar ging der Tod an mir vorüber, und nur mein Freund Steltzer, mit dem ich heute in der Christlich-DEMOKRatischen Union Deutschlands zusammenarbeite, und ich entgingen durch die Gnade Gottes der Ermordung.

Die Christlich-DEMOKRatische Union, die unmittelbar aus dem Kreis der Männer und Opfer des 20. Juli erwachsen ist und sich weitgehend auf die geistige Vorarbeit dieses Kreises stützt, sieht im Kampf gegen den Faschismus und in der Gewinnung jeglicher Sicherungen gegen seine Wiederholung eine ihrer allerdringlichsten Aufgaben. Für deren Erfüllung wir uns vor unseren ermordeten Freunden verpflichtet fühlen.

sexuell Perverse und schließlich Vandalen- und Menschheitsfeinde. Aus sauren charaktervollen Menschen wurden gewußt und berechnend im höllischen Hohn vernarbter Massenversammlungen gemeine Betrüger, Kinderschänder, Wüstlinge und Trottel. In dieser agitatorischen Gerissenheit werden sie vor Hammei- und Herdennaturen verleumdet und umgefälscht. Nicht nur die Börsartigen klatschten Beifall, sondern vor allem jene in Deutschland nur allzu häufigen politischen Dummköpfe, denen wir ein Großmaß unseres Elends verdanken. Das alles geschah im gleichen Augenblick vielleicht, wo das arme Opfer an ferne Angehörige die letzten Abschiedsworte schrie oder todesbereit für die Ueberzeugung unter dem Galgen stand. Wie viele von ihnen sprechen in ihren letzten Zeilen von der Reinheit ihres Willens. Sie hatten das bittere Verlassen sein, das fette Gemiedenwerden durch den Gesinnungspöbel aller Grade durch die herzlose Wendigkeit der Konjunkturmenschen erlebt, die Freunde waren im Glück, aber im Augenblick der politischen Diffamierung es nie gewesen sein wollten, und die sie, ehe der Hahn zweimal krähte, dreimal verleugneten.

So standen sie alle: Träger des Geistes gegen die Gewalt, der Persönlichkeit gegen den Massenwahn, des göttlichen Gesetzes gegen den unheimlichen Ausbruch des Niedrigen, gegen den sie sich stemmten, bereit, das Leben zu opfern. Wer weiß, wie ganz anders unser deutsches Schicksal gelaufen wäre, hätten Hunderttausende gleich ihnen auch das Letzte gewagt. Vielleicht wäre den Millionen dadurch das Leben erhalten worden, deren Grabkreuze heute über ganz Europa zerstreut, Zeugnis ablegen für die größte Katastrophe der Geschichte.

Verbinden wir also mit unserem ehrenvollen Gedenken auch diese innere Erkenntnis und geloben wir im Kommenden fest zu der Forderung zu stehen, die einer gesprochen hat, der auch durch alle Gefährnisse der Zermürbung, alle Kerker der Schmach, alle Zuchthäuser der Gewalt siegreich hindurchschritt und eine große Menschheitsaufgabe, einen göttlichen Auftrag erfüllte: der Apostel Paulus in seinem herrlichen Ruf „Ihr sollt den Geist nicht dämpfen!“

So ehren wir die Toten, deren Gedächtnis tag gilt, so einen wir uns in den Lebenden, trotz aller Not und Sorg im festen Glauben an ein neues Deutschland des Friedens und der Menschlichkeit.

Der Wiederaufbau Stalingrads

Moskau, 8. September (TASS). Der Rat der Volkskommissare der UdSSR hat beschlossen, eine Zentraldirektion für den Wiederaufbau Stalingrads einzusetzen. Diese Direktion wird mehrere Abteilungen haben, die mit dem Aufbau von Wohnhäusern, kulturellen, sozialen und Verwaltungseinrichtungen sowie mit sanitären und technischen Arbeiten betraut sind. Die Verwirklichung des Entwurfs der Wiederaufbauarbeiten wird für die Jahre 1945 bis 1947 238 Millionen Rubel erfordern. Die neue Direktion wird ihren Sitz in Stalingrad haben und dem Rat der Volkskommissare der sowjetischen Bundesrepublik unterstellt werden.

Gefängnisnacht in Tegel

Von

Dietrich Bonhoeffer †

(Der Dichter wurde ein Opfer der Henker Himmels im Kessel der Mauer des 20. Juli.)

Nacht und Stille.
Ich horche.
Nur Schlurfe und Rufe der Wachen,
eines Liebespaars fernes, verstecktes Lachen.

Ich höre, ich höre
wie Stimmen, wie Rufe,
wie Schreie nach rettenden Planken
der wachenden, träumenden Leidensgefährten
nächtlich stumme Gedanken.
Ich höre unruhiges Knarren der Betten,
ich höre Ketten.

Ich versinke in Grübeln,
ich versenke mich in der Finsternis Grund.
Du Nacht voll Frevel und Uebeln,
in dich mir kund!
Warum und wie lange zerst du an unsrer
Tiefen und langes Schweigen; [Geduld]
dann hör ich die Nacht zu mir sich neigen:
Ich bin nicht finster, finster ist nur die Schuld!

Die Schuld! Ich höre ein Zittern und Beben,
ein Murmeln, ein Klagen sich erheben,
ich höre Männer im Geiste ergrimmen.
In wildem Gewirr unzähliger Stimmen
ein stummer Chor
dringt zu Gottes Ohr:
Von Menschen gehetzt und gejagt,
wehrlos gemacht und verklagt,
unerträglicher Lasten Träger,
sind wir doch die Verklagten.

Unser Auge mußte Frevel erblicken,
um uns in tiefe Schuld zu verstricken,
dann verschlossen sie uns den Mund,
wir wurden zum stummen Hund.

Boden für die Flüchtlinge

Pfarrer für die Aufteilung des Großgrundbesitzes

Schwerin, 7. September (SNB). Die „Volkszeitung“ veröffentlicht eine Erklärung von fünf Pfarrern, in der es heißt:

„Die verhängnisvolle Volkstumspolitik des Nationalsozialismus, die die in den Ländern des Ostens und Südostens lebenden Deutschen mit dem uns allen noch in den Ohren klingenden Ruf „Heim ins Reich“ gegen ihre Gastvölker aufwiegelt, hat die allerdings unerwartete und unerwünschte Folge gehabt, daß aus diesen Ländern heute Millionen von Deutschen auf eine ganz andere Weise „heim ins Reich“ kommen, als wir es uns vorgestellt hatten. Millionen von Menschen sind — einst Bauern auf eigenen schönen Höfen — in bezug auf „des Leibes Notdurft und Nahrung“ zu hilf- und heimatlosen Bettlern geworden.“

Wir müssen diese Tragödie als furchtbares Gottesgericht über die Politik der letzten zwölf Jahre verstehen lernen und die Not, die mit der Vertreibung der Ostdeutschen über das deutsche Volk gekommen ist, im Geiste brüderlicher Gemeinschaft zu tragen und zu überwinden versuchen. Es geht nicht an, daß wir diese Flüchtlinge die Not des verlorenen Krieges allein tragen lassen, indem wir aus Herzens- und Gedankenlosigkeit auf dem uns etwa verbliebenen Eigentum und unseren bisherigen bürgerlichen Eigentumsbegriffen beharren. Wir

können dieser Not nur begegnen durch eine grundsätzliche und radikale Neuordnung des Eigentums an Grund und Boden.

Es verstößt nicht gegen das Gebot „Du sollst nicht stehlen“, wenn die Bauern und Landwirte, die durch den Weltkrieg so schwer betroffen wurden — viele haben ihr Alles verloren —, eine solche Aufteilung und Ansiedlung von der Landesverwaltung fordern, sondern es ist geradezu eine Forderung dieses Gebots, das ja nach Luthers Erklärung von uns fordert, daß wir darin Gott fürchten und lieben sollen, „daß wir unserem Nächsten sein Gut und Nahrung besser und behütet helfen.“

Es ist uns ganz einfach von Gott aufgegeben und unsere unabwiesliche Christenpflicht, die jetzt noch Heimatlosen rückhaltlos als deutsche und christliche Brüder in unseren Gemeinden und Kirchengemeinden eine neue Heimat finden zu lassen. Die wesentlichste Voraussetzung dafür ist ihre Gleichstellung auf unserem Heimatboden. Wir bejahen daher rückhaltlos aus christlicher Verantwortung und Brüderlichkeit die Forderung der Bauern nach Aufteilung des Großgrundbesitzes.“

Unterzeichnet ist die Erklärung von Dompropst Klein-Schmidt, Pastor Aurel von Jüchen, Pastor Friedrich, Landespastor Schwartz und Pastor Theek.

Japans Hauptstadt besetzt

Die ersten USA-Truppen mit MacArthur in Tokio eingerückt

Tokio, 8. September. (SNB). Wie Asso Press berichtet, sind am Sonnabend die ersten Truppen der ersten Kavalleriedivision in Tokio eingerückt. Die ersten mechanisierten Einheiten zogen in Tokio gegen 19 Uhr Freitag (östliche Kriegszeit) ein. Sie trafen die Vorbereitungen für das Eintreffen MacArthurs, der das Hissen der Flagge beobachten will, die auch über Rom und Berlin in den Stunden ihrer Niederlagen wehte.

Eine spätere Meldung Reuters gibt bekannt, daß General Douglas MacArthur, der Oberste Befehlshaber der Alliierten und Befehlshaber der Besatzungstruppen in Japan, am Sonnabendmorgen um 2 Uhr in Tokio eingerückt ist.

Jokohama, 8. September (SNB). Laut einem Bericht der Allied Press wurde im chinesischen Hauptquartier heute bekanntgegeben, daß die formelle Kapitulation aller japanischen Armeen in Ostasien am kommenden Samstag in Nanking stattfinden wird. Zur gleichen Zeit

sollen auch die Kapitulationsurkunde für alle japanischen See-, Land- und Luftstreitkräfte auf Formosa und in Nord-Indo-China unterzeichnet werden.

Von alliierter Seite wird alles unternommen, um die noch in japanischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten so rasch als möglich zu befreien und mit den nötigen Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Medikamenten zu versorgen. Mit der Rückführung der ersten amerikanischen Kriegsgefangenen aus Singapur ist bereits begonnen worden. In zwei großen Transportflugzeugen flogen sie heute auf der ersten Etappe ihrer Heimreise nach Kalkutta.

Aus einem Bericht aus Singapur geht hervor, daß die Japaner mit Vorliebe Kriegsgefangene mißbrauchen zu versuchen, indem sie ihren Opfern ihre bevorstehende Hinrichtung unter genauer Beachtung aller Einzelheiten vormachen. — Chinesischen Gefangenen wurde Petroleum auf den Bauch gegossen und dann durch ein Streichholz in Brand gesetzt.

Verschleppte Sowjetbürger

Moskau, 8. September (TASS). Ein TASS-Korrespondent hat Generaloberst Golikow, den Bevollmächtigten des Rates der Volkskommissare der UdSSR für die Angelegenheiten der Wiederherstellung, um Aufklärung über den Stand der Wiederherstellung der aus feindlicher Gefangenschaft befreiten und von den Deutschen deportierten Sowjetbürger gebeten. Nach der Erklärung von General Golikow betrug die Gesamtzahl der Sowjetbürger, die vor dem ersten September zurückgeführt wurden, 5115709. Von diesen sind 3969656 Personen bereits zu ihren Wohnorten eingetroffen und arbeiten wieder; 1146053 Personen befinden sich auf dem Wege von Sowjetdurchgangslagern zu ihren Wohnorten.

Rückkehr der Polen

Moskau, 8. September (Rundfunk). In der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland wurde mit der Repatriierung der dort befindlichen polnischen Soldaten und Bürger begonnen. In der zweiten Hälfte des September wird der erste Zug mit heimkehrenden Polen auf polnischem Gebiet eintreffen.

Vom Sterben in dieser Zeit

Am Morgen war die Nachbarin zu mir gekommen mit der Bitte, daß ich helfen möge, ihren Vater, der in der Nacht gestorben war, aus der Wohnung herunterzutragen. Die Nachbarn waren erst vor kurzem in diese eingeweiht worden, so kannte ich sie nicht und erfuhr jetzt erst, daß, nur durch eine Wand getrennt, neben meinem Bett das Sterbebett eines alten Mannes stand. Beim Umzug war er noch rüstig gewesen, wenn auch schon schwach und verzagt, dann hatte er sich der Krankheit hingegeben und war nach dem Leiden weniger Tage eingeschlafen.

Während die Tochter gefast blieb, behördet zumal mit allen Pflichten, die sich für sie ergaben, rang ihre Mutter vor dem Toten stumm die Hände. Ihr Gesicht war das einer mittel-alterlichen Holzfur der Maria: als ob alles Leid der Welt sich in ihren hartgewordenen Zügen versammelt hätte. Im Gegensatz dazu war der Frieden in den Zügen des Toten, wie ein lebendiger Trost. Für mich jedenfalls, der vor einem Unbekannten stand, durch nichts mit ihm im Leben verbunden gewesen war, war dieser einsame Tod des stillen, alten Mannes wie eine Kunde des wiedergewonnenen Friedens.

Mancher hat in solchen Stunden das kurze Gebet Rilkes erst ganz verstanden:

„O Herr, gib jedem seinen eignen Tod,
Das Sterben, das aus jenem Leben geht,
Darin er Liebe hatte,
Sinn und Not.“

Das war das Tröstliche an diesem Totenbett, daß ein Mensch wieder still und allein aus einem Leben ging, darin er Liebe hatte, Sinn und Not. Diesem Manne war das Geschenk zuteil geworden, daß er seinen eignen Tod finden durfte, nachdem er alle die Jahre zuvor

Das Treffen in London

Fünfferrat, Vereinte Nationen, Diplomatische Besuche

NZ London ist zur Zeit Schauplatz eines internationalen politischen Treffens. Außer dem britischen Außenminister Bevin sind bereits der russische Außenminister Molotow und der chinesische Außenminister Wan-Schi-Zse angekommen. Der französische Außenminister Bidault wurde heute erwartet. Der amerikanische Außenminister Byrnes soll am Montag mit dem großen englischen Passagirdampfer „Queen Elisabeth“ ankommen. Bei diesen „Rundlichkeiten“ handelt es sich um Mitglieder des Fünfferrates, der nach der Potsdamer Konferenz die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland festsetzen, die territorialen Verhältnisse in Europa beraten und die übrigen Friedensregelungen vorbereiten soll.

Außer dieser Tagung aber finden in London eine ganze Reihe anderer wichtiger europäischer Gespräche statt. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Fierlinger hielt sich einige Tage in der britischen Hauptstadt auf. Es handelte sich bei seinem Besuch um die Beratung der wirtschaftlichen und politischen Probleme, die für die neue Tschechoslowakei entstanden sind, außerdem um die Regelung, die für den Abzug der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei getroffen werden soll. Außerdem ist der griechische Regent Damsaskinos in London. Schließlich tagt dort der Vorbereitende Ausschuss der Vereinten Nationen unter dem Vorsitz des chinesischen Diplomaten Wellington Koo.

Front gegen de Gaulle

Paris, 8. September (TASS). Auf der Sitzung des Föderal-Komitees der Allgemeinen Arbeits-Organisation, die am 4. September stattfand, gab der Sekretär der Konföderation — Benoit Frachon — einen Bericht über die Lage der französischen Industrie und über die Aufgaben auf dem Gebiete der Erzeugung, die von den Gewerkschaften stehen. Auf die Weigerung de Gaulles, eine Abordnung der fünf großen politischen Organisationen zu empfangen, eingehend, erklärte Frachon: „De Gaulle brachte uns zum Bewußtsein, daß die Freiheit auch weiterhin nicht gesichert ist, und daß sie alle ihre Verteidiger nötig hat. Die Vertreter der fünften Kolonne werden immer dreister. Charles de Gaulle will uns das Recht, sich mit diesen Dingen zu befassen, streitig machen. Die bevorstehenden Wahlen bedeuten den Kampf zwischen der Reaktion und der Demokratie.“

Josef Pfitzner öffentlich gehenkt

London, 8. September (TASS). Wie der Prager Berichterstatter der Reuter-Agentur mitteilt, fand in Prag ein Prozeß gegen den ehemaligen Stellvertreter des Prager Bürgermeisters, Josef Pfitzner, der diesen Posten während der Besatzungszeit bekleidete, statt. Pfitzner wurde wegen Hochverrats, Verbreitung von Nazi-Propaganda und Beihilfe bei der Verfolgung des Prager Bürgermeisters Dr. Klapka, der von den Okkupanten im Jahre 1941 hingerichtet wurde, vor Gericht gestellt. Das Gericht verurteilte Pfitzner zum Tode. Einige Stunden nach der Urteilsfällung wurde Pfitzner öffentlich gehenkt.

Deutscher Kriegsverbrecher in Japan

New York, 7. September (SNB). Nach einem Rundfunkbericht über London ist ein deutscher Kriegsverbrecher jetzt in Japan von den Alliierten gefaßt worden. Als amerikanische Vorausabteilungen in Japan landeten, verhafteten sie in Tokio als ersten den Deutschen Josef Meißner, der für die Massenmorde im Warschauer Ghetto verantwortlich war.

davor verschont geblieben war, im Massensterben unterzugehen.

Der Tod ist nackter und unverhüllt in solchen Tagen wie heute. Es ist schwer, einen Sarg zu bekommen. So betteten die Schwester und die ihr dabei halfen, den Leichnam auf eine Bahre, in Laken gehüllt. Eine Nachbarin brachte ein paar Blumen aus ihrem Garten, die das Laken, wenn auch nicht bedeckten, so doch mit einem schlichten Schmuck versahen. Dann trugen wir die Bahre hinaus auf die Straße, wo ein kleiner Handwagen bereitstand, auf dem der so verhüllte Tot zum Friedhof gefahren wurde. Wir sind alle schon solchen Zügen begegnet, bei denen zwei oder drei Menschen eine solche Bahre zum Friedhof geleiten, um dann in der Zeit bis zur Beisetzung um einen Sarg besorgt zu sein. Kein schwarzer, verbrämter Wagen mit verhüllten Pferden, kein schwarz und silbern prunkendes Auto steht zur Verfügung, der einfache Leiterwagen, mit dem man sonst wohl die Früchte des Gartens heimbrachte, trägt den Toten aus der Straße der Lebenden, und die Kinder hören einen Augenblick lang auf zu spielen und blicken schau und ängstlich herüber.

Unverhüllt als sonst ist die Einsamkeit des Todes, und vielleicht gilt keine Totenfeier so sehr wirklich nur dem Toten wie diese schlichte Bestattung, bei der jede Tranenfeier weggelassen ist. Ein Abschied ohne alles Gepränge, ohne jede Ablenkung, ohne den schwachen Trost konventioneller Beileidskundgebungen ist für die Angehörigen vielleicht härter. Sie erscheinen ärmer und verlassen und so vereinsamt wie der Tote selbst.

Aber sie werden sich später dieser Stunden erinnern, als sei es doch ein würdiger Abschied gewesen, bei dem sie mit dem geliebten Abgeschiedenen noch einmal allein gewesen sind, ihm und seinem vorangegangenen Leben noch einmal ganz zugewandt, ehe das Leben mit seinen bitteren und harten Notwendigkeiten sie Tag um Tag mehr aus seiner Nähe reißt.

Ulrich Torrey



In July, 1944, the attempt on Hitler's life failed. Afterward, almost 5,000 persons were hanged or shot. The man shown here is Roland Freisler, one of three judges in the Berlin People's Court. For posterity, the Nazis recorded his gripes, grimaces and gestures on sound film. On the same strip, they recorded the pathetic attitudes of the defendants and their slow strangulation by rope. These stills are from the film



Marshal

To humiliate old Field Marshal von Witzleben, the Nazis gave him oversized trousers, so that he had to hold them. The Nazis hanged him just as they hanged the others—by suspending him gently from a rope. He writhed for a full eighteen minutes



Major

Count von Leonrodt was a staff major. He said that he asked a priest if it would be a sin to kill a tyrant. The priest said no. Freisler asked the prisoner to call the priest as a witness in his behalf. It was done and the major was hanged



Priest

The priest, Chaplain Wehrle, said that the major had asked a hypothetical question and got a hypothetical answer. Here, Father Wehrle has just been told that he is no longer a witness, he's on trial. He was not a plotter, but he was hanged anyway



*Hitler's
Adjutant*

This tiny man is Lt. General Stieff, of Hitler's staff. He knew what was coming so he told bluntly how he hid the bomb in his Berlin apartment and later hid it in Berchtesgaden until the day of the assassination attempt. He asked no mercy



Hero

Roland von Hoesslin, at 30, commanded a division in the famed Afrika Korps. He lost part of his right hand, wore the Knights Cross of the Iron Cross. He had nothing but scorn for Freisler and told him so. He shouted his judges down in court



Diplomat

Count Werner von der Schulenburg, 69, was ambassador to Russia and opposed the war with Russia. He was shattered by the Gestapo and tearfully begged for mercy. He was held until the Russians approached Berlin, then he was shot

Harry Gilmer of Alabama, the latest passing sensation, is showing the experts something they never saw before

AT THE moment Harry Gilmer, sorghum-haired, 19-year-old, 159-pound halfback of the University of Alabama, is the most talked-about young man in the South. He's just a sophomore, with two more years to go in college, but he has a special talent—he can throw a football about as well as anybody in the world. Football experts not only mention him in the same breath with Sammy Baugh and Sid Luckman; many think he is superior to these renowned forward passers.

"I rank Gilmer as the best passer in football, college or professional," said Grant Rice recently, and Steve Owen, coach of the New York professional Giants, nodded approval of the statement.

A little later Rice became even more enthusiastic about Gilmer; he covered a bit more territory. "Beyond any argument," he said, "Gilmer is the most amazing back that football can show today."

It is not so much what Gilmer does, as how he does it, that electrifies the spectators and flabbergasts the opposing teams. The boy from Birmingham has brought a fresh technique to forward passing, a last instant leap as he throws the ball. The jump and the throw are in one motion, a gem of muscular co-ordination.

Numerous passers jump up for short tosses over the line, but Gilmer, apparently suspended in air, can fire the ball more than half the length of the field.

Lieutenant Commander Red Drew, recently rejoining the Alabama staff as end coach and awed by the distance Gilmer was getting on some of his leaping loopers, halted a scrimmage before the Vanderbilt game to make an actual measurement. One heave had traveled 72 yards.

Harry honestly doesn't know how he began throwing this way. Reared near the campus of little Howard College, his favorite pastime as a kid was playing catch with some neighborhood acquaintance, whether with a football, baseball, volleyball or basketball.

"I believe I picked up most of it from basketball," he reflects. "Somehow I just got the habit of jumping up every time I threw, and before I left grammar school I was jump-throwing the ball from one end of the court to the other."

Though Harry's father, a carpenter and housebuilder, had little interest in sports, his mother's brother was the best all-round athlete in Sumter County, Alabama.

"I think Harry gets most of his sports ability there," says Mrs. Gilmer. "As a child, he never did but about two things—play ball and tinker in his daddy's tool shop. He always was good with his hands; could make chairs and tables."

"For a long time Harry had us worried because he never talked. He's still mighty quiet. He never ran around much with boys or girls, and seldom went to movies or dances. He was a home boy."

"You wouldn't call him a good student, but one thing he just wouldn't do, and that was to miss classes. He went for three whole years one time without missing a single day at school. He was the same way about Sunday school and church. When he's back home he still goes with his daddy to the Methodist Sunday school, then goes with me to Baptist church services."

Swimming and diving built up Harry's legs and contributed to his passing rhythm, but a lake accident when he was 16 almost ended his athletic career. Diving off a stump, he

hit a sunken tree and fractured the bones of an instep. After weeks of cast and crutches, the injury healed completely.

His high-school coach, Malcolm Laney, still has Gilmer by the mental scruff, leading him along gently. Laney came over to the Alabama campus from Woodlawn High School in Birmingham in February, 1944, and brought Harry with him, to show his ability to the Alabama coach, Frank Thomas. Since then, Laney has coached the 'Bama backs, and Gilmer follows the same pattern of familiar Notre Dame box-formation he learned in high school.

Gilmer's first appearance for football practice was not a matter of kicking a football over a fence in front of the coach and having that gleeful individual hail him out as a marvel. He was 15 years old, weighed 145 and wanted to play football in his sophomore year at Woodlawn, 1941. So he went out for the team.

Rangy and raw and freckled, he was used by Laney as a substitute right halfback. He wasn't tried as a passer that year or the next; not until his senior year did he begin to throw.

Laney had noticed that Harry liked to toss the ball around before practice, but the system of offense being used didn't call for him to pass. The coach began to fiddle with the idea of a switch. The opportune moment came in the fall of 1943, when another Laney find, Travis Tidwell, a good passer, went off to the Navy.

When Tidwell took to the sea, Gilmer took to the air, and so engrossed did he become in the business of forward passing that he took an autumn leave of absence from his night job in a Birmingham bakery just to get more sleep and stay in better condition.

In scrimmage, Harry showed one peculiarity. He wouldn't stay braced when he threw the ball.

Laney tried to get him to plant himself before pegging. It wouldn't work. Harry had to jump. He would fade back from his tail-back spot, weave around, then leap and throw. Or when Laney gave him the nod and a play that called for it, Gilmer shoved off on the nifty running passes which are now such important weapons in Alabama's arsenal.

Accounts of the prowess of the blond Birminghamer had reached Tuscaloosa, where

Alabama had suspended football for the 1943 season. Coach Thomas pished and tushed the reports about "the boy who threw like a man with a black-snake whip." More than one boy had been heralded as another Dixie Howell, Alabama's 1934 bomber, and had fizzled.

Then one week end Thomas decided to go up and see Woodlawn play. Called suddenly to Chicago by the illness of his mother, he sent his freshman coach and scout, Paul Burnum,

Burnum reported when Thomas returned. "Listen, I've seen it!" he raved. "I've seen a passer who throws on the dead run and can change direction in mid-air."

"That's impossible," Thomas snorted. "There's no player living who can do that."

But Thomas remained curious and when Laney joined the Alabama staff the following fall, Frank told him what was of Burnum's disgraceful report on Gilmer. Laney amiably backed up Paul and backed down Frank.

"I'll get him over here and you can take a look at him," he proposed.

Gilmer reported in June immediately after high-school graduation. Thomas admits no love for the first few days he worked with the youngster. He let him pass when he wished, but he was still watching for that change-in-direction business.

"One day we had a pass that called for Gilmer to throw to the other halfback in the

(Continued on page 61)

PASSING SHOWMAN

BY FRED RUSSELL



Harry Gilmer and his young bride look over Harry's press clippings



This is what makes Gilmer an extraordinary passer. He leaps, sometimes as high as three feet, and throws the ball downfield while in the air



Case 315 . . . Incipient competitive frustration. This is what happens when you try to dress to please your daughter, especially when she has a secret yen for your clothes

makes you look so—I mean, it definitely isn't your type. I should expect you'd wear black or navy blue, and by the way, I wondered if you'd be an angel and lend it to me if you're not wearing it, would you, darling? You know it isn't your style, not at all.

The conversation continued much longer, but the salient points were clear.

Diagnosis: Incipient competitive frustration. This is common in young mothers with growing daughters. The daughter subconsciously wishes that her mother were seventy-five years old, and laid away in the top drawer among the sachets and extra sheets. She attempts to enforce this wish by complaining that all Mother's clothes make her look ridiculous, and can only be worn by much younger women. Every new frock, every youthful style of hairdressing is criticized until the mother gives way and either (a) puts on a grandmotherly costume, or (b) consults a competent parental psychologist.

Treatment: L.S. was instructed to go to a good beauty specialist and have a course of 24 treatments. At the end of this, she looked better than she ever had before, and had measurements and photographs to prove it. She was then told to have thirty hats specially made for her by Daché and thirty dresses by Adrian. Several pictures of her appeared in Vogue. Thus reassured, she was able to confront her daughter with a glittering self-confidence which no criticism could break down. (The daughter came to me six months later with severe melancholic depression, convinced that she was too ugly to get married; but this delusion also yielded to treatment.)

CASE 581: T.J. T.J., a male parent, 33 years old, was sent to me by his own physician after making a savage attack on one of his sons. When interrogated, he ground his teeth and said, "I hate children." In this, as in other respects, he appeared perfectly normal. His wife, however, reported that he had always been attached to his two sons, had played with them regularly, and spent Sunday afternoons telling them stories in the garden.

It was impossible to make an immediate diagnosis without obtaining some idea of the manner in which he associated with his children. I therefore took the risk of repeating one of these Sunday-afternoon sessions so that it could be recorded and analyzed. Here is an excerpt from the record of his voice, showing the increasing evidences of dangerous frustration:

"... So Jack climbed away up and up the beanstalk—no, he didn't fall off because he was holding on tight—yes,



Here's Junior, craftily avoiding the pre-dinner hand washing. That's what he thinks

he was holding on with both hands—well, of course, he had to move one hand when he wanted to get up higher, and then he would be holding on with only one hand, but only for a moment—no, the beanstalk didn't break, because it was a magic beanstalk—well, some magic beanstalks might break, but this one didn't break because the magic made it strong—yes, it would have been strong enough to hold you, Dan, yes, or you, Harry, but not both of you—I don't know why it wouldn't hold both of you—yes, I know it was magic, perhaps it would have held both of you after all—stop biting your nails, Dan, and, Harry, if you don't stop swinging backward on that chair, I'll go mad . . . (sounds of panting) . . . All right, I'm going on. And when Jack got to the top of the beanstalk, what do you think he saw? No, I don't know how high the top was—oh, higher than our house, no, not so high as the moon; perhaps ten miles high, away above the clouds; no, he didn't have a pressure chamber or an oxygen mask because the (Continued on page 46)

HOW TO LIVE WITH CHILDREN

BY GILBERT HIGHET

The pitiful plight of the problem parent, or what to do instead of slugging Junior

IT IS bad for children to be frustrated. Psychologists have been explaining that for years. Children must be allowed to develop, they say. Children must not acquire repressions; you will injure them if you tell them not to do what they want to. The left-handed girl must be encouraged to write left-handed, or else she will start stammering and squinting. Little Arnold must not be forbidden to wear Daddy's good hat, or he will develop a collection of complexes with sinister classical names.

All right. The psychologists may be correct. But they have said nothing about another danger, equally important. They have not explained that parents, too, are sensitive creatures, and that two or three healthy, unrepressed children can inflict on one parent a rich and complicated set of frustrations which sometimes takes many years to dissolve. These frustrations are of various types, though they all have the same cause. Here are some instances from my own case-book.

CASE 227: N.R. This parent, a healthy male of 41 with no history of frustration, had the habit of giving his children direct orders, such as, "Go and wash your hands, B.R., before coming to table." Instead of obeying or pretending to obey, N.R.'s two children invariably started to argue the case. "But, Daddy, I washed them just half an hour ago as soon as I finished making my new model of a B-29, shall I show you my new model, Daddy?" Sometimes N.R.'s wife would increase the strain on him, either (a) by injecting an irrelevant point into the argument, such as, "Remember, B.R., you must put all your plane models away before you go to camp," or (b) by starting a new phase of argument, which impeded the execution of N.R.'s orders and practically paralyzed his superego: "Now, B.R., you haven't brushed your hair, either, and you know we made an agreement you were to brush it once a week." These situations usually occurred during or just after meals.



Problem father reads fairy tale to sons, Dan and Harry—whose antics drive him nuts

please," B.R. would reply, "But, Daddy, you don't need salt in oxtail soup," or, "I read in the Book of Knowledge that too much salt nitrifies your liver." The only way N.R. could get around these frustrations was either (a) to say nothing whatever and get the salt for himself, or (b) to scowl ferociously and bellow "SALT!"

Diagnosis: Acute eristic frustration (bafflement by argument). The condition, already chronic, would grow worse as the children grew older and more voluble.

Treatment: The patient was directed to join a good club, where he took all his meals. At home he kept another good club beside his chair—during the early stages of treatment, a common baseball bat was used. He was instructed to raise it vertically in the air, shoulder-high, just before giving an order to his children. If any argument started, N.R. released the growing tension by striking the nearest child smartly on the head, and thus prevented a new layer of frustration from solidifying. The patient is now cured. No relapse has been observed during the last two years, while both his children have been at boarding school.

CASE 315: L.S. L.S., a female parent, age 38, married to a rich husband, was remarkably handsome and well-dressed. On consulting me, however, she stated that she had developed a curious series of nervous tics centering on her physical appearance. She would change her hat three times before going out for luncheon; she wore her hair up, down, half-down, and twisted in plaits upon four succeeding days, and sometimes all on the same day. She had also acquired a compulsion to glance at herself in any reflecting surface—such as the glass doors of my bookcase—an action which she followed by a nervous frown. Although she was on a reducing diet, she had deliberately added three pork chops to her luncheon menu that day. She was in a highly agitated condition.

Interrogation revealed that the patient had one child, a daughter (A.S.) aged 16. Although it would have been possible to complete the diagnosis at once, I wished to prove to the patient that it was correct. I therefore arranged to have a recording device concealed in her bedroom, and the following conversation was reported:

L.S.: Hello, darling.

A.S.: Hello. Oh, Mother, are you putting your hair up?

L.S.: Yes, darling. Why?

A.S.: I think it's awfully kind of undignified to see an—I mean anyone your age wearing upswept hair like a movie actress, don't you, Mother, after all?

L.S.: All right, darling; I'll comb it down in a shoulder-bob.

A.S.: No, that would be ghast. Why don't you just wear it in a knot like Vorna? (Vorna proved to be the cook, aged 62.) Oh, Mother, are you going out to tea? You're NOT wearing that new shocking-pink frock, are you? Darling, it

YOU are looking at the faces of the dead. These are the men who tried to kill Adolf Hitler on July 20, 1944. The pictures are from a Nazi sound film of the trials. Each man tried to plead or beg or argue. But the Nazi standard of court procedure did not permit these things. The judge—that finger-wagging man at the left—asked questions and then, before the defendant could answer, screamed "Schweinehund!" or worse. "Are you a murderer?" he would bellow. "Yes, you are a murderer!"

There was no trial as we know trials. On the opening day, one defense counsel arose, objected mildly. He was not seen again. Most of the defendants were hanged. A few were shot. Those who were hanged did not get the merciful drop which snaps the spine and kills all pain. They were suspended slowly, to strangle. It took old Field Marshal von Witzleben 18 minutes to die.

Our interest in this is not pity for the condemned, most of whom were icy Nazis when the going was good. Our interest is that we were looking at these pictures and thinking of the trials of top Nazis in Nuremberg. A great deal of time was spent deciding how to try the Von Ribbentrops, the Goerings and the Streichers.* Court procedure, the admissibility of evidence, the laws of appeal, the right to decline to testify, the selection of competent defense counsel to be furnished free—all these things were weighed and argued. It comes to you as no surprise when Allied judges lean over backward to be fair to the cowering men who once tried to grab the whole world.

The procedure was different, however, when the Nazis were the judges. When the Hitler assassination trials opened,

the motion-picture cameras were hidden in wall niches, whirring silently. Every moment of each trial was taken. Every sentence was recorded. Every hanging was photographed. In that one movie, our Army captured twenty-two miles of sound film. The newspaper *Das Volk* of Berlin estimates that 4,980 persons were tried and executed, most of them in the Berlin People's Court. The secret cameras worked so well that the condemned had no knowledge of them. The American O.S.S., which found the films, reported that Hitler often sat for private showings of those sections of the movie which dealt with the trials and executions of one-time friends.

Many persons who were not in on the plot were hanged anyway. One was Elizabeth Hadden, headmistress of a girls' school at Heidelberg. Her crime was that she did not like Nazism and said so. Others, who feared that they would be denounced by ambitious subordinates, shot themselves.

The startling thing about the film is the perfect casting of types. The heroes look like heroes, the villains look like villains, and the weaklings look like weaklings. Where, in Hollywood, could you find a character actor to match Roland Freisler, who plays the judge-villain? Technically, he was one of three judges, but he played the part of judge-prosecutor-jury and he bellowed and whispered and mocked and laughed and scorned and flailed the air with his hands. He would have made a colorful defendant at the Nuremberg trials, but, when most of the trials were over, an American bomb sliced through Freisler's house one night.

One of Freisler's cruellest acts was to ask each condemned man if he had any last request. Some brightened and asked for the last rites of their church. Others asked a

moment with their wives or their children. No last request was ever granted. One colonel begged that his young aide, who was not in the plot, be spared. They hanged his aide with him.

The mistake which cost these people their lives was made by young Colonel Klaus von Stauffenberg, who placed the brief case containing the time bomb under the table around which Hitler and his staff were conferring.

He walked out and waited. When he heard the explosion Von Stauffenberg sent the prearranged code word, meaning "Success," on to Berlin.

Thus, when the word arrived, the plotters exposed themselves by trying to seize the ministries and arresting Nazi leaders and generals. A few hours later, Hitler broadcast his "miraculous" escape, and the plotters were doomed.

The man below is Colonel General Erich Hoepner, German master of armored warfare. In 1942, his massed *Panzer* cut great scars across Poland and the great western plains of Russia. His mistake was in ascribing the defeat before Moscow and the defeat at Stalingrad to "Hitler's imitation." His trial was simple:

"I told him I am not a *Schweinehund* and would not shoot myself—"

"So you are not a *Schweinehund*!" (Freisler screaming.) "To what category of the animal world do you belong?"

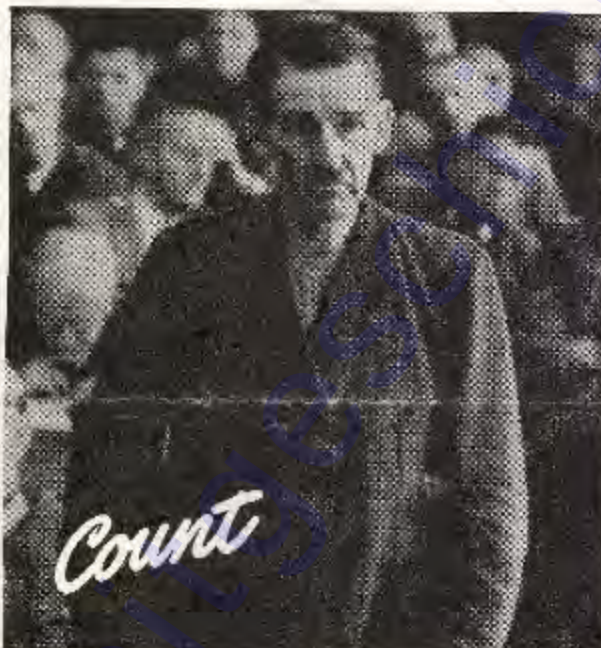
(Hoepner, head hanging and licking his lips): "I guess I am an ass."

(Freisler, hands waving wildly): "No! That would imply only stupidity! I speak of your character. You are a *Schweinehund*!"

(Hoepner, nodding dumbly, says nothing.) Two days later, he was on the end of a rope. ***



Karl Goerdeler, 60, mayor of Koenigsberg, had plotted against Hitler for years. The judges mimicked and mocked him and sent him to his death. Had the plot succeeded, this man was slated to succeed Hitler as Reichschancellor of Germany.



Count zu Dohna was a pathetic figure. Looking at him, no one would guess that, a few months before, he had been a proud major general. The judges roared him down every time he opened his mouth. He went to his death mumbling incoherently.

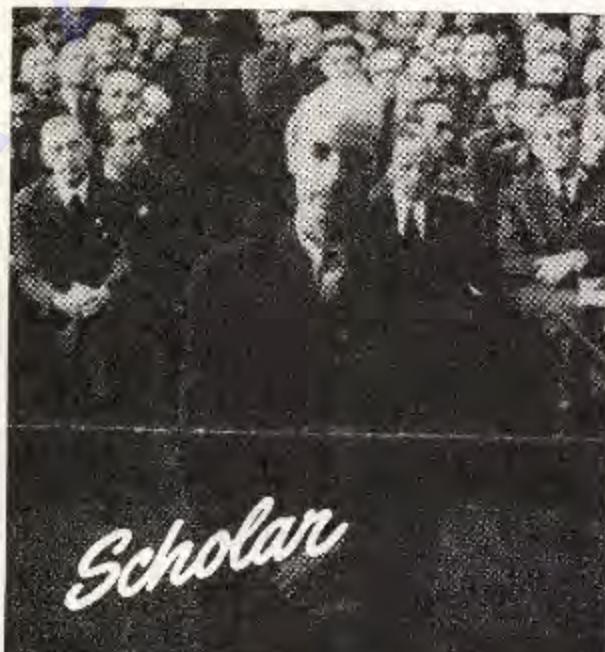


Erich Hoepner was a colonel general and commanded a Panzer army on the Russian front. He made the mistake of growling about Hitler's intuition. The judges made a fool of him and made him re-enact his arrest before sending him to death.



This is the Jew-baiting Berlin chief of police, Count von Helldorf. He admitted that he had become a defeatist after the first Russian winter. He said, "Everyone will have to jump off the Hitler bandwagon some day." For that crack he died.

Collier's for December 29, 1945



Rhodes Scholar Adam von Trott zu Solz was the object of Freisler's wildest fury. The scholar was serene, said that he had "always" been opposed to the "evil" Nazi regime. He played his courtroom role with the skill of a Leslie Howard.



"So many murders," murmured Court Schyverin von Schwanenfeld of the War Ministry. "So many murders in those invaded countries and right here in Germany." "Murders!" roared Freisler. "You are a swine!" The next day he count dangled

Der

Tageszeitung der

NUMMER 52 1. JAHRGANG

Freiheitskampf im Zerrspiegel

Eine falsche Darstellung wurde berichtigt

Die „Allgemeine Zeitung“ hatte am 23. September eine Darstellung von dem Prozeß gegen die Kämpfer des 20. Juli gegeben, deren Einseitigkeit von jedem Freiheitliebenden Deutschen als sehr peinliche Entgleisung empfunden werden mußte. Das Blatt kam zu dem Schluß, daß unter den Offizieren nicht ein einziger gewesen wäre, der die Courage gehabt hätte zu erklären: „Jawohl, ich habe es gewußt und habe es absichtlich nicht gemeldet, weil ich gehofft habe, es würde gelingen. Es tut mir leid, daß es schief gegangen ist.“ Aber auch an den Zivilisten läßt die AZ kein gutes Haar. „Sie ziehen an der Kamera vorüber, einer nach dem anderen, der“, wird von ihnen gesagt, „glatte, beherrschte, kasuistische, aber zugleich blasse, farblos und überzeugungslos wirkende Goerdeler“ bekommt eine schlechte Zensur, und die Botschafter von Hassell und von der Schulenburg und der Legationsrat v. Trott zu Solz, denen „eine knieweiche Vertrotteltheit“ vorgeworfen wird, werden noch schlechter beurteilt als Goerdeler.

Dieses Zerrbild einer historischen Begebenheit stützt sich merkwürdigerweise auf einen Film, den die Naziregierung von dem Schauprozess hat drehen lassen und den sie wohl auch als Schaufilm vorgesehen hatte. Inzwischen sind aber sehr viele Stimmen an die Öffentlichkeit gedrungen, die beweisen, wie manhaft sich die Helden des 20. Juli nicht nur in der Voruntersuchung, sondern auch im Prozeß selbst benommen haben. Daß das Propagandaministerium bei Tendenzfilmen mit der Wahrheit nicht gerade schöcktern umging, dürfte als notorisch gelten, und wenn das zitierte Blatt selbst betont, daß von den 60 Kilometern Ursprungslänge nur 14 übrig geblieben sind, dann kann es eigentlich nur Kopfschütteln erregen, wenn Goebbels gewissermaßen als Kronzeuge gegen ehrliche Antifaschisten herangezogen wird.

Die Widersprüche, die der AZ zuzingen, sind offenbar unmißverständlich gewesen, denn sie läßt in ihrer Nr. 23 einen Angeklagten, der mit sieben Jahren Zuchthaus davonkam, das Mitglied des Zentralausschusses der SPD, Gustav Dahrendorf, ausführlich zu Worte kommen. Er zerplückt die gegen seine Mitkämpfer gerichteten Behauptungen sachlich und stellt fest, daß die Tendenz bestand, durch die Prozeßführung aus den Männern des 20. Juli Trottel zu machen. Es sei also kein Dokumentarfilm entstanden, der ein geschichtliches Urteil zulasse. Dahrendorf weist darauf hin, wie die Prozeßführung bewußt darauf angelegt war, „Männer, die wirklich in ihrer entscheidenden Stunde über Männerstolz vor Königsthronen verfügt haben, durch das maßlose Geschrei Freislers und die von ihm beliebten Methoden eines Gassen-Agitators zu feigen Memmen und Schwächlingen zu erniedrigen“. Ein zweiter prominenter Angeklagter, Dr. Andreas Hermes, meldet sich noch zu Worte und veröffentlicht jetzt in der „Neuen Zeit“ eine temperamentvolle Schilderung des Prozesses, die er vergeblich an die AZ gerichtet hat. Er bedauert, daß der Berichterstatte nicht die 60 km einer unverfälschten Berichterstattung gesehen hat. Er wäre dann Augen- und Ohrenzeuge einer Fülle mannhafter Bekenntnisse und Anklagen gegen das Naziregime von einer todesmutigen und opferbereiten Schar deutscher Männer geworden. Hermes führt eine Reihe von Beispielen an, die die Angeklagten in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen, als die Geschichtsfälschung auf dem Zelluloidstreifen des zerrückten Propagandaministeriums.

Die „Allgemeine Zeitung“, die pro und contra zu Worte kommen ließ, hat mit ihren Veröffentlichungen wenigstens eine Diskussion hervorgerufen, die der Geschichtsschreibung wertvolles Material liefert.

Als sich am 2. September, dem Tag der Trauer für die Opfer des Faschismus, die umflorten Fahnen senkten, da gedachten die in endlosen Kolonnen auf dem Neuköllner Stadion Erschienenen auch der Männer, die am 20. Juli ihr Leben aufs Spiel setzten und die Mörder ihrer Nation vernichten wollten. Es wird noch manche Einzelheit zu klären sein, das deutsche Volk aber wird sich seinen Stolz darauf, daß der Kampfegeist gegen den Hitlerismus alle Parteigrenzen sprengen konnte, nicht nehmen lassen.

Remarques neues Buch. Der Verfasser des Romans „Im Westen nichts Neues“ hat ein neues Buch unter dem Titel „Triumphbogen“ vollendet. Das Thema sind Erlebnisse des eben zu Erde gegangenen Krieges.

Rom
der P
wehr
wahr
den,
seine
Ciano
wurd
Unifo
Smith
später
Allier
tain St

Auch
Nach
ist der
kannten
Alliierte
den. El
Sängers

Moskau
Beobacht
politisch
eines N
tiger T
land un
eine I
Europas

Wieder
tätskor
mus at
rück, w
und au
des „W
kenawe
halten

Sitzung
passen
suchen
„West
zugeh
wohlb
Grund

begle
häufig
pas i
gegen
und l

der „
dahin
erklä
von

bleme
len I
ihre
schaft

Block
Nebel
Genü
broch
Erfah
übere
nisse
wurde

die f
Verte
der i
union
Politi
fall i
mit w
Verst
Sicher

Mö
sätzli
die d
Abwe
des C

kanni
Rund
dern
liche
Deuts

Schriften des Südkurier

Nr. 1

Der 20. Juli 1944

Beiträge zur Geschichte der deutschen
Widerstandsbewegung

Mit einem Nachwort von Dr. Fritz Harzendorf

Sonderdruck aus dem Südkurier

Im Südv Verlag Konstanz

Preis 50 Pfennig

Der Ertrag dieser Schrift ist für Angehörige der Männer vom 20. Juli bestimmt

Vormort

Die Geschichte des Nationalsozialismus ist reich an düsteren Ereignissen, die noch einer gründlichen Aufklärung bedürfen. Bis jetzt kennen wir sie fast nur in den Darstellungen, wie sie die Göbbels-Propaganda zu verbreiten für nützlich gehalten hatte, die sich jedoch umso weiter von der Wahrheit entfernten, je gefährlicher diese Ereignisse für den Bestand des nationalsozialistischen Regimes gewesen waren. Aber keines von ihnen bewegt die Gemüter der Deutschen auch heute noch so stark, wie die Vorgänge des 20. Juli 1944. Von den hieran unmittelbar beteiligten Personen sind heute nur noch wenige am Leben. Die Aufklärung dieser Vorgänge ist vor allem aber auch deswegen schwierig, weil die Ueberlebenden stets nur in einen ihrer eigenen Beteiligung entsprechenden Ausschnitt der Gesamtvorgänge Einblick gehabt haben. Man wird deshalb jedem Beitrag zur Geschichte

und zur Bedeutung des 20. Juli stärkste Beachtung schenken müssen, dabei aber doch nicht außer Acht lassen dürfen, daß die Berichte der mehr oder weniger stark Beteiligten nicht unbedingt ein ganz umfassendes Bild geben werden.

Ueber den 20. Juli hat die „Neue Zürcher Zeitung“ einen Bericht des Konsistorialrates Dr. theol. Eugen Gerstenmaier veröffentlicht, dem schon der Umstand besonderes Interesse sichert, daß Dr. Gerstenmaier der einzige Ueberlebende jener Mitverschworenen ist, die am Abend des 20. Juli in der Bendlerstraße (O.K.W.) verhaftet und teils unmittelbar fusiliert, teils durch das Schauprozessverfahren vor dem Volksgerichtshof zum Tod durch den Strang verurteilt worden waren. Wenn diesem Bericht hier gefolgt wird, kann mit einer weitgehenden zutreffenden Darstellung trotz der genannten Einschränkungen gerechnet werden.

Der gescheiterte Befreiungsversuch vom 20. Juli 1944

Dr. Gerstenmaier ist aus der evangelischen Jugendbewegung hervorgegangen und war bis zur Auflösung der Jugendbünde Scoutführer. In dieser Eigenschaft hatte er schon seit etwa 1927 scharfe Zusammenstöße mit den Nationalsozialisten. 1934 wurde er zum ersten Male verhaftet, nachdem er seit März 1933 mit Pastor Martin Niemöller an der Begründung der Bekennenden Kirche teilgenommen hatte.

Ungefähr seit 1934/35 überzeugte sich Dr. Gerstenmaier endgültig davon, daß die nationalsozialistische Politik über kurz oder lang zur großen bewaffneten Auseinandersetzung führen würde und daß die innere Politik, vor allem die Kultur- und Kirchenpolitik des Nationalsozialismus immer aggressiver und militanter werden würde. Er war überzeugt, daß der Nationalsozialismus zunächst das Judentum und dann die großen christlichen Kirchen zu vernichten beabsichtigte, weil diese zwangsläufig Gegner seiner Rassen- und Menschenanschauung sein mußten. Gleichzeitig kam er aber auch zu der Überzeugung, daß der Kampf bzw. Widerstand gegen den Nationalsozialismus nicht allein mit geistigen und kulturellen Mitteln geführt werden dürfe, sondern daß neue Formen und Möglichkeiten des aktiven politischen Widerstandes entwickelt werden müßten.

Im Jahre 1936 wurde Dr. Gerstenmaier Vertreter der Württembergischen Evangelischen Landeskirche beim Reichskirchenausschuß, der damals an Stelle des von der Partei der Kirche aufgezwungenen, aber wieder fallen gelassenen Reichsbischofs Müller

die Kirchenleitung übernommen hatte. Den Vorsitz führte der Generalsuperintendent Dr. Zöllner, der jedoch mit samt dem Kirchenausschuß im Februar 1937 über dem Kampf gegen die immer aggressiver werdenden totalitären Ansprüche des Staates stürzte. Die Deutsche Evangelische Kirche war nun offiziell führerlos geworden und dann begann ein neuer Abschnitt des Kampfes: der Angriff auf die Kirche als solche.

Die systematische Zerstörung der Rechtspflege, die Nachrichten über die Zustände in den Konzentrationslagern, vor allem aber die immer bekannter werdenden Vernichtungsmaßnahmen gegen die Juden verdichteten und vertieften die Energien des Widerstandes so, daß in dem politischen Freundeskreis um Gerstenmaier seit 1937 der Gedanke immer festere Gestalt gewann, in planmäßig angelegter Aktion Hitler zu töten und damit einen Aufstand zu entfesseln, der dem nationalsozialistischen System ein Ende bereiten sollte.

Die Rolle der Armee

Es war dabei von vornherein klar, daß ein entsprechender Versuch nur mit Hilfe der Armee unternommen werden könne, daß es aber auch einer planmäßigen Sammlung und Neuformung aller dafür irgendwie in Betracht kommenden zivilen politischen Elemente bedürfe. Durch diese Bemühungen, die bis in das erste Kriegsjahr nach allen Seiten hin durchgeführt wurden, gelang es zwar, zu einem weitgehenden Einvernehmen mit den vorhandenen aktiven

politischen Gegenkräften zu kommen; sie aber zu Attentat und Aufstand zu bringen, war nicht möglich, weil sich einerseits die dafür vielleicht zeitweilig bereiten militärischen Persönlichkeiten nicht zu dem außerordentlich großen Wagnis entschließen konnten und andererseits die Massen unter dem Polizeiterror und der Propagandanköse des Systems lagen. Verlässlich erschienen die Reste der freien und der christlichen Gewerkschaften, die teils von Leuschner, dem früheren Gewerkschaftsführer und hessischen Innenminister, seinem Mitarbeiter Hermann Maaß sowie den früheren sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern und Reichstagsabgeordneten Dr. Carlo Mierendorf, Dr. Theodor Haubach und Dr. Leber vertreten wurden, teils aber auch von Habermann (vom ehemaligen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband) und Kaiser sowie Leiterhaus, ehemaligen christlichen Gewerkschaftssekretären, zusammengehalten und erneut aktiv politisch formiert wurden.

Bessere Kräfte des nazifeindlichen Bürgertums und der Industrie wurden von dem früheren Oberbürgermeister von Leipzig und Reichspräsidentenkommissar Dr. Goerdeler zusammengefaßt, einem ungewöhnlich aktiven, auf seine persönliche Sicherheit kaum bedachten Manne, der einer der ersten Verbindungsleute zu den Militärs war, die für den Umsturz in Frage kamen. Insbesondere genoß Goerdeler das Vertrauen des Generalobersten Beck, der an der Spitze der aktivsten militärischen Kräfte, die zum Umsturz drängten, stand.

Schon in den ersten Monaten des Krieges bildeten sich im Oberkommando der Wehrmacht personell eng zusammenhängende und sich gegenseitig deckende Gruppen der politischen Opposition. Ein beliebtes Sammelbecken dieser Kräfte war die Abteilung „Abwehr“ und die organisatorisch damit verknüpfte Abteilung „Ausland“ im Oberkommando der Wehrmacht, beide unter dem Befehl des Admirals Canaris. Beide Abteilungen waren Brennpunkte der Konspiration. Canaris war zwar sehr vorsichtig, aber doch entschieden oppositionell eingestellt. Seine Abteilungen boten vielseitige Tarnungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Sie wurden zwar von der Gestapo immer äußerst kritisch beurteilt, gewährten aber doch außer dem technischen Apparat bis in das Jahr 1943 hinein immer noch einen relativen Schutz. Es war zwar ganz unmöglich, diese O.K.W.-Abteilungen personell und sachlich eindeutig zum Kampf gegen die Nationalsozialisten umzuwandeln. Aber es war doch möglich, daß in ihrem Rahmen sich gleich zu Anfang des Krieges Männer zusammenschlossen, die sich schon seit Jahren eingehend mit der Vorbereitung des Umsturzes befaßten, so Graf Helmut von Moltke, der als Kriegsverwaltungsrat in der

Abteilung „Ausland“ des O.K.W. Völkerrechtsfragen bearbeitete, ferner Freiherr Karl Ludwig v. Guttenberg und Dr. Delbrück, die zusammen mit dem früheren Reichsgerichtsrat v. Donant zu der engeren Umgebung von Canaris und seinem nächsten Mitarbeiter, dem Generalmajor Oster, gehörten und sich mit einer Reihe anderer „Abwehr“-Offiziere wie Oberst Hansen — Chef der Abwehr I — geradezu „hauptamtlich“ mit dem Umsturz befaßten.

Während sich im Rahmen der Abwehrabteilung des O.K.W. zivile und militärische Vertreter der Opposition begegneten, waren die Abteilungen des Ersatzheeres wie das Allgemeine Heeresamt und der Stab des Ersatzheeres fast ausschließlich der Sammelpunkt jüngerer und älterer Militärs, die zu handeln entschlossen waren. Eigentlicher Mittelpunkt war General Olbrich, zuletzt Chef des Allgemeinen Heeresamtes. Er verstand es, durch Jahre hindurch eine militärische Schlüsselposition zu behaupten, die für die militärische Vorbereitung und Durchführung des Umsturzes von großer Bedeutung war. Olbrich stand Generaloberst Beck besonders nahe, um den sich eine Gruppe von Generalen wie Falkenhausen, v. Witzleben, Hoepfner, Wagner, Stülpnagel, Lindemann u. a. gebildet hatte. Prominente Vertreter der bürgerlichen Opposition gehörten dazu, so der preussische Finanzminister und Mitglied des Reichskabinetts, Prof. Popitz, der frühere Botschafter am Quirinal, Ulrich v. Hassell, der Präsident des Reichskriegsgerichts Sack, der Polizeipräsident von Berlin Graf Helldorf u. a. Die Einstellung des Chefs des Ersatzheeres blieb schwankend; am 20. Juli nahm Generaloberst Fromm schließlich Stellung gegen den Umsturz. Ebenso war das Verhalten eines großen Teiles der in diesen Abteilungen arbeitenden Offiziere im Falle des Umsturzes nicht mit Sicherheit vorzusehen.

Mehr als jeder andere war der Stab des Befehlshabers des Wehrersatzamtes unter General Olbrich der Mittelpunkt der militärischen Vorbereitung des Umsturzes. Dabei bestand der Grundsatz, daß jeder Mitverschworene nur insoweit in Details eingeweiht werden dürfe, als unbedingt erforderlich war. Da Gerstenmaier nur zum politischen und nicht zum militärischen Abschnitt der Aktionsgruppe gehörte, kann er über die besonders interessierende technisch-militärische Seite des geplanten Umsturzunternehmens und über die zahlreichen, mit der Veränderung der Situation im Lauf der Jahre sich wandelnden Operationspläne für die militärische Durchführung des Umsturzes nicht berichten.

Je länger der Krieg dauerte, desto stärker wurde der Drang nach einer entsprechenden militärischen Aktion. Auch aus

dem zivilen Teil der Opposition wurde immer stärker darauf gedrängt, obwohl allen Eingeweihten vom ersten Augenblick bis zum 20. Juli 1944 bewußt war, daß das Unternehmen ein absolutes Risiko sein und bleiben würde. Seit 1941 aber gewannen doch die vorbehaltlosen Aktivisten in der politischen und militärischen Führung der Umsturzbewegung mehr und mehr Boden. Vor allem war es der Generalmajor von Treskow, der innerhalb der Führung des Ersatzheeres auf rasches Handeln drängte, ferner Graf Schulenburg und Graf Schwerin-Schwanenfeld. Der preußische Finanzminister Popitz und Botschafter v. Hassell drängten sowohl auf die Führung des Ersatzheeres wie auch auf Witzleben, Falkenhausen und Stülpnagel. 1942/43 machte Popitz sogar den Versuch, die nächste Umgebung Himmlichs für den Umsturz zu gewinnen. Das Ergebnis war, wie vorauszusehen, wenn vielleicht auch nicht in jedem Betracht negativ, so doch durchaus unbefriedigend. Der besonderen Aufgabe der weiteren Sondierung im Umkreis Himmlichs unterzog sich damals der Rechtsanwalt Langbehn, der schon im Herbst 1943 wegen Verdachts des Landesverrats verhaftet, aber erst im Verfahren des 20. Juli abgeurteilt worden ist.

Alle Bemühungen zur früheren Auslösung des Umsturzes blieben erfolglos, weil Generaloberst Beck sich nicht entschließen konnte, früher zu handeln, ohne wenigstens eine Aussicht auf einen Erfolg zu haben. Erst seit der nach einer schweren Verwundung aus dem Lazarett entlassene und in den Stab General Olbrichts übergetretene damalige Oberstleutnant i. Gst. Graf Klaus v. Stauffenberg die Bearbeitung der Umsturzoperationen übernahm und als die militärische und politische Gesamtentwicklung allmählich reifer wurde, begann sich Generaloberst Beck davon zu überzeugen, daß der Umsturz mit Waffengewalt nicht unbedingt zum Scheitern verurteilt sein würde. Mit Stauffenberg, der infolge seiner außerordentlichen Begabung wie seines Fleißes und seiner Arbeitskapazität wegen bald als Oberst Chef des Stabes des Ersatzheeres wurde, kam es zu einer noch engeren Zusammenfassung der zivilen und militärischen Kräfte der Opposition. Gleichzeitig traten die Jüngeren noch mehr in den Vordergrund, und unter ihrem Einfluß wurde auch die politische Programmatik einheitlicher, die politische Zusammenfassung geschlossener.

Der politische Führerkreis

Der zivile politische Teil der Umsturzbewegung des 20. Juli bestand von Anfang an aus Widerstandsherden, die der Nationalsozialismus weder mit List noch mit Gewalt zu brechen vermocht hatte. Als sichtbarer

Pfeiler des Widerstands, die sich noch im Rahmen ihrer Institution behaupteten, waren lediglich die beiden großen Kirchen vorhanden, die sich nicht nur als ein Refugium des vor der Korfumpierung zurückweichenden Menschtums erwiesen, sondern auch vom Nationalsozialismus selbst fortdauernd als Gefahr für seinen eigenen Bestand empfunden wurden. In der Tat stellten die Kirchen auch den größten Widerstandsblock dar, aber nur kleine Teile kamen für den unmittelbaren Einsatz bei einem bewaffneten Umsturz in Frage. Auf Seiten der Deutschen Evangelischen Kirche war es nach der Verhaftung Pastor Niemölers besonders der Landesbischof von Württemberg, D. Wurm in Stuttgart, der in diesem Sinn für die ganze Deutsche Evangel. Kirche sprach, auf Seiten der römisch-katholischen Kirche besonders der Bischof von Berlin, Graf Preysing. Im Führungskreis der Widerstandsbewegung war die katholische Kirche durch den Provinzial der Jesuiten in München, Pater Roesch und durch Pater Delp vertreten. Von evangelischer Seite hat bis zur Verhaftung im Herbst 1943 der Pfarrer Dr. Dietrich Bonhoeffer aus Berlin aktiv an den Umsturzvorbereitungen teilgenommen. In einem politischen Führungskreis, der auf die Initiative von Graf Moltke zusammengetreten war und sich aus meist jüngeren Vertretern dieser Gruppen zusammensetzte, wurde nahezu unablässig an der politischen Klärung der uns im Fall des Gelingens des Umsturzes zuffallenden Aufgaben gearbeitet. Dieser Kreis wurde, da er öfters in Kreisau, dem Besitz Graf Moltkes, tagte, innerhalb der Umsturzbewegung der Kreisauer Kreis genannt. Die von ihm im Lauf der Jahre 1940/43 erarbeiteten Grundlinien wurden schließlich bestimmend für die innen- und außenpolitische Gesamtlinie der am 20. Juli beteiligten Kräfte, die wohl alle wichtigeren politischen Gruppen des widerstandsbereiten nichtnationalsozialistischen Deutschlands erfaßten.

Zwischen den verschiedenen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten der Umsturzbewegung bestand außer in der vorbehaltlosen Gegnerschaft zum nationalsozialistischen System spontane Übereinstimmung darin, daß der Krieg für Deutschland schon vor seinem Beginn verloren war. Die Differenzen in der politischen Zielsetzung waren zunächst nicht unbedeutend. Je mehr sich aber mit der Entwicklung der Lage die jüngeren Kräfte in der Opposition in den Vordergrund schoben, desto mehr glichen sich diese Differenzen aus. Im Falle des Gelingens des Umsturzes sollten zunächst Militärbefehlsmächtige für die einzelnen Reichsministerien ernannt werden; Generaloberst Beck sollte als Generalstatthalter einstweilen die Macht übernehmen und mit den ihm unterstell-

ten Militärbevollmächtigten die Voraussetzungen schaffen für eine auf demokratischer Grundlage sich neubildende Zivilregierung. Neben Dr. Goerdeler's mehr repräsentativer Stellung sollten insbesondere die früheren Gewerkschaftsführer Leuschner und Dr. Leber in führenden Positionen zum Zug kommen. Dr. Mierendorf war schon im Dezember 1943 einem Fliegerangriff auf Leipzig zum Opfer gefallen.

Seit 1942 wurden immer wieder Umsturztermine angekündigt. Seit dem Spätherbst 1943 befand sich der engere Kreis der Widerstandsbewegung in einer Art dauernden Alarmzustand. Vom Februar 1944 an mußte aus rein technischen Gründen immer wieder der Termin kurzfristig verschoben werden. Die Wirkung war zermürbend. Moltke war schon im Januar 1944 im Zusammenhang mit dem Hochverratsverfahren gegen den früheren deutschen Generalkonsul Kiep in New York verhaftet worden, der einem Spitzel des Sicherheitsdienstes zum Opfer gefallen war. Anfang Juli 1944 begann die Geheime Staatspolizei weitere Verhaf-

tungen aus dem engsten Kreis der Umsturzbewegung vorzunehmen. So fielen die Gewerkschaftsführer Dr. Leber und Prof. Reichswald in die Hände von Gestapospitzeln bei dem Versuch, mit kommunistischen Restgruppen zu einer Verständigung zu gelangen. Die polizeiliche Gefährdung wurde immer größer, je breiter und dichter das militärische und zivile Netz des Umsturzes über das Reichsgebiet gezogen werden mußte.

Es war vorgesehen, das Attentat durch einen Bombenanschlag im Führerhauptquartier zugleich gegen Hitler, Himmler und Göring durchzuführen. Da sich die letzteren den anberaumten Konferenzen mit Hitler immer wieder entzogen, beschloß Stauffenberg schließlich, das Attentat gegen Hitler allein auszuführen und das weitere Gelingen des Umsturzes ausschließlich auf das Einschwenken der Wehrkreise zu stellen. Mit einem Mißlingen wurde gerechnet, aber man hielt es immerhin für möglich, daß der größere Teil des Heeres auch im Fall eines im Anschluß an das Attentat sich entwickelnden Bürgerkrieges gegen das System antreten würde.

Der 20. Juli in der Bendlerstraße

Ueber den Verlauf des 20. Juli lassen wir den Bericht Dr. Gerstenmaiers im Wortlaut folgen:

Am 20. Juli vormittags stand noch nicht sicher fest, ob der Anschlag, wie vorgesehen, an diesem Tag durchgeführt werden könne. Immerhin hatte jeder von uns seine Gefechtsposition zu beziehen. Ich sollte als Militärbevollmächtigter mit Graf York, mit dem ich seit geraumer Zeit zusammenwohnte, bei der Neuordnung zusammenarbeiten. Als ich am frühen Abend des 20. Juli auf die telephonische Bitte Graf Yorks im Oberkommando erschien, war außer den Offizierswachen und den Doppelwachen nichts Außergewöhnliches in der Bendlerstraße zu bemerken. Meine Freunde waren, soweit sie Offiziere oder Reserveoffiziere waren, vollzählig anwesend, im übrigen war ich um diese Zeit der einzige Zivilist im O.K.W. Die Lage war unklar, die Stimmung etwas gedrückt. Stauffenberg saß mit seinen Adjutanten unablässig am Fernsprecher, um den Aufstand in den Wehrkreisen vorwärtszutreiben. Mit wenigen Worten unterrichteten mich York und Schulenburg, daß das Attentat angeblich mißglückt sei, der Umsturzplan aber, wie vorgesehen, weiter verfolgt werde. Generaloberst Fromm der Oberbefehlshaber des Ersatzheeres habe sich nicht angeschlossen und sei deshalb nebenan festgesetzt; der Befehl über die Uebernahme der Befehlsgewalt durch Generaloberst Beck sei an alle Truppen ergangen, in einigen Wehrkreisen sei das Unternehmen bis jetzt plan-

mäßig verlaufen; aber jetzt begänne es zu stocken, weil über alle Sender bestritten werde, daß Hitler tot sei und die Verwirrung den Umsturz ernsthaft gefährde. Ich schlug vor, den vorgesehenen Landstreich gegen den Deutschlandsender unverzüglich durchzuführen, um wenigstens mit einem starken Sender das Reichsgebiet überdecken und den Naziparolen die Stirn bieten zu können.

Ueber das Schicksal Hitlers bestand Unklarheit. Einige von uns neigten zu der Anschauung, daß die Mitteilung, daß Hitler dem Anschlag entgangen sei, eine Irreführung der Massen und der Truppen darstelle mit dem Zweck, den Ablauf der Gesamtoperation aufzuhalten und S.S.-Truppenverschiebungen bewirken zu können. Die telephonische Mitteilung des mitverschworbenen Generals Feilgebel aus dem Führerhauptquartier, daß Hitler lebe und unverletzt sei, wurde mit dem Mißtrauen aufgenommen, da sie eventuell erzwungen sein könnte.

Ich selbst mißtraute indessen dieser Auffassung der Lage. Ich hielt den Umsturzversuch für gescheitert vertrat aber die Meinung, daß der Plan dennoch wie vorgesehen weiter verfolgt werden und wir unser Leben so teuer als möglich verkaufen mußten. Ich erklärte mich ohne Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Gesamtlage bereit, mit dem Handstreich auf den Deutschlandsender die Rundfunkgegenaktion in die Wege zu leiten. Die erforderlichen Panzer wurden von Zossen oder

Wünsdorf erwartet. Sie waren gemeldet, trafen aber aus mir unverständlichen Gründen nicht ein. Inzwischen kam die Meldung durch „das Himmeler“ auf Berlin marschiere, Guderian sich für die Nazis erklärt habe, die Panzer immer noch nicht eingetroffen seien und eine Rede Hitlers angekündigt sei.

Während ich mit General Olbrich sprach, wurde er von einem der jungen Offiziere davon unterrichtet, daß der Befehlshaber des Wachregiments „Großdeutschland“ seine Wachen zurückziehe. Gleich darauf hörte ich auf dem Flur laute Auseinandersetzungen und fast im gleichen Augenblick begann eine Schießerei. Ich griff zur Pistole, konnte aber nicht gleich erkennen, wer gegen wen schloß. Erst im Lauf des Gefechts erfuhr ich, daß sich offenbar unter der Führung des Oberstleutnants Bodo von der Heyde eine Anzahl Offiziere insgeheim zusammengetan und gegen uns zu den Waffen gegriffen habe. Es handelte sich dabei um Offiziere (und die ihnen zur Verfügung stehenden Unteroffiziere und Mannschaften), die in den Umsturzplan zwar nicht vorher eingeweiht worden waren, die sich aber am Nachmittag des 20. Juli Beck bzw. Olbrich und Stauffenberg zur Verfügung gestellt hatten. Beim Anhören der Rundfunknachrichten, daß Hitler unversehrt sei, fielen sie wieder ab und begannen zu meutern, indem sie uns kurzerhand mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Maschinengewehren überfielen. Wir waren auf diese Weise von den im Oberkommando bereitliegenden Waffen plötzlich getrennt und lediglich auf unsere Pistolen und die Taschenmunition angewiesen.

Eine verlorene Schar

Es zeigte sich sofort, daß wir verloren waren. General Olbrich und sein Stab begaben sich zu Generaloberst Beck, wurden aber unterwegs überwältigt, entwaffnet und von der inzwischen in Massen anrückenden S.S. in den Hof des Oberkommandos geführt. Währenddessen fielen erneut Schüsse — ich hörte, daß sich Beck und Wagner erschossen hatten. Schließlich waren wir noch acht bis zehn Mann, die im Dienstzimmer Stauffenbergs zusammengedrängt waren und sich nicht ergeben hatten. Darunter waren meine Freunde Graf York v. Wartenburg, Graf von der Schulenburg, Graf Schwerin-Schwanefeld, Graf Berthold Stauffenberg — der Bruder Klaus Stauffenbergs —, außerdem der Oberstleutnant i. Gsl. Bernadis und einige andere, mir kaum Bekannte. Zusammen mit Schwerin und York verbrannte ich die letzten uns erreichbaren Operationspläne, dann versuchten wir die Absperrung am Flur ende zu durchbrechen und die Freiheit zu gewinnen.

Bei diesem Versuch wurde ich nun festgenommen, als Mitverschworener identifiziert und von einem der abgetallenen Offiziere einem Exekutionskommando übergeben. Während ich abgeführt wurde, hatten die Erschießungen im Hof des Oberkommandos bereits begonnen. Aber noch ehe ich den Hof erreicht hatte, wurde das Kommando von der aus dem Hof in das Haus eindringenden S.S. und Geheimen Staatspolizei angehalten und ich nach einigem Hin und Her — da ich Zivil trug — von ihr übernommen und in das Dienstzimmer Stauffenbergs zu einem kurzen Verhör zurückgebracht. Das Ergebnis war, daß ich nicht zur Erschießung abgeführt sondern mit Bernadis und den Grafen Stauffenberg, York, Schwerin und Schulenburg gefesselt in die Prinz-Albrecht-Straße (Reichssicherheitshauptamt) gebracht wurde.

Als ob er angesichts der Tatsache, daß alle seine Mitverschworenen gehängt worden und er der einzige Ueberlebende war, auf eine in der Luft liegende Frage antworten müsse, führt Dr. Gerstenmaier fort:

Statt am Morgen des 21. Juli, wie angekündigt und erwartet, gehängt zu werden, wurde ich zum Verhör vor einen großen Kreis von S.S.- und Gestapoleuten gestellt. Es war mir völlig klar, daß mir ein persönliches Eingeständnis meiner „Schuld“ nichts nützen konnte. Man würde Auskunft über die hinter mir stehenden Kreise mit allen Mitteln zu erzwingen suchen. Da ich einen Verrat an meinen Freunden nicht in Betracht ziehen durfte, verlegte ich mich auf eine konsequente Irreführung, die nur deshalb Erfolg haben konnte, weil gerade diejenigen Offiziere, deren Geständnis mir absolut tödlich werden mußte, bereits erschossen waren, die anderen aber — wie York, Schwerin und Schulenburg — mir so nahestanden, daß sie sich mit keinem Mittel zu Aussagen bringen ließen. York hatte meine Anwesenheit in der Bendlerstraße als zufällig bezeichnet.

Es ging nicht darum, meine Unschuld darzutun, sondern einzig darum: nichts auszusagen, was irgendeinem noch in Freiheit oder in Gefangenschaft sich befindenden Freunde schaden konnte. Trotz vielen, durch Tage und Nächte hindurchgehenden Verhörens wurde ich zuerst aus der Reihe der am 8. August gehängten Mitverschworenen herausgenommen und am 27. September von der Gestapo dem Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof übergeben.

Ich wußte von den Konzentrationslagern und hatte auch von den Gestapomethoden gehört. Ich wußte vielleicht mehr als andere, aber ich hatte eigentlich nie an eine systematische Folterung geglaubt, bis ich sie im Keller der Gestapo am eigenen Leibe erfahren habe.

Das Verfahren vor dem Volksgerichtshof

Am 8. Januar 1945 wurde mir um sieben Uhr abends eine 28seitige Anklageschrift samt Vorladung vor den ersten Senat des Volksgerichtshofes übergeben. Am 9. Januar hatte ich um acht Uhr früh zusammen mit sieben anderen vor dem Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Freisler zu erscheinen. Da meine Lage infolge einer noch nicht abgeklärten Denunziation über meine Tätigkeit zugunsten der französischen und holländischen Zivilarbeiter in Deutschland sich während der Untersuchungshaft weiter verschlechtert hatte, fragte ich mich immer wieder, ob der Versuch, den Kampf weiterzuführen, nicht aussichtslos sei, ob ich nicht, ebenso wie mein Freund Hans v. Haefen, einfach das blanke Eingeständnis machen sollte: „Ich stehe zu meinen Freunden vom 20. Juli. Ich verabscheue den Mord. Ich bin Christ. Aber ich sehe in Hitler das personalisierte Böse der Weltgeschichte.“ Ich spielte durch alle Fährnisse der dreitägigen Verhandlung meine Rolle weiter: ein wilder Kampf auf intellektueller Ebene mit Freisler. Der Oberreichsanwalt beantragte Todesstrafe — die Urteilsverkündung wurde um 24 Stunden ausgesetzt, dann kam das Urteil: sieben Jahre Zuchthaus und sieben Jahre Ehrverlust. Trotz allem ist mir das Urteil nicht erklärlich. Viele weit weniger belastete Freunde waren und wurden in den Tod geschickt — von demselben Freisler.

Ich blieb nach der Verurteilung Gefangener des Oberreichsanwalts, und als solcher wurde ich im Gefängnis in Tegel behalten und erst beim Herannahen der Russen am 7. Februar auf einem elftägigen Transport von Berlin nach Bayreuth gebracht. Um diese Reise zu schildern, müßte ich ein Dostojewski sein. Ich habe auf diesem Transport Tote ausgeladen und Wahnsinnige gefesselt.

Durch die Fluchttransporte aus dem Osten und Westen war das Zuchthaus in Bayreuth seit Februar vier- und fünffach überbelegt. Tausende von Deutschen, Tschechen, Polen, Franzosen, Jugoslawen und Griechen waren dort zusammengedrängt. Die Lebensmittel gingen zu Ende. Der Hunger war rasend. Ich weiß nicht, wieviele von uns an Hunger und Entbehrung gestorben sind. Als die ersten amerikanischen Parlamentäre am Zuchthaus vorbeifuhren, um die Stadt zur Uebergabe aufzufordern, konnte uns das kaum erregen: aus Nachlässigkeit hatte ein Verwalter die Türe zum Kartoffelkeller offen gelassen, und nun setzte ein Sturm ein. Die nahe Befreiung war unwesentlich; es ging um Kartoffeln, die ungekocht verschlungen wurden. Nie werde ich diese elementare Manifestation des Selbsterhaltungstribs vergessen!

Seit Anfang April hatte man die Amerikaner erwartet. Am 14. April wurde plötzlich die Räumung des Zuchthauses befohlen; da die Stadt nicht kapituliert hatte, stand ein Kampf bevor, und die 34 Lazarette und das Zuchthaus sollten evakuiert werden. In unseren schwarzen Zuchthausuniformen, mit gelben Streifen an Oberarm und Beinen, wurden wir an den Stadtrand geführt, wo sich nach einem letzten Zusammenstoß, der Kraftprobe mit den Wächtern, bald eine Gelegenheit zum Entkommen fand. Von den Amerikanern wurde ich, samt den Mitgefangenen, die sich mir angeschlossen hatten, freundlich aufgenommen und verpflegt.

Die nächste Aufgabe

Auf die Frage, was er als seine nächste Aufgabe betrachte und ob er ein bestimmtes Programm für den Wiederaufbau habe, erklärte Dr. Gerstenmaier:

Nein, ein „Programm“ habe ich nicht. Es kommt uns Deutschen heute nicht zu, „Programme“ aufzustellen. Es geht wie nie zuvor für uns um einen Aufbau aus den Fundamenten. Dabei wird der Kirche eine der wichtigsten Aufgaben zufallen. Nur auf dem Grund einer inneren Erneuerung, einer echten Rechristianisierung wird es für uns Deutsche eine Zukunft geben. Sie dürfen dabei unter Christianisierung nicht an Äußerlichkeiten, nicht an Klerikalisierung usw. denken, sondern an eine Erneuerung, die sich über Fatalismus und Anonymität erhebt und zur persönlichen Verantwortung sub specie aeternitatis führt. Aus diesem christlichen Selbstverständnis heraus gilt es eine schlichte, anspruchslose, aber kräftig gegründete neue brüderliche Gemeinschaftsform zu finden.

Seit 1943 habe ich in der Zusammenarbeit mit dem Landesbischof von Württemberg, Dr. Wurm, ein Hilfswerk der Deutschen Evangelischen Kirche vorbereitet, das nach Mitteln und Wegen sucht, in der kommenden Notzeit durch koordinierte Selbsthilfeaktionen allen Menschen in Deutschland, ohne Ansehen der Person und der Konfession, zu dienen. Im Zuchthaus von Bayreuth habe ich erneut gesehen, was nottut: die Verkündigung durch die Tat und das Sein. Um dieses Werk aber durchführen zu können, ist eine Kirche der Einigkeit und Ordnung notwendige Voraussetzung.

Nach dem Zusammenbruch war die Kirche zunächst die einzige Institution, die unter den Amerikanern ihre Tätigkeit fortsetzen durfte. Sie allein kann einstweilen tragendes Subjekt eines deutschen Selbsthilfswerkes sein. Wir werden alle unsere Kräfte dafür einsetzen, diese Tätigkeit zu koordinieren, denn es wird ein bedeutender Austausch von Hilfsmitteln und Helfern

notwendig sein. Das wichtigste ist aber doch der Beginn im Kleinen, ja der Beginn im persönlichen Bereich, und diesem Beginn steht nichts im Wege. Wir wollen hoffen, daß dieser persönliche Neuanfang überall unter jenem Wort Hiobs steht, das ich nach der Befreiung im Zuchthaus von Bayreuth in der Predigt vor meinen Mitgefangenen, politischen Gefangenen aller Gruppierungen, halten durfte (Hiob 42, 2, 5, 6):

„Ich erkenne, daß du alles vermagst, und nichts, das du dir vorgenommen, ist dir zu schwer. Ich hatte von dir mit den Ohren gehört, aber nun hat mein Auge dich ge-

sehen. Darum spreche ich mich schuldig und tue Buße in Staub und Asche.“

Sowelt der Bericht Dr. Gerstenmaiers. Ueber das Schicksal der in dem Bericht genannten Personen tragen wir noch nach, daß Rechtsanwalt Langbehn im Verfahren des 20. Juli mit Popitz zusammen zum Tod verurteilt und im Oktober 1944 gehängt wurde, während Popitz erst am 2. Februar 1945 zusammen mit Dr. Goerdeler und Jesuitenpater Delp aus München gehängt worden ist. Auch Oberst Hausen ist kurz nach dem 20. Juli zum Tod verurteilt und in Plötzensee gehängt worden.

Der Umfang der Widerstandsbewegung

Der Bericht Dr. Gerstenmaiers hat dann, gleichfalls in der „Neuen Züricher Zeitung“, eine beachtenswerte Ergänzung und in einigen Punkten auch eine neue Beleuchtung durch eine Darstellung gefunden, die Dr. H. B. Gisevius veröffentlichte, der gleichfalls im Führungskreis der Widerstandsbewegung wesentliche Bedeutung gehabt hat, am 20. Juli jedoch der Verhaftung entgehen, sich verbergen und schließlich in die Schweiz flüchten konnte. Dr. Gisevius berichtet:

Jeden Staatsstreich mißt man an seinem Erfolg, und zumal einem mißglückten Attentat haftet leicht etwas Unseriöses an. So war es auch nach dem 20. Juli. Die Goebbels-Propaganda bagatellierte das Ereignis als typische „Generalsrevolte“, während über die wahren Hintergründe dieser weitverzweigten Verschwörung bis zur letzten Stunde des Gestapoterrors striktes Stillschweigen gewahrt werden mußte, damit der eine oder andere Beteiligte vielleicht doch noch seinen Henkern entging. Demgegenüber hat der Bericht Dr. Gerstenmaiers eine unerläßliche Richtgistellung gebracht. Natürlich kann die Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung nicht in einem, sei es noch so ausführlichen Interview gegeben werden. Auch wird jeder Bericht eines Ueberlebenden starke Spuren der Einseitigkeit tragen. Wer unter dem psychischen Druck steht, binnen einem halben Jahre mehr oder minder seinen gesamten Freundeskreis am Galgen verloren zu haben und selber wie durch ein Wunder demselben Schicksal entronnen zu sein, wird immer der Versuchung ausgesetzt sein, sich zunächst als Sachwalter seiner engsten Mitverschworenen zu empfinden.

Die deutsche Widerstandsbewegung war aber weit umfassender, als daß sich das Bild so vereinfachen ließe, als ob ein politisch in sich geschlossener Personenkreis sie gesteuert und hernach den Führungsanspruch erhoben hätte. Es hat zwar ein

konspiratives Zentrum gegeben, aber erst im Augenblick eines geglückten Umsturzes hätte sich klar herausstellen können, wie viele Kräfte sich im stillen nebeneinander abmühten. Goerdelers Leistung war es, diese verschiedenen Gruppen wenigstens insoweit zu koordinieren, daß die Regierungsübernahme durch eine Koalition von links bis rechts gesichert war.

Wenn man die Frage aufwirft, ob Goerdeler als das Haupt jenes Umsturzversuches zu bezeichnen sei, würde ich sagen: Goerdeler war der politische Geschäftsführer, General Oster und, nach seiner Ausschaltung, Stauffenberg, waren die technischen Geschäftsführer und General Beck war der ruhende Pol. Zu dieser technischen Geschäftsführung gehörte alles, was zum äußeren Ablauf eines Staatsstreiches gehört, angefangen von der Treppenerstellung bis zur Herbeiführung des Sprengstoffes. Mindestens ebenso wichtig war die Sicherstellung von Akten oder die Ermöglichung von In- und Auslandsreisen, nicht zuletzt die tägliche militärische und politische Unterrichtung. Dieser unentbehrliche Mittelsmann war Oster, der jahrelang auf eine Beförderung verzichtete, nur um der Opposition seine Schlüsselstellung als Stabschef der Abwehr erhalten zu können. Insbesondere sorgte Oster auf Grund der bei ihm zusammenlaufenden geheimen Berichte für eins: daß ein Cordon des Schweigens um alle maßgebenden Männer gelegt wurde. Diese Aufgabe des systematischen Totschweigens war mit die schwerste. Man kann sich vorstellen, was sich ereignet hätte, wenn sich die Auslandspresse oder die Geheimender unter Namensnennung mit der deutschen Opposition beschäftigt hätten. Die allmählich sich im Ausland durchsetzende Meinung, es gebe in Deutschland überhaupt keine Kräfte des Widerstandes, mag psychologisch sehr geschadet haben; für die Aktivisten war dieses Selbst-Verleugnen das einzige Selbstschuttmittel.

Um Oster herum kriselte es 1940, kurz nach dem Blitzkrieg im Westen, bedenklich. Seither kam der „Fall Oster“ nicht mehr zur Ruhe, bis der Gestapo 1943 der entscheidende Schlag gelang. Im April 1945 ist dann Oster unter dem Kanonendonner der heranrückenden Amerikaner in einem bayrischen Konzentrationslager ermordet worden. Bei Goerdeler ereignete sich der erste Zwischenfall bereits 1938, als das Echo gewisser Gespräche, die er im Auftrage der Opposition in London geführt hatte, in die Reichskanzlei drang. Nur mit unendlicher Mühe gelang es, die von Hitler befohlene Untersuchung im Sande verlaufen zu lassen.

Ueberhaupt war Goerdelers Name den Eingeweihten draußen und drinnen am meisten geläufig. Dafür reiste dieser rastlose Mann zuviel kreuz und quer durch Deutschland, als daß sein Wirken nicht hier und dort Flüsterspuren hinterlassen hätte. Wenn der Vorsitzende des Revolutionstribunals ihn im Prozeß als den „Handelsreisenden des Defaltismus“ bezeichnete, so traf Freiler in seinem Nazijargon durchaus das Richtige. Goerdeler war nicht einer von denen, die absolut überleben wollten. Ihn trieb eine edle Leidenschaft, den Sturz Hitlers auch um den Preis des letzten persönlichen Risikos zu erzwingen. Das ging natürlich nicht ohne jene vielen „Unvorsichtigkeiten“ ab, die ihm mit Vorliebe dann vorgeworfen wurden, wenn irgendein Generalfeldmarschall, der unter dem Banne von Goerdelers starker Persönlichkeit feierliche Zusicherungen gegeben hatte, den Weg zurück finden wollte. Zuletzt gab es eigentlich für Goerdeler nur noch eine Form der Tarnung — nämlich seine vielberedete Offenheit. Bei Leuten, von denen die Gestapo zuviel hörte, ereignete es sich zuweilen, daß sie das täglich einlaufende Material einfach zu dem übrigen legte. Ich entsinne mich noch an den 15. Juli, den Tag, an dem das Attentat zum zweitenmal versucht wurde. Stauffenberg war ins Hauptquartier gellogen, die Truppe war alarmiert, stündlich mußte die entscheidende Nachricht eintreffen. Hitler lief aber wenige Minuten vor Auslösung der Bombe aus dem Zimmer. Goerdeler und ich saßen bei Beck, und in diesem spannungsvollen Warten warf Beck die sorgenvolle Frage auf, warum Goerdeler nicht längst verhaftet sei. Ich glaube, dieser hatte mit seiner Antwort recht: „Verlassen Sie sich darauf, einen Leckerbissen wie mich spart man sich so lange auf, bis es zur großen Schlußabrechnung kommt.“ Unsere Hoffnung, der Gestapo dabei zuvorzukommen zu können, sollte trügen.

Auch Generaloberst Beck stand seit langem auf der schwarzen Liste. Wie konnte das bei einem Manne anders sein, der seit 1939 von links bis rechts unbestrittenermaßen der präsumptive Staatschef war?

Man erachtete Beck zu diesem Posten doppelt qualifiziert. Einerseits hatte sich dieser vornehme, durchgelistigte Mann innerlich längst vom Militarismus gelöst. Sein Urteil über Hitlers Feldmarschälle, was deren militärische und charakterliche Haltung betraf, war sachlich fundierter und härter als das irgend eines Zivilisten. Er war der einzige führende General, der 1938 aus Protest gegen Hitlers Kriegspolitik zurückgetreten war und sich hartnäckig jeder Reaktivierung widersetzt hatte. Vor Ausbruch des Krieges sowie in jeder entscheidenden Kriegsphase — auch 1940, also so viele wech wurden — hatte er seine meisterhaften Denkschriften vertraulich an Halder oder andere Feldmarschälle geschickt, daß und warum der Krieg verloren war. Vergeblich. Andererseits war er dadurch von selber zu jener Autorität geworden, der sich alle oppositionellen Kreise in der Wehrmacht bereitwillig unterordneten. Ohne die Wehrmacht war aber der Putsch nicht auszulösen und niemand anders als ein Offizier konnte die Bombe werfen. Wer daran zweifeln möchte, etwa mit der Begründung, daß man Hitler doch bei so vielen öffentlichen Anlässen gesehen habe, der ahnt nicht, wie Hitler sich seit dem Anschlag vom 8. Nov. 1939 schützen ließ. Niemals bewegte er sich außerhalb seiner gewohnten Umgebung. Seit Stalingrad war er aus seiner Fuchshöhle überhaupt kaum mehr herauszulocken. Bei seinen spärlichen Frontbesuchen benutzte er nur den eigenen Wagen. Schon 1943 schickte er für die wenige Minuten dauernde Fahrt vom Flugplatz Smolensk zum dortigen Hauptquartier seine eigene Autokolonne, die deswegen mehrere tausend Kilometer zurücklegen mußte. Eine eigene Küche mußte für ihn gebaut werden, mitgebrachte Köche bereiteten das Essen, und stets hatte der Leibarzt in Hitlers Gegenwart dieses vorzuschmecken. An den Türen und Wänden der Beratungszimmer, in denen Hitler Vorträge entgegennahm, standen baumlange SS-Männer, die jeden verdächtigen Griff mit unmißverständlichen Blicken verfolgten. So kam es, daß bewährteste Frontoffiziere offen erklärten, ihrer Nerven nicht so weit sicher zu sein, um das Gelingen eines Attentates durch Erschießen garantieren zu können. Dies ist der Grund, warum schließlich auf ein Bombenattentat zurückgegriffen wurde, obwohl dabei zwangsläufig unschuldige Personen mitumkommen mußten. Ich weiß, wie sehr Stauffenberg letzterer Unstand reliquös zu schuffen gemacht hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die interessante Tatsache aufmerksam machen, daß bis heute, wo seit Monaten offen über die Geheimgeschichte des Dritten Reiches geschrieben werden kann, von keinem Attentatsversuch berichtet wurde, bei dem eine zivile Oppositionsgruppe selber in Ak-

tion getreten wäre. Solt das etwa besagen, keine der vielen Widerstandsgruppen hätte den Mut zur Tat aufgebracht? Man denke doch an die Millionen ermordeter Juden oder die Millionen von Fremdarbeitern. Letztere wurden sogar aus der Luft mit Sprengmaterial versorgt; aber nicht einer von ihnen, sondern ausgerechnet Stauffenberg benutzte diesen abgeworfenen englischen Sprengstoff bei seinem Anschlag. Warum? Weil es nur ihm nach monatelangen Schwierigkeiten unter Hilfestellung einer Anzahl von Generälen gelang, unauffällig in die Nähe Hitlers zu kommen. Wer heute so tut, als ob sich nur eine einzelne Person oder ein einziger Personenkreis zu dem schweren Entschluß eines Attentates Durchgerungen hätte, übersteigert Stauffenbergs bewunderungswürdigen Mut zum Nachteil aller jener Widerstandsgruppen, besonders jener vielen tapferen Menschen in der Provinz, die im wahrsten Sinne des Wortes zu weit vom Schuß waren und von denen so mancher als unbekannter Held sein Leben hat lassen müssen, ohne mehr als einen „kleinen“ Sabotageakt oder eine Flugblattverteilung beibringen zu können.

Darum kann man auch nicht den Anschlag vom 20. Juli für eine bestimmte Gruppe in Anspruch nehmen. Gerade weil ich die Vorbereitung und Durchführung dieses Versuches aus nächster Nähe mitverfolgen konnte und, wenn man so will, selber zu einer „Gruppe“ gehört habe, bin ich der Meinung, man sollte nicht so sehr auf den technischen Ablauf, als auf die geistig-politische Vorbereitung abstellen. Die Blutzengen des 20. Juli gehen in die Tausende. Nur ein winziger Bruchteil von diesen hat von dem Anschlag gewußt, und doch hatten sie

alle, sei es durch ihre Mittelsleute, sei es durch gelegentliche persönliche Interventionen, sei es durch ihre geistige Vorbereitung, sei es durch ihre heißen Wünsche, Anteil daran.

Ich will noch kurz auf die Frage antworten, worin ich die historische Tiefenwirkung dieses Tages erblicke. Hitler war am 20. Juli längst ein geschlagener Mann, so sehr, daß nicht einmal eine Dolchstoßlegende wieder hätte aufkommen können. Es war zu spät zu irgendwelchem Verhandeln, um sich aus den Konsequenzen der militärischen Niederlage herauszuflüchten. Einzig von einem Standpunkt aus war es nicht zu spät: zu einem mannhaften Handeln um der Ehrentrettung willen. Am 20. Juli trat die deutsche Widerstandsbewegung aus dem Dunkel der Anonymität heraus zum Angriff an. Seither läßt es sich nicht mehr abstreiten, daß es tatsächlich in Deutschland Männer und Frauen gab, die für Glauben, Recht und Menschenwürde kämpften. Es läßt sich nicht mehr bezweifeln, welche ungeheuren Schwierigkeiten einem Umsturzversuch, selbst wenn er mit Sprengstoff und mit Panzerkolonnen unternommen wurde, entgegenstanden. Und inmitten einer Götzendämmerung ohnegleichen wird in dem letzten und furchtbarsten Blutbad der Gestapotyrannei noch einmal symbolhaft sichtbar jene echte Tragik aller ungezählten Namenlosen und Genannten eines endlosen Jahrszwölfts, über deren einsamer und qualvoller Todesstunde vielleicht nur deshalb das bittere Wort „vergeblich“ stand, damit sich das deutsche Volk, dem im Glücke nicht zu helfen war, nunmehr in schicksalhafter Verbundenheit mit diesen Blutzengen über Gräber und Ruinen aufwärts seinen harten Weg in eine geläuterte Zukunft bahnt.

Der Generalstabschef als Verschwörer

Schon im Sommer 1938 war Dr. Gisevius in hervorragendem Maß an einem Umsturzplan beteiligt gewesen, den der damalige Chef des Generalstabs, Dr. Franz Halder, vorbereitet hatte. Ueber diesen Plan, den Dr. Gisevius in seinem vorstehend wiedergegebenen Ergänzungsbericht unerwähnt läßt, unterrichtet uns folgende Darstellung in der Zürcher „Weltwoche“:

Nach dem Sturz des Generalfeldmarschalls von Blomberg hatten sich die Oppositionellen im Reich enger als bisher zusammengefunden und um den aus dem Dienst ausgeschiedenen General Beck geschart. Vorbedingung für einen erfolgreichen Aufstand war die Gewinnung der Wehrmacht und Gisevius wurde beauftragt, bei General Halder vorzutreten. Er war nicht wenig erstaunt, als dieser schon nach wenigen Minuten eines zunächst vorsichtig geführten Gesprächs sich

mit erstaunlicher Offenheit als Hitlergegner bekannte und sogleich vorschlug, den Führer, den er als „Blutsäufer“, „Verbrecher“ und „Wahnstunigen“ bezeichnete, durch ein Attentat zu erledigen, das allerdings als ein Unglücksfall getarnt werden sollte. Halders Theorie war jedoch, daß der psychologische Moment für ein Attentat erst gekommen sei, wenn Hitler einen offensichtlichen außenpolitischen Rückschlag erlitten habe, weil es dann leicht sein werde, die Deutschen von der Notwendigkeit des Umsturzes zu überzeugen. Diesen Rückschlag erwartete Halder — das Gespräch fand im August 1938 statt — in kürzester Zeit, nämlich im Zusammenhang mit der Sudetenkrise, da er überzeugt war, daß England in dieser Frage nicht nachgeben könne. Der Putsch wurde exakt vorbereitet. In der Hauptstadt bereitete der damalige Stadt-

kommandant General v. Witzleben eine blitzartige Aktion vor, um alle Stützpunkte der Gestapo und der SS zu besetzen, während im Thüringer Wald die Panzertruppen des Generals Höpner bereitstanden, um einen Marsch der Leibstandarte Hitlers auf Berlin abzufangen. Alles wartete auf das Stichwort, das ein eklatanter Mißerfolg der Vabanquepolitik Hitlers bringen sollte. Statt dessen aber kam die Nachricht, daß der britische Ministerpräsident Chamberlain trotz der Behandlung, die ihm in Godesberg widerfahren war, nach München kommen werde und mit dem Abschluß des Münchner Abkommens, das Hitler noch einmal rettete, war der psychologische Moment für ein Attentat vorbei, denn nun galt Hitler bei den Deutschen erst recht als der Wundermann, dem alles glückte. Im folgenden Jahr, als Hitler den Angriff auf Polen vorbereitete, war die allgemeine Stimmung im Hauptquartier gegen einen Krieg und im Generalstab war man überzeugt, daß Deutschlands Kriegsmaschine einem wirklichen Krieg nicht gewachsen sei. Wieder rechnete General Halder mit einem Rückschlag, den er zu einem Attentat ausnützen wollte. Bis kurz vor dem Kriegsausbruch erklärte Hitler seinen Generälen immer wieder, daß er nur bluffe und gab ihnen sein Ehrenwort, daß England auch diesmal nachgeben werde. Schon am 23. August 1939 gab er den Angriffsbefehl, den er aber drei Stunden später, von einem Weinkampf geschüttelt, widerrief, so daß die Generäle überzeugt waren, daß Hitler nach diesem seelischen Zusammenbruch es nicht mehr wagen werde, den Angriffsbefehl zu wiederholen. Himmler und Ribbentrop, die beide den Krieg wollten, brachten es aber fertig, in der folgenden Woche Hitler fast ganz von der Außenwelt abzuschließen und ihn so zu bearbeiten, daß er den Angriffsbefehl doch zum 1. September gab. Auch diesmal ließ sich Halder von seiner Rückschlagstheorie leiten, weil er jetzt mit einem militärischen Rückschlag rechnete, aber auch diesmal blieb dieser aus, weil die Polen keine wirksame Hilfe der Westmächte fanden und der polnische Feldzug infolgedessen Hitler einen neuen Triumph brachte.

Der Mann im Hintergrund

Was in all diesen Berichten auffallen muß, das ist die schier unheimliche Tatsache, daß diese so weit in die Zeit vor dem Krieg zurückreichenden Putschpläne, mit denen sich ein so ansagehnter Personenkreis befaßte, der Gestapo und ihrem Chef Himmler verborgen geblieben sein sollten. Dr. Gisevius gibt dafür die Erklärung, daß General Oster als Stabschef der Abteilung Abwehr des O.K.W. einen Cordon des Schweigens um alle maßgebend an den Putschplänen be-

teiligten Personen zu legen, verstanden habe. Diese Erklärung kann keineswegs befriedigen, denn wer sich jener Zeit noch genau erinnert, der weiß sehr wohl, wie seit Jahr und Tag in allen oppositionellen Kreisen der Wehrmacht, der Kirche und der Wirtschaft Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich herumgeboten wurden, in denen alle jene Namen immer und immer wieder genannt wurden, deren tatsächliche Beteiligung durch die späteren Ereignisse bestätigt worden ist. Ist es auch nur denkbar, daß alles, was in jenen Jahren in zahllosen Offizierskasinos, Pfarrhäusern und Direktorenzimmern geflüstert worden ist, ausgerechnet der Gestapo und ihrem Chef Himmler nie zu Ohren kam? Wenn aber Himmler diese Dinge wußte — und es ist unmöglich anzunehmen, daß er nicht um sie gewußt hat — warum hat er nicht zugegriffen? Es scheint, daß in dieser Frage das Geheimnis des 20. Juli 1944 umschlossen ist. Es ist in der Tat so, wie der Kommentator der „Neuen Zürcher Zeitung“ im Anschluß an den Bericht Dr. Gerstenmaiers andeutete, daß die Darstellung, die Göbbels nach dem 20. Juli verlauten ließ, nicht nur Zweifel an ihrer Richtigkeit erweckte, denn das war bei den nationalsozialistischen Informationsmethoden selbstverständlich, sondern, daß sie die Frage geradezu herausforderte, ob nicht die Organe des Regimes bei den Vorgängen des 20. Juli ihre Hand im Spiel gehabt hätten. Dieser Verdacht kann nicht mit dem Einwand entkräftet werden, daß die Machthaber des Dritten Reichs unmöglich mit dem Eingeständnis einer beinahe gelungenen Revolte vor die Öffentlichkeit hätten treten können. Dieser Einwand könnte gelten, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß das Regime sich des Putsches nur als Vorwand bedient habe, um die latente innere Gegnerschaft durch einen präventiven Schlag zu vernichten, wobei immer noch die Frage offen bleibt, warum Himmler nicht früher zugegriffen hat. Bei jedem ungeklärten Verbrechen stellt der Kriminalist die Frage: cui bono, wem nützt die Tat? Die Antwort auf diese Frage gibt die Rolle, die der Reichsführer SS nach dem 20. Juli in Deutschland gespielt hat: der offensichtliche und ausschließliche Nutznießer des Attentats vom 20. Juli war Heinrich Himmler!

Dieser hatte längst schon die machtvollste Stellung aller Parteigrößen und sein Aufstieg läßt deutlich erkennen, daß er von allem Anfang an darauf hingearbeitet hat, alle tatsächlichen Machtpositionen des Dritten Reiches an sich zu reißen. Sein erstes Machtinstrument schuf er sich noch in der Kampfzeit mit der Bildung der Schutzstaffeln (SS), die an innerer Geschlossenheit die SA schnell überflügelten und im Krieg durch ihre Entwicklung zur Waffen-SS, eine Partei-Elitetruppe neben der Wehrmacht wurden,

die vor allem für politische und Polizeiaktionen großen Stils ein zuverlässiges Werkzeug war. Im Jahr 1934 wurde Himmler Leiter der Gestapo und 1936 Chef der gesamten deutschen Polizei. Damit hatte er mit Ausnahme der Wehrmacht bereits alle Machtmittel des Reiches in seiner Hand. Als die Volksgrenadierdivisionen aufgestellt wurden, die neben den Divisionen der Wehrmacht an sich schon eine auffällige Neuschöpfung waren, wurden auch sie Himmler unterstellt. Im Anschluß und als Ergebnis des 20. Juli wurde Himmler Oberbefehlshaber des Heimat- und Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung. Aber nicht genug damit, daß Himmler so der weitaus mächtigste Mann im Reich geworden war, begann er gerade jetzt in der Öffentlichkeit Funktionen auszuüben, die bis dahin Hitlers Reservat gewesen waren. Das wirkte um so auffälliger, als Himmler von allen Parteigrößen vordem wohl der einzige gewesen war, der sich in der Öffentlichkeit einer

betonten Zurückhaltung befleißigt hatte, wenn auch seine Macht und sein Einfluß überall wie eine schwere und drohende Last verspürt wurde. Hitler seinerseits aber verschwand vom 20. Juli an so sehr aus der Öffentlichkeit, daß nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland selbst immer dringlicher die Frage gestellt wurde: Wo ist Hitler? Endlich hörte man Hitlers Stimme wieder in zwei Rundfunkansprachen. Diese waren von einer merkwürdigen Beziehungslosigkeit zu den Tagesfragen und gaben erst recht Anlaß zu raunenden Zweifeln ob das, was man im Rundfunk gehört hatte, wirkliche Ansprachen Hitlers waren. Es war seine Stimme, es war seine Ausdrucksweise, aber irgendwie wirkten diese Reden wie die Stimme aus dem Grab. Schließlich kam noch jener merkwürdige Aufruf, der das deutsche Volk zum äußersten Widerstand aufforderte und unterzeichnet war: Keitel, Bormann, Himmler! Ein Dreimännerdirektorium statt des Führers?

Eine Verschwörung im Luftfahrtministerium

Daß Himmler zuzuschlagen verstand, wenn er es für notwendig hielt und wenn es in seine Pläne paßte, beweist einmal die Tatsache, daß er aus dem Kreis der Verschwörergruppe des OKW schon im Jahre 1943 General Oster herausgegriffen und ins KZ geschickt hatte, ein Vorgang, den die Verschwörer selbst wie das Spiel der Katze mit der Maus empfinden mußten. Aber schon vorher, Anfang 1942, hatte Himmler gegen eine Verschwörergruppe, die im Luftfahrtministerium saß, mit unerhörter Brutalität zugegriffen. Ueber diese Verschwörung, die im Gegensatz zu der OKW-Gruppe eine Verbindung mit Sowjetrußland anstrebte, gaben die „Basler Nachrichten“ am 18. September 1945 den Bericht eines Eingeweihten, den wir auszugsweise folgen lassen.

Vom Luftfahrtministerium, in dem der Herd dieser Verschwörung war, wußte die Fama schon längst zu berichten, daß hier ein Oppositionsgeist gegen die Partei und die SS herrschte und geduldet wurde, der berufen schien, zur Beendigung des Krieges eine ähnliche Rolle zu spielen, wie die Marine 1918. Natürlich waren Göring und sein angster Mitarbeiter Milch unbeteteiligt, aber es ist kein Zufall, wenn Himmler gerade hier zugegriffen hat, um damit den Rivalen Göring zu treffen. Das Luftfahrtministerium war die Reservatdomäne der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Börsenzeitung“, während das Parteiorgan, der „Völkische Beobachter“ hier geradezu verpönt war, was auf die Verhältnisse ein kennzeichnendes Licht wirft.

Kopf der Verschwörung war der Oberregierungsrat im Wirtschaftsministerium, Dr. von Harnack, ein Neffe des Theologen v. Harnack, ferner ein Kapitän v. Boyen, Neffe des Großadmirals von Tirpitz, Oberstleutnant Werth, der Chef der Gegenespionage im Luftfahrtministerium, der Generalvertreter des Otto-Wolf-Konzerns, ein Herr Tusstedt, ein Schwager des bekannten Berliner Kunstverlegers Ernst Wasmuth, der das einflußreichste Haupt der Verschwörung und auch für einen Ministerposten vorgesehen war, falls der Putsch zur Beseitigung Hitlers führen würde. Als Vertrauensmann der Rüstungsindustrie hatte Tusstedt Zutritt zum Luftfahrt- und Wirtschaftsministerium.

Mit den Westmächten stand die Gruppe nicht in Verbindung, sondern nur — was vor dem Kriegsgericht als besonders belastend herausgestellt wurde — mit Sowjetrußland. Mit dessen Spionageorganisation wurde in großem Maßstabe zusammengearbeitet. Die Verbindung durch Geheimsender und Fallschirmspringer funktionierte gut. Hauptsächlich Nachrichtenvermittler war Tusstedt, der bei geschäftlichen und privaten Besuchen alles erfuhr, was er von den Dienststellen erfahren wollte und es an die Geheimsender weitergab, ohne daß ein Verdacht auf ihn fiel.

Ein Oberleutnant der Industrieabteilung des Luftfahrtministeriums, der Bremer Architekt Dr. Hans Henniger, wurde, neben anderen zur Geheimhaltung verpflichteten Angestellten des Ministeriums, verhaftet und nach langen Monaten Untersuchungshaft zu zwei Jahren Gefängnis verur-

teilt (die mildeste Strafe in diesem Riesenprozeß), weil er dem Wolf-Vertreter die Zahl der monatlich hergestellten Bomben und Jäger bestätigt hatte, die dieser mit Quellenangabe an den russischen Spionagedienst weitergegeben hatte.

Die Uebermittlung der Nachrichten erfolgte unter Verwendung eines Geheimschlüssels, der sich auf Seiten, Zeilen und Buchstaben eines französischen Romans aufbaute. Durch einen noch nicht aufgeklärten Zufall wurde dieser Roman-Schlüssel von der deutschen Gegenspionage in Brüssel entdeckt und gedeutet. So kam man auf die Spur der Verschwörer. Die Verschwörer wurden schlagartig von einem starken Gestapokommando verhaftet. Haussuchungen, Adressen- und Telephonnummernfunde führten zu weiteren Verhaftungen. Insgesamt wurden etwa 200 Personen verhaftet, drei bis vier Dutzend zum Tode verurteilt und hingerichtet, sechs davon durch den Strang; viele Dutzende wurden zu Freiheitsstrafen von zwei Jahren bis lebenslänglich verurteilt.

Mit den Hauptbeteiligten wurden auch zahlreiche Sekretärinnen des Luftfahrtministeriums verhaftet, einige von ihnen zum Tode verurteilt und durch das Beil hingerichtet, so die Gräfin v. Rantzau. Die Verurteilungen wurden damit begründet, daß die weiblichen Angestellten, die vom Treiben der Verschwörer Kenntnis hatten, verpflichtet gewesen seien, die Gestapo zu benachrichtigen. Die gleiche Begründung galt auch für die Ehefrauen; Frau v. Haynack wurde zum Tode verurteilt und mit dem Beil hingerichtet, nachdem sie der Erhängung ihres Mannes hatte beizuhelfen müssen.

Wenn also Himmler in einem Fall, in dem er seinen Rivalen Göring zu treffen glaubte, so rücksichtslos zuschlug, so muß er schon seine besonderen Gründe gehabt haben, daß er die Verschwörergruppe im

OKW so lange gewähren ließ. Dafür gibt es nur die eine Erklärung, daß er sich dieser Gruppe zu bedienen gedachte, wenn er die Zeit für die Verwirklichung seiner eigenen Absicht die ganze Macht an sich zu reißen, für gekommen hielt. Dies aber war der Fall, als durch den Erfolg der angloamerikanischen Invasion Hitlers Theorie endgültig widerlegt war, daß das Scheitern der Invasion, auf das er fest vertraut hatte, den deutschen Endsieg automatisch nach sich ziehen werde. Von diesem Zeitpunkt an mußten alle Kräfte die eine schnelle Beendigung des Kriegs für unvermeidlich halten, die Oberhand gewinnen, da dieser Fehlschlag auf das deutsche Volk einen demoralisierenden Einfluß hatte, der kaum mit den üblichen Propagandamethoden aufgehoben werden konnte. Himmler, der Mann, der zu den ersten Kriegstreibern gehört hatte und angeschlossen war, den Krieg trotz allem fortzusetzen, sah seine Stunde gekommen und ging auf. Ganze. Ob er die Ereignisse des 20. Juli selbst ausgelöst hat, ist eine Frage von geringer Wichtigkeit. Der Umsturzversuch des 20. Juli verliert in nichts an seiner Bedeutung, wenn sich erwies, daß der Chef der Gestapo es war, der den, solange gehegten und doch nie zur Ausführung gekommenen Plan zur Auslösung brachte. Auch die subjektive Ueberzeugung aller an der Verschwörung beteiligten Männer, den Umsturz aus ihrem freien Entschluß gewollt zu haben und der moralische Wert ihres Opfers bleibt unberührt, wenn man die endliche Auslösung des Planes als Werk des Chefs der Gestapo betrachtet. Mit dieser Annahme lösen sich die meisten Rätsel, die aus den Ereignissen des 20. Juli entstanden sind. findet man aber auch die einleuchtende Erklärung für die Tatsache, daß seit dem 20. Juli 1944 alle Kräfte, die sich der Beendigung des sinnlos gewordenen Widerstandes entgegenstellten, sich in Himmler personifiziert hatten.

So starben die Männer vom 20. Juli

Eine Darstellung von den letzten Stunden der Männer des 20. Juli gibt der frühere katholische Gefängnisgeistliche der Strafanstalt Plötzensee, Pfarrer P. Buchholz, in der „Neuen Zeit.“ Anlaß dazu gab ihm die Vorführung des von den Nazis aufgenommenen Filmstreifens über den Volksgerichtshofprozeß.

Pfarrer Buchholz berichtet „Einige Minuten vor ihrer Hinrichtung habe ich Generalfeldmarschall von Witzleben, die Generale von Hausen, Höppner und Stieff, sowie die Offiziere Graf York von Wartenburg, Bernhardis, Klausning und von Hagen gesehen und gesprochen. Sie waren die ersten acht Männer, die nach Plötzensee ge-

bracht wurden, damit das Urteil: „Tod durch den Strang“ an ihnen vollzogen werde.

Aufrecht und ungebrochen, ohne ein Wort der Klage oder unmännliche Weichheit, ebenso bereit zum Gang in den Tod, wie sie vorher bereit waren, ihr Leben einzusetzen in dem Kampf um die Befreiung von der Nazityrannie, haben sich diese Männer den Segen ihrer Kirche erbeten. Ein ausdrückliches Gebot Hitlers hat den Gefängnisgeistlichen ihre seelsorgerische Tätigkeit untersagt. Durch einen Hitlerbefehl wurde den Angeklagten vom 20. Juli der geistliche Zuprspruch vor dem Tode versagt. Durch das Entgegenkommen einiger aufrechter Gefängnisbeamter ist es mir trotzdem gelun-

gen, eine Reihe von Herren während der ganzen Zeit ihrer Haft bis zu ihrer Hinrichtung regelmäßig zu besuchen, so daß ich auch über deren seelische Verfassung ein authentisches Urteil abzugeben vermag. Immer wieder stehe ich in heiliger Ehrfurcht vor der letzten Größe und Reife, wenn ich an die Stunden zurückdenke, die ich bei den Häftlingen zugebracht habe. Ist es nicht wie eine Begegnung mit Helden und Heiligen, wenn der Jesuitenpater Delp

mir kurz vor seinem Gang zum Schaffott sagte: „In ein paar Minuten weiß ich mehr als Sie,“ oder Graf Moltke sich mit einem frohen Lächeln von mir verabschiedet: „Auf Wiedersehen in einer anderen Welt.“

„Das ist das wahre Bild dieser Männer,“ schreibt Pfarrer Buchholz. „So möchte ich in tiefster Verpflichtung gegenüber ihrem Opfermut ihr Andenken der Nachwelt überliefern.“

Nachwort

Der Sinn des Mißerfolgs

Mit einer aus zwiespältigen Gefühlen genährten Spannung liest man diese Berichte, denn es bleiben Fragen offen, auf die sie uns keine Antwort geben.

Eines zwar geht aus ihnen mit aller Deutlichkeit hervor: es hat eine deutsche Widerstandsbewegung gegeben, die sehr weite Kreise umfaßte und nicht erst aus der Erkenntnis entstanden war, daß der Krieg verloren sei und darum beendigt werden müsse. Vielmehr wurzelte die Widerstandsbewegung in den moralisch-sittlichen Kräften des Christentums, die der Nationalsozialismus zwar unterdrücken, aber längst nicht lähmen konnte. Hinzu kamen die politischen Kräfte, die teils schon aus ursprünglicher Ueberzeugung die nationalsozialistische Ideologie ablehnten, teils auch erst durch die praktische Bekanntschaft mit der nationalsozialistischen Wirklichkeit diese als Gefahr für die Existenz des deutschen Volkes begreifen lernten. Zur Führung endlich fanden sich militärische Fachmänner, denen man sicher nicht unrecht tut, wenn man sie nicht als Pazifisten betrachtet, sondern eben als Fachmänner, die ganz einfach wußten, daß und warum Deutschland den Krieg nicht gewinnen konnte und ihn darum zu verhindern oder so schnell wie möglich wieder zu beendigen suchten. Weshalb diese deutsche Widerstandsbewegung erfolglos geblieben ist, mag objektiv geprüft und festgestellt werden, aber wie auch das Ergebnis dieser Prüfung ausfällt, so bleibt doch wesentlich und entscheidend die Tatsache, daß ein zäher und opferreicher Kampf aus den besten Kräften des deutschen Volkes heraus gegen Hitler geführt worden ist. Wundert man sich im Ausland darüber, daß die Deutschen die Hitlerdiktatur so lange ohne erkennbare Gegenwehr ertragen haben, so kann man nun doch zu Hunderten oder Tausenden die deutschen Blutzugeen aufzählen, die für die Sache der Menschlichkeit und der Freiheit den schimpflichen Tod

durch Henkershand auf sich genommen haben.

Allerdings läßt sich nicht die Frage umgehen, warum diese Widerstandsbewegung gescheitert ist. Der Mißerfolg ist ein unerbittlicher Richter, der letzte Klarheit fordert. An uns allen zerrt die Frage, was geworden wäre, wenn Hitlers Tyrannis spätestens mit dem Putsch vom 20. Juli gebrochen worden wäre. Wäre uns nicht bloß alles Ungemach erspart geblieben, das nach diesem Tag noch durch den sinnlos gewordenen Widerstand über uns kam, sondern wären die Deutschen schon damals reif gewesen, die Niederlage mit der Einsicht hinzunehmen, daß sie unausweichlich geworden war? Auf diese Frage kommt es an, denn eine Neuauflage der Dolchstoßlüge, die der immer nagende Zweifel an der Unvermeidbarkeit der Waffenstreckung erzeugt und genährt hätte, müßte unsere Zukunft nicht weniger vergiften, als die Dolchstoßlüge die Zeit nach dem ersten Weltkrieg vergiftet hat. War es wirklich so, wie Dr. Gisevius meint, daß Hitler am 20. Juli 1944 längst schon ein geschlagener Mann war und daß er es so sehr war, daß keine Dolchstoßlüge mehr hätte aufkommen können?

Daß Hitler geschlagen war und nichts als ein Wunder ihn noch hätte retten können, haben damals sicher schon die meisten Deutschen eingesehen. Aber wenn sie auch die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit eines rettenden Wunders mit dem Verstand verneinten, so haben sie trotzdem mit der Unvernunft ihres Herzens das Wunder erhofft und ersehnt. Und viele von denen, die gegen Hitler standen und ohne Zögern bereit gewesen wären, ihn mit Gewalt zu beseitigen, sind in ihrer Entschlußkraft durch nichts anderes gelähmt worden als durch die Sorge, ihr Volk dadurch in die Niederlage hineinzustoßen und sich die Verantwortung für diese aufzuladen. Es ist eine der merkwürdigsten Erscheinungen der

hinter uns liegenden Zeit, daß in allen ihren Krisenmomenten in den Kreisen, in denen man sich Sorgen um das Schicksal des deutschen Volkes machte, die Ueberzeugung anzutreffen war, daß der Generalstab eine verantwortungslose Abenteuerpolitik nicht mitmachen und durch sein Veto verhindern werde. Man konnte und wollte einfach nicht denken, daß die am besten unterrichteten Männer, die allein sich ein zutreffendes Bild über die Chancen eines Krieges machen konnten, so gewissenlos sein könnten, einen Krieg zuzulassen oder weiterzuführen, wenn sie selbst nicht an die Möglichkeit eines Sieges glaubten. Hinter dieser Hoffnung, die sich an die jeweils stärksten militärischen Persönlichkeiten klammerte, stand jedoch nichts anderes als die Erwartung, daß eine "Revolution von oben" gemacht werden könne, ohne daß die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes um den Preis einer totalen Niederlage erkaufte werden müsse.

Diese Erwartung beruhte auf einer Unkenntnis oder auf einer Verkenntnis der tatsächlichen Machtverhältnisse in Deutschland. Der Nationalsozialismus konnte nicht durch eine "Revolution von oben" und schon gar nicht durch einen Generalsputsch beseitigt werden, weil die Wehrmacht weder die einzige, noch wenigstens die stärkste bewaffnete Macht im Reich war. Selbst wenn die Wehrmacht sich geschlossen hinter die Putschisten gestellt hätte, was in jedem Fall sehr unwahrscheinlich ist, wäre die an den Fronten gebundene Masse der Kampfddivisionen für einen innerpolitischen Machtkampf gar nicht verfügbar gewesen während die Polizei- und SS-Divisionen Himmlers sehr wohl in der Lage gewesen wären, an jeder Stelle und zu jeder Zeit sehr schnell und sehr hart zuzuschlagen. In Wirklichkeit hatte es Himmler nicht einmal nötig diese Kräfte einzusetzen. Der Putschversuch vom 20. Juli war schon gescheitert, bevor es außerhalb der Bondler-

straße zu einem Zusammenstoß bewaffneter Kräfte hätte kommen können. Die Putschisten verfügten überhaupt nicht über bereitstehende Truppen, sondern hatten ausschließlich darauf vertraut, daß nach einem geglückten Attentat gegen Hitler die Heimatruppen sich auf ihre Seite stellen würden. So konnte Himmler die ganze Widerstandsbewegung allein mit den Polizeimethoden seiner Gestapo unschädlich machen.

Und wenn das Attentat gegen Hitler geglückt wäre? Auch dann wären es nicht die Putschisten gewesen denen die Macht zugefallen wäre, denn die Entscheidung darüber, wer die Macht in Händen halten würde, war am Abend des 20. Juli unabhängig von dem persönlichen Schicksal Hitlers bereits gefallen: sie lag in den Händen Himmlers. Nach der Zerschlagung der Generalsopposition gab es aber in Deutschland überhaupt keine Kräftegruppe mehr, die Himmler die Macht hätte entreißen können.

Was nach diesem 20. Juli in Deutschland geschehen ist, hat nur den einen geschichtlichen Sinn, auch dem letzten Deutschen die Unausweichlichkeit der Niederlage klargemacht zu haben. Es wäre wirklich die letzte Möglichkeit gewesen den Alliierten bei der Invasion eine vernichtende Niederlage beizubringen, und wenn Hitler Wunderwaffen besessen hätte, dann hätten sie bei dieser Gelegenheit ihre Wunder verrichten müssen. Sie sind ausgeblieben, weil es sie nicht geben konnte und so liegt in dem Mißerfolg des 20. Juli noch der Sinn, daß auch der letzte Wundergläubige Zeit und Gelegenheit fand, sich davon zu überzeugen und sich selbst darüber Rechenschaft zu geben, daß wir der Niederlage nicht entkommen konnten, daß wir aber auch den Weg bis zum Ende gehen mußten, weil wir weder fähig noch reif dazu gewesen wären, ihn vorzeitig abzukürzen.

Die Ueberschüsse aus dieser Schrift sind bestimmt für Hinterbliebene der Männer vom 20. Juli. Als Leiterin des Komitees zur Verwaltung dieser Mittel wurde Frau Annedore Leber gewählt.

Teil-Nachdrucke aus dieser Schrift sind Zeitungen und Zeitschriften gestattet, wenn sie

1. ein angemessenes Honorar zahlen an Deutsche Bank, Konstanz, für Konto „Südkurier“ 20. Juli“
2. folgenden Nachdruckvermerk anbringen:
Aus „Schriften des Südkurier Nr. 1: Der 20. Juli 1944“ mit Genehmigung des Südv Verlag Konstanz.

Südkurier

Die große Zeitung im deutschen Süden

Der Südkurier verfügt über einen Stab hervorragender Redakteure und Mitarbeiter. Sorgfältig redigierte politische Berichte, Leitartikel zu allen wichtigen Fragen, ein gepflegtes Feuilleton und ein ausgedehnter Heimatteil. Wirtschaftsnachrichten und viele Sonderbeiträge über alle Lebensgebiete machen den Südkurier zu einer Zeitung, die ihren Lesern etwas bedeuten kann.

Im November und Dezember erscheint im Südkurier
ein großer historischer Bericht

« So kam es »

Deutsche Geschichte von Bismarck
bis zum Ende des zweiten Weltkrieges

von Dr. Fritz Harzendorf

An den Verlag des Südkurier

Konstanz

Unterschnitter bestellt hiermit den Südkurier - erbittet Probenummern des Südkurier -
erbittet Nachricht über neue Hefte der „Schriften des Südkurier“ - bestellt weitere
Exemplare der Broschüre über den 20. Juli und fügt Mark bei.

Vor- und Zuname

Wohnort und Straße:

Bitte ausschneiden und Niedergewünschtes streichen.
An vielen Orten kann man den Südkurier auch bei der Post bestellen.

1946

Nachfolgender Artikel erschienen am 1. Febr. 46 im "SÜDKURIER",
Tageblatt für Bodensee, Schwarzwald und das obere Donaugebiet.

HANDELN! NICHT REDEN.

Der Hilfsfonds des Suedkurier für die Hinterbliebenen der Männer des
20. Juli.

Die ganze Welt redet von dem Heldentum der Männer, die am 20. Juli 1944 die grosse direkte Aktion gegen Hitler gewagt haben. Aber die Tausende, welche im Zusammenhang mit dieser Aktion hingerichtet wurden, hatten Frauen und Kinder, und von diesen blieben - bei weitem nicht alle, aber doch viele am Leben. Und viele von diesen hungern jetzt, ohne dass ein Mensch ihnen Hilfe. Wir konnten melden, dass der Familie Stauffenberg eine Pension ausgesetzt worden sei. Das ist aber, soweit wir sehen, auch allen.

Weil hier gehandelt werden muss, haben wir im November des vorigen Jahres den "Hilfsfonds für die Hinterbliebenen der Männer des 20. Juli" geschaffen und zu seinen Gunsten in der Schriftenreihe des Südkurier als Nr. 1 eine Broschüre über den 20. Juli 44 veröffentlicht, welche in einer Auflage von 200 000 Stück zu Gunsten dieses Hilfsfonds verkauft wurde. Eine zweite Auflage von gleichfalls 200 000 Stück ist in Vorbereitung.

Wie ausserordentlich dringlich diese Hilfe ist, geht aus einem Brief hervor, den uns am 23.1.46 die Witwe des Generalleutnants Paul von Hase, des seinerzeitigen Kommandanten von Berlin, schreibt, der einer der Hauptführer in der Verschwörung gegen Hitler war. Es heisst in diesem Brief: "Die Nazis haben den Kindern und mir alles genommen. In unsere Berliner Wohnung Unter den Linden 1 zogen Himmlers. Sie bewohnten die Wohnung mit unseren Möbeln und Sachen. Könnte ich ein Wiederaufnahmeverfahren gegen das Urteil des Volksgerichtshof beantragen? Könnte mir nicht eine Pension zuteil werden? Bisher ist mir noch keine Hilfe zuteil geworden und ich weiss nicht, wie ich mein Leben bestreiten soll."

Selbstverständlich haben wir Frau von Hase sofort telegrafisch verständigt, dass unser Hilfsfonds ihr einen namhaften Betrag zur Verfügung stellt.

Gibt für den Hilfsfonds zugunsten der Hinterbliebenen der Männer vom 20. Juli! Gebt auch kleine Beträge! Vor allem aber gebt, wenn Ihr könnt grosse Summen! Zahlungen nimmt jede Geschäftsstelle des Südkurier entgegen, sie können auch an die Deutsche Bank Konstanz, "Konto Südkurier - 20. Juli" eingezahlt oder überwiesen werden.

Die Leitung des Verwaltungskomitees für diesen Hilfsfonds haben wir Frau Annedore Leber, der Witwe des hingerichteten früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Leber übertragen. Dem Verwaltungskomitee gehören ferner an, Dr. h. c. Hugo Eckener, Landwirt Carl Diez in Radolfzell, Dr. Bruno Leiner - Konstanz, Johannes Weyl, Direktor des Südkurier in Konstanz als Begründer des Hilfskomitees.

Byrnes zu Unruhen in Polen

Washington, 1. Februar. Der amerikanische Außenminister Byrnes erklärte in Washington, die neuesten Meldungen aus Polen bestätigten die Gerüchte über zahlreiche politische Morde. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten auch die schwierige Lage voll anerkenne, in der sich die polnische Regierung nach sechsjähriger Besetzung jetzt befinde, so sei es doch sehr bedauerlich, daß die polnische Sicherheitspolizei anscheinend in eine Anzahl Morde mit verwickelt sei.

Der polnische Gesandte in den USA, Oscar Lan, erklärte hier, daß sich illegale Verbände, deren Stärke auf etwa 100.000 Mann geschätzt werde, mit diesen politischen Morden, Judenverfolgungen und anderen terroristischen Handlungen befaßten. Im Exil lebende Polen seien verantwortlich für über 1200 politische Morde, erklärte der polnische Gesandte weiter.

Byrnes hat durch den diplomatischen Vertreter der USA in Warschau die polnische Regierung darüber unterrichten lassen, daß die Vereinigten Staaten besonders im Hinblick auf die baldige Abhaltung von freien Wahlen erwarten, daß die polnische Regierung die Aufrechterhaltung von Freiheit und Sicherheit gewährleisten wird.

Britische Truppen in Japan

London, 1. Febr. Vorausabteilungen der britischen Besatzungstruppen für Japan gingen am Freitagnachmittag in dem Flottenstützpunkt Kure (Südwest-Japan) an Land. Sie sind die erste Gruppe der 85.000 englischen, australischen, neuseeländischen und indischen Besatzungssoldaten, die im Laufe der nächsten beiden Monate nach Japan gebracht werden.

Vincenz Auriol

neuer Präsident der Konstituante

Paris, 2. Februar. Zum Präsidenten der französischen gesetzgebenden Versammlung wurde am Mittwoch der Sozialist Vincenz Auriol, ehemaliger Minister in General de Gaulles Kabinett, gewählt.

Das Sparprogramm des französischen Finanzministers André Philip soll mit Hilfe erheblicher Abstriche an den Haushalten aller Ministerien wenigstens die Hälfte des französischen Staatshaushaltes decken. Die Maßnahmen verringern beispielsweise den Heeresetat um 100 Milliarden Francs auf die Hälfte und sollen damit die französische Heeresstärke von 665.000 Mann auf 440.000 Mann herabdrücken.

„Die Maßnahmen der Regierung“, heißt es in der Protesterklärung des Berufsverbandes der französischen Angestellten, „erinnern an Verordnungen Lavals.“

Vor allem lehnen die Staatsangestellten den Vorschlag Ministerpräsident Gouins ab, alle Beförderungen und Neueinstellungen im Staatsdienst zu unterbinden.

Vergünstigungen für KZ.-Insassen

Hamburg, 31. Januar. Ehemalige Häftlinge der KZ.-Lager werden nach einer Bekanntmachung der britischen Militärregierung in Zukunft gewisse Sondervergünstigungen erhalten. Die dabei vorgesehene finanzielle Unterstützung ist nicht als ein Ausgleich für erlittenes Unrecht anzusehen, sondern als eine Gratifikation, die den ehemaligen Häftlingen einen besseren Lebensstandard ermöglichen soll. Daraus erklärt sich auch der verhältnismäßig geringe Betrag, der den ehemaligen Häftlingen zugesprochen wird.

Wer Häftling in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager war und wegen seiner Rasse, Religion, politischen Anschauung oder wegen seiner Betätigung zugunsten der Vereinten Nationen verfolgt wurde, ohne sich gesellschaftswidrigen Handlungen schuldig gemacht zu haben, ist in Zukunft zu gewissen Sondervergünstigungen in bezug auf Ernährung, Wohnung, Arbeit und finanzielle Hilfe berechtigt. Ausgenommen sind diejenigen Personen, die sich zur Zeit in einem Lager für verschleppte Personen befinden. Wer für die Inanspruchnahme dieser Vergünstigungen in Frage kommt, hat sich zunächst an den Kreis-Sonderhilfsausschuß zu wenden, wo er seinen festen Wohnsitz hat. Dort wird er über die Umstände und über das erforderliche Verfahren aufgeklärt.

Wer falsche Angaben macht, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung aus.

Der begünstigte Personenkreis

Folgende Gruppen von früheren Häftlingen der Konzentrationslager, soweit sie sich nicht zur Zeit in einem Lager für verschleppte Personen befinden, kommen für die oben erwähnten Sondervergünstigungen in Frage: a) Verschleppte Personen unbestimmter Staatsangehörigkeit, b) Verschleppte Personen, die Staatsangehörige eines Landes sind, das während des Krieges neutral blieb, c) Deutsche Staatsangehörige oder Angehörige von Staaten, die während des Krieges mit Deutschland verbündet waren, die aus einem oder mehreren der folgenden Gründe in Haft waren: 1. wegen nationalsozialistischer Gesetze- oder Rassenbegriffe, wegen ihrer Religion oder ihrer Zugehörigkeit zu religiösen Gemeinschaften, die zur nationalsozialistischen Auffassung und Politik in Widerspruch standen, wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, die Gegner der Nazis war, oder wegen ihrer Weigerung, der Nazipartei beizutreten.

Von den obigen Gruppen a, b und c ist jedoch ausgeschlossen: d) Wer jemals Mitglied der Nazipartei war — es sei denn, daß ihn die Militärregierung als für den Bezug der Sondervergünstigungen in Frage kommend erklärt, e) wer nur deswegen im Konzentrationslager war, weil er ein meuterndes Mitglied der

Wehrmacht war, f) wer nur deswegen im Konzentrationslager war, weil er an internen Streitigkeiten mit der Nazipartei teilnahm, ohne von jeher deren Gegner gewesen zu sein. Hierunter fallen z. B. Personen, die an den Bombenattentaten teilnahmen, oder diejenigen, die gelegentlich der „Reinigungsaktionen“ der Nazipartei festgenommen wurden, g) wer wegen einer strafbaren Handlung festgenommen wurde, für deren Verübung er sich gemäß dem gegenwärtigen Strafrecht einer Gefängnisstrafe von mindestens fünf Jahren ohne Wahl der Entrichtung einer Geldstrafe aussetzen würde, h) wer während seines Aufenthalts in einem Konzentrationslager Beihilfe zur Bestrafung und Verfolgung anderer Häftlinge leistete, i) wer seit Beginn der Besetzung durch ein Militär- oder Zivilgericht wegen einer Straftat ernster Natur zu Gefängnis verurteilt worden ist, k) wer nach Ansicht des Sonderhilfsausschusses in eine Gruppe fällt, die den vorerwähnten Gruppen d bis i im Grunde ähnlich ist, oder wer als eine Person schlechten Charakters allgemein bekannt und einer Sonderhilfe nicht würdig ist.

Deutsche bei der Entnazifizierung

Hamburg, 3. Febr. In der britischen Zone werden deutsche Ausschüsse und Unterausschüsse eingerichtet, die Verwaltung, die Industrie und das ganze Berufsleben von nazistischen Einflüssen zu säubern. Sie werden sich aus Personen zusammensetzen, die in politischer und gesellschaftlicher Hinsicht geeignet sind, ein gerechtes und vorurteilsfreies Gutachten über die ihnen vorgelegten Fälle abzugeben. Sie sollen in ihrer Zusammensetzung einen Querschnitt durch das öffentliche Leben der Gemeinde darstellen.

Diese Ausschüsse werden auf Kreisbasis gebildet. Sie werden einem ernannten repräsentativen Rat für die Entnazifizierung ihres zuständigen Gebietes verantwortlich sein.

Drei neue Körperschaften werden eingerichtet. Zwei davon werden den britischen Behörden gegenüber dafür verantwortlich sein, daß in ihrem Bereich alle Fälle untersucht werden. Eine davon ist die deutsche Berufungsinstanz, die sich mit Einsprüchen gegen Absetzung und Ausstoß befaßt. Eine britische Berufungsinstanz wird nach politischen Gesichtspunkten und praktischen Begebenheiten die Einsprüche solcher abgesetzter deutscher Beamten beurteilen, für die von Abteilungen der Kontrollkommission eine Beförderung vorliegt.

Die Vollmachten dieser britischen Berufungsinstanz gehen über Absetzung oder Wiedereinstellung hinaus. Sie wird Anordnungen treffen, ob jemand in Haft genommen werden soll, oder ob ihm Bewegungsbeschränkungen und Eigentumsbeschränkungen auferlegt werden.

Englands Standpunkt zur deutschen Stahlproduktion

Berlin, 1. Febr. Über den britischen Standpunkt zur Höhe der künftigen deutschen Stahlproduktion und dem Niveau der deutschen Friedenswirtschaft äußerte sich am Freitag ein hoher britischer Offizier in Berlin.

Der britische Standpunkt unterscheide sich nur insofern von dem der drei anderen Mächte, daß nach englischer Auffassung nicht in dem Beschluß des Koordinationskomitees gesagt ist, was einer Hebung der Produktionsziffer auf 7,5 Millionen Tonnen Stahl jährlich im Wege steht, immer vorausgesetzt, daß der Alliierte Kontrollrat eine solche Steigerung genehmigt.

Demgegenüber vertreten die anderen Alliierten die Auffassung, daß die 5,8 Millionen Tonnen als Höchstgrenze für die verschiedenen Produktionszweige in der stahlverarbeitenden Industrie zu gelten hätten.

Hier mache nun England geltend, betonte der britische Sprecher, daß man sich doch schon darüber klar geworden sei, daß diese Zahl von 5,8 Millionen Tonnen Stahl jährlich möglicherweise zwecks Erhöhung revidiert werden müsse. Die Kapazität der stahlverarbeitenden Industrie soll so hoch sein, daß bei Bewilligung von seiten des Kontrollrates eine tatsächliche Stahlproduktion von 7,5 Millionen Tonnen verarbeitet werden könnte. Dies sei die ganze Meinungsverschiedenheit.

Vom englischen Standpunkt gesehen, habe es wenig Sinn, eine Revision der Begrenzung der Stahlproduktion zu gestatten, wenn es keine Industrie gäbe, die eine erhöhte Stahlproduktion auch verwerten kann. Man könne annehmen, daß manche von diesen Industriezweigen verhältnismäßig leicht für Kriegszwecke verwendbar zu machen sind. Es sei zum gefährlichen, solche Industrien über eine Mindestzahl hinaus wachsen zu lassen.

Würde man jedoch solche Industriezweige unter ein gewisses Maß herabdrücken, müßte ein normales Leben in Deutschland unmöglich werden. Solch eine entscheidende Beschränkung würde einen Wiederaufbau Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sehr unwahrscheinlich machen. Dies aber war eine der Richtlinien der Potsdamer Konferenz. Ein Ziel, das alle vier Besatzungsmächte erreicht sehen möchten.

Sitzung des Kontrollrates

Berlin, 31. Januar. In Berlin wurde am 30. Januar die 18. Sitzung des Kontrollrates unter dem Vorsitz von General Robertson abgehalten. General Koltz, General Sokolovsky und General McNarney waren anwesend.

Der Kontrollrat verabschiedete ein Gesetz, das gewisse Bestimmungen des deutschen Strafrechts aufhebt. Das Gesetz wird am 4. Februar 1946 veröffentlicht.

Übereinkunft wurde über die Mithenutzung

Das freie WortKeine Einigung.

Der frühere Reichsminister und Oberpräsident Gustav Noske, Frankfurt am Main, Schadowstr. 16, sendet uns eine Darstellung zu unserem Artikel "Um einen Aufstand", der sich mit der politischen Einstellung der Männer des 20. Juli beschäftigt hat. In dieser Zuschrift heisst es u.a.: "Witzlebens und Gördelers allgemeine politische Ideen waren den meisten Männern des 20. Juli natürlich nicht ganz gleichgültig, aber teils gar nicht im einzelnen bekannt, und, soweit darüber etwas verlautet hatte, wurden sie mehr oder weniger nachdrücklich abgelehnt. Ein gründlicher Gedankenaustausch innerhalb eines etwas grösseren Kreises von annähernd Gleichgesinnten war seit Jahren unmöglich. Immer wieder sind zwar Versuche zu einem Zusammenschluss von Gruppen von Nazifeinden gemacht worden. Das Konspirieren liegt den Deutschen aber nicht im Blute, es fehlte dazu an Geschick und vor allem an Übung. Ich habe dauernd Beziehungen mit Berlin aufrechterhalten können. Nur mit äusserster Vorsicht konnten Zusammenkünfte zustandegebracht werden. Doch immer wieder fielen kleinere Gruppen in die Klauen der Gestapo und wurden ausgetilgt. Wer zu einer Besprechung ging, konnte nicht voraussagen, ob er nicht morgen ein Gefangener und nach kurzer Zeit ein toter Mann sein würde. Die Widerstandsbewegung hörte deswegen nicht auf, aber sie verteilte sich auf Gruppen und Grüppchen, die vielfach von ihrer Existenz untereinander keine oder nur ungenaue Kenntnis hatten. Nur mit grösster Vorsicht konnten einige Männer Fäden zwischen verschiedenen Gruppen, aber mit zum Teil recht verschiedenen politischen Ansichten, anknüpfen. Einer davon war W. Leuschner, früherer hessischer Minister, nach 1933 scharf von der Gestapo drangsaliert, der aber eine gewisse Bewegungsfreiheit erlangte, weil er ein Patent über die Herstellung gehärteten Aluminiums auswertete, auf das man für militärische Zwecke angewiesen war. Er konnte geschäftlich reisen und hat das gründlich zur Herstellung und Verstärkung von Verbindungen ausgenützt. Das Leben hat aber auch er schliesslich lassen müssen. Wie einen Todfeind haben ihn die Burschen der Gestapo gehasst. Als er mir bei einer Vernehmung um Mitternacht im August 1944 gegenübergestellt wurde, schimpfte der protokollierende Kommissar auf ihn in den wüstesten Ausdrücken. Leuschner hatte sich zur besonderen Aufgabe gestellt, die Verbindung zu gewerkschaftlichen Kreisen nicht völlig vernichten zu lassen. Andere Männer, die er einzeln sprach, hatten Fühlung mit früheren Generalen so v. Harnack mit Generaloberst Beck. Auch mit Gördeler hatte Harnack, der später ebenfalls gekenkt wurde, Aussprachen. So erfolgte ein Gedankenaustausch oft durch zwei oder mehrere Mittelsmänner. Wir Sozialdemokraten konnten an der Tatsache nichts ändern, dass es absolut unmöglich war, mit den Kräften, die uns zur Verfügung standen, das Hitlerregime aus den Angeln zu heben. Dazu bedurfte es Personen und Kreise, die an die Leitung herankamen. Das waren aber nur Offiziere. Es hat von Beginn der Naziherrschaft Hoffungsvolle gegeben, die eine Ablehnung der Generale erwarteten. Sie kannten die Mentalität der Söldner nicht, die unter der Leitung Seeckts erst das Hunderttausend-Mann-Heer formten und nach der Aufrüstung Hitlers wilde Karrieremacher wurden. Es hat sicher auch unter den Generälen einige Männer gegeben, die sich der Unwürdigkeit ihrer Haltung nicht klar bewusst waren, sondern die nur eine Wiedergutmachung des nach ihrer Ansicht verübten Unrechts von Versailles erstrebten. Dazu gehörten Offiziere wie Generaloberst v. Fritsch, Beck, danach sogar wohl Halder. Keiner von den Anständigen hat den Absprung versucht; er wäre auch dabei von der Masse der überraschend zu hohen Würden Gelangten schmachvoll im Stich gelassen worden. Beck und mancher andere hohe Offizier haben dem Beginn des Krieges widerstrebt: wie so viele Nichtsoldaten sahen sie die endgültige Niederlage voraus.

Das Unheil war nicht mehr aufzuhalten. Während wir zu Hunderten oder Tausenden - wär hätte sie zählen können? - am 1. September 1939 ins Gefängnis wanderten, ging von Fritsch als Schlachtenbummler vor Warschau in den Heldentod. Was war in dem Kopf vorgegangen? Zur Besinnung kam ein Teil der Generale erst nach der Beendigung der Niederwerfung der überfallenen Länder und Völker und den ersten grossen Niederlagen der deutschen Heere unter Hitlers Führung. General v. Seydlitz ist auch erst nach Stalingrad zum Helfer bei der Erneuerung Deutschlands geworden. Gegen ein Zusammengehen mit Generalen, die bisher Hitler gedient hatten, mussten ernste Bedenken geltend gemacht werden. Die Hitlersche Diktatur mit der Diktatur einer Generalsgruppe zu vertauschen, die Kopf und Pension zu retten versuchten, neben einigen, denen es ausschliesslich um die Rettung von Volk und Vaterland ging, verspürten Sozialdemokraten nicht die geringste Neigung.

Politische Organisation:

Dass es ohne die weitgehendste Mitarbeit demokratischer Männer nicht gehen würde, hatten im Laufe der Zeit sowohl Görteler wie die Generale eingesehen. Schon 1943 war man sich bei Besprechungen darüber einig geworden, dass engstes Zusammenwirken zwischen Soldaten und Politikern vorzubereiten sei. Deshalb wurde vereinbart, dass zu jedem Generalkommando sofort nach erfolgtem Gelingen des Anschlags bekannte Männer zu stossen hätten, von denen die Leitung der politischen Geschäfte zu übernehmen sei. Der Plan dazu ist mit generalstäblicher Gründlichkeit aufgestellt worden. Als ich mich bei einer Besprechung dazu bereit erklärte, zum Generalkommando meines Bezirks als politischer Leiter zu gehen, forderte ich von Leuschner, der zu mir gekommen war, auf das nachdrücklichste, dass den Offizieren strengstens untersagt werde, Namen schriftlich festzulegen. Das ist versprochen worden. Bei meiner ersten Vernehmung nach der Verhaftung vom 22. Juli war ich peinlich überrascht, als mir die vollständige Liste der für die Generalkommandos vorgesehenen Politiker vorgelesen wurde, die man sauberlich ausgefertigt bei einer militärischen Stelle aufgefunden hatte. Danach war die Einleitung des Verfahrens wegen Hochverrats selbstverständlich. Freisler hat mit dieser Liste in der Hand den Schlachtopfern den Strick des Henkers um den Hals legen können. Wie ich dem Strange entging, dem Leuschner, Harnack und so viele andere verfielen, steht nicht zur Diskussion. Soviel glaube ich aber dargetan zu haben, dass im Jahre 1944 politische Pläne und Hoffnungen, sowohl Görtelers, mancher Generale und auch der verschiedensten politischen Gruppen die sich für das Ende Hitlers einsetzten, keine Rolle mehr spielen konnten. Die Auseinandersetzung über das, was werden soll, hat soeben erst begonnen.

Abschließend sei betont:

Keines der Gruppenmitglieder hat jemals der Partei angehört oder zum Nutzen der Partei gearbeitet. Jedes der Mitglieder hat sich im Gegenteil bemüht, wo immer es in seinen Kräften stand, Opposition zu treiben — sei es durch passiven Widerstand in Form von Ablehnung des „deutschen Grußes“, Nichtwissen der Nazifahrne, Nichtaufhängen von Hitlerbildern, keinerlei Teilnahme an Parteiveranstaltungen, keinerlei Förderung und Unterstützung von Sammelaktionen, weder Kauf noch Verbreitung von Nazischriften — sei es durch aktiven Widerstand, durch regelmäßiges Abhören und systematische Weiterverbreitung der ausländischen Nachrichten, Einschmuggeln und Weiterleiten antifaschistischer Bücher, Broschüren, Zeitschriften, Zeitungen und Schallplatten, antifaschistische Materialsammlung ab 1933, Vervielfältigung nazifeindlichen Schriftwerks, Unterminierung und Zersetzung der nazistischen Weltanschauung, wo immer sie uns entgegentrat.

Alle Gruppenmitglieder haben während des Naziregimes größtenteils erhebliche persönliche und berufliche Opfer gebracht. Sie fühlen sich verpflichtet, bis zuletzt unmittelbar am Ort der Gefahr für ihre Überzeugung einzutreten und alle Bemühungen daranzusetzen, im Dienste der Menschlichkeit zu wirken.

Berlin, den 14. Mai 1945.

Walter Seitz
Walter Seitz
Fred Denger
Karin Friedrich

NACHTRAG

vom 1. März 1946

In der Zeit zwischen dem 14. Mai 1945, an dem der Tätigkeitsbericht der Gruppe »Onkel Emil« aus den letzten Monaten der Kampfjahre abgeschlossen und unterschrieben wurde, und der Gegenwart haben sich bei verschiedenen Mitgliedern der Gruppe wesentliche berufliche und personelle Änderungen ergeben, die nachstehend mitgeteilt werden:

Stammgruppe:

Leo Borchard. Seit Mai 1945 Leiter und Dirigent des Berliner Philharmonischen Orchesters. Mitglied des Präsidialrats in der Kammer der Kunsstscheffenden und im Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands. Tödlisch verunglückt am 23. August 1945

Fred Denger. Autor des Bühnenverlages Gustav Kiepenheuer, Berlin. Verfasser des Schauspiels »Wir heißen Euch hoffen« und der Tragödie »Hunger«. Beide Stücke wurden von Intendant Gustav von Wangenheim zur Uraufführung im Deutschen Theater erworben. Premiere von »Wir heißen Euch hoffen« am 3. April 1946

Karin Friedrich. Schauspielerin am Hebbel-Theater (in der Stresemannstraße) unter der Intendanz von Karl-Heinz Martin. Erste größere Bühnenrollen: Ruth Mamlock in »Professor Mamlock« von Friedrich Wolf. Spatz in »Die Illegalen« von Günther Weisenborn

Ruth Friedrich. Verfasserin des Buches »Nein. Aufzeichnungen aus den Jahren 1938—1945«. Lizenzträgerin und Mitherausgeberin der Frauen-Wochen-Zeitung »Sieg«. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei

Josef Schunk. Oberarzt der Inneren Abteilung des Augusta-Viktoria Krankenhauses, Berlin-Schöneberg, Canovastraße

Walter Seitz (Onkel Emil). Professor für Innere Medizin an der Universität Berlin (Charité, I. Med. Klinik), Chefarzt der Städtischen Krankenhäuser Steglitz und Lankwitz. Verfasser des im Verlag Urban & Schwarzenberg erscheinenden Lehrbuchs für Infektionskrankheiten. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei

Aktive Mitarbeiter:

Fritz v. Bergmann. Abteilungsleiter in der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen der Sowjetischen Okkupationszone. Mitherausgeber der Medizinischen Wochenschrift »Das Deutsche Gesundheitswesen«

Ludwig Lichtwitz. Inhaber der Buchdruckerei Max Lichtwitz, Komm. Leiter der Eyschischen Buchdruckerei. Beide: Berlin C 2, Dircsenstraße 47. Wirtschaftsbeirat für das Buchdruckgewerbe beim Magistrat Charlottenburg

Dagmar Meyerowitz. Dolmetscherin für Englisch bei der Amerikanischen Militärregierung, Frankfurt a. Main

Hans Peters. Professor für Öffentliches und Verwaltungsrecht an der Universität Berlin. Professor an der Technischen Hochschule Berlin. Lizenzträger und Mitherausgeber der politischen Monatszeitschrift »Das Fundament«, Vorsitzender des verfassungspolitischen Ausschusses der Christlich-Demokratischen Union

Harald Poelschau. Vortragender Rat in der Deutschen Justizverwaltung. Referent für den Aufbau des Strafvollzugs. Bis Januar 1946 Generalsekretär des Evangelischen Hilfswerks in Deutschland

Walter Reimann. Inhaber von Konditorei und Restaurant Reimann, Berlin W 15, Kurfürstendamm 62 (Ecke Leibnizstraße)

Joachim Graf von Zettwitz. Oberarzt am Krankenhaus Prenzlauer Berg. Berlin NO 55, Christburgerstraße 7

Versorgung Unterschlösser und politischer Flüchtlinge mit Ausweis-papieren, roten und weißen Volkssturmscheinen, Fahrberechtigungsausweisen, Dienstausweisen für Wehrmachtsangehörige, Verkehrsausweisen, Wehrpaßausweis-Ersatzkarten usw., durch Falschdruck von Naziausweisen und Fälschung von Nazi-Stempeln.

Entziehung zahlreicher Nazigeegner vom Wehr- und Volkssturmdienst durch Ausstellung entsprechender ärztlicher Atteste und künstliche Herbeiführung von Krankheitszuständen.

Werk sabotage gegen die Kriegsmaschine Hitlers, u. a. Durchschneidung zahlreicher für die Verteidigung Berlins wichtiger Kabelleitungen in und um Berlin, wie Fernsprechkabel, Sprengkabel usw. Unbrauchbarmachung kriegswichtiger Maschinen und Rohstoffe.

Entfernung von Nazihohheitsymbolen, von Naziaufrufen, nazistischen Mauerausschlägen und ähnlichen Nazipropagandamitteln.

Weiterleitung politischer Informationen und Lageberichte ins Ausland.

Einsatz für zahlreiche politische Strafgefangene, um ihr Los zu erleichtern, die Verbindung mit der Außenwelt herzustellen oder ein milderes Strafmaß zu erwirken. Betreuung der Familienmitglieder von Gefangenen und zum Tode Verurteilten.

Unterstützung ausländischer Arbeiter (Franzosen, Holländer, Belgier, Polen) durch Verabreichung von warmen Mahlzeiten, Zigaretten, Kleidungsstücken, Waschmitteln, Verbands- und Nähzeug. Beihilfe zur Flucht von ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen.

Einsatz sämtlicher Mitglieder in der »NEIN«-Aktion der Widerstandsgruppen Ernst, wobei unsere Gruppe in der Nacht vom 18. zum 19. 4. 1945 in den Stadtteilen Steglitz, Südende, Schöneberg, Wilmerdorf, Friedenau und Zehlendorf mit Ölfarbe und Kreide das »NEIN« als Ausdruck der Ablehnung des Hitlerregimes und der weiteren sinnlosen Kriegsfortsetzung an sämtlichen ins Auge springenden Punkten aufmalte und niederschrieb. In der Nacht vom 19. zum 20. 4. 1945 wurden von denselben Mitgliedern in denselben Stadtteilen hunderte von Flugblättern angeklebt und verteilt, die den Sinn des »NEIN« erläuterten und zum aktiven Widerstand gegen Hitler aufforderten.

Während der letzten Kampfphase Aufspürung und Bekämpfung von Wehrwölfen.

Von den aufgezählten Mitgliedern haben politische Freiheitsstrafen verbüßt:

Kaminsky, Lichtwitz, Schunk, Zettwitz.

Von den aufgezählten Mitgliedern sind aus der Haft ausgebrochen:

Kaminsky, Lichtwitz.

Von den aufgezählten Mitgliedern lebten illegal:

Kaminsky, Lichtwitz, Schunk, Seitz.

Von den aufgezählten Mitgliedern wurden von der Gestapo durch Fahndungsbrief gesucht:

Kaminsky, Lichtwitz, Seitz.

Von den aufgezählten Mitgliedern sind aus Opposition gegen das Naziregime desertiert bzw. haben sich dem Militär- und Volkssturmdienst bewußt entzogen:

Borchard, Denger, Poelchau, Walter Reimann, Schunk, Seitz, Zettwitz.

Von den aufgezählten Mitgliedern haben sich dem Zwangsarbeitsdienst bewußt entzogen:

Denger, Karin Friedrich, Ruth Friedrich, Charlotte Reimann.

Von den aufgezählten Mitgliedern sind Juden bzw. Halbjuden:

Kaminsky, Lichtwitz, Meyerowitz, Reuber.

Aufgeführt sind hier ausschließlich die antinazistischen Handlungen der Gruppe während der letzten Monate, nicht aber die zahlreichen Gesamt- und Einzel-Aktionen während der ganzen Dauer des Naziregimes.

Beherbergung und Betreuung von Untergetauchten und politischen Flüchtlingen, sowohl Gewährung von vorübergehenden Quartieren als auch Beschaffung von Dauerwohnungen.

Beschaffung von Lebensmitteln und Lebensmittelkarten bzw. Kartenmonatsätzen für Untergetauchte durch Sammlung von einzelnen Lebensmittelmarken im gesamten Bekanntenkreis und Verzicht auf einen Teil der eigenen Karten. — Als im Laufe der letzten Monate die Zahl der Untergetauchten in so großem Umfange zunahm, daß bei der gleichzeitigen Senkung der Lebensmittelzuteilungen eine ausreichende Versorgung der Bedürftigen gänzlich unmöglich wurde, entschlossen wir uns, zur Selbsthilfe zu schreiten und — ausschließlich zu Gunsten der Getauchten — eine groß angelegte Hilfsaktion in die Wege zu leiten. Es gelang, zu diesem Zweck durch eine geschickt durchgeführte Maßnahme aus einer Kartenstelle so viele Papiere herbeizuschaffen, daß eine großzügige Unterstützung zahlreicher politischer Flüchtlinge möglich wurde.

Sämtliche Hilfsaktionen standen den Untergetauchten selbstverständlich ohne jede Gegenleistung zur Verfügung.

Tätigkeitsbericht

der Gruppe „Onkel Emil“

aus den letzten Monaten der Kampfjahre

Die Gruppe »Onkel Emil« setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Stammgruppe:

Leo Borchard, Dirigent,	} Berlin-Steglitz, Hünensteig 6
Fred Denger, Journalist,	
Karin Friedrich, Schauspielerin	
Ruth Friedrich, Schriftstellerin	
Josef Schunk, Arzt	
Walter Seitz, Facharzt, Docent, Berlin-Zehlendorf, Schillerstraße 10	
genannt »Onkel Emil«	

Aktive Mitarbeiter:

Fritz von Bergmann, Pharmakologe, Berlin-Wannsee, Lindenstraße 3
Curt Eckmann, Vorarbeiter, Berlin-Wilmersdorf, Bregenzertstraße 9
Benno Kaminsky, Kaufmann, Berlin-Wilmersdorf, Paulsbornerstraße 92
Ludwig Lichtwitz, Meister d. Buchdruckgewerbe, Berlin-Charlg., Kantstr. 30
Dagmar Meyerowitz, Kontoristin, Berlin-Steglitz, Hünensteig 6
Hans Peters, Professor f. öffentl. Recht, Berlin-Charlottenburg, Herbarhain 16
Harald Poelchau, Gefängnispfarrer, Berlin-Tegel, Afrikanische Straße 140b
Walter Reimann, Konditormeister, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 153
Charlotte Reimann, Ehefrau, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 153
Ursula Reuber, Studentin (Zwangsarbeiterin), Berlin-Dahlem, Innestraße 40
(verstorben)
Joachim Graf von Zettwitz, Arzt und Schriftsteller, Berlin-Stahndorf, Heidestraße 13

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Tätigkeitsbericht

der Gruppe

„ONKEL EMIL“

Aufsatz entnommen der amerikanischen Wochenzeitschrift "Human Events" vom 3. April 1946. Herausgeber der Zeitschrift: Felix Morley und Frank C. Banighen. Erscheinungsart: Washington.

Das Drama der deutschen Widerstandsbewegung.

v. Alexander E. Maley.

Am frühen Nachmittag des 20. Juli 1944 betrat der Oberst Klaus v. Stauffenberg das Gebäude des deutschen Hauptquartier hinter der Ostfront. Er trug eine umfangreiche Aktentasche bei sich, in der eine sorgfältig verborgene Zeitbombe ihrer Stunde entgegenticke. Er stellte die Aktentasche wie zufällig unter einen Tisch, der auf Anweisung Adolf Hitler eine grosse Generalstabskarte trug, die zum Gebrauch des Führers ausgebreitet war.

Als der Führer erschien, wurde die Besprechung, wie üblich, ohne Umstände sofort begonnen. Graf Stauffenberg, der an der Karte stand, schob die Aktentasche heimlich mit dem Fuss an Hitler heran, und verliess, einem vorher verabredeten Anruf folgend, anschliessend mit einer Entschuldigung den Raum. Als er die Bombe explodieren hörte, eilte er zum nahen Flugplatz, wo eine schnelle Maschine bereit stand, die ihn nach Berlin brachte.

In Berlin hatten die Führer der Widerstandsbewegung alles für einen Anti-Nazi-Staatsstreich vorbereitet. 5 Minuten nach Stauffenbergs Meldung über das stattgefunden Attentat tickten die Telegraphen die ersten Befehle an ausgesuchte militärische Führer. Im fernen Paris verhaftete General v. Stulpnagel den gesamten SS Stab in seinem Hauptquartier in der Avenue Foch. Überall in Deutschland begannen zivile Widerstandsführer die Verantwortung an sich zu reißen.

Aber Hitler war nicht tot. Trotzdem die Explosion verschiedene Offiziere getötet hatte, wurde der Führer nur zu Boden geworfen und erlitt teilweise Lähmungen und eine Gehirnerschütterung. Das anschliessende Durcheinander liess den Verschwörern zu wenig Zeit. In vielen Städten erfuhren die Dienststellen der örtlichen SS und der Gestapo eher von dem Misslingen des Attentats, als ihre Gegner von dem vermutlichen Erfolg eines solchen. Vor Einbruch der Nacht war Stauffenberg in Berlin verhaftet und erschossen. Die Sender blieben in der Hauptsache in der Hand der Nazis und wurden von Goebels geschickt ausgenutzt. Eine Lobpreisung Hitlers erklang durch den Äther um den "törichten Scherz" der Verschwörer lächerlich zu machen und als belanglos hinzustellen. In dieser Nacht wussten die Grossen und Kleinen der Widerstandsbewegung, dass das Ergebnis jahrlanger Arbeit und Vorbereitung ein verhängnisvolles Misslingen war.

Tatsächlich war es der scheinbare Erfolg welcher die Leben so vieler führender Persönlichkeiten forderte. Die Spuren waren für die Menschenjäger der Gestapo zu leicht zu verfolgen, als diese sich sofort zu Gegenmassnahmen einschätzten. Die Generale v. Fritzsche, von Brockdorff und andere wurden verhaftet und hingerichtet. Die Generale Beck und v. Kluge vollführten Selbstmord. Schwer belastet durch seine Massnahmen in Paris, eilte General v. Stulpnagel nach Verdun wo er einst als junger ~~Kämpfer~~ Offizier gekämpft hatte, und versuchte sich zu erschiessen. Er verlor das Augenlicht, tötete sich aber merkwürdigerweise nicht, und wurde noch einige Tage vom Himmlers Beauftragten gefoltert, die versuchten die Namen von Mitverschworenen aus ihm herauszupressen.

Nachdem die militärischen Führer vernichtet worden waren, began man mit der Zerstörung der zivilen Widerstandsbewegung. Evangelische und katholische Geistliche, Industrielle und frühere Gewerkschaftler, Universitätsprofessoren und Studenten, Beamte und Mitglieder des Adels wurden zu Truppe zusammengetrieben, geknigt, oder mit ihren Familien in Konzentrationslager gebracht. Niemals wird man die genaue Zahl

der Verurteilten erfahren, - 20 000 ist eine vorsichtige Schätzung. Als die Konzentrationslager endlich geöffnet und als Zeugnis deutscher Bestialität gezeigt wurden, erzählte niemand den Amerikanern, dass viele der unglücklichen Opfer heldenhafte deutsche Männer und Frauen wären, die alles was sie besaßen hingegeben hatten um die Nazis zu Fall zu bringen.

Niemand kann sagen in wie weit die deutsche militärische Widerstandskraft geschwächt und der Krieg durch diesen verzweifeltsten Anti-Nazi-Aufstand verkürzt wurde. Bestimmt ist mancher amerikanischer Junge heute am Leben, statt irgendwo in Europa begraben zu sein, dank jener Deutschen welche von hinten die Kampflinien angriffen. Das OKH erklärte den Amerikanern, dass die aufgedeckte Revolution lediglich die Verschwörung einiger Junker-Generäle gewesen sei, die wussten, dass der Krieg verloren war und den Generalstab für einen dritten Weltkrieg unzerstört hindüberretten wollte. - Jetzt scheint es uns an der Zeit zu sein für eine gerechtere Wertschätzung der Tatsachen, die nicht in alle Ewigkeit verborgen bleiben dürfen.

II

Der Ursprung dieser oben beschriebenen tragischen Ereignisse, führen bis zum Beginn des Hitler Regimes zurück, als Sozialdemokraten und andere von den Nazis aufgelöste Parteien beschlossen, einen geheimen Nachrichtendienst für ihre verbannten Führer einzurichten. Obwohl also die Widerstandsbewegung im Ursprung eine zivile Angelegenheit war, beschlossen doch bald eine Anzahl Offiziere der Wehrmacht, die Hitlers Absichten misstrauten, und Deutschlands Verwundbarkeit während eines Krieges erkannten, sich der Bewegung anzuschließen. Sie wurden von den zivilen Gruppen willkommen geheißen, die von Anfang an erkannte, dass kein Aufstand gegen eine totalitäre Regierung ohne Hilfe der Wehrmachtsteile Erfolg haben kann. So wurde bereits 1933 eine dauernde Verbindung mit Armeeführern hergestellt. Dies alles geschah unter Leitung von Wilhelm Leuschner, einem Sozialisten der hessischer Innenminister gewesen war, und der nun eine Beschäftigung als Verkäufer annahm und diese Geheimarbeit weiterführen zu können.

Die Notwendigkeit der Geheimhaltung förderte eine Weile die Uneinigkeit und Überschneidungen in der Widerstandsbewegung. Die kommunistische Richtung, die im Interesse Russlands arbeitete und deshalb pro-Hitler wurde, als Stalin ein Bündnis mit diesem schloss, erhöhte noch das Durcheinander der Meinungen. Die liberal denkend Widerstandsbewegung, die prinzipiell jegliche Form von totalitärer Regierung bekämpfte, wünschte natürlich nicht eine russische gegen eine deutsche Diktatur einzutauschen.

Allmählich jedoch bildeten sich zwei Hauptgruppen, - eine die sich um Dr. Karl Gerdeler, den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister gruppierte, und eine zweite um den jungen Helmuth v. Moltke, der derselben Familie wie Bismarcks berühmter General entstammte. Der Gerdeler-Kreis setzte sich vor allem aus ehemaligen, von den Nazis entlassenen Staatsbeamten mit verhältnismässig konservativer Anschauung zusammen, wie etwa Dr. Johannes Popitz, der früheren Preussischen Finanzminister. Der Moltkesche Kreis war weniger abgegrenzt und umfasste viele Mitglieder des früheren Zentrums und der Sozialdemokratie, Gewerkschaftsführer und leitende Persönlichkeiten der katholischen wie evangelischen Kirche, zum Beispiel Pastor Dietrich Bonhoeffer aus Berlin.

1937 und 38 beschleunigte die Verschlechterung der internationalen Lage die Vereinigung bisher nebeneinander laufender Gruppen. Eine geschlossene Führerfront von Geistlichen wie Generälen, Sozialdemokraten wie Konservativen, Gewerkschaftlern wie Industriellen zeichnete sich ab. Ihre grössten Hindernisse fanden sie in der Wachsamkeit und Unbarmherzigkeit der Gestapo, - ferner in der absoluten Kontrolle die die Nazis über Presse, Radio und Nachrichtenwesen ausübten, - die volle Beschäftigung, die jede Arbeiter durch Hitlers Kriegsvorbereitungsprogramm gefunden hatte, - und endlich des Führers

2)

vielgerühmte diplomatische Heldentaten, wie sie die Befriedungspolitik scheinbar hervorbrachte.

III

Während der ersten Monate des Krieges, als die deutschen Kommunisten auf russischen Befehl Hitler unterstützten, wurde Dr. Girdeler der schweigend anerkannte Führer der gesamten Anti-Nazi-Bewegung. 1936 hatte er sein Amt als Oberbürgermeister von Leipzig in Protest gegen die Anti-Judenpolitik niedergelegt. 1937 wurde er nach aussen hin als ~~bei~~ bei den berühmten Robert Bosch Werken angestellt, die Magneten und andere elektrische Gegenstände herstellen. Robert Bosch ~~selber~~ selber, der Leiter dieser Stuttgarter Firma, war viele Jahre hindurch tapfer für bessere Englisch-Deutsche und Englisch-Französische Beziehungen eingetreten, und war einer der wenigen Grossindustriellen der tatkräftig die Widerstandsbewegung unterstützte.

Viele jüdische Emigranten, die jetzt unbehelligt in unserm Land leben, sind durch Boschs finanzielle oder anderweitige Hilfe glücklich der Verfolgung entronnen. Als Girdeler in die Firma eintrat, wurde beschlossen, dass er seine Zeit damit verbringen sollte gegen die Nazis zu arbeiten, und das Geldbeihilfen Bosch und andern Gesellschaften trotz der damit verbundenen furchtbaren Gefahr dazu verwandt werden sollten, den Widerstand zu schüren.

Im Anschluss an die Einverleibung Oesterreichs im März 1938 besuchte Girdeler London, um Mitglieder des Chamberlain'schen Kabinetts davon zu unterrichten, dass, wenn sie in der Studentenfrage fest blieben, eine einflussreiche Gruppe von Anti-Nazi-Generälen schlagartig eine Erhebung gegen Hitler durchführen würde, sobald ein neuer militärischer Gewaltakt des Führers zu erwarten wäre. Führend in jeder Gruppe war General Ludwig Beck, damals Chef des Generalstabs, einer von jenen, die nach den Ereignissen des 20. Juli starben. Die englisch-französische Befriedungspolitik zerstörte den Plan. Im Anschluss an den Münchner Vertrag, gab Beck seinen Posten voll Verzweiflung auf. Durch Hitler's unblutige Eroberungen wurde die Aufgabe der Deutschen Widerstandsbewegung schwieriger, ebenso wie mehr und mehr gefährlicher. Um die Worte eines der Überlebenden Führer zu zitieren:

"Das Jahr 1938 brachte für Dr. Girdeler und seine Freunde grosse Enttäuschungen. Dr. Girdeler war sehr niedergeschlagen und erklärte, dass Chamberlain hätte niemals in Godesberg nachgeben dürfen. Seine Freunde in der Wehrmacht, besonders der Generaloberst Beck, wären fest entschlossen gewesen, Hitlers Befehlen, in die Tschechoslowakei einzurücken, nicht zu folgen, sondern den Führer aus dem Weg zu schaffen.... In Stuttgart jedoch wurde beschlossen nicht nachzugeben, sondern das Werk zusammen mit Girdeler weiter zu betreiben, und seine Helfer mehr denn je zu unterstützen."

IV

Im August 1939 wurde Adam v. Trott zu Solz, ein früherer deutscher Rhodes Student von der Widerstandsbewegung nach London geschickt, wo er vom damaligen Premierminister Chamberlain und von Lord Halifax, der damals Staatssekretär des Auswärtigen war, empfangen wurde. Von Trott erklärte den englischen Politikern, dass ein Krieg die Aufgabe der Anti-Nazi-Bewegung sehr erschweren würde, ja, dass sie zeitweise durch die neu erweckten patriotischen Gefühle lahmgelegt sein würde. Trotz dieser Befürchtungen gelang es v. Trott unmittelbar nach dem deutschen Einfall in Polen, nach Amerika zu fahren, wo er vom Sept. 39 bis Januar 40 blieb, um mit führenden amtlichen und privaten Persönlichkeiten im Interesse der deutschen Widerstandsbewegung Fühlung zu nehmen.

Unter den Männern die er in Washington sah war Felix Morley, ebenfalls ein früherer Rhodes Student, später Herausgeber der Washington Post, - Präsident des Haverford College, heute der Herausgeber der Zeitschrift "Human Events". Dr. Morley, der bei der Zusammenstellung

dieses Materials geholfen hat, stellte den folgenden Auszug aus seinem Tagebuch zur Verfügung, in dem unter dem 20. Nov. 1939 verzeichnet steht:

"Adam v. Trott, der Deutschland drei Wochen nach der Kriegserklärung verliess, trank gestern bei mir Tee, und heute frühstuckte er mit (Eugène) Meyer (Herausgeber der Washington Post) und mir im Bureau. Er ist als Fernostsachverständiger Herüber gekommen um an der Konferenz des Institutes für pazifische Beziehungen in Virginia Beach teilzunehmen. In Wirklichkeit jedoch widmet er den grössten Teil seiner Zeit dem Versuch hier Verständnis für den grossen Umschwung zu erwecken, der in Deutschland, wie er glaubt, zu erwarten ist..... Es ist ein heldenhaftes Werk, dem sich der vornehme und idealdenkende junge Deutsche verschrieben hat. Es kann ihm sehr wohl sein Leben kosten. Er weiss, dass er dauernd beobachtet wird, ist sich nur nicht klar, ob von Leuten des F.B.I. oder von der Gestapo. Ersteres könnte durchaus möglich sein, ich möchte fast annehmen dass es so ist..... Das Hauptproblem ist, wie man es verhindern könnte, dass ein Ausrottungskrieg den wir gegen die Nazis führen, alle jene Kräfte die jetzt gerade beginnen sich zu Hitlers Sturz zusammen zu schliessen, Hitler wieder in die Arme treibt. Trott bestätigte mein Gefühl, dass ein laiziger Beschluss, weitere Angriffe verhindert hätten, - eben wegen des Anwachsens der hitlerfeindlichen Gefühle in Deutschland. Jetzt ist die Lage sehr viel schwieriger....."

Es gehörte zur Aufgabe v. Trotts's in Washington, die Regierung von den Zielen und den Persönlichkeiten der Widerstandsbewegung in Kenntnis zu setzen. Er tat dies durch eine geheime Denkschrift, die auch dem britischen Botschafter Lord Lothian überreicht wurde. Diese Denkschrift befasste sich mit den Massnahmen, durch die die Bewegung hoffte, nach Hitlers Sturz den Krieg beenden zu können, und fügte den Vorschlag bei, die bekanntesten Nazi-Führer als gemeine Verbrecher abzuurteilen.

V. Trotts Bemühungen wurden durch die ~~bedeutenden~~ Anstrengungen bedeutender Emigranten ergänzt, wie etwa die Dr. Heinrich Brüninge, des katholischen Reichskanzlers der Vornazizeit, der das Weisse Haus im Dezember 1939 mit dem gleichen Anliegen besuchte. Präsident Roosevelt zeigte zuerst Interesse für den Apell, die deutsche Widerstandsbewegung zu unterstützen, vermied jedoch bald, wahrscheinlich auf Rat seiner Umgebung, jede weitere Verbindung. V. Trott wurde sogar als Naziagent verdächtigt, was der bitteren Ironie nicht entbehrt, wenn man an sein Ende denkt. Nachdem er nach Deutschland zurückgekehrt war, setzte er unter grösster persönlicher Gefahr die ~~XXX~~ Umsturzarbeit fort, und wurde von den Nazis im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli als Verräter gehängt.

V

Trotzdem die Anzahl ihrer Mitglieder durch Verhaftungen vermindert wurde, und trotzdem sie wenig oder gar keine Unterstützung aus Washington und London erhielten, setzten die Führer der deutschen Widerstandsbewegung während des ganzen Krieges ihre Bemühungen das Naziregime zu stürzen fort. Sie wussten, dass man nur so einen Frieden aufbauen könnte, der dauerhafte Hoffnung für die gesamte westeuropäische Zivilisation enthalten würde. Wenig oder nichts von den Tatsachen dieser Bemühungen sind der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt geworden. Der begrenzte Raum dieser Ausführungen erlaubt nur eine kurze Aufzählung.

Im Herbst 1941 trat Ulrich v. Hassel, ehemals deutscher Botschafter in Rom und Mitglied des engsten Kreises der Anti-Nazi-Bewegung, an ein bekanntes, damals in Berlin weilendes amerikanisches Geschäftsmann heran, mit der Bitte, ein Friedensangebot an das Weisse Haus im Namen der Generale Beck und v. Hammerstein übermitteln zu wollen.

Dieses Friedensangebot, das zu einer Zeit entworfen wurde, als Deutschland überall siegreich schien, erhielt folgende Punkte:

1. Rücktritt, freiwilliger oder gezwungener Art von Hitler und seiner gesamten Regierung.
2. Zurückziehung der deutschen bewaffneten Kräfte an die Grenzen der Weimarer Republik, ausgenommen Saar, Danzig und Oesterreich.
3. Regelung der Streitfrage des polnischen Korridors nach den Grenzvorstellungen Marschal Pilsudskis (Austausch des Korridors gegen vier ostpreussische Kreise).
4. Keine Reparationsforderungen von beiden Seiten.

Der Friedensverhandlungsvorschlag erreichte Washington am 2. De-

3) Dezember. Es war unmöglich ihn vor dem 7. Dezember Präsident Roosevelt vorzulegen. Da vernichtete Pearl Harbour alle Hoffnungen.

Im Mai 1942 traten Pastor Dietrich Bonhoeffer, der später von den Nazis hingerichtet wurde und Dr. Hans Schönfeld, Vorsitzender des Suchdienstes des Genfer Weltverbandes der Kirchen an den englischen Bischof von Chichester heran. Die Fühlungnahme geschah über Stockholm, und sollte die Bemühungen der deutschen Widerstandsbewegung erläutern. Bonhoeffer und Schönfeld berichteten von der weitverbreiteten Organisation, erklärten ihre Ziele und betonten, dass es ausserordentlich wichtig sei zu wissen, ob die Haltung der Alliierten einem von Hitler befreiten Deutschlands gegenüber anders, als einem Deutschland mit Hitler sein würde.

Der Bischof überbrachte diese Botschaft persönlich Anthony Eden, damals britischer Staatssekretär des Ausseren. Dies geschah am 30. Juni 1942. Am 17. Juli wurde ihm mitgeteilt, dass man nach sorgfältiger Prüfung beschlossen habe, keinerlei Schritte zu unternehmen. Die immer erneute Betonung der bedingungslosen Kapitulations-Politik der Alliierten liess in der folgenden Zeit den deutschen liberalen Kreisen alle weiteren Bemühungen als hoffnungslos erscheinen.

Trotz alledem wurden im Frühjahr 1943 einzelne Aktivisten der Widerstandsbewegung beauftragt, zuverlässige Anti-Nazis zu benennen, die geeignet wären Verwaltungsetellen zu übernehmen, wenn eine ganz Deutschland umfassende Umsturzelle begonnen haben würde. Viele Denkschriften, von denen sich einige jetzt in unserem Land befinden, wurden von bedeutenden Wissenschaftlern, wie etwa Prof. Weber in Heidelberg, der über die demokratische Wiedergeburt Deutschlands referierte, geschrieben. Einige dieser Schriftstücke fielen in die Hand der Gestapo, führten zu Verhaftungen und Hinrichtungen. Einige Führer der Bewegung starben im Verlauf der Luftangriffe auf deutsche Städte. Die Überlebenden schlossen ihre Reihen enger und setzten das Werk fort.

Man sandte Unterhändler in die Schweiz und nach Schweden, um Verbindung mit englischen und amerikanischen Persönlichkeiten zu gewinnen. v. Trott war der bekannteste Unterhändler in Schweden. Die Verbindungen wurden aufgenommen und von Seiten alliierter Dienststellen auch gefördert. Stets jedoch kam vom Weissen Haus und von Whitehall die schriftliche Antwort von der "bedingungslosen Kapitulation". Unter diesen Umständen konnten sich viele deutsche Generale, in verständlicher patriotischer und soldatischer Haltung, nicht dazu entschliessen, die Entwicklung der Revolution weiter zu fördern.

Im Hochsommer 1943 jedoch entschloss sich Gördeker die Widerstandsbewegung trotz ausländischer Absagen und trotz zunehmender Schwächung durch Willkür und Verzweiflung in Deutschland, handeln zu lassen. Im Juli 43 schrieb er auf geheimen Weg an Feldmarschall Kluge:

"Es zeigt sich immer deutlicher, in welches allgemeine Unglück uns unsere Führerschaft hineintreibt. Ich beschwöre Sie ein letztes Mal, Feldmarschall. Die Stunde der Entscheidung über unser eigenes persönliches Schicksal ist gekommen. Unser Gewissen treibt uns auf diesen gefährlichen Weg. Unsere Ehre fordert ihn, denn jeder andere Weg würde uns zu bitterer und fruchtbarer Reue verurteilen. Die Weiterführung des Krieges ist ein ausgesprochenes Verbrechen, denn ein ganzes Volk kann nicht heldisch sterben, sondern muss elend weiterleben."

Im Frühjahr 1944 wurde, trotz fast untragbarer Schwierigkeiten, der Plan einer Weiterführung der Regierung nach Hitlers Beseitigung fertig ausgearbeitet. General Beck wurde zum vorläufigen Präsidenten der geplanten deutschen Republik vorgesehen. Dr. Gördeker sein Reichskanzler. Der langjährige, ehemalige Sozialistenführer Wilhelm Leuschner wurde zum Vizekanzler gewählt, mit dem Sonderauftrag die freien Gewerkschaften neu zu organisieren. Botschafter v. Hassel sollte Aussenminister und Dr. Julius Leber, ein linksgerichteter Sozialdemokrat, Innenminister werden. Feldmarschall v. Witzleben willigte ein Oberkommandierender der Armee zu werden, trotzdem seine erste Pflicht die Einleitung sofortiger Waffenstreckung sein würde. Oberpräsidenten, - alles Männer mit Anti-Nazi-Haltung und Bewährung, waren für die verschiedenen Länder und Provinzen gewählt worden, Bürgermeister für die grösseren Städte.

Dr. Leber trat am 12. Juli 1944 schliesslich noch an drei kommunistische Führer heran,

stische Führer heran, um mit ihrer Beteiligung ein Höchstmass an Unterstützung aller Kreise zu gewinnen. Einer der Drei verriet umgehend den Anschlag der Gestapo. Leber wurde verhaftet und ein Haftbefehl gegen Gerdeler losgelassen. So musste die Widerstandsbewegung am 20. Juli zuschlagen, trotzdem sie noch nicht vollkommen vorbereitet war.

VI

Zu allem was über das Fehlschlagen der Bewegung schon gesagt und geschrieben wurde, wollen wir nur einige Worte über das Schicksal Gerdeler hinzufügen. Er entging einige Wochen, von Freunden versteckt, der Verhaftung. Schliesslich wurde er in seinem heimatlichen Ostpreussen gefangen genommen. Als man ihn zuletzt im Januar 1945 als Häftling der Gestapo sah, war er ein physisches Wrack, mehrfach gefoltert um die Namen seiner Mitverschworenen aus ihm herauszupressen. Glücklicherweise waren die meisten seiner Papiere, die mit der Widerstandsbewegung in Zusammenhang standen, bei einem Luftangriff auf Berlin vernichtet worden, ehe die Gestapo ihrer habhaft werden konnte. Aber auch die restlichen Fragmente genügen, um mit ihnen eines Tages die ganze Geschichte der Bewegung zum Leben erwecken zu können.

Denjenigen von uns, die seit dem Zusammenbruch nach Deutschland gekommen sind, können den Heldenmut Gerdeler und derjenigen die vergeblich mit ihm arbeiteten, verstehen. Deutschland ist ein Land zerstörter Städte, verkrüppelter und zerbrochener Männer, verzweifelter Witwen und Waisen die nur einen Gedanken kennen, dass sie "irgendwie weiter leben müssen". Gegen den Hintergrund dieses Bildes, und gegen den ebenso schrecklichen Hintergrund jenes Deutschlands der Jahre, als das totale Regime in seiner Blüte stand, heben sich die zähen Kräfte der Widerstandsbewegung wie ein Wunder ab. Sie werden in der Erinnerung zu den wenigen Idealen gehören, für die der Krieg gefochten wurde. Wie v. Moltke es am Abend seiner Hinrichtung schrieb "keiner von uns stirbt umsonst."

Jedoch wird aus schwer begreiflichen Gründen der Sinn der deutschen Freiheitsbewegung totgeschwiegen. Von ihrem Heldentum wird nicht gesprochen und ihre Opfer werden nicht besungen. Man lässt uns glauben, dass das deutsche Volk fast ohne Ausnahme den Verbrechen seiner Führer zugestimmt hat. Selbst während der Nürnberger Verhandlungen hat man keine Zeugen für die Bewegung zugelassen, was als grosser psychologischer Fehler angesehen werden muss. Nichts würde die Deutschen mehr beeindrucken, als die Geschichte dieser Landleute kennen zu lernen, die so viel für sie opferten.

Das Verschweigen jedes einzelnen Teiles dieser unbekannten Helden-geschichte trifft höchstens diejenigen, die die Wahrheit leugnen wollen. Denn ohne völlige Klarheit, an Stelle von blindem Hass, kann weder Deutschland noch das Gesamt Europa jemals rehabilitiert werden. Wir gaben Gerdeler während seiner Lebzeiten keinerlei Hilfestellung. Nun wollen wir uns wenigstens seiner Worte erinnern, die er vor 10 Jahren sprach: "Was Europa am meisten braucht, ist die Wiedererweckung menschlicher Gesittung."

3-3-3-3-3-3-3-3-3-3-

Alexander B. Maley (Verfasser dieses Aufsatzes) war Offizier im Marine-Abwehrwesen. Er kam, zur 7. Armee kommandiert, mit den amerikanischen Fronttruppen nach Deutschland, erfüllte dort einen Sonderauftrag und blieb 5 Monate. Er lebt jetzt als Geschäftsmann in Chicago.

Auszug aus der Zeitschrift "Human Events", ein in Washington erscheinendes Wochenblatt, vom 3. April 1946.

Widerstand im deutschen Auswärtigen Amt

von E.A. Bayne

In der Steinwüste des Nürnberger Gerichtsgebäudes, nehmen etwa ein Dutzend ehemalige Mitglieder des deutschen Auswärtigen Amtes als Zeugen an den Verhandlungen des Internationalen Gerichtshofes teil. Hierin liegt eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit, wenn man bedenkt, dass diese Männer hiermit einen erbitterten mehr als zehnjährigen Krieg gegen Hitlers auswärtige Politik beenden.

Es gab nicht sehr viele Mitglieder des Auswärtigen Amtes, die sich an diesem Kampf beteiligten, und von den wenigen sind wiederum nur einzelne übrig geblieben, die die Geschichte bitterer Enttäuschungen erzählen könnten, welche ihre Anstrengungen zerschlugen. Diese nazifeindlichen Berufsdiplomaten übten wahrhaft standhafte Treue zu einem demokratischen Deutschland. Eine Handvoll von ihnen überlebte den Terror der Gestapo, der alles Leben in Deutschland nach dem verfrühten Putsch im Juli 1944 durchdrang. Diejenigen, die übrig blieben, sollte man nicht als Verräter ansehen, die gegen ihr eigenes Land zeugen, sondern als unbeirrbar und patriotisch gesonnene Demokraten, deren moralischer Sieg ein kleiner Trost inmitten der Trümmer eines grossen Landes bedeutete.

Diese Diplomaten hatten die Katastrophe mit Hitler in den zwanziger Jahren heraufkommen sehen, hatten das reaktionäre Papenkabinett vorsichtig beobachtet, umsonst auf Milderung der politischen Katastrophe durch die zweite Hindenburgwahl gehofft. Führende Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes, wie Baron Ernst v. Weizsäcker, Ulrich von Hassell, A. v. Twardowski, Theodor Kordt, Otto Kiep (Ehemaliger Generalkonsul in New York), Hasso v. Etzdorf, Paul Schmidt und andere, war beim Völkerbund und in vielen bedeutenden Hauptstädten als zuverlässige und mutige Männer bekannt. Die meisten dieser Männer, waren in ihren Anschauungen und in ihrer politischen Haltung liberal eingestellt und versuchten mit aller Kraft, trotz der Vorherrschaft der Nazis, Deutschlands Ansehen in der Meinung der Völker hochzuhalten.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus brachte die Mitglieder des deutschen Auswärtigen Dienstes in eine schwierige Lage. Einige von ihnen wurden aktive Mitglieder der Partei, einige nahmen dem Abschied oder gingen ausser Landes. Eine ganze Menge jedoch, etwa hundert Berufsdiplomaten, beschlossen zu bleiben um einen mildernden Einfluß ausüben zu können. Später, als das wahre Gesicht Hitlers zum Vorschein kam, arbeiteten sie in Schlüsselstellungen für Sabotage und Umsturz des Nazismus. Unter den damaligen ausserordentlichen Umständen, war der Entschluss dieser Männer ein durchaus ehrenhafter. Die Treue eines Staatsbeamten gehört dem Vaterland, nicht einer besonderen Regierung. Für viele deutsche Diplomaten hatte, und konnte Hitler mit Deutschland nicht gemein haben.

Aber als sich Hitlers Macht festigte, als Hindenburg starb, die Armee Hitler den Treueid schwor und die Gestapo ihre erbarmungslose Herrschaft antrat, wurde es offenbar nur eine internationale Krise des Führer aus dem Sattel heben können. Die Deutschen Liberalen sahen sich vor die verhängnisvolle Wahl gestellt, - entweder auf eine militärische Auseinandersetzung zu warten, die Hitler stürzt, ihr Land aber vernichten würde, oder eine Revolte vorzubereiten, die sich an einem diplomatischen Misserfolg grössten Umfangs knüpfen müsste, damit das Volk ohne

weiteres ihre Notwendigkeit begreifen würde. Diese liberalen Männer des Auswärtigen Amtes wussten, dass eine allgemeine Erhebung in einem totalitären Regime unmöglich, und dass ein Staatsstreich von einigen wenigen hervorragenden Führern abhängig ist. Ein erfolgreicher Putsch würde, so glaubte man, die Wahrheit über die Korruption, Misswirtschaft und schlechte Führung der Nazis ans Licht bringen, und das deutsche Volk würde sich in dem Bemühen, zum demokratischen Regime zurückzukehren, vereinen.

Es gab verstreute Widerstandsgruppen in Deutschland, von denen einige vor dem Krieg begründet worden waren, während andere sich bildeten, als die Wehrmacht erste ernstliche Rückschläge an der Ostfront erlitt. Die meisten Widerstandsgruppen hatten örtlichen Charakter, denn die Gewtapo macht die Vereinigung dieser Gruppen schwierig, wenn nicht unmöglich. Karl Goerdeler, - wir berichteten von ihm in einem der letzten Hefte der "Human Events", - war einer der wenigen Widerstandsführer, welcher es fertig brachte, Verbindung mit anderen Gruppen aufzunehmen, und ein, ganz Deutschland umfassendes Programm der Befreiung von dem Naziregiment zu entwickeln. Bei diesem Unterfangen stützte er sich hauptsächlich auf die Gruppe gleichgesinnter Diplomaten und die militärische Gruppe, mit welcher diese sich schließlich zusammengetan hatte. Der Anteil deutscher Diplomaten an dem folgen Drama sollte auch den Amerikanern einmal nahe gebracht werden.

II

In den ersten Jahren der Nazi Herrschaft, als Hitler v. Ribbentrop zum Kommissar für Abrüstungsfragen ernannt hatte, beauftragte er den Staatssekretär Bernhard W.v. Bülow für den neuernannten Kommissar Hilfsarbeiter zu benennen. V. Bülow ernannte Erich Kordt, ehemaliger Sekretär bei der Deutschen Völkerbundslegation, zu Ribbentrops Mitarbeiter, und gab ihm folgende Anweisungen mit: "Auf keinen Fall die Fehler und Unfähigkeiten des neuen Sonderkommissars vertuschen oder verbessern, dann wird er sich bald selbst zur Strecke bringen."

Aber Ribbentrop brachte sich leider nicht selbst zur Strecke. Und Hitlers Vorliebe für den Secktreisenden nahm nur noch zu, trotz der Beweise schlechten Geschmacks den letzteren als Botschafter in London gab, trotz seiner eifersüchtigen Angst vor Übergriffen in die auswärtigen Belange durch Goebbels und Hess. und trotz seines schlechten Urteilsvermögens.

Im Frühjahr 1934 schien es, als ob eine ersehnte Spannung zwischen der Reichswehr und der privaten Naziarmee unvermeidlich wäre. In jeder Zeit begannen sich die Anti-Nazi Verschwörer deutlich abzuzeichnen, ihre Ziele wurden klarer. ihre vertrauenswürdigen Mitglieder wurden nur wenigen bekannt. Notwendigstes Gebot für sie war es laufend Kenntnis von den Plänen und Entschlüssen offizieller Stellen zu erhalten. Die Vernichtung Hitler aber zeichnete sich immer deutlicher als Hauptziel der Bewegung ab.

Das Auswärtige Amt wurde von den Nazis kalt gestellt. Ribbentrop schuf sich ein eigenes Amt mit einem Stab von 300 Mitarbeitern. Glücklicherweise für die Verschworenen behielt er Erich Kordt als seine rechte Hand, und versorgte auf diese Weise die oppositionelle Gruppe selbst mit einem wichtigen Bindeglied zu Hitlers engstem Kreis. So wurde zum Beispiel Hitlers Entschluss die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen und das Rheinland zu besetzen zuerst von Erich Kordt dem Auswärtigen Amt überbracht. Sogar von Neurath, der damals Außenminister war, musste sich diese Entscheidungen berichten lassen, ohne an ihrer Planung Teil gehabt zu haben.

Staatssekretär von Bülow war eng mit dem damaligen Chef des Generalstabes, General Ludwig Beck befreundet. Sie teilten die gleiche nazifeindliche Haltung. Im Jahre 1936 erfuhr Erich Kordt bei einer kurzen Diner Unterhaltung mit Admiral Canaris, Chef der Abwehr im

Im Mai 1938 hielt Hitler eine geheime Konferenz ab, in der er seinen Einverleibungsplan der Tschechoslowakei bekannt gab. Gleichzeitig forderte er die Schaffung des Westwalls. Dieses schien der erwartete und gesuchte öffentliche Gewaltakt zu sein, den die Widerstandsbewegung bruchte um gegen den Führer einschreiten zu können. Nachdem man Besprechungen mit v. Weizsäcker und Beck abgehalten hatte, beschloss man die Britische Regierung von Hitlers geheimen Plan zu unterrichten. Beck glaubte, dass eine energische Erklärung Englands ihn in die Lage setzen würde, die Armee zum offenen Widerstand bringen zu können.

Im Juli nahmen die Verschworenen Führung mit Philip Conwell-Evans auf, einem Engländer, der in naher Beziehung zur Downing Street stand, und baten ihn Hitlers Plan Premierminister Neville Chamberlain übermitteln zu wollen. Gleichzeitig besuchte Theodor Kordts, der damals an der Londoner Botschaft war, Sir Horace Wilson, einen von Chamberlains Ratgebern, und berichtete ihm von Hitlers Absichten. Noch spät in der Nacht brachte Wilson Kordt durch den rückwärtigen Eingang nach Downing Street Nr. 10 und liess ihn dort die Nachrichten vor Lord Halifax wiederholen. Die Widerstandsführer hatten somit die englische Führung mit Hitlers Absichten bekannt gemacht, soweit sie ihnen zugänglich waren, und hatten sie auch über die Absichten und Vorbereitungen seitens der Britischen Regierung eines Umsturzes unerrichtet - aber keinerlei Stellungnahme seitens der Britischen Regierung erfolgte.

Beck hatte guten Grund anzunehmen, dass Hitler die allgemeine Mobilmachung am 16. September befehlen würde. Als Chef des deutschen Generalstabes erklärte Beck offiziell, dass es nicht genügend vorbereitet sei, um die Verantwortung eines Krieges mit den Westmächten übernehmen zu können. Dies war ein taktischer Fehler, denn Beck wurde auf sehr unehrenhafte Weise kalt gestellt, und durch General Halder ersetzt. Die Nazis wussten nicht, dass letzterer Beck's Ansichten teilte, und eingewilligt hatte, sich dem geplanten Aufstand zu beteiligen.

Die Aufgabe Admiral Canaris' war es gewesen den Plan im Einzelnen auszuarbeiten, und den richtigen Augenblick im Zusammenhang mit Hitler's Mobilmachungsbefehl zu wählen. Oberst Oster, Mitarbeiter von Canaris berichtete, dass der Oberkommandierende der Wehrmacht, General v. Brauchitsch, endlich bereit sei, an den Ereignissen teilzunehmen, und dass man Gruppeinheiten für den beabsichtigten Putsch ausgesucht und bestimmt habe. General v. Witzleben Stadtkommandant von Berlin, sollte die Stadt unter Ausnahmezustand stellen, alle öffentlichen Dienststellen übernehmen und die SS Hauptquartiere und Verbindungsstellen sicherstellen. General von Brockdorf, Kommandeur der Panzerdivision Potsdam, sollte seine Truppen zur Reichskanzlei führen und diese besetzen. Hitler selbst plante die Bekanntmachung der Mobilmachung im Sportpalast zu verkünden, sollte dort von Graf Schulenburg durch die Berliner-Polizei in Gewahr genommen werden.

Da kam, - welche Tragik, - die übereilte Godesberger Konferenz und ihr Nachspiel in München. Hitler brauchte keine Mobilmachung zu befehlen. Als Chamberlain im Anschluss an die erste Konferenz nach England zurückkehrte, wandte sich Hitler, der den Zug des englischen Premiers davonrollen sah, an Paul Schmidt und sagte: "Ich habe den alten Kerl an der Nase herumgeführt!"

Der Hintergrund dieser sogenannten Befriedigung war den Verschworenen nur allzu klar. Die Gruppe hielt weiterhin zusammen, aber nun, da ihre Pläne schief gegangen waren und ihr Glaube an die Westmächte erschüttert, war es schwierig einen neuen Schlag zu planen.

Im Frühling 1939 ging Erich Kordt nach London und hatte dort verschiedene Unterredungen mit Leuten des Auswärtigen Amtes. Kordt bereitete auch die Einreise verschiedener jüdischer Führer, die mit der Widerstandsbewegung in Verbindung standen, nach England vor. Im April un-

Kriegsministerium, dass auch dieser gegen Hitler arbeite. Auch andere Mitglieder des auswärtigen Dienstes bekamen Fühlung mit politischen Anti-Nazi Führern. In der Nacht, in der der ehemalige Reichskanzler Reinrich Brüning heimlich Deutschland verließ, traf er sich mit Theodor Kordt, und sie vereinbarten, dass Brünings früherer Sekretär Dr. Günther Bergemann die Verbindung aufrecht halten sollte.

Dr. Paul Schmidt, Deutschlands offizieller Dolmetscher beim Völkerbund mit ministeriellen Rang, war der deutschen Abrüstungskommission als Ribbentrops Dolmetscher beigegeben worden. Kürzlich hatte Hitler ihn als Dolmetscher während der Berliner Besuche Anthony Edens und Sir John Simons benutzt. Schmidt wurde dazu bestimmt ein Vertrauter Hitlers zu werden, der jungenschaft von des ersteren Wissen beeindruckt war und seine Erfahrung im Spiel der diplomatischen Bühnen Europas bewunderte. Kordt und Schmidt verabredeten, dass sie sich alle nazipolitischen Nachrichten, die sie erreichen könnten, gegenseitig zugänglich machen wollten. Trotzdem Schmidt stets am Gelingen der Verschwörung zweifelte, zögerte er niemals umfassende Berichte über Hitlers Konferenzen und Geheimpläne zu übermitteln.

III

Die Hauptaufgabe der Verschworenen des Auswärtigen Amtes war es, die Führer der Widerstandsbewegung mit internen Informationen zu versehen. Als das Netz fertig angelegt war, reichte der Informationsdienst von Hitlers Schreibtisch bis zum Auswärtigen Amt, darüber hinaus bis zum Oberkommando der Wehrmacht und zur A. Wehr, und zu zahlreichen führenden Staatsoberhäupten (wie wir es in "Human Events" vom 27. Februar berichtete), deren Aufgabe es war den Staatsstreich vorzubereiten.

Alle Übermittlung geschah nur durch das gesprochene Wort, oder, vor allem bei telefonischen Gesprächen, durch eine Geheimsprache. Aber das Gefühl der Hochspannung blieb stets, denn Himmler wie Ribbentrop waren beide ausserordentlich misstrauisch, und ernannten geheime Mitarbeiter die die Mitglieder des Auswärtigen Amtes beobachten sollten. Einer dieser Agenten, Reinhold Spitzzy, bekannte schliesslich seine Gestapo Mission und frug, ob er den Verschwörern helfen könne, trotzdem er sich dabei nur auf seinen Verdacht stützen konnte, dass es überhaupt eine Verschwörung gab. Nach einiger Zeit wurde er auch aufgenommen und leistete wertvolle Dienste als Kurier zwischen London und Berlin, indem er ganze Berichte im Gedächtnis behielt und wiedergab. Der Schreibtisch Erich Kordts im "Bureau Ribbentrop" der Punkt wo all dies aufgefangen und weitergeleitet wurde.

Da Ribbentrop unerfahren und unwissend war, konnte die oppositionelle Gruppe in seinem Amt maximum ihn in seinen Ernennungen beeinflussen und auf diese Weise ihre Freunde in strategisch wichtige Positionen bringen. Auf diese Weise wurde Baron v. Weizsäcker zum Staatssekretär und Nachfolger Bülows gemacht, Theodor Kordt, der Bruder Erichs wurde als Geschäftsträger nach London gesandt, Albrecht von Kessel und v.d. Heyden-Rynsch, die unter Aufsicht Kieps arbeiteten, wurden Verbindungsmänner zum Kriegsministerium. Ein Mitglied der Gruppe, Brücklmeier, wurde von der Gestapo verhaftet und von dieser gefoltert, aber er verriet nichts.

Bis 1938 war es den Mitgliedern der Widerstandsgruppe gelungen sich ausserhalb der Nazi Partei zu halten. Jetzt machte es ein Erlass von Hess allen zur Pflicht einzutreten, widrigenfalls jeder den Ausschluss aus dem Staatsdienst gewärtig sein müsse. Es gelang doch dem Staatssekretär zu sorgen, dass man die Namen aller wohl den Mitgliedslisten der Partei hinzufügte und ihnen die üblichen gleichwertigen SS Ränge anhängte, dass man von diesen Mitgliedern jedoch keine Unterschrift unter den Parteieid forderte.

terrichtete Kordt das Britische Auswärtige Amt von dem drohenden Bündnis zwischen Italien und Deutschland.- weiter, dass eine Aenderung in Hitlers bisheriger feindlicher Haltung gegen Russland möglich wäre. Im Juni liess man London wissen, dass bereits Geheimabmachungen zwischen Russland und Deutschland in Vorbereitung seien, und dass ein Plan Ost-Europa in Interessensphären zu teilen von Ribbentrop erwogen würde. Ribbentrop, selbst hat dies bei seinen Aussagen im Nürnberger Prozess bestätigt. Kordt erhielt den Eindruck, dass England glauben mit Rußland zu einer Verständigung zu kommen, lange ehe Hitlers Hoffnungen sich erfüllt haben würden.

Mitlerweile war Hitlers Einfluss in Deutschland, dank seiner unblutigen Eroberungen, ständig im Wachsen. Die Führerschaft der ersten gescheiterten Verschwörung war zum grossen Teil zerstreut. Witzleben war nach Frankfurt geschickt worden, General Brockdorf in Norddeutschland Halder war jetzt, wo die Würfel für ein Abenteuer in Polen gefallen waren, zu eng mit Hitler verbunden um handeln zu können. Eine weitere Möglichkeit für einen Putsch hatte sich vielleicht in der Zeit finden können, als Hitler, noch schwankte, und ehe er den endgültigen Befehl zum Einmarsch in Polen gab. Aber die Zeit war hierfür zu kurz.

Durch seinen leichten Erfolg im polnischen Feldzug ermutigt, entschloss sich Hitler am 14. November 1939 einen Blitzkrieg gegen Frankreich vom Stapel zu lassen. Das die Verschwörer hiervon Kenntnis bekamen, waren sie sich klar, dass die Entwicklung der Dinge wieder die Vorbereitung eines neuen Putsches erleichtern würden.

Ribbentrop reiste mit Hitler in das Hauptquartier ab. Die Gruppe des Auswärtigen Amtes benutzte die Gelegenheit um vertauschenswürdige Offiziere an strategisch wichtige Stellen innerhalb der Armee zu stellen. So kam Graf York v. Wartenberg in das Hauptquartier, General von Witzleben. Zwei Divisionen der Armee Gruppe Hoepfner wurden in Berlin gelassen um die Reichskanzlei und wichtige Nazizentren zu umzingeln, der Entwurf einer Volksproklamation wurde vorbereitet, in der Hitlers Regierung mit dem Mord an General von Fritsch und anderen Verbrechen belastet wurde. Dieser Plan sah vor, dass Beck die Regierung übernehmen sollte. Aber ein Luftwaffenabwehroffizier hinterbrachte Goering die über den Putsch umlaufenden Gerüchte. General von Brauchitsch hatte Hitler ausserdem erklärt, dass die Armee nicht genügend vorbereitet sei um anzugreifen. Hitler raste, schob aber seinen Plan einer Westoffensive hinaus. Er erklärte dass drastische Massnahmen nötig wären um die "Verfallerscheinungen" in der obersten militärischen Führung auszumerzen.

Als der Angriff im Westen im Mai 1940 begann, vertieften die Erfolge weiterhin den Ruhm des Führers, und die Generale erklärten, dass sie die Möglichkeit eines erfolgreichen Aufstandes bezweifeln, ehe nicht Hitler seinen grossen militärischen Misserfolg gehabt haben würde. Im April 1942, als die Achse überall siegreich war, sagte General Beck zu einer Gruppe von Mitverschworenen, dass man nur eine neue Dolchstoss Legende schaffen würde, wenn man Hitler in der Stunde seines größten Ruhms tötete, und dass ~~wann man Hitler in der Stunde seines größten Ruhms tötete~~ man nur so seinem "teuflischen Einfluss auf die Menschheit" Vorschub leisten würde.

Neue Gelegenheiten boten sich nicht bis zum Frühsommer 1944, als die deutschen Rückschläge in Rußland so gross waren, dass selbst die Gestapo es nicht verhindern konnte, dass Gerüchte über die Katastrophen unter der kriegsmüden und von Bomben erschütterten Bevölkerung breit machten. Admiral Canaris und die Gruppe des Auswärtigen Amtes setzten dann alles auf eine Karte, als sie den Staatsstreich vom 20. Juli versuchten, den wir bereits in "Human Events" beschrieben. Unter den tausenden von grausamen Hinrichtungen wurde Canaris eine der schrecklichsten bereit. Man legte ein Stahlband um seinen Hals und hängte ihn, bis er fast tot war. Dann liess man ihn sich wiederbeleben und begann von neuem die Hinrichtung. Erst die sechste Strangulation wirkte tödlich.

Trotzdem es den Verschworenen nicht gelang, die Nazis zu verdrängen, halfen sie doch das ihre hierfür zu tun. Im Mai 1940 erfuhr ein Mitglied der Widerstandsgruppe, von Nostitz, durch die Schweizer Regierung, dass Brüssel zur offenen Stadt erklärt worden war. Er überbrachte die Nachricht an General Halder, ohne Ribbentrops Zustimmung einzuholen, und rettete so Brüssel vor dem Schicksal Rotterdams. Ein deutscher diplomatischer Vertreter in Kopenhagen übermittelte Kabel an Dänische Konsulate, die in Wirklichkeit Anweisungen des englischen Kriegsministeriums waren. Im Jahr 1942 warnte die Widerstandsgruppe durch Goerdeler die Schwedische Regierung vor einer von Hitler erwogenen Besetzung ihres Landes. Schweden ordnete sofort die Mobilmachung an und verhinderte so eine Katastrophe. Der Deutsche Botschafter in Tokio, General Ott, verhinderte erfolgreich einen von Oshima, dem japanischen Botschafter in Deutschland, und Ribbentrop geschmiedeten Plan, dass Alliierte Kriegsgefangene an Händen und Füßen gefesselt werden sollten.

Die Geschichte der Verschworenen des Auswärtigen Amtes kann das Amt als solches nicht reinwaschen von dem Vorwurf, dass es in vieler Hinsicht eine sehr wirksame Waffe der Nazis für deren Angriffs- und Machtpolitik gewesen ist. Die Deutsche Diplomatie war in der Nazizeit stark mit Nazis und Nazimitläufern durchsetzt. Viele von diesen haben eine teuflische Rolle gespielt. Umsomehr müssen wir die Haltung jener mutigen Diplomaten würdigen, die für ihre Überzeugung und ihre Anschauungen grade standen.

Der Raum dieser Zeitschrift erlaubt es nicht ihren heldenhaften Kampf im ganzen Umfang zu schildern. Sonderbarer Weise ist eben dieser Kampf bis heute den Amerikanern vorenthalten worden. Es ist genug wenn wir hier die Geschichte bitterer Enttäuschung andeuten. Diese Deutschen Berufsdiplomaten kannten die verbrecherische Vorurteilslosigkeit des Nazismus, und wussten welches Unglück er für Deutschland und die Welt bedeutete. Sie taten, was sie konnten. Als ihr Beginnen fehl schlug, blieb ihnen nichts übrig, als die Zertrümmerung durch die Bomber der Alliierten über sich ergehen zu lassen, und zu hoffen, dass von Deutschland noch genug übrig bleiben würde, um ihn vielleicht einmal seinen angestammten Platz in einer demokratischen Welt wiedergewinnen zu können.

(E.A. Bayne, Verfasser dieses Artikels) war während des Krieges Abwehr Offizier bei dem Enemy Branch, Foreign Economic Administration, und diente in Afrika, Europa und China. Seine oben abgedruckte Geschichte von der Widerstandsbewegung innerhalb des deutschen Auswärtigen Amtes, ist eine bedeutende Ergänzung des Aufsatzes "Drama der deutschen Widerstandsbewegung" den wir in den Human Events" vom 27. Februar 1946 brachten.

Auszug aus der Zeitschrift "Human Events", ein in Washington erscheinendes Wochenblatt, vom 3. April 1946.

Widerstand im deutschen Auswärtigen Amt

von E.A. Bayne

In der Steinwüste des Nürnberger Gerichtsgebäudes nehmen etwa ein Dutzend ehemalige Mitglieder des deutschen Auswärtigen Amtes als Zeugen an den Verhandlungen des Internationalen Gerichtshofes teil. Hierin liegt eine gewisse ausgleichende Gerechtigkeit, wenn man bedenkt, dass diese Männer hiermit einen erbitterten mehr als zehnjährigen Krieg gegen Hitlers auswärtige Politik beenden.

Es gab nicht sehr viele Mitglieder des Auswärtigen Amtes, die sich an diesem Kampf beteiligten, und von den wenigen sind wiederum nur einzelne übrig geblieben, die die Geschichte bitterer Enttäuschungen erzählen könnten, welche ihre Anstrengungen zerschlugen. Diese nazifeindlichen Berufsdiplomaten übten wahrhaft standhafte Treue zu einem demokratischen Deutschland. Eine Handvoll von ihnen überlebte den Terror der Gestapo, der alles Leben in Deutschland nach dem verführten Putsch im Juli 1944 durchdrang. Diejenigen, die übrig blieben, sollte man nicht als Verräter ansehen, die gegen ihr eigenes Land zeugen, sondern als unbeirrbar und patriotisch gesonnene Demokraten, deren moralischer Sieg ein kleiner Trost inmitten der Trümmer eines grossen Landes bedeutet.

Diese Diplomaten hatten die Katastrophe mit Hitler in den zwanziger Jahren heraufkommen sehen, hatten das reaktionäre Papenkabinett vorsichtig beobachtet, umsonst auf Milderung der politischen Katastrophe durch die zweite Hindenburgwahl gehofft. Führende Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes, wie Baron Ernst v. Weizsäcker, Ulrich von Hassell, A. v. Twardowski, Theodor Kordt, Otto Kiep (Ehemaliger Generalkonsul in New York), Hasso v. Etzdorf, Paul Schmidt und andere, war beim Völkerbund und in vielen bedeutenden Hauptstädten als zuverlässige und mutige Männer bekannt. Die meisten dieser Männer waren in ihren Anschauungen und in ihrer politischen Haltung liberal eingestellt und versuchten mit aller Kraft, trotz der Vorherrschaft der Nazis, Deutschlands Ansehen in der Meinung der Völker hochzuhalten.

Der Aufstieg des Nationalsozialismus brachte die Mitglieder des deutschen Auswärtigen Dienstes in eine schwierige Lage. Einige von ihnen wurden aktive Mitglieder der Partei, einige nahmen den Abschied oder gingen ausser Landes. Eine ganze Menge jedoch, etwa hundert Berufsdiplomaten, beschlossen zu bleiben um einen mildernden Einfluss ausüben zu können. Später, als das wahre Gesicht Hitlers zum Vorschein kam, arbeiteten sie in Schlüsselstellungen für Sabotage und Umsturz des Nazismus. Unter den damaligen ausserordentlichen Umständen war der Entschluss dieser Männer ein durchaus ehrenhafter. Die Treue eines Staatsbeamten gehört dem Vaterland, nicht einer besonderen Regierung. Für viele deutsche Diplomaten hatte und konnte Hitler mit Deutschland nichts gemein haben.

Aber als sich Hitlers Macht festigte, als Hindenburg starb, die Armee Hitler den Treueid schwor und die Gestapo ihre erbarmungslose Herrschaft antrat, wurde es offenbar nur eine internationale Krisis des

Führer aus dem Sattel heben können. Die Deutschen Liberalen sahen sich vor die verhängnisvolle Wahl gestellt: entweder auf eine militärische Auseinandersetzung zu warten, die Hitler stürzt, ihr Land aber vernichten würde, oder eine Revolte vorzubereiten, die sich an einen diplomatischen Misserfolg grössten Umfangs knüpfen müsste, damit das Volk ohne weiteres ihre Notwendigkeit begreifen würde. Diese liberalen Männer des Auswärtigen Amtes wussten, dass eine allgemeine Erhebung in einem totalitären Regime unmöglich, und dass ein Staatsstreich von einigen hervorragenden Führern abhängig ist. Ein erfolgreicher Putsch würde, so glaubte man, die Wahrheit über die Korruption, Miswirtschaft und schlechte Führung der Nazis

ans Licht bringen, und das deutsche Volk würde sich in dem Bemühen zum demokratischen Regime zurückzukehren, vereinen.

Es gab verstreute Widerstandsgruppen in Deutschland, von denen einige vor dem Krieg begründet worden waren, während andere sich bildeten, als die Wehrmacht erste ernstliche Rückschläge an der Ostfront erlitt. Die meisten Widerstandsgruppen hatten örtlichen Charakter, denn die Gestapo macht die Vereinigung dieser Gruppen schwierig, wenn nicht unmöglich. Karl Goerdeler - wir berichteten von ihm in einem der letzten Hefte der "Human Events", - war einer der wenigen Widerstandsführer, welcher es fertig brachte, Verbindung mit anderen Gruppen aufzunehmen und ein, ganz Deutschland umfassendes Programm der Befreiung von dem Naziregime zu entwickeln. Bei diesem Unterfangen stützte er sich hauptsächlich auf die Gruppe gleichgesinnter Diplomaten und die militärische Gruppe, mit welcher diese sich schliesslich zusammengetan hatte. Der Anteil deutscher Diplomaten an dem folgenden Drama sollte auch den Amerikanern einmal nahe gebracht werden.

II

In den ersten Jahren der Nazi Herrschaft, als Hitler v. Ribbentrop zum Kommissar für Abrüstungsfragen ernannt hatte, beauftragte er den Staatssekretär Bernhard W. v. Bülow für den neuernannten Kommissar Mitarbeiter zu benennen. V. Bülow ernannte Erich Kordt, ehemaliger Sekretär bei der Deutschen Völkerbundslegation, zu Ribbentrops Mitarbeiter, und gab ihm folgende Anweisungen mit: "Auf keinen Fall die Fehler und Unfähigkeiten des neuen Sonderkommissars vertuschen oder verbessern, dann wird es sich bald selbst zur Strecke bringen."

Aber Ribbentrop brachte sich leider nicht selbst zur Strecke. Und Hitlers Vorliebe für den Secktreisenden nahm nur noch zu, trotz der Beweise schlechten Geschmacks den letzteren als Botschafter in London gab, trotz seiner eifersüchtigen Angst vor Übergriffen in die Auswärtigen Belange durch Goebbels und Hesse und trotz seines schlechten Urteilsvermögens.

Im Frühjahr 1934 schien es, als ob eine ersehnte Spannung zwischen der Reichswehr und der privaten Naziarmee unvermeidlich wäre. In jener Zeit begannen sich die Anti-Nazi Verschwörer deutlich abzuzeichnen. Ihre Ziele wurden klarer, ihre vertrauenswürdigen Mitglieder wurden nur wenigen bekannt. Notwendigstes Gebot für sie war es, laufend Kenntnis von den Plänen und Entschlüssen offizieller Stellen zu erhalten. Die Vernichtung Hitlers aber zeichnete sich immer deutlicher als Hauptziel der Bewegung ab.

Das Auswärtige Amt wurde von den Nazis kalt gestellt. Ribbentrop schuf sich ein eigenes Amt mit einem Stab von 300 Mitarbeitern. Glücklicherweise für die Verschworenen behielt er Erich Kordt als seine rechte Hand und versorgte auf diese Weise die oppositionelle Gruppe selbst mit einem wichtigen Bindeglied zu Hitlers engstem Kreis. So wurde zum Beispiel Hitlers Entschlüsse, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen und das Rheinland zu besetzen, zuerst von Erich Kordt dem Auswärtigen Amt überbracht. Sogar von Neurath, der damals Aussenminister war, musste sich diese Entscheidungen berichten lassen, ohne an ihrer Planung Teil gehabt zu haben.

Staatssekretär von Bülow war eng mit dem damaligen Chef des Generalstabes, General Ludwig Beck befreundet. Sie teilten die gleiche nazifeindliche Haltung. Im Jahre 1936 erfuhr Erich Kordt bei einer kurzen Diner-Unterhaltung mit Admiral Canaris, Chef der Abwehr im Kriegsministerium, dass auch dieser gegen Hitler arbeite. Auch andere Mitglieder des auswärtigen Dienstes bekamen Fühlung mit politischen Anti-Nazi-Führern. In der Nacht, in der der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning heimlich Deutschland verliess, traf er sich mit Theodor Kordt und sie vereinbarten, dass Brünings früherer Sekretär Dr. Günther Bergemann die Verbindung aufrecht halten sollte.

Dr. Paul Schmidt, Deutschlands offizieller Dolmetscher beim

Völker-

Völkerbund mit ministeriellen Rang, war der deutschen Abrüstungskommision als Ribbentrops Dolmetscher beigegeben worden. Kürzlich hatte Hitler ihn als Dolmetscher während der Berliner Besuche Anthony Edens und Sir John Simons benutzt. Schmidt wurde dazu bestimmt, ein Vertrauter Hitlers zu werden, der jungenhaft von des ersteren Wissen beeindruckt war und seine Erfahrung im Spiel der diplomatischen Bühnen Europas bewunderte. Kordt und Schmidt verabredeten, dass sie sich alle nazipolitischen Nachrichten, die sie erreichen könnten, gegenseitig zugänglich machen wollten. Trotzdem Schmidt stets am Gelingen der Verschwörung zweifelte, sorgte er niemals, umfassende Berichte über Hitlers Konferenzen und Geheimpläne zu übermitteln.

III

Die Hauptaufgabe der Verschworenen des Auswärtigen Amtes war es, die Führer der Widerstandsbewegung mit internen Informationen zu versorgen. Als das Netz fertig angelegt war, reichte der Informationsdienst von Hitlers Schreibtisch bis zum Auswärtigen Amt, darüber hinaus bis zum Oberkommando der Wehrmacht und zur Abwehr und zu zahlreichen führenden Staatsoberhäuptern (wie wir es in "Human Events" von 27. Februar berichteten), deren Aufgabe es war, den Staatsstreich vorzubereiten.

Alle Übermittlung geschah nur durch das gesprochene Wort, oder, vor allem bei telephonischen Gesprächen, durch eine Geheimsprache. Aber das Gefühl der Hochspannung blieb stets, denn Himmler wie Ribbentrop waren beide ausserordentlich misstrauisch und ernannten geheime Mitarbeiter, die die Mitglieder des Auswärtigen Amtes beobachten sollten. Einer dieser Agenten, Reinhold Spitay, bekannte schliesslich seine Gestapomission und fragte, ob er den Verschwörern helfen könne, trotzdem er sich dabei nur auf seinen Verdacht stützen konnte, dass es überhaupt eine Verschwörung gab. Nach einiger Zeit wurde er auch aufgenommen und leistete wertvolle Dienste als Kurier zwischen London und Berlin, indem er ganze Berichte im Gedächtnis behielt und wiedergab. Der Schreibtisch Erich Kordts im "Bureau Ribbentrop", der Punkt, wo all dies aufgefangen und weitergeleitet wurde.

Da Ribbentrop unerfahren und unwissend war, konnte die oppositionelle Gruppe in seinem Amt ihn in seinen Ernennungen beeinflussen und auf diese Weise ihre Freunde in strategisch wichtige Positionen bringen. Auf diese Weise wurde Baron v. Weizsäcker zum Staatssekretär und Nachfolger Bülow's gemacht, Theodor Kordt, der Bruder Erichs wurde als Geschäftsträger nach London geschickt, Albrecht von Kessel und v. d. Heyden-Rynsch, die unter Aufsicht Kleps arbeiteten, wurden Verbindungsmänner zum Kriegeministerium. Ein Mitglied der Gruppe, Brückmeier, wurde von der Gestapo verhaftet und von dieser gefoltert, aber er verrät nichts.

Bis 1938 war es den Mitgliedern der Widerstandsgruppe gelungen, sich ausserhalb der Nazi-Partei zu halten. Jetzt machte es ein Erlass von Hess allen zur Pflicht einzutreten, widrigenfalls jeder den Ausschluss aus dem Staatsdienst gewärtig sein müsse. Es gelang doch dem Staatssekretär, dafür zu sorgen, dass man die Namen aller wohl den Mitgliedlisten der Partei hinzufügte und ihnen die üblichen gleichwertigen SS Ränge anhängte, dass man von diesen Mitgliedern jedoch keine Unterschrift unter den Parteieid forderte.

Im Mai 1938 hielt Hitler eine geheime Konferenz ab, in der er seinen Einverleibungsplan der Tschechoslowakei bekannt gab. Gleichzeitig forderte er die Schaffung des Westwalls. Dieses schien der erwartete und gesuchte öffentliche Gewaltakt zu sein, den die Widerstandsbewegung brauchte, um gegen den Führer einschreiten zu können. Nachdem man Besprechungen mit v. Weizsäcker und Beck abgehalten hatte, beschloss man, die Britische Regierung von Hitlers geheimen Plan zu unterrichten. Beck glaubte, dass eine energische Erklärung Englands ihn in die Lage setzen würde, die Armeen zum offenen Widerstand bringen zu können.

Im Juli nahmen die Verschworenen Fühlung mit Philip Conwell-Evans auf, einem Engländer, der in naher Beziehung zur Downing Street stand, und baten ihn, Hitlers Plan Premierminister Neville Chamberlain übermitteln

22 - 10 22-9-33
zu wollen. Gleichzeitig besuchte Theodor Kordt, der damals an der Londoner Botschaft war, Sir Horace Wilson, einen von Chamberlains Ratsgebern, und berichtete ihm von Hitlers Absichten. Noch spät in der Nacht brachte Wilson Kordt durch den rückwärtigen Eingang nach Downing Street Nr. 10 und liess ihn dort die Nachrichten vor Lord Halifax wiederholen. Die Widerstandsführer hatten somit die englische Führung mit Hitlers Absichten bekannt gemacht, soweit sie ihnen zugänglich waren, und hatten sie auch über die Absichten und Vorbereitungen eines Umsturzes unterrichtet - aber keinerlei Stellungnahme seitens der Britischen Regierung erfolgte.

Beck hatte guten Grund anzunehmen, dass Hitler die allgemeine Mobilmachung am 16. September befehlen würde. Als Chef des deutschen Generalstabes erklärte Beck offiziell, dass er nicht genügend vorbereitet sei, um die Verantwortung eines Krieges mit den Westmächten übernehmen zu können. Dies war ein taktischer Fehler, denn Beck wurde auf sehr unehrenhafte Weise kalt gestellt und durch General Halder ersetzt. Die Nazis wussten nicht, dass letzterer Beck's Ansichten teilte und eingewilligt hatte, sich an dem geplanten Aufstand zu beteiligen.

Die Aufgabe Admiral Canaris' war es gewesen, den Plan in Einzelnen auszuarbeiten und den richtigen Augenblick im Zusammenhang mit Hitlers Mobilmachungsbefehl zu wählen. Oberst Oster, Mitarbeiter von Canaris berichtete, dass der Oberkommandierende der Wehrmacht, General von Brauchitsch, endlich bereit sei, an den Ereignissen teilzunehmen, und dass man Gruppeneinheiten für den beabsichtigten Putsch ausgesucht und bestimmt habe. General v. Witzleben, Stadtkommandant von Berlin, sollte die Stadt unter Ausnahmezustand stellen, alle öffentlichen Dienststellen übernehmen und die SS Hauptquartiere und Verbindungsstellen sicherstellen. General von Brockdorf, Kommandeur der Panzerdivision Potsdam, sollte seine Truppen zur Reichskanzlei führen und diese besetzen. Hitler selbst, der plante, die Bekanntmachung der Mobilmachung im Sportpalast zu verkünden, sollte dort von Graf Schulenburg durch die Berliner Polizei in Gewahr genommen werden.

Da kam, - welche Tragik, - die übereilte Godesberger Konferenz und ihr Nachspiel in München. Hitler brauchte keine Mobilmachung zu befehlen. Als Chamberlain in Anschluss an die erste Konferenz nach England zurückkehrte, wandte sich Hitler, der den Zug des englischen Premiers davonrollen sah, an Paul Schmidt und sagte: "Dah habe den alten Kerl an der Nase herumgeführt!"

Der Hintergrund dieser sogenannten Befriedigung war den Verschworenen nur allzu klar. Die Gruppe hielt weiterhin zusammen, aber nun, da ihre Pläne schief gegangen waren und ihr Glaube an die Westmächte erschüttert, war es schwierig, einen neuen Schlag zu planen.

Im Frühling 1939 ging Erich Kordt nach London und hatte dort verschiedene Unterredungen mit Leuten des Auswärtigen Amtes. Kordt bereitete auch die Hinreise verschiedener jüdischer Führer, die mit der Widerstandsbewegung in Verbindung standen, nach England vor. Im April unterrichtete Kordt das Britische Auswärtige Amt von dem drohenden Bündnis zwischen Italien und Deutschland - weiter, dass eine Änderung in Hitlers bisheriger feindlicher Haltung gegen Russland möglich wäre. Im Juni liess man London wissen, dass bereits Geheimabmachungen zwischen Russland und Deutschland in Vorbereitung seien, und dass ein Plan Osteuropas in Interessensphären zu teilen von Ribbentrop erwogen würde. Ribbentrop, selbst hat dies bei seinen Aussagen im Nürnberger Prozess bestätigt. Kordt erhielt den Eindruck, dass England glaubte, mit Russland zu einer Verständigung zu kommen, lange ehe Hitlers Hoffnungen sich erfüllt haben würden.

Mittlerweise war Hitlers Einfluss in Deutschland dank seiner unblutigen Eroberungen ständig in Sachsen. Die Führerschaft der ersten gescheiterten Verschwörung war zum grossen Teil zerstreut. Witzleben war nach Frankfurt geschickt worden, General Brockdorf in Norddeutschland Halder war jetzt, wo die Würfel für ein Abenteuer in Polen gefallen waren

waren, zu eng mit Hitler verbunden um handeln zu können. Eine weitere Möglichkeit für einen Putsch hätte sich vielleicht in der Zeit finden können, als Hitler noch schwankte und ehe er den endgültigen Befehl zum Einmarsch in Polen gab. Aber die Zeit war hierfür zu kurz.

Durch seinen leichten Erfolg im polnischen Feldzug ermutigt, entschloss sich Hitler am 14. November 1939 einen Blitzkrieg gegen Frankreich vom Stapel zu lassen. Als die Verschwörer hiervon Kenntnis bekamen, waren sie sich klar, dass die Entwicklung der Dinge wieder die Vorbereitung eines neuen Putsches erleichtern würden.

Ribbentrop reiste mit Hitler in das Hauptquartier ab. Die Gruppe des Auswärtigen Amtes benutzte die Gelegenheit, um vertrauenswürdige Offiziere an strategisch wichtige Stellen innerhalb der Armee zu stellen. So kam Graf York v. Wartenberg in das Hauptquartier, General von Witzleben. Zwei Divisionen der Armee Gruppe Hoepfner wurden in Berlin gelassen, um die Reichskanzlei und wichtige Nazizentren zu umzingeln, der Entwurf einer Volksproklamation wurde vorbereitet, in der Hitlers Regierung mit dem Mord an General von Fritsch und anderen Verbrechen belastet wurde. Dieser Plan sah vor, dass Beck die Regierung übernehmen sollte. Aber ein Luftwaffenabwehroffizier hinterbrachte Göring die über den Putsch umlaufenden Gerüchte. General von Brauchitsch hatte Hitler ausserdem erklärt, dass die Armee nicht genügend vorbereitet sei, um anzugreifen. Hitler raste, schob aber seinen Plan einer Westoffensive hinaus. Er erklärte, dass drastische Massnahmen nötig wären, um die "Verfallerscheinungen" in der obersten militärischen Führung auszumerzen.

Als der Angriff im Westen im Mai 1940 begann, vertieften die Erfolge weiterhin den Ruhm des Führers, und die Generale erklärten, dass sie die Möglichkeit eines erfolgreichen Aufstandes bezweifeln, ehe nicht Hitler seinen grossen militärischen Misserfolg gehabt haben würde. Im April 1942, als die Achse überall siegreich war, sagte General Beck zu einer Gruppe von Mitverschworenen, dass man nur einen Dolchstoss-Legende schaffen würde, wenn man Hitler in der Stunde seines grössten Ruhms tötete und dass man nur so seinem "teuflischen Einfluss auf die Menschheit" Vorschub leisten würde.

Neue Gelegenheiten boten sich nicht bis zum Frühsommer 1944, als die deutschen Rückschläge in Russland so gross waren, dass selbst die Gestapo es nicht verhindern konnte, dass Gerüchte über die Katastrophen unter der Kriegsmüde und von Bomben erschütterten Bevölkerung breit machten. Admiral Canaris und die Gruppe des Auswärtigen Amtes setzten dann alles auf eine Karte, als sie den Staatsstreich vom 20. Juli versuchten, den wir bereits in "Human Events" beschrieben. Unter den tausenden von grausamen Hinrichtungen wurde Canaris eine der schrecklichsten bereitet. Man legte ein Stahlband um seinen Hals und hingte ihn, bis er fast tot war. Dann liess man ihn sich wiederbelegen und begann von neuem die Hinrichtung. Erst die sechste Strangulation wirkte tödlich.

Trotzdem es den verschworenen nicht gelang, die Nazis zu verdrängen, halfen sie doch das ihre hierfür zu tun. Im Mai 1940 erfuhr ein Mitglied der Widerstandsgruppe, von Hostitz, durch die Schweizer Regierung, dass Brüssel zur offenen Stadt erklärt worden war. Er überbrachte die Nachricht an General Halder, ohne Ribbentrops Zustimmung einzuholen, und rettete so Brüssel vor dem Schicksal Rotterdams. Ein deutscher diplomatischer Vertreter in Kopenhagen übermittelte Kabel an Dänische Konsulate, die in Wirklichkeit Anweisungen des englischen Kriegsministeriums waren. Im Jahr 1942 warnte die Widerstandsgruppe durch Goerdeler die Schwedische Regierung vor einer von Hitler erwogenen Besetzung ihres Landes. Schweden ordnete sofort die Mobilisierung an und verhinderte so eine Katastrophe. Der Deutsche Botschafter in Tokio, General Ott, verhinderte erfolgreich einen von Oshima, dem japanischen Botschafter in Deutschland und Ribbentrop geschmiedeten Plan, dass

Alliierte .

Alliierte Kriegsgefangene an Händen und Füßen gefesselt werden sollten.

Die Geschichte der Verschworenen des Auswärtigen Amtes kann das Amt als solches nicht reinwaschen von dem Vorwurf, dass es in vieler Hinsicht eine sehr wirksame Waffe der Nazis für deren Angriffs- und Machtpolitik gewesen ist. Die Deutsche Diplomatie war in der Nazizeit stark mit Nazis und Nazimitglädern durchsetzt. Viele von diesen haben eine teuflische Rolle gespielt. Umso mehr müssen wir die Haltung jener mutigen Diplomaten würdigen, die für ihre Überzeugung und ihre Anschauungen grade standen.

Der Raum dieser Zeitschrift erlaubt es nicht, ihren heldenhaften Kampf im ganzen Umfang zu schildern. Sonderbarer Weise ist eben dieser Kampf bis heute den Amerikanern vorenthalten worden. Es ist genug, wenn wir hier die Geschichte bitterer Enttäuschung andeuten. Diese Deutschen Berufsdiplomaten kannten die verbrecherische Vorurteilslosigkeit des Nazismus und wussten, welches Unglück er für Deutschland und die Welt bedeutete. Sie taten, was sie konnten. Als ihr Beginnen fehl schlug, blieb ihnen nichts übrig, als die Zertrümmerung durch die Bomber der Alliierten über sich ergehen zu lassen und zu hoffen, dass von Deutschland noch genug übrig bleiben würde, um ihm vielleicht einmal seinen angestammten Platz in einer demokratischen Welt wiedergewinnen zu können.

(E.A. Payne, Verfasser dieses Artikels) war während des Krieges Abwehr-Offizier bei dem Enemy Branch, Foreign Economic Administration, und diente in Afrika, Europa und China. Seine oben abgedruckte Geschichte von der Widerstandsbewegung innerhalb des deutschen Auswärtigen Amtes ist eine bedeutende Ergänzung des Aufsatzes "Drama der deutschen Widerstandsbewegung", den wir in den "Human Events" vom 27. Februar 1946 brachten.

im Kabinett und wurde ein Verschwörer. Das alles aber geschah nicht aus Ueberzeugung, sondern aus Berechnung. Denn er wollte, wie immer, auch künftig dabei sein.

Das ist Schachts Entlastungsversuch. Er ist nicht mehr als die Darlegung des falschen Kalküls einer ehrgeizigen Kopie, dessen Politik nie aus echter Ueberzeugung erwuchs. Das Gericht hat darüber zu urteilen, ob und inwieweit seine Schuld leichter wiegt als die der anderen.
F.-r.

Das japanische Nürnberg

Tokio. — Gegen 28 führende Persönlichkeiten Japans — Politiker und Militärs — begann vor einem internationalen Gerichtshof in Tokio ein Prozeß wegen Kriegsverbrechen. Dieses Verfahren entspricht dem Nürnberger Prozeß gegen die 21 Hauptkriegsverbrecher des nationalsozialistischen Regimes.

Funk, „der Mann vor der Tür“ Hitlers Wirtschaftsminister sagen aus

Nürnberg. — In müdem, gleichgültigem Tonfall machte der Angeklagte Funk seine Aussagen vor dem Nürnberger Gerichtshof, nachdem die Vertheidigung von Schacht abgeschlossen war. Funk trat, nach seinen eigenen Angaben, im Jahre 1931 der NSDAP bei, da ihn die „faszinierende Persönlichkeit des Führers“ beeindruckt habe. Für die Kriegswirtschaft lehnte er die Verantwortung ab, da Hitler alle wirtschaftlichen Anordnungen direkt an Göring und seit 1942 an Speer gegeben habe. Funk habe in der nationalsozialistischen Partei als „Außenminister und Liberalist“ gegolten. Massenkundgebungen hätten ihm „physische Schmerzen“ verursacht; deshalb habe er nie an den Veranstaltungen des 9. November oder an den Reichsparteitagen teilgenommen.

Bei seiner Vernehmung versuchte Funk seine Rolle in der nationalsozialistischen Politik zu bagatellisieren. „Ich hatte wohl den Titel eines Ministers, meine Stellung war aber die eines Staatssekretärs, da ich auf den meisten Wirtschaftsgebieten den Weisungen des Vierjahresplans, also Görings, unterstand.“ Er sei ihm leider in seinem Leben immer so ergangen, nur bis zur Tür zu kommen, aber nie eintreten zu können.

Auf die Frage, weshalb er Reichsbankpräsident geworden sei, antwortete Funk: Hitler habe ihm mitgeteilt, daß Schacht die deutsche Politik sabotiere, da er sich weigere, weitere Kredite zu gewähren. Hitler sagte mir, er würde es sich nicht gefallen lassen, daß die Reichsbank ihn sabotiere. Die Direktoren der Reichsbank seien komplette Narren, wenn sie glaubten, er würde sich durch sie in seiner Politik beeinflussen lassen.

Ueber die Vernehmung des Angeklagten Dr. Hjalmar Schacht liegen noch folgende Einzelheiten vor:

Schacht erhielt zu seinem 60. Geburtstag einen angeblich edlen Spitzweg geschenkt, der, wäre er echt gewesen, einen Wert von zwanzigtausend Mark gehabt hätte. Schacht habe jedoch sofort erkannt, daß das Bild eine Fälschung darstelle, und er habe schließlich sogar das Original ausfindig machen können. Daraufhin habe er die Fälschung in einem Prozeß klarstellen lassen. Das Bild sei Hitler zurückgegeben worden; einen Ersatz habe Schacht jedoch dafür nicht bekommen.

Im Kreuzverhör des amerikanischen Generalstaatsanwalts Jackson gab Schacht zu, daß er gefordert habe, Hitler müsse Kanzler werden. Außerdem machte er das Ringverständnis, unter deutschen Großindustriellen und Bankiers Unterschriften für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gesammelt zu haben. Die gleichen Persönlichkeiten seien von ihm außerdem veranlaßt worden, Gelder für den Wahlkampf der NSDAP zu zeichnen. Schacht gestand weiter ein, der NSDAP von 1937 an jährlich tausend Mark überwiesen zu haben, um sich für die Verleihung des Goldenen Parteibzeichens erkenntlich zu zeigen.

„Ich habe Hitler erst nach 1938 betrogen. Bis dahin sagte ich ihm jedoch ehedem meine Meinung.“

Unter den Angeklagten sind auch vier ehemalige Ministerpräsidenten, darunter Tojo, Hirota, der den Antikominternpakt zu verantworten hat, Hiranuma und der General Koiso. Außerdem befinden sich unter den Angeklagten der frühere Außenminister Matsuoka, der am Abschluß des Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Japan und Italien einen führenden Anteil hatte, und Admiral Nagano, der den Befehl zum Ueberfall auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbour vor der offiziellen japanischen Kriegserklärung gegeben hatte.

Der Prozeß in Tokio enthält die gleichen Anklagepunkte wie der Nürnberger Prozeß: Verbrechen gegen den Frieden, gewöhnliche Kriegsverbrechen, Planung, Vorbereitung, Beginn oder Führung eines erklärten oder nicht erklärten Angriffskrieges, Verletzung des internationalen Rechts, des Kriegrechts, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Zwangsverrückungen und Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung wegen unmenschlicher Behandlung.

Jahre 1932 mit Schacht gehabt habe. Damals habe ihm Schacht gesagt, man müsse Hitler und den Nationalsozialisten eine Chance geben. Bei einem späteren Gespräch im Frühjahr 1933 habe Schacht eine große Begeisterung gezeigt und die Meinung geäußert, er bliebe ein treuer Mann. Schacht habe sich aber getäuscht. Nachdem er Hitler geholfen habe, die Rüstungsmaschine in Gang zu bringen, sei er ein Werkzeug in der Hand Hitlers geworden. Den Krieg habe Schacht als ein Verbrechen auf deutscher Seite bezeichnet.

Schacht habe versucht, die Rüstungen zu bremsen; als ihm dies nicht gelungen sei, habe er eine weitere Aufrüstung zu sabotieren versucht. So habe er zum Beispiel im Jahre 1938 eine Anleihe aufgelegt, obgleich er gewußt habe, daß die letzte Anleihe noch nicht verdaut sei. Außerdem habe er eine derart hohe Summe genannt, daß ein Mißerfolg habe eintreten müssen. „Ueber diesen Mißerfolg war dann Schacht sehr glücklich.“

Ende 1938 habe das Reichsbankdirektorium ein Memorandum an Hitler geschickt und ihn darin auf das Kassendefizit der Reichsbank von mehr als einer Milliarde Mark aufmerksam gemacht. „Wir haben alle einmütig dieses Memorandum unterschrieben, um Hitler vor die Alternative zu stellen, einen anderen Kurs einzuschlagen oder mit uns zu brechen. Hitler bezeichnete diese Maßnahme als Meuterei. „Schacht und drei Reichsbankdirektoren seien daraufhin entlassen worden. Trotz ihres Verbotes sei Schacht, so sagte Vocke, der Freimaurerei treu geblieben. Er habe sogar Logenangehörige gefördert, statt sie auf Anordnung Hitlers zu entlassen.

Im Verlauf des Verfahrens wurde eine frühere Aussage von Schacht verlesen, in der er Hitler als anormal und Göring als einen unmoralischen, verbrecherischen Menschen bezeichnet hatte, der auf keinem Gebiet irgendwelche Kenntnisse besessen habe. Schacht sprach auch von einer Gesellschaft, bei der Göring in einer römischen Tunika erschienen sei, geschmückt mit Brillanten und Edelsteinen, gepudert und mit geschminkten Lippen. Er sei der Gegenstand der allgemeinen Belustigung gewesen.

Göring hörte sich diesen Bericht mit unglaublichem Gesichtsausdruck an, schüttelte den Kopf und tippte sich mit dem Finger an die Stirn.

Am gestrigen 6. Mai sind für eine Reihe in der französisch-besetzten Zone verkehrende Züge Fahrplanänderungen in Kraft getreten.

Schnellzugverkehr

Nicht mehr gefahren werden könnten die Schnellzüge T. Perm.: Innsbruck ab 6.05, Straßburg ab 15.20 und T. Perm. 486: Straßburg ab 9.25, Innsbruck an 1.05.

Als Ersatz hierfür werden neue Schnellzüge, die auch dem allgemeinen Reiseverkehr dienen, gefahren, nämlich Schnellzug D 154.

VERMISCHTE NACHRICHTEN

Schneller als V 2

Washington. — Ein neuer Raketenmotor wurde, wie das amerikanische Marineministerium bekanntgab, einer Gruppe von Wissenschaftlern vorgeführt. Der Motor ist viel stärker als der in der „V 2“-Rakete verwendete. Er hat einen Durchmesser von zehn Zentimeter und ist etwa 25 Zentimeter lang.

Ein Denkmal für Roosevelt

London. — Demnächst wird auf dem hiesigen Grosvenor-Square, den der Herzog von Westminster der britischen Regierung zu diesem Zweck übergeben hat, ein Roosevelt-Denkmal errichtet werden.

Amerikanische Feldpostpakete

New York. — Durch die rasche Beendigung des Krieges mit Japan infolge der Bombe von Hiroshima blieben bei der amerikanischen Armee noch drei Millionen Pakete liegen, welche für die amerikanischen Soldaten im Pazifik bestimmt waren. Diese Pakete werden Europa zur Verfügung gestellt. Sie wiegen dreizehn Kilo und enthalten 40.000 Kalorien in Form von Fleisch, Eßwaren, Konfitüren, Gemüse, Zucker, Kaffee, Kakao, Milch, Butter und Zigaretten. Jedes Paket kostet 15 Dollar.

Verkehrsstreik in Amerika

Los Angeles. — In den frühen Morgenstunden des Samstag wurde der gesamte Verkehr im Stadtgebiet lahmgelegt. Annähernd 4000 Mann des Fahr- und Pflegepersonals der großen Omnibusgesellschaften waren zur Durchsetzung höherer Löhne in den Streik getreten. In Long Beach wurde ebenfalls der Streik ausgerufen. In East-Liverpool und fünf kleineren Orten in Ohio und Westvirginia brachen gleichfalls Verkehrsstreiks aus, so daß Hunderte von Stahl-, Spinnerei- und Porzellanarbeitern ihre Arbeitsstätten nur zu Fuß erreichen konnten.

Palästina-Streik ohne Zwischenfall

London. — Im Verlauf des Generalstreiks, zu dem die Araber in Palästina aufgerufen hatten, um gegen den Bericht der anglo-amerikanischen Palästina-Kommission zu protestieren, haben sich ernste Zwischenfälle nicht ereignet. Auch der Sympathiestreik in Syrien verlief ohne Zwischenfall. Mitglieder des persischen Parlaments und führende Politiker Persiens haben eine Entschlüsselung gefaßt, in der die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens vor einer Intervention im Sinne des Berichts der Palästina-Kommission gewarnt werden. Der Bericht wird als „ungerecht und unmenschlich“ gegenüber der arabischen Welt bezeichnet. Die Entschlüsselung spricht sich für eine Konferenz aller arabischen Staaten aus, auf der Maßnahmen gegen die Verwirklichung der Kommissionsvorschläge beschlossen werden sollen.

Premierminister Attlee hat ein Schreiben der amerikanischen „Komitees für die Befreiung der Juden“ erhalten, in dem die Verhaftung der Araberführer, die mit den Terroristen in Verbindung stehen, die Sicherung der palästinensischen Grenzen gegen bewaffnete Einfälle aus den arabischen Nachbargebieten und die Aufnahme palästinensischer Staatsbürger in die britischen Truppen

zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verlangt werden. Der Vorsitzende des Komitees teilte mit, er habe in einem Schreiben an Präsident Truman den Plan einer beschleunigten Auswanderung von 100.000 noch in Deutschland lebenden Juden dargelegt.

Ein kommunistischer Gesandter

Rom. — Italien hat die diplomatischen Beziehungen zu Ungarn aufgenommen und der Ernennung des Mitglieds der kommunistischen Partei Podor zum ungarischen Geschäftsträger zugestimmt. Podor war Kabinettschef des Außenministers Gyöngyösi.

Brand in einem Munitionslager

Nürnberg. — In einem Lager deutscher Munition in Feucht, östlich Nürnberg, ist Sonntag nachmittag Feuer ausgebrochen. Größere Mengen der dort lagernden Munition explodierten. Die Explosionen riefen im Stadtgebiet von Nürnberg bis zu den westlichen Vororten Erschütterungen hervor. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt. Bei dem Brand explodierten dreißig Tonnen Munition und 200 V-2-Geschosse.

Durch den Strang

Hamburg. — Alle vierzehn Angeklagten des Prozesses gegen die Wachmannschaften und Aerzte des Konzentrationslagers Neuengamme wurden der Kriegsverbrechen an alliierten Staatsbürgern für schuldig befunden. Elf Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang verurteilt. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 20, 15 und zehn Jahren.

Angestellte des Roten Kreuzes verhaftet

Regensburg. — Alle Angestellten des Lebensmittelagers des Roten Kreuzes in Regensburg sind wegen Unterschlagung und Veruntreuung am 27. April verhaftet worden. Unter den zehn Verhafteten befindet sich auch der Leiter des Lebensmittelagers.

„Gottgläubig“

Der Oberpräsident für das Rheinland gab einen Erlaß über die Bezeichnung der religiösen Bekenntnisse heraus, wonach bei Eintragungen in öffentlichen Listen, Registern oder Urkunden zwischen Angehörigen einer anerkannten Religionsgemeinschaft oder einer organisierten Sekte und Dissidenten unterschieden wird. Unter den Begriff „Dissidenten“ fallen alle Personen, die sich nicht als Angehörige einer Kirche oder organisierten Sekte bekennen. Der Erlaß verbietet die Bezeichnung „gottgläubig“. Dieser Begriff war 1936 durch den Reichminister des Innern eingeführt worden.

SPORT

Die süddeutschen Meisterschaften

1. FC. Nürnberg — Schwaben Augsburg 3:1
RC. Augsburg — SpV. Waldhof 2:4
VfB. Stuttgart — Phönix Karlsruhe 3:1
1900 München — FC. Schweinfurt 0:1
VfR. Mannheim — FSV. Frankfurt 4:0
Offenbacher Kickers — Bayern München 4:0
Eintracht Frankfurt — SpVgg. Pöhl 5:2
Karlsruher FV. — Stuttgarter Kickers 3:5

Oberschwaben

Gmn. 1941 (bisher Aulendorf) ab 6.00, Kilslegg an 7.30 ist früher gelegt: Aulendorf ab 5.45, Waldsee an 6.01, ab 6.11, Rottberg ab 6.37, Alttann ab 6.45, Wollegg ab 6.57, Hohensteig-Krumbach 7.05, Kilslegg an 7.11. Zur Herstellung eines Anschlusses an den neugefahrenen Personenzug 1905 von Friedrichshafen (ab 6.40) nach Biberach (an 8.50) verkehrt Gmn. 1942 (bisher Leutkirch) ab 6.55, Aulendorf an 8.17; früher: er verläßt Leutkirch 6.44, erreicht Kilslegg 7.08, verläßt Kilslegg 7.15, Rottberg 7.47,

Verbesserungen im Zugverkehr

ab 6.00, Bregenz ab 11.00, Lindau ab 11.50, Friedrichshafen ab 12.28, Mittenhausen ab 12.53, Überlingen ab 13.18, Radolfzell ab 14.05, Singen ab 14.21, Offenburg an 19.10. Er erhält dort Anschluß an E 201: Offenburg ab 19.20, Appenweiler 19.44, Baden-Oos 20.44, Karlsruhe an 21.30.

Infolge der Späterlegung des Hauptzuges D 65 verkehrt Schnellzug D 165 (bisher Radolfzell ab 12.48, Konstanz an 13.10) später: Radolfzell ab 13.35, Konstanz an 14.17. Er nimmt in Radolfzell neben dem Anschluß vom Schwarzwald auch Anschluß

Tragische Stunde

Das Verhängnis zu späten Handelns

Immer wieder kehrt in den langen Stunden, da man nachts brennenden Auges in das Dunkle starrt, die Erinnerung an den Sommer 1944 zurück. Nie vergißt man, wie uns in der Qual der Verzweiflung plötzlich eine irre Hoffnung ansprang; nie vergißt man, wie sie dann jäh wieder verlosch, und nichts zurückließ, als das Hadern mit dem Schicksal und die bohrende Frage, ob unseres Volkes Untergang damals bereits besiegelt war.

Da sieht man sich in der Erinnerung an dem Spätnachmittag des 20. Juli, als die Luft lau in den Ruinen der halbzerstörten Stadt hinbrütete, die Treppe zum S-Bahnhof am Potsdamer Platz hinuntersteigen. Eine barsche Stimme ruft den seines Weges Gehenden plötzlich an und ein drohender Gewehrlauf ist gegen ihn gerichtet: Soldaten, umgeschmält und mit Stahlhelmen. Eine neue Kolonne marschiert auf, spritzt auseinander und verteilt sich. Und dann lief man wohl eine Stunde lang an der Absperrungsmauer des Wachbataillons Berlin entlang. Freunde unter der Menge hatten dem Nichtsahnenden inzwischen erzählt von dem, was sie wußten. Es war nicht viel. Aber das eine begriff man: Attentat auf Hitler, das Militär übernimmt die Gewalt!

War die Stunde endlich da, auf die Millionen seit Jahren immer wieder geholt hatten? An deren Kommen sie dann in müder Skepsis oder in wütendem Spott über die „Feigsten der Feigen“, die deutschen Generale, schon wieder gezweifelt hatten? Noch war an jenem Abend nur eine Ahnung von den Möglichkeiten der Stunde in der Menge, aber, hätte nicht wenigstens ein Funke der Erregung in sie überspringen müssen? In militärischem Schweigen sah sie den Soldaten zu. Das waren nicht mehr die Berliner, die noch 1932 auf den Straßen hin- und herwogten, eine zu steter Handlung bereite, immer zu elektrisierende Menge. Das war ein Brei, grauer, ausgelaugter Brei! Zwölf Jahre des Terrors, der Angst, der Propaganda, des Hungers und der schlaflosen Bombennächte hatten das aus ihnen gemacht.

Und rückschauend begreift man, daß eigentlich schon in dieser Stunde der Aufstand verloren war, das Volk blieb stumm. Nicht ein Zufall, nicht nur das plötzliche Aufstehen Hitlers vom Kartentisch hatten ihn gerettet und die Verschwörung vereitelt. Zwölf Jahre Tyrannei hatten der Nation das Rückgrat gebrochen.

Hamlet in Uniform

Am folgenden Tage erfuhr man, wer an diesem Abend und wer in der Nacht in der Bendlerstraße gefallen war. Unter ihnen sprang einem ein Name entgegen, den man schon oft hatte nennen hören während der letzten Jahre, und immer mit Achtung und Hoffnung, dessen Träger als Staatsoberhaupt ausersuchen war für die Zeit nach der Befreiung und der nun da lag, von eigener Hand gefällt, in seinem Tode den tragischen, den endgültigen Untergang seines Standes verkörpernd: Ludwig Beck.

Der Generaloberst Ludwig Beck hatte sich einen ergebenen Kreis von Anhängern geschaffen; sie waren mehr seine Jünger als seine Schüler. Und er hatte schon bewiesen, daß er viel Achtung verdiente. Er besaß nicht weniger Charakter als Klugheit. Da er 1938

die Pläne Adolf Hitlers für den Angriffskrieg frühzeitig erkannte und bekämpfte, gab er lieber den Posten auf, an dem sein Herz doch hing mit aller Kraft; und von dem Stuhl, auf dem einst Moltke gesessen hatte, ging er ins Privatleben zurück. (Hätten doch die anderen Generale so gehandelt wie er! Wieviel wäre uns allen, wieviel wäre am Ende ihrem Stande erspart geblieben!) In dem Satz: „Die deutsche Wehrmacht ist nicht stark genug, die halbe Welt zu erobern“, nahm er bereits den militärischen Zusammenbruch vorweg, bevor der Krieg noch angefangen hatte. Daß er schon im Jahre 1940, mitten zur Zeit von Hitlers größten Triumpfen, in den einhämmernden Sätzen seiner Denkschriften nachwies, der Krieg sei bereits verloren, beweist seinen Scharfblick mehr als bei andern eine gewonnene Schlacht. Dem engeren Kreise der Offiziere und der Männer um Goerdeler galt er nach Vornehmheit des Denkens und des Auftretens als das geborene Staatsoberhaupt für die erste Zeit nach dem Umsturz.

Die folgenden Monate vergingen in Berlin nicht anders als in der Provinz mit Bombennächten und den täglichen Gesprächen der Sorge und der Bitterkeit; schon beginnen sie dem Gedächtnis langsam zu entgleiten. Aber dann taucht ein Gesicht auf, zwei kalte Augen, in denen plötzlich ein gefährliches Funkeln glimmt, eine gellende, sich überschlagende Stimme: ein Besessener: Roland Freisler.

„Wer in seinem Inneren die Möglichkeit erwägt, der Krieg könne verloren gehen, der ist des Todes würdig.“ Lang und volltönend rollte die Stimme durch den großen Saal des Volksgerichtshofs. Ueber den Rücken des Zuhörers kroch ein Schauer. Der Mann, der diese Worte sprach, trug eine rote Robe. Woher hatte sie ihre Farbe, die so offen prunkte im hellen Lichte der Septembersonne? Das Blut von all den Opfern Roland Freislers, die in den langen Jahren das Schafott bestiegen hatten, schien sich ergossen zu haben, um seinem Kleide die Farbe schrecklicher Majestät zu geben.

Die hohen Offiziere, die unter den Zuhörern im Gerichtssaal saßen, bemühten sich, unbefangen auszusehen. Der Präsident des Gerichts aber schien niemanden auszulassen mit dem bösen Funkeln seines Blicks. Und dann rollten die Sätze wieder hernieder, über die Köpfe der Angeklagten und der Zuhörer hin, zunächst noch langsam und scheinbar maßvoll, dann immer schneller und grollender, bis die Stimme den ganzen Saal zu füllen schien: „Verräter am deutschen Volk . . . Verräter an den Millionen von Gefallenen, Verräter an all den noch Ungeborenen . . .“ Das war nicht die gleichgültige Flachheit und die freche Banalität der Ley, Ribbentrop und Sauckel, hier stand der Angeklagte vor einem bösen Dämon. Verlassen und einsam im weiten Saal, wehrlos dieser wütenden Stimme preisgegeben. Sie hämmerte auf ihn ein und ließ ihm keine Möglichkeit, auch nur einen Satz zu Ende zu sprechen, der etwas anderes enthielt als ein Geständnis. „Ihr ganzes Leben ist atomisiert, in dem Augenblick, in dem Sie Verrat begingen“, rief er dem sozialdemokratischen Professor Reichwein zu, als dieser darauf hinwies, seine Vergangenheit schon

In heute noch verborgenen Dokumenten mögen die letzten Aufschlüsse über sein und seiner Standesgenossen Zögern gefunden werden. Aber man hat wohl ein Recht, sie heute schon aus den Äußerungen seiner Anhänger in diesen Jahren zu erschließen: „Der Hitlermythos ist noch zu groß in der Truppe und im Volk . . . die Front würde zerbrechen . . . ein solches Unternehmen darf man erst wagen, wenn das Gelingen auch sicher ist.“

Der Generaloberst Beck hatte über die Fragen des Krieges tiefer nachgedacht als Scharnhorst oder Gneisenau; aber keine vulkanische Leidenschaft beflügelte ihn zu entscheidender Tat. So wartete man und wartete man, bis die außenpolitische Lage immer hoffnungsärmer geworden war; bis die SS immer neue Positionen errungen hatte; bis die Abschließung um Hitler immer schwerer zu durchbrechen war. Gereizt durch das allzu lange Zaudern, verweigerte die Schicksalsgöttin ihrem Helden den Lorbeer und reichte ihm nur noch den Dornenkranz des Märtyrers . . . Nun lag Ludwig Beck in der Bendlerstraße, gefällt von den Schüssen des Revolvers, den ihm der Kamerad von gestern und Verräter von heute gereicht hatte.

Der Dämon der Justiz

zeuge gegen die Begünstigung des Kommunismus.

Diesem Manne nun, dessen Machtglühtheit noch von seinem Wunsche nach Popularität gestärkt wurde, dessen Blick in jeder Versammlung auf die zehn Schutzleute fiel, von denen die Angeklagten bewacht wurden, der im Saal auf die grauen Uniformen der SS sah, Symbolen der Staatsmacht, die sich in seiner roten Robe verkörperte — diesem Mann also waren die Angeklagten ausgeliefert. Ist es ein Wunder, daß man soviel stolze und männliche Haltung bei ihnen gesehen hat und doch so wenig trotzig Worte berichten kann? Nur wenn die sprungbereite Wachsamkeit des Tigers auf dem Präsidentenstuhl für einen kurzen Augenblick erschlaffte, war einem Angeklagten eine kühne Entgegnung überhaupt möglich. So die Worte melancholischer Gelassenheit, die dem alten Feldmarschall von Witzleben zugeschrieben werden: „Herr Präsident, wenn Sie in einem halben Jahr da stehen, wo ich jetzt stehe, dann werden Sie merken, wie unangenehm es für einen Angeklagten ist, ständig unterbrochen zu werden.“

Und jenes andere Wort voll furchtbarer Leidenschaft, das ihm der Legationsrat von Haefen entgegenschluderte, als ihn der Präsident anschrif, warum er das Verbrechen begangen habe, seinem „Führer“ die Treue zu brechen. „Weil ich den Führer für den Vollstrecker des Bösen in der Geschichte halte.“

Konnte man mit einem einzigen Satz dem Nationalsozialismus sicherer ins Herz stoßen als mit diesem? Das war der Augenblick, wo auch die SS-Leute bleich wurden, und wo selbst Roland Freisler für eine Sekunde schwieg, gelähmt von dem unerwarteten Stoß. Dann freilich donnerte die Flut seiner Anklagen nieder; und kurz darauf war Herr von Haefen tot.

Man sagt, wer Freisler einmal habe präsidieren sehen, vergesse ihn nie wieder. Ange lockt von der Magie des Bösen, sind ihm viele von den Zuhörern nachgegangen von Verhandlung zu Verhandlung, wenn nur immer es möglich war, zugelassen zu werden, mit einer Art von selbstquälerischer Gier danach,

die Augen in dem hageren Gesicht aufglänzen zu sehen, den wilden Sturzbach seiner Worte wieder zu hören. Er hat wie wenige dazu beigetragen, den Rationalismus in uns zu erschüttern und den Glauben wieder wachzurufen, daß die Welt erfüllt ist von Teufeln. Einer von diesen Teufeln war Roland Freisler. Und es gehört zu den unerforschlichen Ratschlüssen, vor denen wir uns beugen müssen, daß ihn am 3. Februar 1945 die Fliegerbombe zerriß. Nun werden wir niemals erfahren, ob die Flamme des Fanatismus und des Ehrgeizes stark genug gewesen wäre, dem Hauptangeklagten in einem Prozeß gegen Freisler und Genossen Haltung zu geben. —he

(Ein weiterer Bericht folgt.)

Hjalmar Schacht

Hjalmar Schacht war im nationalsozialistischen Regime ein Außenseiter. Man wußte, er gehörte der NSDAP, nicht an und unter den Reichsministern sah man in nie in Uniform. Manches böse Spottwort über die führenden Männer hörte man aus seinem Munde.

Heute weiß man, daß Schacht nicht nur ein „Meckerer und Miesmacher“, sondern in den letzten Jahren sogar ein aktiver Gegner Hitlers war. Er wollte ihn sogar durch eine Verschwörung der Generale beseitigen. Mancher Beobachter in Nürnberg wird mit Spannung gewartet haben, ob hier in der Tat ein Unschuldiger auf der Anklagebank sitzt. Denn Schacht selbst hat alles getan, um einen solchen Eindruck hervorzurufen. Er distanzierte sich von den meisten Mitangeklagten und oft schien sein Gesicht sagen zu wollen: „Warten Sie nur meine Herren Ankläger, wenn ich erst einmal rede, dann werden Sie Ihren Irrtum einsehen.“

Schacht hat gesprochen. Er hat nicht mit bissigen Bemerkungen gespart. Als erster Angeklagter in Nürnberg griff er Hitler persönlich an, Göring machte er lächerlich und die nationalsozialistischen Führer nannte er eine Herde von Trunkenbolden. Er habe sie verachtet. Das alles mag richtig sein. Ist aber Schacht deshalb weniger schuldig, ist er ein echter Feind des Nationalsozialismus?

Hjalmar Schacht ist in der Weimarer Republik emporgestiegen. Er war an der Stabilisierung der Mark beteiligt, er wurde Reichsbankpräsident, er führte die Verhandlungen über den Young-Plan. Doch versuchte er die Verantwortung für diese Reparationsregelung von sich zu schieben und lief gegen den von dem todkranken Siresmann im Haag unterzeichneten Vertrag Sturm, der angeblich gänzlich unvereinbar mit seinem Verhandlungsergebnis sei. Tatsächlich war an dem Ergebnis der Pariser Verhandlungen kaum etwas geändert worden. Später griff er überraschend und hinterücks die Brüning'sche Finanzpolitik in der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre an, obwohl er genau wußte, daß hier eine ehrliche und gewissenhafte Handhabung der öffentlichen Ausgabenpolitik angebahnt wurde. Aber der kluge und ehrgeizige Politiker Schacht witterte die Konjunktur des deutschen Nationalismus und hoffte von ihr emporgetragen zu werden. Deshalb wurde seine Kritik „mutig“ und deshalb näherte er sich Hitler und schrieb ihm berechnend und zynisch schmeicheleiche Briefe, deren Unaufrichtigkeit niemand bewußter war als ihm selber. Er bahnte mit Papen und anderen Hitler den Weg zur Macht. Er ließ sich erneut zum Reichsbankpräsidenten ernennen und übernahm seinen Anteil an der Politik, die Deutschland in den Abgrund führte, weil er in seiner Verblendung glaubte, Hitler werde ein Werkzeug in seinen Händen sein.

Schacht fühlte sich dem Emporkömmling überlegen. Er mag wirklich geglaubt haben, daß es eines Tages möglich sein werde, die Politik der verwegenen Provokationen zu beenden und sich mit den fremden Mächten zu arrangieren. Es kam anders. Zu spät erkannte Schacht, daß Hitlers Weg in den Untergang führe. Er versuchte dann abermals abzuspringen. Offene Opposition wie in der Weimarer Republik gegen Brüning war in diesem Regime unmöglich. Also blieb er

Wer trägt die Schuld?

Nicht jeden, der in der Partei war, kann man schlechthin als „Nazi“ bezeichnen. Wie Geschäftsleute dazu kamen, habe ich nun schon oft gehört. Kürzlich erzählte mir einer, daß er zu seinen Angestellten und Arbeitern stets „Grüß Gott“ sagte, wie von jeher. Das ging eine kurze Zeit im damaligen Reim. Die Leute vom Betrieb duldeten es nicht länger. Sie brummen und ließen ihm durch den Obmann sagen, daß er anscheinend den deutschen Gruß noch nicht kenne. Die Arbeiter meldeten den Mann bei der Arbeitsfront. Pöfmal wurde er in kurzen Abständen vorgeladen, bis man ihm zum letzten Mal erklärte, daß es nun wirklich das letzte Mal sei. Es war Zeit, seine Einstellung scheinbar zu ändern und „deutsch“ zu grüßen.

Die Angeber und Denunzianten fühlen sich heute frei von Schuld. Nie waren sie Pöf, immer waren sie die Gegner und betonten es bei jeder Gelegenheit. Ihr Fragebogen ist sauber, denn nach solchen Dingen wird man nicht gefragt.

Wer trägt die Schuld? Nur jene, die sich ein Vergnügen daraus gemacht haben, dem Inhaber der Firma zuzusetzen oder ihn womöglich zu stürzen. Die Leute unter sich übernahmen ohne weiteres die Vorschriften der Partei. Sie streckten die Hände hoch, blieben aber der Partei als Mitglieder fern. Jetzt sind sie fein heraus, als Anti-Nazi. Und ihr Chef trägt die Folge ihres Verrates.

Ein anderer Geschäftsmann, den ich gut kenne, von dem ich seine negative Einstellung oft gehört habe, erklärte mir damals, daß ihn seine Kraftfahrer geradezu gezwungen hätten, der Partei beizutreten. Sonst wäre er als Betriebsführer unmöglich geworden. Nur das Abzeichen brachte ihm die Ruhe. Er aber blieb, was er war, ein großer Gegner der Gewaltpolitik. Die Antreiber machen jetzt groß in Demokratie bis zur äußersten Linken.

Ein dritter Unternehmer mit über 50 Angestellten wich ebenfalls nicht ab von seiner seitherigen Begrüßung „Guten Morgen, meine Herren“. Dem Obmann war das wieder ein Dorn im Auge, und die anderen lächelten schadenfroh. Die Verantwortung blieb nicht aus. Es ging so lange, bis der Mann aus der Parteiliste gestrichen wurde. Nach dem Zusammenbruch konnte er nun warten, bis seine Prüfung beendet war. Er sitzt wieder da, wo er hingehört. Die anderen sind nach wie vor in seinem Betrieb, jetzt als Anti-Faschisten. Es gibt sicherlich noch viele solche Fälle. Charakterlose Menschen findet man auch da, wo man sie nicht mehr sucht. Wer sich einer solchen Schuld bewußt ist, der schweige zur Sühne!

Wie viele deutsche Menschen gingen in den letzten zehn Jahren nur durch Zufall am KZ vorbei? Warum? Weil gerade keiner dabei war, der die kritischen Äußerungen dieser Leute der Gestapo überbrachte. Man hätte Länderstrecken imzäunen müssen, um alle einzusperrn. Von den Radiohörern wollen wir gar nicht reden. Die Köpfe waren in Gefahr. Je mehr man aber warnte und verbot, desto mehr dämpfte man das Radioverbot ab und spitzte die Ohren umsonst. Viele davon waren in der Partei und doch keine treuen Pöf im eigentlichen Sinn. So ist es doch, es gab Parteigenossen, ohne es zu sein, und es gab Anti-Nazi, ohne es wirklich zu sein. Diese Punkte sind für die Spruchkammern bei ihren Beurteilungen wohl der Beachtung wert.

Es ist gar kein Zweifel, die Notjahre, die Krisenzeit brachten den Diktator zur Macht. Von ihm erhofften so viele eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Das gab Parteimitglieder und die Kirchen beider Konfessionen durften annehmen, daß sie unbehelligt bleiben würden. Der Artikel 24 im Programm besagt, daß die

Partei auf positiv christlichem Standpunkt stehe. Darauf vortraten viele aus diesen Kreisen. Nach der Machtübernahme sahen sie sich bald genug schmähdlich betrogen. Ein Austritt war ein Risiko, privat oder geschäftlich. Außerdem hörte das Volk nur von friedlicher Gesinnung. Man wisse, was ein Krieg bedeute und habe ihn selbst bitter erleben müssen. Das alles galt damals noch für bare Münze, bis die Röhmaffäre kam. Da gingen die Augen auf. Niemand konnte das rollende Rad aufhalten, ohne zernahmt zu werden. Man lernte schweigen. Es war kein Gold, aber das Leben.

Das Volk in seiner Gesamtheit wollte keinen Krieg. Für die erzwungene Duldung von

Tyrannen, für die Gutgläubigkeit und für eigenes Versagen haben wir alle zu büßen und die Folgen zu tragen. Wir weigern uns nicht, so weit die Kräfte reichen. Aber dauernde zusätzliche Degradierung ist zuviel. Es ist nötig gewesen, einmal festzustellen, wie man zu einem Parteibeziehenden kommen konnte. Jene, die durch besonders glückliche Umstände verschont blieben, dürfen sich nicht für besser halten. Allen Deutschen wird das Geschehen immer vor ihren Augen bleiben müssen. Die Trümmer unserer Städte sind ständige Mahner. Es gilt jetzt, alle Schutzhäuten, auch geistige, zu entfernen.

Wer, so fragen wir zum Schluß, außer den „Nürnbergern“ und ihren Trabanten, trägt die Schuld. Um Antwort wird gebeten! Aber nur, „wer von euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein“.

M. G.

Vorgeschichte und Verlauf des 20. Juli 1944

Der Verfasser, der selbst zu dem Kreis der Politiker gehörte, die aus christlicher Verantwortung den Kampf gegen Hitler führten, gibt hier aus seinen Erlebnissen eine Darstellung, die manches Neue bringt und auch dazu ansetzt, verschiedene falsche Meinungen und Behauptungen über den 20. Juli 1944 richtigzustellen.

Die Schriftleitung.

Tausende, ja Hunderttausende von Menschen sind in der Hitlerzeit in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesperrt worden. Das geltende Recht, daß jeder, der verhaftet wird, innerhalb 24 Stunden dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden muß, ist nicht eingehalten worden. Ursache der Verhaftungen? Entweder kritische Äußerungen über die Partei oder Parteiführer oder gar über Hitler selber. Unterhielten sich aber einige Menschen darüber, wie wohl die furchtbare Zeit des Terrors und der Rechtlosigkeit überwunden werden könnte, und kam dies der Gestapo zu Gehör, denen war die Todesstrafe sicher. Die Zahl der Menschen, die die Beseitigung der Diktatur wünschten, ging in die Millionen. Aber was nützte dieser Wille? Es fehlten die Machtmittel, um dieses Gewaltssystem zu brechen. Hunderttausende wurden in Gefangenschaft abgeführt, Tausende und Abertausende haben ihr Leben geben müssen, ohne das gewollte Ziel zu erreichen. Und doch waren ihre Opfer nicht umsonst gebracht.

Im Nürnberger Prozeß ist von den Anklagevertretern ausgesprochen worden, daß von all den Kreisen, die den Sturz Hitlers betrieben hätten, nur die Gruppe aktiv gewesen sei, die den Akt vom 20. Juli ausgelöst hätte. Der frühere württembergische Staatspräsident Dr. Bolz und der Rechtsanwalt Dr. Frank-Karlsruhe, die aktiv in dieser Gruppe tätig gewesen sind, haben diese ihre Mitarbeit wie so viele andere mit ihrem Leben bezahlen müssen. Zum Gedenken an diese beiden Männer möchte ich einen kleinen Beitrag über den Verlauf dieser Bewegung geben.

Sowohl in militärischen wie auch politischen und gewerkschaftlichen Kreisen hat alsbald nach der Machtübernahme die Gegenbewegung eingesetzt. Beim Kapp-Putsch 1920 hatte der damalige Major von Hammerstein in seinem kommandierenden General den Gehorsam verweigert. Dieser Hammerstein war 1933 Generaloberst und Chef der Wehrmacht. Wir wissen, daß er nach dem Regierungsantritt Hitlers mit seinen Offizieren Besprechungen über die Beseitigung Hitlers gehalten hat. Aber

vor lauter Überlegen kam er nicht zum Handeln. Später hat er dies durch tatkräftige Zusammenarbeit mit Generaloberst Beck gutzumachen versucht. So ging es mit allen „Besprechungen“, in militärischen Kreisen.

1938 trat eine Wende ein. Als der Chef des großen Generalstabes, Generaloberst Beck, merkte, daß Hitler einem Kriege zusteuerte, hat er Hitler davor gewarnt. Es nützte nichts. Und von da an datiert die Bewegung, die zum 20. Juli führte. Heute melden sich allerhand Generale, daß sie es gewesen seien, die vor dem kommenden Unglück gewarnt hätten. Diesen sei gesagt: Wäret ihr wirkliche Generale von Format gewesen, dann hättet ihr es gemacht wie Generaloberst Beck und hättet den Abschied genommen. Das tatet ihr aber nicht, ihr habt Hitler gedient, bis er euch entweder mit Schimpf und Schande davon gejagt hat, oder aber, bis die vollendete Niederlage da war. Im Oberkommando des Heeres waren noch einige Generale und vor allem jüngere Stabsoffiziere, die genau so dachten wie Beck. Diese hielten mit Beck engste Verbindung und informierten ihn laufend über alle Vorgänge. Und diese Offiziere und Generale wie Witzleben, Olbrich, Oster, Admiral Canaris, Oberst von Stauffenberg, Major Kaiser und andere haben diese ihre Mitarbeit an der Befreiung Deutschlands wie auch Beck mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Für Beck stand es von vornherein fest, daß ein Schlag vom Militär nur Erfolg haben konnte, wenn von der politischen Seite her Männer bereit standen, um sofort die politische Leitung des Reiches zu übernehmen. Er suchte und fand gleichgesinnte Männer in Gördele, Graf Moltke und dem preuß. Finanzminister Popitz. Letzterer hatte nur einen ganz kleinen Kreis von Menschen um sich. Popitz, der früher lange Zeit Staatssekretär im Reichsfinanzministerium war, galt als ein liberal gesinnter Mann. Gelegentlich einer Unterredung im Frühjahr 1943 sagte er mir zum Abschluß: „Wenn es uns nicht gelingt, das deutsche Volk zum christlichen Bewußtsein zurück-“

zubringen, dann ist es aus mit der deutschen Zukunft."

Graf Moltke, ein Enkel des Generalfeldmarschalls Moltke, führte den sogenannten Kreisauer Kreis, so genannt, weil die Teilnehmer dieses Kreises öfters auf Schloss Kreisau, das Moltke gehörte, zusammenkamen. Hier traf sich eine geistig und politisch hochstehende Gruppe aus den verschiedensten Lagern. Umfangreiche Programme wurden ausgearbeitet. Mit militärischen Kreisen wurde engste Verbindung gehalten. Und eines Tages stand Beck vor der bedeutungsvollen Frage, ob er die nach dem Gelingen eines Gewaltstreiches zu bildende Reichsregierung mit dem Grafen Moltke oder mit Dr. Gerdeler machen sollte. Er entschied sich für Dr. Gerdeler, und zwar, weil Gerdeler die führenden Männer aus der früheren Gewerkschaftsbewegung und der Bauernorganisationen um sich gesammelt hatte. Daß Männer aus diesen beiden größten, die Masse des deutschen Volkes bildenden Berufsständen von Anfang an in der Reichsregierung mitarbeiteten, erschien ihm von entscheidender Bedeutung.

Führende Männer aus den früheren Gewerkschaften trafen sich schon seit langer Zeit zu vertrauter Aussprache. An ihrer Spitze standen Leuschner von den Freien Gewerkschaften, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Sie wurden sehr bald einig, wie die Deutsche Arbeitsfront umgestaltet werden sollte. Die Arbeitgeber sollten alsbald ausgeschieden und die Arbeitsfront als reine Arbeiterorganisation weitergeführt werden. Diese selbst war in große Berufsgruppen aufzugliedern. Mit diesen drei Männern traf sich Gerdeler und entwickelte ihnen seine Auffassungen und Pläne. Wenn auch nicht in allen Dingen letzte Einheit bestand, in den wesentlichen Fragen von allgemeiner Bedeutung aber waren sie einig.

Wie mit den Arbeitern so fand Gerdeler auch Verbindung mit führenden Männern aus den früheren Bauernorganisationen. Unter ihnen waren auch adelige Grundbesitzer. Prchtige Menschen waren darunter. Ich habe leider nicht mehr alle Namen im Kopfe. Dr. Hermes sollte Führer vom Reichsnährstand werden.

Nach diesen vorbereitenden Arbeiten begann Dr. Gerdeler mit dem Aufbau seiner Widerstandsbewegung im ganzen Reiche. Die Adressen, die ihm von den Leuten aus den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt wurden, erleichterten ihm seine Arbeit. Im März 1942 kam Dr. Gerdeler auf Veranlassung von Jakob Kaiser zu mir und suchte über mich Verbindung mit Dr. Bolz. Von dieser Bewegung wußte ich aber schon seit Frühjahr 1940. Max Habermann unterrichtete mich gelegentlich einer „Geschäftsreise“ durch Süddeutschland. Auch Bolz hatte mir schon einige Male vorher von den Besuchen erzählt; die Gerdeler in Stuttgart machen würde. Im April 1942 kam die erste eingehende Aussprache zwischen Gerdeler, Bolz und mir zustande. In längeren Darlegungen gab Gerdeler einen klaren Überblick über unsere politische und militärische Lage. Da auch gute Be-

Christentum und Sozialismus

Auf dem ersten Parteitag der CDU Westfalens, der kürzlich in Reddinghausen stattfand, hielt Dr. Adenauer eine große Rede, in der er sagte:

Was uns grundsätzlich und nicht bloß gradmäßig vom Sozialismus unterscheidet, ist das: Nicht der Staat, nicht die Gemeinschaft, nicht irgendein Kollektivum ist für das Christentum das Höchste, sondern die Person, der einzelne Mensch mit seiner unsterblichen Seele! Alles, was geschieht in Staat, Wirtschaft, irgendeiner Gemeinschaft, das muß hinstreben auf Wert und Würde der einzelnen Person. Hier in Deutschland hat es seit langem antichristliche Parteien gegeben. Der Kommunismus ist bewußt antichristlich. Bis 1933 war auch die Sozialdemokratie alles andere als eine christentumsfreundliche Partei. Seit 1933 hat der Nationalsozialismus bewußt und gewollt das Christentum aus dem öffentlichen Leben und dem Herzen des Volkes herausreißen wollen. Was ist da natürlicher, als daß sich jetzt Männer und Frauen auf dem Boden einer christlichen Partei sammeln?

Adenauer mahnte, vorsichtig mit dem Wort „Sozialismus“ umzugehen, das in Deutschland einen bestimmten Klang und Inhalt bekommen habe. Es ist bei uns seit Jahrzehnten verbunden mit Karl Marx und seiner Lehre, und auf dem jüngsten Parteitag der SPD in Hannover hat Dr. Schumacher erneut festgestellt, daß die Lehre von Marx die Grundlage des Sozialismus in

Deutschland bleiben müsse. Marx ist absolut materialistisch. Für ihn gibt es kein Jenseits, für ihn erfüllt sich alles nur im Diesseits, von diesem Standpunkt baut er seine Gesetze auf. Alle, die da von einem „christlichen Sozialismus“ sprechen, sind sich kaum klar darüber, daß zwischen Christentum und Marxismus ein geistiger Gegensatz besteht wie zwischen Feuer und Wasser. Wir suchen nach einer Fassung dessen, was wir wollen: wir wollen zu konkreten Klärungen kommen, auch im Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer. Wenn man auf dem Wege des Sozialismus dem Staat die wirtschaftliche Macht in die Hand gibt, so würde genau so eine verderbliche Macht in den Händen von wenigen entstehen wie in den schlimmsten Zeiten des Kapitalismus. Darum wollen wir alles tun, daß der arbeitende Mensch ein selbständiges Leben führt. Auch der Arbeitnehmer muß einen direkten Anteil an der Frucht seiner Arbeit bekommen und auf die Gesamtführung der Wirtschaft genau so gut Einfluß nehmen können wie der Unternehmer und derjenige, der das Kapital hat.

Dr. Adenauer bedauerte, daß die SPD, die eine große Partei sei und bleibe, offenbar in ihrer inneren Entwicklung noch nicht weitergekommen sei. Keine Partei, auch wenn sie die Mehrheit habe, werde in Deutschland allein die Verantwortung übernehmen können und dürfen, sondern jede werde andere Parteien hinzuziehen müssen; aber diese sollten ein fest umrissenes Gesicht und Gefüge haben.

ziehungen zum auswärtigen Amt bestanden, wußte er auch wichtige Einzelheiten über unsere Außenpolitik und über Berichte, die unsere Auslandsvertreter aus den wenigen neutralen Staaten nach Berlin sandten. Das Resümee seiner Darlegung war: Der Krieg ist verloren. Generaloberst Beck tue alles, um die militärischen Spitzen sowohl an der Front wie in der Heimat zu einem entscheidenden Schlage gegen Hitler zu gewinnen. Und da wir noch an allen Fronten tief im Feindesland stünden, sei wohl ein Verständigungsfriede möglich. Mit Ausnahme von Manstein würden dies alle einsehen, aber keiner wolle sich an die Spitze einer Aktion gegen Hitler setzen.

(Fortsetzung folgt.)

Die neuen Gemeinderäte

Stuttgart: Christlich-Demokratische Union 12 Sitze, Sozialdemokr. 17, Demokr. 10, Kommunisten 6, Freie Wählervereinigung 3.

Vom Wahlvorschlag der CDU sind gewählt: Dr. Scheffbuch Adolf, Handelsschulrat; Groß Johannes, Reichsbahnangestellter; Häußler Erwin, Jugendleiter; Armbruster Charlotte, Fürsorgerin a. D.; Scheffold Hans, Holzhändler; Futscher Benno, Kaufmann; Scharz Oskar, Verlagsangestellter; Sammet Friedrich, Arbeiter; Herriegl Anna, Lehrerin; Kuch Friedrich, Architekt; Locher Josef, Bauer und Gastwirt; Held Gottlob, Gewerbeschulrat.

Ulm: Christlich-Demokratische Union 16 Sitze, Sozialdemokr. 8, Demokr. 6, Freie Wählervereinigung 4, Kommunisten 2.

Vom Wahlvorschlag der CDU sind gewählt: Lapple Paul, Bankdirektor; Wiedemeier Franz, Leiter der Allg. Ortskrankenkasse; Witzmann Eugen, Rechtsanwalt; Keller August, Regierungsbauleiter; Baumann Alois, Rechner der Darlehenskasse Wiblingen; Hagenmeyer Josef, Hauptlehrer, Söflingen; Steger Adolf, Mechanikermeister; Wahl Georg, Chefkonstrukteur, Söflingen; Späth Hans, Schneidermeister; Ernz Paul, Schriftsetzer; Macho Anton, Gewerbeschulrat; Raizner Eduard, Bauunternehmer; Deininger Anton, Glasermeister; Spindler Johannes, Direktor; Ehing Eduard, Gartenbauer; Scherer, Max, Reichsbahnhofsvorsteher.

Heilbronn: Christlich-Demokratische Union 9 Sitze, Sozialdemokr. 16, Kommunisten 3, Demokr. Volksp. 8.

Vom Wahlvorschlag der CDU sind gewählt: Pfeleiderer, Helmut, Heilbronn; Hüger Eduard, Heilbronn; Rosenberger, Emil, Böckingen; Bauer, Otto, Southeim; Eggert Johann, Böckingen; Bauscher, Hermann, Neckargartach; Muth, Wilhelm, Heilbronn; Bauer, Urban, Southeim; Häusser, Christian, Böckingen.

Das Schlagwort

(Von unserem Berliner Vertreter.)

In der Ostzone ist nach der Bildung der Sozialistischen Einheitspartei (SED) mehr denn je das Schlagwort vorherrschend. Ein Blick in die Presse der SED, die in allen fünf Landeshauptstädten Schwerin, Potsdam, Halle, Dresden und Weimar täglich mit zahlreichen Nebenausgaben erscheint, während die Blätter der beiden anderen Parteien, Liberaldemokraten und Union, nur zwei- bis dreimal wöchentlich herauskommen dürfen; genügt, um das darzutun. Der Leser dieser Einheitsblätter und Hörer des Berliner Rundfunks mit seinen angeschlossenen Sendern Leipzig, Weimar und Schwerin soll zu der Auffassung gebracht werden, daß sich außerhalb der Ostzone alle rückschrittlichen Kräfte ein Stelldichein geben und die Demokratie in Gefahr bringen.

In Berlin, mit seinen vier Sektoren, ziehen diese Schlagworte freilich nicht, denn hier erscheinen außer den beiden Tageszeitungen der Union und der Liberalen noch vier Zeitungen im britisch, amerikanisch und französisch besetzten Gebiet, die solche Schlagworte verpöhlen.

Die Methoden der Einheitspartei erinnern lebhaft an das, was in zwölf Jahren Hitlerpartei zum A und O der Pressepolitik gehörte, und es überrascht nicht, wenn neulich eine Berliner Zeitung im britischen Sektor anlässlich des einjährigen Jubiläums des Berliner Rundfunks feststellte, daß heute — wie einst — die Welle London oder aus Hamburg in der Ostzone die am meisten gesuchte sei.

Hergestellt unter Zulassung Nr. US-W-1024 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung.

Herausgegeben im Auftrag der Christlich-Demokratischen Union Nord-Württemberg. Verantwortlich für den Inhalt Dr. Franz Kaiser, Stuttgart, Alexanderstraße. Druck: Schwabenverlag AG, Stuttgart-Königsplatz (Jagst)

je ab und bilden auch politische Sammelzentren für die Gleichgesinnten. Das gemeinsame Glaubensgut der Christen aller Richtungen ist eine stärkere Bindung als jedes wissenschaftliche, wirtschaftliche, politische und soziale Band. Christen können in nichtchristlichen Vereinigungen und Parteien nur dann fruchtbaren Christendienst tun, wenn sie Wirkungsraum haben, sonst sind sie nur Mitläufer, Wahlstimme. Entwickelt sich die Sozialdemokratie zur englischen Arbeiterpartei? Wir wollen sehen.

Herr Präsident, können Sie sich als Staatsmann und Volksfreund nicht freuen, wie so viele über „Nie wieder Kampf zwischen den Konfessionen!“, über diese Wendung zum Guten in der deutschen Geschichte? Sie sahen bei Ihrem Schrieb durch die Brille des Parteiführers nur die Wählermassen, die Sie beim Ringen um die Mehrheit gewinnen wollen. Auch unsere Parole: „Nie wieder Kampf zwischen den Ständen, zwischen den Bauern und Arbeitern – Volksgemeinschaft“ hat gekündet. War es

für Sie als Parteiführer klug, den Burgfrieden zu brechen, wenn wir in wenigen Wochen am runden Tisch zusammensitzen und dann zusammenarbeiten? Nur jetzt keinen Rückfall in das üble Parteigetriebe vor 1933!

Und der Vorwurf, die CDU sei eine verkappte Rechtspartei! Lassen Sie doch diese verstaubten Altentümer im Germanischen Museum in Nürnberg ruhen, wenn dieses noch steht. Kaum noch wirksam als eine Vogelscheuche! Kürzlich sagte einer Ihrer Getreuen: „Wir kommen eines Tages zusammen“. Ich: „Von Herzen willkommen, wenn ihr die Scheuklappen ablegt und eure bisherigen weltanschaulichen Fesseln löset. Aber doch keine Einheitspartei?“ Er: „Nein, denn links von uns und rechts von euch stehen auch noch welche.“ – Ein Scherzwort! Bleibt es ein solches? Wir wollen nicht rückwärts, sondern vorwärts sehen. Bahn frei für geschichtliche Entwicklungen!

Hochachtungsvoll grüßt Sie H. Kling.

Vorgeschichte und Verlauf des 20. Juli 1944

Von Josef Ersing

(Fortsetzung.)

Wir trafen uns von da an sehr oft in Stuttgart, und eines Tages stellte Gördelner an Dr. Bolz die Frage: Sind Sie bereit, das Reichsinnenministerium zu übernehmen, falls die Beseitigung Hitlers gelingt? Und Bolz antwortete, ohne sich zu besinnen, mit einem klaren Ja. Später verlangten die Sozialdemokraten das Innenministerium, und Gördelner trug Bolz das Kultusministerium an, womit Bolz einverstanden war. Bei dieser Gelegenheit sagte uns Gördelner, wen er als Reichsstatthalter für Württemberg aussuchen hätte. Von den anderen Herren, mit denen er in Stuttgart noch in Verbindung stand, nannte er uns keine Namen. Aber wir hatten sie schon in Erfahrung gebracht. In der Nennung von Namen war er sehr vorsichtig. Gleichzeitig sagte er, daß Verbindung mit Baden aufgenommen werden sollte. Und so kam die Verbindung mit Dr. Frank-Karlsruhe zustande, die Dr. Bolz vermittelte.

Gelegentlich eines Besuches in Berlin gingen Jakob Kaiser und ich in die Wohnung von Leuschner. Er bat mich, zu seinem Freund Jakob Weimer in Stuttgart zu gehen und ihn über besondere Vorkommnisse zu unterrichten. So wurde die Verbindung mit den Sozialdemokraten in Stuttgart hergestellt. Von da an trafen wir uns öfters. Weimer gab auch einigen seiner Freunde in Stuttgart von dieser Bewegung Kenntnis. In Karlsruhe nahm Dr. Frank die Verbindung mit den Sozialdemokraten auf. Und so wie hier war es in allen größeren Städten Deutschlands. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß von dieser weitverzweigten Verschwörung der Gestapo nichts bekannt wurde.

Eines Tages trafen sich Gördelner, Leuschner, Habermann und Dr. Wiemer in der Wohnung von Jakob Kaiser. Da ich gerade in Berlin war, lud mich Kaiser zu dieser Aussprache ein. Gördelner sagte – es war im Januar 1943 – wir müssen jetzt rasch die personelle Zu-

sammensetzung der künftigen Reichsregierung vornehmen, Beck drängt bei den Militärs auf eine rasche Entscheidung. Gördelner sollte Reichskanzler und Leuschner Vizekanzler werden. Weitere Mitglieder sollten Dr. Bolz, Dr. Leber, Wiemer, Le Jeune-Jung, v. Hasell und Dr. Hermes werden. Als Finanzminister sollte der frühere Stadtkämmerer von Leipzig genommen werden. Im Nürnberger Prozeß hat Herr Severing ausgesagt, daß er sich an einer Reichsregierung nicht beteiligt hätte, da Schacht als Finanzminister vorgesehen gewesen sei. Ich kann versichern, daß davon nie die Rede war. Gördelner vertrat die Auffassung, daß Schacht ein Hauptschuldiger an unserem Unglück sei und daß er dafür zur Verantwortung gezogen werden müsse.

In der Tagespresse ist einmal ein Artikel erschienen, in dem gesagt war, daß Gördelner kein Parlament, sondern eine berufsständische Vertretung gewollt hätte. Auch das ist falsch. Gördelner hat schon damals bei seinen Reisen durchs Reich die Auffassung vertreten, daß das deutsche Parteiwesen von Grund auf neu gestaltet werden müsse. Wir müßten sehen, auch in Deutschland zum Zweiparteiensystem zu kommen. Er wollte lediglich für die Übergangszeit – bis allgemeine Wahlen vorgenommen werden konnten – die beiden größten Berufsstände, die Arbeitsfront und den Reichsnährstand, als tragende Pfeiler der Reichsregierung. Und deswegen sollten die beiden Leiter dieser Berufsstände – Leuschner und Dr. Hermes – dem Reichskabinett angehören. In kommunistisch eingestellten Zeitungen ist öfters gesagt worden, die Bewegung von Beck und Dr. Gördelner sei „reaktionär“ gewesen. Eine glatte Unwahrheit! Daß das nicht der Fall war, mag die Tatsache belegen, daß Le Jeune-Jung, der Wirtschaftsminister werden sollte, einen fertigen Gesetzentwurf für die Verstaatlichung des Bergbaues vorgelegt hat. Ich habe den Entwurf in Händen gehabt und durchgelesen.

An dem Tage, an dem Dr. Brüning aus dem Reichskanzleramt schied, begann der Niederbruch Deutschlands. Und darum mußten all die Kräfte, die an der Entlassung Brünings mitgewirkt haben, zur Verantwortung gezogen werden. Und da führende Männer aus dem Bergbau, wie Thyssen, Krupp und Vögler auf die Entlassung von Brüning beim Reichspräsidenten wirkten, mußte dem Bergbau seine Macht genommen werden. Thyssen hat zwar, als er einsah, welches Unglück er angerichtet hat, mit den Nazis gebrochen. Dafür haben sie ihm auch seine Werke enteignet. Vögler tat, was so viele Nazis taten, und nahm sich das Leben. Unter den Leuten, die bei der Entlassung Brünings noch mitwirkten, war auch der Bankier Schröder in Köln und der Herr Hugenberg. Diese beiden fehlen auf der Nürnberger Anklagebank.

Wie gut es war, daß die Gruppe Gördelner mit den Kommunisten keine Verbindung aufnahm, zeigte sich an dem Verhängnis, das hereinbrach, als dies Dr. Leber tat, der ja zuerst beim Kreisauer Kreis war, ehe er zur Gruppe Gördelner stieß. Im Frühjahr 1944 nahm er mit kommunistischen Kreisen in Berlin Fühlung, sprach aber dabei nur vom Kreisauer Kreis. Und es dauerte nicht lange und der größte Teil der Herren vom Kreisauer Kreis wurde von der Gestapo verhaftet. Unter den führenden Kommunisten hatte die Gestapo Eingang gefunden, die dann wenige Wochen vor dem 20. Juli zu diesen Verhaftungen schritt. Kurz vor dem Einmarsch der Russen in Berlin wurden in unserem Gefängnis zirka 20 Kommunisten eingeliefert. Die Gestapo hatte herausgebracht, daß diese Verbindung mit den Russen gesucht hatten. Bei den Kommunisten brauchte einer nur über Goit und die Welt zu schimpfen und sich recht radikal zu gebärden, dann fand er willig Eingang. Und so machten es die Gestapobeamten.

Und nun noch eine ganz wichtige Frage. Was sollte mit den Führern der Partei und all den Naziverbrechern geschehen, die geraubt, geschändet, gemordet und sich auf unrechtmäßige Weise bereichert hatten? Gördelner vertrat den Standpunkt, daß sie alle vor den Volksgerichtshof gestellt werden sollten. Dieser sollte bestehen bleiben, nur eine andere Zusammensetzung erhalten. Vom Kreisleiter an aufwärts sollten sich alle Parteifunktionäre vor dem Gericht verantworten müssen. Wer Menschenleben auf dem Gewissen hatte, dessen Leben sollte verwirkt sein. Wer denunziert und Menschen ins Gefängnis gebracht hatte, sollte zur Verantwortung gezogen werden. Wer lediglich deswegen Beamter wurde, weil er ein Pg. war, sollte entlassen werden. Beamte, die nur deswegen befördert wurden, weil sie Pg. waren, sollten in ihre alte Stellung zurückversetzt werden und die Beamten, die geschädigt waren, sollten ihre Rechte wieder erhalten. Darüber hinaus sollte bei den kleinen Pg. und Mitläufern Gnade für Recht ergehen. Alle Maßnahmen sollten rasch durchgeführt werden, um bald zu einer inneren Befriedung zu kommen. (Schluß folgt.)

CDU-Nachrichten

Nachrichtenblatt der Christlich-Demokratischen Union Nord-Württemberg

Nr. 7

23. Juni 1946

Leget mit Hand an zum Neubau!

Mit der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung beginnt der eigentliche politische Neuaufbau in unserem Land. Nach den Gemeinderats- und Kreistagswahlen geht es nunmehr an die Neugestaltung des staatlichen Lebens, von dem das Wohl der Kreise und Gemeinden weitgehend abhängt und das bis in jeden Haushalt und in jedes Einzelleben hinein seine stärksten Wirkungen ausübt. Darum will jeder vernünftige Mensch mit dabei sein, wenn das Fundament dieses neuen Baues gelegt wird, — und das ist die kommende württembergische Verfassung. Wir gehen am 30. Juni zur Wahl, um Männer und Frauen unseres Geistes zu wählen, die uns die Gewähr bieten, daß in die Fundamente des neuen Staates auch die christlichen Grundsätze eingebaut werden, ohne die auf die Dauer alles Menschenwerk vergeblich bleibt und die dem wankenden und morschen Untergrund dieser Notzeit allein die Festigkeit geben können, um ein starkes und sicheres Gebäude darauf aufzurichten.

Wir haben alle den Zusammensturz des gigantischen Bauwerkes der nazistischen „Übermenschen“ erlebt, die wie die Männer von Babel in den Himmel bauen wollten,

um zu sein wie Gott; und die Erschütterungen, die von dieser Katastrophe ausgingen, haben uns Heim und Haus zerstört, unsere liebsten Menschen erschlagen und unser ganzes Dasein verwüstet. Wer von uns wollte dulden oder gar die Hand dazu leihen, daß noch einmal so gebaut wird, ohne Gott oder gegen Gott?

Darum wählen wir „Bauleute“, die in der Furcht Gottes stehen und aus ihr die tiefere Weisheit schöpfen. Wir wählen Männer und Frauen, die mit den Erfahrungen einer leid- getränkten Vergangenheit den christlichen Mut eines neuen Anfangs verbinden, die wissen, daß es zum Guten nie zu spät ist und daß nur die belebenden und erneuernden Kräfte des Christentums unser Volk und Land wieder aus seinen Trümmern aufrichten können.

In diesem Geiste haben sich in der Christlich-Demokratischen Union evangelische und katholische Christen die Hände gereicht, um gemeinsam an den Neuaufbau unseres Vaterlandes heranzutreten. Gehen auch wir ans Werk und geben wir am 30. Juni unsere Stimme der

Christlich-Demokratischen Union Liste 1.

Die Landesvorschlagsliste der CDU

Für die Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung hat die Christlich-Demokratische Union folgende Kandidaten auf die Landesliste gesetzt:

1. Andre, Josef, Minister, Stuttgart.
2. Simpfendorfer, Wilh., Schulleiter, Korntal.
3. Dr. Köhler, Heinrich, Wirtschaftsminister, Karlsruhe-Ettlingen.
4. Dr. Anschütz, Hans, Landgerichtsdirektor, Heidelberg.
5. Stooß, Heinrich, Landesdirektor, Radelstetten.
6. Ersing, Joseph, Angestellter, Stuttgart.
7. Dr. Fritze, Maria, Dr. jur., Stuttgart.
8. Müller, Bernhard, Direktor, Stuttgart.
9. Harter, Josef, Abt.-Präsident, Karlsruhe.
10. Walch, Anna, Hausfrau, Karlsruhe.
11. Daiker, Richard, Mechaniker-Obermeister, Fellbach.
12. Berggötz, Heinrich, Oberredm.-Rat, Karlsruhe.
13. Kaufmann, Paul, Angestellter, Korntal.
14. Fischer, Paul, Eisenbahn-Ingenieur, Neuhausen/F.
15. Baur, Wilhelm, Hauptschriftleiter, Karlsruhe.

Ein Brief

Sonnenhof bei Nürtingen, 17. 6. 1946.

Sehr geehrter Herr Präsident Keil!

Sie haben in Ihrem sozialdemokratischen Parteiorgan an der CDU scharfe Kritik geübt. Ich bin einer der Mitbegründer dieser Partei. Da wir beide alte Bekannte sind, erlaube ich mir, Ihnen zu antworten.

Ich kenne Ihre politische Arbeit seit 40 Jahren und schätze diese. Sie kennen mich seit 1928. Ich habe Ihre persönliche politische Entwicklung verfolgt bis zu Ihrem ehrlichen Bekenntnis, daß die Sozialdemokratie von der marxistischen Verirrung und Gottlosigkeit sich abkehren müsse. Ich habe auch einigermaßen Kenntnis, inwieweit Ihre weise Umkehr vom Irrtum zur Wahrheit innerhalb Ihrer Partei Anklang und Nachfolge gefunden hat. Ich habe mich mit Ihnen gefreut, daß Sie als alter Kämpfer für Volksrecht und Freiheit die Zerrückung der Nazidiktatur überlebt haben, und daß Sie bei der Grundsteinlegung zum Bau eines echten, tragfesten Volksstaats mitwirken können. Sie und wir!

Wir wollen gemeinsam das neue deutsche Haus erstellen auf den Grundpfeilern der Wahrheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit. Sie und wir haben aufgerufen zur Notgemeinschaft: Jeder, der guten Willens ist, soll mitarbeiten und sein Bestes geben. Sein Bestes? Nur wenn jeder der Bauleute aus den tiefsten Kraftquellen seiner Weltanschauung schöpfen kann, wird er hoffen, daß der Neubau nach langen, bängigen Not- und Arbeitsjahren unser Nachfahren gelingen wird. Die Christen schöpfen aus den Brunnen der Ewigkeit, die Idealisten holen Kraft und Wegeleite aus den Werken der Dichter und Denker, die Materialisten aus der Natur und aus der Volkseele (Naturrecht!).

Sie wissen, daß die Christen ihre Arbeit „Mit Gott“ tun wollen. Den Abstand zwischen dem Soll und Haben im Christenleben sehen auch wir, nicht nur unsere Gegner. Das Wort des tugendstolzen Pharisäers: „Ich danke Dir, Gott, daß ich nicht bin wie die andern Menschen“ verurteilen wir aufs schärfste. Unser Feststellung, daß die christliche Einstellung sich auch in der Politik abhebe von der nichtchristlichen, ist keinerlei moralisches Werturteil. Ich wiederhole: Jeder gebe das Seine, jeder sein Bestes.

Kein Lebensgebiet steht außerhalb der göttlichen Führung, auch der zukunfts-gestaltende politische Dienst nicht. Die politischen Gegensätze und Kampfziele sind in der Notgemeinschaft gemildert, ja weithin bedeutungslos geworden; doch die Weltanschauungen grenzen sich klarer als

lung aber ausgeschaltet ist. Was hier nun vom Verfassungsentwurf bisher zu hören war, ist nicht frei von Bedenken. Es ist zwar unbestreitbar Sache des Staates, den gemeinschaftswidrigen Gebrauch zu verhindern. Wenn es aber heißt, daß Überführung ins Gemeineigentum, d. h. Sozialisierung, gestattet sein soll, falls der Wirtschaftszweck besser ohne persönliches Eigentum an Produktionsmitteln erreicht werden kann, so muß darauf mit aller Deutlichkeit entgegnet werden, daß wichtiger als die vorteilhaftere Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse das Bedürfnis nach sittlicher Freiheit ist. Auf dieser Rangfolge der Werte muß der Christ bestehen. Menschliches Leben ohne die Möglichkeit zu sittlicher Entscheidung in den Lebensdingen ist nicht christlich und der Versuch, die sittliche Freiheit durch eine Zwangsordnung zu ersetzen, eine wirkliche Versuchung.

In den verwickelten Verhältnissen neuzeitlicher Wirtschaft ist die rechte Anwendung sittlicher Freiheit wohl gefährdet. Sie ist aber nicht unmöglich und erfährt durch sie auch vielfach neue Impulse. Entscheidend ist, daß die Sozialisierung die Entfaltung freier sittlicher Persönlichkeiten verhindert, das Bedürfnis nach freier Entscheidung abstumpft und so die Voraussetzungen für die mehr oder weniger merkbare Beherrschung der auf eigene Verantwortung verzichtenden Massen schafft.

Hievon schützt freilich auch keine Staatsordnung oder die Formulierung von Menschenrechten in der Verfassung. Zur christlichen Freiheit führt nur die christliche Tat der in ihrem Gewissen sichern, aus der Verantwortung vor der Ewigkeit handelnden Persönlichkeit. In der Verfassung aber verlangt der Christ freie Bahn dazu.

Dr. G. Schyma.

Vorgeschichte und Verlauf des 20. Juli 1944

Von Joseph Ersing

(Schluß.)

Von den engeren Mitarbeitern Gördelers war eine große Anzahl von Verordnungen ausgearbeitet worden, um die Nazigesetze auszumerzen und so rasch wie möglich wieder zu geordneten u. gesetzlichen Zuständen zu kommen. Aber alle diese Vorarbeiten waren umsonst. Die Herren vom Militär setzten immer wieder Termine, doch keiner wurde eingehalten.

In einer von Emil Henk herausgegebenen Broschüre lese ich:

„In dieser verzweifelten Situation im Winter 1942 entschlossen sich die Generale und Politiker, auch Leuschner, zu einem Putsch im Frühjahr 1943... Weihnachten 1942 trafen sich in Oberstdorf im Allgäu die Mitglieder des Kreisauer Kreises: Mierendorff, Haubach und Henk. Es kam zu einer Aussprache über das Attentat, und auf Veranlassung von Henk wurden die schwersten Bedenken gegen ein Attentat im Frühjahr 1943 erhoben. Es wurde verlangt, daß der Termin verschoben wird, und es wurde ein endgültiger und definitiver Termin festgelegt.“

Für den 21. Februar 1943 hatte Beck mit den Militärs einen Akt vereinbart. Und diesen Termin sahen die oben genannten drei Herren (Sozialdemokraten) als zu früh an. Ob sie wohl mit ihrem Einspruch richtig gehandelt hatten? Nachdem dieser Termin wieder verschoben war, faßten die jüngeren Offiziere (Stabsoffiziere) den Entschluß, ihrerseits nun selbständig zu handeln. Herr von Stauffenberg hatte sich zu dem Entschluß durchgerungen. Hitler durch ein Attentat zu beseitigen. Er war ein tiefreligiöser Mann. Er hat einmal Jakob Kaiser und Habermann auseinandergesetzt, wie schwer ihm dieser Entschluß gekommen sei. Aber er glaubte, einen solchen Schritt vor seinem Herrgott und seinem Gewissen verantworten zu können, wenn er damit Hunderttausenden, ja Millionen von Menschen das Leben erhalten konnte.

Gördelers versuchte noch einmal den Chef des Großen Generalstabes und den Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst

Fromm, dazu zu bringen, zwei Panzerdivisionen abzukommandieren, das von einigen Tausend SS-Mannschaften umstellte Hauptquartier Hitlers niederzurufen und Hitler, wenn irgend möglich, lebend in die Hände zu bekommen. Er sollte dann raschestens vor den Augen der ganzen Welt für alle seine Verbrechen und Mordtaten abgeurteilt werden. Beiden fehlte aber die Courage hierzu. Fromm mußte diese seine Entschlußlosigkeit mit seinem Leben bezahlen. SS-Mannschaften haben ihn nach längerer Haft erschossen.

So kam es dann zum Attentat vom 20. Juli. Etwa 10 Tage vorher war Gördelers noch in Stuttgart. Er befand sich in großer Erregung. Er sagte uns, in etwa 14 Tagen ist alles vorbei. Vier Offiziere, die am Verhandlungstische saßen, haben ihr Leben verloren, und der, dem die Bombe galt, blieb am Leben. Warum das so kam, darauf kann niemand eine Antwort geben. Noch wäre nicht alles verloren gewesen, wenn die obersten Kommandostellen den deutschen Rundfunk besetzt und die Militärdiktatur ausgerufen hätten. Aber auch dazu fehlte die Entschlußkraft. Und so ging der Krieg weiter bis zu seinem bitteren Ende. Deutschland kämpfte, so wie Hitler es befohlen, bis fünf Minuten nach zwölf Uhr. Er selber hat aber 5 Minuten vor 12 Uhr seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gesetzt und das deutsche Volk im tiefsten Elend zurückgelassen.

Nach dem 20. Juli setzte alsbald eine große Verhaftungswelle ein. Noch ehe Gördelers verhaftet war, waren zahlreiche Militärs und solche Zivilisten verhaftet, die sich für die Übernahme eines höheren Staatsamtes bereit erklärt hatten. Eine, wenn auch nicht vollständige, Liste wurde bei den Militärs gefunden. Wäre bei der Gestapo in Berlin bekannt gewesen, daß zwischen Gördelers und Bolz Beziehungen bestanden, so wäre Bolz sicherlich alsbald verhaftet wor-

den. Daß dies nicht geschah, führte mich zu der Auffassung, daß an der Verhaftung von Bolz Stuttgarter Stellen schuldig sind. Bolz ist ohne Mantel, Hut und Koffer nach Berlin gebracht worden. Bei dem regen Verkehr, der unter den Gefangenen des 20. Juli herrschte, ist kein ähnlicher Fall bekannt geworden. Diese Art des Transportes können auch nur Stuttgarter Stellen veranlaßt haben. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß Bolz auf Veranlassung eines Geheimagenten in Stuttgart verhaftet worden ist. Es ist leider noch nicht gelungen, diesen Burschen festzunehmen. Dr. Frank in Karlsruhe ist schon am Tage nach dem Attentat verhaftet worden.

Ich selbst wurde erst am 5. Oktober 1944 verhaftet und nach Berlin gebracht. 12 Tage später kam ich nach Fürstenberg. Südlich von Fürstenberg war eine große Sicherheitspolizeischule mit zahlreichen großen Gebäuden. Die SS-Sturmführer, die an dieser Schule Lehrtätigkeit ausübten, nahmen auch Vernehmungen von politischen Häftlingen vor. Nördlich des Städtchens lag das große Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Tausende und Abertausende von Frauen aller Rassen und Nationen waren da versammelt. Am Eingang zu diesem Lager war ein Gefängnis mit 30 Zellen. Ein großer Teil der Männer, die aus Anlaß des 20. Juni verhaftet worden sind, kamen nach und nach in dieses Gefängnis, um dann in der Polizeischule in Fürstenberg vernommen zu werden. Am 19. Oktober 1944 kam ich nach Fürstenberg und noch am selben Tage habe ich Herrn Bolz bei dem täglichen Spaziergang im Gefängnishof getroffen. Da der Wachtposten wenig Interesse an der Beaufsichtigung zeigte, konnte mir Herr Bolz das Wichtigste aus seinen Vernehmungen sagen. Nach der Beendigung des Spaziergangs wandte sich Herr Bolz nochmals zu mir, um mir etwas zu sagen. Der Posten hat dies beobachtet und von da an sind wir nicht mehr zusammen zum Spaziergang zugelassen worden.

Bei meinen Vernehmungen, die an vier Nachmittagen erfolgten, wurde ich immer und immer wieder in allen möglichen Variationen gefragt: „Herr Bolz sollte doch wohl Reichsstatthalter von Württemberg werden?“ Ich konnte dies mit gutem Gewissen verneinen. Von der Tatsache, daß Bolz ein Reichsministerium übernehmen sollte, war in meinen Vernehmungen nie die Rede. Herr Bolz hätte es mir sicherlich gesagt, wenn es ihm bei seiner Vernehmung vorgeworfen worden wäre.

Zeugen wurden in der Gerichtsverhandlung gegen ihn nicht vernommen. Die Verurteilung erfolgte auf bloße Annahme hin. Bolz wurde am 23. Januar 1945 mit acht anderen Häftlingen hingerichtet. Diese acht wurden gehängt, Bolz mit dem Fallbeil hingerichtet.

Dr. Frank war nicht bei uns in der Lehrter Straße, sondern im Gefängnis Tegel. Und so wußten weder Bolz noch ich, wie es um ihn stand. Erst nach meiner Entlassung, die mit dem Rest von 37 Häftlingen am

die Grundsätze von Wahrheit und Recht vor den Wahlen mit Füßen getreten werden und das Vortragen von unberechtigten persönlichen Angriffen wieder zum politischen Prinzip erhoben wird.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen antworten hierauf mit der

Wahl der CDU!

Für oder gegen die Gewerkschaften?

Die Verbreitung des böswilligen Gerüchtes, daß Minister Andre ein Gegner der Gewerkschaften sei und gegen deren Zuziehung zu verantwortlicher Mitarbeit in verschiedenen Ausschüssen sich gewandt habe, ist unwahr. Das genaue Gegenteil ist richtig! Erst in einer Sitzung des Länderrates hat Minister Andre in öffentlicher Rede vor mindestens 60 Personen sich für die Heranziehung der Gewerkschaften zu wichtigen Ausschüssen ausgesprochen. Dabei hat er allerdings den Standpunkt vertreten, daß auch die Arbeitgeber in gleicher Weise im Sinne der Parität zur Mitarbeit berufen seien. Es handelt sich hier um die Beiziehung der gesamten Wirtschaft und nicht nur eines Teiles derselben. Dieser Standpunkt wird übrigens auch vom Präsidenten des Württembergischen Gewerkschaftsbundes vertreten.

Herr Andre ist ein alter Gewerkschaftler, der bis 1933 eine führende Rolle in der Arbeiterbewegung gespielt hat, aber der Arbeitsfront nicht beigetreten ist. Andre hat lieber auf seine Ansprüche auf die ihm zustehende Unterstützung seitens der Gewerkschaften bzw. der Arbeitsfront verzichtet, als dieser beizutreten. Und gegen einen solchen Mann wird gehetzt!

Alles in Allem!

Diese Feststellungen sind notwendig geworden, um einer planmäßigen Verbreitung von groben Unwahrheiten zu begegnen. Es ist ein Rückfall in die alten Sünden der Vergangenheit, der dem neu zu schaffenden demokratischen Staat zur Unehre gereicht.

Wir fordern alle anständig gesinnten Volkskreise, insbesondere aber die Arbeiterschaft, auf, dieser politischen Brunnengiftung zu begegnen und die Wahrheit als oberstes Gesetz auch im politischen Kampf zur Geltung und Anerkennung zu bringen.

Die CDU ist eine Partei des gesunden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes, und wir fordern deshalb alle Wählerinnen und Wähler, insbesondere diejenigen des Arbeiter- und Angestelltenstandes, auf, diesen böswilligen Verleumdungen entgegenzutreten und der CDU ihr volles Vertrauen zu schenken.

Wählet daher die Christlich-Demokratische Union!

Soziale Forderungen der CDU

Die CDU tritt ein:

1. Für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung des Arbeiterstandes im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben.
2. Für die Aufrechterhaltung des Arbeiterschutzes, für den Schutz der jugendlichen Arbeitskräfte, und einen besonderen Schutz der Frauenarbeit.
3. Für eine gut funktionierende Arbeitslenkung, für eine zweckmäßige Berufsausbildung und Berufsumschulung, für Freizügigkeit der Arbeiterschaft und zielbewußte Lenkung der Arbeitskräfte. Der berufstätigen Frau sind geeignete Arbeitsplätze zu schaffen und es muß für sie auch der Aufstieg in leitende Stellen gesichert werden.
4. Die praktische Ausbildung des jungen Nachwuchses ist zu ergänzen und zu fördern durch theoretischen Unterricht und fachlich gegliederte Berufsschulen. Der Weg zur Hochschule auch über die Berufslehre, die Berufsschule und die Fachschule muß nach Eignung und Leistung ermöglicht werden. Der Lehrstellenvermittlung ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Kriegsbeschädigte sind besonders zu berücksichtigen.
5. Das Koalitionsrecht muß für alle Werkstätigen und auch für die Unternehmer

gewährleistet sein. Von den Einheitsgewerkschaften erwarten wir eine ehrliche und strenge parteipolitische und weltanschauliche Neutralität.

6. Die Heimkehrerfürsorge ist besonders zu pflegen. Die Heimkehrer sind gleichberechtigte Deutsche und müssen daher mit Liebe in der neuen Heimat aufgenommen werden.
7. Die Jugend ruft nach einer neuen politischen Idee. Wir wollen der Jugend aus echter Brüderlichkeit und christlicher Verantwortung einen neuen Sozialismus der Tat verwirklichen. Den Sozialismus der Worte überlassen wir anderen Parteien.
8. Die Frauen sind für uns Mitträger der öffentlichen Verantwortung. Wir fordern den Schutz der Familien, wie einen gut ausgebauten Mutterschutz. Für die Frauenwelt müssen neue Berufswege erschlossen werden. Der schweren Gefährdung der weiblichen Jugend ist nachhaltig zu begegnen. Die Frau muß sich selbst für die Zukunft unseres Volkes verantwortlich fühlen.

Die CDU will allen Volkskreisen, dem ganzen schaffenden Volk in Stadt und Land dienen.

Sie ist die christlich-soziale Volkspartei und sie hat den Mut, Verantwortung zu übernehmen!

Vom unverzichtbaren Recht des Christen

Nach den Mitteilungen über den Verfassungsentwurf sollen sog. Menschenrechte in der Verfassung gesichert werden. Ausgangspunkt jeder Stellungnahme zu solchen Überlegungen ist das Bild vom Menschen, das das Christentum zeichnet, die christliche Antwort auf die Frage: Was ist der Mensch?

Sein Ursprung aus Gottes Hand, seine Bestimmung zu Gottes Verherrlichung in der Welt, sein Auftrag, das eigene Heil bis zu seiner endlichen Vereinigung mit Gott zu wirken, seine Konstitution als leibgeistiges Wesen, als bewußte, unter Unvollkommenheiten, aber willensfrei sich bewegende Kraft fordern für ihn persönlich die Anerkennung und Sicherung der sittlichen Persönlichkeit, der Freiheit, unter allen Umständen und immer seiner höchsten Pflicht Genüge tun zu dürfen. In diesem Recht, das auf der Pflicht gegen Gott beruht, ist alle Menschenwürde selbständig und ohne die Notwendigkeit einer Anerkennung seitens irgend einer Macht begründet. Aus ihm ergeben sich auch alle Folgerungen im Bereich des Gemeinschaftslebens.

Für sein Wirken auf Erden hat der Mensch den göttlichen Auftrag, die Erde zu erfüllen und untertan zu machen, d. h. sie so zu gestalten,

daß der Dienst in Gott, zu dem er berufen ist, möglich, ja beglückend wird, gleichsam das ihm aufgeprägte Ebenbild Gottes an die Erde weiterzugeben. Die Ver menschlichung der Erde, die Schaffung von Verhältnissen, die die Erhaltung und Entfaltung des Menschenwertes ermöglichen, ist der Inhalt aller kulturellen Arbeit. Sie begründet und vermehrt nicht, wie die Utopisten es behaupten, seine sittliche Freiheit, die selbst nur durch die eigene Entscheidung verloren und erworben werden kann; aber christliche Kultur stützt sie und mildert die Schwierigkeiten ihrer Behauptung.

Nicht ob ein Staat sich christlich nennt oder christliche Einrichtungen duldet, macht ihn zu einem christlichen; ob er christlich wirkt, ob die Menschen in ihm zur christlichen Freiheit, zur Kraft der Entscheidung für das Gute gelangen können, das macht seinen christlichen Charakter aus. Da die häufigste Anwendung der Freiheit für den einzelnen sich auf dem Gebiet der Wirtschaft vollzieht, ist die Eigentumsordnung ein wesentliches Kennzeichen. In christlicher Auffassung ist Eigentum dem einzelnen von Gott zu Lehen gegeben und in seiner Verwendung auf das Ganze ausgerichtet. Es widerspricht seinem Sinn, wenn es auf bloßen Verzehr beschränkt, seine Funktion in der Güterherstel-

25. April, wenige Tage vor der Kapitulation der Stadt Berlin erfolgte, erfuhr ich, daß er hingerichtet worden sei. Gefängnispfarrer Buchholz hat mir darüber erzählt. Von ihm erfuhr ich auch, daß er ihm religiösen Beistand geleistet hat, wie auch Boltz und fast allen anderen, die hingerichtet worden sind. Hitler hatte angeordnet, daß den Häftlingen vom 20. Juli, auch denen, die hingerichtet werden sollten, religiöser Beistand nicht geleistet werden dürfe. Prächtige Menschen unter den Wärtern und Wachmannschaften haben dies den Gefängnisgeistlichen aber doch ermöglicht.

Vor einigen Wochen las ich in der Tübinger Zeitung „Schwäbisches Tagblatt“ einen Artikel, in dem stand, in einer Versammlung junger Leute sei gesagt worden, Gerdeler hätte seine Mitarbeiter angegeben. Zu seiner Entschuldigung müsse man allerdings sagen, daß ihm so zugesetzt worden sei, daß er seiner Sinne nicht mehr ganz mächtig gewesen sei. So ungefähr hat es geheißen. Wie kann man eine solche Behauptung verbreiten, ohne sich bei den betroffenen Kreisen zu erkundigen? Bei den Vernehmungen der Häftlinge fingen die Kommissare alle damit an, daß sie sagten: „Gerdeler, Leuschner, Kaiser usw. haben eingehende Aussagen gemacht, sie haben uns mehr gesagt, als wir eigentlich wissen wollten. Wir wissen über Sie (den Häftling) genau Bescheid, wir wollen aber von Ihnen selber noch hören, was Sie zu sagen haben.“ Es gab Häftlinge, die diese Behauptung als bare Münze annahmen, die meisten aber haben dies als eine verlogene Behauptung betrachtet. Und wenn nun die Häftlinge nichts zugestanden oder das nicht sagten, was die Kommissare wissen wollten, setzten die Folterungen ein. Hätte Gerdeler Angaben gemacht, wäre dies alles doch nicht nötig gewesen, die Häftlinge hätten doch auf Grund der Angaben von Gerdeler verurteilt werden können. Und daß die Kommissare bewußt gelogen haben, beweist auch die Tatsache, daß sie immer wieder sich auf Aussagen von Jakob Kaiser beriefen, Kaiser war aber gar nicht in Haft. Hätten ihm sein Freund Leuschner und andere gefolgt und hätten sie sich verborgen, wie er es getan hat, dann würden sie noch am Leben sein. Mir hat ein Mitgefangener erzählt, daß er von Kommissaren geschlagen worden sei, bis er bewußtlos am Boden gelegen sei. Und danach sei eine Gegenüberstellung mit Gerdeler erfolgt. Aber auch Gerdeler habe keine Aussagen gemacht. Und noch eines: Die drei letzten Tage vor unserer Entlassung wurden unsere Zellen nicht mehr abgeschlossen. Wir konnten frei miteinander verkehren, und da ist kein unschönes Wort über Gerdeler gefallen, was sicher geschehen wäre, wenn er ein Angeber gewesen wäre.

Wieviele Militärs verhaftet und hingerichtet worden sind, ist nicht bekannt geworden. Es läßt sich aber auch nicht genau feststellen, wieviele Zivilisten aus Anlaß des 20. Juli verhaftet und nach

Berlin gebracht worden sind. In den drei Berliner Gefängnissen, Prinz-Albrecht-Straße, Lehrter Straße und in Tegel dürften es wohl so an die 400 gewesen sein. Soweit wir feststellen konnten, sind etwa 120 durch den Volksgerichtshof zum Tod verurteilt worden. 80 sind noch wenige Tage vor der Entlassung durch die SS ohne Urteil erschossen worden. Eine Reihe anderer wurde zu Zuchthausstrafen verurteilt oder in Konzentrationslager abgeführt und der Rest wurde in den letzten drei Tagen in kleineren Gruppen entlassen. Am 25. April wurden die letzten 37 entlassen und die Gefängnistore in der Lehrter Straße geschlossen.

Ein Teil der Entlassenen trat die Heimreise zu Fuß an. Die anderen blieben in Berlin, bis Abfahrtsmöglichkeit gegeben war. Wir trafen uns sehr oft. Auch da ist nicht ein einziges Mal davon gesprochen worden, daß Gerdeler Angaben gemacht hätte. Unser besonderes Gesprächsthema war, was soll nun po-

litisch geschehen? Auch mit den Sozialdemokraten haben wir uns viel über die Neubildung des deutschen Parteiwesens unterhalten. Diese erklärten aber schließlich, daß sie wieder ihre alte Partei aufzurichten wollten.

Und die, die etwas Neues schaffen wollten, setzten sich zusammen und haben in mehrtägigen eingehenden Beratungen anfangs Juli 1945 den Entschluß gefaßt, alle positiven Menschen im evangelischen und katholischen Lager zur Gründung einer großen christlichen Volkspartei aufzurufen. Und so ist die Christlich-DEMOKRATISCHE UNION entstanden. Daß diese Gründung richtig war, beweisen die Wahlergebnisse in der amerikanisch besetzten Zone; und die kommenden Wahlen in den übrigen Zonen werden fortsetzen, was in der amerikanisch besetzten Zone begonnen wurde. Gelingt dieser große Wurf auf die Dauer, dann ist Deutschlands schwerste Stunde zur Geburtsstunde eines neuen Deutschlands geworden.

Das Säuberungsgesetz

(Letzte Sitzung der Vorläufigen Volksvertretung)

Die Vorläufige Volksvertretung trat am 19. Juni 1946 zu ihrer zehnten und letzten Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand die Aussprache über das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 8. März 1946. Die Sitzung stand unter der Leitung des Präsidenten Keil. Dieser begrüßte zu Beginn im besonderen Herrn Oberst Dawson. Oberst Dawson brachte der Vorläufigen Volksvertretung für die geleistete schwere Arbeit Dank und Anerkennung zum Ausdruck. Über Ziel und Durchführung der Entnazifizierung sprach Staatssekretär Kamm. In der Aussprache kamen u. a. die Vertreter der politischen Parteien sowie Oberbürgermeister Dr. Klett zu Wort. In einem weiteren Referat sprach Ministerpräsident Mäler über die Vorgeschichte des neuen Gesetzes, seine Bedeutung für unsere Zukunft sowie über die gründliche und gerechte Durchführung. Die Sitzung schloß mit einem Rückblick des Präsidenten Keil auf die geleistete Arbeit und dem Dank des Ministerpräsidenten an den Präsidenten Keil. Die Anträge auf Verlängerung der vorläufigen Arbeitsgenehmigungen bis zum Entscheid der Kammer, auf Beschleunigung der Eilverfahren für das landwirtschaftlich tätige Personal und auf Heimkehr der Kriegsgefangenen sowie auf Erleichterung des Briefverkehrs mit diesen fanden die einstimmige Annahme der Volksvertretung.

Zur Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus führte Staatssekretär Kamm aus:

Das Gesetz stelle eine neue Phase der Entnazifizierung dar. Seine Durchführung sei notwendig für die Wiederaufnahme Deutschlands in den Kreis der zivilisierten Völker. Aufgabe des Gesetzes sei es, gegen jede schuldige Person nach dem Grade ihrer Verantwortung gerechte und wirksame Maßnahmen zu treffen, den Verantwortlichen Sühnemaßnahmen aufzuerlegen, Minderbelasteten Gelegenheit zur Bewährung zu geben und Mitläufer sowie Entlastete ihrer Disqualifikation zu erheben. Die Durchführung müsse so rasch wie möglich erfolgen, um Unruhe und Unsicherheit in Verwaltung und Wirtschaft zu beseitigen. Der Aufbau der Spruchkammern sei fast vollständig beendet. Es

sei Aufgabe der politischen Parteien, die Beschleunigung des Verfahrens zu fördern.

Die abgegebenen Meldebogen seien genau zu prüfen, insbesondere auch jene der aus anderen Gebieten Zugewanderten. Die Namen der vom Gesetz nicht Betroffenen werden in kleinen Gemeinden öffentlich bekanntgemacht, in größeren in den Polizeireviere aufgelegt. Jedermann habe Gelegenheit, wahrheitsgemäße Angaben zu machen. Den Denunzianten tröste schwere Strafe. Die Kammern seien aus dem öffentlichen Kläger, dem Vorsitzenden und zwei bis vier aus den politischen Parteien zu entnehmenden Beisitzern zusammengesetzt. Es müsse sich dabei um unbescholtene, charakterlich einwandfreie und kriminell nicht bestraft Personen handeln. Eine unabhängige Rechtsprechung sei gewährleistet. Zur Kontrolle seien von Verwaltung und Betrieben mit mehr als zehn Beschäftigten monatliche Meldungen an das Arbeitsamt abzugeben, die am Schwarzen Brett des Betriebes anzuschlagen und vom Betriebsausschuß zu unterzeichnen seien.

Die Festsetzung der Sühnemaßnahmen gegen Mitläufer (50–2000 RM.) erfolge durch Strafbefehl. Für die Abgrenzung der Aktivisten sei der Eintrittstag vom 1. Mai 1937 nicht allein maßgebend, es komme auch darauf an, welcher Terror im Einzelfall ausgeübt worden sei. Den Mitläufern sei aus staatspolitischen Gründen die Gelegenheit zur Mitarbeit im neuen Staat zu bieten. Die Interniertenlager sollen am 30. August in deutsche Hände übergehen. Nur die Kriegsverbrecher behalte die amerikanische Armee zurück. Ein großer Teil der in Lagern Befindlichen sei entlassungsreif. Bezüglich der übrigen erfolge Heranziehung zu Arbeitsleistungen. Die Versorgung der Frauen und Kinder der Untergebrachten werde sichergestellt. Bei den Nutznießern sei zu unterscheiden, ob der Einzelne durch persönliche Leistungen oder nur durch Parteiverhältnisse Vermögen erworben habe. Wer in die Bewährungsgruppe falle, müsse mit der Einziehung von 10–40% des Vermögens rechnen.

Bezüglich Behandlung der Jugend führte der Staatssekretär aus: Er stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Jugend anders behandelt werden müsse als die übrigen Belasteten. Die jugendlichen Mitläufer sollen ohne Sühnemaßnahmen aus

den Kammern hervorgehen. Man müsse der Jugend die Hand bieten, dann werde sie zum neuen Staate finden. Man müsse der Jugend vorleben und ihr ein gutes Beispiel geben.

Jugend und Verfassung

Der Stuttgarter Arbeitskreis der jungen Generation in der CDU beschäftigte sich bei seiner Zusammenkunft am 14. Juni erneut mit Verfassungsfragen. In der Aussprache wurde vor allem die Frage der Beteiligung des Volkes an der staatlichen Willensbildung behandelt. Es bestand Einvernehmen darüber, daß sowohl die Volksinitiative als auch das Referendum in der Verfassung zugelassen werden sollten. Die im Entwurf vorgeschlagene Beteiligung des Volkes an der Gesetzgebung wurde nicht als ausreichende Sicherstellung der Rechte des Volkes angesehen (vgl. „Die Württembergisch-Badische Verfassung“ von Keil, Neue Zeitung vom 14. Juni 1946). Auf Zulassung der Volksinitiative muß deshalb auf alle Fälle bestanden werden. Weiterhin wurde zur Erörterung gestellt, in welchem Umfange das Volk als Schlichter bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Landtag und Regierung eingeschaltet werden kann. Dabei wurde davon ausgegangen, daß Regierung und Landtag grundsätzlich während der vorgesehenen Amtsperiode von vier Jahren nicht aus dem Amt ausscheiden sollten. Man behandelte die Mängel des parlamentarischen Regierungssystems und kam zu dem Ergebnis, daß eine vorzeitliche Abberufung von Regierung und Landtag nur durch das Volk ausgesprochen werden sollte. Auch die Frage der Erleichterung der Verfassungsänderung wurde eingehend durchgesprochen. Schließlich behandelte man noch organisatorische Fragen. Es wurde eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die der Parteileitung unterbreitet werden.

Gegen politische Speckpakete

Mit der dänischen Forderung auf Abtretung Südschleswigs befaßte sich kürzlich der Schleswig-holsteinische Provinziallandtag. Abg. Dr. Müns (CDU) sprach im Namen aller, als er feststellte, daß Südschleswig deutsch ist, und sich scharf gegen jede Abtretung wandte. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen. Der Landesvorsitzende der CDU, Schröter, rief in Versammlungen den alten Wahlspruch „Schleswig-Holstein up ewig ungedeelt“ wieder wach. Die Auffassung der CDU in dieser Angelegenheit faßte Schröter in einer Reihe von Forderungen zusammen, die bei der Militärregierung angemeldet werden sollen. In ihnen wird zum Ausdruck gebracht, daß der von Deutschland nicht gewollte, aber von der dänischen Regierung herausgeforderte Kampf um das Grenzland unter völliger Gleichberechtigung vor sich gehen müsse. Diese Gleichberechtigung setze voraus, daß mit sofortiger Wirkung die Verteilung von „Speckpaketen“ unterbunden werde, die von Dänemark aus an diejenigen geschickt werden sollen, die sich zur dänischen Minderheit bekennen.

Die „demokratischen“ Kommunisten

Ein Leser schreibt uns:

Die Menschen sind so sehr vergesslich, und gar was die Politik betrifft. Sie haben die Legaltätsbeteuerungen der Nazipartei — von damals 1932 — schon längst vergessen. Mit welchem Vergnügen und wie hohnvoll ließen die Reichspropagandatechniker das Wort „legal“ auf ihren eilfertigen, sehr geschulten Zungen schmelzen. Wie sie die „legal“ erworbene Macht dann anwandten, das ist ein schwarzes Stück deutscher Geschichte.

Machen wir einen kleinen Gedankensprung ins Heute. Die Kommunisten von heute sind

An unsere Leser!

Ab 1. Juli 1946 erscheinen die „CDU-Nachrichten“ unter ihrem neuen Titel:

„UNION“

Nachrichtenblatt der Christlich-Demokratischen Union Nord-Württemberg

Vom 1. Juli 1946 an kann die Zeitschrift auch bei allen Postanstalten der US-Besatzungszone bestellt werden. Der Verlag.

demokratisch geworden: harmlose Menschen möchten durch solche Gebahren leicht verwirrt werden: dieses demokratische Bekenntnis klingt so revisionistisch, daß im gleichen Fall zur guten alten Zeit August Bebel seine Sozialdemokraten heftig zurückgepfiffen hätte. So haben sich die Verhältnisse verschoben, daß im Augenblick Trotzki links der deutschen Kommunisten stände.

Vielleicht ist es deshalb gut und angebracht, aus einem Aufsatz zu zitieren, den Lenin 1920 geschrieben hat, betitelt „Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus“. Lenin, der „Alrmeister“, an dessen Wort auch in deutschen KP-Kreisen sicherlich nicht gedeutelt wird, wehrt sich da gegen die deutschen „Radikalen“. Und sagt denn:

„Es ist doch nicht möglich, daß die deutschen „Radikalen“ nicht wissen, daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, vor wie nach der Oktoberrevolution, voll ist von Fällen des Lavieren, Paktierens, der Kompromisse mit anderen Parteien, darunter sogar mit bürgerlichen!“

Aus diesen taktischen Erörterungen ließe sich noch mancher außerordentlich zeitgemäße Satz entnehmen, der unschön in den Ohren der sozialistischen Einigungsfreunde klinge. Doch geht uns das nichts an.

Wir, für unsern Teil, haben genügend Vorstellungsvermögen, um uns ausmalen zu können, mit welchem augenblinzeln Augenlächeln die Vertreter der KP an einer demokratischen Verfassung „arbeiten“. Hinter geschlossenen Türen lächeln sie und grüßen — wir verstehen uns schon! — hinauf zu Lenins Bildnis; treten sie vor ihr Volk, tragen sie aus taktischen Erwägungen, die Gesichter demokratischer Biedermänner.

Löwenideen

Unter dieser Überschrift lasen wir kürzlich im Berliner Organ der CDU „Neue Zeit“ (9. 6. 1946):

Im Prozeß der Meisterflieger von Nürnberg kam zur Sprache, daß Adolf Hitler, als er von dem an dem Massenmörder Heydrich vollzogenen Strafgericht vernahm, wieder einmal getobt habe. Das Toben scheint ja überhaupt die allgemeine Regierungstendenz des „Führers“ gewesen zu sein, die ihn zu ordentlicher Arbeit nun einmal nicht kommen ließ. Diesmal hatte Hitler gedroht, er werde „die ganze tschechische Bevölkerung einfach in das von ihm okkupierte Rußland abtransportieren lassen“. Das „Einfache“ ist das andere Charakteristikum hitlerischer Führermethode. Was den Normalmenschen — er braucht noch lange nicht besonders weich verpackt zu sein — grausen macht, das macht sich bei einem Adolf Hitler „einfach“. So hat er „einfach“ den Reichstag abbrennen lassen, so wurde „einfach“ in München die Höllenmaschine eingebaut, die den Tod von Dutzenden treuer Zuhörer und dafür die Apotheose des „von der Vortsetzung Geschonten“ herbeizuführen hatte — so wurden „einfach“ Hunderttausende vergast — so opierte Hitler auf den Schlachtfeldern Millionen Menschen — alles war für ihn „einfach“.

Wir hatten eben ein ganz anderes Maß. Und das war das Maß des Löwen Heinrich Heine, bei dem man, durchblättert man seine Werke, so ungefähr für jede Phase der schrecklichen zwölf Jahre eine prophezeiende Parallele ersuchen kann, beschreibt solchen „Führer“, für den das, wovon dem Durchschnittsmenschen schauert auf Grund seiner unmittelbaren Verbindung mit der Vorsehung alles ganz einfach ist, haarscharf mit folgenden Versen:

„Ihr kennt nicht die großen Löwenideen,
Um meine Politik zu verstehen.
Nehmt euch in acht, in meinem Reiche
Wächst manche Buche und manche Eiche.
Woraus man die schönsten Galgen zimmert.
Auch gute Stöcke! Ich rat euch, bekümmert
Euch nicht ob meinem Schalten und Walten.
Ich rat euch, stets das Maul zu halten.“

So zu lesen in Heines Gedicht „König Langohr I“, in dem Heine genau schildert, wie bei der Königswahl die Wahlerei die Majorität hatten, daher auch ein Esel gewählt wurde, und wie sich dieser dann als Volksführer benahm. A. V.

Ein Notruf an die Welt

Der „Wirtschafts- und Sozialpolitische Ausschuss der CDU für die britische Zone“ hat bei seiner kürzlichen Tagung in Hannover eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Der Wirtschafts- und Sozialpolitische Ausschuss der CDU für die britische Zone weist mit aller Eindringlichkeit darauf hin, daß weite Kreise unseres Volkes Hunger leiden. Das trifft besonders zu für die Großstädte und Industriegebiete. Die Gefahren für Leben und Arbeit unseres schwergeprüften Volkes, besonders auch für unsere Kinder und Kranken, sind unabsehbar. Mit Nachdruck fordern wir alle diejenigen in unserem Volke, die auf dem Lande wie auch in den Städten dazu noch in der Lage sind, auf ihren hungern den Mitmenschen mit größter Opferbereitschaft zu helfen. Wir müssen eine Notgemeinschaft sein, oder wir werden gemeinsam untergehen. Der Wirtschafts- und Sozialpolitische Ausschuss ist davon überzeugt, daß die Militärregierung die zurzeit schwerste Sorge des deutschen Volkes kennt und sich hilfsbereit bemüht, die Not zu lindern. Die Gefahren, die unser Volk bedrohen, sind so groß, daß wir uns mit einem Notruf an die Welt wenden! Wir wissen, daß auch andere Völker unter den Folgen des Krieges schwer zu leiden haben. Unser Volk ist ohne Hilfe von außen ein sterbendes Volk. Ein sterbendes Deutschland ist ein Unglück für Europa und die Welt. Möge die Welt diesen Notruf auf allgemein menschlichen und christlichen Gründen beachten!“

Hergestellt unter Zulassung Nr. US-W-1024 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung.

Herausgegeben im Auftrag der Christlich-Demokratischen Union Nord-Württemberg. Verantwortlich für den Inhalt Dr. Franz Kaiser, Stuttgart, Alexanderstraße 8. Druck: Schwabenverlag AG, Stuttgart-Ellwangen (Jäger).

Abschrift 1

Abschrift aus der Monatsschrift "Die Wandlung"

Erster Jahrgang 1945/46, Heft 5 und 6 vom Juni/Juli 1946

Generäle

Neue Mitteilungen zur Vorgeschichte des 20. Juli

Im zweiten Heft dieser Zeitschrift ist unter der Überschrift "Ein Dokument zur Vorgeschichte des Attentats vom 20. Juli" ein Brief veröffentlicht worden, den Dr. Goerdeler am 17.5.43 an General Olbricht, den damaligen Chef des allgemeinen Heeresamtes, gerichtet hat. In der redaktionellen Vorbemerkung zu diesem Dokument wurde der Zusammenhang der Verschwörung flüchtig skizziert, und es sind dabei namentlich für die militärische Seite einige Namen genannt worden, die aus dem Pressebericht über die Volksgerichtsverhandlung in Erinnerung sind: neben Beck, Witzleben, Graf Stauffenberg, York von Wartenburg wurde auch der Generaloberst F r o m m als Mitverschwörer aufgeführt. Nahezu gleichzeitig mit unserer Veröffentlichung hat die in München erscheinende und von der amerikanischen Besatzungsmacht herausgegebene "Neue Zeitung" in ihrer Nummer vom 4.2.46 aus den Papieren des Volksgerichtshofes das Protokoll der Aussage des Generalobersten Erich Höppner veröffentlicht, worin er die Vorgänge schildert, die sich unmittelbar nach dem misglückten Attentat im OKH in der Bendlerstrasse abspielten. Hiernach war es eben der Befehlshaber des Ersatzheeres Fromm, der dort als Vollstrecker von Standgerichtsurteilen erschien und den Befehl zur Erschiessung der vier Mitverschworenen General Olbricht, Oberst Graf von Stauffenberg, Oberst Merz von Quirnheim und Oberleutnant von Haeften erteilte - die Erschiessungen fanden sofort im Hofe in der Bendlerstrasse statt - und der unter den Augen der Anwesenden den ehemaligen Generalstabschef Beck zum Selbstmord drängte. Nichtsdestoweniger ist auch Fromm selbst nachmals durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und erschossen worden.

Diese eigentlich zwiespältige Rolle des Generals Fromm wird auch in einer Mitteilung geschildert, die uns Herr Dr. Franz Reuter in Berlin hat zukommen lassen. (Anm.: Die Aufzeichnungen Reuters über den 20. Juli und seine Vorgeschichte sollen vollständig demnächst im Berliner Wedding-Verlag erscheinen). Dr. Reuter, ehemals Verleger der Zeitschrift "Der Deutsche Volkswirt" war während des Krieges im Amte des Generals der Infanterie Thomas tätig, der den "Wehrwirtschaftsstab im Oberkommando der Wehrmacht" leitete. In welcher Weise dieses Amt und diese Personen in die Konspiration verwickelt waren, schildert Dr. Reuter folgendermaßen:

"Goerdeler und seine Zivilen Freunde sowie das Haupt der Umsturzpläne auf militärischer Seite, Generaloberst Beck, versuchten mehrere Jahre hindurch mit den verschiedensten Argumenten, durch persönliche Rücksprachen und schriftliche Darlegungen die in Betracht kommenden, in den Schlüsselpositionen befindlichen hohen Offiziere zu gewinnen. Für die Zivilisten lag es dabei besonders nahe, auf die wirtschaftliche Unmöglichkeit für Deutschland, den Krieg fest gegen die ganze Welt, die sich, wie für jeden Einsichtigen bereits im September 1939 klar, allmählich in der Abwehr zusammenfand, zu gewinnen oder überhaupt nur durchzustehen, hinzuweisen. Als ein ausgezeichnete Mittler auf diesem Wege erschien besonders der Chef des Wehrwirtschaftsstabes im OKW General der Infanterie Thomas. Er war ja mit seinem Amt die berufene wirtschaftliche Stelle des Militärs, sozusagen sein wirtschaftliches Gewissen. Er eignete sich ausserdem

hervorragend persönlich, weil er den wahrsinnigen Kriegsplänen und überhaupt der Aussenpolitik Hitlers stets mit küsserster Kritik begegnet war und daraus auch nie einen Hehl gemacht hatte." Dr. Reuter schildert dann den Charakter und die Methoden des Umganges zwischen Dr. Goerdeler und General Thomas und bemerkt bei dieser Gelegenheit, dass die gebotene Vorsicht gerade Goerdeler "von Haus aus wenig lag und nicht leicht fiel". Er selbst, Dr. Reuter, habe wiederum die Aufgabe gehabt, zwischen Goerdeler und Thomas zu vermitteln, und habe den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister "wohl einige hundert Mal" in seinem Amtssitz in der Kurfürstenstrasse, in seinem Privatbüro oder in seiner Wohnung empfangen oder auch im Hospiz am Askaniischen Platz, wo Goerdeler in Berlin abzustiegen pflegte, aufgesucht.

In diesem Zusammenhang teilt nun Dr. Reuter folgendes mit: "Gern benutzte Dr. Goerdeler die Gelegenheit, von meinem Zimmer in der Kurfürstenstrasse aus über das komplizierte und seiner Vermutung nach nicht so leicht zu überwachende Netz der Haus- und Nebenschlüsse mit Gesinnungsgenossen zu telefonieren. Früh liefen bereits damals zwei wichtige Verbindungen, nämlich einmal zu Persönlichkeiten, die im Amte des Admirals Canaris, der sogenannten Abwehrsassen, zweitens zum Hause des Oberbefehlshabers des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm." "Goerdelers Telefongespräche mit der Bendlerstrasse, d.h. dem Oberkommando des Heeres, richteten sich unter Decknamen vor allem an einen Offizier namens Kaiser. (Anm.: Dies ist ohne Zweifel der Hauptmann der Reserve Hermann Kaiser, der in unserer ersten Veröffentlichung in Heft 2 auf Seite 172 dieser Zeitschrift bereits genannt wurde und dessen Bruder Ludwig Kaiser uns Goerdelers Brief seinerzeit zur Verfügung gestellt hat). Er hat aber auch General Olbricht, den ersten Mitarbeiter des Chefs des Ersatzheeres, des Generalobersten Fromm, häufig gesehen". - "Sein Chef, Generaloberst Fromm, ist meiner Kenntnis nach zeitig informiert gewesen, hat aber meiner Überzeugung nach mit Bewusstsein stets eine Doppelrolle gespielt. Er ist noch kurz vor dem Ende erschossen worden, nachdem er zum Tode durch den Strang verurteilt war."

Die Mitteilungen von Dr. Reuter machen aber auf der anderen Seite auch sehr deutlich, wie stark die Hemmungen der hohen Militärs gegenüber den Absichten des dringenden Goerdeler gewesen sind. Und zwar war es nach seiner Darstellung nicht nur K e i t e l , der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, sondern auch Herr von B r a u c h i t s c h , in den ersten Kriegsjahren Oberbefehlshaber des Heeres, der sich den Versuchen, ihn auch nur für eine den Krieg beschränkende Politik zu gewinnen, auf das Entschiedenste versagt hat. Über seine Haltung schreibt Dr. Reuter: "Herr von Brauchitsch stellte sich damals (nämlich Ende 1939 bis Anfang 1940) auf den Standpunkt, dass die Wehrmacht in diese politische Frage allerersten Ranges nicht hineingezogen und eventuell gespalten werden dürfe, dass England doch der grosse Gegner Deutschlands sei, dass das deutsche Volk so etwas wie den Nationalsozialismus brauche und dass kein geeigneter Ersatz für den "Führer" zur Verfügung stehe." Brauchitsch war also konsequent genug, den traditionellen Verzicht der deutschen Armeeführung auf eigenes politisches Urteil auch in Verhältnis dem Diktator gegenüber aufrecht zu erhalten - der ja diese neue Wehrmacht geschaffen hatte - und das Spiel dienend fortzuführen, das mit dem Überfall auf Polen einmal begonnen worden war.

Aber auch die Frontgeneräle, an die die aktiven Konspiratoren - Dr. Reuter rechnet zu diesen ausser Goerdeler und Beck auch den damaligen preussischen Finanzminister Dr. Popitz - sich nun verwiesenen sahen, zeigten sich nach seiner Darstellung weit zaudernder und unentschlossener, als man das heute im Rückblick gemeinhin annimmt. Er nennt die Namen des Feldmarschalls von Witzleben und des Generalobersten Falkenhausen (Militärbefehlshabers von Belgien), ferner der Feldmarschälle von Kluge und von Manstein in dem Sinne, dass diese vier für Putschpläne hätten gewonnen werden können, fügt aber sogleich die folgende Charakteristik hinzu:

"Es kam jedoch nie zum endgültigen Entschluss und zur entscheidenden Tat. Bald wurde die militärische Situation als Grund oder als Vorwand genommen, dass man im Augenblick günstige Chancen durch einen Umsturz nicht verschütten dürfe, bald umgekehrt, dass man in der derzeitigen Klemme dem Heer nicht in den Rücken fallen dürfe."

In ähnlicher Richtung äussert sich Dr. Reuter im Zusammenhang einer Charakteristik der Stimmung verschiedener Volksschichten über das Offizierskorps im ganzen folgendermaßen:

"Mit Offizieren über das Thema zu sprechen war von vornherein besonders schwierig; weil sie starken Bindungen unterlagen und darüber hinaus das neue Deutsche Offizierskorps, im übrigen sehr heterogen zusammengesetzt, im allgemeinen noch weniger Zivilcourage besass als es bereits der weitgehend dekadent gewordenen preussischen Tradition entsprach. Ausserdem war das Interesse, vor allem der Berufsoffiziere, viel zu sehr mit dem Gedeih und Verderben des Dritten Reiches verbunden, als dass sie um diesen Preis die Wahrheit sehen und Gerechtigkeit und Anstand wieder hergestellt wissen wollten. Ich glaube, dass der Geist an der Front in mancher Beziehung besser war." Ausserdem hält Dr. Reuter dafür, dass der "entscheidende Punkt" bei der Beantwortung der Frage, warum die Verschwörung misslungen sei, eben die innere Unentschiedenheit der Generäle gewesen sei:

"Im tiefsten Grunde ist der 20. Juli misslungen, weil die Generäle sich viel zu spät und zu wenig entschieden und umfangreich hinter die treibenden Zivilisten gestellt haben. Immer wieder haben sie Ausreden aus der jeweiligen Situation gehabt, und wenn es daran fehlte, dann kam die Berufung auf den Eid des Soldaten, die rein militärischen Aufgaben der Wehrmacht und dergleichen. Das war ja so entsetzlich primitiv und einfach. Als ob nicht über allem die Gebote der Sittlichkeit und die Pflicht, Deutschland vor der Vernichtung zu bewahren, gestanden hätten. Aber der preussische Militarismus und ein falsch verstandenes Pflichtgefühl hatten eben jede menschliche Sittlichkeit, jedes übergeordnete politische Denken ausgelöscht, vor allem seit sie sich mit dem Nationalsozialismus auf Gedeih und Verderben verbunden und von ihm missbraucht wurden. Darum trifft das alles mit Recht die völlige Vernichtung."

- - -

Aus dem Tagebuch des Hauptmanns der Reserve im Stabe von Generaloberst Fromm Hermann Kaisers (er war im Zivilberuf Studienrat, Lehrer der Mathematik, Naturwissenschaften und Geschichte in Wiesbaden), jenes Vermittlers zwischen Dr. Goerdeler und General Olbricht, der am 23.1.1945 zusammen mit Helmuth von Moltke, Theo Haubach und sieben anderen hingerichtet worden ist, folgen nun einige weitere Stellen, die sich gleichfalls in der Hauptsache auf die Figur und Rolle des Generalobersten Fromm beziehen. Kaisers Notizen kommt, wie uns scheint, für die Kenntnis der moralischen und sozialen Verfassung des hohen Offizierskorps unter Hitler ein ganz

besonderer Quellenwert zu: Der Leser wird hierbeinahe zum Augenzeugen der Erweichung, Zersetzung und des Verfalls einer Klasse. Die Gestalt Fromms mutet in dieser Hinsicht als repräsentativ an. An ihm wird auch zweifelsfrei deutlich, auf welcher Seite hier die "Zersetzung" zu suchen ist, und wie die Erben des preussischen Ethos zu einem Teil der primitivsten Methoden der Bestechung und des Schreckens erlegen sind, wie sie ihr oberster Kriegsherr in seiner instinktiven Menschenverachtung anwandte. Diese Auszüge verdanken wir wiederum dem Bruder Hermann Kaisers, Ludwig Kaiser in Kassel-Wilhelmshöhe. Im Unterschied zu unserer ersten Veröffentlichung (Heft 2, S. 174 u. 175) sind diesmal die Decknamen des Manuskripts aufgelöst und von Herrn Ludwig Kaiser durch die wirklichen Namen der betreffenden Personen ersetzt. In zwei Fällen (Eintragungen vom 19. und 26. .43) konnten die Namen nicht aufgeklärt werden; sie sind jeweils durch drei Gedankenstriche gekennzeichnet.

- - - -

Do. 7.1.43: Oberstleutnant von der Lanken (Anm.: Von der Lanken war Adjutant bei General Olbricht; er ist hingerichtet worden) verurteilte Fromm, der ganz versagt habe und nichts tue. Fordert Eingreifen gegen die oberste Führung. Einzig über Olbricht. Charakter und immer der Gleiche. Überzeugungstreue. Vielfach schlecht behandelt von Fromm. Diesen habe er auch Anfang 39 erlebt. Er schätzt ihn nicht, nennt ihn einen Metzgermeister, dem das Herrertum nicht in der Wiege gelegen habe. Sucht nach Vorteil, Ruhm, Glanz, Ehrgeiz, ihm opfert er alles. Szene mit Gratulation zum Ritterkreuz. Von der Lanken sieht sehr trübe, gibt zu, die Gegensätze Olbricht/Fromm. Fromm habe ihm alles entzogen, ihn beim Führer jeweils überboten: "Ich mache mehr". Mehr als Olbricht konnte er kaum.

Die. 16.2.43: Oberstleutnant von der Lanken, der näheres über die Szene Führer, Unruh (Anm.: General Unruh hatte besondere Vollmachten von Hitler und den Auftrag, aus Lagern und Betrieben aller Art entbehrliche militärtaugliche Leute ohne jede Rücksicht auf ihre berufliche oder auch politische Stellung herauszuziehen) Olbricht erzählt. Führer getobt. So ein kleiner Oberst (Weißmann) wolle dem Minister die Theaterfrisuren nehmen, habe ja keine Ahnung von den Leistungen Goebbels'. Mit ihm habe er aus der kleinen, unscheinbaren Reichswehr das Heer aufgebaut. Dazu die Waffe der Propaganda. Mit ihr die Schlachten geschlagen. Der Oberst habe keine Ahnung von der Propaganda, von eigentlicher Aufbauarbeit. Führer hasse die Offiziere. Nie in seinem Leben habe er (W) so hasserfüllte Augen gesehen seit 1918, so den Offizieren die Achselstücke abgerissen. Dieser Oberst wage, seinem Minister die Arbeitskräfte we zu nehmen.

Sa. 20.2.43: Dr. Goerdeler stellt mir verschiedene Fragen. 1. Ob Olbricht die Initiative aufbringe zum alleinigen Handeln. Antwort: Nein. Er werde auf Befehl warten. Großes Hauptquartier nicht fertig. 2. Beurteilung Fromm. Er will ihn selbst sprechen. Ob ich dazu rate. Antwort: Nein. Aus den gleichen Gründen wie früher. Fromm wird nur etwas tun, wenn alles sicher und vollzogen Befehl. Der eine will handeln, wenn er Befehl erhält, der andere

befehlen, wenn gehandelt ist.

So meine Formulierung von Antwort 1 und 2. Dann will er Fromm Schachmatt setzen. Ich sage, dazu gehört Einverständnis von zwei anderen Männern. Chef 1 und 2. Dies ihm neu.

3. Meine Stellungnahme zum Auftreten zu dreien vor Fromm. Ich widerrate. Dr. Goerdeler steht ab 28.2. nicht mehr zur Verfügung.

Mi.31.3.43: Es kommt Gespräch über Disziplin und Gehorsam der Führung auf und Fromm sagt, in hundert Fällen müsse man loyally gehorsam sein. Olbricht dagegen: Man müsse bei 99 Fällen einmal nein sagen können. Fromm erwidert heftig, für unbedingten Gehorsam, so auch Kühler. Olbricht steht allein.

Die.6.5.43: 10 Uhr kommt Ia von Kluge und bespricht sich mit mir bis 11 Uhr (kurz danach). Zeitpunkt verpasst. Nach Stalin grad verschämt. Von Kluge der gleiche geblieben. Keine Initiative - er (Ia) liest Memorandum, das ex für gut hält.-

Kluge hat zu seinem Geburtstag 250.000 RM in Form eines Wechsels durch General Schmud (Anm.: General Schmud, der Wehrmachtsadjutant Hitlers) angenommen, davon 30.000 RM für Speer zur Verfügung gestellt. Man denke an Scharnhorst oder Gneisenau, Clausewitz und sieht den ganzen Abstand zum heutigen Offizier.

Manstein hat nur militärische und operative Fähigkeiten, kein politisches Verständnis, und besitzt keine tiefe gründliche Bildung. Wein, von Kluge ist immer noch der beste, er hat Einsicht und eingesehen. Nur handelt er nicht. Aber er hindert auch nicht und ist bereit, im Falle das Hauptgeschäft zu übernehmen. Treskow warnt vor Oberst Thomale, sei ein Konjunkturmännchen, zu allem fähig, sehr mit Vorsicht aufzunehmen. 13.45 Uhr werde ich auf 10 Minuten zu Olbricht gerufen. Olbricht war bei der Besprechung der stellv. kommandierenden Generäle. Feldmarschall Keitel hat sehr erregt stundenlang Mitteilungen über das Verhalten gewisser Offiziere und verschiedene Vorfälle gemacht. Diese hätten die Pflicht, das Volk vor Mißmacherei zu bewahren und die ganze Kraft für die Stärkung der Kräfte im Volk und Heer, Wehrmacht einzusetzen. Keitel nahm Bezug auf verschiedene Vorfälle: Oberleutnant Jäger, 2 Sanitätsoffiziere in Potsdam, die verhaftet seien, er werde sie so lange im Gefängnis sitzen lassen, bis sie Geständnis machen und die Urheber der Gerüchte angeben. Er werde sie dem Konzentrationslager übergeben, wenn sie schuldig seien. Dies alles in erregtem drohenden Tone. Dann wandte er sich Generaloberst Fromm zu und fragte ihn nach seiner Unterredung mit Schulenburg. Was er mit ihm besprochen. "Die Frage der Einstellung von Generälen in die Ernährungswirtschaft" gab Fromm zur Antwort. Ob er auch die Lage besprochen habe. Ja, aber durchaus im positiven Sinne. Keitel forderte eine schriftliche Erklärung darüber in einem Brief. Diesen Brief habe Fromm dann tatsächlich geschrieben und abgeschickt, bevor Olbricht durch Petersen darauf Einfluss nehmen konnte. Die Stellung Fromm wird durch diese Sache nicht besser. Durch die Spannung zu Speer, dessen Mitarbeiter Sauer sie verschärft, war sie schon verschlechtert worden. Wo steuern wir hin? Die Offiziere arnten jetzt den Undank für ihr früheres Verhalten.

- So. 9.5.43: Guderian hat im Warthegau ein Gut von 4000 Morgen vom Führer bekommen. Olbricht weiss die Zusammenhänge.
- Mo. 7.6.43: Nachtrag zum 5.6. Von der Schulenburg/Olbricht hat Hoffnungsschimmer nur noch für 3. und 5 Chefs. Fromm sei nichts zu machen, er sei faul, ohne Kühnheit, gehe auf die Jagd, lasse sich in den Kompetenzen mehr und mehr an die Wand drängen. Von ihm keine Initiative zu erwarten. Die 5 Chefs. Er zählt sie auf. Und dann hofft er, dass von Kluge an die Stelle von K. (Anm. "K" bedeutet vermutlich Keitel) gebracht werde. Sonst sehe er voraus, dass er und seine Gesinnungsgenossen alles Ansehen verlieren werden, und dass man ihnen die ganze Schuld zuschiebe.
- Mi. 9.6.43: Dr. Goerdeler fragt erneut nach Fromm, von dessen Initiative ich nichts erwarte. Die volle Einigkeit ist garnicht vorhanden.
- Do. 8.7.43: Freitag d.7. war von Rabenau bei Fromm und ist völlig enttäuscht von ihm geschieden. So erregt sei er noch nie nach einer Unterredung gewesen. Fromm habe erklärt, blindes Vertrauen zum Führer zu haben. "Sie etwa nicht. Die Zerstörungen durch englische Luftangriffe seien nicht so schlimm. Nur 10% Ausfall. Und diese seien bald wieder ausgeglichen. Die Arbeiter bekämen 3 Tage Urlaub und dann käme alles rasch wieder in Ordnung. Bester Stimmung. Er (Fromm) ohne Sorge. V. Rabenau entsetzt. Er habe dann die richtigen Zahlen genannt. Fromm: Dann hat man mich belogen. Aber der Führer werde durch einen "Schlenker" im Herbst die Lage wieder herstellen und die Dinge meistern. V. Rabenau brach ab: "Mich sehen Sie nicht wieder." "In kurzem werden Sie mich suchen. Dann werden Sie mich sprechen wollen. Das wird sein nach dem 11.7. oder in 6 Wochen. Danach werde ich Sie nicht mehr empfangen können." Diese Unterredung bestätigt meine alte Auffassung.
- Sa. 17.7.43: 15.00 zur Gräfin Plessen. Unterlagen abgeholt. Das Sinken des Niveaus im Offizierskorps von Schlabbendorff bestätigt. Kluge fühlt den Verlust der Kulturdenkmäler ebensowenig wie Guderian oder Maustein, Fromm.
- Mo. 19.7.43: Graf Waldersee glaubt auch nicht mehr an die Aktion. Rettungslos bergab. Hauptmann Dr. --- riet, machen Sie sich fort, dass Sie die Beerdigung nicht mitzumachen brauchen. Alle Offiziere werden zuletzt zur Verantwortung gezogen. Offiziere sprechen darüber, dass Generaloberst Fromm in Landhaus Zossen wohnt. Sei ihm angeboten. Aber man spricht von feiger Flucht. Offiziere empört darüber. Bartholomäus war vorher da. Bestätigt die Übersiedlung nach Zossen. Ja, es ist wahr. General Hoffmann nannte es eine Schande, dass Fromm noch nicht im Westgebiet war als Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres.
- Mo. 26.7.43: Mit Pekrun (Anm.: Major d. Reserve Pekrun, ein Freund Goerdelers, lebt noch als Rechtsanwalt in Berlin) und Ludwig (Anm. Ludwig Kaiser, der Bruder des Schreibenden) bei Dr. Goerdeler zum Mittagessen. Teils Dr. Goerdeler alles von --- und Olbricht mit. Ludwig hat die Mitteilungen der letzten Pressekonferenz, auf der Dr. Ley sprach. Dr. Goerdeler knüpft daran Bemerkungen, nach Schilderung und Eindrücken im Ruhrgebiet grauenhaft, unvorstellbar. Fromm hatte noch neulich General v. Rabenau gesagt: Es wäre alles nicht so schlimm. Er warte

grundsätzlich nach dem Geschehen erst mal bis 3 Tage vergangen und er die Meldungen von Speer habe. Diese seien zuverlässig und erwiesen, dass es nicht schlimm. Er gäbe den Arbeitern grundsätzlich zunächst 3 Tage Urlaub, dass sie ihre Klamotten herausholen könnten. Am vierten Tage kämen sie dann wieder, um wieder zu arbeiten. Ludwig erinnert an den Tagesbefehl des Divisionskommandeurs der Panzerdivision Hermann Göring, der von Fällen der Feigheit bei Offizieren und Soldaten gesprochen habe und Strafen androhe in unerbittlicher Weise. Der Name der Division müsse ein Symbol und Ansporn für aussergewöhnliche Tapfer- und Standhaftigkeit. Bekrum: Kesselfing ist in nächster Zeit dauernd unterwegs. Unterredung mit Dr. Goerdeler nicht stattfinden. Es war die zweite Antwort. Ich meinte zu Dr. Goerdeler: K. habe auch versagt. Zu spät. Ich sage: Grundsätzlich 5 Minuten nach 12 Uhr.

Mo. 2.8.43: 12.10. - 12.15 Olbricht. Kommt zum 2. Mal. Ansprache (Teilabschn.) Fromms an die Amtsgruppenchefs. Es gingen Gerüchte über Friedenssehnsucht im deutschen Volk und Friedensbestrebungen gewisser Kreise. Er und alle Offiziere müssten fest hinter dem Führer stehen, ihn stützen, wohl Schwierigkeiten auf dem Rüstungsgebiet, aber würden überwunden. Hinweis auf die Ereignisse. Fest hinter den Führer stellen. Friedensbestrebungen austreiben. Schwierigkeiten im Innern nicht zu leugnen, aber zu überwinden. "Der Führer schafft es, klüger als wir alle".

An die leichtfertige Bemerkung Fromms über die Bombenangriffe, die Kaiser in seiner Eintragung vom 26.7. erwähnt, knüpft ein Brief von Dr. Goerdeler an Generalfeldmarschall von Kluge an, der offenbar am gleichen Tag abgefasst ist, an dem die Brüder Kaiser bei Dr. Goerdeler zu Tisch waren. Der Leser mag hier im ersten Teil unseres Auszuges aus diesem Brief erkennen, wie schwierig es war, eine verantwortliche und reelle Darstellung der Zerstörungen im Ruhrgebiet selbst und gerade bei so hohen militärischen Stellen überhaupt zu Gehör zu bringen. Der letzte Absatz unseres Auszuges muss als ein Appell an das preussische Bewusstsein verstanden werden, wirft aber, über das taktische Motiv hinaus, gleichwohl auch ein Licht auf die gesellschaftliche Position von Dr. Goerdeler selbst als eines bürgerlichen Patrioten, der an der überlieferten Achtung vor dem Offizierkorps zu verweifeln beginnt. Dieses Motiv setzt sich fort in dem Memorandum, aus dem wir anschliessend einige Stellen vorlegen. Die Kombination zwischen dem Appell an das sittliche Bewusstsein und der Formulierung machtpolitischer nationaler Ziele (März 1943 - nach Stalingrad) enthält für uns heutige Leser eine hoffnungslose Paradoxie.

Dr. Goerdeler an Generalfeldmarschall von Kluge.

25.7.43.

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Die von hohen militärischen Stellen genährte Auffassung, dass die Zerstörungen im Westen nicht so schlimm seien, und dass die Arbeiter nach wenigen Tagen, in denen sie sich "ihre Klamotten aus den Trümmern geholt hätten", wieder zur Arbeit kämen, hat mich bestimmt, mir das Zerstörungsgebiet selbst anzusehen. Sie würden ebenso erschüttert sein wie ich. Dort liegt die Arbeit von tausend Jahren in Schutz. Es

hat keinen Zweck, die Gefühle zu beschreiben, die mich bewegten, als ich vom Frolturm ab auf die Ruinenstadt Barmen und auf das zur Hälfte zerstörte Elberfeld heruntersah. In Essen findet man kaum durch die Strassen, weil in den Trümmern alle Anhaltspunkte, die man gewohnt war, fehlen. Krupp ist zu 50% zerstört und arbeitet auch nur ungefähr zu 30%. Die gegenteilige Behauptung ist unrichtig. Er hat auch nicht etwa die zerstörten Teile an anderen Orten Deutschlands wieder aufgebaut: nein, der Beginn der Verlagerung ist im Anfang. Wer den Mut zum Denken hat, muss sich schon ohne besondere Sachkunde sagen, dass man erst Gebäude finden, dann sie herrichten, dann die Maschinen zum grössten Teil neu beschaffen und dann Kohle und Arbeitskräfte herbeiholen muss. In Elberfeld arbeiten selbst unversehrte Betriebe des Stadtteils Vohwinkel zu 30%, weil die Arbeiter abgewandert sind. Aus Wuppertal und Essen sind je etwa 2/3, aus Köln 4/5 der Bevölkerung verschwunden. So sieht es mit den Leuten aus, die sich ihre Klamotten in drei Tagen aus den Trümmern heraus-suchen. Die Kohlenproduktion des Ruhrgebiets ist nunmehr von 420 000 t täglich auf 300 000 t gesunken und sinkt unablässig weiter. Im Juni ist auch erstmals die Fertigung der süddeutschen Rüstungsindustrie stark gesunken, weil der Rückgang der Zufuhr aus dem Ruhrgebiet sich nunmehr bemerkbar macht. Aus diesen Trümmern ist im übrigen nichts hervorzusuchen. Es sind Massen von Schutt, Beton und Eisen. Ein Wiederaufbau wird viele Generationen dauern. Die Unterbringung der Trümmer auf deutschem Boden ist überhaupt nicht möglich, weil zuviel Land verloren gehen würde. Man muss sie also ins Meer schaffen. Die Beseitigung der Trümmer allein von Essen wird, wenn man täglich 100 Waggon mit ihnen beladet, etwa 3 Jahre in Anspruch nehmen! Der bisher entstandene Schaden ist mit 100 Milliarden zu gering geschätzt. Unsere bisherige Reichsschuld beläuft sich auf 250 Milliarden, in 3 Monaten werden die Schulden genau so hoch sein wie das gesamte Vermögen

.... Sie müssen auch wissen, dass meine Wirkungsmöglichkeit zeitlich begrenzt ist. Ich gelte seit vielen Jahren als Militarist, als Bewunderer des Militärs, als Förderer militärischen Wesens, als Freund manchen Generals. Ich habe manche unangenehme Stunde in meinem Leben deswegen erlebt, sowohl nach dem ersten Weltkrieg wie in den letzten Jahren; denn viele Männer Deutschlands haben von vornherein von den Generalen nichts erwartet. Ich aber habe stets ihre Stange gehalten und habe gesagt, man könne sich auf ihren Charakter und ihr Verantwortungsbewusstsein verlassen. Nun kommt es wirklich so weit, dass ich mich selbst blamiert fühle, und dass man mir in Süddeutschland, wo ich treffliche Freunde habe, schon sagt, an allem sei der preussische Militarismus schuld. Es sind nicht törichte Männer, die dies sagen: es sind Männer, die ein warmes Herz für Deutschland und für den deutschen Soldaten haben, die aber darüber verzweifeln, dass man sehenden Auges, denkenden Verstandes und fühlenden Herzens von Verbrechern und Narren das Vaterland in den Abgrund führen und die deutsche Jugend und die deutschen Männer willenlos in Tod und Verstümmelung treiben lässt

- - -

Auszüge aus dem 26 Seiten in Schreibmaschinenschrift umfassenden Memorandum Dr. Goerdelers an die Generalität vom 26.3.1943. Es trägt die Überschrift: "Lage und Möglichkeiten".

--- Die allgemeine Wehrpflicht ist in Zeiten tiefster Erniedrigung des deutschen Volkes durch Kühne und mutige, besonnene und sittlich hochstehende Männer geschaffen. Mehr als ein Jahrhundert lang ist sie in diesem Gebiet erhalten. Trotzdem hat nicht verhindert werden können, dass sich in steigendem Maße Auseinandersetzungen

zwischen militärischen Führern und Trägern politischer Verantwortung entwickelt haben. Aber alle diese Auseinandersetzungen haben den sittlichen Gehalt dieser Wehrpflicht nicht gefährden können, weil sie sich auf einer Grundlage vollzogen, die allen Beteiligten selbstverständlich und gemeinschaftlich war, nämlich der Grundlage gleichen Ehr- und Anstandsgefühls. In diesem Kriege sehen sich die militärischen Führer zum ersten Mal vor einem Konflikt mit einer politischen Führung gestellt, die diese überkommenen Grundlagen von Ehre und Anstand zum alten Eisen geworfen hat. Aber sie sind kein altes Eisen, sondern enthalten gerade diejenige lebendige Kraft, die jede Gemeinschaft zu ihrem Bestande nötig braucht, insbesondere eine Gemeinschaft, die höchste Opfer verlangt. Das Volk fühlt von Woche zu Woche klarer, dass die höchste Pflicht des Mannes, für das Vaterland das Leben einzusetzen, zu selbstsüchtigen oder unsinnigen Zielen missbraucht wird. Auch in vielen Soldaten lebt diese Erkenntnis. Der Soldat aber braucht die Einheit zwischen sittlicher Forderung und gegebenem Opfer. Duldet man Spannungen in diesem Punkt, so muss sich das schwer rächen. Auch das Volk erkennt immer mehr, dass es notwendig ist, dies tragische Verhängnis abzuwehren" Als durch richtiges Handeln noch erreichbare Ziele bezeichnet Dr. Goerdeler in diesem Memorandum vom März 1943 die folgenden:

1. Die Erhaltung des Bestandes des Reiches in den Grenzen von 1914, vermehrt um Österreich und Sudetenland.
2. Die führende Stellung Deutschlands auf dem Kontinent, die noch erarbeitet werden könne.
3. Die Niedergewinnung Südtirols.

Dagegen ist der Zeitpunkt, Kolonien jetzt zu erwerben, nach seiner Auffassung verpasst. Das wäre wohl vor einem Jahr noch möglich gewesen. "Ich habe", so heisst es in seinem Memorandum wörtlich; "rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, Heute stehen wir vor der Frage, ob wir es noch verantworten können, an der Kolonialfrage einen im Augenblick noch möglichen, oben skizzierten Frieden scheitern zu lassen. Unsere Stellung ist überdies dadurch ungeheuer erschwert, dass in den besetzten Gebieten und den Juden gegenüber Methoden der Menschenbereinigung und der Glaubensverachtung angewendet sind, die niemand vor der Öffentlichkeit guthelassen kann, die öffentlich niemand verantworten wird, und die dauernd als schwere Belastung auf unserer Geschichte ruhen werden. Man kann sie ebensowenig wegwischen wie die Blutspuren auf dem Schlüssel zu Blaubarts Kammer."

An späterer Stelle findet sich ein Satz, der die Position Goerdelers besonders deutlich kennzeichnet - sie ist eine moralische Position, leidenschaftlich und hoch achtbar, aber gewiss auch abstrakt, wenn man ermisst, dass hier eines der Häupter einer illegalen Gruppierung, einer innerpolitischen Verschwörung spricht: "Die einzige Spaltung, die es in Deutschland geben darf, ist die zwischen anständig und unanständig."

TELEGRAF

Nr. 84/1 - Seite 3

Der grosse Schritt zurück

Warum die Aktion vom 20. Juli missglückte

Als der Chef des Stabes beim Ersatzheer, Oberst von Stauffenberg, am 20. Juli 1944 nach seiner Landung auf dem Flughafen Rangsdorf kurz vor 15 Uhr vom Fernsprecher des Horstkommendanten aus vernehmungsgemäss den Generalobersten Beck im OKW anrief und meldete: „Herr General, Hitler ist tot. Alles in Ordnung. Sie können Walküre befehlen“, hatte er allen Grund zu glauben, dass Hitler wirklich nicht mehr lebte.

Um 12.30 Uhr hatte Stauffenberg in der Baracke des Führerhauptquartiers in Rastenburg gestanden, wo er in diesen Tagen mit seinem Stab die täglichen Lageberichte besprach. Stauffenberg hatte dort eine Aktentasche mit der Bombe — noch keine zwei Meter von Hitler entfernt — an ein Tischchen gelehnt. Dann war er mit einer kurzen Ausrede, straff und gemessen wie gewöhnlich, aus der Baracke gegangen. Als er auf dem Weg zu seinem Wagen im Hofe angekommen war, hörte er eine Explosion, so stark, wie der Einschlag einer 15-cm-Granate. Der einarmige junge Oberst, auf dem linken Auge durch eine Verwundung in Tunis erblindet, armete auf: es musste gelungen sein.

Das Heer übernimmt die Führung

Oberst Klaus von Stauffenberg war noch unterwegs zwischen Rangsdorf und der Bendlerstrasse, als der Chef des allgemeinen Heeresamtes, General Olbricht, der zusammen mit Generaloberst Beck, Graf York von Wartenburg, Graf von der Schulenburg, General Wagner, dem Oberstleutnant L. R. Bernhardt und einigen anderen Offizieren die seit langem geplanten Alarmpositionen im OKW besetzt hatte, an alle Armee- und Wehrkreis-Kommandeure in Deutschland und im besetzten Europa das verabredete Kennwort und die Nachricht vom Tode Hitlers weitergab. Generalfeldmarschall von Witzleben, der den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen sollte, war eben im OKW eingetroffen. In allen Wehrkreis-Kommandos, in Deutschland und bei den Armee-Stäben hinter den Fronten lagen Aktionspläne in versiegelten Umschlägen bereit, die von den Kommandeuren im Falle von Hitlers Tod geöffnet werden sollten. General Olbricht, der Chef des allgemeinen Heeresamtes, bestätigte auf Anfrage über Fernschreiber: Der Führer ist tot. Es besteht Alarmzustand. Das Heer übernimmt die Führung.

An der Spitze der kleinen Gruppe im OKW stand Generaloberst Beck, der vor der Besetzung Österreichs von Hitler als Chef des Generalstabes abgesetzt worden war. Zu ihm gehörte der im Ruhestand lebende Feldmarschall von Witzleben, 1940 war er Chef der ersten Armee gewesen und hatte von Saarbrücken aus den Einbruch in die Maginotlinie befehligt. Beck war bereit, die Funktion des Staatsoberhauptes anzutreten.

Die neue deutsche Regierung sollte sich aus folgenden Männern zusammensetzen: Dr. Goerdeler, Reichskanzler; Leyschner, Vizekanzler (Gewerkschafter); Dr. Leber, Minister des Innern (Sozialdemokrat); Wilmmer, Justizminister (Katholik); von Hassel, Aussenminister (ehem. Botschafter in Rom); von Witzleben, Oberbefehlshaber der Wehrmacht; Hoepfner, Chef des OKW. Wichtiger als die Bereitschaft dieser Männer war zur Stunde General Olbricht, der wie die Spinne im Netz, die Verschwörung und die Tat selbst zusammen mit Admiral Canaris und der Abteilung „Abwehr“ im OKW vorbereitet hatte.

In Berlin draussen im Reich und in den besetzten Gebieten arbeiteten aktive oder in den Ruhestand versetzte Generalstäbler und viele halbeingeweihte Helfer mit den Verschwörern zusammen. Einzelheiten waren ihnen nicht bekannt. Zu denen, die noch im letzten Augenblick von Generaloberst Beck der Gruppe in der Bendlerstrasse nahegebracht wurden, gehörte Generaloberst Fromm, der Befehlshaber des Ersatzheeres. Sein Stabschef war Oberst L. G. Graf Klaus von Stauffenberg.

Verbindungen mit dem Führerhauptquartier unterbrochen

Was an diesem Nachmittag in Deutschland geschehen ist, weiss man heute noch nicht alles. Eines ist sicher: die Verbindungen des Führerhauptquartiers waren für einige Zeit unterbrochen. In Paris nahm General von Stulpnagel hohe SS-Offiziere in Haft. In Breslau entging der Gauleiter Hanke mit knapper Not der Festnahme. In Potsdam Wünsdorf und anderen Garnisonsstädten rund um Berlin marschierte die Truppe, rollten die Panzer. Aber in vielen Befehlsstellen gab es gefährliche Verzögerungen und Zweifel. Besonders an der Front im Westen war Generalfeldmarschall von Kluge zu wenig eingeweiht, um ein Risiko zu übernehmen, und in Berlin hatte Major Remer, der Kommandeur des Wachbataillons, der Regierungsgebäude zernieren sollte, Goebbels angerufen, der ihm innerhalb einer Stunde ein Ferngespräch mit dem totgesagten Führer herstellte und den Major mit seinem Bataillon auf die andere Seite hinüberzog.

Die Offiziersgruppe um Beck und Olbricht in der Bendlerstrasse war im Laufe des Nachmittags angewachsen. Dr. Otto John, Rechtsberater der Luftwaffe, war zur Stelle. Er sollte mit einer Botschaft an General Eisenhower nach Madrid fliegen. Da kündigte kurz vor 18.30 Uhr der Reichsrundfunk, den diese Offiziere unter der Kontrolle des Heeres glaubten, an: Hitler lebt.

Diese Meldung rief Bestürzung unter jenen Offi-

zieren hervor, die zu dieser Zeit mit den Verschwörern aus dem Grunde zusammengearbeitet hatten, weil sie glaubten, dass Hitler tot wäre, aber nicht, weil sie wussten, dass es sich um eine Verschwörung handelte. Beck und Olbricht legten die Fernsprecher kaum mehr aus der Hand. Sie argumentierten gegenüber allen Anfragen, dass die Radionachricht ein Bluff von Goebbels sei. „Das Heer ist in Bewegung und kann nicht mehr aufgehalten werden“, sagten sie. Als um 20.30 Uhr die Panzer aus Wünsdorf immer noch nicht da waren, gaben die meisten Offiziere in der Bendlerstrasse die Hoffnung auf. Fatalistisch fuhr Generalfeldmarschall von Witzleben, der älteste der deutschen Marschälle, auf sein Gut in der Mark.

Geführt von Oberst von der Heydt drang eine Gruppe von Offizieren in das Zimmer ein, in dem Beck mit seinem Stab sass, und verlangte eine Erklärung über den wahren Stand der Sache. Als sie zurechtgewiesen wurden, zogen die Offiziere ihre Pistolen. Schüsse wurden gewechselt. Stauffenberg fiel mit einer Verwundung im Rücken zu Boden.

Fromm tut den Schritt zurück

Generaloberst Fromm stürzte in den Raum. Auch er hatte natürlich gehört, dass Hitler lebte, ablesen wollte. Jetzt wusste er, dass Hitler lebte. Er war überzeugt, dass Beck ihn getäuscht habe. Beweise gegen sich selbst und seine Teilnahme an der Verschwörung versuchte Fromm jetzt durch eine rücksichtslose Aktion zu unterdrücken.

„So, meine Herren, jetzt mache ich mit Ihnen das, was Sie heute mittag mit mir machen wollten“, erklärte er. Er schritt die Offiziere an: „Legen Sie die Waffen ab.“ Hinter ihm stehen ein paar Leutnants, die Maschinenpistolen im Anschlag. Generaloberst Beck sagt: „Ich habe hier eine Pistole liegen, die möchte ich für meine Privatzwecke behalten.“ Generaloberst Fromm: „Bitte sehr, tun Sie das, aber dann sofort.“ Beck nimmt die Pistole und versucht zu laden. Fromm brüllt ihn an: „Halten Sie die Mündung weg.“ Beck: „Ich denke in diesem Augenblick an die Zeit von früher.“ Fromm unterbricht ihn: „Die wollen wir jetzt nicht erörtern, ich bitte Sie, zu handeln.“ Generaloberst Beck setzt die Pistole an und schießt. Das Geschoss geht in die Decke. Beck blutet aus einer Kopfwunde. Fromm sagt: „Helfen Sie dem verletzten Herrn, und Sie, meine Herren“, wendet sich Fromm scharf an die anderen Offiziere, „wenn Sie noch etwas zu sagen oder zu schreiben haben, steht Ihnen jetzt noch ein Augenblick zur Verfügung. Kommen Sie an den runden Tisch, an dem Sie mir immer gegenüber gesessen haben.“ Fromm lässt die Entworfenen allein.

Das Ende des Generaloberst Beck

Nach fünf Minuten kam er wieder: „Im Namen des Führers hat ein Standgericht von mir berufen, statgefunden. Das Standgericht hat vier Herren zum Tode verurteilt, nämlich den Obersten im Generalstab von Merz, General der Infanterie Olbricht, diesen Oberst, dessen Namen ich nicht kenne“, damit meinte er den verwundeten Stauffenberg, „und diesen Oberleutnant.“ Es war Hans von Hatten.

Fromm befahl einen Oberleutnant neben sich: „Nehmen Sie ein paar Leute und vollstrecken Sie das Urteil unten im Hof.“ Dann machte Fromm wieder einen Schritt auf Beck zu: „Nun, wie ist es?“ Der Generaloberst sagte: „Gehen Sie mir doch die andere Pistole.“ Einer gab ihm eine Mauser. Fromm sprach mit eiserner Höflichkeit: „Bitte sehr, Sie haben Zeit für den zweiten Schuss.“ Aber gleichzeitig drehte er sich zur Tür um und befahl einem seiner Begleiter: „Führen Sie ihn ab.“ Da fiel der Schuss.

Während die Erschiessungskommandos im Hof des OKW an der mit grauem Rohrverputz beworfenen Garagenwand antraten, drangen die ersten SS-Kompanien in das Gebäude ein. Einzelne Überfallwagen waren mit Zivilisten in belten Regenmänteln besetzt. Gestapo. Sie hielten ihre Schiesseisen offen in der Faust. Nach kurzer Diskussion mit den SS-Führern übernahmen sie Bernhardt, Stauffenberg, York, Schwerin, Schulenburg, Dr. Gerstenmeier, von Hatten und den degradierten General der Panzer Hoepfner, dessen späteres Verhandlungsprotokoll das Ende des Generalobersten Beck schilderte. Wie eine Ladung Schlachtvieh wurden alle miteinander gefesselt ins Reichssicherheitshauptamt im früheren Prinz-Heinrich-Palais übergeführt. Ihr Schicksal war besiegelt.

Die Verschwörung war erloschen. Weil es misslungen war, die Verbindungen des Führerhauptquartiers länger als fünf Stunden zu unterbrechen und den Rundfunk unter Kontrolle zu nehmen, war der Plan scheitert.

Seit den Abendstunden des 20. Juli hatte Hitler nichts mehr zu befürchten, nachdem die Männer in der Bendlerstrasse von Fromm in den Tod geschickt worden waren, aber das konnte er noch nicht wissen. Er wusste ja auch nicht, dass sein eigener Chefadjutant Schmidt zwar die Mitarbeit im Kreis der Verschwörer abgelehnt, ihn aber auch nicht gewarnt hatte. Oder dass Rundstedt, Rommel und viele andere Generale stillschweigend im Bilde waren, wobei sie sich allerdings den Schritt zurück zur Loyalität ausdrücklich offengehalten hatten.

Entschlusskraft, politische Urteilsfähigkeit und klares Denken fanden sich nur bei der kleinen Gruppe von Männern, die schon lange den Nationalsozialismus für das Verbrechen hielten, weil sie ihn kannten, und die letzte, allerletzte Gelegenheit suchten, die äusserste Katastrophe für Deutschland aufzuhalten.

BIS ZUM BITTEREN ENDE

Die Historiker sind dabei, den dichten Vorhang der nationalsozialistischen Propaganda zu lüften. Was geschah wirklich im Dritten Reich? Die Emigration hatte ihre eigenen Klassiker: Hermann Auschnung und Konrad Heiden. Jetzt sachen sich andere an die Arbeit. Die orgfältigen Wissenschaftler mit Quellenstudien und die sensationsfreudigen Augenzeugen mit der Kolportage. Ein großer zweibändiger Versuch stammt von Hans Bernd Gisevius. Der Titel heißt: „Bis zum bitteren Ende“. Er meint die Epoche vom brennenden Reichstag bis zur Schlacht in Berlin. Verlegt wurde das Buch vor wenigen Monaten in Zürich bei Fretz Wasmuth. Der Verfasser selbst wohnt seit 1940 in der Schweiz und trat als Zeuge im Nürnberger Prozeß auf. Seine Aussage und sein Buch — beide als sich ergänzende Paraphrasen — sind als Rechtfertigung jener bürgerlichen Rebellion gedacht, die ihren Schlußpunkt am 20. Juli 1944 fand. Aber indem sich Gisevius leidenschaftlich dieser Apologie der inneren Emigration widmet, entfernt er sich von der historischen Wahrheit. Wer gewöhnt ist, mit dem Mißtrauen unserer Tage an die politische Publizistik heranzugehen, vernimmt deutlich unbefriedigende Halblüge.

Bisher liegt nur der erste Band des Werkes vor. Er umfaßt die Zeit vom Reichstagsbrand bis zur Fritsch-Krise, jenem Scheitelpunkt in der Entwicklung des Dritten Reiches, als die gemäßigten Kräfte des Reichskabinetts endgültig ausgebootet wurden und unter dem Stichwort „Konzentration der Kräfte“ der autoritäre Staat sich vollendete. Nach der Darstellung von Gisevius ist der Nationalsozialismus nur ein Sammelbecken für politische Strömungen kleinbürgerlicher Abkunft, und die innenpolitische Geschichte in diesen ersten fünf Jahren eine Serie von Schurkenstreichen. Gisevius sagt, er habe sie aus nächster Nähe miterlebt. Zuerst als Beamter der Gestapo und nach seiner Strafversetzung in den Verwaltungsdienst als Beobachter, als heimlicher Rebell und als leidenschaftlicher Hassler all dessen, was Hitler dienstbar war.

Schält man die Fakten heraus, die Gisevius auf Grund seiner Kenntnisse darstellen zu können glaubt, so sind sie eine vernichtende Anklage gegen Göring und Himmler. Gisevius war beim Leipziger Brandstiftungsprozeß. Und er be-

stätigt aktenkundig, nicht van der Lubbe, nicht Dimitroff und seine bulgarischen Freunde, nicht Torgler zündeten den Reichstag an, sondern SA-Männer, die Göring gedungen hatte, um eine Handhabe gegen die marxistischen Parteien zu haben. Nicht anders beim Röhmputsch. Die SA dachte gar nicht daran, zu maulern. Aber Göring fürchtete die Macht der entfesselten, uniformierten Massenorganisation und fingierte einen Anschlag auf den Staat. Schließlich war es im Jahre 1938 wieder der „Eiserne Herrmann“, der machthungrige, maßlos ehrgeizige Marschall und Beauftragte für den Vierjahresplan, der die unerwünschten bürgerlichen Kreise zur Strecke brachte.

In peinlicher Sorgfalt erzählt Gisevius von dem höchst unappetitlichen Eheskandal des damaligen Feldmarschalls von Blomberg und von der folgenden Vakanz auf dem Posten des Reichskriegsministers. Göring sei es gewesen, so sagte er, der wider besseres Wissen den ersten Anwärter für diesen Posten, Generaloberst Freiherrn von Fritsch, der Homosexualität verdächtigte, und ihn von Hitler entfernen ließ. Das folgende Ehrengericht, das Fritsch rehabilitieren sollte, würgte der Vorsitzende Göring ab. Der Einmarsch in Österreich überstrahlte dann die innenpolitischen Ereignisse. Göring hatte seinen Coup gelandet. Die Wehrmacht hatte ihre Vorbehalte abgegeben und sah nicht den Abgrund, dem das deutsche Volk entgegenraste.

Vor der Sudeten-Krise beendet Gisevius die erste Etappe auf dem „Weg zum bitteren Ende.“

Im großen Licht erscheinen die wenigen, diabolisch gezeichneten Hauptfiguren. Im Vordergrund: Göring, Himmler, und dann erst eigentlich Hitler. Die übrige Szenerie ist stärker belebt. Mehr oder weniger liebevoll geschildert die erbitterten Gegner des Dritten Reiches, die die Öffentlichkeit seit dem 20. Juli noch in Erinnerung haben mag. Der Bogen spannt sich weit von den Nörglern, Meckern und sanften Kritikern, bis zu den Putschisten und Attentätern. Warum blieben sie alle im Dienste jenes Mannes, den sie verachteten und haßten, warum ließen sie sich von ihm auszeichnen und befördern? Gisevius zeigt uns mehr als ein Dutzend dieser Persönlichkeiten, die sich für den bürgerlichen Sauerkeit hielten, der den Radikalismus, durchsetzen sollte. Die Leidenschaftlichen: Reichskriminal-

direktor Nebe, Admiral Canaris, General Oster, und dann die großen Zauderer Brauchitsch, Halder und Kluge, Laue Männer in wichtigen Stellen mit Intelligenz, Macht und Ansehen. Aber stiel der unkräftigen Brutalität von Hitler Satrapen unterlegen. Vielleicht auch geblüht von den bestechenden Erfolgen des Dritten Reiches. Gisevius läßt die Frage offen, ob die Serie von verpöbten Gelegenheiten zu entschuldigen sei oder nicht. Er berichtet auf von ihnen. Keineswegs mit Resignation, sondern mit der literarischen Lust am Abenteuerlichen. Der Verfasser selber hat sich eine verhältnismäßig wichtige Rolle in diesen Buch zugeeignet. Er erscheint immer wieder als der große geheimnisvolle bekannte Unbekannte, von Gefahr umlauert, als geschäftiger Reisender in Untergrundbewegung und als der begabte Regisseur, der die Fäden zu knüpfen versteht.

Warum verfiel sich ein so wichtiger Mann nicht im engmaschigen Netz der Gestapo-Agenten? Auch hierauf gibt Gisevius eine Antwort. Er habe Heydrich durch seine Unverfrorenheit entworfen. Vielleicht hatte Gisevius aber auch gar nicht das Format, das er sich zumeist im Nürnberger Prozeß wies der Vertreter Papens ihm allein fünf massive Irrtümer nach, die seinen Mandanten betraten. Und ein anderer Verteidiger zweifelte die Glaubwürdigkeit von Gisevius überhaupt an, weil er nicht nur im Dienst der deutschen Spionageabwehr für Admiral Canaris gestanden hatte, sondern während des Krieges auch als einer der wertvollsten Mitarbeiter des militärischen Nachrichtendienstes der Vereinigten Staaten galt.

Dennoch hat das Buch in der Schweiz einen glänzenden Erfolg gehabt. Gisevius schreibt einen brillanten Stil, er weiß etwas von den kräftigen Effekten eines Kriminalromans. Seine Figuren sind entweder nobel oder schuftig. Seine Feinde niederträchtig und seine Freunde auch da noch nicht kümmerlich, wo der kundige Leser eine deutliche Erinnerung an deren verzweiflungsvolle Unzulänglichkeit hat.

Aber jeder Deutsche sollte dieses Buch lesen. Denn es berichtet zum ersten Male von jener sogenannten „Fronde der bürgerlichen Anständigkeit“, die sich auch im politischen und gesellschaftlichen Erdbeben des Dritten Reiches erhalten hatte.

Wohlgeachtet, dieses Buch berücksichtigt überhaupt nicht die starken Kreise der deutschen Widerstandsgruppen, die aus dem sozialistischen Lager kamen. Gisevius bekennt sich als alter Stahlhelmer zu den Kreisen, die glaubten, den Schwung der nationalsozialistischen Partei ausputzen zu können um ihn später nach eigenen Ideen zu bändigen. Am Tag von Potsdam hatten sich die Wege noch nicht getrennt, und vielleicht ist deshalb die Analyse des deutschen Bürgertums von 1933 der typischste und zugleich sorgfältigste Abschnitt, den Gisevius im ersten Band seiner Arbeit geschrieben hat. Die anderen Blicke, die er uns hinter die lange gut verkleideten Kulissen der hitlerischen Bühne tun läßt, treffen pikante Einzelheiten, nicht mehr.

Hans Zielinski

Das sanfte Gesetz des Films

Berliner Randbemerkungen / Von Werner Fiedler

Berlin, im Juli

Statt geballter Fäuste — offene Hände und Herzen; statt zusammengegebissener Zähne — ein helles Lachen; statt drohender Helden — Menschen, die auf überlegene Weise mit dem Alltag fertig werden: das ist's, was wir von den ausländischen Filmen erhofften. Und zwar von den zackigen Herois-

Kriegsfilmen vom naiven, durch die rasenden Vorgänge mitgerissenen Zuschauer wahrgenommen werden.

Auch einige sowjetrussische Filme sind bei all ihren hohen darstellerischen Werten nicht gerade eine Arznei für die unsichere Konstitution des Deutschen während seiner Umstellung zum friedlichen Denken. Wenn der prächtige Pudowkin-Film „Suworow“ einen munteren Helden, verheißungsvoll den „Vater-

Der 20. Juli

Die Propaganda Goebbels hat den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 als einen Putsch reaktionärer Generale dargestellt. Die Öffentlichkeit ist geneigt, an dieser Auffassung festzuhalten. In Wirklichkeit stand die gesamte deutsche Opposition hinter dem Unternehmen.

Es ist klar, daß die Generale im Vordergrund des Schauspiels stehen mußten, weil ein totalitäres System wie der Nationalsozialismus nur mit einem anderen Machtapparat, der Wehrmacht, überwunden werden konnte. Aber die Fassade täuscht. Im Hintergrund standen Katholiken, Männer der bekennenden Kirche, Sozialisten, Gewerkschaftler.

Der Aufstand ist gescheitert. Das entspricht einer tiefen historischen Notwendigkeit. Das deutsche Volk war niemals an illegale Arbeit gewöhnt. Es fehlte die geistige Widerstandsarbeit in der Breite, in der sich immerhin der Widerstand in Frankreich, Norwegen oder Dänemark entwickeln konnte. Das deutsche Volk war überwiegend, irreführend von einer Zweckpropaganda, dem Glauben an den Sieg verfallen und ließ seine Besten allein.

Wäre der Aufstand gelungen, man hätte die Männer des 20. Juli als Veräter angesehen und ihnen die Schuld an der Niederlage zugeschoben. Eine fortwuchernde nationalsozialistische Ideologie hätte eine neue Dolchstoß-Legende erfunden. Der Prozeß der Selbsterkenntnis im deutschen Volk wäre unermesslich schwierig geworden. Hitler hätte es geschafft: von dieser Meinung wären wir kaum losgekommen. Der Aufstand mißglückte, und Hitler konnte bis an das bittere Ende den blutigsten aller Kriege führen. Das deutsche Volk kann jetzt erkennen, daß jene Männer reinen Herzens gehandelt haben. Hitler hat den Krieg verloren, weil er materiell und moralisch unterlag.

Es ist leicht, gegen den 20. Juli politische Einwände zu erheben. Aber wer war damals bereit, sein Leben, seine Familie und die Achtung der Welt im Kampf gegen Hitler aufzugeben? Die Männer des 20. Juli hätten sicherlich jeden begrüßt, der mitgemacht oder es besser gemacht hätte. Die Aktion des 20. Juli war insofern falsch, als sie zu spät kam, mit unzulänglichen Mitteln durchgeführt wurde und noch keine eindeutige demokratische Tendenz vertrat. Aber diese Unzulänglichkeiten müssen von der Realität einer zwölfjährigen nationalsozialistischen Herrschaft aus verstanden werden.

Auch dort, wo die politischen Bedenken aufrechterhalten werden, sollte man sich in Ehrfurcht der menschlichen Leistung dieser Männer erinnern. Deutschland hat nicht viel an Widerstand gegen den Nationalsozialismus vorzuweisen. Das wird uns mit Recht vom Ausland vorgehalten. Um so dringlicher ist es, uns jetzt innerlich zu den Männern zu bekennen, die den großen Wurf gewagt haben.

Die unerreichbare Größe, in die jene Männer hineingewachsen sind, offenbarte sich bei den Verhandlungen der Gestapo, des Volksgerichts und in den letzten Briefen, die die Angehörigen erreichten. Nirgends wird von ihnen ein Vorwurf erhoben. In der Stunde ihrer Einsamkeit war es allein ihr Glaubensbekenntnis, das sie hielt.

Der 20. Juli war politisch eine Fehlleistung. Er ist aber gleichzeitig ein menschliches Vermächtnis an die deutsche Nation.

Der andere 20. Juli

Von Erik Reger

Im Beiblatt dieser Nummer finden die Leser des Tagesspiegels eine gedrängte Darstellung der Aktionen vom 20. Juli 1944. Sie beschränkt sich auf die Rolle der Militärs, nicht weil die Teilnahme der Zivilisten verkleinert werden soll, sondern weil ja praktisch Anfang und Ausgang des Unternehmens allein von den Offizieren abhing. Seit einem Jahre haben sich diejenigen, die von den Teilnehmern noch sprechen können, unablässig zum Wort gemeldet. Zeitungsartikel und Broschüren sind geschrieben worden, und die Hintergründe sind einigermassen geklärt; man weiß, wie weit die Pläne zurückreichen, man kennt die Kreise, die zusammenkamen. Es ist nicht von Belang, ob die ersten Entschlüsse von Militärs oder von Zivilisten gefaßt wurden. Dreierlei steht fest: erstens, daß unter den völlig heterogenen Elementen der Verschwörung — wenn dieser romantische Ausdruck der Kürze halber erlaubt ist — Einigkeit nur darüber herrschte, daß Hitler beseitigt werden müsse; zweitens, daß die Zivilisten dazu keinen anderen Weg sahen, als sich den Militärs in die Hand zu geben; drittens, daß alle Beteiligten ein Maß von Mut und Opferbereitschaft bewiesen, das nur der zu würdigen vermag, der zugleich beurteilen kann, um wie vieles schwerer in einem so dichten Ueberwachungsnetz ein zusammengefaßtes Unternehmen gegen die Spitze des Systems war, als irgendeine beliebige, mehr diffuse Widerstandsaktion. Wenn das gesamte Material einmal in die Hände des Historikers gelangt, wird er diesen dritten Punkt nicht übersehen dürfen, soweit die Methode der Ausführung zu untersuchen ist, die Verzögerungen, die Zufälligkeiten, die Trugschlüsse, die Unzulänglichkeiten und Unterlassungen. Er wird ihm aber andererseits dort weniger Gewicht beimessen müssen, wo er ein grundsätzliches Urteil über Zusammenhänge und Folgen zu fällen hat.

Zwischen den geschichtlichen Tatsachen und den geschichtsbildenden Faktoren klafft auch hier ein erheblicher Unterschied. Und genau wie bei dem Tatsachenkomplex, bevor man (was angesichts einzelner Vorgänge leicht wäre) von einem „dilettantischen Generalsputsch“ spricht, zuerst Wille und Handlung den Möglichkeiten gegenüberzustellen wären, lassen sich die geschichtsbildenden Faktoren nicht einfach aus dem Aufsehen ablesen, das jener 20. Juli 1944 überall in der Welt erregte. Von der Welt war Deutschland damals durch Welten getrennt. Dementsprechend war die Wirkung hier ganz anders. Die einen, es war die Minderheit, sagten: „Wenn es doch nur geglückt wäre...“ Die anderen übernahmen das längst gegebene, jetzt zu diabolischer Raserei verstärkte Stichwort vom „Verrat der Offiziere“. Für die Welt war der Tag insofern von Bedeutung, als zum ersten Male die Gegensätze zwischen einem Teile des Offizierskorps und der „Führung“ offenkundig wurden. Wie immer sich auch der Nationalsozialismus aus der Affäre ziehen mochte, es war eine sichtbare Verfälscherung. Demgegenüber bildeten die Motive des Attentats, deren Vielfalt nicht zu verkennen, deren Undurchsichtigkeit ebenso wie Herkunft und frühere Verhalten vieler der Beteiligten ein Grund zum Mißtrauen war, eine Angelegenheit zweiten Ranges. All dies wird der Historiker sorgfältig erwägen, wenn er die politischen und militärischen Entwicklungen während des Krieges bis zum Ende erklären will. An das historische Prinzip führt es jedoch nicht. Hier entscheiden zwei Fragen: Was wäre geschehen, wenn dieses Attentat auf Hitler geglückt wäre? und: Was ist, nachdem es mißglückt war, wirklich geschehen?

Die Männer, die zweifellos zuletzt die Fäden hielten, sind Goerdeler und Witzleben. Außer Betracht bleibt, inwieweit ihre Tätigkeit oder ihr Gedankenkreis vor 1933 und nachher, ob für kürzere oder längere Zeit, eine Stütze für Hitler gewesen ist; daß es so war, ist nicht zu leugnen. Außer Betracht bleibt sogar, inwieweit bessere Einsicht in das Wesen des Nationalsozialismus oder lediglich in seine Kriegspolitik und Kriegführung sie selber trieb; gewiß ist, daß die Mehrzahl der Offiziere nur durch den Hinweis auf den drohenden Verlust des Krieges zu gewinnen war. Wie Abneigungen und Erkenntnisse im einzelnen verteilt waren, ist gleichgültig. Die von der „Neuen Zeitung“ jüngst veröffentlichten Dokumente, die Entwürfe der Proklamationen insbesondere, zeigen, was nach den Charakteren ohnehin vorzusetzen war: daß man den Krieg fortsetzen wollte, um die Niederlage erträglich zu machen. Man war so urteilslos, sich einzureden, die bedingungslose Kapitulation könne abgewendet werden. An der nämlichen Unklarheit litt auch das innere Programm, soweit es aufgestellt war. Die nach Hitlers Sturz ins Auge gefaßte Regierung wäre im Grunde eine Neuauflage der Regierung Schleicher von der Wende der Jahre 1932/33 gewesen. Die gleiche verschwommene Ideologie, der gleiche illusionistische Standpunkt, der gleiche Grad von Inkonsistenz, die gleiche Beziehungslosigkeit zur Masse des Volkes. Vielleicht hätten sich die im Kreise befindlichen Gewerkschaftler durchgesetzt; wahrscheinlich nicht. Wahrscheinlich hätte das Provisorium immer neuen Provisorien Platz gemacht. Man mag einwerfen, das seien Hypothesen. Natürlich kann man über etwas, was nicht tatsächlich geschehen ist, bloß Vermutungen hegen; aber die Vermutung ist mehr oder weniger sicher, je nachdem die Voraussetzung sicher oder unsicher ist. Hier ist sie sicher. Es genügt eine einzige Andeutung. Keiner der Männer vom 20. Juli — ganz zu schweigen davon, daß die Zivilisten an den zweiten Platz gedrängt waren — war auf die Idee gekommen, man müsse zugleich mit der Ankündigung von Hitlers Tod den Generalstreik der Arbeiterschaft ausrufen, auf alle Fälle sofort die Arbeiterschaft in irgendeiner Weise einbeziehen. Nein: man brauchte die Arbeiter ja, um den Krieg fortzuführen. Das einzige, was vielleicht verhindert worden wäre, wären die Männer des 20. Juli zur Macht gelangt, ist die völlige Zerstörung des Landes; dies aber mehr im notwendigen Ablauf der Dinge als durch das Verdienst einer Witzleben-Goerdeler-Regierung.

Und dies ist die Ueberlegung, die zur zweiten Frage führt. Was ist nach dem mißlungenen Attentat wirklich geschehen? Das Volk wurde durch die Propaganda aufgeputscht und für eine letzte Terrorisierung reifgemacht. Die Schanzaktionen, der Volkssturm — reine Einschüchterungsmaßnahmen, denn so dumm waren nicht einmal die Nationalsozialisten, daß sie annahmen, dies seien militärisch bedeutende Posten — konnten sozusagen über Nacht einem völlig konsternierten, überrumpelten, betäubten Volke auferlegt werden. Der Durchbruch von Avranches, die Eroberung von Paris, der Abfall Rumäniens, Ereignisse, die innerhalb von drei Wochen eintreten und, wenn sie nicht durch den Lärm um den 20. Juli hätten überschrien werden können, äußerste Verwirrung und Unruhe hervorgerufen hätten, blieben von der breiten Masse fast unbemerkt. Von hier aus gesehen, hat der 20. Juli geradezu zu der unsinnigen Verlängerung des Krieges beigetragen. Die Nationalsozialisten haben die Gelegenheit ergriffen, um dem Volke das „Wunder der Errettung“ Hitlers als ein Werk der Vorsehung darzustellen, die noch Großes mit diesem „Führer“ vorhatte. Im historischen Sinne war es ein Werk der Vorsehung. Denn im historischen Sinne mußte das nationalsozialistische Experiment durch den natürlichen Verlauf der Ereignisse widerlegt werden. Fast auf den Tag vier Jahre vorher hatte Hitler gesagt: „In diesem Kriege wird ein großes Weltreich zerstört werden. Ich bin mir darüber im klaren, daß die Fortführung dieses Kampfes nur mit der vollständigen Zerstörung des einen der beiden Kämpfenden enden wird. Churchill mag glauben, daß dieses Deutschland ist. Ich weiß, es wird England sein.“ Hierauf gründet sich die Vollstreckung des höheren Gesetzes, kraft dessen und zu dessen Gunsten die waltende geschichtliche Macht den Erfolg eines gewaltsamen Eingriffs verhindert hat. Niemand sollte sagen können: wäre Hitler leben geblieben, hätten wir den Krieg gewonnen. Er blieb leben, und der Krieg wurde so gründlich verloren,

daß eigentlich jedem die Augen aufgegangen sein müßten.

Ohne diesen geschichtlichen Sinn wäre der 20. Juli 1944 wenig mehr als eine Episode. Aber Deutschland hat einen anderen 20. Juli erlebt, der aus sich selbst heraus ein wahrhafter „dies ater“, ein schwarzer Tag mit weittragenden Folgen war: den 20. Juli 1932. Damals holte Herr von Papen, der jetzt in Nürnberg der unschuldigste aller Unschuldigen sein will, zum entscheidenden Schlage gegen die letzten Reste der Demokratie aus. Dieses Attentat gelang. Am 18. Juli hatte Herr von Papen, seit zwei Monaten deutscher Reichskanzler, die preußischen Minister Severing und Hirtlsiefer auf den 20. Juli, zehn Uhr vormittags, zu einer „Besprechung“ in die Reichskanzlei geladen. Diese, zwar argwöhnisch, aber immer noch harmlos, erkundigten sich nach dem Verhandlungsgegenstand. Die Antwort lautete: „Finanzielle, landwirtschaftliche und nebenbei auch innenpolitische Fragen“. Die preußischen Minister, der eine der Sozialdemokratie, der andere dem Zentrum angehörig, hatten kaum Platz genommen, als der Herr Reichskanzler ihnen eröffnete, daß er nicht länger zusehen könne, wie die preußische (demokratische) Politik seine eigene (nationalistische) durchkreuze, und daß, kurz und schlecht, die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Severing und Hirtlsiefer hörten das mit einiger Verblüffung aus dem Munde eines Mannes, der seit Beginn seiner Amtszeit nichts anderes getan hatte, als die nationalistischen Radauverbände, voran Stahlhelm und SA, zu ermuntern, Ordnung und Sicherheit in Preußen zu untergraben. Sie waren jedoch nicht nur verblüfft, sondern auch gekränkt, denn das preußische Ministerium unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun glaubte ja, unter ständiger Nachgiebigkeit alles vermeiden zu haben, was der Reichsregierung „eine rechtliche Handhabe“ für ihre durchaus bekannten Pläne hätte bieten können. Herr von Papen hingegen, in diesen Dingen ein lächelnder Routinier, war dieser vorsichtigen Taktik mit immer neuen Provokationen begegnet, und nun war er am Ziel: auf Grund der Absätze 1 und 2 des Artikels 48 der Reichsverfassung (Verletzung der Pflichten durch eine Landesregierung, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Reichsexekution mit Hilfe der bewaffneten Macht) hatte der Reichspräsident Hindenburg „sich entschlossen“, den Bock zum Gärtner zu machen, will sagen: den Reichskanzler Papen zum Reichskommissar für das Land Preußen zu bestellen. Im Besitze dieser Vollmacht entthronte Herr von Papen den Ministerpräsidenten Braun und den Innenminister Severing ihrer Ämter und betraute den bisherigen Essener Oberbürgermeister Bracht (der sich in dem eiteln Wahn, ein zweiter Sankt Georg zu sein und den Drachen Nationalsozialismus, wenn nicht erlegen, so doch zähmen zu können, dazu mißbrauchen ließ) mit der Führung des preußischen Innenministeriums. Die beiden ihm gegenüberstehenden Minister legten „entschiedenste Verwahrung“ ein. Auf das zuvorkommende Ansinnen Papens, eine Vereinbarung zu treffen, durch die Severing „das Gesteht wahren“ könne, versicherte dieser, er weiche nur der Gewalt.

Es wäre ein bedeutsames Wort gewesen, wenn Severing es nicht schon im Bewußtsein gesprochen hätte, daß diese Gewalt tatsächlich vorhanden war. Er hatte gesagt: „Diese Tage schreiben Geschichte.“ Sie taten es; aber Severing zog seine eigene Rolle dabei nicht in Betracht. Das gesamte Ministerium Braun setzte der Gewalt ein Recht entgegen, das, wie es wissen mußte, in Deutschland bereits eine Fiktion geworden war. Als die beiden Minister von der „Besprechung“ bei Papen zurückkehrten, war über Berlin und die Provinz Brandenburg der Ausnahmezustand verhängt. In einem so wesentlichen Augenblick hätte man handeln

müssen. Severing jedoch stellte sich — und er führt das heute zu seiner Rechtfertigung an — streng auf den Boden des Rechtes. Er begab sich selbst aller Möglichkeiten, indem er anerkannte, daß mit der Verhängung des Ausnahmezustandes die gesamte ihm bisher unterstehende Polizei dem Befehl des „Inhabers der vollziehenden Gewalt“ — er hieß übrigens von Rundstedt — Folge zu leisten habe. Damit war Papen die gesetzliche Grundlage zugebilligt, und kein Protest, keine Anrufung des Staatsgerichtshofes war instande, daran etwas zu ändern. Das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof, jener Instanz, die in Konfliktsfällen immer dann funktionierte, wenn es galt, der Gewalt gegen das Recht, der Autokratie gegen die Demokratie beizustehen, wurde zu einer der schmachlichsten Possen des noch immer „Republik“ genannten „Deutschen Reiches“. Severing sucht heute die damalige Kapitulation der preußischen Regierung mit dem gesunden Menschenverstand zu begründen. Von den etwa neunzigtausend preußischen Polizeimannschaften sei nur ein Drittel zum Zwecke bewaffneten Einsatzes kaserniert gewesen. Ihnen und ihren bescheidenen Karabinern hätten weit über hunderttausend Mann schwerbewaffneter weißer und schwarzer Reichstruppen gegenübergestanden. Es wäre ein sinnloses Blutvergießen, ein Hinmorden von „Tausenden braver Beamten“ entstanden, zumal sie, weil „das große begeherte Kampziel fehlte“, keine Hilfe durch die Abwehrorganisationen der Parteien und Gewerkschaften (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) zu erwarten gehabt hätten. „Der kommunistische Abgeordnete Ulbricht“, sagt Severing, „brachte es sogar fertig, in der Sitzung des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung am 25. Juli bei einer Besprechung des Blutsonntags in Altona zu erklären, der sozialdemokratische Polizeipräsident Eggerstedt sei ein agent provocateur der Papenregierung“. Der Vorstand der „Eisernen Front“, jener demokratischen Abwehrorganisation, habe infolgedessen auch ausdrücklich auf die kommunistische Parole „Severing gleich Hitler“ verwiesen.

Indessen alle diese Tatsachen haben nur den Wert abschließender Feststellungen. Die Kommunisten haben ihre damaligen Fehler eingesehen, und kein Geringerer als Wilhelm Pieck hat nach Hitlers Ende bitter kritisiert, daß die KPD „mit ihrer Beteiligung an dem von den Faschisten angeleiteten Volksentscheid gegen die Papenregierung“ — wiederum aus Vorliebe für Taktik — die Strategie vernachlässigte. Also diese Zustände, die Severing zur Rechtfertigung der preußischen Kapitulation anführt, waren eine logische Folge jahrelanger schwankender und irrtümlicher Politik. Trotzdem hätte die preußische Regierung an diesem anderen 20. Juli, der „Geschichte schrieb“, sie keine Sekunde lang berücksichtigen dürfen. Es kam auf den aktiver Widerstand an, einerlei welche Aussichten er hatte. Die war die letzte Möglichkeit, den nationalistischen und nationalsozialistischen Sturmtruppen Entschlossenheit statt Schwäche zu zeigen und den Reichspräsidenten, wenn er es so haben wollte, mit dem Odium des Bürgerkrieges zu belasten. Niemand kann sagen, was daraus geworden wäre. Das Blutvergießen aber, das man damals für sinnlos hielt, ist jedenfalls infolgedessen später nicht sinnvoller, nur millionenfach geworden. Die Stunde, in der sich Severing am Abend des 20. Juli 1932, nachdem auch der Berliner Polizeipräsident, sein Stellvertreter und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei von ihren Posten entfernt worden waren, von dem auf der Schwelle stehenden Bracht aus seinen Amtsräumen verweisen ließ, weil er zur Sache der Demokratie kein Zutreten mehr hatte, war praktisch schon die Geburtsstunde des „Dritten Reiches“. Und die Geschichte weigert sich zuzulassen, daß eine versäumte Gelegenheit nachgeholt wird — eine Erfahrung, die dann auch von den Männern des 20. Juli 1944 von neuem gemacht wurde.

Die Tat des 20. Juli

Wieder fährt sich jener 20. Juli, an dem 1944 einige deutsche Generale und Politiker durch einen Sprengstoffanschlag Hitler aus der Welt zu schaffen suchten, um dadurch eine Wende des deutschen Schicksals herbeizuführen. Die Männer des 20. Juli haben, nachdem ihr Plan mißglückt war, mutig das Todesurteil unter Bedingungen an sich vollstrecken lassen, wie sie selbst der Sadismus Hitlers und seiner Mitarbeiter bis dahin nicht eronnen hatte. Das Heldentum der vielen Männer und Frauen aus den verschiedensten Lagern der unterirdischen Widerstandsbewegung, die im Zusammenhang mit dem Attentat den Tod auf dem Schalott erleiden mußten, das tapfere Sterben der Leuschner, Harnack u. a., wird unvergessen bleiben.

Noch gibt es keine endgültige geschichtliche Darstellung aller der sehr vielfältigen Strömungen, die damals in der Bendlerstraße zusammenfloßen und schließlich das Attentat auslösten. Die bisher erschienenen Darstellungen sind lediglich unzulängliche Bruchstücke. Der Hintergrund der Aktion ist noch in mehr als einer Hinsicht ungeklärt. Es beruht sich heute mancher auf den „Geist“ des 20. Juli, der eines ganz anderen Geistes ist. Ernst Jünger, einer der bekanntesten literarischen Wegbereiter des Nazismus, tritt heute als Apostel des 20. Juli auf, und Heß von Papen konnte unwidersprochen in Nürnberg aussagen, die Männer des 20. Juli hätten ihn als Außenminister in Aussicht genommen.

Es ist also noch sehr viel Dunkles aufzuhehlen, aber so viel steht immerhin doch fest, um die Frage aufzuwerfen: War das Opfer so vieler jüngerer und älterer Männer und Frauen, die in die Ereignisse des 20. Juli verstrickt wurden, sinnvoll? Und diese Frage — hier liegt die Tragik der Hingerichteten — muß historisch gesehen, vernünftig werden.

Die Tat geschah zu spät! Als General Olbeicht und Generaloberst von Beck das Signal zum Attentat gaben, war die große Wende bereits bei Stalingrad eingetreten. Am 20. Juli 1944 hatten die sowjetischen Streitkräfte schon den Nijem überschritten, sie kämpften am oberen Bug, sie standen westlich Wiens und südlich Dwinsk. Die Invasion in der Normandie war auch bereits gelungen.

Als der Krieg verloren war

Der Krieg war endgültig verloren — das wußte die Generalität. Ihre aktiven Kräfte entschlossen sich deshalb, für sich und die Schicht, aus der sie hervorgegangen waren, zu retten, was vielleicht noch zu retten war. Sie suchten das Werkzeug, das ihnen solange gedient hatte, zu zerbrechen, da es nunmehr auch gefährlich für sie selber zu werden begann. Aber es ging ihnen wie dem Zauberlehrling in Goethes Ballade: sie wurden der Geister, die sie selbst gerufen hatten, nicht mehr Herr.

Auch manche tapferen Kämpfer der Arbeiterbewegung waren mit den Männern des 20. Juli in Verbindung gekommen und hatten mit ihnen oder wenigstens parallel zu ihnen unterirdisch gearbeitet. Aber die Köpfe des Unternehmens waren doch die Männer des Generalstabs, des alten preußischen Junkradels und jener rechtsgerichteten Kreise, deren ursprüngliche politische Heimat bei Hugenberg oder nicht allzuweit von ihm entfernt lag. Das aber war gerade die Schicht, aus deren Schoß das Hitlerreich aufstieg. Ohne ihren Hauptrepräsentanten, Herrn von Hindenburg, wäre Hitler nie an die Macht gekommen. Die gleichen Kreise, die am 20. Juli 1944 zum Attentat schritten, als der Krieg verloren war, standen, ohne einen Finger zu rühren, beiseite, als bald nach der Machtübernahme das nazistische System sich demaskierte

und im Juni 1934 das große Morden in Deutschland begann, das sich nicht nur gegen Röhm und seine Spießgesellen richtete, sondern dem zahllose Menschen, die mit ihm und der SA nicht das geringste zu tun hatten, zum Opfer fielen, darunter ein hoher General der Wehrmacht. Aber seine Kameraden schwiegen. Ja sie ließen Hitler durch den Mund Hindenburgs noch ausdrücklich „beglückwünschen“.

Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß sie der Weimarer Republik stets nur widerwillig dienten und sie insgeheim stets bekämpften, dem nazistischen Staat aber trotz Judenpogromen und Konzentrationslagern von Anfang an die größten Sympathien entgegenbrachten. Es kann weiter nicht unerwähnt bleiben, daß sie im Nazismus, solange alles gut ging, eine Garantie ihrer eigenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position erblickten, daß sie gerade in den Ansätzen zum Volksstaat, wie sie in der Weimarer Republik enthalten waren, eine Gefahr sahen, und daß selbst am 20. Juli 1944 ihre politische Konzeption — soweit man von ihr sprechen kann — alles andere als demokratisch war, sondern bei vielen von ihnen etwa im Geist jenes „Kabinetts der Barone“ wurzelte, das Herr von Papen 1932 auf die Beine gestellt hatte.

Schon einmal stand die gleiche Schicht, die von den führenden Männern des 20. Juli vertreten wurde, vor einer ähnlichen Katastrophe ihrer Politik. Das war im November 1918! Damals opferte sie ihren „Obersten Kriegsherrn“, erklärte den Fahnenfeind, den heilig zu halten sie Generationen von Rekruten eingeprägt hatte, für eine „Fiktion“, schickte den Kaiser als nutzlos gewordenen Werkzeug in die holländische Verbannung und stellte sich auf den berühmten „Boden der gegebenen Tatsachen“. Damals hatte sie Glück: die Uneinigkeit der Massen und die politische Zersplitterung des Arbeiterlagers rettete die Position der Privilegiertenschicht, die für die Niederlage verantwortlich war. Von dieser geretteten Position aus arbeitete sie vom ersten Tage an konsequent und systematisch am Sturz der Demokratie.

Das gleiche Spiel sollte nunmehr — das ist der historische Sinn des 20. Juli — noch einmal wiederholt werden, wobei es keine Rolle spielte, ob sich alle oder auch nur die Mehrzahl jener Männer, dessen persönlich bewußt waren. Subjektiv glaubten sicher die meisten von ihnen, nur Deutschland mit ihrer Tat zu lieben, objektiv dienten sie ihrer Klasse, der gesellschaftlichen Schicht, die Deutschland über allen Wechsel der Systeme hinweg in den letzten Jahrzehnten stets regiert hatte. Entscheidend blieb eines: Der Krieg war verloren — und damit hatten Hitler und seine Partei für diese Schicht jeden Wert verloren. Es kam jetzt für sie darauf an, in letzter Minute noch den Versuch zu machen, die eigene Position zu retten.

Der 20. Juli gehört in die Reihe der Putschs oder vielmehr Putschversuche, da der Anschlag unzulänglich vorbereitet und gerade von den hohen Militärs ohne Energie und mit einem erstaunlichen Mangel an Initiative durchgeführt wurde. Aber selbst wenn der Putsch gelungen wäre, so hätte er grundsätzlich an dem Herrschaftssystem, dessen letzter Vertreter Hitler war, ebensowenig etwas geändert, wie etwa in der Antike die Ermordung eines blutbefleckten römischen Kaisers durch seine Prätorianer auch nur das geringste am System des Römertums ändern konnte. Manch einer, der seinen Kopf nach dem 20. Juli auf den Richtblock legen mußte, starb für eine Sache, mit der sein persönliches Opfer nichts gemein hatte, starb zu früh für das deutsche Volk.

Gefährliche Legendenbildung

All dies mußte einmal festgestellt werden, um der Bildung einer gefährlichen Legende entgegenzutreten. Mit solcher Legendenbildung versucht sich z. B. ein Herr v. d. Gahlenz in der „Deutschen Rundschau“, der die „Tat des 20. Juli“ als das „bewußte Opfer“ einer Reihe Angehöriger alt-preussischer Adelsgeschlechter, wie Yorck, Wittgenstein usw., und als „eine Sühne für das Versagen“ der Junkerschicht hinstellt. Dadurch versucht er den „wahren“ Geist des „Alt-preußentums“ in die deutsche Zukunft hinüberzutragen. Also: der 20. Juli ist eine Tat des alten Preußenadels, der sich damit sozusagen erneut an die Spitze des deutschen Volkes stellt.

Man darf derartige Versuche der Legendenbildung nicht unterschätzen. Die Legende hat eine große Rolle in der jüngsten deutschen Geschichte gespielt. Auch der Sturz der Weimarer Republik und der Aufstieg Hitlers beruhten auf einer solchen „altpreussischen“ Legende: der Legende von Tannenberg und Hindenburg. Am Ende dieser Legende standen der 22. Juni 1941, der Überfall Hitlers auf die Sowjetunion und darüber hinaus Stalingrad und die Kapitulation von Karlshorst. Die neue Legende führt, wie aus der Gesamtanlage des zitierten Artikels in der „Deutschen Rundschau“ nur allzu klar hervorgeht, direkt in die Gefilde elfriger „Westblock“-Politiker und jener merkwürdigen Propheten eines „christlichen Europas“, als dessen Wortführer der einstige Herold Hitlers, Ernst Jünger, bereits ganz offen auftritt. Hinter diesen Legendenschöpfern aber steht das alte Bündnis zwischen jenen sich auf das ehemalige Offizierskorps und die hohe Bürokratie stützenden feudalistischen und großkapitalistischen Kräften, die nach einer neuen Maske suchen, um auch in Zukunft wieder ihre für das deutsche Volk so verhängnisvolle Rolle weiterspielen zu können. Das heißt ganz klar und eindeutig gesprochen: Die alte Hitler-Goebbels-Front gegen die Demokratie und die Sowjetunion möchte auf den Gräbern der Männer vom 20. Juli unter neuen Formen fröhlich auferstehen.

Walden



Berlin, den 20. Juli 1946

Die Ungenannten

In diesen Tagen der Erinnerung an den 20. Juli wurden die Männer geehrt, die standhaft den Weg zum Schafott gingen, weil sie den Versuch unternahmen, einem Wahnsinnigen in den Arm zu fallen. Neben diesen Toten, die bekannt geworden sind, gab es Tausende ungenannte Opfer.

Während zur Zeit des Sozialistengesetzes die Sympathie des Volkes bei denen lag, die für ihre politische Gesinnung Opfer zu bringen bereit waren, trampelte — als wir in die Gefängnisse gingen — das Volk Beifall oder stand teilnahmslos daneben.

Der bitterste Weg nach einer solchen Zeit war meist der Weg vom Gefängnis durch die Strassen zurück zur Wohnung, vorbei an den Kaffeehäusern, Kabaretts und sonstigen Vergnügungstätten, aus denen der "im Ausgelassenheit herauschlug". Was wussten die, die in den Tag hineinlebten, von den Opfern, die diese Tyrannei kostete? Sie sahen sie nicht und wollten sie auch nicht sehen. Die, die einen Leidensweg hinter sich hatten, konnten ja auch nirgendwo aufstehen und von diesen leidensvollen Tagen berichten, der Mund musste verschlossen bleiben, häufig selbst den nächsten Angehörigen gegenüber, denn der Hass des Regimes verfolgte sie noch lange weiter. Jedes unbedachte Wort hätte unweigerlich zur Folge gehabt, den gleichen Weg noch einmal gehen zu müssen.

Es kann nicht nur die Tat vom 20. Juli als Widerstand gegen das Naziregime gewertet werden. In Hannover sind einmal 186 Mann der Tapfersten der Sozialdemokratie verhaftet worden, die sechs, acht und zehn Jahre Zuchthaus erhielten, weil sie eine illegale Zeitung vertrieben. So war es in vielen Städten.

Ebenso gab es in der Armee besondere Lager für die „Wehrwürdigen“ oder für die, die sich schuldig machten durch „Wehrkraftzersetzung“. Es waren nicht nur Todesbataillone, es waren Todesarmeen. Sie wurden über die Minenfelder gejagt, um zu Fetzen zerrissen zu werden, sie wurden überall dahin geschickt, wo es nur für wenige, zufällig Verschnittene, ein Zurück gab.

Alle diese Opfer dürfen nicht umsonst gewesen sein. Es war eine so grosse Summe von durchstandenen Leid, überwundenem Schrecken, Standhaftigkeit bis zum Tode, dass an sie von Zeit zu Zeit erinnert werden muss, nicht um aus den vielen Unbekannten Helden zu machen — das hätten sie sich selbst verboten —, sondern um ein Mahnmal dafür aufzurichten.

Ebenso unberührt wie sie ihr Opfer trugen, ebenso unberührt blieben sie als die Freiheit erkämpften. Ja, man muss heute schon den einen oder anderen direkt fragen, wenn er einmal berichten soll aus diesen Tagen der bittersten Bedrängnis. Ihr Opfer ist um so höher zu werten, als sie daraus keine Ansprüche herleiteten. Darum darf auch der Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ nicht für sich in Anspruch nehmen, dass nur die als Opfer des Faschismus gelten, die sich bei ihm registrieren liessen. Es gibt Tausende, denen solche eine Abstempelung widerstrebt, und die keinerlei Vorteile aus ihren bitteren Erlebnissen haben wollen.

So hoch die Tat der Männer vom 20. Juli zu bewerten ist, so muss doch einmal ausgesprochen werden, dass es in den Kreisen der Sozialdemokratischen Partei auch eine andere Auffassung gab. Viele, die sonst ihren Mut mehrfach unter Beweis stellten, haben sich absichtlich aus den Vorbereitungen herausgehalten. Sie waren der Meinung, dass es schwer sein würde, aus einer Art Militärdiktatur, die sich nach einem gelungenen Aufstand zwangsläufig ergeben hätte, einen demokratischen Staat aufzubauen. Sie hatten Bedenken, mit Männern wie Goerdeler und den alten Militärs zusammenzuarbeiten. In sozialdemokratischen Kreisen war ausserdem noch die Auffassung vertreten, dass nach diesem zweiten Weltkrieg keine Dolchstoß-Legende den Aufbau eines demokratischen Deutschlands hindern darf. So viel auch an Leid und Opfern erspart geblieben wäre, für die Denkungsweise weiterer Teile des Volkes war es besser, dass die Tat nicht gelang und Hitler seinen Weg bis zu Ende gehen musste.

Weite Teile des deutschen Volkes haben selbst in dieser bittersten Stunde, in der — wie immer vorausgesetzt — der Nationalsozialismus mit lauten Krach die Tür ins Schloss schlug, und in der das Leben von Millionen an einem seidenen Faden hing, nichts gelernt. Sie sehen nicht, dass alles, was in den letzten Wochen des Krieges geschah, nicht mehr dem Zwecke der Verteidigung galt, sondern nur noch ein Rausch sinnloser Zerstörung war. Die Brückensprengungen, Sprengungen der Lebensmitteldokumente, die wichtigen Einrichtungen, die die Grossstädte zur Erhaltung ihrer oft millionenstarken Bevölkerung braucht, waren nicht mehr das Mittel, den an sich schon sinnlos gewordenen Krieg noch um einige Tage zu verlängern. Die Männer, die wussten, dass sie am Ende dieses Kampfes mit ihrem eigenen Leben zu bezahlen hatten, was sie an Unglück nicht nur über ihr eigenes Volk brachten, wollten noch Millionen in den Strudel der Vernichtung und Zerstörung mitreissen, wollten wenigstens mit der Genugtuung sterben, ein Chaos hinterlassen zu haben, das nicht mehr zu entwirren war.

Als Hitler die politischen Parteien verbot, hatte er die letzte Brücke abgebrochen. Viele folgten ihm, weil sie wussten, dass der Rückweg in ein parlamentarisch-demokratisches Deutschland abgeschnitten war. Das ist vielleicht auch die Erklärung dafür, dass selbst in Berlin bis zum letzten Augenblick noch gekämpft wurde. Die Angst vor dem, was nach dem Ende kommen musste, war die grosse Klammer, die die Massen noch zusammenhielt. Hitler und seine Prätorianer schürten diese Angst, bis sie dann selbst, um sich vor der Verantwortung zu drücken, ihr Leben gewarfen oder selbst so kleinschrieben, dass sie auf der Abgangsbahn in Nürnberg kaum noch zu sehen sind.

a. 5.

Das letzte Bollwerk des Faschismus

Vor zehn Jahren entliesselte Franco den Bürgerkrieg in Spanien

Zehn Jahre waren am 18. Juli vergangen, seitdem General Francisco Franco an der Spitze der Truppen der marokkanischen Garnisonen zum entscheidenden Schlag gegen die relativ junge spanische Republik ausholte und damit einen Bürgerkrieg entfesselte, der zwei Jahre lang das ohnehin arme Land verwüstete, ungeheure Opfer an Blut kostete und Zehntausende in die Verbannung trieb.

Die innerpolitische Entwicklung in Spanien hatte in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre die grosse Masse der Bevölkerung in eine immer stärkere Gegnerschaft zur Monarchie getrieben und schliesslich nach dem Wahlsieg der verbündeten Parteien der Linken dazu geführt, dass König Alfons XIII. am 14. April 1931 dem Thron entsagte. Am 9. Dezember desselben Jahres gab sich dann die junge Republik ihre demokratische Verfassung, die den Kampf gegen die politische Herrschaft der Kirche und den Grossgrundbesitz bedeutete. Unter der Ministerpräsidentschaft Manuel Azañas wurde ein ausgesprochen republikanischer Kurs gesteuert. Ende 1933 kam dann der erste Rückschlag, bei dem Neuwahlen errang die Rechte, vor allem die katholische Partei unter Gil Robles, einen Sieg. Aber bei den Wahlen im Februar 1936 schlug der Zeiger wieder nach links aus. Der bisherige Staatspräsident Niceto Alcalá Zamora wurde durch den früheren Ministerpräsidenten Manuel Azaña ersetzt.

Der Kampf zwischen der Reaktion und den Republikanern ging aber mit aller Schärfe weiter. Die Ermordung des Monarchistenführers José Calvo Sotelo im Frühsommer 1936 gab der Reaktion den letzten Anstoss, um zum offenen Aufstand überzugehen. Franco errang zunächst nur geringe Erfolge. In Madrid und an der Mittelmeerküste von Málaga bis Barcelona blieben die Republikaner an der Macht. Ihnen schlossen sich im Norden die Basken an. Als Italien und Hitler-Deutschland zugunsten Francos mit Waffen und Truppen eingriffen, konnte der „Caudillo“ die sich erbittert wehrenden, nur von Frankreich und der

Sowjetunion mit Waffenlieferungen unterstützten Republikaner, die durch die Freiwilligen der „Internationalen Brigaden“ verstärkt wurden, immer weiter zurückdrängen. Im Frühjahr 1938 war Franco dann im Besitz ganz Spaniens. Die führenden Persönlichkeiten der Linken mussten ins Ausland flüchten. Sie fanden in Frankreich, in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern ein Asyl. Franco baute seinen Staat nach rein faschistischem Muster mit der „Falange“ als alleiniger politischer Partei auf. Eine Politik kleinlicher Rache an den früheren politischen Gegnern setzte ein und machte auch die kleinste Möglichkeit einer allmählichen Aussöhnung zunichte. Der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes ging nur im Schnecken tempo vor sich.

Der Zusammenbruch Hitler-Deutschlands lenkte im Sommer vorigen Jahres erneut die Augen der Welt auf die spanischen Zustände, nachdem der Krieg in den vorhergehenden Jahren das Problem Spanien hatte in den Hintergrund treten lassen. Von Südamerika kommend, braute sich ein Unwetter für das letzte Bollwerk des Faschismus in Europa zusammen. Von Mexiko, dem Hauptzufluchtsort der spanischen Republikaner, setzte eine Kampagne ein, die auf den Sturz Francos hinarbeitete, ohne aber das Land in einen neuen Bürgerkrieg stürzen zu wollen. Der frühere Ministerpräsident Juan Negrín berief die Mitglieder der Cortes, des spanischen Parlaments, die seinerzeit in die Verbannung gegangen waren, zu einer Tagung nach Mexiko ein. Sie beschlossen im August 1945, an die Spitze des neuen Staatswesens, das nach dem Sturz Francos entstehen sollte, den bekannten und letzten Cortes-Präsidenten, Führer der Linken, Diego Martínez Barrio, zu stellen, der am 18. August vor 96 Deputierten den Eid als Präsident der spanischen Republik ablegte. Unter Dr. José Giral wurde eine spanische Exil-Regierung gebildet, in der die Kommunisten nicht vertreten sind. Sie hat jetzt ihren Sitz von Mexiko nach Paris verlegt, um dem Schauplatz der Ereignisse näher zu sein.

Der innerpolitische Kurs in Spanien, die Hinrichtung zahlreicher Republikaner, die während des Krieges auf französischer Seite gekämpft hatten, aber von den Deutschen gefangen genommen und dann an Franco ausgeliefert worden waren, rief Anfang dieses Jahres in der ganzen Welt Stürme der Empörung hervor, besonders in Frankreich, dessen Regierung die Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Franco-Regime erhob und in diesbezügliche Verhandlungen mit den anderen Grossmächten trat. Es kam zu der bekannten Dreimächte-Erklärung von Anfang März dieses Jahres, in der das Franco-Regime verurteilt und die Erwartung ausgesprochen wird, dass „führende patriotische und liberal gesinnte Spanier bald die Mittel finden, die auf friedlichem Wege zum Rücktritt Francos, zur Auflösung der Falange und zur Bildung einer Übergangsregierung führen werden, unter der das spanische Volk Gelegenheit finden soll, seine Regierungsform frei zu bestimmen und seine politischen Führer zu wählen. Eine politische Amnestie, die Rückkehr der Verbannten, Versammlungsfreiheit und die Erlaubnis zur Bildung politischer Parteien sowie Vorsorge für freie, öffentliche Wahlen sind dazu notwendig. Eine Übergangsregierung, die für diese Aufgaben eingesetzt würde, soll Anerkennung und Unterstützung aller freiheitsliebenden Völker finden.“

Diese Dreimächte-Erklärung, die von Frankreich, Grossbritannien und den Vereinigten Staaten unterzeichnet wurde, ist eine beträchtliche Abmilderung gegenüber den französischen Forderungen, die auf den sofortigen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Franco hinführten. Itzwischen hatte sich auch der Welticherheitsrat der UN mit dem Spanienproblem zu befassen. Der polnische Vertreter Lange bezeichnete das Franco-Regime als eine Bedrohung für den Weltfrieden und forderte das Eingreifen der UN. Auch er verlangte den Abbruch der Beziehungen zu Spanien. Ein Antrag, das ganze Spanienproblem der Vollversammlung der UN zu unterbreiten, wurde abgelehnt und beschlossen, diese Frage weiter auf der Tagesordnung des Welticherheitsrates zu lassen, damit dieser jederzeit erneut Stellung nehmen kann, wenn er es für notwendig erachtet.

General Franco hat eine neue Atempause gewonnen, die ihm durch die Tatsache gewährt wurde, dass man sich im Welticherheitsrat nicht einig werden konnte.

Wird er diese Atempause nutzen, um die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen, dass praktisch die ganze Welt ihn und seine Regierung verurteilt?

K. B.

Sozialdemokraten um den 20. Juli

Den toten, immer lebendigen Freunden

Das Tor des Konzentrationslagers Sachsenhausen hatte sich am 5. Mai 1937 geöffnet. Einem Mann war der Weg in die Welt zurück freigelegt. Der Sozialdemokrat Julius Leber, bis 1933 Mitglied des Deutschen Reichstages, hatte die Ränke und Hinterhalte der SS-Wachmannschaften, die besonders für ihn gebildeten Strafkommandos und alle heimtückischen Angriffe auf sein Leben überstanden. Geistig und körperlich ungebrochen, verliess er nach 4 1/2-jähriger Haft, davon ein Jahr in Dunkelzelle, das Lager.

Zwei Tage nach seiner Rückkehr besuchte ihn sein Freund Dahrendorf. Der alte Kontakt war sofort wiederhergestellt.

Aus dem Notstand der Zeit, die ja zu einer besonderen Vorsicht verpflichtete, erklärte sich, dass die Zahl der Freunde, die sich zu einem offenen Bekenntnis zusammenfanden, nur auf wenige beschränkt blieb. Aber ihre Tat wird der ewige Beweis für die Gesinnung und Haltung weiter Kreise der deutschen Arbeiterschaft unter dem nationalsozialistischen Regime sein. Aus dem Glauben an die Treue unzähliger deutscher Arbeiter zu ihrem Ideal, aus dem Wissen, wie sehr sie den Tag der Befreiung ersuchten, versuchten aufrechte Männer, in ihrem Sinne und Auftrag das drohende Schicksal abzuwenden. Und so soll denn hier gedacht sein der toten, immer lebendigen, unvergesslichen Freunde, die ohne Rücksicht auf sich nur aus dem tiefen Verantwortungsbewusstsein gehandelt haben, dass Deutschland vor der vollkommenen Zerstörung und das deutsche Volk vor schwerstem Leid und letzter Vernichtung bewahrt werden müsse.

Nach Dahrendorf traf als nächster der sozialdemokratische frühere Regierungspräsident Ernst von Harnack mit Leber zusammen. Er stellte die Verbindung zum Goerdeler-Kreis und zum Militär her, vermittelte, dass Leber bereits bei Beginn des Krieges zu dem General Falkenhausen fuhr, um ihn über die Einstellung der Arbeiterschaft aufzuklären. Ferner brachte er Leber mit John, dem juristischen Beirat der Luftwaffe, zusammen, der nach verschiedenen vorherigen Versuchen, noch zuletzt im Mai 1944, mit dem Auftrag nach Spanien ging, von dort aus ein Friedensangebot der deutschen Widerstandsbewegung den Alliierten zu unterbreiten.

Ein zweiter Mittelsmann wurde Ludwig Schwamb. Als ehemaliger Staatsrat im hessischen Ministerium bei Leuschner stand er auch in Berlin mit ihm und dem hessischen Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff in enger Beziehung. Bei Schwamb fand die erste Begegnung zwischen Leuschner, Leber und Mierendorff statt. Aber auch späterhin hat er den Freunden beratend zur Seite gestanden.

Leuschner, schon seit Jahren mit alten Gewerkschaftsfeinden anderer politischer Richtungen zur illegalen Arbeit vereint, trat mit Leber zu den ersten Beratungen über die Frage der Haltung der Sozialdemokratie in einer zukünftigen Reichsordnung im Jahre 1938 zusammen. Trotz ihrer starken Verschiedenartigkeit — Leuschner der Mann der Intensität im Organisatorischen, Leber der revolutionäre Geist mit dem politischen Ziel einer breiten Volksbewegung — brachten sich beide Männer volles Vertrauen und grosse Freundschaft entgegen. Als die beiden unumstrittenen Potenzen der Sozialdemokratie gehörten sie in den Kreis der aktiven Politiker aller politischen Widerstandsgruppen, die eine Neubildung der Regierung vorbereiteten. Sie stimmten miteinander voll und ganz überein, dass die zunächst geplante Regierung eine Übergangsform sei, an der sich die Linke nur schwach beteiligen sollte. Die Frage der richtigen Koordination musste erst nach dem Gelingen des Umsturzes geklärt werden.

Neben Leuschner stand Maass, der aus der sozia-

listischen Jugendbewegung kam und bis 1933 der Geschäftsführer der deutschen Jugendverbände war. Er hielt streng an der Konzeption des alten Parteiideals fest und war Leuschner sowohl als sorgfältiger Hüter der Gesetzmässigkeit wie auch als Verbindungsträger zum Militär unentbehrlich.

Ausser den einzelnen Gruppen, die sich aus den Vertretern alter politischer Parteien gebildet hatten, bestand noch der Kreisauer-Kreis, bekannt durch die Namen Mollke, York und Trost zu Sols. Ihm gehörten aber auch Mierendorff, Haubach, Reichwein und andere an. Mierendorffs politische Aktivität war die Frucht der Tausendfältigkeit seiner Natur, des Reichtums seiner sprühenden Phantasie. Ein Mensch seiner Lebendigkeit brauchte den Kampf und die Tat, um seiner Überzeugung zu dienen. Haubach, bis 1933 Pressechef im Polizeipräsidium in Berlin, betrachtete die politische Frage — wie es seiner Neigung und Art entsprach — vom Standpunkt des Philosophen. Reichwein, der idealistische Pädagoge, dozierte bis 1933 an der pädagogischen Akademie zu Halle. Das Verantwortungsgefühl dem jungen zu formenden Menschen gegenüber war ihm zur Richtschnur seines politischen Handelns geworden.

In dem Kreisauer Kreis hatte sich eine Gruppe äusserst freiheitsliebender, temperamentvoller und fortschrittlicher Männer sozialistischer Richtung zusammengefunden. Mancher Funke ihres lebendigen Geistes pflanzte sich fort. Mancher kühne Gedanke ist ihnen zu danken. Mit ihnen sympathisierte Leber durchaus. Doch behielt er sich ihnen gegenüber jede politische Freiheit vor. Denn seiner Meinung nach war es vor allem wichtig, in absoluter Eindeutigkeit die Parteilinie der Sozialdemokratie einzuhaken, um durch einen geschlossenen Block der Linken möglichst starken Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft zu gewinnen. Über diesen Kreis, der sich nicht auf den Namen Goerdeler, dagegen aber auf Leber einigen konnte, kam die Verbindung Leber-Stauffenberg zustande, die sich zu einer tiefen politischen und menschlichen Freundschaft entwickelte.

Auch Trost zu Sols, Mitglied des Auswärtigen Amtes, beriet sich vor jeder Auslandsreise genau mit Leber und Stauffenberg. Durch Trost versuchte man ebenfalls früher und noch zuletzt über Schweden ein Friedensangebot der Aufständigen nach England weiterzuleiten.

Über den Kreis der hier genannten Sozialdemokraten hinaus wurde ein Netz nach allen Seiten des Reiches geknüpft. Ein Mann rief den nächsten, der wieder andere. Weichin war der Funktionär der Partei alarmiert. Gewiss lag es im Umstand der Zeit, dass man nicht vollen Überblick über die Mitwirkenden der eigenen Partei oder gar der Gruppen anderer politischer Richtungen erhielt. Doch war stürzte das! Während man aber in jedem politischen Aktoren den Freund, den Mitstreiter, den im Ziel und Wunsch Gleichgesinnten sah, wurde das Militär niemals als Bündnispartner, sondern nur immer als der notwendige Machtfaktor zur Erringung der erstrebten Zukunft angesehen.

Vor unserem Auge stehen jene acht Freunde, die aus ihrer Lebensauffassung heraus übereinstimmend nach der Ethik und Moral der frei verantwortlichen Persönlichkeit, die sich selbst ihr Gesetz gibt, zur Tat und Entscheidung drängten.

Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, dass alles so und nicht anders ausgefallen ist.“ Das war der letzte Gruss Lebers an seine Freunde.

„Es stirbt sich nicht leicht, wenn man Frau und Kind zurücklässt“, sagte Danton auf dem Schafott zu dem Scharfrichter, der ihn wegen der Träne, die ihm aus dem Auge rann, verspottete.

Möge das Deutschland nie vergessen!

Unentbehrliche Nazis

Über die Entnazifizierung herrschen bei uns wie über die meisten Probleme viele Meinungen. Auch Blockbildungen politischer Parteien führen nicht zu einer Einigung in dieser Frage. Verschiedene Kreise haben ihre Ansicht über die zulässige und nötige Methode der Entnazifizierung im Laufe des letzten Jahres einige Male geändert.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass, wie wir berichteten, auf einer Pressekonferenz der Präsident des Weltgewerkschaftsbundes, Sir Walter Citrine, zu diesem Problem Stellung genommen hat. Nach seinen Ausführungen finden die Kontrollbehörden, dass die politische Säuberung keineswegs abgeschlossen ist, sondern dass das Verfahren nach Möglichkeit beschleunigt werden soll. Seine Abordnung erkenne wohl die Schwierigkeit der Kontrollbehörden bei der Entnazifizierung an, sei aber der Ansicht, dass die notwendigen Massnahmen auf breiter Basis gestellt werden müssten. Eine Unentbehrlichkeit gewisser Personen, z. B. in der Industrie und im Gesundheitswesen, dürfe nach Ansicht der Untersuchungskommission nicht mehr als Begründung zur Weiterbeschäftigung gelten. Nach der Erklärung Citrines hätten die Kontrollbehörden diesen Standpunkt anerkannt. Sie beschäftigen sich jetzt mit der Abfassung neuer Anweisungen, die vor allem eine Einheitlichkeit der Massnahmen zur Entnazifizierung in allen Zonen anstreben.

Wieder einmal muss uns ein Ausländer sagen, welche Grundsätze bei der Entnazifizierung gelten sollen, obwohl die Entnazifizierung vornehmlich eine Aufgabe der Deutschen sein sollte. Denn wir selber haben uns vor der Weltöffentlichkeit zu reinigen, um wieder zu einem Ansehen zu gelangen.

Angehörige gewisser Berufsschichten, die sich tatsächlich antifaschistisch betätigten, konnten ihren Beruf in den letzten zwölf Jahren nicht ausüben. Sie sind daher hinsichtlich ihrer Kenntnisse und praktischen Erfahrungen hinter denen zurück, die sich nicht nur vor 1933, sondern auch in der Zeit nachher unbehindert betätigen durften. Das gibt gewisse Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ämtern und öffentlichen Funktionen, denn eine antifaschistische Einstellung allein ist nicht ausreichend zur praktischen Arbeit am Neuaufbau unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaftsordnung. Es bedarf dazu vornehmlich beruflicher Kenntnisse und Erfahrungen. Um nun das schwierige Problem für eine Übergangszeit einigermaßen zu lösen, haben sich Alliierte Militärbehörden veranlasst gesehen, einen verhältnismässigen Anteil festzulegen, der mit Mitläufern und sonstigen nicht allzu sehr belasteten Faschisten besetzt werden darf.

Bei der Entnazifizierung macht sich nicht nur die uneinheitliche Auffassung unter den Deutschen über die richtige Methode störend geltend, sondern auch die uneinheitliche Praxis der Militärbehörden. Aus diesem Grunde ist es besonders zu begrüssen, dass durch die Kontrollbehörden die Massnahmen zur Entnazifizierung in allen Zonen koordiniert werden sollen.

Lizenz für „Hannoversche Presse“

Als 33. Zeitung der britischen Zone wurde die „Hannoversche Presse“ durch einen Vertreter der britischen Militärregierung im Rahmen einer Feier lizenziert.

Sesenheim

Im Raum von Strassburg wurde Sesenheim im Sturm genommen. Sesenheim! Der Ort, wo Goethe, glücklich in der Liebe Hort, das Glück verlor an seiner Grösse Keim. —

Der Garten, wo das milde Mondeslicht ihm Verse gab von wunderbarer Stille, die Strasse, wo im Ebenbild sein Wille den Reitenden ermahnte: Säume nicht!

Der junge Goethe kehrte nie zurück. Er zog davon — „und über ihm die Sterne“ —. Der Alte grüßte sinnend aus der Ferne.

Im Sturm genommen... Sesenheim... Das Glück hat keine Dauer. Nüchtern glüht im Rhein, im Spiegel, strömend, roter Feuerschein...

[Aus „Moabiter Sonette“ von Albrecht Haushofer]

Kleiner Dialog

Gerhart-Hauptmann-Festspiele in Breslau, Max Pallenberg, nach seiner unvergesslichen Rolle als Schluck in „Schluck und Jan“ folgt einem Kollegen in dessen Stammlokal, wo es Krebschwänze, Austern und allerhand Erfrischendes geben soll. Es gibt aber nur einen schlaftrigen Ober und eine gestrichene Speisekarte. Pallenberg brütet dumpf vor sich hin. Dann ruft er den Ober. Der eilt devot herbei.

Pallenberg: „Hm, alles gestrichen!“
Der Ober: „Leider —“
Pallenberg: „Kennen Sie mich?“
Der Ober (zerfließend): „Jawohl, Herr Pallenberg.“

Pallenberg: „Wissen Sie, wann ich das letztmal hier in Ihrem Lokal war?“
Der Ober denkt angestrengt nach, murmelt etwas Unklares.

Pallenberg: „Heute, mein Lieber, heute!“ — Sprach's und verliess fluchtartig das Lokal.

Das beste Mittel

Als in einer medizinischen Prüfung ein Kandidat nach schweistreibenden Mitteln gefragt worden war und er bereits mehrere angegeben hatte, sagte der prüfende Professor schliesslich: „Aber das wirksamste haben Sie immer noch nicht genannt!“

„Ein Staatsexamen bei Ihnen!“ entgegnete der etwas verdatterte und verärgerte Prüfling.

Klinge, kleine Dorfmusik, klinge...

Ein sommerlicher Wochenendausflug von Leo Rein

Geruhige Wagenfahrt über sommerliches Land, zwischen baumumkränzten Chausseen, stillen Alleen, Kornfeldern und abgemähten Wiesen, von denen der Duft frischen Heus aufsteigt... Nach langer Zeit wieder sieht man Pferderücken vor sich statt des Kühlers und hört Peitschenknall anstatt des Summens und Brummens des Motors... Und doch sitzen wir auf keinem vornehmen Landauer oder Jagdwagen, und kein herrschaftlicher Kutscher Johann fährt uns ins Herrenhaus. Sondern es ist der uns wohlbekannte Bauer N., der am Wochenende Einheimische, Siedler und Besucher von der weitabliegenden Bahnstation ins Dorf bringt. Er hat Bänke auf seinen kleinen Wagen gestellt, die Fuhre ist voll und in bester Stimmung, weil mit der Schaffung dieser Verbindung aus der Improvisation eine Organisation geworden ist.

Warum ergreifen sie einen so, diese alten Häuser aus dem 18. Jahrhundert mit den schiefen Giebeln und den moosbewachsenen Dächern, diese alten Dorfkirchen aus Feldsteinen, neben hellen, modernen Bauten stehend? Rufen sie verschollene Bilder aus der Jugendzeit zurück?

Turnhohe Linden, jahrhundertalt, auf der Dorf- aus. Zu ihren Füßen, brüderlich nebeneinander, deutsche und russische Soldatengräber...

Aus Pflösten der Tür unseres Hofes nistet eine Grasmücke. Mit der Hand könnte man die Jungen ergreifen, die schmutzig-graus Schnäbelchen herausstrecken... Die Vogelmutter fliegt ab und zu auf, aber sie hat Vertrauen zu den Menschen, mehr Vertrauen, als die Menschen zueinander haben...

Friedliche Hausgeister, schiessen die Schwalben hin und her. In gläsernem Glanz gaukeln Libellen über Wege, Bäche und Fliesse, auf denen uns der zweibeinige Wolf in altem Kahn vorwärtsstakt zum See und dort in philosophischer Ruhe angelit.

Eine kleine Gaststube ist alles, was von einem grossen Gasthof übriggeblieben ist. Den hat die SS niedergebrannt, weil ihr der Wirt, gewisser Gäste wegen, verhasst war. Moderne Möbel und ein Radio stehen in pikantem Gegensatz zu rührend altmodischen Bildern, Überbleibseln aus dem alten Dorfwirtshaus. Farbstiche vom Turf mit schneigen, eleganten Pferde- und rotrockigen Reitern. Alte Stahlstiche, deren Titel schon viel erzählen: „Der gegenwärtige Aufenthalt Napoleons auf der Insel Sankt Helena“, „Ein junger Matrose erzählt, wie er schiffsbrüchig wurde“, „Die Heimkehr des Milchmädchens...“ Oder ein altertümlicher König blickt streng fordernd auf einen ideal schönen knienden Jüngling, Schillers Taucher, herab, der seinerseits einen vermutlich goldenen Becher hochhebt und in scheuer Verehrung zu der lieblichen, aber vollschlanken Königstochter emporblickt... Oder König Konrad schaut mit vieler Verwunderung auf die treuen Weiber von Weinsberg, die auf ihrem Rücken ihre Männer als ihr

„Die Malerei ist tot“ - Es lebe die Malerei!

Bunte Gedanken um Watteau, Corot und Lyonel Feininger

Im Jahre 1736 erschien in Paris ein schmales Heft mit Gedichten, unter ihnen trägt eins den Titel „Der Tod Watteaus oder der Tod der Malerei“. Wir danken diese Nachricht beinahe selbstverständlich Edmond de Goncourt. War



Lyonel Feininger, geb. 17. Juni 1871 in New York

doch er — gemeinsam mit seinem Bruder Jules — der Wiederentdecker des von Puritanern wie Klassizisten so verpönten Reizes des 18. Jahrhunderts. Dazu der erste, der das Werk des Meisters aus Valenciennes vereinte in kritischem Katalog. Er verschweigt uns zwar den Autor jenes Gedichts, ja auch seinen Inhalt, aber genügt nicht sein Titel!

Der Tod Watteaus — der Tod der Malerei! Der Urheber dieses Poems muss zum mindesten etwas geahnt haben von der Einzigartigkeit des von ihm Besungenen. Zumal die Literatur jener Tage nur so selten von der Schwesterkunst spricht. Und Watteau war immerhin schon fünfzehn Jahre vorher gestorben, genau am 18. Juli 1721, mithin vor jetzt 225 Jahren. Aber, o Not eines sorgsam Referenten der Gegenwart: die Gedanktage häufen sich: am 16. Juli vor 150 Jahren ward Camille Corot geboren, und am 17. Juli wird

ein sehr anderer nun schon fünfundsiebzig — Lyonel Feininger.

Doch seien wir einmal ganz unakademisch und kühn! Hängen wir getrost im Geiste — wohl dem, der es mit Originalen vermag — drei Bilder der hier zu Würdigen nebeneinander! Corot und Watteau, natürlich, das geht. Waren beide doch Schnüchtlige nach einem Arkadien, wie es die Wirklichkeit uns ja nie finden lässt. Indessen, welch Überraschung: auch Feininger, der Deutsch-Amerikaner — in New York geboren, sein Vater im badischen Durlach — fügt sich ein! Man braucht nicht einmal den grossen Goethe zu variieren: Arkadier rechts, Arkadier links, das Weltkind in der Mitte — auch er, der messerscharfe Segler gleiten lässt in lichtblanke Horizonte und steile gotische Kirchen sehr alter Städte zerlegt und wieder aufbaut mit strahlenden Prismen, ist er nicht am Ende ein heimlicher Sohn der Romantik?

Aber lassen wir den ob solcher Verknüpfung Verdutzten sich zunächst ein bisschen erholen, und verweilen wir bei den unbezweifelbaren Arkadiern. Immer wieder ist es bewundernswert, wie die gesamte französische Malerei zusammenklingt zu einer einzigen Harmonie von den Fouquet und

blauenden Himmeln, der das pralle Rot eines Rubens und das Gold der Venezianer einschmolz zur schimmernden Anmut in der Sonne bewegter Opale? — Ach, er war bei allem raschen Ruhm ja keineswegs der Günstling des Hofes, wie es unter dem



Jean Baptiste Corot (1796 - 1875)

aufblitzenden vierzehnten Ludwig Le Brun, unter dem abgelebten fünfzehnten ein Boucher war, Die wenigsten, die ihn priesen, verstanden ihn.

Einem freilich näher gesteckten Ziel kam der zweite Arkadier, kam Camille Corot. Gewiss, er war bescheidener und bürgerlicher, eine unerschütterliche Gesundheit von nahezu achtzig Jahren und ein begnadeter Fleiss liessen ihn über zweitausendfünfhundert Gemälde vollenden, aber dieser sanfte Riese — bei einem Uferfall streckte er den Angreifer zu Boden mit einem einzigen Fausthieb und betrachtete ihn bekümmert: „Ich habe gar nicht gewusst, wie stark ich bin“ — schuf eben doch in einer Zeit immer qualmender Schlotte perlende Landschaften voll holder Ahnung. Als er mit seinem Schüler Guilleminet an einem Teich sitzt und den Jüngeren belehrt: „Male nur immer, was du siehst“ und selbst nachher die Leinwand bevölkert mit antiken Nymphen, antwortet er auf die erstaunte Frage nach den doch gar nicht Vorhandenen: „Ich sehe sie eben. Siehst du sie denn nicht?“

Nun, es brauchen ja nicht unbedingt Nymphen zu sein, man kann auch einen alltäglichen Bäderdampfer, ein irgendwo gestrandetes Schiff, ein Dorf, einen Dom, eine Brücke, ja sogar eine Lokomotive verzaubern zu einer Melodie plötzlich wie tönender Farben. Dies alles aber tat Feininger, Lehrer eines am Bauhaus in Weimar, seit einigen Jahren nun wieder in Amerika. Und dies sei — Romantik? — Gemacht, mitnichten ist ja „Romantik“ die Verniedlichung sokratischer schnurrender Kätzchen, sie ist weit eher der kristallene Garten eines Novalis, der nicht ohne Grund — begann er doch als Scholast des Bergbaus — bekannte: „Das Leben der Götter ist Mathematik.“

Und da hängen sie nun tröstlich nebeneinander: „Die Fahrt nach Cythera“ Watteaus, die Edmond de Goncourt — noch ein Gedenktage, denn er ist vor fünfzig Jahren gestorben — „das Meisterwerk aller französischen Meisterwerke“ nannte, als zweites die silberne Landschaft Corots mit den alle nordischen Nebel verschwindenden Nymphen und als drittes — mit einer Distanz, deren Breite entscheidend ja erst die Zukunft bestimmt — Feiningers „Architektur mit Sternen“, wie von einer Schneekönigin getürrt aus Splittern von blaugrünem Eise. — Es lebe die Malerei!

F. A. Dargel



Antoine Watteau (1684 - 1721)

Clouet über Claude Lorrain und Poussin bis zu Renoir und Cézanne. Welch kluges Mass im Farbenspiel selbst der Impressionisten, welche Kultur der Palette, welche Einschnitten immer wieder in eine auch von den wildesten Revolutionären vergeblich gelegnete Tradition! Bedroht mitunter von Formalistischem, scheuend vielleicht vor der letzten Ekstase, aber immer: welch Fest für das Auge!

In diesem Konzert nun das Werk von Watteau wie der süsse und schmerzliche Ton einer kostbaren Geige. Noch nicht siebenunddreissig Jahre erscholl sie, der Vergleich mit Mozart ist fast allzu nah. Und Watteau war auch ruhloser, nervöser, leidender! Seit er 1702 nach Paris kommt — er verlässt es nur zu kurzem Besuch seiner flämischen Heimat und zu einer Reise nach London —, zieht er unstet von einer Wohnung, von einem Freunde zum andern, verachtet das Geld, wird auch keineswegs äppig bezahlt, schätzt seine Zeichnungen höher als seine Gemälde, mit denen er selbst nie zufrieden ist, die er oft genug einfach auswischt, genau wissend, wie er allerorten betrogen wird, aber wohlgemeinte Vorhaltungen pariert er mit dem müden Florett der Melancholie: „Schlimmsten Falles bleibt mir ja das Spital! Dort weist man niemanden ab.“

Dies der Mann, der die Welt besenkte mit der seidenen Sorglosigkeit galanter Tändelei unter ewig

„Frischer Wind aus Kanada“ auch in Spandau

Spandauer Kammermusik — sie sind ein Begriff für Qualität geworden, sowohl was Spielplan als Einstudierung und Darstellung betrifft. Es bleibt zu bedauern, dass der Weg, wenn auch kaum weiter als zu den Theatern der Innenstadt, so doch aus verkehrstechnischen Gründen wochenlang für Nichtspandauer schwer fahrbar ist. Doch niemand wird den Sonntagmittag bereuen, den er in den Kammermusik (4-Uhr-Vorstellung) zubringt, wo zur Zeit „Frischer Wind aus Kanada“ weht. Es wird ganz reizend gespielt. Georg Völker, etwas an den unvergessenen Max Adalbert erinnernd, ist der Chef und Schwerenöhrer Hammermann, dem der frische Wind aus Kanada in der wohlgestalteten Erscheinung eines jungen Mannes (Ralph Lothar) kurz vor der Flucht, und somit auch zur rechten Zeit, um die Nase pfeift. Lothar legt, im eigenen Spiel mehr als in der Regie, ein Tempo vor, das sich dem Titel des Stücks (Haus Müller-Nürnberg) anpasst. Josef Renner als Rausschmiss-Faktum und Egon Vogel als wiederkehrender Prokurist sind anständige Charyten. Der Metamorphose vom hässlichen Entlein zum Schwan unterzieht sich Lola Luigi mit viel weiblichem Scharm. Allerdings liegt ihr das Singen weniger als Hilde Falke, die dafür in den schauspielerischen Mitteln nicht oben vielseitig ist. Irene Maché, Elisabeth Wendt, Kurt Pfeifer, Siegfried Doranusch u. a. gehen im Hause Hammermann aus und ein. Die musikalische Leitung der Schwankoperette lag bei E. G. Scherzer in geübten Händen. Der Bühnenbildner Willi Willmann gab den Rahmen für die muntere Handlung, der sich etwas unmotiviert ein mit — Lebensweisheiten (für 25 Centimes aus dem Eiffelturmautomaten zu ziehen!) interpretiertes Lied in sentimentalischem Gebahren auftröpfelte. S. C. Ott

Ein neuer französischer Film

FRANÇOISE ROSAY, die ausgezeichnete französische Schauspielerin, die vor dem Krieg auch verschiedentlich in deutschen Filmatellern arbeitete, hat nach siebenjähriger freiwilliger Pause jetzt wieder eine grosse Filmrolle übernommen. Unter der Regie von Jacques Darys steht sie in Marseille in dem Film „La Dame de Heute-le-Bois“ vor der Kamera. Françoise Rosay hatte sich zu Beginn des Krieges in einem leiden-

schaftlichen Aufruf über den französischen Rundfunk an die deutschen Mütter gewandt, sie sollten dem furchtbaren Unheil des Himmels von Millionen Unschuldigen Einhalt tun.



Ricarda Huch wurde am 18. Juli 82 Jahre alt. Dichterin und Historikerin von umfassender Bedeutung. Strenge, klare und denkerische Arbeiten: „Geschichte der Revolution des 19. Jahrhunderts“, „Luthers Glaube“, „Geschichte des 30jährigen Krieges“. Ferner philosophische, historische, theologische Essays und lyrische Gedichte edelster Form.

Gießen, den 20. Juli 1946

GIESSENER FREIE PRESSE

Nummer 75 — Seite 6

Die Praxis des Bombenwerfens

Nachwort für die Konservendbüchse
des 20. Juli 1944

Wir wissen nicht, wie du ausgesehen hast, ob du wirklich eine Konservendose warst, eines von Millionen Gefäßen selten gewordener Leckerbissen etwa mit der verpflichtenden Aufschrift eines schmuckhaften Nachschüßes — wir nehmen es an. Nach alter Erfahrung sind Bomben, die auf den Rand der Weltgeschichte fallen, gleich den schwächlichen Kindern durch Gewalt entkräfteter Völker. Auch du tratest nur die Peripherie des Schicksals, das du spielen solltest und vorbestimmt gänzlich den Kopf, der dich seit Jahren geradezu herausforderte. Vielleicht lagst du in der falschen Aktentasche neben einer zu früh datierten Rückfahrkarte in eine, wie ihr Besitzer damals sicher annahm, spontan Beifall klatschende Gesellschaft befreiter Unterthanen. Vielleicht hatte die Hand, die aus abgestandenen Anschauungen von Ehre und im Nebel des gefährlichen Rauschgiftes Macht schließlich nach dir griff, nur den spielerischen Schwung der Reispeitsche, denn es war eine aristokratische Hand. Solche Hände fassen nur zögernd in das mit Ruhm oder Schande laufende Rad der Weltgeschichte und nur so weit, daß ihr von goldenen Manschettenknöpfen — meist nur davon — bekannter Name nicht fleckig wird. Jedenfalls hast du deine Aufgabe und unsere Hoffnungen nicht so ernst genommen, daß du Anspruch erheben kannst, in einem künftigen Gedenkbuch mit einem von Schulkindern auswendig zu lernenden Text verzeichnet zu werden. Herausgerissene Fenstorkreuze, verbrannte Teppiche und ein minutenlang strauhelnder Teufel haben uns nicht genützt. Du nimmst unserem Atem die letzte Luft und lieferst, wenn nicht die besten, so doch Männer mit der damals sensationellen Eigenschaft Mut an den Galgen. Du gehörst zu den Bomben, die man nur deshalb nicht vergißt, weil das, was sie uns hätten ersparen können, nicht zu vergessen ist.

Du hast dein Möglichstes getan. Es ist ein Wunder, daß es dich überhaupt gegeben hat, daß sich aus der mit Hochtauren laufenden Begeisterungsmaschine ein paar Schrauben lösen konnten und zu einer Hilfenmaschine gegen die fast unheilbar gewordene deutsche Schlafkrankheit wurden. Und wenn deine Splitter endlich nur der Bestie, für die sie bestimmt waren, einige Schrammen in die Fratze reißen konnten, wenn ihr Gebrüll nach dem ersten Schock nur noch toller die Ohren der beherrschten Kreaturen mißhandelte, wenn ihre Wärter mit der Dressurpeitsche Furiosos knallten, wenn das alles eine entgegengesetzte, keinesfalls unerwartete Wirkung hatte, so hätte der Knall deiner Explosion wenigstens das Signal zum Aufstand der europäischen Freiheit sein sollen. In Deutschland wurde er zuerst gehört. Deutschland gab kein Signal. Dort wohnte der Volksgenosse. Er hatte eine Familie von 80 Millionen. In ihren Schoß fühlte er sich wohl. Er schlief. Es war ununterbrochen Nacht.

Die Nacht ist der Tag des Verbrechens. Auch er fiel unter die Räuber und wurde restlos ausgeplündert. Er schlief fest, lag immer auf der einen Seite, ein Ohr vom Donner der Trommeln betäubt, das andere mit Watte verstopft.

Er sah, wenn er überhaupt zu blinzeln wagte, eine einseitige Welt. Eine sandige Ebene unter der Glut einer betrunkenen Sonne ohne den tröstlichen Schatten des Menschen, sah ausgerichtete Schemen und gleichschritthalbende Stiefel, die den spärlichen Rosen der Freiheit zertrampelten. Keiner brach aus der Reihe. Ein Pfiff dirigierte alle, sonst war es still. Bekenntnisse blieben auf den Lippen. Aber es ging vorwärts. Der Volksgenosse schloß beruhigt die Augen.

Ihm fehlte nichts, trotzdem er ständig verlor. Als er nichts mehr hatte, war er reicher als jemals zuvor. Er besaß ein Vaterland mit der Vorsilbe „Groß“ und einen gesetzlich verordneten Stolz darauf. Mit diesem Stolz ging er hausieren, aber die Nachbarn an den Grenzen zahlten nichts dafür. Trotzdem lebte er gut, zog eine Uniform an, die seine heimlichsten Wünsche übertraf, unterwarf sich ein Weib, stärkte die Familienkraft mit der vorgeschriebenen Kinderschar, besorgte sich eine Fahne und trank regelmäßig am Stammtisch das Bier der Zufriedenheit. Seinen Kopf hatte er gründlich vereinfacht, das Gehirn ausgebaut und den Denkapparat auf Gleichstrom aus der Wilhelmstraße umgestellt. Das Leben war billig geworden. Es ging ihm gut. Wohlstand macht müde. Er schlief.

Bis zuletzt. Obschon er es gar nicht wußte, daß er am Ende war. Plötzlich hatte er ein Gewehr in der Hand. Er fragte nicht, warum. Das Gehirn war außer Betrieb. Die Wilhelmstraße klärte ihn auf. Es klang überzeugend. Also schoß er. Er traf, wunderte sich, daß die Welt sich darüber aufregte. Zuhause läuteten die Glocken. Auf der Brust klingelten Orden. Er schoß weiter, spielend, mit Stolz. Vom Balkon der Wilhelmstraße nickte es ihm zu. Jahrelang. Gewohnheit ermüdet. Er schlief.

Einmal wachte er auf. Sein Haus fiel zusammen, Städte loderten, man schoß zurück.

Es war gemein. Die Wilhelmstraße beruhigte. Sie erläuterte einen besseren Gewehrgriff und versprach unheimliche Waffen. Es ging wieder. Weitere Orden kamen, ein neuer Nimbus: Held. Er wurde es spielend, im Schlaf. Aber der Schlaf war unruhig. Das Haus des Nachbarn flammte herein, die Welt. Das verstand er nicht. Er dachte daran, das Gehirn wieder einzubauen. Die Wilhelmstraße hatte es blockiert. Es wurde schwer, Held zu bleiben. Der Krieg hatte sich modernisiert. Er stand gegen ihn. Trotzdem schoß er weiter, automatisch, ein wenig müde, im Schlaf.

Bis dich, kleine erfolglose Konservendose, behandschulte Aristokratenfinger aus der Aktentasche holten. Der Schlafende hörte den Knall und rieb sich die Augen. Weiter reichte es nicht. Sein Denkapparat war noch immer an die Wilhelmstraße angeschlossen. Die beruhigte. Du hattest den Teufel nur unter den Tisch geschleudert. Er erhob sich wieder, denn er hatte noch viel zu tun, Millionen umzubringen, Städte zu schleifen, Schuld aufzulösen. Den Volksgenossen riß er mit. Der nahm wieder das Gewehr. Diesmal traf er sich selbst, spielend, im Schlaf. Du aber, gutgemeinte, zwecklose Konservendose hast dich für ihn zersplittert. Umsonst. Es war nicht deine Schuld. Der Volksgenosse und seine 80 Millionen große Familie hatten das Bombenwerfen nicht begriffen. Sie hatten Schlaf in den Augen und führten den falschen Namen: Deutscher.

Die Praxis des Bombenwerfens verliert ihren Wert. Eine bessere Methode löst sie ab, die Praxis Frieden zu machen. Die Schlagkrankheit ist überwunden. Sollten noch einmal derartige Fälle auftreten, dann gibt es dagegen heute und in absehbarer Zeit ein unfehlbares Mittel: Hunger.

Es ist schwer zu schlucken und hält wach.
Kurt Heinze

Kleine Betrachtung über eine große Schande

„Der Nationalsozialismus steht und fällt mit dem Rasseproblem“. Das war ein Satz, den man oft aus dem Munde der führenden Nazis und ihrer Nachbeter hörte.

Nun, der Nazismus ist gefallen und nicht zuletzt eben wegen des Rassenproblems.

Der anständig, gerecht und menschlich empfindende — und der denkende deutsche Mensch hat oft geäußert, wenn er nicht unter Druck stand und nicht in der Öffentlichkeit: „Das Judenproblem wird unser Unglück. Diese Unmenschlichkeit und Gemeinheit, mit der man die Juden behandelt, muß sich ja an uns rächen.“

Nun hat sich das gerächt durch die Fügung von „höchster“ Stelle. Wirklich von der höchsten Stelle. — — —

Der Antisemitismus war und ist die Unduldsamkeit des breiten egoistischen Spießers und des feudalen Elitemilitaristen, die beide im Juden einen Störenfried ihrer „Ideale“ sahen.

Für den Spießler ist der Jude der Mensch, der durch Fleiß, durch Nüchternheit und Sparsamkeit es zu etwas bringt. Er wird durch Ausdauer und Opfer für seinen Lebenszweck wohlhabend. Er ist tüchtig in dem Fach, das er er-

wählt hat. Das ärgert und kränkt den Spießler, der viel im Wirtshaus sitzen muß, dessen Trink- und Spielleidenschaft stark an seiner Arbeit zehrt. Was der Jude verdient, glaubt der Spießler entginge ihm selber. Neid ist für den Spießler die Haupttriebfeder seines Hasses.

O, Hitler, der einmaligste Oberspießler, kannte die Seinen!

Für den feudalen Elitemilitaristen ist der Jude der Händler, der Krämer, den er, der Sälbelträger, der Lautsprecher, verachtet. Aber er fürchtet ihn auch, denn der Jude hat ein waches, scharfsinniges und kritisch eingestelltes Gehirn, er kann ihm nicht so mit seiner Groß- und Lautsprecherrei imponieren wie dem Volksteil der Spießler.

Aus diesen Kreisen des Ungeistes stammt dieser Menschenhaß, der nicht nur Bürger jüdischen Glaubens und jüdischer Rasse, sondern auch jeden menschlich Denkenden und Empfindenden, allein um des Daseins willen anfeindet. Da bäumt sich das niedere Ich auf aus seinem Blute gegen das andere Blut, die andere Art. Aber das kommt nicht aus dem guten deutschen Wesen. Nur der armselige, geistlose Teil des

deutschen Volkes hat sich von diesem Neide der Spießler und dem schlechten Haßinstinkt der Elitemänner wirklich vergiften lassen. Leider ist dieser schlechte Teil 1933 zur Macht gelangt, er siegte über den besseren.

Dieser Ungeist spukt allerdings schon seit längerer Zeit in unserem Volke. Nur überwog die Vernunft noch lange das andere (zur Zeit unsrer Väter wäre ein Hitler lächerlich und undenkbar gewesen) bis es 1933 zum Ausbruch kam.

Schon Heinrich Heine schreibt in seiner Schrift: „Ludwig Börne“ im Jahre 1830:

„Im Bierkeller zu Göttingen mußte ich einst bewundern, mit welcher Gründlichkeit meine altdeutschen Freunde die Proskriptionslisten anfertigten für den Tag, wo sie zur Herrschaft gelangen würden. Wer nur im siebenten Glied von einem Franzosen, Juden oder Slaven abstammte, ward zum Exil verurteilt. Wer nur im mindesten etwas gegen Jahn oder überhaupt gegen altdeutsche Lächerlichkeit geschrieben hatte, konnte sich auf den Tod gefaßt machen usw.“. Heine fährt fort:

„Vaterland, Deutschland, Glaube der Väter usw., elektrisieren die unklaren Volksmassen noch immer weit sicherer als die Worte: Menschheit, Weltbürgertum, Vernunft der Söhne, Wahrheit... Ich will hiermit andeuten, daß jene Repräsentanten der Nationalität im deutschen Boden weit tiefer wurzeln, als die Repräsentanten des Kosmopolitismus, und daß letztere im Kampfe mit jenen wahrscheinlich den kürzeren ziehen, wenn sie ihnen nicht schleunigst zuvorkommen... durch die welsche Falle.“

Heine meinte die Guillotine, übrigens eine deutsche Erfindung, schon im Mittelalter bekannt unter dem Namen: „Die welsche Falle.“

Ja, jetzt erlebten wir den Sieg dieser Bierkellergeister in Deutschland. Es waren die Enkel, die ihn in Erbpacht genommen, diesen Gespenstergestalt von Blut und Rasse. Er kam aus dem Blut und wurde mit der nazistischen Bluta- und Rassenlehre als „heiliges Verhängnis“ weitergegeben. Dieses Blut, dieser Ungeist siegte in Deutschland über den Geist der Großen, über den Menschengeist und die Menschenwürde, über unsre Kosmopoliten, die sich der Menschheit verbunden fühlten: Goethe, Schiller, Herder, Lessing, Novalis, Hölderlin und unsre großen Musiker Beethoven, Mozart, Bruckner. Das sind Weltgeister, unsre wahren Führer.

„Die schwarzen Röcke, die Livres ihres Wahnsinns“ haben die Ungeister auch damals ablegen müssen, aber nicht ihren Haß. Auch die Enkel heute mußten ihre Livres ausziehen. Laßt uns vor allem dafür sorgen, daß sie ihren Ungeist nicht weiter vererben können, daß Deutschland sich wieder seinen Großen zuwendet. Da gibt es keine Rassenprobleme, da gibt es nur Menschheitsprobleme. Der große Mensch, und jeder hat in seinem Schicksalstornister die Anweisung darauf, ein großer Mensch zu werden, steht über nationalen, rassischen und konfessionellen Streitereien. Er erkennt das Menschenrecht auf der ganzen Erde an in großen Gedanken und im reinen Herzen. — — —

Ihr Lehrer in den Schulen, seid euch der großen Verantwortung und Aufgabe bewußt, die ihr der deutschen Jugend und unsren größten deutschen schöpferischen Geistern gegenüber habt. — — —
Egon Christian Mund

Prof. Dr. Helmut Thielicke
(14b) Tübingen a.N.
Gartenstr. 79

den 31. Juli 1946

An den
Rat der Ev. Kirche in Deutschland
z. Hd. Herrn Landesbischof D. Wurm
Stuttgart
Gerokstr. 29

In Erwiderung des Schreibens von Herrn Landesbischof D. Wurm vom 18. ds. Mts. mit seinen Anlagen (Beschwerdeschrift der in Neu-Ulm internierten deutschen Generale und Admirale) erlaube ich mir, folgendes zu äussern und den beschwerdeführenden Herren zur Kenntnis zu bringen. Gleichzeitig bitte ich darum, daß der Rat der deutschen ev. Kirche mir seine eigene Stellungnahme zu der strittigen Frage mitteilen möge.

(Es erfolgt zunächst eine Erklärung darüber, wie der Artikel gegen den Willen des Verfassers, dazu entstellt und unmöglich verkürzt, in die Presse gelangte).

I. Zu Einzelheiten des Aufsatzes in der "Stuttgarter Rundschau".

1.) Ich muß es anderen überlassen, zu meiner persönlichen Gesinnung und Haltung gegenüber dem deutschen Soldatentum Stellung zu nehmen. Meine Auseinandersetzung mit Karl Barth über die Schuldfrage, insbesondere über das Ethos der jungen Offiziere, mag dafür als Material dienen.

Diese Vorlesung ist vor dem gleichen Kreise gehalten worden, dem ich auch ~~xxx~~ den von den Neu-Ulmer Generalen angegriffenen Aufsatz vortrug. Zwischen beiden ist der von den Generalen hervorgehobene Widerspruch (vgl. Brief des Stadtpfarrers Winter, Ulm, vom 10.5.46) in keiner Weise empfunden worden. Wohl aber wurden ~~beide~~ Arbeiten von nichtdeutscher Seite in schärfster Weise kommentiert. So ist es in der Schweiz, in Holland, Frankreich und England geschehen, z.T. in heftigen und geifernden Pressefehden.

2.) Obwohl ich von Anfang an immer nur von einem "grossen Teil" der deutschen Generalität und keineswegs von ihrer Gesamtheit gesprochen habe, ist die ursprüngliche Fassung schon vor meinem Besuch im Lager Neu-Ulm geändert worden, weil ich den Eindruck gewann, daß bestimmte Kreise, bei denen ich gar keine Zustimmung finden wollte, aus jener Stelle Kapital schlagen. So habe ich statt von einem "grossen Teil" nur von einem "Teil" bzw. "einer Anzahl" der deutschen Generale gesprochen (s.z.B. Schwäbisches Tageblatt Nr. 3 vom 28.9.45). Ebenso habe ich bereits in dieser Gestalt des Aufsatzes die Stelle von dem "willensbetonten Kinn" weggelassen, mit der ich den Widerspruch zwischen der Gestalt des "motorischen Willensmenschen" auf der einen und dessen innerer Haltlosigkeit (sofern es ohne religiöse Bindungen ist) auf der anderen Seite illustrieren wollte. Zur Weglassung bewog mich nicht eine ~~sachliche~~ Umorientierung, sondern abermals die Erwägung, daß man diese Illustration karrikaturistisch verstehen und daraus wiederum billiges Kapital schlagen könnte. An der anthropologischen Beobachtung, die in jenem scharfen Bilde zum Ausdruck kommt, liegt mir nach wie vor viel. Man möge nur aus der Weglassung sehen, daß ich nicht kränken und polemisieren, sondern eine möglichst drastisches Paradigma für einen theologischen Tatbestand aufstellen wollte.

Im übrigen wurde ich durch den stark entstellenden Auszug im "Schwäb. Tageblatt" selber unliebsam überrascht, habe in einer öffentl. Vorlesung dagegen protestiert und die fehlenden, auf die Alliierten bezogenen Abschnitte öffentlich vorgelesen - - was später für mich ~~xxx~~ neben anderen Momenten zu einer Maßregelung führte.

3.) Zur Veröffentlichung in der "Stuttgarter Rundschau", die den Hauptanlaß für den Neu-Ulmer Protest abgegeben hat, ist es in der folgenden Weise gekommen:

Ein Redakteur dieser Zeitschrift hat mich bei einem Besuch dringend um einen Beitrag für eine der ersten Nummern. Ich ließ mich dann auf seine Bitte bestimmen, ihm den genannten Aufsatz mitzugeben (und zwar in der mir gerade greifbaren Gestalt), jedoch mit der strikten Weisung ihn vorerst nicht zu publizieren, sondern nur festzustellen, ob die Zeitung es wagen könne, ihn ungekürzt zu veröffentlichen. In diesem Falle sollte er mir das Manuskript zurückschicken, damit ich einige Partien für den Druck vorbereiten und ändern könne. Das wurde mir zugesagt.

Entgegen dieser Verabredung wurde der Aufsatz gleich gesetzt. Immerhin hat der Schriftleiter mit die Korrektur zugeschickt, um mir Gelegenheit zur Änderung bzw. Stellungnahme zu geben. Durch einen Kanzleiirrtum wurde die Korrektur aber nach Heidelberg geschickt statt nach Tübingen, sodaß sie mich erst erreichte, als der Aufsatz - wiederum infolge einer Unkorrektheit - ohne mein Placet bereits veröffentlicht war. Nachdem mir der Irrlauf der Korrektur bekannt wurde, habe ich - noch ehe sie mich erreichte - einfach unter Hinweis auf die gebrochene Absprache an die Schriftleitung telegraphiert, daß ich den Druck untersäge. Doch war die Zeitschrift, wie mir dann mitgeteilt wurde, bereits erschienen.

Ich war aufs tiefste empört, weil der Aufsatz auch in den Partien, die noch von mir stammten, in einer Form veröffentlicht war, die ich angesichts der Verleumdungsfeldzüge gegen das deutsche Soldatentum in der Presse und der anderen, inzwischen eingetretenen Lageänderungen so nicht mehr für veröffentlichungsgeeignet hielt.

Ausserdem war der Aufsatz entgegen der Absprache sehr tendenziös und entstellend gekürzt worden.

Ich teilte daraufhin dem Schriftleiter, der sich sofort angelegentlich entschuldigte mit, daß ich einen Widerruf verlangen müsse bezgl. der Stelle über die Generalität. Das ist dann in einer mich halbwegs befriedigenden Form in der folgenden Nummer geschehen (s. Anl.). Aber auch hier ist meine Formulierung nicht angenommen worden.

Ich nehme an, daß damit die Äussere Geschichte jener Veröffentlichung geklärt ist: Man hat mir gegen meinen Willen und ohne daß ich Einfluß darauf gehabt hätte, das Verfügungsgerecht über meine eigenen Worte genommen und sie in entstellender Weise wiedergegeben.

II. Zum Sachlichen:

Wenn ich im Folgenden die mir schmerzliche Aufgabe habe, meine Argumente gegen einen Teil der deutschen Generalität in Auseinandersetzung mit der mir übersandten Denkschrift zu begründen und damit erneut dem Verdacht mich auszusetzen, eine "Dialektik auf Kosten Wehrloser" zu betreiben, so tue ich das nur deshalb, weil ich natürlich den Vorwurf der "Verleumdung und Ehrabschneidung" nicht auf mir sitzen lassen kann (vgl. Br. v. Gen. Oberst Lindemann an Landesbischof Wurm vom Juni 1946). Ich möchte aber trotz der Härte dieses Vorwurfes zum Eingang betonen, daß ich den falschen Schein, in den ich gekommen bin (vgl. Absch. I, 2 u. 3 des Schrb.) als einen wesentlich mildernden Umstand verstehe und deshalb nicht aus der Empörung heraus schreibe. Ich betone ferner, daß ich nicht nur aus Gründen der Selbstverteidigung antworte, sondern vor allem auch deshalb, weil mir daranliegt, den Neu-Ulmer Generalen mein Anliegen verständlich zu machen und ihren Eindruck korrigieren zu helfen, als stünde die Kirche ihrem Schicksal

verständnislos und vielleicht sogar mit dem üblich gewordenen antisolidarischen Ressentiment gegenüber. Endlich betone ich noch, daß ich diese meine Denkschrift nicht als eine für die Öffentlichkeit bestimmte Anklageschrift gegen die Generale auffasse, sondern als den Bestandteil eines Gesprächs mit den Generalen, das nur sie und die von ihnen angerufene ev. Kirche angeht. Ich schreibe aus dem Wissen um die gemeinsame Verflochtenheit in eine Schuld, von der ich allerdings auch die Generale nicht freisprechen kann.

1.) Um nicht den Eindruck einer *captatio benevolentiae* zu erwecken, kann ich nur in sehr knapper Weise darauf hinweisen, daß die in der Denkschrift aufgewiesenen Konflikte und Einzelschicksale mich tief beeindruckt und in meiner auch vorher schon bestehenden Überzeugung bestärkt haben, daß man im Falle der deutschen Generalität ebensowenig wie sonst ein Kollektivurteil fällen kann, sondern differenzieren muß. Dem von mir akzentuierten Teil der deutschen Generalität steht ganz gewiß eine stattliche Anzahl von ganz anderen Vertretern gegenüber. Einige von ihnen werde ich im folgenden zu erwähnen haben.

Ebenso aber meine ich betonen zu müssen, daß man auch innerhalb des von der Denkschrift ziemlich pauschal dargebotenen statistischen Materials selbst genauer zu differenzieren hätte. Ich könnte in einigen Fällen nur vermutender Weise aussprechen, wie jene Abstufungen auszu-sehen hätten, da mir die aktenmäßigen Grundlagen fehlen. Nur auf einen Fall möchte ich doch hinweisen: darauf, daß Feldmarschall v. Blomberg in den vorliegenden Statistiken einfach bei den "Gemeßregelten" auftaucht. Und doch wird man sagen müssen, daß der Grund für "seine" Maß-regelung eine wesentlich andere war, als bei den Märtyrer-Generalen des Regimes. Soweit ich unterrichtet bin, ist sein Sturz sogar von Seiten der deutschen Generalität um der Standesehre willen bei Hitler gefordert worden.

Ich fürchte, daß dieses Fehlen genauerer Differenzierung der Statistik einen wesentlichen Teil ihres Wertes nimmt, denn ich nehme an, daß es in anderen Fällen, wenn auch in weniger krasser Form, ähnlich ist.

2.) An der Denkschrift fällt mir auf, daß die unabwendbare Zwangsläufigkeit der von Hitler ausgelösten und gesteuerten Entwicklung immer wieder an einem späteren Stadium des Prozesses aufgewiesen wird (auf die Andeutungen über die ersten Stadien komme ich gleich noch zurück). Selbst wenn ich nicht Theologe wäre, der hier ganz bestimmte Gesetze wirksam sieht und wenn ich nur als unbefangener Beobachter den Ablauf des dritten Reiches beobachtet hätte, so würde ich nicht bezweifeln, daß von einem bestimmten Augenblick an das zunächst freiwillige Mitgehen mit diesem System zu einem zwangsläufigen Getriebenwerden führen mußte. Umso dringlicher stellt sich dann aber die Frage, wie es zur Auslösung jenes Prozesses gekommen ist und ob es nicht wenigstens während seiner Vorstadien Augenblicke gegeben habe, in denen eine verantwortliche Stellungnahme oder Steuerung noch möglich war. Gerade diese Frage aber ist mir theologisch wichtig. Denn als Christ weiß ich, daß jede Schuld von einem bestimmten Augenblick an einen mich knechtenden Prozeß inauguriert, dem ich nicht mehr zu entinnen vermag und den man außerhalb der Christenheit als tragisch zu bezeichnen pflegt. Diesen Tatbestand umschreibt das Dogma von der Erbsünde. Es redet von der Sünde, die mich einem zwangsläufigen Ablauf unterwirft, ohne mich allerdings durch diese höhere Gewalt zu entlasten. Diese Entlastung tritt ganz einfach deshalb nicht ein, weil in dem späteren Getriebenwerden mein eigenes Treiben und meine ursprüngliche Initiative aufgenommen ist und wirksam bleibt. Man braucht nur die ersten Kapitel der Bibel zu lesen um sich die nötigen Auskünfte über diese Schau zu holen. Luther hat in seinem Buch über den "Geknechteten Willen" die letzte Folgerung daraus gezogen.

Bei allen positiven Eindrücken, die ich bei der Lektüre der Generalsdenkschrift empfangen habe, kann ich gleichwohl nicht umhin zu erklären, wie negativ es auf mich gewirkt hat, daß die Frage der noch offenen Initiative und damit die offene Möglichkeit des Schuldigwerdens auch dort in keiner Weise auftaucht, wo jede Vorstadien behandelt werden. Die Generale empfinden sich auch während dieses Zeitabschnittes offenbar nur als Gegenstand und Instrument und nicht als verantwortliche Träger der Geschichte: Sie erscheinen z.B. als Gegenstand von Täuschungsmanövern, als Opfer aussenpolitischer Erfolge und deren blinder Kraft; sie erscheinen als solche, die vor den Kulissen saßen und keinerlei Einblick in die Hintergründe der Regie hatten; sie erscheinen ferner als Männerbund, an dessen sich das Schicksal der Offiziers-tradition insofern auswirkt, als ihnen diese Tradition jedwedes politische oder moralische Kriterium gegenüber dem sie engagierenden Führer zu verbieten scheint (jedenfalls in dem Sinne zu verbieten scheint, daß darauf kein aktives Sich-Versagen und Nicht-Mitmachen hätte folgen können). Sie haben sich als Instrument empfunden, ohne sich im Ernst die Fragen nach dem Vorzeichen zu stellen, das ihr Werk steuerte.

Wo wird in der ganzen Denkschrift dieser Gesichtspunkt des Vorzeichens auch nur im Ernst angerührt? Ich habe bei Gesprächen im Iaser- Neu-Ulm folgendes erklärt und dabei keinen mir erinnerlichen Widerspruch erfahren (lt. Tagebuch-Notiz):

"Jeder Mensch und jeder Menschentyp habe seine besondere Anfälligkeit, sozusagen seine Achillesferse, gegenüber dem Teufel; und zwar pflege diese Gefährdung in der Regel mit den grössten Eigenschaften zusammenzuhängen. So sei die grösste Eigenschaft des Soldaten seine Treue und sein Gehorsam, seine Bereitschaft, nur dienendes Instrument zu sein. Gerade dieser Charakter als dienendes Instrument aber bringt es mit sich, daß in Zeiten, in denen eine persönliche Bindung an Gott fehlt, die Unfähigkeit um sich greift, den Gehorsam gegenüber Gott und den Gehorsam gegenüber den Menschen zu unterscheiden, echte Gefolgschaft und Kadavergehorsam voneinander zu trennen und ~~noch~~ immer noch in selbstvollzogener Entscheidung (trotz des Instrumentencharakters) verantwortlich zu sein. Das bloße Gehorsamsthos mache geneigt, als moralisches Kriterium nur die Frage gelten zu lassen, inwieweit man seinen Dienst ordentlich getan habe, aber nicht mehr, ob der Name, in dem man handle (in diesem Fall der Name "Nationalsozialismus") verrichtet sei und dadurch eine auch noch so exakte Dienstleistung und Berufstreue ethisch in Frage stelle".

Ich frage: Wo kann bei dieser Grundhaltung im Ernst noch der Imperativ befolgt werden: Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen! Denn dieser Imperativ setzt doch voraus, daß es nicht nur eine Hierarchie der Werte gibt, welche durch die Vollkommenheitsstufen meines menschlichen Gehorsams und meines Könnens bestimmt ist, sondern daß es vor allem die Spannung gibt im Gehorsam gegen Gott und im Gehorsam gegen die Menschen und daß ich folglich bereit sein mus, den Menschen und das System in Frage zu stellen, denen ich diene. Tue ich das nicht mehr, so entsteht echte Schuld und alle Opfer, die ich im Namen eines falschen und verruchten Vorzeichens bringe, sind damit trotz der ihnen innewohnenden Leistung relativiert und dem Gericht und der Gnade Gottes überantwortet. Nicht nur die evangelische, sondern auch die katholische Lehre von den Werken gibt hier die gleiche und eindeutige Auskunft.

Aus einem ganz besonderen Grunde scheint es mir zu dieser letzten Fehlentscheidung gekommen zu sein. (Ich denke, daß damit schon deutlich geworden ist, wie sehr dieses Schuldphänomen nur auf der theologischen Ebene heraustritt. Darum hat das, was ich hier unter Schuld verstehe, auch nur sehr wenig mit dem zu tun, was irdische Gerichtshöfe, zumal im gegenwärtigen Augenblick, darunter verstehen.)

In dem Augenblick, wo die Verantwortung von Gott selbst wird, bezieht sie sich nur noch auf einen dem Handeln selbst immanenten Wert und also auf die Frage, ob ich "Wertarbeit" geleistet habe (z.B. militärisch saubere Fachleistungen). Besonders deutlich wird das immer wieder auf der Ebene der Technik, die ja in ähnlicher Weise einen instrumentalsten Sinn besitzt, wie das militärische. Auch der führende Techniker pflegt sich erschreckend oft von der Frage zu dispensieren, wem seine Erfindungen dienen und bezieht stattdessen sein Ethos ausschließlich auf die Leidenschaft und das Können, mit denen er sachlich bestimmte Wertarbeit leistet. Hier zeigt sich jene "Flucht in die Sachlichkeit", die uns im letzten Jahrzehnt auf der einen Seite gewaltige Sacherfolge erzielen, andererseits aber nicht mehr bemerken ließ, daß diese Erfolge das Chaos heraufbeschwören mussten, weil sie in seinem Namen errungen waren.

In ähnlicher Weise hat auch der führende Soldat weiterhin sein Berufsethos ausschliesslich an die sorgfältige und wahrlich opferreiche Erfüllung der ihm übertragenen, sachlichen Führungsaufgaben gesetzt, ohne die persönliche Entscheidungsfrage gegenüber dem Vorzeichen zu stellen. Ich belege das in doppelter Weise:

- a) mit einem höchst charakteristischen Zitat aus der Zuschrift von Generalleutnant S....., das mit dem Geist der Denkschrift übereinstimmt: "Die Verantwortung, die wir vor unserem Gewissen, vor unseren Vorgesetzten, vor den uns anvertrauten Soldaten, vor dem deutschen Volk, vor Gott zu tragen hatten, lag in der Forderung, unseren Führungsaufgaben gerecht zu werden, also die befohlenen Angriffsziele zu erreichen oder die Frontabschnitte, die uns übertragen waren, zu halten, dem Feind den Sieg zu verwehren und dann unsere Soldaten, mit denen wir uns in einer verschworenen Kampfgemeinschaft verbunden fühlten, auszubilden, zu erziehen, seelisch und leiblich für sie zu sorgen. Und dieser Verantwortung waren sich die Generale..... mit ganz wenigen Ausnahmen bewusst. Wir haben als Generale unsere Gewissensverantwortung getragen, dafür unsere ganze Ehre und Persönlichkeit eingesetzt und sind damit dem Vorbild der alten Generale des christlichen Preussens - ohne daß das in Abrede gestellt werden kann - getreulich gefolgt..... Wenn wir so gehandelt haben, so taten wir das nicht gegen unser Gewissen, sondern gerade diesem Gewissen folgend

Gerade diese Bezugnahme auf die alten Generale des christlichen Preussens bestreite ich entschieden - trotz aller gebrachten Opfer und der subjektiven Reinheit des Ethos. Es liegt hier ein sehr prinzipieller Unterschied vor. Denn jene alten Generale haben ihre Gewissensverantwortung eben nicht auf den sachlichen Sektor der Berufserfüllung begrenzt gesehen, sondern haben ihrem Monarchen gegenüber immer wieder die grundsätzliche Frage des Rechtes gestellt. Ich gebe dabei Herrn Gen. Oberst v. Mackensen, der mir schrieb, gerne zu, daß der Vergleich seine Schwierigkeiten hat, weil Hitler nicht nur diesen Kopf, sondern auch den der Angehörigen nahm. Aber die ungleich erschwerte Lage, unter Hitler, erlaubt uns nicht, die Grundsätzlichkeit des Problems zu entschärfen.

b) Der zweite Grund, der die personenhafte Entscheidungsverantwortung zugunsten einer sachlichen Ausführungsverantwortung übersehen läßt, steht in der Art, wie man das Verhältnis von militärischen und politischem Bereich sieht:

Nach der Denkschrift (S.5) entspricht es der in allen Kulturstaaten bestehenden Auffassung, daß es "die Sache der Politiker, nicht aber die Sache der Generale sei, Politik zu treiben und Politik zu machen".

Ein Angehöriger des höchsten deutschen Adels, General des ersten Weltkrieges, weist in einem Brief über meine Arbeit auf die Problematik des unpolitischen Generals in folgenden Sätzen hin:

"In jahrhundertelanger Folge war der preussisch-deutsche Offizier zum militärischen, nicht zum politischen Denken erzogen worden. Das war seine Stärke, solange ein Monarch über ihm stand, der sich Gott verantwortlich fühlte, das seine Schwäche, als ein gottloser Verbrecher die Geschicke der Wehrmacht lenkte, ja sich selbst zum obersten militärischen Befehlshaber machte. Da war es zu spät, politisch denken zu lernen. Sie (die Generale) wollten auch nicht alle Schäden der Führung, der Partei pp. hören, weil sie sonst all' das Schwere an der Front einfach nicht ertragen hätten. (Viele haben mir das zu Hause auf Urlaub zum Ausdruck gebracht). Erzogen zu dem militärischen Grundsatz "Befehle werden ausgeführt" wurden sie ratlos, als sie an der obersten Spitze und ihren Maßnahmen zu zweifeln begannen. Daß viele darunter waren, denen es viel bequemer war, Befehle auszuführen, als darüber nachzudenken, wie man sie verhindern könne, das gebe ich unbedingt zu. Daß häufig persönlicher Ehrgeiz, Opportunismus und sonstige menschlich unerfreuliche Erwägungen eine Rolle gespielt haben können, soll nicht geleugnet werden. Aber ein Witzleben, der seinen grauenhaften Tod wie ein Held getragen hat - er war ein frommer Christ - und viele andere haben bewiesen, daß es trotz Absinkens des inneren Verantwortungsgefühls bei Vielen doch noch Männer gab, die es bis zur letzten Konsequenz zu erweisen den Mut hatten".

Hier ist m.E. alles Entscheidende richtig gesehen: Wenn nämlich ein General sich um Politik kümmert, kann das u.U. etwas ganz anderes bedeuten, als daß er sich in ein anderes "Ressort" einmischt. Solange der preussische Monarch alten Stils an der Spitze war, hatte dieser Grundsatz seine Geltung, weil der dienende Soldat über das Vorzeichen seines Handelns insofern beruhigt sein konnte (von Ausnahmefällen abgesehen), als für seinen obersten Befehlshaber die gleichen, verpflichtenden Normen galten, wie für ihn selbst. Insofern konnte er sich in den moralischen, rechtlichen und politischen Bereichen, die gleichsam hinter der Bühne des militärischen Handelns lagen, ruhig von ihm vertreten lassen.

Sobald ein Verbrecher an der Spitze stand, dessen wahre Natur sich zunehmend enthüllte und für einen aufmerksamen Beobachter und Leser seiner Schriften von den Anfängen an nicht unerkennbar war, musste der Übergang in den politischen Bereich in dem Augenblick geboten sein, wo man die Frage zu stellen und ernstzunehmen hatte: Vor welchen Wagen bin ich gespannt? Sich um die politischen Dinge kümmern, musste nun heißen: Die Vorzeichenfrage bedenken und sich dabei dem Imperativ zu stellen: Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen. Der politische Bereich und der ethische Entscheidungsbereich waren zwar nicht kongruent geworden, überschritten sich jedoch weitgehend.

Wer trotzdem in den späteren Stadien des 3. Reiches immer noch die Politik als ein dem Soldaten prinzipiell fremdes Ressort begriff, statt es als einen Bereich aufzufassen, in dem die Entscheidungsfrage über Sinn und Unsinn, Erlaubtheit oder Schuld des eigenen Lebenswerks unüberhörbar dringlich gestellt wurde, der hätte sich spätestens belehren lassen müssen dadurch, daß der Nationalsozialismus ja s e l b e r auf eine zunehmende Politisierung des Soldatenstandes drängte. Er verlangte das aktive Bekenntnis zu einer Idee und suchte es durch entsprechende Institutionen zu erzwingen. War es d a n n aber nicht Vogel-Strauß-Politik im grössten und verhängnisvollsten Stil, wenn die hinter der Denkschrift stehenden Generale ihrerseits an der These vom a-politischen Charakter des Soldaten festhielten? Konnten sie im Ernst glauben, daß sich einer ihnen zugemuteten politischen Entscheidung mit einem alpha privativum und nicht mit einer Gegenentscheidung widerstehen ließe? Oder, falls die Umsetzung dieser Gegenentscheidung in geschichtliches Handeln unmöglich gewesen sein sollte, konnten sie im Ernstfall glauben, daß sie sich für die in der Politik fallende Entscheidung über das Vorzeichen ihres Handelns für uninteressiert und unzuständig halten dürfen? Zu dieser Frage sei der Brief Dr. Goerdelers an Gen. Feldmarschall v. Kluge vom 25.7.43 zitiert:

"Mit diesem Kriege sehen sich die militärischen Führer zum ersten Mal vor einem Konflikt mit einer politischen Führung feststellt, die diese Überkommenen Grundlagen von Ehre und Anstand zum alten Eisen geworden hat. Aber sie sind kein altes Eisen, sondern enthalten ja gerade diejenige, lebendige Kraft, die jene Gemeinschaft zu ihrem Bestande nötig braucht, insbesondere eine Gemeinschaft, die höchste Opfer verlangt. Das Volk fühlt von Woche zu Woche klarer, daß die höchste Pflicht des Mannes, für das Vaterland sein Leben einzusetzen, zu selbstsüchtigen oder unsinnigen Zielen mißbraucht wird. Auch in vielen Soldaten lebt diese Erkenntnis. Der Soldat aber braucht die Einheit zwischen sittlicher Forderung und gegebenem Opfer. Beobachtet man Spannungen in diesem Punkt, so muß sich das schwer rächen. Die einzige Spaltung, die es in Deutschland geben darf, ist die zwischen anständig und unanständig.

Diese Worte umschreiben ganz klar, in welchem Maße auch der General verantwortlich für den politischen Bereich ist, insofern gerade von diesem her die Einheit zwischen "sittlicher Forderung und gegebenem Opfer" zerbrochen werden kann. Ein Grundfehler im traditionellen soldatischen Ethos scheint mir darin zu bestehen, daß man es von dem tiefgreifenden Strukturwandel in der politischen Welt (Übergang vom christlichen Monarchen zum verbrecherischen Usurpator) unberührt bleiben ließ und die ehrwürdige Tradition zu einer musealen Glasglocke machte.

Diese Zuständigkeitserklärung ist aber nun in schuldhafter Weise unterblieben, nicht nur bei den Generalen, sondern in verschiedenen Graden auch bei den meisten von uns. Diese Schuld fällt nun umso mehr auf und auch ins Gewicht, je repräsentativer und bevollmächtigter ein Stand ist.

Ich glaube, daß der letztzitierte General auch den entscheidenden Grund für dieses Versagen richtig analysiert hat: Man w o l l t e die geschichtlichen Hintergründe nicht sehen, weil die innere Lage, besonders des Frontsoldaten und des Frontoffiziers, damit in schwere und lähmende Konflikte gestürzt wurde. Freilich ist dies der edelste unter den anzuführenden Gründen. Es gibt daneben auch zweifellos Motive des Selbsterhaltungstriebes und des Opportunismus, für die die Beispiele zu nennen nicht meines Amtes ist. Mir geht es ausserdem nicht um zahlenmäßig begrenzte Entgleisungen (ich nehme entgegen vielen Pressebehauptungen an, daß es sich nur um solche handelt) weil sie überall vorkommen, für die Generalität darum a-typisch sind und weil sie überdies bis zu einem gewissen Grade den Ehrenschild eines Standes nicht zu beflecken brauchen.

Gleichwohl hätte ich die Denkschrift mit einer ganz anderen Befriedigung gelesen, wenn sie sich von diesen Entgleisungen abgehoben und nicht in einer sehr undifferenzierten, kompakten, gleichsam pauschalen Weise die Standesehre als solche zu wahren gesucht hätte! M.E. wäre diese Ehre dadurch besser gewahrt und auch für ausserdeutsche Stellen glaubwürdiger geworden.

Ich will vielmehr die Schuld gerade in der menschlich höchsten Form aufzeigen und weiß mich damit in der Linie des neuen Testaments. Denn hier wird das eigentliche Problem der Schuld a u c h nicht an Zöllnern und Dirnen, sondern an ethisch höchsten Erscheinungsbildern der humanitas aufgewiesen (Pharisäer, reicher Jüngling usw.) Ich habe in meiner Barth-Vorlesung in diesen Zusammenhängen von der soldatischen "Heuchelei vor sich selbst aus Ehre" gesprochen. Zahlreiche Zuschriften junger Offiziere und auch einige Worte aus dem Mund der Neu-Ulmer Generale haben mich glauben lassen, daß ich hier verstanden worden sein. -

2.) M.E. habe ich damit den springenden Punkt in meiner Auseinandersetzung mit der Denkschrift klar herausgestellt. Alles weitere kann nur die Bedeutung einer Unterstreichung und Illustration besitzen.

S.4.f. der Denkschrift wird besonders deutlich, inwieweit man die kritische Frage gegenüber dem Hitlerregime immer nur soweit vortrieb, daß sie die Gestalt annimmt: "Wie können wir den uns übertragenen Dienst in den Grenzen des Möglichen ordentlich durchführen?" Soweit ich sehe, nimmt sie aber nie die Gestalt an: "Ist dieser Dienst prinzipiell überhaupt noch möglich - ist er um des "Vorzeichens" willen möglich, durch das er bis ins letzte determiniert ist?" (Ich verstehe dabei durchaus die in der Denkschrift dargelegte und von einem bestimmten Augenblick an tatsächlich gegebene Unmöglichkeit, umfassende praktische Folgerungen aus der Antwort auf diese Frage zu ziehen, z.B. Umsturz, Putsch usw. Aber daß sie in dieser Form garnicht gestellt wird, läßt doch erkennen, wieso an den Fundamenten des in der Denkschrift vertretenen Berufsethos etwas nicht in Ordnung sein kann.

Daß die Frage nie in dieser grundsätzlichen Schärfe gestellt wird, kommt in dem Satz S.4 unten zum Ausdruck: "Jeder Einzel- oder Massenrücktritt, jede Dienstverweigerung oder Streik der Generale hätte zu einer sofortigen Ersetzung dieser Generale durch jüngere, nach oben strebende Offiziere der Wehrmacht, durch SS-Kommandeure oder sonstige Parteioxponenten geführt. Die Generale hätten durch ihre Weggehen den Weg freigemacht für gefügigere und fachlich weniger qualifizierte Persönlichkeiten und damit die Machtstellung Hitlers und der Partei nur noch gestärkt."

Mit anderen Worten: Statt der prinzipiellen Frage nach dem "Vorzeichen" macht sich ein praktischer und sehr sublimierter Opportunismus geltend, der nach der Maxime verfährt: "Um Schlimmeres zu verhüten ..." Mit dieser grundsätzlichen Ungrundsätzlichkeit des Lawierens ist nicht nur die Wehrmacht, sondern auch... die K i r c h e im dritten Reich auf den Abweg geraten. Ich lasse in diesem Zusammenhang Herrn Bischof Wurm sprechen, der einem General des vorigen Weltkrieges gegenüber im Zusammenhang mit einer früheren Veröffentlichung meines Artikels Folgendes geschrieben hat und damit genau in der mir ebenfalls vorschwebenden Weise das Problem des grundsätzlichen Handelns aufrollt:

"Es gab und gibt im Frieden und im Kriege Lagen und geschichtliche Augenblicke, wo der Gehorsam gegen Menschen zum Ungehorsam gegen Gott wird, wo dann schliesslich der Zweck alle Mittel, jede Gewalt und jede Unwahrhaftigkeit heiligt; und es gibt Fälle und geschichtliche Situationen, wo die Verweigerung des Gehorsams gegenüber einem menschlichen Befehl und gegenüber denen, die Gewalt haben, zur

moralischen und religiösen Pflicht wird, weil es der Gehorsam gegen die höchste Autorität, gegen Gott den Herrn fordert. Dazu gehört dann freilich die entschlossene Bereitschaft, alle Folgen solcher Gehorsamsverweigerung auf sich zu nehmen, auch wenn damit Ausserlich vielleicht gar nichts erreicht wird, so doch um Gottes und um der Menschen willen als aufgerichtetes Zeichen für die Grenze, die hier unverrückbar steht. Es gibt, gottlob, wie sie selbst wissen, in der Vergangenheit bis hinein in die Gegenwart unter Uniformträgern und unter Zivilisten genug hochachtbare Beispiele für diese Haltung. Es wäre sicherlich vieles andere gegangen, wenn die verantwortliche Generalität seinerzeit sich einmütig um Herrn Gen. Oberst v. Fritsch geschart und mit ihm entschlossenenen Widerstand gegen die schon damals deutlich sich abzeichnende weltanschauliche, politische und militärische Entwicklung geleistet hätte - von späteren Gelegenheiten zu schweigen....
(Brief an Herrn Generalleutnant a.D.N. v.10.11.45).

Ich füge meinerseits noch hinzu, daß mir die Hilflosigkeit und das Schwanken im Grundsätzlichen besonders auch an folgenden Tatsachen deutlich wird (selbstverständlich bis zu etwaiger besserer Belehrung)
a) an der Tatsache, daß weder aus dem 30. Juni 1934, wo die Generalität einen der ihren auf schmachvolle Weise verlor, noch aus der Fritsch-Affaire, wo einer der ihren in ein ehrenschneiderisches Verfahren verwickelt wurde, noch aus dem 20. Juli 1944, wo angesehenste Generale stranguliert wurden, noch aus vielen anderen Tatsachen (Kz, Irrenmorde usw.), die der Generalität unmöglich ganz verborgen bleiben konnten, auch nur die Konsequenz einer Ehrenerklärung und Distanzierung in irgendeiner Form der Öffentlichkeit gezogen wurde.

In der Schrift von Prof. Erich Weniger "Zur Vorgeschichte des 20.7.44" wird in diesem Sinne als Ansicht des Generals v. Stulpnagel referiert: "Schon die Fritsch-Krise hätte den moralischen, die Verabschiedung des weitblickenden Generalstabsoberbefehlshabers Beck den militärischen, die Besetzung Prags den politischen Anlaß zur Auflehnung gegen die oberste Führung geben müssen. Daß die Wehrmacht das schreiende Unrecht gegen den Generaloberst v. Fritsch stillschweigend hinnahm, lähmte für die Folgezeit ihre moralische Kraft. Sie musste danach die Kaltstellung des Gen. Oberst Blaskowitz wegen seiner Proteste gegen die Taten der SS in Polen ebenso hinnehmen wie die formlose Absetzung und Diffamierung von Generalen, die nur ihre Pflicht getan und das Menschenmögliche geleistet hatten".

Wenn aus diesem Grunde, d.h. wegen dieser verpassten Gelegenheiten und der damit gegebenen Selbstausschaltung die Generalität passiv zusehen musste, wie sie ihre Besten in ehrenrühriger Form verlor, so ist es mir zum mindesten zweifelhaft, ob sie die Märtyrer-Generale einfach auf ihr Verdienstkonto buchen darf, und ob nicht vielmehr umgekehrt die lange Liste dieser erschütternden Schicksale eine Anklage gegen sie enthält. Ich würde es nicht für moralisch gerechtfertigt halten, nun selbst ein pauschales Urteil in diesem Sinne abzugeben. Man würde innerhalb des mitgegebenen statistischen Materials sehr genaue Scheidungen in diesem Sinne vornehmen müssen, die zu treffen ich selbst aus Mangel an Unterlagen nicht in der Lage bin und aus beruflichen Gründen auch nicht befugt bin. Ich möchte nur das Problem als solches aufdecken.

Wenn die Denkschrift in diesem Zusammenhang den Vergleich mit anderen Berufsständen herausfordert, so möchte ich im vollen Bewusstsein um das vielfältige Versagen auch der deutschen Christenheit doch darauf hinweisen, daß die Kirche wiederholt öffentlich das Verbrechen beim Namen genannt und ihre Märtyrer in zahlreichen Fällen nicht dem öffentlichen Totgeschwiegenwerden überantwortet, sondern öffentliche Fürbitte geleistet hat.

b) an der Tatsache, daß sich gemäßregelte Generale immer wieder neu berufen, absetzen und wieder berufen ließen. Ist ihnen an ihrer Entlassung niemals eine grundsätzliche Entscheidung von Seiten der Hitlerfront aufgefallen? Wie konnten sie dann aber ihrerseits grundsatzlos ihren Dienst immer neu zur Verfügung stellen? Ich gestehe, daß mir dieses ständige Sich-wieder-zurückpfeifen-lassen auch ganz abgesehen von den grundsätzlichen Hintergründen, vom Standpunkt männlicher Ehre aus, unverständlich ist. Offenbar gingen diese Generale von der Erwägung aus, daß sie zwar die Verantwortung nicht übernehmen könnten, daß sie aber in dem Augenblick, wo sie ein anderer übernahm und sie sich als dessen blosses Instrument betrachten durften, wieder zur Verfügung stellten. Darin wird der gleiche Krebs- und Grundschaten deutlich, den in dieser Denkschrift aufzuzeigen ich genötigt bin.

3) Die ganze Aporie, die ich immer wiedererkenne, ist in einem höchst charakteristischen Satz der Denkschrift zusammengefasst, der die tiefsten Hintergründe des Schuldproblems - gerade für den Christen beleuchtet, der aber vermutlich auch bei der gerichtlichen Verwendung der Denkschrift noch eine Rolle spielen wird. Ich meine den furchtbaren, in Gestalt einer Frage geäußerten Satz S.8:

"Mussten die deutschen Generale in der Zeit von 1933 bis 1945 der Auffassung sein, einem verbrecherischen Regime zu dienen? Es soll hier nicht von Verbrechen gegen die Gesetze der Moral gesprochen werden - dies geschieht in Nürnberg - sondern von Verbrechen gegen die Gesetze der Geschichte."

Diesmal muß ich es in aller Härte aussprechen: Dieser Satz zeugt von einem tödlich erkrankten Ethos und erklärt genau jenes Phänomen, das ich oben die "grundsätzliche Grundsatzlosigkeit" nannte, die allen (von mir wahrlich nicht bestrittenen) Hercismus im einzelnen in Frage stellt:

Wie kann man im Ernst die Frage, ob man einem verbrecherischen Regime dienen, unter Ausschluss der "moralischen" Fragestellung behandeln? Was soll die rein logisch schon so merkwürdige Feststellung, daß diese moralische Behandlung in Nürnberg geschehe? Soll das etwa heißen, daß nicht nur die Politik für den Soldaten ein fremdes Ressort sei, sondern nun auch die Moral, insofern ihn nämlich die moralische Stellung seiner obersten Befehlsträger nichts angeht? Kann es überhaupt etwas anderes heißen? Wird also das Regime, dem der General dient, garnicht mehr dem Kriterium unterworfen, ob es in ihm um Verbrecher oder um echte Obrigkeit geht? Hier tritt die Dispensierung der Vorzeichenfrage in einer Kraßheit in Erscheinung, die den wunden Punkt - wenn auch in wahrhaft grausiger Verzerrung - drastisch in Erscheinung treten lässt. Das war zugleich der Punkt, der Dr. Goerdeler am 25. Juli 1943 zu seinem Notschrei an Feldmarschall v. Kluge veranlasste und in dem er angesichts der unbegreiflichen Entschlußlosigkeit der deutschen Generalität gegenüber der Wahnsinnsführung - voll Bitterkeit ausruft:

"Nun kommt es wirklich so weit, daß ich selbst mich blamiert fühle und daß man mit in Süddeutschland, wo ich trefflichste Freunde habe, schon sagt, an allem sei der preussische Militarismus schuld (Das Wort "blamieren" bezieht sich auf den vorangehenden Satz "Ich gelte seit vielen Jahren als Militarist, als Bewunderer des Militärs, als Förderer milit. Wesens, als Freund manchen Generals. Es sind nicht törichte Männer, die das sagen, es sind Männer, die ein warmes Herz für Deutschland und für den deutschen Soldaten haben, die aber darüber verzweifeln, daß man sehenden Auges, denkenden Verstandes und fühlenden Herzens von Verbrechern und Narren das Vaterland in den Abgrund führen und die deutsche Jugend und die deutschen Männer willenlos in Tod und Verstümmelung treiben lässt."

Und was heisst "Verbrechen gegen das Gesetz der Geschichte"? heisst dies: Verbrechen gegen den Erfolg? In diesem Sinne ist die Geschichte als das grosse Welt-Forum jedenfalls von Goebbels immer interpretiert worden. Und wenn ich die folgenden Seiten der Denkschrift lese, muß ich feststellen, daß es wohl tatsächlich so gemeint ist. Wenn man den Weg Hitlers bis zum Münchener Abkommen (S.9) bedenkenlos bejaht und sich zu dem Satz versteigt, daß Hitler für den Fall, daß er am Tage von München einem Herzschlag erlegen sein "als einer der genialsten und grössten Staatsmänner in die Geschichte eingegangen wäre", so zeigt sich hierin nicht nur ein erschütternd amoralisches Erfolgsdenken, sondern auch eine mit diesem Denken notwendig verbundene Kritiklosigkeit gegenüber den letzten Zielen jener Politik, wie sie sich aus ihren vielfach gesünderten Grundsätzen (s. Mein Kampf) bereits damals ergaben und wie sie jedenfalls damals von nicht wenigen klar erkannt wurden. (Als Nicht-Historiker verzichte ich auf den von anderen erbrachten Nachweis, daß das Münchener Abkommen von Hitler selbst zunächst als Störung seiner viel weiter ausgreifenden Machtpolitik verstanden und darum von ihm selbst garnicht ernstgenommen und entsprechend sabotiert wurde). Ich entsinne mich genau, wie Goerdeler mir gegenüber im Gespräch sowohl das Münchener Abkommen, wie den späteren Sieg über Frankreich nicht als "Erfolge" verstanden wissen wollte, sondern vielmehr als retardierende Momente in einer unaufhaltsamen Unheilsgeschichte, die an die Stelle eines Endes mit Schrecken einen Schrecken ohne Ende zu setzen drohten. Offenbar haben auch Beck und Fritsch diese Pathis des Erfolgsglaubens bereits damals nicht mitgemacht. Vor allem aber steht mir die leuchtende Gestalt Heinrich von Stülpnagel vor Augen, der sich in jenen Jahren der äusseren Kulmination keinen Augenblick vom Erfolg blenden liess, sondern im Prinzipiellen unerbittlich und einsam blieb. (vgl. Erich Weniger a.a.O.)

Die Argumentationsweise dieser grundsätzlichen Grundatzlosigkeit erinnert mich genau an die Argumentation des "kleinen Mannes" jener Jahre, der bei der Feststellung von Rechtlosigkeit, Brutalität und Wortbruch einzuwenden pflegte "Aber die Partei hat doch auch ihr Gutes", womit er etwa soziale Massnahmen von der Arbeitsfront bis "Kraft durch Freude" meinen mochte. Es ist das Wesen eines grundsätzlich grundsatzlosen Denkens, daß es immer positiv und negativ gegeneinander abwägt und mit Hilfe solch lavierender Subtraktionsexempel dann etwa zu einem überschüssenden positiven Rest kommt. Ein grundsätzliches Denken fragt prinzipiell anders, nämlich so: Könnte es nicht sein, daß auch die sogenannten positiven Leistungen einem verruchten Ziele dienstbar sind und damit selber verneint werden müssen? Heute weiß es jeder, daß die Sozialmassnahmen des 3. Reiches keinen humanitären Selbstzweck besaßen, sondern im Dienst der Propaganda standen (vgl. die KdF-Fahrt nach Madeira), daß sie nur dazu dienten, gefügige und "begeisterte" Werkzeuge für gewisse politische Ziele zu schaffen und durch die bis in die Einzelne gehende Freizeitgestaltung den Typus des auf Schritt und Tritt gelenkten, initiatiuelosen und nicht zur Besinnung kommenden Menschen zu schaffen. Im gleichen Sinne ist die Aussenpolitik des 3. Reiches zu verstehen: die imperiale Machtstellung sollte nur die politischen Voraussetzungen für jene ungeheuren, dann nur fragmentarisch verwirklichten Massnahmen schaffen, die allen humanitären und sonstigen Wertmassstäben des Abendlandes in einer derart revolutionären Weise Hohn sprachen, daß man sich gegenüber der zu erwartenden Weltposition politisch immun machen musste.

Man sieht, Auch auf dieser Ebene kommt es dem grundsätzlichen Denken auf die "Vorzeichenfrage" an. Sie gewinnt nicht nur als Fundament und Programm des eigenen Handelns Geltung, sondern auch als entscheidendes Kriterium in der allgemeinen Beurteilung geschichtlicher Phänomene.

Auf beiden Ebenen zeigt die Denkschrift eine erschütternde Wertblindheit gegenüber der Geschichte, die sich grausam genug gerichtet hat nicht nur bei den Generalen, sondern auch beim "kleinen Mann". Daß an dieser Stelle die Denkschrift ebenso wenig wie an anderen Punkten auch nicht die Spur einer Selbstkritik zeigt - auch nicht nach dem entsetzlichen, über uns ergangenen Geschichtsgericht - zeugt von einer starren Unbelehrbarkeit, die mich bei Männern schmerzt, denen ich gern Verehrung entgegenbringen möchte und deren schweres Schicksal in jedem deutschen Mann ritterliche Empfindungen wachruft.

Merken die Verfasser der Denkschrift nicht, daß sie im Grunde mit den gleichen Argumenten und mit der gleichen entschuldigenden Berufung auf ihre a-politischen Charakter antworten wie Keitel im Nürnberger Prozess - und sollte das nicht auf's schwerste zu denken geben?

Ich unterlasse in voller Absicht autobiographische Notizen darüber, ob und inwieweit das, was ich über das Wesen eines grundsätzlichen Geschichtsdenkens sagte, ein relativ billiges Judicium ex eventu sei oder aber ob es vom Verfasser auch während des vergangenen Jahrzehnts gegenüber den Tendenzen des 3. Reiches öffentlich geübt wurde.

4.) Die Tatsache, daß die Deutschen Generale sich von der Hoffnung auf "Wunderwaffen" weithin zur Gefolgschaft bestimmen liessen (S. 12) und daß sie die zweifellos von ihnen geübte Kritik nur als einen Faktor innerhalb dieser Gefolgschaft auffassten, zeigt, daß sie das Wesentliche an der Erscheinung Hitlers, daß sie das regierende "Vorzeichen" dieser Gestalt nach wie vor übersehen.

Das wird an zwei Punkten deutlich:

a) Die Denkschrift sagt: "Sie (die Generale) konnten insbesondere schwerlich mit Bestimmtheit voraussagen, daß Hitler Schliesslich - um die Dauer seiner Herrschaft um wenige Tage zu verlängern - ganz Deutschland und seine Kultur zum Einsatz bringen würde, ohne auch nur einen einzigen sicheren Trumpf in der Hand zu haben". Hätten die Generale sich mit der Anthropologie Hitlers, etwas genauer befaßt (und dazu hätte es nicht einmal der bekannten, im Ausland erschienenen Publikationen oder der ausländischen Rundfunksendungen bedurft), hätten sie also nicht nur sachliche Erfolge, sondern personenhaft die menschliche Erscheinung gewertet, dann hätten sie diese Handlungsweise nicht nur für möglich, sondern für höchst wahrscheinlich halten müssen. Hitler hatte sich bereits vorher ganz deutlich als Mann herausgestellt, für den Deutschland und sein Volk nur Mittel zum Zweck waren, nämlich zum Zweck einer hybriden und infernalischen Selbstübersteigerung. Warum sollte eine solche Erscheinung aber ein blosses "Mittel" nicht hemmungslos zu opfern bereit sein? Erinnert man sich nicht, wie es in Deutschland gegen Kriegsende von Mund zu Mund geflüstert wurde, daß Hitler sein ganzes Volk mit in sein geschichtliches Harakiri hineinziehen würde, daß er z.B. dieses sein Volk durch ein letztes Aufgebot der Luftwaffe vergasen würde - und was dergl. Phantasievorstellungen einer jäh aufbrechenden Angstpsychose mehr waren? Man entwerfe diesen richtigen Volksinstinkt doch ja nicht mit dem Hinweis auf das Phantastische seiner Ausdrucksformen! Es spricht sich darin der durchaus zutreffende Instinkt dafür aus, daß man nur ein Mittel in dieser infernalischen Hand war und daß Hitler das Spielzeug seines Machtrausches vernichten würde, sobald der Abgrund sich unter ihm öffnete. Schon Goethe hat das Wesens- und Schicksalsgesetz einer derart dämonischen Natur in seinem Oeumenides umschrieben:

"... und alle, die noch an ihm haften, sie müssen mit zugrundegehen". Es ist das Schicksalsgesetz des Abenteurers und Vabanquespielers der durch Illusionen Kraftimpulse zu vermitteln sucht. Das war ja in das Grundprinzip seiner Propaganda. Und die Propaganda war selbst wie der das Grundprinzip seines Handelns. Ein grosser Teil der Generalität aber war Opfer und nicht Gegner der Propaganda, weil der krampfhaft

festgehaltene a-politische Charakter des hohen Soldatentums ihr Auge an der wesentlichsten Stelle mit einem blinden Fleck versah und sie darum wertblind machte gegenüber der "Vorzeichenfrage", in diesem Fall wertblind gegenüber der Anthropologie des Führers.

b) Die gleiche Tatsache wird noch an einer anderen Stelle der Argumentation deutlich:

Man begründet den Gehorsam bis zuletzt damit, daß man die "nationale Katastrophe" haben verhindern müssen. Und dazu habe durch das Versprechen der Wunderwaffen immer noch eine gewisse Aussicht bestanden. Man versteht also unter der "nationalen Katastrophe" einseitig die Besiegung Deutschlands. Man wird man mir nicht unterstellen wollen, daß ich nicht ebenso wie jeder anständige Deutsche auf die Tiefste von unserer nationalen Katastrophe bewegt sei. Warum aber fasst man nicht die Möglichkeit ins Auge, daß ein Wunderwaffensieg unter Hitler eine noch viel grössere "nationale Katastrophe" geworden sein? Die Verfasser der Denkschrift können aber dieser Interpretation unserer Geschichte ganz einfach deshalb nicht ernstlich nachgehen, weil offenbar bis heute (d.h. bis zur Abfassung jenes Dokumentes) das Hitler-Vorzeichen immer noch nicht durchschaut ist und die Wertblindheit an der entscheidenden Stelle immer noch anhält. Das bloß berufliche Fachdenken, verbunden mit einer fanatischen defensiven Anstrengung gegenüber der gefährdeten Standesehre lässt die tieferen und im Menschlichen liegenden Probleme überhaupt nicht in Erscheinung treten. Ich billige dabei den Generalen durchaus mildernde Umstände zu, weil sie in abgeschlossener Gefangenschaft und immer nur unter sich leben. Vielleicht würden sie aufgelockerter für jene Fragen sein, wenn sie ihre Schuldsolidarität mit den anderen Ständen, insbesondere hinsichtlich der Fundamente ihres Ethos, in lebendigem Umfang erfahren würden. Nach der Denkschrift scheinen sie sich als einen privilegierten Stand zu empfinden, der in einsamer, moralischer Unantastbarkeit jeglichem Schuldzusammenhang entzogen ist. Ich kann in all dem nur einen sehr schmerzlichen Triumph des Corpsgeistes über die Wahrheitsfrage erkennen. Ich traue jedem einzelnen der Neu-Ulmer Generale ohne Weiteres zu, daß er für die Standesehre sein Leben lässt, aber ich sehe mich nicht in der Lage, ihnen im gleichen Umfang zuzutrauen, daß sie jene tiefere und gleichsam metaphysische Zivilcourage aufbringen, der eigentlichen Wurzelerkrankung ihres Ethos mutig ins Auge zu blicken und die "Heuchelei vor sich selbst aus Eare" zu durchbrechen.

5.) Ist der Satz:

"Sie (d.h. die Generale in der Umgebung Hitlers) waren offensichtlich unter dem übermächtigen suggestiven Einfluss Hitlers nicht Herren ihres eigenen Willens und seien darum für eine verantwortliche Beurteilung der politischen Lage ausgefallen" (S.14.) nicht sehr beschämend und nötigt sich nicht von hier aus die Frage auf, worin diese Anfälligkeit gegenüber suggestiven Einflüssen bei ausgewachsenen Männer und obendrein führenden und einer grossen Tugend Tradition verpflichteten Männer begründet sei? Gerade darauf habe ich in meinem Presse-Aufsatz eine Antwort zu geben versucht, wenn ich von dem religiösen Vakuum sprach, das sich auch bei motorischen Willensmenschen finden können und in das dann jede Ideologie und jeder Willensimpuls heimmungslos einzuströmen vermöge.

Der 20. Juli 1944 und die deutschen Katholiken.

Herr Stuchsch

an Herrn

Schweizer

Kirchenleitung

Freiburg i. Br.

Am 20. Juli 1944 stellte der Oberst Graf Stauffenberg eine Aktentasche mit einer auf Zeitzündung gestellten Bombe in das Sitzungszimmer des Führerhauptquartiers, wohin er zu einer Besprechung von Hitler befohlen war. Er entfernte sich unbemerkt, wartete draussen auf die Detonation und flog dann nach Berlin zurück, um die militärische Durchführung des Unternehmens in die Hand zu nehmen, das zur Beseitigung der Hitlerherrschaft geplant war. Die Bombe verletzte Hitler nur ganz leicht, traf aber einige andere Personen. Das Unternehmen beruhte auf dem Gedanken, durch die Chockwirkung des Todes Hitlers Armee und Volk mitzureissen zum Sturz der Partei und zur Aufrichtung einer neuen Regierung. Bei Rückkehr Stauffenbergs nach Berlin, der nicht etwa irgend ein Oberst, sondern Chef des Stabes des gesamten Heeress war, gab dieser an die Generalkommandos das Stichwort ausfür einen Mobilisierungsplan des Heeress, zu dessen Vorbereitung man die Zustimmung der Partei erlangt hatte zwecks Abwehr innerer Unruhen. Der Befehl wurde auch vielfach befolgt z. B. in Berlin, wo alsbald die Ausbildungstruppen aus der Umgebung, insbesondere Panzer, zusammenströmten.

Das Unternehmen misslang und die militärischen Beteiligten wurden abends in der Bendlerstrasse 10 überwältigt, Stauffenberg sofort erschossen, die andern Anfang August in einem Schauprozess vom Volksgerichtshof verurteilt und sofort erhängt, ebenso wie nach und nach eine grosse Zahl anderer Beteiligten. Die Hauptgründe für das Misslingen waren:

1) Wegen des Gestapodrucks und der Durchsetzung der Armee mit Hitleranhängern konnten keine geschlossenen Formationen gewonnen werden, auch keine grössere Anzahl von Offizieren. Man musste sich auf die durch Hitlers Tod zu erwartende Chockwirkung verlassen, die dann ausblieb, sodass die Truppe nicht in Aktion kam.

2) Die Leitung litt naturgemäss darunter, dass Stauffenberg sowohl im Führerhauptquartier handeln, als in Berlin führen musste. Dies war nicht zu umgehen, da kein anderer einsatzbereiter Offizier Zutritt zu Hitler hatte.

3) Die Ausführung des Unternehmens musste übertrieben beschleunigt werden, da am 5. Juli zwei politisch hauptbeteiligte Sozialdemokraten von der Gestapo verhaftet waren, als sie Fühlung mit den Kommunisten suchten — unter denen ein Gestapoagent war — um sie aufzuklären,

dass es sich nicht um eine Militärdiktatur handele. Es war jeden Augenblick zu befürchten, dass diesen Beiden durch Folterung oder medikamentöse Spritzen der Plan entlockt werden würde. Es liegen Anhaltspunkte vor, dass die Gestapo am 20. Juli vormittags tatsächlich auf der Spur war.

4) Die innere Situation war politisch trotz Allem noch nicht reif, oder besser das Volk war so terrorisiert und apathisch, dass es nicht mehr die Kraft hatte, das Befreiungssignal aufzunehmen.

An der militärischen Seite des Unternehmens waren insbesondere beteiligt die verabschiedeten Generale Beck, Witzleben, Höppner sowie der noch im Amt befindliche General Olbrich, Stellvertreter des Kommandeurs des Heimaufmarsches, der Generalquartiermeister des Feldheeres General Wagner, der Chef der Organisationsabteilung des Generalstabes, General Stieff, also alles verantwortliche Personen von höchstem Gewicht. Zum Teil hatten diese schon vor 1939 Bestrebungen zum Sturz Hitlers gepflogen. Sie hatten enge Verbindung mit der politischen Seite gehalten.

Auf dieser war seit Jahren der frühere Oberbürgermeister Gerdeler unermüdlich treibend und aktiv mit der Sammlung und Einigung führender Kräfte aus der Zeit vor 1933 tätig gewesen.

Sodann bestand ein Kreis von Personen um den Preussischen Finanzminister Popitz, der trotz guter Bestrebungen kaum zur Wirksamkeit bestimmt sein konnte, da Popitz selbst—wenn auch gegensätzlich gegen die Partei und diese hemmend— aber immerhin doch die ganze Zeit hindurch diesen bedeutenden Amt bekleidet hatte.

Endlich hatten Graf Hellmuth Moltke und Graf Peter York seit 1940 eine Anzahl von Männern um sich gesammelt, um ein Regierungsprogramm auf christlicher Grundlage vorzubereiten, der sogenannte Kreisauer Kreis nach dem Wohnsitz Moltkes in Kreisau. Als sich schliesslich erwies, dass die militärischen Kreise es vorzogen, das Unternehmen gestützt auf Gerdeler vorzunehmen, stellten die Kreisauer sich diesem zur Verfügung und so wurde Peter York einer der Hauptbeteiligten. Er war nach der im Januar 44 erfolgten Verhaftung Moltkes das tragende Verbindungsglied zwischen der militärischen und politischen Seite durch seine enge Freundschaft mit Stauffenberg.

Das wesentliche Merkmal allen politischen Widerstands während der Hitlerzeit war, dass es sich nicht

darum handeln konnte, eine Gegenbewegung oder gar eine Organisation hierfür zu schaffen. Dafür war der Gestapodruck mit seinem kalten Terror viel zu stark. Es konnte vielmehr nur darum gehen, zentral einen möglichst begrenzten Kreis von Männern zu sammeln, um die Grundsätze und Massnahmen für weiteres Handeln zu überlegen und dann im Lande örtlich wenige Vertraute zu finden, welche im gegebenen Augenblick gemeinsam handeln würden.

Es bestand bei allen Beteiligten völliges Einverständnis darüber, dass nur militärische Macht die Beseitigung Hitlers bewirken könne. Die teuflische Gewaltherrschaft war so stark, die Atomisierung und Vermassung des Volkes so vorgeschritten, alle natürlichen Gemeinschaften bis in die Familie waren so weit angefressen und aufgelöst, dass die einzige Möglichkeit zur Beseitigung der unrechtlichen Gewalt wiederum die Gewalt war. Diese konnte aber nur von dem einzigen Träger von Gewalt, der Armee her kommen. Auch psychologisch für das Volk war die Armee die einzig mögliche Hilfe, auf die der bessere Teil des Volkes jahrelang hoffend und vergeblich gewartet hatte. Von der Arbeiterschaft war kein Anstoß zu erwarten, da der Einzelne machtlos der Gewalt gegenüberstand. Wäre es anders gewesen, so hätten ja wohl - zumindest im letzten Jahre - die 10 Millionen ausländischer Zwangsarbeiter in Deutschland die Initiative ergriffen, die besseren inneren und zellennässigen Zusammenhalt hatten, als es für die deutschen Arbeiter möglich war. Nicht einmal in Bege der Sabotage konnten diese Ausländer etwas erreichen, wie die ständig absinkende Kurve der Sabotageakte in der Statistik des O.K.W. beweist.

Ebenso stark, wie die Einsicht von der Notwendigkeit des Anstosses von der Armee aus, war bei allen Beteiligten der Wille, nicht etwa eine Militärdiktatur zu errichten. Die Generale waren klug genug, zu wissen, dass sie die Dinge militärisch nicht meistern konnten. Sie waren zudem persönlich so vertrauenswürdig und anständig, dass sie sicher die geplante Grundlage der sofortigen Schaffung einer politischen Regierung mit völliger Unterordnung der Armee innegehalten haben würden.

Es bestand eine klare Teilung in den Aufgaben. Die Soldaten hatten den Umsturz zu bewirken und alle Einzelheiten hierfür nach ihrem Können und unter ihrer Verantwortung in voller selbstverständlicher Geheimhaltung der Art ihres Vorgehens zu planen. Auf der politischen Seite wurden die nötigen geistigen Vorarbeiten und persönlichen Fühlungsnahmen für die Schaffung einer neuen Regierung getroffen.

Ich glaube, dass die Erkenntnis der Ideen, ihre Formung und Verbreitung im engen Kreise Moltke und York zu danken ist. Bei den engen persönlichen Verbindungen zwischen der Girdelergruppe und dem Kreisauer Kreise insbesondere über Graf Schulenburg und Leber gelangte das Kreisauer Gedankengut weitgehend auch zu den Männern um Girdeler, und traf dort auf Zustimmung. Auch die Militärs, insbesondere Stauffenberg wurden von diesen Ideen erfasst.

Die einzigen Gemeinschaften, welche die Nazis gewalt nicht zu zerstören im Stande gewesen war, waren die der christlichen Kirche. Trotz allen satanischen Kampfes war dies weder durch Lüge noch Gewalt gelungen. Daneben bestand in der Arbeiterschaft vielfach eine starke innere Ablehnung. Auf diese Kreise wurde deshalb das Augenmerk gerichtet, sie mussten angesprochen und Träger der Erneuerung werden.

Das erste hierbei zu überwindende Hindernis war die durch Jahrhunderte eingewurzelte, in dem immer noch nicht voll ausgeklungenen Kulturkampf Bismarcks wieder verschärften Reibungen zwischen Katholiken und Protestanten. Bis 1933 war es nicht möglich gewesen, ein Zusammengehen beider Volksteile im öffentlichen Leben trotz verschiedener später Versuche hierfür (Treviranus) zu erreichen. Die gemeinsame Not aller Christen in Deutschland gegenüber der Gewalt brachte es aber zu Wege, das Trennende hintanzustellen und das viel grössere Gemeinsame wieder bewusst zu werden: des gemeinsamen Besitzes der Heilsbotschaft und der Gemeinschaft der Heiligen in Christo. Unter dem Druck der Nazi Herrschaft waren diese Gedanken vielfach ersprungen und hatten auch eine Fühlungnahme kirchlicher Kreise bewirkt. Moltke und York sind aber als erste konkret an diese Dinge herangegangen und haben einen Freundeskreis von Katholiken und Protestanten geschaffen, in dem die grundsätzliche und praktische Seite erörtert und gefordert wurde. Sie waren hierzu als fromme evangelische Christen besonders berufen, weil sie durch ihre tiefe Seelenbildung und geistige Kultur sowie das Gewicht ihrer grossen Namen mit einer Wirkung nach beiden Seiten rechnen konnten.

Die zweite noch grössere Schwierigkeit lag darin, eine Fühlung und innere Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft herzustellen. Dass dies mit kommunistischen Kreisen sachlich nicht aussichtsvoll und taktisch gefährlich sei, war klar. Umso mehr wurde es nach der Seite der Sozialdemokraten hin versucht und zwar mit schönstem Erfolg. Denn es wurde

eine Anzahl führender früherer Sozialdemokraten als Freunde gewonnen, die voll in dem neuen Gedanken aufgingen, nämlich der Erneuerung des Deutschen Volkes auf christlicher Grundlage. Dies war umso bedeutungsvoller als die deutsche Sozialdemokratie — anders als die Labour Party — eine Weltanschauungspartei gewesen war, gegründet auf die mechanistische Geschichtsauffassung von Marx. Diese Sozialdemokraten rangen sich, geprüft durch das eigene Leid und das des Volkes, zu der Auffassung durch, dass der Neuaufbau Deutschlands christlich bestimmt sein müsse, wenn überhaupt noch eine Hoffnung übrig bleiben sollte.

Abgesehen von dem Erfassen der Wirklichkeit der Offenbarung und der aus dem Christentum dem deutschen Volke zugeflossenen Werte drängte sich diese Erkenntnis rein aus der seltsamen Tatsache auf, dass eigentlich nur von christlicher Seite dem Nationalsozialismus offener Widerstand geleistet wurde. Zwar wurde eine Übergrosse Zahl von Sozialdemokraten und Kommunisten gefangen genommen, gequält und gemordet. Ohne ihre Überzeugungstreue und ihr mutiges Leiden auch nur irgendwie antasten zu wollen, muss aber auf den Umstand hingewiesen werden, dass es sich hier um Entschliessungen der Gestapo ^{auf Grund von früher bekannter} handelte, oder um gelegentliche mutige Einzeläusserungen, die meist durch Denunziation Anlass zum Einschreiten gaben. Seitens der Bischöfe und Geistlichen aber wurde offen und satlich dem Volke die Unwahrheit und Unsittlichkeit der nationalsozialistischen Irrlehren des Volke hingestellt. Es gibt keine andere Stelle in Deutschland, die das sonst getan hat; weder die Universitäten, die Lichtträger des Geistes, noch die Gerichtshöfe, als Gewissen des Volkes, noch die Gewerkschaften als Schutzschirm der Arbeiter gegen Staatsallmacht haben ihre Stimme erhoben. Es ist das der letzte stille Trost des armen Volkes gewesen, zu wissen, dass seine geistlichen Hirten nicht zu "stummen Hunden" geworden waren.

Zwar hätten manche Laien, welche die ganze Last des Leids auf ihren Schultern fühlten, frühere und deutlichere Verurteilung der Irrlehre gewünscht ähnlich wie bei den Niederländischen Bischöfen. Es sind auch solche Ex-Laienbitten an die kirchlichen Stellen herangetragen worden. Dass ihnen nicht alsbald und allgemein stattgegeben wurde, erklärt sich durch mancherlei Umstände. Auf evangelischer Seite lagen im Unterbewusstsein noch die starken geschichtlichen Bindungen an den Staat und eine etwas überbetonte Achtung vor der gottgewollten Obrigkeit. Dazu kamen die inneren kirchlichen Schwierigkeiten vielfacher Art, welche erst eine Lösung, ein Neubesinnen und eine neue Formung verlangten, ehe man sich

den Ansturm Satans in der bekennenden Kirche zu stellen vermochte. In der katholischen Kirche hat wohl das Hauptthema darin bestanden, dass in der Zeit vor 1933 die engen Verbindungen mit dem Zentrum vorgelegen hatten, von denen man langsam Abstand nehmen musste unter den üblen Angriffen gegen eine Verquickung von Religion und Politik. Dazu kam die Last des mit der nationalsozialistischen Regierung auf den katholischen Namen des Herrn v. Papen abgeschlossenen Konkordats, zu dessen Bruch man der Gegenpartei keinen unnötigen Anlass bieten wollte. Reminiscenzen an folgeschwere geschichtliche Vorgänge aus der Reformationszeit mögen mitgespielt haben, wo eine weichere Hand vielleicht Unheil verhütet hätte. Das Denken der Kirche in Jahrhunderten bewirkt zudem immer einen gewissen Abstand von den Zeitereignissen und man konnte vielleicht hoffen, dass die schmutzigen Wogen sich ohne allzu starken Entscheidungszwang für den Einzelnen glätten würden, wie dies in Italien beim Faschismus in etwa geschehen war, der nicht dieselbe brutale Form fand wie der Nationalsozialismus. Jedenfalls ist festzustellen, dass nach einer Zeit des Besinnens die Hirten des christlichen Volkes ihr Ämteramt getreu und mutig ausgeübt haben und dass Namen wie Niemöller, Galen und Preysing geschichtliche Bedeutung erlangt haben. Eine unabsehbare Reihe von Blutzügen sind dem Pfad des Hl. Thomas More gefolgt, über die eine zuverlässige Statistik bisher fehlt. Wenn die Zahl der Opfer auf evangelischer Seite wohl geringer ist, so liegt das daran, dass die katholische Kirche, wie jetzt dokumentarisch feststeht, als der Feind Nr. 1 angesehen wurde. Umso höher ist die Opferbereitschaft der evangelischen Geistlichen zu bewerten, da sie zugleich Wohl und Wehe ihrer Familien aufs Spiel setzten.

Wenn nun so zwischen Katholiken, Protestanten und frei Sozialdemokraten eine Übereinstimmung über ein christlich gegründetes Regierungsprogramm erzielt wurde, so sind vorab drei Dinge zu betonen. Erstens sollte nicht etwa eine Herrschaft der Kirche über die temporalia errichtet werden. Um jeden falschen Anschein in dieser Hinsicht zu vermeiden, waren Übereingekommen, dass Geistliche in gar keiner Weise politisch auftreten sollten, wie dies ja auch den inzwischen verlautbarten Intentionen des Hl. Vaters für Deutschland entspricht. Jeder "Clericalismus" war damit abgewiesen.

Zweitens bedeutete die Aufstellung eines ausgesprochen christlichen Regierungsprogramms keineswegs eine Unterdrückung oder Benachteiligung von Andersdenkenden, wofür ja praktisch schon die Mitarbeit der sozialdemokratischen Freunde Gewähr bot. Es sollten vielmehr entsprechend der Geschichtsentwicklung des deutschen Volkes die christlichen Werte, die sich im Kampf gegen Hitler erneut als lebendig und kraftvoll erwiesen hatten, als Grundlage und Richtschnur für den Neuaufbau gewählt werden. Leichtes Christentum beinhaltet aber nach seinem obersten Gesetz der Nächstenliebe in Gott von selbst die Achtung vor der Würde und der Gewissensentscheidung des Mitmenschen. Drittens bestanden zunächst erhebliche Bedenken, ob man überhaupt wagen dürfe, das in der Geschichte so überaus oft und noch in neuester Zeit schliem zu politischen Zwecken misbrauchte Wort "christlich" als Grundlage und Kennwort eines Regierungsprogramms zu nehmen. Das Wesen des Menschen aus der Erbsünde ist schwäche. Deshalb wird er immer fehlgehen und er kann nur ~~immer~~ dahin streben, ein Christ zu sein. Dieses Gehen auf einer dünnen Schneide kann aber nicht hindern, dass er vor den Menschen sich zu Christus und seiner Lehre bekennt und zwar auch und besonders im öffentlichen Leben. Gerade diese Aufspaltung des Menschen in eine private religiöse und eine öffentliche areligiöse Sphäre ist doch letztlich die Grundlage dafür gewesen, dass die verbrecherischen nationalsozialistischen Lehren Anklang finden konnten. Daraus folgte das eindeutige Bekenntnis zur Lehre Christi als Grundlage für das neue öffentliche Leben. Omnia instaurare in Christo!

Ein Versuch, mechanisch christliche Gedanken eines zum Teil unchristlich und unsittlich gewordenen Volkes aufzulegen zu wollen, erschien in sich als unchristlich und zum Scheitern verurteilt. Als oberster Grundsatz wurde daher das Umdenken, die innere Erneuerung des einzelnen Menschen erkannt, die Johannes der Täufer seit 2000 Jahren in die Wüste ruft. Diese erneuerte Menschenseele findet dann die zwölf Jahre hindurch unter die Füße getretene Menschenwürde wieder: Deus, qui humanam dignitatem mirabiliter condidisti, sic mirabiliter reformasti. Aus dieser Ebenbilderschaft Gottes ergibt sich die persönliche Verantwortung des Menschen in der Familie, in den aufsteigenden Ordnungen des politischen Lebens, in Kultur und Wirtschaft. Unter diesem Leitgedanken wurde ein eingehender Plan ausgearbeitet zur Wiederherstellung des Rechts, zur Schaffung unabhängiger Gerichte, Bestrafung der Kriegsverbrecher durch ein internationales Gericht, Beseitigung der Parteimitglieder aus den Schlüsselstellungen in Kultur, Wirtschaft und Politik sowie ihre Bestrafung für

Delikte und politische Ubeltaten nach Massgabe der Einzelschuld. Demokratische Selbstverwaltung, Neugliederung des Reichs in gleichwertige föderale Länder, unter Aufteilung Preussens, Abbau des bürokratischen Zentralismus, Abkehr von übertriebener Staatssouveränität mit dem Ziel eines europäischen Bundes und einer Weltvölker-Organisation, Nationalisierung von Schlüsselindustrien, gesunde Bodenreform, Ausgleich sozialer Spannungen, und vor allem Sicherung des Elternrechts auf eine religiöse Schule, sowie die Gestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat in freiem, gegenseitigem Einvernehmen waren die Hauptpunkte, für die Formulierungen in ernster Arbeit gefunden wurden, um die Ordnung der Werte wieder in Geltung zu bringen. Es war ein dynamisches Programm, das eben deshalb bei vielen mehr statistischen Menschen ein gewisses Misstrauen weckte, die lieber einfachere Wege in engerer Anknüpfung an die Verhältnisse vor 1933 gehen wollten.

Nach allem bisher Gesagten erhebt sich nun zum Schluss die sittliche und religiöse Grundfrage: Wie konnten Christen gegen die bestehende Obrigkeit Umsturz planen? Wie konnten Christen die Hand erheben gegen das Leben des Staatsoberhauptes? Es sind das ganz ernste schwere Fragen, die einen Teil der Beteiligten in Dränge der Not und des Handelns und auch in Unkenntnis der Einzelheiten sicher nicht bewusst geworden sind. Die Hauptbeteiligten haben schwer mit ihnen gerungen und das Handeln ist dadurch lange aufgehalten und verzögert worden.

Das Problem ist so alt wie die Christenheit und im Rahmen der natürlichen Sittlichkeit älter noch als Dionys und Moeros. In der christlichen Theologie besteht Einigkeit darüber, dass der staatlichen Herrschaft Achtung und Gehorsam geschuldet wird. Gottes Wort, die Kirchenväter, Kirchenlehrer und päpstliche Entscheidungen lassen darüber keinen Zweifel. Ebenso fest steht die Ansicht, dass der Staatsbürger unsittlichen Anordnungen der Staatsgewalt, die göttlichen oder natürlichen Recht widerstreiten, nicht nur rechtmässig den Gehorsam verweigern darf, sondern die Pflicht hat, dies zu tun, da man Gott mehr gehorchen muss, als den Menschen. Dies ist der sogenannte passive Widerstand. Wenn alle Deutschen diesen von der Kirche, zuletzt besonders von Papst Leo XIII, so klar hingestellten Satz von Anfang an Hitler gegenüber einigermaßen innegehalten hätten, so wäre es nie zu der Problemstellung des 20. Juli gekommen. Diese Deutschen können jedenfalls nicht Anspruch erheben, über den Gewissensentscheid Stauffenbergs Urteile fällen zu wollen.

Wie steht es nun aber mit dem aktiven Widerstand d. h. der Befugnis des Volkes oder eines Einzelnen, der Staatsgewalt tätlichen Widerstand zu leisten, deren Inhaber zu beseitigen, vielleicht gar zu töten? Man hat Unterscheidungen geschaffen zwischen dem tyrannus usurpationis, dem von Anfang an unrechtmässigen Herrscher und dem tyrannus regiminis, dem formell rechtmässigen, aber ungerecht und grausam regierenden Herrscher. Bezüglich des Ersteren liess man als äusserstes Mittel die Tötung des Tyrannen zu, was kann dahingestellt bleiben, ob Hitler ein tyrannus usurpationis war, was er selbst abzulehnen und das Gegenteil für sich in Anspruch zu nehmen liebte. Die ganze Unterscheidung ist nämlich nicht auf die modernen Staatsverhältnisse abgestellt, gründet sich vielmehr auf die so viel einfacher festzustellenden Merkmale fürstlicher Legitimität. Es will dem Gewissen auch nicht recht einleuchten, dass nur solche Entscheidungen von der Form und nicht vom Inhalt abhängig sein sollten.

Die Scholastik erkannte gegenüber einem ungerechten Herrscher nicht die gewaltsame Absetzung, sondern nur gesetzliche Mittel insbesondere die päpstliche Lösung des Treueids an. (Thomas, de regimine principum I 6). Wer kann sagen, wie Thomas die Frage entschieden haben würde für eine Welt, welche diese Lösung aus der höheren Ordnung nicht mehr anerkennt? Schon im Mittelalter (John of Salisbury) trat die Ansicht auf, dass die Tötung des tyrannischen Herrschers erlaubt sei. Jean Petit verteidigte dieselbe These, der Gerson entgegetret. Das Konzil von Konstanz verurteilte Jean Petit nicht schlechthin, wohl jedoch die folgende Ansicht:

"Ein Tyrann kann und muss erlaubter- und verdienstlicher Weise von jedem seiner Vasallen oder Untertanen getötet werden auch unter Anwendung von Hinterlist und durchtrickener Schmeichelei trotz irgendeines geleisteten Eides oder eines mit ihm abgeschlossenen Bündnisses, ohne dass erst ein richterliches Urteil oder Mandat nötig wäre." Wenn man hier von den vielen Einschränkungen und Klauseln abstrahiert, wird doch eigentlich der Grundsatz selbst bejaht. Die Reformatoren ausser Luther vertraten meist den aktiven Widerstand, und im 17. Jahrhundert wurde die Lehre von den sogenannten Monarchomachen auf die mehr oder minder deutlich ausgesprochene Grundlage der Volkssouveränität gestellt, eine Begründung, die katholischerseits nicht als stichhaltig betrachtet werden kann, da die Kirche diese absolute rein naturrechtlich begründete Art der Volkssouveränität ablehnt. Aber auch auf katholischer Seite fand

der aktive Widerstand ~~im~~ im 17. Jahrhundert schwerwiegende Verteidiger (Mariana, Busenbaum) in dem Sinne, dass wenn Absetzung und Tötung des Tyrannen durch das Volk nicht möglich sei, auch ein Privatmann ihn gestützt durch den offenkundigen Volkswillen töten dürfe. Suarez wandte sich gegen diese privata auctoritas und fand mit dieser Abweisung, die auch der Jesuitengeneral vertrat, durchgehend Zustimmung in der Theologie. Im 19. Jahrhundert nutzte man die Meinungen der obengenannten Jesuiten vielfach zu einem üblen Kampf gegen den Orden aus, als ob sie schlechthin den Königsanord " zum Nutzen der Kirche " vertreten hätten. In der apologetischen Abwehr gegen diesen Unsin ist man dann meist wohl zu weit gegangen und hat auch aus unbewusster gewisser bourgeoisier Behaglichkeit heraus sich zumeist auf den einfachen Standpunkt der völligen Verneinung des aktiven Widerstandsrechts gestellt. Die Verneinung der Erlaubtheit der Revolution im Syllabus (n. 63) und durch Leo XIII (Immortale Dei 41, II, 375) scheint mir sich nicht auf die Aussersten Fälle des eigentlichen aktiven Widerstandsrechts zu beziehen, sondern auf den Umsturz der bestehenden Staatsgewalt aus Zweckmäßigkeitserwägungen, eben das, was man heute obenhin Revolution nennt.

1)

Kausbach nimmt zu der Frage folgende Stellung ein, nachdem er zunächst das allgemeine Recht auf gewaltsamen Widerstand verneint hat :

2 Eine andere Frage ist es, ob in Ausnahmезuständen der bewaffnete Widerstand des Volks als ultima ratio erlaubt werden kann. Nicht bloss die mittelalterliche und neuscholastische Theorie vom Staatsvertrag als dem nächsten Grund der staatlichen Autorität, sondern auch der zweifellose Grundsatz, dass der gottgewollte Endzweck des Staats die Ordnung und Wohlfahrt der Gesellschaft ist, hat in der älteren katholischen Moral und Rechtsphilosophie zu der fast allgemeinen Folgerung geführt, dass in der höchsten Not, bei heillosen Zerrüttung des öffentlichen Wohls das Volk als Ganzes oder in seiner ermächtigten Vertretung, wenn alle legalen Mittel erschöpft sind, zum Widerstand und nötigenfalls zur Absetzung des

1) Artikel Gehorsam in Staatslexikon der Görresgesellschaft. 5. Aufl. Freiburg 1924 Bd. II Sp. 404

1)

„nachdem er zunächst das allgemeine Recht

des Herrschers und Änderung der Verfassung schreiten darf. Dieselbe Ansicht vertraten in vergrößerter Form Luther, Calvin, Knox und andere Reformatoren. Seit den in England unter den Stuarts und später in Frankreich weitausgesponnenen Debatten über Volks- und Herrscherrechte fand sie Beifall bei zahllosen Gelehrten wie Locke, Grotius, Milton, Hume, Leibniz, v. Haller, Friedrich II., Washington, Franklin, Guizot, Dahlmann, Welcker, v. Mohl, Bluntschli, Treitschke, Rothe, Ziegler, Lobstein u. a. während die meisten katholischen Theologen des 19. Jahrhunderts — wenigstens in Deutschland — mit Kant, Schleiermacher, Stahl u. a. für die absolute Unerlaubtheit der Revolution eintraten. Zur Kritik sei bemerkt, dass sich die Vertreter der letztgenannten Ansicht meist in Widersprüche verwickeln. Sie geben 1) zu, dass Widerstand und Absetzung erlaubt werden können, falls die Verfassung oder Wahlkapitulationen und Unionsverträge eine ausdrückliche Handhabe dazu bieten (wie z. B. die englische Verfassung). Sollte aber das, was positive, geschriebene Dokumente vermögen, nicht in höherem Mass das gottgegebene, natürliche Recht des Volkes zu leisten instande sein? 2) Sie gestatten selbst den einzelnen Bürgern aktiven Widerstand und gegebenenfalls Tötung des Tyrannen, wenn er in gerechter Notwehr sein Leben oder die höchsten Lebensgüter gegen brutale Gewalt zu verteidigen hat. Steht aber die Wohlfahrt des Volkes nicht ebenso hoch, ja höher als das Leben des Einzelnen? Ist die gewaltsame Notwehr eines Volkes rechtsphilosophisch nicht leichter zu begründen, als die des einzelnen Bürgers? 3) Eine usurpierte Herrschaft kann nach denselben Autoren durch eine Art von Verjährung derart legitimiert werden, dass die frühere Dynastie dauernd ihre Ansprüche verliert. Wir hörten (Absch. 3) dass der Grund dieser Rechtsübertragung nicht in der Zeitdauer oder der Macht der Tatsachen, sondern in dem zwingenden Bedürfnis des Gemeinwohls, in der Macht des höchsten Staatszwecks liegt. Warum soll nun dieser Staatszweck nicht die gleiche Macht entfalten in unserem Fall, wo er nur die gebotene Rettung des Volkes, nicht zugleich die Legitimierung eines geschehenen Unrechts bewerkstelligen soll!

Gewiss ist hier nicht mit eindeutigen Worten gesagt, dass in äussersten Notfällen ein gewaltsamer Umsturz und damit als Folge des Begriffs der Gewalt

auch die Tötung des Gewalthabers für den einzelnen zulässig ist. Bei der ungeheueren Tragweite der Frage für das Wohl der Völker konnte das auch von Mausbach in seiner ernsten und nüchternen Verantwortlichkeit als Inhaber eines Lehrstuhls für katholische Moralthologie kaum erwartet werden. Aber lässt nicht anderseits seine Kritik an der herrschenden Lehrmeinung des 19. Jahrhunderts darauf schliessen, dass er die Frage bejaht haben würde, wenn er die satanische Gewaltherrschaft Hitlers und die ohnmächtige Knebelung des Volkes selbst erlebt hätte? Man muss sich vor Augen halten, dass in der Geschichte der Christenheit ein solcher Typusfall der Manifestation des Antichrist in Lüge und Gewalt, wie ihn der Hl. Apostel Johannes in der Geheimen Apokalypse erschaute, noch nicht gegeben war. Es gab keine Vertretung im Innern, welche das zur Masse zermürbte Volk hätte befreien können. Es gab niemanden — die rächende Hand der Alliierten war noch weit — der dem unsinnigen Gräuel der Verwüstung, dem schändlichen Treiben in Deutschland und den besetzten Gebieten und dem nach der Machtlage sinnlosen Morden an den Fronten hätte Einhalt tun können, wenn nicht eine Gruppe von massgeblichen Männern die Verantwortung gefühlt hätte, den Einsatz wagen zu sollen.

Stelle man einmal alle gelehrten Theorien der Jahrhunderte zurück und bringe die Dinge auf die ganz schlichte Frage des Katechismus. Der katholische Volkskatechismus von Spirago, 10. Aufl. 1927, S. 371 sagt: "In folgenden Fällen ist es erlaubt, einen Mitmenschen zu verwunden, ja zu töten: 1) aus Notwehr Das Recht der Notwehr tritt dann ein, wenn wir von jemandem an Leben oder an dem uns zum Leben unbedingt notwendigen Eigentum in gewaltsamer Weise bedroht werden. Auch ist es uns in gleicher Weise aus Nächstenliebe erlaubt, das Leben eines anderen zu verteidigen." Haben Hitler und seine Mittäter etwa nicht in fortgesetzter Handlung immer und immer wieder Unschuldige getötet ohne jeden Rechtsgrund und haben sie dem ganzen Volke nicht das zum Leben unbedingt notwendige Eigentum so weit zerstört, dass es aus eigener Kraft nicht mehr zu existieren vermag?

Ich will mir als Laie gewiss kein abschliessendes Urteil über diese bedeutungsvolle theologische Frage anmassen, aber das Mindeste, was sich mir doch zu ergeben scheint, ist die Unentschiedenheit, das Fehlen einer ausdrücklichen kirchlichen Leberentscheidung. In solchen Fällen aber kann der Einzelne nach dem Grundsatz "in dubio libertas" ohne Bedenken seinem Gewissen folgen.

Die Toten des 20. Juli haben ihre Verantwortung ernst geprüft. Sie waren fast alle gläubige fromme Christen. Stauffenberg selbst war ein tief gebildeter frommer Katholik. Er trug unter der Uniform des Generalstabsobersten in kindlicher Liebe zur Muttergottes ihre Medaille. Er war auch das Gegenteil eines soldatischen bravado, höchst geistig, mit der sich daraus ergebenden Art des Muts.

Es ist sicher, dass die Einleitung des Unternehmens durch den Bombenwurf, der andere Militärs gefährdete, für Deutsche nicht gut wirkt, die gegen diese Waffe immer eine besondere Abneigung gehabt haben. Die Bombe war jedoch für Stauffenberg die einzige Möglichkeit, da er im Kriege in Afrika die rechte Hand vollständig von der linken die drei mittleren Fingern und ein Auge verloren hatte. Es war lange und immer wieder geplant und geprüft worden, sich des Führerhauptquartiers und der Person Hitlers in militärischem Handstreich zu bemächtigen. Hierzu hätte es angesichts der Vorsichtsmaßnahmen in dem Rastenburger Quartier mindestens eine Panzerdivision bedurft. Bei dem Terror und der Durchsetzung der Truppe war aber ein solcher Einsatz nicht möglich, was jeder Einsichtige bestätigen wird.

Die Welt ist geneigt, ihr Urteil nach Erfolg oder Misslingen einzustellen. Wenn aber einiger Abstand gewonnen ist, wird die Geschichte die Toten des 20. Juli 1944 ehren als die einzigen Männer im grossen Deutschen Volk während zwölf langer Jahre, die Leib und Leben in aktivem Handeln wagten, um ihrem Volk und der Welt eine weitere Million von Toten und unsäglichen Ruin zu ersparen, und damit Deutschland ein Stückchen Ehre retteten.

Ich bitte für sie um die Armenseelenfüßbitte des Lesers.

Film der Prozesse nach dem 20. Juli 1944.

Der Film ist zusammengestellt im Auftrage von Organisation of Strategic Services (OSS). Vorführung vom 20.8.46.

Die Vorführung fand statt auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Herbert Naht (z.Zt. Strafverteidiger im Nürnberger Prozess) bei dem Staatsanwalt der amerik. Anklagebehörde im Nürnberger Prozess. Der Antrag war gestellt worden auf Betreiben des Grafen Michael Soltikow u. des Grafen Yorck (älterer Bruder von Peter Y.) Für diese selbst u. den Sohn (Job) u. die Tochter (Frau Reimann) des Feldmarschalls v. Witzleben. Rechtsanwalt Naht erklärte, dass das Erwirken der Genehmigung auf erheblichen Widerstand gestossen sei. Dies wird dadurch auch beleuchtet, dass der Versuch von Achim Oster (Sohn von General Hans Oster), nochmals zugelassen zu werden, von den amerik. Dienststellen als unerwünscht bezeichnet worden ist mit dem Hinweis, dass Oster den Film bereits einmal gesehen habe. Den Söhnen Goerdeler war aber von Naht anheimgestellt worden, ohne vorhergehenden Antrag zu kommen, da ihre Teilnahme sich wahrscheinlich ermöglichen liesse. Tatsächlich schien die unangemeldete Teilnahme von uns beiden Söhnen Hassell keine wesentlichen Schwierigkeiten zu machen, wobei allerdings wahrscheinlich ist, dass Naht uns in das Genehmigungsschreiben zum Betreten des Gerichtsgebäudes ohne Rückfrage an höherer Stelle stillschweigend mit aufgenommen hat.

Das Gerichtsgebäude ist sehr streng abgesperrt (3 Kontrollen und eine Überprüfung durch CIC). In den Gängen sehr viel MP. Man darf in den Gängen nicht stehen bleiben und warten, sondern muss immer "lustwandeln". Die Vorführung fand in einem kleinen Saal statt. Frau Reimann war nicht erschienen. An ihrer Stelle nahm Marianne Witzleben (Frau v. Job) teil, ausserdem Yorck, Soltikow, Naht, Frau Naht (gleichfalls Rechtsanwältin, wir beiden Hassells, ein amerik. Offz. und zwei amerik. Nachrichtenhelferinnen.

Der Film zeigt zunächst amerik. Titelblatt und Hinweis auf Zusammenstellung durch OSS. Es folgen Bilder von Hitler beim Besuch der Verwundeten des Attentats. Es handelt sich sichtlich um sehr schwere Verwundungen. Hitler selbst wirkt unverändert. Gut zu erkennen ist Putt-Kamer (Admiral, Adj. der Kriegsmarine bei Hitler). Es folgt, durch Zwischentitel angekündigt, die Vernehmung von Witzleben. Zunächst betritt Freisler betont markig den Saal und setzt sich etwas protzig auf den Richterstuhl. Dieses Entrée und sein weiteres Gehaben wirken schauspielhaft und beinahe eingeübt. Man könnte aus der von Freisler zur Schau getragenen Sicherheit auf innere Aufregung schliessen. Witzleben wird aufgerufen. Freisler akzentuiert: "Herr" Feldmarschall! Im übrigen brüllt er - trotz des kleinen Saales - fast unausgesetzt in unflätigster Weise auf Witzleben ein. Durch falsche Toneinstellung ist weder von Freislers noch von Witzlebens Worten etwas zu verstehen. Witzleben scheint ausserdem kaum zu Wort zu kommen, wird dauernd unterbrochen oder überschrien und scheint stellenweise auf Verteidigung zu verzichten. Er begnügt sich mit verbissen verächtlichem Achselzucken. Trotz aller ungünstigen Bedingungen bleibt der Eindruck der unbedingten Autorität u. der ungebrochenen Willensstärke. Unverändert das Dieter von früher bekannte überlegene Hochziehen der linken Augenbraue. Der Eindruck der starken Persönlichkeit äussert sich in den Gesichtern der beiden ihn bewachenden Polizisten, die besonders aufmerksam und beeindruckt hinter ihm sitzen. Die körperliche Schwäche tritt bei ihm deutlich zutage (starke Abmagerung, schlotternde Hosen, die er mangels Hosenträgern - natürlich auch kein Schlips - dauernd hochziehen muss.) Als weiteres körperliches Schwächezeichen wischt er sich häufig mit dem Taschentuch die Stirn und Schläfen. Im Verlauf der späteren Verhandlungen wird sein gut geschnittener Kopf noch zweimal in den Reihen der Angeklagten ge-

zeigt; er wirkt trotz schlechtem Ernährungszustand und Unrasiertheit als würdiger Exponent besten deutschen Soldatentums. Als eigige artige Einleitung seiner Vernehmung wird im Anfang ein Bild gezeigt, auf dem die Marschälle angetreten sind, und Witzleben aus Hitlers Hand den Marschallstab überreicht bekommt.

(Nach Bericht der Schwiegertochter stand Witzleben in einer Zahnbehandlung. Die SS hat die Behandlung nicht fortgeführt, wodurch er grosse Schmerzen hatte und am Sprechen behindert war. Der Sohn erzählt, dass W.s Hauptinteresse der Jagd galt. Politisch hält er ihn für nicht sehr geschult. Der Sohn berichtet weiter, dass W.s Stil leicht eine burschikose, für Aussenstehende schwer verständliche Tonart annahm. Vor allem versuchte W. auf diese Weise grosse Sorgen und Ereignisse vor einem Ertrinken in Gefühlen zu bewahren).

Nach Witzleben wurde Hoepfners Vernehmung gezeigt. Der Eindruck von diesem war stark beeinträchtigt durch schlechten Anzug (Wolljacke, kein Schlips) und durch starke körperliche Mitgenommenheit; er war völlig unrasiert, die Haare waren ihm nach Art der russischen Soldaten kurz geschoren. Erhebliche Abgespanntheit der Nerven zeigte sich im Mienenspiel. Häufiges verkrampftes Lächeln. Alle diese ~~Erkennungs~~ seine Erscheinung kennzeichnenden Faktoren (dabei eine fast grobschlächtige oder bäurisch wirkende Gestalt) vermittelten in Verbindung mit der ~~von~~ seiner Aussage (einfachste, eher ungebildete Sprache und Gebärde) einen reichlich subalternen Eindruck. Bei seiner Aussage wurde die Tonübertragung, auch der Worte von Freisler, verständlich. Hoepfner schilderte den Versuch Becks, sich durch den Kopf zu schießen. Es kam nur zu einem Streifschuss, der in die Zimmerdecke ging. Durch die Schockwirkung taumelte Beck in den hinter ihm stehenden Stuhl. Fromm sagte: "Helfen Sie doch dem alten Herrn!" Die Pistole wollte sich Beck nicht fortnehmen lassen. Zu Hoepfner sagte Fromm: "Ich weiss nicht recht, was ich mit Ihnen machen soll. Ich stelle Ihnen anheim, ebenso wie Beck zu handeln." Darauf hatte Hoepfner geantwortet: Ich habe dafür keine Veranlassung, sondern glaube, mich noch rechtfertigen zu können." Hier unterbrach ihn Freisler mit einem unverständlichen Wortschwall. Im ganzen schien Hoepfner stark unter Druck zu stehen (ob Misshandlung oder Angst, kann nach dem Film nicht gesagt werden).

Die zwischen Freisler und dem jeweiligen Angeklagten wechselnden Bilder werden immer wieder unterbrochen durch einen Blick auf die anderen Richter und ~~Angeklagten~~ Anklagevertretung. Gesamteindruck: Gelangweilt, grösstenteils (häufiges Gähnen, unbeteiligtes Blättern den Akten und Schmökern in einem überall verteilten Heft mit Rekonstruktionen und Bildern vom Attentat). Das Heft über das Attentat wird im Einzelnen gezeigt. Beeindruckend sind die ausserordentlich starken Zerstörungen an der Baracke durch die Explosion. Es ist unverständlich, dass angesichts des wilden Durcheinanders schwerer Balken, der völlig zerstörten Barackenwände und des grossen Sprengloches in Fussboden und Decke Hitler nur mit leichten Freilagen davongekommen ist. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die anscheinend sehr starken Verletzungen der sonstigen Anwesenden bei dem Attentat. Unter der Anklagevertretung fällt auf: der Staatsanwalt Göhrisch, sehr junges, besonders unangenehmes Gesicht mit wulstigen Lippen. Das Wort ergreift er nicht, wie überhaupt nur Freisler und der Angeklagte reden, es wird aber gezeigt, wie er und so auch Freisler sich Aussagen notiert mit dem Ausdruck etwa: Aha, da haben wir ihn, damit ist der Kerl geliefert. Daraus und aus dem Gesamteindruck des Verfahrens ist immer wieder die schon von vornherein feststehende Entscheidung zu erkennen.

Es folgt die Vernehmung einer Hausangestellten von Beck. Es ist nicht verständlich, was diese Szene in der stark gekürzten Fassung des Films zu suchen hat. Zu verstehen ist nichts. Nach beendetem Verhör eilt die Zeugin zum Ausgang. Im Weggehen grüsst sie, ohne sich umzudrehen, durch Erheben der Hand nach rückwärts zum Richtertisch hin. Das Ganze wirkt als Persiflage des Hitlergrusses.

Anschliessend die Vernehmung von Haase, Stadtkommandant von Berlin. Haase macht bei relativ guter körperlicher Kondition einen sicheren, bestimmten und ruhigen Eindruck. Inhalt der Vernehmung unverständlich. Dies gilt auch für die Vernehmung von Stieff, Chef Org.Abt. Schlechter Anzug, kleine, körperlich zusammengefallene Gestalt. Man hatte fast den Eindruck, dass die ihn vorführenden Schutzleute ihn stützten. Im ganzen wirkte er ruhig, entgegen den seine Aussagen betreffenden Gerüchten. Während der Vernehmung wurden Bilder von Anderen, zwischen Polizisten auf der Anklagebank sitzenden Angeklagten gezeigt. Guter Kopf von Klausling erkennbar. Haase ist auch einmal besonders gut zu sehen.

Es folgt die Vernehmung von Heildorff, Pol.Präs.v.Berlin, gleich im Anfang unterbrochen durch Bilder von einer Polizeiparade in Bln. Grossaufnahme von Heildorff als Abnehmender in SA-Uniform. Längere Bilderreihe stramm marschierender Polizistenbeine. Der militaristische Charakter wurde dadurch stark unterstrichen. In der Vernehmung machte Heildorff keinen schlechten Eindruck. Sein Ernährungszustand ist sichtlich besser als der der anderen Angeklagten (gut sitzender Zivilanzug, wenn auch kein Schlips). Besonderes war nicht zu verstehen.

Vernehmung Yorck. Trotz verkommener Kleidung und sichtlicher körperlicher Schwächung wirkt er auf Grund seiner ganzen Haltung und des geistvollen Kopfes als echter Spross seines alten Geschlechts. Allerdings schien er müde, ohne grossen Kampfegeist und eher weich. Tonübertragung auch hier im allgemeinen schlecht zu verstehen, mit Ausnahme der Aussage, dass man als Aussenminister an Schulenburg oder Hassell gedacht habe, er glaube aber nicht, dass mit den beiden Herren darüber gesprochen worden sei.

Vernehmung Goerdeler, angekündigt mit "political head of the plot". Er wirkte körperlich mitgenommen, einmal liess er den Kopf sinken, so als ob ihn die Kraft verliesse (vergl. Lubbe, Drogen?). Trotzdem machte er keinen schlechten Eindruck, schien ruhig und gefasst zu sein, war anständig angezogen, wirkte aber im ganzen nicht überlegen, sondern eher etwas "kleiner Mann". Wenig Kampfegeist, von dem sanguinischen, früheren Feuer keine Spur. In den Aussagen wurden wieder nur aus dem Zusammenhang gerissene Worte verstanden, einmal sprach er von Jakob Wallenberg.

Vernehmung Pater Henrie, angekündigt als Beichtvater von Leonhard (gemeint ist Leonrod). Henrie war in Priestertracht ohne weissen Kragen. Er bewegte sich sicher und frei, kraftige Gesten, die Röcke flogen. Es gelang ihm auch, Freisler zu widersprechen. Er sagte aus, dass ihm das Verbotene eines Attentats durchaus klar gewesen sei, als ihn Freisler darauf anschrie: "Sie wussten also von dem Attentat?" fällt er ihm scharf ins Wort: "Das habe ich nicht gesagt!" und fährt weiter aus er habe Leonrod nur auf das Verbotene eines Attentats aufmerksam gemacht, mit ihm aber nicht über den Plan hierzu gesprochen.

Schulenburg wird angekündigt als früherer Botschafter in Moskau. Er ist anständig angezogen, Schlips und Kragen, körperlich anscheinend unverändert. Bewegt sich sicher und frei, lebhaft Sprache der Hände. Im ganzen entsteht der Eindruck eines freundlichen alten Herrn. Freisler gegenüber wirkt er reichlich konziliant, keine Kampf Stimmung bemerkbar. Häufiges Lächeln. Bei verständlicher Tonübertragung gibt Sch. auf Befragen durch Freisler an, dass er seit 1934 in der Partei war. Es schliessen sich weitere Fragen über Mitgliedschaft an, wobei Sch. reichlich entgegenkommend wirkt. Bei seiner Vernehmung ist der Saal bis auf wenige uniformierte Gäste ganz leer. Der Ausschluss der Öffentlichkeit mag daran liegen, dass gleichzeitig gegen Gottfried Basmarck, Reg.Präs. v. Potsdam, verhandelt wurde. B. wird im Film nicht gezeigt. Der Partei massen Zeugen in der Verhandlung gegen den Namen B. unangenehm sein. Aus dem gleichen Grunde wurde B. wohl auch freigesprochen.

Bei den anderen Verhandlungen ist der Saal voll gefüllt, die Uniform beherrscht das Bild, viel SS mit Ritterkreuz und höhere Parteilosen. Meist ziemlich vollgepflegt. Kein auffallendes Interesse. Teil

weise ist die Aufmerksamkeit ausgesprochen schlecht (kommandierte Gäste?). Der Gegensatz zu den anständigen Köpfen auf der Anklagebank ist auch bei nüchterner Beurteilung erschütternd. A

Adam Trott macht in seiner Vernehmung einen sicheren ruhigen Eindruck. Mude, etwas verkniffener Mund, ganz anständiger Anzug, im ganzen eher abgespannt. Trotzdem wirkte er aber straffer als im Leben. Die Tonübertragung wurde bei den seinen Werdegang behandelnden Fragen und Antworten wieder verständlich. Freisler warf ihm vor, dass er nicht an der Front sei. Im übrigen kehrte Freisler mit verächtlichen Beschimpfungen zu Fr.s vierjähriger Ausbildung in England zurück.

Graf Ulrich Schwerin-Schwanenfeld wirkte angestrengt und elend, aber ruhig fest und klar. Die Tonübertragung wurde verständlich bei den Fragen über die militärische Laufbahn, wobei Freisler wieder den Vorwurf erhob, Schw. sei ein Druckeberger.

W. Wilmers imposanter Kopf, der etwas an Luther erinnerte, war schon vorher bei anderen Vernehmungen in der Anklagerei gezeigt worden, solche Bilder wurden übrigens immer wieder eingeschoben ohne Rücksicht auf zeitlichen Zusammenhang, so bei Goerdeler, Hoepfner, bei Wilmers, Witzleben auf der Anklagebank. Verschiedentlich ist der Strafverteidiger Boden, Verteidiger von Schlabrendorff, zu sehen. Das Ganze zeigt, wie rücksichtslos der Film zusammengeschnitten und ohne wirkliche Sachkenntnis aneinandergesetzt ist. Wilmers wird in der Überschrift bezeichnet als Rechtsanwalt und früherer Sekretär von Brüning. Seine massive Gestalt tritt sicher durch die Reihen der Schutzleute an den Angeklagten. Die ihn an den Ärmelzipfeln vorführenden Schutzleute wirken, wie in den anderen Fällen auch, mangels jeder Fluchtmöglichkeit lächerlich und theatralisch, als ob durch diese Bewachung der verbrecherische Charakter der Angeklagten unterstrichen werden sollte. Zudem schien gerade W. nicht gewillt, sich durch Ärmelzipfel aufhalten zu lassen. W. fasst mit festen Fausten die Lehne des Stuhles und steht bombastisch und beinahe drohend vor diesen Richtern. Ordentlicher dunkler Anzug, der die schwere Figur noch betont. Freisler überschrie sich, und zwar meist unverständlich, und liess in den gezeigten Szenen W. kaum zu Wort kommen. Er begann die Vernehmung mit der besonders törichte Einleitung: „Ein kräftiger junger Mann wie Sie gehört an die Front.“ Wie W. seine Tätigkeit bei der chem. Ind. erwähnt, fällt ihm Freisler rapelhaft ins Wort: „Dort wird man gerade solche Nichtskönner wie Sie gebrauchen können.“ Auch hier war die Tonübertragung nur bei diesen gleichgültigen Personalien klar. Im ganzen wirkt W., obwohl man wenig Aussagen von ihm versteht, ausserordentlich aggressiv und von Widerspruchsgeist gegen das Verfahren erfüllt.

Als Letztes zeigt der Film die Vernehmung unseres Vaters, angekündigt als „former ambassador to Italy“, Hassell mit einem l. Zunächst wird unser Vater am Tisch im Palazzo Venezia sitzend, den Vierer-Pakt unterzeichnend, gezeigt. (Es ist nicht gesagt, worum es sich handelt). Unser Vater ist jung, sehr schwungvoll und frisch, dreht sich schräg nach rechts oben blickend um, als der Diener (mit Kneifer) den Löscher bringt. In der Vernehmung steht unser Vater frei und sicher hinter dem Stuhl für den Angeklagten, ohne sich zu stützen. Neben ihm ein feister schlafender Schupo. Er trägt eine gute hellgraue Jacke mit Knickerbocker in der linken Brusttasche das weisse Taschentuch. Er ist im Vergleich mit anderen in relativ guter Kondition. Einmal wird sein Kopf auf der Anklagebank bereits in der Verhandlung gegen die Generalität gezeigt; er sieht ruhig aus, Kinn hoch, Blick in die Luft. Bei der Vernehmung sieht man dann seine Gestalt von rückwärts mit dem Blick auf Freisler. Fr. sagt: „Nun kommen Sie: Mit Ihnen kann man sich gar nicht unterhalten, denn man kann Ihnen nichts glauben. Sie sind ja die personifizierte Lüge.“ Darauf unseren Vater geht ein Ruck, und er tritt etwas näher an den Stuhl heran und damit gegen Freisler vor. Darauf folgt ein Bruch im Filmband. W.U. hat im Sept. 44 von einem Augenzeugen gehört, die Antwort habe etwa gelautet: „Herr Präsident, ich bin nicht 62 Jahre alt geworden, um mir vor

Innen sagen zu lassen, dass ich ein Lügner sei. "Ohne verständliche Fragestellung wird dann eine Antwort unseres Vaters gebracht, die etwa lautet: "Also erstens habe ich zu sagen, dass ich mich seit 1944 nicht mehr beteiligt habe." Freisler unterbricht und brüllt: "Ihre politische Linie interessiert uns hier gar nicht." Dann folgen unverständliche Fragen und Antworten. Einmal antwortet unser Vater sehr sicher: "Ich habe nicht daran geglaubt," worauf Freisler schreiend "Was heisst das, nicht daran geglaubt?" Unser Vater antwortet nun ganz überlegen mit einer die Unangreifbarkeit seiner Aussage unterstreichenden Handbewegung: "Ich habe eben nicht daran geglaubt, ich habe zwar keine Zweifel daran gehabt, dass bei den Herren das so gesagt worden ist, aber ich habe die Sache für nicht wirklich substantiiert gehalten." Bei den letzten Worten, die nach kurzem Suchen nach einem passenden Ausdruck gesprochen werden, fühlt er sich sichtlich überlegen; ein kleiner versteckter Zug der Ironie um den Mund ist unverkennbar. Fast kommt es zu einem Lächeln. Bei dieser letzten Aussage ist unser Vater in Grosseaufnahme (nur der Oberkörper) zu sehen. Im ganzen wirkt er ernst; ein Zug der Trauer und der Schärfe ist nicht zu verkennen. Die Sprache ist klar und völlig unverändert, in der Klangfarbe eher aggressiv.

Schlussbild: Freisler verliert den Urteilstenor gegen Goerdeler, unseren Vater usw., wobei der Tenor unnötigerweise vollständig gebracht wird.

Richter und Angeklagte stehen. Bei Letzteren ist keine Reaktion zu bemerken. Unser Vater wechselt einmal die Beinstellung und macht den Eindruck vollkommener Gelöstheit.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Film zusammengestellt ist auf Grund von Bildern, die für NS-Propagandazwecke gemacht worden sind. Beim Zurechtschneiden der vorgeführten, verkürzten Fassung mag der Wunsch mitgespielt haben, den Film dem amerikanischen Geschmack anzupassen. Vergl. hierzu die Vernehmung von Trott, dabei ~~ist~~ besonders das ausführlich gebrachte Beschimpfen der englischen Erziehung, ferner die lächerliche Szene mit der Hausangestellten von Beck und die Aussagen von Hoepfner über Becks Selbstmord. (Tranendrüsen und Sensation). Aber auch, wenn man dieses alles berücksichtigt, lässt sich das Gefühl nicht abweisen, dass die neue Zusammenstellung den Zweck verfolgt, den 20. Juli in den Geruch einer Fortsetzung des Nationalsozialismus und Militarismus zu bringen und seine Träger nur als zeitweilig ungetreue Kämpfer des 3. Reiches darzustellen. Vergl. hierzu z.B. die Parade bei Heildorff, der übrigens in einem so kurzen Abriss überhaupt nicht aufgenommen zu werden verdient. Vertreter der politischen Linken und der Gewerkschaften z.B. Leuschner und Leber, werden nicht gezeigt. Da die Tonübertragung wird immer dann verständlich, wenn ein Angeklagter über seine Verbindung mit der Partei spricht (vergl. Schulenburg). Auch die Übergabe des Marschallstabes an Witzleben durch Hitler könnte mit dieser Absicht gebracht worden sein.

Trotz der Kürzungen, die das Prop. Ministerium bereits vorgenommen haben könnte, bleibt es fraglich, ob es nicht doch vor allem an der amerik. Zusammenstellung liegt, dass gute Ausserungen der Angeklagten nicht gebracht werden (Vergl. auch das Fehlen der Antwort unseres Vaters auf Freislers Anwurf der Lüge). Wirmer soll sehr erheblich zu Wort gekommen sein, wird aber nur in einer Szene gezeigt, in der er von Freisler überschrien wird. Leute wie Fritz Schulenburg und Hans Bernd Haeflgen, die nach allen Berichten besonders gut gewesen sein sollen, werden überhaupt nicht gezeigt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Originalfilm ursprünglich 8 Stunden in Anspruch genommen haben soll, während unsere Vorführung nur 45 Minuten in Anspruch nahm. Die Schwierigkeiten der Zulassung und das Verbot an Sohn Oster, den Film zweimal zu sehen, sind vielleicht auf die Sorge vor Kritik zurückzuführen. Es bleibt bedauerlich, dass die Amerikaner

- 6 -
sich nicht entschliessen können, wenigstens den Angehörigen den vollständigen Film zu zeigen. Für die deutsche Öffentlichkeit ist die amerikanische Fassung im Interesse des 20.7. völlig ungeeignet. Hauptmotiv der Amerikaner dürfte sein, sich durch den Film das Argument der Kollektivschuld nicht zerstören zu lassen.

Ein Versuch, im Anschluss an die Filmvorführung in den Zuschauerraum des Nürnberger Prozesses gelassen zu werden (via Naht und Kempner) scheiterte, gleichfalls bei K.A. Keyserlingk (1923 noch Graf K. und Göttinger Sachse, wie er selbst erzählte).

Ebenhausen, den 22.8.46

Es gab eine deutsche Widerstandsbewegung

Geschrieben im Einverständnis mit Vertretern ehemaliger Widerstandsorganisationen von Günther Weisenborn

„Es gab keine Widerstandsbewegung in Deutschland. Das ist eine Tatsache und das müssen wir zugeben.“

Diese knappe und apodiktische Antwort gab Frau Dr. Gabriele Strecker, die Vertreterin der deutschen Frauen auf dem Weltfrauenkongress in New York in einem Interview der „New York Times“ vom 15. Oktober auf folgende Frage: Ich würde gerne etwas über die Beteiligung von Frauen in der deutschen Widerstandsbewegung während des Krieges erfahren. Das würde uns brennend interessieren.

Die Antwort der deutschen Delegierten ging um die ganze Welt und richtete überall großes Unheil an. Die Welt wußte, daß das deutsche Volk bis zur letzten Patrone für Hitler gekämpft hatte. Die Welt wußte, daß das deutsche Volk nach der Kapitulation einmütig erklärt hatte, es sei immer gegen Hitler gewesen. Das kostete uns allerhand Vertrauen in der Welt, aber der verhängnisvolle Satz, der in New York gesprochen wurde, vernichtete den Rest von Achtung, den die Gutmeinenden im Ausland noch vor den deutschen Hitlergegnern hatten.

Ich bin geneigt zu glauben, daß Frau Gabriele Strecker nicht im Bilde war, aber ihre Feststellung ist in vertikaler Verlängerung die gleiche Feststellung Hitlers, der die Existenz der Widerstandsbewegung in Deutschland stets knapp und apodiktisch abgestritten hatte. Viele Menschen in der ganzen Welt sind derselben Meinung. Ihr Urteil ist gefällt.

Wie sehen die Tatsachen aus?

Es wird schon seit längerer Zeit intensiv an der Zusammenstellung von Tatsachen und Zahlen über die deutsche Widerstandsbewegung gearbeitet, eine Arbeit, die durch die verschie-

densten Umstände (Zonen, Tod, Wirtswart, Aktenvernichtung und so weiter) sich verzögerte. Bald jedoch ist mit den ersten authentischen Veröffentlichungen über die deutsche Widerstandsbewegung zu rechnen, Veröffentlichungen, die die Welt in Erstaunen setzen werden.

Einige kurze Tatsachen mögen den Unwissenden zunächst einen Einblick geben in den wilden, verblissenen Kampf der Widerstandsorganisationen um ihr Vaterland gegen den Verräter ihres Vaterlandes.

Nach einem Gestapo-Geheimbericht wurden im Olympiajahr 1936 in Deutschland 11.687 Personen wegen illegaler Linkspropaganda verhaftet, dazu kamen 17.168 Verhaftungen wegen Heimtücke. Das sind fast 30.000 Deutsche, die der Gestapo in einem einzigen Jahr zum Opfer fielen. Da aber auf jeden Verhafteten noch unsere Erfahrungen meist einige kamen, die nicht verhaftet wurden, darf man in jedem Jahr auf 60.000—80.000 Deutsche rechnen, die Widerstand geleistet haben, das sind 6—8 Divisionen, das ist eine Armee. Im Jahre 1936 wurden von der Gestapo nach einem ihrer Geheimberichte 1½ Millionen Flugblätter erfaßt (genau 1.643.200). Da die von der Gestapo erfaßten Flugblätter jedoch nur ein Teil der überhaupt verbreiteten sind, darf man im Jahre 1936 mit rund 3.000.000 Flugblättern rechnen. Es gab also im Olympiajahr mehr illegale Flugblätter als Parteimitglieder.

Im gleichen Jahr wurden an Betriebsgruppen ausgehoben: in Berlin 9, darunter eine bei Osmar, eine in Schöneberg mit 130 Verhaftungen, eine in Steglitz mit 45, eine in Südost mit 116 Mann. Ferner fielen Gruppen in Götting (100), Hamburg (130),

Legnitz, Schwelm (64), Köln (92), Bmden (102), Magdeburg, Frankfurt (10), Jena, Leipzig, Darmstadt, Hannover (216), in Potsdam (81 Mann Reichsbanner), in München (23) und so weiter. Fast in allen Städten fielen Gruppen aller antinazistischen Parteirichtungen der Gestapo zum Opfer. Aber jeder Erfahrene weiß, daß die Gestapo stets nur einen Teil erfaßte. Es war ein ständiges Aufwachen von Gruppen zu beobachten, und nur mühsam wurde die Gestapo mit ihnen fertig. In Berlin gab es während der zwölf Jahre Hunderte von Gruppen, so die Gruppe Sens, Behrendt (60), Manke (170 Angeklagte), Ott, Köhn, Kowalko, Klein, Altmann, die Studentengruppe „Rote Standarte“ und so weiter. In Magdeburg gab es die „Tribüne“, in München die Studentengruppe, in allen Städten schlossen sich todesmutige Antifaschisten zusammen. Allein in Berlin wurden im Januar 1941 nach Lageberichten der Gestapo 43 illegale verhaftet, im Februar 32, im März 41. Sie blieben an und erreichten im August die Zahl von 1308 Verhaftungen. Natürlich griffen die Verhaftungen mit dem sich verschärfenden Widerstand in den nächsten Kriegsjahren immer mehr um sich. Die Gestapo arbeitete immer verzweifelter, aber auch die Widerstandsorganisationen kämpften auf immer breiterer Front, immer erfolgreicher, immer entschlossener. Nach weiteren Gestapo-berichten kann man wahrscheinlich mit rund 800 bis 1000 Verhaftungen illegaler in Deutschland während jedes einzelnen Monats der Hitlerzeit rechnen.

Aus den einzelnen Gruppen gab es große Organisationen der Widerstandsbewegung, die sich über ganz Deutschland erstreckten. Hier ist vor allem die Gruppe Ullrich zu nennen, die rund 10.000 Mann umfaßte und mit 74 Funktionären arbeitete, ferner der Römischer Kreis mit etwa 120 Hingeführten, dann die „Europäische Union“, deren Mitglieder hauptsächlich deutsche und ausländische Arbeiter, in die viele Tausende gingen, die 3000 Mann starke KDF-Gruppe (Kampf dem Faschismus) in Hamburg. Die „Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe“ schließlich, der rund 600 Menschen angehörten, von denen zwei Drittel an das Schafott traten, Offiziere, Künstler, Arbeiter, Ärzte, erstreckte sich von Brüssel bis Berlin. Besonders sei die mächtige Sackow-Gruppe genannt, die einen zentralen Zusammenschluß aller nazifeindlichen Organisationen versuchte und deren Kontakte von Hamburg bis Tirol gingen. Sie war die stärkste. Ihre Mitgliederzahl ging in die Zehntausende. Sie hatte etwa 500 Hingeführte. Es sei auch nicht die sozialistische Gruppe „Neubeginnen“ vergessen, die ebenfalls über ganz Deutschland verbreitet war und deren Mitgliederzahl in die Tausende ging. Dabei sei die 20-Juli-Gruppe nicht besonders erwähnt, da sie allgemein bekannt ist.

Dies sind nur einige Tatsachen, aber bald werden alle Organisationen ihre Einzelberichte gesammelt haben und zu Gesamtberichten verarbeiten, die in Kürze der Öffentlichkeit vorgelegt werden dürfen.

Diese Zahlen mögen vorläufig beweisen, daß die Äußerung von Frau Gabriele Strecker eine leichfertige war. Aber was sie als Vertreterin der deutschen Frauen im Ausland ganz besonders bewegen mußte, das ist die ungeheure Beteiligung der deutschen Frauen an der Widerstandsbewegung, und der Heldenmut, mit dem sie reihenweise in den Tod gingen. Hier sind Tausende von hingerichteten Frauen aller Parteirichtungen von Lilo Hermann bis zur Gräfin Erika von Brockdorff-Rantzau. Beweise dafür, daß der Satz jener Frau Strecker unrichtig ist und unrecht ist. Diese Frauen waren Arbeiterinnen, Studentinnen, Künstlerinnen, Ärztinnen. Sie waren Mütter, sie waren Geliebte und sie wurden oft gefoltert. Zwei junge Frauen, die während unseres Prozesses in der Gestapozelle

Mutter wurden, kamen nach einigen Wochen auf das Schafott. Die Kinder wurden von der Gestapo weggegeben. Es gab zahllose Frauen, die sich selber belasteten, um ihre Männer zu entlasten, Frauen, die Selbstmord begingen, um nichts Belastendes gegen andere aussagen zu müssen, Tausende von Frauen, die mit bläulichem leuchtendem Gesicht ihren Weg in die Finsternis gingen, um ihr Vaterland zu retten. Es gab heroische Konflikte, Heldentaten, Liebesbeweise, kameradschaftliche Opfer bis in den Tod hinein. Nie war der Mensch größer, als in den deutschen Kellern jener Welt, in der der Mensch am kleinsten war.

Die Widerstandsbewegung war eine verheimlichte Armee gegen Hitler, die von 1933 bis zur Kapitulation täglich viele Tote hatte und deren erlittene Haftjahre eine astronomische Zahl ergeben würden. Ich weiß nicht, ob Frau Strecker jemals eine Woche hinter Gittern verbracht hat. Dort hätte sie jedenfalls zahlreiche Mitglieder der Widerstandsbewegung kennengelernt. Nicht umsonst hatte Hitler 88 Konzentrationslager mit Millionen von oppositionellen Menschen, nicht umsonst waren alle Gefängnisse und Zuchthäuser überfüllt mit politischen Gefangenen. Wenn die deutsche Widerstandsbewegung nicht gewesen wäre und die Macht Hitlers nicht ständig empfindlich gestört hätte, so wäre der Krieg, der sowieso verloren war, beträchtlich später zu Ende gegangen. Und das hätte von uns Deutschen und allen Kriegführenden weitere Hunderttausende von Toten gekostet.

Der Vergleich mit den Widerstandsbewegungen in Frankreich, Norwegen, Jugoslawien und anderen Ländern ergibt folgende Tatsachen: In jedem der genannten Länder hatte die Gestapo nur einige Jahre Zeit, in Deutschland hatte sie zwölf Jahre Zeit. In jedem der genannten Länder stand die Gestapo völlig neuen Akten, Menschen, Methoden und Sprachen gegenüber, in Deutschland kannte sie alle diese Dinge genau. In jedem der genannten Länder hatten die Widerstandsgruppen ständigen Kontakt mit dem Ausland, in Deutschland war eine Gruppe ganz auf sich allein gestellt. Ihre Situation war isoliert, war fast aussichtslos.

Die deutsche Widerstandsbewegung wird in der Geschichte der Freiheitskämpfe der Welt eine besondere Rolle spielen, da noch niemals die Waffen so ungleich verteilt, noch niemals in der Welt das Todesrisiko, der Sterbekoeffizient so entsetzlich waren. Die Energie, die Unerschrockenheit, die Geschicklichkeit, das Genie und die reine Weilliebe der deutschen Widerstandskämpfer ist der Bewunderung der Welt wert. Das Ansehen unseres Vaterlandes in der Welt wird sich danach richten, was die Welt über den Kampf der Deutschen gegen die Nazidiktatur erfährt.

Darum denke ich, es ist Zeit, endlich einmal der deutschen Widerstandsbewegung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich ergreife hierzu das Wort nur unwillig, da sich sonst niemand rührt. Ich nehme an, daß die Überlebenden zu überlastet sind. Ich persönlich habe nicht die Absicht, als ein Held der Widerstandsbewegung in die deutsche Geschichte einzugehen, ich war nur ein kleines Rad im Getriebe, aber ich bin Zeuge. Und ich spreche hier im Namen zahlreicher Kameraden, die tot sind und deren Taten nicht vergessen werden dürfen. Sie sind das heimliche, das bessere Deutschland gewesen. Sie kämpften bis zum Tode gegen den Hochverrat, gegen den Menschenverrat der Nazis.

Hitlers Politik, die politischen Massenprozesse in Einzelprozesse aufzuteilen, und die Prozesse gegen Widerstandsgruppen auf das brutale zu verheimlichen, hatte großen Erfolg, so daß bei vielen Verurteilten nicht einmal die Angehörigen etwas über die betreffenden Gruppen erfuhren. Mein eigener Vater fragte mich, nachdem ich drei Jahre hinter Gittern gelebt hatte, bei unserem Wiedersehen: „Warum haben sie dich eigentlich verhaftet?“ Ein Brief der Familie eines hingerichteten Arztes fragt bei mir an, wann, wo und weshalb dieser Familienvater getötet worden sei. Viele Prozesse liefen unter „Geheim“. Wer darüber sprach, verfiel der Anklage „der Feindbegünstigung“, die automatisch die Todesstrafe zur Folge hatte. Auf diese Art erreichte die Schreckensjustiz, daß die Prozesse tatsächlich geheim blieben, daß die Familien, daß das eigene Volk und daß die ganze Welt sogar noch heute in absoluter Unkenntnis darüber sind, daß es eine mächtige Widerstandsbewegung in Deutschland gab.

Auf das entscheidende ist darum im Namen unseres neuen Deutschlands, im Namen der deutschen Widerstandsgruppen und im Namen von Zehntausenden von Kameraden und Kameradinnen, die fielen, eine derart leichfertige Äußerung, wie die von Frau Gabriele Strecker gemachte, zurückzuweisen.

Noch liegt der Hitlernebel über der Widerstandsbewegung, aber er weicht bereits. Unsere Suchkolonnen haben sich in das fahle Gebiet der verschwiegensten aller Fronten, der deutschen Schaffront, begeben. Und ihre Berichte stimmen überein: Es gab eine deutsche Widerstandsbewegung, und sie war stark.

Doherty über deutsche Notlage

Größere Verantwortung für Gewerkschaften empfohlen

BERLIN, 8. Dezember (DANA)

Vizepräsident William Doherty von der American Federation of Labour, der einen Monat lang mit einer Delegation seines Verbandes die englische und amerikanische Zone bereist hat, um dort die deutschen Gewerkschafts- und Arbeitsverhältnisse zu überprüfen, gab auf einer Pressekonferenz in Berlin eine Übersicht über den zu erwartenden Bericht der Delegation. Danach wird die Delegation empfehlen, daß bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrags für ganz Deutschland sofort eine vorläufige Zentralregierung errichtet und den Gewerkschaften ein größerer Anteil an den deutschen Angelegenheiten übertragen wird: an ganz Amerika richten sie einen Aufruf, sich an der Hilfsaktion gegen den Hunger in Deutschland zu beteiligen.

Nach der Auffassung der Delegation würde die Wiederherstellung und Weiterentwicklung freier Gewerkschaften die Lösung des ganzen deutschen Übels darstellen. Die Tatsache, daß die Mehrzahl der leitenden deutschen Gewerkschaftler aus Konzentrationslagern komme, beweise, daß sie wüßten, was Demokratie bedeutet und gewillt seien, dafür zu kämpfen. Der Entschluß der deutschen Gewerkschaften, sich nicht politischen Parteien unterzuordnen, sei zu begrüßen. Doherty betonte mit Nachdruck die kritische Situation der Bevölkerung im Ruhrgebiet. Der Gesundheitszustand der gesamten deutschen Bevölkerung sei so schlecht, daß die Delegation die Regierung der Vereinigten Staaten und die gesamte amerikanische Bevölkerung auffordern werde, sich zusammenzufinden, um die Hilfsmaßnahmen zur Vermeidung einer Hungersnot in Deutschland auszuweiten und zu verstärken.

Der amerikanische Gewerkschaftsleiter setzte sich nachdrücklich dafür ein, daß die deutsche Produktion so weit als möglich wieder in Gang gesetzt werde, selbst wenn sich die Erzeugung dadurch über den im Viermächteabkommen vorgesehenen Umfang ausdehne, und meinte, daß dies durchaus nicht die Beseitigung der notwendigen Einschränkungen zu bedeuten habe. Die deutsche Industrie könne durch strenge Kontrollmaßnahmen zu friedensmäßiger Beschäftigung angehalten werden. Doherty hält es für notwendig, daß die Alliierten einschließlich der Vereinigten Staaten für eine lange Reihe von Jahren auf alles, was in Deutschland vorgeht, ein wachsames Auge richten. Er erklärte, sein Land werde sich dieser Aufgabe nicht entziehen, bevor die Ordnung in Deutschland wieder hergestellt sei. Wie Mr. Doherty mitteilte, wurde der Delegation der Besuch der französischen und russischen Zone von den zuständigen Stellen untersagt.

Die Ankündigung des Berichtes der AFL-Kommission über die deutschen Arbeitsverhältnisse fällt nach einer Meldung von BBC zeitlich zusammen mit der Veröffentlichung eines Berichtes der vom Weltgewerkschaftsbund eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse in Deutschland, die unter Leitung des damaligen Sekretärs des britischen Gewerkschaftskongresses und heutigen Lord Citrine im Februar 1946 Deutschland bereisten. Der Bericht, der auf Beobachtungen beruht, die neun Monate zurückliegen, kommt in der Beurteilung der Ernährungslage teilweise zu anderen Ergebnissen als die Verlautbarungen der AFL-Delegation.

Geschichten ohne Politik

für den Nahverkehr als Beweis, daß es doch noch überflüssige Autos gibt. Untersuchungs-ergebnis: 6 Autos waren wirklich vorhanden. Die anderen waren — genau wie das angebene Grundstück — nur Köder ...)

Ehrlich währt am längsten

Bei einem Einbruch in Newcastle ließ — der Besucher seine Identitätskarte liegen.
In der Telefonzelle einer Londoner U-Bahnstation markieren zwei Herren ein Telefongespräch, streiten sich aber in Wirklichkeit über die Teilung einer Beute. Als sie den Kiosk verlassen, verhaftet sie ein Kriminalbeamter.
Mildred Underwood, — als Grund ihrer unglücklichen Ehe an: „Ich

Foto-Apparat. Der Kasten fand sich nicht, wohl aber ihre 19-jährige Schwester Louella, die als Baby Adoptivkinder übergeben worden war. Erst vor geraumer Zeit erfuhr sie das Geheimnis ihrer Herkunft. Auf der Suche nach ihrer richtigen Mutter entdeckte sie in der Anzeige den Namen ihrer Familie.
Aus Riesentrümmern der Anklamer Nikolai-Kirche grub man, wach ein Wunder, die 80 Zentner schwere Glocke, die aus 50 Meter Höhe auf die Steinfliesen gestürzt war, vollkommen unbeschädigt aus. Nun läutet sie wieder — allerdings zunächst noch im Turm der neuerrichteten Marienkirche.
Pilot Tom Crowley stieß mit seinem Flugzeug gegen sein Haus in einem New Yorker Vorort. Die Hausfrau war überrascht, den Gatten so unerwartet frühzeitig (daß die Decke) wiederkommen zu sehen. Er ist unverletzt.
Ralph Korth, Seattle, fand in der Tanzpause auf dem Boden eine Brieftasche mit 80 Dollar und dem Foto seiner Braut nebst ihrer Lieb-

seines Freundes. Warum waren all die anderen nicht erschienen? Es kloppte. Wie gruslig! Aus dem Sarg? Nein, aus der nahen Sakristei. Er schloß die versperrte Tür auf. Da standen der Geistliche und die Trauergemeinde. Unbekannte hatten sie eingesperrt und bis auf die Unterwäsche ausgeplündert. Nun kehrten sie an den Sarg zurück ...

Konjunktur für

— Schneckenfänger auf den Südwest-Pazifik-Inseln; die von den Japanern gezüchteten Eß-Schnecken vermehren sich und vernichten alles.

— Schlangenzüchter in Britisch-Indien. Lederfabrikanten, Beschwörer und Rattenbekämpfer können nicht mehr ausreichend Kobras und dergleichen herbeschaffen.

— Arktische Forscher auf der Sowjet-Insel Kola, die vor ihrer Industrialisierung sorgsam wissenschaftlich untersucht wird.

Aus allen Zonen

Amerikanische Zone:

Das Landgericht Landshut hat am 4. Dezember den ehemaligen Landrat von Eggenfelden, Dr. Otto Creutz, wegen Lebensmittelschiebungen zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Nach Mitteilung des amerikanischen Hauptquartiers ist in Frankfurt eine weitere Beschlagnahme von Wohnraum für Angehörige amerikanischer Soldaten auf Grund der augenblicklichen Wohnnotlage von 2,8 Personen pro Raum untersucht worden. Im Schloß Emmerichshaus bei Kahl am Main soll ein Heim für heimatlose Kriegsveterane eingerichtet werden. Dr. Erich Köhler, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Hessen und Mitglied des hessischen Landtages, ist am 5. Dezember mit seinem Kraftwagen verunglückt und schwer verletzt worden. Am 12. Dezember findet in allen bayerischen Schulen eine Feierstunde statt, in der die Schüler zur Hilfsbereitschaft für die Heimat- und Obdachlosen aufgerufen werden sollen.

WIESBADEN (DANA). — Das hessische Kabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, nach dem ungenutzter Hausraum, der sich noch in Lager- und Abstellräumen befindet, beschlagnahmt und gegen Bezahlung an Neubürger und Fliegergeschädigte abgegeben werden soll. Auch aus Wohnungen kann Hausrat entnommen werden, wenn der Eigentümer dadurch keine erheblichen Nachteile erleidet. Künstlerisch oder kulturell wertvolle Gegenstände sind von der Beschlagnahme ausgeschlossen.

KASSEL (DANA). — Das Mittlere Militärgericht in Hersfeld (Hessen) hat Erika von Blomberg, eine Verwandte des ehemaligen Feldmarschalls von Blomberg, zu einem Jahr Gefängnis und 20.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatte ihren Vetter, den General der Waffen-SS Ludolph von Alvensleben, mit seiner Familie auf ihrem Gut Oberode bei Hersfeld versteckt gehalten. Alvensleben ist inzwischen von der britischen Militärpolizei in Hamburg festgenommen worden.

MÜNCHEN (NZ). — Der bayerische Ministerpräsident hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß die sogenannten Ehrenämter auf dem Königsplatz in München so rasch als möglich abgetragen und durch Grünanlagen ersetzt werden sollen.

MÜNCHEN (DANA). — Der Staatskommissar für das Flüchtlingswesen, Dr. Wolfgang Jänicke, hat bekanntgegeben, daß die gesamte freie Fürsorge in Bayern vom 8. bis 15. Dezember eine Weihnachtssammlung für Ausgewiesene, Ausgebombte und andere Notleidende veranstaltet. Alle Organisationen werden gebeten, vor Weihnachten geplante Wohltätigkeitsaktionen zugunsten dieser Weihnachtssammlung zurückzustellen.

STUTTGART (DANA). — Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, hat die Militärregierung gebeten, eidesstattliche Erklärungen nur in besonderen Fällen zu verlangen. Der evangelische Oberkirchenrat habe sich über die dauernden Forderungen nach eidesstattlichen Erklärungen beklagt und geäußert, daß dem Eid nicht mehr der nötige Ernst beigemessen würde.

MÜNCHEN (NZ). — Der Verkehrsausschuß des Länderrates beschloß, mit Wirkung vom 1. Dezember die Straßenverkehrsstellen umzubenennen. Die neuen Bezeichnungen lauten: „Straßenverkehrsdirektion“ an Stelle von „Bevollmächtigter für den Nahverkehr“, „Straßenverkehrshauptamt“ statt „Gruppentransportverwaltungen“ und „Straßenverkehrsamt“ für „Fahrerfortbildung“.

WIESBADEN (DANA). — Seit dem 6. Dezember hat das amerikanische Hauptquartier in Wiesbaden eine eigene Stromquelle und scheidet damit aus dem städtischen Versorgungsnetz aus. Für Wiesbaden bedeutet dies eine Einsparung von über 30.000 Kilowattstunden im Monat.

WIESBADEN (DANA). — Der Leiter der Handelsabteilung der Militärregierung für Hessen, Leo Mandoll, hat bekanntgegeben, daß der Grenzübergangsort von der Amerikanischen in die sowjetische Zone von Gerstungen-Hörsing nach Wartha verlegt worden ist.

Britische Zone:

Der Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, befindet sich auf einer Reise durch die britische Zone, um die Einrichtungen des Schwedischen Roten Kreuzes zu besichtigen. Am 8. und 9. Dezember wird in Herta die erste Zonenkonferenz des Industrieverbandes Bergbau der britischen Zone abgehalten. In Solingen hat jede Klasse des Humboldt-Gymnasiums einen Vertrauensmann und an die Spitze des Schülerrates einen Vertrauenslehrer gewählt. In Husum (Schleswig-Holstein) soll ein Jugendparlament errichtet werden, um der Jugend die aktive Mitarbeit an einer demokratischen Gemeindeleitung zu ermöglichen.

Französische Zone:

BADEN-BADEN (DANA). — Auf Grund der vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Bestimmungen über die Schaffung von Arbeitsgerichten wird Baden in Freiburg und Konstanz Landesarbeitsgerichte errichten. Arbeitsgerichte sind für die einzelnen Arbeitsamtsbezirke in Baden-Baden, Rastatt, Freiburg, Lorrach, Singen und Villingen vorgesehen.

BADEN-BADEN (NZ). — Die französischen Besatzungsbehörden haben beschlossen, daß im Laufe des Winters in Orten mit über 5000 Einwohnern, die zu weit von Wäldern entfernt liegen, sowie in einigen Städten, die schwere Kriegsschäden aufweisen, eine Kohlenverteilung durchgeführt werden soll. Die Saarbergleute haben sich bereit erklärt, Sonntagsarbeit zu leisten.

Russische Zone:

LEIPZIG (NZ). — Nach einer Mitteilung des Vizepräsidenten der Landesverwaltung Sachsen könnten der Zivilbevölkerung im Jahre 1947 aus der sächsischen Textilherzeugung pro Kopf acht Meter Stoff zur Verfügung gestellt werden.

BERLIN (NZ). — In Basdorf in der Nähe von Berlin werden gegenwärtig die BMW-Werke demontiert. Im Zentralwerk Sömmerda, in dem während des Krieges V-Waffen hergestellt wurden und das ebenfalls abgebaut wird, liegt eine Liste aus, in die sich die Ingenieure für eine freiwillige Dienstverpflichtung nach Rußland eintragen können.

DRESDEN (DPD). — Der Oberbürgermeister von Dresden hat erklärt, daß Dresden als Stadt für fortschrittliche Menschen und nicht als Anschauungsobjekt für Kunsthistoriker wieder aufgebaut werden solle. Nur einige der alten Kulturdenkmäler könnten wieder errichtet werden, da der drohende Verfall von Tausenden von Wohnungen die Zuteilung von Baustoffen für Kulturdenkmäler unmöglich mache.

LEIPZIG (NZ). — In der sowjetischen Zone sind durchschnittlich 44,5 v. H. der Beschäftigten Frauen. In der Textilindustrie beträgt ihr Anteil 70,7 v. H., in der Spielwarenindustrie 60 v. H., in der Tabakindustrie 75,6 v. H., in der Nahrungsmittelindustrie 59,7 v. H. und im Schneidergewerbe 84,2 v. H. Im Bergbau stellen sie jetzt 10 v. H. der Arbeitskräfte, während ihr Anteil früher 0,9 v. H. betrug.

Stadt Berlin:

BERLIN (DANA). — Der Kommandant des französischen Sektors von Berlin, General Gamelin, hat die französische lizenzierte Abendzeitung „Der Kurier“ für einen Tag verboten, weil sie zwei falsche Informationen über Meinungsverschiedenheiten veröffentlicht hatte, die zwischen dem sowjetischen, dem britischen und dem amerikanischen Kommandanten entstanden sein sollen. „Der Kurier“ hat damit zugleich gegen die Anordnung des Alliierten Kontrollrates verstoßen, die der deutschen Presse derartige Veröffentlichungen verbietet.

BERLIN (DANA). — Im Penicillin-Prozess verurteilte das Militär amerikanische Militärgericht sieben Angeklagte zu je zehn Jahren Gefängnis und 50.000 Mark Geldstrafe, weil sie Penicillin gefälscht oder in den Handel gebracht hätten. Die übrigen 20 Angeklagten erhielten zwischen einem Monat und zehn Jahren Gefängnis und Geldstrafen bis zu 30.000 Mark.

BERLIN (AP). — Die Volkszählung am 29. Oktober, deren Ergebnisse jetzt bekannt werden, hat ergeben, daß in Berlin heute 3.170.832 Menschen wohnen, davon 1.885.456 Frauen. Am dichtesten bevölkert ist der russische Sektor mit 1.702.297 Personen. Im amerikanischen Sektor leben 975.504, im britischen Sektor 602.530 und im französischen Sektor 421.358 Menschen. Im amerikanischen Sektor sind außerdem noch 9351 Kriegsgefangene, verschleppte oder internierte Personen untergebracht.

BERLIN (DANA). — Der Vorstand der CDU in Berlin hat am 6. Dezember den Entwurf für eine Verfassung der Länder in der sowjetischen Zone verabschiedet, den die Landtagsfraktionen als Antrag einreichen sollen.

Abgrenzung der Best.

Bestimmungen über die Zuständigkeit der amerikanischen

Die amerikanische Militärregierung hat Bestimmungen über die Beziehungen zwischen den Besatzungsbehörden und den deutschen Regierungen der US-Zone ausgearbeitet, die, wie berichtet, mit Annahme der Verfassungen wirksam werden. Das Memorandum der Militärregierung mit dem vollen Text der neuen Bestimmungen lautet:

1. Es ist die Politik der Vereinigten Staaten, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, sich im zunehmenden Maße selbst zu regieren. Die im Jahre 1946 in der US-Zone abgehaltenen Wahlen und die Verfassungen, die inzwischen angenommen worden sind, sind Maßnahmen zur Durchföhrung dieser Politik. Die zukünftige Arbeitsweise der Zivilregierung und der Militärregierung wird auf dieses Ziel ausgerichtet sein.

2. Die Annahme der Landesverfassungen führt zu einer Veränderung der Beziehungen zwischen der Militärregierung und der Zivilregierung. Die Annahme der Verfassungen in den Ländern der US-Zone kennzeichnet den Beginn einer neuen Zeitspanne für die Beziehungen zwischen der Militärregierung und der Zivilregierung. Alle militärischen und zivilen Behörden müssen dieses Verhältnis klar verstehen.

3. Besondere Einschränkungen werden auch weiterhin der Zivilregierung auferlegt bleiben. Obwohl das Ziel der amerikanischen Militärregierungs-Politik die Form der Selbstregierung ist, muß Verständnis dafür aufgebracht werden, daß für die Maßnahmen und Handlungen der Regierungsatellen aller Instanzen in der US-Zone auch weiterhin noch gewisse Einschränkungen bestehen bleiben müssen. Die Grundsätze der Besatzungspolitik, die von Zeit zu Zeit bekanntgegeben wurden, wie zum Beispiel im Berliner Protokoll und in der Rede Außenminister Byrnes in Stuttgart, werden selbstverständlich auch weiterhin von der Militärregierung verfolgt. Im übrigen sind die nachstehend aufgeführten besonderen Einschränkungen als Maßnahmen zu betrachten, die außerhalb der Befugnisse jeder deutschen Regierungsstelle sowie auch außerhalb des allgemeinen und des verfassungsmäßigen Gesetzes liegen. Es handelt sich bei den Einschränkungen um folgende:

A) Alle internationalen Abkommen, die über Deutschland getroffen wurden oder in der Zukunft abgeschlossen werden.

B) Alle gegenwärtigen und zukünftigen Vierzweckentscheidungen — Gesetze — und Bestimmungen in ähnlicher Art.

C) Alle grundsätzlichen Entscheidungen der amerikanischen und britischen Zweizweckentscheidungen auf dem Gebiet zentraler Einrichtungen.

D) Die Befugnisse der Besatzungsmacht nach dem internationalen Recht, Besatzungsmächte innerhalb der Zone zu unterhalten, Frieden und Ordnung zu bewahren und jederzeit wieder alle Befugnisse einer Besatzungsmacht zu übernehmen, falls die Ziele der Besatzung gefährdet sind.

E) Die spezifischen Besatzungsziele der amerikanischen Regierung, denen neben den vorerwähnten Punkten folgende maßgebliche Prinzipien zugrunde liegen:

1. Demokratie — alle Instanzen der deutschen Regierung in der US-Zone müssen folgende demokratische Prinzipien erfüllen:

a) Alle politischen Befugnisse sind als vom deutschen Volk ausgehend zu betrachten und der Kontrolle des Volkes zu unterstellen.

b) Alle Personen, die politische Befugnisse ausüben, sind verpflichtet, ihre Mandate durch häufige Volksabstimmungen über ihre Programme und Führerschaft zu erneuern.

c) Volksabstimmungen sind nach dem Wettbewerbsgrundsatz durchzuführen, wobei nicht weniger als zwei „kampffähige politische Parteien“ ihre Programme und Kandidaten dem Volke zur Abstimmung vorlegen müssen.

d) Politische Parteien müssen demokratische Merkmale aufweisen und als freie Vereinigungen von Bürgern anerkannt werden, zum Unterschied von Einrichtungen der Regierung, mit denen sie nicht identisch sein sollen.

e) Die Grundrechte des Individuums einschließlich der Freiheit der Rede, der Freiheit der Religion, des Versammlungsrechtes, des Rechtes politischer Zusammenschlüsse und andere, ebenso grundsätzliche Rechte des freien Menschen müssen anerkannt und garantiert werden.

f) Die Kontrolle über Entscheidungen der öffentlichen Meinung, wie zum Beispiel den Rundfunk und die Presse, muß dezentralisiert sein und von beherrschenden Regierungseinflüssen freigehalten werden.

g) Die Gesetzesgewalt stellt den größten Schutz des Individuums gegen unberechenbare und willkürliche Ausübung von Regierungsbefugnissen dar.

2. Die deutsche Regierung muß für die Schaffung einer Justizgewalt Sorge tragen, die unabhängig von der Legislative und Exekutive im allgemeinen und den Politikfunktionen im besonderen ist. Die Politik der Vereinigten Staaten fordert nicht die starre Trennung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt. Die Vereinigten Staaten sind nicht gegen eine Kabinetts- oder Parlamentar-Regierung, in der die ausführenden und gesetzgebenden Organe voneinander abhängig sind. Wenn ein Regierungssystem auf der Trennung der Exekutive von der Legislative aufgebaut ist, so darf es keine Bestimmungen geben, auf Grund welcher die Exekutive ihre Herrschaft ohne Zustimmung und Genehmigung durch die Legislative ausüben könnte.

3. Aufteilung der Befugnisse innerhalb der Regierung. Der Aufbau der deutschen Regierung soll im Prinzip föderalistisch sein, und die Bestandteile des Bundesstaates sollen die Staaten, nicht die Länder sein. Die Aufgaben der Regierung sollen so stark dezentralisiert sein, wie dies mit der Durchführung einer modernen wirtschaftlichen Lebens vereinbar ist.

Die amerikanischen Richtlinien für die Beziehungen zwischen den einzelnen Instanzen der Regierung sehen folgendes vor:

a) Alle politischen Befugnisse werden als vom Volk ausgehend betrachtet und unterliegen dessen Kontrolle.

b) Die Regierungsbefugnisse werden vom Volk in erster Linie den Staaten übertragen und erst

Französische Vorstellungen in London

LONDON, 8. Dezember (BBC)

Die Reaktion der französischen Öffentlichkeit auf den Besuch des Vorsitzenden der SPD für die drei Westzonen, Dr. Kurt Schumacher, in England hat ihren offiziellen Ausdruck darin gefunden, daß der französische Botschafter in London, René Massigli, angewiesen wurde, bei der britischen Regierung im Hinblick auf die Besorgnis in Frankreich über diesen Besuch vorstellig zu werden. Der Dana zufolge haben offizielle französische Stellen in London erklärt, daß die Einwendung Massigli sich nicht gegen die Tatsache des Besuchs, sondern gegen den offiziellen Empfang richte, der Dr. Schumacher von der Regierung gewährt wurde. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums sagte hierzu, daß es dem Vorsitzenden einer antisemitischen deutschen Partei, der sich selbst als Antinazi betätigt habe, gestattet sein sollte, Großbritannien zu besuchen und offiziell empfangen zu werden. Staatsminister John Hynod hatte zuvor ohne Aufträge im Unterhaus dahingehend beantwortet, daß Dr. Schumacher eine Einladung der Labour Party gefolgt sei und

vor ihm schon Vertreter mehrerer deutscher Parteien von britischen Organisationen eingeladen worden wären. Dr. Schumacher erklärte in einem Interview, er betrachte den Besuch der sozialdemokratischen Abgeordneten als den ersten Schritt heraus aus der vollkommenen Isolierung Deutschlands. Wertvolle Verbindungen besonders mit Abgeordneten der Labour Party seien angeknüpft worden. Er bezeichnete den anglo-amerikanischen Zonenpakt als möglichen Wendepunkt der deutschen Wirtschaftsgeschichte, wobei er hoffe, der Pakt werde helfen, die Zonenengpässe zu beseitigen und nicht dazu führen, die Schranken zwischen Ost und West noch stärker werden zu lassen. Der wirtschaftliche Sachverständige der SPD und Delegationsstellenleiter Dr. Viktor Agartz, betonte einem Vertreter des „Manchester Guardian“ gegenüber, daß über allen noch zu klärenden Fragen die Notwendigkeit stehe, die Kredite so schnell wie möglich den deutschen Industrien zugute kommen zu lassen, damit sich die Auswirkung noch in diesem Winter bemerkbar machen könnte.

Die Szene in den Vereinigten S.

Diskussion um Besuche

In Amerika werden gegenwärtig zwei Besuche lebhaft diskutiert: der Besuch eines Ausländers in den USA und der Besuch eines Amerikaners im Ausland.

Der Ausländer in den Vereinigten Staaten ist Pastor Martin Niemöller, der zur Zeit an einer Konferenz des Rates der Kirchen Christi in der Stadt Seattle an der amerikanischen Westküste teilnimmt, und dann eine Vortragsreise durch die USA plant. Pastor Niemöller, der erklärte, er könne nicht aufhören ein Sohn seines deutschen Volkes zu sein, wenn er auch in Amerika lebe, interpretierte

und seine „anglophile Politik“ enthielten. Jetzt hat Roosevelt in Rußland bei verschiedenen offiziellen Veranstaltungen die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik in scharfen Worten angegriffen. Auf Grund dieser Tatsache hat der republikanische Abgeordnete Lawrence Smith, ein Mitglied des außenpolitischen Komitees im Abgeordnetenhauses, einen Brief an Außenminister James F. Byrnes gerichtet, in dem er Elliot Roosevelt „einen Gesandten des Unfriedens“ nennt und fordert, daß ihm der Auslandspass abgezogen werde. Von anderer Seite ist sogar die Forderung gestellt worden, man solle Elliot Roosevelt nach seiner Rückkehr einem Verhör durch den Untersuchungsausschuß des Senats unterziehen. Umtriebe im

Hollywood unter Feuer

Die öffentliche Kritik in Amerika befaßt sich aber nicht nur mit politischen Themen. Das neueste Ziel einer kritischen Attacke — die zudem noch aus dem eigenen Lager kommt — ist die Filmindustrie in Hollywood. Sam Goldwyn, einer der Pioniere des amerikanischen Films, hat kürzlich erklärt, Hollywood müsse sich aus dem Zustand der „Selbstzufriedenheit einer fetten Katze“ wachrütteln, um gegen die Filmindustrie des Auslands konkurrieren zu können. Er wirft der Filmindustrie vor, sie lebe von geborgten Ideen aus der Vergangenheit, halte mit der Zeit nicht Schritt

Improvisierter Widerstand

Der 20. Juli 1944 und das andere Deutschland / Von Erik Reger

„Stalingrad und Tunis sind so schwere Niederlagen, wie sie in der deutschen Geschichte seit Jena und Austerlitz nicht zu vergleichen sind. In beiden Fällen ist dem deutschen Volk gesagt, daß entscheidende Gründe verlangt hätten, Armeen zu opfern... In Wahrheit liegt unfähige, gewissenlose Führung vor, bei rechter Führung wären beide Opfertragödien vermieden und damit eine glücklichere militärische und politische Lage hergestellt.“ Dies sind Sätze aus einem Briefe Gördeleers vom 17. Mai 1943 an den General Olbricht. Durch sie ist klar bewiesen, daß die führenden Kreise der am 20. Juli 1944 gescheiterten Verschwörung gegen Hitler nicht beabsichtigten, ein Zeitalter der Entartung in seinen Grundwurzeln zu treffen, sondern lediglich zu retten suchten, was nach ihrer Meinung noch zu retten war. Sie gaben sich der Illusion hin, eine „günstigere militärische und politische Lage“ werde Deutschland gestatten, eine Konstellation wie die von 1917 zu wiederholen und, gestützt auf eine noch intakte Armee, einen „Verständigungsfrieden“ zu erreichen. Sie hatten den Ernst der Bedeutung des Wortes von der bedingungslosen Kapitulation nicht begriffen, sie hatten nicht begriffen, daß die Niederlage längst nicht mehr abgewendet werden konnte, sie hatten auch nach elf Jahren noch nicht begriffen, daß es Hitlers Wille war, entweder die Welt zu erobern oder Deutschland samt dieser Welt zu vernichten. Wir werden im Verlaufe dieser Betrachtung noch sehen, auf welcher Naivität das Urteil der Verschwörer im einzelnen beruhte. Die Betrachtung ist notwendig geworden, weil die legendären Denkmäler überhandnehmen und ihnen nicht um des Erkenntnis der Tatsachen willen, sondern aus Gründen der Selbstzufriedenheit Beachtung und Glauben geschenkt werden. Auf Grund lückenhafter Unterlagen wird immer wieder versucht, den 20. Juli als Hauptbeweisstück zur Entlastung von Schuld und Verantwortung zu benutzen und die deutsche Opposition gegen Hitlers Kriegführung als einen Widerstand gegen die unmilitärischen Grundlagen der nationalsozialistischen Regierungsepoche überhaupt auszugeben. Der Frage, warum denn diese Verschwörung erst die Umrisse einer Gestalt annahm, als nach Beginn des Rußlandfeldzuges auch für weniger Klarsichtige das Gespenst der drohenden Niederlage auftauchte, wird gewöhnlich mit dem Einwand begegnet, erst die Auflösung des deutschen militärischen Apparates habe ein Unternehmen gegen Hitler aussichtslos erscheinen lassen. Dieser Einwand schlägt sich in doppelter Weise selbst. Viel leichter wäre das Unterbleiben gewesen, bevor die volle militärische Macht unter die Kontrolle der Parteiführung gekommen war. Außerdem sollte ja gerade das alte Vaterland gerettet werden, dessen sichere Zerstörung über jedem Zweifel stand.

Eine der deutschen Zeitungen, die angebliche Vorurteile und trügerischen Meinungen über den Charakter dieses „Staatsstreiches“ zu widerlegen bemüht sind, hat kürzlich vier Thesen aufgestellt. Es sei keine Aktion reaktionärer Offiziere und Generale gewesen, da Beck, der „Kopf“, und Gördele, der „Herz“, der deutschen Widerstandsbewegung, mit den Linksparteien zusammengearbeitet hätten; der Plan der Verschwörer sei taktisch und politisch durchaus zutreffend gewesen, was aus Schlabrandorffs Buche „Offiziere gegen Hitler“ (erschienen in Zürich) und aus Gördeleers Aufsatz über die Grundsätze und Ziele der neuen Reichsregierung hervorgehe; die Aktivisten hätten jederzeit ihre Bereitschaft bekundet, bei einem Attentat ihr Leben zu opfern, in einer der Offiziere habe sich sogar gemeinsam mit Hitler in die Luft sprengen wollen, und der Mißerfolg zeige eben nur, wie ungenauer schwierig es gewesen sei, den Diktator zu beseitigen; und schließlich sei das Urteil über Stauffenberg falsch, denn das militärische Leben habe ihn niemals ausgefüllt, er sei ein Christ und in Stefan Georges Geisteswelt verarmt gewesen, habe mit den Führern der Arbeiterpartei gute Beziehungen unterhalten und sich nicht von materiellen Erwägungen oder dem Gedanken an die drohende militärische Niederlage leiten lassen. In all diesen Punkten sind die Tugendurteile von Hasse, Seiler, der bis 1937 deutscher Botschafter in Rom war, die Berichte Friedrich von Tschurtschalsky aus dem Stabe des Generals von Stauffenberg (seit Anfang 1942 Militärbefehlshaber in Frankreich) und das Memoirenbuch von Hans Bernd Gisevius, dessen erster Band (Zürich) die Ereignisse vom Münchener Abkommen bis zum 20. Juli 1944 schildert, aufschreiend gewesen.

Ein unwiderrufliches „Nein“

Sowohl bei Tschurtschalsky als bei Hasse tritt die Mehrzahl der deutschen Offiziere als schwankende Gestalten auf. Wer bei Tschurtschalsky, der mit Stauffenberg, aber an verhältnismäßig untergeordneter militärischer Dienststelle und daher mehr zum Verbindungsmanne prädestiniert, zur Opposition zählt, von dem entschlossenen Hin und Her in Stauffenbergs Stabsquartier, dem Pariser „Hotel Raphael“, liest, erfährt mit kaum zu widerstehender Deutlichkeit, daß diese Offiziere zwar alle auf einem engen Gebiet vorläufiger Spezialisten waren, aber weder einen Putsch machen noch einen Krieg führen konnten. Zahllose Monate hindurch wurde darüber diskutiert, ob man den Kampf gegen Hitler, mit dem „illegalen“ Akt eines Attentats beginnen dürfe. Dies gab den mehr „diplomatischen“ Strategen eine willkommenen Gelegenheit, sich jederzeit von dem Plan zu distanzieren, ohne doch den Anschein erwecken zu müssen, als gehörten sie nicht in die Reihen der Opposition. Tschurtschalsky schildert anschaulich die Verbindung Stauffenbergs und des Organisators des Komplotts im Westen, des Oberleutnants von Hockacker, mit dem Generalfeldmarschall von Kluge. Daraus geht hervor, daß Kluge seine Mitwirkung zwar zugesagt hatte, indessen unter der Bedingung, daß Hitler erst einmal beiseitegeschafft werde. Wohl wissend, wie schwer und fast unmöglich zu lösen diese Aufgabe war, wohl wissend ferner, daß die Verschwörer sich untereinander über das Attentat auf Hitler nicht einigen konnten, gefiel er sich in der Rolle des Mittlers, ohne sich im geringsten um der entscheidenden Tat selbst beteiligen zu wollen. Als eine kleinere aktive Gruppe im Westen nach dem Mißlingen des Attentats noch nicht alles verloren gab, forderte Stauffenberg Kluge auf, ohne Rücksicht auf die ungünstig verlaufenen Ereignisse in Deutschland sofort im Sinne der Verschwörer zu handeln. Kluge antwortete zeit, der Tod Hitlers sei die conditio sine qua non seiner Beteiligung. Hockacker ermahnte ihn ferner: „Herr Generalfeldmarschall! Sie haben sich verpflichtet zu kämpfen für Wort und Ihre Ehre stehen auf dem Spiel. Sie haben das Schicksal von Millionen Menschen. Sie haben die Ehre der ganzen Armee in den Händen.“ Kluge schwieg. Dann gab er ein unwiderrufliches „Nein“. Nach dieser Haltung hätte er eigentlich gegen die Verschwörer einschreiten müssen. Statt dessen dachte er sich wiederum etwas aus, um sich „aus der Affäre zu ziehen“. Er sandte Hitler ein Ergebnistelegramm. Fünf Wochen später beging er Selbstmord, weil ihm alle „Diplomatie“ nichts genutzt hatte.

Die beiden Zentren der Verschwörer in Deutschland und Frankreich standen untereinander offenbar auch in mangelhafter Verbindung; andere Kriegsschauplätze waren nur mangelhaft einbezogen. Einer der Teilnehmer, der Regierungspräsident Karl von Schulenburg, dem es gelungen war, als Mitglied der sogenannten „Auswärtigen Kommission“ Urlaub alle für die Fäden des Komplotts wichtigen Persönlichkeiten auf ihren Büroposten zu halten, verlangte im Sommer 1943, daß Paris die Initiative ergreife. Der Gedanke einer gleichzeitigen Initiative der Generale der Ostfront wurde abgelehnt — von den einen, weil sie das nationalsozialistische Regime „unter der Ägide der Westmächte“ stürzen wollten, von den anderen, weil sie glaubten, daß die Generale von Seydlitz und Paulus schon das Ihrige tun würden. Man erging sich über die Absichten der Alliierten in Spekulationen, die durchweg eine seltsame Verkenntnis der Lage bewiesen. Man stellte Thesen auf,

die die Organisations- und Organisations, die die Aktionen behinderten. Je länger sich die Ausführung des Planes verzögerte, desto mehr Schwierigkeiten stellten sich ein, so daß bald die Kriegsergebnisse, bald überraschende Maßnahmen Hitlers die Konstruktionen über den Haufen warfen. Von den jeweils scheidenden Generalen besaß fast jeder Vorsicht genug, die Teilnahme am Komplott weder zu verweigern noch bedingungslos zuzusagen. Viele entdeckten plötzlich Gewissensbisse wegen ihres auf Hitler geschworenen Eides. Dies führte zu sophistischen Theorien. So sollten die Marschälle im Osten im Augenblick der Stalingrad-Katastrophe nicht etwa Hitler als dem „obersten Kriegsherrn“ des Eids, sondern nur als dem „Oberbefehlshaber der Ostfront“ den Gehorsam aufkündigen. Offenbar hätte man das Beispiel Hitlers selbst für einen „legalen“ Putsch vor Augen. Man hätte sich gefragt, ob Paulus in Stalingrad Selbstmord begehen oder einen Aufstand an Armee und Volk für die Bedingung des Krieges ansetzen werde. Er tat weder das eine noch das andere. Gisevius charakterisiert ihn folgendermaßen: „Für die sinnlose Aufopferung von Hunderttausenden tapferer Soldaten ließ er sich noch schnell mit dem Feldmarschalltitel auszeichnen, und dann zog dieser Verfasser so mancher Tagesbefehle, die Truppe sollte aushalten bis zum letzten, an der Spitze seiner Generalität in die russische Gefangenschaft. Dieser Schock trieb Manstein, der sowieso ein schlechtes Gewissen hatte, weil er weder Paulus rechtzeitig zurückbehalten noch durch seine Entlastungsinitiative befreit hatte, in des todbenden Hitler Arme zurück.“

Wunschdenken und Studierzimmer

Fast alle diese Generale waren in der Tat nicht nur politische, sondern auch soldatische Rätsel. Zwar hält Tschurtschalsky den General von Stauffenberg für einen „durchtriebenen Politiker“, aber es stellt sich heraus, daß er darüber weiter nichts versteht als einen Mann mit Kaltblütigkeit und Selbsterhaltung. Ulrich von Hassell schildert seinen eigenen Versuch, Brauchitsch aufzurufen, der sich hinter dem Gemetzelplatz verbarrikadierte, er sei Soldat und habe nur Befehle auszuführen. Am besten aber hat Halder selbst seinen persönlichen dämpfenden, an Infantilität grenzenden Fallismus gekennzeichnet: er betrachtete bereits den Angriff auf Belgien und Holland als eine Verzeiwungsaktion, stellte sein Urteil jedoch unter die wahrhaft groteske Perspektive, daß auch Lindendort 1918 eine solche Verzeiwungsaktion im Westen unternommen habe, ohne daß sich sein Bild in der Geschichte trübte und überdies, meinte er, müsse man Hitler die letzte Chance lassen. Hassell nennt Halder, der dann später in Rußland Hitlers Mordbefehle ohne Scham weitergab, einen „höflichen, ungeschulten Feldwebel“. Von der Gesamtheit der Generale sagt er: „Sie haben wohl technisches Können und physischen Mut, aber keine Zivilcourage, gar keinen Widerstand oder Weltblick und keinerlei Inneres, auf wirklicher Kultur beruhende geistige Selbständigkeit und Widerstandskraft.“ Aber, wird man einwenden, die anderen, an der Spitze Beck, die Zivilisten wie Gördele? Hassell urteilt: „Gördele hat eine Neigung zum Wunschdenken. Beck ist ein Mann des Studierzimmers; Popitz hat die leicht professorale Art und das starke Konstruieren des Verwaltungsmannes.“ Wir wissen, daß keiner dieser Namen je unter die demokratischen Republikaner gerechnet werden konnte, noch je hätte gerechnet werden können.

Wenn wir hören, daß die Kreise um Stauffenberg schon 1938 das Ziel verfolgten, die Kriegsgefahr durch die Beseitigung Hitlers auszuschließen — während man sich vorher von der Wehrmachtspolitik Hitlers gern hatte emportragen lassen, die ja nur der Kriegsvorbereitung dienen konnte; wenn wir hören, wie viele Male zwischen dem Herbst 1943 und dem Sommer 1944 das Lesungswort „Haltet euch bereit!“ ertönte, ohne daß etwas darauf folgte als zwei durch Zufall mißlungene Anschläge, dann ist Schlabrandorffs Versuch, eine Bombe in Hitlers Flugzeug zum Explodieren zu bringen — während es doch klar war, daß die Verhältnisse niemals günstiger, nur immer ungünstiger werden konnten, es sei denn, man hätte entschlossen die Frage des Lebens oder Todes von Hitler an die zweite Stelle gesetzt und durch das einzige wahrscheinlich wirksame Mittel (das aber der Nationalismus der meisten verbot) einer offenen Meuterei und Selbstzerstückelung der deutschen Fronten die bedingungslose Kapitulation herbeiführt, zu der dieser Krieg ohnehin, nur unter viel furchtbarerem Umständen, führen mußte, wenn wir hören, daß der Sozialdemokrat Emil Henk von dem (Ende 1942) in Oberdorf gefaßten Beschlüssen der Sozialisten berichtet, „den Putsch im Frühjahr zu veranlassen und den Termin endgültig auf die Wochen nach der gelungenen Invasion festzusetzen, vorher nicht“ — während es in Wahrheit die großen Spannungen innerhalb der Opposition waren, die immer wieder Aufschübe und die einer Verdi-Oper würdigen Zwischenspiele hervorriefen; wenn wir schließlich bei Tschurtschalsky, wie lange es dauerte, bis der Sicherheitsdienst in Paris nach dem 20. Juli in Beschlaffung trat, wie sehr es gelang, was eine Verschwörung über Jahre geheimgehalten, so sehr, daß seine Bekanntheit des Attentats zunächst überall in der Gestapo Verwirrung und Erstarrung herrschte, ja daß bis an die Jahre bewaffnete SS-Abteilungen sich für die ersten Stunden in Paris ohne jeden Widerstand einschalten ließen — während man doch tatsächlich zu keiner Zeit über das Stadium hinauskam, die (wie Olbricht es ausdrückte) „Initiationsbewegung“ in Gang zu setzen, wenn wir dies alles berücksichtigen, dann bleibt nur der Schluß, daß die Bürgenereale an den Frontgenerale, die Frontgenerale an den Bürgenereale und alle miteinander an sich selbst gescheitert sind.

Kapitulation mit Vorbehalt

Von der Frontgenerale sagt Hassell: „Wenn Mißerfolge und schwere Kriegen wie im Winter 1941/42 eintraten, schied es jeweils als ob sie sich ermannen wollten, aber sollte man wieder einmal aus dem Schlimmsten heraus ist, werden die Generale müher, glauben wieder an Hitlers Unfehlbarkeit und geben sich, während doch die Zeit offenkundig gegen Deutschland arbeitete, den größten Illusionen über die zunehmende militärische Beschöpfung des Gegners hin.“ Und an einer anderen Stelle: „Der Mehrzahl von ihnen sind die Karriere im niedrigen Sinne, die Dekorationen und der Feldmarschallstab wichtiger als die großen auf dem Spiele stehenden sittlichen Werte.“ Kein Wunder, daß sie sich einem Manne wie Hitler völlig anstellten mußten. Der Aristokrat von Hassell, der gewiß niemals die Weimarer Republik geschätzt und seine Rückkunft aus der jüdisch-militärischen Atmosphäre kaum verweigert hat, ist durch alle diese Einsichten und Erfahrungen derart erschreckt worden, daß er im Mai 1943 in sein Tagebuch schrieb: „Ich ertrappe mich neulich, wie ich unbewußt einen Wagen der Untergrundbahn mied, in dem ich einen General sitzen sah.“ Ähnlich urteilt Gisevius: „Ein paar strategische Zugeständnisse für seinen Frontbescheid, beispielsweise die Räumung des Demantker Zipsels, hatten Kluge überzeugt, man müsse es noch einmal mit Hitler versuchen.“ Merkwürdig, wie rasch dieselben Generale, die an der Front, statt zu kapitulieren und Deutschland damit zu retten, zahllose Menschenleben opferten, vor Hitler zu kapitulieren wollten. Wer glauben wollte, daß aus Hassell oder Gisevius irgendein persönliches Ressentiment sprechen könnte, wird durch den Bericht Tschurtschalsky belehrt, der gerade deshalb so aufschreiend ist, weil Tschurtschalsky als Mitarbeiter Stauffenbergs und persönlich an der Aktion beteiligt, er aber das Bedürfnis hat, den Fehlschlag der Aktion und das Verhalten der Offiziere zu rechtfertigen. Indem er sich jeder Verurteilung enthält und nur sachlich die einzelnen Daten aneinanderreihet, entsteht ganz von selbst ein skurriles Bild von der Verwirrung, die ebensowohl in den realen Vorgängen wie in den Köpfen der meisten Verschwörer herrschte. Daher war

konnte es kommen, daß die Nachricht von dem mißglückten Attentat am 20. Juli alles lähmte. Natürlich hatten die fortgesetzten Verzögerungen und die an den höheren Offizieren durch die jüngeren gemachten Beobachtungen auch die Moral erschüttert.

Daß Brüssel am „Tago J“ nichts unternahm, lag daran, daß der General von Falkenhausen, Stauffenbergs Vertrauter, kurz zuvor abgesetzt worden war. Dies ist nur eine Einzelheit, die erlangt Bedeutung dadurch, daß Einzelheiten dieser Art sich häuften. Manchmal schien der Wechsel in den Kommandos für die Verschwörer günstig auszuwirken, Rüstestell, von dem man nicht wußte, was er dachte, wurde durch Rommel abgelöst, von dem man ebenso wenig wußte, was er dachte. Man betrachtete ihn sogar auf Grund seiner Beliebtheit bei Hitler mit Mißtrauen und wollte ihn aus dem Wege räumen, wenn er nicht gewonnen werden konnte. Zur allgemeinen Verwirrung hielt Rommel den Krieg für verloren, schickte ein Memorandum an Hitler, fiel in Ungnade und gesellte sich zu den Verschwörern. Er war sogar der einzige, der sofort und auch dann handeln wollte, falls der Anschlag in Deutschland mißlingen würde. Seine in den typisch alten Bahnen befangenen Gedankengänge ergeben sich aus einem Briefe, den er nach Tschurtschalsky entwarf. Adressat: die alliierte Hauptquartier. Inhalt: Angebot sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten unter der Bedingung, daß eine „ehrenvolle Behandlung“ nach der Kapitulation zugesichert werde. Nur — und davon abgesehen: es blieb bei dem Entwurf. Anscheinend kam niemand auf die Idee, daß man die Aktion auch von der anderen Seite her beginnen könne. Wenn man mit Aussicht auf Erfolg konspirieren wollte, hätte man vor allem mit denjenigen konspirieren müssen, die als militärische Gegner des Hitlerschen Deutschlands die Macht hatten, mit Hitler fertig zu werden. Aber hier bräunte die verhängnisvolle Vorstellung, daß Hitler und Deutschland nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch zweierlei seien, man also um Deutschlands willen Rücksichten gebrauchen müsse, die nicht darauf hinausliefen, daß man Deutschland schonte und Hitler vernichtete, sondern darauf, daß man Hitler schonte und Deutschland vernichtete. Man redete gegen „Vaterlandsverrat“, ohne sich darüber klar zu werden, daß ein Vaterland mit Hitler keines mehr war. Es fehlten überall Härte des Willens, unbestechliches Urteil und Mut zur letzten Konsequenz des Denkens, und dies ist in Wirklichkeit der tiefere Grund, weshalb man nicht handeln konnte.

Der „neue Dynamismus“

Gisevius erzählt, wie er Mitte Dezember 1942 von General Oster nach Berlin gerufen wurde und Beck einen Kreis auf seiner Logearte zirkelte: Stalingrad. Es war immerhin anderthalb Monate vor der Katastrophe, als Beck zu der Einsicht gekommen war, daß dieser Ort ein Symbol werde; aber es hatte auch anderthalb Monate gedauert, bis er von dem katastrophalen Ausgang bei Stalingrad überzeugt war, der für weit weniger Eingeweihten von Anfang an feststand. Man verglich dieses zu Ende gehende Jahr 1942 mit dem Jahre 1918 und stellte sich vor, daß sich zwar viel geändert habe, aber man war befriedigt, daß es noch immer keine Bestimmungen für den militärischen Ausnahmezustand gab, und diesen Punkt hielt man für sehr wichtig, weil man selbst damit zu zögern gedachte.

Der schwierigste Gegenstand dieser Untersuchungen ist das Verhältnis der Militärs zu den Zivilisten. „Das stärkste Temperament unter den Sozialdemokraten“, das welches Karl Mierendorff von Gisevius bezeichnet wird, wurde gegen Ende des Jahres 1943 bei einem Luftangriff getötet. Andererseits wurde der Ausfall des mit seinem ganzen Kreise gestürzten Generals Oster durch weitgehend, daß der Oberst Stauffenberg in den Vordergrund trat. Mit ihm kam eine Kraft ganz anderer Art in das OKW, eine Kraft, die Gisevius den „neuen Dynamismus“ nennt. Die Militärs, sagt Gisevius, hätten bis zu diesem Zeitpunkt in der Fronte keinen Führungsanspruch erhoben. Da sie es vermutlich deshalb nicht taten, weil sie nicht dazu befähigt waren, ist

Zu spät — wann?

Nach Gisevius führte diese Entwicklung dahin, daß Fritz Graf von der Schulenburg, Sohn des Heerführers aus dem ersten Weltkrieg und schon als Göttinger Korpsstudent kommunistischen Ideen huldigend, auf dem Umweg über den Nationalsozialismus zu den Widerstandsgruppen der extremen Linken zurückkehrte. Er zog Stauffenberg in seinen Kreis, der scharf gegen die Kandidatur des reaktionären Gördele Stellung nahm und an seiner Stelle den früheren sozialdemokratischen Heeresoffizier an Reichstag, Leber, nominierte. Gisevius geht so weit, zu erklären, daß diese „Konspiration innerhalb der Konspiration“, dieser „unterirdische Machtkampf“ die Verschwörer im ersten Halbjahr 1944 aktionsfähig gemacht habe. Er läßt den Sozialdemokraten Emil Henk über die Besprechungen des sozialrevolutionären Kreises mit dem Zentralkomitee der KPD (Sankow, Franz Jakob, Schwenk) berichten, Besprechungen, an denen von sozialistischer Seite Dr. Leber und Professor Reichwein teilnahmen. Henk sagt: „Über diesen Schritt war es zuvor zu lebhaften Auseinandersetzungen im engsten Kreise gekommen... Jahrelang galt die Regel: Zusammenarbeit mit den Kommunisten erst nach dem Sturz Hitlers. Reichwein und Leber drängten, diese Regel nunmehr zu verlassen. Sie blieben aber mit ihrer Auffassung allein. Leber sprach von diesen Vorgängen und Absichten nichts. Er hätte sie mit allen Mitteln verhindert, und er hat sich später bitter darüber geäußert... Im Verlaufe dieser Aussprache äußerten die Kommunisten den Wunsch, Verbindung mit der aktiven Militäropposition zu bekommen. Ein solcher Wunsch mußte unbedingt erfüllt werden. Denn Querverbindungen von Gruppe zu Gruppe werden in der Illegalität selten und nur nach genauer Kenntnis der Person der Beteiligten gegeben... Bei einer zweiten Besprechung, zu der Reichwein allein ging, wurden alle Beteiligten verhaftet. Es stellte sich heraus: unter den drei Männern des Zentralkomitees der KPD war ein Spitzel der Gestapo. Das war in der ersten Juliwoche 1944. Eine Welle von Verhaftungen setzte ein, und auch Leber geriet in die Hände der Gestapo... Man wußte wohl, Leber ist ein großartiger Mann, und er wird schweigen. Aber in dieser über alles wichtigen Stunde war das tiefste Geheimnis preisgegeben, und die Opposition konnte keine Zeit mehr verlieren. Das Gesetz des Handelns rief noch vor der angesetzten Stunde die Beteiligten zu Tat...“

Gisevius hat recht, wenn er dieses Motiv der Zerkunft und des Zwanges zur Improvisation zurückweist. Er hat weiter recht, wenn er das chaotische Durcheinander verantwortlich macht, das von ganz Deutschland Besitz ergriffen hatte, von dem Volke, von der Armee, im Grunde auch von der anscheinend so systematischen Führung, von der Wirtschaft, von dem Verkehr, vom Denken und Trachten auch dieser aktiv sein wollenden Opposition. „Der Zwiespalt der Aufwallungen und Ueberlegungen hat den dramatischen Ablauf der nun hereinbrechenden Katastrophe bestimmt, über der ein unerbittliches Wort steht: zu spät“, schreibt Gisevius. Zu spät — jedoch nicht erst am 20. Juli 1944, auch nicht am Tage von Stalingrad, nicht zu irgendeinem anderen Zeitpunkte des Krieges und der Hittlerherrschaft überhaupt; zu spät war es schon 1925, als Hindenburg gewählt wurde. Man muß die Details zur Kenntnis nehmen, aber man muß zugleich die Entwicklungen, die sie bestimmten, auf die historischen Wurzeln zurückführen. Der historische Sinn des Fehlschlages vom 20. Juli 1944 ist in diesen Spalten im vergangenen Sommer, als der Tag sich fährte, erschöpfend dargestellt worden. Die historischen Wurzeln liegen nicht dort, wo Gördele sie sah, der am 17. Mai 1943 an Olbricht schrieb: „Die Geduld des Volkes erscheint unerklärlich, aber diese Perversion beruht nur auf der Tatsache, daß Terror und Geheimhaltung Lüge und Verbrechen schützen. Diese Perversion schwindet sofort, wenn das Volk sieht, daß dem Terror zu Leibe gerufen, der Korruption Vernichtung angesetzt und an Stelle des Geheimnisses und der Lüge Offenheit

gleichgültig. Gisevius vermischt hier wohl auch die Begriffe Zivilist und Politiker. Auch Stauffenberg war nur politisch interessiert, er dachte nicht bewußt politisch, sehr bezeichnend schreibt Gisevius: er „wollte nicht, daß Hitler die von einer tödlichen Gefahr bedrohte Armee in seine Katastrophe mit hineinriss — Soldat durch und durch, waren ihm die Rettung des Vaterlandes und die Rettung der Wehrmacht gleichbedeutend“. Und jetzt folgt etwas sehr Wesentliches: „Manche haben versucht, die Dinge so hinzustellen, als ob Stauffenberg vorwiegend aus christlichen Motiven zur Opposition übergegangen sei... Er hätte man auf die religiösen Bedenken verweisen, die ihn bis in die letzten Stunden immer wieder schwanken ließen, ob er seine Tat überhaupt begehen dürfe. Unsinnlich ist auch die Darstellung, Stauffenberg habe sich als Süddeutscher wohlweisend von dem preussischen Typ unterschieden. Die nationalsozialistische Führerschaft, Hitler voran, hat uns zur Genüge gezeigt, wie diejenigen Süddeutschen, die das Preussentum innerlich adaptierten, sich mit Vorliebe zu Super-Preußen entwickelten. Nein, wenn einer, dann war Stauffenberg ein leidenschaftlicher Soldat, der die Dinge unter dem Gesichtswinkel seines Berufes sah und deshalb auch erst durch die militärische Katastrophe antwortet wurde.“ Nach Gisevius bildeten die Militärs seit Stalingrad die Spitzengruppe und drängten die Zivilisten mehr und mehr hinaus. Mit jeder weiteren deutschen Niederlage, sagt er, wurde die Offiziersgruppe „desto geschlossener“ und, wie wir hinzufügen müssen, desto entschlossener, ihre „autokratische Schlüsselgewalt“ zu gebrauchen, um ihren Stand über den Krieg hinaus zu erhalten.

Allerdings bediente sich eine Gruppe der jüngeren Offiziere revolutionärer Methoden. Ob sie dabei von den ideologischen Erwägungen eines durch den Blick nach der Ostfront bestimmten „militanten Sozialismus“ geleitet wurde oder nur von einem mehr praktischen Intellekt, der die Fraternisierung zwischen den ausländischen und den deutschen Arbeitern als besseres Mittel zum Zweck zu verwenden gedachte, ist nicht durchweg zu beantworten, indessen deutet manches darauf hin, daß die außerpolitischen Perspektiven die innerpolitischen überwiegen. In dieser Hinsicht darf man eine von Gisevius wiedergegebene Äußerung von Tschurtschalsky (Genf im Januar 1943) nicht außer acht lassen. Trott zu Solz stellte hier die sozialrevolutionäre Osterklärung der deutschen Opposition als vollzogen hin, offenbar in der Absicht, damit es England höre und von Besorgnis und damit von größerer Geneigtheit zu Verhandlungen mit Deutschland erfüllt werde. Auch hier offenbarte sich, wie Gisevius ganz richtig durchblicken läßt, die ahnungslose Naivität. Durch solche Methoden konnte ein wirklicher Politiker wie Churchill gewiss nicht veranlaßt werden, „den psychischen und politischen Entwicklungen in Deutschland positiver gegenüberzutreten“. Sie mußten eher „die Entschlossenheit der Gegenseite erhöhen, diesen immer noch so gefährlich brodelnden deutschen Kreisen gründlich ausbleichen zu lassen“. Das allerdings, wie Gisevius meint, diese dilettantische Wandmalerei von einer deutsch-russischen Zusammenarbeit (für den Fall, daß England und Amerika widerwillig blieben) dazu beigetragen habe, daß die Westmächte die Besatzungszonen im Sinne eines Ansehungsunrichtes festgelegt hätten, ist doch wohl auch nur wieder eine Kombination aus dem Geiste der Männer des 20. Juli. Immerhin entwickelte sich in diesem Kreise tatsächlich eine Spaltung in eine radikalere Richtung, die teils mit einer sozialrevolutionären Vorprägung spielte, teils auf ihre bisherige westliche Einstellung in eine Option für den Osten verwandelte, und in eine das „politische Gleichmaß“ anstrebende Gruppe, die sich gegen eine Absage an den Westen wehrte, jedoch nicht aus politischer Vernunft, sondern aus Traditionsgelübde. Daran entstand das eigenartige Schwanken zwischen den Hoffnungen, die Front im Osten werde sich stabilisieren, und den Wünschen, die Invasion im Westen möge scheitern, damit die „Plutokraten“ blutig auf dem Felde blieben.

und Wahrheit gesetzt werden. In derselben Stunde wird jeder Deutsche wieder zurückgedacht, der Anstöße wie der Unzufriedenheit, jeder wird die Handlung, die er gestern noch, weil sie heimlich blieb, ungetrübter vornehmen oder unbeachtet ließ, heute ablehnen und verurteilen, weil jener Anstand, dieser Verantwortung vor sich stehen sieht.“ Die innere Fehlbaustruktur, die diesen Worten zugrunde liegt, wird ergänzt durch Gördeleers phantastischen Vorschlag, er wolle eine Aussprache mit Hitler suchen, und die Überraschungen möge seien, sei nicht gesagt, daß diese Aussprache böse ende. Soviel Unklarheit des Blickes wirkt beinahe schon wieder erregend. Ulrich von Hassell jedenfalls kommt den historischen Wurzeln der Ereignisse weit näher, wenn er darstellt, mit welchen erbärmlichen Rechtfertigungen einer nach dem anderen von denen, die er kannte, sich an Hitler ketten, und ganz besonders, wenn er von Frau Elsa Bruckmann schreibt, der ersten unter den Münchener Gerinnern Hitlers, die nach der „Machtergreifung“ die roten Fahnen in der Ludwigstraße mit Beklemmung sah, sich bei den nationalsozialistischen Verbrechen „immer so halb verantwortlich“ fühlte, doch einen Wehrschicksalsbruch ihres „Führers“ und eine Eintragung pathetischer Siegesversicht in das Gästebuch sofort wieder umstürzen ließ, um schließlich einem Pessimismus anheimzufallen, bei dem er sich und nicht zu unterscheiden war. Wir denken zurück an die Diskussion, von der am vergangenen Sonntag auf dieser Seite zu lesen war, und wir stimmen mit Felix Stöbinger überein, wenn er schreibt: „Wenn sich auch nur die Hälfte der deutschen Wähler zur Revanche in der brutalsten Form bekante, so stünnte doch die andere Hälfte nicht ganz anders — sie erwartete allerdings von geschmeidigeren Methoden günstige Resultate.“ Außenpolitisch unterschied sich auch die spätere Opposition von Gördele, Beck, Popitz nur in den Methoden von Hitler und Ribbentrop. Ulrich von Hassell verhandelte in ihrem Namen mit einem Vertreter von Lord Halifax im Februar 1945 in Ayos. In seiner für London bestimmten, englisch geschriebenen Erklärung fordert er die diskussionslose Anerkennung der deutschen West- und Ostgrenzen von 1914, dazu Österreich und die Sudetengebiete. Ulrich von Hassell anders Deutschland, das fast unmerklich hin gerichtet wurde, wollte die Gattin der Hitler und Ribbentrop sichern, bevor diese sie wieder verstoßen.“

Das andere Deutschland, das wir meinen, ist nicht das andere Deutschland der Hassel und Gördele. Unser anderes Deutschland ist der Traum all der vielen in Deutschland verlebten Kämpfer für den Frieden, abstrahiert von der persönlichen Tragik eines manchen von ihnen, um es mit den Worten eines Schweizer zu sagen, „nach Jahrzehnte langem Ringen um die Reinigung Deutschlands seine Trauer über die Verirrungen der Uebelheiten in das Gewand ungemildeter Härte hüllt.“

VOR JAHREN

22. Dezember

1939

„In meinem Zuge“, schreibt ein SA-Oberratpfleger, (jetzt Feldwebel bei der Infanterie, „vollzieht sich gerade ein Wunder. Ich brauche kaum noch zu befürchten, die Männer haben in meinen Gedanken mit mir Wack genügt, und es geschieht so, wie ich es mir denke.“

(Aus der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“)

1945

Über die Vorgänge, die zu der Amtseinführung von Dr. Harms und Dr. Schreiber führten, berichtet die „Neue Zeit“. „Anstands trat der Zentralausschuß unter Teilnahme der Provinzdelegierten zusammen. In dramatischer Zwischenpause wurden die Vorwürfe gegen die Parteilassung wiederholt und schließlich einstimmig das Ausscheiden von Dr. Harms und Dr. Schreiber aus dem Parteivorstand gefordert.“

(Aus dem Tagespiegel)

DER TAGESSPIEGEL

Verlag Der Tagespiegel G. m. b. H. Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 105-106, Druckhaus
Telefon: Redaktion 66 61 60, Vertrieb 66 60 89, Anzeigen-Abteilung 66 60 86, von außerhalb
Berlin 66 35 19 / Telegramm: Tagespiegel Berlin / Postcheck: Berlin Nr. 196 660 / Bankkonto
Nr. 7119 Bezirksbank Berlin-Tempelhof / Erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen,
sonntags mit Weltspiegel / Abonnementpreis einschließlich Zustellgeld 6 Mark monatlich, aus-
wärts 7 Mark / Keine Ersatzausgabe bei Störungen durch höhere Gewalt / Für unverlangte Manu-
skripte wird keine Verantwortung übernommen / Sprechstunden der Redaktion von 11-12 Uhr
vormittags / Anzeigenannahme im Verlagshaus, in allen Geschäftsstellen und gekennzeichneten
Annahmestellen / Keine Gewähr für Veröffentlichung von Anzeigen an bestimmten Tagen



Geschäftsstellen in Groß-Berlin: Charlottenburg: Lohlestr. 5a; Friedenau: Rubensstr. 94; Str. 4; Johannisthal: Steupplatz 7; K. Lichtentrade, Raskühler Weg 3; Lich. N. 58; Gaudystr. 22; Neukölln: Karl Ma N. 15; Reinickendorf Ost, Holländerstr. 15; Reinickendorf Str. 17; Siemens-Str. 10; SW 29, Hasenheide 7; SW 61, Großbeerenstr. 17; Tempelhof, Götzstr. 1; Weißensee, Stresemannstr. 127; Wilmersdorf, Nassauische Str. 54-55; Zehlendorf, Kronprinzessinallee 343

Heute mit
Weltspiegel

Dahlem, Albrecht-Str. 53; Wannhofstr. 59; Perleberger Str. 39; Bismarckstr. 6; Pankow, Breite Str. 16; Schöneberg, Neue Ausbacher Str. 17; Siemens-Str. 14; Spandau, Breite Str. 52; Steglitz, Schloßstr. 10; SW 29, Hasenheide 7; SW 61, Großbeerenstr. 17; Tempelhof, Götzstr. 1; Weißensee, Stresemannstr. 127; Wilmersdorf, Nassauische Str. 54-55; Zehlendorf, Kronprinzessinallee 343

NR. 300 / 2. JAHRGANG

BERLIN, SONNTAG, 22. DEZEMBER 1946

20 PFENNIG AUSWAUITS 25 PFENNIG

Ernährungslage und Währung

Berlin, 21. Dezember (DANA)

Die Militärregierungen der vier Besetzungsmächte seien zur Zeit mit der Zusammenstellung von Material für die Außenministerkonferenz über den deutschen Friedensvertrag in Moskau beschäftigt, erklärte der Oberbefehlshaber der amerikanischen Besetzungstruppen in Deutschland, General McNarney, in einer Pressekonferenz.

Die vorgeschlagene Währungsreform in Deutschland, so führte McNarney aus, sei noch Gegenstand informatorischer Besprechungen. Er sei davon überzeugt, daß vor der Moskauer Konferenz keine Entscheidung in dieser Frage erzielt werden könne. Es solle kein Versuch zu einer Lösung des deutschen Währungsproblems in der britischen und amerikanischen Zone allein gemacht werden, da es sich hier um eine gesamtdeutsche Angelegenheit handle. Zur wirtschaftlichen Verschmelzung der beiden Westzonen bemerkte der General, daß alle Zwei-Zonenbehörden mit ihrer Arbeit am 1. Januar beginnen werden, obgleich die wirtschaftliche Vereinigung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig durchgeführt sein werde. Die Ernährungslage wird sich, wie McNarney betonte, bessern. Während der letzten drei Monate sei weniger als die Hälfte der zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Ernährungsstandes notwendigen Lebensmittel aus den Vereinigten Staaten eingetroffen. Die Rationen hätten durch Heranziehung der Reserven gehalten werden müssen. Jetzt seien jedoch dreihunderttausend Tonnen Lebensmittel aus Amerika entweder bereits unterwegs oder lägen dortselbst zur Verschiffung bereit. McNarney erklärte ferner, daß alle amerikanischen Soldaten vor ihrer Verwendung in Deutschland sorgfältig auf ihre Eignung als Besetzungstruppe überprüft werden. Zum Schluß der Pressekonferenz machte er noch längere Ausführungen über die Entwicklung der Jugendorganisationen in Deutschland.

Schweres Erdbeben in Japan

Tokio, 21. Dezember (DANA/Reuters)

Große Teile Mittel- und Südjapans wurden am Sonnabendmorgen von einem heftigen Erdbeben heimgesucht. Man glaubt, daß es das schwerste Beben seit der Katastrophe des Jahres 1923 gewesen ist. Der Erdbebenherd liegt nach den Feststellungen des japanischen meteorologischen Zentralobservatoriums einhundertsechzig Kilometer südwestlich der Stadt Osaka. Amerikanische Wetterdienststellen meldeten, daß fünfzehn Minuten nach Beginn des Bebens hohe Flutwellen gegen die japanische Küste südlich von Osaka brandeten. Nach japanischen Schätzungen wurden mehrere tausend Häuser zum Einsturz gebracht und Tausende von Personen getötet. Radio New York berichtet auf Grund von Meldungen aus Tokio ebenfalls von mindestens tausend Toten. An der japanischen Südküste sollen tausend Häuser unter Wasser stehen. Auch die Städte Kobe und Nagoya wurden von dem Erdbeben betroffen. Da fast alle telephonischen und telegraphischen Verbindungen gestört sind, liegen nähere Einzelheiten noch nicht vor.

Neue Aufgaben für Murphy

Washington, 21. Dezember (DANA/INS)

Der amerikanische Außenminister Byrnes ernannte am Freitag Botschafter Robert D. Murphy zu seinem Stellvertreter bei den vorbereitenden Besprechungen über den deutschen Friedensvertragsentwurf. Murphy, der zur Zeit politischer Berater von General Clay ist, wird seine Arbeit zusammen mit den Vertretern der übrigen drei Großmächte am 14. Januar in London aufnehmen.

Molotows Dank

Washington, 21. Dezember (DPD/Reuters)

Der russische Außenminister Molotow hat an Bord der „Queen Elizabeth“ einen Brief an Außenminister Byrnes geschrieben und ihm für die Gastfreundschaft gedankt, die der russischen Delegation während der Vollversammlung der UN in New York zuteil wurde. Er drückte in seinem Schreiben ferner die Hoffnung aus, daß er bald wieder mit Byrnes zusammentreffen und neue wichtige Fragen erörtern könne.

De Gasperi nach Amerika eingeladen

Washington, 21. Dezember (DANA)

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi hat die Einladung der amerikanischen Regierung, die Vereinigten Staaten zu besuchen, angenommen. Er wird voraussichtlich Anfang Januar in Washington eintreffen und dort Gelegenheit zu direkten Aussprachen mit Außenminister Byrnes und anderen Regierungsvertretern haben. Es sollen die beiderseitigen Interessen Amerikas und Italiens, einschließlich der Erneuerung normaler Handelsbeziehungen, erörtert werden.

Bevin wird Rechenschaft geben

London, 21. Dezember (DANA/Reuters)

Außenminister Bevin wird am Sonntagabend über das britische Radio sprechen und den ersten vollständigen britischen Rechenschaftsbericht über die New Yorker Verhandlungen geben, die zu einem Übereinkommen über den Text der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten geführt haben.

Der Standpunkt der Kongreßpartei

New Delhi, 21. Dezember (DPD/Reuters)

Der Arbeitsausschuß der Kongreßpartei neigt zu einer bedingten Annahme der britischen Vorschläge. Im allgemeinen ist die Kongreßpartei der Ansicht, daß keine Regionalverfassung das Austrittsrecht der beteiligten Provinzen antasten dürfe, und daß eine Gesamtverfassung, die ohne Vertreter großer Teile der Bevölkerung ausgearbeitet worden ist, dem indischen Volke nicht aufzuzwingen werden könne. Mahatma Gandhi erklärte, daß die britische Regierung in die Arbeit der indischen Verfassungsgebenden Versammlung nicht eingreifen dürfe und machlos dagegen sei, wenn sich die überwiegende Mehrheit des indischen Volkes für eine Verfassung entscheide.

Zionistentagung auf dem toten Punkt

Basel, 21. Dezember (DPD/Reuters)

Die Verhandlungen auf dem Baseler Zionistenkongreß erreichten einen toten Punkt, da grundlegend politische Meinungsverschiedenheiten zwischen

dem Präsidenten des Zionistenverbandes, Dr. Weizman, und dem Vorsitzenden des Exekutivsausschusses der Jewish Agency, David Ben-Gurion, auftraten. Es ist möglich, daß sich hierdurch die Tagung des Kongresses länger hinauszögern wird, als beabsichtigt ist. Die amerikanische Abordnung will jedoch spätestens am Mittwoch abreisen. Dr. Weizman besteht auf friedlichen Verhandlungen, Ben-Gurion soll dagegen eine tatkräftigere Politik unterstützen. Es wurde ein Unterausschuß gebildet, der versuchen soll, eine für beide Parteien annehmbare Lösung zu finden, da die einhundertfünf Abgeordneten unter Führung Ben-Gurions keinen Vorschlag zur Zusammenarbeit mit Dr. Weizman finden konnten.

Die amerikanische Zionistische Revisionistenpartei schloß, wie ein Sprecher der Partei in Basel erklärte, den Verleger Ziff aus, da er sich gegen die Parteidisziplin verweigert habe. Ziff hatte die Angehörigen der jüdischen Untergrundbewegung in Palästina als „Idenisten“ bezeichnet.

Die Urteile im Eichberg-Prozess

Frankfurt a. M., 21. Dezember (DPD)

Im Prozeß gegen ehemalige Ärzte und Pfleger der Heilanstalt Eichberg wurde der Angeklagte Dr. Mennecke zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Dr. Schmidt wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, die Angeklagte Schuerg zu acht Jahren Zuchthaus und der Angeklagte Senft zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten Kallmünzer und Fischer wurden freigesprochen.

Ruman an die Soldaten

Washington, 21. Dezember (DANA/INS)

Präsident Truman erließ am Sonnabend eine Weihnachtsbotschaft an die amerikanischen Soldaten in aller Welt. Darin heißt es: „Ich bin dankbar, daß ich die Gelegenheit habe, jedem von euch, wo er auch immer sein mag, meine herzlichsten Weihnachtsgrüße zu übermitteln. Wir sind heute dabei, einen gerechten und dauerhaften Frieden für alle Völker in allen Ländern zu schaffen. Es bleibt noch viel zu tun, und die Erfüllung unserer Aufgabe wird die gleiche Hingabe und denselben hohen Idealismus erfordern, die ihr, Männer und Frauen unserer bewaffneten Streitkräfte, immer gezeigt habt. Die freheitsliebenden Völker in der ganzen Welt, die in den dunkelsten Tagen für unseren Erfolg in der Schlacht gebetet haben, beten heute dafür, daß unser Kampf um Eintracht und Ruhe auf Erden von Erfolg gekrönt sein möge.“

Washington, 21. Dezember (DANA/INS)
Das beste Mittel, die Verteidigungskraft der Vereinigten Staaten gegen weitere Angriffe zu erhalten, bestehe in einer universellen Ausbildung der Jugend des Landes, erklärte Truman vor dem neugebildeten Beratungsausschuß der Jugend. Dr. Karl Compton, der Leiter des Technologischen Institutes der Universität Massachusetts, wurde zum Vorsitzenden ernannt. Truman appellierte an die Mitglieder des Ausschusses, sich für ein Jugend-Ausbildungsprogramm, das das ganze Land umfassen sollte, einzusetzen. Er wies unter anderem darauf hin, daß fast dreißig Prozent der zum Militärdienst einberufenen jungen Männer als körperlich und geistig untauglich befunden worden wären. Die militärische Seite des Ausbildungsprogrammes, so sagte der Präsident, sei jedoch die weniger wichtige.

Verschärfung der Lage in Indochina

Paris, 21. Dezember (DANA/Reuters)

Die Kämpfe zwischen französischen und vietnamesischen Truppen in Hanoi haben sich weiter verschärft. Die Elektrizitätsleitungen und Telefonverbindungen in der Stadt sind seit Donnerstag unterbrochen. Der französische Kommissar für die Provinz Tongking, Raymond Sauteny, wurde verwundet. In seiner Vertretung erließ General Molliere einen Aufruf, in dem er an den guten Willen der Bevölkerung appellierte.

Einer Reutersmeldung zufolge soll die autonome Regierung von Vietnam Hanoi verlassen haben. Aus einem Bericht aus Nanking geht hervor, daß indonesische nationalistische Gruppen, die vor einiger Zeit in China Zuflucht gesucht hatten, chinesische und amerikanische Vermittlung in Indochina wünschen.

Paris, 21. Dezember (DPD)

Der Chef des Stabes der französischen Armee, General de Lattre-Tassigny, will den Oberbefehl über ein französisches Expeditionskorps in Indochina übernehmen, wie die Pariser Zeitung „Epoca“ am Sonnabend meldet. Vom Verteidigungsministerium wurde diese Nachricht weder bestätigt noch dementiert, doch ist der General bereits am Freitag vom Kolonialminister empfangen worden. In Kreisen des französischen Generalstabes bezeichnete man am Wochenende die militä-

rische Lage in Hanoi als kritisch. Zur Zeit stehen in Indochina rund neunundachtzigtausend Mann französischer Truppen. Militärische Sachverständige sind der Ansicht, daß zusätzlich zwei und dreitausend Mann notwendig seien, wenn Indochina zurückerobert werden müßte.

Die Zusammenstöße in Indochina hatten auch auf Pariser Regierungskreise ihre Rückwirkung. Die Kommunisten verließen die Sitzung der nationalen Verteidigungskommission aus Protest gegen den Vorschlag, eine Weihnachtsbotschaft zur Ermutigung an die französischen Truppen nach Indochina zu senden. Der Vorschlag wurde nach einer heftigen Debatte bei einigen Stimmenthaltungen der Sozialisten angenommen.

Paris, 21. Dezember (UP)

Auch die französische Nationalversammlung beschäftigte sich mit der Politik in Indochina, nachdem ein Bericht des Hohen Kommissars in Saigon über das erneute Ausflammen der Unruhen bekanntgegeben worden war. Der Kolonialminister Marius Moutet selbst es durch, daß die Behandlung des Indochina-Problems verschoben wurde, bis er von einer vierzehntägigen Informationsreise nach Hanoi und Saigon zurückgekehrt sein wird. Der Minister wird am Sonntagabend nach Indochina abreisen.

Vor deutschen Spruchkammern

Hamburg, 21. Dezember (DPD)

Die Verordnung Nr. 69 der britischen Militärregierung bestimmt, daß entsprechend dem Nürnberger Urteil die Mitglieder der für verbrecherisch erklärten Organisationen von deutschen Gerichten abgeurteilt werden sollen. Die Verfahren gegen die 27 000 Internierten der britischen Zone sollen möglichst binnen eines Jahres durchgeführt werden.

Als Höchststrafe wurden zehn Jahre Gefängnis neben Vermögensentziehung oder Geldstrafe festgesetzt. Die Angeklagten haben das Recht, durch einen Anwalt Entlastungsbeweise vorzubereiten.

Zusätzliche Entlassung deutscher Kriegsgefangenen

Berlin, 21. Dezember

Zusätzlich zu den normalen Entlassungen deutscher Kriegsgefangenen aus England sollen monatlich weitere zwanzig Gefangene nach Berlin entlassen werden, wenn besonders dringende persönliche Gründe nachgewiesen werden. Der Oberbürgermeister wird jeden Monat von den bei den Bezirksämtern eingegangenen Anträgen die zwanzig dringlichsten Fälle den zuständigen britischen Stellen weiterleiten.

Das Geheimnis der Osterinsel

Sonderbericht United Press

An Bord der „Mount Olympus“, 21. Dezember
Durch die bereits gemeldete Entdeckung des unterseeischen Gebirgszuges, der sich fast bis an die Oberfläche des Pazifiks erhebt, wird man vielleicht dem Geheimnis der Osterinsel auf die Spur kommen, auf der sich große Steinstatuen befinden. Die Wissenschaftler an Bord sind der Meinung, daß an dieser Stelle im Pazifik vielleicht einmal eine große Insel gelegen habe, die soweit im Meere versunken sei, daß nur noch die vulkanischen Bergspitzen der Osterinsel und die Felseninsel Sala y Gomez übriggeblieben seien. Die Steinplastiken auf der Osterinsel waren für die Wissenschaftler von jeher ein Rätsel, denn die Insel ist viel zu klein, als daß jemals eine Bevölkerung auf ihr hätte leben und ihre Kultur sich zu einer bedeutsamen Höhe hätte entwickeln können. Kulturelle Leistungen so ungewöhnlicher Art, wie sie sich in den Steinplastiken dokumentieren, rühren stets von großen Völkern her. Einige der auf der Osterinsel gefundenen Statuen sind

fünfzig Tonnen schwer, und es ist bis heute unerklärlich, auf welche Weise sie aus den Steinbrüchen zu ihrem jetzigen Standort transportiert worden sind. Man nimmt an, daß es sich bei den Statuen um Grabdenkmäler handelt.

Die Osterinsel liegt etwa sechshundert Seemeilen westlich von dem neuentdeckten unterseeischen Gebirgsmassiv. Die Bevölkerung besteht überwiegend aus Polynesiern, die Sala y Gomez-Insel ist von dem unterseeischen Gebirge nur 250 Meilen entfernt.

Die „Ärztin“ Oberhauser

Nürnberg, 21. Dezember (DANA)

Am elften Verhandlungstage in Nürnberg wurde der polnische katholische Priester Michalowsky, an dem in Dachau Malaria- und Unterkühlungsversuche vorgenommen worden waren, als Belastungszeuge vernommen. Er sagte aus, er sei gezwungen worden, sich mit einer Phlegmonkombination beizugehen, in Eiswasser zu legen. Dort blieb er anderthalb Stunden bei vollem Bewußtsein. Nach dem überstandenen Versuch habe man ihm als „Vergütung“ angeboten, von Zeit zu Zeit zur „Erholung“ ins Krankenrevier zu gehen. Seiner Meinung nach seien in Dachau insgesamt zwölfhundert Häftlinge Malariaexperimenten unterworfen worden. Der Anklagevertreter fragte Michalowsky nach den Phlegmon-Versuchen, und dieser erklärte, von etwa sechzig Versuchspersonen sei die Hälfte an den Folgen dieser Experimente verstorben. Nach der Aussage des Zeugen verzichtete die Verteidigung auf ein Kreuzverhör.

Anschließend setzte der Anklagevertreter Hardy die Beweisvorlage fort und zitierte Dokumente, aus denen hervorgeht, daß die Angeklagte Herta Oberhauser KZ-Häftlinge durch Benzininjektionen tötete. Auch die Angeklagten Gebhardt und Fischer haben an diesen in Ravensbrück vorgenommenen Versuchen teilgenommen. Es wurde eine eidesstattliche Erklärung von Dr. Rolf Rosenthal verlesen. Dieser erklärte, er habe gesehen, wie die Angeklagte Oberhauser Benzininjektionen gegeben habe. Sie habe dabei eine zehn-Zentimeter-Injektionspritze benutzt und die Einspritzung in die Armvene gegeben. Die Wirkung habe das Bild eines akuten Herzstillstandes ergeben, die Patienten bäumten sich nach drei bis fünf Minuten auf und brachen tot zusammen. Sie seien bis zum letzten Augenblick bei vollem Bewußtsein gewesen.

Das Gericht wird die Verhandlungen am 2. Januar wieder aufnehmen.

JENSEITS DER SCHLAGZEILEN

„Durch einen Sitten- und Moralunterricht an Stelle des Religionsunterrichtes“ einzutreten. (DANA)

Gewerkschaften für Japan empfohlen. Die Alliierte Fernostkommission hat empfohlen, daß sich die japanischen Arbeiter in Gewerkschaften zusammenschließen sollen. Die Anweisungen darüber wurden dem Alliierten Oberbefehlshaber in Japan, General MacArthur, zugeleitet. Es heißt darin, daß die Besatzungsbehörden Streiks nur dann verhindern sollen, wenn dadurch Ziele und Wünsche der Okkupationsmächte beeinträchtigt werden. (DPD/Reuters)

Einheitsfront in Burma. Der Leiter der Partei „Burma den Burmesen“, Thakin Ba Sein, teilte mit, er habe die Bildung einer „Demokratischen Nationalen Einheitsfront“ vollendet. Sie setze sich aus allen größeren Parteien Burmas mit Ausnahme der „Antifaschistischen Freiheitsliga“ zusammen. (DANA/Reuters)

AUS DEM INHALT

der heutigen Nummer:

Im Hauptblatt:

Improvisierter Widerstand. Der 20. Juli 1944 und das andere Deutschland. Von Erik Reger

Im Beiblatt:

In den Watten der Nordseeküste. Von Ludwig Alps

Als es dunkel war in unserem Zuge. Erzählung von Hermann Stahl

DEMOKRATISCHES FORUM
DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG / DAS NEUE BUCH

Außerdem die illustrierte Sonntagsbeilage
Weltspiegel

Forum der Presse

Zur Durchleuchtung der Hintergründe des 20. 7. 1944 liegt neuerdings von Erik Reger ein längerer Aufsatz vor, der in der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“

vom 22. 12. 1945 veröffentlicht wurde:

„Stalingrad und Tunis sind so schwere Niederlagen, wie sie in der deutschen Geschichte seit Jena und Auerstedt nicht zu verzeichnen sind. In beiden Fällen ist dem deutschen Volke gesagt, daß entscheidende Gründe verlangt hätten, Armeen zu opfern. In Wahrheit liegt unfähige, gewissenlose Führung vor; bei rechter Führung wären beide Opfertragödien vermieden und damit eine günstigere militärische und politische Lage hergestellt.“

Dies sind Sätze aus einem Brief Goerdelers vom 17. Mai 1943 an den General Olbricht. Durch sie ist klar bewiesen, daß die führenden Kreise der am 20. Juli 1944 gescheiterten Verschwörung gegen Hitler nicht beabsichtigten, ein Zettalter der Entartung in seinen Grundwurzeln zu treffen, sondern lediglich zu retten suchten, was nach ihrer Meinung noch zu retten war.

Sie hatten nicht begriffen, daß die Niederlagen längst nicht mehr abgewendet werden konnten, sie hatten auch nach elf Jahren noch nicht begriffen, daß es Hitlers Wille war, entweder die Welt zu erobern oder Deutschland samt dieser Welt zu vernichten.

Leipziger Htg vom 12. 1. 47

DER TAGES SPIEGEL

NR. 167 BEIBLATT

Der Wunsch zu beweisen, daß die vor den Wahlen gemachten Versprechungen eingehalten würden, hätte zu einer Reihe unausgereifter Vorlagen geführt, wie z. B. zu dem vagen Plan der Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie. Die Zeitung fährt fort: die sinkende Popularität der Regierung werde sich vielleicht zum Guten auswirken; dann nämlich, wenn die Minister veranlaßt würden, eine Atempause eintreten zu lassen

und sich etwas mehr den Dingen zu widmen, die dem Volke unmittelbare Sorgen und Schwierigkeiten bereiten. Sicherlich gehe ein erheblicher Teil der zeitweiligen Rückschläge darauf zurück, daß man in einer Uebergangsperiode lebe. In einigen Monaten schon könnte die Lage besser sein. Die Regierung der Arbeiterpartei habe auf vielen Gebieten Anerkennenswertes geleistet, aber sie müsse auch noch eine Menge lernen.

Um die Qualität einer solchen Kritik besser beurteilen zu können, sei als Gegenbeispiel eine andere Zeitung zitiert: „Bisher haben wir von konservativer Seite nur mißmutige und parteiische Versuche gesehen, die Arbeiterpartei für alle Wechselfälle und Schwierigkeiten der gesamten Welt verantwortlich zu machen, einschließlich der schlechten Weiterentwicklung und des Ausbleibens des Monsunregens im Fernen Osten“.

Was am 20. Juli 1944 wirklich geschah

Pläne, Rollen, Handlungen der Militärs

In der „Wolfsschanze“ um 12.30 Uhr

Sechseinhalb Kilometer von Rastenburg in Ostpreußen entfernt liegt, gegen Fliegerversicht durch einen Wald geschützt, Hitlers Hauptquartier, das den Tarnnamen „Wolfsschanze“ führt. Nach „Felsennest“ und „Wolfsschlucht“ im Westen ist das sein drittes Hauptquartier in diesem Krieg. Es hat achtundzwanzig Millionen Mark gekostet. Stacheldrahtverhaue, Minenfelder und mehrfache Postenketten sichern den Bezirk. Er ist in zwei Sperrkreise eingeteilt. Im Sperrkreis 1 wohnen Hitler, Bormann, Keitel und Jodl. Er ist ebenso wie der Sperrkreis 2 durch die Wachtruppe „Großdeutschland“, außerdem aber durch die „Rattenhuber“, eine Truppe aus SS-Offizieren unter dem Brigadeführer Rattenhuber, bewacht. In diesem Sperrkreis 1 lebt Hitler wochenlang, monatelang; verläßt er ihn, wird Fliegeralarm gegeben, damit Soldaten und Zivilisten von den Straßen verschwinden. Der Uebergang vom Sperrkreis 1 zum Sperrkreis 2, in dem die weniger Prominenten, die Offiziere des „Wehrmachtführungsstabes“ des OKW leben, ist nur mit besonderen Ausweisen und Passierscheinen möglich. Nur wer zum Vortrag befohlen ist, kann in den besonders bewachten Bezirk der „Rattenhuber“ gelangen. Er muß am Durchgang die Waffen ablegen, denn Hitler liebt keine bewaffneten Gesprächspartner.

Für den 20. Juli 1944 ist, wie immer, auf 12.30 Uhr die Tagesbesprechung angesetzt. Ausnahmsweise wird ein Vertreter des Heimatheeres über die Ersatzlage berichtet. General Olbricht, der Chef des Allgemeinen Heeresamts, hat den Chef des Stabes des Ersatzheeres, den Obersten im Generalstab Graf von Stauffenberg, den Kuriermaschine von Berlin zur Wolfsschanze geschickt. Jodl wird über die Tageslage sprechen. Sie ist über schlecht. Man muß die Karten zur Hand nehmen, um die Situation zu verstehen. Hitler wünscht, die Besprechung im Kartenzimmer der Baracke abzuhalten, nicht in seinem Bunker. Um 12.30 Uhr betritt er den Kartenraum Keitel, Jodl und Korten, der Generalstabschef der Luftwaffe, begleitet ihn, dazu die Adjutanten Schmunt und von Puttkamer. Der Chef der Operationsabteilung Heusinger und der Kriegsgeschichtler Scherf, der niemals dazukommen soll, Hitlers Kriegsgeschichte zu schreiben, sind anwesend, dazu Berger, dieser mysteriöse Mitarbeiter, dem man nachsagt, gelegentlich als Double Hitlers aufzutreten.

Der große schlankte Oberst aus Berlin meldet sich. Er ist ein Krüppel des Krieges. In Afrika hat er ein Auge und einen Arm verloren. In der anderen, verkrüppelten Hand trägt er seine Aktenmappe. Er wird Hitler vorgestellt. Da der „Führer“ ihn begrüßen will, bückt sich Stauffenberg und lehnt seine prall gefüllte Tasche an den großen Eichentisch, um seine einzige Hand freizubekommen. In diesem Augenblick klingelt das Telefon. Stauffenberg wird an den Apparat gerufen. Fellegibel, General der Nachrichtentruppen, will ihn sprechen. Stauffenberg bittet, das Zimmer verlassen zu lassen. Münte und Koppel läßt er zurück — und auch die gutgefüllte Aktenmappe, die unter dem Tisch liegt. Ein Adjutant hebt die Tasche auf und legt sie einige Meter weiter, am anderen Ende des großen Tisches, wieder zu Boden. Hitler ist inzwischen an die Karten herangetreten, die er liebt, und von denen Goebbels überhaupt, ihr hartes Studium habe des „Führers“ Rücken gebeugt.

In dieser Sekunde blendet alle Anwesenden ein greller Blitz. Ein ungeheurer Druck reißt das Zimmer auseinander. Die Wucht einer Detonation trifft Korten, der zwischen dem Explosionsherd und Hitler steht, so schwer, daß er nach drei Tagen stirbt. Die anderen Teilnehmer der Konferenz sehen sich vom Druck der Explosion durch die Luft gewirbelt, durch die Fenster ins Freie gerissen. Ihre Uniformen sind zersplittert. Hitler, der äußerlich glimpflich weggekommen zu sein scheint, fällt mit zerrissenen Hosen Keitel in die Arme. Er hat Prellungen und Brandwunden von der Stichflamme. Später erst stellen die Ärzte fest, daß er einen schweren Schock erlitten hat, der ihn rechtsseitig lähmt und ihm die Sprache nimmt. Der Explosionsdruck hat die Baracke auseinandergesprengt. Sperrkreis 1 und 2 sind alarmiert. Die „Rattenhuber“ und die Wachtruppe von „Großdeutschland“ rasen herbei. Vom Mittagessen weg werden die Kompanien gerufen.

Der verabredete Anruf hat Stauffenberg so rechtzeitig aus dem Zimmer gebracht, daß er die Explosion gerade auf dem Wege zu seinem Wagen hört, den der Hauptmann Klausen bereithält. Er rast zum Flugplatz, springt in die bereitstehende Maschine und landet nach

halb drei Uhr im Flughafen Rangsdorf bei Berlin. Schon kurze Zeit nach der Explosion hat sich in der Wolfsschanze das Gerücht verbreitet: Attentat auf Hitler durch den Obersten Stauffenberg. Dann durchläuft eine zweite Nachricht die Barackenstadt: Hitler lebt. Aber es gelingt nicht, diese Meldung nach Berlin weiterzugeben. Die große Nachrichtenzentrale im Bendlerblock ist nicht zu erreichen, jedenfalls von denen nicht, die ein Interesse daran haben, das Mißlingen des Attentats mitzuteilen. Auch der direkte telefonische Weg Haupt-

quartier-Regierungsviertel scheint gestört. Erst Stunden später ist er wieder benutzbar. Dann jagen sich die Befehle. Goebbels ist der Uebermittler in Berlin. Auch die Verbindung zu Himmler funktioniert wieder, und im Hauptquartier selbst erscheint, durch den Alarm herangelockt, Mussolini, der sich seit einigen Tagen dort aufhält. Niemand weiß, was hinter seiner Stirn vorgeht. Das eine ist jedenfalls sicher, daß man dieses Attentat nicht verschweigen kann, weil es sich unter den Augen des Achsenpartners abgespielt hat.

Die Reaktion der Bendlerstraße

Der 20. Juli ist ein heißer Tag. Die Bendlerstraße, einstmals die Höhle der militärischen Sphinx, hat ihre meisten Häuser dem Krieg geopfert. Nur der sogenannte Bendlerblock, durch Neubauten und ein Gewirr von Seiten- und Hinterhäusern erweitert, steht unversehrt. Intakt ist auch der mächtige Nachrichtenbunker, dessen fünfzehn Meter dicke Betondecke wie eine Glocke über die Nachrichtenzentrale gestülpt wurde. Hauptquartier, West-, Süd- und Ostfront sind durch die Bendlerstraße miteinander verbunden. Der Chef der Nachrichtentruppe, Fellegibel, ist der Verantwortliche dieser Organisation. Er ist an den Plänen gegen Hitler maßgebend beteiligt; seine Fäden reichen über eine mit ihm verwandte Kriminalkommissarin bis in das Reichskriminalpolizeamt. Er selbst sitzt im Hauptquartier und hält die Verbindung mit Berlin aufrecht.

Ein erster Anruf kommt kurz vor drei Uhr aus Rangsdorf. Stauffenberg meldet sich bei General Olbricht, dem Chef des Allgemeinen Heeresamts, vom Flug zurück. Bei diesem sitzt ein Dutzend Offiziere zusammen; einige ältere Gesichter darunter: Ludwig Beck, der 1938 vor dem Konflikt mit der Tschechoslowakei zurückgetretene Generalstabschef, der verabschiedete Generalfeldmarschall v. Witzleben, der von Hitler „degradierter“ Generaloberst Höpfner. Offizierswachen stehen an den Eingängen. Die Höfe können die großen Wagen kaum fassen, aus denen Offiziere mit höheren und niedrigeren Dienstgraden gestiegen sind. Die Wachkompanie hat ihre Waffen geladen und Posten in allen Gängen und Durchfahrten aufgestellt. Beck wird von Stauffenberg verlangt: „Herr General, Hitler ist tot! Alles in Ordnung. Sie können Walküre II befehlen!“

Wenige Minuten später werden alle Tore geschlossen. Von der Nachrichtenzentrale her, die wieder einmal mitgehört hat, verbreitet sich wie ein Lauffeuer die Kunde: Hitler ist tot! Im Zimmer General Olbrichts wird nach allen Richtungen telefoniert. Im Nebenzimmer ist der Befehlshaber des Ersatzheeres, Fromm, der seit Jahren von Putschplänen gegen Hitler gewußt hatte, festgesetzt worden. Er hat die Mitarbeit im letzten Augenblick verweigert. Jetzt jagt Stauffenberg aus Rangsdorf in den Hof und stürzt sich mit seinen Adjutanten auf die Telefone, um Frankfurt, Hamburg, Breslau, Paris und zwanzig anderen Kommandozentralen mitzuteilen, daß Generaloberst Beck die Befehlsgewalt übernommen habe.

Dann schwirrt plötzlich Gerüchte, Hitler sei nicht tot. Diese Nachricht wird von General Fellegibel kurze Zeit später aus dem Hauptquartier bestätigt und durch einige Mithörer des Gesprächs im Hause verbreitet. Die Stimmung wird unsicher. Wie ist das möglich? Die Sprengladung hat die Sprengkraft einer 15-cm-Granate. In einem festgeschlossenen Bunker zur Explosion gebracht, muß sie zwischen Betonwänden eine verheerende Wirkung ausüben, weil diese der Druckwelle nicht nachgeben können. In dem Barackenzimmer aber wirkt der Sprengstoffanschlag viel schwächer, weil der Druck entweicht, das Haus auseinanderreißt und in der Umgebung verpufft.

Inzwischen marschieren ein Teil der starken Wachkompanie aus der Bendlerstraße in das Regierungsviertel. Andere Truppen — insgesamt dreißig Stoßtrupps — kommen aus den Kasernen des Wachregiments hinzu. Die Stoßtrupps beziehen im Schloß und im Zeughaus Quartier und geben von dort ihre Streifen. Einige haben Befehl, die Minister zu verhaften. Da meldet Radio Berlin, Hitler sei einem Attentat entgangen.

Der Urheber des Massakers

Das hört der Führer der Wachtruppe, Major Remer, Eichenlaubträger und ehemaliger HJ-Führer. Er läuft zum Propagandaministerium und läßt sich bei Goebbels melden. Goebbels stellt eine direkte Verbindung mit dem Hauptquartier her. Remer erhält von Hitler Aufklärung über das, was vorgegangen ist, und Sonderbefehle. Er, der überzeugte Nationalsozialist, Träger des Goldenen Ehrenzeichens der HJ, wird mit der Gegenaktion beauftragt. Noch hat er keine Truppen in der Hand, aber der Stoßtrupp, der Goebbels verhaften soll, stellt sich unter seinen Befehl. Der Stadtkommandant von Berlin, General von Hase, hat versucht, den Stoßtrupp noch vor Remer zu erreichen. Er trifft ihn erst im Propagandaministerium wieder. Da ist es zu spät.

Die Waffenschulen, Panzertruppen aus Zossen und Wünsdorf, Infanterieverbände aus Döberitz und Artillerieeinheiten aus Jüterbog sind alarmiert. Sie werden gebraucht, um das Sendehaus in der Masurallée zu besetzen, um Regierungsviertel und Bendlerblock gegen den erwarteten Gegenangriff der SS zu schützen. Sie kommen um Stunden zu spät. Im Tiergarten machen sie halt und warten vergeblich auf Befehle, die niemals gegeben werden. Denn in der Bendlerstraße weiß am späten Nachmittag jeder Mensch, daß das Attentat gescheitert ist. Zwar scheint den Beteiligten nicht alles verloren. Der Kopf der Verschwörung arbeitet weiter, aber ihr Kreis wird zusehends kleiner. Der Führer der Wachkompanie zieht seine Posten zurück. Im Hause sammeln sich Offiziere und Mannschaften unter Oberleutnant von der Heyde zum Gegenschlag, nachdem sie sich am Mittag für die Verschwörer erklärt hatten. Mit Handgranaten und Maschinenpistolen riegen sie Zimmer und Flure ab und stellen an jeden die Frage: Für oder gegen Hitler? Wo sie eine ablehnende Antwort bekommen, schließen sie. Am Abend treffen Abteilungen des Wachregiments und SS-Truppen in Massen ein.

In den Zimmern der Abteilungen des Ersatzheeres sitzen die Aufständischen. Sie verfügen nur über Handfeuerwaffen. Sie haben erfahren, daß sie abgeriegelt sind. In einzelnen Zimmern sind sie bereits überwältigt. Im Dienstzimmer Stauffenbergs drängen sich einige zusammen. Olbricht wird im Flur überfallen. Der Generalquartiermeister Wagner erschließt sich, bevor ihn Remer verhaften kann. Die Operationspläne werden verbrannt. Dann versuchen Stauffenberg und sein Bruder, York und Bernadis, Blumenthal und andere, insgesamt vielleicht zehn Offiziere, den Ausbruch. Sie werden von einem abgefallenen Offizier und von SS gesteuert, angegriffen und überwältigt. Sie haben kurz vorher schon erlebt, wie Fromm, der Festgesetzte, plötzlich in ihrem Zimmer mit der Pistole in der Hand erschien und ihnen erklärte: „So, meine Herren! Jetzt mache ich mit ihnen das, was Sie heute mittag mit mir machen wollten.“

Sie haben gesehen, daß sich Beck einen Kopfschuß beibrachte. Und als sie überwältigt sind, kommt Fromm — es ist fast Mitternacht geworden — wieder und teilt ihnen mit, daß er „im Namen des Führers“ ein Standgericht abgehalten habe, das Olbricht, Merz, einen Oberleutnant und „diesen Obersten, dessen Namen ich nicht mehr kenne“ — seinen Chef des Stabes Stauffenberg —, zum Tode verurteilt habe. Dann stürzt sich die SS auf die Männer, reißt ihnen die Abzeichen ab, wirft sie die Treppe hinunter, unter ihnen den schwerverwundeten Beck, der immer wieder zusammensackt. Remer sucht im Hof einen Exekutionsplatz aus. Die Scheinwerfer bereitstehender Autos werden eingeschaltet. Die Verhafteten werden herangeschleppt. Mit Kolben werden sie zu einer Aufstellung gezwungen. Stauffenberg hat die Arme ineinander verschränkt. Die ersten vier brechen unter der Salve zusammen. Andere werden herangeschleift. Wieder fallen Schüsse. Die toten Körper werden wie Säcke auf Lastwagen geworfen und fortgeführt.

Auch in der Nacht fallen noch Schüsse! Bis in den Morgen haben Hunderte von SD-Beamten im Bendlerblock gearbeitet. Tausende von Offizieren, Sekretärinnen, Nachrichtenhelferinnen werden ausgefragt, verhört, durchsucht. Die ganze Nacht werden Verhaftete abtransportiert, andere zum Verhör herangebracht. Offiziere werden in Ketten durch die Gänge geführt, mit blutigen Gesichtern und zerfetzten Uniformen, junge Leutnants und Hauptleute ohne Achselstücke, mit abgerissenen Ordensbändern. Soldaten tragen Erschossene zu den Lastwagen. Etlichen Offizieren gelingt noch am nächsten Morgen der Ausbruch, ohne daß vorübergehende Soldaten den Versuch machen, sie aufzuhalten. Am 21. Juli, um elf Uhr morgens, erscheint Himmler, um das Ersatzheer im großen Vortragssaal zu übernehmen. Am Nachmittag verläßt er das Haus wieder, nicht ohne auch Fromm, den Schwankenden, der immer sicher gehen wollte, verhaftet zu haben.

Die Hintergründe der Verschwörung

Nach zuverlässigen Mitteilungen Beteiligten sind etwa 16.000 Soldaten in die Absichten des 20. Juli eingeweiht gewesen. Sie kannten nicht den ganzen Plan, der nur wenigen vertraut war. Die Fäden spannten sich von Paris bis zur Ostfront, wo General von Tresckow, der Chef des Stabes des Heeres Mitte, nicht nur eingeweiht, sondern führend beteiligt war. Er wiederum hatte Verbindung zu Kluge im Westen und Manstein im Osten. Die Zentralstellen des Heimatheeres, die Wehrkreis-kommandos im Lande wußten insofern Bescheid, als ihnen bekannt war, daß beim Tode Hitlers alle Maßnahmen getroffen werden sollten, um die Macht Himmler und der NSDAP aus den Händen zu nehmen. Der Befehl, den Witzleben als Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ausgearbeitet hatte, beginnt mit der Feststellung:

„Der Führer Adolf Hitler ist tot. Eine gewissenlose Clique frontfeindlicher Parteiführer hat es unter Ausnutzung der Lage versucht, der schwer ringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen. In dieser Stunde höchster Gefahr hat die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung den militärischen Ausnahmezustand verhängt und mir zugleich mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht die vollziehende Gewalt übertragen.“

Auf den ersten Blick erscheint diese Fassung unverständlich. Sie erklärt sich nur daraus, daß Witzleben glaubte, dies sei die beste Art, die Stimmung im Volke, im Heer und in der Partei zu berücksichtigen. Die Masse des Volkes war noch immer der Goebbelspropaganda zugänglich. In dieser Lage erschien es Witzleben geraten, eine besonders unpopuläre Parteielique als den eigentlichen Grund für das plötzliche Auftreten einer Militärgruppe anzugeben. Es ist charakteristisch für seine Denkart. Soviel „Klugheit“ hob von vornherein die Wirkung auf.

Der 20. Juli war nicht der erste reale Versuch, Hitler zu beseitigen. Während der Sudetenkrise wollte Beck Hitler und seine Regierung mit einer bereitgestellten Panzerdivision ausheben. Der politische Scheiternsfolg von München vereitelte diesen Plan. Dann sollte der Zusammenbruch der Sechsten Armee in Stalingrad mit einem Aufruf von Marschall Paulus an das Volk und alle Truppen, sich von Hitler loszusagen, das Kriegsende bringen. Statt dessen versprach Paulus in seiner letzten Aussendung den von Hitler befohlenen Untergang seiner Armee. Am 26. Februar 1943 scheiterte ein Attentat des Oberleutnants von Schlabendorff durch das Versagen des Zeitzünders einer Bombe, die in Hitlers Flugzeug geschmuggelt war. Am 7. Juli 1944 sollte ein Bombenattentat auf Hitler und Himmler bei der Besichtigung neuer Uniformen erfolgen. Weil Himmler zur Besichtigung nicht erschien, wurde abgeblasen. Daß der Entschluß dann am 20. Juli in die Tat umgesetzt werden sollte, hing nicht zuletzt mit der Entwicklung im Westen zusammen. Kluge, Oberbefehlshaber im Westen, hatte Anfang Juli in einem Telefongespräch mit Beck erklärt, der „Reißverschluss“ müsse spätestens in drei Wochen gezogen sein. Das war das Stichwort. Zu dieser Zeit aber war es fast schon unmöglich geworden, Hitler zu stellen. Darüber hinaus begingen die Militärs schwerwiegende Fehler. Der Sender Berlin wurde nicht besetzt. Die Stoßtrupps waren nicht fest in der Hand ihrer Auftraggeber. Es fehlte der schlagkräftige Rückhalt eines geschlossenen Truppenverbandes. Ein Jahr vorher hatte General Thomas vom Wehrwirtschaftsstab den Vorschlag gemacht, innerhalb seiner Dienststelle einen starken, aus eingeweihten Offizieren und Mannschaften bestehenden Stoßtrupp aufzustellen, der als Büropersonal getarnt, kaum Aufsehen erregt hätte. Weil General Thomas sich aber zurückzog, blieb der Vorschlag unberücksichtigt. So war der militärische Apparat zu klein, um ein fait accompli zu schaffen.

Die Männer des 20. Juli sind gestorben, ohne mit der Wimper zu zucken. Auch diejenigen stehen ihnen darin nicht nach — dafür liegt die Zeugenschaft des Anstaltspfarrers von Plötzensee vor —, die am 8. August und später durch den Strang gemordet wurden, nachdem die Gestapo sie wochenlang in der Prinz-Albrecht-Straße gequält, nachdem sie ihnen mit Skopolamin ihre letzte Widerstandskraft genommen hatte. Hitler wollte sie sehen „aufgehängt wie Schlachtvieh“. Er hat durch Freiler, den Teufel in der roten Robe, seinen Willen bekommen, aber er hat diese bestialische Gengung nur neun Monate überlebt.

von Wülcknitz

Der Film vom 20. Juli 1944

„Abspringen müssen wir alle einmal“ — Der Prozeß gegen „Witzleben und Genossen“

Dieser Tage ist in Berlin zum ersten Male vor einem kleinen Kreis der Film vorgeführt worden, den die frühere deutsche Regierung von den Prozessen gegen die in den Attentatsplan gegen Hitler verwickelten Persönlichkeiten hat herstellen lassen. Unter den Zuschauern befanden sich auch einige Deutsche. Einer von ihnen hat uns den nachstehenden Bericht zur Verfügung gestellt. Wir geben ihn hier wieder, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß dieser Bericht sich lediglich mit den politischen Opportunisten beschäftigt, die den 20. Juli 1944 inszenierten, weil sie sich aus dem sinkenden Schiff des Nationalsozialismus retten wollten, nicht aber mit den in den Attentatsplan verwickelten Persönlichkeiten, die von jeher im Kampf gegen das Hitlerregime gestanden hatten und denen ihr Glaube an das Gelingen eines solchen Unternehmens vielleicht als politische Naivität, nicht aber als Gesinnungsdefekt vorgeworfen werden kann.

Der ursprüngliche Film war sechzig Kilometer lang. Er umfaßte die ganze Länge und Dauer des Prozesses gegen „Witzleben und Genossen“, die Verschwörer und Mitwisser des Komplotts vom 20. Juli 1944, der vor einem Jahr vor dem Volksgerichtshof in Berlin verhandelt wurde — von der ersten bis zur letzten Minute, von der Eröffnung bis zur Verkündung der Todesurteile und ihrer Vollstreckung. Das Propagandaministerium schnitt dieses Monstrum auf vierzehn Kilometer zusammen, vermutlich mit der Absicht, daraus einen abendfüllenden Film zu machen, der nach dem „Endsieg“ hätte gezeigt werden können, unter dem stolzen Motto: da seht ihr, was geschehen wäre, wenn diese Verbrecher Erfolg gehabt hätten. Sie hatten Deutschland um den Sieg gebracht.

Der „Endsieg“ blieb bekanntlich aus. Aber die vierzehn Kilometer sind noch da und waren vor einigen Tagen in geschlossener Vorführung zu sehen. Die Vorführung dauerte über neun Stunden. Der Film erledigt den Mythos von den „Märtyrern des 20. Juli“ ein für allemal. Wäre der Anschlag gelungen, so wäre es Hitler vielleicht losgeworden, aber den Nationalsozialismus nicht. So ist sein größtes Unglück ihm erspart geblieben. Das klingt hart und brutal. Aber es ist die harte und brutale Wahrheit.

Die Kamera steht direkt hinter dem Sessel des Volksgerichtspräsidenten Freisler, dessen kahler Hinterkopf im Vordergrund der Bildmitte steht, stundenlang, ohne sich ein einziges Mal umzuwenden. Stundenlang dröhnt, brüllt, rast und tobt die hohe Stimme dieses toll gewordenen Winkeladvokaten über die Leinwand, ohne daß man sein Gesicht zu sehen bekommt, borchigt sich dann plötzlich, nimmt eine gespielte Nüchternheit, Pseudosachlichkeit, ironische Kühle an, um im nächsten Augenblick wieder in ohrenbetäubende Tiraden auszubrechen, Tiraden, die mit der Verhandlung nicht das geringste zu tun haben, Volksreden im Super-Hitler-Stil, in denen Gott, Führer, Vaterland, Nationalsozialismus, Ehre, Bewegung wild durcheinander purzeln, nur um gleich darauf von unfähigsten Schimpfgeden abgelöst zu werden. „Sie sind ja ein ganz schäbiger Lump, Sie Häufchen Elend, Sie!“ donnert der Herr Präsident dem Angeklagten Goerdeler entgegen. „Sie abgefälschte Lügner, Ihnen kann man ja überhaupt nicht ein Wort glauben!“ bekommt der Herr Botschafter von Has-

selt zu hören. „Als was für einer Tiergattung würden Sie sich denn bezeichnen?“ flötet er ironisch einem dritten zu. „Esel? Nein, Sie sind ein Schweinehund. Esel ist eine Angelegenheit der Intelligenz. Schweinehund ist eine Sache des Charakters.“ So geht es fort. Der Hauptzweck dieser Technik ist, die Angeklagten so zusammenzuknüppeln und einzuschüchtern, daß sie überhaupt kein vernünftiges oder wenigstens zusammenhängendes Wort mehr hervorbringen, und wenn gleich nicht als Schweinehund, so doch als vollgültige Esel dastehen.

Sie ziehen an der Kamera vorbei, einer nach dem anderen erscheinen sie vor dem Richtertisch. Militärs und Zivilisten (außer Goerdeler alle kravattenlos, was ihnen das beabsichtigte landstreicherähnliche Aussehen verleiht), und sagen ihr Sprüchlein auf, so-

weit der wildgewordene Präsident sie läßt. Manche kommen überhaupt nicht zu Wort, es bleibt unklar, warum sie aufgerufen wurden, anderen wiederum gestattet der Tobsüchtige, ein paar schüchterne Sätze vorzubringen, ehe er sie mit einer Wortkanonade niederknallt und auf ihre Plätze zurückschickt.

Da sind die aus der Wehrmacht ausgestoßenen Offiziere — Hoepfner und Witzleben, Hase, Stieff, Helldorff, Yorck von Wartenburg, Schack, Schwerin, Dohna, Leonrod. Einer versucht es mit einem schüchternen „Heil Hitler“ und wird prompt zusammengebrüllt. Die anderen trauen sich nicht, sonst läten sie es ihm nach. Witzleben, dem man den Gürtel weggenommen hat, hat ein schmales, ironisches Lächeln um die hageren Züge sitzen; er ist offensichtlich der einzige, der diesen Gerichtshof und diesen Richter

nicht unbedingt akzeptiert. Auf den Gesichtern der anderen malen sich keine Zweifel. Sie stehen stramm, sie antworten stramm diesem tobsüchtigen Schreihals, als sei das alles vollkommen ordnungsgemäß, und man sieht: für sie ist es ordnungsgemäß. Die Autorität dieser amoklaufenden Nazijustiz zweifeln sie nicht einen Augenblick an.

Was haben sie vorzubringen? Entschuldigungen und Ausflüchte. Sonst nichts. Keiner ist es gewesen. Keiner hat gewußt, worum es sich handelt. Alle haben sie nur die „Befehle ihrer Vorgesetzten“ durchgeführt. Alle sind von ihren „Vorgesetzten getäuscht“ worden. „Ihr Verbrechen ist, daß sie von dem Plan gewußt und nicht Meldung erstattet haben“, kreischt der Präsident. „Warum?“ Die Antwort ist immer die gleiche: „Ich weiß nicht. Es war mir nicht klar. Ich hab es nicht geglaubt. Ich hab es nicht für möglich gehalten“. Nicht einer unter diesen Offizieren — man muß es wiederholen, nicht ein einziger — hat die Courage zu erklären: jawohl, ich habe es gewußt und habe es absichtlich nicht gemeldet, weil ich gehofft habe, es würde gelingen. Es tut mir leid, daß es schiefgegangen ist. Nein, sie heißen alle Hase, sitzen im Grase, und wissen von nichts.

An diesen Militärs gewahrt man keine Zivilcourage. Und an den Zivilisten? Sie ziehen an der Kamera vorbei, einer nach dem anderen. Der glatte, beherrschte, kasuistische, aber zugleich blasse, farblos und überzeugungslos wirkende Goerdeler. Der Botschafter von Hasselt, der Botschafter von der Schulenburg, der mit freundlichem Greisenlächeln und verbindlichen Handbewegungen zu verstehen gibt, daß es ja alles nicht so böse gemeint war; daß niemand im Ernst daran gedacht habe, Hitler zu beseitigen, daß man nur eine Regierungsveränderung angestrebt habe — eine knieweiche Vertrotteltheit, die nicht ans Alter gebunden ist, denn Trott zu Solz aus dem Auswärtigen Amt, der geplante „Verbindungsmann mit den Westmächten“ repräsentiert sie in der nächsten Generation beinahe noch nachdrücklicher. Auch hier nicht einer, der den Mut hat zu erklären: schade, daß es schiefgegangen ist. Nicht einer, der sich nicht untätigst für seine Dummheit entschuldigt.

„Ihr seid mir schöne Republikaner“, rief der König von Sachsen 1918 den Dresdner Bürgern zu, die ihn untätigst absetzten. „Ihr seid mir schöne Verschwörer“, hätte der Präsident diesen seltsamen Revolutionäre zuzurufen können, wenn ihm das Zitat einfallen wäre. Was verband diese Männer, was hatten sie gemeinsam? Nur eben, daß Graf Helldorff faßt es in fünf knappen Worten unübertrefflich zusammen: „Abspringen müssen wir alle einmal!“ Das ist es, von sonst nichts. Nicht etwa den rasenden Zid zum Stehen bringen, auf ein sichereres Gleis fahren, den Lokomotivführer wechseln, das Tempo verlangsamen — irgend etwas, das einen Sinn, wenn auch einen verfehlten, gehabt hätte. Nein — abspringen wollten sie. Und den Zug Deutschland ruhig weiterfahren lassen.

Diese Männer verband keine politische Konzeption. Sie verband keine gemeinsame politische, religiöse oder moralische Ueberzeugung. Diese Männer hatten kein Programm. Sie wollten Hitler beseitigen — oder nicht einmal das — aber wenn es gegangen wäre, hätten sie es am liebsten mit dem Hakenkreuz im Knopfloch und hochgerecktem Arm getan. Wenn Hitler auch nur die geringste Aussicht gehabt hätte, den Krieg zu gewinnen, hätte auch nicht einer von ihnen sich auf dieses dilettantische, groteske Komplott eingelassen. Denn sie wußten nicht nur nicht, was sie wollten, sie wußten auch nicht, wie man es anfaßt. Die Naivität, der sie annahmen, daß die Alliierten tatsächlich mit ihnen verhandeln würden, ist erschütternd. Die Verantwortungslosigkeit dem deutschen Volk gegenüber, mit der sie diese Verschwörung anzettelten, ist es nicht minder. Denn sie wußten, daß, wenn es mißlingen würde, dieses Attentat dem deutschen Volk die Daumenschrauben bis aufs Blut zudrehen würde. Sie mußten wissen, daß ihr Mißlingen den Krieg verlängern und das Ende nur noch katastrophaler machen würde. Oder sie hätten es wissen müssen. Daß sie es nicht erkannten, ist ihre eigentliche und größte Schuld.

* BAU UND AUFBAU *

Die deutsche Industrie in der USA-Zone

* FRANKFURT a. M. — Der Leiter der Industrieabteilung der amerikanischen Militärbehörde, Oberst James Boyd, hat auf einer Pressekonferenz erklärt, daß die Produktion der deutschen Industrie vorläufig noch weit unter dem deutschen Bedarfsminimum läge, und daß es ein bis 1½ Jahre dauern werde, bis sie auch nur die allernotwendigsten Bedürfnisse der Bevölkerung werde decken können. Von 14130 Industriebetrieben der USA-Zone seien nur 2264 in Betrieb, und davon erzeugten 995 durchschnittlich nur fünf Prozent ihrer Vorkriegsleistung. Eine der Hauptschwierigkeiten sei die Einstellung von geeigneten Fachkräften, da Nationalsozialisten nicht zugelassen würden. Ferner wirkten sich die kargen Lebensmittelrationen nachteilig auf die Leistung aus. Viele Arbeiter mußten zudem Tag für Tag große Strecken mit dem Rad zurücklegen und seien schon beim Arbeitsbeginn ermüdet. Das Hauptproblem für die Wiederbelebung der Industrie stelle die Kohlenversorgung dar. In diesem Zusammenhang teilte Oberst Boyd mit, daß jetzt mehr Grubenholz hergestellt und nach dem Ruhrgebiet geschafft werde, so daß mit einer entsprechenden allmählichen Zunahme der Förderung gerechnet werden könne. Weiter erklärte Oberst Boyd, daß zehn Industriebetriebe in Kürze für Reparationsleistungen eingesetzt werden würden, darunter auch die größte Kugellagerfabrik Deutschlands und einige Werke der I. G. Farben.

England hebt Ausfuhrbeschränkungen auf

* LONDON. — Ein Reihe von Fertigwaren, an denen in Europa großer Mangel herrscht, dürfen ab Montag ohne die bisher erforderliche Genehmigung aus Großbritannien ausgeführt werden. Darunter fallen u. a. Maschinen, ausgenommen solche für die Landwirtschaft, das Baugewerbe und die Textilindustrie, Kugellager, Fertigwaren aus Metall, mit Ausnahme gewisser häuslicher

artikel, Fahrzeuge und Fahrzeugteile und eine große Anzahl chemischer Erzeugnisse. Aus Kontrollgründen bleibt die Ausfuhr von Waffen, Munition, Diamanten, Kunstwerken und anderen Wertgegenständen genehmigungspflichtig. Gleichzeitig sind erstmalig Ausfuhrverbote für Penicillin, Uranverbindungen und andere radioaktive Substanzen sowie für einige Chemikalien erlassen worden.

Boschwerke arbeiten wieder

* BAMBERG. — Dem größten Industrieunternehmen Bambergs, den Robert-Bosch-Werken, wurde von der amerikanischen Militärregierung die Genehmigung zur Wiedereröffnung erteilt. Zur Belieferung zugelassen sind die amerikanische Armee, ferner Firmen, die eine Produktionsgenehmigung haben, außerdem können Aufträge für den zivilen Bedarf ausgeführt werden, die vom Militär-gouverneur genehmigt sind. Die augenblickliche Herstellung an Zündkerzen beträgt 30 Prozent der früheren Produktion, die Werke arbeiten mit einer Belegschaft von 400 Angestellten und Arbeitern und an vier Tagen in der Woche.

Wieder Sunlight-Seife

* FRANKFURT a. M. — Die Sunlight A. G., Mannheim, eine der größten Seifenfabriken Europas, hat die Produktion wieder aufgenommen. Das Unternehmen beschäftigte vor dem Kriege rund tausend Personen. Zunächst werden monatlich 1000 Tonnen Seifenflocken hergestellt werden, doch hofft man, in wenigen Wochen auch mit der Produktion von Hartseife beginnen zu können. Die Produktionskapazität beläuft sich auf 1000 bis 2000 Tonnen Hartseife monatlich.

50 000 Arbeiter bei Bata

* PRAG. — Die bekannte tschechische Schuhfabrik Bata beschäftigt wieder 50 000 Arbeiter. Die Werke erhalten zur Zeit Kautschuk aus den Beständen der Roten Armee, um Autoreifen herzustellen. Die Produktion soll sich auf 400 Stück pro Woche belaufen, von denen ein Teil für den inneren Markt der Tschechoslowakei bestimmt ist.

Politische Unruhe in Spanien

LONDON, 22. September (SNB)

In einer von „Manchester Guardian“ veröffentlichten Meldung der United Press heißt es, daß die Partisanenbewegung in Spanien sich über mehr als einem Drittel des Landes erstrecke und ständig weiter zunehme. Die Falangisten seien außerordentlich beunruhigt, und Franco habe frische marokkanische Truppen in das Land gebracht. Zudem habe er 5000 deutsche Nationalsozialisten in die Fremdenlegion eingereiht. Die Bildung der republikanischen spanischen Regierung in Mexiko habe im ganzen Lande Befriedigung hervorgerufen. Der Korrespondent sagt voraus, daß das spanische Volk sich erheben werde.

und um Berlin

er Umquartierung

daß erst das Ergebnis der eingeleiteten Wohnungstatistik in Berlin abgewartet werden muß, ehe sich die Tragweite des Umquartierungsbeschlusses und die Möglichkeit seiner Durchführung in den einzelnen Teilen Groß-Berlins beurteilen lasse. Steglitz sei stark belegt, aber mit Rücksicht auf die große Notlage müsse noch enger zusammengedrückt werden. Die Steglitzer Verwaltung werde alles tun, um den wohnungslosen Mitbürgern zu helfen.

Der Leiter des Wohnungsamtes Kreuzberg erklärte, in seinem Bezirk seien 30 000 Menschen vorhanden, die „vordringlich“ untergebracht werden müssen. Nach Beendigung des Krieges habe der Bezirk Kreuzberg 42 000 Obdachlose gehabt, 15 000 seien untergebracht worden und 20 000 hätten sich selbst Wohnräume beschafft. Nur 2000 wurden auf andere Bezirke verteilt.

Die Zehlendorfer Verwaltung betont, daß der Bezirk infolge Aufnahme von 15 000 Mann Besatzungstruppen keinen freien Wohnraum mehr habe. Die Unterbringung aus Sachsen ausgewiesener Familien, die Zehlendorf aufnehmen müsse, erhöhe die Schwierigkeit. Sobald die Zahl der Personen feststeht, die auf den einzelnen Wohnraum nach der in der Arbeitsbeschäftigung Statistik entfallen werde man eine Grundlage für die Möglichkeiten der Umquartierung schaffen können.

Der Vorsteher des Wohnungsamtes im Bezirk Mitte, der allerdings größtenteils nicht im amerikanischen Sektor liegt, äußerte sich über die Umquartierung wie folgt: „Der Wohnraumangel im Bezirk Mitte ist katastrophal. In den einzelnen Wohnungen sind bereits drei bis fünf Familien untergebracht. Es ist festgestellt worden, daß in einem Zimmer bis zu zehn Personen hausen. Eine

Kontrolle ergab, daß in unserem Bezirk, was die Wohnungen angeht, unsoziale Verhältnisse vorliegen. Wohnräume werden nur noch bei Todesfällen frei. Belegt sind im Bezirk Mitte auch Keller, Böden und Fabrikräume. 30 Prozent aller bewohnten Räume sind Witterungseinflüssen ausgesetzt. Die einzigen Wohnungen, in denen zum Teil noch bessere soziale Verhältnisse herrschen, sind frühere Nazi-Wohnungen, die mit Opfern des Faschismus belegt worden sind. Um einigermaßen annehmbare Verhältnisse schaffen zu können ist von den 127 000 Personen des Bezirks Mitte eine Umsiedlung von 30 000 Personen nötig. Wohnraum in Berlin-Mitte und anderwärts würde frei, wenn sämtliche Nazis und deren Angehörige auf Land geschafft werden würden.“

Bürgermeister Ohm, Neukölln, erklärte: „Zu Ihrem Artikel zur Umsiedlung von 80 000 Berlinern können wir Neuköllner nur bemerken, daß wir nach besten Kräften helfen wollen. Eine gewisse Aufnahmefähigkeit wird naturgemäß gegeben sein, wenn sie auch beschränkt sein wird; denn wir haben in Neukölln versucht, so manche Wohnung und auch eine ganze Reihe von Dächern zu reparieren, so daß Wohnungen bezugsfertig sind. Bemerkenswert möchte ich, daß seit dem 12. August, an dem in Neukölln 248 300 Einwohner gezählt wurden, eine ziemlich starke Einwohnersteigerung bereits stattgefunden hat, so daß viele freigesessene Quartiere schon wieder belegt sind. Inwieweit man die überall vorhandenen Bunker, die ja wetterfest sind, für die Zwecke von Nachtlagern heranzieht, müßte noch geprüft werden. Für ständigen Wohnaufenthalt sind die Bunker allerdings nicht geeignet. Bemerkenswert möchte ich noch, daß wir uns in Neukölln bemühen, aus der Gegend von Gelsenkirchen (englisches Gebiet) einen Zug von etwa 50 bis 60 Waggons Glas nach Berlin zu bekommen, die dann im englischen und amerikanischen Sektor aufgeteilt werden würden.“

Spandauer Metallindustrie

In der Turnhalle der 8. Volksschule in Spandau, Lutherstraße, zeigt die Spandauer Metall-Industrie, wie sie sich für den Friedensbedarf umgestellt hat. Aus Restbeständen des Kriegsmaterials sind viele Gegenstände des täglichen Gebrauchs hergestellt worden, die zweckmäßig und preiswert sind. Den größten Platz füllen die Siemens-Werke aus. Neben Erzeugnissen für Schwachstromanlagen fallen besonders einfache drei- und vierrädrige Handwagen auf, die trotz ihrer Leichtigkeit schwere Lasten befördern können. Dazu kommen Holzhacken, Holzleimer, Fahrrad-Sicherungsseile. Besonderes Interesse wird ein Hellschreiber hervorrufen. Eine Ziegelputzmaschine, die 1900 Steine in der Minute wieder gebrauchsfähig macht, ist nur im Bilde zu sehen. Die Bayerischen Motorenwerke bringen einen zweiteiligen Ofen, der auch auf die Kochmaschine gestellt werden kann und sich durch sparsamen Verbrauch des Heizmaterials auszeichnet. Dieser Ofen kostet

60 Mark. Mit Sensen, Kochtöpfen aus Leichtmetall, Sägen, Hacken, Schaufeln warten die Deutschen Industrie-Werke auf. Die Firma Appel hat sich auf Geräte für das Bau- und Nahrungsgewerbe umgestellt. Viel beachtet werden die Stühle und Tische mit Metallfüßen, von den Hansa-Werkstätten Staaken herausgebracht. Die leichten Karren, die in vielen Ausführungen zu sehen sind, werden auch von der Müller-Bremse angefertigt. Die Firma Klüssendorf bringt einen Handwagen, der überall mitgenommen werden und doch 100 kg Nutzlast tragen kann. Schneereifen haben W. Koch-Altenkirch zu Fischeschern umgearbeitet und zeigen in einem „Einheits-Marktstand“, wie Einfachheit, Sauberkeit und Zweckmäßigkeit sich auf diesem Gebiete leicht und preiswert vereinigen lassen. Zwei Kochkisten aus Metall sollen der Hausfrau Zeit und Brennmaterial ersparen. So braucht ein Gericht aus Kartoffeln, Gemüse und Fleisch nur eine Ankochzeit von 25 Minuten. Die weitere Arbeit verrichtet dann die Kochkiste. Die Aussteller betonen, daß sie bestrebt sind, durch Senkung der Unkosten ihre Erzeugnisse billiger herzustellen und durch Handarbeit den Ausfall einzelner Maschinen zu ersetzen. Schwierigkeiten rufen nur der Materialmangel hervor. Die Schau ist in den Abendstunden geöffnet, Eintritt ist frei.

Berlin — Postleitzahl 1

Die Anordnung, daß alle Ortssendungen in Berlin mit der Postleitzahl 0 und die Sendungen nach den Berliner Vororten mit der Postleitzahl 1a zu versehen sind, ist aufgehoben worden. Künftig haben sämtliche Sendungen nach und von Berlin und den Berliner Vororten in der Aufschrift und in der Absenderangabe wieder nur die Postleitzahl

BRIEFE AN DIE Allgemeine Zeitung

„Organisieren“

Herr Fritz Kahlmann, Berlin-Charlottenburg, Droysenstraße 5, schreibt uns: „Auch das ist ein Stück aus der Erbmasse, die die Nazis uns hinterlassen haben: die aufgelockerte Moral auf allen Gebieten des menschlichen Lebens. Und besonders im Bezirk Eigentum. Hier hat man ganz bewußt und absichtlich einen Ausdruck geprägt, der die Eigentumsverletzung, die man früher klar und deutlich mit Stehlen bezeichnete, zu einer harmlosen, durchaus erlaubten Handlung machen sollte. Man nannte es organisieren. Begleitet von einem Augenzwinkern, einem Schmunzeln. Das war nötig, damit das Volk es nicht allzu tragisch nahm, wenn es einmal davon hörte, was die Herren Nazis im Laufe der Jahre alles zusammengestohlen hatten, organisiert hatten. Organisieren — ein Fremdwort, das eigentlich eine ganz andere Bedeutung hat. Es bezeichnet eine Ordnungsmethode, durch deren Anwendung der komplizierte Ablauf einer gemeinsamen Tätigkeit in glatte Bahnen geleitet und damit vereinfacht wird, so daß unter Anwendung geringster Kraft der beste Erfolg erzielt wird. Der Mann, der erstmalig in übertragenem Sinne das Wort organisieren für eine unrechtmäßige Wegnahme des Eigentums eines anderen anwandte, hat sich bestimmt darüber keinen Gedanken gemacht, wieso er gerade auf diese Begriffsverschiebung gekommen ist. Aber zweifellos hat er ganz gefühlsmäßig erfaßt, daß die beiden Begriffe stehlen und organisieren den Faktor des maximalen Erfolges bei minimalem Kräfteaufwand gemeinsam haben. Entstanden sein dürfte der Ausdruck im militärischen Sektor. Irgendein witzbegabter Landsler hatte sich auf nicht ganz rechtmäßigem Wege einen begehrten Gegenstand besorgt — im ersten Weltkrieg wurde nicht organisiert, es wurde besorgt — und angestockt von der Nazi-Phraseologie nannte er seine Tüchtigkeit organisieren. Dieser Ausdruck hat sich in seiner neuen Bedeutung dann sehr schnell durchgesetzt. In einer Zeit, in der alle bisherigen Begriffe so brutal und radikal umgekrempelt wurden, wo Bomben und Minen, Eisen und Stahl, Phosphor und Schwefel ihr entsetzliches Vernichtungswerk verrichteten, wo das Arbeitsergebnis von Jahrzehnten, wo der Besitz, den Generationen zusammentrugen, in Minuten in Trümmer sank, in solch einer Zeit kann die Moral schon sinken; das ist menschlich bis zu einem gewissen Grade verständlich. Jetzt aber ist diese Zeit vorbei. Wir haben keine Luftangriffe mehr zu befürchten. Wir können uns abends in unser Bett legen und wissen, daß keine Sirene uns stören wird. Wir wollen wieder aufbauen, wir wollen alle mitwirken am Friedenswerk. Wir machen sauber, räumen den Schutt von den Straßen: wir wollen auch innen, in uns selbst wieder sauber machen, den Nazi-Schutt von unserer Seele schippen. Wir wollen auch zu Friedensbegriffen zurückkehren, wollen wieder das Eigentum und den Besitz des anderen achten, auf daß auch unser Eigentum geachtet werde. Wir wollen den Aufbau organisieren, aber, bitte, liebe Berliner, wir wollen nicht mehr organisieren!“

Die Obleute

Die „Allgemeine Zeitung“ hat zur Frage der Obleute eine Unzahl von Zuschriften erhalten, die der amerikanischen Militärregierung ihren begeisterten Dank für die

Entfernung der Obleute in der amerikanischen Zone Berlins zum Ausdruck bringen. Nur zwei Zuschriften, beide von ehemaligen Obleuten, sprachen sich gegen die Maßnahme aus. Nachstehend einige Auszüge aus den Zuschriften, die den Charakter aller anderen zu diesem Thema eingeleiteten Zuschriften widerspiegeln:

Herr Hans Wessenburg aus Berlin-Neukölln, Berliner Straße 15, schreibt uns: „Als die Funktionen der Obleute vom amerikanischen Kommandanten aufgehoben wurden, ging ein allgemeines Aufatmen durch die Bevölkerung. Jeder sagte: Gott sei Dank, endlich sind wir das Nazisystem los. Und nun fragt man sich, warum es denn nicht weiter ohne Obleute gehen soll. Es ging doch bis 1933 ohne sie. Wegen der Lebensmittelkarten brauchen wir keine Obleute, auch nicht für die Volkszählungen. Das können Hauswirt, Hausverwalter oder Hauswart übernehmen. Sie tun es gern, nur um vom verhaßten System der Obleute befreit zu sein und zu bleiben.“

Aus Berlin-Charlottenburg erreicht uns folgende Zuschrift: „Die Obleute gehören nicht in ein demokratisches Staatswesen, weil sie geeignet sind, die Freiheit der Persönlichkeit und Unantastbarkeit des Privatlebens des einzelnen Bürgers zu beeinträchtigen. Es ist zwar billig und bequem, mit den Methoden der Vorgänger zu arbeiten, doch die heutige Berliner Stadtverwaltung sollte das nicht tun, um so weniger als sie es gar nicht nötig hat. Laßt jeden Bürger seine Interessen, wie früher, selbst wahrnehmen. Für besondere Fälle sind allenfalls der Hauswirt oder sein Vertreter da.“

Frau H. Bermann, Berlin W 50, Nürnberger Straße 23, sandte uns folgende Zeilen: „Auch früher gab es Volkszählungen, für die sich einzelne Personen ehrenamtlich zur Verfügung stellten, ohne daraus andere Rechte für sich abzuleiten. Wir brauchen keine Bindeglieder zwischen Behörde und Volk, sondern den Abbau jenes Apparates, der schon unter den Nazis unser Eigenleben erdrückte.“

Herr Bruno Pfeiler, Berlin-Lichterfelde, Augustastr. 3, schreibt: „Das unerträgliche Spitzel- und Vormundschaffsystem der Nazi-Zeit paßt auf keinen Fall in demokratische Verhältnisse. Es hilft auch keine Beschönigung irgendwelcher Art, mit der man die Sache nunmehr schmückhaft zu machen gedenkt. Erfahrungsgemäß kräht nach der Wahl keine Henne danach, wenn doch neue Uebergriffe daraus erblühen. Nein, es muß dabei bleiben; weg mit den Obleuten.“

Herr Heinz Glein, Berlin-Steglitz, Wilseder Straße 21, ist folgender Ansicht: „Ich bin sehr verwundert, zu vernehmen, daß der Herr Oberbürgermeister der Stadt Berlin eine Duldung der Obleute erreichen wollte, und möchte auf diesem Wege der Antwort des kommandierenden amerikanischen Generals mein volles Einverständnis geben. Es ist unbedingt notwendig, die nazistischen Methoden endlich einmal aus der Welt zu schaffen.“

Frau Else Engel, Berlin-Lichterfelde Ost, Berliner Straße 65a, meint: „Was sind schon die Gänge, die wir selber machen müssen, gegen die endlich wiedergewonnene persönliche Freiheit?“

PROGRAMME

Olympia-Bühne, Berlin-Neu-Westend, Preußenallee 4
Täglich 18.30: „Mit Schwung und Rhythmus“, eine neue Revue.
Roxy-Kabarett, Kurfürstendamm Ecke Uhlandstraße
Täglich 18.30: „Bunte Vollerfreier“.
Volkshaus Wilmersdorf, Kaiserallee 187, Täglich 19.00:
„Von uns aus gesehen“, ein theatrales Brett.
Park-Theater, Charlottenburg, Scherrenstraße 23/27
Täglich 19.00: „Was ist denn los mit Ilona“, eine bunte Revue.
Kaskade, Schöneberg, Bülowstraße 37/40, Täglich 18.30
„Die Optimisten“, renovierte Kleinkunst.
„Staubsauger“, das Schmunzel-Brett im „Grünen Zweig“, Schöneberg, Lutherstraße, Täglich 18.30.

AUS DEM SPORT

Trabrennen

Die heutigen Trabrennen zu Karlshorst bringen kein klassisches Ereignis, aber guten Sport und größere Fächer, auch für die

Vorgeschichte und Verlauf des 20. Juli 1944

Von Joseph Ersing

Der Verfasser, der selbst zu dem Kreis der Politiker gehörte, die aus christlicher Verantwortung den Kampf gegen Hitler führten, gebe hier aus seinen Erlebnissen eine Darstellung, die manches Neue bringt und auch dazu angetan ist, verschiedene falsche Meinungen und Behauptungen über den 20. Juli 1944 richtigzustellen.

Die Schriftleitung.

Tausende, ja Hunderttausende von Menschen sind in der Hitlerzeit in Gefängnissen und Konzentrationslagern eingesperrt worden. Das geltende Recht, daß jeder, der verhaftet wird, innerhalb 24 Stunden dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden muß, ist nicht eingehalten worden. Ursache der Verhaftungen? Entweder kritische Äußerungen über die Partei oder Parteiführer oder gar über Hitler selber. Unterhielten sich aber einige Menschen darüber, wie wohl die furchtbare Zeit des Terrors und der Rechtlosigkeit überwunden werden könnte, und kam dies der Gestapo zu Gehör, denen war die Todesstrafe sicher. Die Zahl der Menschen, die die Beseitigung der Diktatur wünschten, ging in die Millionen. Aber was nützte dieser Wille? Es fehlten die Machtmittel, um dieses Gewaltssystem zu brechen. Hunderttausende wurden in Gefangenschaft abgeführt, Tausende und Abertausende haben ihr Leben geben müssen, ohne das gewollte Ziel zu erreichen. Und doch waren ihre Opfer nicht umsonst gebracht.

Im Nürnberger Prozeß ist von den Anklagevertretern ausgesprochen worden, daß von all den Kreisen, die den Sturz Hitlers betrieben hätten, nur die Gruppe aktiv gewesen sei, die den Akt vom 20. Juli ausgelöst hätte. Der frühere württembergische Staatspräsident Dr. Bolz und der Rechtsanwalt Dr. Frank-Karlsruhe, die aktiv in dieser Gruppe tätig gewesen sind, haben diese ihre Mitarbeit wie so viele andere mit ihrem Leben bezahlen müssen. Zum Gedenken an diese beiden Männer möchte ich einen kleinen Beitrag über den Verlauf dieser Bewegung geben.

Sowohl in militärischen wie auch politischen und gewerkschaftlichen Kreisen hat alsbald nach der Machtübernahme die Gegenbewegung eingesetzt. Beim Kapp-Putsch 1920 hatte der damalige Major von Hammerstein seinem kommandierenden General den Gehorsam verweigert. Dieser Hammerstein war 1933

Generaloberst und Chef der Wehrmacht. Wir wissen, daß er nach dem Regierungsantritt Hitlers mit seinen Offizieren Besprechungen über die Beseitigung Hitlers gehalten hat. Aber vor lauter Überlegen kam er nicht zum Handeln. Später hat er dies durch tatkräftige Zusammenarbeit mit Generaloberst Beck gutzumachen versucht. So ging es mit allen „Besprechungen“ in militärischen Kreisen.

1938 trat eine Wende ein. Als der Chef des großen Generalstabes, Generaloberst Beck, merkte, daß Hitler einem Kriege zusteuerte, hat er Hitler davor gewarnt. Es nützte nichts. Und von da an datiert die Bewegung, die zum 20. Juli führte. Heute melden sich allerhand Generale, daß sie es gewesen seien, die vor dem kommenden Unglück gewarnt hätten. Diesen sei gesagt: Wäret ihr wirkliche Generale von Format gewesen, dann hättet ihr es gemacht wie Generaloberst Beck und hättet den Abschied genommen. Das tatet ihr aber nicht, ihr habt Hitler gedient, bis er euch entweder mit Schimpf und Schande davon gejagt hat, oder aber, bis die vollendete Niederlage da war. Im Oberkommando des Heeres waren noch einige Generale und vor allem jüngere Stabsoffiziere, die genau so dachten wie Beck. Diese hielten mit Beck engste Verbindung und informierten ihn laufend über alle Vorgänge. Und diese Offiziere und Generale wie Witzleben, Olbrich, Oster, Admiral Canaris, Oberst von Stauffenberg, Major Kaiser und andere haben diese ihre Mitarbeit an der Befreiung Deutschlands wie auch Beck mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Für Beck stand es von vornherein fest, daß ein Schlag vom Militär nur Erfolg haben konnte, wenn von der politischen Seite her Männer bereit standen, um sofort die politische Leitung des Reiches zu übernehmen. Er suchte und fand gleichgesinnte Männer in Gördelier, Graf Moltke und dem preuß. Finanzminister Popitz. Letz-

terer hatte nur einen ganz kleinen Kreis von Menschen um sich. Popitz, der früher lange Zeit Staatssekretär im Reichsfinanzministerium war, galt als ein liberal gesinnter Mann. Gelegentlich einer Unterredung im Frühjahr 1943 sagte er mir zum Abschluß: „Wenn es uns nicht gelingt, das deutsche Volk zum christlichen Bewußtsein zurückzubringen, dann ist es aus mit der deutschen Zukunft.“

Graf Moltke, ein Enkel des Generalfeldmarschalls Moltke, führte den sogenannten Kreisauer Kreis, so genannt, weil die Teilnehmer dieses Kreises öfters auf Schloß Kreisau, das Moltke gehörte, zusammenkamen. Hier traf sich eine geistig und politisch hochstehende Gruppe aus den verschiedensten Lagern. Umfangreiche Programme wurden ausgearbeitet. Mit militärischen Kreisen wurde engste Verbindung gehalten. Und eines Tages stand Beck vor der bedeutungsvollen Frage, ob er die nach dem Gelingen eines Gewaltstreiches zu bildende Reichsregierung mit dem Grafen Moltke oder mit Dr. Gerdeler machen sollte. Er entschied sich für Dr. Gerdeler, und zwar, weil Gerdeler die führenden Männer aus der früheren Gewerkschaftsbewegung und der Bauernorganisationen um sich gesammelt hatte. Daß Männer aus diesen beiden größten, die Masse des deutschen Volkes bildenden Berufsständen von Anfang an in der Reichsregierung mitarbeiteten, erschien ihm von entscheidender Bedeutung.

Führende Männer aus den früheren Gewerkschaften trafen sich schon seit langer Zeit zu vertrauter Aussprache. An ihrer Spitze standen Leuschner von den Freien Gewerkschaften, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Sie wurden sehr bald einig, wie die Deutsche Arbeitsfront umgestaltet werden sollte. Die Arbeitgeber sollten alsbald ausgeschlossen und die Arbeitsfront als reine Arbeiterorganisation weitergeführt werden. Diese selbst war in große Berufsgruppen aufzugliedern. Mit diesen drei Männern traf sich Gerdeler und entwickelte ihnen seine Auffassungen und Pläne. Wenn auch nicht in allen Dingen letzte Einheit bestand, in den wesentlichen Fragen von allgemeiner Bedeutung aber waren sie einig.

Wie mit den Arbeitern so fand Gerdeler auch Verbindung mit führenden Männern aus den früheren Bauernorganisationen. Unter ihnen waren auch adelige Grundbesitzer. Prächtige

Menschen waren darunter. Ich habe leider nicht mehr alle Namen im Kopfe. Dr. Hermes sollte Führer vom Reichsnährstand werden.

Nach diesen vorbereitenden Arbeiten begann Dr. Gerdeler mit dem Aufbau seiner Widerstandsbewegung im ganzen Reiche. Die Adressen, die ihm von den Leuten aus den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt wurden, erleichterten ihm seine Arbeit. Im März 1942 kam Dr. Gerdeler auf Veranlassung von Jakob Kaiser zu mir und suchte über mich Verbindung mit Dr. Bolz. Von dieser Bewegung wußte ich aber schon seit Frühjahr 1940. Max Habermann unterrichtete mich gelegentlich einer „Geschäftsreise“ durch Süddeutschland. Auch Bolz hatte mir schon einige Male vorher von den Besuchen erzählt, die Gerdeler in Stuttgart machen würde. Im April 1942 kam die erste eingehende Aussprache zwischen Gerdeler, Bolz und mir zustande. In längeren Darlegungen gab Gerdeler einen klaren Überblick über unsere politische und militärische Lage. Da auch gute Beziehungen zum auswärtigen Amt bestanden, wußte er auch wichtige Einzelheiten über unsere Außenpolitik und über Berichte, die unsere Auslandsvertreter aus den wenigen neutralen Staaten nach Berlin sandten. Das Resume seiner Darlegung war: Der Krieg ist verloren. Generaloberst Beck tue alles, um die militärischen Spitzen sowohl an der Front wie in der Heimat zu einem entscheidenden Schläge gegen Hitler zu gewinnen. Und da wir noch an allen Fronten tief im Feindesland stünden, sei wohl ein Verständigungsfriede möglich. Mit Ausnahme von Manstein würden dies alle einsehen, aber keiner wolle sich an die Spitze einer Aktion gegen Hitler setzen.

Wir trafen uns von da an sehr oft in Stuttgart, und eines Tages stellte Gerdeler an Dr. Bolz die Frage: Sind Sie bereit, das Reichsinnenministerium zu übernehmen, falls die Beseitigung Hitlers gelingt? Und Bolz antwortete, ohne sich zu besinnen, mit einem klaren Ja. Später verlangten die Sozialdemokraten das Innenministerium, und Gerdeler trug Bolz das Kultusministerium an, womit Bolz einverstanden war. Bei dieser Gelegenheit sagte uns Gerdeler, wen er als Reichsstatthalter für Württemberg ausersehen hätte. Von den anderen Herren, mit denen er in Stuttgart noch in Verbindung stand, nannte er uns keine Namen. Aber wir hatten sie schon in Erfahrung gebracht. In der Nennung von Namen war er sehr vorsichtig. Gleich-

zeitig sagte er, daß Verbindung mit Baden aufgenommen werden sollte. Und so kam die Verbindung mit Dr. Frank-Karlsruhe zustande, die Dr. Bolz vermittelte.

Gelegentlich eines Besuches in Berlin gingen Jakob Kaiser und ich in die Wohnung von Leuschner. Er bat mich, zu seinem Freund Jakob Weimer in Stuttgart zu gehen und ihn über besondere Vorkommnisse zu unterrichten. So wurde die Verbindung mit den Sozialdemokraten in Stuttgart hergestellt. Von da an trafen wir uns öfters. Weimer gab auch einigen seiner Freunde in Stuttgart von dieser Bewegung Kenntnis. In Karlsruhe nahm Dr. Frank die Verbindung mit den Sozialdemokraten auf. Und so wie hier war es in allen größeren Städten Deutschlands. Es kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß von dieser weitverzweigten Verschwörung der Gestapo nichts bekannt wurde.

Eines Tages trafen sich Gerdeler, Leuschner, Habermann und Dr. Wiemer in der Wohnung von Jakob Kaiser. Da ich gerade in Berlin war, lud mich Kaiser zu dieser Aussprache ein. Gerdeler sagte — es war im Januar 1943 — wir müssen jetzt rasch die personelle Zusammensetzung der künftigen Reichsregierung vornehmen. Beck drängt bei den Militärs auf eine rasche Entscheidung. Gerdeler sollte Reichskanzler und Leuschner Vizekanzler werden. Weitere Mitglieder sollten Dr. Bolz, Dr. Leber, Wiemer, Le Jeune-Jung, v. Hasell und Dr. Hermes werden. Als Finanzminister sollte der frühere Stadtkämmerer von Leipzig genommen werden. Im Nürnberger Prozeß hat Herr Severing ausgesagt, daß er sich an einer Reichsregierung nicht beteiligt hätte, da Schacht als Finanzminister vorgesehen gewesen sei. Ich kann versichern, daß davon nie die Rede war. Gerdeler vertrat die Auffassung, daß Schacht ein Hauptschuldiger an unserem Unglück sei und daß er dafür zur Verantwortung gezogen werden müsse.

In der Tagespresse ist einmal ein Artikel erschienen, in dem gesagt war, daß Gerdeler kein Parlament, sondern eine berufsständische Vertretung gewollt hätte. Auch das ist falsch. Gerdeler hat schon damals bei seinen Reisen durchs Reich die Auffassung vertreten, daß das deutsche Parteiwesen von Grund auf neu gestaltet werden müsse. Wir müßten sehen, auch in Deutschland zum Zweiparteiensystem zu kommen. Er wollte lediglich für die Übergangszeit — bis allgemeine Wahlen vorgenom-

men werden konnten — die beiden größten Berufsstände, die Arbeitsfront und den Reichsnährstand, als tragende Pfeiler der Reichsregierung. Und deswegen sollten die beiden Leiter dieser Berufsstände — Leuschner und Dr. Hermes — dem Reichskabinett angehören. In kommunistisch eingestellten Zeitungen ist öfters gesagt worden, die Bewegung von Beck und Dr. Gerdeler sei „reaktionär“ gewesen. Eine glatte Unwahrheit! Daß das nicht der Fall war, mag die Tatsache belegen, daß Le Jeune-Jung, der Wirtschaftsminister werden sollte, einen fertigen Gesetzentwurf für die Verstaatlichung des Bergbaues vorgelegt hat. Ich habe den Entwurf in Händen gehabt und durchgelesen.

An dem Tage, an dem Dr. Brüning aus dem Reichskanzleramt schied, begann der Niederbruch Deutschlands. Und darum mußten all die Kräfte, die an der Entlassung Brünings mitgewirkt haben, zur Verantwortung gezogen werden. Und da führende Männer aus dem Bergbau, wie Thyssen, Krupp und Vögler auf die Entlassung von Brüning beim Reichspräsidenten wirkten, mußte dem Bergbau seine Macht genommen werden. Thyssen hat zwar, als er einsah, welches Unglück er angerichtet hat, mit den Nazis gebrochen. Dafür haben sie ihm auch seine Werke enteignet. Vögler tat, was so viele Nazis taten, und nahm sich das Leben. Unter den Leuten, die bei der Entlassung Brünings noch mitwirkten, war auch der Bankier Schröder in Köln und der Herr Hugenberg. Diese beiden fehlen auf der Nürnberger Anklagebank.

Wie gut es war, daß die Gruppe Gerdeler mit den Kommunisten keine Verbindung aufnahm, zeigte sich an dem Verhängnis, das hereinbrach, als dies Dr. Leber tat, der ja zuerst beim Kreisauer Kreis war, ehe er zur Gruppe Gerdeler stieß. Im Frühjahr 1944 nahm er mit kommunistischen Kreisen in Berlin Fühlung, sprach aber dabei nur vom Kreisauer Kreis. Und es dauerte nicht lange und der größte Teil der Herren vom Kreisauer Kreis wurde von der Gestapo verhaftet. Unter den führenden Kommunisten hatte die Gestapo Eingang gefunden, die dann wenige Wochen vor dem 20. Juli zu diesen Verhaftungen schritt. Kurz vor dem Einmarsch der Russen in Berlin wurden in unserem Gefängnis zirka 20 Kommunisten eingeliefert. Die Gestapo hatte herausgebracht, daß diese Verbindung mit den Russen gesucht hatten.

Bei den Kommunisten, brauchte einer nur über Gott und die Welt zu schimpfen und sich recht radikal zu gebärden, dann fand er willig Eingang. Und so machten es die Gestapobeamten.

Und nun noch eine ganz wichtige Frage. Was sollte mit den Führern der Partei und mit den Naziverbrechern geschehen, die geraubt, geschändet, gemordet und sich auf unrechtmäßige Weise bereichert hatten? Gördelers vertrat den Standpunkt, daß sie alle vor den Volksgerichtshof gestellt werden sollten. Dieser sollte bestehen bleiben, nur eine andere Zusammensetzung erhalten. Vom Kreisleiter an aufwärts sollten sich alle Parteifunktionäre vor dem Gericht verantworten müssen. Wer Menschenleben auf dem Gewissen hatte, dessen Leben sollte verwirkt sein. Wer denunziert und Menschen ins Gefängnis gebracht hatte, sollte zur Verantwortung gezogen werden. Wer lediglich deswegen Beamter wurde, weil er ein Pg. war, sollte entlassen werden. Beamte, die nur deswegen befördert wurden, weil sie Pg. waren, sollten in ihre alte Stellung zurückversetzt werden und die Beamten, die geschädigt waren, sollten ihre Rechte wieder erhalten. Darüber hinaus sollte bei den kleinen Pg. und Mitläufern Gnade für Recht ergehen. Alle Maßnahmen sollten rasch durchgeführt werden, um bald zu einer inneren Befriedung zu kommen.

Von den engeren Mitarbeitern Gördelers war eine große Anzahl von Verordnungen ausgearbeitet worden, um die Nazigesetze ausmerzen und so rasch wie möglich wieder zu geordneten u. gesetzlichen Zuständen zu kommen. Aber alle diese Vorarbeiten waren umsonst. Die Herren vom Militär setzten immer wieder Termine, doch keiner wurde eingehalten.

In einer von Emil Henk herausgegebenen Broschüre lese ich:

„In dieser verzweifelten Situation im Winter 1942 entschlossen sich die Generale und Politiker, auch Leuschner, zu einem Putsch im Frühjahr 1943. Weihnachten 1942 trafen sich in Obersdorf im Allgäu die Mitglieder des Kreisauer Kreises: Mierendorff, Haubach und Henk. Es kam zu einer Aussprache über das Attentat, und auf Veranlassung von Henk wurden die schwersten Bedenken gegen ein Attentat im Frühjahr 1943 erhoben. Es wurde verlangt, daß der Termin verschoben wird, und es wurde ein endgültiger und definitiver Termin festgelegt.“

Für den 21. Februar 1943 hatte Beck mit den Militärs einen Akt vereinbart. Und diesen Termin sahen die oben genannten drei Herren (Sozialdemokraten) als zu früh an. Ob sie wohl mit ihrem Einspruch richtig ge-

handelt hatten? Nachdem dieser Termin wieder verschoben war, faßten die jüngeren Offiziere (Stabsoffiziere) den Entschluß, ihrerseits nun selbständig zu handeln. Herr von Stauffenberg hatte sich zu dem Entschluß durchgerungen, Hitler durch ein Attentat zu beseitigen. Er war ein tiefreligiöser Mann. Er hat einmal Jakob Kaiser und Habermann auseinandergesetzt, wie schwer ihm dieser Entschluß gekommen sei. Aber er glaubte, einen solchen Schritt vor seinem Herrgott und seinem Gewissen verantworten zu können, wenn er damit Hunderttausenden, ja Millionen von Menschen das Leben erhalten konnte.

Gördeler versuchte noch einmal den Chef des Großen Generalstabes und den Oberbefehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, dazu zu bringen, zwei Panzerdivisionen abzukommandieren, das von einigen Tausend SS-Mannschaften umstellte Hauptquartier Hitlers niederzuringen und Hitler, wenn irgend möglich, lebend in die Hände zu bekommen. Er sollte dann raschestens vor den Augen der ganzen Welt für alle seine Verbrechen und Mordtaten abgeurteilt werden. Beiden fehlte aber die Courage hierzu. Fromm mußte diese seine Entschlußlosigkeit, mit seinem Leben bezahlen. SS-Mannschaften haben ihn nach längerer Haft erschossen.

So kam es dann zum Attentat vom 20. Juli. Etwa 10 Tage vorher war Gördeler noch in Stuttgart. Er befand sich in großer Erregung. Er sagte uns, in etwa 14 Tagen ist alles vorbei. Vier Offiziere, die am Verhandlungstische saßen, haben ihr Leben verloren, und der, dem die Bombe galt, blieb am Leben. Warum das so kam, darauf kann niemand eine Antwort geben. Noch wäre nicht alles verloren gewesen, wenn die obersten Kommandostellen den deutschen Rundfunk besetzt und die Militärdiktatur ausgerufen hätten. Aber auch dazu fehlte die Entschlußkraft. Und so ging der Krieg weiter bis zu seinem bitteren Ende. Deutschland kämpfte, so wie Hitler es befohlen, bis fünf Minuten nach zwölf Uhr. Er selber hat aber 5 Minuten vor 12 Uhr seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gesetzt und das deutsche Volk im tiefsten Elend zurückgelassen.

Nach dem 20. Juli setzte alsbald eine große Verhaftungswelle ein. Noch ehe Gördeler verhaftet war, waren zahlreiche Militärs und solche Zivilisten verhaftet, die sich für die Übernahme eines höheren Staats-

amtes bereit erklärt hatten. Eine, wenn auch nicht vollständige, Liste wurde bei den Militärs gefunden. Wäre bei der Gestapo in Berlin bekannt gewesen, daß zwischen Gördel und Bolz Beziehungen bestanden haben, so wäre Bolz sicherlich alsbald verhaftet worden. Daß dies nicht geschah, führte mich zu der Auffassung, daß an der Verhaftung von Bolz Stuttgarter Stellen schuldig sind. Bolz ist ohne Mantel, Hut und Koffer nach Berlin gebracht worden. Bei dem regen Verkehr, der unter den Gefangenen des 20. Juli herrschte, ist kein ähnlicher Fall bekannt geworden. Diese Art des Transportes können auch nur Stuttgarter Stellen veranlaßt haben. Inzwischen hat sich auch herausgestellt, daß Bolz auf Veranlassung eines Geheimagenten in Stuttgart verhaftet worden ist. Es ist leider noch nicht gelungen, diesen Burschen festzunehmen. Dr. Frank in Karlsruhe ist schon am Tage nach dem Attentat verhaftet worden.

Ich selbst wurde erst am 5. Oktober 1944 verhaftet und nach Berlin gebracht. 12 Tage später kam ich nach Fürstenberg. Südlich von Fürstenberg war eine große Sicherheitspolizeischule mit zahlreichen großen Gebäuden. Die SS-Sturmführer, die an dieser Schule Lehrtätigkeit ausübten, nahmen auch Vernehmungen von politischen Häftlingen vor. Nördlich des Städtchens lag das große Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Tausende und Abertausende von Frauen aller Rassen und Nationen waren da versammelt. Am Eingang zu diesem Lager war ein Gefängnis mit 80 Zellen. Ein großer Teil der Männer, die aus Anlaß des 20. Juni verhaftet worden sind, kamen nach und nach in dieses Gefängnis, um dann in der Polizeischule in Fürstenberg vernommen zu werden. Am 19. Oktober 1944 kam ich nach Fürstenberg und noch am selben Tage habe ich Herrn Bolz bei dem täglichen Spaziergang im Gefängnishof getroffen. Da der Wachtposten wenig Interesse an der Beaufsichtigung zeigte, konnte mir Herr Bolz das Wichtigste aus seinen Vernehmungen sagen. Nach der Beendigung des Spaziergangs wandte sich Herr Bolz nochmals zu mir, um mir etwas zu sagen. Der Posten hat dies beobachtet und von da an sind wir nicht mehr zusammen zum Spaziergang zugelassen worden.

Bei meinen Vernehmungen, die an vier Nachmittagen erfolgten, wurde ich immer und immer wieder in allen möglichen Variationen gefragt: „Herr Bolz sollte doch wohl

Reichsstatthalter von Württemberg werden?“ Ich konnte dies mit gutem Gewissen verneinen. Von der Tatsache, daß Bolz ein Reichsministerium übernehmen sollte, war in meinen Vernehmungen nie die Rede. Herr Bolz hätte es mir sicherlich gesagt, wenn es ihm bei seiner Vernehmung vorgeworfen worden wäre.

Zeugen wurden in der Gerichtsverhandlung gegen ihn nicht vernommen. Die Verurteilung erfolgte auf bloße Annahme hin. Bolz wurde am 23. Januar 1945 mit acht anderen Häftlingen hingerichtet. Diese acht wurden gehängt, Bolz mit dem Fallbeil hingerichtet.

Dr. Frank war nicht bei uns in der Lehrter Straße, sondern im Gefängnis Tegel. Und so wußten weder Bolz noch ich, wie es um ihn stand. Erst nach meiner Entlassung, die mit dem Rest von 37 Häftlingen am 25. April, wenige Tage vor der Kapitulation der Stadt Berlin erfolgte, erfuhr ich, daß er hingerichtet worden sei. Gefängnispfarrer Buchholz hat mir darüber erzählt. Von ihm erfuhr ich auch, daß er ihm religiösen Beistand geleistet hat, wie auch Bolz und fast allen anderen, die hingerichtet worden sind. Hitler hatte angeordnet, daß den Häftlingen vom 20. Juli, auch denen, die hingerichtet werden sollten, religiöser Beistand nicht geleistet werden dürfe. Prächtige Menschen unter den Wärtern und Wadmannschaften haben dies den Gefängnisgeistlichen aber doch ermöglicht.

Vor einigen Wochen las ich in der Tübinger Zeitung „Schwäbisches Tagblatt“ einen Artikel, in dem stand, in einer Versammlung junger Leute sei gesagt worden, Gördel hätte seine Mitarbeiter angegeben. Zu seiner Entschuldigung müsse man allerdings sagen, daß ihm so zugesetzt worden sei, daß er seiner Sinne nicht mehr ganz mächtig gewesen sei. So ungefähr hat es geheißsen. Wie kann man eine solche Behauptung verbreiten, ohne sich bei den betroffenen Kreisen zu erkundigen? Bei den Vernehmungen der Häftlinge finden die Kommissare alle damit an, daß sie sagten: „Gördel, Leuschner, Kaiser usw. haben eingehende Aussagen gemacht, sie haben uns mehr gesagt, als wir eigentlich wissen wollten. Wir wissen über Sie (den Häftling) genau Bescheid, wir wollen aber von Ihnen selber noch hören, was Sie zu sagen haben.“ Es gab Häftlinge, die diese Behauptung als bare Münze annahmen, die meisten aber haben dies als eine verlogene Be-

hauptung betrachtet. Und wenn nun die Häftlinge nichts zugestanden oder das nicht sagten, was die Kommissare wissen wollten, setzten die Folterungen ein. Hätte Gerdeler Angaben gemacht, wäre dies alles doch nicht nötig gewesen, die Häftlinge hätten doch auf Grund der Angaben von Gerdeler verurteilt werden können. Und daß die Kommissare bewußt gelogen haben, beweist auch die Tatsache, daß sie immer wieder sich auf Aussagen von Jakob Kaiser beriefen. Kaiser war aber gar nicht in Haft. Hätten ihm sein Freund Leuschner und andere gefolgt und hätten sie sich verborgen, wie er es getan hat, dann würden sie noch am Leben sein. Mir hat ein Mitgefangener erzählt, daß er von Kommissaren geschlagen worden sei, bis er bewußtlos am Boden gelegen sei. Und danach sei eine Gegenüberstellung mit Gerdeler erfolgt. Aber auch Gerdeler habe keine Aussagen gemacht. Und noch eines: Die drei letzten Tage vor unserer Entlassung wurden unsere Zellen nicht mehr abgeschlossen. Wir konnten frei miteinander verkehren, und da ist kein unschönes Wort über Gerdeler gefallen, was sicher geschehen wäre, wenn er ein Angeber gewesen wäre.

Wieviele Militärs verhaftet und hingerichtet worden sind, ist nicht bekannt geworden. Es läßt sich aber auch nicht genau feststellen, wieviele Zivilisten aus Anlaß des 20. Juli verhaftet und nach Berlin gebracht worden sind. In den drei Berliner Gefängnissen, Prinz-Albrecht-Straße, Lehrter Straße und in Tegel dürften es wohl so an die 400 gewesen sein. Soweit wir feststellen konnten, sind etwa 120 durch den Volksgerichtshof zum Tod verurteilt worden.

80 sind noch wenige Tage vor der Entlassung durch die SS ohne Urteil erschossen worden. Eine Reihe anderer wurde zu Zuchthausstrafen verurteilt oder in Konzentrationslager abgeführt und der Rest wurde in den letzten drei Tagen in kleineren Gruppen entlassen. Am 25. April wurden die letzten 37 entlassen und die Gefängnistore in der Lehrter Straße geschlossen.

Ein Teil der Entlassenen trat die Heimreise zu Fuß an. Die anderen blieben in Berlin, bis Abfahrtsmöglichkeit gegeben war. Wir trafen uns sehr oft. Auch da ist nicht ein einziges Mal davon gesprochen worden, daß Gerdeler Angaben gemacht hätte. Unser besonderes Gesprächsthema war, was soll nun politisch geschehen? Auch mit den Sozialdemokraten haben wir uns viel über Neubildung des deutschen Parteiwesens unterhalten. Diese erklärten aber schließlich, daß sie wieder ihre alte Partei aufrichten wollten.

Und die, die etwas Neues schaffen wollten, setzten sich zusammen und haben in mehrwöchigen eingehenden Beratungen Anfangs Juli 1945 den Entschluß gefaßt, alle positiven Menschen im evangelischen und katholischen Lager zur Gründung einer großen christlichen Volkspartei aufzurufen. Und so ist die Christlich-Demokratische Union entstanden. Daß diese Gründung richtig war, beweisen die Wahlergebnisse in der amerikanisch besetzten Zone; und die kommenden Wahlen in den übrigen Zonen werden fortsetzen, was in der amerikanisch besetzten Zone begonnen wurde. Gelingt dieser große Wurf auf die Dauer, dann ist Deutschlands schwerste Stunde zur Geburtsstunde eines neuen Deutschlands geworden.

Dokumente des Widerstandes

Unter dem Titel „Dokumente des Anderen Deutschland“ erschien im Verlag Friedrich Krause, New York, eine Buchreihe, der in dem Widerstreit der Meinungen um eine gerechte Beurteilung des deutschen Volkes ein besonderes Gewicht zukommt. Als Herausgeber zeichnete der Verleger selbst. Er nannte es seine Pflicht, „die ihm zur Verfügung stehenden ersten Zeugnisse für den seelisch und politischen Widerstand Deutscher gegen die Nazis innerhalb des Dritten Reiches zu veröffentlichen, um der dem Weltfrieden verderblichen Mär entgegenzutreten, als ob alle Deutschen Nazis und schuldig gewesen wären. Die Konstruktion einer Kollektivschuld ist undemokratisch und unchristlich; sie hält keiner ernsthaften juristischen Logik stand; sie bedeutet den Gipfel der Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit. Ihre Anerkennung bedeutet die Anwendung einer der giftigsten Nazimethoden durch Leute, die den Geist des Nazismus für immer zerstören wollen“. Von den hier vorliegenden zwei Bänden enthält der eine „Goerdeler's politisches Testament“, das inzwischen auch in Deutschland schon bekannt geworden ist, ergänzt durch sonstige Bezeugnisse, Briefe und eine eingehende Würdigung Carl Goer-

delers. Der andere heißt „Deutsche Innere Emigration“ und bringt, von Karl O. Paetel gesammelt und erläutert, antinationalsozialistische Zeugnisse aus Hitler-Deutschland mit Originalbeiträgen von Carl Zuckmayer und Dorothy Thompson.

„Mehr als zwölf Jahre lang“, schreibt Paetel bitter, „hat die deutsche antinationalsozialistische Emigration in ihren Gastländern um Gehör gebeten. Man hat nicht auf sie gehört. Man hat ihre Hinweise auf die Existenz eines nichtnationalsozialistischen Deutschland ungeduldig beiseitegeschoben und sechs Jahre lang mit den offiziellen Würdenträgern des ‚Dritten Reiches‘ zu Tische gesessen... Keine Widerstandsbewegung in Europa blieb ohne Hilfe der Alliierten. Keine hätte auch nur einen Bruchteil dessen, was sie geleistet hat, durchführen können ohne die Hilfe der kriegsführenden Großmächte. Nur die deutsche Untergrundbewegung blieb ohne jede Hilfe, materiell und psychologisch. Die Initiatoren des 20. Juli 1944 sind die letzten blutigen Zeugen dafür. Und doch gab es einen Widerstand, aktiv und passiv, organisiert und individuell. Es gab die illegalen Kämpfer der linken Bewegung. Es gab den in der Sklavensprache sich zu Wort meldenden Widerstand der Intellektuellen. Es gab den Protest der christlichen Konfessionen. Es gab die ständig wachsende Rebellion der Jugend. Es gab die ‚Innere Emigration‘ aller derer, die nicht ins Ausland gehen konnten“. Aus dem Exil ins Reich geschmuggelte Dokumente wurden nicht berücksichtigt. Es hat sich wohl, da das Buch in Amerika entstand, nicht vermeiden lassen, daß auch Persönlichkeiten zitiert werden, die wir in Deutschland Gebliebenen nicht unbedingt zu den Unsrigen rechneten oder deren Integrität inzwischen mehr als fragwürdig geworden ist, während gültigere Stimmen nicht aufgenommen worden sind. Aber im ganzen klingt der hier reproduzierte Chor der offenen und heimlichen deutschen Opposition volltönend und überzeugend. Er reicht von den illegalen Stimmen der „Deutschen Volksfront“ bis zu den Briefen der „Weißen Rose“ und dem Manifest der Münchener Studenten, von Ernst Wiecherts schon 1935 gehaltener Rede an die deutsche Jugend und Niemöllers letzter Dahlemer Predigt am 27. Juni 1937 bis zum Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom 20. März 1942. „Deutsche, die Hitler bekämpften“, heißt Dorothy Thompsons erschütternde Zusammenfassung dessen, was von Deutschen aller politischen, konfessionellen und gesellschaftlichen Schattierungen unternommen wurde, um den Würgegriff der Gewalthaber zu lockern, und was erfolglos bleiben mußte, weil sich draußen keine Hand rührte, ihnen wirksam zu Hilfe zu kommen.

H. R.

HT

von nationalistischer Seite geforderte Eingliederung Südwest-Afrikas in die Südafrikanische Union wurde von Ministerpräsident Feldmarschall Smuts abgelehnt. Smuts erklärte, daß zwar das ganze Parlament sich über den Fall Südwest-Afrika einig sei, man sich jedoch gegenüber der UNO nicht der herausfordernden Sprache bedienen könne, die in dem nationalistischen Antrag läge.

Die Moslemliga beschloß die Boykottierung der vom Indischen Rat für Weltangelegenheiten einberufenen panasiatischen Konferenz mit der Begründung, daß die Hindus und die Kongreßpartei auf dieser Konferenz ihre Herrschaftsansprüche über die Völker Asiens zur Geltung bringen wollten.

Chinesische Regierungstruppen haben die kommunistische Hauptstadt Yenan erobert.

Der Hafen Dalen soll von der Sowjetregierung an China zurückgegeben werden, wie das chinesische Außenministerium bekanntgibt.

Der Sowjetkonsul in Schanghai wandte sich an die Vertretung des chinesischen Außenministeriums

Ein Aufruf von Ricarda Huch

STUTTGARTER
ZEITUNG

Bilder der Märtyrer

Aus unserer Mitte sind böse, brutale und gewissenlose Menschen hervorgegangen, die Deutschland entehrt und Deutschlands Untergang herbeigeführt haben. Sie beherrschten das deutsche Volk mit einem so klug gesicherten Schreckensregiment, daß nur Heldenmütige den Versuch, es zu stürzen, wagen konnten. So tapfere Menschen gab es eine große Anzahl unter uns. Es war ihnen nicht beschieden, Deutschland zu retten, nur für Deutschland sterben durften sie; das Glück war nicht mit ihnen, sondern mit Hitler. Sie sind dennoch nicht umsonst gestorben. Wie wir der Luft bedürfen, so bedürfen wir edler Menschen, um zu leben. Sie sind das Element, in dem der Geist wächst, das Herz rein wird. Sie reißen uns aus dem Sumpf des Alltäglichen, sie entzünden uns zum Kampf gegen das Schlechte, sie nähren in uns den Glauben an das Göttliche im Menschen. Wenn wir derer gedenken, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus ihr Leben gelassen haben, so erfüllen wir eine Pflicht der Dankbarkeit, zugleich tun wir uns selbst wohl; denn indem wir ihrer gedenken, erheben wir uns über unser Unglück.

Die durch die Nationalsozialisten bewirkte künstliche Vereinzelung der Deutschen ist Ursache, daß nicht allen alle unsere Märtyrer bekannt sind, und daß von denen, die man kennt, nicht viel mehr als der Name bekannt ist. Ich habe es mir zur Aufgabe gemacht, Lebensbilder

dieser für uns Gestorbenen aufzuzeichnen und in einem Gedenkbuch zu sammeln, damit das deutsche Volk daran einen Schatz besitze, der es mitten im Elend noch reich macht. Dazu bedarf ich der Hilfe vieler, an die ich mich bit- tend hier wende. Zunächst geht mein Ersuchen an die Angehörigen und Freunde der Hingerich- teten, daß sie mich mit Mitteilungen über sie versehen, möglichst Äußerungen von ihnen selbst, Briefen und Tagebüchern, aber auch Schilderungen, kurz mit allen Nachrichten, die zur Schaffung eines Lebensbildes dienen kön- nen. Es gibt aber außer Angehörigen und nahen Freunden vielleicht Menschen, die mit den Ver- storbenen in Berührung kamen und etwas von ihnen zu erzählen wissen, einen Eindruck von ihnen empfangen; auch diesen bin ich für jede Nachricht dankbar. Ganz besonders bitte ich um Bilder, sie sollen den biographischen Skizzen bei- gefügt werden. Ich versichere, daß alles, was an mich gelangt, mit der Liebe und Ehrfurcht auf- genommen und verwahrt wird, die ich für diese unsere Toten empfinde.

Nicht alle von den gegen Hitler Verschwore- nen sind im Kampf gefallen, einige sind dem Tode entgangen. Sie sind nicht deshalb geringer, weil sie glücklicher waren und ich möchte ihrer ebenso wie der Toten gedenken; aber es ziemt sich, so scheint es mir, zuerst Kränze auf die Gräber niederzulegen.

Ich nenne eine Reihe von Namen Hingerich- teter: Geschwister Scholl, Professor Huber, Ge- neraloberst Beck, Dietrich Bonhoeffer, Jesuiten- pater Delp, Paul v. Hase, v. Hassell, Harnack und Frau, Ernst von Harnack, Dr. Haubach, Harro Schulze-Boysen, Adam Kuckhof, Wilh. Leuschner, Dr. Leber, Graf Moltke, Prof. Reich- wein, Rüdiger Schleicher, Staatsrat Schwamb, v. Witzleben, Graf Stauffenberg, Elisabeth v. Thadden, Graf York, Goerdeler.

Ricarda Huch, Jena, Oberer Philosophenweg 72.

DER 20. JULI IN BERLIN

Als ich nachmittags aus der Redaktion heimkam, um mir schnell etwas zu kochen, saß Fritz Schulenburg¹⁾ auf meinem Sofa. Die Portiersfrau hatte ihn hereingelassen. Er war anders als sonst, äußerlich beherrscht, aber darunter von vulkanischer Unruhe, daran zu merken, daß sein Lächeln noch schneller als gewöhnlich aus dem angespannten Gesicht verschwand, das dann in seiner kühnen Häßlichkeit wie gemeißelt erschien. Sein Blick, sonst hell und fest, schweifete unruhig umher.

Er kam mit einer Bitte: Sie hätten sich lange überlegt, wen sie am besten damit betrauen könnten, dann seien sie auf mich gekommen, weil ich eine Kollegin der Frau sei, die er neulich im Deutschen Verlag aufgesucht habe. Es sei Frau Annedore Leber, und ich sollte ihr die Nachricht überbringen, daß die Spur ihres Mannes²⁾ der am 5. Juli verhaftet wurde, endlich gefunden sei. Er wäre in der Prinz-Albrecht-Straße (SS-Hauptamt). Frau Leber selbst läge in einem Krankenhaus am Stettiner Bahnhof, wohin sie sich, da sie sehr gefährdet sei, geflüchtet habe. Ich müsse aber vorsichtig sein, da sie vermutlich überwacht werde.

So meldete ich mich, in seinem Beisein, telefonisch als Sozialfürsorgerin des Verlages beim Krankenhaus und erfuhr auf diese Weise die Nummer des Zimmers. Fritz blieb noch ein paar Minuten, es kam kein richtiges Gespräch zustande. Er muß unter einem unbeschreiblichen Druck stehen. Dann radelte ich zum Krankenhaus, kam ungesehen an der Aufnahme vorbei direkt in Frau Lebers Zimmer. Im Bett lag eine zarte, junge Frau, vor sich ein Zeichenbrett mit Modellskizzen. Sie sah mich befremdet an, denn im Verlag waren wir uns noch nie begegnet. Als ich erklärte, von wem ich komme, sagte sie etwas zögernd: „Verzeihen Sie bitte vielmals, aber kann ich irgendeine Legitimation sehen?“ Ich gab ihr meinen Presseausweis. „Sie glauben nicht, wie vorsichtig man sein muß“, sagte sie entschuldigend, aber der Bann war gebrochen. Sie nahm meine Nachricht mit erstaunlicher Fassung auf, konnte allerdings kaum noch blassen werden, als sie schon war. Wir beide wußten, was Prinz-Albrecht-Straße heißt. Dann bat sie mich, Schulenburg zu berichten, daß die Haussuchung bei ihr nichts ergeben habe. Die Gestapoleute hätten unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen, nicht ohne zwei Flaschen Likör dabei zu klauen. Sie selbst wurde mitgenommen zum Verhör. Während sie im Vorzimmer warten mußte, sei sie vor Erschöpfung eingeschlafen. „Einen besseren Beweis für mein gutes Gewissen konnte ich kaum beibringen“, meinte sie lächelnd. So sei sie dann nach einem ergebnislosen Verhör auch wieder

entlassen worden. Die Zimmernummer der Gestapo und eine Chiffre, die sie mir sagte, mußte ich auswendig lernen, da sie nicht wollte, daß ich mir etwas aufschrieb. Hier im Krankenhaus sei sie sehr gut aufgehoben. „Sie sehen, ich arbeite sogar weiter für den Verlag.“

Sie war gerührt, daß Fritz mich geschickt hatte. „Er ist einer der Wenigen, der sich gleich um mich gekümmert hat.“ Dann verabschiedete ich mich, da Besuch kam.

Diese Frau hinterläßt einen tiefen Eindruck. Ihr leidendes, zartes Gesicht unter der Maske weltläufiger Schminke, der Tarnkappe unserer Zeit. Mit welchen Torturen müssen ihre Stunden angefüllt sein! Reglos dazuliegen, während der Mann in fürchterlicher Lebensgefahr, vermutlich Foltern aller Art, ausgesetzt ist, ohne daß sie ihm dabei helfen kann.

Mir ist unheimlich zumute. Als rücke eine große, dunkle Wand unabwendbar auf uns alle zu.

16. Juli 1944

Morgens wieder Schulenburg. Diesmal ruhiger; Frühstückte sogar mit gutem Appetit bei mir. Diese Fähigkeit ist das beste Zeichen für seine unzerreißbaren Nerven. Er war zufrieden mit meinem Bericht, vor allem über die ergebnislose Haussuchung. „Sie ist wie eine stählerne Klinge, die Frau Leber, federnd und unzerbrechbar“, sagte er und erzählte mir, wie sie jahrelang um den Mann gekämpft hatte, der seit 1933 im KZ saß, davon ein Jahr in Dunkelhaft, bis sie ihn 1937 dann endlich freibekommen hatte. Frauen können Berge versetzen, wenn sie lieben.

Während er sprach, ging er mit kleinen, hastigen Schritten in meinem winzigen Zimmer auf und ab. Ich hatte plötzlich die Vision einer Zelle. Dann holte er aus seiner nie vorschriftsmäßig zugeknöpften Uniformtasche einen zerknüllten Zwanzigmarkschein heraus: „Kaufen Sie ihr dafür Rosen; denn Sie müssen heute noch einmal hin, eine neue Nachricht bringen. Sagen Sie ihr, ich führe in vier Tagen nach Frankreich — und sagen Sie ihr außerdem noch, wir täten unsere Pflicht. Weiter nichts. Und seien Sie vorsichtig; Sie wissen nicht, in welche Gefahr Sie sich bringen können, und ich möchte nicht schuld daran sein!“ Dann ging er.

Ich blieb diesmal etwas länger im Krankenhaus. Ich könnte mit Frau Leber Tage und Nächte durchreden. Sie ist wirklich ungewöhnlich. Schien mir etwas freudiger gestimmt. Vor allem über die Nachricht, daß Fritz am 20. Juli fortfahren will. Sein Vergleich mit der stählernen Klinge machte ihr Spaß, mehr noch seine Idee

mit den Rosen (ich hatte statt dessen Zigaretten gekauft; da die Blumenläden geschlossen waren), das ergriff sie sehr. „Er ist der letzte Ritter! Sagen Sie ihm das.“ Dann mahnte auch sie mich zur Vorsicht. „Leute wie Sie, die keine Erfahrung haben, sind viel zu wenig mißtrauisch.“

Den Rest des Sonntags mit Huberta verbracht. Sprachten die ganze Zeit von Fritz. Sie sagte, sie sei gewarnt worden. Kein Umsturzversuch könne jemals gelingen, und die Menschen, die sich mit solchen Dingen befaßten, seien Todeskandidaten, denn die Gestapo kenne sie ganz genau und würde eines Tages furchtbar zupacken. Wir waren uns aber darin einig, daß die ewig Vorsichtigen, die wie hypnotisiert auf den Abgrund starrten, ohne etwas zu unternehmen, auch nicht die Richtigen seien.

17. Juli 1944

Mittags in der Redaktionspause wieder Fritz bei mir. So erregt sah ich ihn noch nie. Aber trotzdem auf eine undefinierbare Weise fröhlich und unternehmend. Wie ein Tier, das auf dem Absprung bereit liegt. Erzählte, daß in einem seiner Quartiere zwei unbekannte Männer nach ihm gefragt hätten: „Es kann auch etwas ganz Harmloses sein, aber ich glaube es nicht.“ Dabei kam wieder dieses Schweifende, Verfolgte in seine guten, klaren Augen, das mich so beunruhigt. Wie bei einem gehetzten, edlen Wild. Wenn nur endlich etwas geschähe! Ehe sie alle zur Strecke gebracht sind. Diese Spannung ist kaum noch zu ertragen.

Leider mußte ich ihn verlassen, weil ich Luftschutzdienst hatte. Er blieb noch etwas. Blätterte zerstreut in meinen Büchern. Will heute abend nach Mecklenburg zu seiner Frau fahren.

18. Juli 1944

Der Luftschutzdienst war quälend. Ging mit Bärchen voller Unruhe im Hof des Verlages auf und ab. Ihr wenigstens konnte ich von meinen Besuchen bei Frau Leber erzählen. Vom Dach sangen im Dämmern Ostarbeiterinnen einen dreistimmigen, schwermütigen Chor. Schließlich konnten wir es nicht mehr ertragen und gingen wieder hinunter in den Keller. Zum Glück kam bald Alarm, das war wie eine Erlösung. Als die Entwarnung kam — es war kein Angriff geworden — schlichen wir uns verbotenerweise nachts um drei Uhr nach Hause. Dieser Gang durch die sinkenden Trümmerstraßen. Keine Menschenseele weit und breit.

Auf meinem Schreibtisch hatte Fritz das Neue Testament aufgeschlagen liegen gelassen: den

73. Psalm. „Wie werden sie so plötzlich zu nichts! Sie gehen unter und nehmen ein Ende mit Schrecken. Wie ein Traum, wenn einer erwacht, so machst du, Herr, ihr Bild in der Stadt verschmähert.“ Ob er es absichtlich so liegen ließ?

19. Juli 1944

Zum erstenmal haben mir heute die Nerven etwas versagt. Abends bei Tiberius, der ein paar Gäste hatte. Plötzlich liefen die Tränen, unaufhaltsam, wie ein Strom ohne Staudamm. Ich ging mit Huberta und Bärchen dreimal um das Viertel, bis ich mich wieder gefaßt hatte. Wohl, Fritzis Bruder, ist gefallen. In der Normandie. Er war fast immer an der Front. Aber es ist nicht nur das, nicht nur dieser Tod, den ich schon bei Ausbruch des Krieges, genau wie den Jürgens vor mir sah, es ist das ganze Elend, das mich plötzlich überkam. Dieser hoffnungslos zermürbende Vorgang, bei dem einer nach dem andern, so oder so, an der Front oder an der geheimen Front, vernichtet wird. In Wolfis letztem Brief stand: „Auch ich stecke nicht den Kopf in den Sand, Ursula, aber ich glaube, ich schrieb Dir wohl schon mal, unsere Haltung muß stärker sein als jedes Schicksal. Du, ich fand die schönen Worte von Franz Marc: „Wie schön, wie einzig tröstlich, zu wissen, daß der Geist nicht sterben kann, unter keinen Qualen, durch keine Verleugnungen, in keinen Wüsten.“ Dies zu wissen macht das Fortgehen leicht.“

Nun ist also auch Wolfi fortgegangen. Fast merkwürdig, daß es erst im fünften Kriegsjahr geschah, denn er war diesem Geschick unweigerlich bestimmt. Vor der erschlagenden Trauer um diesen Tod steht noch die Sorge um Fritz und die andern. Die Luft ist voller Unheil.

20. Juli 1944

Attentat auf Hitler! Aber es soll mißlungen sein. Er soll leben. Unmöglich, in der Redaktion Näheres zu erfahren. Sie haben also zugeschlagen. Ob Leber nun befreit wird? Alle Straßen von Truppen besetzt. Aufständische? Oder Regierungstreue? Bürgerkrieg? Daß die Spannung einen nicht zerreißt. Muß mich zusammennehmen. Abwarten.

8 Uhr abends

Die Straßen sind wieder frei. Huberta kam zu mir, an den Pariser Platz. In der DAZ alle der Meinung, daß der Aufruf über DNB nur eine Finte ist. Sie wollen Zeit gewinnen. In Wirklichkeit ist Hitler tot. Es kann gar nicht anders sein. Die Leute auf der Straße und vor den Häusern in abwartendem Schweigen. Keine Äußerung irgendeiner Art. Niemand traut sich, seine wahre Meinung zu sagen.

10 Uhr abends

Waren eben nebenan im „Adlon“ zum Essen. Mit zwei Leuten aus dem Auswärtigen Amt. Fiebernde, aber lautlose Erregung. Ich hatte den Fahnenabzug unserer ersten Seite mitgebracht. Da vom Metallrahmen ein schwarzer Rand darum war, dachten alle wohl schon, es sei ein Trauerrand. Die Seite wurde mir von fremden Leuten aus der Hand gerissen. Im Aufruf steht, daß durch ein Bombenattentat im Führerhauptquartier sieben Personen getötet wurden. Hitler selbst aber unverletzt. Ich kann

das nicht glauben. Unsere Begleiter äußerten sich nicht. So sprachen wir über Bridge und ähnliche naheliegende Themen, ohne daß einer dem andern viel zuhörte.

11 Uhr abends

War mit Huberta noch einmal im Amt, weil wir die Stille bei uns nicht ertragen konnten. Im Vorzimmer von Steengracht. Aber es ist nichts zu erfahren. Wir machten idiotische Konversation, die nur durch die konventionelle Maschine des Gehirns mechanisch wie von selbst weiterlief.

Mitternacht

Huberta liegt schon auf dem Sofa und behauptet schlafen zu können, was nicht wahr ist. Vorhin besuchte uns kurz Graf Hardenberg. War mit mir der Meinung, daß die Nachricht vom Mißlingen des Attentats nicht wahr sein kann. Er erzählte, daß Hubertas Onkel, Witzleben, in Berlin sei, auch der Oberst Jäger. Mir wird immer klarer, ohne daß es ausgesprochen wurde, aus welcher Richtung das Attentat kommt. Aber ich wage es noch nicht, mich irgendeiner Hoffnung hinzugeben. Draußen Marschkolonnen. Unheimlich dröhnende Schritte. Unserer Leute? Oder SS? Ich muß beten.

23. Juli 1944

Will kurz versuchen, die letzten Tage festzuhalten, so schwer es mir fällt.

Der 21. Juli — furchtbarster Tag meines Lebens. Morgens um sieben hörte ich durch das offene Fenster zwei Sekretärinnen: „Hast du heute nacht auch den Führer sprechen gehört im Radio?“ — „Er lebt, Gott sei Dank, und die Attentäter sollen schon verhaftet sein.“ Dies in sächsischem Dialekt. Rief meine Portiers an, die ein Radio haben. Das Attentat sei von einer kleinen Clique aulliger Offiziere unternommen worden, den Namen des Attentäters hatten sie in der Aufregung vergessen. Kurz darauf Anruf Philipphas aus Potsdam: „Hast du Radio gehört? Weißt du, wer es gemacht hat? Höre genau zu: es ist ein Graf Stauffenberg.“ Ich ließ den Hörer aus der Hand fallen.

Diese Stunden! Ich hatte nicht gewußt, daß es solche bodenlose Abgründe der Verzweiflung gibt. Huberta saß an meinem Bett. Sie war bewunderungswürdig. Viel gefaßter als ich. Immer wieder sagte sie: „Du mußt dich beugen unter das Wort — Dein Wille geschehe.“

Ich haßte dieses Wort, und ich verstehe es auch jetzt noch nicht. Ich will es nicht verstehen. Wie kann das Gottes Wille sein, wie kann er das Edle vernichten und das Böse triumphieren lassen? Es gibt keinen Gott. Oder nur in solchen eisigen, unnahbaren Fernen, daß das Getriebe hier unten ihn weniger berührt als uns die Mikroben in einem verschütteten Wassertropfen. Hier jedenfalls hat der Teufel die Macht. Und er ist stärker als Gott. Raßte mich schließlich auf, in die Redaktion zu fahren. Konferenz beim Chefredakteur Best. Er sagte kein verächtliches Wort über Stauffenberg, empfahl nur allergrößte Vorsicht, „denn jetzt werden die Verhaftungen in die Tausende gehen“.

Langsam erfährt man Näheres. Die Hauptsache spielte sich offenbar in der Bendlerstraße ab.

Dort wurde Stauffenberg und mit ihm unser Freund Haefsten) noch am selben Abend erschossen. Beck hat sich selbst umgebracht. Völlig unverständlich, warum es nicht gelang, den Rundfunk in die Hand zu bekommen und die Massen aufzuklären. Es muß eine heillose Verwirrung gegeben haben. Jetzt wird furchtbarerweise auch Halens) Schicksal besiegelt sein, obwohl er nun schon anderthalb Jahre sitzt. Bärchen und ich sehen täglich mit fliegender Hast den geheimen „Blauen Dienst“ durch, ob wir noch mehr Namen entdecken. Bis jetzt nichts von Fritz. Und doch weiß ich, daß sie ihn haben. Es kann nicht anders sein. Was ist mit Hardenberg, Witzleben, Oberst Jäger?

Mittags am Bahnhof Friedrichstraße, um Papa auf der Durchreise zu treffen. Wir standen eingeklemt in eine hastende Menge, konnten kaum etwas sprechen. Ich gab ihm stumm das Extrablatt, erzählte ihm von Wolfis sicherem und Fritzis vermutlichem Tod. Nur mit äußerster Beherrschung und indem ich die Worte ganz langsam aussprach, konnte ich mich im Zaum halten. Schon verweinte Augen können heute gefährlich sein. Viele wurden geholt, weil sie zu früh ihre Freude geäußert oder „schade!“ gesagt hatten. Bei jeder Klingel denke ich: nun kommen sie zu mir.

24. Juli 1944

Himmler zum Chef des Ersatzheeres ernannt. In der Wehrmacht ist der „Deutsche Gruß“ eingeführt worden. Im „Angriff“ ein ekelhafter Artikel von Ley über die „Blaublütigen Schweine, deren ganze Sippe ausgerottet werden müßte“. Stauffenbergs Frau, die ein Kind erwartet, soll angeblich schon erschossen worden sein. Die ausländischen Sender behandeln das Ganze als Bagatelle. Dort scheint man sich eine deutsche Opposition überhaupt nicht vorstellen zu können. Ein Glück, denn so nennen sie wenigstens keine Namen. In dieser grauenvollen Situation, in der man nachts von den quälendsten Bildern verfolgt wird und tags von einer Schreckensnachricht zur andern lebt, hilft nur eins: die Freude.

Trost vom Religiösen her kann ich nicht finden. Dagegen hilft mir ein Satz aus den „Marmorklippen“, den ich mir immer wieder hersage: „So schwur ich vor diesem Haupt mir zu, in aller Zukunft lieber mit den Freien einsam zu fallen, als mit den Knechten im Triumph zu gehen.“ An diesem Satz ziehe ich mich wie an einem Seil immer wieder hoch.

Hardenberg kam gestern noch einmal nach Berlin. Ich konnte ihm die Auffassung meiner Freunde und der klugen Leute in der Redaktion sagen, die meinen, daß diese furchtbaren Opfer bestimmt nicht umsonst gewesen sind. Endlich ist einmal etwas Wirkliches versucht worden. Endlich gab es eine Reihe von Menschen, die aktiv geworden sind. Darauf wird später zu verweisen sein. Wäre das Attentat gelungen, hätten die Aufständischen den Krieg sofort beenden müssen. Und alle Konsequenzen eines verlorenen Krieges wären auf ihr Haupt gekommen; immer hätte es im Volk geheißen: „Wenn der Führer noch lebte, hätten wir den Krieg gewonnen.“ Nun muß Hitler bis zum furchtbaren Ende die Verantwortung austragen. Und das ist gut, in einer Weise. Die Argumentation leuchtete Hardenberg ein, gab ihm vielleicht einen kleinen Trost. Er sah verfallen aus, wie ein alter Mann.

25. Juli 1944

Versuchten abends in Neuhardenberg anzukommen. Bekamen aber keinen Anschluß, nur die merkwürdige Auskunft des dortigen Postamtes, die Leitung sei gesperrt und wer man sei. Diese sehr beunruhigende Nachricht, die das Schlimmste ahnen läßt, erzählte ich Hassell,²⁾ der mit seinem Sohn im „Adlon“ aß. Er kam an unseren Tisch. Hörte sich alles sehr ruhig und gelassen an, so als könne ihn nichts wirklich erschüttern. Ging dann bald, lebenswürdig lächelnd, mit seinem aufrechten Gang davon. Das Urbild eines Edelmannes. Ich habe etwas Sorge um ihn. Er war oft in Neuhardenberg und kannte den ganzen Kreis. Auch der Sohn, der nachher noch mit Tiberius zu mir herüber kam, ist voll Unruhe. Wir versuchten noch einmal, Neuhardenberg zu erreichen: mit demselben Mißerfolg. Also ist dort der Blitz eingeschlagen. Die Gestapo hat das Haus besetzt, es kann nicht anders sein. Düstere, lastende Gespräche, denen wir nicht entinnen konnten. Wen wird das Schicksal noch ereilen?

25. Juli 1944

Lebelsrede: Die Vorsehung habe sichtbar den Führer unter ihren Schutz genommen, weil sie noch viel mit ihm plane. Möglich. Vielleicht treten die Erynnien schon jetzt Nacht für Nacht an sein Bett. Er soll ja niemals vor vier Uhr schlafen gehen. Fritz soll noch leben. Unter den Erschossenen in der Bendlerstraße ist er jedenfalls nicht. Prinz-Albrecht-Straße? Frau Leber natürlich auch fort aus dem Krankenhaus, wie ich durch einen anonymen Anruf herausbekam. Ein Vers von Kleist geht mir dauernd im Kopf herum:

„Das Leben nennt der Derwisch eine Reise,
und eine kurze. Freilich! Von zwei Spannen
liesseits der Erde nach zwei Spannen drunter.
Wer heut sein Haupt noch auf der Schulter trägt,
ler hängt es morgen zitternd auf den Leib,
und übermorgen liegt's bei seiner Ferse.
[war eine Sonne, sagt man, scheint dort auch,
und über bunte Felder noch als hier.
du glaub's. Nur schade, daß das Auge modert,
daß diese Herrlichkeit erblicken soll!“

Die Geschwister liebten diese Verse. Jürgen hatte Kleist mit an der Front. Obwohl sie nicht christlich sind im Grunde genommen und voller Hoffnungslosigkeit. Was ihn daran anging, ist dieses Sich-Fügen in ein unabwendbares Schicksal, diese vom Irdischen schon geübte Überlegenheit. Ich denke, Fritz wird sie genau so haben — noch erhöht durch seinen unbeirrbaren christlichen Glauben, den auch Jürgen hatte.

Ursula von Kardorff

Die Aufzeichnungen enthalten wie ein unveröffentlichtes Manuskript (Tagebuch von Oktober 1942 bis Oktober 1943), das nach verklausulierten Notizen 1947 bearbeitet wurde.

Fritz-Dietlef Graf von der Schulenburg, hingerichtet am 10. 8. 1944.
Julius Leber, hingerichtet am 5. 1. 1945.
Ewin von Witzleben, hingerichtet am 8. 8. 1944.
Fritz Jaeger, hingerichtet am 31. 8. 1944.
Werner von Haeften, erschossen am 20. 7. 1944.
Hans Nikolaus v. Halen, hingerichtet am 9. 10. 1944.
Ulrich von Hassell, hingerichtet am 8. 9. 1944.

DER 20. JULI IN PARIS

Als am Spätnachmittag des 20. Juli 1944 die Pariser ihren Abendspaziergang in den Bois de Boulogne unternehmen wollten, mußten sie feststellen, daß die zum Bois führende Avenue Foch durch deutsche Wehrmachtsteile abgesperrt war. Niemand wußte, was dies zu bedeuten hatte, aber bald sprach sich herum, daß die Gestapo (SD), deren Hauptquartier sich in der Avenue Foch befand, von deutschen Soldaten entwaflnet wurde. Die Schadenfreude war groß: man haßte den SD. Um so enttäuschter war man, als sich am nächsten Morgen das Gerücht verbreitete, daß die ganze Aktion wieder rückgängig gemacht worden war. Zu der Enttäuschung gesellte sich die Furcht vor verschärften Maßnahmen der Gestapo.

Was hatte sich in Paris zugetragen?

Der deutsche Militärbefehlshaber von Frankreich, General d. Inf. von Stülpnagel, war Mitverschwörer der Gruppe um Generaloberst Beck und Goerdeler. Er gehörte zu dem Kreise vaterlandsliebender Offiziere, die bereits im Jahre 1938 den Plan einer militärischen Erhebung gegen Hitler und die NSDAP gefaßt hatten. In seinem Stabe befanden sich zahlreiche Offiziere, die die Anschauungen ihres Befehlshabers teilten. Zu den entschlossensten unter ihnen gehörte der Oberstleutnant César von Hofacker, ein Sohn des in Stuttgart unvergessenen Generalleutnants von Hofacker. Die Pläne, durch ein selbständiges Vorgehen der deutschen Truppen im Westen eine Beendigung des Krieges zu erzwingen, fanden durch die Tätigkeit des Regierungspräsidenten von der Schulenburg einen starken Auftrieb, der im Sommer 1943 in einem dienstlichen Auftrag nach Paris gekommen war. Trotz des steten Drängens von Hofacker und Schulenburg brachte man den Entschluß nicht auf, in Frankreich selbständig und unabhängig von der Entwicklung im Reich und an der Ostfront die Erhebung gegen Hitler auszulösen. Der Grund lag nicht zuletzt darin, daß man dem Oberkommandierenden im Westen, Generalfeldmarschall von Rundstedt, nicht zutrauen konnte, daß er die Aufgabe erfüllen würde, die ihm nach dem gewagten Unternehmen zugefallen wäre. Dies wurde anders, als im Jahre 1944 unter Rundstedt Generalfeldmarschall Rommel den Befehl über die Truppen in Frankreich übernahm. In der Person des württembergischen Generalleutnants Speidel brachte er einen Stabschef mit, der mit seinem Landsmann von Hofacker vollkommen harmonierte. Es scheint, daß auch Ernst Jünger, der damals seine Flugschrift „Der Friede“ heimlich verbreitete, auf Rommel einen erheblichen Einfluß ausübte. In den ersten Tagen des Juli 1944 war Hitler in Frankreich gewesen, und Rommel war mit ihm scharf aneinandergeraten, als er ihm über die militärische Lage in Frankreich die ungeschminkte Wahrheit auseinandersetzte. Von diesem Augenblick an war Rommel zum Handeln entschlossen.

Er drängte jetzt mit der ihm eigenen Entschlossenheit dazu.

Er erkannte auch sofort die Notwendigkeit, nicht nur mit dem Hauptquartier der Alliierten, sondern auch mit den Führern der französischen Widerstandsbewegung Verbindung zu suchen. Ein Schreiben an das alliierte Hauptquartier, in dem die Übergabe der deutschen Truppen in Frankreich angeboten wurde, wurde von einem Generalstabsoffizier im Stabe Stülpnagels, Freiherrn von Teuchert, zusammen mit dem politischen Berater der Militärregierung in Paris, Bargatzky, fertiggestellt. Der Oberstleutnant von Hofacker, der damals wiederholt in Berlin weilte, stellte die Verbindung mit den Berliner Verschworenen her. Er war ein Vetter des Obersten von Stauffenberg, der die Bombe in Hitlers Hauptquartier brachte. Es war ein Glücksfall für die Männer des Widerstandes, daß zu dieser Zeit der Generalfeldmarschall Rundstedt „erkrankte“ und durch Feldmarschall von Kluge ersetzt wurde, der mit Beck und Goerdeler sympathisierte und der als ein Befehlshaber angesehen wurde, mit dem man das große Wagnis unternehmen konnte. Um so schlimmer war es, daß Rommel am 17. Juli auf einer Fahrt in der Normandie bei einem Tieffliegerangriff schwer verwundet wurde.

Über die Pläne, die für den 20. Juli in Berlin gefaßt worden waren, war man in Paris unterrichtet. Am Nachmittag dieses verhängnisvollen Tages erhielt Herr von Hofacker den schnellst erwarteten Telefonanruf aus Berlin. Er hatte mit Stauffenberg gesprochen, der eben aus dem Hauptquartier zurückkehrte und der Meinung war, er habe seine Mission erfüllt, Hitler sei tot. Auf diese Nachricht hin begann der in Paris sorgsam vorbereitete Apparat zu spielen. Der General von Stülpnagel erteilte dem Kommandanten von Groß-Paris, Generalleutnant von Boineburg-Lengsfeld, den Befehl, den Höheren SS- und Polizeiführer von Frankreich, General der Polizei Oberg, seinen Stab sowie den gesamten SD in Paris zu verhaften und zu entwaflnen. Mit der praktischen Durchführung dieses Befehls war das in Paris liegende Sicherungs-Regiment Nr. 1, dessen Kommandeur Oberst d. Res. v. Kräwel war, beauftragt worden. Diese Unternehmung, die ursprünglich bereits für den 10. Juli geplant gewesen, dann aber wieder abgeblasen worden war, hatte bereits seit mehr als Jahresfrist vorbereitende Maßnahmen veranlaßt. Sowohl der Stab des Kommandanten von Groß-Paris als auch das Offizierkorps des Sicherungs-Regiments waren auf ihre Zuverlässigkeit und Gesinnung überprüft und entsprechend reorganisiert. Die Bewaffnung und Ausrüstung des Regiments waren modernisiert und vervollständigt, zwei schwere Kompanien mit Panzerabwehrgeschützen und Panzerspähwagen waren beim Regiment aufgestellt worden. So verfügte dasselbe über eine Schlagkraft, die jeden Widerstand schon im Keime ersticken konnte. Am 20. Juli, nachmittags gegen 6 Uhr, wurde das Sicherungsregiment alarmiert. Die Batail-

lonsführer und die Führer der schweren Kompanien wurden zum Befehlsempfang zum Regimentsgeschäftszimmer befohlen. Der hier anwesende stellvertretende Kommandant von Groß-Paris, Generalmajor Brehier, erläuterte die Lage und gab auf Wunsch des Regimentskommandeurs bekannt, daß die Verhaftungen nicht „im Namen des Führers“ zu erfolgen hätten. Oberst v. Kräwel legte die Einteilung und Verteilung auf die Unterkünfte des SD, die bereits erkundet waren, fest und befahl den Sturm auf die SD-Unterkünfte auf 9.30 Uhr abends. Die Einheitsführer erhielten den Befehl, jeden Widerstand sofort — notfalls unter rücksichtslosem Gebrauch der Waffe — zu brechen, das gesamte Akkomaterial sicherzustellen und die oberen SD-Führer in das Wehrmachtsgefängnis Fresnes bei Paris abzuliefern. Für den Abtransport der Gefangenen wurden Lastkraftwagen des Regiments in der Nähe der SD-Unterkünfte bereitgestellt. Die Umzingelung der SS- und SD-Unterkünfte erfolgte den Weisungen entsprechend und gelang ohne irgendwelche Zwischenfälle. Die Hauptmasse des Regiments wurde auf die Zentralunterkunft des SD in der Avenue Foch angesetzt. Hier fanden sich gegen 9 Uhr abends auch General v. Boineburg und Oberst v. Kräwel ein. Punkt 9 Uhr 30 Minuten stürmten die Kolonnen des Regiments von allen Seiten auf die SS- und SD-Unterkünfte ein. Oberst v. Kräwel drang als erster in die Hauptunterkunft des SD ein und rief mit seinem Beispiel Offiziere und Mannschaften des Regiments mit. Alle gingen mit wahrer Begeisterung an ihre Aufgabe heran. Denn zwischen Wehrmacht und SD bestand schon seit langem Entfremdung, man kann fast sagen: offene Feindschaft. Die Offiziere mußten daher wiederholt eingreifen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Beindruckt von der Masse der angestürmt Vorwärtstreibenden ergaben sich die vor den Unterkünften aufgestellten Wachen des SD, ohne den Versuch eines Widerstandes zu machen. Während General Brehier den Höheren SS- und Polizeiführer persönlich festnahm, ließ Oberst v. Kräwel durch den SD-Offizier vom Dienst die oberen SD-Führer auf das Hauptgeschäftszimmer des SD zusammenrufen. Um sich der drohenden Festnahme durch die überall eingedrungenen Teile des Regiments zu entziehen, eilten die SD-Führer zum Geschäftszimmer, wo sie einzeln entwaffnet und festgesetzt wurden. Standortführer Dr. Knoche, der oberste Führer des SD befand sich zu dieser Zeit in Zivil in einem Pariser Nachtkloakal, konnte dort ertappt werden und zwangte sich dem Regimentskommandeur. Er lieferte ohne Zögern seine Waffe ab und wurde durch den Regimentsadjutanten ins Hotel „Continental“ in Paris gebracht. So war innerhalb kürzester Zeit schlagartig die Festsetzung von SS und SD gelungen und damit die Gefahr eines Eingriffs von dieser Seite bei dem weiteren Verlauf der Aktion beseitigt. Das vom Militärbefehlshaber General v. Stülpnagel gesteckte Ziel war voll erreicht!

Da kam die Rundfunkansprache Adolf Hitlers! Das Attentat auf ihn war im Gegensatz zu den bisher erhaltenen Nachrichten nicht gelungen! Hitler lebte und forderte in seiner Ansprache die sofortige Verhaftung der Aufhänger. Die Worte Hitlers sprachen sich sehr schnell herum und verursachten bei den festgesetzten SS- und SD-Führern größte Erregung. Es wurden

bei ihnen Stimmen laut, die gegen die weitere Inhaftierung protestierten und die Rückgabe der Waffen verlangten. Oberst v. Kräwel wurde von dem Chef des Stabes der „Marinegruppe“ Befehlshaber West angerufen und um Auskunft ersucht, wie die Verhaftungen angeordnet habe und wo die SS- und SD-Führer verblieben seien. Die Anfrage war in drohendem Ton gehalten. Versuche des Oberst v. Kräwel, telefonische Verbindung mit seinen vorgesetzten Dienststellen zu erhalten, scheiterten, die Lage spitzte sich zu. So entschloß sich Oberst v. Kräwel, persönlich zu General v. Stülpnagel zu fahren, um sich gegebenenfalls neue Instruktionen im Hinblick auf die veränderte Lage zu holen. Er meldete dem General von Stülpnagel das Gelingen der befohlenen Aktion und erbat gleichzeitig Befehle für das weitere Verhalten. General v. Stülpnagel war durch Besprechungen mit Herren der Deutschen Botschaft in Paris stark beansprucht, und man hatte den Eindruck größter Aufregung im Stabsquartier des Generals. Oberst v. Kräwel erhielt schließlich nach längerem Warten den Bescheid, zu warten, bis der Chef des Stabes des Oberbefehlshabers West, General Blumentritt, neue Befehle des Oberbefehlshabers, Generalfeldmarschall v. Kluge, überbrachte habe. Es war klar, daß die Tatsache des Scheiterns des Attentates auf Adolf Hitler die Führung der Pariser Aktion in Verwirrung gebracht und auf die Entschlußkraft lähmend gewirkt hatte. Der Eindruck, den Oberst v. Kräwel erhielt, war der der Ratlosigkeit und mangelnden Entschlußkraft bei der obersten Führung. Es war wohl alles auf volles Gelingen eingestellt, anscheinend aber nichts voraus bedacht für den Fall eines Scheiterns eines Teiles oder der Gesamtkaktion. Noch während Oberst v. Kräwel wartete, erhielt er durch seinen Adjutanten die Meldung, daß die in Paris stationierten Marinetruppen, deren Stärke sich auf etwa 5000 Mann belief, alarmiert worden seien. Der Befehlshaber der „Marinegruppe“ West hatte Anweisung gegeben, die festgesetzten Führer von SS und SD zu befreien, das Sicherungsregiment zu entwaffnen und die verantwortlichen Führer des Heeres zu verhaften. Damit fiel die Marine dem Heer in den Rücken, ein Kampf zwischen Teilen der deutschen Wehrmacht innerhalb der Hauptstadt des besetzten Landes drohte! Welche andere Wendung hätte die Aktion im Westen trotz der Tatsache, daß Adolf Hitler lebte, noch nehmen können, wenn in diesem kritischen Augenblick Heer und Marine zusammengegangenen wären! Versuche des Oberst v. Kräwel, nunmehr endgültige Befehle des Generals v. Stülpnagel zu erhalten, scheiterten wiederum. Kostbare Zeit verfiel, ohne daß General Blumentritt erschien. So mußte sich Oberst v. Kräwel zu selbständigem Handeln entschließen. Schweren Herzens faßte er den Entschluß, die Verhaftung von SS und SD aufzuheben und die Waffen zurückzugeben. Unabhängig hiervon hatte inzwischen auch General v. Boineburg die im Hotel „Continental“ festgesetzten Höheren SS- und SD-Führer wieder freigelassen. Auch diese Unternehmungen erfolgten ohne weitere Zwischenfälle, wenn man von den Drohworten der verhaftet Gewesenen abieht. Gegen 3 Uhr morgens am 21. Juli waren die SS- und SD-Unterkünfte geräumt. Etwa eine Stunde später befanden sich alle Teile des Sicherungsregiments in ihren Unterkünften. Offiziere und

Mannschaften des Regiments waren von Groll und Enttäuschung erfaßt. Ihr Einsatz war umsonst gewesen!

Die kampflose und feige Übergabe von SS und SD war den Herren im Führer-Hauptquartier, insbesondere aber dem Reichsführer Himmler, sehr peinlich. Diese Blamage mußte nach außen irgendwie verdeckt werden. Bei einer Besprechung zwischen General v. Stülpnagel, General Blumentritt, Botschafter Abetz und den Höheren Führern von SS und SD wurde daher noch in der Nacht der Beschluß gefaßt, die vom Sicherungsregiment gegen SS und SD unternommene Aktion für eine „Übung“ zu erklären. General v. Boineburg erhielt den Befehl, eine derartige Erklärung in den Morgenstunden des 21. Juli den Offizieren und Mannschaften des Sicherungsregiments persönlich abzugeben. Da ihr selbstverständlich von allen Beteiligten kein Glauben geschenkt wurde, erreichte sie nur Verbitterung und innere Auflehnung. Auch die Pariser Bevölkerung ließ sich nicht täuschen. Das Bedauern über das Scheitern der Aktion war allgemein.

Von dem ehemaligen Chef des Generalstabes der Heeresgruppe B (Generalfeldmarschall Rommel), Generalleutnant a. D. Dr. Hans Speidel, ist eine Veröffentlichung über die Gedanken und Vorbereitungen des Generalfeldmarschalls Rommel für eine selbständige Beendigung des Krieges im Westen und für die Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu erwarten. Das Gelingen der Pariser Aktion hatte der Auftakt zu einer Wendung des Kriegsgeschehens sein müssen und können. Viel Kummer, viel Schaden und viel Elend wäre dem deutschen Volk erspart worden. Bei konsequenter Weiterführung und Durchführung der am 20. Juli begonnenen Unternehmung sollte und mußte auch das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich einer Revision unterworfen und geklärt werden. Die deutsche Wehrmacht in Frankreich litt darunter, daß die persönlichen und freundschaftlichen Bande, die sie vielfach mit der französischen Bevölkerung hatte knüpfen können, durch die Politik der deutschen Regierung gegen das besetzte Frankreich gestört und zerrissen wurden. Der deutsche Soldat durfte sich schon seit 1940 gewisser Sympathien im Lande erfreuen, ohne daß aber die mit ihm sympathisierenden Bevölkerungsteile ihren Standpunkt als Franzosen und Patrioten irgendwie aufgegeben hätten. Diese Haltung erregte die Achtung und Anerkennung der deutschen Soldaten, und die Deutsche Wehrmacht war entschlossen, mit Frankreich im Falle des Gelingens der „Westaktion“ zu einem Übereinkommen zu gelangen, das die Grundlage für eine dauerhafte Verständigung zwischen beiden Völkern legen sollte. Die gegenseitige soldatische Einschätzung war hoch, und so wäre es nicht schwer gewesen, auf dieser Ebene eine Verständigung zu finden.

So gesehen war die Aktion des 20. Juli 1944 in Paris von historischer, schicksalhafter Bedeutung. Es ist und bleibt bedauerlich, daß ihr Scheitern die damals bestehenden Möglichkeiten untergraben und somit die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich nicht zu der von den Soldaten beider Länder schon so oft ersehnten Verständigung geführt hat.

(Nach Schilderungen von Augenzeugen und Beteiligten.)

G. Strohm

von Fritz Saenger

Den Kämpfern für Deutschlands Freiheit!

=====

Was weiss die Welt, was wissen die Deutschen von jenem zähen, opfervollen, mit heissen Herzen und kühlen Hirnen immer von neuem geplanten, begonnenen, bis zur Vollendung vorbereiteten Kampf einer grossen Schar tapferer deutscher Männer und auch Frauen um ~~ihre und ihres Volkes~~ ^{ihre und ihres Volkes} Freiheit? Die Tat des 20. Juli 1944 war nicht der Anfang und nicht das Ende. Sie war der sichtbare Ausdruck eines harten, unbeugsamen Willens, die Schande auszulöschen, die mit Hitler und seinen Helfern über Deutschland und das deutsche Volk gekommen war.

Eine seiner Vernunft beraubte, irregeleitete, fanatisierte Masse übertönte mit ihren Rufen am 30. Januar 1933 die Todes- schreie ungezählter Gequalter und Ermordeter. Sie vermochte aber nicht, dass rechtlicher Sinn, kühle Vernunft und fester Wille ganz aus Deutschland schwanden. Die Menschen in diesem Lande mussten wieder sehend werden. Ihr Zustand verlangte nach Hilfe und nach Gnade. Die Menschen in Deutschland mussten zu eigener Verantwortung, zu innerer Wahrhaftigkeit, zu echter Liebe zu ihrem Lande und Volk, zur Achtung vor den ewigen Gesetzen der Religion, der Moral, zu Anstand und Sitte erlöst werden. Das erschien den Besten unter den Deutschen als die heiligste und dringlichste nationale Pflicht. Ihr opferten sie ihr Leben.

Sie hatten Frauen daheim, die sie liebten und Kinder, die das Glück ihres Lebens waren. Sie waren keine Abenteurer oder Spieler um politischen Gewinn. Sie waren Patrioten in des Wortes schönster Bedeutung. Sie kamen aus allen Schichten des Volkes und aus allen Konfessionen oder Weltanschauungsgemeinschaften, sie hatten den Parteien der Linken und der Rechten angehört. Sie waren

eines Sinnes und einer Hoffnung: Der Tod des Unmenschen, die Fesselung seiner Helfer - das erschien allen als der notwendige, unausweichliche Weg in die Freiheit für Deutschland und die Deutschen.

Es ist noch nicht an der Zeit, die Vorgänge zu schildern, die schliesslich in die Tat des 20. Juli 1944 mündeten. Das muss und wird einmal geschehen, wenn die wenigen, die etwas von der wirklichen Arbeit in jenen Jahren von 1933 bis 1945 wissen, ausserhalb der täglichen Pflichten beieinander sein können, die sie jetzt an die Aufgabe des Aufbaus aus dem Chaos und des Neubaus Deutschlands binden.

Aber die Welt muss wissen und die Deutschen müssen es begreifen, wie gross das Opfer war, das für das neue Deutschland aus der eigenen Kraft und aus dem Willen gebracht wurde, sich selbst des Teufels zu erwehren, der dieses Volk mit Feuer und Schwefel auszutilgen versuchte, weil es in seinen teuflischen Augen nichts taugte. Die Erwachsenen und die Kinder sollen die Namen derer kennen, die ihr Leben für die Zukunft ihrer Mitmenschen in diesem Lande und in Europa hingaben, für ein Leben, das auch die Deutschen wieder in Ehre und Sauberkeit, in Achtbarkeit und in innerer und äusserer Schönheit führen sollten. Mögen mit den Namen auch die Werte erkannt werden, die mit diesen Opfern unwiderbringlich verloren gingen.

Ihnen gilt das Gedenken ~~an jedem~~ aller guten Deutschen, aller Menschen, die guten Willens sind, an jedem Tage der Wiederkehr der Tat, die die Freiheit bringen sollte.

Wir gedenken und wir gebloben: Deutschland!

Aus Deutschlands dunkelsten Tagen

Ueber das "Hilfswerk 20. Juli 1944"

Der 20. Juli 1944, der als der heldenhafte Versuch des Sturzes der nationalsozialistischen Diktatur in die Annalen der Weltgeschichte eingegangen ist und 133 der besten deutschen Männer, einer Elite der Nation, den grausamen Tod eines ebenso brutalen wie verwerflichen Systems brachte, war auch der Beginn eines furchtbaren Schicksals der Familien und Angehörigen jener entschlossenen und unglücklichen Männer. Von heute auf morgen wurden diese Frauen, Kinder, Eltern, Brüder, Schwestern und anderen Verwandten in unsagbares materielles wie seelisches Elend gestürzt, da das unmenschliche Prinzip der Sippenhaftung kein Mitleid und Erbarmen kannte, sondern auf die Trauer und Not über den Verlust und die mahnende Auslöschung der ihnen liebsten Menschen noch die materielle und soziale Vernichtung häufte. Bis zum letzten Augenblick ders eigenen Macht und Existenz wüteten die vergangenen Machthaber gegen die Männer vom 20. Juli und ihre verwaiseten Familien, und die Taten der Verurteilungen und Hinrichtungen noch aus der apokalyptischen Zeit des April 1945, die aus einer Ehrenliste der Opfer jenes tragischen Tages hervorgehen, erscheinen besonders erschütternd und, hinsichtlich des Vergangenen, infernalisch.

Der deutsche Zusammenbruch befreite diese Hinterbliebenen zwar von akuter Gefahr und Drangsalierung, die Not und die Wirrnisse der Zeit nach der Niederlage liessen aber ihre materiellen Bedrängnisse keineswegs beendet sein, da diese Menschen in dem hinter ihnen liegenden Jahr vielfach das Letzte und geringste ihres Besitzes, jedes Einkommen und oft auch ihre Gesundheit eingebüsst hatten. Nicht immer zeigten die neuen Behörden das Verständnis und die Einsicht in die Notlage dieser Menschen, deren Vergangenheit und Haltung ihnen zum Teil ein aufrichtiges und konjunkturelles Verhalten verbot. So lastete denn über vielen Angehörigen von Männern und Frauen, deren Namen im Heldentum der Geschichte stehen, weiter bittere Not. Vor drei Jahren aber festigte sich in einigen hochherzigen und uneigennütigen Menschen der Gedanke, diesen insgesamt etwa 150 hinterbliebenen Familien geistige, seelische und materielle Hilfe, Rat, Verbindung untereinander und eine gewisse Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zu verschaffen, und aus diesem Wunsch, zu helfen, entstand das sich allmählich und aus kleinsten Anfängen konsolidierende "Hilfswerk des 20. Juli 1944", dessen Geschäftsführung sich heute in dem kleinen südhannoverschen Wörten-Hardenberg befindet. Entsprechend der Auffassung und dem Geist der Männer und Frauen jenes 20. Juli ist dieses Hilfswerk, an dessen Spitze jetzt ein Kuratorium steht, unpolitisch und überparteilich und fand auch die Unterstützung von Menschen und Institutionen, die sich jenseits aller politischen und konfessionellen Absichten uneigennützig für die gute Sache einsetzten.

Ohne grossen Aufwand, ohne grossen Apparat, ohne laute Propaganda und ohne Auferinglichkeit wurde, vielmehr in Zurückhaltung und stiller Hilfsbereitschaft wurde von diesem Hilfswerk allmählich eine beachtliche, wertvolle und segensreiche Arbeit geleistet, die vielen Hinterbliebenen eine fühlbare und rettende Hilfe verschafft hat. In den Listen des Hilfswerkes findet sich bei den Trägern von bekannten und

ruhmten Namen die Registrierung von viel Not, von Krankheit, Mittellosigkeit, Ausgeglichtheit, aber auch die Feststellung mancher fühlbaren Hilfe, die durch Geld, durch Vermittlung von Krankenhäusern und Sanatoriumsaufenthalt, durch Spenden aller Art, durch Schul- und Studienbeihilfen und, nicht zuletzt, durch verständnisvolle Betreuung und durch seelischen Anspruch geleistet worden ist. Die ganze Fülle menschlichen Glanzes, aber auch die Fülle menschlicher Hilfebereitschaft erscheint vor dem Auge dessen, der sich die nüchternen Listen und Vermerke dieses Hilfswerkes anschaut. Eine lange Liste existiert von Männern, Frauen und Organisationen, die ständige jährliche Summen zur Verfügung stellen. Naturgemäss hat das einschneidende Ereignis der Währungsreform eine schwierige Situation geschaffen, die beispielsweise so weit geht, dass man im Augenblick nicht das fofito für Spendensendungen, die in Hamburg bereit liegen, für die Weiterleitung an die Empfänger bezahlen kann, und dass man nicht das Geld zur Verfügung hat, ins Ausland eingeladenen Kindern die Kosten für die noch so mühsame und teure Beschaffung von Passen, Ausreiseformalitäten und Bahnfahrt zu bestreiten. Es ist zu wünschen, dass eine baldige Überwindung des ersten Schocks auf die Reform das Hilfswerk wieder in die Lage grösserer Liquidität bringe.

Stark und stärker ist allmählich das Interesse auch ausländischer Stellen und Persönlichkeiten für die Sache des Hilfswerkes geworden. So ist unter dem Protektorat des Bischofs von Chichester in England ein "20. July Memorial Fund" gegründet worden, dem u. a. Lady Cripps und Mrs. Bielenberg angehören. Von dort ist beispielsweise eine Einladung an Studenten nach England erfolgt. In den USA ist das "American Committee to aid survivors of the German Resistance" entstanden, dessen Kampfsatz die Hilfe für die Opfer des 20. Juli bzw. ihre Angehörigen ist. Dorothy Thompson und Allen W. Dulles gehören mit anderen dazu. Aber auch von privaterer amerikanischer Seite ist vieles direkt für das deutsche Hilfswerk getan worden, von der grosszügigen Versendung von Paketen aller Art bis zur Aufnahme von Kindern und Studenten und zur Übernahme ihrer Ausbildung. Gerade hier ist, wie auch im Verkehr mit anderen Ländern, weit über den Rahmen des Materiellen und der Wohlfahrt hinaus ein wertvoller persönlicher Kontakt, eine Brücke von Land zu Land entstanden. Eine weitere, besonders wertvolle und grossmütige Hilfe ist von einem schweizerischen Arzt ausgegangen, der über 100 Kindern aus solchen betreten Familien einen vielmönatigen Kur- und Erholungsaufenthalt in der Schweiz verschafft und darüberhinaus diese Kinder in hochherzigster Art persönlich ärztlich ~~krankhaft~~ versorgt hat. Auch Schweden wird in Kürze eine Anzahl gleicher Kinder für einige Monate aufnehmen. Kangvolle Namen wie Goerdeler, Beck, Popitz, Witzleben, Schulenburg, Tresckow, Fellgiebel, Hoepner, Canaris und andere erscheinen unter diesen Betreuten, und in ihren Familien wie in vielen anderen existiert in Form persönlicher und familiärer Erinnerungen eine Fülle von Material, das für eine spätere ~~historische~~ Geschichtsschreibung von unschätzbarem Wert ist. Aus diesem Grunde ist es zu begrüssen, dass der Freiburger Professor Ritter, der auch im Kuratorium des Hilfswerkes eine Rolle spielt, einen Historiker beauftragt hat, für eine geschichtlich-objektive Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung solches Material, vor allem in Form von Schrifttum, zu sammeln. Die inzwischen veratobene Dichterin Ricarda Bach hatte beabsichtigt ein Werk über den deutschen Widerstand zu schreiben, und hatte schon Material dafür in Gestalt von Briefen und Darstellungen von Witwen und anderen Überlebenden der Opfer des 20. Juli gesammelt. Auch dieses Material dürfte für jene historische Sammlung von grossem Wert sein.

Der Freiburger Schriftsteller Reinhold Schneider, der seine "Rede zur Gedenkfeier des 20. Juli" für die Witwen der Toten gesprochen und daraufhin eine grosse Anzahl von Dankesbriefen erhalten hat, schreibt

(3)

über diese Dokumente : "...Es ist eine Sammlung von Briefen, die ich zu den kostbarsten rechne, die ich empfangen habe ; von einer merkwürdigen "Inhaltlichkeit der Haltung, vom selben Ernste, derselben Gefasstheit und Ergebung. ~~Somit~~ Kein Zweifel, es sind die besten Männer gewesen, die von solchen Frauen betrauert werden..."

Auch wenn unsere Zeit andere ernste Probleme gestellt bekommen hat und das historische Ereignis des 20. Juli in diesen Problemen in den seelischen und gedanklichen Hintergrund zu rücken droht, ist es angebracht, diese Männer und auch diese Frauen ~~und Kinder~~ nicht zu vergessen.

-OW.

(Fritz Dallchow, Linbeck-Hamm, Fliegerort 1
Deutschland - Britzone)

H ä n d e w e g !

Zu einem Angriff auf die Männer des 20. Juli.
von Marion Gräfin Dönhoff.

Sollte die Berliner Zeitung "Tagesspiegel" es sich zur Aufgabe gesetzt haben, den "20. Juli" streng im Hitlerischen Sinne als eine Machenschaft unfähiger Militaristen zu entlarven? In einem gross-aufgemachten Artikel "Improvisirter Widerstand" nimmt der Verfasser, Erik Reger, weniger in kritischer als in befangen abfälliger Weise zu der Geschichte des 20. Juli Stellung. Er schreibt aus der Sorge heraus, die "legendäre Deutung des 20. Juli" könne überhand nehmen und damit dem Deutschen Volke Gelegenheit geben, sich in selbstzufriedener Weise von Schuld und Verantwortung zu entlasten.

Offenbar ist ihm der Gedanke noch nicht gekommen, dass durch die Tatsache der Existenz einer Widerstands-Bewegung, die ja gerade beweist, dass - ob mit oder ohne Erfolg - eine Opposition jedenfalls möglich war, dass durch diese Tatsache zwar der Begriff der Kollektiv-Schuld ad absurdum geführt wird, das Schuldmass derjenigen aber, die nicht Widerstand geleistet haben, im Grunde wächst.

Zu Analyse der geistigen Grundlagen dieser Widerstands-Bewegung wird nicht der politische Nachlass von Goerdeler heran gezogen, oder die Protokolle der Kreisauer Tagungen, noch die vielfältigen Zeugnisse, die inzwischen vorliegen, sondern die Kritik aufgebaut auf einem einzigen Satz aus einem Brief von Goerdeler an General Olbricht, in welchem dieser im Hinblick auf Stalingrad und Tunis schreibt: ".....in Wahrheit liegt unfähige, gewissenlose Führung vor; bei reicher Führung wären beide Opfer-Tragödien vermieden worden und damit eine günstigere militärische und politische Lage hergestellt". Aus diesem Satz nun zieht der Verfasser die Schlussfolgerung, "dass die führenden Kreise der am 20. Juli 1944 gescheiterten Verschwörung gegen Hitler nicht beabsichtigter, ein Zeitalter der Entartung in seinen Grundwurzeln zu treffen, sondern lediglich zu retten suchten, was nach ihrer Meinung noch zu retten war."

Es steht wohl ausser Zweifel, dass der Staat, der mit Recht als entartet bezeichnet wird, nur dann auf einer besseren Grundlage wieder aufgebaut werden konnte, wenn von seiner Substanz noch so viel gerettet wurde, dass ein Aufbau überhaupt möglich schien, und dass darum die Verwirklichung des Programms der Männer vom 20. Juli nur Aussicht auf Erfolg und Bestand hatte, solange Deutschland noch gewisse Trümmer in der Hand behielt, die eine Neugestaltung aus eigener Kraft und Erkenntnis im Bereich des Möglichen erscheinen liessen.

Man kann die Goerdeler'sche Gedanken-Welt, wie sie uns beispielsweise in der von Prof. Ritter in der "Gegenwart" vom 24. Juni 1945 veröffentlichten Proklamation entgegentritt, als romantisch oder in ihrer streng christlichen Gesinnung als utopisch bezeichnen, man kann aber gewiss nicht den Eindruck gewinnen, daß hier ein ehrgeiziger Militarist zum Deutschen Volke spricht, wenn er z.B. sagt: "Die entscheidende Aufgabe, von deren Erfüllung alles andere abhängt, ist die Wiedergewinnung der sittlichen Grundlage für das Wirken des Staates nach innen und au-

Ben.

Gleiches Recht für alle, unbeirrbares Gerichtigkeit ohne Rücksicht auf die Person, vollkommene Sicherung der Freiheit des Geistes, der Freiheit des Gewissens; absoluter Schutz gegen Willkür, gegen Terror und jede Art der Vergewaltigung; Anerkennung der Interessen und der Rechte anderer, Bereitwilligkeit zu versöhnlichem Ausgleich, Wiederherstellung des Anstandes in allen Handlungen des Staates und im Verhalten der Menschen in ihrer Gemeinschaft untereinander."

Oder wenn es weiter heißt: "Unerbittlich muß aber das Schwert der Gerechtigkeit diejenigen treffen, die das Zerrbild eines Staatswesens aus unserem Vaterlande gemacht haben, die Recht und Anstand vom Thron verstießen, Korruption duldeten und forderten, die sich schamlos bereicherten, während das Volk litt, blutete und seine Söhne zum Opfer brachte, die durch grauenvolle Verbrechen gegen Leib und Leben, gegen Ehre und Glauben, Menschen, die Gottes Antlitz ebenso tragen, wie wir, gequält, verstümmelt, vernichtet haben; die die Staatsgewalt mißbrauchten und sich, sowie ihren erbärmlichen Klüngel schonend, fast 3 Millionen deutscher Männer in den blutigen Kämpfen dieses unseligen Krieges opferten zur Wiederherstellung von Recht, Gerechtigkeit und Anstand, Wiedergewinnung jeder Sicherheit, die nur gewonnen werden kann, wenn jeder weiß, daß er für sein Tun und Lassen verantwortlich ist, ist daher auch die Verantwortlichkeit aller derjenigen zu prüfen, die an führenden Stellen Befehle widersprüchlos entgegen genommen und ausgeführt haben, von denen sie wußten, daß sie gegen Recht, Gewissen und Sachkunde verstießen."

Wer Goerdeler in den Kreis derjenigen, die das Attentat des 20. July in jahre-langer Kleinarbeit vorbereiteten, gekannt hat, weiß, daß die hier aufgestellten Grundsätze echt waren und dem Gefühl einer tiefen Verantwortlichkeit, das alle Beteiligten erfüllte, entsprachen. Zugegeben, daß die verantwortlichen Männer, Minister, Gewerkschaftsführer, Botschafter und Offiziere, keine geborenen Revolutionäre waren und daß das Attentat selbst darum manche dillettantischen Züge trägt; aber ist der Erfolg wirklich das einzige entscheidende Kriterium? Es gibt sicherlich noch andere Wertmaßstäbe in der Geschichte. Für die geistige Besinnung des Deutschen Volkes ist die Tat dieser Männer - auch wenn ihr äußerlich kein Erfolg beschieden war - sicherlich entscheidender, als wenn nach balkanischer Methode der Tyrann Hitler irgend einem mehr oder weniger zufälligen Eisenbahn-Attentat zum Opfer gefallen wäre.

Ähnlich unsachlich wie die Beurteilung des geistigen Gehalts der Widerstands-Bewegung auf Grund eines zufällig herausgegriffenen Satzes, der dann willkürlich interpretiert wird, ist auch die Kritik an einzelnen Persönlichkeiten. So, wenn der Verfasser, nachdem er einige vernichtende Urteile von Hassell über die Haltung der Generale zitiert und ebenso viele verzweifelte Ausbrüche über die Juden-Verfolgung, die Abenteuer-Politik Hitler's und die verbrecherischen Angriffe auf Prag, Polen, Frankreich und Norwegen übergegangen hat, von diesem sagt, daß er seine Herkunft aus der junkerlich-militarischen Atmosphäre kaum verleugnen kann. Oder wenn er bei dem höchst fraglichen Buch von Gisevius im Hinblick auf Stauffenberg zitiert, daß diejenigen Schwedens, die das Preußentum innerlich adaptierten, sich mit Vorliebe zu Sinner-Preußen entwickelten.

Der Verfasser stellt die These auf, der 20. July würde dazu benutzt, "Die Deutsche Opposition gegen Hitler's Kriegsführung als einen Widerstand gegen die unsittlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Regierungs-Epoche überhaupt auszugeben." In seltsamen Kontrast zu dieser Interpretation steht die Tatsache, daß diese Opposition sich schon vor Ausbruch des Krieges gebildet hat. Der "improvisierte Widerstand" geht zurück auf das Jahr 1938. Von jenem Tag an, da nach dem Einmarsch in Wien die Leiche Wilhelm v. Kettlers - der als erster aus diesem Kriege der Gestapo zum Opfer fiel - in der Donau gefunden wurde, führte der Kampf gegen das Regime Hitler's in ununterbrochener Folge bis zum July 1944,

Bereits ein Jahr vor Ausbruch des Krieges, im Herbst 1938, demissionierte der Chef des Generalstabes, Generaloberst Beck - ein seither führendes Mitglied der Opposition - im Hinblick auf die Tschchenen-Krise mit der Begründung: "Die Verantwortung für Befehle, deren Inhalt ich nicht billigen kann, übernehme ich nicht". Während der gleichen Zeit wurden alle Anstrengungen unternommen, das Regime noch vor Ausbruch der großen Katastrophe zu stürzen, ein Versuch, der aber letztendlich an der Unentschlossenheit des Generals von Brauchitsch scheiterte. Auch Hassell schildert in seinen eben im Atlantis-Verlag erschienenen Tagebüchern sehr eingehend die vielfachen Bemühungen im Herbst 1939 im Verein mit Henderson, dem englischen Botschafter in Berlin, den Ausbruch des zweiten Weltkrieges abzuwenden. Von dazu haben tapfere Männer aller Schichten des Deutschen Volkes und aller Parteien Jahre hindurch unter ständigem Einsatz ihres Lebens an dem Umsturz gearbeitet. Wir kennen diese Geschichte dieser Pläne, Hoffnungen und Rückschläge aus dem Buch von Fabian von Schlabrendorff, der Schrift des Sozialisten Emil Henk und vieler anderer Veröffentlichungen. Daß alle diese Versuche scheiterten, vermindert nicht den Einsatz und das Verdienst derjenigen, die sie unternahmen, und gibt denen, die tatenlos zugeesehen haben, nicht das Recht zu einer retrospektiv abfälligen Kritik.

Man fragt sich, ob es eigentlich wirklich eine typisch Deutsche Eigenschaft ist, nicht nur neidvoll die materiellen Güter und Möglichkeiten des Nachbarn zu betrachten, sondern auch die Leistungen anderer herabzusetzen? Oder ob jener die Jahre des tragischen Kampfes friedlich an seinem Schreibtisch verbracht hat und nachträglich feststellt, daß es den Männern der Widerstands-Bewegung "überall an Härte das Willens, unbestechlichem Urteil und Mut zur letzten Konsequenz des Denkens fehlt", nur aus Ressentiment in dieser Weise urteilt? Die Männer, über die mit solcher Kritik der Stab gebrochen wird, haben inzwischen fast ausnahmslos ihre Gesinnung und ihre Handlungen mit dem Tod am Galgen bezahlt; das Rad der Weltgeschichte ist ein gut Stück weitergerollt, während der Verfasser des Aufsatzes aus seiner Schreibtisch-Perspektive weiter darüber philosophiert wie jene Männer es hätten besser machen sollen, - wobei er auf den merkwürdigen Gedanken verfällt, das einzig wirksame Mittel wäre gewesen, durch eine offene Meuterei und Selbstzertrümmerung der Deutschen Fronten die Kapitulation herbei zu führen, und den Umsturz nicht von dem Beseitigung Hitler's abhängig zu machen. Wie dies allerdings mitten im Kriege in einer Diktatur, die entschlossen war, mit allen Mitteln des Terrors ihre Machtstellung zu verteidigen, hätte bewerkstelligt werden können, verschweigt er uns.

Der "Tagesspiegel" meint, es sei nicht erst am 20. July und auch nicht erst ~~XXV~~ am Tage von Stalingrad zu spät gewesen, sondern "zu spät war es schon 1925, als Hindenburg gewählt wurde." Will man den Dingen in dieser Weise wirklich auf den Grund gehen, müßte man wahrscheinlich sagen, zu spät war es bereits, als Adam den Apfel, den Eva ihm bot, gegessen hatte.

In Frankreich steht die "Résistance" als leuchtendes Beispiel der ganzen Nation vor Augen. In allen besetzten Ländern werden die Opfer der Widerstands-Bewegung gefeiert und finden ein unvergängliches Denkmal im Buch der Geschichte. Nur in Deutschland, wo die "Résistance" ein noch ganz anderes Gewicht hatte, weil sie ja nicht aus der natürlichen Auflehnung eines Volkes gegen fremde Eindringlinge und Eroberer geboten war, sondern sich gegen die eigene Regierung richtete, soll das Andenken der verantwortlichen Männer ausgelöscht werden. Es ist schwer, sich vorzustellen, woher die Jugend, auf deren Umerziehung mit Recht so viel Wert gelegt wird, eigentlich die richtigen Maßstäbe zu einer neuen, besseren Wertung gewinnen sollte, wenn nicht aus dem Beispiel der Männer, die offenkundig und ohne Rücksicht auf Leben, Besitz und Familie für Recht und Menschlichkeit gegen das verbrecherische System Hitler's gekämpft haben. Und gerade die Tatsache, daß dieser Kreis von Menschen Deutsche aller Parteien und aller sozialen Gruppen umfaßte und damit eine Einheit schuf, wie sie nie zuvor und seither noch nicht wieder bestanden hat, könnte in besonderer Weise Vorbild sein.

RUDOLF PECHEL

Der 20. Juli

Der Tag, an dem die letzte Hoffnung auf eine deutsche Selbstbefreiung zerschanden wurde, und der wertvollste Männer- und Frauen dem Hitlerschen Blutgericht überlieferte, führt sich jetzt zum zweiten Male,

Die Not Deutschlands und die drängenden Probleme der politischen Entwicklung in der Welt haben es bisher nicht gestattet, eine vollständige und objektive Würdigung des 20. Juli und seiner Träger zu geben.

Das ist auch gut so. Denn niemand drinnen und draußen hat bisher den richtigen Abstand gewinnen können, um ohne inneres Beteiligtsein und frei von Ressentiment die Bestrebungen, die zum 20. Juli führten, in den geschichtlichen Zusammenhang an dem ihnen gebührenden Platz einzuordnen.

Aber wir können — und wir haben die Pflicht dazu — heute schon feststellen, daß die deutsche Widerstandsbewegung, die am 20. Juli 1944 ihren Gipfel und zugleich auf ihm ihr Ende fand, nicht, wie manche ausländischen Beobachter annehmen zu können meinten, im Jahre 1942 begonnen hat, als die militärische Niederlage deutlich wurde, sondern schon im Jahre 1932. Zu einer Zeit, als den einsichtigen deutschen Männern klar wurde, daß dieses Volk verblendet genug war, daß es einen Hitler an die Macht kommen lassen könnte. Denn das war der tiefere Sinn der Gründung der sogenannten Habsburger Front, über deren Konsequenzen sich vielleicht einige Teilnehmer an dieser Front nicht völlig klar gewesen sind.

Die 1932 begonnene Widerstandsbewegung, die, wie jede revolutionäre Arbeit, der öffentlichen Kenntnis entzogen war, geht in geraden, parallelen Linien, da sie von Männern und Frauen aus allen Schichten getragen wurde, zum 20. Juli. Unterbrechungen dieser Linien kamen häufig vor, weil immer wieder durch die Zugriffe der Gestapo die eine oder andere Gruppe durch Verhaftung einzelner Mitglieder gesprengt wurde und es einer gewissen Zeit bedurfte, bis die übriggebliebenen Mitglieder den Anschluß an andere Gruppen gefunden hatten. Es liegt in der Natur jeder solchen Bewegung, daß es bei dem herrschenden Terror geraume Zeit dauert, bis alle Gruppen eine gemeinsame Spitze finden, die der Bewegung ihre letzte Stoßkraft gibt.

Von Anfang an waren in den militärischen Kreisen Männer vorhanden, wie Generaloberst von Hammerstein, Generaloberst Beck, General Olbricht und seine Mitarbeiter, die eine gewaltsame Beendigung des Hitler-Regimes als Notwendigkeit erkannten. Im zivilen Sektor gab es in allen Schichten der Bevölkerung stärkere und kleinere Gruppen, die aus derselben Erkenntnis heraus ihre

Arbeit begannen. Der Nachweis über die Arbeit der verschiedenen Gruppen wird erbracht werden.

Es wird auch nachgewiesen werden, daß in allen Lagern der deutschen Bevölkerung und in allen Ständen Männer und Frauen am Werke waren, die ohne das Suchen nach irgendeinem persönlichen Vorteil aus den edelsten Motiven, die überhaupt Menschenherzen bewegen können, zum aktiven Widerstand übergegangen sind. Auch die Männer des 20. Juli haben, von ganz wenigen Opportunisten abgesehen, den vollen Anspruch darauf, als Träger der höchsten Menschheitswerte, als Träger der Freiheit, des Rechts und der Humanität angesprochen zu werden.

Es wird weiter der Nachweis erbracht werden, daß der Versuch des 20. Juli weder militärisch noch politisch ein dilettantischer war, sondern daß in nüchterner, sachlicher Prüfung der Gegebenheiten ein Plan ausgearbeitet war, der bei seinem Gelingen nicht nur eine endgültige Liquidierung der Nazi-Herrschaft, sondern auch die Möglichkeit zu einer reibungslosen Engliederung Deutschlands in die Völkerfamilie geschaffen und Garantien für eine wahrhafte Befriedung der Welt gebracht hätte.

Die militärischen Pläne, die eine exakte Generalstabsarbeit darstellten, sind dadurch zum Scheitern verurteilt worden, daß der Verrat bereits in der Nachrichtenzentrale des Reichskriegsministeriums begann und keiner der entscheidenden Befehle der Offiziere, die die Befehlsgewalt übernommen hatten, mehr zu den bereitgestellten und zum Teil schon in Marsch befindlichen Truppen gelangte.

Im zivilen Sektor lagen durch die Arbeit Carl Friedrich Goerdelers, Leuschners und seiner Mitarbeiter sowie besonders auch durch die Vorarbeiten des Kreises um den Grafen Hellmut von Moltke, Pläne vor, deren Durchführung Deutschland aus eigener Kraft eine wahrhaft demokratische Verfassung und einen neuen Geist, wie er heute verlangt wird, gegeben hätten.

Die Darlegung dieser Tatbestände wird schnell die schädlichen Folgen beseitigen, die voreilige Veröffentlichungen von Hintergrund- und Vorzimmerfiguren angerichtet haben.

Wir sind es dem Andenken der Opfer des 20. Juli schuldig und aller der vielen Toten aus der deutschen Widerstandsbewegung, deren Zahl in die Hunderttausende geht, eine wahrheitsgetreue, objektive Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung zu geben, weil nur dann der Tod so vieler bester deutscher Männer und Frauen nicht vergebens gewesen sein wird und zum Segen unseres unglücklichen Volkes und der Welt ausschlagen kann.

Um der Toten und um derer willen, die nach uns kommen/ müssen wir die Wahrheit künden und das harte Leben weiter mit mannhaftem Entschluß ertragen.

RUDOLF PECHEL

Tatsachen

I.

Tatsache ist und bleibt, daß Hitler und sein Regime den Krieg entfesselt, die ganze Welt in namenloses Elend gestürzt, Millionen von Menschenleben vernichtet, unter grausamsten Formen die Juden auszurotten versucht und alle Andersdenkenden unter die Folter und das Beil des Henkers gestellt haben. Tatsache bleibt die Mitverantwortlichkeit des deutschen Volkes an diesen Verbrechen.

Tatsache bleibt aber auch, was nachstehend aufgezählt wird.

Im November 1923 hielt Hitler bekanntlich die Zeit für reif, um durch Gewalt die Macht in die Hand zu bekommen. Am 8./9. 11. 1923 scheiterte sein Putsch, und er entschloß sich zu dem Versuch, durch die Wahl, in der Hoffnung auf die Erreichung der Mehrheit der Wählerstimmen, an die Regierung zu gelangen. Die Ergebnisse dieses Versuchs werden auf den folgenden Seiten wiedergegeben.*)

Wir können als wahr unterstellen, daß diese Wahlen bis auf die beiden letzten völlig unbeeinflusst waren und den Willen der deutschen Wähler rein zum Ausdruck brachten. Bei der Wahl am 6. 11. 1932 machte sich in den kleineren Orten schon eine Beeinflussung der Wähler durch die NSDAP geltend, und die Wahl am 5. 3. 1933 stand schon weitgehend unter dem Terror der SA.

Was besagt nun die unbestechliche Sprache der Zahlen?

Beim ersten Auftreten der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 4. 5. 1924 erhielt sie 6,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen, am 7. 12. 1924 jedoch nur noch 3 Prozent und auch am 20. 5. 1928 nicht mehr als 3,5 Prozent.

Die demagogische Agitation, die sich von Bayern über das ganze Reich ausgebreitet hatte, brachte der Partei bei der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 schon 18,3 Prozent, einen Erfolg, den sie mit einer in Deutschland noch nie dagewesenen Propaganda am 31. 7. 1932 auf 37,2 Prozent steigern konnte. Aber schon die Wahl am 6. 11. des gleichen Jahres zeigte einen empfindlichen Rückgang auf 33,1 Prozent mit einem Verlust von mehr als 2 Millionen Stimmen, der bündige Beweis, daß die Mehrzahl der deutschen Wähler (66,9 Prozent) eindeutig die Übertragung der Macht an Hitler ablehnte. Dabei ist zu

*) Wir entnehmen diese aus der offiziellen Statistik gewonnenen Zahlen der Schrift von Meinrad Hagmann „Der Weg ins Verhängnis“ (München, Mich. Beckstein-Verlag, 5,50 RM), einer brauchbaren Arbeit, die, gestützt auf genauestes Zahlenmaterial, die politische Entwicklung in Deutschland an Hand der Wahlergebnisse aus dem ganzen Reich unter besonderer Berücksichtigung der bayrischen Ergebnisse darstellt.

Die Reichstagswahlen im

Wahl vom		Stimm- berechtigte	Abgegebene Stimmen	Gültige Stimmen
4. Mai 1924	a ¹⁾	38 375,0	29 708,8	29 281,2
	b ¹⁾		77,4	98,6
7. Dezember 1924	a	38 987,3	30 705,0	30 290,1
	b		78,8	98,6
20. Mai 1928	a	41 224,7	31 167,2	30 738,8
	b		75,6	98,6
14. September 1930	a	42 957,7	35 225,8	34 970,9
	b		82,0	99,3
31. Juli 1932	a	44 226,8	37 162,1	36 882,4
	b		84,0	99,2
6. November 1932	a	44 373,7	35 759,1	35 471,8
	b		80,6	99,2
5. März 1933	a	44 685,8	39 655,0	39 343,3
	b		88,7	99,2

¹⁾ a = Grundzahlen in 1000; b = Prozent der Stimmberechtigten. ²⁾ Deutschvölkung und Deutschvölkische Reichspartei. ³⁾ NSDAP (Hitlerbewegung) und Völkischbund, Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei). ⁴⁾ Deutsche

berücksichtigen, daß es Anfang 1929 in Deutschland rund 2 895 000, Ende 1930 rund 3 250 000 Arbeitslose gab.

Selbst bei der Wahl am 5. 3. 1933, als schon der ganze Staatsapparat für die NSDAP eingesetzt und die Arbeit aller andern Parteien auf das empfindlichste gehemmt wurde, erhielt die NSDAP nicht mehr als 43,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen, so daß also selbst nach der „Machtübernahme“ die Mehrheit der Wähler sich unwiderlegbar gegen Hitler und das Programm der NSDAP erklärt hat.

Als Hitler im November 1932 einsehen mußte, daß auch der Weg über die Wahl ihn nicht zum Erfolg führte, beschritt er den letzten ihm noch übrigen

wegung bezeichnet hat, aus nächster Nähe beobachtet hatte. Er hielt Verbindung mit den Generalen v. Schleicher und v. Bredow. Er wurde ebenso wie v. Bose am 30. Juni 1934 ermordet.

Die deutschen Kreise, die in Opposition zu Hitler standen und zum Letzten entschlossen waren, zu denen auch Dr. Paul Stürmer gehört, haben immer wieder gehofft, mit der Generalität gemeinsam, die ja schließlich über die einzigen bewaffneten Kräfte verfügte, arbeiten zu können. Von diesen Gruppen gingen Fäden zu Generaloberst Beck und Generaloberst von Fritsch. Ihr stillschweigend anerkannter Führer, auch wenn eine direkte Fühlung mit ihm nicht bestand, war der Generaloberst von Hammerstein-Equord.

Auch die Pläne der Militärs zu einer radikalen Änderung sind durch die Besuche ausländischer Politiker behindert worden. Wenn Neville Chamberlain nicht nach München gekommen wäre, so wären die von Generaloberst Beck, den Generalen von Witzleben und von Brockdorf vorbereiteten Maßnahmen zu einer Verhaftung Hitlers zur Ausführung gekommen.

Eine Gruppe reiner Aktivisten wurde geführt von Dr. Josef Römer (genannt Beppo Römer). Er war ein Mitglied des Freikorps Oberland und wurde erstmalig 1933 verhaftet, nach drei Monaten wieder freigelassen und im Verlaufe des 30. Juni 1934 erneut verhaftet und nach Dachau überführt. Ende Juli 1939 wurde er entlassen und hat seitdem unausgesetzt daran gearbeitet, Hitler durch ein Attentat bei seiner Ausfahrt aus der Reichskanzlei zum Bahnhof oder zum Flugplatz zu beseitigen. Am 4. Februar 1942 wurde er wiederum verhaftet und nach zweijähriger Haft im KZ. Sachsenhausen am 19. Juni 1944 zum Tode verurteilt. In das Verfahren waren ungefähr 150 seiner Kameraden verstrickt.

Im Dezember 1941 wurde von den Generalobersten von Hammerstein und Beck, von Dr. Goerdeler in einer Unterhaltung im Hause Hammersteins, an der Werner von Alvensleben und ich teilnahmen, der Beschluß gefaßt, daß Generalfeldmarschall von Witzleben mit den zuverlässigen Truppen aus Frankreich ins Rheinland einrücken und die vollziehende Gewalt übernehmen, und daß zur gleichen Zeit Hitler entweder durch ein Attentat beseitigt oder in Haft genommen werden sollte. Diese Botschaft habe ich an Generalfeldmarschall von Witzleben durch Graf von Schwerin-Schwanefeld im Februar 1942 nach Paris überbracht. Durch die Erkrankung Witzlebens, die einen längeren Aufenthalt in Deutschland notwendig machte, und meine im April 1942 erfolgte Verhaftung konnte dieser Plan nicht zur Ausführung gelangen.

Eine wesentliche Rolle bei dem politischen Kampf gegen Hitler hat Harro Schulze-Boysen gespielt, der im Luftfahrtministerium tätig war. Er hatte Verbindung zum Niekisch-Kreis. Zu dem Kreis, der starke Beziehungen zum Ausland, vor allem zu Sowjetrußland, unterhielt, gehörte unter andern auch Günter Weisenborn, Frau Libertas Schulze-Boysen, Frau Harnack-Fish und so mancher Schauspieler und Künstler. Der ganze Prozeß lief später unter dem Rubrum „Die rote Kapelle“. Mit Schulze-Boysen standen mehr als 80 Kameraden vor dem Volksgerichtshof. Er und seine Frau und viele andere wurden Ende 1942 hingerichtet.

1943 retteten die Hans und Sophie Scholl mit ihren studentischen Kameraden Christoph Probst, Alexander Schmorell, Willi Graf und dem Universitäts-

professor Kurt Huber aus edelsten Motiven die Ehre der deutschen Studentenschaft durch ihren Kampf gegen Hitler, den sie und ihre Kameraden mit dem Tode bezahlten.

In der Wehrmacht hatten aus der klaren Erkenntnis heraus, daß auch ohne militärische Niederlage Deutschland unter Hitler verloren sein würde, die Bestrebungen niemals aufgehört, der Terrorherrschaft ein Ende zu bereiten. Die beiden aktivsten waren General Olbricht in der Heimat und General von Tresckow an der Ostfront. Es ist inzwischen bekannt geworden, daß von diesem Kreise verschiedene Attentate, die nicht zum Erfolg führten, so auch das Attentat, Hitlers Flugzeug durch eine Bombe zu vernichten, an dem von Schlabrendorf maßgebend beteiligt war, unternommen worden sind. Ein wichtigstes Widerstandszentrum bildeten in der militärischen Abwehr Admiral Canaris, General Oster und verschiedene jüngere Offiziere.

Auch im Auswärtigen Amt und in einigen anderen Ministerien befanden sich gut und entschlossen arbeitende Widerstandszentralen.

Die Geschichte des 20. Juli, in dem am Schluß aller Widerstand gegen Hitler von ganz rechts bis ganz links einmündete, kann heute noch nicht geschrieben werden. Von der Tatsache dieses Versuchs aber hat die Welt inzwischen Kenntnis genommen. Ebenso von den Männern um den Grafen Helmuth von Moltke, dem sogenannten Kreisauer Kreis, in dem Männer aus allen politischen Lagern, darunter führende Sozialdemokraten, sich zusammengefunden hatten, eine geistige Elite, deren Verlust unersetzlich ist.

Der Widerstand, der von der katholischen und der Bekenrenden Kirche geleistet wurde, ist weltbekannt.

Die hier genannten Gruppen sind willkürlich aus dem überreich vorliegenden Material herausgegriffen. Es wird der Tag kommen, an dem wir alle werden nennen können, die in Deutschland einen guten Kampf gegen Hitler gekämpft haben: die Hunderttausende deutscher Arbeiter, Bürger und Soldaten. Die Kämpfer gegen Hitler haben auf der inneren Front mehr Tote verloren als die gesamte USA-Armee bei der Eroberung Deutschlands.

Es war Winston Churchill, der im britischen Unterhaus folgende Worte sprach:

„In Deutschland lebte eine Opposition, die quantitativ durch ihre Opfer und eine entnervende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört, das in der politischen Geschichte aller Völker je hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen oder von außen, einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens. Solange sie lebten, waren sie für uns unerkennbar, da sie sich tarnen mußten. Aber an den Toten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese Toten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das unzerstörbare Fundament eines neuen Aufbaues. Wir hoffen auf die Zeit, in der erst das heroische Kapitel der inneren deutschen Geschichte seine gerechte Würdigung findet.“

Deutsches Reich 1924 bis 1933

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf

NSDAP und Völkische Bewegung	Deutschnationale Volkspartei	Deutsche Volkspartei	Dt. Demokratische Partei und Dt. Staatspartei	Zentrum Bayer. Volkspartei und Christliche Volkspartei	Sozialdemokr. Partei und Unabhängige Sozialdemokr. Partei	Kommunisten	Dt. Bauernpartei Wirtschaftspartei Bayer. Bauern (und Mittelstands-Bund)	Sonstige Parteien
1 927,9 ²⁾	5 696,4	2 694,3	1 655,0	4 861,0	6 243,9	3 693,1	698,6	1 816,0
6,6	19,5	9,2	5,6	16,6	21,3	12,6	2,4	6,2
910,6 ³⁾	6 205,8	3 049,1	1 919,8	5 252,9	7 979,9	2 709,1	1 005,4	1 257,5
3,0	20,5	10,1	6,3	17,3	26,4	8,9	3,3	4,2
1 076,3 ⁴⁾	4 880,2	2 678,5	1 504,7	4 656,1	9 171,3	3 262,0	1 876,6 ⁵⁾	2 132,2
3,5	14,3	8,7	4,9	15,2	29,8	10,6	6,1	6,9
6 409,6	2 458,3	1 578,2	1 822,4 ⁶⁾	5 187,0	8 577,7	4 592,1	1 702,0	3 143,6
18,3	7,0	4,5	3,8	14,9	24,5	13,1	4,9	9,0
13 745,8	2 177,4	436,0	371,8 ⁷⁾	5 782,0	7 959,7	5 282,6	284,0	843,1
37,2	5,9	1,2	1,0	15,7	21,6	14,3	0,8	2,3
11 737,0	2 959,0	661,8	336,5 ⁸⁾	5 325,2	7 248,0	5 980,2	259,3	964,8
33,1	8,3	1,9	1,0	15,0	20,4	16,9	0,7	2,7
17 277,2	3 186,8	432,3	334,2 ⁹⁾	5 498,5	7 181,6	4 848,1	114,0	520,6
43,9	8,0	1,1	0,8	14,0	18,3	12,3	0,3	1,3

kische Freiheitspartei und Völkischer Block. ³⁾ Nationalsozialistische Freiheitsbewegung. Nationaler Block. ⁴⁾ Deutsche Bauernpartei, Bayerischer Bauern- und Mittelstands-
Staatspartei.

Weg: den über den Reichspräsidenten von Hindenburg. Dieser Weg
führte zum Erfolg, dank der Papen, Oskar von Hindenburg, Meißner, Seidte
und Schacht.

II.

In großen Teilen des deutschen Volkes blieb ein starkes Mißtrauen be-
stehen, das immer erneut durch die Übergriffe der SA und der verschie-
densten Hoheitsträger und viele sonstige Roheitsakte genährt wurde. Auch in den
politisch uninteressierten Kreisen hatte man ein sicheres Gefühl dafür, daß
irgend etwas nicht in Ordnung sei, und suchte nach Bestätigung dieses Gefühls
durch Tatsachen.

Schon vor der sogenannten Machtübernahme und nach ihr in verstärktem Maße waren bestimmte Kreise, in der klaren Erkenntnis des furchtbaren Verhängnisses, das Hitler für Deutschland bedeutete, auf das eifrigste bemüht, seine Regierung zu verhindern und nach der Betrauung seinen Sturz herbeizuführen.

Die schwersten Rückschläge, die diese Bemühungen erlitten, wurden vom Ausland erteilt. Denn die Tatsache, daß fremde Regierungen Hitler und seine Kumpane für verträglich hielten, ja daß man die Verbindung mit ihm direkt suchte und ihm zum Teil nachlief, mußte im politisch unberatenern Teil des deutschen Volkes den Eindruck erzeugen, daß alles in Ordnung sei, und mußte die Arbeit der klar Sehenden auf das empfindlichste schädigen. Das Verhalten des Auslandes war nur zu geeignet, die Hoffnung der Widerstrebenden zu lähmen und sie in Verzweiflung zu stürzen. „So erlebten wir das beklemmende Schauspiel, daß die Repräsentanten des Auslandes sich nicht scheuten, die Hände von Mördern, Lügern, Brandstiftern, Folterknechten, Erpressern, Sexualpathologen und sonstigem Gesindel zu schütteln, daß sie zu den Festen der Nationalsozialisten eilten und sich geflissentlich so benahmen, als seien diese den Abgründen der Gesellschaft entstiegene Gestalten besonderer Aufmerksamkeit würdig.“ (W. Röpke, Die deutsche Frage. Erlenbach-Zürich, E. Rentsch, S. 26.)

Als erster hielt der Vatikan das Hitler-Regime für verträglich und schloß, mißleitet und schlecht beraten durch Franz von Papen, mit dem Hitlerstaat ein Konkordat, das in keiner Weise den deutschen Katholiken einen wirklichen Schutz bot und promptest von Hitler und seinen Leuten gebrochen wurde. Dann begann der Reigen, den Nazipolitiker durch Besuche im Ausland und ausländische Diplomaten durch Besuche bei Hitler getanzt haben.

Im Mai 1933 wurde Alfred Rosenberg vom britischen Außenminister Sir John Simon und vom britischen Kriegsminister Lord Hailsham, ebenso wie von dem amerikanischen Sonderdelegierten Norman Davis empfangen, ohne daß Rosenberg damals mehr als ein reiner Funktionär der NSDAP war und irgendeine Staatsstellung bekleidete.

Am 26. 11. 1934 kam Jean Goy, der Präsident der Vereinigung ehemaliger französischer Frontkämpfer. Im Januar 1935 besuchte, obwohl der 30. Juni 1934 über die blutige deutsche Bühne gegangen war, Lord Allan of Hartwood von der Labour Party und Marquess of Lothian von der Liberalen Partei Hitler, was in Deutschland allgemein als eine Anerkennung des Gewaltregimes durch die englische Regierung gedeutet wurde.

Ein besonders schwerer Schlag traf die deutsche Opposition, als Sir John Simon und Anthony Eden am 24. März 1935 sich von Hitler empfangen ließen. Die Besuche waren zum 7. März angesagt, Hitler verschob sie aber bis zum 24., um am 16. März die allgemeine Wehrpflicht zu verkünden und alle der deutschen Wiederaufrüstung entgegenstehenden internationalen Verträge für aufgehoben zu erklären.

Es ist kennzeichnend für das Hitler-Regime, daß jedesmal nach einem Besuch ausländischer Staatsmänner entweder Maßnahmen getroffen wurden, die be-

stehende außenpolitische Verträge aufhoben oder in Deutschland neue Gesetze und Verfügungen erlassen wurden, durch die der Terror sich verschärfte. Der beste Beweis, wie sehr die Nazis solche Besuche als Stützung ihrer eigenen Position honorierten!

Am 18. 4. 1935 wurde der deutsch-englische Flottenvertrag abgeschlossen.

Am 15. Juni 1935 empfing Hitler die britische Frontkämpferversammlung, die British Legion, unter Führung von Major Fetherstone-Godley.

Im Dezember 1935 fand der Besuch des amerikanischen Unterstaatssekretärs William Phillips statt, der gerade auf wirtschaftliche und politische deutsche Kreise einen starken Eindruck machte, die bisher konsequent jede Verbindung mit den Nazis abgelehnt hatten.

Im Februar 1936 erschien Lord Londonderry bei Hitler (am 7. März 1936 wurde das Rheinland besetzt, worüber die maßgebende englische Sonntagspresse, selbst Garvin im „Observer“ und Lord Rothermeres „Sunday-Dispatch“ sich nach William Shirers „Berlin Diary“, S. 58, höchst befriedigt zeigten).

Im Juli 1936 kam Charles Lindbergh zu Hitler und wurde offiziell als der Vertreter des jungen Amerika mit höchster Begeisterung begrüßt.

Daß bei der Olympiade auch der damalige Sir Robert Vansittart, jetzt Lord Vansittart, nach Berlin kam und sich von Hitler empfangen ließ, erklärt sich wohl einfach daraus, daß er seine konsequente Ablehnung Hitlers durch persönlichen Eindruck noch fundieren wollte.

Am 4. September 1936 erschien Lloyd George, der Sieger des Ersten Weltkrieges über Deutschland, der dem demokratischen Deutschland, das unter schwerster Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not litt, nicht geholfen hatte, nun aber dem nazistischen Deutschland seine Anerkennung nicht versagte.

Im Oktober 1936 kam der Gouverneur der Bank von Frankreich Labeyrie, etwas später der französische Handelsminister Bastid.

Am 22. April 1937 legte Lansbury Hitler, der mehr oder weniger offen vor den Augen der ganzen Welt aufrüstete, einen umfassenden Plan zu einer allgemeinen Friedenskonferenz vor.

Marquess of Lothian war am 3. Mai 1937 zum zweitenmal bei Hitler, und im Oktober 1937 endlich machte der Herzog von Windsor, der frühere englische König, Hitler seinen Besuch.

Am 19. November 1937 wurde Lord Halifax, der spätere britische Außenminister, damals Lordpräsident des Geheimen Rats, von Hitler empfangen, als er die Jagdausstellung in Berlin besuchte.

Trotz des erfolgten Einmarsches in Österreich erschien am 18. 8. 1938 der Chef der französischen Luftwaffe General Vuillemin an Hitlers Hof, und dann kamen die Besuche Neville Chamberlains am 15. und 22. 9. 1938 und später gemeinsam mit Daladier am 29. 9., die zweifellos nur dazu dienen sollten, den Kriegsausbruch noch einmal zu beschwören.

Am 6. 12. 1938 wurde der deutsch-französische Freundschaftspakt unterzeichnet.

Außer den genannten Staatsmännern wurde Hitler aufgesucht von dem polnischen Staatschef Beck, dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowić, dem ungarischen Reichsverweser Horthy, dem ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös, dem König Boris von Bulgarien, dem König Carol von Rumänien und vom Prinzregenten Paul von Jugoslawien, von dem türkischen Minister für öffentliche Arbeiten Ali Cotinkaja, dem ungarischen Ministerpräsidenten Csaki, dem rumänischen Außenminister Gafencu, dem jugoslawischen Außenminister Cincar Marković, dem ungarischen Ministerpräsidenten Teleki, dem bulgarischen Ministerpräsidenten Kjosse Iwanoff.

Obwohl Hitler am 14. März 1939 entgegen allen bindenden Vereinbarungen in München mit den auswärtigen Staatsmännern die Tschechoslowakei überfiel, setzte die Federation of British Industry ihre Verhandlungen mit der deutschen Reichsgruppe Industrie in Düsseldorf fort und gab gemeinsam mit dieser Gruppe am 16. März 1939 ein Kommuniqué heraus, daß eine vollkommene industrielle und wirtschaftliche Einigung — erstmalig in der Geschichte beider Völker — zwischen der deutschen und der englischen Industrie erreicht worden sei.

Nach dem Überfall auf die Tschechoslowakei wurde der britische Botschafter Henderson aus Berlin abberufen, ebenso der französische Botschafter, aber beide kehrten am 25. April gleichen Jahres wieder nach Berlin zurück. Drei Tage später setzte Hitler den deutsch-englischen Flottenvertrag gleichzeitig mit dem deutsch-polnischen Vertrag vom Jahre 1934, beide ohne Kündigung, einfach außer Kraft.

Welche Schockwirkung der Besuch des russischen Außenkommissars Molotow und der Abschluß des deutsch-sowjetrussischen Paktes am 24. August 1939 gehabt haben, bedarf keiner weiteren Erörterung.

„Die führenden Nationalsozialisten stehen so sehr außerhalb des menschlichen Sittengesetzes, daß wir ihnen zuviel Ehre erwiesen, wenn wir an sie den moralischen Maßstab der Schuld anlegen würden. Von Schuld, die zugleich den Begriff der Reue, Sühne und Wiedergeburt einschließt, müssen wir sprechen im Falle aller derjenigen, die, in ihrer geistigen Verblendung und moralischen Verwirrung, durch Handeln oder Unterlassen jenen menschlichen Zerrbildern den Weg gebahnt haben, statt ihn ihnen rechtzeitig zu verlegen. Das aber ist eine Schuld, in die sich die Welt mit den Deutschen selbst zu teilen hat“ (W. Röpke, Die deutsche Frage. S. 31).

III.

Eine der ersten deutschen Gruppen, die schon vor der Regierungsübernahme Hitlers sich zusammengefunden hatte, stand unter der geistigen Führung von Dr. Edgar Jung aus München. Er hatte einen Kreis jüngerer und älterer Männer um sich versammeln können, die mit ihm die Überzeugung teilten, daß eine Regierung Hitlers das Ende Deutschlands bedeuten würde. Jung kannte Hitler und seine Genossen aus persönlicher Bekanntschaft genau, da er das Zusammenlaufen des Haufens, was man fälschlich als die Formierung der Be-

SS-BERICHT ÜBER DEN 20. JULI

AUS DEN PAPIEREN DES SS-OBERSTURMBANNFÜHRERS DR. GEORG KIESEL

Als zweiten Beitrag zur Erhellung des Komplexes „20. Juli“ (der erste erschien unter dem Titel „Goerdeler-Verfassungsklausur“ in Heft 9, 1948), veröffentlichen wir einen Bericht ganz besonderer Art. Bisher haben vornehmlich Mitbeteiligte und ihre Freunde über das Attentat vom 20. Juli und seine Hintergründe geschrieben. Nun ist es ein Gegner, der zu Worte kommt — ein Mann, der an entscheidender Stelle mit der Verfolgung der Widerstandsbewegung zu tun hatte, ein Mann, der die Zentrale der Sonderkommission 20. Juli leitete und in dieser Stelle einen gewissen und umfassenden Überblick hatte über alles, was mit dem Attentat in Zusammenhang stand.

SS-Obersturmbannführer Dr. Georg Kiesel war, soweit wir wissen, zur 20. Juli bei der Polizeibehörde in Nürnberg, später wurde er die rechte Hand des Nürnberger Polizeipräsidenten Dr. Martin. Martin fiel in Ungnade, nachdem er Streicher politisch angeschaltet hatte. Auf Veranlassung Himmlers wurde Kiesel zum Militärbefehlshaber nach Jugoslawien versetzt. Ab 1. Juli 1943 tat er Dienst im Reichssicherheits-Hauptamt in Berlin.

Kiesels Aufgaben auf dem Balkan waren offenbar blutiger Natur. Er ist nach dem Kriege an die jugoslawische Regierung ausgeliefert worden. Noch während seiner Unterbringung in einem Internierungslager wurde er jedoch verschiedenen Belästigungen gegenübergestellt. Diese Verhöhnungen und eine Anzahl Notizzettel von seiner Hand gegen den folgenden Bericht zugrunde.

Wir veröffentlichen ihn — von unwesentlichen stilistischen Änderungen abgesehen, die der leichteren Lesbarkeit halber erfolgten — so, wie er zur Kenntnis der Herausgeber gelangte. Wer den Bericht als historisches Dokument nutzen will, muß jedoch vorher einige mögliche Fehlerstellen berücksichtigen. Der Bericht wurde von einem Antischweizer zusammengestellt, der nicht immer deutlich kennt, wo Kiesels Angaben enden und die eigenen beginnen. Die verwandte Terminologie ist ein Zeichen dafür, daß der Bearbeiter einige Zusammenhänge selbstständig urteilt. (Wir weisen mehrfach in Anmerkungen darauf hin.)

Man wird also bei einer späteren quellenkritischen Untersuchung sehr vorsichtig zwei verschiedene Schichten des Dokuments voneinander abheben müssen. Erst dann gehen die Tatsachen und Kombinationen klar in Kiesel über. Und auch hier ist wieder Vorsicht geboten. Kiesel schrieb seine Notizen aus dem Gedächtnis

nieder und zwar mindestens ein Jahr nach den Ereignissen, also auch unter dem Eindruck des inzwischen erfolgten Zusammenbruchs. Daraus ergeben sich Verstärkungen, was einzelne Namen und Daten anbelangt, aber auch möglicherweise Verschiebungen in der Tendenz. Wenn er die Differenzen zwischen Hitler und dem Generalstab sehr ausführlich und überraschend klar wiedergibt und bei der Schilderung der Motive Beckes und Goerdeler, auch Stauffenbergs, sehr lange verweilt, sind z. B. die Aussagen, die sich mit dem Anteil etwa der sozialistischen Politiker befassen, merkwürdig schmal und blass. Daraus läßt sich entweder schließen, daß das bei Kiesel zusammengehaltene Material über die Teilnehmergruppe wenig aussagte, oder es kann sein, daß sich Kiesel in der Situation vom 1944 für sie weniger interessierte, es kann auch sein, daß er ihre Rolle bagatellisieren sollte, obwohl sie in Wahrheit vielleicht bedeutungs- oder gewesen sein mag. Das alles wissen wir nicht.

Ferner ist zu fragen, was Kiesel eigentlich zu so umfangreichen Aussagen und Niederschriften bewog. Der Trieb, der historischen Wahrheit zu dienen? Die Langeweile des Internierungslagers? Überhaupt: cui bono? Wird hier der Versuch gemacht, bestimmte Kreise des Reichssicherheits-Hauptamts auf Kosten anderer im Lichte internationalen Kessels darzustellen zu lassen?

Unverkennbar ist Kiesels Bitterkeit gegen die Partei. Unverkennbar seine Abneigung gegen Heydrich, und besonders gegen den Beamten-Größenrat Müller. Hitler kommt durchaus schlecht weg — der Fachkriminalist ist erbittert über sozial Einnischung eines Laien; deshalb vielleicht sein Vorwissen und Mitleid für die ohnehin gelagerten Klagen des Generalstabs. Aber erschreken nicht Himmler als ein Mann der Vernunft, Kaltenbrunner als ein zwar schwächer, aber einsichtiger Mensch?

Nur eine sehr genaue Prüfung der Darstellung, nur ein kritischer Vergleich der einzelnen Teile kann auf diese Fragen Antwort geben und zugleich klarstellen, ob und inwiefern Kiesel seine eigenen Spuren in der Tätigkeit der „Sonderkommission 20. Juli“ zu verzeichnen sucht.

Eine nicht noch übrig zu erwähnen: Von welcher faszinierenden Wirkung und Stauffenberg gewesen sein, wenn ein abgeprüfter Häschler wie Kiesel — mag er ihn nun am Abend des 20. Juli in der Bendlerstraße selbst gesehen haben oder nicht — wenn SS-Obersturmbannführer Kiesel ihn als einen Helden ohne Furcht und Tadel beschreibt. v. Z.

SS-Obersturmbannführer Dr. Kiesel wurde am 20. Juli 1944 um 6 Uhr morgens zu SS-Gruppenführer Müller, dem Chef des Amtes 4 des Geheimen Staatspolizei-Amtes, gerufen. Müller war äußerst abgespannt und eröfnete Kiesel, daß er in eine Kommission eingebaut werden solle, die der Aufklärung des Attentats vom 20. Juli diene. Die Geheime Staatspolizei war von den Vorfällen völlig überrascht worden. Seine Aufgabe war es nun, das eingehende Material zu sichten.

Der Ermittlungskomplex nahm bereits nach wenigen Tagen einen derartigen Umfang an, daß Müller eine straffe Gliederung der sogenannten „Sonderkommission 20. Juli“ vornahm. Etwa 400 Beamte waren in ihr beschäftigt. Infolge der Wichtigkeit des Falles übernahm Müller die Leitung persönlich. Die Gliederung erfolgte nach sachlichen Gesichtspunkten und sah folgendermaßen aus:

1. Gruppe: Tatort — Leiter: Kriminalrat Sturmbannführer Kopkow.

2. Gruppe: Berlin, Bendlerstraße — Leiter: Oberreg.-Rat Obersturmbannführer Lischka.
3. Gruppe: a) Berlin-Potsdam — Leiter: Oberreg.-Rat Standartenführer Bock; b) OKW — OKH — Leiter: Oberreg.-Rat Obersturmbannführer Litzenberg.
4. Gruppe: Reichsgebiet — Leiter: Oberreg.-Rat Obersturmbannführer Wolf.
5. Gruppe: Besetzte Gebiete — Leiter: Oberreg.-Rat Obersturmbannführer Höner.
6. Gruppe: Parteilangelegenheiten — Leiter: Kriminalrat Sturmbannführer Sanders.
7. Gruppe: Amt Militär — Leiter: Reg.-Rat Sturmbannführer Günther.
8. Gruppe: Allgemeiner ziviler Sektor und Sonderfälle — Leiter: Kriminalrat Sturmbannführer Lange.
9. Gruppe: Wirtschaftliche Sonderfälle — Leiter: Oberreg.-Rat Obersturmbannführer Quetting.
10. Gruppe: Feldmarschälle und hohe militärische Ränge — Leiter: SS-Oberführer und Oberst der Polizei Klein.
11. Gruppe: Kirchliche Angelegenheiten und Sippenhaft — Leiter: Reg.-Rat Obersturmbannführer Neuhaus.

Diese Gruppen hatten die kriminalistischen Ermittlungen anzustellen. Zwischen den Gruppenleitern und Müller waren zwei Abteilungen eingebaut, die mit den Ermittlungen als solchen nichts zu tun hatten. Die eine war die „Abteilung der Berichterstattungen“ unter dem Obersturmbannführer von Kiepski, der jeden Tag aus der erdrückenden Fülle der Ermittlungsergebnisse den von Hitler geforderten Bericht zusammenzustellen hatte. Eine andere Abteilung wurde von Dr. Kiesel geführt. Ihre Aufgabe war: Sichtung sämtlicher Eingänge durch das Hauptbüro und ihre Weiterleitung an die einzelnen Gruppen; Anordnungen an sämtliche Gruppen, Aufstellung einer Haftkartei, Vorlage einer Durchsicht aller Vernehmungen zwecks Errichtung einer Gedächtniskartei für sämtliche auftauchende Namen, Übernahme des Publikumsverkehrs und des Verkehrs mit den Angehörigen der Beschuldigten, Verkehr mit den Behörden wie Justiz, Militär, Oberreichsanwalt, Propagandaministerium, Heerespersonalamt usw.

Durch diese Tätigkeit konnte Kiesel neben Müller und Kiepski wohl den umfassendsten Überblick über den Gesamtkomplex des 20. Juli gewinnen. Nach monatelanger Ermittlung, die gestört wurde durch fortwährende Sonderbefehle Hitlers, hatte sich ein Bild ergeben, das

sicherlich in der Breite wie in der Tiefe nicht vollständig war, weil infolge der Schnelligkeit des Verfahrens, die Hitler befohlen hatte, eine Anzahl der beteiligten Personen nicht festgestellt werden konnte. Immerhin: es schälten sich verschiedene Gruppen politischer und militärischer Art heraus, die sich in engem oderlosem Zusammenhang gefunden hatten, um aus den verschiedensten Motiven irgend etwas zu tun, das Regime und schließlich Hitler zu besitzigen.

DER MILITARISCHE KREIS

Ein großer Teil des Offizierskorps stellte sich heute als Gegner des nationalsozialistischen Regimes und Hitlers hin. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Hitler und seine Paladine aus rein soziologischen Gründen dem exklusiven Offizierskorps unheimlich waren. Diese Einstellung bestand aber in gleicher Weise bei dem begüterten Bürgertum, insbesondere bei der Großindustrie. Die Abneigung war also nicht politisch oder weltanschaulich bedingt. Das Offizierskorps hat in seiner Gesamtheit Hitler Aufrüstung und Vergrößerung des Heeres mitgemacht. Die Beförderung zu Generalen und Generalfeldmarschällen war ein gern entgegengenommenes Geschenk im Rahmen einer politischen Entwicklung, die absolut den Zielen des Generalstabes entsprach. Es ist also falsch, wenn heute eine grundsätzliche Gegnerschaft behauptet wird. Die Meinungsverschiedenheiten haben sich auf Grund einiger spezieller Fälle und aus taktischen Gründen ergeben, insbesondere aber, als die Abwehr merkte, in welcher gefährlicher Weise Hitler (und vor allem Dingeldey) sich in das politische Machtzentrum der Wehrmacht und den militärischen Nachrichtendienst langsam aber sicher einschaltete.

Der erste Keim zu Differenzen zwischen dem nationalsozialistischen Führung nicht nur, sondern zwischen Hitler selbst und dem Offizierskorps wurde gelegt durch das Ausscheiden des Generalobersten Fritsch.

Hitler hatte in der Meinung, daß Abtreibungen und Homosexualität staatsgefährliche Einflüsse seien, deren Behandlung einem Sonderreferat im Geheimen Staatspolizeiamt anvertraut. Bei der Aktion gegen homosexuelle Kreise wurde nun ein männlicher Prostituiertenkreis homosexuellen Verkehr hatte. Verlauf der Ermittlungen behauptete die

Mann zur Überraschung der Beamten, daß zu diesem Personenkreis auch der Chef der Heeresleitung Generaloberst von Fritsch gehöre. Der Zeuge wurde eingehend unter ständigem Vorhalt darüber vernommen und blieb bei seiner Aussage. Daraufhin meldete Himmler den Vorgang Hitler und fragte an, ob von Fritsch dazu vernommen werden könne. Entsprechend seiner Gewohnheit reagierte Hitler zunächst nicht.

Einige Zeit darauf erfolgte die Hochzeit des Generalfeldmarschalls von Blomberg mit einer Dame, die nebst ihrer Mutter Vorgänge bei der Sittenpolizei hatte. Die Empörung beim Offizierskorps des Heeres, der Marine und der Luftwaffe war allgemein. Im Auftrage der gesamten Wehrmacht sprach von Fritsch bei Hitler vor und verlangte den Rücktritt des Generalfeldmarschalls von Blomberg. Der Generalfeldmarschall des Heeres müsse für sein privates Leben die gleichen Gesetze anerkennen, deren Beachtung von jedem Leutnant gefordert werde. Hitler war wegen des Vorstoßes verärgert und erwiderte unsachlich, daß er auch gegen den Generalobersten von Fritsch nicht eingeschritten sei, als man ihn der Homosexualität beschuldigte. Fritsch war daraufhin äußerst betroffen, verlangte eine Untersuchung und bat, ihn solange zur Disposition zu stellen. Hitler willfaherte. Bei der Gegenüberstellung in Gegenwart von Göring blieb der belastende Zeuge zunächst bei seiner Aussage, um aber dann in einem langen Kreuzverhör der Geheimen Staatspolizei zusammenzubrechen. Als Begründung für seine Beschuldigung gab er an, mit einem Rittmeister von Fritsch in homosexuellem Verkehr gestanden zu haben. Der gleichlautende Name habe ihn auf den Gedanken gebracht, den Chef der Heeresleitung eine Beschuldigung einzubeziehen, weil er infolge der Verwicklung einer so hohen Persönlichkeit die Niederschlagung des Verfahrens erhoffe.

Diese Schilderung fußt auf dem Protokoll, das der Leiter des Sonderreferats zu verhandeln hatte. Die Behauptung, daß der belastende Zeuge von Göring oder der Geheimen Staatspolizei erfunden worden sei, um von Fritsch zu stürzen, ist unwahr. Die Geheime Staatspolizei war damals nicht daran interessiert, gegen die Generalität vorzugehen. Auf der anderen Seite interfragt es aber keinem Zweifel, daß Göring, Himmler und Heydrich die Gelegenheit benutzten, um den ihnen unangenehmen Chef der Heeresleitung zu entmachten.

Hitler dagegen hat von Fritsch dadurch zu rehabilitieren versucht, daß er ihm die Inhaberschaft eines Regimentes verlieh. Mit diesem Regiment ist von Fritsch in den Krieg gezogen und bei der Beteiligung an einem Stoßtrupp vor Warschau 1939 freiwillig in den Tod gegangen, weil er es nicht verwinden konnte, das Heer, dessen Aufbau im wesentlichen sein Werk war, bei seinem ersten Waffengang nicht zu führen.

Die Art der Rehabilitierung des Generalobersten ist von einem großen Teil des Offizierskorps als ungenügend und als Angriff auf die Ehre des Offiziers überhaupt betrachtet worden. Kleinere Kreise, vor allen Dingen um den späteren General Oster, einen engen Mitarbeiter des Admirals Canaris, haben seinerzeit den Standpunkte vertreten, man müsse eine vollendete Tatsache schaffen und Himmler und Heydrich verschwinden lassen. Hitler würde dann gezwungen sein, die moralischen Grundsätze des Offizierskorps anzuerkennen. Diese Überlegungen sind über bloße Redereien nicht hinausgekommen, weil der größte Teil des Militärs nicht daran dachte, eine einheitliche Aktion politischer Art gegen Hitler zu unternehmen. Die große Bedeutung der Affäre von Fritsch für die zukünftigen Ereignisse lag aber darin, daß sich durch die Art ihrer Erledigung in bisher loyale Offizierskreise eine starke Bitterkeit eingeschlichen hatte, die sich gefährlich auswirken konnte, wenn ein weiterer Nährboden dazutrat.

Ein zweites Ereignis von fundamentaler Bedeutung war im gleichen Jahre — 1938 — das Ausscheiden des Chefs des Generalstabes des Heeres des Generalobersten Beck. Er war der deutschen Öffentlichkeit bekanntgeworden durch den sogenannten Ulmer Reichswehrprozeß vor dem Reichsgericht, in dem die beiden Leutnante Scheringer und Ludin — der letztere ein späterer SA-Obergruppenführer und Gesandter in Preßburg — sich wegen Hochverrats zu verantworten hatten. Es war jener Prozeß, in dem Hitler als Zeuge vor dem obersten deutschen Gericht die Gelegenheit wahrnahm, die „Legalität“ seiner Bewegung zu bekunden. Das geschah, als der Vorsitzende von ihm Aufklärung verlangte, wie eine Feststellung im „Völkischen Beobachter“ auszufallen sei, dertzufoige nach einer nationalsozialistischen Machtübernahme „Köpfe rollen“ sollten. In diesem Prozeß trat Beck in einer männlichen und kameradschaftlichen Weise als Regimentskommandeur für seine beiden Leutnante ein.

Als hochbegabter, glänzend qualifizierter Offizier kehrte er bald in den Generalstab zurück und wurde im Verlauf der Entwicklung Führer und Vorgesetzter eines großen Teils der Offiziere, die als Generale im Kriege deutsche Armeen führten. In seiner gesamten militärischen Konzeption war Beck ein Zauderer. Daraus ergaben sich Differenzen mit Hitler. Er fühlte sich verpflichtet, auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus einem Bruch des Versailler Vertrages ergeben konnten. Durch seine außenpolitischen Erfolge aber sicher gemacht, wurden Hitler die Warnungen seines Generalstabes lästig. Als sich Beck mit Entschiedenheit einer Planung der Aktion gegen die Tschechoslowakei widersetzte, fiel die Entscheidung gegen ihn. So schied er aus dem aktiven Dienst aus.

Dieser Vorgang ist wichtig im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung. Bei den kommenden Ereignissen, die mit dem 20. Juli 1944 und mit Becks Tod endeten, war er der große Lenker im Hintergrund. Er hielt nicht nur zu den verschiedenen Kreisen Verbindung, sondern er führte sie selbst oder durch Mittelsmänner. Er hat sich als Meister der Konspiration erwiesen. Keiner der Beteiligten konnte sich später auch nur eines einzigen Falles erinnern, da Beck mit ihm über einzelne Aufgaben im hochverräterischen Komplex anders als unter vier Augen gesprochen hat. Er war ein großer Verschwörer, aber, wie sich später herausstellen sollte, ein schlechter Revolutionär. Sein Ziel, das er sich persönlich gesetzt hatte, war das Amt des Staatsoberhauptes. Sein äußeres Leben nach seiner Verabschiedung schien sehr zurückgezogen. In Wirklichkeit stand er aber nach wie vor in enger Verbindung mit wichtigen Männern des Generalstabes und der Generalität schlechthin. Es gab keine Planung der militärischen Führung, die er nicht zu irgendeinem Zeitpunkt erfuhr, die er nicht beurteilt und kritisiert hätte. Als militärische Autorität blieb er für viele Generalstabsoffiziere der Ratgeber in der Kulisse. Ein bezeichnendes Beispiel für die Art seiner Beeinflussung selbst während des Krieges ist folgender Fall:

Der Oberbefehlshaber einer deutschen Armee, die zum Angriff bereitgestellt wird, erhält von Beck ein Schreiben. In diesem wird die Anlage des Angriffs als verfehlt und undurchführbar bezeichnet. Die Armee tritt zum Angriff an und erreicht die befohlenen Ziele. Es ist selbstverständlich, daß der Oberbefehlshaber in seinem Angriffsschwung und seiner Lagebeur-

teilung skeptisch geworden war, weil Becks Urteil einer besonderen militärischen Rechnungsweise entstammte*.

Bedeutsam für Becks eigene Geisteshaltung wie für seine Beeinflussung anderer prominenter Persönlichkeiten war seine Mitgliedschaft in der sogenannten „Mittwochs-Gesellschaft“ in Berlin, einem Kreis von Männern des wissenschaftlichen und öffentlichen Lebens. Ihm gehörten an: Geheimrat Plauck, der berühmte Physiker, sein Sohn, der frühere Staatssekretär, der preußische Finanzminister Dr. Popitz, der Volkswirtschaftler Prof. Dr. Jessen, der Chef des allgemeinen Heeresamtes, General Olbricht und andere.

In diesem Kreis fand Beck Widerhall für seine Kritik an der deutschen Führung, mit diesen Männern diskutierte er die Tagesprobleme und führte sie unmerklich in seine Konspiration. Mit Ausnahme des greisen Physikers sind alle zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Es war selbstverständlich, daß Becks Stunde in den ersten Kriegsjahren noch nicht gekommen war. Die deutschen Armeen stürmten im Westen und Osten von Sieg zu Sieg. Die Hitlersche Kombination einer Politik des Risikos mit militärischen Blitzkriegen schien sich zu rechtfertigen. Beck wurde in seiner Auffassung nicht wankend. In seiner Beurteilung der Lage fand er einen wichtigen Mitspieler im Chef der deutschen militärischen Abwehr und des Nachrichtendienstes, Admiral Canaris. Dieser war hinsichtlich Hitlers außenpolitischen und militärischen Vorgehens der gleichen Meinung wie Beck. Nach seiner Meinung mußte die aggressive Einverleibungspolitik zum Krieg führen. Es entsprach aber seiner sehr vorsichtigen Form des Auftretens, wenn seine Auffassung nicht zu Hitler gelangte, obwohl sie von Amts wegen als wichtige Grundlage militärischer Entscheidungen hätte berücksichtigt werden müssen. Meistens erschöpfte er sich in fruchtlosen Vorträgen bei Generalfeldmarschall Keitel. Er war äußerst vorsichtig und ging nur ungern ein Risiko ein. Mit Beck wa-

* Dieses Beispiel sagt höchstens, daß Beck mit den Armeeführern in Verbindung blieb mehr nicht. Ob Beck tatsächlich Einfluß auf die Führung der deutschen Armeen im Krieg hatte, entzieht sich offenbar Kiesel's Kenntnis.

er auch nach dessen Ausscheiden in enger Fühlung geblieben.

Durch diesen wurde er nun gegen Ende des Polenfeldzuges angeregt, auf den ihm zur Verfügung stehenden Wegen festzustellen, welche Möglichkeiten es für einen Friedensschluß mit England gäbe, auch wenn es gelte, das nationalsozialistische Regime zu beseitigen. Einer dieser Informationswege führte zum Papst. Ein Abwehroffizier, Josef Müller, im Zivilberuf Rechtsanwalt in München*, war während der Tätigkeit des Papstes als Nuntius bei der bayrischen Regierung dessen Rechtsberater gewesen. Von ihm führte eine Verbindung zu einem bayrischen Vetter namens Leibert, der sich in der Kanzlei des Papstes in Rom befand. Ferner waren beteiligt Generalmajor Oster und insbesondere der frühere persönliche Referent des Reichsjustizministers Dr. Gürtner, Reichsgerichtsrat von Dohanyi, nunmehr Kriegsverwaltungsrat bei der Abwehr.

Angeblieh hat der Papst nach dem Polenfeldzug den Standpunkt vertreten, daß ein Friede mit England auf folgender Grundlage möglich sei:

1. Territoriale Forderungen: Verbleib Österreichs und des Sudetenlandes beim Reich, aber Wiedererrichtung der Tschechoslowakei, die Wirtschaftsvertrag mit Deutschland abschließen soll, Verbleib Danzigs beim Reich, dagegen Rückgabe von Teilen Westpreußens und des Warthelandes an Polen, aber Korridor des Reiches nach Danzig.

2. Personelle Forderungen: Ausscheiden von Ribbentrops, Verbleib Hitlers nur möglich, wenn er sich auf die Reichspräsidenschaft unter Einführung einer Demokratie in Deutschland beschränke. Unter diesen Voraussetzungen sei auch ein Verbleib von Himmler, Göring und Goebbels diskutabel.

Nach dem Westfeldzug kam als weitere territoriale Forderung Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und als kategorische personelle Veränderung das Ausscheiden Hitlers hinzu.

Der zweite Weg, den Canaris ging, führte zu dem britischen Botschafter in Madrid, Sir Samuel Hoare. In den dort geführten Gesprächen wurde allgemein die Frage einer Beendigung des Krieges unter Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes erörtert. Unter den

deutschen-Gesprächspartnern befanden sich ein Flugzeugführer der Lufthansa namens John, der Direktor der Transmare in Berlin, Preschel, und ein Rittmeister Graf Ledebur. Weitere Angehörige der deutschen Abwehr bzw. Männer, die in ihren Diensten standen, waren beteiligt. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat Canaris den damaligen Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder, und durch diesen den Generalfeldmarschall von Brauchitsch unterrichtet.

Die späteren Ermittlungen gegen Canaris gestalteten sich äußerst schwierig, da er abstritt und in jedem einzelnen Punkte überführt werden mußte. Eine Beteiligung am Attentat konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Es ist verwunderlich, daß diese Gespräche sowohl der offiziellen Leitung der deutschen Außenpolitik als auch dem Heydrich zur Verfügung stehenden Nachrichtendienst verborgen geblieben sind. Am Ende des Jahres 1940 hat die ausländische Presse insbesondere in der Schweiz noch offen von den eigenmächtigen Verhandlungen deutscher Generalkreise mit dem Papst geschrieben. Man hat diesen Meldungen aber keine Bedeutung beimessen. So wurde dieser Widerstandskomplex erst im Laufe der Ermittlungen über den 20. Juli 1944 festgestellt. Wenn er auch unmittelbar mit dem Attentat in keinem Zusammenhang steht, so ist er doch bezeichnend für eine bedeutsame konspirative Tätigkeit in der militärischen Führung nach Kriegsbeginn und vor allen Dingen gekennzeichnet durch die Person Beck's als Drahtzieher im Hintergrund.

Hitler hat nach Kenntnis dieser Zusammenhänge den Standpunkt vertreten, „daß es ihn nicht wundere, auf seine offiziell vor dem deutschen Reichstag gemachten Angebote keine Antwort erhalten zu haben. England habe natürlich vorgezogen, mit einem Deutschland Frieden zu schließen, dem „wesentliche personelle Merkmale des verhassten nationalsozialistischen Regimes fehlten“. So verständlich diese Auslegung von Hitlers Blickfeld aus ist, so hat er doch übersehen, daß Ribbentrop alles unterlassen hat, was notwendig

* Ob hiermit eine schriftliche oder mündliche Äußerung Hitlers wiedergegeben ist, muß dahingestellt bleiben.

* Heute Vorsitzender der CSU in Bayern.

gewesen wäre, um ein diplomatisches Gespräch wieder in Gang zu bringen. Ganz abgesehen von der Einschätzung Ribbentrops durch England: er hat auch absichtlich die Brücken abgebrochen und seinen diplomatischen Vertretern verboten, Verbindung mit Deutschlands Gegnern zu suchen. Eines der erschütterndsten Dokumente der deutschen Diplomatie dürfte die Unterrichtung sein, die er seinen Vertretern im Ausland über das Attentat des 20. Juli gegeben hat. In einer Präambel bagatellisierte er zunächst das Ereignis, dann verbietet er die Führung jedes offiziellen oder inoffiziellen Gesprächs über eine Beendigung des Krieges. Solche Auslassungen könnten den deutschen Diplomaten als Schwäche ausgelegt werden. Der deutsche Vertreter im Ausland habe nichts anderes zu tun, als durch sieges-sichere Haltung dem unbedingten deutschen Siegerwillen Ausdruck zu verleihen. Diplomatische und politische Gespräche würden erst aufgenommen, wenn die Waffen das erforderliche Gleichgewicht wieder hergestellt hätten.

Durch diese Anweisung hat Ribbentrop eine wesentliche Aufgabe der Diplomatie, nämlich auch aus aussichtslosen Situationen einen Ausweg zu finden und scheinbar unüberbrückbare Klüfte zu überbrücken, verleugnet und sich zur primitiven Politik der Gewalt bekannt.

Im Verlauf des Krieges sind nun als Folge der deutschen Niederlage starke Differenzen zwischen Hitler einerseits und dem Generalstab andererseits aufgetreten. Sie konnten infolge des Starrsinns Hitlers nicht beigelegt werden, sondern vertieften sich. Im folgenden sind die fünf wesentlichsten Fehlentscheidungen oder Fehlbeurteilungen, die der Generalstab Hitler vorgeworfen hat, aufgeführt:

1. Hitler hielt absichtlich die zahlenmäßige Zusammensetzung des Hauptquartiers äußerst gering. Die Gesamtzahl der dort beschäftigten Personen betrug 50 bis 60 Offiziere. Demgegenüber hatte der Generalstab seine großen Abteilungen, in denen mit peinlichster Genauigkeit die operativen Entscheidungen vorbereitet wurden. Durch das weitverzweigte Nachrichtennetz der Abteilungen „Fremde Heere West“ und „Fremde Heere Ost“ wurde die Grundlage für eine nüchterne und objektive Lagebeurteilung geschaffen. Diese gleiche Tätigkeit hatte im Führer-Hauptquartier ein junger Generalstabsmajor, der aber seiner

Aufgabe sachlich schon deshalb nicht gewachsen sein konnte, weil ihm die nötigen Mittel fehlten. Dagegen ergossen sich nun in das Führer-Hauptquartier durch die verschiedensten Kanäle Nachrichten verantwortlicher und unverantwortlicher politischer Stellen, welche in der Lagebeurteilung des Führer-Hauptquartiers ihre Berücksichtigung fanden, ohne in der sezierenden Kleinarbeit des Generalstabes auf ihre Bedeutung geprüft zu werden. Da nun Hitler seinem Generalstab mit größter Skepsis gegenüberstand, bagatellisierte er dessen Auffassung zugunsten eines zum großen Teil unüberprüften Mosaiks von Nachrichten, das in seinem Hauptquartier eingegangen waren. Aus ihnen gewann er intuitiv seine Schlüsse und damit nach der Auffassung des Generalstabes die falsche Lagebeurteilung.

2. Aus der falschen Lagebeurteilung ergaben sich falsche operative Entscheidungen, wenigstens nach Auffassung des Generalstabes. Aus dem Einschließungsring von Dünkirchen z. B. wurden auf Hitlers Befehl fünf von sechs verfügbaren Panzer-Divisionen und einige Infanterie-Divisionen herausgelöst, um den angeblich von der Somme her bedrohten linken Flügel zu decken. Der Generalstab war der Meinung, daß das französische Heer keine Bedrohung mehr darstelle, daß aber so schnell wie möglich Dünkirchen genommen werden müsse, um die Einschiffung des englischen Heeres zu verhindern. Hitler blieb aber auf seiner Auffassung bestehen, so daß der Angriff auf Dünkirchen verzögert wurde und von jeweils 360 englischen Soldaten 310 über den Kanal gebracht werden konnten. Bei dem späteren Angriff über die Somme ergab es sich, daß das französische Heer nicht mehr in der Lage war, nennenswerten Widerstand zu leisten, geschweige denn, die deutsche Armee durch einen Angriff ernstlich zu bedrohen. — Nachdem die Schlacht bei Smolensk geschlagen war (1941), verlangte der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, Generalfeldmarschall von Bock, mit dem Generalstab den sofortigen Angriff auf Moskau. Nach dessen Lagebeurteilung befanden sich zwischen der deutschen Heeresgruppe und Moskau nur zerschlagene russische Heeresverbände, während frische Streitkräfte aus dem Fernen Osten noch nicht herangeführt sein konnten. Hitler verlangte aber entgegen seinen Zusicherungen und entgegen dem von ihm häufig in der Öffentlichkeit vertretenen Standpunkt



Generaloberst
Boek

wonach militärische Prestige-Erfolge nicht entscheidend seien, die Schlacht um Kiew. Nach der Auffassung des Generalstabes mußte die dortige russische von Marshall Budjonny geführte Armee wie ein reifer Apfel den deutschen Truppen in den Schoß fallen, wenn Moskau gefallen sei. Die Heeresgruppe Süd und die Panzergruppe Kleist würden eine Flankenbedrohung der Heeresgruppe Mitte verhindern. Hitler aber befahl die Vernichtung der bei Kiew stehenden russischen Armee. Nach der erfolgreichen Schlacht verlangte der Generalstab das Beziehen einer Winterlinie und Verharren bis zum Frühjahr. Hitler aber befahl den Angriff auf Moskau. Der General-Quartiermeister des Heeres erklärte, daß er die Truppe nur mit Winterausrüstungen oder mit Munition und Treibstoff versehen könne. Hitler befahl das letztere. Vor Moskau brach der deutsche Angriff zusammen. Es ereignete sich die erste Winterkatastrophe. Als Folge der erheblichen Differenzen übernahm Hitler den Oberbefehl über das Heer selbst. Was den Generalstab mit besonderer Bitterkeit erfüllte, war die Duldung der Propagandawelle, als ob die Führung des Heeres die Versorgung der Truppe mit Winterausrüstungen versäumt hätte. — Im Frühjahr 1942 befahl Hitler nach dem kläglichen Ausgang der Schlacht bei Charkow den Marsch auf Stalingrad und den Kaukasus. Der Generalstab beschwor ihn, sich auf ein Unternehmen zu beschränken. Die deutschen Armeen würden in einer Linie marschieren und sich dann zu zwei entscheidenden Schlachten trennen, ein Vorgang, der sich in der Kriegsgeschichte von Alexander über Cäsar zu Napoleon und Moltke noch nicht ereignet habe. Der General-Quartiermeister erklärte, nur ein Unternehmen versorgen zu können. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kaukasus, Generalfeldmarschall List, legte den Oberbefehl nieder, weil die Verantwortung für Menschen und Material nicht zu tragen sei. Da übernahm Hitler von seinem Hauptquartier in Winnitza aus zusätzlich zu seinen sonstigen Aufgaben den Oberbefehl über diese Heeresgruppe. Tausend Kilometer von der Front entfernt, hat er sein Hauptquartier nicht verlassen und somit gegen ein grundlegendes militärisches Gesetz verstoßen, daß nämlich der Feldherr bei seiner Truppe sein muß. In diesem entscheidenden Jahr kämpfte der Generalstab verzweifelt gegen die These des Führer-Hauptquartiers, nach der eine Landung im Westen zu befürchten sei. Der Chef des Generalstabes vertrat die

Auffassung, daß kleinere Landungen versuchsweise manipuliert werden könnten. Sie könnten jedoch ohne Schwierigkeiten von den in Frankreich stationierten Truppen bekämpft werden. Eigensinnig beharrte Hitler bei seiner Meinung. Während die Entscheidung um Stalingrad heranreifte, rollten die besten Divisionen des Heeres und der Waffen-SS nach dem Westen, und als die Schlacht geschlagen wurde, lagen sie in Frankreich, wie man ironisch sagte, „im Skat“. — Aus all dem ergab sich der Vorwurf einer falschen Plazierung der operativen Reserven.

3. Nach der Auffassung des Generalstabes war das deutsche personelle Kriegspotential des Heeres mit der Aufstellung von 300 Divisionen erschöpft. Hitler befahl, 450 Divisionen aufzustellen. Damit fehlte den Kampfdivisionen der Nachwuchs, der in die neuen Divisionen floß. Diese mußten erst ihre eigenen Kampferfahrungen machen und erlitten dabei schwere Verluste, während sich der Nachwuchs, von den alten Divisionen aufgesaugt, auf schnellstem Wege den Fronterfahrungen angepaßt hätte. Auf Grund eines in einer Laune Hitlers hingeworfenen Wortes ließ Göring 22 sogenannte Luftwaffen-Felddivisionen mit bestem Menschenmaterial der Luftwaffe und vorzüglich ausgerüstet aufstellen. Die Führung bestand aus Luftwaffen-Offizieren, die von infanteristischen Kampf keine Ahnung hatten. Die Bemühungen des Generalstabes, die Männer dieser Divisionen ins Heer zu überführen scheiterten. Daraus ergab sich der Vorwurf der Vergeudung von Menschen als Folge falscher organisatorischer Befehle.

4. Der Ruf des deutschen Soldaten und sein kämpferischer Wert sind bekannt. Was Hitler ihm zumutete, ging über die Kräfte auch der widerstandsfähigsten Soldaten. Normalerweise sollte die Hauptkampflinie einer Division 10 km betragen. Hitler mutete den schwer ausgerüsteten Divisionen Frontabschnitte bis zu 40 km zu. Daraus ergab sich der Vorwurf der Überlastung des deutschen Soldaten.

5. Als Hitler Ende 1941 den Oberbefehl über das Heer übernahm, war seine Absicht ohne Zweifel, die Entscheidung zu beschleunigen. Aus persönlichen und sachlichen Gründen hat er das Gegenteil erreicht. In seine immer stärker werdenden Mißtrauen gegen die militärische Führung befehlete er sich Entscheidungen bis in den Regimentsrahmen vor. Auch wenn er sich selbst für ein Genie hielt, mußte er doch erkennen, daß er schon aus re-

zeitlichen Gründen die Entscheidungen militärischer und politischer Art, die er treffen mußte, nicht bewältigen, geschweige denn durchdenken konnte. — In dieser falschen Beurteilung der Lage legte er sich mit größter Deutlichkeit am 9. November 1942 vor der Öffentlichkeit und vor seinen Alten Kämpfern in München fest. Die deutschen Fronten würden nicht zurückgenommen. Er sagte wörtlich: „Wo der deutsche Soldat steht, da geht er nicht mehr heraus“. In dieser Festlegung durch seine eigene Person ist der psychische Grund zu erblicken, daß es einfach nicht mehr gelang, richtige Entscheidungen über Frontzurücknahmen von ihm rechtzeitig zu erlangen. Der Vertreter des Heeres, Generalfeldmarschall Keitel, sein nächster militärischer Mitarbeiter, war eine äußerst schwache Persönlichkeit, der den Auseinandersetzungen mit seinem obersten Vorgesetzten, die immer unausbleiblicher wurden, aus dem Wege ging. Wichtige Entscheidungen wurden auf diese Weise gar nicht oder zu spät getroffen. In den Kreisen des Generalstabs nannte man Keitel „Laketeil“ oder auch „Nickel“. Es war eine bittere Ironie, denn dieser Führer gegenüber so schwache Mann war stark genug, die Weitergabe wichtiger Berichte an Hitler zu hindern und ihn gegen Warner abriegeln. Es ist durch die Ermittlung, und zwar nicht nur durch die Aussagen der Beschuldigten, festzustellen, daß sich der Führung der Wehrmacht an den Fronten eine starke Verzweiflung bemächtigte. Im Zeichen des Bewegungskrieges der Panzerdivisionen erstarrte die deutsche Kampfführung. Aus solchen Erlebnissen heraus ergab sich der Generalstabschef einer Panzerdivision in Afrika, der spätere Oberst Graf Stauffenberg, zum ersten Male Bitterkeit und Kritik gegen Hitler in sich auf. Wenn er seinem Divisionskommandeur die Räumung einer kleinen Ortschaft aus taktischen Gründen vorschlugen, so war erst die Entscheidung des Führer-Hauptquartiers einzuholen. Wenn sie übertrug kam, dann hatte die Division längst mit nötigen Verlusten an Menschenmaterial die Räumung vollziehen müssen, während im Zuge der beweglichen Kampfführung die Ortschaft erst wieder hätte genommen werden können. Stauffenberg und viele andere im Rahmen der Divisionen erlebten, vervielfachte sich nämlich im Bereich einer Armee. — Das Führerhauptquartier schuf im Jahre 1942 auch eine

örtliche Gewaltenteilung. Der Generalstab des Heeres wurde in seinen Aufgaben auf die Ostfront beschränkt, während der Südosten (Afrika, Italien), der Westen und der Norden unmittelbar vom Führer-Hauptquartier betreut wurden. Aus dieser sachlichen und örtlichen Organisation heraus ergab sich der Vorwurf der falschen Kriegsspitzen-Gliederung.

Die erwähnten fünf Punkte waren die entscheidenden Elemente der Kritik des Generalstabes an Hitler. Die wichtigste Frage war die letzte, weil die führenden Militärs hofften, durch eine vernünftige Regelung der Kriegsspitzen-Gliederung auch die anderen Probleme zu lösen.

Der Vorschlag des Generalstabes ging dahin, Hitler zur Abgabe des Oberbefehls über das Heer zu bewegen. An seiner Stellung als oberster Befehlshaber der Wehrmacht sollte nicht gerüttelt werden. Er hätte also nach wie vor Einfluß auf die große Operationsplanung gehabt. Oberbefehlshaber des Heeres sollte ein Generalfeldmarschall seines Vertrauens werden. Man wollte ihm also keine bestimmte Persönlichkeit aufdrängen. Zur Entlastung des Oberbefehlshabers des Heeres sollte ein Oberbefehlshaber ernannt werden, der die Gesamtverantwortung für die Ostfront zu übernehmen hatte. Weiterhin war der Plan der Errichtung eines Reichs-Generalstabes erörtert worden, damit nicht nur die Interessen sämtlicher Wehrmachtsteile bei einer gemeinsamen Planung zunächst Berücksichtigung finden konnten, sondern vor allen Dingen der General-Quartiermeister aus der deutschen Rüstung eine den sachlichen Erfordernissen entsprechende Verteilung der militärisch-materiellen Kriegsgüter für die Truppen vornehmen könne. Die Forderung nach Errichtung eines Reichs-Generalstabes wurde aber keineswegs als *conditio sine qua non* gedacht, weil man sich darüber im klaren war, daß sie sowohl bei der Marine wie insbesondere bei der Luftwaffe auf Widerstand stoßen würde.

Hitler ist wiederholt sowohl von dem Generalobersten Halder als auch von seinem Nachfolger als Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Zeitzler, die Notwendigkeit einer Änderung der Kriegsspitzen-Gliederung vorgetragen worden. Er hat immer abgelehnt. Die letzte große Auseinandersetzung fand im April 1944 statt und endete mit einem Nervenzusammenbruch Zeitzlers, der darauf zur

Muß wahrscheinlich heißen: 1. Generalstabschef.

Disposition gestellt wurde. Ohne Zweifel hat die Forderung des Generalstabes von Generalfeldmarschall Keitel nur ungenügende Unterstützung erfahren. Das Heer hatte selbstverständlich alle Möglichkeiten einer Ersetzung des Generalfeldmarschalls erwogen. Ein Erfolg konnte aber schon deshalb nicht erzielt werden, weil die stärkste Persönlichkeit im Führer-Hauptquartier an der Entfernung Keitels gar kein Interesse hatte. Zwar machte der Reichsleiter Bormann aus seiner Verachtung des Generalfeldmarschalls kein Hehl. Eine starke militärische Persönlichkeit hätte aber seinem Machtstreben im Wege gestanden. Da war ihm Keitel als schwächerer Repräsentant der Wehrmacht ebenso recht wie der politisch farblose Beamte Lammers, der als Chef der Reichskanzlei gar nicht in der Lage war, das Primat der Partei, so wie es Bormann zielsicher durchsetzte, zu hintertreiben.

Die Gespräche über die Kriegsspitzen-Gliederung bewegten in hohem Maße die Gemüter im Führer-Hauptquartier wie im Generalstab. Schließlich erließ Keitel ein Verbot, überhaupt darüber zu sprechen. So schieden sich zum ersten Male die Geister. Hier soll als Beispiel die Haltung zweier Abteilungschefs des Generalstabes des Heeres dargestellt werden.

Generalleutnant Heusinger, der Chef der Operationsabteilung des Heeres und der Inspirator des täglichen Wehrmachtberichts, betraditierte die Organisation der Kriegsspitzen-Gliederung als einen verhängnisvollen Fehler. Nachdem aber der militärische Vorgesetzte anders entschieden hatte, gehorchte er als Soldat in vollem Umfange dem Befehl. Er ist nach seiner Festnahme und nach einem wochenlangen Verhör im Sinne Hitlers völlig rehabilitiert worden.

Der Chef der Organisationsabteilung des Heeres dagegen, der spätere Generalmajor Siefel, erklärte die fehlerhafte Entscheidung des obersten Befehlshabers der Wehrmacht für so schwerwiegend, daß sich daraus nicht nur katastrophale militärische, sondern auch politische Folgen ergeben müßten. Es sei ein nationales Verbrechen, im Rahmen der militärischen Gehorsamspflicht zu resignieren. Es müsse alles getan werden, sei es auch unter dem Einsatz des Lebens, Hitler zu einer Annahme des notwendigen Verlangens des Generalstabes zu bringen.

Aus der letzteren Betrachtungsweise heraus ergaben sich die Überlegungen, Gespräche und Verhandlungen über die sogenannte „Aktion

der Generalfeldmarschälle“. Die im Dienst befindlichen Generalfeldmarschälle des Heeres sollten, geführt von v. Kluge, vor Hitler hintertreten und ihn gegebenenfalls zur Annahme der Forderungen des Generalstabes zwingen.

Mit diesen Erörterungen hatte eine entscheidende Phase der Entwicklung begonnen. Zugang auf Hitler ausüben zu wollen, bedeutete nach den Vollmachten, die er sich durch ein ungewöhnliches Gesetz in einem Reichstag des Jahres 1942 hatte geben lassen, Hochverrat. Damit hätte die militärische Opposition Vorbereitungshandlungen zu einem hochverrätischen Unternehmen getroffen. Diese Gespräche gingen schon weit über den militärischen Sektor hinaus. Beck hatte bereits in diesem Stadium über Olbricht und Gerdeler die Verbindung zu einem großen zivilen Kreis hergestellt. Ein großer Teil der vom Volksgerichtshof Verurteilten hat von der Planung des Attentates nichts gewußt, sondern lediglich Kenntnis von dem Bemühen gehabt, das deutsche Staatsoberhaupt zu einer Änderung der Befehlsgebung zu zwingen, die den Realitäten entsprach. Dieses Kenntnis genügte für Freisler, den Präsidenten des Volksgerichtshofes, Todesurteile ohne Gnade auszusprechen. Er erörterte später in den Verhandlungen mit einer Reihe von Angeklagten die Frage, wie sie sich den Zwang auf Hitler vorgestellt hätten. Der Führer hätte immer die Vorschläge der Militärs abgelehnt. Dem Generalfeldmarschall gegenüber hätte er keine andere Haltung eingenommen; dann hätte also der Zwang einsetzen müssen. Hitler hätte sich gewehrt, nach einem Schutzdienst gerufen, so daß unweigerlich Blut geflossen wäre. Die so Befragten räumten die Wahrscheinlichkeit einer solchen Entwicklung ein.

Es stellte sich aber heraus, daß wirklich konkrete Gespräche über die Durchführung der gesamten Aktion nicht geführt worden sind. Resignierte man allgemein mit diesem Plan? Bezeichnend war die Meinung des preussischen Finanzministers Dr. Popitz, der äußerte: „Die Militärs denken eben an nichts anderes als an ihre Ritterkreuze“. Stauffenberg bezeichnete später die Generalfeldmarschälle als Pfründer inhaber und als Feiglinge.

Nachdem dieser Plan also schon bei der theoretischen Erörterung (die allerdings, wie die Zahl der Beteiligten anbelangt, sehr in der Breite ging) steckengeblieben war, mußten andere Wege gefunden werden. So schloß sich ein kleiner Kreis von Offizieren zusammen, die folgerichtig das Erfordernis des Tages

25. 8. 29 / 109 - 193

Generalfeldmarschall von Witzleben



Generaloberst Hübner

Ende dachten. Das Ergebnis war: Die Kriegsspitzen-Gliederung muß geändert werden; das entgegenstehende Hemmnis muß beseitigt werden; dieses Hemmnis hieß: Adolf Hitler.

Die wichtigsten Personen dieses militärischen Kreises waren:

Generalfeldmarschall von Witzleben, der als Oberbefehlshaber „West“ abgelöst worden war. Er sollte den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen.

Generaloberst Höppner. Er sollte den Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, ersetzen, wenn dieser, vor eine vollendete Tatsache gestellt, die Mitwirkung ablehnen sollte. Sonst war für ihn die Führung des stellvertretenden III. Armeekorps ausersehen. Höppner war von Hitler mit Schimpf und Schande aus dem Heer entfernt worden, weil er im Winter 1941 aus den gebotenen Notwendigkeiten heraus ohne Genehmigung Hitlers seine Hauptkampflinie verändert hatte. Als ihm als Akt der Gnade ein monatlicher Unterstützungsbetrag angeboten wurde, lehnte er ihn ab. Er habe sich als Offizier bestimmte Rechte erworben, die ihm nur durch ein Verfahren aberkannt werden könnten. Hitler habe nicht die Befugnis, ihm dieses Recht durch einen Gnadenbefehl abzuerkennen. Diese Angelegenheit führte dann im April 1942 zu den Ausfällen Hitlers gegen die wohlverworbene Beamtenrechte im Reichstag, der ihm durch ein Gesetz beschneigte, daß jedes seiner Worte nunmehr Recht setzen könne.

General der Artillerie Olbricht, der Chef des allgemeinen Heeresamtes. Er war der nächste Gehilfe Beck's, gewissermaßen der militärische Chef des Generalstabes der Konspiration.

General der Artillerie Wagner, der General-Quartiermeister des Heeres und sein Mitarbeiter.

General der Artillerie Lindemann.

General der Nachrichtentruppe Fellgiebel, der Chef des gesamten Wehrmachtnachrichtennetzes sowie Vertreter Wagners.

Generalleutnant Thiele.

General von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich.

Oberstleutnant der Luftwaffe von Hofacker, ein Vetter Stauffenbergs, im Zivilberuf leitendes Mitglied der Stahlindustrie, der eine wichtige Rolle als Verbindungsmann mit der Zentrale in Berlin spielte. Es wird noch die Rede sein von seiner Aufgabe, bei von Kluge und Rommel wegen einer Beteiligung am Attentat vorzufühlen.

Oberst Finkh, Oberquartiermeister beim Oberbefehlshaber West, ein genialer Improvisator des Nachschubs. Er wurde aus seiner Tätigkeit gerissen, als die Fronten im Westen schwer ins Wanken geraten war. Er bat nach seiner Festnahme inständig, ihn im Interesse der Armee im Westen den Nachschub solange durchführen zu lassen, bis wieder eine Hauptkampflinie hergestellt sei; dann werde er jede Konsequenz ziehen, die man von ihm verlange.

Generalleutnant von Haase, der Wehrmacht-kommandeur von Berlin, betraut mit der wichtigen Aufgabe, am Attentatstage die Lähmung der wichtigsten deutschen Reichsminister durchzuführen.

Generalmajor Stief, der Chef der Organisationsabteilung des Heeres.

Generalmajor von Treskow, Chef des Generalstabes einer Armee im Osten. Schwiegersohn des Generalobersten von Falkenhayn, des Oberbefehlshabers der deutschen Armee des ersten Weltkrieges in der Schlacht von Verdun. Er sollte Polizeichef werden.

Oberstleutnant von Freytag-Loringhoven, der Beschaffer des Sprengstoffes.

Generalmajor Oster, nächster Mitarbeiter des früheren Chefs der deutschen Abwehr, des Generals Canaris.

Oberst von Marogna-Redwitz, Abwehrleiter in Wien.

Oberst Mertz von Quirnheim, Generalstabschef bei Olbricht.

Oberstleutnant Bernardis.

Hauptmann Clausing.

Oberleutnant von Haefsten, Ordonnanzoffizier beim Befehlshaber des Ersatzheeres. Er war Neffe des Generalfeldmarschalls von Brauchitsch.

Oberst Claus Graf von Stauffenberg, Chef des Generalstabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres.

Neben diesen wichtigsten Akteuren gab es noch eine Reihe von Offizieren, die als Gehilfen in irgendeiner Form mitwirkten.

Es ist bezeichnend, daß sämtliche Beteiligten im Verlaufe ihrer Laufbahn bei Beförderungen von ihren Vorgesetzten als weltanschaulich gefestigte Nationalsozialisten beurteilt worden sind.

Es waren latente und akute Verstöße sowohl gegen die Ehrauffassung des Offizierskorps als auch gegen die Grundsätze der militärischen Führung, welche in Angehörige des deutschen Offizierskorps den Keim legten zu einer Haltung gegen den obersten Befehlshaber, wie sie der Mentalität des deutschen Offizier

tigentlich nicht entsprach. Das Bombenattentat des Grafen Stauffenberg war die Reaktion aus einem Verzweiflungszustand, für den Hitler allein verantwortlich war.

Der Vater des Attentatsgedankens war der Generalmajor von Treskow. Er beabsichtigte ursprünglich, das Attentat selbst durchzuführen, hatte aber keine Gelegenheit, unauffällig an Hitler heranzukommen, weil der Chefadjutant Hitlers, der zugleich der Chef des Heeres-Polizeiamtes* war, die notwendige Versetzung Treskows, gegen den er eine Abneigung hatte, ablehnte. Darum traten die Verschwörer an den Obersten im Generalstabs Meichsner, einen Mitarbeiter Keitels, heran mit dem Ansinnen, Hitler zu töten. Meichsner lehnte ab, hat aber aus Kameradschaft keine Meldung gemacht. Von der weiteren Entwicklung hatte er keine Kenntnis. Freisler verurteilte ihn zum Tode. Stief schied nach einigen Überlegungen ebenfalls aus, worauf sich der Oberleutnant von Haeftern bereit erklärte, Hitler mit der Pistole niederzuschießen. Ein Revolver-Attentat erschien zu unsicher. Darauf wurde der Plan entwickelt, bei einer Gepäckvorführung Sprengstoff in dem Tornister eines Soldaten zur Entzündung zu bringen. Der Plan wurde fallengelassen, da man einen unschuldigen Soldaten nicht opfern wollte. Als Stauffenberg Chef des Generalstabes beim allgemeinen Heeresamt, also bei Olbricht wurde, stellte er sich sofort zur Durchführung des Anschlages zur Verfügung. Um ihm Zugang zu Hitler zu verschaffen, wurde seine Versetzung zum Befehlshaber des Ersatzheeres als Chef des Generalstabes herbeigeführt. Am 1. Juli 1944 trat er dieses Amt an.

Stauffenberg entstammte einem alten schwäbisch-fränkischen Geschlecht. Einer seiner Vorfahren war Gneisenau. Er war im Jahre 1907 geboren und mit Nina von Lerdienfelde, einer preussischen Adelige, verheiratet. In Afrika war er schwer verwundet worden. Er hatte dabei ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand verloren. Als Beweis für seine fanatische Energie mag dienen, daß er im Lazarett trotz schwerer Schmerzen jedes Narkotikum ablehnte, selbst dann, als auch die Komplikationen einer empfindlichen Mittelohrentzündung hinzutraten. Als glänzend qualifizierter Offizier war er in sämtlichen Lehrgängen unter den Besten. Er galt als große Nachwuchshoffnung des Generalstabes, wo man ihn scherzhaft den „zukünftigen Schlieffen“ nannte. Bei aller

verstandesmäßigen Klarheit war er ein Feuergeist und von faszinierender und suggestiver Wirkung auf seine Umgebung. Er war, wenn man das Mosaik der Schilderung aller Bereinigten zu einem einheitlichen Bild zusammenfaßt, ein wirklich universeller Mensch, keineswegs ein einseitiger Militär.

Besonders bemerkenswert waren an ihm, dem Aristokraten, die Sehnsucht und das Ringen um die Vereinigung eines ethischen Sozialismus mit den gräflichen Überlieferungen. Von unbedingt lauterem Charakter, war er rückhaltlos zu jedem Opfer bereit. Rücksicht auf seine eigene Person kannte er nicht. Weder Ehrgeiz noch Eitelkeit waren seine Triebfedern, als er sich im Verlaufe des Jahres 1944 von sich aus zur wichtigsten Aufgabe des ganzen Unternehmens bekannte. Seine Persönlichkeit fiel völlig aus dem militärischen Rahmen. Er war in seiner elementaren seelischen, geistigen und physischen Konstruktion ein echter Revolutionär. Er hatte seine revolutionäre Aufgabe erfüllt. Seine Tragik war, daß seinen Mitspielern in der Breite und in der Tiefe der wesentliche Träger einer Revolution fehlte, das Volk.

Als sich Stauffenberg am 1. Juli 1944 bei seinem Befehlshaber, Generaloberst Fromm, meldete, machte er diesem gegenüber bemerkenswerte Ausführungen. Er sah keine Chance mehr, den Krieg siegreich zu beenden. Es könne bestenfalls der Versuch gelingen, unter Anspannung aller Kräfte auf politischem Wege ein Umlandschieden zu erzielen. Aus Loyalitätsgründen halte er sich verpflichtet, seine Auffassung dem Generalobersten mitzuteilen.

Fromm hörte ihm aufmerksam zu, dankte ihm für seine Offenheit und forderte ihn auf, an die Arbeit zu gehen. Der Generaloberst spielte in den Überlegungen der Putschisten eine wichtige Rolle, weil er Befehlshaber des Ersatzheeres bleiben sollte. So sehr sie ihn aber als Köhner in der militärischen Organisation schätzten, so sehr mißtrauten sie ihm doch. Aus diesem Grunde wurde Fromm in den Putschplan nicht eingeweiht. Mit großer Wahrscheinlichkeit nahmen die Verschwörer aber an, daß Fromm, vor einer vollendeten Tatsache gestellt, mitmachen würde. Er ist später vom Volksgerichtshof zum Tode durch Erschießen verurteilt worden. Auf Grund der Ermittlungen hat man ihm Wehrkraftzersetzung und Defaitismus vorgeworfen. Die Feststellungen haben tatsächlich ergeben, daß aus seiner Dienststelle über verschiedene Kanäle zur Front Skepsis, Kritik an der militärischen

* Wahrscheinlich: Heerespersonalamt.

Führung und Mißtrauen in das wirtschaftliche Kriegspotential flossen. Dieser Tatbestand genügte für Freisler, um auf ein todeswürdiges Verbrechen zu erkennen.

Die offizielle Lesart, die vom Führer-Hauptquartier nach mißlungenem Attentat herausgegeben wurde, sprach von einer „unbedeutenden militärischen Clique“. Schon die Ermittlungen der nächsten Tage ergaben aber, daß die Theorie einer einseitigen militärischen Aktion nicht zu halten war. Vielmehr konnten Verbindungen zu zivilen Kreisen festgestellt werden, die in ihrem ganzen Ausmaß im ersten Stadium der Ermittlungen gar nicht zu übersehen waren.

DIE ZIVILEN KREISE

Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach Zerschlagung der Opposition in den Jahren 1933 bis 1936 die Geheime Staatspolizei die Oberhand behalten hatte. Selbstverständlich konnte die Opposition in Deutschland nicht endgültig ausgeschaltet werden. Wie eine Hydra standen immer neue Oppositionsgruppen auf und tarten sich immer wieder gegen die Nachstellungen der Gestapo. Sicherlich standen der politischen Polizei nach den Jahren 1933 in besonderem Maße die Machtmittel des Staates zur Verfügung. Dies ist aber nicht der entscheidende Grund für die Zerschlagung fortwährender Versuche der im illegalen Kampf bestens geschulten kommunistischen Funktionäre, neue Gruppen zu bilden.

Heydrich hatte, beginnend im Jahre 1933, fast die gesamte Beamtenschaft der politischen Polizei der Weimarer Republik übernommen. Der politische Kriminalist in Deutschland hatte vor der Machtübernahme zwei gegnerische Gruppen, die seine bürgerliche Ruhe gefährdeten und denen er aus diesem Grunde ablehnend gegenüberstand: die Nationalsozialisten und die Kommunisten.

Nachdem die Nazis durch ihre meisterhafte Beherrschung der Schwäche des Weimarer Systems an die Macht gekommen waren, hatten die Beamten der politischen Polizei nur den Kampf gegen den Kommunismus im Rahmen des Nazistaates weiterzuführen. Entscheidend

* Die Verwendung dieses Wortes an dieser Stelle ist auffallend und zu erklären nur aus der Bearbeitung.

** Offenbar stammt dieser ganze Absatz aus der Feder des Bearbeiters und nicht von Kiesel, der sich sicherlich anders ausgedrückt hätte.

war, daß Heydrich im Jahre 1933 erkannt hatte, daß er auf die Masse der fachlich geschulten Beamten der deutschen politischen Polizei nicht verzichten konnte und daß er sie aus diesem Grunde verstärkt im Kampfe gegen die einzig ernsthafte Gefahr des Nazismus, die kommunistische Bewegung, einsetzte. Nur diese politischen Fachleute konnten den Erfolg der Niederhaltung des illegalen kommunistischen Funktionärs für sich verbuchen. Erfahren in der Bewegung der Massen, wußte die Komintern, daß sie im Volke ansetzen mußte, um die Grundlage und Resonanz zu einer revolutionären Situation zu schaffen. Das letztere war leicht herbeizuführen, da die Bereitschaft des Volkes vorhanden war. Dagegen konnte niemals die Chance einer revolutionären Handlung, die ausgenutzt wurde, eine echte Revolution hervorzurufen, wenn die Masse einer solchen Tat verständnislos oder mit Mißtrauen gegenüberstand. Das wußten die Revolutionäre der kommunistischen Bewegung, deshalb standen sie den von ihnen beobachteten Bemühungen um ein Attentat auf Hitler mit großer Skepsis gegenüber und hielten sich in Distanz.

Den beteiligten Militärs gelang es nicht, eine Beziehung zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ herzustellen. Seit dem Jahre 1943 war die Tätigkeit dieses im Juni des gleichen Jahres in Moskau gegründeten Komitees die wirklich exekutive Erscheinungsform der illegalen Kommunisten im alten Reichsgebiet. Es entwickelte sich ein ständiges Kommen und Gehen deutscher Kriegsgefangener, die in einer erstaunlichen Zahl Aufträge des Nationalkomitees durchführten und unerkannt durch die Hauptkampflinie wieder zurückkehrten. General Lindemann hatte den Auftrag, diese Verbindung herzustellen. Er konnte aber seine Absicht nicht verwirklichen.

Als dagegen unabhängig und außerhalb der Vorbereitungen zum Attentat Vertreter des Nationalkomitees die Verbindung zu einem sozialistischen Kreis aufnahmen, nahm die Gestapo verschiedene Verhaftungen vor. Unter diesen befanden sich Professor Dr. Julius Reichwein und der Sozialdemokrat Dr. Leber. Was die Geheime Staatspolizei aber nicht erkannte, war die Verbindung dieser Männer zu einem großen Verschwörerkreis. Man war der Meinung, daß es sich um den wiederholt beobachteten Versuch zum Aufbau eines größeren sozialistisch-kommunistischen Kreises handelte.

Ein besonderer Kreis der Putschisten huldigte sozialistisch-kommunistischen Gedankengängen.

Es war dies der sogenannte „Kreisauer Kreis“ um den Grafen Moltke, einen Großneffen des Generalfeldmarschalls, auf dessen Schloß Kreisau die Beteiligten tagten. Sie knüpften in ihren Ideen an Philosophen und Politiker der Gegenwart wie Ortega y Gasset und Rauschning an. Zu ihrem Programm gehörte eine begrenzte Bodenreform, Dezentralisation der Verwaltung, staatliche Lenkung und Sozialisierung der Schlüssel- und Schwerindustrie und der Banken, Einschaltung der Gewerkschaften in die Politik und vor allen Dingen Anerkennung der Sowjet-Union als sozialistische europäische Macht. Im Verlauf des Monats Juni 1944 wurde die Verbindung mit der kommunistischen Gruppe aufgenommen. Das Ermittlungsergebnis gegen die ersten in diesem Monat verhafteten Mitglieder des Kreisauer Kreises vermittelte Himmler den Eindruck, daß es sich um ungefährliche Phantastereien abgewiegiger Salon-Bolschewiken handele. Unter den Verhafteten war Graf Moltke. Himmler wollte nicht, daß ein Nachfahre des Generalfeldmarschalls Graf Moltke vor den Richterstuhl Freislers komme und war entschlossen, ihn gegen eine Erklärung aus der Haft zu entlassen. Das ist jedoch vor dem 20. Juli nicht geschehen, so daß er nach dem Attentat mit zu den Hingerichteten gehörte.

Im Kreise früherer Mitglieder der Sozialdemokratie war der frühere hessische Innenminister und Vorsitzende der Gewerkschaften Wilhelm Leuschner die prägnanteste Persönlichkeit. Zu ihm traten der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Carlo Mierendorff, Dr. Haubach und Dr. Otto John. An den Kreis alter Sozialisten versuchten Anschluß zu finden eine Reihe von Männern, welche konservativen Kreisen entstammten:

Graf Schwerin-Schwanefeld, ein Neffe des Reichsfinanzministers.

Graf Werner Stauffenberg, ein Bruder des Attentäters. In seiner letzten Zivilverwendung war er Regierungspräsident und stellvertretender Oberpräsident in Breslau. Ihm hatte sich angeschlossen der dortige

Regierungsdirektor Graf Matuschka, ferner

Graf York von Wartenburg, ein Nachfahre des Begründers der Konvention von Tauraggen.

Die Verbindung des Christentums mit dem Sozialismus war ihnen die wesentliche Grundlage zu einem Wiederaufbau des deutschen Reiches. Als mit ihnen im Verlaufe der Ermittlungen diskutiert wurde, wie sich ihre christliche Auffassung mit einem Attentat auf das Reichsoberhaupt vereinbaren ließe, gab

Schwerin eine ernste Antwort: Sie seien eingehend mit sich zu Rate gegangen und zu dem Schluß gekommen, was sie beabsichtigten, sei nicht Mord, sondern ein Gericht. Hitler habe einen ungeheuren Verrat am deutschen Volke begangen. An die Stelle von Sauberkeit sei Korruption, von Gewissensfreiheit Gewissenszwang, von Gerechtigkeit Willkür und von Frieden Krieg getreten. Sein Tod sei die einzige Chance, dem deutschen Volke wieder Befreiung zu verschaffen.

Auch von katholischer Seite aus ist die Frage der Sittlichkeit des Attentats diskutiert worden. Freiherr von Leonrod befragte seinen Beichtvater in München, Pater Delp, ob der Mord an einem Tyrannen eine Sünde sei. Delp verneinte nach eingehender Überlegung, riet aber von einer Beteiligung ab. Vor dem Volksgerichtshof hat er erklärt, daß er sich selbstverständlich darüber im klaren war, daß Leonrod den Mord an Hitler meinte.

Zu dem Kreis der jungen sozialistischen Grafen — sie waren im wesentlichen Alterskameraden von Stauffenberg — gehörten auch die Legationsräte von Trott zu Solz und von Haeflten. Der erstere hatte sich bemüht, eine Verbindung zu den westlichen Alliierten herzustellen; der letztere war ein Bruder des Oberleutnants.

Von den früheren Mittelparteien waren gewonnen worden der frühere Minister Hermes und die Zentrumspolitiker Le Jeune-Jung und Dr. Wirmser. Außerdem war die Einschaltung des katholischen Gewerkschaftlers Jacob Kaiser geplant. In besonderer Verbindung mit dem Ministerkreis stand Graf Lehnndorf-Steinert, in dessen Hause der Reichsaußenminister residierte, solange Hitlers Hauptquartier sich in Ostpreußen befand. Ferner der Generaldirektor der Norddeutschen Seereederei Dr. Roloff mit seinem Mitarbeiter und früheren Legationssekretär Brüggemeier. Von der evangelischen Kirche war Konsistorialrat Dr. Eugen Gerstemeier in enger Fühlung mit dem Grafenkreis.

Die wichtigste Person des gesamten Zivilsektors aber war der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Gerdeler. Mit ihm hatte Beck frühzeitig Fühlung genommen. Er war derjenige, der ihm seine erste Regierung nach glücklichem Attentat als Reichskanzler führen sollte. So spielte Gerdeler auf der zivilen Seite die gleiche Rolle wie Olbricht auf der militärischen. Nach seiner Angabe hatte Hitler ihn 1934 zu sich berufen und ihm die Frage vorgelegt, welchen Betrag er ihm für die deutsche

Aufrüstung zur Verfügung stellen könnte, wenn er ihn zum Reichsbankpräsidenten mache. Er, Gördel, habe ihm die Summe von 15 Milliarden Reichsmark genannt. Darauf sei Schacht zu Hitler gerufen worden, der auf die gleiche Frage hin jeden beliebigen Betrag zugesichert habe; deshalb sei er auch zum Reichsbankpräsidenten ernannt worden. Gördel berichtet, daß sich aus dieser nach seiner Ansicht verantwortungslosen Haltung Schachts eine starke Gegnerschaft zwischen ihnen entwickelt habe. Aus diesem Grunde habe er es abgelehnt, Schacht in den Kreis der Verschwörer einzubeziehen. Bei Schachts späterer Festnahme haben sich auch keinerlei Anhaltspunkte ergeben, wonach ihm irgendeine Rolle im Putschplan zugedacht war; Dagegen ist es möglich, daß ihm Vizekonsul Gisevius von dem Vorhaben allgemein berichtet hatte, da er in Verbindung mit Schacht stand. Gisevius' Aussage ist jedoch mit größter Vorsicht aufzunehmen, da er seit dem Jahre 1932 als deutschnationaler Geschäftsmacher bekannt und von starkem politischem Ehrgeiz erfüllt war. Im Rahmen der Putschvorbereitungen hatte er eine wichtige Aufgabe, die Verbindung zu dem Polizeipräsidenten von Berlin und dem Chef des Amtes für den Reichssicherheits-Hauptamt aufrechtzuerhalten.

Gördel ist dann zum Reichspreiskommissar ernannt worden, hat dieses Amt aber niedergelegt, als die Utterlosigkeit der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik seiner ökonomischen Auffassung allzusehr widersprach. Darauf bot ihm Krupp an, in den Vorstand seines Unternehmens einzutreten. Als die Nazipartei Einspruch erhob, bat ihn Krupp, auf seine Kosten eine Weltreise zu unternehmen, weil er sich durch einen Mann seines Vertrauens über das wirtschaftliche und politische Bild der Welt genau unterrichten wollte. Gördel besuchte Frankreich, England und Amerika und den Vorderen Orient und diskutierte mit Persönlichkeiten des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Sektors in den genannten Ländern. Als er 1938 zurückkehrte, verfaßte er eine Denkschrift über die Beziehungen Deutschlands zur Welt und kam zu folgendem Ergebnis:

1. Deutschlands außenpolitische Wünsche werden auch auf dem Kolonialgebiet erfüllt werden, wenn eine behutsame Außenpolitik der Geduld geführt wird.

2. Die Fortsetzung der bisherigen Politik des Bluffs und der Herbeiführung vollendeter Tatsachen führe unweigerlich zum Kriege.

Göring, dem diese Denkschrift eingereicht wurde, besprach sie mit Himmler. Beide traten der Auffassung Gördels bei und hielten Hitler einen Vortrag. Hitler lachte sie aus, weil er völlig der Ribbentropschen These zugestimmt hatte, wonach die westlichen Demokratien, vor eine vollendete Tatsache gestellt, weder willens noch in der Lage seien, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen. Ebenso wie Beck änderte Gördel während der Jahre der deutschen militärischen Siege seine politische Meinung über den Ausgang des Krieges nicht, wenn es Hitler nicht gelinge, eine politische Lösung zu finden. Unentwegt war er mit der Aufgabe beschäftigt, den personellen Rahmen zu schaffen, um eines Tages bereit zu sein, die Spitzen der Reichsministerien und die Schlüsselstellungen der Verwaltung und Wirtschaft im richtigen Augenblick zu besetzen.

Gördel war ein Feuerkopf, der mit einer Energie ohnegleichen Trommler und Planer der Konspiration war. Sein ausgezeichnetes Fachwissen hätte einer deutschen Regierung von großem Nutzen sein können. Als typischer Repräsentant der Verwaltung und des Bürgertums war er aber auch kompromißgeneigt und erkannte nicht, daß ein vorsichtig gebauter Verwaltungsrahmen zusammenbrechen mußte, wenn er nicht von einer revolutionären Volksbewegung getragen wurde. Er war das Idealbild eines Beamten großen Formats in seiner Korrektheit, seiner Pflichtauffassung und seiner Sachtlichkeit. Diesen Seil hat er bei seinen Vorbereitungen nicht verleugnet. Politisch wäre er geeignet gewesen, die von revolutionären Elementen freigemachten Gewalten zu organisieren. Sie selbst auszulösen, war er nicht imstande.

Um nun die Männer zu binden, die mit ihrer Person und mit Rat und Tat bei einem Umsturz zur Verfügung stehen sollten, hat er sich bald in vorsichtiger, bald in verwegener Art propagandistisch verschiedener Plattformen bedient. Während er zwischen den politischen Gruppen die Verbindung schuf und selbst oder durch Mittelsmänner aufrecht erhielt, galt sein nicht geringes Interesse der Wirtschaft. In diesem Zusammenhang soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den bisher erwähnten Männern um Persönlichkeiten handelte, deren Gegnerschaft zum Nazismus, auf politischen, moralischen und religiösen

* Ausdruck des Bearbeiters.

Beweggründen fundierte. Sie muß daher eine echte Feindschaft genannt werden. Die sich langsam herausbildende Opposition wirtschaftlicher Kreise war aber von materialistischen Motiven getragen und verdient keineswegs das Prädikat einer ethischen Bewegung. Die deutsche Wirtschaft hat im allgemeinen ohne Hemmung die durch Hitler hervorgerufene Produktionssteigerung und die hohen Gewinne begrüßt. Der Nutzen durch die Wegnahme der jüdischen Vermögen war erheblich. Ernsthafte Widerstände gegen den Antisemitismus der Nazi-Partei, der in schwerwiegenden staatlichen Gesetzen verankert wurde, waren nicht vorhanden. Nach den überraschenden Siegen im Osten, Westen und Südosten benutzten die deutschen Wirtschaftsgrößen gern die Gelegenheit, sich die Wirtschaft der besetzten Länder untertänig zu machen. In den Rüstungsinspektionen des Heeres und der Marine wie in den Dienststellen des General-Luftzeugmeisters saßen die Vertrauensleute der Rüstungsindustrie und wachten über die Koordinierung ihrer Interessen mit den staatlichen. Es war ein Beweis für die innere Desorganisation des militärischen Systems, daß ausgerechnet im autoritären Führerstaat und unter dem Zeichen des „totalen Krieges“ eine echte einheitliche Wirtschaftslenkung nicht möglich war. Die Verantwortung dafür liegt u. a. auch bei Göring, der in Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge und durch erhebliche Geldspenden abgelenkt als Leiter des Vierjahres-Planes den Eigennutz der deutschen Rüstungsindustrie abdeckte. Die deutsche Wirtschaft hat sich also die forcierte Blütezeit des Dritten Reiches durchaus gefallen lassen.

Als sich im Verlaufe des Krieges Anzeichen ergaben, die Zweifel am Endsieg aufkommen ließen, bemerkten die deutschen „Wirtschaftsführer“ diese Symptome wohl und bangten um das Kapital. Es setzten allerdings Versuche der sogenannten „kalten Sabotage“ ein, um sich aus dem Risiko der staatlichen Kreditbürgschaften zu lösen. Die Gestapo hat diese Bestrebungen nicht erkannt.

Als nun ein Mann wie Gördele, der auf Grund seiner zahlreichen Bindungen und seiner früheren Funktionen Eingang zu allen Wirtschaftskreisen hatte, versteckt oder deutlich auf die Vorbereitung eines politischen Umsturzes hinwies, gingen die betreffenden Wirtschaftsführer nur zu gern auf eine solche Konversation ein. Sie sahen darin die Hoffnung, ihr Scherlein noch zu retten oder mit einem

blauen Auge davonzukommen. Diese Ausführungen werden deshalb gemacht, um nachträglich festzustellen, daß diesen Männern jede moralische Berechtigung fehlt, sich als ein Opfer des Nazismus zu bezeichnen, weil sie in Verbindung mit Gördele das Übel einer Haft auf sich nehmen mußten.

Der schwedische Generalkonsul Schniewind ist z. B. Mitinhaber des Bankhauses Seiler in München, das aus der Arisierung des jüdischen Bankhauses Aufhäuser hervorgegangen ist. Das Institut war maßgebend an der Finanzierung der Messerschmitt-Werke beteiligt. Als Gördele ihm, Schniewind, Angebote auf eine Beteiligung im personellen Aufbau einer künftigen Regierung machte, lehnte er zwar ab. In einer vertraulichen Besprechung bei den Messerschmitt-Werken riet er aber, das Finanzgebot des Werkes so zu gestalten, daß es auch vor den Augen eines anderen Regimes bestehen könnte.

Herbert Göring, ein Vetter des Reichsmarschalls, konnte sich zwar im vertrauten Kreise nicht genug tun, über die Gewohnheiten seines hohen Anverwandten zu spotten. Sein einziges Kapital im Dritten Reich war aber der Name Göring und seine familiäre Beziehung zum zweiten Manne des Staates. In seiner Verbindung mit Gördele versuchte er, sich ein Alibi für den regelmäßigen Bestand seines Vermögens zu sichern. Eine Überprüfung der Entwicklung des Vermögens all dieser Wirtschaftsführer wäre sicherlich lehrreich, für die Geschichte der Unterstützung Hitlers durch die deutschen Wirtschaftsführer.

Im sogenannten Reusch-Kreis, einem über ganz Deutschland verzweigten Gremium von Wirtschaftlern um Kommerzienrat Reusch, den früheren Direktor der Gute-Hoffnung-Hütte, im Kreis um die Firma Bosch — Gördele war Vollstrecker des Bosch'schen Testaments — und bei den ausgedehnten „Kamin-Gesprächen“ bei einem der größten Grundbesitzer Deutschlands, Wentzel in Tentschenthal bei Halle a. d. Saale, fand Gördele die Plattform, seine Ideen zu entwickeln und für sie zu werben. Mit einer peinlichen Genauigkeit hat er später die Vielzahl seiner Gesprächspartner angegeben.

Als die Zeit des Attentates heranreifte, einigte sich Gördele mit Beck auf eine personelle Besetzung der Reichsregierung mit ihm selbst an der Spitze, die folgendermaßen aussehen sollte:

Der frühere deutsche Botschafter von Hassell, Schwiegersohn des Großadmirals von Tirpitz,

sollte Außenminister werden. Er wurde durch Hitler von seinem Botschafterposten in Rom auf Verlangen Mussolinis abberufen. In einem Memorandum hatte er dem deutschen Staatsoberhaupt dringend von dem Abschluß des Achsenbündnisses abgeraten. Nach den geschichtlichen Erfahrungen ziehe in den Mächtegruppierungen der Welt jedes Bündnis die Errichtung eines Gegenbündnisses nach sich. Das vermutlich sich als Reaktion gestaltende Bündnis Englands mit Amerika sei in seinem wirtschaftlichen und politischen Potential um ein vielfaches stärker als ein deutsch-italienisches. Den italienischen Partner betrachte er überdies als höchst unzuverlässig. Nachdem Mussolini durch eine Indiskretion von dieser Stellungnahme des deutschen Botschafters erfahren hatte, mußte dieser Rom verlassen.

Im Rahmen der neuen deutschen Außenpolitik sollte der letzte deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, auf Grund seiner guten Beziehungen zu Generalissimus Stalin einen Sonderauftrag übernehmen.

Die Besetzung des Reichinnenministers war noch nicht entschieden. Kandidat war der frühere Sozialdemokrat Dr. Leber. Dagegen sollte den Posten des Staatssekretärs der Regierungspräsident Graf von der Schulenburg übernehmen.

Für das Arbeitsministerium war der frühere Gewerkschafter Leuschner, für das Kultusministerium der preußische Staatsminister Dr. Popitz ausersuchen; Le Jeune-Jung sollte Wirtschaftsminister und der Zentrumsolitiker Dr. Wirmser Justizminister werden. Als Finanzminister war das Vorstandsmitglied der Radiogesellschaft Philips, Loeser, vorgesehen. Er war früher unter Gerdeler Bürgermeister in Leipzig.

Eine besondere Entwicklung nahm im Rahmen der Putschvorbereitungen der preußische Finanzminister Dr. Popitz. Er war als preußischer Staatsminister Mitglied des Reichskabinetts, dessen letzte gemeinsame Sitzung im Jahre 1937 stattfand. Von diesem Zeitpunkt an sei es einer Reihe von Reichsministern wie z. B. Frick, Schwerin-Krosigk, Seidte und auch ihm nicht mehr gelungen, zum Vortrag bei Hitler durchzudringen, der ja nicht nur das Staatsoberhaupt, sondern auch als Reichskanzler Chef der Regierung war. Er habe wenigstens noch einige Zeit die Möglichkeit gehabt, Göring als verantwortlichem Ministerpräsidenten die Sorge vorzutragen, die er sich zu seinem Bedauern als Minister über die Entwicklung machen mußte. Aber auch Göring sei ihm nach einiger

Zeit ausgewichen, weil er entsprechend dem Lauf der Dinge gegen Hitler ebenfalls nichts zu unternehmen in der Lage war. In seinen Überlegungen, dies untragbare System, das eine Einflußnahme des verantwortlichen Reichskabinetts auf die Staatsführung ausschloß, zu ändern, habe er sich in der „Mittwoch-Gesellschaft“ mit dem Generalobersten Beck ausgesprochen. Dieser habe ihn seinerzeit in die Absicht eingeweiht, Hitler durch eine Aktion der Generalfeldmarschälle zu einer Kursänderung zu zwingen. Popitz habe in Beck's personellem Plan Mängel gesehen, vor allem sei ihm die Persönlichkeit Gerdeler's als ungeeignet erschienen. Popitz bemühte sich dann, durch Aussprachen mit Offizieren, insbesondere mit dem Generalmajor von Treskow, auf die militärische Aktion Einfluß zu gewinnen und sie voranzutreiben. Er erkannte aber bald, daß die deutschen Generalfeldmarschälle aus den verschiedensten Gründen zu einer gemeinsamen, gefährlichen Aktion nicht zusammengeschlossen werden konnten. Aus dieser Erkenntnis habe er andere Möglichkeiten einer Änderung der Verhältnisse erwogen. Dabei sei er zu der Überlegung gekommen, eine Persönlichkeit der nationalsozialistischen Führung zu gewinnen, um damit in der Partei und ihren Organisationen vor den in ihnen erfaßten Massen eine Legitimation zu erhalten. Über diese Zusammenhänge sprach er sich des öfteren mit seinem Nachbarn, dem Rechtsanwalt Dr. Langbehn, aus. Dieser war der Vertrauensanwalt des SS-Obergruppenführers Wolff, Leiter des persönlichen Stabes Himmlers und später höchster SS- und Polizeiführer und Wehrmachtbefehlshaber in Italien. Langbehn lenkte den Gedanken Popitz' auf Himmler, den er persönlich kannte und schätzte. Es ist nun bezeichnend, wie bei den folgenden Erörterungen Himmlers Person von den Putschisten beurteilt wurde. Zwar galt er als verantwortlich für die Errichtung des politischen Systems im Dritten Reich, doch war der große Motor und Satan an seiner Seite, Heydrich, tot. In verschiedenen Kreisen des 20. Juli glaubte man, daß Idealismus und eine überspannte Ideologie in Himmlers Charakterbild überwiege. Da er nun in der Partei und in der Waffen-SS über starke Machtmittel verfügte, schien er Popitz als der geeignete Mann zu einem Bündnis. Dies galt um so mehr, als seine Gegnerschaft zu Bormann und zu dem korrupten Parteiapparat bekannt

* Vermutlich: Höherer.

war. So wurde Popitz' Versuch, eine Aussprache mit Himmler zu wagen, zwar mit gemischten Gefühlen aufgenommen, aber letzten Endes doch gebilligt.

Langbehn setzte Wolff seine Auffassungen über die Lage auseinander und erklärte, daß Hitler gezwungen werden müsse, die Verhältnisse organisatorisch und politisch zu ändern. Wolff fragte seinen Bekannten, ob er lebensmüde geworden sei. Er kenne doch die unbedingte Treue des Reichsführers SS zum Führer. Langbehn erwiderte, daß die Treue zum Volk ethisch höher stehe, als die Treue zu einer Person, die ihre beschworenen Grundsätze veraten habe. Wolff wurde jedenfalls durch die Unterredung so stark beeindruckt, daß er tatsächlich eine Aussprache zwischen Himmler und Popitz vermittelte, wie Langbehn vorschlug.

Die Unterredung fand im Sommer 1943 statt, als Himmler das Amt des Reichsinnenministers übernommen hatte. Sie dauerte zwei Stunden. Die beiden Gesprächspartner entwickelten vorsichtig ihre Ansichten über die Lage, stimmten sie in einigen Punkten aufeinander ab, auch über die Notwendigkeit einer Änderung waren sie sich im klaren; um den eigentlichen Kernpunkt des Problems, Hitler zu zwingen, diese Änderung herbeizuführen, gingen sie herum wie die Katze um den heißen Brei. Deswegen endete dieses Treffen wie das Hornberger Schießen.

Die weiteren Bemühungen von Wolff und Langbehn, eine Fortsetzung des Gesprächs herbeizuführen, scheiterten. Himmler wollte sich offenbar nicht weiter aus seiner Reserve herauswagen. Die Mehrzahl der Verschwörer stand Popitz nach seiner Unterredung mit Himmler mit starkem Mißtrauen gegenüber, so daß er in die unmittelbare Attentatsplanung nicht eingeweiht war.

Über den schon erwähnten Vizekonsul Giesecke, der mit SS-Gruppenführer und General der Polizei Nebe, dem Leiter des Amtes V des Reichssicherheits-Hauptamtes, also dem Chef der gesamten deutschen Kriminalpolizei, befreundet war, gewannen die Verschwörer Eingang in die oberste deutsche Exekutiv-Behörde. Nebe war ein enger persönlicher Freund des Amtschefs IV, des Chefs der Gestapo, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei, Heinrich Müller. Nebe war wie jeder der sechs Amtschefs täglicher Tischgast bei Kaltenbrunner und vermutlich in alle geheimen Reichssachen eingeweiht. Er war entschlossen, am Attentatsstage die notwendigen Beamten

des Reichs-Kriminalpolizeiamtes zur Verfügung zu stellen. Ersäunlich bleibt das Ausmaß seiner Beherrschung und Verstellung. In den ersten Tagen nach dem 20. Juli 1944 beteiligte er sich selbst an Festnahmeaktionen, bis er dann spurlos verschwand, um erst nach Monaten wieder aufzutauhen. Sein engster Freund Müller hat ihn in seiner Eiseskälte dem erbarmungslosen Urteilspruch Freislers ausgeliefert.

Der Chef des Amtes Militär des Reichssicherheits-Hauptamtes, Oberst im Generalstabe Hansen, Nachfolger des Admirals Canaris in der Leitung der deutschen Abwehr nach ihrer Unterstellung unter Kaltenbrunner, stand in enger Fühlung mit Nebe und dem Kreis der jungen Grafen. Die Kombination der beiden Amtschefs, der obersten deutschen Exekutivbehörde ist von den Putschisten völlig ungenügend ausgenutzt worden. Hier hätte es spielend gelingen können, den einzigen Mann, welcher der entscheidende Gegner in der Exekutive war, SS-Gruppenführer Müller, schwachmatt zu setzen.

Seit geraumer Zeit war der Polizeipräsident von Berlin, SA-Obergruppenführer Graf Helldorf, Träger des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, zum Kreis der Verschwörer getreten. Er hatte die Aufgabe mit den von Nebe zur Verfügung gestellten Kriminalbeamten alle Festnahmeaktionen durchzuführen. Außerdem sollte er das Amt eines Chefs der deutschen Polizei bis zu Treskows Eintreffen von der Front übernehmen. Der Beteiligung des Grafen Helldorf standen die Putschisten in Anbetracht seiner geringen moralischen Qualitäten mit großer innerer Reserve gegenüber.

Aus dem schillernden Bild der Beweggründe und Interessen ergibt sich die Mannigfaltigkeit der oppositionellen Personenkreise. Man kann ersehen, daß es sich um eine Addition vielfältiger Berufsgruppen handelte; Eine Verschmelzung zu einem einheitlichen politischen Programm auf christlich-sozialistischer Grundlage kam aber nicht zustande. Dort, wo sie sich abzeichnete, steckte sie noch in den theoretischen Anfängen. Was die politischen Auffassungen der Putschisten zusammenhielt, war ein Kompromiß: Der Sturz Hitlers.

VORBEREITUNGEN ZUR TAT

Diese Betrachtungen haben gezeigt, wie ausweglos die deutsche Außenpolitik überhaupt geworden war.

Die Überlegungen über die außenpolitische Linie, die während der Vorbereitungen zum Attentat angestellt wurden, sind zu keinem Ergebnis gelangt. Man rechnete mit den Gegensätzen im gegnerischen Lager und dachte, sie auslösen zu können.

Der größte Teil der Beteiligten war nach dem Westen orientiert. Nur die sozialistische Gruppe, vor allen Dingen aber Stauffenberg selbst, wünschte auch eine Anlehnung an die Sowjetunion. Botschafter Graf von der Schulenburg, der die russischen Verhältnisse und ihre propagandistische Verfälschung durch die offiziellen deutschen Thesen kannte, riet zu einer Verständigung mit Stalin, wobei er sich bereit erklärte, durch die deutsche Hauptkampflinie den Weg zu ihm zu suchen. Erstaunlich ist, daß es nicht gelungen ist, zum Nationalkomitee „Freies Deutschland“ eine Verbindung herzustellen. Alle Behauptungen, wonach eine Kombination der Putschisten mit Mitgliedern des Komitees im Sommer 1944 den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Osten herbeigeführt haben soll, sind falsch.

Zu den westlichen Alliierten hatte Legationsrat von Trott zu Solz Beziehungen anzuknüpfen versucht. Sein Weg führte zu den beiden schwedischen Bankiers Wallenberg. Von dort ist vermutlich auch eine Denkschrift auf den Schreibtisch Churchills geflattert. Irgendeine verbindliche Antwort wurde nicht erteilt. Ebenso unverbindlich waren Gespräche, die Langbehn nach seiner Angabe mit dem früheren Völkerbund-Kommissar in Danzig, Professor Burkhardt, geführt hatte.

Jedenfalls stand fest, daß die Männer um den 20. Juli auf keine irgendwie geartete Zusage seitens der Alliierten bauen konnten. Deshalb setzten sie in ihrer außenpolitischen Konzeption ihre Hoffnung auf den befreienden Schock, den die Alliierten nach der Beseitigung Hitlers und des verhassten Regimes erleben würden. Als wichtige Voraussetzung sollte das Attentat so rechtzeitig angesetzt werden, daß sich noch erhebliche Teile der besetzten Länder als Faustpfand in deutscher Hand befanden. Erst nach einer sichernden Vereinbarung wollte man die deutschen Truppen an die Reichsgrenze vor dem 1. September 1939 zurückziehen. Daraus ist ersichtlich, daß die außenpolitischen Gedankengänge der Putschisten keineswegs originell waren. Sie haben die Dynamik der großen durch den Krieg ausgelösten Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich nicht begriffen.

Die innerpolitischen Vorbereitungen waren von einer erstaunlichen Dürftigkeit und Naivität. Die vollziehende Gewalt sollte von den stellvertretenden kommandierenden Generälen übernommen werden. Keiner dieser Generäle ist eingeweiht worden. Nur der eine oder andere Offizier hatte gelegentlich davon gehört, daß irgend etwas geplant sei. Es war ein Befehlswort vorhanden, welches auch tatsächlich am Attentatstage durch Fernschreiben an sämtliche stellvertretenden Generalkommandos mit Fromms Unterschrift durchgegeben wurde. Darin wurde mitgeteilt, daß der Führer tot sei. Ferner wurde die Festnahme der Gauleiter, Kreisleiter, Höheren SS- und Polizeiführer und der Chefs der Sicherheitspolizei befohlen. Die Ordnungspolizei wurde überhaupt nicht erwähnt. Man rechnete nach Hitlers Tod mit ihrer Mitwirkung. Zu den stellvertretenden kommandierenden Generälen sollten sogenannte Verwaltungsbeauftragte treten, die die gesamte zivile Gewalt in dem jeweiligen Wehrkreis zu übernehmen hatten. Der größte Teil dieser Männer hatte keine Ahnung von dem Amt, das ihnen übertragen werden sollte. Diese Unterlassung ist um so unverständlicher, als es bei der Übernahme des Staatsapparates auf Stunden, ja Minuten ankommen konnte, wenn man die Exekutivmacht an sich reißen wollte. Eine Reihe der ausgewählten Persönlichkeiten hatte im öffentlichen Leben bereits eine verdiente Rolle gespielt, wie die beiden Reichswehrminister Noske und Geßler, der frühere Oberpräsident von Lüninck und der ehemalige Oberbürgermeister von Hannover, Dr. Menge. Wenn diese Männer auch die Probleme der Verwaltung kannten, so wäre es doch unmöglich für sie gewesen, sich durchzusetzen, wenn nicht vorher von ihnen wenigstens einige Rahmenvorbereitungen hätten getroffen werden können. Auch die Personenauswahl war in verschiedenen Fällen unglücklich. Das möge Nürnberger Beispiel zeigen. Zur Übernahme des Zivilamtes im Wehrkreis XIII war man an den über 70 Jahre alten früheren Gewerkschaftler Böhm, einen Bekanntnen Leuschners, herangetreten. Lange hatte der alte Mann im Hinblick auf seine mangelhaften Fachkenntnisse und sein hohes Alter abgelehnt, um schließlich aus patriotischen Gründen, wie er sagte, zuzustimmen. Über vier Regierungsbezirke sollte dieser Greis in einer Krisensituation sondergleichen die Zivilgewalt ausüben.

Der Verfasser des sogenannten Zivil-Mobilmachungsplanes der Putschisten spekulierte



Generalmajor Srief (Mitte) in der Gerichtsverhandlung

ur das Untertanentum der zum Gehorchen er-
zogenen Deutschen. Es würde sich, wie er
laubte, bei der Nachricht, daß Hitler tot sei,
ohne weiteres den neuen Gewalten unter-
werfen.

Als nach dem 20. Juli 1944 nach Gördelers
Verhaftung wurde, stellte ein Beamter in einem
Hotel am Anhalter Bahnhof, in dem Gördelers
Wohnung abgestiegen pflegte, Nachforschungen an.
Dieses Haus war im Januar 1944 wegen Bomben-
schaden geschlossen und am 15. Juli 1944 wie-
der eröffnet worden. Gördelers hatte an diesem
Tag vorgesprochen. Dabei hatte die Direktion
vergessen, ihm ein verschlossenes Aktenstück
zuhandigen, das ein halbes Jahr vorher dort

im Safe deponiert worden und in der Bomben-
nacht verschont geblieben war. Der Beamte be-
schlagnahmte es. Als es im Reichssicherheits-
Hauptamt geöffnet wurde, überraschte sein In-
halt selbst den gewiegtsten Kriminalisten: In
ihm befand sich der Entwurf einer Rede an das
deutsche Volk nach dem geglückten Attentat.
Ferner ein Memorandum an die westlichen
Alliierten und eins an die östlichen Alliierten
nebst Befehlswürfen zur Übernahme der
vollziehenden Gewalt.

Gördelers hatte anscheinend diese gravieren-
den Aktenstücke vergessen, jedenfalls hatte er
keinerlei Nachforschungen nach ihnen angestellt.
Diese Fahrlässigkeit gefährdete jedoch nicht nur

ihn selbst, sondern den ganzen Putschplan. Das ist ohne Beispiel in der Geschichte der Verschwörungen. Die Vorbereitungen im Innern zeigten insgesamt eine fast komische Mischung von Bürokratie und Improvisation.

Nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Osten und infolge der Invasion im Westen wankten die deutschen Fronten erheblich, so daß eine wichtige Voraussetzung der außenpolitischen Konzeption, nämlich der Besitz größerer Gebiete außerhalb der alten Reichsgrenzen zur Ermöglichung einer Verhandlungsbasis ins Wanken zu geraten drohte. Aus diesem Grunde drängte Gördele bei Stauffenberg auf die Durchführung des Attentats. Er hatte sich seiner unbedingten Bereitschaft noch einmal durch Handschlag versichert. Stauffenberg plante das Attentat für den 6. und dann für den 11. Juli, ist aber nicht zur Ausführung geschritten, weil Himmler fehlte, der unbedingt mit zur Strecke gebracht werden sollte. Die Putschisten waren sich über die echten Machtverhältnisse in der Exekutive völlig im klaren. Die zur vollkommenen Bedeutungslosigkeit herabgesunkene Person Görings hatten sie völlig ignoriert. Dabei war der dritte Mann, dessen Person sie sich unter allen Umständen bemächtigen wollten, nicht etwa Kaltenbrunner, sondern der starke Mann hinter der Kulisse des Reichssicherheits-Hauptamtes, Gruppenführer Müller, der in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt war.

DER ABLAUF DES 20. JULI

Es ist in der Öffentlichkeit behauptet worden, daß die Festnahme Reichweins und Lebers Stauffenberg zur Eile getrieben habe, um diese zu retten. Sicherlich hatte er den Wunsch und die Hoffnung, zum Ziele zu gelangen, bevor ihre Aburteilung erfolgte. Entscheidend für die Festlegung des Zeitpunktes war jedoch der militärische Druck an den Fronten. Am 15. Juli war er entschlossen, auch bei Himmlers Abwesenheit die Bombe zur Explosion zu bringen. Doch kam er an diesem Tage zu überraschend zum Vortrage. Am 20. Juli flog er vom Flugplatz Rangsdorf mit Oberleutnant von Haeftern, seinem Ordonnanz-Offizier, ins Führer-Hauptquartier nach Rastenburg, wo er von Fellgiebel, Thiele und Stief erwartet wurde. Es war gegen 14 Uhr, die sogenannte Mittagslage hatte bereits begonnen, als Stauffenberg den Raum betrat. Keitel bemerkte ihn und sagte zu Hitler: „Mein Führer, hier ist Oberst Graf Stauffen-

berg, der Ihnen nachher über die Neuaufstellung von Divisionen Vortrag halten wird.“ Hitler, der in der Mitte der Breitseite des Lagetisches stand, winkte Stauffenberg an den Tisch, der sich an dessen Ecke rechts von Hitler begab. Zwischen den beiden befanden sich zwei Generale. Der Attentäter hatte einen chemisch-mechanischen Zeitzünder an der Bombe bereits mit einer Zange eingedrückt. Die Schwäche der restlichen drei Finger seiner linken Hand machte, wie er vorher festgestellt hatte, noch diese Hebelwirkung notwendig. Er war also in Eile. Deshalb legte er die Mappe, in der die Bombe befand, an das rechte Tischbein. „Flüsterte dem rechts von ihm stehenden Admiral Voß zu, er habe vergessen ein wichtiges Telefongespräch zu führen und werde in wenigen Minuten zurück sein, worauf er sich eilends aus dem Raume begab.“

Bei seinen Mitverschworenen erwartete er draußen die Explosion, die alsbald erfolgte und automatisch die hermetische Abschließung der beiden Sperrkreise des Führer-Hauptquartiers auslöste. Erst nach erheblichen Schwierigkeiten gelang es ihm, der vom Tode Hitlers überzeuge war, mit von Haeftern die Absperrung zu durchbrechen. Sie fuhren sofort zum Flugplatz, um nach Berlin zurückzukehren. Unterwegs warf von Haeftern noch eine zweite Bombe aus dem Wagen, die für den nicht erschienenen Himmler bestimmt gewesen war.

Im Führer-Hauptquartier hatte die Explosion nicht die erwartete Wirkung gehabt. Der Raum in dem die Lagebesprechung stattfand, befand sich in einer Bretterbaracke, so daß sich die Detonation Luft verschaffen konnte. Die Adjutanten, die auf den Fensterbrettern saßen, wurden herausgeschleudert, im Raume selbst fast alle Beteiligten, so auch Hitler, zu Boden geworfen. An erkennbaren Verletzungen bei Hitler nur Prellungen festzustellen, die Kleider hingen ihm in Fetzen vom Leibe. Sofort tot waren der Stenograph Berger, die Generale Korten und Schmudt sowie Ober Brandt. Hitler wurde zur Tür getragen, konnte sich aber selbst ins Freie begeben. Die allgemeine Meinung, daß einer der Anwesenden auf eine Tretermine getreten sei, wurde sofort durch den Telefonisten der Lagebaracke widerkräftet, der erklärte: „Der Täter kann nur einäugige Oberst gewesen sein, der so eilig den Raum verlassen hat.“ Damit fiel unmittelbar nach der Tat der Verdacht auf Stauffenberg.

Inzwischen hatte Generalleutnant Thiele, Chef des allgemeinen Heeresamtes Gen-

SS-BERICHT ÜBER DEN 20. JULI

Olbricht in Berlin in dessen Dienststelle in der Bendlerstraße angerufen und ihm gutgläubig den Tod Hitlers mitgeteilt. Dieser begab sich darauf sofort zu Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres. Zunächst spielte er die Rolle des Überraschten, um das Verhalten des Generalobersten abzutasten.

Olbricht: „Herr Generaloberst, ich melde ein furchtbares Ereignis. Der Führer ist tot, er ist einem Attentat zum Opfer gefallen.“

Äußerst bestürzt fragte Fromm: „Woher haben Sie die Nachricht?“

Olbricht: „Generalleutnant Thiele hat sie eben fernmündlich mitgeteilt.“

Darauf ließ sich Fromm mit Generalfeldmarschall Keitel im Führer-Hauptquartier verbinden. Dieser klärte ihn über das Mißlingen des Attentats auf und sicherte ihm zu, ihn im Laufe des Nachmittags genauer zu unterrichten. Im Augenblick sei er in einer Unterredung mit dem Marschall Graziani begriffen, während Hitler mit Mussolini konferiere.

Fromm erwiderte nun Olbricht, daß seine Information falsch sei. Darauf erwiderte dieser: Der Generalfeldmarschall hat Sie belogen. Er ist Zeit für seine Maßnahmen gewinnen. Lehnen Sie im übrigen zur Kenntnis, Herr Generaloberst, daß eine Reihe verantwortungsbewußter Männer sich zusammengeschlossen haben, um das Reich aus seiner militärischen und politischen Krise zu führen.“

Die Frage Fromms, ob er — Olbricht — auch diesen Männern gehöre, wurde von diesem jaht. Nun trat Oberst Mertz von Quirnheim ins Zimmer und erklärte dem Generalobersten, daß die Lage die Herausgabe wichtiger Befehle fordere, die Entwürfe legte er Fromm zur Unterschrift vor. Es handelte sich um den schon erwähnten Befehl an die stellvertretenden kommandierenden Generale sowie um die Mitteilung, daß Generalfeldmarschall von Witzleben den Oberbefehl über die Wehrmacht übernehmen habe. Als Fromm die Unterschrift vergerte, erklärte ihm Mertz, daß die Befehle Fromms Unterschrift bereits ausgefaulen seien. Darauf sprang dieser auf und rief Mertz: „Ich erkläre Sie hiermit für festgenommen.“

„Sie sofort zum Fernschreiber und lassen Sie die Befehlsausgabe.“ Mertz erklärte: „Sie haben mich eben festnehmen beabsichtigt.“ und setzte sich auf einen Stuhl.

Zwischen waren Beck und Höppner in der Bendlerstraße erschienen, wo der letztere seine

seit Wochen im Arbeitszimmer Olbrichts befindliche Uniform anzog. Während sie mit Fromm unterhandelten, erschien Stauffenberg mit Haefliger. Der erstere erklärte Fromm: „Herr Generaloberst, ich versichere Ihnen, der Führer ist tot. Ich habe es selbst gesehen.“ Darauf Fromm: „Wer hat diese Tat getan?“, worauf Stauffenberg antwortete: „Ich, Herr Generaloberst.“ Nachdem Fromm sich von seiner Verblüffung erholt hatte, sagte er zu Stauffenberg: „Dann schießen Sie sich selbst eine Kugel durch den Kopf. Im übrigen, ich beginne zu begreifen, was hier gespielt ist. Ich erkläre Sie für verhaftet.“ „Wenn hier jemand verhaftet wird, sind Sie es, Herr Generaloberst.“ A's Fromm versuchte, außerhalb seines Zimmers Hilfe zu holen, wurde er abgedrängt und in seinem Zimmer eingeschlossen. Im Verlauf der nächsten Stunden hatte er eine freiwillige Beschränkung auf sich genommen und den sehr nervös gewordenen Putschisten eine Flasche Kognak überreicht.

Diese begannen nunmehr zu regieren. Inzwischen hatten die stellvertretenden kommandierenden Generale die fernschriftlichen Befehle erhalten und ersuchten durchweg fernmündlich um Aufschluß über weitere Einzelheiten. Hier zeigte es sich, daß der große Verschwörer Beck ein miserabler Revolutionär war. In seiner Aufregung war er nicht in der Lage, am Telefon auch nur einen Satz richtig auszusprechen, geschweige denn, exakte Befehle zu geben. Die jungen Generalstäbler, insbesondere Bernardis und Klausning, haben später berichtet, daß sie sich wunderten, als sie den Mann wirken sahen, der, wie man ihnen sagte, das Reich aus seiner verworrenen Lage führen sollte. Die gesamte Last der Befehlsgebung ruhte auf Stauffenberg. Unermüdlich sprang er von Apparat zu Apparat und versuchte zu retten, was er konnte.

Während dieser Vorgänge hatte Himmler Kaltenbrunner angerufen, um ihn von den Vorfällen im Führer-Hauptquartier in Kenntnis zu setzen und ihm mitgeteilt, daß wahrscheinlich ein Oberst Graf Stauffenberg der Täter sei. Beide kannten ihn nicht. Himmler befahl nun seinem Chef der Sicherheitspolizei, den Oberst, der sich vermutlich in der Bendlerstraße aufhalte, unauffällig festnehmen zu lassen. Kaltenbrunner, der die Lage nicht übersehen konnte, schickte SS-Oberführer Pflüger mit dessen Adjutanten und zwei Kriminalbeamten zur Dienststelle des Befehlshabers des Ersatzheeres. Während die Beamten auf der Straße warteten, be-

gab sich Piffader mit den ihn begleitenden SS-Führern in das Gebäude, wo er nach dem Obersten Graf Stauffenberg fragte. Sie wurden höflich eingelassen, aber unversehens in einem Raum eingeschlossen.

Inzwischen war von Olbricht das Stichwort „Walküre“ ausgelöst worden, das den in und um Berlin und Potsdam liegenden Kompanien für den Fall feindlicher Luftlandungen befohl, bestimmte Positionen zu beziehen. Die Putschisten hatten dieses offizielle Stichwort in den Einzelheiten der Durchführung für ihre Zwecke ausgenutzt. Generalleutnant von Haase, der Wehrmachtskommandeur von Berlin, ein Mitverschworener, befahl dem Regiment Groß-Deutschland die Absperrung des militärischen Viertels. An der Wilhelmstraße bis zur Prinz-Albrecht-Straße, dem Sitz des Reichssicherheits-Hauptamtes, befehligte Major Rehmer ein Bataillon. Die oberste deutsche Exekutiv-Behörde war hermetisch abgeschlossen. Die in den Außenstellen formierten Beamten konnten ihre Zentrale nicht mehr erreichen. Es hat sich später herausgestellt, daß Bewachung und Bewaffnung des Hauptamtes völlig ungenügend waren. Durch einen Handstreich hätten Müller und das Geheime Staatspolizeiamt völlig lahmgelegt werden können.

Im Stabe von Rehmer befand sich aber ein Offizier, der im Zivilberuf dem Propagandaministerium angehörte und mit der Einwilligung seines Kommandeurs dort fernmündlich anfragte, was eigentlich gespielt würde. Er wurde mit Goebbels selbst verbunden, der ihm versicherte, daß der Führer lebe; er solle sofort mit seinem Bataillonskommandeur zu ihm kommen, er würde ihm Gelegenheit geben, sich durch ein persönliches Gespräch mit Hitler von dessen Existenz zu überzeugen. Als Rehmer diese Mitteilung durch seinen Offizier erhielt, stutzte er. Wenn sie richtig war, so entfiel die wesentliche Grundlage der ihm gegebenen Befehle. Aus dieser Überlegung heraus fuhr er zu Goebbels, wo er tatsächlich mit Hitler sprechen konnte. Dieser gab ihm daraufhin die Befehle, welche die beabsichtigte Lähmung der Reichsministerien, insbesondere der Gestapo, aufhoben.

In der Bendlerstraße hatte inzwischen eine große Unsicherheit Platz gegriffen. Die Unterlassung, sich eines Senders zu bemächtigen, gab der offiziellen Propagandastelle die Möglichkeit, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Da die Putschisten ferner vergessen hatten, ihre eigene Telephonzentrale zu sichern, hatten

einige Offiziere, die dem Verschwörerkreis nicht angehörten, die Chance ausgenutzt, um aus dem Führer-Hauptquartier den wirklichen Tatbestand zu erfahren. Daraus entwickelte sich in der Bendlerstraße die sogenannte Gegenaktion, die von einem Oberstleutnant Herbert geführt wurde. Diese Gruppe von Offizieren begab sich von Raum zu Raum und fragte mit vorgehaltener Waffe: „Für oder gegen den Führer?“

Ein Teil der Darstellungen dieser Ereignisse ist so verwirrt, daß die Klarstellung einer späteren geschichtlichen Darlegung überlassen werden muß. Als die Gegenaktion zu Raum kam, in dem sich die Putschisten hielten, kam es zu einer belanglosen Schießerei. SS-Oberführer Piffader wurde ebenso wie Generaloberst Fromm befreit. Dieser riß nun mit einem Schlage die Führung an sich, um sich das Alibi seines Führertums zu verschaffen. Höpner, dessen Rolle ihm undurchsichtig war, da er ihn seit Jahren nicht gesehen hatte, ließ er in das Wehrmachtsgefängnis abführen. Olbricht, Stauffenberg, Mertz und Haeflren, die ihm als erkennliche Hauptakteure gegenüberstanden, waren enge Mitarbeiter von ihm, die seine persönliche Skepsis über die politische und militärische Lage kannten. Mit einer Handbewegung hat er sich ihrer entledigt. In Name Hitlers errichtete er ein Standgericht und verurteilte sie zum Tode durch Erschießen. Für den Bruchteil einer Sekunde war die Situation für ihn gefährlich, als von Haeflren die Pisto auf ihn anlegte; Stauffenberg aber winkte: Piffader beauftragte den Generaloberst — war inzwischen Mitternacht geworden — Hof und die Gebäude auf ihre Eignung einer Exekution zu untersuchen. Die Verurteilten konnten noch einige Zeilen schreiben und wurden nach einigen Minuten durch ein Kommando der Wachkompanie auf Fromm erschossen.

Die Gestapo hatte als politische Ermittlungsbehörde alles Interesse, die Zusammenhänge des Attentats zu klären. Eine Exekution Beteiligten war, von ihrem Standpunkt aus gesehen, sinnlos. Dem SS-Oberführer sind im Laufe der Nacht erhebliche Vorwürfe gemacht worden, die Erschießung der vier Fromm Verurteilten nicht verhindert zu haben, weil dadurch wichtigste Aussagen verloren gingen.

Während die vier Offiziere in den Hof geführt wurden, legte Fromm dem Generalobersten Beck nahe, sich selbst zu erschießen. Er setzte sich in einen Sessel und schloß an

vorbereitet in die Decke. Auch beim zweiten Schuß brachte er sich lediglich eine Verletzung bei. Darauf befahl Fromm einem Offizier, dem General den Gnadenschuß zu geben. Er verließ das Zimmer. Der Offizier gab den Befehl an einen Unteroffizier weiter. Das war für Beck das Ende.

Fromm begab sich daraufhin mit Generalleutnant von Haase zu Göbbels, wo sie ihrer Entrüstung über das Vorgefallene Ausdruck verliehen. Beide wurden bereits im Verlaufe der Nacht von der Gestapo in Ehrenhaft genommen. Die Maßnahme erfolgte nicht auf Grund eines bestimmten Verdachtes. Die Ermittlungen sollten zur ersten Rekonstruktion des Tatbestandes die freiwilligen und unfreiwilligen Akteure voneinander trennen. Im Verlaufe der Nacht rückten in der Reichshauptstadt und in Potsdam die auf Grund des Stichwortes „Walküre“ alarmierten Einheiten wieder in ihre Quartiere.

Im Reichsgebiet ergaben sich mit wenigen Ausnahmen keine Gefahren-Situationen. Die dort erfolgten Festnahmen ergaben keinen Tatbestand, der für den Oberreichsanwalt die Erhebung einer Anklage rechtfertigte. Das wiederholte zitierte Fernschreiben hatte insofern an verschiedenen Orten eine komische Wirkung, als sich die stellvertretenden Generale gerade zu dem begaben und den Rat fragten, den sie in erster Linie festnehmen sollten, nämlich die Gauleiter. Es gab in der deutschen Wehrmacht keine intuitiven Revolutionäre.

Eine schwierige Situation war in Wien entstanden. General von Eisebeck und sein Stabschef, Generalleutnant Lintzinger, ein Träger des goldenen Ehrenzeichens der NSDAP, wurden durch den eingeweihten Abwehrleiter, Oberst von Marogna-Redwitz, irreführt und als vorübergehend den Höheren SS- und Polizeiführer, den stellvertretenden Gauleiter und den Gestapo-Chef im Generalkommando rück. Gefährlicher war die Situation in Prag. General der Panzertruppen Schaaf war in der hohen Annahme von Hitlers Tod gewillt, den fehl durchzuführen. SS-Gruppenführer Frank sah ihm aber aus, bis sich die Lage endgültig klärt hatte.

Einen vollen Erfolg hatten die Attentäter am 20. Juli dagegen in Paris. General von Ltnagel, der Militär-Befehlshaber, hatte sich erklärt, aktiv mitzuwirken. Sein Verdungsmann war Oberstleutnant von Hoffmann. Als ihm die Nachricht vom Gelingen des Entsatzes zukam, weihte er seinen General-

stabschef Oberst von Linstow ein, der von der Eröffnung dergestalt überrascht war, daß er — wie er später sagte — in einer Art Lähmung Stülpnagels Befehl befolgte. Dieser ließ die ihm unterstellten Kommandeure zusammenrufen und teilte ihnen mit, daß nach einem Führerbefehl die gesamte SS-Führerschaft, die einen Putschversuch gemacht habe, festgenommen werden müsse. Die hierauf erfolgende Verhaftungsaktion wurde lückenlos und ohne auf Widerstand zu stoßen durchgeführt; beginnend bei SS-Obergruppenführer Oberg und endend beim jüngsten SS-Untersturmführer.

Darauf begab sich Stülpnagel zur Meldung ins Hauptquartier des Oberfeldshabers West, Generalfeldmarschall von Kluge. Dieser war — ohne Kenntnis der Zusammenhänge — über Stülpnagels Eigenmächtigkeit entrüstet und befahl ihm, die Festgenommenen sofort zu entlassen. Noch in der gleichen Nacht erhielten sich Oberg und seine nächste Umgebung in Stülpnagels Kasino mit diesem bei einigen Flaschen Wein von ihrem Schreck. Oberg hat die Versicherung des Militär-Befehlshabers, wonach er einem falschen Befehl zum Opfer gefallen sei, ohne weiteres geglaubt. Stülpnagel wurde am nächsten Tage, um sich zu verantworten, vom Keitel nach Berlin befohlen. Als sein Wagen sich der Maas näherte, ließ er halten. Er wollte sich eine Stellung ansehen, in der er im ersten Weltkrieg gelegen habe, sagte er zum Kraftfahrer und seiner Ordonnanz, seinen einzigen Begleitern. Als er außer Blickweite war, watete er bis in Brusthöhe in die Maas und brachte sich einen Schuß in die Schläfe bei. Die herbeieilenden Soldaten zogen den im Fluß treibenden Militär-Befehlshaber heraus und brachten ihn ins Lazarett. Er lebte, aber er hatte sich blind geschossen. Wie alle anderen, stand er später vor dem Volksgerichtshof.

Als der 20. Juli 1944 zur Neige ging, konnte man übersehen, daß dieses Unternehmen zur Beseitigung eines verhassten Regimes von oben keinen Erfolg gehabt hatte.

DIE FOLGEN

Die Gestapo war von dem Ereignis völlig überrascht worden. In der Vernehmung des Dr. Kiesel ergab sich, daß der Leiter der Gestapo-Abteilung „Wehrkraftzersetzung, Defaitismus, Reaktion und Angelegenheiten der Wehrmacht“ erklärte, seine Sachgebiete böten wenig Interessantes. Alle möglichen Gegensätze mit der

Wehrmacht seien in die Schublade gelegt. In ironischer Weise äußerte sich dieser Beamte über die Behandlung des Defaltismus und der Wehrkraftzersetzung durch den Volksgerichtshof. Nur beiläufig erwähnte er, daß eine Kommission gebildet worden sei, welche die Frage eines organisierten Defaltismus durch Kreise um den Generalobersten Beck und den früheren Oberbürgermeister Dr. Gördeler zu prüfen hätte. Beide waren also zwar in das Blickfeld der Gestapo gekommen, das Wesen ihrer Tätigkeit hatte sie aber nicht erkannt. Das Versagen des Nachrichtendienstes der politischen Polizei ist aber verständlich für den, der die Entwicklung der Gestapo kennt.

Wegen eines Jahre zurückliegenden Zwischenfalles hatte Heydrich von Hitler den strikten Befehl erhalten, bei schwerer Srafandrohung jede Bespitzelung der Wehrmacht zu unterlassen. Durch einen entsprechenden Befehl, der natürlich sowohl von den Beamten der Gestapo als auch von den Angehörigen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes beachtet wurde, hatte sich Heydrich Hitler gegenüber abgedeckt. Seine Untergebenen wußten auch, mit welch großem Mißtrauen von ihm jede Beziehung persönlicher oder gesellschaftlicher Art zum Offizierskorps beobachtet wurde. Er wollte keine kameradschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Machtzentren des Staates, er wollte sie bekämpfen, um sie aufzusaugen. Daran hat sich der größte Teil der höheren Beamten und der SD-Führer gehalten. So konnte es möglich sein, daß selbst von den auf breiter Basis geführten Gesprächen über eine Zwangsaktion gegen Hitler, die um die Jahreswende 1942/43 begonnen hatten, keine Nachricht in das Haus an der Prinz-Albrecht-Straße drang.

Als Heydrich fiel, verwaltete und vollstreckte sein persönliches Erbe ein Mann, der für den Betrachter von außen eine verwirrende Laufbahn hinter sich hatte. Wie bereits betont, übernahm Heydrich 1933 aus wohlwolligen Gründen nahezu die gesamte politische Polizei der Weimarer Republik. In deren Reihen befand sich in München der Polizei-Oberinspektor Heinrich Müller. Er stand der Bayrischen Volkspartei nahe, was selbstverständlich dem Nachrichtendienst der NSDAP bekannt war. Er galt als hervorragender Kenner der illegalen kommunistischen Tätigkeit. Dieses Sachgebiet bearbeitete er aber an vierter oder fünfter Stelle. Nach Übernahme der Gestapo durch Heydrich war er bald Spitzen-Sachbearbeiter dieses Setkors für das gesamte Reichsgebiet.

Bei den Beförderungen, die er im Laufe der Jahre durchlief, hatte die Partei immer Bedenken erhoben. Heydrich zerstreute sie aber im Hinblick auf Müllers fachliches Können. Trotzdem stimmte die Parteikanzlei erst 1937 nach langem Drängen Heydrichs dem Aufnahmegesuch des nunmehrigen Oberregierungsrates zu. Mit der Aufnahme war aber das Eis gebrochen, so daß Müller von der Partei her keine Schwierigkeiten gemacht wurden.

Er dankte Heydrichs Einsatz für seine Person mit einer Ergebenheit, die keine Grenzen kannte. So rückte er bei der Errichtung der mischten Staats-Partei-Institutionen des Reichs sicherheits-Hauptamtes an die Spitze der politischen Exekutive der Gestapo. Bedenkenlos ordnete er sich nicht nur dem Heydrichschen Machiavellismus unter, sondern machte ihn zu eigenem Gedankengut. Die widerstrebenden Kräfte innerhalb der politischen Polizei bootete er aus. Seine Verschllossenheit und eiskalte Sachlichkeit wurden sprichwörtlich. So stützte sich Himmler nach Heydrichs Tod hauptsächlich auf diesen Mann, der nunmehr hinter der Kulisse einer der mächtigsten Männer des Dritten Reiches geworden war. In einem übersteigerten Orthodoxismus folgte er Himmlers Gedankengängen, alles zu vernichten, was sich dem nazistischen Gedankengut entgegenstellte. Die Parteiführung ahnte nicht, welch gefährlicher Geier auf den Befehl wartete, die Korruption und den Verrat am Parteiprogramm auszurotten. Mit einem Fanatismus ohnegleichen führte die Bekämpfung des illegalen Kommunismus durch. Er ist der Schöpfer des Abwehrsystems des V-Männer (Verbindungsmänner) in den kommunistischen und sozialistischen Apparaten, um dadurch zu verhindern, daß revolutionäre Situationen geschaffen würden, der Einseitigkeit seiner beruflichen Lage aber seine große Schwäche. Die großen staatlichen Probleme übersah er. Das Offiziers-Korps stand er mit einem stark wahrscheinlich von ihm selbst nicht erkannt Minderwertigkeitskomplex gegenüber. A hatte er hier die Heydrichsche Auffassung blindlings ohne organische Entwicklung eigenen Anschauung übernommen. Er tat mit dem Fanatismus eines Jesuiten.

Müller stand auch Kaltenbrunner mit großer Skepsis und Ironie gegenüber. Er nannte ihn spöttisch den „weichen Österreicher“. allem nutzte Müller sein persönliches Verhältnis zu Himmler, das sich in der Zeit zwisch

SS-BERICHT ÜBER DEN 20. JULI

Meydrichs Tod und Kaltenbrunners Ernennung besonders gefestigt hatte, mit allen Mitteln aus, Himmler liebte die bedingungslose Treue. Kaltenbrunner konnte sich in keinem entscheidenden Fall durchsetzen und unterschrieb die Befehle. Die Schilderung dieser beiden Persönlichkeiten ist notwendig für das Verständnis der Haltung der Gestapo bei der Liquidation des 20. Juli.

Der Morgen des 21. Juli fand diejenigen Männer in Haft, welche offensichtlich als Mitarbeiter am Attentatsplan erkennbar waren. Es waren ein Teil der Grafen, die in die Bendlerstraße gerufen waren und Generalstabsoffiziere an der dortigen Dienststelle. Während die beiden hohen Militärs, Generalfeldmarschall von Witzleben und Generaloberst Hoppner, leugneten und behaupteten, der Täuschung verantwortungsloser Elemente zum Opfer gefallen zu sein, brachte der männliche Standpunkt der Idealisten sofort einiges Licht in das Dunkel. „Wir haben ein großes Spiel gewagt und verloren. Jetzt sollt ihr aber auch wissen, warum wir diesen persönlichen Einsatz in die Waagschale geworfen haben!“ Sie versuchten zwar ihre Kameraden zu decken, aber für die erfahrenen Kriminalisten war es ein Leichtes, nunmehr Bausteine auf Bausteine zu setzen. Außerdem fiel der Polizei die Liste der Regierungsmitglieder und der Beauftragten bei den Wehrreisen in die Hände. Zu diesen Beweisstücken gehört das schon erwähnte Aktenstück aus Gördelers Hotel. Die Entwicklung sämtlicher Planungen behandelte aber das Tagebuch eines Hauptmanns Fischer, im Zivilberuf Studienrat in Wiesbaden, der als Sachbearbeiter in der Bendlerstraße Verbindungsmann zwischen Stauffenberg und Gördel war. Mit peinlicher Genauigkeit hatte er täglich Aufzeichnungen über alle Ereignisse gemacht, welche die Vorbereitungen betrafen. Die von ihm verwandten Decknamen dienten für den Fachmann spielend zu entziffern.

Als Gördel festgenommen worden war, erben seine Aussagen das erschöpfendste Bild der Geschichte des Attentats. Durch seine Aussagen und die schon angeführten Dokumente te es die Gestapo leicht, den Kreis der Schuldigen festzustellen. Nach einigen Tagen wurde die Vernehmung Gördelers unterbrochen. Man wollte durch Stichproben aus der Fülle der Materials, das sich ergeben hatte, seine Unwürdigkeit nachprüfen. Dadurch ergab sich für die Gestapo folgende Gliederung:

1. Unmittelbar am Attentat Beteiligte.

2. Putschisten, die vom Attentat nichts wußten.

3. Personen, die erkannt haben mußten, daß Gördel ein Attentat plante.

4. Personen, die ihn nur als Defaittisten kannten.

Die Liste war so umfangreich und die Funktionen einer Reihe von Genannten in der Wirtschaft waren von so großer Wichtigkeit, daß Speer die Festnahme einer erheblichen Zahl Beschuldigter verhinderte, um Ausfälle in der Rüstungsproduktion zu vermeiden.

Als sich nach den ersten Ermittlungen herausstellte, daß die Propaganda-These von dem Putsch einer kleinen Offiziers-Clique nicht aufrecht zu erhalten war, befahl Kaltenbrunner, mit größter Gründlichkeit und Ruhe die wirklichen Zusammenhänge zu ermitteln; damit, wie er sagte, Hitler nicht nur einen echten Aufschluß erhalte, sondern auch durch die gewonnenen Erkenntnisse zu notwendigen Änderungen veranlaßt würde. Trotz der fortschreitenden Aufklärung erlebte die Sonderkommission täglich Überraschungen. Am dritten Tage fiel der Verdacht auf den Amtschef Militär, Oberst Hanssen. Müller bat ihn von Kaltenbrunners Mittagstafel weg in sein Büro und nahm ihn fest. Kaltenbrunner selbst hatte mit dem General-Quartiermeister General Wagner eine Aussprache über die Zweckmäßigkeit des Vorgehens gegen die Attentäter. Danach erhob eine vernünftige Gruppe den Verdacht seiner Beteiligung. Als er halb Kaltenbrunner wiederum eine Aussprache mit Wagner vereinbarte, erschloß dieser sich in Zossen in seinem Hauptquartier.

Treskow hörte als Chef des Generalstabes der 2. Armee von dem Mißlingen des Attentates. Darauf begab er sich in die Hauptkampflinie, wo er sich erschloß. Um aber Tod durch feindliche Artillerieeinwirkung vorzutauschen, hatte er vorher eine Handgranate abgezogen. Darauf stand im Wehrmachtbericht zu lesen, daß an der Spitze seiner Truppe der Generalstabschef einer Armee, Generalmajor von Treskow, gefallen sei. Der Oberbefehlshaber bezeichnete ihn in einem Armeebefehl als einen der Besten, dem nachzuziehen sei. Wenige Tage später mußte er als Verräter gebrandmarkt werden. Es wurde immer klarer, daß der 20. Juli der Schlüsselstein einer Entwicklung war, welche eine Opposition verschiedenster Kreise gegen Hitler auf den Plan gerufen hatte.

In die aufklärende Arbeit der Gestapo hinein kamen scharfe Befehle Hitlers. Er verlangte

eine beschleunigte Untersuchung und Aburteilung der Beschuldigten mit sofortiger Vollstreckung des Urteils. Es ist bekannt, daß am 8. August 1944, also 18 Tage nach dem Attentat, die erste Verhandlung gegen acht der wichtigsten Beteiligten stattfand, die am Tage der Urteilsverkündung hingerichtet wurden. Es ist selbstverständlich, daß in dieser kurzen Zeitspanne eine erschöpfende Klärung nicht möglich war. Kaltenbrunner konnte sich auch in seinem eigenen Amt nicht durchsetzen.

Um die Aburteilung der Offiziere vor dem Volksgerichtshof zu ermöglichen, hatte Hitler die Errichtung eines Ehrenhofes des Heeres befohlen, mit dem Zweck, sie durch Ausstoßung aus der Wehrmacht zu Zivilisten zu machen. Unter dem Vorsitz des Generalfeldmarschalls von Rundstedt, unter Beteiligung Keitels, Guderians und anderer höherer Militärs vollzog sich ein ungewöhnlicher Vorgang. Ohne daß sich ein ungewöhnlicher Vorgang, ohne daß auch nur einer der beschuldigten Offiziere durchgeführt wurde, d. h. Gelegenheit zur Verteidigung hatte, stieß dieses militärische Ehrengericht auf Grund eines bloßen Auszuges aus der kriminalistischen Ermittlungakte innerhalb weniger Minuten alle Beteiligten aus der Wehrmacht aus.

Mit der richterlichen Aburteilung hatte Hitler den Präsidenten des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, beauftragt und ihn im Führer-Hauptquartier mit besonderen Weisungen versehen. Die Gestapo stand diesem Mann mit größter Skepsis gegenüber. Er war ein Schauspieler, der den Gerichtssaal zum Theater machte. Die pathologischen Erscheinungen dieser Persönlichkeit waren unverkennbar. In der Bekämpfung des Defaitismus hatten sich zwischen ihm und dem Reichssicherheits-Hauptamt erhebliche Differenzen ergeben. In Fällen, wo Gestapoleute sich mit einer Verwarnung der Beschuldigten hatten begnügen wollen, verurteilte Freisler zum Tode.

Jedenfalls stand man ihm als richterlichem Liquidator des Attentates mit den größten Befürchtungen gegenüber. Sie wurden aber weit übertroffen. Kaltenbrunner selbst berichtete nach der ersten Gerichtsverhandlung, daß die propagandistische Schilderung des Prozeßverlaufs lähmendes Entsetzen bei der Bevölkerung hervorgerufen habe und nicht, wie offenbar erwartet worden war, Empörung gegen die Putzschisten. Es sei nicht möglich, daß ein Richter den Angeklagten während einer Gerichtsverhandlung einen Schweinehund nenne, wie Freisler es gegenüber Höppner tat. Eine Propaganda,

welche eine solche Entgleisung noch besonders herausstellt, sei völlig verblödet. Darauf unterblieb eine Berichterstattung. Auf Hitlers persönlichen Befehl mußten die Hinrichtungen durch den Strang erfolgen, nur in wenigen Fällen, die Freisler selbst zweifelhaft erschienen, verurteilte er zum Tode durch Erschießen.

Die Exekutionen waren ausschließlich Sache der Justiz. Nach den Protokollen ist jeder Verurteilte in einen Raum geführt worden, wo er eine entsprechende Kleidung anziehen mußte und ihm ein Vertreter des Oberreichsanwalts eröffnete, daß er in kurzem mit der Vollstreckung des gegen ihn ergangenen Urteils rechnen müsse. Daraufhin sei der Verurteilte in den Hinrichtungsraum geführt worden, wo in Sekundenschnelle die Exekution erfolgt sei. Hitler hat in verschiedenen Fällen für die Exekution bestimmte Vorschriften erlassen, ebenso, daß die erste Hinrichtung gefilmt wurde. Aus den Protokollen der Gestapo geht auch hervor, daß es sich um sogenannte „verschärfte Vernehmungen“ handelte. Von Hitler selbst stammten einige direkte Weisungen für diese verschärfte Vernehmungen. Dr. Kiesel gibt an, daß in der Sonderkommission „Schläger“ waren, die im Sadismus geschult waren. Müller unterstützte diese Methoden.

Alltäglich fanden unter dem Vorsitz Mülle bei häufiger Anwesenheit Kaltenbrunners e bis zwei Stunden dauernde Besprechungen über die Ergebnisse des letzten Ermittlungstages statt. Kaltenbrunner hatte als Richtlinie angegeben, daß Hitler ein schonungsloses Bild von den Gründen gegeben werden sollte, die zu dem Attentat geführt hatten. Das könne nicht die bloße Feststellung eines strafrechtlichen Tatbestandes, sondern allein durch die Herausstellung der wahren Motive geschehen. Es seien viel Männer von hervorragenden beruflichen und charakterlichen Qualitäten in die Verschwörung verwickelt, daß Hitler durch diese Erkenntnis hoffentlich den Schock erlebe, der notwendig sei, ihn zu den zwingenden Änderungen zu veranlassen. Hitler hatte einen täglichen Bericht verlangt. Jedermann in der Sonderkommission wußte, daß er ihn geradezu verschlang. Wer je die Wahrheit erfahren hat, dann mußte sie nach dem 20. Juli gewußt haben. Er las Ausführungen der Beschuldigten, er vernahm die Gründe, die sie veranlaßten, sich von der Nazi-Partei mit Ekel abzuwenden, unter anderem alle Einzelheiten über die Lebensführung der Parteibonzen. Er las Sätze wie: „den des Generalmajors Stief: „Ich verwaite mich auf“

kein Nationalsozialist zu sein. Ich konnte es aber nicht mit ansehen, wie dieser Mann mit seinem Starrsinn wie ein Amokläufer sein eigenes Werk zerbricht. Wir verteidigen Kirkenes und Kreta und werden Königsberg und Krakau verlieren."

Im Zusammenhang mit dem 20. Juli wurden 7000 Personen verhaftet, 700 beteiligte Offiziere zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Zahl der Erschießungen von politischen Gefangenen, die unmittelbar vor der Einnahme Berlins durch die Rote Armee erfolgten, ist darin nicht einbegriffen.

Eine starke Erschwerung für den Beweis der tatsächlichen Zusammenhänge gegenüber Hitler bedeutete die Haltung hoher militärischer Dienststellen, insbesondere des Heeres-Personalamtes. Reihenweise wurden Offiziere, darunter die Träger hoher Tapferkeits-Auszeichnungen, der Gestapo ausgeliefert unter Verdachtsgründen, die in den meisten Fällen gar nicht aufrecht zu erhalten waren. Beim geringsten Verdacht hinsichtlich angeblicher Äußerungen wurde mit schweren Disziplinarstrafen, meist mit Rangherabsetzung eingeschritten. Es ist unverkennbar, daß das Offiziers-Korps in seiner Gesamtheit eine schwere Einbuße erlitt. Die schwindende Moral war beängstigend.

Eine der umstrittensten Maßnahmen Hitlers war die Durchführung der sogenannten Sippenhaft. Auf seinen persönlichen Befehl wurden alle Namensträger der Hauptbeteiligten festgenommen. Im Falle der Familie Stauffenberg saß nicht nur die gräfliche, sondern auch die freiherrliche Linie, die vor mehreren Generationen einen gemeinsamen Ahn hatten, hinter Schloß und Riegel. Alter und Geschlecht waren gleichgültig. Unter ihnen waren mindestens ein Dutzend Frauen über 70 Jahre. Die Kinder wurden bis zu einem bestimmten Alter der Mutter übergeben. Von welchem Haß Hitlers Befehle diktiert waren, zeigt der Fall des weiblichen Flugkapitäns Melitta Schiller, Trägerin des Eisernen Kreuzes. Sie war die Schwägerin des Attentäters und Ehefrau des Grafen Alexander Stauffenberg. Wie ihr Mann, hatte sie keine Ahnung von den Vorbereitungen zum Attentat. Nacht für Nacht flog sie vom Flughafen Gatow bei Berlin schwierigste Versuchsflüge für die Entwicklung eines Landegerätes, das Bruchlandungen der Nachtjäger verhindern sollte. Die Versuche waren völlig auf ihre Person zugeschnitten. Trotzdem hielt man sie monatelang in Sippenhaft. Auf Vorschlag Kaltenbrunners hatte sich Himmler entschlossen, für die Dauer

des Krieges sämtliche Sippenhäftlinge in die Bauden des Riesengebirges bringen zu lassen. Die Durchführung war in vollem Gange, als die Offensive der Roten Armee im Januar 1945 diesen Plan zunichte machte.

Die Angehörigen der Verurteilten wurden verfeimt. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Arbeitsämter setzten Mütter mehrerer Kinder an Maschinen. Die Universität Berlin wollte die Promotion der Tochter eines Verurteilten verhindern.

Himmler trug sich einige Monate selbst mit dem Gedanken, Bormann festzunehmen und Hitler auszuschalten. Der Reichsführer SS konnte aber nicht über seinen eigenen Schatten springen. Zwiesgichtig wie er war, hatte ihn sein bedingungsloser Gehorsam zu Hitler in Maßnahmen verstrickt, aus denen er sich nicht mehr lösen konnte. Zwischen Himmler und Bormann entstand eine langwierige Auseinandersetzung. Himmler übernahm zu seinen anderen Funktionen den Befehl über das Ersatzheer. Bezeichnend in dieser Auseinandersetzung ist ein Schreiben, das er im August 1944 an Bormann, den allmächtigen Leiter der Parteikanzlei, richtete. Er wirft ihm Verfälschung des Parteigedankens vor. Die Gau- und Kreisleiter sollten handeln wie die Zensoren der römischen Republik. Statt dessen versuchten sie, mit seiner — Bormanns — Billigung, den Staatsapparat zu usurpieren. Bormann beabsichtigte, die Kreisleiter zu Kreis-Verteidigungskommissaren zu machen. Wenn diese Absicht durchgeführt würde, werde er — Himmler — Hitler die Auflösung des Reichsministeriums des Innern, der deutschen Verwaltung und der Partei vorschlagen. Die Auseinandersetzung Himmlers mit Bormann war also in dieser Krisenzeit mitten im Gange.

Das Mißtrauen Hitlers überwachte alle seine Handlungen. Selbst Ermittlungsergebnisse der Gestapo genügten ihm nicht mehr als Kriterium für seine Entscheidungen, die an Maßlosigkeit ohne Beispiel sind. Einige Zeit vor dem 20. Juli war der Generalmajor Graf Sponeck auf Grund seines Befehls zur Zurücknahme seiner Division am Kaukasus zum Tode verurteilt worden. Wegen offensichtlicher Ungerechtigkeit des Urteils war es geglückt, seine Begnadigung zu sieben Jahren Festung durchzusetzen, die er auf der Festung Germersheim verbüßte. Sponeck konnte also schon wegen seiner Freiheitsbeschränkung schwerlich an den Putschvorbereitungen beteiligt gewesen sein. Wie ein Blitz aus heiterm Himmel kam eines

Tages der Befehl, daß Sponeck durch ein Peloton zu erschießen sei. — Der General der Panzertruppen Kramer war aus der englischen Kriegsgefangenschaft wegen seiner asthmatischen Erkrankung ausgetauscht worden. Auf Grund unglückseliger Verkettungen war er in den Verdacht gekommen, Mittelsmann der Attentäter nach England zu sein. Hitler befahl seine Verbringung auf eine Festung. Seine Zugehörigkeit zum Heer verlor er durch den Spruch des Ehrenhofes.

General von Stülpnagel gelang es, Stauffenbergs Vetter, dem Oberstleutnant von Hofacker, eine Unterredung mit Generalfeldmarschall Rommel zu vermitteln. Der sehr beschäftigte Generalfeldmarschall war darauf eingegangen, weil Hofackers Vater sein Regimentskommandeur im ersten Weltkrieg gewesen war. Die Unterredung dauerte etwa eine halbe Stunde. Von Putsch und Attentat war nicht die Rede. Am 17. Juli hatte Rommel einen Autounfall, der ihn schwer verletzte. Nach dem 20. Juli besuchte ihn Generalleutnant Speidel, der mit Rommel einige Gespräche über Hitler geführt hatte. Rommel erklärte ihm, daß er nunmehr nach dem Attentat die Unterredungen unter einem ganz anderen Blickwinkel betrachtete. Speidel wurde festgenommen, aber nach Untersuchung wieder entlassen. Kurze Zeit darauf kam der Befehl, den Generalleutnant Speidel wieder festzunehmen und auf

einer Festung einzuliefern. Im Anschluß daran wurde lapidar mitgeteilt, daß Generalfeldmarschall Rommel an einer Gehirn-Embolie verschieden sei. Die Nachricht ist unwahr, denn bei Rommel erschienen General Burgdorf, der Chef des Heeres-Personal-Amtes und Generalleutnant Meisel, der Leiter der Disziplinarabteilung, und überbrachten Hitlers Befehl, daß Rommel sich das Leben zu nehmen habe. In diesem Falle erkläre sich Hitler bereit, das Gesicht zu wahren und Rommel mit einem Staatsbegräbnis beizusetzen; andernfalls sei beabsichtigt, ihn vor den Volksgerichtshof zu stellen. Daraufhin bereitete Rommel durch Gift seines Leben ein Ende.

Es ist müßig, darüber zu reden, was nach einem geglückten Attentat geschehen wäre. Das Attentat ist nicht allein an den psychologischen Fehlern und Mängeln des Verschwörungsplanes gescheitert. Die Gründe liegen tiefer. Hitler mußte sein System selbst ad absurdum führen. Dieses Erkenntnis ist bitter, weil nach dem 20. Juli 1944 noch hunderttausende von Menschen geopfert und blühende Städte in Asche gelegt wurden. Das deutsche Volk hat seine eigene Revolution noch vor sich. Es kann sie nur durch seine eigene Erhebung vollenden. Die Schaffung einer wirklichen deutschen Demokratie kann nur sein eigenes Werk sein.

„MAN WILL UNS JA NICHT!“

Zur Frage der Entnazifizierung junger Menschen entnehmen wir einem Brief von Ralf Dahrendorf, Hamburg-Wellingsbüttel, folgende bescheidende Stellen:

In hundert Zeitungsartikeln, Rundfunkkommentaren und öffentlichen Versammlungen ist verkündet worden, die Jugend sei unschuldig. Man redete, redete, redete, aber leider scheinen die vorgebrachten Argumente noch nicht stichhaltig genug zu sein, um die Amnestie Wirklichkeit werden zu lassen. Die Folge ist das apathische und immer apathischer werdende (und das mit Recht!) „Man will uns ja nicht!“, begleitet von einem gleichgültigen Achselzucken, aus dem Munde junger Menschen. Es ist vielleicht gewagt, heute das Wort „Zukunft“ in den Mund zu nehmen, aber ich glaube doch, daß wir — oder man auf uns — so keine Zukunft bauen können.

1939 kam ich ins Jungvolk. In dieser Umgebung lebte ich. Eine andere war nicht da. Was geschah natürlich? Ich wurde „Führer“! Jungenschaftsführer, Jungenschaftsführer und sogar Fäbuleinführer. Und ohne eine billige Konzession an den ebenso billigen Zeitgeist zu machen, kann ich behaupten, daß weder ich noch der allergrößte Teil meiner Kameraden Nazis waren. Wom wir auch, weil wir es nicht anders kannten, z. B. Heimabende über des „Führers“ Leben abhielten.

1943 wurden wir aus Berlin evakuiert. Ich kam in eine völlig neue, völlig andere Umgebung. Es dauerte gar nicht lange, da drückte ich mich vom Dienst; im Gegensatz zu anderen konnte ich das, ohne von der Polizei belästigt zu werden. Im Sommer 1944 trat eine illegale Jugendbewegung bei, um im KZ zu landen. Grund für diese Wandlung war allein die neue Umgebung. Sie weckte Empfindungen und Gedanken in mir, die zwar als Anlagen vorhanden waren, aber doch erst durch äußere Einflüsse aus Licht gezogen werden mußten. Wie viele von uns haben solche Gelegenheiten nicht gehabt! Wie viele sind aber längst erwacht! Warum nimmt man den ersten die Möglichkeit zu erwachen, den letzten aber die, sich zu entfalten?

Wir jungen Menschen schweben heute haltlos in einer Zone zwischen dem letzten Rest von Optimismus, an den wir uns verzweifelt klammern, und einem Realismus, dessen Erkenntnisse so furchtbar bitter sind, daß sie uns zerstören und haltlos, pessimistisch, inaktiv, müde machen. Glauben Sie mir, der geringste Anlaß genügt, um den Knacks zu geben, der uns keinen anderen als den eben beschriebenen Weg mehr offenläßt. Und ein Zurück gibt es von da nicht mehr — jedenfalls nicht bei 1500 oder 1800 Kalorien.

Report from Germany

Anti-Hitler Verschwörer vermeiden die politische Arena

von Edwin Hrtich

Ein schlagendes Beispiel der politischen Konfusion und Apathie, die das besiegte Land im dritten Jahr XXXX der Besetzung ergriffen hat, ist die Tatsache, dass die meisten der Männer und Frauen, die versucht haben, ihr Land durch XXXX das missglückte Attentat auf Hitler zu befreien, (am 20. July 44) heute im Allgemeinen vorziehen, nicht öffentlich identifiziert zu werden mit Deutschlands Kriegszeit- Untergrund Bewegung.

Vor 3 Jahren betrat Klaus v. Stauffenberg Hitlers Arbeitszimmer für eine Konferenz des Stabes. Er legte seine Aktentasche auf den Schreibtisch des Führers. Die Bombe verfehlte die Tötung ihres Zieles- nämlich Hitler. Aber sie zerriss das Netz der Anti-Hitler Bewegung, dass Kriegs-Deutschland überspannte vom Feldmarschall bis zum NCOs.

Folgt eine Beschreibung der Tatsachen und der wenigen Personen die heute im politischen Leben eine Rolle spielen.

Jedenfalls, andere ziehen es vor, unerkannt zu bleiben als Teilnehmer in dem Komplott Hitler zu beseitigen. Warum? Ihre Gründe sind nicht schwer zu verstehen bei genauer Betrachtung und nach Diskussion mit einigen Überlebenden. Auch kann die Antwort in den politischen Internierungslagen Darmstadt gefunden werden, so wie

wo 4000 hartgesottenen junge SS Männer eingesperrt sind, und ärgerlich auf ihre Befreiung warten. Während manche nicht länger an Nazismus glauben, so sind sie schnell dabei, die Frage zu beantworten: Warum verlor Deutschland den Krieg? Die gleiche Antwort erhält man von allen: Weil Verräter, die Hitler am 20. July töten wollten, Deutschland verraten haben.

Jedem XXXXXXXX Geschichtsschreiben von Deutschland klingt diese Antwort vertraut. Die Nazis und Nationalisten ebenfalls gewannen ihre Stimmen in den aufregenden dreissiger Jahren dadurch, dass sie erklärten, Deutschland habe den Krieg durch "den Dolchstoß in den Rücken verloren", geführt von den Männern, die den Versailler Vertrag unterschreiben haben.

Auch heute erinnert man sich in Deutschland an den Preis, den diejenigen Bezahlten mussten, die mit Rathenau, Erzberger usw. zusammen gearbeitet haben. die die Kontrolle über die neue Republik innehatten, und dem "aiserreich nach der militärischen Niederlage Deutschlands folgten.

Einige von denen, die an dem Attentat vom 20. July teilnahmen möchten nicht verfolgt werden (nach Jahren) XXXXX wenn XXXXXX ein anderes militäristisches und nationalistische Deutschland aus den ausgebombten Ruinen entsteht, oder als "Verräter am Vaterland" gebrandmarkt werden.

Ein anderer überzeugender Grund für ihr politisches Stillschweigen ist die Besorgnis, dass frühere Nazis ihre Reihen durchdringen könnten, und politische Protection verlangen, als Mitglieder des 20. July "Herrenklub" Als Mitglieder der 20. July Gruppe erfreuen sie sich einer gewissen politischen Bevorzugung.

x) (Assets Aktiva im Gegensatz zu Passiva- Asset ?)

Denn, bis auf einige Zeitungsartikel und einige Bücherveröffentlichungen ist ausserhalb Deutschlands wenig über die Führerschaft und den Charakter der 20. July Verschwörung bekannt geworden. Zum Beispiel es sind nur eine Handvoll Menschen denen bekannt ist, dass die Einzelheiten Hitler mit einer Stauffenbergschen Bombe zu töten. im Arbeitszimmer Professor Jensens in Berlin arrangiert wurden, der am 30. November hingerichtet wurde, und dessen Witwe ruhig in Berlin lebt, nahe am Verhungern.

Wenn diejenigen Kräfte, die als Nazis belastet sind, Einzelheiten über den 20. July erfahren, so ist es möglich, dass sie sich aus den Kleinigkeiten ein Alibi für sich selbst zusammenstellen, um dem De-Nazifikationsverfahren zu entgehen., und so der Strafe. Wenn dies sich ereignen sollte, so würden die Aktiva, die ein Mitglied der Verschwörer Gruppe

XXXXXXX die den tatsächlichen Mitgliedern der Gruppe zukommen sollten, von den anderen aufgezehrt.

In der vergangenen Woche bekannte Mitglieder haben eine Gedenkschrift durch die Post bekommen, die 150 Namen enthält all derjenigen, die ihre Teilnahme am Komplott mit dem Leben bezahlen mussten. "Ihr Sie werden genannt" als gefallener in freier und ehrenhafter Schlacht, für Wahrheit und Recht, für die Freiheit des deutschen Volkes, für die Ehre und Reinheit der deutschen Waffen, sie starben den Helden als Busse für das Unrecht was vor Gott durch das Deutsche Volk getan wurde.

Während in fast jedem befreiten Lande Europas die politischen Führer der Untergrund-Bewegungen die grössten Rollen in der respektierten Regierung spielen, kann dasselbe nicht für die Gruppe des 20. July gesagt werden. Sie scheinen ihre Zeit abzuwarten, bevor sie sich exponieren.

x) Das wird, aber nicht in
Reinraum hat bisher. Es besteht
mit den nicht vorhandenen
Rest einer Kantatenmasse.

W.D.

Die letzten Stunden der Männer vom 20. Juli 1944

„Wenn ich hänge, müssen Sie Angst haben!“ ruft der Rechtsanwalt Wirmer dem Roland Freisler vor dem Volksgerichtshof zu

In Berlin lebt ein einfacher Mann, der als einer der wenigen überlebenden Augenzeugen über den Prozeß gegen die Männer des 20. Juli 1944 und deren unmittelbar darauf erfolgte Hinrichtung gültige Aussagen machen kann. Sein Bericht entbehrt der Sensation, er hat vielmehr dokumentarischen Rang. Dieser Mann hat sein Leben bisher still gelebt, er bat uns, von einer Veröffentlichung seines Namens abzusehen. Wir nennen ihn daher N. N. Er war der Mann, der den Tonwagen der ehemaligen „Deutschen Wochenschau“ gefahren hat. Die Wochenschau hatte den Auftrag erhalten, für die Hittlerbande den Film vom 20. Juli zu drehen.

„Ich habe einen ehrenvollen Auftrag für Sie!“, sagt in den ersten Augusttagen des Jahres 1944 der Manager der „Deutschen Wochenschau“ am Dönhofsplatz, Erich Stoll, zu dem Kraftfahrer N. N. „Es ist eine große Sache, aber — äußerste Schweigepflicht!“ Dann erzählt Stoll dem Fahrer „die große Sache“, zusammen mit den Kameraleuten Jansen und Sasse wird die Aufnahme zu jenem Film gemacht, der den Arbeitstitel tragen soll: „20. Juli 1944“.

Der Fahrer N. N. ist zu diesem Auftrag gekommen wie die Junger zum KInd. Er gehört zu den erfahrensten Motorenchlossern Deutschlands, er hat 1908 noch beim alten Karl Benz in Mannheim gelernt, er hat den ganzen Aufstieg des Automobils im 20. Jahrhundert miterlebt, er war mit im „Stall“ bei Bernd Rosemeyer und Rudi Caracciola, wenn die ihre verwegenen Rennen für Daimler-Benz führen — er kann darüber ein Buch erzählen, Henry Ford hat ihn einmal für 14 Dollar am Tag nach Detroit engagiert, bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges steht er abends am Schraubstock bei Daimler, Dienstverpflichtet für das Werk 90.

Als sich der Krieg immer gefährlicher zuspitzt und die Männer täglich kaappert werden, liegen die Stoll und Rollenbeck, die Herren der Goebbels'schen Wochenschau, dem Arbeitsamt ständig in den Ohren, ihnen einen Fachmann für ihre schweren Mercedes- und Maybachwagen zu besorgen. Das Arbeitsamt durchblättert seine Karteikarten: Da ist einer: „1908 bei Benz & Cie. gelernt.“ Es ist N. N. So wird der alte Motorenchlosser abends ein Stück weiterverfrachtet, vom Werk 90 in die Krausenstraße. Das war April 1943. Als er einige Zeit da ist und infolge seiner technischen Anstellung einen Tunnelsterkorsum mitgemacht hat, fragt er sich jeden Morgen: bin ich nun hier in eine Filmgesellschaft geraten oder in ein Narrenhaus?

Da muß er eines Tages mit seinem Tonwagen in die Sallerstraße fahren. Dort steht an der Ecke der Möllersstraße das alte „T. d. W.“, wie die Weddinger zu ihrem Kino sagen. Da hinten kommen schleichend etwa 80 Pgs mit Bergen von

Polzen, Decken, Jacken Hemden und Pullovern. Mit zurechtgelegten Sprüchen „opfern“ sie die warmen Sachen auf dem „Altar des Vaterlandes“. Die Szene wird von den Wochenschaulenten gefilmt. Aber unserem Fahrer N. N. geht beinahe der Hut hoch, als die Pgs nach Schluß der Filmaufnahme die Pelze, Decken, Jacken, Hemden und Pullover wieder einpacken und nach Hause tragen. Diesen Schwindel bekommen dann später die Deutschen als eine besonders begeisterte Spende für das Winterhilfswerk zu sehen. Oder unser alter Motorenchlosser muß zu den Brennpunkten des Berliner Verkehrs fahren. Er muß dort die Berliner filmen, wie sie nach Feierabend mit etwas gelassenen Gesichtern in die U-Bahnschächte steigen. Als er eine Woche danach die Wochenschau sieht, sind diese Berliner zu Menschen umgeformt, die „gelassen und freudig einem Luftschutzbunker“ zustreben.

Er sieht mehr als gewöhnliche Stierhülle hinter die Kulissen. Er sieht Funk derart betrunken, daß man keine Aufnahmen machen kann, denn Funk fällt nur noch. Ley ist ein andermal dormalen blau, daß er in seiner Villa am Schornitzsee die Wochenschaulente hinauswirft. Da sich die Kameraleute aber ohne Befüllung ihres Auftrages nicht zurück in die Krausenstraße getrauen, klettern sie wie Affen auf die Bäume, um Ley und seine Komplizen von den Ästen aus zu filmen. Es war ein toller Betrieb, diese „Deutsche Wochenschau“, und jetzt stuft die „große Sache“, wie Stoll sagte.

„Sie sind ein ganz schüßiger Lump!“

Am 7. August 1944 rollt der Tonwagen der Wochenschau zum Prentischen Kammergericht in die Elsholzstraße. Dort, nicht vom Volksgerichtshof in der Bellevuestraße, werden die Männer des 20. Juli abgeurteilt. Die Kontrolle ist eine vierfache: am Portal, im Bau, auf der Treppe und vorn Saal. Immer Gestapo in Zivil. N. N. gelingt es, mit in den Saal zu kommen, denn er muß dort die Kabel legen. Roland Freisler, der Präsident des Volksgerichtshofs, führt vor das Kammergericht wie ein Bundeskönig: in seinem Chrysler sitzen zwei Gestapoleute, hinter ihm rollt noch ein Ford mit vier Gestapogenten. Anders wagte er sich nicht mehr über die Straße. Durch einen Nebeneingang betrat er das Gericht.

Oben warteten bereits die Angeklagten. Bevor sie in den Gerichtssaal geführt wurden, nahm man ihnen die Fesseln ab.

Den Vorsitz führte Freisler, die Anklage vertrat die Oberreichsanwälte Lantz und Gorisch. In den Zuhörerraum hatte man sich eine Clique von Nazikanäulen bestellt, „es waren jeden Tag dieselben“, berichtet N. N. Dann begann Freisler zu toben. Er tobte dormalen, daß es bis unten auf den Hof zu hören war. „Sie sind ein ganz schüßiger Lump, Sie Häufchen Elend, Sie!“ brüllte er den Dr. Karl Goerdeler an, und zu dem ehemaligen deutschen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassel, rief er: „Sie abgefeimter Lügner, Ihnen kann man ja kein Wort glauben!“ Als ob es hier noch auf „glauben“ ankam. „Was sind Sie? Ein Schweinehund sind Sie!“ schrie er dem Generalmajor Stieff zu, als sich dieser so etwas wie verantworten wollte, und den Grafen Helldorf, den Freisler ja noch von 1931/32 her kennen mußte, redete er nie anders als mit „Sie Lump, Sie!“ an.

Es war in diesem Theaterprozeß alles darauf ausgelegt, die Männer des 20. Juli zu erniedrigen, zu demütigen und zu terrorisieren. Die Todesurteile standen ohnehin fest, wie wir aus den Vorbereitungen in Plötzensee gleich erfahren werden. Und doch gab es in diesem Prozeß Szenen von unerhörter Wucht, wie sie in der deutschen Kriminalgeschichte vielleicht nur zweimal erlebt worden sind. Das eine Mal, als Klaus Störtebecker vor den Hamburger Richter stand und aufgefordert wurde, sein letztes Wort zu sprechen. Da erhob sich Störtebecker und sagte: „Ich habe nur noch einen Wunsch: dem ganzen Senat der Stadt Hamburg den Kopf abzuhacken!“ Worauf die Hamburger Richter vorsorglich Störtebecker den Kopf abhackten. Und ein zweites Mal, als 1918 Karl Liebknecht in den Gerichtssaal rief: „Meine Herren, ich trage meinen Zuchthauskittel mit mehr Ehre als Sie Ihre Roben!“

Am Volksgerichtshof stand der Rechtsanwalt Wirmer auf, ging ganz nahe an Freisler her-

an, hob seinen Zeigefinger und rief: „Wenn ich hänge, habe nicht ich die Angst, sondern Sie!“ Als Freisler darauf einen Totschlagsanfall bekam, drehte sich Wirmer seelenruhig um, ging auf seinen Platz — und begann sein karges Brot zu krümeln. Und der alte Feldmarschall von Witzleben hat es dem Freisler noch im Gerichtssaal prophezeit: „Sie können uns dem Henker überantworten. In drei Monaten aber wird das gegüllte und capörte Volk Sie zur Rebenshaft ziehen und Sie bei lebendigem Leibe durch den Dreck und Kot der Straßen schleifen!“ Vierzehn Tage nach dem letzten Prozeß — die Männer des 20. Juli wurden in Gruppen abgeteilt — lebte Freisler nicht mehr. Es heißt, daß er am 3. Februar 1945 beim Bombenangriff auf Berlin getötet wurde.

„Noch ein Schluck aus der Pulle gefällig?“

Die Prozesse dauerten meist bis in die späten Nachmittagsstunden und endeten fast allesamt mit Todesurteilen. Sie mußten mit Todesurteilen enden, denn in Plötzensee standen schon die Henker bereit. Man wartete nur noch

an. In einer Ecke saßen der Oberreichsanwalt und der Protokollführer. „Außerdem waren zwei Gefängniswärter da. An der Wand stand ein kleiner Tisch mit einer Flasche Kognak. Der Protokollführer, dem der Schweiß von der Stirn troff, trank davon. Ich selbst bediente den Akku, wechselte die Filmrollen aus und hatte aufzupassen, daß der Kameramann nicht leer drehte. Der Henker war teige. Er fragte mich: „Wir kommen doch nicht etwa mit auf die Platte!“ Aber die drei trauten uns anscheinend nicht, sie machten die tollsten Sprünge, um ja nicht vor die Kamera zu kommen.“

Jetzt betrat der Feldmarschall von Witzleben die Schlächterkammer. Er war gefesselt, die Hände auf dem Rücken. Der Henker grinsend riß seine blühenden Witzle. „Nun, meine Herren, noch ein Schluck aus der Pulle gefällig?“ fragte er die zum Tode Verurteilten, indem er auf die Kognakflasche wies. „Aber lassen Sie man, die reicht kaum für uns!“ fuhr er fort und nistete dabei an dem Galgenstrick. Dann war es so weit.

„So, meine Herren, jetzt mal recht freundlich!



Feldmarschall von Witzleben während der Vernehmung

Foto: Hiltz

auf die „Deutsche Wochenschau“. Der Tonwagen kam zuletzt, denn im Gerichtssaal mußte die Apparatur ab- und in Plötzensee wieder aufgebaut werden. Aber lassen wir das alles den Kraftfahrer N. N. selber erzählen: „Wenn wir in den Abendstunden in Plötzensee ankamen, waren die zum Tode Verurteilten, die Henker, der Oberreichsanwalt und die Protokollführer schon da. Zwischen der Verkündung der Todesurteile und dem Beginn der Hinrichtung lagen etwa anderthalb Stunden. Wir gingen in dem alten Gefängnisbau am Hundezwinger und dem Kohleneschuppen vorbei nach Haus 11. Hier wurden den zum Tode Verurteilten die Zivilkleider abgenommen und jedem ein Zuchthauskittel angezogen. Kein Hemd mehr, kein Strumpf, kein Schuh. Nur Pantinen bekamen sie. Dann begann ihr letzter Gang. Ohne priesterlichen Beistand. Den hatte Hitler ausdrücklich verboten.“

Der Hinrichtungsraum

wurde in Plötzensee die „Schlächterkammer“ genannt. Es war ein kleiner Raum mit niedriger Decke. Der Fußboden war mit Kacheln ausgelegt, die Wände waren getüncht. Oben lief eine Schiene. An dieser Schiene baumelten zwölf S-Haken, wie sie die Schlächter zu benutzen pflegen. Daran wurden die zum Tode Verurteilten aufgehängt. In einer Ecke stand übrigens die Guillotine, die allerdings mehr eine Genickschlagmaschine war. Den Kopf vom Rumpf getrennt hat sie nicht. Das haben uns die Henkersknechte erklärt, die kamen sich sehr wichtig vor.

In dem kleinen Raum herrschte eine flüchterliche Hitze, da für die Filmaufnahmen hier acht Strahlampen von 1000 bis 2000 Watt brannten. Dazu ließen der Henker und seine beiden

Sie werden sogar aufgenommen!“ In der Henker weiter, als plötzlich seine Knechte den Verurteilten packten, der Henker warf den Unglücklichen die Schür über den Kopf. „Nun baumelte er auch schon an den Schlächterhaken. Ein Rock nach unten und...“ Unser Gewährsmann, der ein guter Autoschlosser ist, kann nicht beurteilen, ob der Tod durch Bruch der Wirbelsäule sofort eintrat oder ob diese Hinrichtungsart nur ein langsames Erwürgen war. „Als die Henkersknechte den toten Feldmarschall von Witzleben nach hinten in die Ecke schoben, immer an dem Schlächterhaken auf der Schiene, zuckte der Körper noch.“

Die erste Gruppe der Hingerichteten bestand aus zehn Männern. Sie starben ohne einen Klage laut. Mehrere Offiziere hatten zwei Stunden vorher im Prozeß noch gelächelt, sie durch Erschießen zu töten, das hatte Freisler abgelehnt. Es blieb beim Hängen. Vom Sterben jedes Einzelnen wurde eine Sonderaufnahme gemacht. Zum Schluß, als sie alle zehn zusammengehoben in der Ecke baumelten, wurde noch einmal eine Totalaufnahme gemacht. Die Turmuhr schlug halb neun.

Wenn Menschen sterben, lösen sich alle Muskeln. So rissen die Henkersknechte den Getöckelten sofort die Hosen herunter. Jacken hatten sie den später Kommenden, schon gar nicht mehr gegeben. So hingen die Männer des 20. Juli nackt und bloß an den Schlächterhaken. Dr. Goerdeler hatte noch etwas von seiner Familie sagen wollen, aber der Oberreichsanwalt schritt ihm sofort das Wort ab, indem er dem Henker zurief: „Tun Sie Ihre Pflicht!“

Nächtliche Hetzjagd nach Schloß Lanke

Nach völlig benommen von der grauenhaften Szenerie, begann für den Kraftfahrer der „Deut-

schen Wochenschau“ jetzt eine Hetzjagd durch die Nacht. In windender Fahrt ging es von Plötzensee zur Kopieranstalt Tesch nach Oberschöneweide. Die Beleuchtung stammte von der Firma Kleist in der Köpenicker Straße. Kleist, der Pg war, hatte dafür auch eine Karte für den Zuhörerraum im Gericht bekommen. Bei Tesch in Oberschöneweide war jedesmal Nachtdienst befohlen, um von dem Filmstreifen sofort eine Kopie herstellen zu können. Es war die sogenannte „Führerkopie“. Sie mußte bis ein Uhr in der Nacht fertig sein. „Inzwischen fuhr ich in die Krausenstraße, um von dort den Oberleutnant der Luftwaffe Fritz Dettmann zu holen. Er war der Vertrauensmann von Goebbels für die Wochenschau. Nun ging es zurück nach Oberschöneweide, die fertige Kopie wurde abgeholt, und noch in der gleichen Nacht begann die wilde Jagd nach Schloß Lanke bei Bernau. Denn hier warteten diejenigen sehnsüchtig auf den Film, denen die Tat vom 20. Juli geollten hatte. Lanke war das Schloß von Goebbels. Mit einem besonderen Filmpavillon im Park. Ich selber kam allerdings nie ins Schloß, nur Dettmann. Ich konnte mich auch in der Nacht nicht allzuviel umsehen, denn hinter jedem dritten Baum stand ein SS-Mann. Im Schloß saß jedenfalls die versammelte Hittlerbande und ließ den vor einer Stunde fertiggestellten Film vorführen. Ich ging derweilen in die Küche und ließ mir vom Koch etwas zu essen geben. In der Morgendämmerung fuhr ich dann mit Dettmann zurück nach Berlin.“ — Soweit unser NN.

Es erhebt sich nun die Frage: wo blieb der Film? Aufgenommen worden sind etwa 60.000 Meter. Zusammengeschüttelt wurde der Film auf 14.000 Meter; die Szene zwischen Wirmer und Freisler war natürlich nicht mehr zu sehen, die 14.000 Meter entsprachen den Propagandazwecken der Nazis. Jede Trommel bekam noch bei Tesch ein Etikett mit der Aufschrift: „20. Juli 1944“. Dazu Tag der Aufnahme und die Namen der Kameraleute. Sonst nichts. Nun wurde am Dönhofsplatz aus Luftschutzgründen nichts gelagert, nicht einmal im Alt-Buchhorst, wo in märkischer Waldeinsamkeit am herrlichen Möllensee die „Deutsche Wochenschau“ ihr Ausweichlager aufgeschlagen hatte. Die Filmtrommeln wurden vielmehr in dem sogenannten Glockenbunker auf dem Reichssportfeld bombensicher gelagert.

Etwa 14 Tage vor dem Zusammenbruch kam der Befehl, die Trommeln mit der Aufschrift „20. Juli 1944“ aus dem Glockenbunker zu holen



Oberbürgermeister a. D. Karl Goerdeler geb. 31. Juli 1884 Foto: Hiltz

und zur Alifa, einer Kopieranstalt in Tempelhof, zu bringen, um sie dort zu verbrennen. „Der Mann, der den Auftrag bekam, den Film zu vernichten, hieß Kperlich“, berichtet unser Gewährsmann. Er war ein Fahrer, der von einer anderen Filmgesellschaft zu uns gekommen war. Ich habe ihn jedoch aus den Augen verloren. Stoll schob ihn kurz vor Schluß noch zum Volksturm ab. Dabei wurde er gefangen genommen. Sein weiteres Schicksal ist mir unbekannt. Erich Stoll und sein Kompagnon Rollenbleck setzten sich rechtzeitig nach Garinisch-Parteokirchen ab. Sie sind inzwischen ebenso wie die Kameraleute in Hamburg aufgetaucht und wollen wieder filmen.“

Nur einer fehlt: Förster. Er war der Kameramann für die Auslandsaufnahmen. Er kam eines Tages zurück zum Dönhofsplatz. „Ja, ja“, sagte er, „ein jedes Land hat seine Leute. Österreich hatte seinen Dollfuß, Frankreich hatte seinen Dreyfus. Und Deutschland hat seinen Goebbels.“ Noch in der gleichen Nacht war dem Hinkemann vom Schloß Lanke der Witz hinterbracht. Seitdem ist Förster spurlos verschwunden. Er ist nie mehr aufgetaucht.

Im Nürnberger Prozeß ist ein Teil des Films als Beweismaterial verwendet und den Hauptkriegsverbrechern vorgeführt worden.



Roland Freisler, der spätere „Präsident“ des Volksgerichtshofs. Er überantwortete die Männer des 20. Juli dem Henker Foto: Hiltz

1947

OFFIZIERE

gegen Hitler

Eine Geschichte der gescheiterten Attentats / Das Buch eines Verschwörers

Als den bösen Gott der Fliegen und des Todes stellt der Dramatiker Jean-Paul Sartre in seinem Drama „Die Fliegen“ Jupiter dar, einen bösartigen, blutverschmierten Gott, der nichts anderes wünscht, als den Menschen in Sklaverei zu halten. Diese Dichtung stammt aus dem Debacle des 20. Jahrhunderts. Sie ist der Verzweiflungsschrei des Hirns. — Ein anderer Glaube ist der an die göttliche Vorsehung. Das Wort von der „Vorsehung“ haben wir in den vergangenen zwölf Jahren oft aus einem Mund gehört, nicht ohne jedesmal Übelkeit und Empörung vor der Blasphemie zu empfinden. Andere als er es meinte war jedoch auch der Mann, der diese Worte sprach, ein Werkzeug der Vorsehung, nämlich eines jener infernalischen Instrumente, wie sie gelegentlich in der Weltgeschichte auftreten. Daß die Vorsehung ein solches Instrument erst dann in den Orkus schleudert, wenn sie seiner nicht mehr bedarf, wird einem fröhlich klar bei der Lektüre eines Buches, das soeben in der Schweiz erschienen und großes Aufsehen erregte: „Offiziere gegen Hitler“ von Fabian von Schlabrendorf (Europa-Verlag, Zürich).

Viele Attentate

Man liest hier betroffen, wie viele Attentatsversuche gegen Hitler unternommen wurden, und wie viele scheiterten. Stets hing es nur an einem Haar, stets trat trotz sorgfältiger, oft minutiöser Vorbereitung im letzten Augenblick ein Umstod ein, der das Gelingen vereitelte. — bis hin zu jener Sprengstoff-Explosion, die den Mann nicht zerriß, weil er eine Minute vorher den Plot neben der gefährlichen Aktenmappe verließ, und weil an diesem Tag die Zusammenkunft statt im Bunker in einer Barockstube stattfand, die dem Luftdruck keinen Widerstand bot. Jener Mann, als Persönlichkeit nicht fahbar und nur zu denken als ein medietes Individuum, sollte anscheinend ohne menschlichen Eingriff sein Ende nehmen. Ein ökonomischer Kleinbürger, dessen Kolportagephantasie in der physikalischen Welt Gestalt angenommen hatte, und der sich nach dem Verfall seiner medialen Talente unter einem Guß Besinnungslosigkeit in Quäl auf löste. Jeder Mensch hat seinen eigenen Tod“ hat Mussolini zu Emil Ludwig gesagt, eine alte Weisheit aufnehmend. Auch Mussolini hatte ihn als ein Condottieri des Maschinenzeitalters, der von dem schließlich vertriebenen Volk im kurzen Leinwand an den Füllen aufgehängt, der Menge zur Schau ausgestellt wurde. Vergleichen mit dem fatalen Exitus Hitlers fürwahr ein menschliches Ende.

Als der berühmte Präsident des Volksgerichtshofs Roland Freisler bei einem amerikanischen Luftangriff auf Berlin im Keller getötet wurde, hielt er ein Aktensstück mit dem Namen Schlabrendorf in der Hand. Dieser Umstand war es nicht zuletzt, der Fabian von Schlabrendorf, dem Verfasser des in der Schweiz erschienenen Buches, als einen der Wenigen maßgebend am 20. Juli 1944, das Leben rettete. Er wurde nach dem 20. Juli von der Gestapo verhaftet, in die Prinz-Albrecht-Straße gebracht und mehrfach gefoltert. Nach Freislers Tod kam er in das Vernichtungslager Flossenbürg in Oberfranken. Das Herannahen der Amerikaner bewahrte ihn davor, dort wie Canaris, Oster, Bonhoff oder andere auf diabolische Weise erhängt oder nackt erschossen zu werden.

Fruchtlose Mühen

Schlabrendorf schildert, nun die Bemühungen von 1933 an, den Nationalsozialismus zu bekämpfen. Bemühungen, die mit Kriegsausbruch Attentatscharakter annahmen. Vom Plan des Generalobersten von Hammerstein, Hitler 1939 bei einem Besuch an der Westfront festzunehmen, bis zu jenem 20. Juli reihen sich die fehlgeschlagenen Versuche dieser Offiziere, den Krieg durch Ausschaltung Hitlers zu beenden. Schlabrendorf, zunächst im Auswärtigen Amt, wird Oktober 1939 als Unteroffizier zum Militär eingezogen. Der mit ihm befreundete General von Treskow (der sich später das Leben nehmen mußte) holte ihn 1941 zum Stab der Heeresgruppe Mitte. Verbindungen wurden nach allen Seiten aufgenommen. Die Einachtigen, Politiker und Militärs, wuchsen allmählich an Zahl. Ein zäher Kampf beginnt. Vor allem darum, eine Anzahl ewig schwankender Generale zu gewinnen. Durch die abklingende Haltung des Feldmarschalls Kluge mündet der Plan, Hitler bei einem Besuch bei der Heeresgruppe Mitte gefangenzunehmen. Am 12. März 1943 gelang es Schlabrendorf persönlich, eine Bombe in Form zweier Kognakflaschen in Hitlers Flugzeug zu schmuggeln. Hitler fliegt damit von Smolensk nach Ostpreußen. Kräftig warteten die Befehlshaber auf die Fuchschricht vom Unfall der Maschine. Durch einen bösen Zufall versagt der englische Zeitgeber, und es gelingt dem hinterhältigen Schlabrendorf nur mit Mühe, das gefährliche Paket wieder ausgehandelt zu bekommen. Auch die anderen Versuche scheitern durch unvorhergesehene Umstände, wie häufig den, daß Hitler im letzten Augenblick nicht erscheint. Schlabrendorf schildert weiter die Vorbereitung zum Staatsstreich vom 20. Juli 1944 und die Durchführung selbst. Anlässlich des Jahrestages sind diese Vorgänge jetzt durch die Presse gegangen. Eine Reihe von Vorurteilen und irrtümlichen Meinungen über den Charakter dieses Staatsstreiches werden jedoch erst durch dieses Buch widerlegt. Wir führen die wichtigsten auf:

1. Es handelte sich beim 20. Juli ausschließlich um eine Aktion von republikanischen Offizieren und Generalen. Dieser Irrtum ist in der Öffentlichkeit in letzter Zeit richtiggestellt worden. Schlabrendorf schildert Beck als den Kopf, Görder als das Herz der deutschen Widerstandsbewegung, und man erfährt, daß eine enge Zusammenarbeit mit den Linksparteien, einschließlich der Kommunisten stattfand. Für die kommende Reichsregierung waren vorgesehene Götze als Reichskanzler, der Sozialdemokrat Leuschner als Vizekanzler, der Sozialdemokrat Leber als Innenminister, Harzel oder Schulenburg (wegen seiner Beziehungen zu Stalin, die man ihm eben über deutschen Botschafter in Moskau nachsah) Außenminister. Schlabrendorf meint, daß Man-

ner wie Beck und Witzleben schließlich völlig frei von persönlichem Egoismus gewesen sind.

2. Daß die Tat nur ausgelöst worden sei, weil die Militärs durch Hitlers Fehlschläge ihre Felddevotionen verloren hätten.

Schlabrendorf legt an Beispielen dar, welche Empörung in einzelnen Stößen sich Luft machte (bis zum Eindringen beim Kommandeur), wenn Nachrichten von den Gräueln der SS kamen. Weiterhin, daß die Hauptbeteiligten 1939 ja selbst vor dem Krieg sich unaufrichtig bemühten, ihr Volk vor dem furchtbaren Schicksal zu bewahren. (Gespräch Schlabrendorfs mit Churchill, Schlabrendorf: „Ich bin kein Nazi, aber ein guter Patriot.“ Churchill lachend: „Ich auch.“) Viele Kreise von höheren Offizieren werden naturgemäß erst allmählich gewonnen. Der Verfasser spricht von der Einseitigkeit der soldatischen Erziehung. Die Überzeugung an den Dienstgedanken zu sein, machen eine mühsame Aufklärungsarbeit nötig.

3. Daß die Verschwörer keinen zugänglichen faktischen, geschweize denn einen politischen Plan gehabt hätten.

Die militärisch wohlüberlegte (allzuwohl überlegte!) Durchführung ist das Thema des ganzen Buches. Was die Politik betrifft, so findet man den Ende 1943 von Görder verfaßten „Aufruf „Grundzüge und Ziele der neuen Reichsregierung“. Außenpolitisch geht es vor allem um die Wiedergewinnung des Vertrauens der Welt und die Erreichung des Friedens. Die Kapitalüberschüsse der Innenpolitik lauten: Recht und Gerechtigkeit, Sitte und Sittlichkeit, Religion und Kirche, Jugend und Jugendverteilung, Wirtschaft und Sozialpolitik, Öffentliche Finanzen. Die Nationalsozialisten sollten nach aus aller verantwortlichen Stellen der Wirtschaft ausgeschaltet werden.

Opferwille

4. Daß die Aktivisten nicht bereit gewesen seien, bei einem Attentat ihr Leben zum Opfer zu bringen.

Wer es nicht bereits wußte, erfährt hier wie ungenügend schwierig es war, Hitler zu töten. Eine herausragende Pistole hätte nach Schlabrendorfs Darlegungen die zu seiner Festlegung geführt, in der Befreiung wäre nicht einmal zum Schuß gekommen. Einer der Offiziere erscheint vergewaltigt mit der Pistole auf dem Obersalzberg; ein anderer erbot sich, bei

der Verführung einer neuen Uniform Hitler zu töten. Und zwar wollte er den Sprengstoff am Körper tragen, auf Hitler zuspürten und sich gemeinsam mit ihm in die Luft sprengen. Anfangs wurde die geplante Verführung der neuen Uniform durch Hitler immer wieder abgelehnt. Schließlich, als sie im November 1943 in Kassen gepackt war, vernichtete tags vorher ein Luftangriff alle Vorkörper, so daß auch die Verführung der Uniform unterbleiben mußte.

Die Person Stauffenbergs

A. Die Einführung über die Person Stauffenbergs. Claus Schenk Graf von Stauffenberg, geboren 1907 als Sohn eines im süddeutschen Katholizismus verwurzelten Familien, hatte im Krieg ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken Hand verloren. Er war ursprünglich nicht als Attentäter vorgesehen, da man ihn zu dem Umsturzplan in Berlin brauchte. Er versuchte vor allem mit den Führern der Arbeiterbewegung zusammenzuarbeiten. Nach Darlegungen des Sozialdemokraten Darrdort war sein persönliches Drängen schließlich von der Absicht getragen, eine Reihe Verhafteter, darunter den von ihm besonders geschätzten Julius Leber, vor der Hinrichtung zu retten. „Das militärische Leben hatte ihn niemals voll ausgefüllt. Seine geistigen Bedürfnisse hatten ihn in den Kreis des Dichters Stefan George geführt. Dieser hatte bald den inneren Wert Stauffenbergs und seine Qualitäten erkannt und ihn mehr und mehr an sich gezogen. Hatten manche aus Stefan Georges Kreis diesen soziet verlassen, so war Stauffenberg seinem Meister treu geblieben. Die Gedanken- und Geisteswelt Stefan Georges beherrschten ihn. Er kannte viele seiner Gedichte auswendig. Eine seiner größten Freuden war es, das berühmte Gedicht Stefan Georges über den Anti-Christ zu deklamieren. Vom Geistes her kam auch Stauffenbergs Einstellung gegen Hitler. Nicht der Gedanke einer drohenden militärischen Niederlage oder sonst eine materielle Erwägung bestimmten ihn in seiner Haltung. Im Gegenteil: Stauffenbergs Kampf gegen Hitler war im Christentum verankert.“

Man sieht, es ist vieles andere, als es sich in unseren Köpfen des Auslands wie des Inlands malt. Mag nun Schlabrendorfs Darstellung die subjektive Färbung eines Mannes haben, der innerlich den alten Offizierskreisen nahestand. Der Kampf gegen Hitler und die

Die Schlacht um Avranches

Betrachtungen zu Hitlers Niederlage in Frankreich / Von Winfried Hagen



es, daß man wie geplant auf die Kämpfe bei Caen erhöhte und Caen als den Schlüsselpunkt für alles Kommando betrachtete.

Wir wissen heute, daß die Absichten des Alliierten Oberbefehlshabers und seiner beiden Heeresgruppenführer, General Omar Bradley und Feldmarschall Montgomery, von Anfang an in ganz anderer Richtung gingen. Von vornherein war beabsichtigt, den linken deutschen Flügel aufzurollern und aus den Angeln zu heben. In flüchtiger Einschätzung der im Osten so vielfach beobachteten fehlerhaften deutschen Taktik, an Positionen festzuhalten, die, taktisch gesehen, längst geräumt werden mußten, sollte versucht werden, die gesamte aus der 7. Armee und der 3. Panzerarmee bestehende deutsche Abwehrfront einzukesseln und vernichtend zu schlagen. Diese Absicht ist so vollständig wie fast nie in der Kriegsgeschichte, gelungen.

Zur Verschleierung wurde am Ostflügel hart und lange gekämpft und angegriffen. Nach schweren Kämpfen bei Caen in englischer Hand, General Eisenhower hat später diese für die Engländer verlustreichen Kämpfe als entscheidend für den ganzen Verlauf der Operation bezeichnet. Jeder Fußbreit Boden, den der Gegner bei Caen verlor, war genau so wert wie der Verlust von zehn Quadratkilometern an irgendwelchem anderen Ort der ganzen Front.

Zugleich aber war der Aufmarsch der Streitkräfte Patton — 3. amerikanische Armee — am Westflügel erfolgt, und zwar infolge des völligen Versagens der deutschen Luftabwehr, unbemerkt General Eisenhower befehligte die Entscheidung suchenden Durchbruch

Verschwörung des 20. Juli wurde jedenfalls nicht von Landsknechten und Machtkämpfern vorbereitet, sondern zu einem großen Prozentsatz von Idealisten. Ja, um manche der Verschwörer anfangen mit dem Generalobersten Beck, wohl ein Hauch bester humanistischer Überlieferung.

Tragik

Die eigentliche Tragik, wenn man von den fürchterlichen Qualen absteht, die die Verhafteten zu erdulden hatten, liegt an zwei Stellen verortet. Zunächst darin, daß man auch in diesem Buch aus dem Lebenskreis tatenschlossener und verantwortungsbewußter Männer den Eindruck gewinnt, wie wenig das politische Attentat dem Charakter des deutschen Volkes liegt und wie leicht es dadurch der Tyrannis ausgeliefert ist. Man sieht es aus den geschiedenen Bedenken einzelner Offiziere. Einer erklart, er wäre gern bereit, Hitler an der Spitze einer Kavallerie-Schwadron zu verhaften, aber traue es sich nicht zu, ihn ohne weiteres zu töten. Andere haben schwere christliche Bedenken, daß bei dem Attentat auch Unschuldige ums Leben kommen könnten. Zu schweigen von den vielen schwankenden und fragwürdigen Gestalten unter denen Männer wie Busch und Fromm, vor allem aber auch Kluge und Beck, eine besonders gefährliche Rolle spielen. Ja, man gewinnt den Eindruck, als wäre die deutsche Grundsätzlichkeit eine der Ursachen für das Mißlingen aller Bemühungen. Man trifft auf bis ins kleinste psychologisch und technisch vorbereitete Pläne von einer opferbereiten, jahrelangen Durchdringung, die dem Verantwortungsbegriff der Beteiligten als Ehre machten. Aber von spontanen Aktionen im Sinn der historischen Attentate erfährt man nichts.

Die tiefere Tragik jedoch liegt in dem, was wir eingangs andeuteten. Rückblickend gewinnt man die Überzeugung, als wenn jene schicksalhaften Zufälle, die den Verderb der letzten Augenblicke immer wieder vor der Vernichtung schützten, einen tiefen, ja wahrhaftig tragischen Sinn hatten. Vermutlich nicht den, eine neue Mythenbildung zu verhindern, wonach Hitler den Krieg doch noch zu einem siegreichen Ende geführt hätte. — (denn gegen die mythisierende Dummheit hat die Vorsehung kein Kraut wachsen lassen). Wohl aber den, daß anscheinend das deutsche Volk den Weg bis zum bitteren Ende beschritten sollte, mit all den weittragenden Folgen, die die letzten neun Monate Kriegführung gehabt haben!

Am Schluß von Schlabrendorfs Buch findet man die Totentafel der führenden Männer. Sie beginnt alphabetisch mit Beck, Ludwig, dem ehemaligen Chef des deutschen Generalstabs, und endet mit Zorn, Arthur, dem Staatssekretär. Sie enthält 171 Namen, und die Namen zeigen, daß mit ihnen eine Elite ausgerollt wurde.

W.

bei Avranches, der dann zur Umgehung und Einkesselung des deutschen Westheeres führte. Am 25. Juli griff die 1. amerikanische Armee — General Hodges — bei St. Lô unter starkem Einsatz von Panzern und Schlachtfliegern an, und es gelang ihr, den ganzen deutschen Westflügel ins Wanken zu bringen. Der Zusammenhang der deutschen Verbände ging zusehends verloren, kleinere und größere Gruppen wurden abgeschnitten, getrieben in Gefangenschaft oder kämpften sich unter schwersten Verlusten durch. Am 29. war Carentan bereits in amerikanischer Hand, und nun konnten die Panzerdivisionen des Generals Patton, in schnellem Stoß den Durchbruch bei Avranches erzwingen und den Weg in die Bretagne und den Rücken des Gegners öffnen.

Der deutsche Oberbefehlshaber, Feldmarschall von Kluge, folgte in dieser Lage den einzig richtigen Entschluß, alle seine Reserven zum Abfangen der Panzerspitzen Pattons einzusetzen. Hitler übertrug persönlich den Angriff dieser Panzerdivisionen in der Spitze des sich bildenden Sackes in Richtung Avranches mit dem Ziel, diese Stadt zurückzuerobern. Klugern betrachtet, ein vollständig irrsinniges Unterfangen. Es zeigt sich auch, wie wenig Hitler imstande war sich in eine alle Wehmachtstellung umfassende „apophthegmatische“ Kriegsführung hineinzudenken. Angenommen, es wäre wider alle Erwartungen gelungen, Avranches zurückzuerobern, so wären Pattons Divisionen keineswegs verloren gewesen. Bei den ausgezeichneten und überliefert vorhandenen technischen Hilfsmitteln wäre es ein leichtes gewesen, in der Bucht von St. Malo oder St. Briegs einen neuen künstlichen Hafen zur Versorgung der Streitkräfte Pattons anzulegen. Wie dem auch sei — Kluge rang rund eine Woche mit Hitler, um ihn von seinem wahnsinnigen Vorhaben abzubringen. Hitler blieb bei seinem Befehl. Der unglückselige Gegenangriff in Richtung Avranches wurde gemacht, mit verstärkten Kräften wiederholt und blieb, wie bei den unzureichenden Reserven und der unzulänglichen Munitionsdotierung voranzutreiben war, kläglich liegen.

Es kam, wie es kommen mußte. Schließlich gelang den Engländern auch der Durchstoß bei Caen. Von allen Seiten eingekesselt, kämpften die deutschen Armeen verzweifelt darum, die einzige noch vorhandene Lücke bei Falaise (von 5 km Breite) offen zu halten. Aber die Entwicklung war nicht mehr aufzuhalten, die ganze Verteilung brach zusammen. Unter dem Verlust von allem schweren Material und 60 Prozent des Mannschaftsbestandes gingen die Reste der geschlagenen Armeen bei Hagen über die Seine.

Demit aber nicht genug. Nach kurzem Aufenthalt vor Paris und Pattons 3. Armee wieder voranzuging den Übergang über die Seine und rollte in einer bis dahin nicht gekannten Geschwindigkeit bis Antwerpen durch. Die Reste der 7. Armee und 3. Panzerarmee sowie die bisher überhaupt noch nicht eingesetzte 15. Armee waren das zweite Mal eingekesselt. Der Westfeldzug war andenklich verloren, alles Ruhte gegen den Rhein zurück.

Jakob Kaiser:

Der Aufstand des Gewissens

„Ist es nicht groß, daß sie einig waren im Streben nach einem redlichen Regiment, nach sühnender Gerechtigkeit; daß sie von den verschiedensten Ueberzeugungen her sich zusammenschlossen zum Streit gegen das Böse, daß Vertrauen und Todesbereitschaft, das unvergängliche Menschliche, sie einte, wo unmenschlicher Zwang gebot und jedes verdächtige Wort, die leiseste Unvorsichtigkeit den Tod bedeuteten?“ (Die innere Befreiung, Gedenkwort zum 20. Juli von Reinhold Schneider.)

Der Todestag von Karl Friedrich Goerdeler führt sich heute zum zweiten Male. Die menschlich lautersten Worte, die Reinhold Schneider den Toten des 20. Juli widmete, sind der beste Ausdruck dessen, was über Menschlichkeiten, Irrtümer und Schiefheiten des politischen Blickfeldes hinweg alle bewegt, die ein Urteil über den sittlichen Wert der Ziele dieser Männer haben. Daß sie den Mut und die Entschlossenheit aufbrachten, die innere Freiheit des Gewissens über den soldatischen Zwang des Gehorsams zu stellen, hebt die Mitwirkenden aus dem Heer über das Niveau der Alltagsgestalten hinaus, an deren schwächlicher Hingabe an Hitler das deutsche Volk zerbrach. Je mehr der Militarismus in seiner Ueberheblichkeit und seinem verhängnisvoll sklavischen Gehorsam zu verurteilen ist, um so befreiender wirkten die Gestalten, die von der Stunde der Erkenntnis an ihr Gewissen souverän machten. Kein Mensch kann daran denken, die deutsche Wehrmacht aus der Verantwortung zu entlassen, die sie für die Machtenhaltung und den Machtmißbrauch Hitlers getragen hat.

Wenn trotzdem alle aktiven Gegner Hitlers mehr oder weniger sich an die Wehrmacht hielten, so deshalb, weil nur sie die Macht hatte, ihm wirksam entgegenzutreten. Daß sie bei der Wehrmacht der führenden Soldaten nur auf Halbheiten, nicht aber auf Entschlossenheit stießen,

gehört zum verhängnisvollen Schicksal der deutschen Armee und ihres Geistes. Um so mehr aber traten die hervor, die trotz der Blindheit und Schwäche der vielen Verantwortlichen die Bindungen der „verhängnisvollen Tradition“ sprengten.

Wer von den Männern des Widerstandes sein Leben retten konnte, kann sich keiner Illusion darüber hingeben, daß die Gesamtheit des Geschehens um den 20. Juli zu mancher Kritik herausfordert. Keiner von ihnen wird das Verlangen haben, das Geschehen in einen Heldenmythos einzunehmen. Es kann nur von positiver Wirkung sein, wenn objektiver historischer und politischer Sinn geistige, politische und menschliche Zusammenhänge klärt. Aber der geht fehl, der hemmungslos die Schale der Kritik über Männer ausgießt, die sich nicht mehr wehren können, die gehängt wurden, weil sie sich die Freiheit des Gewissens bewahrt oder sie wiedergewonnen hatten. Und weil sie diese Freiheit in die Tat umsetzten. Wie immer man zu den verschiedenen Richtungen und Gruppen stehen mag, es wird allmählich Klarheit darüber entstehen, daß die verbrecherische Politik Hitlers durch den 20. Juli einen Stoß erhielt, von der sie sich nicht mehr erholte.

Diese Feststellung gilt dem „Tagesspiegel“ gegenüber, der aus allen Niederschriften, Äußerungen und Verlautbarungen über den Widerstand nur das zusammenstellt, was zu negativer Beurteilung auswertbar erscheint. Nach Art und Fülle der Kritik, nach der Menge des Raumes, die Erik Reger in den letzten Wochen — nicht zuletzt noch am 26. Januar — auf die Minderung des Ansehens der Männer des 20. Juli verwandt hat, muß man fast annehmen, daß es der „Tagesspiegel“ als eine seiner Aufgaben betrachtet, dem deutschen Volk auch noch das Bewußtsein zu nehmen, daß es Widerstand gegen Hitler gab. Es ist gewiß harte Selbstoprüdung für unser Volk angebracht. Der „Tagesspiegel“ aber wendet Methoden der Selbstquälerei an. Sie führen nicht zur Gesundung, sondern zur Verkrampfung.

Die Männer des Arbeiterflügels

Es bleibt dem praktischen Politiker leider heute wenig Zeit, sich systematisch um die Klärung jüngster geschichtlicher Vorgänge zu bemühen. Ich bedauere das, denn der Arbeiterflügel der Männer des 20. Juli und seine engeren Freunde haben immerhin der Geschichte des Widerstandes gegen Hitler noch ein wesentliches Stück hinzuzufügen.

Diese Männer des Arbeiterflügels hatten weder die Absicht, den Militarismus zu verteidigen, noch hatten sie Pensionen zu retten. Sie hatten nichts, als den Glauben an die besten Kräfte des deutschen Volkes. Sie hatten das Vertrauen auf die große Masse der politisch und gewerkschaftlich geschulten Arbeiterschaft, für deren Tradition und Zukunft sie in erster Linie den Einsatz wagten. Diese Gruppe, die seit 1933 den Widerstand wachhielt und sich um seine Zusammenfassung mühte, zog nach und nach eine ganze Anzahl fortschrittlicher Männer an.

Man versucht immer wieder, den Männern des 20. Juli die Fühling mit dem Volke abzusprechen: Das mag da-

mit zusammenhängen, daß sich das publizistische Interesse im wesentlichen um das dramatische Geschehen des Attentats bewegt. Alles andere tritt dahinter zurück. Mag es unbedeuten sein, von sich selbst zu sprechen: ich tue es, um der Behauptung entgegenzutreten, daß die Verbindung zum Volke fehlte. Ich selbst habe die gesamte Organisation der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften in der Hand gehalten. In den ersten Maitagen 1933 hatte ich die entscheidende Besprechung mit Wilhelm Lensemer. Wir gaben uns die Hand darauf, den Willen zur freien gewerkschaftlichen Organisation wachzuhalten und für den Fall der Beseitigung Hitlers die Möglichkeit sofortiger Neuordnung vorzubereiten. Es gelang mir, eine glückliche Tarnung meiner Arbeit durch mein Eintreten für unveräußerliche Rechte der gesamten früheren Angestellten unserer Bewegung zu finden. Ich blieb durch regelmäßige Rundschreiben und Reisen in enger Verbindung mit allen gewerkschaftlichen Persönlichkeiten und Verbänden. Es gab unter diesen Männern keinen, der nicht wußte, um was es mir ging. Die führenden

Männer unseres Flügels, Habermann, Körner, Letterhaus, Groß, Ersing, Dr. Müller und die vielen noch Ungenannten, haben mir in der Aufrechterhaltung des Lebenswillens unabhängiger Gewerkschaften in der Vorbereitung der künftigen Ordnung zur Seite gestanden. Durch sie alle war selbstverständlich auch die Verbindung mit den erprobten Vertrauensleuten gegeben, d. h. mit Tausenden von Arbeitern, die aufrecht und echt gegen das System standen. Es war außerdem die Verbindungsmöglichkeit mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten gegeben, die wichtig war.

Sollten wir auf den Markt gehen und Reden halten?

Wilhelm Leuschner, der noch stärker beobachtet wurde als ich, hatte ebenfalls ausgedehnte Fühlung mit zahlreichen und maßgeblichen Stützpunkten seiner früheren Bewegung. Auch für die Verbindung mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften war durch Ernst Lemmers Zusage gesorgt. Ein Anruf an die Gesamtheit der gewerkschaftlichen Organisationen nach Beseitigung Hitlers hätte also ihre Geschlossenheit bewiesen; dafür bürgten die Namen der führenden Männer.

Was versteht man sonst unter Verbundenheit mit dem Volk? Sollten wir auf den Markt gehen und Reden halten? Sollten wir die Arbeiter auffordern, auf die Straße zu gehen? Von Schacht wurde mir einmal berichtet, er habe den Ausspruch getan: Der Umsturz würde nicht eher kommen, ehe nicht das Blut von ein paar tausend Arbeiter geflossen sei. Ich weiß nicht, ob er diesen Ausspruch getan hat. Wehrmachts- und Rechtskreise haben des öfteren versucht, uns für revolutionären Aufstand der Arbeiterschaft zu gewinnen. Wir haben es abgelehnt. Mit bloßen Händen läßt sich gegen ein schwer bewaffnetes, mit ausgeklügeltem Terror arbeitendes System keine Revolution machen. Es mutet geradezu kläglich an, immer wieder die Vorwürfe über die mangelnde Organisation des Widerstandes zu lesen. Oft von solchen, die sich im Dritten Reich recht vorsichtig verhalten haben. Trotz meiner glücklichen Tarnungsmöglichkeit mußte ich 1938 in monatelanger Gefängnishaft eine hochnotpeinliche Untersuchung meines Tuns über mich ergehen lassen. Daß

damals die Hoch- und Landesverratsanklage fallen gelassen wurde, danke ich nicht zuletzt den geschickten Aussagen von Wilhelm Leuschner. Meine damalige Freilassung schuldete ich dem eigenmächtigen Handeln des für meinen Vorgang zuständigen Staatsanwaltes am Volksgerichtshof. Er war kein echter Nazi, und da er mich kannte, ordnete er meine Freilassung an. Allen denen, die heute den Wert der Widerstandsbewegung herabzusetzen suchen, möchte ich wünschen, ein paar Jahre leben zu müssen, wie wir gelebt haben. Dann erst können sie beurteilen, was unter einem Gewaltssystem möglich ist und was nicht.

Zum Arbeiterflügel standen im Lande Widerstandskreise, deren Männer — sowohl sie noch am Leben sind — heute im wesentlichen im Vordergrund politischer Arbeit stehen. Nicht weil sie — wie Roger meint — sich auf weiter nichts stützen können, als „daß sie einer Widerstandsgruppe angehört“ haben, sondern weil sie aufrechte und fortschrittliche politische Menschen waren und sind, wie sie heute gebraucht werden.

Alle diese Männer haben mit vollem Bewußtsein dessen, was sie taten, dem Widerstand gedient. Es ist kaum einer unter ihnen, der nicht in alter demokratischer Tradition wurzelt oder wurzelt und keiner, der nicht wußte, daß die Nachkriegszeit neue politische und soziale Orientierungen verlangen würde. Es waren im wesentlichen Männer der Arbeiterschaft, aber auch intellektuelle und Beamte.

Auch die von „rechts“ kamen, standen, wie die Männer der Arbeiterschaft, aus stiller Überzeugung gegen Hitler. Der frühere Oberbürgermeister von Düsseldorf, Robert Lehr, veranlaßte mich in der Erkenntnis, daß nur die Verbindung von Arbeiterschaft und Heer zu einer Beseitigung Hitlers führen könnte, meine Bekanntschaft mit Kurt von Hammerstein zu erneuern. Mit diesem ehrlichen, gesund politisch denkenden Soldaten verband mich bald herzliche Freundschaft. Es war kein Falsch an ihm. Hammerstein, der einer der erbittertesten Feinde Hitlers war, bewies sein fortschrittliches Denken immer wieder in seiner Erkenntnis für die Bedeutung der Arbeiterschaft. Ich sprach oft mit ihm darüber, daß das Zukunftsbild Deutschlands sozialistischer Prägung sein würde. Gleiches Denken zeigte sich übrigens bei seinen Kindern, die durchweg recht radikale Auffassungen hatten.

Zwiespältige Generäle

Hammerstein hatte über die Mehrheit der kommandierenden Generäle ein negatives Urteil. Er hielt sie aus Mangel an Mut, aus falscher, bequemer Pflichtauffassung für unfähig zu revolutionärem Handeln. Trotzdem hielt auch er ihre stete Beeinflussung für nötig und förderte sie. In der Zusammenarbeit mit ihm begann auch von seiten des Arbeiterflügels eine systematische Bearbeitung maßgeblicher Männer des Heeres. Ich weiß heute nicht mehr, wieviel Denkschriften Fritsch, Beck, Blomberg, Fromm, Obrecht überbracht wurden. Wir hielten es mit Röcheln: man soll in Zeiten der Gefahren nichts aufheben. Wir gaben ausführliche Berichte über Haltung und Lage der Arbeiterschaft, über ihre Behandlung, über Verhaftungen und über Erfahrungen in Konzentrationslagern. Wir warnten vor Kriegsrüstungen, vor dem Krieg. Wir machten konkrete Vorschläge zur Beseitigung Hitlers, die uns in den ersten Jahren seiner Herrschaft noch verhältnismäßig leicht erschien. Wir wiesen immer wieder auf die allmähliche Durchdringung des Heeres mit nationalsozialistischer Propaganda hin, gegen die man empfindlich war. Aber die innere Haltung der Generäle blieb zwiespältig. Wir bezogenen dabei starkem Interesse, nur Fromm verhielt sich meistens ausweichend. Fritsch war stets interessiert, aber unentschlossen. Beck war entschlossen, er bewies das ja auch durch seinen Rücktritt.

Ich bekenne mich noch heute dazu, daß ich trotz des Hammersteinschen Pessimismus, trotz vieler eigener enttäuschender Erfahrungen nie die Hoffnung aufgegeben habe, daß eine Reihe von maßgeblichen Männern der Wehrmacht zum Handeln aufzurütteln sei. Daß es für

die Mehrheit nicht möglich war, gehört zum Beweis, daß die Führungskräfte der deutschen Wehrmacht keine ausreichende moralische Kraft zu entscheidender Verantwortung besaßen. Die deutsche Wehrmacht ist daran zugrunde gegangen.

Wir wußten in den Jahren vor dem Krieg nicht allzuviel von den Widerstandskreisen, die von „rechts“ kamen. Ich wußte natürlich von dem Wirken Goerdeler und wurde vor allem von Robert Lehr immer wieder bestimmt, die Verbindung mit ihm erneut aufzunehmen, wie er andererseits auch auf Goerdeler einwirkte. Der drohende Krieg führte uns zusammen. Goerdeler kam damals von seiner Weltreise zurück. Von da an wuchs ein neuer Kreis. Wir fanden uns in kurzen Abständen im wesentlichen in meiner Wohnung zusammen. Es war der Kern der zivilen Gruppe, die sich geistig, politisch und organisatorisch — soweit das unter dem Zwang der Hitlerherrschaft möglich war — bereitete und vorbereitete, die ersten Verantwortungen nach Hitler zu übernehmen.

Goerdeler und die Männer „von rechts“

Als Goerdeler in unseren Kreis eintrat, war er von Männern umgeben, die alle mehr oder weniger von „rechts“ kamen. Er hatte vor allem Verbindung mit Wirtschaftskreisen. Wir waren nicht mit allen einverstanden. Aber mit manchen von ihnen wurden Verbindungen angeknüpft. So mit Hassell und Popitz, dessen

staatspolitische Vorstellungen allerdings nicht unsere Zustimmung fanden.

In dieser Zeit waren auch Männer wie Klaus Bonhoeffer und Otto John zu uns gestoßen. Otto John, dessen Bruder hingerichtet wurde, konnte sich nach dem 20. Juli nach Spanien retten, wo er schon vorher über die Verbindung mit Botschafter Hoare gesucht und gefunden hatte. John, der heute in England lebt, war ein revolutionäres Temperament, das fieberhaft nach der Beseitigung Hitlers strebte. Eine Zeilang hatte er daran gedacht, mit Hilfe seines Freundes Louis Ferdinand auf Männer des Heeres einwirken zu können. Diese Tatsache beweist, wie vielfältig das Suchen nach dem Weg zur Beseitigung des Unheils war. Man muß in diesem Fieber gestanden haben, um zu begreifen, wie man im Suchen nach dem richtigen Weg hin- und hergerissen wurde, weil die verantwortlichen Soldaten versagten.

Die Männer von „rechts“ — auch die Männer des Heeres — kamen gewiß aus einer anderen politischen und sozialen Atmosphäre, was wir in den Auseinandersetzungen um die politische Zukunft stets neu feststellen konnten. Aber es gab über die Vererblichkeit des Hittersystems nur eine Auffassung. Waren die Motive nicht einheitlich, so war der treibende Impuls doch weitestgehend Verantwortungsbewußtsein für das Schicksal des Volkes. Man wird das erkennen, wenn man nicht nur bemüht ist, aus bisherigen Niederschriften lediglich das Herauszugreifen, was eine negative Beurteilung stützen kann. Wenn Hassell im Dezember 1939 in der Polemik gegen bestimmte Einwände Halder schreibt: „... Deswegen kann man nicht ein Verbrechen geschehen lassen, das Deutschland ins Unglück stürzt. Denn selbst wenn wir siegen, so muß es ein Pyrrhussieg werden, ganz abgesehen von der inneren Zerstörung und Demoralisation, der endlich ein Ziel gesetzt werden muß, und von den maßlosen Schweinereien in Polen, die den deutschen Namen mit Schande bedecken...“, so beweist das sittliches Verantwortungsbewußtsein. Diese Haltung des anständigen Gewissens eines klarschauenden Deutschen war die Haltung aller, der Soldaten und Zivilisten der Rechtsgruppen, denen ich begegnet bin. Goerdeler litt geradezu körperlich unter den Verbrechen des Systems. Er war der Mann eines ausgesprochenen Rechts- und Sauberkeitsbewußtseins. Das gleiche gilt von Hammerstein und Beck, wie es auch von Stauffenberg, von Treskow und Oster galt. Ganz sicher hingen alle an ihrer Tradition. Die einen an der Tradition des Heeres, die anderen an der Tradition ihrer bürgerlichen Herkunft. Aber schließlich war ja diese Tradition nicht nur verurteilenswert, wenn sie auch verhängnisvolle Fehler einschloß, aus denen die fortschrittliche Welt ihre positiven Schlüsse zu ziehen hat.

„Fortschrittliche Deutsche“ sahen zu

Richtig ist, daß ein Teil von ihnen nach der Machtergreifung Hitlers zunächst glaubte, durch Mitarbeit des Ungeheuers Herr werden zu können. Auch Goerdeler glaubte es. Es war aus der Tradition der Arbeiterbewegung oder aus den demokratischen Traditionen ausgesprochener Linkskreise heraus sicher leichter, dem Verderben auf den Grund zu gehen, als für die Männer von rechts. Es spricht für ihren Mut und ihre Entschlossenheit, daß sie zu aktiven Kämpfern wurden, als sie es erkannten. Nur parteipolitische Enge kann ihnen unterstellen, sie hätten nunmehr durch den Kampf gegen Hitler ihre Pensionen retten wollen, wie es im „Neuen Deutschland“ geschieht. Goerdeler hat nicht zuletzt unter dem Einfluß des Arbeiterflügels und der linken Demokraten demokratische und soziale Einsichten gewonnen und sich dazu bekannt. Er war in der Endphase des Kampfes überzeugt von der Notwendigkeit künftiger demokratischer und radikaler Ordnungen. Die Menschen um ihn herum geben Zeugnis davon. Reger mag also recht haben, wenn er sagt, daß Goerdeler „im Jahre 1943 zu den Erkenntnissen gelangt war, die 1920 Gemeingut der fortschrittlichen Deutschen zu sein schienen“. Der Unterschied ist nur der, daß Goerdeler, der nach Reger aus einer verhängnisvollen Tradition kam, bewußt und großzügig sein Leben für die Zukunft eingesetzt hat. Viele aber, die sich zu den „fortschrittlichen Deutschen“ zählten, zogen es vor, von toten Winkeln aus zuzuschauen, wie tapfere Männer sich verbluteten. Daß der gesamte Kreis ohne Ausnahme die Hoffnung hatte, ein Deutschland, das sich selbst aus der verbrecherischen Umklammerung befreite, hätte der Welt gegenüber eine andere Stellung als das heutige, ist eine Selbstverständlichkeit. Manchen unter den Verantwortlichen kam es im Endstadium vor allem auch auf den moralischen Beweis des Daseins einer Widerstandsbewegung an. Ich erinnere mich noch mit Bewegung des Berichtes meines Freundes Habermann am Nachmittag des 20. Juli. Er hatte am frühen Morgen noch mit Beck, dessen Nachbar er war, einen Spaziergang gemacht. Beck war ruhig und gesammelt: „Ich weiß, daß mein Kopf sehr lose sitzt. Aber was auch geschieht, der Versuch der Selbstreinigung muß gemacht werden.“ Wir Zivilisten wußten in dieser Stunde noch nichts von der Schicksalhaftigkeit des 20. Juli, wir trugen die Verantwortung für die politischen Pläne, die — soweit es nur immer möglich — vorbereitet waren.

Die Persönlichkeiten

Was die Bedeutung der maßgeblichen Persönlichkeiten angeht, so hätte wohl nur ihr Wirken nach einer gelungenen Beseitigung Hitlers ein endgültiges Urteil zugelassen. Daß Goerdeler mehr Verwaltungsmann als Politiker war, ist eine Tatsache, die im Kreis der politischen Freunde als Selbstverständlichkeit feststand. Aber als Verwaltungsmann hatte er Format, und für die für den Anfang geplante Führung der Regierung durch ihn ständen ihm genügend politische Kräfte zur Verfügung — und zwar fortschrittliche Kräfte —, so daß die schwere Zeit des Übergangs durchaus hätte gemeistert werden können. Denn daß zunächst ein Übergang nötig war, wird jeder politisch Einsichtige wissen. Es hätten sich nicht eine, sondern zwei Bewegungen gebildet — man wollte zunächst von Parteien absehen —, eine sozialistische und eine mehr konservative Richtung. Der Arbeiterflügel neigte mit den linken Demokraten in der letzten Phase vor dem 20. Juli zu einer fortschrittlich-sozialistischen Richtung, d. h. zu einer Richtung, die den Marxismus als überlebt ansah. Dieser Haltung im Volke zum Durchbruch zu verhelfen, war Ziel und Arbeit aller derer, die sich im Arbeiterflügel zusammengefunden hatten. Es bleibt meine Überzeugung, daß die politische

Entwicklung diese Richtung genommen hätte, wenn nicht fast alle, die sich jahrelang mit dieser Entwicklung auseinandergesetzt, Hitler zum Opfer gefallen wären. Dabei war nicht alles voranzubestimmen, was sich in der Auseinandersetzung der freien gewordenen Meinung herausgebildet hätte. Schließlich war es ja mit der Sinn der Beseitigung des Gewaltsystems, der Freiheit des Geistes erst einmal wieder Raum zu geben. Solange jedes freie Wort den Kopf kostete — das ist buchstäblich zu nehmen —, konnte unabhängige Geistesarbeit, wie sie auch unter Hitler geleistet wurde, keine Auswirkung und keinen Niederschlag im Volke finden. Deshalb schon mußte man sich bewußt sein, daß die erste Führung eines von Hitler befreiten Deutschlands sehr starken Übergangscharakter tragen würde. Das gilt von der zunächst noch vorgesehenen Vordergrundstellung der Wehrmacht, und es gilt von den einzelnen politischen Persönlichkeiten.

General Beck

Was die zunächst noch vorgesehene Vordergrundstellung des Heeres anging, so wäre sie durch die Umstände naturgegeben gewesen. Man durfte und mußte aber von Beck die Überzeugung haben, daß er nicht nach einer Machtstellung des Heeres strebte. Es wäre das auch nach

einer bedingungslosen Kapitulation und bei der Bedeutung der Arbeiterschaft eine Illusion gewesen. Zudem war Beck jedem Machthaber fern. Er war besonnen und zurückhaltend. Sicher war Stauffenberg das stärkere Temperament. Aber ich hatte oft Gelegenheit, die Wirkung Becks auf die verschiedenen Kreise zu beobachten. Seine Autorität wurde von allen anerkannt. In der Nachschau auf die Geschehnisse mag man denen recht geben, die ihn als großen Verschwörer, aber als schlechten Revolutionär bezeichnen, das habe sich bei den Ereignissen in der Bendlerstraße erwiesen. Mag sein, daß es so ist. Aber das ist weder entscheidend für das Nichtgelingen der Verschwörung gewesen, noch läßt es ein Werturteil über Becks Eignung für die Staatsspitze zu. Auch Napoleon versagte im entscheidenden Augenblick die Nerven, und der Staatsstreich gelang nur durch das Eingreifen seines Bruders.

Moltke

Der Sinn der Geschichte wollte die Zuendeführung des Dramas. Diese heutige Einsicht kann für uns nicht den Schluß zulassen, daß die nun recht behalten, die sich — sagen wir es einfach — um der Erziehung des deutschen Volkes willen auf eine passive Haltung zurückzogen. Reger glaubt in Hellmuth von Moltke den Prototyp einer solchen Haltung gefunden zu haben. Er sieht in ihm den Gegenspieler des leidenschaftlichen Trommlers Goerdeler. Richtig ist — wie übrigens schon oft ausgesprochen wurde —, daß der Moltkekreis sich stark auf theoretisierende Arbeit konzentrierte, eine Arbeit übrigens, die etwa in der Linie eines christlichen Sozialismus verlief. Die aktiveren Männer des Kreises, wie Fritz von Schulenburg und Julius Leber, stießen im letzten Jahr vor dem 20. Juli zu uns. Sie suchten mit am temperamentvollsten ein rasches Handeln zu fördern. Aber auch Moltke hat sich keineswegs — wie Reger meint — nur auf das Reich der Gedanken beschränkt. Im Gegenteil, er hat sich große Mühe gegeben, aktive Männer unserer Gruppe, wie Leuschner, Letterhaus, Groß, zu sich herüberzuziehen. Richtig ist, daß er sich in der letzten Zeit vor seiner Verhaftung äußerte, es habe keinen Sinn mehr zu handeln, man müsse das Verhängnis kommen lassen. Diese Haltung entsprach aber wohl einer bestimmten Resignation. Zu Goerdeler, dessen etwas sanguinisches Temperament ihm nicht lag, gewandt er kein inneres Verhältnis. Aber dem Versuch von Beck, die maßgeblichen Kreise unter einen Hut zu bringen, entzog er sich nicht. Die Aussprache im Februar 1943, die Hassell in seinem Tagebuch erwähnt, diente dem Ausgleich, der auch bis zu einem gewissen Grade gelang. Ich möchte sicher sein, daß die Spannungen, die gerade zwischen der aktiveren Gruppe und dem Moltkekreis bestanden, in einem sehr positiven Sinne fruchtbar geworden wären.

Echte Feindschaft gegen den Nazismus

Abschrid erscheint eine der Gegenüberstellungen, wie sie Reger glaubt vornehmen zu dürfen: „Die einen wollten den glimpflich verlaufenen Krieg, die anderen den Sieg des Gedankens durch einen verlorenen Krieg, der Deutschland und das deutsche Volk Europa und der Menschheit wiedergeben würde.“ Moltkes Leben widerlegt die Regersche Charakterisierung, er kann ihr trotz des Moltke-Briefes aus dem Kerkar nicht als Kronzeugen für den Wert einer passiven Haltung in Anspruch nehmen, die Reger anscheinend als das Ideal erscheint. Moltke wartete nicht auf den „Sieg des Gedankens“, er diente ihm in mutiger Aktivität. Und was die große Zahl derer angeht, deren Wert herabzumindern Reger in immer

neuen Versuchen sich müht, so mag es unter ihnen diesen und jenen gegeben haben, die den „glimpflich verlaufenen Krieg“ als das Wesentliche ihres großen Einsatzes ansahen. Es waren aber sicherlich nicht viele und auch nicht die maßgeblichen. Uns liegt der Bericht über eine Unterredung mit einem der drei verantwortlichen Männer der Sonderkommission zur Bekämpfung des 20. Juli 1944 vor, die von Kaltenbrunner eingesetzt wurde. Der Bericht enthält manche scharfe Kritik am Gesamtkomplex des 20. Juli. Aber bei der Charakterisierung der Männer kommt er zu folgender Feststellung: „In diesem Zusammenhang soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den bisher erwähnten Männern um Persönlichkeiten handelte, deren Gegnerschaft zum Nazismus auf politischen, moralischen und religiösen Beweggründen fundierte. Sie muß daher eine echte Feindschaft genannt werden.“ Diese Charakterisierung gibt er für alle maßgeblichen Männer des 20. Juli. Negativer beurteilt er Männer der Wirtschaft, die nicht zum unmittelbaren Kreis gehörten.

Im übrigen bin ich auch heute, nachdem wir den Weg bis zum bitteren Ende gehen mußten, noch des Glaubens, daß wir der Welt gegenüber eine andere Stellung gehabt hätten, wenn der 20. Juli erfolgreich und wenn es möglich gewesen wäre, in kurzer Zeit die Reinigung von den nationalsozialistischen Verbrechern selbst zu vollziehen. Es war Gewähr gegeben, daß sie geschähe. Die Pläne dafür waren unter Mitarbeit der Arbeitervertreter ausgearbeitet. Es hätte keine Hemmungen für den Sträfvollzug gegeben, denn die Auffassungen bei den Männern des Heeres, denen von „rechts“, gegenüber den Verantwortlichen des Hittersystems waren nicht weniger radikal als die der Männer von links.

Wir waren auch klar darüber, daß über die Formen und Möglichkeiten der Zukunft manches Dunkel des Ungewissen lag, da schon nach Stalingrad mit der bedingungslosen Kapitulation gerechnet werden mußte. Beck war sich klar darüber. Er war bereit, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. Diese Erklärung hat er Wilhelm Leuschner und mir in aller Klarheit abgegeben. Er war sich auch bewußt, daß eine Besetzung Deutschlands durch die Alliierten wahrscheinlich die Folge gewesen wäre. Aber die Rettung der Millionen Männer an den Fronten Europas, die Rettung von fast zwei Drittel der deutschen Städte, die Schonung weiter europäischer Gebiete wäre die Folge gewesen. Für diese Tatsachen, um deren Verwirklichung in den Kreisen der Widerstandsbewegung geradezu schmerzhaft gerungen wurde, findet der „Tagesspiegel“ die Feststellung: „Und wäre die Verschwörung des 20. Juli geglückt, so wäre der absurde Fall eingetreten, daß die Henker der Weimarer Republik die Henker Hitlers geworden wären.“

Dafür gingen sie in den Tod

Der unkompliziert denkende Mensch hat ein sicheres Empfinden, aus dem geschichtlichen Geschehen die echten Werte herauszufinden. Und dieses Empfinden wird sich bei aller Kritik von Einzelercheinungen menschlicher und sachlicher Art durchsetzen. Kein Mensch ist des naiven Glaubens, „im Falle des 20. Juli wäre alles gut gewesen“. Aber wir sind der Ueberzeugung, es wäre alles besser geworden, weil viel Schlimmes für unser Volk noch verhindert worden wäre. Unter diesem Bewußtsein standen die, denen das Handeln Gesetz war. Dafür gingen sie in den Tod. Die aber, die sie überlebten, wollen nichts zu tun haben mit einem „Kult“ der „Auserlesenen“, wohl aber wollen sie sich der neuen Gewissenspflicht heugen, vor der Welt für unser Volk einzutreten, damit es leben kann.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verstaatlichung der europäischen Industrie?

Von BARBARA WARD

I.

Seit dem Ende des Krieges ist ein großer Teil der Industrie in Europa entweder nationalisiert oder für Nationalisierung vorgesehen worden. Waren auch die Maßnahmen, zu denen man bei ihrer Durchführung griff, nicht immer dieselben und wechselte ihr Umfeld von Land zu Land, so kann doch über die Tendenz zur Nationalisierung kein Zweifel bestehen.

In Ländern wie der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien nationalisierte man fast alle Industrien, die mehr als ein paar Arbeiter beschäftigten. Was Deutschland betrifft, so wurden in der russischen Zone das Finanz- und Versicherungswesen, der Bergbau und die Schwerindustrie nationalisiert, während in der britischen Zone ähnliche Sozialisierungsmaßnahmen, wenn auch in beschränkterem Umfang, in Vorbereitung sind. Im Ruhrgebiet sind die Kohlengrubenbesitzer schon enteignet worden, und es ist nicht zu erwarten, daß die Gruben wieder in Privatbesitz zurückkehren werden. Die Regierungen Österreichs und Ungarns haben sich nach einigem Zögern zur Nationalisierung des Finanz- und Versicherungswesens und der Schwerindustrie entschlossen. Im Vergleich dazu ging man in Westeuropa mit größter Vorsicht zu Werke. In Frankreich und Holland, wo die Zentralkohlenindustrie nationalisiert worden sind, berät man sich jetzt über die Sozialisierung der Schwerindustrie. Darüber hinaus hat die französische Regierung den Bergbau, die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die Zivilluftfahrt und das Versicherungswesen nationalisiert. In England schließlich wurden die Bank von England, die Zivilluftfahrt und die Kohlengruben nationalisiert, und man erwartet, daß während der Legislaturperiode des jetzigen Parlaments das Verkehrswesen, die Versorgungsbetriebe und bedeutende Zweige der Eisen- und Stahlindustrie ebenfalls in die Hände des Staates übergehen werden.

Man könnte versucht sein, diese europäische Entwicklung mit einer vereinfachten Formel zu erklären. Angesichts der Tatsache, daß einerseits in den an Rußland grenzenden Ländern, mit der Ausnahme Finnlands, die Nationalisierung am weitesten fortgeschritten ist, und daß sie andererseits in den von Rußland nicht besetzten oder dem russischen Einfluß weniger unterliegenden Ländern geringeren Umfang angenommen hat, liegt es nahe, zu behaupten, daß die Sowjetunion einfach

DER ZWANZIGSTE JULI

erster Deutschlandmission. Kordt soll damals Halifax namens der Verschwörer aufgefordert haben, Hitlers Forderungen glatt abzulehnen. Ein Jahr später, im August 1939, verhandelte von Trott zu Solz mit Chamberlain und Halifax in London und kam kurz darauf für drei Monate nach Washington, wo er mit der Unterstützung des früheren Reichskanzlers Brüning vergeblich versuchte, die amerikanische Regierung für die Beck-Gruppe zu interessieren. Im Mai 1942 erwähnten Bonhöffer und Hans Schönfeld gegenüber dem Bischof von Chichester, den sie in Schweden trafen, eine Liste, die die Namen der maßgebenden Männer in der Widerstandsbewegung enthielt: Beck, Hammerstein, Wigle, Girdeler, Leuschner und Jakob Kaiser, des katholischen Gewerkschaftlers. Vor allem aber baten sie dringend um Zusicherung, daß die Aktion gegen Hitler von seiten der Deutschen diesen bei der Formulierung der Friedensbedingungen zugute gehalten werde. Der Bischof übermittelte Bonhöffers Botschaft an Halifax. Die Verschwörer aber erhielten nie eine Antwort darauf.

Die Westmächte verlangten in ihrer Erklärung von Casablanca im Januar 1943 die bedingungslose Übergabe Deutschlands, und Churchill und Eden erklärten im Parlament, daß die *Atlantic Charter* nicht notwendigerweise auf Deutschland anwendbar wäre. Infolge dieser Ergebnisse waren die Verschwörer mehr denn je auf alliierte Zusicherungen guten Willens ihnen gegenüber angewiesen, wollten sie in Deutschland bei den Werbungsversuchen für ihre Ideen Aussicht auf Erfolg haben. So versuchte Trott wiederholt, bei seinen Zusammenkünften mit Vertretern der Alliierten in den Jahren 1943 und 1944 in der Schweiz und in Schweden, Konzessionen hinsichtlich der Casablanca-Erklärung zu erhalten. Aber, so berichtet Gisevius, im Sommer 1944 war er zu der Überzeugung, daß seine anglophile Politik nichts fruchtete und man im Osten Hilfe suchen müsse. Er stattete dann auch der Vjebotschaft in Stockholm einen Besuch ab.

So nötig die Verschwörer die Anerkennung des Auslandes hatten, so konnten doch die einer solchen entgegenstehenden Hindernisse nicht leichtfertig übersehen werden: die Furcht der Verbündeten, sich einfangen zu lassen, die Gefahr, welche ein einseitiges Verhandeln mit einer deutschen Gruppe für die Einigkeit unter den Verbündeten bedeuten mußte, und schließlich auch die Schwierigkeit, eine Entdeckung durch die Nazis zu vermeiden.

DER ZWANZIGSTE JULI

Lage, in der man sich befand, konnte man es sich aber nicht leisten, auf die Mithilfe bestimmter Leute zu verzichten — auf Helldorf, den Polizeipräsidenten von Berlin, und auf SS-General Arthur Nebe, einen Spezialbeauftragten Kaltenbrunners, der die Verschwörer rechtzeitig vor der von Himmler nach Stalingrad angeordneten Untersuchung warnte.

Moralische Empörung über den Nationalsozialismus — oft nicht das einzige Motiv, selten das entscheidende — zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Widerstandsbewegung; man verdammt ihn ohne Einschränkung und ohne Rücksicht auf seine Erfolge oder Mißerfolge oder darauf, ob man in ihm eine Gefahr für die alten Traditionen erblickt oder glaubte, ihn doch noch in Schach halten zu können. Er war einfach ethisch verwerflich. Diese Überzeugung kommt besonders in der Persönlichkeit Stauffenbergs zum Ausdruck, eines bayerischen Katholiken, der sich zu der ästhetischen Philosophie des Kreises um Stefan George mehr hingezogen fühlte als zu den materiellen Interessen der deutschen Armee. Am reinsten aber verkörpert diesen Geist der junge protestantische Pfarrer Dietrich Bonhöffer. Nach einem Besuch in den Vereinigten Staaten, wo er eine kurze Zeit am Union Theological Seminary in New York Vorlesungen hielt, und nachdem er nach 1933 in London Pfarrer zweier deutscher Gemeinden gewesen war, kehrte er 1935 nach Deutschland zurück. In Finkenwalde in Pommern richtete er sein eigenes illegales Seminar ein, und überall, wo er Männern der Widerstandsbewegung begegnete, bot er ihnen seine Dienste an. Im Mai 1943 wurde er verhaftet. Im Konzentrationslager Flossenbürg ermordeten ihn im Frühjahr 1945 SS-Wachen kurz vor der Befreiung des Lagers durch amerikanische Truppen. Sein acht Jahre langer tapferer Kampf erwarb ihm die Hochachtung all seiner Gefährten in der Widerstandsbewegung.

Der Umstand, daß Bonhöffer und andere Geistliche, wie zum Beispiel die Münchener Jesuitenpater Delp, Rösch und König und der Führer der Bekenntniskirche, Hans Asmussen, an der Widerstandsbewegung teilnahmen, ist um so beachtlicher, als die Kirchen als solche sich damals nicht auf einen Widerstand gegen Hitler festgelegt hatten. Die protestantischen Führer verhielten sich größtenteils passiv, während die katholische Hierarchie alle Schattierungen umfaßte, von dem Wiener Kardinal Innitzer auf dem einen Flügel bis zu dem mutigen Berliner Bischof, jetzigem Kardinal von Preysing, auf dem andern. Was war wirklich das treibende Motiv jener Priester und Pfarrer, von denen viele überzeugte Pazifisten waren, die aber aus ihrer Ablehnung des Nationalsozialismus die Konsequenz zogen, den politischen Mord als das einzige Mittel zu billigen, mit dem die Herrschaft der Nazis noch zu brechen war?

Weiterer Aufklärung bedürfen endlich auch die Versuche der Verschwörer, sich mit Deutschlands Feinden zu verständigen, und die hiermit verbundenen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anhängern der sogenannten Ost- und denen der Westorientierung. Eines der ersten Ereignisse, das in dieser Hinsicht von Belang ist, ist eine Besprechung in London zwischen dem damaligen Geschäftsträger, Theodor Körner, und dem englischen Außenminister Halifax, kurz vor Chamberlains

ungerecht, Gerdeler nur diesen einen Beweggrund für seine Opposition zuzuerkennen. Moralische Überzeugung war bei ihm ebenso ausschlaggebend wie persönlicher Ehrgeiz. Aber gegen Ende des Krieges war sein Tun völlig von dem einen Gedanken beherrscht, Deutschlands Verluste auf ein Mindestmaß zu beschränken. Selbst innerhalb der Militärgruppe ist die Furcht vor dem vollständigen Zusammenbruch nicht immer eine ausreichende Erklärung für ihre Opposition. Offiziere, die schon zu einer Zeit konspirierten, als von einer Niederlage noch keine Rede sein konnte, handelten eher unter dem Eindruck von Ereignissen wie der Entlassung von Fritsch und der ständig wachsenden Macht der SS. Man befürchtete, daß selbst im Falle eines Sieges das Offizierskorps seine traditionelle Stellung in der deutschen Gesellschaft verlieren könne. Für diese Offiziere war die Erhaltung des Prestiges und der Unabhängigkeit, die sich ihre Klasse im neunzehnten Jahrhundert errungen hatte, von größerer Bedeutung als selbst das Schicksal der deutschen Regierung. Beck macht auch hierin eine Ausnahme; er stand unter dem Einfluß von Ideen, die am besten durch die Person von Fritschs Vorgänger als Chef der Heeresleitung, dem bemerkenswerten Generaloberst Kurt von Hammerstein, gekennzeichnet werden. Hammerstein war bis zu seinem Tode im Jahre 1943 nicht nur ein konsequenter Gegner des Hitlerregimes, sondern des deutschen Militarismus selbst. Es ist durchaus vorstellbar, daß Beck, der der Sohn einer rheinischen Intellektuellen- und Kaufmannsfamilie war, die traditionelle Denkweise, welche die Armee über alles stellte, überwunden hatte. Mit Sicherheit kann man aber sagen, daß dies bei vielen seiner Freunde nicht der Fall war.

Langjährige Traditionen dieser Art gaben indes nicht den alleinigen Nährboden für eine Gegnerschaft gegen die Ziele der Nazis ab. So ist die Abwehrabteilung, eine verhältnismäßig junge Organisation, das beste Beispiel dafür, wie aus ursprünglich rein bürokratischer Rivalität eine Opposition werden kann. Konkurrenz mit den Spionageorganisationen der Partei, der in der verwickelten Persönlichkeit von Admiral Wilhelm Canaris selbst wurzelnde Defaitismus und die Tendenz von Gegnern des Regimes, sich mit Gesinnungsgenossen zu umgeben, veranlaßten sich hier, um das geheimste Organ des Oberkommandos zu einem Zentrum des Widerstandes zu machen. Himmler und der Leiter des RSHA, Kaltenbrunner, waren zwar den Umtrieben der Oster, Hensen, Josef Müller und anderer schon frühzeitig auf die Spur gekommen; trotzdem gelang es ihnen erst nach sechs Jahren, im Januar 1944, die Abwehrabteilung wenigstens der Form nach unter ihre Kontrolle zu bringen. Und selbst dann nahmen die Umtriebe ihren Fortgang.

Bei der drohenden Niederlage standen für die Konservativen nationale und Klasseninteressen auf dem Spiel, bei den aktiven Nazis aber das Leben selbst. Graf Helldorf brachte das in schlagender Weise am 1. September vor dem Volksgerichtshof zum Ausdruck, als er seine Teilnahme und die seiner Nazigenossen an dem Putsch mit den Worten begründete: „Abspringen müssen wir alle einmal.“ Den Verschwörern waren natürlich abtrünnige Nazis dieser Sorte alles andere als willkommen, und es gab auch nicht viele von ihnen. In der gefährdeten

DER ZWANZIGSTE JULI

Kurzsichtigkeit vor, während diese behauptet, daß man eine Beteiligung des Volkes gar nicht gewünscht hätte.

Von philosophischem sowohl wie historischem Interesse wäre es, die Verschwörung auf die Motive ihrer Teilnehmer hin zu untersuchen. Im Gegensatz zu den Feinden Hitlers in den besetzten Gebieten standen die Antinazis im Reich vor der Aufgabe, ihren Patriotismus mit aktiver Opposition in Einklang zu bringen, besonders seit Deutschland im Kriege war. Wie groß auch seine Verbrechen sein mochten — war die Ermordung des Staatschefs mitten im Kriege etwas anderes als Hochverrat? Oder hatte man ein Recht, sich auf einen höheren Begriff der nationalen Pflicht zu berufen, im Sinne der Yorkschen Tat, auf die Pflicht, Deutschland zu retten, selbst um den Preis der sofortigen Kapitulation vor dem Feinde?

Unter den Männern, die bei dem Versuch, Hitler zu vernichten, ihr Leben aufs Spiel setzten, waren gewiß viele, bei denen dieser tiefer Patriotismus keineswegs im Vordergrund stand; andere aber, insbesondere die Gegner Hitlers im Auswärtigen Amt und die meisten Militärs, die von der Unvermeidlichkeit der Niederlage überzeugt waren, sahen in einem rechtzeitigen Umsturz die einzige Hoffnung, eine letzte Verzweiflungsschlacht, die ja doch zum Untergang Deutschlands führen würde, zu verhindern. Feldmarschall Erwin Rommels Verhalten ist in dieser Beziehung sehr bezeichnend: Noch wenige Tage vor dem Attentat hatte er jede Beteiligung an einem Umsturz von sich gewiesen. Bei einer Konferenz mit Hitler am 9. Juli aber soll er sich höchst besorgt über die Stärke der alliierten Streitkräfte, die in die Normandie geworfen wurden, geäußert und darauf bestanden haben, mit seinen Truppen in Innere Frankreichs zurückzufallen, weil er sich sonst einem Umzinglungsmanöver aussetze; tatsächlich ist es nach dem Durchbruch bei Avranches auch zu solch einem Manöver gekommen. Als Hitler die Genehmigung zum Rückzug verweigerte, entschloß sich Rommel unverzüglich, Kluges Beispiel zu folgen, und setzte den Agenten der Verschwörer in Paris, Oberstleutnant César von Hofacker, davon in Kenntnis, daß er nunmehr bereit sei, jede Maßnahme zu unterstützen, die notwendig sei, um den Kampf zu beenden. So war das Motiv der meisten, die sich in letzter Stunde der Opposition anschlossen, nicht Gegnerschaft zu Hitlers Programm, sondern sein Fehlschlagen.

Dem konservativ Gesinnten mußte es vornehmlich darauf ankommen, den innerpolitischen Begleiterscheinungen der Niederlage zu begegnen. Für einen ehemaligen Preiskommissar, einen Finanzberater von Krupp, ebenso wie für einen Großgrundbesitzer war der Gedanke an soziale Auflösung, Arbeiter- und Soldatenräte, die gesamte Bolschewisierung der politischen Ordnung — und damit rechneten sie — womöglich noch erschreckender als der Gedanke an eine Besetzung des ganzen Landes durch die feindlichen Armeen. Deshalb suchten Gördelers, Löser, Kleins und ihre Mitarbeiter vor allem nach einem Wege, auf dem man noch verhindern könne, daß das katastrophale Ende der nationalsozialistischen Außenpolitik die bürgerliche Ordnung, unter der sie zum Wohlstand gekommen waren, mit in den Abgrund reißen würde. Es wäre aber

organisatorisch für ihre politischen Zwecke ausbauen. So konnte Gördel auf Grund seiner Bekanntschaft mit zahlreichen Verwaltungsbeamten noch Aussicht auf Aktion bieten, als Sozialisten wie Leuschner und Leber längst jede Hoffnung auf einen Generalstreik hatten aufgeben müssen. Am meisten trugen die Offiziere und Beamten in der Armee, in der Abwehrabteilung und im Auswärtigen Amt zu der Vorbereitung des Umsturzes bei, da sie sich ein gewisses Maß von Prestige und Unabhängigkeit bewahrt hatten. Insbesondere hatten die Männer in der Abwehrabteilung und im Auswärtigen Amt häufig Gelegenheit, Reisen ins Ausland zu machen und dort Verbindungen anzuknüpfen.

An nichts dieser Lage befand sich die Linke in einem ernststen Dilemma: Einerseits war der Sturz der Nazis die unerläßliche Vorbedingung für eine Erleichterung des Loses der unterdrückten Volksmassen. Andererseits aber konnte die notwendige gewaltsame Entscheidung nur von der bewaffneten Macht mit der Unterstützung der höheren Beamten herbeigeführt werden, die beide traditionell rechts eingestellt waren. Hand in Hand mit der Hoffnung auf einen erfolgreichen Umsturz ging daher die Furcht, daß die Nazis durch die Reaktion abgelöst werden könnten. Gewisse Anzeichen berechtigten zu der Annahme, daß mancher sozialistische Führer, wenigstens in Westdeutschland, nicht der Ansicht Leuschners war, Gördel sei immerhin um einen Grad besser (oder schwächer!) als Hitler. Ferner sahen sich viele Führer der Linken vor eine Wahl gestellt. Entweder unterstützten sie die Verschwörung, um den Krieg, wenn auch unter konservativer Führung, schnell zu beendigen, oder sie standen abseits und warteten den bedingungslosen Zusammenbruch ab, in dem ja dann die zentrale Gewalt so entscheidend geschwächt würde, daß sie niemals von der Rechten übernommen werden könnte. In dieser Weise auf den Zusammenbruch zu spekulieren, mag heute rücksichtsloser und unpatriotischer aussehen, als es tatsächlich war. Man muß bedenken, daß damals viele Menschen in Deutschland sowohl wie in den Ländern der Alliierten den militärischen Zusammenbruch des Reichs vor dem Herbst erwarteten und daß die Notwendigkeit für schwerste Bombenangriffe sich erst im Winter 1944/45 ergab. Während also diese Männer ihre Mithilfe zu dem Putsch versagten, bereiteten sie Maßnahmen vor, welche die Folgen des Umsturzes auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet weit über das von den Verschwörern beabsichtigte Maß hinaustreiben sollten.

Erst in der letzten Minute machte man den Versuch, Kommunisten für den Putsch zu gewinnen. Adolf Reichwein, ein sozialistisches Mitglied der Kreisauer Gruppe, erbot sich, das Putschprogramm dem Geheimen Kommunistischen Zentralkomitee in Berlin vorzulegen. Bevor er den Verschwörern das Ergebnis seiner Mission mitteilen konnte, wurden alle Mitglieder des Komitees, Leber und er selbst am 10. Juli verhaftet. Einem Gestapoagenten war es angeblich gelungen, sich in das Zentralkomitee selbst einzuschleichen.

Diese ablehnende Haltung der Linken gegenüber der Verschwörung ist noch heute Gegenstand bitterer Erörterung. Konservative, die mit dem Leben davongekommen sind, werfen der Linken Feigheit und

DER ZWANZIGSTE JULI

im Augenblick unerläßlichen Einigkeit hintangestellt wurden. Es scheint so, als ob die Kreisauer eine an Nationalbolschewismus grenzende Innenpolitik und eine russenfreundliche Außenpolitik vertraten, und daß Stauffenberg und Gerdeler noch in den allerletzten Tagen vor dem Attentat aneinandergerieten, weil Gerdeler darauf bestand, ausschließlich mit den Westmächten zu verhandeln. Im großen und ganzen wird man jedoch sagen können, daß sich aus den erhalten gebliebenen Denkschriften ein unzweideutig konservatives Programm abhebt. Besonders trifft dies zu auf Gerdelers Denkschrift über die Struktur des neuen deutschen Staatswesens und auf die von den Freiburger Universitätsprofessoren Gerhard Ritter, Constantin von Dietze und Adolf Lampe verfaßte Abhandlung, in der sie die Grundthesen der Opposition gegen die Nazis entwickelten. Dem entspricht auch, daß die Liste der in Vorschlag gebrachten neuen Reichsminister die Namen von vier Militärs, drei Deutschenationalen, fünf Männern vom Zentrum und nur zwei Sozialdemokraten aufwies. Gerdeler jedenfalls wollte keine auf einer breiten Mehrheitsbasis beruhende Demokratie, sondern einen von Klassen- und Berufsvertretern regierten föderativen Ständestaat, der die bestehenden Eigentumsverhältnisse unangetastet ließ.

Viele mit der Verschwörung zusammenhängende Probleme bedürfen noch der Aufklärung durch den Historiker, so zum Beispiel der wahre Charakter der Geheimpolizei im Nazistaat und die besondere Technik, die sie den Verschwörern aufzwang. Es genügt nicht, zu sagen, daß Hitlers Regime ein Polizeistaat war, der an Grausamkeit und Gründlichkeit in der Geschichte nicht seinesgleichen hat. Die tatsächliche politische Bedeutung dieser Polizeimethoden zeigt sich erst in ihrer Auswirkung auf die Opposition. In einer zu fast völliger Formlosigkeit herabgedrückten Bevölkerung, wo man sich selbst im privaten Kreis aus Angst vor Denunziation scheut, Kritik an der Regierung zu üben — da geschieht es fast zwangsläufig, daß die Opposition sich entweder in althergebrachten Verbindungen oder in offiziellen Organisationen zusammenfindet, welche sich noch ein gewisses Maß von Unabhängigkeit von der Partei bewahrt haben. Die traditionellen Massenorganisationen der Linken, wie die Gewerkschaften, waren an sich für Hitlers gegen revolutionäres Regime offensichtlich weitaus am bedrohlichsten; andererseits konnten aber gerade sie am allerehesten durch rücksichtslose Polizeimaßnahmen vernichtet werden. Im Gegensatz dazu zeichneten sich die Gruppen auf der Rechten weniger durch zahlenmäßige Stärke als durch den individuellen Einfluß vergleichsweise weniger Mitglieder aus. Daher konnten sie sich der Kontrolle durch die Nazis eher entziehen, selbst nachdem diese sich auf das alte Bündnis mit ihnen nicht mehr verlassen konnten. So wird es verständlich, daß es gerade die Maßnahmen der Nazis selbst waren, welche den aktiven Widerstand in wachsendem Maße in die Hände der Konservativen spielten. Die verabschiedeten Offiziere hatten Zugang zu den Ämtern und Büros des Ersatzheeres; sie waren in der Lage, die Wirkung der Durchführung des Naziprogramms im Lande und den Krieg an der Front zu beobachten, und konnten unter dem Schutze der Immunität ihres Ranges ihre vielen persönlichen Beziehungen

DER ZWANZIGSTE JULI

Osten auf dem besten Wege schien, den Engländern schweren Schaden zuzufügen und die Amerikaner fern vom europäischen Kriegsschauplatz festzuhalten.

In diesen Monaten der Siege und Erfolge traten die Offiziere um Beck mit den Zivilisten um Gördel in Verbindung. Damit war der Kern der Widerstandsbewegung gebildet.

Bevor wir jedoch ihre weiteren Schicksale verfolgen, wollen wir einen Blick auf eine andere, äußerst rührige Widerstandsgruppe werfen: die Abwehrabteilung unter Admiral Wilhelm Canaris. Diese aus Zivilisten und Armee- und Marineoffizieren bestehende Behörde war vom Oberkommando mit der Auslandsspionage beauftragt worden, ein Gebiet, auf dem sie unweigerlich mit den von Himmler für dieselben Zwecke benutzten entsprechenden Organen der NSDAP zusammenstoßen mußte. Vom Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1935 an scheint Canaris seine schützende Hand über ihm untergeordnete Antinazis gehalten zu haben. Diese gruppierten sich um den Chef des Zentralamtes der Abwehrabteilung, General Hans Oster, der um sich Gesinnungsgenossen, unter anderem Gisevius und Josef Müller, versammelte. Die dreifachen Rückschläge von Stalingrad, El Alamein und Algerien im November 1942 spornten die Männer um Oster, Beck und Gördel an, ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen mit den Befehlshabern an der Ostfront scheiterten aber, als Paulus, dem Hitler den Marschallstab versprochen hatte, jeden Gedanken an Aufstand von sich wies und zu seiner vor Stalingrad schon nahezu eingekreisten Truppe zurückkehrte. Die Nazis hatten von diesen Vorgängen Wind bekommen und unterzogen die Abwehrabteilung einer peinlichen Untersuchung, die mit Osters Entlassung aus dem Amt und der Verhaftung mehrerer verdächtiger Personen, unter ihnen Müller und Pfarrer Dietrich Bonhöffer, endete.

Der katastrophale Ausgang der Schlacht um Stalingrad zu Anfang des Jahres 1943 sowie die Eroberung Nordafrikas durch die Alliierten versetzten dem blinden Vertrauen der Militärs zu Hitler als Strategen den ersten nachhaltigen Stoß und trieben zahlreiche enttäuschte Offiziere und Beamte in das Lager der Verschwörer. Vom Frühjahr 1943 ab ist Beck der Planer, Gördel die Triebkraft einer ständig anwachsenden Gruppe, in der sich alle in der Überzeugung einig sind, daß nur noch Hitlers Absehung die physische Zerstörung Deutschlands verhindern könne. Die Erkenntnis aber, daß nur ein Attentat zum gewünschten Ziele führen und daß einzig und allein schwerster militärischer Druck sowohl von Osten wie von Westen die nötige Anzahl von Armeebefehlshabern dazu bestimmen könne, eine solche Gewaltlösung zu unterstützen, veranlaßte die Verschwörer, die Invasion von Westeuropa abzuwarten.

Sechs Wochen und zwei Tage nach der Landung in der Normandie und nach drei verfehlten Versuchen Anfang Juli, auf allen Seiten von den argwöhnisch gewordenen Nazis überwacht, schlugen sie los.

Über die Zusammensetzung und die Politik der neuen Regierung sowie über die Endziele der Verschwörer ist bisher wenig zu ermitteln gewesen.

Fest steht, daß ernsthafte Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gruppe niemals ausgeglichen werden konnten, sondern zugunsten der

DER ZWANZIGSTE JULI

wortete mit seiner Demission. Da schien plötzlich seinem ganzen Plan der Boden entzogen zu werden, als am 13. September bekanntgegeben wurde, daß Chamberlain sich entschlossen habe, nach Godesberg zu kommen, um selbst mit dem Führer zu verhandeln. Halder nahm die Ernennung zum Generalstabschef mit der Begründung an, daß mit einem Krieg mit England nicht mehr unbedingt zu rechnen sei und er sich daher nicht länger an sein Beck gegebenes Versprechen gebunden fühle. Jedoch verpflichtete er sich, gegen die Nazis vorzugehen, falls die Haltung der Alliierten sich versteifen sollte. Kaum waren die Godesberger Verhandlungen scheinbar ergebnislos abgebrochen, wurden die Vorbereitungen zum Putsch auch wieder aufgenommen und die Proklamation der Armee auf den 29. September angesetzt. Da verkündete Hitler am 28. September, daß Chamberlain und Daladier seine Einladung zu einer neuen Konferenz in München angenommen hätten. Das war, wie Kordt berichtet, das Ende von Beck's damaligen Umsturzplänen. Er selbst lebte von nun an im Ruhestand; ein verbitterter, aber immer noch zum Handeln entschlossener Mann.

Wir haben uns mit einiger Ausführlichkeit bei diesen Vorgängen aufgehalten, da sie ein deutliches Bild von der traditionellen Denkweise der Militärs geben. Sie hielten es für möglich, daß Hitler durch passiven Widerstand gestürzt und etwaige Gegenmaßnahmen der Nazis mit Hilfe einer einzigen, in Thüringen stehenden Division zunichte gemacht werden könnten. Und dies nach den Erfahrungen des Blutbades vom 30. Juni 1934! Fast noch bedeutsamer aber ist die Rolle, die den Erfolgen und Mißerfolgen von Hitlers Außenpolitik bei diesen Ereignissen zufiel. In den folgenden sechs Jahren sollte die diplomatische und militärische Lage des Reichs geradezu im umgekehrten Verhältnis zu den Aussichten der Widerstandsbewegung stehen.

Die Geschichte der Verschwörung während der Kriegsjahre kann hier nur gestreift werden. Im August 1939 unternahmen Beck, Wigleben, Olbricht, Höppner und andere Offiziere, die nach dem 20. Juli ihr Leben lassen mußten, neue Schritte, um die Militärs von den katastrophalen Aussichten des herannahenden Krieges zu überzeugen. Halder aber, der jetzt die Schlüsselstellung innehatte, weigerte sich, das Signal zur Meuterei zu geben, als Hitler in Polen einfiel. In den folgenden Monaten vereitelten die militärischen Erfolge zunächst jede Hoffnung auf eine weitergehende Unterstützung der Beck'schen Pläne von seiten des Heeres; die siegreichen Feldzüge in Polen, Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich, auf dem Balkan und anfangs auch in Rußland, die Schwierigkeit, angesichts der durch den Krieg aufgewühlten nationalen Leidenschaften einen Aufstand ins Werk zu setzen, und schließlich der Fahneneid, der den Soldaten persönlich auf Hitler verpflichtete, machten jede Aussicht auf Erfolg zunichte. Wie der größte Teil der Bevölkerung, kapitulierte auch das Heer vor der scheinbar genialen Intuition des Führers. Der Rückschlag vor Moskau im Dezember 1941 wirkte zwar momentan ernüchternd, aber im folgenden Sommer befanden sich die deutschen Armeen wieder auf dem Vormarsch nach dem Kaukasus, auf die Wolga und den Nil zu, während der neugewonnene Verbündete im Fernen

DER ZWANZIGSTE JULI

Dieselben Quellen, die es uns ermöglichen, diese zehn Hauptgruppen unter den Verschwörern zu unterscheiden, werfen auch einiges Licht auf die Anti-Hitler-Bewegung vor Ausbruch des Krieges und in den ersten Kriegsjahren. Die ersten ernsthaften, auf offenen Widerstand hintreibenden Umsturzversuche beschränkten sich auf Armeekreise, obwohl Gerdeler schon im Jahre 1937 begonnen hatte, seine Freunde in der Regierung und Geschäftswelt zu aktivem Widerstand zu vereinen.

Vereinzelte Idealisten, die niemals aufhörten, ihrer moralischen Empörung über die Gräueltaten der Nazis Ausdruck zu geben, gab es immer; man muß sich aber davor hüten, die Bedeutsamkeit dieser rein religiösen und humanitären Proteste zu überschätzen.

Die entscheidenden Triebkräfte müssen anderswo gesucht werden: im Bereiche der deutschen Außenpolitik und in den Angriffen der Nazis auf alteingewurzelte Eigentumsverhältnisse. Es ist kein Zufall, daß das Jahr 1938, in dem zum erstenmal tatkräftig angelegte und Erfolg versprechende Maßnahmen gegen die Nazis diskutiert wurden, auch das Jahr der Fritsch-Blomberg-Affäre und der Sudetenkrise war. Wenn diese geeignet war, gut unterrichtete Deutsche von dem nahe bevorstehenden Ausbruch des Krieges mit England und Frankreich zu überzeugen, so bewies jene, daß es den Nazis gelungen war, ein gewisses Maß von Kontrolle über die Armee zu erlangen.

Nachdem Hitler im Februar 1938 den Streit zwischen dem Chef der Heeresleitung von Fritsch und dem Kriegsminister von Blomberg dazu benutzt hatte, um die Verabschiedung beider Offiziere zu erzwingen, riß er nicht nur die oberste Befehlsgewalt über die Wehrmacht an sich, sondern brachte auch unzweideutig zum Ausdruck, daß er sich stark genug fühlte, in Zukunft weniger glimpflich mit dem Prestige und den Privilegien der Offizierskaste umzugehen.

Diese Vorgänge, zusammen mit der wenige Monate später drohenden Gefahr des Krieges mit den Westmächten, machten tiefen Eindruck auf die Mehrheit der deutschen Generäle. Als Beck in einer geheimen Sitzung des Generalstabes den Entschluß verkündete, seinen Abschied einzureichen, falls Hitler den Befehl zum Angriff gegen die Tschechen geben sollte, verpflichtete sich jeder einzelne der Heeresgruppenkommandeure, eine etwaige Ernennung als Becks Nachfolger abzulehnen. Becks Gedankengang war dabei der, daß Deutschland keinen erfolgreichen Krieg gegen eine Weltkoalition führen und daß man das deutsche Volk dazu bringen könne, Hitler die Gefolgschaft in einem Weltkonflikt zu verweigern. Becks Rücktritt würde dann das Signal für die Armee sein, die Nazis als Kriegshexer zu brandmarken und selbst die Macht zu übernehmen. Wie weit die Gegnerschaft der Armee zur Zeit der Sudetenkrise tatsächlich gediehen war, ist daraus ersichtlich, daß im September 1938 General Erich Höppner, einer von Becks Anhängern, in Thüringen mit einer Panzerdivision Stellung bezogen hatte, um der in München stehenden Leibstandarte Hitlers gegebenenfalls den Weg nach Berlin, das heißt zum Schutz des Führers, zu verlegen.

Wie erwartet, gab Hitler Anfang September der Armee den Befehl, sich zum Einfall ins Sudetenland marschbereit zu halten. Beck ant-

DER ZWANZIGSTE JULI

nach dem andern in den Rundfunk- und Presseberichten der Nazis auf-tauchten, erfuhren später weitere Ergänzungen, bis die Liste der wirk-lich führenden Männer in der Verschwörung über 300 Namen enthielt.

Um die bunte Zusammensetzung der Verschwörergruppe politisch verständlich zu machen, war es notwendig, die einzelnen Teilnehmer auf ihre Vergangenheit und ihre Motive hin zu untersuchen, obgleich ein solcher Versuch immer etwas Künstliches an sich haben wird — be-sonders wenn es sich um Personen handelt, die mehr als einer oder gar keiner Kategorie anzugehören scheinen.

Zwar war es den Verschwörern nicht gelungen, das deutsche Volk als solches gegen die Nazis zu mobilisieren. Aber unter den Männern, die nach jahrelangem Diskutieren über die Erfolgsmöglichkeiten sich schließlich Gerdeler und dem ehemaligen Chef des Generalstabes, Gene-ralobersten Ludwig Beck, anschlossen, kann man Vertreter der folgen-den Elemente in der deutschen Gesellschaft unterscheiden:

1. Militärs, einschließlich der Generale außer Dienst, welche mit Beck in Fühlung geblieben waren; jüngere Offiziere, wie Stauffenberg und York von Wartenburg, und die in letzter Stunde Gewonnenen, wie Rom-mel und Kluge. 2. Verwaltungsbeamte außer Dienst, alte Bekannte von Gerdeler. 3. Gegner des Regimes im Auswärtigen Amt unter der Führung des früheren Rhodes-Scholars Adam von Trott zu Solz, Hans Bernd von Häftens und Graf Albrecht von Bernstorffs. 4. Offiziere und Beamte der Amtsgruppe Auslandsnachrichten und Abwehr. 5. Indus-trielle, wie der Magnat der chemischen Industrie, Fritz von Philipp, und Krupps früherer Finanzberater, Ewald Löser. 6. Vertreter der Familien Kleist, Hardenberg, Marogna-Redwitz und anderer Groß-grundbesitzer. 7. Parteigenossen des Sozialisten Leuschner, wie Julius Leber und Theodor Haubach. 8. Abtrünnige Nazis, wie der Berliner Polizeipräsident Graf Wolf von Helldorf, einer der berühmtesten SA-Führer aus der Anfangszeit, der den ersten antisemitischen Krawall auf dem Kurfürstendamm organisiert hatte und am Reichstagsbrand be-teiligt war. 9. Vereinzelte protestantische und katholische Geistliche. 10. Intellektuelle, vertreten durch einige wenige Universitätsprofesso-ren und Mitglieder verschiedener Diskussionsgruppen.

Am bekanntesten unter diesen ist der Kreisauer Kreis, so genann-nach dem schlesischen Gut des Grafen Helmuth von Moltke. Die Mannig-faltigkeit der Persönlichkeiten, die sich in diesem bemerkenswerten Kreis zusammenfanden, geht aus einer noch unvollständigen List-eines seiner Mitglieder, Emil Henk, hervor. Da waren die Sozialisten Theodor Haubach, Carlo Mierendorf (der im Dezember 1943 einen Luftangriff auf Lei-zig zum Opfer fiel), Adolf Reichwein, Julius Lebe und Henk; der protestantische Pfarrer Eugen Gerstenmaier und der Jesuitenpater Delp; dazu kamen junge Aristokraten, wie Moltke selbst und Graf Peter York von Wartenburg. Ohne sich zu aktivem Wider-stand verpflichtet zu haben, fühlten sich die Mitglieder durch ihre ge-meinsamen, der Nazi-Ideologie feindlichen, philosophischen Überzeu-gungen verbunden. Sie waren dann auch in der Tat fast alle in den Um-sturzversuch verwickelt.

DER ZWANZIGSTE JULI

Verhandlungen. Diese Akten finden ihre Ergänzung in denen des Reichssicherheitshauptamts, die Himmlers Voruntersuchungen der Verschwörung enthalten. Aus dem Propagandaministerium schließlich stammt ein Tonfilm von neunstündiger Dauer, der die Verhandlungen vor dem Volksgerichtshof in aller Ausführlichkeit wiedergibt.

Eine erste Überprüfung all dieser mannigfachen Quellen ergab bereits ein ziemlich klares Bild des dramatischen Höhepunkts der Verschwörung, der Ereignisse am Tage des 20. Juli, die ja heute schon in weiten Kreisen bekannt sind:

Stauffenberg nahm an der Stabssitzung im ostpreussischen Führerhauptquartier in der Nähe von Rastenburg teil; es gelang ihm, seine Aktentasche mit der Zeitbombe dicht neben Hitlers Stuhl zu legen; das Attentat mißlang, weil Hitler sich gerade von seinem Platz entfernt hatte, als die Bombe explodierte, und weil die Wirkung der Explosion im Zimmer dadurch abgeschwächt wurde, daß das dünne Holzdach sofort nachgab; Stauffenberg, in der Überzeugung, daß Hitler tot sei, teilte dies den Verschwörern im Kriegsministerium in Berlin mit, die ihrerseits die für diesen Fall ausgearbeiteten Befehle an die Oberbefehlshaber im Felde und in den Wehrkreisen erließen.

Weniger allgemein bekannt sind vielleicht die unheilvollen Folgen, die das Versagen des Generals der Nachrichtentruppe, Erich Fellgiebel, hatte, dem es nicht gelang, die Rastenburger Sendestation zu zerstören. Dadurch konnte Hitler alle kommandierenden Generale von seinem Entkommen in Kenntnis setzen und das Berliner Wachbataillon anweisen, die Männer in der Bendlerstraße zu verhaften. Einige wenige Generale — vor allem Heinrich von Stülpnagel in Paris, der sofort gegen die SS eingeschritten war und dafür mit seinem Leben bezahlt hat — waren schon zu sehr kompromittiert, um sich noch aus der Affäre ziehen zu können. Die meisten konnten jedoch noch von den Verschwörern abrücken, ehe es zu spät war. Dem nun einsetzenden Terror fielen nicht nur fast alle Rädelsführer der Verschwörung zum Opfer, sondern auch Hunderte von anderen, die als Gegner des Regimes bekannt waren; viele von ihnen, wie den Kommunisten Ernst Thälmann, ermordete man in den Konzentrationslagern, in denen sie schon Jahre zugebracht hatten.

Schon die allerersten Berichte über den Putschversuch ließen den heterogenen Charakter der Verschwörergruppe vermuten. Das ursprüngliche, von Goebbels erfundene Schlagwort von der „verbrecherischen Clique reaktionärer Offiziere“ hatten die Nazis selbst fallen lassen, als sie im September 1944 bekannt gaben, daß nach Aburteilung der Militärs einer ganzen Reihe von Zivilisten der Prozeß gemacht werden würde. Unter diesen war nicht nur der von den Verschwörern zum Reichskanzler ausersichene Dr. Karl Gerdeler, Reichskommissar für die Preisbildung unter Brüning und von 1930 bis 1936 Oberbürgermeister von Leipzig, sondern auch der ehemalige Botschafter in Italien, Ulrich von Hassel, ferner der ehemalige Botschafter in Sowjetrußland, Graf Werner von der Schulenburg, sowie der frühere sozialdemokratische Innenminister von Hessen, Wilhelm Leuschner. Diese Namen, die einer

DER ZWANZIGSTE JULI

Seit dem Zusammenbruch des Naziregimes ist es möglich, die Anti-Hitler-Bewegung in Deutschland an Hand von Dokumenten und Vernehmungen zu studieren. Der Verfasser dieses Artikels hatte im Sommer und Herbst 1945 Gelegenheit, aus beiden Quellen zu schöpfen, wenn auch keineswegs die Fülle des vorhandenen Materials zu erschöpfen. Dies muß einem an Einzelheiten und den verschiedenen Seiten der Verschwörung interessierten Sonderstudium vorbehalten bleiben. Im Rahmen dieses Artikels können nur der Umfang der Verschwörung sowie einige der mit ihr zusammenhängenden Probleme behandelt werden. Abgesehen von dem rein menschlichen Interesse für dramatische Einzelheiten und von aufschlußreichen Einblicken in die Problematik von Revolutionen im modernen totalitären Staat, ihre Techniken und Gefahren, tragen solche Studien zum tieferen Verständnis des zweiten Weltkrieges bei. Sie beleuchten die wesentlichen Charakterzüge des Nationalsozialismus sowie die nationale Psychologie Deutschlands vor, in und unmittelbar nach dem Konflikt. Unter den persönlichen Aufzeichnungen über die Antinazibewegung im allgemeinen und über den 20. Juli im besonderen zeichnen sich viele mehr durch Umfang und Begeisterung als durch Zuverlässigkeit aus. Immerhin haben uns einige dieser Chronisten zusammenhängende Berichte zur Verfügung gestellt, deren Zuverlässigkeit sich im großen und ganzen bestätigt hat.

Einer von diesen ist Hans Bernd Gisevius, ehemaliger Spionageagent beim Konsulat in Zürich. Nach dem Attentat hielt sich Gisevius 6 Monate lang in Berlin verborgen, bis es ihm im Januar 1945 gelang, in die Schweiz zu entkommen. Wenn auch seine Aufzeichnungen ein gewisses Maß von Opportunismus und Selbsterhöhung verraten, so bestreiten doch selbst Gisevius' Kritiker nicht seine Vertrautheit mit der Beck-Gördelerschen Verschwörung, zumindest während der letzten zwei Jahre.

Ein weiterer wertvoller Bericht stammt von Baron Albrecht von Kessel, ehemaligem Legationsrat unter dem Botschafter beim Vatikan, von Weizsäcker. Über die letzten Entwicklungen in Deutschland vor dem 20. Juli weiß von Kessel nicht aus eigener Erfahrung Bescheid, wohl aber über frühere Verschwörungen, einschließlich derer unmittelbar vor Ausbruch des Krieges. Erich Kordt gibt eine ausführliche Schilderung der Episoden der Jahre 1938 und 1939, als er Ribbentrops Kabinettschef im Auswärtigen Amt war. Schließlich verdienen noch die Aufzeichnungen des Heidelberger Sozialisten und Mitarbeiters von Alfred Weber, Emil Henk, erwähnt zu werden, der als Mann der Linken an dem sonst vornehmlich konservativen Umsturzversuch beteiligt war. — Die von den Untersuchungsbeamten der Alliierten durchgeführten Interviews haben ebenfalls wertvolles Material zutage gefördert, das sonst ungeschrieben geblieben wäre. In der deutschen Presse erscheinen immer wieder neue, aufschlußreiche Dokumente aus privater Quelle. So veröffentlichte eine Münchener Zeitung Ausschnitte aus den im Januar 1946 wiederaufgefundenen Akten des Volksgerichtshofs, die man bis dahin für vernichtet gehalten hatte. Obwohl die Nazis die Prozesse vor dem Volksgerichtshof propagandistisch aufzogen, führten sie für ihre eigenen Zwecke aufs genaueste Protokoll über den Gang der

Die Frankfurter Rundschau 7. März 1942.

Frankfurter Rundschau 7. März 1942.

Der zwanzigste Juli

Von FRANKLIN L. FORD

Ein paar Minuten vor 6 Uhr abends, am Donnerstag, den 20. Juli 1944, hörten die Beamten im Abhörraum des englischen Rundfunks, wie der Berliner Ansager plötzlich das musikalische Sendeprogramm mit der kurzen Mitteilung unterbrach, daß ein Attentat auf Adolf Hitler verübt worden sei. Kein Wort über Zeit, Ort und Beteiligte. Und auch als Hitler, Dönitz und Göring kurz nach Mitternacht im Rundfunk sprachen, beschränkten sie sich darauf, dem deutschen Volke zu dem wunderbaren Entkommen des Führers zu gratulieren und es der unerschütterlichen Loyalität der gesamten bewaffneten Macht zu versichern. Dies waren die ersten Nachrichten, die über den Umsturzversuch ins Ausland drangen.

Die am 7. und 8. August durchgeführten Prozesse gegen Feldmarschall von Witleben und seine Mitangeklagten sowie die anschließenden Verfahren gegen die an dem Attentat beteiligten Zivilisten gaben die ersten Aufschlüsse über den Umfang der Verschwörung und lenkten das Interesse der Öffentlichkeit auf die prominenten Deutschen, gegen die Anklage vor dem Volksgerichtshof erhoben wurde. Die entscheidende Tatsache war jedoch, daß das Attentat mißglückt war. Die Ausrottung zahlloser potentieller Gegner Hitlers hatte dessen Stellung womöglich noch befestigt, während die Ernennungen von Himmler zum Befehlshaber des Ersatzheeres an Stelle des Generalobersten Fromm und von Göring zum „Reichsbeauftragten für den totalen Kriegseinsatz“ sichere Anzeichen der Mobilisierung auch der letzten Reserven waren.

Die Verschwörung selbst wurde von den Nazis auf eine Weise geschildert, die geeignet war, etwaige im In- und Ausland erweckte Hoffnungen auf einen bevorstehenden Zusammenbruch des Regimes zu enttäuschen. Presse und Radio sprachen nur von der „verbrecherischen Clique reaktionärer Offiziere“. Gleichzeitig trug man aber Sorge, daß es infolge der Rolle, welche die Armee in der Verschwörung gespielt hatte, nicht zum offenen Bruch zwischen ihr und der Partei kam. Daher hieß es ausdrücklich in einem Rundschreiben Himmlers an SS und SD: „Der Führer wünscht, daß sich niemand durch die Vorgänge vom 20. Juli dazu hinreißen läßt, das Offizierskorps, die Generale, den Adel oder die Wehrmacht in corpore anzugreifen oder zu beschimpfen. Wann immer von dem Verhalten der Verräterclique die Rede ist, muß gleichzeitig das tadellose Verhalten der Armee hervorgehoben werden.“ (Brief vom 17. August 1944, Reichssicherheitshauptamt, Akt. No. 128/44 g. — rückübersetzt aus dem Englischen.)

- Herrliberg/Zürichsee. April 1947

Beitrag zur Inneren Geschichte der Widerstandsbewegung in Deutschland.

von Hans von Dohnanyi geb. Delbrück
 Obwohl meines Vaters letztes Wort ein leidenschaftlicher Protest

gegen das Diktat von Versailles war, und obwohl wir jüngere Generation, mein Bruder, mein Mann, seine Brüder und beider Freunde mit schwerem Kummer erlebten, wie wenig die vertrauenswürdigen Regierungen Eberts, Stresemanns, und vor allem Brünnings, Unterstützung durch das Ausland erfuhren, war uns doch keinen Augenblick zweifelhaft, dass die Politik eines Hitler Deutschland und Europa in den Abgrund reissen müsste.

Von "Bewegung" konnte zunächst keine Rede sein. Allein "Widerstand" zu leisten, sich innerlich gegen die Flut gewaltiger Propaganda zu stemmen, forderte alle Kraft.

Denn diese Propaganda schöpfe ja durchaus nicht nur aus unläuternden Quellen: Arbeitslosigkeit, Parteiserrissenheit, Niedergang der Landwirtschaft durch überhöhte Steuern - alles rief nach den "starken Mann". Dass Brüning hundert Meter vom Ziel war, diese Knoten zu lösen, dass der Guldensfaden des deutschen Volkes nur noch einige Monate hatte zu halten brauchen, bis die Entspannung eingetreten wäre, dies zu verkünden war die grosse Lüge, mit der die Propaganda meisterhaft zu operieren und mit der sie so erfolgreich an die Instinkte der Massen zu appellieren verstand. Sehnsüchtig hofften wir auf Unterstützung Brünnings von aussen, aber nicht einmal der Zollanschluss an Österreich wurde ihm konzediert.

Durch meinen Schwager, Dr. Hans von Dohnanyi, der damals rechte Hand des Justizministers Gürtner war, bekam ich, es muss 1932 gewesen sein, einmal Gelegenheit im Reichstag zuzuhören bei einer Sitzung. Ich hörte Göbbels sprechen, besser gesagt: pöbeln, und von da an war ich gegen jede Versuchung bereit, mich für diese Sorte Deutschen einzunehmen zu lassen, ihnen zu glauben oder Vertrauen zu schenken.

Aber selbst in unseren Freundeskreisen hörte man Römer 13 zitiert: "Sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über dich hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott". Zwischen diesen und dem andern Pol: "Für sollt Gott mehr gehorchen, als den Menschen" - beides Paulusweisungen - spielten sich später die ersten Pastorenprozesse ab, bei denen die Bibel hin und hergereicht wurde, wie bei mittelalterlichen Konzilien. Damals aber 1932-33 galt es noch nicht, gegen Gottlosigkeiten ab protestieren, es handelte sich darum, zu erkennen, dass diese unaufhaltsam kommen würden und den Anfängen zu wehren. Prinzipienstand es.

Mein Mann hatte damals die Idee, die Akademien und die Kirchen zu einem gemeinsamen Protest zu "bewegen", und somit einen Deich gegen die hereinbrechende Flut zu bauen. Ich erinnere mich, wie er sehr deprimiert von allen Besuchen bei Professoren (Juristen und Historikern) heimkam und überall die abwartende Haltung gefunden hatte: man muss den jungen Leuten erstmal Gelegenheit geben, sich zu bewähren. Sie sind legal zur Macht gekommen, also ist es unfair, ihnen gleich Schwierigkeiten zu machen. Wenn sie tatsächlich die Arbeitslosigkeit auch nur dämmern, so ist dieses Hopfen mancher Sonne wert.

Der Einwurf meines Mannes: man wird später die Flut nicht mehr aufhalten können, diese Leute sind nicht nur peripher schlecht, sondern zentral schlecht, das ist ein fauler Baum, der nur faule Früchte bringen kann - wurde als zu pessimistisch abgelehnt.

In der Tat hatte man damals nur das Gewicht des Instinktes gegen die Gewichte praktischer Argumente zu setzen.

Es zeichneten sich unter den Widerständischen bald zwei Gruppen ab:

a.) die religiös-Gebundenen, die sich unter dem Wort fanden: was hülfte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme Schaden an seiner Seele." Diese sahen in Hitler die Inkarnation des Bösen.

b.) die weitsichtigen praktischen Politiker, die in Hitler den Elefanten im Porzellanladen Europas sahen, der alles zertrampeln würde, für die also die politische Dummheit Hitlers der Hauptgrund ihrer Gemütskrankheit war.

Beide Gruppen zogen am gleichen Strang und die Unterscheidung schien daher müßig. Auch überschritten sich die Gruppen natürlich häufig. Ich möchte z.B. sagen, dass mein Mann beiden Gruppen angehörte. Es erwies sich aber bald, dass die Gruppe sich von Erfolgen blenden, beeinflussen, unsicher machen liess. Sie argumentierte gerne: Wenn wir es schaffen - lieber Gott, was regt sich heute noch über den Burenkrieg der Engländer auf? Wer fragt heute noch danach, wie die Inkas ausgerottet worden sind? usw. usw. Wenn er es schafft, könnte man dann anfangen, wirklich Gutes aufzubauen. Mit andern Mitteln zu diesem Zweck zu gelangen, hat man uns keine Möglichkeit gegeben. Also sind wir nicht schuld, wenn wir nun zu unschönen Mitteln greifen müssen.

Die erste Gruppe konnte dazu nur leise und bestimmt sagen: Wenn (um in Burer Sprache zu sprechen) an deutscher Art und Wesen die Welt genesen soll, dann müssen wir es eben auf andere Art schaffen, langweiliger aber sauber.

Als Hitler von Hindenburg bestätigt worden war, das Schicksal seinen Lauf nahm, sagte mir ein jüdischer Freund: "Wenn es wieder zu einem Krieg kommen sollte, dann hat er heute begonnen. Diesmal braucht sich kein Hans Belbrück abzumühen, die Ursachen zu suchen." Trotz völligen Unvernehmens mit diesem klugen und hochgebildeten Mann, erwiderte ich ihm: Dem Anlass braucht niemand zu suchen. Die Ursache liegt zwischen 1919 und 1932 - wenn man nicht bis zum Ständesfall zurückgehen will. - Diese Empfindung fand ich 1940 bei einem Aufenthalt in der Schweiz bestätigt in dem Ausspruch eines Schweizer: "Hitler ist ja nur die Schaumkrone auf einer Welle, die kommen musste."

Die Arbeitslosenziffer sank. Um welchen Preis? Nur wenige erkannten dies. Sollten die braunen Kolonnen, die eben noch kartenspielerisch vor jedem Arbeitsamt gelegen hatten, ewig nur eindringend durch die Strassen ziehen? Gelder wurden gezogen. (Woher?) und in Strassenbau, Reichsbahn, Industrie gesteckt. Woher? Wofür? Dieser Hitler sah nicht aus, als könnte er Gewehr bei Fuss stehen. Er benahm sich nicht so, dass die Welt Vertrauen zu ihm haben konnte.

Die Judenverfolgungen begannen und die Widerständischen sahen ihre Möglichkeiten darauf beschränkt, diesem und jenem über die Grenze zu helfen, Empfehlungen mitzugeben und Worte. - Was wirklich geschehen wurde sahen nur wenige, die hinter die Kulissen sehen konnten, wie z.B. mein Schwager (Dehneny im Justizministerium. - Ich erinnere mich, wie er eines Tages berichtete von legendenhaften Gräulichkeiten. Ich fuhr auf: "Aber das muss man doch in alle Welt hinausgeschreiben, das ahnt ja kein Mensch!" "Bitte schrei nicht" erwiderte er sehr energiegeladend: "Gehobels gehreißt lauter, Du und ich und wir alle werden kalt gemacht - das wäre ja schliesslich gleich - aber die Gräueltaten gehen ungehört weiter. So hat es keinen Sinn. Man muss den Kopf der Schlange treffen, und dafür werde ich mein Leben einsetzen, verlass dich drauf! - Wenn natürlich die Frauen schwetzen, kann alles schief gehen."

So erklärt es sich, dass nicht nur aus Angst, sondern auch besten Willens nicht allzu viel weiter erzählt wurde.

Ich erübr nicht, dass er zu diesem Schlag auf den Kopf der Schlange bereits ausgehört hatte, sehr das erst heute aus den Aufzeichnungen meiner Schwägerin, Frau von Dohnanyi geb. Dohnhoff.

Im 1938 schrieb ich an meinen Mann; es kann doch nicht sein, dass H. zum Kriege treibt. Das muss ihn doch den Kopf kosten, denn dem Dummsten ist doch klar, dass es dann jedenfalls unter Bräutigam nicht gekommen wäre. - So verkannten Menschen, die nicht täglich die Zeitung lesen, die Macht der Suggestion, die Götters zu üben verstand.

Wenn die Engländer es verstehen würden, in Deutschland die vernünftigen Kreise zu stützen, wäre das ganze Problem Europa zu lösen. Aber sie verstehen es immer zu spät, schrieb mir damals mein Mann.

Wie sich der Konflikt für die Deutschen der guten Tradition zusammenzog, spiegelt sich in tragischer Klarheit in einem Briefe meines Schwagers Dietrich Dohnhoff aus dem Sommer 39 aus Amerika, wohin er durch Professor Niebuhr zu Vorlesungen an der Universität New York eingeladen worden war. "Ich muss diese schwere Zeit unserer Geschichte mit den Christen meines Vaterlandes gemeinsam durchleben. Die Christen in Deutschland werden der schrecklichen Alternative gegenüberstehen, die Niederlage ihres Landes zu wollen, damit die christliche Kultur überlebe, oder den Sieg ihres Landes und damit die Zerstörung unserer Kultur. Ich weiß, welche dieser Möglichkeiten ich wählen muss, aber ich kann diese Wahl nicht von einem Ort aus treffen." Damit schlug es das Angebot, in Amerika zu bleiben, was auch kehrte zum Kriegsbeginn heim.

Das betrieblende Moment für die Widerstandsgruppe A, waren die militärischen Anlaufschritte. Einige liess sich blenden, andere hielten den Moment volkpsychologisch für unmöglich. Ein wahres Dolchstoßmythos wurde erzählt. Das war wohl richtig, mein Mann aber sagte immer: man kann nicht warten, bis der letzte Deutsche betroffen ist, darüber geht das ganze Land und halb Europa kaputt. Ein verantwortungsbewusster Mann muss das Dolchstoßmythos geschwächt auf seinen breiten Rücken nehmen. - Ernsthafter war der Hinweis der Gefahr eines Bürgerkrieges. Dieser Gefahr zu begegnen, hatte er den Gedanken, die Arbeiterschaft an Umsturz aktiv zu beteiligen. Über meinen Vetter Ernst v. Harnack nahm er Verbindung mit Bengel und Leber den sozialdemokratischen Führern und mit dem Kaiser, dem Führer der christlichen Gewerkschaften auf. Sein Bruder Dietrich, sowie mein Bruder Justus Telbrück, der Assessor meines Mannes in der Luftkammer, Dr. Otto John und Hans von Dohnanyi arbeiteten an der Verwirklichung dieses Planes. In den Aufzeichnungen meiner Schwägerin Dohnanyi finde ich den Satz: ich erinnere mich noch heute daran, wie mein Mann eines Tages erleichtert zu mir sagte: "Jetzt haben wir es geschafft, heute geht Leutschner zu Teck" Demnach, im Winter 39/40 haben die Gewerkschaftler sich bereit erklärt, im Falle eines Militärputsches, falls er zu einer Unterstützung nötig sein sollte, die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzurufen. An allen wichtigen Zentren wurden Boten geschickt, um darauf vorzubereiten. Das für diese Vorbereitungen nötige Geld stellte der Industrielle Walter Bauer zur Verfügung. So weit ging damals die Zusammenarbeit der Stände gegen Hitler, und soweit ebneten die Zivilisten dem Militär die Wege. Den dritten Mann der Gruppe B, (der politischen Aktiver) die Person, dass die Militärs den Moment des Putsches benutzen würden, militärisch stark vorantreiben, hat Dohnanyi meistwahrscheinlich durch erfolgreiche Verhandlungen mit dem Ausland, über die Dr. Joseph Müller - München einmal berichtet wird.

Das retardierende Moment für die Welligkeitsbewegungen aber war der politische Nord. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit meinem Schwager Dietrich Dohnhoff. Ich sagte zu ihm: "Wie ist das elant-

lich mit Euch Christen: Ihr selber wollt nicht morden, aber wenn es ein anderer tut, freut Ihr Euch?" -- Er lächelte; sah lange zum Fenster hinaus und sagte dann langsam: "Vielleicht sollten wir uns nicht einmal freuen..." (Vgl. hierzu das Gespräch Dohnanyi-Hauptmann-Wiedemann: Wiedemann: "Ich gebe Ihnen vollkommen zu, hier hilft nur noch der Revolver. Aber was soll es tun? Ich kann keinen Menschen umbringen helfen, der sich mir anvertraut hat.")

Mein Mann fühlte für seine Person keine Bedenken mehr gegenüber dem Gedanken des Tyrannenmordes an Hitler, nachdem er in seinem Gewissen die Erkenntnis ausgelotet hatte, dass Nicht-morden die noch grössere Sünde sei. Alle diese Männer seines Kreises sind nicht aus bangeligen Christentum, sondern aus der Bindung an christliche Ethik zu ihren Entschlüssen gekommen.

So hat auch mein Schwager Dietrich B., trotz der erwähnten tiefen Besinnung auf die Grenzen dessen, was einem Christen erlaubt ist, seine ganze Kraft in den Kampf gegen Hitler gesteckt, freilich nicht in die Vorbereitung zum Mord, aber in den Versuch, hinter Hitlers Rücken Friedensverhandlungen mit England anzuknüpfen, die natürlich auf der Liquidation der Hitlerregierung basierten. Damals hielt man noch eine Gefangennahme und gerichtliche Aburteilung für möglich. Das war Winter 39.

Die Möglichkeit eines konstruktiven Friedens, die dank der Arbeit Dohnanys und Dr. Müllers noch bis zum März 1940, also bis zum Einmarsch unserer Truppen in Holland und Belgien bestand, wurde von den Generalen zur Verzweiflung der Zivilisten h i e r ergriffen. Die obersten Generale, Brauchitsch und Halder, die alle Vorbereitungen bis in die letzten Details zugelassen, gebilligt, geordnet hätten, fielen in letzter Minute um. Das historische Gespräch zwischen Hitler und Brauchitsch findet sich in den Notizen von Frau v. Dohnanyi verzeichnet. Bodeffelt: Brauchitsch war plötzlich zu der Erkenntnis gekommen, dieser Krieg sei kein Krieg wie die früheren von Nationen gegeneinander, es sei vielmehr ein Krieg der Weltanschauungen und müsse ausgetragen werden. Halder aber getraute sich nicht, den Generalfeldmarschall zu "Überspielen".

Es ist schwer zu beschreiben, welches Maß von Niedergeschlagenheit damals von den Männern der Opposition überwunden werden musste. Deutschland selber hätte das Steuer wieder in die Hand bekommen, der deutsche Frontsoldat hätte etliche Meile nicht umsonst zu Markte getragen, er hätte nicht auf den deutschen Bruder zu schießen brauchen, denn der Bürgerkrieg wäre dank der Koalition von Arbeiterschaft und Militär vermieden gewesen. Ohne Sabotageakte wäre ein sinnloser, von vorn herein für jeden Weiterführenden verlorener Krieg abgebrochen worden. Ein passabler Frieden war verspielt. Ein "Hunenberg" wäre uns erspart geblieben, denn ein deutsches integrires Gericht hätte die Aburteilung der Verbrecher unter den Gauleitern überraschen. Militärdiktatur (d e m o k r a t i s c h e Militärdiktatur!) mit Überleitung zu konstitutioneller Monarchie war der Len. Prinz Louis Ferdinand von Preussen war der von unserer Gruppe in Aussicht genommene Monarch. Er schien aus vielen Gründen persönlich und rechtlicher Art geeignet. Ich erinnere mich eines Gesprächs über die Formel der Krönung, die die Anlehnung an die Tradition betonen sollte, aber in der alten Fassung "Von Gottes Gnaden" als in ihrem Sinn längst verschoben und in Misskredit gekommen (einmal Dekret-, dann zur Eidesformel geworden) abgelehnt wurde. An ihrer Stelle wurde "Vor Gott verpflichtet" vorgeschlagen. Es war nicht nur geredet worden, wie heute so viel behauptet wird. Alles war bis ins Kleinste ausgearbeitet worden, in ständlicher, heimlicher Arbeit: Dohnanyi hatte eine umfangreiche Chronik aller Verbrechen des Naziregimes angefertigt, deren hunderterte Verlesung im Radio das betroffene Volk schnellstens aufgeklärt hätte. Sein "Aufruf an deutsche Volk"

war fertig. Die neuen Stellenbesetzungen, das Kulturprogramm, die neue Form des Religionsunterrichts waren ausgearbeitet. Mein Mann hatte ein juristisches Schulbuch entworfen: an Stelle von zuviel Mathematik sollten juristische Grundbegriffe gelehrt werden. Nur eine Hürde musste noch genommen werden, und diese wurde nicht genommen: es musste den Generalen beigebracht werden, dass Verrat am Verräter des deutschen Volkes, kein Verrat, sondern Ehre und Pflicht ist.

Ich erinnere mich einer Nacht im Frühjahr 1940. Gegen drei Uhr morgens kam mein Mann endlich heim von einer Besprechung mit hohen Offizieren. Er warf seine Mappa auf den Tisch, riss sich die Jacke herunter und beantwortete meinen fragenden Blick mit bitterer Rede ohne leisestes Lächeln: "Was ist das: es hat einen kleinen Kopf, einen grossen Schnabel, lange rote Beine, und steht mit den Füssen im Sumpf". (es wurde bald zum Stichwort bei der Beurteilung eines neu in den Kreis tretenden Offiziers: "Storch" oder "Kerl"?)

Halder und Brauchitsch hatten sich als "Störche" erwiesen. Sie hatten jene Audienz beim "Führer" gehabt und waren umgefallen. Sie wollten nicht in die Weltgeschichte einreifen. Das deutsche Militär war aber so in Ordnung, und zwar bis zuletzt so in Ordnung, dass der Umsturz nur zu machen war, wenn der Alleroberste (Brauchitsch) mitmachte. Jeder Putz in unteren Regionen wäre sofort niedergemacht worden. Es war nicht um die Tatsache heranzukommen, dass die Obersten gewonnen werden mussten. Das Militär hatte die Macht und die Intelligenz hatte die Einsicht. Also musste die Intelligenz "reden", d.h. Einfluss gewinnen. Nichts ist tüchtiger als der Vorwurf, es sei nur geredet worden. Genau das war - für die Zivilisten die Aufgabe. Sie war viel zweckmässiger und aussichtsreicher als heldenhafte Einzelaktionen - diese in Ehren - die aber alle nur wie Dohnanyi ganz richtig sagte, kaltgemacht und totgeschwiegen wurden. Zwei Vorstellungen aber hatten in den Gehirnen der deutschen Generale fest wie Eisen: Man kann nicht während des Galopps den Kutischen wechseln und "innerer Widerstand während eines Krieges ist eine sittliche Unmöglichkeit". Das preussische Militär hatte gelernt: im Kriege gibts nur eins: zusammenhalten!

So wurde beste Soldatenmoral, wie sie in jeder Nation mit Stolz gepflegt wird, nicht etwa in den Schmutz getreten, sondern blank aufgeräumt vor den Wagen des Teufels gespannt, der sie a tempo zu kutschieren verstand. Wohin?

Gruppe a) sah es deutlich.

Gruppe b) ahnte es bisweilen.

Die grösste Masse des Volkes sah es nicht. Es war mit Blindheit geschlagen und den Schanden hielt der Terror den Mund zu.

Fast drei Jahre lang wurde gestieg und die Gruppe der nur politisch Bedenklichen fiel so lange als Kraftfaktor für den Widerstand aus. Dies ist deshalb wichtig festzustellen, weil heute noch in Deutschland die Meinung verbreitet ist, "wenn die Widerstandsbewegung nicht gewesen wäre, hätten wir es doch noch geschafft." Was heisst "geschafft"? Einen Sieg gegen die einmütig gegen uns stehende Welt? Niemals. - Der Landser träumt heute in Deutschland davon, "wenn wir die Atombombe noch geschafft hätten....." Es glaubt nicht, dass unsere Arbeiten auf diesem Gebiet weit im Rückstand waren gegenüber Amerika. Da bald nach der Kapitulation, nachdem einige Kisten mit unsern "Erfindungen" nach England verbracht worden waren, in Hiroshima die Atombombe fiel, meint er: da sieht man es ja, so nah dran waren wir, aber die verfluchten Widerständler, die Saboteure haben es zu verhindern gewusst! - Armer betrogener, ehrlicher Frontkämpfer! Wie soll man es solchen Menschen klar machen, dass wir 1.) die Atombombe längst nicht hatten, weil Amerika, wenn es 50 Möglichkeiten gab, das Uran zu verwerten, sofort 50 Versuchstationen baute, derweil wir höchstens zwei bauen konnten, und diese unter

permanenten Bombenhagel; dass wir 2.) auch mit einer Atombombe nie einen Sieg-Frieden erreicht hätten, weil man uns eben einmütig hasste als Kulturschänder und barbarische Unterdrücker und deshalb sofort fanatisch daran gearbeitet hätte, dieses verhasste Joch alsbald wieder abzuschütteln.

(In dem juristischen Schulbuch meines Vaters, das auch vernichtet ist, befand sich ein Passus über "das Wesen eines guten Vertrages". Darin stand etwa; dass nicht d e r Vertrag der beste ist, der die grösstmöglichen Vorteile beim Vertragspartner herauschlägt, sondern der der für beide Parteien sinnvoll ist, und daher von beiden gehalten werden m ö c h t e . -

bb. Das alles sah der ehrliche Frontsoldat, sofern er überhaupt nachdenklich veranlagt war - und das ist der Deutsche im allgemeinen, obwohl sein. Sein Trost und seine aufrichtige Hoffnung war: erst siegen dann aufräumen. Dass der Teufel immer die ganze Hand nimmt, wenn man ihm den kleinen Finger reicht, wollte er nicht wahr haben, dass eine erfolgreiche nationalsozialistische Partei überhaupt nicht mehr los zu werden ist, sah er nicht ein, "das wartet erst mal ab, wenn wir siegreich nach Hause kommen, da wird ausgeräumt, wie noch nie ausgeräumt worden ist!" Ihm diesen Glauben nehmen, - und es gelang manchmal, - hieß, ihn mit dem Schwert im Herzen und Front schicken.

- Zuokmayer zeigt in seinem vorzüglichem Stück "Des Teufels General" dies mancher selbständig denkende, untadelhafte Deutsche den Konflikt anders gelöst hat: Sabotage. Es sagte sich: Den Krieg verlieren wir sowieso. Ein wirklich guter Deutscher kann auch diesen Krieg garrnicht gewinnen wollen. Deutschland kann nur durch eine Niederlage zu sich selbst zurückfinden.

Die qualvolle Problematik, durch die wir alle Tag für Tag jene sechs Kriegsjahre gegangen sind, dass wir bei jedem Siege trauern, und bei jedem Rückschlag doch nicht jubeln konnten, - sowenig eine Mutter jubelt, wenn ihr miszetretenes Kind gesüchtigt wird-, kann nicht deutlich genug dargestellt werden, nicht tief genug nachempfunden werden, wenn man verstehen will, ehe man urteilt. - Eine billige Lösung aus diesem Konflikt gab es nicht. Aber, wenn wir heute Friedrich Meineckes Buch über die deutsche Katastrophe lesen, so scheint uns, dass der ganze Konflikt so oder so hätte vermieden werden können, wenn nämlich unsere Umwelt unserer vertrauenswürdigen Regierung Brüning mehr Vertrauen geschenkt hätte. -

1941 setzten die ersten militärischen Rückschläge ein. Damit verlor der Einwand, dass das Volk kein Verständnis für den Umsturz haben würde, an Gewicht. Gleichzeitig zog die Verhaftungswelle an.

Je ungünstiger sich aber unsere militärische Lage entwickelte, umso weniger Hilfe erhielt, wie Dohnanyi richtig prophezeit hatte, die Widerstandsbevegung von aussen. Natürlich kam jetzt nur noch von aussen die Antwort: Bedingungslose Kapitulation. Das schreckte die schwankenden Militärs wieder ab. "Das können wir auch so haben, dafür brechen wir nicht das Odium des "Verrats" auf uns zu nehmen, war ihre Reaktion. "Gewiss, man könnte den Krieg etwas abkürzen, aber der schlechte Ausgang würde dann uns mit der Parole "Dolchstoß" in die Schenke geschoben werden."

Die Schutzmaßnahmen um die Person des "Führers" wurden unvorstellbar. Kein Offizier betrat das Ausienszimmer mehr mit Waffe. Sie wurde ihm draussen von einem SS-Mann abgenommen, auch wenn er bestellt war, einen Orden in Empfang zu nehmen. Warum liess man sich das gefallen? Sie hätten sich schon viel zu viel gefallen lassen. Nun wollten sie die Sache auf allen Gebieten richtig "reif" werden lassen. Die Eiterbeule sollte von selbst platzen, damit die Krankheit dann wirklich

überwunden sei. Hitler sollte seine Suppe selbst auslöffeln, er sollte selbst sehen, wie er diesen Krieg nun zu Ende bringt, er sollte sich nicht ausreden können mit "Verrat" worden sein".

So tauchten immer wieder neue Einwände und Bedenken gegen den Umsturz auf. Entschlossene wurden wieder schwankend, andere von der Notwendigkeit überzeugt. Zahlenmäßig ist die Widerstandsbewegung gar nicht zu fassen, denn Pechel sagt ganz richtig in seinem Buch über den deutschen Widerstand: Einem g e l u n g e n e n Putsch wären Unzählige nachgelaufen! Nicht aus Opportunismus, sondern aus ehrlichem Glücksgefühl des Befreitseins vom Druck des sinnlosen Krieges, von der Zunge der Gestapo, von der Geginnungsuniform. All die Tausende, die heute sagen, sie seien die Nazis gewesen, worüber das Ausland so lacht, sie waren tatsächlich nicht das, was man sich unter einem Nazi hier vorstellt: herrschrasige Lustmörder. Es waren vielvielfach biedere Gouvernanten, pietistisch im Engländerfrei erzogen, die den Wolf im Schafspelz allenfalls noch erkannt hatten, denn das hatten sie gelernt, aber im Mantel des Heiligen, der immer nur braune Hemden trug, kein Fleisch ass, keine Frau und keine Frauen hatte, sondern immer nur arbeitete, (wie uns auf jeder SPfG-Postkarte gesagt wurde) der die kleinen Kinder lieb hatte, für Arbeit, Brot und Freiheit kämpfte, wo war da Wolf? Konzentrationslager, ja, die gab es, aber für Einigkeit muss er ja sorgen, sonst kann er ja sein Ziel nicht erreichen. Judenverfolgungen, ja, das ist nicht schön, aber wenn ein paar Tausend davon abziehn, ehrlich gesagt, wäre es nicht ganz schön? Dumm, in der Tat, aber wo in der Welt ist der Durchschnittsmensch klüger und besser? -- Ein Volk ist nie gut oder schlecht, es hat immer die Eigenschaften, die die repräsentierende Schicht aus ihm herausholt.

Als am 3. April 1943 gleichzeitig mein Schwager Dohnanyi, seine Frau, und mein Schwager Dietrich B. verhaftet wurden, machte mein Mann sich keine Illusionen über die Gefahr und die Tragweite dieser Tatsache. "Es ist so ein Jammer, um die Menschen, und um die Sache -- Dohnanyi war der führende Kopf der Widerstandsgruppen in der Abwehr-Abtlg. des OKW gewesen, Dietrich B. sein wichtigster Verbindungsmann für die Friedensverhandlungen mit England."

Kurz zuvor war in München die Studentenrevolte niedergeschlagen worden, Professor Huber und die Geschwister Scholl verhaftet und (Huber später) hingerichtet. Sie hatten moralischen Protest erhoben gegen alle Schandtaten - in ähnlicher Form, wie es mein Mann schon 1933 gewollt hatte, - die wunderbaren Aufrufe, die wir heute in Pechels Buch lesen können, gipfelten immer wieder in dem Gedanken: wir haben auf Deutschland, nicht auf Hitler geschworen! Jeder ehrliche Deutsche, und davon gab es unter den Verblendeten noch zahllose, hätte die Aufrufe unterschrieben. Sie drängen die in die breite Öffentlichkeit. Das kann nur verstehen, wer unter Terror gelebt hat.

Bis zum Juli 1944 bestand Hoffnung, dass meine Schwäger Dohnanyi und Dietrich B. gerettet werden könnten, da dem Gericht die Beweise fehlten. (Frau v. Dohnanyi war nach 4 Wochen wieder entlassen worden, ohne das Geringste preisgegeben zu haben). Nach dem missglückten Attentat aber ging eine Treibjagd auf entferntest Beteiligte an, Material wurde, vielfach durch Folter, gefunden, kleinste Belastungen wie "Mitwissen und Nichtanzeige" genugten für Todesurteile: ein Sonderreferent (Dr. Franzki, Staatsanwalt am Volksgerichtshof) hatte nur die "Schade-sager" - (die Verbrecher, die nach dem missglückten Attentat "schade" gesagt hatten, und denunziert worden waren), zu bearbeiten. Franzki kämpfte ehrlich um jede Seele gegen den Bluthund Freisler, gab auch mir die wertvollsten Ratschläge, das Verfahren meines Mannes hinaussuzögern. Aber auch die "Schade-sager" erhielten von Herrn Freisler zu 90% das Todesurteil. Trotzdem kämpften wir mit al-

- allen Mitteln um - nun auch meinen Mann, seinen Schwager Professor
Rüdiger Schleicher und meinen Bruder Justus Delbrück. - Letztlich
ist keiner gerettet worden. -

Über das letzte misslungene Attentat dachte mein Mann ohne Vor-
wurf. Er kannte Stauffenberg und achtete ihn hoch. Er sagte mir:
nach menschlicher Berechnung konnte es nicht schief gehen. Dass die
Bombe in einer Holzbarocke soviel geringere Wirkung haben würde,
konnte man nicht berechnen. Stauffenberg war einarmig und konnte
nicht mit dem Revolver schießen. Den Vorwurf, den man heute so
häufig hört, dass Stauffenberg sich selbst dabei hätte opfern müs-
sen, lehnte mein Mann ganz ab. "Wer ist je auf den Gedanken gekom-
men, dass Wilhelm Tell sich selbst hätte opfern müssen!" Außerdem
war Stauffenberg unentbehrlich in Berlin. Er hatte alle Zügel in
der Hand. - Dass ein so wichtiger Mann gleichzeitig den Mord überneh-
men musste, lag daran, dass der Kreis von Leuten, die überhaupt an
Hitler herankamen, ein ganz kleiner war. Darunter war niemand außer
Stauffenberg, der in Betracht kam. -

Im August 1944, kurz vor der Verhaftung meines Bruders Justus,
sah ich mit diesem während eines Fliegerausfluges in unserem Keller.
"Kannst Du nun auch in diesen Missglücken dieses Attentats einen Sinn
sehen?" fragte ich ihn. "Das ist doch eigentlich nicht so sehr schwer"
erwiderte er in seiner langsamen Weise. "Dass es gescheit wurde, war
gut. Und dass es missglückte, war wohl auch gut. -" Er war ein from-
mer Mann, und sein "gut" war wohl im Sinne eines Gedächtnisses zu verstehen,
das bald danach von Hand zu Hand ging, ohne dass der Verfasser mir
bekannt geworden ist. -

Als am 8. April 1945 die deutsche Wehrmacht kapitulierte, machte mein
Gepriener das Schrecknis dieser Tage:
"Gott sei mit Dir, Schmach! Gesegnet seist Du, Gram!
Ruhm sei den Brennenden der späten Scham,
und den unersättlichen Niederlagen!"

Verzweifelter, bezwinge Deine Frage:
aus welcher Vollmacht Gott die Geißel nahm:
Es schlägt kein Schlag die freie Seele lahm,
und jeder ist gleich einem Glockenschlage!

Schilt die Tribunen nicht; ihr Amt ist eckig,
und übt sie mit hundertfachen Lagen,
und mit vertauschten Bluteschneidern
die haben ihre Schicksal und ihr Recht: denn wir
das stürzte Brüderlich fruchtbar fruchtbar
Wir aber wollen den Herrn der Erde danken!

Die vom Jahr 1944 bestand Holmann, dass seine Schwägerin Johanna
und Friedrich E. gerettet werden könnten, da dem Gericht die Beweise
fehlten. (Friedrich v. Holmann war nach 4 Wochen wieder entlassen worden,
ohne das Gerichte protokolliert zu haben). Nach dem misslungenen
Attentat überging eine Freispruch auf einseitige Befehle an,
materiell wurde, vielfach durch Folter, getöteten, Misshandlungen
wie "Mitschneiden des Kehlkopfes", "Kneifen des Kehlkopfes", "Kneifen des
Halses" (Dr. Frankl, Staatsanwalt am Volksgerichtshof) hatte nur
der Freispruch (die Verurteilung, die nach dem misslungenen Atten-
tat "Schade-mager" - "Schade-mager" - "Schade-mager" - "Schade-mager"
hat "schade" gesagt hatten, und dominiert worden waren), zu bezeich-
nen. Frankl kämpfte dafür um jede Seele gegen den blutigen Freis-
pruch, das noch die weitverbreiteten Befehle, die Verurteilung meines
Mannes Holmann waren. Aber auch die "Schade-mager" erhielten von
Herrn Freier zu 30% des Lebenszeit. Trotzdem kämpften wir mit

12

Nicht umsonst nur Mitläuferin

Frau Schirach abgewiesen — Keine einstweilige Verfügung gegen einen Münchener Journalisten

München, 12. Mai

Eine Zivilkammer des Landgerichts München hat es am Mittwoch abgelehnt, eine einstweilige Verfügung gegen einen Münchener Journalisten zu erlassen, der das Vorhaben der geschiedenen Frau Baldur von Schirach, einen Film über den 20. Juli 1944 zu

Der Film, der unter dem Titel „Stichwort Walküre“ in das Titelregister der freiwilligen Selbstkontrolle eingetragen worden ist, soll nach Darstellung von Frau Hoffmann allgemein das Thema des Widerstandes gegen die Diktatur behandeln und nur mit Zustimmung der Überlebenden oder Hinterbliebenen des 20. Juli gedreht werden. Frau Hoffmann, die Tochter des ehemaligen „Leibphotographen“ Hitlers, ist Inhaberin eines Verleihs für französische Filme.

Zur Geschichte des deutschen Widerstandes

In einem dieser Tage erschienenen Buche äußert sich Dr. Rudolf Pechel zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Obwohl er mich in scharfer Weise angreift, ersehe ich mit Genugtuung, daß er an der Schilderung der Personen und Tatsachen, wie ich sie in meinen zwei Bänden gebe, nur an zwei Stellen Kritik oder Ergänzung vorzubringen weiß. Erstens beanstandet er — allerdings ohne seinerseits Material beizubringen — meine Darstellung der Person Stauffenbergs. Pechel hat Stauffenberg nie gesehen, ein persönliches Urteil über dessen physische und psychische Wandlungen nach seiner schweren Verwundung und unter dem Eindruck der drohenden Katastrophe im Osten kann er nicht abgeben. Im übrigen werden weder Pechel noch ich, sondern erst die Historiker ein abschließendes Urteil fällen.

Zweitens wirft mir Pechel vor, einen großangelegten Umsturzversuch um die Jahreswende 1941/42 nicht erwähnt zu haben, an dem er maßgeblich beteiligt sein will. Dieser Plan, von dem Pechel selber sagt, daß er „den Außenstehenden vielleicht phantastisch anmutet“, bestand ihm zufolge darin, daß Feldmarschall „Witzleben mit zuverlässigen Truppen Frankreich verlassen und beim Betreten deutschen Bodens durch eine Proklamation an das deutsche Volk die vollziehende Gewalt übernehmen sollte... Man konnte neben der Unterstützung der Hauptbefehlshaber der Ostarmee und der im Reich stehenden Truppen damit rechnen, daß die Engländer und Amerikaner bis zur Entscheidung über diesen Versuch keine kriegerischen Handlungen großen Ausmaßes gegen die Westfront führen würden. Zu gleicher Zeit sollte ein Attentat gegen Hitler erfolgen“.

Es wäre zu begrüßen gewesen, wenn sich Pechel ein wenig konkreter ausgedrückt hätte. Nach allem, was wir bisher von Hitlers Feldmarschällen gehört haben, sollte er uns wenigstens mitteilen, welche Hauptbefehlshaber im Osten zum Putsch bereit waren. Meinerseits habe ich unter Angabe exakter Einzelheiten dargelegt, wie selbst im Augenblick der Stalingrad-Katastrophe von sämtlichen Gruppen- und Armeeführern im Osten lediglich einer — Kluge — vorübergehend mit dem Gedanken eines Absprungs spielte, während die anderen stur zu Hitler hielten. Ebenso wenig kann die lapidare Kürze befriedigen, daß „zu gleicher Zeit“ ein Attentat „erfolgen sollte“. Pechel diskreditiert alle jene mutigen Männer, die jemals ernsthaft einen Attentatsversuch unternommen haben, wenn er ohne jede Angabe von Namen oder näheren Umständen einfach als selbstverständlich unterstellt, damals sei ein Attentat auf Kommando möglich gewesen.

Weder Hassell noch Schlabrendorff noch irgendein anderer weiß von dieser Unternehmung zu berichten. Ich selber kann bezeugen, daß Witzleben über die Unsubstantiiertheit dieser ihm über-

mittelten Vorschläge so empört war, daß er mit Goerdeler jede persönliche Beziehung abbrach. Denn Witzleben verfügte damals über kein einziges aktionsfähiges Panzerregiment. Seine Landsturm-einheiten waren über ganz Frankreich verteilt. Die einzigen kampfbereiten Truppen, die sich „zur Erholung“ in der Nähe von Paris aufhielten — waren zwei gutausgerüstete Divisionen der Waffen-S. S. (Ein kurzer Blick auf die heute in den Händen der Siegermächte befindlichen militärischen Lagekarten wird diese Angaben bestätigen.) Angesichts dieses Sachverhalts bedurfte es keiner besonderen Hervorhebung dieses Zwischenspiels, ebensowenig der ungezählten ähnlichen, durchaus ehrlich gemeinten Versuche am unauglichen Objekt.

Als ich damals hörte, Pechel suche sich gemeinsam mit dem bekannten Herrn v. Alvensleben einzuschalten, habe ich Goerdeler gewarnt: „Mit dem Herrenklub hat es angefangen und nun soll es auch mit dem Herrenklub enden.“ Ich kannte Pechel und seinen Freundeskreis seit meinen Studenten-jahren, wo ich durch die politische Schule der von ihm so behutsam geschilderten Moltstraße 22 ging. Wie viele meiner Altersgenossen war ich zeitweise von den dort gebotenen geistreichen Formulierungen fasziniert; aber bereits als Fünfundzwanzig-jähriger trennte ich mich von diesen Gruppen, und seit langem weiß ich, daß ihr geistiger Ahnherr, Möller von dem Bruck, wahrhaftig nicht nur der Erfinder des bloßen Namens vom „Dritten Reich“ gewesen ist, wie es Pechel darstellt. Man lese in seiner eigenen Zeitschrift (März 1933) nach, welchen entscheidenden Anteil an dem Umsturz von 1933 sein Freund Edgar Jung in Anspruch nimmt.

Wenn Pechel mir unsere alten politischen Differenzen verübelt, so wundert das mich nicht. Un-erklärlich ist mir aber, daß er sich zu unqualifizierbaren persönlichen Angriffen hinreißen läßt. Er scheint von der Meinung auszugehen, daß Männer, die politisch verschiedene Wege gehen, auch persönlich im Streit liegen müssen; denn auch meine Beziehungen zum Kreisauer Kreis, beispielsweise zum Grafen Helmut Moltke oder Grafen Yorck, versucht er aufs persönliche Gebiet hinüberzuspielen. (Den Teil meines Buches, der vom Kreisauer Kreis abhandelt, habe ich vor Erscheinen mit der Gräfin Freya Moltke durchgesprochen!) Ich werde Pechel mit dieser Methode nicht folgen und auf seine allgemeinen Werturteile überhaupt nicht eingehen. Ich werde ihm nur dort erwidern, wo er ausgesprochen unrichtige Behauptungen aufstellt.

1. Unrichtig ist, ich sei in der Gestapo „verblieben“, trotzdem er das Wesen der Mörderzentrale schnell ganz erkannt hatte, auch nach dem 30. Juni 1934, der ihm nahestehende Männer wie Edgar Jung, dem er viel verdankte, zu Todesopfern seiner Kollegen machte. Wahr ist, daß ich nach meiner im August 1933 erfolgten Einweisung in die Gestapo kaum drei Monate später aus dem amtlichen

Dienst entfernt, anschließend zum Leipziger Prozeß abgeordnet und mit Jahresende völlig entlassen wurde. Mein nunmehr im Innenministerium einsetzender Kampf gegen die Gestapo und die zum 30. Juni führende Entwicklung, vor allem auch gegen die Exzesse dieses Tages, war so bekannt, daß der damalige Reichsinnenminister Frick mich nach Nürnberg als Entlastungszeugen vorlud, wo ich freilich aus seiner Mitschuld kein Hehl gemacht habe.

2. Derselbe Pechel, der von sich sagt, „ich lege die Maske ab, unter der allein ich meine Widerstandsarbeit habe leisten können“, wirft mir vor, ich hätte „mitgemacht“. Im Gegensatz zu sämtlichen Beamten, die er rühmend in seinem Buche erwähnt, bin ich der einzige, der niemals im Dritten Reich eine Beförderung angenommen hat. Ich habe mich auch nicht nach Zürich „in Sicherheit“ begeben, sondern bin in allen kritischen Augenblicken pünktlich in Berlin gewesen. Unwahr ist auch die Behauptung, ich hätte „verfügungsberechtigt über die unerschöpflichen und unkontrollierten Gelder der Abwehr einen guten Tag gelebt“. Ich bin niemals, auch nicht zeit- oder teilweise, verfügungsberechtigt über die — im Gegensatz zu den Geldern des S.D. scharf kontrollierten — Gelder der Abwehr gewesen.

3. Gegen die Beziehungen anderer Mitglieder der Widerstandsbewegung zur Gegenseite hat Pechel nichts einzuwenden, beispielsweise Trott zu Solz oder Schulze-Bytesen, die beide nicht ihr „Naziant“ aufgaben. Mir selber wirft er dieses vor, um mit deutlicher Anspielung hinzuzufügen, „im Nürnberger Prozeß wurde bezeichnenderweise eine Frage der Anwälte nach der Art dieser Beziehungen nicht zugelassen“. Diese Behauptung ist unrichtig. Laut amtlichem Protokoll (englisch Seite 8470—72, deutsch Seite 8412 f.) wurde nicht nur die Frage, sondern ein ganzes Verhör hierüber zugelassen, das der vernehmende Anwalt mit der Feststellung beendete: „Ich habe an den Zeugen keine weitere Frage zu richten.“

4. Unrichtig ist die Behauptung, ich hätte der Abwehr auch nach der Übernahme durch Kaltenbrunner „wertvolle Dienste“ geleistet. Nachdem Kaltenbrunner die Abwehr übernommen hatte, habe ich sämtliche dienstlichen Beziehungen zu dieser abgebrochen und lediglich auf wiederholte dringende Interventionen des — von Pechel lobend erwähnten — neuen Abwehrchefs Hansen den offenen Bruch unterlassen, um nicht meine unter Anklage stehenden Freunde zu gefährden. Bekannt-

lich habe ich Kaltenbrunner in Nürnberg besonders schwer belastet. Drei Tage lang habe ich ihm Auge in Auge gegenübergesessen, ohne daß er während des Verhörs, Kreuzverhörs und Schlußverhörs irgend etwas zu erwidern gewußt hätte. Und dann will Pechel mich der Zusammenarbeit mit diesem unheilvollen Mann verdächtigen!

5. Unrichtig ist schließlich die Behauptung, der Graf Helldorf sei mein „Duzbruder“ gewesen. Ich habe Helldorf stets richtig einzuschätzen gewußt und mich deshalb scharf dagegen gewandt, als die Grafen Stauffenberg und Fritz v. der Schulenburg den Berliner Polizeipräsidenten vorübergehend zum Chef der Ordnungspolizei befördern wollten. Nur war ich loyal genug, dieses Helldorff offen ins Gesicht zu sagen (Bd. II S. 357), während viele diese Auseinandersetzung auf später verschieben wollten. Andererseits kann auch Pechel nicht ableugnen, daß Helldorff bereits seit 1938 zum aktiven Widerstandskreis gehörte, und er nennt es meine „eigentliche Aufgabe“, zu ihm und dem Reichskriminaldirektor Nebe Verbindung zu halten. Was letzteren betrifft, mag Pechel meine freundschaftlichen Beziehungen zu ihm getrost „am aufschlußreichsten“ halten. Nebe befand sich von allen Männern des Widerstandskreises zweifelsohne in der menschlich schwierigsten Situation. Oster, Beck, Goerdeler und viele andere haben ihn ungemein geschätzt, Schlabrendorff erwähnt diesen nach qualvollen Folterungen am Galgen gestorbenen Mann in seinem Buche auf Grund persönlicher Eindrücke mit besonderer Hochachtung.

Abschließend bedaure ich diesen Austrag einer innerdeutschen Fehde vor einem ausländischen Forum. Man kann über die Männer und Aktionen der deutschen Widerstandsbewegung in guten Treuen verschiedener Meinung sein, und noch lange wird es dauern, bis die Geschichte die richtigen Relationen herstellt. Deshalb habe ich es für richtig gehalten, meinerseits nur das zu sagen, was ich selber erlebt habe, wobei die schärfste Kritik meine tatsächlichen Angaben bis heute nicht widerlegt hat. Wo Gegensätze bestanden, habe ich mich bemüht, diese sachlich aufzuzeigen und mir stets bewußt zu bleiben, daß die meisten jener Rivalitäten und Unstimmigkeiten, wie sie in jeder Untergrundbewegung vorkommen, überholt wurden, weil der Tod versöhnend dazwischen trat. In dieser Haltung werde ich mich nicht beirren lassen, auch wenn ich wegen des Ausmaßes der Pechelschen Anwürfe auf eine unerläßliche Richtigstellung dringen muß.

Hans Bernd Gisevius

Streng vertraulich! Rein zur Information, keinesfalls schon publizieren!

Kürzlich durfte ich erfahren, daß langjährige Bemühungen darum, in Oslo für mich den Friedenspreis zu erwirken, sich jetzt zu konkretisieren scheinen. Von amerikanischer Seite, unterstützt von Holland und Schweden und von der Schweiz her, werden mein Freund Fritz von Unruh und ich gemeinsam für den nächsten oder übernächsten Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen. Die Kandidatur soll sich vorzugsweise stützen auf unsere schon vor 1933 geleistete Arbeit für Frieden und Freiheit, für Menschenrecht und Menschenwürde, jedoch auch auf unser literarisches und publizistisches Wirken in der Emigration. Sollte dieser, inzwischen wahrscheinlich in aller Form eingereichte Vorschlag 1947 oder 1948 durchdringen, würde ich darin vor allem eine Ehrung der gesamten deutschen Widerstandsbewegung sehen, zu deren literarischen Würdigung auch mein wiederauflebender Fackelreiter-Verlag mit beitragen soll. (Nochmals betont: Streng vertrauliche, rein private Information! Wäre es doch ungehörig, den Initiatoren vorzugreifen).

Walter Hammer

Eine Bitte:

Arbeitsüberlastung zwingt zu lapidarer Kasse. Bisher habe ich 35-40 Briefe an einer Tage bei der Post und laufe damit Gefahr, mich im Briefeschreiben zu erschöpfen. Ich muss mich wohl oder übel auf das Wesentlichste konzentrieren, um meiner eigentlichen beruflichen Aufgaben Herr werden zu können. Ich bitte, dafür Verständnis zu haben und mein Kurzangebundensein zu entschuldigen, es aber auf keinen Fall als Gleichgültigkeit oder sogar Missachtung zu deuten.

Walter Hammer

Bitte um Mitarbeit, Bericht und Vorschau an die Adresse aller ehemaligen Politischen Brandenburgs, Mai 1947.

Das Zuchthaus Brandenburg und seine Opfer.

Erste Pressenotiz, erschienen in vielen deutschen Zeitungen, September 46)

Ein umfangreiches Werk dieses Titels ist als ein Stück „Geschichtsschreibung der ersten Stunde“ im Entstehen begriffen. Es ist in erster Linie als ein literarisches Ehrenmal für die in Brandenburg hingerichteten Hitlergegner gedacht, soll aber auch in äusserster historischer Genauigkeit jener ungesunden Legendenbildung steuern, welche die schon verblässende Erinnerung an tatsächlich Geschehenes zu überwuchern droht. Die schwierige Aufgabe ist ohne Mithilfe aller Eingeweihten nicht zu lösen, da beinahe alle Urkunden, auf die man früher in solchen Fällen fassen konnte, vernichtet wurden und die meisten Augenzeugen in alle Winde verstreut sind. Dokumente und Aufzeichnungen jeglicher Art können das begonnene Werk fördern. Besonders willkommen sind, wenn auch bloss notizenhafte Hinweise auf historisch bemerkenswerte Vorfälle im Zuchthausleben Brandenburgs, vorzugsweise von 1932-1945, Aufschlüsse auch über diejenigen ehemaligen Mitgefangenen, die noch nach der Befreiung beim Durchhasten der kämpfenden Fronten in Richtung auf Nauen am Wege liegen blieben und da schliesslich noch umkamen (immer noch werden einige 40-50 ehemalige politische Gefangene von besorgten Angehörigen vergebens gesucht). Namentlich den Hinterbliebenen der rund 1800 in Brandenburg aus politischen Motiven hingerichteten gilt dieser Ruf. Auch allen inzwischen glücklich heimgekehrten ehemaligen politischen Gefangenen, die um kurzen Postkartenbescheid gebeten werden über ihren neuen Wirkungskreis im Rahmen des deutschen Wiederaufbaus an die Adresse von: Walter Hammer, (2) Brandenburg/Havel, Kurstr. 21. Um aber Missverständnissen von vorneherein zu begegnen, sei betont, dass es sich um ein selbstständiges, wissenschaftliches und literarisches Werk rein privaten Charakters handelt und dass die verfügbare Kraft daher begrenzt ist, weshalb briefliche Auskunftserteilung leider nur bei ausserordentlich wichtigen Fragen im Bereich des Möglichen liegt.

Die bisherigen Forschungsergebnisse.

Zeitgeschichtliche Dokumente sind heute wichtiger als früher. Zu Grossvaters Zeiten brauchte man es mit der Geschichtsschreibung nicht eilig zu haben, denn in Briefen und Akten fand man alles nötige Material beisammen, man brauchte nur zuzugreifen und konnte dann aus dem Vollen schöpfen. Ja, man war sogar darauf bedacht, Distanz zu gewinnen, Abstand von der Ereignissen, wodurch das Nebensächliche verdientermassen in Vergessenheit geriet. Diesmal jedoch, nachdem Akten und Bücher, Briefe und Urkunden verbrannt und viele wichtige Zeugen umgekommen oder sonstwie nicht mehr erreichbar sind, können die Erinnerungen an die tausendjährige Finsternis nicht früh genug festgehalten werden, zumal in den Zeiten des Hitlerterrors nur wenige den Mut aufgebracht haben, wichtige Notizen zu machen, Namen und Daten aufzubewahren.

Gelang es auch im Sommer 45, aus dem wilden Gerümpel des Zuchthaus Brandenburg wenigstens noch eine vollständige Zugangsliste zusammenzustellen, die mittlerweile in den Händen der Kriminalpolizei unschätzbare Dienste geleistet hat, namentlich bei der Entlarvung krimineller Gauner, die sich politisch zu tarnen versucht hatten, so war es doch nötig, auch brieflich und mündlich breite Grundlagen für eine einwandfreie Geschichtsschreibung zu schaffen. Nebenher gelang es derart auch, über das Schicksal von weit über 100 noch vermisst Gewesenen Klarheit zu schaffen und auch den Behörden der Justiz um der Gerechtigkeit willen mit vielen brauchbaren Aufschlüssen, auch anregend und bremsend, beizuspringen. Nur mit Hilfe von nicht weniger als 2316 Briefen, die bis Mitte April 47 hinausgingen, und mit unzähligen mündlichen Nachfragen und Nachforschungen an Ort und Stelle, war es dem Chronisten möglich, das Bild des tatsächlich Geschehenen allmählich abzurunden, wobei

auch noch berücksichtigt werden muss, dass jedem Einzelnen immer nur ein enger Kreis für seine persönlichen Beobachtungen zur Verfügung stand - das lag nun einmal in der Natur unserer Kerkerhaft in einem mit Hunderten von Türen und Gittern verschlossenem Bau.

Nicht durchweg hat man Wert und Bedeutung dieser Geschichtsschreibung auf den ersten Blick gebührend zu ermessen gewusst, wobei vielfach sicher auch Arbeitsüberlastung hindernd im Wege gestanden haben mag. Aber umso erfreulicher und dankenswerter ist die Unterstützung zu vermerken, die der schwierigen Aufgabe von anderer Seite her sogleich zuteil wurde. Sicher wird auch der vorliegende Appell an die Hilfsbereitschaft nicht ohne Erfolg bleiben, sondern zu baldiger Klarstellung auch noch der letzten Zweifel beitragen. Wer zu solcher Mitarbeit bereit und imstande ist, möge einen ziemlich erschöpfenden Ueberblick über mehr als Hundert noch zu klärende Fragen anfordern. Er steht allerdings nur in sehr wenigen Schreibmaschinen-Durchschlüssen zur Verfügung und kann deshalb nur an wirkliche Interessenten abgegeben werden.

Etliche Wochen werden immer noch mit der Materialsammlung draufgehen. Wenn dann von allen wichtigen Vorgängen mehrere Versionen vorliegen, wird es sich darum handeln, alles miteinander in Einklang zu bringen und das Wesentliche herauszukristallisieren. Dem eigentlichen literarischen Teil des Werkes soll soweit wie nur möglich auch noch eine Dokumentensammlung beigegeben werden: Letzte Briefe, Gedichte, Kundgebungen und dergl. Vielleicht gelingt es noch in diesem Jahre, der Papiernot und der anderen technischen Schwierigkeiten Herr zu werden und zunächst einmal wenigstens mit einer vorläufigen Notausgabe des Brandenburg-Buches herauszukommen. Ueber den Rahmen, in dem das Werk erscheinen wird, folgen hierunter noch einige Informationen. Bevorzugt beliefert werden sollen zunächst die Hinterbliebenen unserer Hingerichteten, ferner Bibliotheken und Behörden.

Der Opfergang.

Vomöglich noch Ende 1947 beginnt unter diesem Titel im wiederauflebenden Fackelreiter-Verlag eine „Bibliothek zeitgeschichtlicher Dokumente“ im Umfang von je 250-300 Seiten zu erscheinen, deren erster Band das vorerwähnte Brandenburg-Buch sein wird. Ungefähr gleichzeitig soll auch schon als zweites Werk in dieser Reihe ein ähnlich aufgezogener Buch über Sachsenhausen herauskommen, welches von Karl Raddatz und Dr. Arnold Weiss-Rüthel bearbeitet wird. Wer glaubt, über Sachsenhausen noch etwas Wesentliches beitragen zu können - Adressen, Zeitungsausschnitte, Dokumente -, möge sich vertrauensvoll unmittelbar an die beiden Autoren wenden, die für jegliche Unterstützung dankbar sind: Karl Raddatz, Berlin C2, Neue Schönhauserstr. 3; Dr. Arnold Weiss-Rüthel (13b) Soyen bei Wasserburg am Inn. Als dritter Band ist ein Werk über Blötzensee vorgesehen, dessen Bearbeitung Dr. Harald Pölchau grundsätzlich übernommen hat, doch sind die erhalten gebliebenen Unterlagen zunächst noch so dürftig, dass der Gestaltung dieses Werkes noch viele mühsamen und zeitraubenden Quellenstudien und die Wiederentdeckung weiterer noch verschollener Akten vorausgehen müssen. Brauchbare Fingerzeige gehen an die Adresse: Dr. Harald Pölchau, Berlin N, Afrikanische Str. 140b. Im Jahre 1948 sollen sich noch anschließen Werke über Fuhlsbüttel, Neuengamme und Börgermoor/Esterwegen. Da der von Anfang an überparteilich aber entschieden pazifistisch und radikal-demokratisch eingestellt gewesene Fackelreiter-Verlag, der vor seiner Vernichtung im Jahre 1933 seine Geschäftsstellen in Hamburg, Berlin und Leipzig hatte, seinen zukünftigen festen Sitz noch nicht angeben kann, gehen die für ihn bestimmten Briefschaften vorläufig an die Adresse von: Walter Hammer, (2) Brandenburg/Havel, Kurstr. 21, der sich also neben seiner Geschichtsschreibung gleichzeitig auch noch um den Wiederaufbau seines von den Nazis zugrundegerichteten Verlages bemüht.

FEUILLETON

Historiker und Soziologen trafen sich

Erforschung des Gewissens – zwölf Jahre europäischer Geschichte in der Diskussion

Vom 22. bis 25. Mai hielt das Institut für Zeitgeschichte in München in den Räumen der Evangelischen Akademie im Tutzingen Schloß am Starnberger See seine erste große internationale Tagung ab. Historiker, Soziologen und Professoren für politische Wissenschaft aus Deutschland und zahlreichen europäischen Ländern und den USA erörterten gemeinsam einige der brennendsten Probleme unserer zeitgeschichtlichen Forschung.

Eigenbericht der WELT

Tutzing, Ende Mai

Wir konnten vieles nicht glauben und das andere nicht verstehen, so beantwortete ein amerikanischer Historiker, Professor Chester V. Easum von der Universität Wisconsin, derzeit amerikanischer Kulturattaché in Deutschland, die Frage, weshalb man in Amerika erst verhältnismäßig spät das wahre Wesen oder besser Unwesen Hitlers voll erkannt habe. Und ein Emigrant der Hitlerzeit, Dr. Robert Wiener, der Schöpfer der „Wiener Library“, eines Dokumentationszentrums zur Geschichte der Hitlerischen Ära, erzählte in der gleichen Diskussion über die Mitverantwortung der westlichen Welt an der Ausbreitung des Nationalsozialismus, daß ihm 1938 auf einer Reise nach Basel ein katholischer Ordensgeistlicher die Frage vorgelegt habe, wie man wohl nach fünfzig Jahren die Zeit bezeichnen würde, die sie damals durchlebten. Dr. Wiener erwiderte ihm 1938, man würde sie „die Rache der Zehn Gebote“ nennen können.

Diese beiden Aphorismen kennzeichnen vorzüglich das Spannungsfeld und das historische Gesetz, unter denen die erste internationale Tagung des vor rund sieben Jahren gegründeten deutschen Institutes für Zeitgeschichte in Tutzing am Starnberger See stand. Vielleicht ist kaum ein Ort geeigneter für eine zeitgeschichtliche Tagung als das einstige Schloß der ausgestorbenen Grafen v. Vitzthum in Tutzing, das heute die evangelische Akademie Bayerns beherbergt. Nicht weit entfernt des Schlosses de Villa Ludendorffs, wo seine Witwe lebt, wo die Nachfolgeorganisation des Tannenberg-Bundes, der „Bund für Totenerkenntnis“ haust, einer jener pseudoreligiös-nationalistischen Bünde, die in der Zeit deutscher Geistesverwirrung eine so fatale Rolle spielten. General Ludendorff zählte einmal zu den ersten Bundesgenossen Hitlers, bis sie sich über dem Welterlösungsanspruch erstritten. Nördlich von Tutzing liegt Schloß Ossenhofen, Heimat der schönsten und tragischsten Kaiserin von Österreich, der Prinzessin Elisabeth in Bayern. Und gegenüber von Possenhofen liegt auf dem anderen Seeufer Schloß Berg, von wo aus Bayerns letzter absoluter König, Ludwig II., in geistiger Umarmung den Tod im Starnberger See suchte, als man ihn der Macht entkleidet hatte.

Vier heiße Themen

Weht hier noch der Atem der großen Geschichte der sinkenden Dynastien des alten Europas, deren Sturz erst das Heraufkommen Hitlers, des Führers der entwurzelten Massen, ermöglichte, so stand in Tutzing unsere jüngste, dunkle Geschichte wieder auf. Unter den etwa fünfzig Gelehrten und hohen Beamten, die sich hier versammelt hatten, befanden sich neben dem Kurator des Instituts für Zeitgeschichte, Ministerialdirektor Prof. Dr. Hübinger vom Bundesinnenministerium und verschiedenen Mitgliedern des Kuratoriums, vor allem den Vertretern der Länder, die deutschen Mitarbeiter des Institutes, an der Spitze dessen Generalsekretär Dr. Paul Kieck, und die Leiter verschiedener, ähnlicher Institute für moderne und zeitgenössische Geschichte, für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges oder der nationalen Befreiungsbewegungen aus Frankreich, Italien, Österreich und Holland sowie Historiker aus verschiedenen europäischen Ländern, deren Arbeitsgebiet die neueste Geschichte bildet.

Es mochte zunächst als ein Wagnis erscheinen, solcher Konferenz, auch wenn

sie aus Gelehrten bestand, vier der heißesten Themen der Zeitgeschichte als Arbeitsaufgabe zu stellen, in denen sich noch heute Politik und Geschichte durchdringen: „Die Rolle des Heeres im totalitären Staat“ — „Die europäischen Staaten und der Aufstieg des Dritten Reiches 1933–1939“ — „Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Expansion“ — „Zwischen Kollaboration und Résistance“.

In einem Einführungsvortrag, der reich an glänzenden, bisweilen sehr eigenwilligen Formulierungen war, der am Schluß auch deutlich zeigte, wie schwer es selbst dem Forscher wird, eigene politische Erinnerungen und Urteile aus politisch bewegter Zeit zu zügeln, umriß Prof. Dr. Theodor Eschenburg (Tübingen), Mitglied des Kuratoriums des Münchner Institutes, die Rolle der Demokratie in Europa nach dem Ersten Weltkrieg. Es ist ja eine noch viel zu wenig allgemein gewürdigte Tatsache, die noch eingeordnet und bewältigt sein will, daß der Nationalsozialismus und der Faschismus kein europäisches Land unberührt ließen.

„Landesverrat“

Jedes Land, das in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen wurde, hatte seine faschistische Minderheit von aufrichtigen oder opportunistischen Kollaborateuren, von Frankreich und Skandinavien bis Rußland und Griechenland. Wenn in den Monaten des Unterganges des Dritten Reiches wallonische, flämische und französische SS-Verbände Pommern und Berlin gegen die Sowjets verteidigten, so enthielt sich hier die Tragödie sowohl des europäischen Soldatenums wie des europäischen Antifaschismus, die beide von Hitler pervertiert wurden. Schließlich eroberte der Kommunismus einen Großteil der west-, süd- oder südosteuropäischen Partisanenbewegungen gegen Hitler, in stetem Widerstreit mit „weißen“, nationalen, ordnungsliebenden Partisanen, und trug damit ein ganz neues, bis heute unheilvoll nachwirkendes Element in die europäische Politik — wieder dank der Rolle Hitlers, der alle Dämme zerbrochen hatte. Diese Tatsache ist offensichtlich gerade in den nordwest- und nordosteuropäischen Ländern mit einer Widerstandsbewegung bislang nicht immer deutlich genug realisiert worden. Das zeigte der Vortrag des Holländers Dr. L. de Jong vom Amsterdamer „Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie“. Der historische Begriff des „Landesverrates“ reicht nicht aus, um die Beweggründe vieler europäischer Kollaborateure zu erklären. Sie glaubten durchaus, ihrem Lande zu dienen, wenn sie sich zu einem neuen „Ordnungssystem“ bekannten.

Überraschende Einigkeit bestand unter den Teilnehmern der Konferenz darüber, daß die Schwäche der Nachkriegsdemokratie in den Jahrzehnten zwischen 1918 und 1933 zwangsläufig zum Entstehen totalitärer Voll-Diktaturen oder militärischer „Schutzdiktaturen“ (Prof. Eschenburg) in Mittel- und Ostmitteleuropa führte. Eine überraschende und begrüßenswerte Einmütigkeit bestand auch in der Erkenntnis, daß Schwäche, Zerrissenheit und Gutgläubigkeit der westlichen Mächte viel zur Ausbreitung des Hitlerismus beitrugen. Hier bestanden Prof. Andrieri (Padua) und Professor Duroselle (Paris) das Haupt- und das Korreferat.

Prof. Georges Castellan (Paris), Autor einer Arbeit über die geheime deutsche Aufrüstung bis 1935, sprach über die Rolle der Armee im totalitären Staat, indem er die deutsche und die sowjet-russische Wehrmacht verglich. Eine sehr wirkungsvolle Ergänzung ergab dazu das

Korreferat von Dr. Thilo Vogelsang vom Institut für Zeitgeschichte, der unter Verwendung des Schleicherschen Nachlasses eine große Arbeit über Heer, Partei und Staat in Deutschland vorbereitet und eingehend die bedeutsame Rolle der Armee im faschistischen Italien wie in der polnischen „Schutzdiktatur“ Pilsudskis beleuchtete. Charakteristisch war dann, wie die Deutschen in der Diskussion dominierten und mit allem Ernst von neuem das Tagesproblem der Einordnung der neuen Armee in die Demokratie erörterten. Worüber ja merkwürdigerweise der Ursinn jeder bewaffneten Macht, die aktive Verteidigung, bei uns ganz in den Hintergrund tritt.

Hielten sich hier die ausländischen Gäste zurück, so kreuzten der Engländer Prof. J. Joll (Oxford) und der Franzose Henri Michel, vom „Historischen Komitee für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges“ die Klänge über der Erörterung der nationalsozialistischen Expansion, erläutert am Beispiel Frankreichs. Prof. Joll legte sehr klar die Existenz eines sehr verschieden gearteten und formulierten französischen Kollaborationswillens mit dem Hitlerreich dar, der freilich an Hitlers Mißtrauen und Verständnislosigkeit scheiterte. Prof. Michel lieferte ein glanzvolles, aber nicht immer wohlbegündetes Plädoyer zugunsten der französischen „Résistance“ nationaler wie kommunistischer Richtung und bestritt mit mehr Brillanz als Berechtigung das Vorhandensein wirklicher politischer Kollaboration. Er suchte sie im wesentlichen als wirtschaftlichen oder bürokratischen Opportunismus oder als eine Angelegenheit einzelner politischer Desperados zu definieren. Ebenso scharfsinnig wie taktvoll gab Dr. Kluke (Institut für Zeitgeschichte) im Korreferat dazu Erläuterungen hinsichtlich des weit verbreiteten Unbehagens über die versagende Demokratie in Europa. Seine Ausführungen bewiesen, wie die Deutschen, die selbst durch das ärgste Fegefeuer gegangen sind, hier jenseits aller nationalen Überheblichkeit heute den Weg zu gemeinsamer Erkenntnis ebnen können.

Unbewältigt ist, wie das schon erwähnte Referat des Holländers de Jong über „Kollaboration und Widerstand“ zeigte, noch das schwierigste Problem, die richtige Einschätzung des ganz Europa, wenn man so will, auch Deutschland selbst, erfassenden „Partisanenkrieges“. Mitten in dem noch nationalstatischen Machstreben entsprungenen Zweiten Weltkrieg wurde der nie voll ausgetragene „Weltbürgerkrieg“ zwischen Kommunismus und Antikommunismus auf Europa und mittelbar auch auf Amerika übertragen. Hier gab ein Österreicher, Prof. Matt (Graz), ein vorzüglicher Kenner der südosteuropäischen Probleme, Fingerzeige für die richtige Einordnung dieser noch heute entscheidenden Frage.

Unbewältigtes Erbe

Die Tagung schloß mit einem großangelegten Vortrag von Prof. Dr. Th. Litt (Bonn) über das „Selbstverständnis unseres Zeitalters“ und der Besichtigung einer Dokumentenausstellung zur Geschichte des Hitlerismus in den neuen Räumen des Institutes für Zeitgeschichte in München, die eindrucksvoll zeigte, wieviel wertvolle Arbeit hier in wenigen Jahren von einem kleinen Mitarbeiterstab in der Stille geleistet worden ist.

Es war eine reine „Arbeitstagung“. Aber wir möchten glauben, daß sie auf Grund der Begegnung so vieler europäischer Gelehrter, die auch bei Meinungsverschiedenheiten den akademischen Stil zu wahren wußten, ihre Früchte für die zukünftige gemeinsame Arbeit tragen wird. Hitler, Deutschlands Verhängnis, war gleichzeitig auch das Verhängnis des ganzen Abendlandes, und sein Erbe ist noch immer nicht bewältigt. Das zeigte gerade die mehrfach in der Diskussion berührte Tatsache, daß er nicht nur im Vorderen Orient, sondern auch in Europa, ungeachtet aller Vergehen gegen göttliches und menschliches Recht, noch immer in der Barbarosarolle eines „schlafenden Herrschers“ umgeht.

Walter Görlitz

A b s c h r i f t

aus "Deutsche Rundschau" Heft 5/6 von Mai/Juni 1947

Rudolf Pechel:

D a s W e s e n d e r d e u t s c h e n W i d e r s t a n d s b e w e g u n g

(aus dem Buch: Rudolf Pechel "Deutscher Widerstand" (Zürich-Erlenbach
Eugen Rentsch)

"Ich will sie nicht verderben um der sehn willen."

1. Mose 19,32

"Und nun, meine Herren, mit Gott vorwärts!"

Reichspräsident von Hindenburg am 30. Januar 1933

Der Kampf gegen Hitler war eine Menschheitsangelegenheit. Es war der Kampf gegen das böse Prinzip. Man mag, mit allen Waffen psychologischen und psychiatrischen Wissens ausgerüstet, noch so viele gescheite und weniger gescheite Theorien zur Erklärung der Person Hitlers und seiner Wirkung auf die Menschen aufstellen: es bleibt ein unerklärter Rest. Die Tatsache, dass eine bis in die letzten Wurzeln verderbte und - von dem krankhaft gesteigerten Willen, der ein Phänomen bleibt, abgesehen - unbedeutende Person befähigt war, die Ruhe der ganzen Welt zu stören und die Menschheit in ein Meer von Blut und Tränen zu stürzen, die Fundamente nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der moralischen Existenz des eigenen Volkes zu zerstören und ein auch nach seinem Sturze weiter wirkendes, schleichendes Gift zu verbreiten, blieb bisher unerklärt. Sie lässt sich nur ohne Rest begreifen, wenn man die letzte Konsequenz zieht und das Walten dämonischer, ja satanischer Kräfte anerkennt. Niemand steht dem Problem des Hitler und seines Nationalsozialismus hilfloser gegenüber als der reine Rationalist, und niemals kann die Menschheit von ihm eine erschöpfende Deutung oder gar die Verhinderung einer Wiederholung des Übels erhoffen. Der Schritt in das ungern betretene Reich des Dämonen muss gewagt werden.

Der Nationalsozialismus war die widerlichste Erscheinungsform einer Krankheit, welche die gesamte Menschheit ergriffen hat. Dass die ganze Menschheit gefährlich siech ist und sich in einer entscheidenden Krise befindet, darauf haben klare Geister wie der Spanier Ortega y Gasset, der Holländer Huizinga und der Deutsche Wilhelm Röpke immer wieder warnend hingewiesen. Die Tatsache, dass im 20. Jahrhundert die Versklavung eines ganzen Volkes möglich war, so dass Millionen von Menschen ein Dasein führten, das unter dem Status der Sklaven der Antike, ja selbst der Negerklaven lag, gehört zur psychologischen Krankheitsgeschichte der Menschheit. Es muss für sie und die Wurzeln dieser Menschheitserkrankung eine zureichende Erklärung gefunden werden, wenn nicht ein Keim des Wahnsinns zurückbleiben und das Gift weiter in dem kranken Leibe der Menschheit schwären soll, nachdem der gewaltige Bau, in dem es sich schrankenlos auswirken konnte, zerstört ist und es sein Wirkungsfeld in die Hirne und Herzen der Menschen verlegt hat - auch in die derjenigen, die gegen Hitler gekämpft haben. Aber das kann nicht die Aufgabe dieses Buches sein. Sie muss den bis in den Grund blickenden und in die Tiefe schürfenden besten Köpfen in allen Völkern vorbehalten bleiben. Jedoch der Versuch muss unternommen werden, das Geschehen in

Deutschland in Verbindung mit dem Weltgeschehen zu setzen. So muss auch die deutsche Widerstandsbewegung in den Gesamtzusammenhang der Résistance

gegen Hitler eingeordnet werden. Sie ist ein Teil des Kampfes gegen den Satan, aber sie trägt spezifisch deutsche Züge, die sie von jedem Widerstand in andern Völkern unterscheiden, sie aber zu gleicher Zeit in die brüderliche Gemeinschaft der Menschen guten Willens hineinsetzen.

Von vornherein war es klar, dass die Entwicklung in Deutschland ganz andere Formen des Widerstandes bedingte als in allen anderen von den Nazis überfallenen Ländern. In Hitler-Deutschland gab es keine Cevennen, keine Voralpen, keine undurchsichtigen Wälder, in denen sich bewaffnete Gruppen sammeln konnten, um als Partisanen aktiv in den Kampf einzugreifen. Das ganze Land war übersät von einem dichten Netz von Spitzeln, und Spione wohnten mindestens im Nachbarhaus, wenn nicht schon in der eigenen Wohnung. Alle Deutschen waren durch die seelenlose, alle erfassende Organisation registriert und wurden von ihr kontrolliert. Es kamen auch nach Deutschland keine englischen und amerikanischen Flugzeuge, welche die Kämpfer mit Waffen und Sprengstoff versorgten. Was aus den Flugzeugen über Deutschland abgeworfen wurde, gefährdete in gleicher Weise unser Leben wie das der Nationalsozialisten. Dieser Tatbestand verlangt einen Kampf im Dunkeln, wie er gegen jede Gewalt zunächst geführt werden muss, aber mit spezifischen Mitteln.

Ganz anders in Deutschland. Es waren nicht die schlechtesten Deutschen, die mit ihrem Gott und ihrem Gewissen rangen, ob sie berechtigt seien, das Blut des Tyrannen zu vergießen und eine Regierung zu stürzen die "legal" war und einen Krieg führte, dessen unglücklicher Ausgang das Reich zerstören und das Volk in namenloses Elend stürzen musste. Wer entging sie von der Pflicht, für das Vaterland zu arbeiten und zu kämpfen, wer von der Pflicht des geleisteten Eides? Das so viel missdeutete und völlig falsch verstandene Wort "Right or wrong - my country" hemmte die Ausführung des von ihren Herzen frei bejahten Entschlusses zum Widerstand. Das Wort Hoch- und Landesverrat klang hässlich in den eigenen Ohren - erst später wurde es zu einem auszeichnenden Begriff. Hier gab es nur einen Ausweg: sich klar zu werden, dass der Krieg ein Verbrechen und ein Sieg Hitlers ein viel schlimmeres Unglück als selbst die schwerste Niederlage bedeutet hätte, dass im Dienste eines höheren Herrn als dieser kleinen Figuren des Regimes der Kampf gegen das Böse oberstes Gebot sei und allen anderen Pflichten und Bindungen vorangehe, dass die Stimme des eigenen Gewissens lauter sei als irgendein Befehl der Macht - und dass es gegen tolle Hände nur ein Mittel gäbe: sie niederzuschossen. Wer sich bewusst geworden war, dass ein Mensch zu sein, eine höhere Ordnung bedeutete, als ein Deutscher zu sein, dessen Weg war klar.

Es musste auch eine spezifisch deutsche Eigenschaft in jedem Einzelnen überwunden werden: der Glaube an die unbedingte Gehorsamspflicht gegen jede Obrigkeit, der durch Jahrhunderte dem deutschen Volke aneignet und zur Knechtseligkeit des "Untertanen" entartet war. Die Berufung auf geleisteten Fahneneid war nur bei wenigen Soldaten eine feige Flucht vor der höheren Verantwortung, bei der Mehrzahl bedeutete sie echte Gewissensbedenken. Beispiele schreckten. Nur wenige Deutsche waren sich damals über den Charakter Hindenburgs klar, der dem "unbekannten Gefreiten des Weltkrieges" seine moralische Autorität lieh und in der grauenhaften Verblendung, die durch seine Umgebung bei dem überalterten Manne hervorgerufen war, die wohl furchtbarste Blasphemie der ganzen deutschen Geschichte aussprach, die wir diesem Kapitel vorausgesetzt haben, mit der er nach der Vereidigung des neuen Kabinetts Gottes Beistand für das Instrument des Satans anrief.

Wir wissen um die Gewissensnot der Männer des 20. Juli, die sich von den von Gott gesetzten Schranken des Fünften Gebots, von der Pflicht des Eides, der Vaterlandsliebe, der Pflicht gegen die eigenen,

Auf die psychologischen Voraussetzungen für die deutschen Freiheitskämpfer waren ganz andere als in den besetzten Ländern. Die Völker, über die der Nationalsozialismus mit Waffengewalt hereingebrochen war, hatten eine eindeutige, klare Front: gegen den Feind ihres Vaterlandes. Alle grossen Gefühle der Menschheit: die Liebe zum eigenen Volk, zur Freiheit, zur Gerechtigkeit, zur Humanität unterstützten und erhöhten das Gefühl der Pflicht, für das geschändete Vaterland zu kämpfen. Hier gab es keine Hemmung und keine Zwiespältigkeit durch die Religion oder das eigene Gewissen.

im Falle eines von ihnen geleisteten Widerstandes schwer bedrohten Angehörigen frei machen mussten, um bewusst die Verantwortung auf sich zu nehmen, gegen die allgemeingültigen Gesetze zu handeln, im Dienste eines höheren Rechts in Hoffnung auf Gottes Barmherzigkeit, der das Herz ansieht.

Wer von allen denen, die über alle Deutschen so leicht den Stab brechen, weiss denn von der Qual, sein Vaterland verloren zu haben und aus innerem Müss zu bekämpfen zu sollen? Stobäus überliefert einen Ausspruch des Pythagoras, den andere dem Philosophen Seneca zuschreiben, über das Verhalten eines Verbannten gegen sein Vaterland. Auf die Frage eines Verbannten nach der Stellung zum eigenen Vaterland, antwortete er, man müsse sich zu ihm verhalten wie zu seiner Mutter. Nun, nur ein Lump spricht schlecht von der eigenen Mutter und macht sich dadurch verächtlich. Wir liebten unser Vaterland nur um so mehr, als es sich in tödlicher Verstrickung befand, mussten aber den Gedankengang zu Ende denken. Die Mutter in Ehren! Wenn sie aber in Verblendung sich einen neuen Mann genommen hat, dessen ruchloses Verhalten dazuführen musste, dass die Mutter aus der grossen Familie der Menschheit ausgestossen würde, dann war es nicht nur Recht, sondern höchste Pflicht, alles zur Beseitigung dieses Mannes zu tun - aus Liebe zur Mutter!

Für diejenigen Deutschen, die nach dem Ausbruch des Dritten Reiches sich von Anfang an darüber klar waren, dass ein Kampf auf Tod und Leben nun zu führen wäre, sollte unser Volk vor dem Sturz in den tiefsten Abgrund, ja vor seiner physischen und seiner moralischen Vernichtung bewahrt bleiben, galt es zunächst, Inventur zu machen über das Wesen des Nationalsozialismus, von seinen Stärken und seinen Schwächen und über die Kräfte, die überhaupt zu einem wirksamen Widerstand fähig waren.

Ich darf mich zu denen zählen, die von Anfang an den bedingungslosen Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen haben. Uns war durch die Gründung der Harzburger Front klar geworden, dass der Verrat der deutschen Rechten am deutschen Volk unter Führung von Hugenberg und durch den Stahlhelmführer Seldte, hinter dem schon damals kein Stahlhelm mehr stand, unter Assistenz von Schacht und von Papen, den Lichthaltern bei dieser unnatürlichen Hochzeit, die Verblendung des deutschen Volkes so weit vorgeschritten war, dass es sich bereitfinden lassen könnte, einem Hitler zur Macht zu verhelfen. Daraus leite ich die Pflicht ab, jetzt Zeugnis abzulegen für die Männer, für die es nie ein Schwanken oder einen Zweifel über die einzunehmende Haltung gegeben hat.

Für uns war es klar, dass der Nationalsozialismus das Böse schlechthin, sein Evangelium bare Lüge, seine Führer und die Kerntuppe der Bewegung Verbrecher und Minderwertige waren und dass jedes Paktieren mit ihnen nicht nur Sinnlosigkeit und Mitschuld, sondern ein Vergehen gegen jede sittliche Ordnung bedeutet hätte.

Die Stärke des Nationalsozialismus lag darin, dass er wie alle Tyrannen seinen unumschränkten Herrschaftsanspruch mit der benebelten Parole begründete, dass er für das Wohl aller handle und die Allmacht brauche, um die Wünsche des Volkes erfüllen zu können. In Wahrheit spekulierte er nur auf die niedrigsten Triebe der Masse. Aber die Entlarvung seiner wahren Motive war bei dieser Tarnung schwierig. Gefährlich war auch, dass der Nationalsozialismus zum Seelenfang die Maske des Geistes unter Missbrauch der grössten Namen unserer Geschichte und die Maske der Kultur sich umband. Geheucheltes Verständnis und Liebe zur Musik und zum Theater waren beliebte Mittel dieser Rattenfänger, denen nicht nur die Jugend willig folgte. Wer konnte denn die sittliche Verworfenheit begreifen, dass z.B. ein besonders gemeiner Lagerführer beim Anhören einer Radio-Aufführung von Schuberts Unvollendeter wie ein Kind weinte, um gleich darauf, noch bevor seine Tränen getrocknet waren, neue Mord- und

Folterbefehle zu geben? - Der Geist? Es handelte sich in Wahrheit um seine völlige Korruption und die Zerstörung der Vernunft, um die Sünde wider das saubere Denken, das nicht mehr als sittliche Pflicht gelehrt wurde. Hiergegen gab es nur das Mittel, den Geist als Maske vor einer brutalen Fratze das wahre Gesicht des Geistes gegenüberzustellen und immer wieder auf die Quellen hinzuweisen, aus deren klarem Born das Wasser des Lebens fließt.

Eine weitere Stärke des Nationalsozialismus bedeutet die Aufspaltung des ganzen Volkes, dem er seinen einheitlichen totalen Willen entgegensetzte. Nie war unser Volk zerrissener als in den Zeiten der vollendeten "Volksgemeinschaft". Aber der Riss ging nicht, wie die Nationalsozialisten es so gerne haben wollten, horizontal durch das Volk! "Nie Alter, nie Jugend" - die Jugend für sie - sondern vertikal durch alle Schichten und Altersklassen. Gegen den totalen Willen konnte nur eine Gemeinschaft fester moralischer Geschlossenheit wirksam eingesetzt und der Kampf musste auf der metaphysischen Ebene begonnen werden.

Wir suchten weiter nach den Schwächen des Systems und bemühten uns nach der immer wiederholten Mahnung meines am 30. Juni 1934 ermordeten Freundes Edgar J. Jung, in den Kategorien der Nazis und der Gestapo denken zu lernen, um ihre Anschläge zu erkennen und ihnen mit ihren eigenen Waffen begegnen zu können.

Wenn ich von "wir" spreche, so ist damit der Kreis von Männern gemeint, mit dem ich enge Verbindung hatte. Im Grunde mussten alle andern Widerstandsgruppen gleiche oder ähnliche Wege gehen. So darf unsere Arbeit, über die ich zur Aussage befugt bin, als stellvertretend und als Beispiel für die andern stehen.

Die entscheidende, vielleicht tödliche Schwäche des Systems lag in der Verneinung jeder moralischen Bindung und der Auflösung jeder sittlichen Ordnung. Seine Hauptwaffe war die brutale Gewalt, der schrankenlose Terror und die raffinierte Lüge, die zur Aufhebung der Wahrheit schlechthin führte. Hier galt es einzusetzen und die Kräfte zu sammeln, die wegen ihrer inneren Intaktheit immun gegen das Gift des Nationalsozialismus und im tiefsten Sinne unbeführbar waren und gar nicht anders konnten, als nach Erkenntnis der nationalsozialistischen Wirklichkeit den zu formierenden Widerstandsgruppen sich anzuschließen.

Die Sammlung dieser Kräfte konnte nur auf der moralischen Ebene erfolgen. Gegenüber dem Wust von Lügen, der täglich durch Presse, Rundfunk die Reden der führenden Männer und die stets "grundlegenden" Expektorationen der Funktionäre - und welcher Schafskopf im braunen Hemd hätte nicht "Grundlegendes" zu sagen gehabt, mussten wir in strengster Selbstkontrolle heilige Nüchternheit, unbeeinträchtigt durch irgendein Wunschgebilde, bewahren. Es galt, sich nicht das Gefühl verwirren und den Willen lähmen zu lassen durch die Kenntnis neuer entsetzlicher Verbrechen, gegen die jedes gesunde Gefühl revoltierte. Wir blieben uns bewusst, dass das deutsche Volk an einer furchtbaren Krankheit litt: Die Verbrechen waren die ekelhaften kranken Anzeichen dafür wie die Geschwüre für den Aussatz. Man registrierte sie, ohne sich der Verzweiflung hinzugeben, die Schwächung des Willens bewirkt hätte. Aber durch solche Gelassenheit durfte das Gefühl des Abscheus und Hasses gegen die Urheber solcher Schandtaten nicht abgestumpft werden, sondern die Flamme der innersten Empörung und des festen Willens, ein Ende zu machen, musste aus ihnen neue Nahrung gewinnen. Denn der hat schon viel von seiner Substanz verloren, wer durch Gewöhnung an Ungeheuerlichkeiten Untaten als unvermeidliche Tatsachen hinnimmt.

Aber die Sammlung allein genügte nicht, es musste moralische Aktivität entfaltet werden. Der Weg dazu war die Verbreitung der Wahrheit, da

eigene Beispiel unbedingter Ablehnung jeder direkten oder indirekten Zusammenarbeit mit irgendeiner Stelle des Regimes und das Beweisen von Furchtlosigkeit der zum letzten Opfer Entschlossenen. Zugleich aber Mitteilung und Kenntlichmachung der Methoden, sich im Interesse der Sache zu tarnen, aktiven und passiven Widerstand zu leisten und die Schwächen des Feindes auszunutzen. Im Kampf gegen Satan durfte nur der Grundsatz gelten: klüger zu sein als die Schlange.

Ein Aufenthalt im Gefängnis oder Konzentrationslager sollte wahrlich nicht eine ausreichende Legitimation der aktiven Antinationalsozialisten sein. Denn nicht jeder, der in die Hände der Gestapo fiel, war ein bewusster Kämpfer gegen Hitler, und nicht jeder, der durch Sorgfalt, Klugheit und Glück dem Zugriff der Gestapo entging, ein Mitläufer der Nationalsozialisten. So einfach ist die Opposition gegen ein Gewaltregime denn doch nicht, dass sie darin ihre Erfüllung hätte finden können, sich dem Zugriff der Gestapo fahrlässig auszusetzen, sondern es galt, alles zu tun, um den stillen, zähen, mit Erfolg getarnten Kampf fortsetzen zu können.

Manches von dem, was zu berichten ist, mag als Kleinigkeit erscheinen. Aber selbst das Geringste war wichtig. Denn das Nichtbeachten solcher Kleinigkeiten konnte das Todesurteil über einen ganzen Kreis von Kameraden bedeuten - und hat es so manches Mal bedeutet.

Man hat die Zweifel am Vorhandensein einer deutschen Widerstandsbewegung gelegentlich damit begründet, dass vor dem 20. Juli 1944 niemals etwas davon an die Öffentlichkeit gekommen sei. Das lag einfach an der undurchdringlichen Decke, die durch die Gestapo über ganz Deutschland gelegt war und durch die nichts durchdrang, das nicht das Imppetum der Machthaber erhielt. Zum andern wird bei solcher Kritik übersehen, dass unter den obwaltenden Umständen: Terror, allgemeinem Misstrauen, Bespitzelung, die zum Widerstand Entschlossenen nur langsam zueinander finden und nur in zäher Dauerarbeit ein Fundament errichten konnten, auf dem sich eine erfolgsversprechende Tätigkeit aufbauen liess.

Es wurde zunächst ein System des möglichst gefahrlosen Verkehrs der Verschworenen untereinander entwickelt, das nach jedem Zugriff der Gestapo durch Ausschalten der gemachten Fehler verfeinert wurde, das andern und mir es ermöglicht hat, selbst aus den Kerkern der Gestapo und dem Konzentrationslager heraus eine ausreichende Verbindung mit der Aussenwelt und Unterbringung der Kampfkameraden in der Freiheit sicherzustellen.

Nach Jacob Burckhardts Wort ist in jedem Volk ein unvorstellbarer Vorrat an Lumpen vorhanden, der in normalen Zeiten den trüben Bodensatz der Volkssubstanz oder die Klientel der Psychiater bildet, bei Umwälzungen aber an die Oberfläche dringt und eine Decke widerlichen Schleims über das Gesicht des Volkes legt. In jedem Volke ist aber auch ein noch viel grösserer Prozentsatz anständiger Elemente als Wesensträger der besten Eigenschaften des Volkscharakters zu finden, als pessimistische Auffassung annimmt. Sie sind in allen Volksschichten und in jeder Altersstufe zu finden.

Ihre Sammlung und "Behandlung" wurde von Jahr zu Jahr durch die Überwachung der Gestapo und die Bespitzelung durch ihre Helfershelfer erschwert, und bei wachsender Gefährdung verminderte sich die Zahl der zum Widerstand Bereiten aus Gründen menschlicher Schwachheit. Auch wir hatten Verräter und Denunzianten aus den eigenen Reihen zu verzeichnen: "nicht gedacht soll ihrer werden". Was aber blieb und im Laufe der Jahre hinzustiss, konnte als krisenfest bezeichnet werden.

Solche Sammlung wurde von den verschiedenen Gruppen durchgeführt, die ohne Verbindung miteinander waren, oder zwischen denen ein Verkehr nach dem Rosenkreuzerprinzip auf einige wenige Personen beschränkt wurde, um im Falle der Verhaftung einer Gruppe die Preisgabe der Kenntnis grösserer Zusammenhänge und dadurch die Gefährdung weiterer Kreise zu verhindern, weil niemand seiner eigenen Verschwiegenheit unter den teuflischen Methoden der Folter sicher sein konnte.

Die Nationalsozialisten hatten das Prinzip der Quantität an Stelle der Qualität gesetzt in ihrer rage du nombre, die soweit ging, dass sie die Länge der beim Nürnberger Parteitag verzehrten Wurst in Kilometer umrechneten und eine erreichte hohe Zahl als nationalsozialistische Grosstat nahmen. Wir blieben beim Prinzip der Qualität. Denn eine spätere Massenbewegung konnte nur erfolgreich entfesselt werden, wenn eine absolut zuverlässige Kerntruppe vorhanden war. Anwärter für sie fanden sich in allen Schichten des Volkes, vom Arbeiter, dem zuverlässigen Briefträger, dem Handwerker und Kaufmann bis zum Generaloberst im Ruhestand. Für jeden musste im Telefon- und Briefverkehr ein geschickter Deckname gefunden werden, wie er selbstverständlich auch für die Nazi-führer in Gebrauch war.

Es musste eine sorgfältige Auswahl getroffen und die Rollen nach individueller Eignung verteilt werden. Bei der Unbegabtheit der Deutschen für Verschwörungen und der Neigung zur Redseligkeit und Wichtig-tuerei musste die Auslese des engsten Kreises der Wissenden und Handelnden besonders sorgfältig vorgenommen werden, und so manche gutartigen, aber mit Schwächen Behafteten arbeiteten im äussersten Kreis, während sie sich schmeichelten, der innersten Gruppe anzugehören.

Notwendig war die Sammlung authentischer Nachrichten über die Taten und Pläne der Nazis und über das Geschehen im Dritten Reich. Hierbei musste der strengste Maßstab angelegt werden, denn wir standen im Dienste der Wahrheit, die unsere beste Waffe war. Nur genau überprüfte Nachrichten wurden weiterverbreitet durch Mundpropaganda und durch einen raffiniert getarnten schriftlichen Dienst. Jede Greuelpropaganda wurde strikte abgelehnt - war doch die Wirklichkeit weitaus furchtbarer als die von erhitzter Phantasie ersonnenen oder vergrößerten Greuelmärchen. Um den Weg der Tatarannachrichten, die scheinbar unerklärlich nach Art der Übermittlung durch Negertrommeln gleichzeitig an entferntesten Orten auftauchten, so zur selben Stunde in Königsberg und München, zu erkunden und ihn für unsere Wahrheit nutzbar zu machen, setzten wir gelegentlich absolut unwahrscheinliche Meldungen in Lauf und registrierten ihr Auftauchen an den verschiedensten Plätzen. Das Stichwort hiess: "Kind angekommen".

Um einen möglichst vollständigen Nachrichtendienst zu schaffen, war es notwendig, in allen Kreisen, in der Wehrmacht, in der Industrie und in den Schlüsselstellungen der Partei sichere Leute zu haben oder Dumme zu finden, die beigezeichnete Behandlung ihrer Berufsgeheimnisse ausplauderten. Manche Nationalsozialisten wissen heute noch nicht, welche wertvollen Dienste sie uns im Suff und von Ruhmredigkeit getrieben geleistet haben. Das Netz war so gut ausgelegt, dass auch die Enthüllungen im Nürnberger Prozess uns fast durchweg nur Bestätigung gebracht haben.

Eine weitere Sorge galt der Zuversicht gegen die sich bei den unbestreitbaren Erfolgen Hitlers bemerkbar machende Kleinmütigkeit, der Nahrung der Hoffnung auf den Erfolg des Widerstandes und der Festigung des Willens zum Ausharren. Das war nicht immer leicht, weil die Kleingläubigen nach Terminierung des Tages X verlangten und wir durch Jahre hindurch immer und immer wieder nur Geduld predigen konnten. - Immer wieder musste auf die sittliche Brüchigkeit und Anfälligkeit des System

im Kriege auf die materielle Unterlegenheit Hitler-Deutschlands gegenüber den unbegrenzten Hilfsquellen der Westmächte hingewiesen werden.

Hier erschien selbst das geringste und abwegige Mittel als wichtig. Auch Witze über die Nationalsozialisten stärkten Widerstandswillen, darum verbreiteten wir sie systematisch und setzten selbst sogenannte "Schnapsgebete" in Umlauf, die dafür begabte Kameraden in vortrefflicher und wirksamer Form produzierten

(Wir führen als Beispiel eines solchen "Schnapsgebetes" das nachstehende, weitverbreitete an: "Verbrecher, Freumdchen, merk dir das, Gab's immer schon im Leben Doch solche wie die Brüder Sass Hat's niemals noch gegeben. Drum merke dir den Namen gut Nie sollst du ihn vergessen SA-SS, das ist die Brut - Von Satanas besessen.")

Es war unsere Aufgabe, gegen die Organisation der menschlichen Defekte - nichts anderes war ja der Nationalsozialismus - die "heilen" Menschen zu sammeln und sie zu kräftigen in ihrem Willen, indem wir immer wieder die grossen, wahren, unverlierbaren Werte gegen das nationalsozialistische Kauschgold setzten und die Verführer mit den echten Führern konfrontierten.

Bald schied sich in der Widerstandsbewegung die Front von der Etappe, dies gesagt unter ausdrücklicher Ausschaltung des fatalen Begriffs, der meist mit der Etappe verbunden wird. Denn diese Etappe war der feste, tragende Grund des moralischen Widerstands. Sie war die Voraussetzung für das erfolgreiche Handeln der Aktivisten, der beim Gelingen eines Staatsstreichs die wichtige Rolle zufiel, aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten und zu bekunden, dass wir im Namen und Auftrag eines wertvollen Teils unseres Volkes gehandelt hätten. Sie half weiter, eine Vertrauensbasis zu schaffen. Sie wurde auch herangezogen zur tatkräftigen Hilfe für verfolgte Widerstandsträger und für unsere jüdischen Mitbürger, aber im ganzen blieb das Sache der Aktivisten wegen des grossen damit verbundenen Risikos. Sie hatte weiter die Aufgabe, eine ablehnende und feindselige Haltung gegen den Nationalsozialismus konsequent und beispielhaft zu bewahren und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Es gab Millionen im deutschen Volke in allen Schichten, die niemals ihre feindselige Einstellung gegen den Nationalsozialismus aufgegeben haben. Wir sind von jungen und alten Menschen, Männern und Frauen, immer wieder gefragt worden, in welcher Form der Einzelne am Sturz des Regimes mithelfen könnte. In vielen Fällen mussten wir aus unserer Kenntnis über einzelnen Persönlichkeiten antworten, dass es genüge, sich selbst intakt zu bewahren und sich innerlich nicht vom Gifte des Nationalsozialismus ergreifen zu lassen. Wir taten das, weil wir genau erkannten, dass viele auch von den Willigen ohne Vergewaltigung ihrer Natur nicht die Kraft besaßen, eine andere Form des Widerstandes zu üben, und dass es in diesen Fällen genügen müsste, wenn der Einzelne aus seiner inneren Unversehrtheit heraus auf den ihm erreichbaren Kreis die seelische Sauberkeit seiner Atmosphäre ausstrahlte, um auch dort den Willen zum Widerstand, zur inneren Gesundung und zur Selbstbesinnung zu erwecken oder zu erhalten und schend Gewandens auf dem rechten Weg weiterzuführen.

Einem anderen Teil der Antinationalsozialisten konnte die Aufgabe zugeteilt werden, durch unermüdliche Verbreitung der Wahrheit über die Greuel des Systems zum Kampf beizutragen.

Von den Verbindungen zum Ausland soll in diesem Buche nicht gesprochen

werden, soweit sie nicht inzwischen bekanntgegeben worden sind. Wegen der fehlenden Möglichkeiten freien Verkehrs konnten wir ihre Einwilligung in die Bekanntgabe der Beziehungen noch nicht einholen.

Es blieben trotz der Feindschaft, vieler gegen den Nationalsozialismus nur wenige, die zu aktivem Widerstand, zur Verschwörung und zum Zusammenschluss mit den anderen aktivistischen Elementen geeignet erschienen. Denn bei der unmittelbar drohenden Gefahr des Zugriffs der terroristischen Institutionen der Nationalsozialisten musste man sich Rechenschaft ablegen, dass nur wenige, wenn sie in die Hände des Apparates gerieten, die innere Festigkeit bewahren könnten, zu schweigen und niemand von den Mitverschworenen preiszugeben. Hier sind im Anfang Fehler gemacht worden, und Opfer hätten vermieden werden können, wenn der Kreis der aktiven Widerstandsbewegung sorgfältiger gesiebt worden wäre.

Wir suchten mit der ganzen Kraft der Vernunft, das Gesetz für unser Handeln klar zu erkennen- und zugleich den Vollstrecker dieses Gesetzes, den Mann der befreienden Tat.

In der Front des Widerstandes wurde lange um die Erkenntnis gerungen, ob die Beseitigung Hitlers, Himmlers und Görings der richtige Weg zur Rettung Deutschlands wäre. Einige fürchteten, dass der tote Hitler zu einer Art von wächsernem Lenin werden und die Legende ihn überleben würde. Andere hielten das deutsche Volk nicht für reif, einen Umsturz richtig begreifen zu können, und sahen die Gefahr einer neuen "Dolchstoßlegende" riesengross. Wieder andere setzten ihre einzige Hoffnung auf das Militär. Zu spät brach sich die Erkenntnis Bahn, dass die Beseitigung des e i n e n Mannes zum Ziel geführt hätte, was heute als hundertfach richtig erwiesen ist.

Es liegt in der Gebrechlichkeit allen Menschenwesens, dass die Widerstandsbewegung, besonders als sich fast alle so lange parallel laufenden Linien zu einer Spitze vereinigten, durch menschliche Unzulänglichkeiten wie persönlichen Ehrgeiz, Eifersucht, die zu Rangstreitigkeiten führte, mangelnden Mut, die Schranken der eigenen Persönlichkeit aus Herkunft und Weltanschauung gelegentlich gehemmt wurde. Aber das ist auch bei anderen Völkern nicht vermieden worden. Entscheidend bleibt, dass von 1932 bis 1945 der Widerstandswille wach und lebendig blieb und dass die hohen Menschheitsziele unverrückbar das Streben der massgebenden Widerstandskreise bestimmten.

Heute brauchte ein neuer Abraham bei seinem Handeln mit Gott um die Errettung Sodom-Deutschlands nicht auf sein letztes Angebot herunterzugehen: in Deutschland gab es mehr denn zehn Gerechte

Aus "Neue Zürcher Zeitung" Nr. 1052 vom 1. Juni 1947 Blatt 5

- Sonntagsausgabe -

Die "Partei der Tugend".

b-1. Im berühmten Handbuch über die kluge Führung eines Staatswesens empfiehlt Machiavelli den Fürsten, nicht davor zurückzuschrecken, in bestimmten Fällen Unrecht zu verüben. "Jemand, der es darauf anlegt, in allen Dingen moralisch gut zu handeln, muß unter einem Haufen, der sich daran nicht kehrt, zugrunde gehen." Der "Principe" ist wegen dieser unverhüllten Absage an unandelbare ethische Grundsätze in Verruf gekommen, obwohl die Schrift einen deutlichen Gelegenheitscharakter trägt und der florentinische Ratsssekretär überlegen genug ist, sein politisches Rezept auch in jenen Fällen zuzulassen, da sich eine Gruppe von Soldaten und Bürgern gegen den Fürsten erhebt, der gar zu einäugig hinter der Lektion der Machiavellischen Ratschläge gesessen haben sollte. In der Besprechung der römischen Kaiser heißt es, Wildheit und Grausamkeit des Antonius seien so unerhört gewesen, daß er der ganzen Welt verhaßt wurde und auch denen Furcht einflößte, die um ihn waren, "so daß ein Centurio ihn inmitten seiner Armee umbrachte". Wenn sowohl für die Herrscher wie für die Verschwörer und Umstürzler das oberste Ziel darin besteht, den Staat zu erhalten und das Volk vor dem Untergang zu retten, entscheidet nicht die einzelne Tat, sondern ihre Wirkung und Auswertung über den Sinn oder die Sinnlosigkeit des Unternehmens.

Eine der bekanntesten Verschwörungen ist die Ermordung Cäsars. Wenige Tage, bevor er sich zum Meer nach Asien begeben wollte, um den Krieg gegen die Parther zu eröffnen, fiel der nach dem Königstitel lüsterne Cäsar am Standbild des Pompejus unter den Händen seiner Gegner. Der Alleinherrscher hatte sich dem alten, ungeschriebenen Gesetz der Republik beugen müssen, das den Arm des Bürgers bewaffnet und ihn zum Sachwalter der Freiheit beruft. Das Ende Cäsars setzte jedoch nicht die Republik in ihre frühere Würde ein; Rom war des Herrschers ledig, ohne die Freiheit zu genießen. Der Senat billigte zwei Tage später alle Maßregeln Cäsars und amnestierte die Verschwörer. Warum hatte die Konspiration ihr Ziel nicht erreicht, das sie aus einem einmaligen brutalen Ereignis zu einer sinnvollen Abfolge von Handlungen erhoben hätte? Warum riß die rasche Tat die gefährliche Pflanze nicht an der Wurzel aus, sondern brach nur eine ihrer Blüten? Die Verschwörer hatten es versäumt, die notwendige Einzelaktion in einen Gesamtplan einzuordnen, und der schwankende Senat förderte durch seine Nachgiebigkeit gegenüber Cäsars Anhängern die Entstehung des Mythos vom Volksfreund. Dem handelnden und dem urteilenden Element gebrach es an Weitsicht und Beharrlichkeit, aus der geschaffenen Situation die notwendigen Schlüsse zu ziehen, so daß der Anschlag, allein gelassen, war einen Mann, nicht aber sein Prinzip beseitigte. Wie zwei Jahre früher der Selbstmord Catos, so scheint der Weggang des Brutus aus Rom nach der Tat das Ende einer großen Hoffnung zu besiegeln. Hippolyte Taines Urteil mischt deshalb Tadel und Lob: "Cato oder Brutus waren vielleicht die Partei der Vergangenheit; wenigstens waren sie die Partei der Tugend".

Die deutsche Verschwörung im Dritten Reich, die unter dem Namen "20. Juli 1944" in die Geschichte eingehen wird, weil an diesem unglückseligen Tage sowohl das Attentat auf Hitler wie der Staatsstreich mißlingen, zeichnet sich durch die Vermeidung des Hauptfehlers jener römischen Verschwörung aus. Ihr ging es nicht in erster Linie um die Physische Vernichtung des Diktators, die erst nach längerem Zögern von den aktiven Widerstandskreisen für unumgänglich und nützlich gehalten wurde. Sie wollte einen Plan, einen großen, politischen Plan verwirklichen, der das deutsche Volk aus der Unwürdigkeit des nazifistischen Systems herauszuführen und wieder zu einer zivilisierten Nation zu erziehen bestimmt war. Die deutsche Konspiration litt nicht wie ihre berühmte Vorgängerin in Rom an mangelnder Voraussicht, aber ihre ganze geistige und praktische Organisation, ihre gut ausgedachte Zusammenarbeit des zivilen und des militärischen Sektors und ihre personelle Unterstützung war zu sehr von dem nicht einfachen zu erreichenden Erfolg des Attentats auf den Diktator abhängig. Standen die Cassius und Brutus nach Cäsars Tod unschlüssig und ohne festen Plan im Capitol, so verzagten sie zweitausend Jahre später in der Bandlerstraße trotz dem fertig ausgearbeiteten Plan, weil der "Gröfaz", der "größte Feldherr aller Zeiten", nicht tot war. Der Vergleich der beiden Verschwörungen zeigt, daß einerseits der erfolgreiche Tyrannenmord ohne weitergreifende Ideen das Wesen der Staatsführung nicht zu verändern braucht, andererseits das Scheitern der zentralen Einzelaktion einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan an der Realisierung hindern kann.

Wenn es je vor dem Forum der Geschichte und der Menschheit eine helle Stelle auf dem schwarzen Bild des Dritten Reiches geben wird, dann ist sie von den Männern erzeugt, die sich aus allen Schichten und Regionen Deutschlands in teils maßgebender, teils unterstützender Funktion an der Vorbereitung des Staatsstreiches beteiligt haben. Rudolf Pechels Buch "Deutscher Widerstand" (Eugen Rentsch-Verlag), aus dem die "N.Z.Z." bereits einen Auszug veröffentlicht hat, wird dereinst einen wichtigen Baustein zur abschließenden Beurteilung bilden. Der Zweck des Dokuments geht nicht in der Richtung sensationeller Enthüllungen oder einer Darstellung der bekannten äußeren Geschehnisse am 20. Juli. Pechel will vielmehr die Vorgeschichte des Attentats aufzeigen und an Hand eingehender Personalschilderungen nachweisen, daß der Staatsstreich nicht ein Akt späten Opportunismus war, sondern in einer tieferschürfenden religiösen, geistigen und politischen Besinnung ankerte. Die Verschwörer wollten keine Massenbewegung anzetteln, die zu vielleicht guten, vielleicht unklugen Ausbrüchen geführt hätte, sondern eine Kerntruppe schaffen, die imstande und vorbereitet gewesen wäre, nach dem Sturz der Machthaber sofort die Zügel des Staates und der Wehrmacht in die Hände zu nehmen und die beiden nächstliegenden Ziele in Angriff zu nehmen: Beendigung des Krieges unter möglichst günstigen, aber kein anderes Volk knechtenden Bedingungen und Umgestaltung des innerdeutschen Lebens. Wer die Aufrufe an die Wehrmacht und das deutsche Volk nachliest, die für den Fall des Umsturzes schriftlich fixiert vorlagen und die Pechel seinem Buch beifügt, fühlt den Puls auch heute, nach drei Jahren, schneller schlagen. Denn welch ungeheuren Eindruck hätte ein solches kräftiges, von leidenschaftlicher Überzeugung diktiertes Abrücken achtungsgebieter Denker vom Terrorsystem, von der Unmenschlichkeit und Unredlichkeit der Hitlerherrechaft gemacht! Zwar sind die Aufrufe etwas lang geraten, fast spürt man den unermüdlichen Atem eines deutschen Professors, der seinem Auditorium eine Vorlesung hält; aber trotz dieser propagandistischen Unerfahrenheit packen Sätze wie die folgenden:

- 2 -

"In dieser Stunde höchster Not und Gefahr haben deutsche Männer ihre Pflicht vor Gott und dem Volke getan; sie haben gehandelt und Deutschland eine erfahrene, verantwortungsbewußte Führung gegeben."

"Unserer Väter wären wir nicht würdig, von unseren Kindern müßten wir verachtet werden, wenn wir den Mut nicht hätten, alles, aber auch alles, alles zu tun, um die furchtbare Gefahr von uns abzuwenden und wieder Achtung vor uns selbst zu erringen."

Die Aufrufe und Erklärungen blieben ungesprochen. Das Unglück nahm seinen Lauf bis zum bitteren Ende, aber der deutsche Widerstand einer Anzahl Deutscher tilgt wenigstens die Schmach, daß sich in einem so großen, traditionserfüllten Volk keine Hand erhoben hätte, um dem Verbrechen Einhalt zu tun. Verschwörungen sind, wie Montesquien bemerkt, heute schwieriger durchzuführen als bei den Alten, weil die technischen Mittel den Regierenden eine straffere Kontrolle erlauben. Im Dritten Reich hatte die systematische Grausamkeit vom technischen Apparat Besitz ergriffen. Die Bildung und Propagierung des "ändern Deutschland" stieß also schon rein äußerlich auf hochgetürmte Hindernisse. Unter den still wirkenden Giften nennt Pechel ferner die Außenpolitik der Westmächte, die Hitler immer wieder Prestigeerfolge auch vor dem eigenen Volke verschaffte und in der Münchener Krise das Los schlagen der zum Umsturz Entschlossenen durchkreuzte und auf Jahre hinaus verunmöglichte. Er beklagt sich auch über das geringe Gehör, das die Gegner Hitlers im Ausland während des Krieges fanden, als sie auf mühsamen Wegen Verbindungen knüpften. Pechels Darstellung verrät den Mann, der in Deutschland selber an schwierigem Posten mit den Finessen des Terrorsystems und des Widerstandes vertraut war, ohne die ebenso komplexe psychische Situation in den Demokratien voll zu verstehen; denn außerhalb Deutschlands mußte erst das Herz ganzer Völker in Bewegung gesetzt werden, das in den Dreißigerjahren eher langmütig als hitzig geartet war.

Der Widerstand gegen das Terrorsystem in Deutschland konnte nicht von Außenstehenden ausgehen. Pechel zählt mit Recht diejenigen nicht zu den Aktiven, die wegen des Abhörens fremder Sender oder anderer Bagatellen verhaftet und brutal behandelt wurden. "Selbst diejenigen verfallen der Ablehnung, die sich ihr eigenes Unglück: Aufenthalt in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, als Verdienst anrechnen und aus ihren durchstandenen Leiden nun eine lebenslängliche Rente herauschlagen möchten". Sein Maßstab ist ein seelischer und geistiger. Nur wer sich mit Bewußtsein und vollem seelischen Einsatz zum Widerstand bekannte und in ihm mehr erblickte als ein rechtzeitiges "Abspringen" vom rasenden Zug oder als ein Abenteuer, hat nach Pechel Anwartschaft auf einen Platz in den Reihen des "ändern Deutschland". Die personelle Zusammensetzung der verschiedenen Kreise, in denen Deutschlands Schicksal ein Gegenstand inniger Sorge war, ist bemerkenswert. Wir finden in ihnen Sozialisten, Kommunisten, Adelige, Beamte, Generäle x), unpolitische Sachverständige, Industrielle, Zentrale Bedeutung mißt Pechel dem sogenannten "Kreisauer Kreis" zu, einer Gruppe, die sich um Helmuth Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg geschart hatte. Beide Männer verkörperten beste Tradition und "waren ausgezeichnet durch europäisches Denken und durch eine tiefe Religiosität". Sie sammelten keine Partei- und Kirchenvertreter um sich, sondern Persönlichkeiten, denen die scharfe Ablehnung der Gewaltherrschaft die Selbstbesinnung und

Klärung der eigenen Absichten nicht ersetzt. Welches Schlußurteil fällt Rudolf Pechel nach der eingehenden Besprechung und Wertung der am Widerstand beteiligten Männer und Frauen? "Die Bilanz der deutschen Widerstandsbewegung bietet ein trostloses Bild", denn das Fehlen des besten vergossenen Blutes verhindert die Gesundung des deutschen Volkskörpers".

Es hat sich im Zusammenhang mit Pechels Buch eine kleine Polemik zwischen dem Autor und Hans Bernd Gisevius entwickelt (vgl. Nr. 1000 der "N.Z.Z."). Sollte sich zu den üblichen Verdächtigungen oberflächlich Orientierter über den "reaktionären 20. Juli" nun noch der Disput der wirklich Beteiligten über ihre individuelle Teilhaberschaft und Kenntnis - die in allen unter der Hand vor sich gehenden Widerstandsbewegungen objektiv schwer abzuschätzen sind - gesellen, so würde auf die wenigen Lichtpunkte, die in der jungen deutschen Geschichte aufblitzen, wiederum der Schatten des allgemeinen Zweifels fallen. Versicht auf Sondierungen bis in die geheimsten Seelenbezirke hinein und Mäßigung im Stil der Reportage würden im eigenen Interesse der Überlebenden liegen und das Andenken der Männer und Frauen ehren, die ihre Mitwirkung an der Widerstandsbewegung zu Tausenden mit dem Leben bezahlen mußten.

Der Bürger einer Demokratie stellt sich eine Verschwörung meistens als einen kleineren oder größeren Volksaufstand vor, der den Tyrannen verjagt oder angreift. In einem modernen Diktaturstaat sind die Rebellionen dieser Art unmöglich. Selbst der Umsturz muß rationiert und technisiert sein, er muß sich, wie es die deutschen Verschwörer taten, die Gehorsamsmanie der Untertanen dienstbar machen, er muß den Befehlsapparat erobern, denn das Volk wird, einer echten Gefühlsaufwallung seit langem entwöhnt, folgen . . . Die einzige Chance für einen erfolgreichen Staatsstreich liegt also in totalitären Staaten in den oberen und obersten Rängen der Herrschenden selbst. Daß sich in Deutschland ziviles und militärisches Kader gefunden hat, das sowohl den Umsturz wie das Attentat kühn ins Auge faßte, rettet die Ehre einer vom gänzlichen Zerfall bedrohten Tradition. Es waren nicht zuletzt Konservative, Adlige, ja Preußen, die den Unholt und sein System vertreiben wollten. Sie taten es nach Pechel allerdings nicht als Angehörige einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht, aber ihre Herkunft aus jenen vielgeschmähten Reihen beweist doch, daß die Kraft einer besseren Erinnerung und Ethik bei einem Teil der "Kaste" nicht verlorengegangen ist und das Privileg der Oberschicht in Gestalt erhöhter Verantwortung erschien.

Welches Glück für das deutsche Volk - und für Europa? - das Gelingen des 20. Juli 1944 gewesen wäre, kann man nur ermessen, wenn man die wirkliche mit der möglichen Gegenwart konfrontiert. Deutschland hätte sich moralisch selbst gerettet, der Anfang zur Reinigung wäre aus ihm entstanden. Die Teilnahme hochgestellter Leute am Umsturz hätte ein Element der Sicherheit bedeutet und das Zermahlenwerden des Volkes in eine amorphe Masse aufge-

x) Über die verhängnisvolle Unterschätzung des Nationalsozialismus als bloßes Werkzeug des "Militarismus", die amerikanischen Zeitungen sogar das Mißlingen des Attentats und den nachfolgenden brutalen Terror fast billigend hinnehmen hieß, vgl. die kritische Schrift von Robert Ingrin "Außenpolitik mit falschen Begriffen" (Thomas-Verlag).

halten. Es gäbe eine Regierung, die, wenn sie auf ihren vorbereiteten Plänen beharrte, in der organisatorischen Umgestaltung und geistigen Neuerschöpfung ohne Zweifel den mit zahlreichen Widerständen kämpfenden Besetzungsmächten und ihren deutschen Helfern von heute meilenweit voran wäre. Vor allem aber: Noch würden Persönlichkeiten leben und wirken, deren Ausfall das gegenwärtige Deutschland außerordentlich schwer trifft. Sie dürften es wagen, der Welt furchtlos unter die Augen zu treten, weil sie nicht nur einen starken Haß gegen Hitler, sondern einen wohlüberlegten Plan in ihren Herzen trugen. Beste Kräfte gingen mit dem 20. Juli unter, deren schöpferischer Wille heute fehlt.

Damit schließt sich der Kreis der Betrachtung; er kehrt zurück zur deprimierenden Feststellung, daß es in diesem Sechzigmillionenvolk nach zwölf Jahren Gewaltherrschaft und einer mißlungenen Verschwörung schwer fällt, eine Elite von ein paar Hundert Mann herauszufinden, die imstande wären, dem apathischen Volk nicht einfach politische Programme vorzusetzen, sondern es aufzurütteln und seine Hoffnung an einem friedlichen und anständigen Ziel zu entzünden. Die Männer und Frauen des 20. Juli, deren Aktion wegen Adolf Hitlers Nichtsterben und des Zögerns einiger opportunistischer Militärs stillstand, haben ihren Weg des Leidens in der traurigen Gewißheit beschreiten müssen, daß mit ihnen die "Partei der Tugend" Deutschlands nahezu völlig zu Grabe getragen werde.

Blätter der Erinnerung

Sie starben wie Helden

Pfarrer Peter Buchholz

Wie ein düsterer Traum liegt die Zeit hinter mir, in der ich als Gefängnisgeistespfleger in dem Haus mit den hohen Mauern und den vergitterten Fenstern tätig war. Und doch ist erst wenig Zeit vergangen, seitdem sich beim Elanmarsch der russischen Armee die Tore des Gefängnisses nicht nur für viele Hunderte Gefangene, sondern auch für mich geöffnet haben. Oder soll ich lieber sagen, sie haben sich geschlossen? Denn nun führt mein täglicher Weg mich nicht mehr in das Haus des Grauens; Man hat mich in die neue Stadtverwaltung berufen. Aus der Hand des leider allzufrüh verstorbenen Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin habe ich das Amt entgegengenommen, als Beigeordneter im Magistrat die kirchlichen Angelegenheiten zu vertreten — ein Amt, so schwer und verantwortungsvoll an der Wende zweier Zeiten, daß einem fast bangen möchte. Und doch habe ich es angenommen, habe es, — ich möchte fast sagen, mit frohem Herzen getan. Denn mit diesem neuen Amte werden ja auch die Kräfte eines echten Gottesglaubens und wahrer Religiosität eingebaut in das Werden einer neuen Zeit und helfen mit, ein System restlos zu überwinden, dem nichts mehr heilig war. Man führte Gott im Munde und meinte sich selbst. Das ewige Recht wurde mit Füßen getreten und in beispielloser Ungerechtigkeit und Gesetzlosigkeit wurden Tausende unserer Besten eingesperrt, gequält und gemordet. Was alles an Bestialitäten und Grausamkeiten sich in den Konzentrationslagern abgespielt hat, wie dort ein vertieftes Untermenschentum sich in sadistischer Weise ausübte an wehrlosen Opfern, darüber sind der deutschen Öffentlichkeit in letzter Zeit die Augen geöffnet worden von denen, die dieser Hölle glücklich entronnen sind. Aber auch die Gefängnisse haben viel, unsagbar viel Leid gesehen und ich weiß als Zeuge darüber einiges zu berichten. Zwanzig Jahre bin ich Gefängnispfarrer gewesen, zwölf Jahre also unter dem Hitlerregime, davon die letzten Jahre in der Hinrichtungsanstalt Plötzensee, wo Tausende als Opfer der faschistischen Justiz den Weg zum Schafott haben gehen müssen. Was ich da gesehen habe an Not und Qual und Jammer bei den Todeskandidaten, die ständig gefesselt waren und denen in der Einsamkeit der Zelle die Tage sich endlos dehnten und die Nächte zu Ewigkeiten wurden, was ich auch erlebt habe an mannhaftem Trogen, an heldenhaften Sterben, an gläubiger Hingabe an Letztes und Ewiges, davon muß ich einmal sprechen, und wenn es auch nur ein kleiner Ausschnitt ist, den ich zeigen kann. Leider sind meine privaten Aufzeichnungen, die ich mit heimlich und unter persönlicher Gefährdung angefertigt hatte, in den letzten Kämpfen um Plötzensee verloren gegangen und leider damit auch die Anschriften der vielen Männer und Frauen, die eine Scheinjustiz vor den Volksgerichtshof geschleppt und dort hingerichtet hat. Wie tröstlich wäre es für die Angehörigen, wenn ich jetzt wo die Schranken gefallen sind, und ich meinen Mund vor aller Welt auftun kann, ihnen berichten könnte, was ihre Lieben mir in letzter Stunde anvertraut und als heiliges Vermächtnis übergeben haben.

Aber noch stehen diese tapferen Männer und Frauen vor meinen Augen, und das Mittragen Mitleiden und Mitfühlen ihres Ganges zur Richtstätte ist tief und unaussprechlich in mein Herz eingedrungen. Ich möchte den gramgebeugten Eltern, den untröstlichen Frauen, den verwalteten Kindern ins Auge schauen, meine Hände in die ihren legen und ihnen den letzten Händedruck, die letzte Umarmung ihrer Lieben weiterreichen. Ich möchte sie aufrechten durch die tröstliche Versicherung, daß der Sohn, der Vater, der Gatte, die Mutter und die Tochter ungebrochen den letzten Weg gegangen sind, daß die eine Gewißheit sie stark machte: das Opfer meines Lebens wird nicht vergebens sein, einmal wird doch der Tag der Freiheit kommen.

Nun bricht dieser Tag an. Die Saat geht auf aus soviel Unschuldslut das wie ein heiliger Same sich in die Erde senkte. Und wir — wir beugen uns in Ehrfurcht vor diesen Toten, die in ihrem Sterben für die Freiheit auch unsere Toten wurden.

Eine lange Reihe, Hunderte, Tausende sehe ich an mir vorbeiziehen, Ihre Namen sind in die Geschichte ihrer Völker eingegangen. Wenn ich besonders an manche jungen Menschen denke, wird mir das Herz noch warm, und ich werde wieder froh an ihrer trotz Kerkern, Mauern und Fesseln immerforten Haltung, mit der sie ihre Schicksalsfahrten und -gefahrten auftritten und aus der eine Kraft ausstrahlte, die aus ewigen Quellen gespeist und darum nie und nimmer milder wurde. So erlebten wir es an der jungen kommunistischen Studentin Eva-Maria Buch aus Berlin, die mit der unbekannten Frische ihres opferfrohen Herzens das Schafott bestieg, wie eine Heilige vergangener Tage. Eine deutsche Mutter hatte ihren Sohn ins Feld geschrieben, er solle nicht mutlos werden und sich vom Heimweh übermannen lassen, es dauere ohnehin nicht mehr lange, dann nörd das Morden auf. Für dieses Wort besorgter Mutterlichkeit mußte sie sterben. Der heimkehrende Sohn wird nicht einmal mehr das Grab seiner Mutter finden. Besonders tragisch war das Sterben der Frau Hildegard Coppisch, die mit ihrem Manne und vielen anderen im sogenannten Harnalprozess zum Tode verurteilt wurde.

In der Todeszelle schenkte sie einem Kinde

DIE TOTEN DES 20. JULI 1944

Vormerkung der Schriftleitung:

Mit freundlicher Genehmigung des „Hilfswerk 20. Juli 1944“ veröffentlichen wir nachstehend ein Verzeichnis der Opfer des 20. Juli 1944, das, wie uns mitgeteilt wurde, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und infolgedessen noch der Ergänzung bzw. der Erweiterung bedarf.

Unter den Namen befinden sich solche, die wie beispielsweise Wolf Graf v. Helldorf, Polizeipräsident von Berlin, namenloses Elend über zahlreiche unserer Berliner Kameradinnen gebracht haben und bei dessen Namensnennung die Augen jener Mütter, Frauen und Kinder tränen, welchen er nahm, was ihnen lieb und teuer war.

Dennoch dürfen wir nicht vergessen, daß auch Männer vom Schlage Helldorfs die Reihen jener stärkten, die den — wenn auch mißglückten — Versuch machten, aus eigener Kraft einem verbrecherischen Regime ein Ende zu bereiten.

Und indem sie „als bewußte Sühne für das vor Gott verübte Unrecht“ mit dem höchsten Preis, dem ihres Lebens blühen, beugen wir uns vor der Majestät des Todes und reihen auch den Grafen Helldorf in das Verzeichnis der tapferen Männer und Frauen ein, die „für des deutschen Volkes Freiheit“ starben.

Ehre ihnen und ihrem Andenken!

Ludwig Beck, Generaloberst, erschossen 20. Juli 1944

Dr. Karl Gerdeler, vorm. Oberbürgermeister, erhängt 1. Febr. 1945

Graf Claus von Stauffenberg, Oberst i. G., erschossen 20. Juli 1944

Erwin v. Witzleben, erhängt 8. August 1944

Robert Bernadis, Oberstleutnant	† 8. Aug. 1944
Albrecht Graf v. Bernstorff, Botschaftsrat	† 23. April 1945
Hans-Jürgen Graf v. Blumenthal, Major i. G.	† 13. Okt. 1944
Hasso v. Boehmer, Oberstleutnant i. G.	† 20. Juli 1944
Georg Freiherr v. Boeselager, Oberst, gefallen	† 27. Aug. 1944
Eugen Bolz, vorm. Staatspräs. v. Württemberg	† 20. Jan. 1945
Claus Bonhoeffer, Direktor der Lufthansa	† 23. April 1945
Dietrich Bonhoeffer, Pfarrer der Bek. Kirche	† 9. April 1945
Randolph Freiherr v. Breidbach-Bürresheim	† 13. Juni 1945
Eduard Brückmeier, Legationsrat	† 20. Okt. 1944
Oscar Cammincei	† 9. März 1945
Wilhelm Canaris, Admiral	† 9. April 1945
Walter Cramer, Direktor von Stohr A.G.	† 14. Nov. 1944
Justus Delbrück, Kaufmann	† 23. Okt. 1945
Pater Alois Delp, S. J., Professor	† 1. Febr. 1945
Wilhelm Dieckmann	† 13. Sept. 1944
Heinrich Graf zu Dohna-Tolsdorf, Landwirt	† 14. Okt. 1944
Hans v. Dohnany, Reichsgerichtsrat	† Frühling 1945
Hans-Martin Dorsch, Oberleutnant	† 13. März 1945
Max-Ulrich Graf v. Drechsel, Landwirt	† 4. Sept. 1944
Fritz Elsaß, Professor	† Jan. 1945
Karl-Heinz Engelhorn, Oberstleutnant i. G.	† 24. Okt. 1944
Hans-Otto Erdmann, Oberstleutnant	† 4. Sept. 1944
Erich Fellgiebel, General	† 4. Sept. 1944
Eberhard Finck, Oberst i. G.	† 30. Aug. 1944
Max Fleischmann, Professor	† 23. Jan. 1945
Reinhold Frank, Rechtsanwalt	† 26. Juli 1944
Wessel Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Oberst i. G.	† 9. April 1945
Ludwig Gehre, Hauptmann	† 30. Nov. 1944
Erich Gloeden, Architekt	† 30. Nov. 1944
Elisabeth Gloeden, geb. Kuznitski	† 1. März 1945
Fritz Goerdeler, Stadtkämmerer	† 23. Jan. 1945
Nikolaus Groß, Bergarbeiter, Schriftleiter der „Ketteler-Wacht“	† 23. April 1945
Carl-Ludwig Freiherr v. Guttenberg, Chef-Red.	† 23. Sept. 1944
Max Habermann, christl. Gew.-Führer	† 15. Aug. 1944
Hans Bernd v. Haeften, Legationsrat	† 20. Juli 1944
Werner v. Haeften, Syndikus	† 8. Aug. 1944
Albrecht v. Hagen, Syndikus	† 4. Sept. 1944
Kurt Hahn, Oberst	† 9. Okt. 1944
Hans-Nikolaus v. Halern, Kaufmann	† 24. April 1943
Kurt Frh. v. Hammerstein-Equord, Generaloberst	† 8. Sept. 1944
Georg Hansen, Oberst i. G.	† 5. März 1945
Ernst v. Harnack, vormals Regierungspräsident	† 9. Aug. 1944
Paul v. Hase, Generalleutnant	† 8. Sept. 1944
Ulrich v. Hassell, Botschafter	† 23. Jan. 1945
Theodor Haubach, Kaufmann	† 23. April 1945
Albrecht Haushofer, Professor	† 15. Aug. 1944
Egbert Hayessen, Major	† 15. Aug. 1944
Wolf Graf v. Helldorf, Polizeipräsident	† 29. Sept. 1944
Otto Herfurth, Generalmajor	† 8. Aug. 1944
Otto Hirsch	† 20. Dez. 1944
Erich Hoepner, Generaloberst	† 13. Okt. 1944
Cäsar Freiherr v. Hofacker, Industrieller	† 21. April 1944
Roland v. Hößlin, Major	† 31. Aug. 1944
Otto Hübener, Versicherungsdirektor	† 23. April 1945
Fritz Jaeger, Oberst	† 30. Nov. 1944
Max Jennewein, Mechaniker	† 23. April 1945
Peter Jessen, Professor	† 23. April 1945
Hans John, Jurist	† 23. Jan. 1945
Hermann Kaiser, Studienrat	† 26. Aug. 1944
Kempner	† 22. Juli 1944
Otto Kiep, Gesandter	† 15. Aug. 1944
Georg Conrad Kissling	† 25. Aug. 1944
Bernhard Klamroth, Oberstleutnant	† 8. Aug. 1944
Hans-Georg Klamroth, Kaufmann	† 16. April 1945
Friedrich-Carl Klausling, Hauptmann i. R. 9	† 4. Sept. 1944
Ewald v. Kleist-Schmentzien, Landwirt	† 23. April 1945
Gerhard Knack	† 25. April 1945
Hans Koch, Rechtsanwalt	† 10. Aug. 1944
Heinrich Körner, Gewerkschaftsführer	† 23. April 1945
Alfred Kranzfelder, Korvetten-Kapitän	† 23. April 1945
Richard Kuenzer, Legationsrat	† 30. Nov. 1944
Elisabeth Kuznitski, geb. v. Liliencron	† 29. Sept. 1944
Fritz v. d. Lancken, Internatsleiter	† 12. Okt. 1944
Carl Langbehn, Rechtsanwalt	† 5. Jan. 1945
Julius Leber, Journalist	† 4. Sept. 1944
Heinrich Graf v. Lehndorff-Steinort, Landwirt	† 28. Aug. 1944
Paul Lejeune-Jung, Syndikus	† 14. Nov. 1944
Ludwig Freiherr v. Leonrod, Major	† 1. März 1945
Bernhard Letterhaus, Führer d. kath. Arb.-Vereine	† 29. Sept. 1944
Franz Leuninger, Kaufmann, Generalsekretär des christl. Metallarbeiter-Verbandes	† Sept. 1944
Wilhelm Leuschner, vorm. hess. Innenminister	† 30. Aug. 1944
Fritz Lindemann, General	† 14. Nov. 1944
Hans-Ottfried v. Linstow, Oberst i. G.	† 29. Sept. 1944
Ferdinand Frhr. v. Lüninck, Oberpräs. a. D.	† 20. Okt. 1944
Wilhelm Graf zu Lynar, Landwirt	† 23. April 1945
Hermann Maas, Kaufmann	† 14. Sept. 1944
Karl Marks, Kaufmann	† 29. Sept. 1944
Michael Graf Matuschka, Regierungsdirektor	† 20. Juli 1944
Joschim Meißner, Oberst i. G.	
Albrecht Mertz v. Quirnheim, Oberst i. G.	

das Leben, und nun hofften wir alle mit ihr: Jetzt ist sie gerettet. Aber ein unmenschlicher Richter schickte auch sie zum Schafott. Pfarrer Dr. Metzger, der sein Leben in den Dienst der Verständigung unter den Völkern und Konfessionen gestellt hatte, starb, weil er 1943 Hitler davor warnte, einen Krieg weiterzuführen, der nur noch namenloses Elend über unser Volk und die anderen Völker bringen konnte. — Der international bekannte Dr. Kiep, der als Persönlichkeit und Politiker vornehmlich in der angelsächsischen Welt geschätzt wurde, und das besondere Vertrauen Roosevelts besaß, ging, die Merkmale einer grausamen Folterung sichtbar an sich tragend, zur Richtstätte. Unvergeßlich ist mir auch der Feuerkopf Dr. Adam Kuckhoff, noch im Gefängnis voller Ideen und Pläne und mit heißem Herzen und überlegenem Geist mit den Problemen ringend, die er für die nahe Zukunft voraussah, ein idealisierender Kommunist und Künstler von hoher Berührung. Daß er den nun anbrechenden Morgen nicht mehr erleben durfte, macht seinen Opfertod für uns besonders tragisch. — Mit Grauen erinnere ich mich an jene schaurige Nacht nach einem Luftangriff, bei dem das Haus in Brand geriet, in dem 300 zum Tode Verurteilten in Fesseln lagen. Keiner kam durch Bomben zum Tode, aber in der nächsten Nacht wurden 186 in Gruppen zu 8 hintereinander erhängt, ohne daß man ihnen Zeit zu einem Abschiedsbrief gelassen hatte. Kaum daß uns Geistlichen die Möglichkeit zu einem tröstlichen Wort, zu einem kurzen Gebet verblieb. Unter ihnen befand sich der bekannte rheinische Pianist Kreiten, einer der Besten aus unserem jungen Künstlernachwuchs, der für einen landläufigen Witz zum Tode verurteilt war und für den noch ein Gnadengesuch lief. Erst in der Morgenfrühe um 8 Uhr stellten die Henker wegen Uebermüdung ihre blutige Arbeit ein, um sie am Abend wieder aufzunehmen.

Es ist mir bitter schmerzlich, von all diesem Geschehen sprechen zu müssen, und ich möchte jetzt den Vorhang fallen lassen — einmal aber noch muß er sich weit aufrollen, um den Blick freizugeben auf den Todesweg der Männer und Frauen, deren Namen mit den Ereignissen des 20. Juli für immer verknüpft sind. Was hat man aus diesen Kämpfern um die Freiheit unseres gequälten Volkes gemacht! Ich sehe sie noch ihren letzten Weg gehen, in Sträflingskleidern und mit Holzpannen, einige über zerschlagen und geschunden, umgeben von Männern des Volksgerichtes und Gestapolen, die sich keine Phase dieses seltenen Schauspiels entgehen lassen wollten und mit ihrer Filmkamera jeden Augenblick, festhielten, von der Hinführung in die Todeszelle bis zu den letzten Zuckungen ihrer Opfer.

Diese Männer, wie Feldmarschall von Witzleben, General Stieff, Hopner, von Haase, Yorck von Wartenburg bewahrten ungebrochen ihre männliche Haltung, die wahrhaft ganz anders war, als die Goebbelspropaganda sie uns darzustellen versuchte. Es war meinem Kollegen und mir möglich, mit ihnen vor der Hinrichtung noch kurz zu sprechen, bevor uns die Nachricht erreichte, daß durch ein besonderes Verbot Hitlers der seelsorgerische Zuspruch vor dem Tode zu versagen sei, — eine besonders grausame Härte, wenn man bedenkt, was abgesehen von den religiösen Momenten in den letzten Augenblicken zwischen Leben und Tod die tröstliche Nähe eines mitführenden und mittragenden Menschen bedeutet. Wie mancher Freidenker, wie mancher Jude, wie mancher Kommunist, wie mancher Belforscher war unendlich dankbar, wenn man ihm die letzten paar Minuten schenkte, letzte Grüße an die Angehörigen mitnahm oder mit einer Zigarette eine Entspannung ermöglichte. Und hier wurde verweigert, was selbst einem schlimmen Lustmörder nicht versagt blieb. Trotzdem war es mir mit meinem evangelischen Kollegen, Pfarrer Dr. Pölschau aus Tegel gelungen, uns Zutritt zu einer ganzen Reihe von Verurteilten zu verschaffen. Wie glücklich waren wir um diese Möglichkeit und wie froh erst waren die Männer in ihren Zellen, wenn wir kamen, oft schwer bepackt mit Liebesgaben, die gute Menschen besorgt hatten und die wir trotz aller Hindernisse hineinschmuggelten, wie froh um jede Stunde, die wir dort verplauderten, um jede Nachricht, die wir brachten, um jeden Gruß, den wir hinausbeiforderten. Und wie reich bin ich oft von dort weggegangen, wie beglückt darüber, an soviel Heldentum teilzunehmen, soviel edle Menschlichkeit zu erleben, wie ich sie an den rheinischen Arbeiterführern Groß und Letterhaus, dem Leipziger Kaufmann Cramer, an Graf Mollke, dem Jesuitenpater Delp und anderen immer wieder bewundern mußte. Ebenso groß waren sie im Sterben, sie und die anderen, die ich weniger kennenlernte, aber deren Sterben ich nahe war: so der ehemalige württembergische Staatspräsident Bolz, der sozialistische Arbeiterführer und ehemalige hessische Innenminister Leuschner, der tapfere Dr. Goerdeler, Kaplan Wehrle, Rechtsanwalt Wirmser, Graf Matuschka und Dr. Lejeune-Jung und alle 85, die allein in Plötzensee in diesem Zusammenhang hingerichtet wurden. Nur ganz wenige sind dem Tod entgangen, wie der frühere Minister der Saarregierung Koßmann und der bekannte Vorläufer in der Gewerkschaftsbewegung Jakob Kaiser, mit seinem Freunde Stelzer, und Minister Dr. Hermes. Nun sind drei Jahre schon hingegangen seit jenem denkwürdigen 20. Juli, der so anders endete, als die Männer es sich gedacht hatten. Wie es so kam und warum es so kommen mußte, dar-

über werden Berufene einmal zu berichten haben. Das eine ist gewiß: Der Opfertod der Männer des 20. Juli ist nicht umsonst gewesen. Und wenn wir in tiefem Dank und heiliger Ergriffenheit ihrer heißen Liebe zum deutschen Volke und ihres Heldenmutes gedenken, dann fühlen wir in uns wie ein heiliges Vermächtnis die Verpflichtung, den Kampf weiter zu führen gegen die letzten Reste dieses weltanschaulich und politisch gleichermaßen verbrecherischen Systems der Naziherrschaft, unter der so viele gelitten haben und als Opfer gefallen sind. In diesem Kampf steht Schulter an Schulter der gläubige Protestant und Katholik neben dem Sozialisten und Kommunisten in christlicher Achtung vor der Überzeugung des Anderen. Vergessen muß alles Trennende sein — wir hätten ja sonst nicht verstanden, wofür die Frau aus dem Volke und das junge Mädchen, der Kommunist und der Geistliche, der Politiker aus der Arbeiterbewegung und der Graf aus altem Geschlecht gestorben sind, wir wären dieser Edlesten unseres Volkes nicht wert, wir sähen die gemeinsame Front der Toten nicht, wann wir nicht eine Front der Lebenden bildeten, eine Front gegen Nazismus und Faschismus, die von niemand und durch nichts mehr zerissen werden darf. In diese Front stelle ich mich bewußt hinein mit meiner Arbeit als Beirat für kirchliche Angelegenheiten, deren Bedeutung für den Aufbau einer neuen Zeit der Stadtkommandant Generaloberst Bernau, bei der Übertragung dieses Amtes an mich hervorgehoben hat. In dieser Front stehe ich in aufrichtiger Liebe und reiche die Hand nach allen Seiten und ich weiß, daß ich damit die heilige Mission erfülle, die mir die Toten aus dem Haus des Grauens an die Lebenden mitgaben.

Sonderbare Begegnungen

Ernst Fürst zu Hohenberg

Auf unseren jahrelangen Höllenfahrten durch die finster-grausige Unterwelt der Hitler-Tyranniel haben wir immer wieder Menschen, deren eigentümliches Schicksal uns besonders tief und unverwundlich beeindruckte. Da wirkte beispielsweise als Schreiber im Krankenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen ein stiller, schlichter Mann, Ende der Dreißiger, der gute Haltung bewahrte, alle Prüfungen des trüben Lagerdaseins gelassen hinnahm, sein Spind vorzüglich mit einem Landarbeiter teilte, die schweren Eisenkessel von der Küche mit heranschleppte, an jedem blutigen Linsenbengel der SS notgedrungen mit heruntergerissener Mütze stramm vorbeilief, auf Befehl der Scharführer in Kadebeuge ging oder sich vor ihnen in den Dreck warf, den „Sachsengruß“, das Hüpfen und Rollen und allen „ähnlichen „Strafposten“ genannten groben Unfug über sich ergehen ließ, sich kurzsam kameradschaftlich einfügte und kluglich keinerlei Sonderansprüche stellte. In sel-

Carlo Merendorf, gefallen durch Luftangriff
Helmuth Graf v. Moltke-Kreisau, Landwirt
Prälat Otto Müller, Generalpräses
Hermann Mumm v. Schwarzenstein
Ernst Munzinger, Oberstleutnant
Arthur Nebe, Chef der Reichskriminal-Polizei
Wilhelm zur Nieden, Stadtbaurat a. D.
Ulrich v. Oertzen, Major i. G.
Friedrich Olbricht, General
Hans Oster, Generalmajor
Justus Pörel, Syndikus der Beh. Kirche
Erwin Planck, Staatssekretär
Kurt Freiherr v. Plettenberg, Kammerpräsident des

Hauses Hohenzollern
Johannes Popitz, vorm. preuß. Finanzminister
Friedrich v. Rabenau, General
Karl Ernst Rahlhagen, Oberstleutnant i. G.
Rudolf Graf, Marquard-Redwitz, Oberst
Adolf Reichwein, Professor
Alexis Freiherr v. Roenne, Oberst i. G.
Erwin Rommel, Generalfeldmarschall
Johachim Sadrozinski, Oberstleutnant
Hans-Viktor v. Salvati, Major
Adolf-Friedrich Graf v. Schack
Rüdiger Schleicher, Professor
Ernst Wilhelm Schnepfenhorst, Direktor
Hermann Schöne, Oberst
Friedrich Scholz-Babisch, Landwirt
Werner Schrader, Oberstleutnant
Friedrich-Werner Graf v. der Schulenburg
Fritz-Dietrich Graf v. der Schulenburg, Reg.-Präs.
Georg Schulze-Büttger, Oberst i. G.
Ludwig Schwamb, Staatsrat
Ulrich-Wilhelm Graf Schwerin v. Schwanefeld, Landwirt
Hans-Ludwig Sierks, Stadtbaurat
Günther Smend, Oberstleutnant i. G.
Franz Sperr, Gesandter
Wilhelm Staehle, Oberst
Berthold Graf Schenk v. Stauffenberg, Dr. jur., Professor
Litta Gräfin Schenk v. Stauffenberg, Fliegerin
Hans Joachim Frihr. von Steinaecker, Oberst a. D.
Helmuth Stieff, Generalmajor
Theodor Strunk, Kaufmann
Heinrich v. Stülpnagel, General
Elisabeth v. Thadden, Internatsleiterin
Fritz Thiele, Generalleutnant
Basso Thoma, Major
Karl Freiherr v. Tüngen, General
Henning v. Tresckow, Generalmajor
Gerd v. Tresckow, Oberst
Adam v. Troitz zu Solz, Legationsrat
Nikolaus Graf v. Uexküll, Generaldirektor
Fritz Voigt, Polizei-Präsident von Breslau
Hans-Alexander v. Voß, Oberstleutnant i. G.
Eduard Wagner, General
Siegfried Wagner, Oberst
Hermann Wehrle, Kaplan
Carl Wentzel-Teutschenthal, Landwirt
Oswald Wiersch, Gewerkschaftsführer
Josef Wimmer, Rechtsanwalt
Peter Graf Yorck v. Wartenburg, Oberregierungsrat

Dez. 1942
23. Jan. 1945
12. Okt. 1944
24. April 1944
23. April 1945
3. März 1945
23. April 1945
20. Juli 1944
20. Juli 1944
8. April 1945
23. April 1945
23. Jan. 1945

10. März 1945
2. Febr. 1945
12. April 1945
30. Aug. 1944
12. Okt. 1944
20. Okt. 1944
12. Okt. 1944
14. Okt. 1944
23. Sept. 1944
23. April 1945
15. Jan. 1945
23. April 1945
23. April 1945
15. Jan. 1945
13. Okt. 1944
27. Jan. 1945
10. Nov. 1944
10. Aug. 1944
13. Okt. 1944
23. Jan. 1945
8. Sept. 1944
23. April 1945
8. Sept. 1944
23. Jan. 1945
23. April 1945
10. Aug. 1944
8. April 1944
26. Juli 1945
8. Aug. 1944
9. April 1945
30. Aug. 1944
8. Sept. 1944
5. Sept. 1944
23. Jan. 1945
24. Okt. 1944
21. Juli 1944
2. Sept. 1944
25. Aug. 1944
14. Sept. 1944
1. März 1945
8. Nov. 1944
23. Juli 1944
22. Juli 1944
14. Sept. 1944
20. Dez. 1944
28. Febr. 1945
8. Sept. 1944
8. Aug. 1944

Verbrecher war' ich, hatt' ich für das Morgen des Volkes nicht geplant aus eigener Pflicht. (Albert Haushofer).

Schauen die Gefängnisse... ganz angefüllt mit Menschen, die zum Tode verurteilt sind: man sollte glauben, nur Verbrecher zu sehen und man sieht nichts als Helden! (Nachgedanken des hl. Augustinus).

nen Gesprächen hielt er sich bescheiden in seinen Grenzen und tat sich, was wirklich anerkannt zu werden verdient, nicht das Geringste auf seine Herkunft zugute. Dabei war er ein Sohn des Erzherzogs Franz Ferdinand, der am 28. Juni 1914 zusammen mit seiner Frau in Sarajewo von einem serbischen Studenten erschossen wurde. Da er aus morganatischer Ehe hervorgegangen war, kam „Ernst“, wie man ihn allgemein nur mit seinem Vornamen anredete, damals als Kronprinz nicht in Betracht und hieß nach seiner Mutter: Ernst Fürst zu Hohenberg. Sie standen damals zu zweit an der Bahre ihrer ermordeten Eltern; den Bruder von Ernst hatte Hitler ins Konzentrationslager Buchenwald sperren lassen. Immerhin ein Faktum, das unsere Historiker als weltgeschichtliche Kuriosität festhalten müssen: Unter nichtigem Vorwand wurden die beiden Fürsten zu Hohenberg vom „böhmischen Gefreiten“ den SS-Folterknechten überantwortet — die Ermordung ihrer Eltern lösten den ersten Weltkrieg aus.

Humprecht Graf Czernin

Im Zuchthaus Brandenburg erfuhr ich Anfang 1943 vom Grafen Humprecht Czernin, mit dem ich eine Zellkammer in der gleichen Gemeinschaftszelle dahingevegetierte, daß sein alter Jugendfreund Ernst Fürst zu Hohenberg inzwischen aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen entlassen worden sei.

Graf Czernin selber, ein Neffe jenes Grafen Ottokar Czernin, der während des ersten Weltkrieges von 1916—1918 als Oesterreichs Außenminister fungierte, sollte wegen verbotenen Waffenbesitzes eigentlich kurzerhand geköpft werden; ist dann aber zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“ worden. Wir kamen auseinander und sahen uns nur noch ganz sporadisch einmal. Man wußte von ihm zu berichten, daß etliche Berufsverbrecher, mit denen er zusammengelegt worden war, eines nachts aus Haß und Habgier über ihn hergefallen und ihn grün und blau geschlagen hatten. Da er schwer herzleidend war, mußte er seine Fronarbeit öfters wechseln, zuletzt war er den Vieh- und Konsorten, nur noch zu aller Art Hausknechtsarbeit gut genug. Schließlich schaffte man ihn ins Krankenhaus, da er infolge von Ueberanstrengung und Unterernährung sich auch noch eine Lungen- und Nierenkrankheit zugezogen hatte. Im September 1944 mußte er für unfähig erklärt werden, worauf er von seinen Angehörigen in ein Sanatorium bei Prag geholt wurde, wo er schon 14 Tage später gestorben ist. Walter Hamner.

Mahnmalenthüllung in Koblenz

In Anwesenheit von Staatskommissar Dr. Ph. Auerbach, München, und von Oberregierungsrat Alphonse Kahn aus Ludwigshafen wurde am 29. Juni 1947 auf dem jüdischen Friedhof in Koblenz ein Denk- und Mahnmal für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft enthüllt.

Nachstehend veröffentlichten wir die Ansprache, die bei dieser Gelegenheit von Oberregierungsrat Alphonse Kahn, Ludwigshafen, Leiter des Referats für Wiedergutmachung im Finanzministerium des Landes Rheinland-Pfalz, gehalten wurde.

Bei nächster sich bietender Gelegenheit werden wir auch die Rede veröffentlichen, die der Schriftleiter Arno Freiberg aus Kaiserslautern gehalten hat.

Es ist uns bekannt, daß es noch zahllose jüdische Friedhöfe gibt, die zum Teil zwar äußerlich in etwa hergerichtet wurden, deren Pflege aber nicht mit der Sorgfalt geschieht, die durchaus am Platz ist.

Jede deutsche Gemeinde, aus welcher jüdische Staatsbürger ums Leben gebracht wurden, sollte es sich zur Ehre anrechnen, an den toten Juden wiedergutzumachen was sie an den lebenden Juden gesündigt haben.

Oberregierungsrat Alphonse Kahn führte aus: Die Geschichte der Juden ist von altersher eine Geschichte des Leids und der Verfolgungen gewesen. Immer haben in periodischen Abständen Pogrome stattgefunden. Wir können aber feststellen, daß die Veranstalter dieser Pogrome stets auf einer niederen Kulturstufe standen.

Erstmalig in der Geschichte jedoch ist es, daß ein Volk, das wie das deutsche, auf eine große Kulturtradition zurückblicken konnte und das für sich den Namen eines Kulturvolkes in Anspruch nahm, sich zu Schandtatzen verführen ließ, vor denen sich die ganze Welt schaudernd abwandte; und das in einem Pogrom, das 12 Jahre ununterbrochen wütete und dem 5 Millionen Juden zum Opfer fielen.

... 5 Millionen Menschen aller Nationen von insgesamt 11 Millionen ermordeter Opfer des Faschismus.

Diese Zahl ist unfassbar, unfassbar ist auch der Schmerz und die Trauer in der wir hier stehen.

Es gibt keine Worte dafür, was an Qual und Martern über die Menschen jüdischen Glaubens hereinbrach.

Wir, die wenigen Überlebenden, sind stumm vor ihren Gräbern, die Tränen sind versiegt

und eine Erstarrung hat unsere Herzen umklammert. Das Leben können wir unseren Toten nicht wieder geben, aber ihre Totenhügel mahnen uns, sie halten unser Gewissen wach, dafür zu kämpfen, daß der Judenhaß, der Antisemitismus bis zur Wurzel ausgerottet wird. Nichts wesentliches ist bisher dazu aus den Reihen des deutschen Volkes heraus geschehen und von ihm muß ja diese Initiative ausgehen. Viele haben an diesen Verfolgungen teil gehabt, viele haben sie gebilligt. Manche haben sie abgelehnt. Nur wenige sind dagegen aufgetreten. Die meisten haben geschwiegen, und was das erschütterndste und uns unbegreiflich ist — sie schweigen noch heute.

Nach der Trägheit des Denkens in der Nazizeit hat heute die Trägheit des Herzens das Volk ergriffen. Die Wenigen — die kleine Hand voll — die übrig blieben, werden heute mit Anteilnahme und Verständnis behandelt?

Wird ihnen gleich mit offenen Händen und aus freien Stücken das zurückgegeben, was ihnen gehörte?

Es muß in den überwiegenden Fällen „von Amts wegen“ geschehen! Und gerade das ist es, was die Zurückgekehrten enttäuscht, weil sie anders zu sehen berechtigt sind. Aber die Freiwilligkeit fehlt, weil der Begriff der Verfehlung fehlt.

Wäre es nicht eine schöne Geste echter Menschlichkeit, wenn die Friedhöfe der Gemeinden, in die kein einziger Jude mehr zurückkehrte, freiwillig in Ordnung gebracht würden? Dieser kleine Liebesdienst würde besser als alle Worte der Welt beweisen, daß Einsicht und Abkehr von der Vergangenheit erfolgt ist.

Was nützt es, wenn die Minister verschiedener Länder in München die noch im Ausland lebenden jüdischen Mitbürger bitten zurückkehren? Wissen sie nicht oder wollen sie nicht wissen, welche beschämenden und enttäuschenden Kampf Zurückgekehrte um das gestohlene Hab und Gut führen müssen?

Weiß man noch nicht, mit welcher Gleichgültigkeit, ja mit welcher Feindseligkeit die berechtigten Forderungen behandelt werden. Von freiwilliger Zurückkehrung können wir kaum sprechen, und das ist doch der einzige Gradmesser dafür, daß das entsetzliche Geschehen der 12 Jahre erkannt wäre.

Unterstützung für diese Forderungen finden wir in den Männern, die unseren heutigen

Staat zum demokratisch regierten Land führen. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat daher auch die notwendigen Maßnahmen auf diesem Gebiete ergriffen.

Verständnis aber wird nur von denen gezeigt, die selbst gelitten haben und die mit uns in Brüderlichkeit und Kameradschaft in den Lagern, in der Illegalität oder im Widerstandskampf lebten. Mancher von uns lebte nicht mehr, wenn ihn nicht die politischen Häftlinge geschützt und dem Zugriff der Henker entzogen hätten.

Das ist die einzige positive, die einzige lichte Seite in diesem Buch dunkler Geschichte des deutschen Volkes.

Die unelastische Verbundenheit aller politisch und rassistisch Verfolgten.

In dieser Verbundenheit liegt die Lösung für die Zukunft der jüdischen Mitbürger in Deutschland. Hier ist man frei von Rassenwahn und -dunkel, hier sind die vorurteilslosen und fortschrittlichen Denker. Mit den Kameraden aus den Konzentrationslagern, aus der Widerstandsbewegung müssen wir zusammenarbeiten an der Errichtung einer wahren Demokratie — wir dürfen nicht abseits und tatenlos stehen bleiben — denn nur in dieser Demokratie liegt die Gewähr dafür, daß der Antisemitismus, der Ausdruck finsterster Reaktion, verschwindet.

Diese Aktivität sind wir unseren Toten schuldig, schuldig auch unseren Kindern, deren Zukunft nur so gesichert ist.

Preis ausschreiben

Die VVN-Nachrichten veranstalten ein Preis ausschreiben.

1. Jugendliche im Alter von 14 bis zu 21 Jahren werden hiermit freundlichst gebeten, sich an diesem Preis ausschreiben zu beteiligen.

2. Jungen und Mädchen, deren Väter oder Mütter aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen längere Zeit ihrer Freiheit beraubt oder ums Leben gebracht wurden, schildern ihre gegenwärtige Lage, plaudern von ihrem Leben der Vergangenheit und der Gegenwart, flechten mit wenigen Worten die Verfolgung ihrer Eltern hinein, berichten über ihre Wünsche und Hoffnungen und benennen dabei stets, daß die laute Wahrheit unerläßlich ist.

3. Kein Bericht darf mehr als 600 Worte umfassen, muß deutlich lesbar sein und Vor-

Nachruf

Unser lieber Kamerad.

Gustav Drews

verstarb am 13. Juli 1947. Direkt nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Börgermoor hatte sich unser Kamerad wieder der Widerstandsbewegung in Welper angeschlossen. Im Aug. 1935 war er wegen illegaler Verbreitung von Flugschriften und illegaler Parteilichkeit von der Dortmunder Gestapo zum zweiten Male verhaftet und zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Mißhandlungen sind nicht spurlos an ihm vorübergegangen und die Todesursache ist unmittelbar auf sie zurückzuführen. Die VVN der Ortsgruppe Welper und alle Antifaschisten wissen sein Tat zu schätzen und werden ihm bis zur Erfüllung seiner Aufgaben und bis zum letzten Atemzuge ein ehrendes Andenken bewahren.

VVN Ortsgruppe Welper

gez. Gietzeck

1. Vorsitzender.

name, Familienname, Tag, Monat, Jahr und Ort der Geburt, sowie die genaue Postanschrift enthalten.

4. Die Einsendungen sind bis spätestens 31. August 1947 an den VVN-Pressdienst, Düsseldorf, Mühlenstraße 34, Justizgebäude, Zimmer 308 bis 309 zu richten. Auf dem Umschlag ist unten links zu vermerken: „Preis ausschreiben“.

5. Als Preise erhalten die Verfasser der zwei besten Arbeiten je RM. 100,—, während die Verfasser der nächsten 6 besten Arbeiten je RM. 50,— empfangen.

Pressdienst VVN.

Berichtigungen

In unserer Ausgabe Nr. 18 vom 21. Juni 1947 muß es in dem Bericht über die Eröffnungskundgebung in Leverkusen heißen: 7. Juni. In unserer Ausgabe Nr. 19 vom 5. Juli muß es in dem Nachruf zum Ableben unseres Kameraden Toni Melchers heißen, daß er am Sonntag, dem 29. Juni verstorben ist.

ISTAG, den 19. JULI 1947

Die Welt im Buch

Von Dr. MAX FISCHER

die Rettung Fausts ist ihm zugleich ein Symbol für die Rettung des deutschen Volkes, die Schneider vor einer Verwirklichung der christlichen Sittlichkeit im kommenden deutschen Neuaufbau erhofft.

N. Y. STAATS-ZEITUNG UND HEROLD, SAN

wo er eine von Sinnlichkeit geladene Atmosphäre wiedergibt, so etwa seine meisterliche Darstellung des Fischmarktes von Kairo, der eigentlich ein Fleischmarkt ist, oder des Schreitens der Töchterinnen oder die mitschwingende Schilderung von japanischen Liebesidyllen. Meisterhaft gestaltet wird auch die Oppligkeit der farbenprächtigen Tropenvegetation und ihrer betäubenden Düfte. Es sind viele Elemente großer Poesie in diesen Globetrotter-Aufzeichnungen hingeschrieben, aber sie binden sich leider nicht zu einem geschlossenen Kunstwerk und werden so vermutlich mit dem wachsenden Abstand von ihrer Zeitatmosphäre immer mehr vergessen werden.

Neue deutsche Essays

Reinhold Schneider: Gedenkwort zum 20. Juli. Freiburg i. Br., Verlag Herder.

Reinhold Schneider: Fausts Rettung. Berlin, Suhrkamp Verlag.

Morgen fährt sich zum dritten Male jener denkwürdige 20. Juli 1944, an dem der Wunsch der deutschen Widerstandsbewegung, die Macht des Tyrannen zu brechen und in die europäische Völkergemeinschaft heimzukehren, tragisch gescheitert ist. Haushofers "Moabiter Sonette", die wir in der vorigen Woche an dieser Stelle besprochen haben, halten für die kommende Generationen die Hoffnungen und Fehlschläge dieses Schicksalstages fest.

Es ist interessant, daß auch der Dichter Reinhold Schneider, der nicht der politischen Widerstandsbewegung angehört hat, wohl aber zur "geistigen Tat", zu Gebet und inneren Umkehr in illegal gedruckten Versen und Prosaschriften aufrief, sich in einer kleinen, das Datum dieses Jahres tragenden und gerade bei uns eingetroffenen Schrift mit den Problemen des 20. Juli auseinandersetzt. Das Schriftchen hat die Form der Rede; offenbar ist sie am 20. Juli 1946 gehalten worden; wir erfahren nicht, vor welchem Forum.

Reinhold Schneider, der leidenschaftliche Moralist, ist im Gegensatz zu den Männern des 20. Juli 1944 und vielen christlichen Theologen nicht der Meinung, daß Tyrannemord erlaubt sei; er sieht die Tücke dieser Verschwörer darin, daß Adlers Tücke ihre Tücke herausforderte. Und so gedenkt er der Toten des 20. Juli nicht als der gescheiterten Politiker, die an jenem unheilvollen Sommertage auf die Nachricht vom Tode des Tyrannen warteten, sondern als der Dulder, die im Angesichte unmenschlicher Richter und Schergen ein Bekenntnis ablegten zum unveräußerlichen Werte echten Menschentums. Denn es "geht auch dem Entmachteten und Gefesselten noch ein großes Wirken auf; vorausgesetzt, daß seine Sinnesart groß sei und er sich niemals aus der Bindung an die Geschicke des Volkes und der Menschheit löse; das heißt aber auch, daß er hoffe über sein Leben hinaus."

Es ist gewiß folgerichtig, wenn Reinhold Schneider von dieser rigorosen christlichen Position her und von dem tiefen Glauben an das Wirken des Teufels in dieser Welt, von der er in anderen Schriften Kunde gegeben hat, die Schulüberlieferung von der "befreienden Macht des Faustischen" verwirft und sich als Christ mit der "Dämonie" des "faustischen Menschen" auseinandersetzt.

Schneider wagt es aus der Tiefe seiner Überzeugung das Ideal eines deutschen Jahrhunderts, den "faustischen Menschen", zu kritisieren, weil er "aus unbezwinglicher Eigenmacht heraus wirkt und darum scheitert." Er weist in Goethes großer Dichtung die Unkonsequenz im Verhältnis zum "Drüben" ab, wohin angeblich die Aussicht verrammelt ist, aber das dennoch immer wieder in die Fausthandlung hineinspielt.

Gerade, wo der "Faust" diesseitig ist, wo ihm die Gründung in Gottes Ordnung fehlt, da, so meint Schneider, ist alles in blassem Grau: "gespenstisch sind die Schlachten, die Faust für den Kaiser schlägt, so wesenlos wie das Geld, das den morschen Staat stützen soll." Faust und die Welt, in der er lebt, irrt und wirkt, stimmen nach Schneider durchaus nicht überein: "so rafft er sich doch selbst noch der eingedrungnen Sorge gegenüber zu dem großartig-törichten Entschlusse auf: 'Ich werde sie nicht anerkennen' — und im nächsten Augenblick schon tappt er wild in die Welt des Trugs..."

Und doch kann Schneider gegenüber den positivistischen Weltanschauungselementen der Dichtung darlegen, daß sie schon mit dem "Prolog im Himmel" im wahrsten Sinne des Wortes "drüben" beginnt, daß dies "Drüben" als "Stimme von oben" trotz antimetaphysischer Äußerungen und Handlungen Fausts immer wieder in sein Leben hineinspielt und das Werk folgerichtig im "Drüben", im Strahlenkreise der Gottesmutter endet. "Die Liebe von oben" — was wäre sie anders als göttliche Gnade? — aber ist es, die Faust rettet.

Schneider ist es in seinen Ausführungen nicht nur um eine Interpretation der Dichtung zu tun, er sieht die Schwächen und Gefahren Fausts zugleich als Gefahren im deutschen Wesen und

Englischer Bericht über den 20. Juli

London, 21. Juli (AP). Am dritten Jahrestag des Attentates auf Hitler hat die britische Admiralität auf Grund von Dokumenten aus deutschen Marinearchiven einen Bericht über die Vorgänge um den 20. Juli veröffentlicht. Der Bericht schildert die Entwicklung der von General Beck geführten Bewegung bis zum Tage des Attentats des Grafen von Stauffenberg und das rücksichtslose Vorgehen der Gestapo nach Mißlingen des Planes. Mehr als 4980 Deutsche seien diesem „letzten und schlimmsten Ausbruch der Nazis gegen ihr eigenes Volk“ zum Opfer gefallen. Diese Zahl allein beweise, so heißt es in dem Bericht, daß der von der deutschen militärischen Führung getragenen Bewegung weite Kreise des deutschen Volkes angehört haben. Eine unmittelbare Beteiligung der breiten Massen sei unter dem Druck der Gestapo Himmlers unmöglich gewesen.

Berliner „Kurier“

19. 21. VII. 47.

New York Herald Tribune vom 22. Juli 1947

(Europäische Ausgabe)

Bericht aus Deutschland

V. Edwin Hartwich

Die hitlergegensässchen Verschwörer von 1944 werden die

Frankfurt.

Ein lebendiger Beweis für das politische Durcheinander und die Apathie, die dieses gescheiterte Land noch im dritten Besatzungs-jahr beherrschen, ist die Tatsache, dass die meisten jener Männer und Frauen, die am 20 Juli 1944 durch ein missglücktes Attentat auf Adolf Hitler versuchten ihr Land zu befreien, heute im allgemeinen vorziehen nicht als Teilnehmer der deutschen Widerstandsbewegung ge-nannt zu werden.

Vor drei Jahren, am 20. Juli betrat der Oberst Klaus v. Stauffenberg das Arbeitszimmer Hitlers um an einer Generalstabsbe-sprechung teilzunehmen. Er stellte seine Koffer in der Nähe von Hitlers Schreibtisch ab. Die explodierende Bombe verfehlte ihr Opfer, Hitler. Aber sie enthüllte, wenigstens teilweise, das Netz der anti-Hitler Widerstandskräfte, das sich während der Kriegszeit in Deutschland von Feldmarschall bis zum WCO spannte.

Eine Welle von Verhaftungen und Hinrichtungen folgte, als Hein-rich Himmler verzweifelt versuchte den inneren Feind zu vernichten. Aber es liegen heute genügend Zeugnisse dafür vor, dass eine unbekannte Zahl von Teilnehmern den Faschern entging. Sie versuchen heute sich in einer Wohlfahrtsorganisation zusammenzuschließen, die als eine der exklusivsten und geheimnisvollsten Verbindungen des heutigen Deutsch-lands angesehen werden kann.

Sie wollen keine führenden Stellen.

Dem amerikanischen Beobachter erscheint es merkwürdig, dass jene Männer und Frauen, die ihre Leben auf's Spiel setzten um Hitler zu vernichten, heute nicht aus ihrer Reserve herauskommen um führende Stellen im Nachkriegs-Deutschland zu beanspruchen. Jedoch erkennt man bei näherem Hinschauen kein Durcheinander politischer Strömungen, die die Überlebenden der einstigen Widerstandsbewegung bestimmen mören, heute lieber im Hintergrund zu bleiben.

Immerhin haben einige bedeutende Überlebende der 20. Juli Verschwörung Stellen im öffentlichen Leben angetreten. Frau Annaliese Lohr, deren Mann hingerichtet wurde, ist Schriftleiterin der Berliner sozialistischen Zeitung "Der Tagesspiegel". Jakob Kaiser, ehemaliger Ge-werkschaftsführer, der dadurch sein Leben rettete, dass er lebend aus Berlin versteckte, ist jetzt ein Führer der Christlich Demokratischen Union in Berlin. Dr. Eugen Gerstenmeyer leitet das Evangelische Hilfs-werk in Stuttgart. Joseph Müller wurde eine führende politische Persön-lichkeit in München. Dr. Theodor Stelzer ist Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Fabian von Schlabrendorff ist ein bekannter Wiesba-dener Rechtsanwalt.

Jedoch eine ganze Menge anderer ziehen es vor, nicht als Teil-nemer des Attentatversuches bekannt zu werden. Warum? Das Grunde sind unschwer zu erkennen, wenn man sich näher mit den Dingen befasst, und mit einigen der Überlebenden Rücksprache nimmt.

Einen Teil der Antwort findet man in den politischen Internie-tungslagern, wie etwa Farmstadt, in dem 4000 junge, eisernen SS Männer gefangen gesetzt sind und unillig ihre Freiheit erwarten. Obwohl viele

von ihnen nicht länger an den Nationalsozialismus glauben, sind sie doch rasch bei der Hand mit der Antwort auf die Frage: Warum verlor Deutschland den Krieg?

Ihre einmütige Antwort ist: "Verräter, die am 20. Juli versuchten Hitler zu töten, verrieten Deutschland".

Jeder der deutsche Geschichte kennt, hört hier einen vertrauten Klang. Nazis sowohl als auch Nationalisten behaupteten in den Wahlzeiten der politisch unruhigen 30er Jahre einmütig, dass der Weltkrieg Nr. I von Deutschland durch einen "Dolchstoß in den Rücken" verloren worden sei, den jene Männer geführt hätten, die den Waffenstillstand und den Versailler Frieden unterzeichneten.

Einige Deutsche erinnern sich auch heute noch gut, an den Preis, den diejenigen damals zahlen mussten, die sich mit Walther Rathenau, Matthias Erzberger und anderen verbündeten. - Männern, die die neue Republik unmittelbar nach des Kaisers Abdankung und den Versailler Diktat gründeten. Die Männer des 20. Juli wollen einfach nicht jahrelang verfolgt werden, wenn einmal ein neues nationalistisches, militaristisches Deutschland aus den zerbombten Ruinen aufsteigen sollte, - wollen dann nicht zu "Vaterlandsverrättern" gestempelt werden.

Furcht vor Nazi Eindringlingen

Ein anderer ausschlaggebender Grund für ihr politisches Schweigen ist die Furcht, dass ihre Reihen von Nazis durchsetzt werden könnten, die politische Ansprüche als Mitglieder des "Herrenclubs" vom 20. Juli stellen würden. Als Mitglieder der Gruppe vom 20. Juli genießen sie bestimmte politische Vorteile. Sie sind bisher, mit Ausnahme einiger Aufsätze in Zeitungen, und Büchern, die im Ausland erschienen, wenig Tatsachen über Mitgliedschaft und Eigenart der Verschwörung vom 20. Juli veröffentlicht worden. Es wissen zum Beispiel nur wenige Deutsche, dass die Einzelheiten der Verschwörung, Hitler durch Stauffenbergs Bombe zu töten, in der Berliner Wohnung Professor Peter Jessens beraten wurden, der am 30. November 1944 hingerichtet worden ist. Seine Witwe lebt still in Berlin, nahe dem Verhörern.

Wenn geschickte Nazis klug genug sind sich aus den Bruchstücken dessen, was vom 20. Juli bekannt geworden ist, ein passendes Alibi zu schaffen, werden sie wahrscheinlich den Unannehmlichkeiten der Denazifizierungsbehörden entgehen. Wenn dies geschieht, wird die politische Annahmestellung, die ein "bona fide" Mitglied der Anti-Hitler-Bewegung genießt, rasch durch Eindringlinge verwässert werden, ehe die wirklichen Mitglieder dies verhindern könnten.

Vor einigen Wochen haben bekannte Mitglieder der Bewegung durch die Post ein privates Erinnerungsschreiben bekommen. Es enthält die Namen von 150 Mitgliedern, die das Bombenattentat mit ihrem Leben bezahlten. Sie werden in jenem Schreiben geschildert als "gefallen in freiem, ehrenvollen Kampf für Wahrheit und Recht, für die Freiheit des deutschen Volkes, für die Ehre und Reinheit der deutschen Waffen. Sie starben den Heldentod als Sühne für das Unrecht, das das deutsche Volk vor Gott auf sich lud".

Während, mit wenigen Ausnahmen, in fast allen befreiten europäischen Ländern die politischen Führer der ehemaligen Widerstandsbewegungen führende Rollen in ihren Parlamenten spielen, stehen die Leute vom 20. Juli abseits. Sie scheinen ihre Zeit abzuwarten zu wollen, ehe sie sich ins Rampenlicht stellen.

New York Herald Tribune vom 22. Juli 1947
(Europäische Ausgabe)

Bericht aus Deutschland

v. Edwin Hartrich

Die hitlergegensetzten Verschwörer von 1944 meiden die Politik.

Frankfurt.

Ein lebendiger Beweis für das politische Durcheinander und die Apathie, die dieses geschlagene Land noch im dritten Besatzungsjahr beherrschen, ist die Tatsache, dass die meisten jener Männer und Frauen, die am 20. Juli 1944 durch ein missglücktes Attentat auf Adolf Hitler versuchten ihr Land zu befreien, heute im allgemeinen verziehen nicht als Teilnehmer der deutschen Widerstandsbewegung genannt zu werden.

Vor drei Jahren, am 20. Juli, betrat der Oberst Klaus v. Stauffenberg das Arbeitszimmer Hitlers um an einer Generalstabsbesprechung teilzunehmen. Er stellte seine Kistentasche in der Nähe von Hitlers Schreibtisch ab. Die explodierende Bombe verfehlte ihr Opfer, Hitler. Aber sie enthüllte, wenigstens teilweise, das Netz der anti-Hitler Widerstandskräfte, das sich während der Kriegszeit in Deutschland vom Feldmarschall bis zum NCO spannte.

Eine Welle von Verhaftungen und Einrichtungen folgte, als Heinrich Himmler verzweifelt versuchte den inneren Feind zu vernichten. Aber es liegen heute genügend Zeugnisse dafür vor, dass eine unbekannt Zahl von Teilnehmern den Häschern entging. Sie versuchen heute sich in einer Wohlfahrtsorganisation zusammenzuschließen, die als eine der exklusivsten und geheimnisvollsten Verbindungen des heutigen Deutschlands angesehen werden kann.

Sie wollen keine führenden Stellungen.

Dem amerikanischen Beobachter erscheint es merkwürdig, dass jene Männer und Frauen, die ihre Leben aufs Spiel setzten um Hitler zu vernichten, heute nicht aus ihrer Reserve herauskommen um führende Stellen im Nachkriegs-Deutschland zu beanspruchen. Jedoch erkennt man bei näherem Hinschauen ein Durcheinander politischer Strömungen, die die Ueberlebenden der einstigen Widerstandsbewegung bestimmen mögen, heute lieber im Hintergrund zu bleiben.

Insmerhin haben einige bedeutende Ueberlebende der 20. Juli Verschwörung Stellen im öffentlichen Leben angetreten. Frau Annelore Leber, deren Mann hingerichtet wurde, ist Schriftleiterin der Berliner sozialistischen Zeitung "Der Telegraph". Jakob Kaiser, ehemaliger Gewerkschaftsführer, der dadurch sein Leben rettete, dass er sich in Berlin versteckte, ist jetzt ein Führer der Christlich-Demokratischen Union in Berlin. Dr. Eugen Gerstenmeyer leitet das Evangelische Hilfswerk in Stuttgart. Joseph Müller wurde eine führende politische Persönlichkeit in München. Dr. Theodor Stelzer ist Ministerpräsident in Schleswig-Holstein. Fabian v. Schlabrendorff ist ein bekannter Wiesbadener Rechtsanwalt.

Jedoch eine ganze Menge anderer ziehen es vor, nicht als Teilnehmer des Attentatversuches bekannt zu werden. Warum? Ihre Gründe sind unschwer zu erkennen, wenn man sich näher mit den Dingen befasst, und mit einigen der Ueberlebenden Rücksprache nimmt.

Einen Teil der Antwort findet man in den politischen Internierungslagern, wie etwa Armstadt, in dem 4000 junge, eisernen SS Männer gefangen gesetzt sind und unillig ihre Freiheit erwarten. Obwohl viel

won ihnen nicht länger an den Nationalsozialismus glauben, sind sie doch rasch bei der Hand mit der Antwort auf die Frage: Warum verlor Deutschland den Krieg?

Ihre einmütige Antwort ist: "Verräter, die am 20. Juli versuchten Hitler zu töten, verrieten Deutschland".

Jeder der deutsche Geschichte kennt, hört hier einen vertrauten Klang. Nazis sowohl als auch Nationalisten behaupteten in den Wahlzeiten der politischen unruhigen 30er Jahre einmütig, dass der Weltkrieg Nr. I von Deutschland durch einen "Folchsstoss in den Rücken" verloren worden sei, den jene Männer geführt hätten, die den Waffenstillstand und den Versailler Frieden unterzeichneten.

Einige Deutsche erinnern sich auch heute noch gut, an den Preis, den diejenigen damals zahlen mussten, die sich mit Walther Rathenau, Matthias Erzberger und anderen verbündeten, - Männern, die die neue Republik unmittelbar nach des Kaisers Abdankung und dem Versailler Diktat gründeten.

Die Männer des 20. Juli wollen einfach nicht jahrelang verfolgt werden, wenn einmal ein neues nationalistisches, militaristisches Deutschland aus den zerbombten Ruinen aufsteigen sollte, - wollen dann nicht zu "Vaterlandsverrättern" gestempelt werden.

Furcht vor Nazi Eindringlingen

Ein anderer ausschlaggebender Grund für ihr politisches Schweigen ist die Furcht, dass ihre Reihen von Nazis durchsetzt werden könnten, die politische Ansprüche als Mitglieder des "Herrenclubs" vom 20. Juli stellen würden. Als Mitglieder der Gruppe vom 20. Juli genießen sie bestimmte politische Vorteile.

Sie sind bisher, mit Ausnahme einiger Aufsätze in Zeitungen, und Büchern, die im Ausland erschienen, wenig Tatsachen über Mitgliedschaft und Eigenart der Verschwörung vom 20. Juli veröffentlicht worden. Es wissen zum Beispiel nur wenige Deutsche, dass die Einzelheiten der Verschwörung, Hitler durch Stauffenbergs Bombe zu töten, in der Berliner Wohnung Professor Peter Jessens beraten wurden, der am 30. November 1944 hingerichtet worden ist. Seine Witwe lebt still in Berlin, nahe dem Verhungern.

Wenn geschickte Nazis klug genug sind sich aus den Bruchstücken dessen, was vom 20. Juli bekannt geworden ist, ein passendes Alibi zu schaffen, werden sie wahrscheinlich den Unannehmlichkeiten der Denazifizierungsbehörden entgehen. Wenn dies geschieht, wird die politische Ausnahmestellung, die ein "bona fide" Mitglied der Anti-Hitler-Bewegung genießt, rasch durch Eindringlinge verwässert werden, ehe die wirklichen Mitglieder dies verhindern könnten.

Vor einigen Wochen haben bekannte Mitglieder der Bewegung durch die Post ein privates Erinnerungsschreiben bekommen. Es enthält die Namen von 150 Mitgliedern, die das Bombenattentat mit ihrem Leben bezahlten. Sie werden in jenem Schreiben geschildert als " - gefallen in freiem, ehrenvollen Kampf für Wahrheit und Recht, für die Freiheit des deutschen Volkes, für die Ehre und Reinheit der deutschen Waffen. Sie starben den Heldentod als Sühne für das Unrecht, das das deutsche Volk vor Gott auf sich lud".

Während, mit wenigen Ausnahmen, in fast allen befreiten europäischen Ländern die politischen Führer der ehemaligen Widerstandsbewegungen führende Rollen in ihren Parlamenten spielen, stehen die Leute vom 20. Juli abseits. Sie scheinen ihre Zeit abzuwarten zu wollen, ehe sie sich ins Rampenlicht stellen.

Hamburg, Klopstock Fontenay Str. 7
July 1947

Wie den meisten von Ihnen bekannt sein wird, hat sich in England auf Initiative des Bischofs von Chichester ein Komitee gebildet, das es sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Hinterbliebenen der Opfer des 20. Juli zu unterstützen. Das Komitee besteht aus dem Bischof von Chichester, Lady Cripps und dem bekannten Schriftsteller Lionel Curtis. Quasi "Geschäftsführer" dieser Organisation ist Mrs. Bielenberg, die sich bereits persönlich mit den meisten Familien in Verbindung gesetzt hat und deren Adresse folgendermassen lautet:

13, Hyde Park Gardens
London W.1.

Die Organisation, die den Namen "The Juli 20 Memorial Fund" trägt, will sich bemühen, einen persönlichen Kontakt zwischen den betreffenden deutschen Familien und interessierten englischen Familien herzustellen, mit dem Ziel materieller Unterstützung, zunächst durch Paketsendungen, später ist auch an Ferieneinladungen für grössere Kinder gedacht und evtl. auch an die Möglichkeit, Einzelnen ein vorübergehendes Studium in England zu ermöglichen.

Inzwischen ist die erste grössere Sendung dieser Pakete in Hamburg eingegangen, die ich - da das Komitee mich zu seinem hiesigen Chairman ernannt hat - in Empfang genommen und verteilt habe. Zum ersten Mal kamen einzelne individuell gepackte und adressierte Pakete in Säcken eingeschickt hier an. Leider war ein Teil der Säcke offenbar schon auf dem Schiff durchwühlt worden und zahlreiche Pakete waren erbrochen. Es ist leider kein Zweifel, dass aus vielen derselben Büchsen und andere wesentliche Gegenstände gestohlen worden sind. In einigen wenigen Fällen ist der gesamte Inhalt eines Paketes gestohlen worden, in anderen ist durch die Plünderung die Adresse der Absender vernichtet worden. Ich füge deshalb am Ende dieses Briefes genaue Angaben an über die Anschrift des betreffenden Spenders Ihres Paketes bzw. Ihrer Pakete.

Mrs. Bielenberg hat mich gebeten darauf hinzuweisen, dass der im Vergleich mit amerikanischen Paketen manchmal vielleicht dürftig erscheinende Inhalt zum Teil von sehr einfachen Menschen gestiftet worden ist. Da gerade auf solche Pakete das Wort von dem Scherflein der armen Witwe zutrifft, wird hoffentlich der Dank hierfür nicht weniger herzlich ausfallen. Überhaupt ist es notwendig, dass ein persönlicher Dank jedes Beschenkten möglichst umgehend erfolgt, damit die Betroffenen nicht das Gefühl haben, dass ihre bei der auch nicht mehr üppigen englischen ersparten Zusendungen in irgendeinem Fond untergehen.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass der Dank für die amerikanische Schuhspende, die ebenfalls jetzt zur Verteilung gelangt, und zwar für die russische Zone durch Saffin Korek in Berlin, für die amerikanische Zone durch Frau Kiep in München bzw. in Stuttgart durch das Evgl. Hilfswerk (das gleiche Verteilungssystem ist für die oben besprochene Sendung gewählt) zu richten ist an:

Mr. Müller, Unitarian Service Committee 31.E. 35, Street New York N.Y.
Die amerikanische CARE Organisation hatte die Absicht, jeder Familie ein Care Paket zu schicken. Sollten Sie also ein solches Care Paket erhalten, ohne dass ein spezieller Absender genannt ist, so ist der Dank hierfür zu richten an:
C A R E 80, Broad Street New York 4, N.Y.

g-2. Marion Gräfin Dönhoff

Reign Of Death And Torture Followed Unsuccessful Attempt To Slay Hitler

By RICHARD TOMPKINS

London, Sunday, July 20. (AP)—More than 4,980 Germans were shot, hanged or tortured to death in a reign of terror which followed the unsuccessful attempt to assassinate Adolph Hitler July 20, 1944, the British Admiralty announced today.

"The terror which followed (the attempt) was one of the worst the Hitler ever organized against his own people," the Admiralty said in a report based on German naval documents captured during the war by British and American intelligence officers.

"The revolt was essentially a revolt from the top," the report stated. "It was impossible under the regime of Himmler's Gestapo for ordinary people to take part."

The report traced the beginning of the revolt, led by Col. Gen. Ludwig Beck, back to 1938, when he resigned as chief of staff in protest against the intended invasion of Czechoslovakia.

Beck's movement later was joined by Count Von Moltke; Dr. Karl Goerdeler, ex-Mayor of Leipzig; Count Friedrich Werner Von Der Schulenberg, former Ambassador to Moscow; Field Marshal Edwin Von Witzleben; Col. Gen. Erich Hoepner; Gen. Friedrich Olbricht and Adm. Walter Wilhelm Canaris, chief of the intelligence division.

The report said it was necessary to gain the cooperation of most of the Army commanders who were capable of seizing power, "but the one great obstacle to obtaining the sympathy of the army was the personal oath of loyalty which all officers had taken to Hitler."

"Hitler's crimes alone would seem to have been sufficient reason for breaking such an oath, but to the German officer nothing less than the death of Hitler could absolve them from their obligations," the report continued.

"For the success of Beck's movement, therefore, the assassination of Hitler, was a sine qua non (necessity)."

Col. Count Von Stauffenberg

More Than 4,980 Germans Were Hanged, Shot Or Tortured After 1944 Bomb Plot Failed

became a supporter of the movement when the defeat of Germany became certain, and his "vigorous and dashing personality gave an added impetus to the movement," the Admiralty reported.

The report explained that the motives behind the plan were hatred of Hitler, and belief that, rather than surrender, he would "drag the whole nation to destruction with him."

Von Stauffenberg was to assassinate Hitler at Rastenburg. Witzleben was to assume command of the army, and Gen. Von Fromm, as head of the Home Army, was to seize Berlin. All communications with the German

high command were to be cut.

"As soon as order had been established, Goerdeler and Beck were to form a government and sue for peace with the Allies," the report said. "They realized that the Allies would accept only unconditional surrender, but they believed that however harsh the terms they would still have saved many lives and prevented the further destruction of Germany."

"The plan miscarried, firstly because Von Stauffenberg did not wait to make sure that Hitler was dead, secondly because the communications were not secured, and thirdly because Fromm, uncertain of Hitler's death, betrayed the movement."

Report from Germany Anti-Hitler Plotters of 1944 Avoid the Political Arena

By Edwin Hartich

FRANKFURT.

A striking example of the political confusion and apathy, which grips this defeated country in the third year of occupation, is the fact that most men and women who attempted to liberate their country by the unsuccessful assassination of Adolf Hitler on July 20, 1944, now generally prefer not to become publicly identified with Germany's war-time underground.

Three years ago, July 20, Colonel Klaus von Stauffenberg walked into Hitler's office for a staff conference. He deposited his briefcase by the Führer's desk. The bomb that exploded failed to kill its target—Hitler. Yet it partially blew the lid off the network of anti-Hitler resistance that ranged through all the strata of war-time Germany from field marshals to NCOs.

A wholesale wave of arrests and executions swiftly followed as Heinrich Himmler sought desperately to wipe out the enemy within the ranks. Yet there is ample evidence today that untold numbers escaped the dragnet. In fact, they are attempting to band themselves into a charitable organization in what may prove to be the most exclusive and secrecy-enveloped group in Germany today.

Don't Claim Leadership

To the American observer it is strange that men and women who risked their lives in conspiracy to wipe out Hitler and the Nazi leadership shouldn't step forward to claim leadership in post-war Germany. However, closer examination reveals a tangled skein of political cross-currents which influence the remnants of this one-time underground to remain underground today.

However, several prominent survivors of the July 20 conspiracy have merged in occupational public life. Mrs. Annclore Leber, whose husband was executed, is editor of the Socialist paper "Der Telegraf" in Berlin. Jakob Kaiser, former trade unionist, who escaped with his life by hiding in Berlin, is now a leader of the Christian Democratic Union in Berlin. Dr. Eugen Gerstenmeier is now directing the Evangelical Charity Society in Stuttgart. Josef Mueller is a prominent Munich political leader. Dr. Theodor Stelzer is Minister President of Schleswig-Holstein. Fabian von Schlabrendorff is a leading Wiesbaden lawyer.

However, others prefer to remain unidentified as participants in the attempt to eliminate Hitler. Why? Their reasoning is not hard to decipher on closer study and discussion with some survivors.

The answer can also be found in political internment camps such as Darmstadt, where 4,000 hardened young SS men are locked up waiting angrily for their freedom. While many no longer believe in Nazism they are quick to answer the question: "Why did Germany lose the war?"

Their unvarying reply is: "Traitors who attempted to kill Hitler on July 20 betrayed Germany."

To any historian of Germany that has a familiar ring. The Nazis and Nationalists alike garnered votes in the politically turbulent thirties by claiming Germany lost World War I because of a "stab in the back" administered by men who signed the armistice and the Versailles treaty.

Today some Germans still remember the price paid by those who associated themselves with Walther Rathenau, Matthias Erzberger and others who took control of the new republic on the heels of the Kaiser's abdication and Germany's military defeat.

Some of those who participated in the July 20 coup don't want to be persecuted years hence if another nationalistic, militaristic Germany arises from her bombed ruins or to be labeled as "traitors of the Fatherland."

Fear Nazi Intrusions

Another cogent reason for their political silence is fear that former Nazis may penetrate their ranks and claim political protection as members of the July 20 "Herrenklub." As members of the

July 20 group they enjoy a certain political asset.

Thus, except for newspaper stories and books published outside Germany, little information has been disseminated on the membership and character of the July 20 conspiracy. For example, only a small handful of Germans know that the details of the plot to kill Hitler with Von Stauffenberg's bomb were arranged in the Berlin apartment of Professor Peter Jessen, who was executed November 30, 1944. His widow lives quietly in Berlin on the thin edge of starvation.

If those with incriminating Nazi backgrounds can fit bits and pieces of information about the July 20 plot together to create an alibi for themselves, then they'll probably escape the penalties of de-Nazification tribunals. Should that happen, the political assets of once being a bona fide member of the anti-Hitler underground will be dissipated by hijackers before the original members can cash in on them.

In the last few weeks, known members have received through the mails a private memorial notice. It lists 150 names of those active participants who paid with their lives for the bomb plot. They are described as "Fallen in free and honorable battle, for truth and right, for freedom of the German people, for the honor and cleanliness of German arms, they died a hero's death as reparation for the wrongs done before God by the German people."

While in almost every liberated European country the political leaders of the anti-Nazi underground play major roles in their respective governments, with few exceptions, the same can't be said for the membership of the July 20 group. They appear to be biding their time before exposing themselves.

Inflation Hits 1

Professor Gets Little to

By Barrett

STUDENTS, who arrived last week's first full-scale post-war sun found inside their own classrooms Italy's stricken middle class. Their example of the fate which has befallen a group as a result of inflation.

In the opinion of many economists, Italy's middle class proportionately has suffered most as the Italian savings accounts have dwindled to three per cent of their pre-war buying power. Many of the poor have been able to survive through the country's wide-scale black market, but middle-class persons like professors at Perugia's six-hundred-year-old university often have had to sell their personal libraries and other possessions merely to eat.

Professor Giustizio Cristofani, who teaches advanced art at Perugia's summer school for foreigners, offered his own case as an example of what has occurred. Before the war he roamed North Africa, Asia Minor, Greece, France and England, as well as all parts of Italy, studying ancient buildings, statuary and paintings. He considered it an essential part of his work.

Rental for a Bus

"Now, I would have to go in debt if I were to make a trip to Sicily," he said. "One month would cost me all I earn in four or five."

Professor Cristofani was shocked when he heard how much it would cost to rent a bus to take his class this Sunday to Assisi. The town of Saint Francis is...

DER 20. JULI 1944

Aus den Papieren des SS-Obersturmbannführers Dr. Georg Kiesel

Wir bringen mit freundlicher Genehmigung der „Nordwestdeutschen Presse“ einen Bericht von der Vernehmung gegen Hitler.

SS-Obersturmbannführer Dr. Georg Kiesel war vor 1933 Jurist bei der Polizeibehörde in Nürnberg, später wurde er die rechte Hand des Nürnberger Polizeipräsidenten Dr. Martin. Martin fiel in Ungnade, nachdem er Streicher politisch ausgeschaltet hatte. Auf Veranlassung Himmlers wurde Kiesel zum Militärbefehlshaber nach Jugoslawien versetzt. Ab 1. Juli 1944 tat er Dienst im Reichssicherheits-Hauptamt in Berlin.

Kiesels Aufgaben auf dem Balkan waren offenbar blutiger Natur. Er ist nach dem Kriege an die jugoslawische Regierung ausgeliefert worden. Noch während seiner Unterbringung in einem Internierungslager wurde er jedoch verschiedenen Belastungszeugen gegenübergestellt. Diese Vernehmungen und eine Anzahl Notizzettel von seiner Hand liegen dem folgenden Bericht zugrunde.

Man wird bei einer späteren Quellenkritischen Untersuchung sehr vor- sichtig zwei verschiedene Schichten des Dokuments voneinander abheben müssen. Erst dann entstehen die Tatsachen und Kombinationen klar in Kiesels eigener Befragung. Und auch hier ist wieder Vorsicht am Platze. Kiesel schrieb seine Notizen aus dem Gedächtnis nieder, und zwar mindestens ein Jahr nach den Ereignissen, also auch unter dem Eindruck des inzwischen erfolgten Zusammenbruchs. Daraus ergeben sich Irrtümer, was einzelne Namen und Daten anbelangt, aber auch möglicherweise Verschiebungen in der Tendenz. Wenn er die Differenzen zwischen Hitler und dem Generalstab sehr ausführlich und überraschend klar wiedergibt und bei der Schilderung der Motive Beck's und Goerdeler's, auch Stauffenbergs, sehr lange verweilt, sind z. B. die Aussagen, die sich mit dem Anteil etwa der sozialistischen Politiker befassen, merkwürdig schmal und blaß. Daraus läßt sich entweder schließen, daß das bei Kiesel zusammengekaupte Material über die Teilnehmergruppe wenig aus- sagte, oder es kann sein, daß sich Kiesel in der Situation von 1944 für sie weniger interessierte, es kann auch sein, daß er ihre Rolle bagatel- lisieren wollte, obwohl sie in Wahr- heit vielleicht bedeutungsvoller ge- wesen sein mag. Das alles wissen wir nicht.

Ferner ist zu fragen, was Kiesel eigentlich zu so umfanglichen Aus- sagen und Niederschriften bewog. Der Trieb, der historischen Wahrheit zu dienen? Die Langeweile des Inter- nierungslagers? Ueberhaupt: cui

bono? Wird hier der Versuch ge- macht, bestimmte Kreise des Reichs- sicherheits-Hauptamtes auf Kosten anderer im Lichte vaterländischen Eifers hervortreten zu lassen?

Unverkennbar ist Kiesels Bitterkeit gegen die Partei. Unverkennbar seine Abneigung gegen Heydrich, und be- sonders gegen den Beamten-Groß- Inquisitor Müller. Hitler kommt durchaus schlecht weg — der Fach- kriminalist ist erbittert über so viel Vermischung eines Laien; deshalb vielleicht sein Verständnis und Mit- gefühl für die ähnlich gelagerten Kriegen des Generalstabs. Aber er- scheinen nicht Himmler als ein Mann der Vernunft, Kattenbrunner als ein zwar schwacher, aber einsichtiger Mensch?

Nur eine sehr genaue Prüfung der Darstellung, nur ein kritischer Ver- gleich der einzelnen Teile kann auf diese Fragen Antwort geben und zu- gleich klarstellen, ob und inwiefern Kiesel seine eigenen Spuren in der Tätigkeit der „Sonderkommission 20. Juli“ zu verwischen sucht.

SS-Obersturmbannführer Dr. Kiesel wurde am 21. Juli 1944 um 6 Uhr zu SS-Gruppenführer Müller, dem Chef des Amtes IV des Geheimen Staats- polizeiamtes, gerufen. Müller war äußerst abgespant und eröffnete Kiesel, daß er in eine Kommission eingebaut werden solle, die der Auf- klärung des Attentats vom Vortage diene. Die Geheime Staatspolizei war von den Vorfällen völlig überrascht worden. Kiesels Aufgabe war es nun, das eingehende Material zu sichten.

Der Ermittlungskomplex nahm be- reits nach wenigen Tagen einen der- artigen Umfang an, daß Müller eine straffe Gliederung der sogenannten „Sonderkommission 20. Juli“ vor- nahm. Etwa 400 Beamte waren in ihr be- schäftigt. Infolge der Wichtigkeit des Falles übernahm Müller die Lei- tung persönlich. Die Gliederung er- folgte nach sachlichen Gesichtspun- kten und sah folgendermaßen aus:

1. Gruppe: Tatort — Leiter: Krimi- nalrat Sturmbannführer Kopkow.
2. Gruppe: Berlin, Bendlerstraße — Leiter: Oberregierungsrat Ober- sturmbannführer Lischka.
3. Gruppe: a) Berlin-Potsdam — Lei- ter: Oberregierungsrat Stabsarten- führer Bock; b) OKW, OKH — Leiter: Oberregierungsrat Ober- sturmbannführer Litzenberg.
4. Gruppe: Reichsgebiet — Leiter: Oberregierungsrat Obersturm- bannführer Wolf.
5. Gruppe: Besetzte Gebiete — Lei- ter: Oberregierungsrat Obersturm- bannführer Höner.

6. Gruppe: Partangelogenheiten — Leiter: Kriminalrat Sturmbann- führer Sanders.

7. Gruppe: Amt Militär — Leiter: Regierungsrat Sturmbannführer Günther.

8. Gruppe: Allgemeiner ziviler Sek- tor und Sonderfälle — Leiter: Kriminalrat Sturmbannführer Lange.

9. Gruppe: Wirtschaftliche Sonder- fälle — Leiter: Oberregierungsrat Obersturmabführer Quetting.

10. Gruppe: Feldmarschälle und hohe militärische Ränge — Leiter: SS- Oberführer und Oberst der Pu- lizei Klein.

11. Gruppe: Kirchliche Angelegen- heiten und Sippenhaft — Leiter: Regierungsrat Obersturmab- führer Neubaus.

Diese Gruppen hatten die krimina- listischen Ermittlungen anzustellen. Zwischen den Gruppenleitern und Müller waren zwei Abteilungen ein- gebaut, die mit den Ermittlungen als solchen nichts zu tun hatten. Die eine war die „Abteilung der Berichterstat- tungen“ unter dem Obersturmbann- führer von Kielpinski, der jeden Tag aus der erdrückenden Fülle der Er- mittlungsergebnisse den von Hitler geforderten Bericht zusammenzulei- gen hatte. Eine andere Abteilung wurde von Dr. Kiesel geführt. Ihre Aufgabe war: Sichtung sämtlicher Eingänge durch das Hauptbüro und ihre Weiterleitung an die einzelnen Gruppen; Anordnungen an sämtliche Gruppen; Aufstellung einer Hart- kartel, Vorlage einer Durchschrift aller Vernehmungen zwecks Errich- tung einer Gedächtniskartei für sämtliche aufsuchende Namen, Uebernahme des Publikumsverkehrs und des Verkehrs mit den Angehör- igen der Beschuldigten, Verkehr mit den Behörden wie Justiz, Militär, Oberreichsanwalt, Propagandaminis- terium, Heerespersonalamt usw.

Durch die Tätigkeit konnte Kiesel neben Müller und Kielpinski wohl den umfassendsten Überblick über den Gesamtkomplex des 20. Juli ge- winnen. Nach monatelanger Ermitt- lung, die gestört wurde durch fort- währende Sonderbefehle Hitlers, hatte sich ein Bild ergeben, das sicherlich in der Breite wie in der Tiefe nicht vollständig war, weil infolge der Schnelligkeit des Verfahrens, die Hit- ler befohlen hatte, eine Anzahl der beteiligten Personen nicht festgestellt werden konnte. Immerhin: es schäl- ten sich verschiedene Gruppen politi- scher und militärischer Art heraus, die sich in engem oder losem Zusam- menhang gefunden hatten, um aus den verschiedensten Motiven irgend etwas zu tun, das Regime und schließ- lich Hitler zu beseitigen.

(Fortsetzung folgt)

1947

Es gab eine deutsche Widerstandsbewegung

Von GÜNTHER WEISENBORN

"Es gab keine Widerstandsbewegung in Deutschland. Das ist eine Tatsache und das müssen wir zugeben."

Diese knappe und apodiktische Antwort gab Frau Dr. Gabriele Strecker, die Vertreterin der deutschen Frauen auf dem Weltfrauenkongress in New York in einem Interview in New York auf folgende Frage: Ich würde gerne etwas über die Beteiligung von Frauen in der deutschen Widerstandsbewegung während des Krieges erfahren. Das würde uns brennend interessieren.

Die Antwort der deutschen Delegierten zing um die ganze Welt und richtete überall großes Unheil an. Die Welt wußte, daß das deutsche Volk bis zur letzten Patrone für Hitler gekämpft hatte. Die Welt wußte, daß das deutsche Volk nach der Kapitulation einmütig erklärt hatte, es sei immer gegen Hitler gewesen. Das kostete uns allerhand Vertrauen in der Welt, aber der verhängnisvolle Satz, der in New York gesprochen wurde, vernichtete den Rest von Achtung, den die Gutmeinenden im Ausland noch vor den deutschen Hitlergegnern hatten.

Ich bin geneigt zu glauben, daß Frau Gabriele Strecker nicht im Bilde war, aber ihre Feststellung ist in vertikaler Verlängerung die gleiche Feststellung Hitlers, der die Existenz der Widerstandsbewegung in Deutschland stets knapp und apodiktisch abgestritten hatte. Viele Menschen in der ganzen Welt sind derselben Meinung. Ihr Urteil ist gefällt.

Wie sehen die Tatsachen aus?

Es wird schon seit längerer Zeit intensiv an der Zusammenstellung von Tatsachen und Zahlen über die deutsche Widerstandsbewegung gearbeitet, eine Arbeit, die durch die verschiedensten Umstände (Zonen, Tod, Wirrwarr, Aktenvernichtung und so weiter) sich verzögerte. Bald jedoch ist mit den ersten authentischen Veröffentlichungen über die deutsche Widerstandsbewegung zu rechnen. Veröffentlichungen, die die Welt in Erstaunen setzen werden.

Einige kurze Tatsachen mögen den Unwissenden zunächst einen Einblick geben in den wilden, verbissenen Kampf der Widerstandsorganisationen um ihr Vaterland gegen den Verräter ihres Vaterlandes.

Nach einem Gestapo-Geheimbericht wurden im Olympiajahr 1936 in Deutschland 11.687 Personen wegen illegaler Linkspropaganda verhaftet, dazu kamen 17.168 Verfahren wegen Heimtücke. Das sind fast 30.000 Deutsche, die der Gestapo in einem einzigen Jahr zum Opfer fielen. Da aber auf jeden Verhafteten nach unseren Erfahrungen meist einige kamen, die nicht verhaftet wurden, darf man in jedem Jahr auf 60.000 bis 80.000 Deutsche rechnen, die Widerstand geleistet haben, das sind 6-8 Divisionen, das ist eine Armee. Im Jahre 1936 wurden von der Gestapo nach einem ihrer Geheimberichte 1½ Millionen Flugblätter erfaßt (genau 1.643.200). Da die von der Gestapo erfaßten Flugblätter jedoch nur ein Teil der überhaupt verbreiteten sind, darf man im Jahre 1936 mit rund 3.000.000 Flugblättern rechnen. Es gab also im Olympiajahr mehr illegale Flugblätter als Parteimitglieder.

Im gleichen Jahr wurden an Betriebsgruppen ausgedehnt: in Berlin 9, darunter eine bei Osram, eine in Schöneberg mit 130 Verhaftungen, eine in Steglitz mit 45, eine in Südost mit 116 Mann. Ferner fielen Gruppen in Görlitz (100), Hamburg (130), Ljegnitz, Schwelm (64), Köln (92), Emden (102), Magdeburg, Frankfurt (10), Jena, Leipzig, Dortmund, Darmstadt, Hannover (216), in Potsdam (81 Mann Reichsbanner), in München (23) und so weiter. Fast in allen Städten fielen Gruppen aller antinazistischen Parteirichtungen der Gestapo zum Opfer. Aber jeder Erfahrene weiß, daß die Gestapo stets nur einen Teil erfaßte. Es war ein ständiges Aufwachen von Gruppen zu beobachten, und nur mühsam wurde die Gestapo mit ihnen fertig. In Berlin gab es während der zwölf Jahre Hunderte von Gruppen, so die Gruppe Sens, Behrendt (60), Manke (170 Angeklagte), Ott, Köhn, Kowalka, Klein, Altmann, die Studenten-Gruppe "Rote Standarte" und so weiter. In Magdeburg gab es die "Tribüne", in München die Studentengruppe, in allen Städten schlossen sich todesmutige Antifaschisten zusammen. Allein in Berlin wurden im Januar 1941 nach Lagerberichten der Gestapo 43 illegale verhaftet, im Februar 32, im März 41. Sie stiegen an und erreichten im August die Zahl von 1308 Verhaftungen. Natürlich griffen die Verhaftungen mit dem sich verschärfenden Widerstand in den nächsten Kriegsjahren immer mehr um sich. Die Gestapo arbeitete immer verzweifelter, aber auch die Widerstandsorganisationen kämpften auf immer breiterer Front, immer erfolgreicher, immer entschlossener. Nach weiteren Gestapoberichten kann man wahrscheinlich mit rund 800 bis 1000 Verhaftungen illegaler in Deutschland während jedes einzelnen Monats der Hitlerzeit rechnen.

Aus den einzelnen Gruppen gab es große Organisationen der Widerstandsbewegung, die sich über ganz Deutschland erstreckten. Hier ist vor allem die Gruppe Uhlir zu nennen, die rund 10.000 Mann umfaßte und mit 74 Funktionären arbeitete, ferner der Römmerkreis mit etwa 120 Hingerichteten, dann die "Europäische Uni-

on", deren Mitglieder hauptsächlich deutsche und ausländische Arbeiter, in die viele Tausende gingen, die 3000 Mann starke KDF-Gruppe (Kampf dem Faschismus) in Hamburg. Die "Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe" schließlich, der rund 800 Menschen angehörten, von denen zwei Drittel an das Schafott traten, Offiziere, Künstler, Arbeiter, Ärzte, erstreckte sich von Brüssel bis Berlin. Besonders sei die mächtige Saefkow-Gruppe genannt, die einen zentralen Zusammenschluß aller nazifeindlichen Organisationen versuchte und deren Kontakte von Hamburg bis Tirol gingen. Sie war die stärkste. Ihre Mitgliederzahl ging in die Zehntausende. Sie hatte etwa 500 Hingerichtete. Es sei auch nicht die sozialistische Gruppe "Neubeginnen" vergessen, die ebenfalls über ganz Deutschland verbreitet war und deren Mitgliederzahl in die Tausende ging. Dabei sei die 20.-Juli-Gruppe nicht besonders erwähnt, da sie allgemein bekannt ist.

Dies sind nur einige Tatsachen, aber bald werden alle Organisationen ihre Einzelberichte gesammelt haben und zu Gesamtberichten verarbeiten, die in Kürze der Öffentlichkeit vorgelegt werden dürften.

Diese Zahlen mögen vorläufig beweisen, daß die Äußerung von Frau Gabriele Strecker eine leichtfertige war. Aber was sie als Vertreterin der deutschen Frauen im Ausland ganz besonders bewegen mußte, das ist die ungeheure Beteiligung der deutschen Frauen an der Widerstandsbewegung, und der Heldenmut, mit dem sie reihenweise in den Tod gingen. Hier sind Tausende von hingerichteten Frauen aller Parteirichtungen von Lilo Hermann bis zur Gräfin Erika von Brockdorff-Rantzau Beweise dafür, daß der Satz jener Frau Strecker unrichtig ist und unrichtig ist. Diese Frauen waren Arbeiterinnen, Studentinnen, Künstlerinnen, Ärztinnen. Sie waren Mütter, sie waren Geliebte und sie wurden oft gefoltert. Zwei junge Frauen, die während unseres Prozesses in der Gestapozelle Mütter wurden, kamen nach einigen Wochen auf das Schafott. Die Kinder wurden von der Gestapo weggegeben. Es gab zahllose Frauen, die sich selber belasteten, um ihre Männer zu entlasten, Frauen, die Selbstmord begingen, um nichts Belastendes gegen andere aussagen zu müssen, Tausende von Frauen, die mit blassem leuchtendem Gesicht ihren Weg in die Finsternis gingen, um ihr Vaterland zu retten. Es gab herzbezügliche Konflikte, Heldentaten, Liebesbeweise, kameradschaftliche Opfer bis in den Tod hinein. Nie war der Mensch größer, als in den deutschen Kellern jener Welt, in der der Mensch am kleinsten war.

Die Widerstandsbewegung war eine verheimlichte Armee gegen Hitler, die von 1933 bis zur Kapitulation täglich viele Tote hatte und deren erlittene Haftjahre eine astronomische Zahl ergeben würden. Ich weiß nicht, ob Frau Strecker jemals eine Woche hinter Gittern verbracht hat. Dort hätte sie jedenfalls zahlreiche Mitglieder der Widerstandsbewegung kennengelernt. Nicht umsonst hatte Hitler 88 Konzentrationslager mit Millionen von oppositionellen Menschen, nicht umsonst waren die Gefängnisse und Zuchthäuser überfüllt mit politischen Gefangenen. Wenn die deutsche Widerstandsbewegung nicht gewesen wäre und die Macht Hitlers nicht ständig empfindlich gestört hätte, so wäre der Krieg, der so wieso verloren war, beträchtlich später zu Ende gegangen. Und das hätte von uns Deutschen und allen Kriegführenden weitere Hunderttausende von Toten gekostet.

Der Vergleich mit den Widerstandsbewegungen in Frankreich, Norwegen, Jugoslawien und anderen Ländern ergibt folgende Tatsachen: In jedem der genannten Länder hatte die Gestapo nur einige Jahre Zeit, in Deutschland hatte sie zwölf Jahre Zeit. In jedem der genannten Länder stand die Gestapo völlig neuen Akten, Menschen, Methoden und Sprachen gegenüber, in Deutschland kannte sie alle diese Dinge genau. In jedem der genannten Länder hatten die Widerstandsgruppen ständigen Kontakt mit dem Ausland, in Deutschland war eine Gruppe ganz auf sich allein gestellt. Ihre Situation war isoliert, war fast aussichtslos.

Die deutsche Widerstandsbewegung wird in der Geschichte der Freiheitskämpfe der Welt eine besondere Rolle spielen, da noch niemals die Waffen so ungleich verteilt, noch niemals in der Welt das Todesrisiko, der Sterbekoeffizient so entsetzlich waren. Die Energie, die Unerschrockenheit, die Geschicklichkeit, das Genie und die reine Weltliebe der deutschen Widerstandskämpfer ist der Bewunderung der Welt wert. Das Ansehen unseres Vaterlandes in der Welt wird sich danach richten, was die Welt über den Kampf der Deutschen gegen die Nazidiktatur erfährt.

Darum denke ich, es ist Zeit, endlich einmal der deutschen Widerstandsbewegung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich ergreife hierzu das Wort nur unwillig, da sich sonst niemand rührt. Ich nehme an, daß die Überlebenden zu überlastet sind. Ich persönlich habe nicht die Absicht, als ein Held der Widerstandsbewegung in die deutsche Geschichte einzugehen, ich war nur ein kleines Rad im Getriebe, aber ich bin Zeuge. Und

ich spreche hier im Namen zahlreicher Kameraden, die tot sind und deren Taten nicht vergessen werden dürfen. Sie sind das heimliche, das bessere Deutschland gewesen. Sie kämpften bis zum Tode gegen den Hochverrat, gegen den Menschenverrat der Nazis.

Hitlers Politik, die politischen Massenprozesse in Einzelprozesse aufzuteilen, und die Prozesse gegen Widerstandsgruppen auf das brutalste zu verheimlichen, hatte großen Erfolg, so daß bei vielen Verurteilten nicht einmal die Angehörigen etwas über die betreffenden Gruppen erfuhren. Mein eigener Vater fragte mich, nachdem ich drei Jahre hinter Gittern gelebt hatte, bei unserem Wiedersehen: "Warum haben sie dich eigentlich verhaftet?" Ein Brief der Familie eines hingerichteten Arztes fragt bei mir an, wann, wo und weshalb dieser Familienvater getötet worden sei. Viele Prozesse liefen unter "Geheim". Wer darüber sprach, verfiel der Anklage "der Feindbegünstigung", die automatisch die Todesstrafe zur Folge hatte. Auf diese Art erreichte die Schreckensjustiz, daß die Prozesse tatsächlich geheim blieben, daß die Familien, daß das eigene Volk und daß die ganze Welt sogar noch heute in absoluter Unkenntnis darüber sind, daß es eine mächtige Widerstandsbewegung in Deutschland gab.

Auf das entschiedenste ist darum im Namen unseres neuen Deutschlands, im Namen der deutschen Widerstandsgruppen und im Namen von Zehntausenden von Kameraden und Kameradinnen, die fielen, eine derart leichtfertige Äußerung, wie die von Frau Gabriele Strecker gemachte, zurückzuweisen.

Noch liegt der Hitlernebel über der Widerstandsbewegung, aber er weicht bereits. Unsere Suchkolonnen haben sich in das fahle Gebiet der verschwiegensten aller Fronten, der deutschen Schafottfront, begeben. Und ihre Berichte stimmen überein: Es gab eine deutsche Widerstandsbewegung und sie war stark.

Aus: Rudolf Pechel, "Deutscher Widerstand"

Eugen Reutsch Verlag, Salenbach-Zürich, 1947. S. 88 ff.

Der Solf-Kreis

Wie wenig es den Nationalsozialisten gelungen war, trotz des erbarmungslosen Terrors das anständige Menschentum in Deutschland auszurotten, ja nicht einmal seine Bewätigung in Werken der Hilfe und der Nächstenliebe zu verhindern, dafür ist der Kreis von Männern und Frauen ein lebendiger Beweis, den wir den Solf-Kreis zu nennen uns geöhnt haben. Hier hatten sich Menschen zusammengefunden, die keine Aktionen zur Beseitigung des Regimes planten, sondern einfach aus dem Zwang ihrer Natur heraus und getrieben von eigenem Gewissen durch Wort und Tat zeigten, daß das "andere Deutschland" lebte. Das von dem Hitler-Regime durch seine Taten auf das Empfindlichste verletzte Rechtsgefühl, das eigene Vaterland von Schmutz und Schande zu säubern, die sittliche Empörung gegen die Schändung auch der einfachsten Menschenwürde und gegen die Erniedrigung aller Menschen, das Bedürfnis nach der Freiheit des Gewissens und des religiösen Bekenntnisses, der Zorn über die Vergewaltigung der Seele und der Persönlichkeit, die flammende Empörung über das Verhalten gegenüber den Juden, unseren Mitbürgern, und den Angehörigen fremder Völker: das waren die Motive, die den Kreis zusammenführten. Alle waren vereint in dem Glauben an die Kraft des Geistes und der Ethik und in der unerbittlichen Ablehnung des frevelhaften Mißbrauchs der Macht und gegen die satanische Verrechnung und Entstellung des Menschenbildes, in der Verpflichtung gegen die Gebote Gottes.

Im Mittelpunkt dieses Kreises stand Frau H a n n a S o l f, die Witwe des 1936 verstorbenen Dr. Wilhelm Solf, der 1900 kaiserlich deutscher Gouverneur von Samoa, 1911 Staatssekretär im Reichskolonialamt und seit 1921 deutscher Botschafter in Tokio gewesen ist. Er war einer der freiesten Geister und ein wahrhaft humaner Mensch, der durch sein Wirken in Deutschland und draußen in der Welt dem Deutschen Namen Achtung erworben und bewahrt hat.

Alle ihre außergewöhnlichen Beziehungen setzte sie furchtlos ein, um Verfolgten, besonders Juden, zu helfen, wie auch ihr Mann verschiedenen deutschen Professoren zu ihrer Rettung einen Ruf nach Japan zu vermitteln versucht hat.

Dank der Bedeutung ihres Mannes und seiner gesellschaftlichen

Stellung hatte Frau Solf: Verbindungen zu außerordentlich vielen Menschen von Einfluß im In- und Auslande.

Frau Solf wollte bewußt Verbindungen zwischen wertvollen Menschen schaffen, damit einst, wenn der Spuk vorüber wäre, ein Kreis von fähigen Menschen einander kannte, um gemeinsam das neue Deutschland aufzubauen.

Die Gestapo stand dem ganzen Kreis mit großen Mißtrauen gegenüber und vigilierte, bis endlich durch einen gemeinen Spitzel, den Dr. Beckzsh, der entscheidende Schlag gelang. Frau Solf, die man wegen ihrer ausländischen Beziehungen nur ungern anfassen wollte, war im Frühjahr 1943 verurteilt worden, weil ein jüdisches Ehepaar nach dem mißglückten Versuch einer Ausreise in die Schweiz gezwungen wurde, sie als Helferin bei ihrer Flucht anzugeben. Jetzt aber griff die Gestapo zu.

.....

Am 12. Januar 1944 wurde sie mit ihrer Tochter und ihrer Schwester in Partenkirchen verhaftet, wohin sie nach ihrer totalen Ausbombung gefahren war.

Und nun begann der Leidensweg für Frau Solf und ihre Tochter, wie ihn ungezählte Frauen und Männer in den Händen der Gestapo gegangen sind.

..... Frau Solf wurde von München nach Sachsenhausen gebracht, von dort nach Ravensbrück, nach Cottbus und endlich zur Hauptverhandlung am 1. Juli 1944 vor dem I. Senat des Volksgerichtshofes unter Vorsitz von Freisler. Sie war neben Fräulein v. Thadden und Kiep Hauptangeklagte. Scherpenberg, Fräulein von Kurowski und Fräulein Zarden waren mitangeklagt. (Stattsekretär a.D.) Zarden hatte nach der Verhaftung in Gefängnis sich das Leben genommen. Nach fünfzehnstündiger Verhandlung wurde das Verfahren gegen Frau Solf zwecks weiterer Ermittlungen abgetrennt. Fräulein v. Thadden und Kiep wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Elisabeth v. Thadden war durch edle Menschlichkeit und persönlichen Mut ausgezeichnet. Otto O. Kiep, einst Pressechef der Reichsregierung, später lange Jahre deutscher Generalconsul in New York, war den Nationalsozialisten verhaftet, weil er zum "anderen Deutschland" gehörte. Dann der Kampf galt ja dem Geist schlechthin. Sie ließen sich nicht damit genügen Kiep zum Tode zu verurteilen, sondern haben ihn vor und nach dem Todesurteil auf das Grauensvollste gefoltert.

Im November 1944 wurde dann neue Anklage gegen "Solf und 5 andere" erhoben. Es waren außer ihr ihre Tochter, Kuenser, Berghorff, Brühl und als Mitwisser in der Nebenanklage Dr. Maximilian von Hagen. Die Anklage lautete auf Hochverrat, Landesverrat und Wehrkraftzersetzung. Der Termin wurde vom 13. Dezember 1944 auf den 15. Januar 1945, dann auf den 5. Februar 1945 verschoben. Am 3. Februar erließ eine amerikanische Bombe Freisler und die Akten gegen Frau Solf. Sie wurden rekonstruiert und Termin auf den 28. April angesetzt. Die Kämpfe um Berlin verhinderten ihn. Sov wurden die beiden tapferen Frauen, von denen Frau Solf unbedi

mit einem Todesurteil rechnen mußte, gerettet.

Von ihren anderen Bekannten wurden Kuenzer, Graf Bernstorff, Oberst
Saehle kurz vor der Befreiung durch Genickschuß von der Gestapo ermor-
det.

Wenn einer der Toten vom 20. Juli unter uns träte...

Münchner Arbeitskreis hält die Erinnerung an die Freiheitskämpfer von 1944 wach

München (SZ)

Der „Arbeitskreis 20. Juli“, der sich in München gebildet hat mit dem Ziel, zum bevorstehenden 10. Jahrestag das Bild der todesmütigen Freiheitskämpfer des Jahres 1944 dem drohenden Vergessen und der Mißdeutung zu entreißen, traf in einer Nachtveranstaltung der Münchner Kammerspiele zum ersten Male an die Öffentlichkeit. Trotz der späten Stunde war der Zuschauerraum des Schauspielhauses bis auf den letzten Platz gefüllt, als Intendant Hans Schweikart die Veranstaltung eröffnete, die unter dem Motto stand „Von der deutschen Vergeßlichkeit“.

Nach Verlesung einiger der erschütternden letzten Briefe der Opfer des 20. Juli durch Maria Wimmer sprach als erster Redner Dr. Franz Josef Schöningh. Er stellte die Frage, wie uns wohl ums Herz wäre, wenn einer der Toten jener Erhebung heute unter uns träte, um uns zu fragen, wie wir mit dem Pfunde gewuchert haben, das damals mit ihm und seinen Gefährten vercharrt wurde. Damals reichten sich Christen und Nichtchristen brüderlich die Hand, herrschte tiefe Einmütigkeit zwischen den Konfessionen, wäre es unmöglich gewesen, Christen und Sozialisten von vornherein als unversöhnliche Gegner zu bezeichnen. Und wie, wenn ein Toter des 20. Juli heute in unsere Schulen träte? Wie für die Achtung vor der Freiheit in unse-

rem Lande sei, könne man daran ablesen, welche Rolle jener Tag im Geschichtsunterricht unserer Schulen spiele.

Eugen Polz, Präsident des Bayerischen Jugendringes, bezeichnete die Toten des 20. Juli als die unerbittlichen Richter über den jeweils nächsten Schritt unseres geschichtlichen Weges. Die Glaubwürdigkeit vor der Jugend hänge davon ab, daß wir vor der Frage nach diesen Männern in keine Verlegenheit und kein falsches Pathos verfielen. Demonstrativen Beifall erhielt der Student Heribert Händel, als er erklärte, mit seinem Bekenntnis zum Geist der Frauen und Männer des 20. Juli für einen großen Teil seiner Kommilitonen nicht stellvertretend sprechen zu können, denn dieser Teil stehe jenem Ereignis immer noch unter dem Blickwinkel des Hoch- und Landesverrats gegenüber.

Vom Standpunkt des Juristen aus untersuchte darauf Dr. Ernst Müller-Meinungen die naturrechtlichen Grundlagen des Widerstandsrechtes, die in der sittlichen Entscheidung des Einzelnen liegen. Die Erschwerung und die Tragik des Widerstandes als einer Notwehr gegen den Unrechtsstaat liege in dem Konflikt, nach den äußeren Merkmalen allenfalls Hoch- und Landesverräter werden zu müssen und mit seinen „Unrechtsausschließungsgründen“ nicht gehört zu werden; dies alles jedoch um eines Rechtsstaates willen, der jeweils erst für die Zukunft wieder herbeizuführen sei.

Erich Kästner forderte die Erzieher auf, der Jugend, die Vorbilder wolle und brauche, die „Nothelfer des deutschen Wesens gegen das deutsche Unwesen“ zu zeigen. Der Mut, „bar des Gefühls der Verantwortung“, sei unser nationales Laster, das Wort Courage sei ein Fremdwort geblieben trotz des Versuches der Männer und Frauen des deutschen Widerstands, es einzudeutschen. Man gedenke ernstlich ihres Beispiels und tue es, bevor der Hahn zum dritten Male kräht! Die deutschen Schriftsteller mochte Hans Werner Richter, sich von den Mahnern und Politikern unserer Zeit nicht in eine fragwürdige Abseitigkeit drängen zu lassen. Das Wort könne eine Macht sein, wenn es in seiner vollen Souveränität wirke für Freiheit und menschliche Gerechtigkeit.

General a. D. Moritz von Faber du Faur bekannte sich zu den Männern des 20. Juli, weil sie den Mut gehabt hätten, ihre Augen vor der Wirklichkeit nicht zu verschließen und Sinn dafür aufzubringen, wo die Grenzen des menschlichen Könnens gezogen seien. Als Sprecher der Gewerkschaften erinnerte Max Wöner daran, daß die Widerstandskämpfer das — heute wieder herrschende — Streben nach Sicherheit im Alltag um der Freiheit des Ganzen willen überwandten.

Prof. Dr. August Rucker, Rektor der Technischen Hochschule München, nannte die Er-

gebnisse des 20. Juli eine Mahnung an den Menschen im Wissenschaftler. Nur Forscher und Spezialist sein zu wollen, sei die Ausrede der Bequemlichkeit. „Studium generale“ bedeute Übernahme der Verantwortung. Geistl. Rat Dr. Rupert Angermair wies darauf hin, daß viele der damals Rebellen ursprünglich Anhänger des Regimes waren, das stürzen zu müssen sie hernach ehrlich überzeugt waren. Die größte Tapferkeit des Menschen aber sei jene, einen Irrtum einzugestehen und die Verantwortung, die am Irrtum haften, bis zur Hingabe des eigenen Blutes durchzutragen. Der Historiker Prof. Dr. Alexander Graf Schenk von Stauffenberg, durch persönliches Schicksal unmittelbar mit den damaligen Ereignissen verbunden, feierte die Geschweiferten, Geschlagenen und Gerichteten als die Träger des Sinnes der Geschichte und warnte vor einem Geschichtsbild des Triumphes der Erfolgreichen und Lorbeerbekränzten.

Die Veranstaltung wurde mit der Verlesung eines Briefes des „Arbeitskreises 20. Juli“ an den Bundespräsidenten beschlossen, worin Theodor Heuss gebeten wird, seinen Einfluß geltend zu machen, daß jener Tag „als eine Manifestation des Widerstandes gegen den Totalitarismus“ verpflichtend im Gedächtnis der Nation bewahrt werde.

wg.

Bericht von Friederike:

Feier um 23 1 Uhr in den Kammerspielen in München unter dem
Thema: "Die deutsche Vergeßlichkeit"

Die Kammerspiele waren ganz voll, was ich nicht zu hoffen gewagt hatte. Die wesentlichen Punkte der diversen Reden sind ja der Zeitung zu entnehmen. Mir alles zu merken, war mir unmöglich, die Sache zog sich ja bis 3/4 1 Uhr hin.

Die gelesenen Briefe waren von Halem und Moltke. Schöningh sprach davon, daß es eigentlich eine Schande sei, daß sie solche Feiern auf eigene Faust veranstalten müßten, - gut.

Gut auch die Begriffsauslegung von Notwehr und Notstand durch Müller-Meinigen.

Sehr gut gefiel mir Erich Kästner, scharfe Hiebe (ich wollte sie mir merken, aber es gelang nicht) Die Jugend brauche Vorbilder, warum man sie denn nicht nehme.

Dem demonstrativen Beifall bei der Rede des Asta - Vertreters konnte ich mich nicht anschließen. Als Asta - Vertreter vertritt man die Studentenschaft als solche und darf m.E. dann nicht sagen, für die meisten spreche ich nicht, das ist doch Nestbeschmutzen. Als Student X X kann er sagen, meine Kommilitonen denken leider nicht so wie ich, aber nicht anders. Der Jugendring - Vertreter war besser.

Auermaier sprach vom Gewissen, typisch Pater in der Diktion.

T H - Rektor Rueker war nichtssagend.

Bei Stauffenberg wurde ich sofort ans Zeller - Buch erinnert. Mein Mitkommen bei solch starker Vaterlandsbetonung ist ja begrenzt, aber sie wirkt ja so überzeugend. Man dürfe die Geschichte nicht immer nur von der erfolgreichen Seite betrachten (Alexander - Demosthenes - Christen-Konstantin), also mußte quasi die Tiefenwirkung des 20. Juli noch kommen. -

Vielleicht wird davon wieder ein Rundschreiben geschickt. Prof. Heuß

wird sich ja riesig freuen über den Brief! - Mal sehen, was er für Ergebnisse zeitigt.

Wär' ich zum Hüter Eurer Gruft bestellt,
Ich würde Euch die kurze Grabschrift schreiben:
"Hier ruht das Saatkorn einer neuen Welt,
Von hier aus wird ein Strom des Lichtes treiben!"

Wie Männer kämpfen für das höchste Recht,
Wie Männer stolz für kühne Wahrheit sterben,
Ihr zeigtet es der Erde. Ein Geschlecht
wird auf das andre Euren Ruhm vererben!

Ihr wecktet dereinst die Schläfer auf zur Tat,
Dass sie voll heil'gen Zornes sich erheben,
Um der von Euch im Tod gestreuten Saat
Zu voller Reife Glut und Raum zu geben.
Sie alle scharen mütig sich zu Hauf,
Die um ihr Glück Betrogenen, die Bedrängten,
Ihr aber zieht dem weiten Zug voraus,
Ihr, die am Galgen schmachvoll Aufgehängten.

Ich sehe, wie die letzte Fessel fällt,
Ich sehe rote Freiheitsrosen spriessen,
Ihr seid das Saatkorn einer neuen Welt,
Ein Strom der Liebe wird sich von Euch ergiessen.

Oberst a.D. Wolfgang Müller, Hannover, - ein Kämpfer von 28. Juli 1944, - beschäftigt sich mit der Erforschung der Geheimgeschichte des Hitlerreiches. In einer Zeitschrift an unsere Zeitung nimmt er zu einem strittigen Problem an Vorkämpfer der Bekenntniskirche Stellung.

Dietrich Bonhoeffer.

Bei der Erforschung der Geheimgeschichte des Hitlerreiches stößt man bei ausländischen Berichten oft auf Missverständnisse über viele Deutsche Widerstandsgruppen.

So berichtet der holländische Pfarrer v. A. Vissers in Noort über eine Unterredung, die er September 1941 mit dem Bekenntnispfarrer Dietrich Bonhoeffer hatte. (Entnommen "Das Zeugnis eines Toten. Zum Gedächtnis von Dietrich Bonhoeffer." oekumenische Kommission für die Pastoration der Kriegsgefangenen, Genf 1945). - Danach soll Dietrich Bonhoeffer auf die Frage: "Wofür beten sie in der heutigen Lage?" damals geantwortet haben: "Ich bete für die Niederlage meines Landes, denn ich glaube, daß das die einzige Möglichkeit ist, um für das ganze Leid zu bezahlen, das mein Land in der Welt verursacht hat." Diese Antwort erweckt, aus dem Zusammenhang gerissen, den Eindruck: Dieser Führer der Bekenntnischen Kirche gehört zu jener kleinen Anzahl Widerstandskämpfer, welche bewußt auf eine militärische Niederlage Deutschlands hinarbeiteten.

Geschichtliche Nachforschungen ergeben nun, daß der Ausspruch in dieser Form nicht geschehen sein kann. Selber Ernst Maria von Wedemeyer, a.Et. Stad. Phil., Göttingen bestritt es genau so wie alle Freunde Bonhoeffers. Im Gegenteil: Bonhoeffer hat der gelegentlichen Ansicht seiner Freunde: Man könne durch eine Niederlage Unrecht bezahlen, schroff als unchristlich widersprochen.

Frühjahr 1939 sah er Hitlers Eroberungskrieg voraus. Er betonte: Der Sieg des Nationalsozialismus bedeutet das Ende der christlichen Abendlandes, der verlorene Krieg aber das Ende Deutschlands. In diesem furchtbaren Gewissensproblem ist er wie die meisten Deutschen Widerstandskämpfer einen dritten Weg gegangen.

Mit Hilfe sachverständiger, militärischer und politischer Freunde sah er hinter die Kulissen und sagte schon September 1941 in Genf: "Wir stehen am Anfang von Ende."

Als Christ hatte er den ganzen Kampf gegen den Nationalsozialismus aufgenommen. Auf Grund der kirchlichen Entscheidung leistete er auch auf politischen Gebiet totalen Widerstand. In klarer Erkenntnis des Zusammenbruchs Deutschlands opferte er sich, um ihn zu verhindern. September 1941 streckte er, über Pfarrer Vissers in Noort, Friedensfühler an Freunde in der englischen Kirche aus. Im Schweden 1942 wiederholte er diesen Friedensfühler in persönlicher Rücksprache mit Mr. Bell, dem Bischof v. Chichester.

Pfarrer Bonhoeffer wollte: Die einzige Rettung Deutschlands war Hitlers Sturz; so früh wie möglich. Die Vorbedingung für diesen Sturz aber war wenigstens moralische Unterstützung von Seiten der Westmächte; vor allem die Gewißheit, daß man einer Hitlerfeindlichen Regierung einen Verständigungsfrieden zugestehen würde.

Diese Aktion des Pfarrers der Bekenntnischen Kirche Dietrich Bonhoeffer für den Verständigungsfrieden sind von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wie Vissers in Noort bestätigt, wurden seine Angebote leider abschlägig beschieden, eine Ablehnung, welche den dritten Weg, den Weg der Rettung Deutschlands leider fast unmöglich machte.

Am 9. April 1945 stirbt Pfarrer Bonhoeffer als Märtyrer seines Glaubens, er stirbt aber auch als Vorkämpfer für die Rettung seines Landes. Diese geschichtliche Feststellung ist notwendig, damit nicht durch die oben erwähnten unrichtigen Angaben eine falsche Legende bildet.

A b s c h r i f t ausE n g l i s c h e B e o b a c h t u n g e n

von John Midgley

(Copyright by "Der Tagesspiegel" aus "The New Statesman and Nation").

Der Bischof von Chichester, G.K.A. B e l l , der schon zu seiner Zeit, als noch kein anderer daran dachte, Gegner der Nationalsozialisten war, zieht einen scharfen Trennungsestrich zwischen den Nationalsozialisten und Deutschland. Immer wieder betont er, dass es weite Kreise im deutschen Volke gegeben hat, die gegen den Nationalsozialismus und den Krieg waren. ... Seine gesammelten Reden und Schriften, die unter dem Titel "The Church and Humanity" (Kirche und Menschheit - 1939 bis 1946) zusammengefasst sind, enthalten Äusserungen, die von einer bewundernswerten Voraussicht zeugen.

Erwähnung verdient auch, was der Bischof über die H i n - t e r g r ü n d e der V e r s c h w ö r u n g des 20. J u l i sagt. Bei seinem Besuche in Schweden im Mai 1942 waren zwei Deutsche evangelische Pastoren, die getrennt von einander arbeiteten, mit der Absicht an ihn herangetreten, ihn für britische Mitwirkung an dem Komplott zu gewinnen. Die Namen, die man ihm damals nannte, waren dieselben, die zwei Jahre später auf der Liste der Verschwörer standen: unter anderen Beck, Goerdeler und Trott zu Solz. Dr. Bell gab die Information an Eden weiter. Aber die britische Regierung, die auch von anderer Seite, über neutrale Länder, von dem geplanten Attentat erfahren hatte, stellte sich auf den Standpunkt, dass britischerseits in der Angelegenheit nichts unternommen werden könnte. Wie Dr. Bell positiv behauptet, ist der Plan zu der Verschwörung spätestens im Winter 1941/42 entstanden, zu einem Zeitpunkt also, da die Deutschen nahezu ganz Europa einschließlich weiter Gebiete Russlands in ihrer Gewalt hatten. Und er betont mit allem Nachdruck, es habe sich um mehr gehandelt als nur um eine Verschwörung von Militaristen. Es sei auch nicht so gewesen, wie Churchill es ansah, nämlich, dass "eine nochgestellte Persönlichkeit in Deutschland die andere umbringen wollte". Seiner Auffassung nach brauchten die Verschwörer für ihren Plan Militärs, weil ohne das Militär keine Revolte Aussicht auf Erfolg gehabt hätte.

v. Reinhold Schneider

Unmöglich ist, was Edle nicht vermögen.

=====

Die Schlösser gehen unter und mit ihnen die Lebensformen, die in ihnen beheimatet waren. Wir müssen gestehen, dass dieser Untergang uns sehr schmerzlich ist. Auf Fahrten und Wanderungen freuten wir uns über einen jeden wohl erhaltenen Giebel, der über hohe Wipfel grüßte, und wir waren glücklich, wenn ein solches Haus in den Händen war, die ihm gebührten und im rechten Geist verwaltet wurden. Hier waren Schwerpunkte geschichtlichen Daseins, einige der wenigen Stellen, wo die Wurzeln noch in die Tiefe reichten, so die Zeit ehrwürdiger Vergangenheit verpflichtet wurde. Wo alles gleichförmiger Staub oder Sand zu werden schien, die im Winde dahin und dorthin trieben, und das Volk wie die Wanderdüne hinzog ins Ungewisse, bedurfte es solchen Wachstums, das noch festen Grund erreichte. Nun scheint aus langen Geschlechterreihen die Generation hervorgegangen zu sein, der es bestimmt ist, Abschied zu nehmen. Dieser Abschied ist sehr ernst zu nehmen, wir können seine Tragweite noch nicht ermessen. Wir, die wir nicht Erben alter Schlösser, alten Grundes sind, wissen auch nicht, was er kostet. Und geht nicht um die Häuser und den Grund aller, es geht um eine bestimmte Art zu sein, zu denken, von der Vergangenheit her zum Leben; um Menschen, deren Tun und Trachten bestimmt ist von dem Bewusstsein in der Kette der Geschlechter zu stehen, empfangen zu haben, um zu geben und weiter zu geben! Um Menschen endlich, die mit ihren Vorfahren auf du und du standen und sich unter ihren prüfenden Blicken wussten. Wir glauben nicht, dass ein Volk solche Menschen verschmerzen könnte, ohne eine sehr wesentliche Veränderung zu erfahren.

Kann Adel noch sein? Ist seine Prägung so stark, dass sie den Verlust der Güter, der Lebensformen überdauern könnte? Aber solchen Fragen erwecken eine andere: "Hat der Adel noch eine Bestimmung und welche? Diese Frage könnte nicht leicht, auch nicht von einem Einzelnen beantwortet werden. Wir möchten nur den innigen Wunsch aussprechen, dass Edles erhalten werde, und das heisst vor allem, dass er sich selbst nicht aufgebe. In jedem Verlust ist die Mahnung Unverlierbares zu ergreifen, in jedem Gericht eine Gnade, und in jeder Schickung ist, - so dürfen wir glauben - die Möglichkeit einer Erneuerungsgeschichte. Einwendung zum eigentlichen ~~Wesen~~ Wesen, zum Geiste, der sich die zerbrechenden Formen geschaffen hat. Damit gelangen wir vor die eigentliche schicksalshafte Frage: Hatten wir noch einen Stand, der als Stand des "Unmöglichen" im Sinne Goethes erkannte und mied; dieses Unmögliche, das wohl getan werden kann, nur nie und nimmer von dem, der edel ist? Unmöglich wäre es einem solchen Stande einem Jedem zu dienen nur um des Dienstes oder des Ruhmes wegen oder auch einer Pflicht, die den Unedlen unterwirft; unmöglich teilzunehmen an einer Sache, die von niedriger Denkweise geführt wurde und diese auf jeden zu übertragen drohte, der mit ihr in Berührung kam; unmöglich auch, dem Lärm der Phrase zu vertrauen statt dem klaren wahrhaftigen Wort. In Claudels Drama "L'orage" ist diese Beziehung des echten Adels zum Wort ausgedrückt "Ou suis-je", fragt George de Coufontaine, der letzte Adelige, dessen Sturz die Revolution beendet, "comme ces gens d'aujourd'hui, qui se payent d'il et de mots sans nulle substance?" Die beginnende Zeit fordert Unterschriften, Verträge; ihm gelten sie nichts vor dem Wort: "Un écrit n'est pas une parole et peut-être ansanti". Aber der Einzelne rettet die fallende Ordnung nicht, und Helden, die von den Ihren nicht mehr verstanden werden, verklären nur den Untergang, dass ein Stand das Edle als sein unbestreitbares Lebensrecht empfindet, würde allein entscheiden.

Es ist kein Zweifel, dass der Militarismus die Traditionen weithin zerstört hat: wir meinen damit eine Denkweise, die den Dienst als gut und unantast -

bar ansah, ohne zu fragen, von wem und für wen er gefordert wurde, eine Flucht in den Befehl als Lebenssinn, die die Befehlsgewalt zur alles zermal-menden Lawine machte. Wo der tragische Konflikt zwischen Dienst und Verantwortung nicht mehr möglich ist, stirbt der Adel, wo ihn Gehorsam verpflichtet Unedles zu tun, kann er nicht dienen, nicht mehr sein, was seinem Wesen nach ist, und würde dieser Dienst auch mit höchst ehr-würdigen, ehrenvollen Namen verkleidet. Wie sich der Adel dem furchtbaren Zwange beugt, das ihm verbietet Schutzlose zu schützen, das Reht zu be-haupten, den Glauben zu bekennen: da - nicht mit den Schlössern und Gütern - erleidet der Adel seinen eigentlichen Untergang.

Wir glauben, nicht weiter zurückgehen zu müssen, zum christlichen Rittertum, das in eine jede Zeit und deren Form eintreten muss als ein unentbehrliches Erbe. Hier gilt Eichendorffs Wort, der Abschied des "letzten Helden von der Marienburg": Ewig ist das Rittertum. Diese Ritterschaft ist nicht nach Namen und Herkunft begrenzt, wenn sie ihr Gepräge auch dem Adel dankt. Wesentlich ist aber, dass ein Stand sich selber fände im Todesernst seiner Art, seiner Verpflichtung, sowie Einzelne dieses Standes in den letzten Jahren sich gefunden und auf tragische Weise den Kampf mit dem Drachen geführt haben. Der Kampf mit dem Drachen der Macht, der Lüge und allen Mächten des Abgrundes, diese Nachfolge St. Georges, gehört zu den verpflichtenden, äusseren Mächten nicht unterliegenden Gütern des Adels. Erfordert den nüchternen Blick, der den Drachen erkennt in allen seinen Gestalten, das unbestech-liche Herz, das sagen könnte: "Aucon bien ne justifie un acte mauvais." (Cluadet)

Und es scheint uns allen noch offen zu stehen: es ist der Entschluss eines Standes, Unedles nicht zu tun und in solcher Weise sich zu formen, die Wahl seiner Glieder zu treffen, dass das Unedle von einem jeden als unmög-lich empfunden wird. Die Wirkung wäre unermesslich, sie würde in tiefem Sinn eine geschichtliche sein, insofern sie die Lebensform des Volkes mitbe-stimmt. Aus grossem Geschichtsbewusstsein allein, in der Vererbung der Väter könnte ein solcher Entschluss gefasst und lebendig erhalten werden. Je mehr die Not, die Gleichförmigkeit der Arbeit und die Alltäglichkeit des Denkens, die Dürftigkeit der Lebensformen die Menschen erniedrigt, um so mehr sind w angewiesen auf das Beispiel dessen, der sich nicht erniedrigen kann, ohne unterzugehen. Wie bedürfen der Menschen, die gross, frei, offen sind und in lebendigen Zusammenhang der Welt und der Zeiten ~~stehen~~ atmen, derer, die ersticken müssten, wenn der Tag allein ihre Lebensluft wäre. Die auf sie gefallenen Forderungen ist furchtbaren Gewichtes; übermächtigen sie dieses Gewicht, so müssen sie an ihm wachsen. Jetzt müsste das Werk äusserster Entsagung gelingen, die entrissenen Schlösser aufzubauen im Herzen. Sie bedeutete die Unterwerfung unter das ungeschriebene und darum nicht wider-rufliche Gesetz, das Bekenntnis zum ungeschriebenen Versprechen, das einen jeden Vertrag überdauert. Die Geschichte will offenbar die Geschlechter an das Härteste erproben, die sie einst an erster Stelle geführt, getragen ha Ehtes, geschichtliches Leben entquillt einem Sein, dem, was tatsächlich vorhanden, nicht dem, was geplant, erdacht, erzwungen wird. In Wesen und Sein, viel mehr als in der Pflege der Kultur, geistiger Vermittlung sehen wir die Aufgabe des Adels. Ständen Menschen in unbeirrbarer Abwehr an der Stelle, wo eine Macht Unedles fördert, so würden die Grenzen dieser Macht sichtbar werden. - und vielleicht würden dann auch diejenigen, die an das Edle nicht glauben, es gewahren und ihm nachtrachten und damit von dem Erbe erhoben werden, das einst in langer Mühsal geschichtlichen Lebens un-ter schweren Opfern erkaufte wurde und das in dieser Stunde vor seiner B-währung steht.

1948

schw...

Christa

werke, ihre Bäume und ihre Menschen. Sie das einsamen des Flusses, dessen Wellen mit

eingeschnittenen Tal drang

„Die Verschwörung“ in der Kritik der Presse

Süddeutsche Zeitung, München, 15. März: „Der Putsch vom 20. Juli 1944 als Schauspiel für das Jahr 1947? Der Zweifel ist nicht weniger von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt — wenn auch nicht das laudare Charakterbild —, so doch die Mutmaßung über die primäre Triebkraft der Verschwörer in unserer Geschichte. Zwar kann keiner vernennen, daß die Männer um Stauffenberg Träger eines Deutsch-Seins im höchsten Sinne gewesen sind. Aber man hat einer bestreitet noch immer, daß allein dieses und nicht das Militär-Sein Anlaß ihres Handelns war. Und ein Schauspiel, das mit (trotz ihrer Namenstimmung für den Wissenden unsehbar erkennbaren) Persönlichkeiten aus dem Verschwörer-Kreis arbeitet, steht deshalb vor einer Fülle von Publikums-Problemen. Die Stärke dieses Stückes: es wird nicht mit unsichtbaren Sätzen gerastet oder gegen den deutschen Schuld geschlagen. Es wird weder die nationalstische Fanfare geblasen noch in das militärische Horn geblasen. Das Stück besitzt etwas von dem, was das Publikum noch nicht besitzen kann: Distanz. Es werden in ihm auch keine billigen Konjunktur-Phrasen gedroschen: abgesehen von einem etwas konventionell geratenen Anlauf besitzt der Dialog die in Zeistücken so seltene Prägnanz der Diktion. Man spürt, daß das Stück in dieser Fassung nicht das Erstlingswerk eines Unbekannten ist, sondern die tiefgreifende Bearbeitung eines so bühnenerfahrenen Autors wie Walter Erich Schäfer, des Augsburger Chordramaturgen. — Die Aufführung war von überraschend hoher Qualität. Denn die kluge, spürbar auf menschliche Verlebung hinzielende Inszenierung Stefan Dahlens konnte sich auf so ausgezeichnete Darsteller wie Anton Diehl, Horst Kreuter, Fritz Umgelter, Gert Benoitky, Friedrich Carlmayr, Martin Borna und Fritz Mülle stützen. Das Publikum spendete dem Stück wie der Inszenierung außergewöhnlichen Beifall.“

(Walter Panofsky)

Die Neue Zeitung, München, 15. März: „Hinter dem Namen des Autors Werner Frank verbirgt sich ein anonymes Kollektiv und hinter der Bezeichnung „Schauspiel“ eine Szenenfolge, die historische Vorgänge auf eine Gestapovernehmung konzentriert. Auf dem Kalenderblatt der Szene steht das Datum des 20. Juli. Das ist ganz nützlich, denn es dauert ziemlich lange, bis der Zuschauer erfährt, worum es eigentlich geht. Der dramatische Ablauf des historischen Ereignisses beschränkt sich auf den Aktenverlauf, der illustriert wird. Dramatik verwandelt sich in Rhetorik. Reden werden gehalten: gute und mäßige, glaubhafte und unglaubwürdige. Nur zwei der Gestalten, die historischen Persönlichkeiten

einigermaßen entsprechen, lassen den Ansatz zu einer inneren dramatischen Entwicklung erkennen: Der bekehrte Kriminalrat, der sich selbst der Sabotage bezichtigt, um mit den Mäusen der Verschwörung sterben zu können, und der General Frick (offenbar Fromm, der Befehlshaber des Ersatzheeres), der aus falschem Pflichtgefühl und aus Eitelkeit schwankt und zum Verräter wird. Der eigentliche Held — Oberst Graf Stauffenberg — bleibt unsichtbar. — Sonst meist zuviel Geschrei, zu grelle und schon falsche Töne. Sie könnten die dramatische Hülfsweise nicht ersetzen. Manche Einzelheiten sind verzerrt. Die Inszenierung von Stefan Dahlen war nicht sonderlich um Kinfälle bemüht, die das Atomspürliche verdichtet und die fehlende innere Spannung erhöht hätten. Die Zuschauer erlebten nur Reaktionen der Geschehnisse. Doch auch dafür zeigten sie sich dankbar und nahmen alle Punkte, mit denen es der Gestapo gut gegeben wurde, beifällig auf.“

(Arnold Bauer)

Die Welt, Hamburg, 17. März: „Es mag nach Zuckmayers „Des Teufels General“ in Deutschland viele Autoren gereizt haben, nach diesem zugleich an verlockenden und erregenden wie abschreckenden, problematischen Vorwurf zu greifen. Dem alten Bühnenroutinier Walter Erich Schäfer blieb es vorbehalten, mit einem dreiaktigen Schauspiel „Die Verschwörung“, den Bann zu brechen. Der Schritt ins Neuland gelang. — Ueber die sachliche Richtigkeit des Ablaufs und der handelnden Gestalten hinaus legt das Zeistück feinfühlig die innere Situation des 20. Juli bloß, und hier kann es fast sogar im Vergleich mit Zuckmayers „Teufels General“ trotz vieler Absiche bestehen. In bestechend bühnensicherer Diktion gelingt hier mit sechs bis acht Personen eine scharf detailleerende Durchleuchtung des vielmehr strittenen, viel belächelten Widerstandes und seiner Gegenseite, ohne die Menschen zu leertartikolenden Schablonen zu entstellen. — Ohne die Forderung auf dichterische Gültigkeit zu erheben, rechtfertigt sich dieses Augsburger Wagnis als eine erregende Interpretation der jüngsten Vergangenheit. Dabei läßt der erste Akt, in dem die Schockwirkung des erfolgversprechenden Putsches auf die Gestapo wohl etwas zu dick aufgetragen wird, mit Hackenklappen hektischen SS-Fritten, mit „Ja-woll“ und „Heil-Heller“-Schreien Schlimmes befürchten. Am seinem Ende hängt sich die Gestapo, die Gegenaktion läuft an, das Schauspiel gewinnt Atem. Im Untersuchungszimmer wird mit wirkungsvoller Steigerung in Verhören, Gesprächen und — erfolglosen — Forderungen das Bild der Zerstörungen aufgerollt. Die Inszenie-

rung von Stefan Dahlen und überdurchschnittliche schauspielerische Leistungen hatten wesentlichen Anteil an dem Aufsehen erregenden Erfolg. Er verstärkte nur den Wunsch, dieses Zeistück, für und gegen das sich noch viel sagen ließe, auch anderswo zur Diskussion zu stellen.“

(Claus Hardt)

Passauer Neue Presse, 18. März: „Daß das Theater im wesentlichen eine Ansicht der öffentlichen Diskussion sein soll und auch kann, bewies wieder einmal sehr treffend die Uraufführung des Zeistückes „Die Verschwörung“ von Werner Frank in der Augsburger Komödie. Experimente sind heute im Zeichen der Theaterkrise nicht sehr häufig in Deutschland. (Die Augsburger Aufführung war einens — das zeugt — die Prognose für das weitere Schicksal der „Verschwörung“ dürfte wohl einen ausgesprochen positiven Charakter zeigen, denn es offenbart sich hier wie bei „Des Teufels General“ wieder die Tatsache, daß sich das Publikum zum Wesentlichen der Zeit trotz allem Pessimismus drängt!“

(G. Willenheimer)

Der Spiegel, Hannover, 19. März: „Dr. W. E. Schäfer, Typ des Urschweben, Gemütsmensch, aber auch herzlich, handfest, ist ein alter Theaterkämpfer. Bis 1938 war er Dramaturg am Staatstheater Stuttgart. Er wurde entlassen und aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen. Einer der Gründe war, daß er von einem Stück „Der 18. Oktober“ (Uraufführung 1932) in einem Zeistückartikeln gesagt hatte, es sei ein demokratisches Stück. Seine Stücke hatten überhaupt nicht recht das Zeug, NS-gemessenen Ansprüchen zu erfüllen. Sein „Schwarzmann und die Magd“ (1933) mußte daran glauben, weil es zu wenig Blau-Be-Roxardok hatte. In Wien wurde „Theres und die Hölle“ (1940) verboten. Bei Kriegsausbruch schürzte sich die Zensur mit gestraubter Feder auf die erste Fassung des „Leutnant Vary“. — Nicht immer umschifft der Autor der „Verschwörung“ die verzögernden Klippen des rhetorischen Dialogs. Aber die drei Akte haben im großen und ganzen echte Spannung. Der Autor will sich noch einmal an denselben Vorwurf wagen. Er will versuchen, das Drama des deutschen Offiziers zu schreiben. „Das wird noch Jahre dauern“, tröstet er sich, „heute kann man die jüngste Vergangenheit nur im Zeistück packen.“ Die Augsburger gaben ihm recht. Sie klatschten 40 Vorhänge lang.“

Erste deutsche Kunstausstellung in der Schweiz geplant. Die erste umfassende Ausstellung zeitgenössischer deutscher Kunst, die nach dem Krieg im Ausland gezeigt werden soll, ist im Mai im Zürcher Kunsthaus geplant. Die Schau wird sich aus 230 modernen deutschen Gemälden, Skulpturen und graphischen Kunstwerken zusammensetzen. (OMG)

„Hilfswerk 20. Juli 1944“

Hamburg, 23. Februar (DPD). Die Hinterbliebenen der Männer und Frauen, die am 20. Juli 1944 den Versuch machten, Deutschland aus eigener Kraft zu befreien, und die noch lebenden Kampf- und Arbeitsgefährten jener Opfer haben das „Hilfswerk 20. Juli 1944“ gebildet, das bereits seit längerer Zeit im Interesse der Hinterbliebenen und besonders der zahlreichen Waisen tätig ist.

Durch einen Beschluß des Kuratoriums wurde das Hilfswerk jetzt in eine Stiftung umgewandelt, mit deren Gründung Frau Elisabeth Strüch, Dr. Walter Baum und Dr. von Seelabschendorf beauftragt wurden. Der Stiftung steht ein Kuratorium aus 14 Mitgliedern vor, die aus allen Parteien kommen. Die Geschäftsführung liegt in den Händen von Renate Crafing-Hardenberg in Nörten. Professor Gerhard Ritter (Freiburg) hat es übernommen, die Literatur über die Widerstandsbewegung in Deutschland zu sammeln, zu ordnen und zusammenzufassen, so daß ein authentischer Bericht aus dem engsten Kreis der unmittelbar Beteiligten entsteht.

Frankfurter Rundschau

Schriftleitung und Verlag der „Frankfurter Rundschau“, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19. Fernspr. Sammel-Nr.: 40361 (42505, 42606, 42707). Telegrammumschrift: Rundschau Frankfurt/Main. Postbezeichnung Nr. 236 Frankfurt a. M. — Monatsbezugspreis: DM 3.75 zuzügl. DM 0.40 Trägerlohn, durch Postbezug DM 8.11 zuzügl. 0.54 Zustellgebühr, durch Steifband DM 2.75 zuzügl. DM 1.05 Porto. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung.

Stadt-Ausgabe

Erscheint täglich außer sonntags. Anzeigenpreise: für die achtegespaltene Millimeterzeile (42 mm breit) Geschäfts-empfehlungen und geschäftliche Gelegenheits-Anzeigen mm-Zeile DM 1.50. Private Gelegenheits-Anzeigen, amtliche Bekanntmachungen, Familien- und kirchliche Nachrichten, Stellengesuche (keine Vertretung) mm-Zeile DM 1.—. Bildbeilage (erscheint wöchentlich einmal samstags in der gesamten Auflage) mm-Zeile DM 1.50. Textreklamen (nicht für illustrierte Beilage) mm-Zeile DM 5.—. Bei mehrmaligem Erscheinen Rabatt.

Jahrgang 5, Nummer 166

Mittwoch, den 20. Juli 1949

Einzelpreis: DM 0.15

Truman glaubt an den Weltfrieden

Rede des amerikanischen Präsidenten in Chicago

WASHINGTON, 19. Juli (AP). Präsident Truman erklärte am Dienstag in Chicago auf einer Veranstaltung anlässlich des Jubiläums einer Freimaurerloge, zu deren Mitgliedern Truman gehört, die Vereinigten Staaten werden ihren „großen Kreuzzug für den Frieden trotz der Lügen, der Propaganda und der Hysterie der Diktaturen fortsetzen“.

In seiner Erklärung über die amerikanische Außenpolitik sagte Truman, die Welt sei des politischen Fanatismus müde. Sie verabscheue die Anwendung der Folter und den politischen Mord. „Die Welt“, so sagte der Präsident, „ist der politischen Treibhölle überdrüssig, die ausschließlich von der Furcht getragen werden.“

Der Präsident sagte, in den von den Kommunisten kontrollierten Gebieten schienen die Spannungen und Konflikte zuzunehmen. Gleichzeitig erklärte Truman sich optimistisch hinsichtlich der Erzielung eines Weltfriedens ohne Krieg. Der Kommunismus möge zwar zeitweilig Triumphe feiern, auf lange Sicht gesehen müsse er sich jedoch entweder selbst zerstören oder von seinen Versuchen

ablassen, anderen Nationen seine Lebensweise aufzuzwingen zu wollen.

(UP). Präsident Truman sagte ferner: „Wir müssen eine gesunde und stabile Wirtschaft als Grundlage für unser Wohlergehen und als Kraftquelle für die ganze Welt erhalten. Wir müssen eine gesunde Wirtschaft und demokratische Ideale auch in anderen Staaten aufrechterhalten, wenn wir selbst unsere Stärke in der freien Welt behalten wollen. Eine der verderblichsten Maßnahmen, die wir treffen könnten, wäre eine Kürzung der Mittel für den Wiederaufbau Europas. Wenn wir dieses täten, würden wir wissentlich alle Fortschritte im Kampf um Frieden und Freiheit zunichte machen, die wir mühsam erzielt haben.“

Kanadische Seeleute fordern Streikbeendigung in London

Urheber bezeichnen Aussand als „sinnlos“

FRANKFURT A. M., 19. Juli (FR-Radiomeldg.). In London ist die Mehrheit der Mannschaft des einen der beiden in den Streik verwickelten kanadischen Schiffe laut BBC aus der kommunistischen Seemannsgewerkschaft ausgetreten und befindet sich wieder an Bord des Schiffes. Am Montag forderten sie die Londoner Hafenarbeiter in einem Schreiben auf, den sinnlosen Streik nicht länger zu unterstützen und sofort die Arbeit auf den kanadischen Schiffen wieder aufzunehmen. Infolge des Streikfalles in Kanada stehen in London nun über 15 000 Hafenarbeiter im Streik. Etwa 9000 Hafenarbeiter, zu denen noch 7000 Soldaten hinzukommen, haben die Arbeit nicht unterbrochen.

Zwei Londoner Hafenarbeiter wurden BBC zufolge vom internationalen Seefahrerverband eingeladen, sich im Flugzeug nach Kanada zu begeben, um an Ort und Stelle die Hintergründe des von der unter kommunistischer Leitung stehenden kanadischen Seemannsgewerkschaft geführten Streiks zu untersuchen. Diese Einladung wurde am Montag von dem kanadischen Leiter des internationalen Seefahrerverbandes überbracht, der darauf hinwies, daß kein kanadischer Hafenarbeiter im Streik stehe und kein Schiff in kanadischen Häfen liege.

Mitgliederschwund des italienischen Gewerkschaftsbundes

FRANKFURT A. M., 19. Juli (FR-Radiomeldg.). Der von den Kommunisten beherrschte italienische allgemeine Gewerkschaftsbund verliert immer mehr Mitglieder. Der Generalsekretär, selbst ein Kommunist, erklärte BBC zufolge vor kurzem, die Ortsgruppe Mailand, die größte in Italien, habe in zwei Jahren 200 000 Mitglieder verloren. Wie aus Rom gemeldet wird, haben die italienischen Arbeiter jetzt die Wahl zwischen drei verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, einer von den Kommunisten beherrschten, einer zweiten, die von den christlichen Demokraten kontrolliert wird, und einer dritten, die vor kurzem von den Parteien der linken Mitte geschaffen wurde.

Streik italienischer Bauarbeiter

In Italien hat sich BBC zufolge der Streik der Bauarbeiter auf vier südliche Provinzen ausgedehnt. Die Bauarbeiten in Nord- und Mittelitalien sind

Kommunistische Großoffensive in Richtung Kanton

HONGKONG, 19. Juli (Dena/Reuter). Die nach dem Übergang über den Jangtse durch riesige Ueberschwerungen aufgehaltenen kommunistischen Streitkräfte, die am Montag ihre seit langem erwartete Großoffensive gegen Südhchina mit drei Heereskörpern begonnen haben, sind in drei Richtungen — entlang der Eisenbahnlinien Nanchang—

bereits durch den Streik, der vor einer Woche begann, zur Einstellung gekommen. Die Streikenden, die höhere Löhne verlangen, werden sowohl von den kommunistischen als auch von den nichtkommunistischen Gewerkschaften unterstützt.

König Leopold wird belgische Parteiführer empfangen

BRÜSSEL, 19. Juli (Dena/Reuter). Der im Exil lebende König Leopold von Belgien wird in Kürze auf seinem gegenwärtigen Wohnsitz in Prency bei Genf mit den Führern der drei größten Parteien des Landes die nun schon drei Wochen währende politische Krise erörtern. Die Delegation der Parteien wird von Expremierminister Paul Henri Spaak und dem Präsidenten der bisherigen Abgeordnetenkammer, Franz van Cauwelaert geleitet. Ein Zeitpunkt für die Besprechungen wurde noch nicht festgesetzt; die Delegation soll jedoch sofort abreisen.

77000 DM durch Bankraub erbeutet

GELSENKIRCHEN, 19. Juli (Dena). 77 000 DM erbeuteten drei maskierte Männer, die am Montag nachmittag mit vorgehaltener Pistole in die Zweigstelle des Gelsenkirchener Städtischen Sparkasse eindrangen.

Bei dem Versuch, Hilfe herbeizuholen, wurde einer der Angestellten der Sparkasse durch einen Falltritt gegen den Bauch zu Boden geworfen und mit seinen Kollegen in den Tresorraum eingesperrt. Die Täter entkamen unerkannt.

Großbritanniens Wirtschaftslage

Commonwealth will Dollarausgaben um 25 Prozent kürzen

Drahtbericht unseres England-Korrespondenten Carl Wehner

LONDON, 19. Juli. Die Commonwealth-Finanzkonferenz ist am Montagabend mit der einstimmigen Empfehlung an die Empireregierungen aus- einandergangen, sich dem britischen Aktionsprogramm anzuschließen und Kürzungen der Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Dollarraum vorzunehmen. Gedacht ist an eine Ausdehnung der

der Truppen sollen bereits den Kan überschritten und verschiedene Städte in Kwangsi eingenommen haben. Einer Meldung des kommunistischen Rundfunks zufolge haben sie bei der Eroberung von Prochi, dem Tor zur Provinz Szewschah, 30 000 Gefangene gemacht.

Der kommunistische Rundfunk gab am Montag die Bildung eines chinesischen

Internationale Ruhrbehörde nahm ihre Tätigkeit auf



Die Internationale Ruhrbehörde nahm ihre Tätigkeit am 18. Juli mit einer informativen Sitzung auf. Unser Bild zeigt: den belgischen Generalsekretär G. Kaackenboeck (links) mit dem britischen General Sir Gordon MacReady beim Verlassen des „Atlantik-Hauses“ in Düsseldorf, dem Sitz der Ruhrbehörde. (AP-Bild)

Jugoslawischer Währungscoup

Die Einführung des Dinars in der Zone „B“ Triests

Von unserem Balkan-Korrespondenten Walter W. Krause-Servola

TRIEST, 19. Juli. Der seit Wochen von ultra-italienischen Zeitungen und ost-westeuropäischen Nachrichten-Agenturen angekündigte Canossagang Titos zu den Westmächten hat sich mit der überraschenden Einführung des jugoslawischen Dinars in der von den Jugoslawen verwalteten Zone „B“ Triests als eine Fehlspekulation erwiesen. Unser Balkan-Korrespondent sendet uns vom Sitz des jugoslawischen Militärgouverneurs nachfolgenden Bericht über die Hintergründe des Belgrader Handstreiches.

Die in den letzten Monaten forcierte Aufregung um das Pulverfaß Triests und den Kniefall Titos vor dem Westen, ist ohne Einfluß auf den nächsten Ablauf politischer Ereignisse in diesem Brennpunkt Ost-West geblieben. Verwundet sucht der Feind in beiden Zonen des ETT die im „Altem“ Zustand befindlichen anglo-amerikanischen Truppen und die am „jugoslawischen Eisernen Vorhang“ aufmarschierten jugoslawischen Divisionen. Die Schlagzeilen in der Weltpresse von der „Annexion der Zone „B“ durch den Diktator „Tito“ werden in Triest mit Erstaunen gelesen.

Aus dem Nebel der Proteste, Dementis, Paraphrasen und des italienischen Friedensvertrages, italienischer Forderungen nach Interventionen der Westalliierten haben sich für jugoslawische Augen folgende Tatsachen ab:

1. Der mit der Zerstörung Südkarantens an Oesterreich begonnene „Ausverkauf Jugoslawiens“ durch die UdSSR hat dem Belgrader Politbüro einen erheblichen innerpolitischen Prestigeverlust eingetragen. Weitere außenpolitische „Konzessionen“ oder „fait accomplis“ — etwa die Rückgabe des gesamten Territoriums Triest an Italien — sind nach der heutigen Lage unvereinbar mit dem innerpolitischen Prestige der jugoslawischen Regierung. 2. Die Turiner Erklärung der drei Westalliierten wird in Belgrad zurückgewiesen. 3. Jugoslawien sucht durchaus eine Anleihe im Westen, die unter Ausschluß politischer Bindungen zustandekommen soll.

Mit dieser intransigenten Haltung des jugoslawischen Marschalls ist nicht nur die versöhnend ausgestreckte Hand des italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi in Richtung Belgrad ausgeschlagen worden, sondern die nun eingeführte Dinarwährung in der von Weltsicherheit garantierten Zone „B“ des Freistaates Triest hat ein äußerst delikates, internationales Problem im Ost-West-Disput geschaffen.

Der Kreml und seine Satelliten ließen es in letzter Zeit nicht an deutlichen Hinweisen fehlen, daß eine sowjetische Anerkennung der Dreimächterklärung in Turin am 20. März 1948 durchaus denkbar wäre. Damit würde nicht nur automatisch der gesamte Freistaat an Italien fallen und der Abzug der anglo-amerikanischen Besatzungstruppen nach drei Monaten feststehen, sondern Jugoslawien stünde neben dem Verlust Triests allein den zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen des Ostens gegenüber.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Vorschläge zur Neuordnung der Kohlenbewirtschaftung

Memorandum der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe

ESSEN, 19. Juli (Dena). Die Vereinigte Kohlenkontrollgruppe hat sich in einem Memorandum an die drei Militärgouverneure für eine Dezentralisierung der westdeutschen Kohlenverkaufsorganisation eingesetzt, wie aus westdeutschen Montankreisen verlautet. Gleichzeitig hat sie eine Vereinheitlichung des Kohlenzuteilungs- und Verteilungssystems in den drei Westzonen vorgeschlagen.

In dem Memorandum wird unter anderem die Aufhebung des „zementierten Handelsweges“ für Kohle als wünschenswert bezeichnet, das heißt, daß künftig die Kohlenverbraucher ihre Lieferanten frei wählen können. Eine Stellungnahme der deutschen Kohlenverkaufsorganisation zu den in dem Memorandum enthaltenen Vorschlägen ist noch nicht möglich, da ihr dieses Memorandum zur Zeit noch nicht vorliegt.

Der Vorschlag der Vereinigten Kohlenkontrollgruppe, den „zementierten Handelsweg“ aufzuheben, geht auf eine Anregung der Deutschen Kohlenverkaufsorganisation zurück, die bereits Anfang dieses Jahres gegeben, jedoch bisher von der Kohlenkontrollgruppe nicht entschieden wurde. Das gilt auch für die in dem Memorandum vorgeschlagene Trennung des Verkaufes von Steinkohle und Braunkohle. Diese Trennung ist schon vor ungefähr einem Jahr beantragt worden. — Über eine Lockerung der Kohlenbewirtschaftung sind von zuständigen deutscher Seite Vorschläge an die für die Kohlenzuteilung zuständigen Instanzen der Verwaltung für Wirtschaft gemacht worden.

In Bergbaukreisen ist man der Meinung, daß Vorschläge über eine Dezentralisierung des Kohlenverkaufs, die unter Umständen die gesamte

Struktur der Marktorganisation und evtl. auch die Erlöse der Zechen beeinflussen können, so lange zurückgestellt werden sollten, bis die Neuordnung des Bergbaues nach dem Gesetz Nr. 75 entschieden ist.

Sie finden heute auf Seite 5 die Kandidatenliste der hessischen Parteien zu den Bundestagswahlen am 14. August.

Kurz gemeldet:

Tagung des Verbandes für Wohnungswesen

KASSEL (Dena). Eine Arbeitstagung des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung wird vom 5. bis 7. September im Rahmen der deutschen Bauausstellung in Nürnberg stattfinden.

Verhandlung gegen Winkler wird fortgesetzt

LÜNEBURG (Dena). Die Entnazifizierungsverhandlung gegen den als „graue Eminenz des Propagandaministeriums“ bekannten früheren Bürgermeister von Graudenz, Dr. h. c. Max Winkler, die am 15. Dezember 1948 wegen weiterer Beweisaufnahmen vertagt wurde, wird am 8. August in Lüneburg fortgesetzt. Er wird beschuldigt, bei der zwangsweisen Verstaatlichung verschiedener Zeitungen und Filmgesellschaften beteiligt und für die Erfassung und Verwaltung polnischer Vermögen verantwortlich gewesen zu sein.

Verteilung von Luftbrückenmedaillen

BERLIN (AP). Achtzehn amerikanische Armeeoffiziere und ein Korporal wurden für ihre Verdienste um die Luftversorgung Berlins mit der Luftbrückenmedaille ausgezeichnet.

Ehemaliger „Kapo“ verhaftet

BREMEN (Dena). Der 37jährige ehemalige „Kapo“ Siegmund Wattenburg wurde jetzt in dem DP-Lager Bremer-Grohn verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Er steht im Verdacht, in verschiedenen Konzentrationslagern seine eigenen Glaubensgenossen in fabelhafter Weise mißhandelt zu haben. Er wurde von ehemaligen jüdischen KZ-Häftlingen erkannt und den zuständigen Stellen gemeldet.

Niederländisches Parlament billigt Atlantikpakt

DEN HAAG (AP). Die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments billigte am Dienstag den Atlantikpakt mit 65 gegen 7 Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten und Abwesenheit von 28 Abgeordneten.

Schwere Sturmschäden in der CSR

PRAG (UP). Pressemeldungen zufolge haben am vergangenen Wochenende schwere Stürme und Regenschauer im Süden Mährens zu Hochwasser geführt, das etwa die Hälfte der Getreidernte vernichtete.

Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen

LAUSANNE (UP). Die Friedensverhandlungen zwischen Israel und den vier arabischen Staaten wurden formal wieder aufgenommen. Delegierte der Palästina-Kommission hatten Besprechungen mit den Vertretern beider Parteien.

Der Emir der Cyrenaika bei Bevin

LONDON (AP). Der Emir der Cyrenaika, Sawid Idris El Senussi, stattete am Dienstag den britischen Außenminister Ernest Bevin einen längeren Besuch ab, bei dem die zukünftige Rolle der Cyrenaika in der Mittelost-Politik erörtert wurde.

Stalin empfing britischen Botschafter

LONDON (AP). Marshall Stalin hat den britischen Botschafter in Moskau, Sir David Kelly, empfangen, wie der Sender Moskau berichtete. Bei dem Empfang war der sowjetische Außenminister Andrei Wyschinski zugegen.

Hilfe für deutsche Kriegswaisen beantragt

WASHINGTON (AP). Im amerikanischen Senat ist eine Gesetzesvorlage eingebracht worden, die die Bewilligung von zehn Millionen Dollar für den Unterhalt und die Erziehung deutscher Kriegswaisen fordert.

Frankfurter Rundschau

Mittwoch, 20. Juli 1944

Herausgeber und Chefredakteur:
Arno Rudert und Karl Gerold

Politik: Dr. Hans Heinrich. Nachrichten: Hans Herholz und Hans Kassar. Reportagen und allgemeine Informationen: Hans-Herbert Gaebele (z. Z. abwesend), Wirtschaft: Alfons Montag, Kultur und Feuilleton: Erich Lissner, Lokales: Aloys Kera und Georg Engel, Gericht: Rudi Eims, Sport: Erich Wick.

Anzeigen: Hans Löhr, Vertrieb: Wilhelm Moses. Sämtlich in Frankfurt a. M.

Für unverlangtes Manuskript übernehmen wir keine Gewähr. Nachdruck von Eigenberichten der „Frankfurter Rundschau“ nur mit Quellenangabe gestattet. Druck: Druck- u. Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH. Kaufmännischer Leiter: Peter Schönfeld. Technischer Leiter: Max Backy, beide in Frankfurt a. M. Veröffentlicht mit Lizenz Nr. 2 der Militärregierung.

Wiedersehen mit Deutschland

Von Waldemar Gurian

Prof. Waldemar Gurian hat den Lehrstuhl für Politik an der University of Notre Dame, Indiana/USA, inne und kehrte zu Gastvorlesungen an der Universität Frankfurt und Vorträgen in vielen Städten in diesem Sommer nach Deutschland zurück.

Wenn man wieder durch Deutschland reist, stellt man fest, daß — nach einem Jahr der Währungsreform — wieder alles zu haben ist. Aber jene Ausländer irren sich, die daraus schließen wollen, daß die Lebensverhältnisse nun in Deutschland paradiesisch seien. Nur wenig von dem, was zu haben ist, kann wirklich gekauft werden. Immerhin, der äußere Erfolg der Währungsreform hat die politische und gesellschaftliche Atmosphäre verändert. Man lehnt es jetzt ab, sich nur als Objekt der Weltpolitik behandeln zu lassen. Das, was man Nationalismus nennen könnte, hat sich beträchtlich verstärkt. Dieser Nationalismus muß von einem durchaus legitimen Nationalgefühl unterschieden werden, das auf das eigene Volk stolz ist und für die Verbesserung seiner Lage kämpft. Der jetzt immer stärker sich regende Nationalismus ist dagegen geneigt, ausschließlich Deutschland und nichts anderes in der Welt zu sehen und zu meinen, daß es neben den gegenwärtigen Schwierigkeiten der deutschen Lebens keine Schwierigkeiten für andere gegeben hat und gibt. Er ist erfreut, wenn er Fehler der Besatzungsmächte aufzählen kann und bedenkt nicht, daß sie aus ihren Fehlern gelernt haben und ständig lernen. Fast mit Begeisterung werden Aussprüche aus der Zeit nach dem Bekanntwerden der Konzentrationslagerzitate, die aber für heute nicht mehr als bezeichnend angesehen werden können. Der neu entstandene Nationalismus lebt es, in Diskussionen Fragen aufzuwerfen, durch die nachgewiesen werden soll, daß der Idealismus der anderen nur eine heuchlerische Kaschierung ihres grenzenlosen Machtwillens sei. Er kann übrigens nicht, wie es naive ausländische Beobachter getan haben, einfach als eine Wiedergeburt des Nationalsozialismus angesehen werden. Er drückt eine Haltung aus, welche die Ergebnisse der Vergangenheit vergißt und aus den Nöten der Gegenwart in eine sentimentellgeladene Welt flüchtet.

Andererseits muß erkannt werden, daß diese negative Haltung durch bestimmte Verhältnisse im politischen Leben des heutigen Deutschlands genährt und ständig neu gestärkt wird. Das gilt von den Parteien, die zu sehr von Traditionen bestimmt sind, die nur aus einer abgeschlossenen Geschichte her verständlich scheinen, heute aber neue Entwicklungen hemmen und unmöglich machen. Sie sind zu stark von ihren Funktionären beherrscht und von Leuten, die bereit sind, alles zu willig ihr Gewissen dem Fraktionszwang zu opfern. Sie benutzen die Besatzungsmächte als Vorwand, um ihre eigene Untätigkeit zu entschuldigen und entwickeln gleichzeitig nationalstalistische Parolen, da ihnen nichts Besseres einfällt, um Wähler zu gewinnen. Es darf nicht verschwiegen werden, daß das politische Leben in Deutschland auf den besorgten Beobachter den Eindruck eines Scheinbetriebes macht. Alle sehen die bestehenden Verhältnisse und Institutionen trotz energischen gegenteiligen Behauptungen als etwas Provisorisches und Vorläufiges an, das durch etwas ganz anderes eines Tages ersetzt werden wird. Nun ist es durchaus verständlich, wenn in den Ruinen Notbauten errichtet werden. Aber diese Notbauten sollten doch keinen Zustand vorseignen, der nicht existiert!

Auffällig ist das Fehlen jüngerer Leute in führenden Stellungen. Ist es wirklich angebracht, daß auch von deutscher Seite die Politik gestützt wird, die überlebten Größen der Vergangenheit eine Scheinautorität verleiht? Man muß eine billige Kritik des Weimarer Systems ablehnen — aber das rechtfertigt nicht den Versuch, Weimar ohne dessen Vorräte in verfallener und bürokratisierter Form aufzuerstehen zu lassen.

Ein Problem, dessen Bedeutung für die Zukunft vielleicht noch nicht in seiner ganzen

Tragweite erkannt wird, ist aus der Denazifizierung entstanden; sie ist zu einer Farce geworden, in der ein Hanns Johst zum Mäurer und der Drucker des „Stürmers“ mit einer leichten Geldstrafe belegt wird. Weil nun kleine Nazis sich dagegen mit Posten begnügen müssen, die zum Zusammenbruch ihrer bisherigen Existenz und Welt führen, ist eine Solidarität derer entstanden, die sich als Opfer der Denazifizierung fühlen. Noch ist es nicht so weit, daß dieser „Bund“ gegenseitiger Förderer sich gegen andere wendet; aber bereits werden Witze erzählt, in denen es z. B. heißt, daß einer seinen Fragebogen gefälscht habe, um sich zu einem Parteigenossen zu machen, der er niemals war, weil es ihm nur dann besser gehen könne. Die Front, die sich hier bildet, kann eine höchst bedenkliche soziale Struktur Deutschlands herbeiführen.

Es ist überhaupt auffällig, wie wenig es trotz allen erregten Diskussionen zur Bildung einer neuen Elite gekommen ist. Man lobt zu sehr für den Tag und ist nicht fähig, sich von Schlagworten und Verallgemeinerungen aus der Vergangenheit zu befreien. Man protestiert zu viel gegeneinander, ist aber nicht willig, miteinander für einen neuen Anfang zu arbeiten. Man klagt über die mageren Einnahmen, ist aber nicht willig, sich endlich umzustellen. Man hält am alten Leben fest und wundert sich, daß es im alten Stil nicht mehr weitergehen will. Man ist viel zu sehr geneigt, die Weltrevolution des 20. Jahrhunderts als eine vorübergehende Unbequemlichkeit anzusehen oder klammert sich einfach an die Vergangenheit und erklärt, daß für eine Wandlung keine Notwendigkeit bestehe.

Kein ernstlicher Beobachter des deutschen Lebens kann diese bedenklichen Züge übersehen. Er muß jedoch gleich hinzufügen, daß sie nicht allein das deutsche Leben bestimmen. Wieviel Fleiß gibt es da zu bewundern und wieviel erstaunliches Sichschicken, insbesondere bei den Frauen. Wieviel ernsthaftes Suchen nach Wahrheit und wieviel Bemühung um Selbstkritik, nicht so sehr bei der älteren, vielmehr bei der jüngeren Generation. Wer Gelegenheit hat, mit Studenten an Diskussionen über Gegenwartsprobleme an den verschiedensten deutschen Universitäten vom Norden bis zum Süden teilzunehmen, wird den Eindruck bestätigen, daß die Studenten sehr oft nur darum Skeptiker und Nihilisten zu sein scheinen, weil sie das Vertrauen in alzu billige Antworten und Formeln verloren haben und sich im Stadium eines gesunden Mißtrauens befinden. Man muß anerkennen, daß sie überhaupt fragen, echte Fragen stellen, wenn sie auch selbst nicht die Antwort wissen und leider auch oft keine Antwort von den Berufenen der älteren Generation zu hören bekommen.

Die Leistungen für den äußeren Wiederaufbau müssen allen Zweifeln zum Trotz und bei den oft ekelerregenden gegenseitigen Anwürfen und bei der Aufwerfung unnützer

Zum fünften Jahrestag des 20. Juli 1944

Von Dr. Philipp Auerbach

Zum fünften Male jährt sich der Tag, an dem die Bombe im Hauptquartier eines wahnsinnigen Clans explodierte, die Graf von Stauffenberg, ein Generalstabschef mit seinem Leben bezahlte. Es war mehr als eine Explosion — es war zum ersten Male, daß eine Organisation zur Waffe griff, um sich eines Tyrannen zu entledigen.

Wenn wir die Hintergründe des 20. Juli 1944 betrachten und uns darüber im klaren sind, welche Möglichkeiten die Widerstandsgruppen in Deutschland hatten, um gegen den totalitären Staat anzukommen, so dürfen wir nicht außer acht lassen, daß bei tief religiösen Menschen, wie zum Beispiel bei Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, ein innerer Kampf über die Beseitigung bestand, zur Waffe zu greifen und einen Tyrannenmord zu verantworten. Wiederholt wurden Geistliche von Putschisten befragt, ob und unter welchen Voraussetzungen der Tyrannenmord erlaubt sei. Goerdeler weigerte sich bis zum letzten, einem solchen zuzustimmen.

Der 20. Juli 1944 hat der Weltöffentlichkeit bewiesen, daß es Deutsche gegeben hat, die mit der Aufopferung ihres Letzten, ihres eigenen Lebens, sich bereit fanden, die Waffe gegen den Tyrannen zu ergreifen. Der Fehler des 20. Juli aber war es, daß man über das diskutierte, was nach einem gescheiterten Putsch eintreten müßte, austat erst einmal die Macht in der Hand zu haben.

In seinen Voraussetzungen zumeist zu selbstsicher, in Extremen sich bewegender Optimist, war Goerdeler weniger Politiker als Verwaltungsfachmann. Hassell nennt ihn mit Recht sanguinisch und manchmal reaktionär. Außenpolitisch war er instinktiv, die Realpolitik neuer Prägung verkannte er in ihrer eigentlichen Bedeutung und wollte sie lediglich in ihrer Ausbildung im totalitären Staat beseitigen. Für die Modifikationen des modernen Modus vivendi unter den Völkern war er blind. So rechnete er nach einem gelungenen Regierungsumsturz mit einem ehrenvollen Frieden, wie übrigens zahlreiche andere Oppositionelle. Dies Fehlen zeigt nicht nur die heutige Lage, sondern die Haltung des Auslandes nach dem mißlungenen Putsch.

Erst 1938 gelang es der Oppositionsgruppe um Goerdeler, so etwas wie eine organisierte Ver-

Probleme — zu denen auch der Streit um die künftige provisorische Hauptstadt des Weststaates zu rechnen ist — einfach bewandert werden. Wenn auch heute bei aller Not, die z. B. besonders auf den Flüchtlingen lastet, der Alltag gemeistert wird, so kann man doch nicht voraussehen, ob es zu einer gesunden politischen Willensbildung kommen wird. Sie ist noch nicht sichtbar. Man kann nur hoffen, daß sie sich hinter dem Lärm der täglichen Polemik zwischen den Scheingrößen vorbe-reitet.

Wenn hinter den Fassaden sich nicht echtes Leben birgt, muß man trotz allem äußeren Wiederaufbau trotz der Wiedergewinnung des Eigenlebens für die Zukunft Deutschlands schwarz sehen. Noch läßt sich nicht entscheiden, wer die Szene einmal beherrschen wird: die Scheingrößen des Tages oder jene, die heute schweigen. Deutschland lebt in einem Übergang, in dem noch alles möglich ist.

Jugoslawischer Währungscoup

(Fortsetzung von Seite 1)

Eine vorsichtige Abwägung aller Informationen aus Kominformkreisen, des jugoslawischen „B“, der Zone „A“, italienischer und anglo-amerikanischer diplomatischer Zirkel führt zu dem Ergebnis, daß neben einigen technischen Veränderungen nicht nur alles beim alten geblieben ist, sondern der Schachzug des Belgrader Politbüros hat gleichmäßigen Marschall Tito wie den Westen aus einem Dilemma geführt. Diese Ansicht vertritt kein Geringerer als Moskaus Statthalter in Triest, der Kominformist Vidali. Er zitiert nicht nur eine Aeußerung des britischen Militärgouverneurs in der Zone „A“ — wonach die Zone „B“ durch jugoslawische Gesetze und Maßnahmen bereits seit langem ein Appendix Jugoslawiens darstelle —, sondern das dem Palazzo Chigi nahestehende „Giornale d'Italia“. Unter Bezugnahme auf die „Annexion“ heißt es, „daß politische Gründe durchaus zu Vereinbarungen führen können, obgleich die historischen und ethnischen Rechte Italiens undiskutierbar sind“.

Inzwischen zeichnen sich in Jugoslawien im Zusammenhang mit der Rede des Marschalls Tito in Pola und der Rede des Parteidiktators Moshka Pijade in Cetinje („Wir werden weder eine imperialistische Kolonie noch sowjetische Verwaltungseinheit“) propagandistische Tendenzen ab, die selbst die härtesten Selbstkrieger im westlichen Lager ermühen werden. Mit gewaltigen Mitteln wird die „Nicht-Aufgabe heilige Rechte auf Süd-Kärnten“ in die Massen geschüttet und bei dieser Gelegenheit immer wieder Triest genannt. Die Sensationsmeldungen westlicher Zeitungen über politische Konzessionen Titos gegen eine 200-Millionen-Dollar-Anleihe haben schließlich in politischen Kreisen der jugoslawischen Hauptstadt nicht nur eine erhebliche Verstimmung hervorgerufen, sondern werden als überhaupt undiskutabel abgelehnt.

Die 74000 Einwohner der jugoslawischen Zone „B“ des Freien Territoriums Triest sind sich über

Beweisaufnahme im Petersen-Prozeß vor dem Ende

eg HAMBURG, 19. Juli (Eig. Bericht). Die Beweisaufnahme im Petersen-Prozeß, die in der siebten Woche andauert, geht ihrem Ende entgegen. Seine Zustimmung zu den Todesurteilen für die drei hingerichteten Marinesoldaten bezeichnete Petersen als „ein schweres Opfer“, zu dem er sich erst habe durchringen müssen.

Der ehemalige Kapitänleutnant Merkel, Petersens Adjutant von 1943 bis 1945, bestritt als Zeuge, das Hinrichtungskommando am 10. Mai 1945 geleitet zu haben. Er sagte unter erregten Protestrufen aus dem Publikum: „Ich leitete zuletzt am 4. Mai 1945 die Erschießung von elf deutschen Soldaten wegen Meuterei.“

Der Gerichtsvorsitzende meinte daraufhin, es sei fast unwahrscheinlich, daß niemand mehr wissen wolle, wer die Exekution am 10. Mai 1945 geleitet habe.

für Schicksal schon seit zwei Jahren im klaren. Ihn in der Hafenstadt Triest lebender Bischof, Mons. Santini, sagt zu der neuesten Entwicklung in diesem Teil der Adria: „Wie können die Nationen vor der UNO Respekt haben, wenn sie die unter ihrer Protektion stehende verlorene Ecke Europas nicht vor jeder Willkürlichkeit schützen kann.“

Deutsche Auswanderer nach Brasilien

HANNOVER, 19. Juli (Dena). Eine größere Gruppe deutscher Auswanderer verläßt nach Mitteilung der niedersächsischen Auswandererberatungsstelle am Mittwoch auf einem brasilianischen Schiff Hamburg in Richtung Brasilien. Es handelt sich größtenteils um Ingenieure, Techniker und Fachleute, die auf Grund ihrer Bewerbung von der brasilianischen Militärmission in Berlin das Einreisevisum erhielten.

Großbritanniens Wirtschaftslage

(Fortsetzung von Seite 1)

Anßenminister Bevin den Schatzkanzler im September nach Washington begleiten werde.

Bevor er sich zur Unterhausansprache über die Dollarfrage ins Parlament begab, um noch am Abend vom König im Buckingham-Palast in Audienz empfangen zu werden, stand Cripps in Westminster 80 Vertretern der Weltpresse Rede und Antwort. Der Schatzkanzler berief sich auf den Schwebezustand, in dem sich die Empfehlungen bis zu ihrer Behandlung durch die beteiligten Regierungen befinden.

Immerhin wurden bei dieser Aussprache einige Probleme angeschnitten, die das Kommuniqué übergeht. So wurde aus den Antworten des Schatz-

kanzlers klar, daß Südafrika die Heraussetzung des Weltmarktpreises für Gold zur Diskussion gestellt hat. Cripps erkannte dies als einen Beitrag zur Lösung der Dollarfrage an, meinte aber, ein Heilmittel sei es nicht, ganz besonders deshalb nicht, wie er hinzufügte, weil Südafrika nur in loser Form dem Sterlingraum angehört und heute nicht mehr an den Ausgaben und Einnahmen des Reservepools beteiligt ist. Es gedenke seine Wirtschaftssorgen mit Hilfe seiner Goldproduktion zu lösen. Desgleichen ist über die Anlage von „Pulvervorräten“ gesprochen worden, wie Cripps erklärte. Hierbei handelt es sich um die Stapelung von Versorgungsgütern, um die Schwankungen der Weltmärkte abzuschwächen. Ueber Erdöl werde weiter verhandelt. In diesem Zusammenhang erwähnte Cripps, daß die Sachbearbeiter des Commonwealth in den nächsten Wochen in London bei der Arbeit bleiben werden. Auf die Frage, ob sich — wie gemeldet — die Konferenzteilnehmer mit dem europäischen Ost-West-Handel befassen, gab er zur Antwort, dies sei naturgemäß der Fall gewesen, denn auch hierin sei ein Abhilfsmittel zu sehen.

Auf diese Frage ging im Unterhaus Bevin besonders ein. Wollte man, wie er sagte, eine Lösung des großen russischen Problems, so sei der beste Beitrag hierzu ein Ingangbringen des Rußland-

handels. Statt dreier Wirtschaftssysteme in der Welt — des Sterling, des Dollar und der Sowjetautarkie — müsse man zu zwei Systemen gelangen können. Vorher hatte Eden namens der Opposition an der Regierung Kritik geübt. Die Übersichts, die Sir Stafford Cripps in der vorigen Woche über die Wirtschaftslage gab, bezeichnete er als zu optimistisch. Seiner Meinung nach habe der Finanzminister versucht, den Ernst der Lage zu beschönigen.

Der 20. Juli 1944 ist ein Markstein in der Geschichte des deutschen Widerstands, und das Ausland erkannte diese Tat, die mit dem Blute Hundert guter Deutscher besiegelt wurde, an. Die Opfer des 20. Juli 1944 sind in die Ewigkeit gegangen, weil sie den systematischen Mord ablehnten und ablehnen wollten. Dieses Gedenken ist geeignet, der Weltöffentlichkeit ins Gewissen zu rufen, daß es auch unter den Uniformträgern der deutschen Offiziere ein Herz für die menschlichen Rechte und die Freiheit der Person gegeben hat und daß dieser Herzschlag alle Kreise des deutschen Volkes umfaßt.

Wir ehren heute die Toten des 20. Juli und mit ihnen die Überlebenden und die Hinterbliebenen; und wir stellen fünf Jahre nach diesem Putsch fest, daß man wohl Personen für Hinterbliebene der Nationalsozialisten festgesetzt hat, aber die rechtliche Grundlage der Hilfe für die Hinterbliebenen der politisch und rassistisch Verfolgten ist praktisch noch nicht geschaffen.

Gedenken wir so am fünften Jahrestag der Toten vom 20. Juli 1944, die zusammen mit den elf Millionen Toten deutscher Konzentrationslager ihren würdevollen Platz in der Geschichte finden.

Freie Aussprache

Bei Zuschriften, die vom Abender für Jose Rubik bestimmt sind, setzt die Redaktion die Genehmigung zu vollständiger oder gekürztem Abdruck voraus.

„Bank der Deutschen Arbeit“

Die Ausführungen des Herrn Kaig in der Ausgabe vom 14. Juli entsprechen nicht den Tatsachen. Unsere Bank wurde von der Militärregierung geschlossen, weil sie als ehemalige Gewerkschaftsbank am Ende des Krieges ganz im Besitz der Arbeitsfront war.

Eine Angliederung der bestehenden Konten an eine neue Gewerkschaftsbank, deren Gründung bevorstehend sein dürfte, wurde von der Militärregierung in Aussicht gestellt, jedoch kann keine Rede davon sein, daß die Bank bzw. deren Konten jetzt schon in irgendeiner Form an die Gewerkschaften zurückgegeben sind. Eine Regelung dieser Angelegenheit ist vor Ablauf einiger Monate nicht zu erwarten.

Bank der Deutschen Arbeit A. G.,
Niederlassung Frankfurt a. M.,
gez.: Keller, gez.: Dittmar,
Frankfurt a. M., Wilhelm-Louschner-Str. 89/77.

Wo bleiben unsere zukünftigen Bundestagsvertreter?

Der Wahlkampf für die Bundestagswahlen hat begonnen. Die Parteien verbinden ihre Parolen und ihre Kampffronten, sie schicken ihre Rednertruppen vor, die Herren Blücher und Nölting und wie sie heißen.

Warum diese Kampfpennen, von großen Rednern in die Sätze geschleudert, die nicht allzu voll sind? Merken die Parteien nicht, daß es ihre Aufgabe nur sein kann, uns die Männer und Frauen vorzustellen, die über unsere zukünftige Politik beschließen, die unsere Steuern festsetzen und unsere Interessen vertreten, und an die wir mit später mit unseren Nöten und Wünschen wenden sollen? Diese sollen uns mit schlichten Worten sagen, welche Ideen und Vorschläge sie zur Lösung der brennendsten Probleme bereit haben, damit wir wählen können.

Merken die Herren Parteiführer noch nicht aus jeder Diskussionspalte in den Zeitungen, aus jeder Versammlung der öffentlichen Foren, daß wir die Parteipolitik alten Stils gründlich satt haben?

H. Zschekel,
Frankfurt am Main, Eppsteiner Straße 31.

Reynaud als Zeuge im Abetz-Prozeß

PARIS, 19. Juli (UP). Der frühere französische Ministerpräsident Paul Reynaud erklärte am Dienstag als Zeuge im Abetz-Prozeß, der ehemalige Botschafter habe drinmal seine — Reynauds — Hinrichtung mit der Behauptung gefordert, daß er sich zusammen mit Präsident Roosevelt verschworen habe, einen Krieg zu beginnen.

Während der Vernehmung Reynauds wurde von der Anklagebehörde als Beweistück ein aus erbeuteten deutschen Archiven stammendes Telegramm des Botschafters Abetz an seinen Vorgesetzten Ribbentrop vorgelesen, das die Forderung auf Erschießung Reynauds sowie des ehemaligen französischen Innenministers Georges Mandel enthielt. Reynaud beschuldigt den ehemaligen deutschen Botschafter ferner, daß er auch die Hinrichtung des früheren französischen Premier Leon Blum zu erreichen suchte. Auch sei es Abetz gelungen, die Tötung Mandels durch pronazistische französische Polizei durchzusetzen.

Glocken Brot
Die Marke bürgt für Qualität

Kontroverse um die „Deutsche Opposition gegen Hitler“

In Nr. 15 unseres Nachrichtenblattes brachten wir unter der Überschrift „Kollaboration und Widerstand“ eine Kritik Robert Ingrams über das Buch „The German Opposition to Hitler“ von Prof. Rothfels. Zu diesem Werk, das vom Verlag Henry Regnery Company, Hinsdale, Illinois, 1948, herausgegeben worden ist, hatte der in New York erscheinende „NEW LEADER“ ebenfalls eine Kritik veröffentlicht, zu welcher der Verleger Henry Regnery in einem Brief Stellung genommen hat. „NEW LEADER“ veröffentlichte den Brief des amerikanischen Verlegers in seiner Ausgabe vom 2. 10. 1948 wie folgt:

„Ihre Kritik (so beginnt der Verleger seinen Brief an den „NEW LEADER“, D. R.) sagt, der Autor ‚verniedliche das Klassenbewußtsein der Junker, Generale, des Personals des Auswärtigen Amtes und der lauwarmen Nazis in einem nicht zu rechtfertigenden Maße‘. Es scheint mir ganz offensichtlich, daß es Mr. Dane's (der Name des Kritikers in „NEW LEADER“ D. R.) eigenes ‚Klassenbewußtsein‘ ist, das zu einem solchen Schlusse führt, nachdem Professor Rothfels klarmacht, daß es das gemeinsame Ziel der Opposition war, das solche Differenzen überwand und den Sozialdemokraten Leuschner und Generaloberst Beck Freunde werden ließ. All dies geht aus dem Buch klar hervor. Leider hat der Kritiker diesen Punkt nicht begriffen, aber er ist entscheidend. Er ist ein wichtiger Teil der neuen Ansicht, die Prof. Rothfels demjenigen Leser eröffnet, der bereit ist, die wahre Natur und Bedeutung der deutschen Opposition gegen Hitler zu verstehen.“

Sie strebte nach mehr als nach einem Umsturz. In der Tat erschien der Opposition der Sturz der Regimes nur als das unvermeidliche Mittel zur inneren Verjüngung Deutschlands, die ihnen wertlos war, wenn sie nicht zu einem vereinten Europa führte. Dies war der Boden, auf dem die Gegner Hitlers standen, welches auch immer die Nuancen ihres Konzepts gewesen sein mögen. Dies gab, viel mehr als ‚Klasseninteresse‘, Tradition, persönliches Ressentiment oder Ehrgeiz, der Opposition Zusammenhalt und Einheit.

Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß inmitten aller Verwüstung, die der Nazismus den Deutschen brachte, eine moralische Renaissance, ein geistiger Frühling sich in dem gleichen Deutschland unter der Opposition entfalteten. Zu jener Zeit war das nicht so sehr eine Frage ‚guter‘ und ‚schlechter‘ Deutscher wie eine solche derer, die sich vom Nazismus verdummten ließen, und derer, die eine erhabene Hoffnung begien. Dafür bietet der Autor genügend Beweise. Sein Material erstreckt sich über die gesamte Periode bis zum Herbst 1944, als buchstäblich alle Führer verhaftet oder umgebracht worden waren. Die vom Autor vorgebrachten Beweise haben Mr. Dane nicht bewegt, er erwähnt sie auch nicht. Er spielt nicht einmal darauf an. Er mag jedes einzelne Wort des Buches begriffen haben, aber er hat es nicht gelesen.

Statt dessen bemerkt er ironisch: „Man fühlt — fast körperlich — wie der Autor sich anstrengt, um die geringsten Beweisstückchen über die antihitlerische Opposition in sein Mosaik hineinzupassen, um zu den Schluß zu kommen, daß es eine politisch bewußte, große, fortschrittliche, integrierte deutsche Oppositionsbewegung gab.“

Mit diesem Satz gibt sich Mr. Dane preis. Wir sollten uns jetzt darüber klar sein, daß die Bildung einer klaren Bewegung oder auch mehrerer Bewegungen in einem modernen totalitären Regime nicht möglich ist. Die Bevölkerung ist atomisiert. Welche Bande auch immer geknüpft werden, sie werden notwendigerweise in den meisten Fällen durch mündliche Vereinbarungen gebildet. Welche Gruppen auch immer sich zusammenfinden, sie können nur aus kleinen Zellen bestehen. Es scheint für Beobachter, die aus einer sicheren Entfernung urteilen und denen die direkte Erfahrung fehlt, äußerst schwer zu sein, zu verstehen, daß Meinungen und Überzeugungen im Milieu eines totalitären Staates in einem Zustand wohlgehaltener Heimlichkeit selbst unter denen bestehen muß, die sich Auge in Auge gegenüberstehen. Wir, die wir das Privileg genießen, alles und Verschiedenes ausdrücken zu können, sollten großzügig genug sein, den verstummten Opfern der Gestapo Zugeständnisse zu machen hinsichtlich ihrer Bemühungen, den Unterdrücker loszuwerden. Sie sind sicher bessere Richter dessen, was getan werden kann und was nicht, und wie es geschehen kann. Wir müssen jetzt lernen, diese Konzession einem anderen Opfer zu machen — den Bürgern der Tschechoslowakei. Ich schmähe sie nicht, weil man nichts von einer Oppositionsbewegung hört. Es gibt sicherlich eine, und was an die Oberfläche dringt, als dokumentarischer Beweis für die Vorgänge, die sich darunter abspielen, ist von umso größerem Wert. Wir müssen dankbar sein für jeden Versuch, die intellektuelle und geistige Verteidigung ge-

gen herrschsüchtige Gewalttätigkeit zu rekonstruieren, selbst wenn er für Deutschland gemacht wird.

Es gab in der Tat eine ‚integrierte‘ deutsche Opposition. Sie war integriert durch die Vereinigung von Männern und Frauen mit einer hohen Überzeugung, die ganz Europa umspannte. Aber der Kritiker will nichts davon wahr haben. Für ihn bedeutet eine Bewegung ein Büro und eine Schreibmaschine. Er hat keinen Blick für irgend etwas, was darüber hinausgeht. Er ignoriert die Bedeutung des Wortes ‚Bewegung‘ unter einer Staatspolizei. Professor Rothfels hat den ersten Versuch gemacht, eine Strömung an der Arbeit zu zeigen. Mr. Dane hat sich als unzugänglich für dieses interessante Phänomen erwiesen. Ich muß es noch einmal sagen, er hat das Buch nicht gelesen.“

In der gleichen Nummer des „NEW LEADER“ findet sich eine Entgegnung des Kritikers Allan Dane, die wir nachstehend gleichfalls wiedergeben:

„Mr. Regnery, der Verleger des Buches von Professor Rothfels, versichert die Leser des „NEW LEADER“ großzügig, ich hätte das Buch nicht gelesen, das ich besprochen habe. Aber aus dem, was er daraus anführt, bin ich versucht, zu sagen, daß er meine Besprechung nicht verstanden hat.“

Der Herr behauptet nicht nur die Existenz einer geistig geeinten, vorwärtsschauenden, integrierten deutschen Opposition gegen Hitler, sondern versichert sie sogar mit den Symptomen einer ‚inneren Verjüngung‘ und eines ‚geistigen Frühlings‘ des Reiches. Wen, so frage ich mich, hat Mr. Regnery im Sinne? Schacht? Rommel? Canaris? Mehr als das: er bekennt, in der Anti-Hitler-Bewegung die hervorragende Kollektion von Vertretern eines ‚Gemeinen Europa‘ zu sehen. Feldmarschall Blomberg, Generaloberst Beck, Graf Moltke als Verfechter des Weltföderalismus: was für eine Geschichtsschreibung! Selbst Goerdeler war, wie Professor Rothfels zugeht, ein Vertreter deutschen Expansionismus‘ und Kolonialismus. Was die traditionsgebundene Blickrichtung der deutschen Generale und Junker angeht, die eine so wesentliche Rolle in den Kabbalen gegen Hitler spielten, so sind selbst die Schriften solcher Leute wie Hassell und Gisevius sicherlich nicht die wütendsten Nationalisten und Aristokraten — voll versteckter Bekundungen von Klassenüberheblichkeit. Für Mr. Regnery mögen die Grafen von Yorck, von Tresckow, von Kleist, von Hardenberg Musterdemokraten sein. Aber wenn ich es wage, ihre Überzeugungen zu bezweifeln, weist Mr. Regnery darauf als auf einen Beweis meines ‚eigenen Klassenbewußtseins‘ hin.

Die deutsche Opposition bestand aus verschiedenen und ungleichen Elementen. Sie erstreckte sich über die ganze Skala der Programme, Ideen und Glaubensarten von antihitlerischen Nazis (wie Trevor-Roper so schön zeigt) bis zu Opportunisten und prinzipiellen Feinden des Nazismus. Die ganze Opposition war sich einig über die Notwendigkeit, Hitler zu vertreiben — und nur in diesem Punkt. Prof. Rothfels bringt selbst mit beredter Zunge diese Tatsache zur Geltung: „Es gab nur ein Ziel, den Faschismus zu liquidieren und den Krieg zu beenden.“ Darüber hinaus war die Opposition notwendig geteilt. Genau wie der Totalitarismus, ohne Rücksicht auf seine soziale Basis, ein System der Unterdrückung wird, das über alle traditionellen Klassen hinausragt, umfaßte die Widerstandsbewegung mit Notwendigkeit Vertreter aller sozialen Schichten. Die Überwindung der Diktatur ist, so wird versichert, nicht das Vorrecht irgendeiner Klasse. Und aus verschiedenen historischen Gründen waren der deutsche Adel, der Nährboden halber Nazis, pronazistische Mitläufer und die deutsche Militärschicht am besten geeignet, eine Hauptrolle in den revolutionären Versuchen zu spielen; genau wie in Italien der Sturz Mussolinis von Männern herbeigeführt wurde, die eng mit dem faschistischen Regime verbunden waren; und genau wie in Rußland die am besten für einen Coup gegen die Meister des Kremls Geeigneten unter den Elementen zu finden wären, die in der kommunistischen Partei und der sowjetischen Armee Unterstützung und Berührungspunkte haben. Daß wie von diesen Elementen in Deutschland hätten Gebrauch machen sollen, ist eine Sache für sich — wir haben es im Falle Badoglio und Darian getan. Ihre Opposition gegen einen vorhandenen Diktator macht sie in dessen in keiner Weise irgendwie demokratischer.

Aber vielleicht versteht Mr. Regnery mich immer noch nicht. Was ich in Frage stelle, ist nicht die Existenz einer ‚Bewegung‘, wie er so zynisch behauptet, sondern daß sie programmatisch geformt, organisatorisch zusammenhängend, geistig fortschrittlich und ideologisch rein gewesen sei. Die Tatsachen im Nachkriegsdeutschland bestätigen deutlich nach mehr als drei Jahren der Verbindung mit der Außenwelt sowohl die innere Uneinigkeit des deutschen Volkes (mit Ausnahme seines gemeinsamen Bekenntnisses zum Nationalismus) und die Tatsache, daß die bloße Negation des Nazismus noch keine Ergebnisse in die demokratische Lebensart oder deren Verständnis anzeigt.

Mr. Regnery mag es für seine Sache halten, den Sprösslingen der deutschen Aristokratie zu Hilfe zu kommen. Doch der leidenschaftliche Historiker wird eine andere Ansicht kenne[n] wollen, ehe er seine Argumente schluckt — und wird sich einer Zoffucht zu Argumenten ad hominem gegen einen andersonkenden Kritiker enthalten.“

General Halders Rehabilitierungsversuch

Der Engländer J. K. Morgan, K.C., stellvertr. Generaladjutant a. D., befaßt sich in einem Artikel in der „Times WEEKLY“ vom 3. 11. 1948 mit dem „Versuch der Rehabilitierung des deutschen Offizierskorps“:

„General von Seeckt rühmte sich in seinem militärischen Testament: „Die Reichswehr“ mit Recht, daß er in seinen Bestimmungen, die Wachsbarkeit der Kontrollkommission in den Jahren 1920—1921 zu tauschen, einen vollen Erfolg errungen habe. Es sei ihm gelungen, an das Gut zu neutralisieren, das die Ausstattungsartikel des Versailler Vertrages enthalten hatten. Er selbst erkaufte, daß sein Erfolg beim Aufbau der „Vertragsarmee“, u. d. der Reichswehr, von 100.000 Mann mit der bescheidenen Anzahl von 40.000 Offizieren und ihre Umwandlung in das Instrument der erstaunlichen militärischen Wiedergeburt Deutschlands leugnen durch das deutsche Offizierskorps ermöglicht worden sei.

Die Beziehungen zwischen den Reserveoffizieren und dem aktiven Offizierskorps waren immer schon sehr eng. Dies blieb auch nach dem Kriege so. In ihrer militärischen Haltung war die Grenzlinie der Reserveoffiziere in ihrer naiven Hochachtung, die sie dem aktiven Offizier entgegenbrachten, „kannonscher als der Papst“. Durch Tausende von Gemeinverpflichtungen stand von Seeckt mit hervorragender Genialität die enge Beziehung dieser beiden Phalanx von 140.000 aktiven Offizieren und Unteroffizieren sowie den Reserveoffizieren mit den Einheiten der Reichswehr her, die ermöglichte das Überleben dieser Gruppen.

Heute ist eine fast gleich große Anzahl von Berufs- und Reserveoffizieren und von Unteroffizieren nach Westdeutschland repatriert worden. Nach einer Erklärung, die Mr. Shinwell vor ein paar Wochen vor dem Unterhaus abgab, ist die Repatriierung deutscher Kriegsgefangener, die sich in englischen Händen befanden, fast vollständig durchgeführt. Das gleiche trifft für die Kriegsgefangenen zu, die von den amerikanischen und französischen Streitkräften gefangen genommen wurden. Was aus den Kriegsgefangenen in russischen Händen geworden ist, weiß niemand, aber es besteht aller Anlaß zu glauben, daß ihre Repatriierung nach Ostdeutschland mehr auf dem Papier steht als wirklich wahr ist. Um es vorweg zu nehmen, eine Wiedergeburt der alten Armee in Westdeutschland, so wie sie von Seeckt gelang, scheint gegenwärtig unmöglich. Solange die alliierten Besatzungsstreitkräfte in Deutschland und die russischen Truppen in ihrer Zone bleiben, können diese drei verstümmten Korps wenig oder nichts zu ihrer militärischen Wiedergeburt unternehmen.

Die Kunst der Tarnung

Sie können jedoch, und zweifelsohne werden sie das versuchen, eine solche Wiedergeburt vorbereiten, wenn es ihnen gelingt, ihr traditionelles Prestige in ihrem eigenen Volk wieder herzustellen. Es liegt umfangreiches Beweismaterial vor, daß solche Vorbereitungen bereits seit 1945 im Gange sind.

Die außergewöhnliche Geschichte der Tarnungskunst, durch die es von Seeckt gelang, das Offizierskorps zu erhalten und zu erneuern, ist trotz der ungeheuren Wichtigkeit für die Zukunft noch nicht berichtet worden. 1940, als die Deutschen nichts mehr glaubten verheimlichen zu müssen und sich aller Dinge rühmten, veröffentlichte das Reichsarchiv in Deutschland ein Buch, von dem ich glaube, daß nur ein Exemplar in England vorhanden ist.

In diesem Buche pries das Reichsarchiv gewisse der Kontrollkommission der Jahre 1920—27 nicht unbekannte Dinge, durch die von Seeckt nicht nur das alte Offizierskorps des 1. Weltkriegs intakt hielt, sondern es auch verjüngte. Diese Verjüngung geschah durch die Einrichtung eines großen Wohlfahrtssystems, das das Reich Milliarden von Mark kostete, nämlich die Einführung der Armeerenten im Jahre 1921. Unter Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, daß die Reichswehroffiziere 25 Jahre und die Unteroffiziere 12 Jahre dienen mußten, ließ man 25% beider Gruppen nach einer 4jährigen Dienstzeit in den Ruhestand treten.

Wehrbezirkskommandos

Zu gleicher Zeit wurden die 400 örtlichen Bezirkskommandos der alten Armee, die aufgelöst werden sollten, unter dem neuen Namen „Armeewohlfahrtsämter“ neu eröffnet und bemüht sich eifrigst, ihre Akten aller Offiziere und Unteroffiziere, die so von der Reichswehr „beurlaubt“ waren, auf dem laufenden zu halten. Zu gleicher Zeit führten sie die Listen der 34.000 aktiven Offiziere und der 100.000 aktiven Unteroffiziere, sowie der rund 200.000 Reserveoffiziere, die mit Ausnahme derjenigen, denen es gelungen war, bei der neuen Reichswehr unterzuschlüpfen, nach dem Kriege in den Ruhestand gesetzt oder demobilisiert wurden. Diese kurze Abschweifung in die ungeschriebene Geschichte soll dazu dienen, aufzuzeigen, wie unmöglich zur Zeit jede Wiederholung einer solchen militärischen Wiedergeburt ist. Aber Tradition stirbt

nur sehr schwer. Dies mußten die Väter der unglücklichen Weimarer Verfassung zu ihrem Nachteil erfahren. Aus diesem Grunde mag sich die embryonale Republik des neuen Deutschland von dem Moment an, wo die Besatzungsmächte anziehen, vor dieselbe tödliche Lähmung gestellt sehen wie ihre Vorgängerin.

Die angeborene Schwäche der Weimarer Republik bestand darin, daß sie keine Tradition besaß, die sie dem großen traditionellen Prestige ihres geschworenen Feindes, des Offizierskorps, entgegensetzen konnte. Kein Engländer, wenn er nicht, wie der Schreiber dieser Zeilen, in Deutschland unter dem ersten und zweiten Reiche gelebt hat, hat eine Vorstellung von jenen semi-feudalen Privilegien.

Ludendorff uertrieb nicht, wenn er behauptete, daß das Offizierskorps in letzter Hinsicht die tragende Säule des Reiches sei. Der größte Verfassungsrechtler in Deutschland, Laband, drückte dies fast in gleichen Worten aus. Durch ihre totale Gefangennahme im Jahre 1945 hatte die deutsche Offizierskaste bis heute nicht, wie 1918, Gelegenheit, ihr Prestige im eigenen Volk zu kultivieren oder wiederherzustellen. Nach Aussagen gefangener deutscher Offiziere besteht kein Zweifel über die Art der zukünftigen Entwicklung. Als Kriegsgefangene sind die deutschen Offiziere sehr gesprächig gewesen. Sie versuchten die Zeit ihrer Gefangenschaft nicht ungenutzt verstreichen zu lassen und erklärten immer wieder, daß sie für das strategische und taktische Versagen sowie für die Greuelthaten des Krieges nicht verantwortlich seien. Der Beweis für diese Politik einer doppelten Entschuldigung — und man muß dies als Politik bezeichnen, in Anbetracht der seltenen Übereinstimmung von hundert solcher Bemerkungen — liegt in den Aussagen, die sie alliierten Offizieren während der Jahre 1944—45 gegenüber machten und die sie im Zeugnisstand der Nürnberger Prozesse wiederholten.

Das Beweismaterial der ersten Kategorie der Entschuldigungen ist zum großen Teil noch nicht veröffentlicht. Ich verdanke meine Kenntnisse dieser Tatsachen der amerikanischen Kriegsverbrecherkommission in Nürnberg. Es ist keine leere Phrase, wenn man nach dem Stadium dieser Aussagen behauptet, daß man die Aussage eines maßgeblichen Offiziers für die Haltung aller anderen Offiziere setzen kann. Das Erschreckende ist die geistige Einheit aller dieser Aussagen. Man kann es daher als absolut gewiß bezeichnen, daß die deutschen Offiziere, nun, da sie wieder in Deutschland sind, dieselben Taktiken anwenden werden, um ihren erschütterten Ruf in Deutschland wiederherzustellen. In den amerikanischen Archiven in Nürnberg befindet sich ein bezeichnendes Dokument, das das Vorhandensein einer solch abgestimmten Politik außer Zweifel erscheinen läßt. Es wurde im November 1945 von General Halders, dem Chef des deutschen Generalstabs bis September 1942, geschrieben, als er sich in Nürnberg befand. Es beginnt mit der erstaunlichen Behauptung, daß die Kontrollkommission von 1920—27, in ihrem Endbericht, der niemals veröffentlicht wurde, von Seeckt ein Zeugnis ausstellte, daß Deutschland allen militärischen Verpflichtungen des Versailler Vertrages nachgekommen sei. Tatsächlich berichtete aber die Kommission genau das Gegenteil.

General Halders fährt fort in der Ausarbeitung der doppelten Entlastung des deutschen Offizierskorps. Sein erstes Ziel ist es, das deutsche Offizierskorps als ungeschlagen hinzustellen, oder, was auf das gleiche hinauskommt, nur in soweit geschlagen, als es dem lähmenden Einfluß Hitlers unterlag. Alle militärischen Niederlagen, behauptet er, rührten von der vollständigen Ausschaltung allen militärischen Einflusses auf die Führung des Krieges her. Die großen militärischen Erfolge der ersten Zeit des Krieges verdanke das deutsche Volk allein seinem Offizierskorps. Der einzige Beweis hierfür, wenn man es überhaupt einen Beweis nennen kann, liegt in der Tatsache, daß 11 Feldmarschälle und 11 kommandierende Generale während des Krieges zum Abdanke gezwungen wurden.

Die Schlussfolgerung hieraus solle darin liegen, daß man sie in erster Linie deshalb entließ, weil sie sich gegen Hitlers Ermischung stemmten, und daß ihren Nachfolgern nichts andere übrig blieb, als seinen Forderungen zu entsprechen, da sie sonst vor ein Kriegsgericht gestellt worden wären. General Halders Schriftsatz enthält ganz klar die neue Entstehungsgeschichte einer alten Legende, nämlich der Legende vom „Dolchstoß in den Rücken“, ein Schlagwort, das 1918/19 vom deutschen Offizierskorps geprägt wurde, um über die eigentliche militärische Niederlage hinwegzutäuschen. Dies war keine bare Münze, wenn sie auch in Deutschland für eine solche genommen wurde.

Die Militärs vergifteten das deutsche Volk mit der Fabel, daß die deutsche Armee nicht auf dem Schlachtfeld geschlagen worden sei, sondern von den revolutionären Elementen in der Heimat. Die Bedeutung, die die deutschen Offiziere von heute der Verbreitung der Fabel beimessen, daß lediglich Hitlers Eismischer in die Strategie und Taktik die katastrophale Niederlage herbeigeführt habe, mag aus ihren Aussagen während der Gefangenschaft ermessen werden. Halders zweite Ausführung ist ein Versuch, die Welt von der, wie er es nennt, „kavaliermäßigen“ Kriegerführung der Armeeführer zu überzeugen. Er versucht, den Lesern glauben zu machen, daß die deutschen Generale die „anständigsten Männer gewesen seien, die jemals zum Schwerte griffen.“

Landesverrat?

Der 20. Juli läutete ein künftiges Zeitalter ein

Wir hatten uns bei der Erörterung der Frage, ob in der Widerstandsbewegung der Teilbestand des Landesverrats zu erblicken sei, an Herrn Professor G. Leibholz gewendet, der sowohl in Göttingen wie in Oxford als Professor des öffentlichen Rechts tätig ist. Herr Prof. Leibholz hat uns darauf aus seinem Vortrag vor dem III. Internationalen Ferienkurs der Universität Göttingen den einschlägigen Abschnitt zur Verfügung gestellt, den wir im Nachstehenden veröffentlichen. Der gesamte Vortrag ist im Verlag Karl Friedr. Fleischer, Göttingen, unter dem Titel „Ideologie und Macht in den zwischenstaatlichen Beziehungen des 20. Jahrhunderts“ erschienen.

Der revolutionäre Einbruch des Ideologischen in die politische Auffassung zeigt sich besonders in folgender Frage: Ist es z. B. möglich, den Begriff des Landesverrates in einem primär ideologischen Zeitalter noch in der gleichen Weise zu bestimmen wie im Zeitalter des Nationalstaates, das diesen Begriff geprägt hat, oder haben wir den Begriff des Landesverrates durch einen anderen Begriff zu ersetzen, der dem Wandel der Zeiten gerecht wird? Das Problem der Kolonne, d. h. das Problem, daß die Angehörigen eines Landes mehr mit der politischen Weltanschauung des Feindes sympathisieren als mit der, für die ihr eigenes Land zu den Waffen gegriffen hat, gab es in dieser Form noch nicht im Zeitalter des Nationalstaates. Schon unter dem Nationalsozialismus war es so, daß dieser

von Nationalsozialisten und Faschisten in den eroberten Ländern als eine Bewegung begrüßt wurde,

der man mit Sympathie und freundschaftlichen Gefühlen gegenüberstand. Heute dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß bei einem etwaigen künftigen Konflikt Kommunisten — das ist öffentlich in einer Anzahl von Ländern mit Nachdruck von kommunistischer Seite selbst ausgesprochen worden — von Kommunisten all über die Welt als Freunde und Befreier begrüßt werden würden, und daß umgekehrt z. B. Amerikaner und Engländer im Osten in der gleichen Weise von der Bevölkerung, soweit diese nicht kommunistisch ausgerichtet ist, willkommen geheißen werden würden.

Der nationale Feind wird so heute von Millionen von Menschen als Befreier und Freund begrüßt, während gleichzeitig Millionen von eigenen Volksgenossen als Feinde im ideologischen Sinne betrachtet werden.

Der Vorwurf des Landesverrates schreckt diese Männer nicht mehr, weil diese die Verwirklichung ihrer politischen Idee als ihre höchste Pflicht betrachten und, um dieser zu genügen, bereit sein müssen, ihre eigene Regierung zu Fall zu bringen.

Oder denken Sie bitte an den Staatsangehörigen oder den Refugee, der sich weigert, in seine Heimat zurückzukehren, weil diese — obwohl von seinen eigenen Landsleuten bewohnt — doch gleichzeitig vom Feind im ideologischen Sinne besetzt ist, und die deshalb nicht mehr als die wirkliche Heimat betrachtet wird und betrachtet werden kann. Befinden wir uns vielleicht — ich will nur die Frage aufwerfen —

mittlen in einer Entwicklung, die von dem heutigen formalen Staatsangehörigkeitsrecht fort zu einem neuen, entscheidend durch ideologische Merkmale bestimmten Staatsangehörigkeitsrecht führen wird?

Oder denken Sie bitte schließlich an das traditionelle Neutralitätsrecht, für das in einem primär ideologischen Zeitalter kein Raum mehr ist, im Grunde genommen bereits im letzten Kriege kein Raum mehr war und sicher in Zukunft kein Raum mehr sein wird.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne mit einem Worte eines spezifisch deutschen Beitrages zu gedenken, der mir von der größten Bedeutung in diesem Zusammenhang zu sein scheint. Ich denke an

die Männer des 20. Juli 1944.

Gewiß, die Männer des 20. Juli hatten sich aus den verschiedensten Motiven zusammengefunden: frühere Nazis, die in Erkenntnis der sicheren Niederlage nach einem Alibi suchten, Opportunisten, Patrioten, die noch zu retten versuchten, was noch zu retten ist usw. Von diesen spreche ich heute nicht. Ich spreche von dem Kern der deutschen Widerstandsbewegung, ihrer geistigen Führung, der Elite der deutschen Nation. Das Besondere dieser Bewegung bestand darin, daß sich mit ihr das vollzog, was ich im Rahmen meiner heutigen Ausführungen den Einbruch des Ideologischen genannt habe. Der Westen war insofern in einer glücklicheren Lage als der Osten und Zentraleuropa, als es einen echten Konflikt zwischen Ideologie und Nationalstaat hier niemals wirklich bisher gegeben hat. Dieser Konflikt bestand auch nicht bei den Widerstandsbewegungen der von dem Nationalsozialismus überrannten Länder, weil diese Bewegungen nicht nur antinationalsozialistisch, sondern zugleich auch nationale Freiheitsbewegungen waren. Hier in Deutschland dagegen war es zum ersten Mal, daß

der Westen einer revolutionären internationalen Ideologie sozusagen auf gleicher Ebene begegnete und Männer bereit waren,

die ganze Tragik des Aufeinanderpralls von Ideologie und Macht in einem beispiellosen Martyrium buchstäblich zu erleiden.

Hier zum ersten Mal ist in einer militanten Form vom Westen her dem Ideologischen, wenn ich einmal der Abkürzung halber das westliche Wertesystem mit diesen irreführenden Namen belegen darf, der Primat vor dem Nationalen eingeräumt worden. Das ist

ein Ereignis von gesamteuropäischer Bedeutung, das der Nationalsozialismus gegen seinen Willen produziert hat,

und das daher nicht zufällig von der nationalstaatlichen Einstellung des Westens während des Krieges und unmittelbar nach demselben in seiner wahren Bedeutung verkleinert worden ist. Es ist das größte Positivum, das von der deutschen Seite beim künftigen europäischen Aufbau in die Waagschale geworfen werden kann, weil es im Grunde genommen

ein Ereignis ist, das ein zukünftiges Zeitalter einläutet.

Man ist heute vielfach in Verlegenheit, an welche Symbole man in Zukunft in Deutschland anknüpfen soll. Alle deutschen Fahnen sind irgendwie schwer mit der deutschen Vergangenheit belastet. Die neue deutsche Verfassung erfreut sich aus begreiflichen Gründen keiner besonderen Popularität. Hier aber ist ein Symbol vorhanden, zukunftssträchtiger als alle anderen Symbole, weil dieses für eine Zeit steht, dem die Zukunft — so oder so — am Ende — und nicht nur in Deutschland — gehört. Die vielfachen Enttäuschungen seit 1945 sollten nicht über diesen grundsätzlichen Sachverhalt hinwegtäuschen. Wir wissen heute, daß

ein sich verhärtender Nationalismus im traditionellen Sinne des Nationalstaates in allen Ländern nicht mehr zeitgemäß ist,

daß er kein neues konstruktives Prinzip enthält und letzten Endes politisch reaktionär ist, weil er den Forderungen des 20. Jahrhunderts nicht gerecht wird. Ein wirklicher Staatsmann muß auf lange Sicht sehen, die inneren Zusammenhänge erfassen können und die Zeichen der Zeit verstehen. Die jungen Studenten Deutschlands, die einmal mit berufen sein werden, die Geschichte ihrer Völker maßgebend zu beeinflussen, machen sich hoffentlich jene Prinzipien zu eigen, für die jene deutschen Männer gefoltert wurden und gestorben sind. Lassen Sie sich Ihren Blick nicht dadurch verdunkeln, daß nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch ein Neo-Nationalismus in diesen Männern nur „Ver-räter“ zu erblicken vermag. Vergessen Sie nicht, daß ein neuer Nationalismus und Faschismus einer Neu-Auflage der Dolchstoßlegende bedarf, um sich zu rehabilitieren und die erforderlichen Gefühle auszulösen, mit deren Hilfe er seine Ueberständigkeit vor seinen betörten Anhängern zu verschleiern vermag. Seien Sie versichert, daß

nur auf dem Boden der Prinzipien des 20. Juli, wie sie von der Elite des deutschen Volkes diesem vorgelebt worden sind, eine wirkliche Erneuerung kommen und der Begriff Europa jenen Inhalt bekommen kann, der allein in Zukunft die Verwendung dieses Wortes rechtfertigt.

Nur auf dem Boden jener Prinzipien kann sich auch jene echte Freundschaft und innere Verbundenheit der Völker entwickeln, die allein die Garantie eines echten Friedens ist, d. h. eines Friedens, der auf dem Respekt der nationalen Einheit der Völker beruht, aber diese zugleich zugunsten einer ideellen Ordnung transcendiert, die dem Menschen erlaubt, sein Leben wieder ohne Furcht in Freiheit und Demut zu führen.

Die deutsche Widerstandsbewegung

Es gibt noch keine zusammenhängende, Quellenkritisch fundierte, wissenschaftlich einwandfreie Darstellung des deutschen Widerstandes gegen Hitler. Was Gisevius, von Hassell, Kordt, Schlabrendorff, was Roepke, Paetel, Pechel, was Andreas-Friedrich und Allen Welsh Dulles beigetragen haben, sind Bausteine sehr verschiedenen Wertes; es reicht nicht hin, um das antihitlerische Widerstandsphänomen der Mitwelt in seinen Bedingungen und Beziehungen zu erklären und der Nachwelt ein sauberes, sicheres Fundament für die Erforschung der nationalsozialistischen Katastrophenepoche zu geben.

Hans Rothfels, einer der angesehensten Schüler Friedrich Meineckes, früher Ordinarius für Neuere Geschichte in Königsberg, 1939 nach den USA ausgewandert, heute Professor für moderne Geschichte an der Universität Chicago, hat neuerdings ein Bändchen *"The German Opposition to Hitler"* (Hinsdale, Illinois USA 1948) erscheinen lassen, das auf Grund veröffentlichten und unveröffentlichten Materials eine ausgezeichnete Darstellung der deutschen Widerstandsbewegung im Licht der Forschung bietet. Rothfels' Studie, geschrieben aus guter Kenntnis der Vorgänge und der beteiligten Personen, vertieft durch das Studium von Tagebüchern, Memoranden, Testamenten, Privatbriefen und Erlebnisberichten aller Art, klärt die in aller Welt noch immer lebhaft erörterte Frage, ob wirklich ernsthaft von einer deutschen Widerstandsbewegung größeren Ausmaßes von innen heraus, von einer deutschen Antinazi-Organisation gesprochen werden kann. Der Autor setzt sich mit der in den Vereinigten Staaten weit verbreiteten Meinung auseinander, daß nur Abenteurer und Desperados die Bewegung gegen Hitler getragen hätten, und er erörtert in dem Kapitel *"Obstacles to truth"* die Gründe, wieso sich im Ausland die Vorstellung von der Bedeutungslosigkeit der Opposition festsetzen konnte. Rothfels beabsichtigt keine Glorifizierung der Widerstandsträger; er will nüchtern aus den erwiesenen Tatsachen belegen, daß der Widerstand gegen Hitler starke Wurzeln in allen Volksschichten hatte, daß er aus sehr verschiedenartigen Quellen gespeist wurde und aus allen möglichen Kreisen kam, und er will zeigen, wie tief und wie weit sie schon vor dem Kriege gediehen war. Es waren liberale, konservative und sozialistische Elemente, militärische und zivile in bunter Mischung; eine Bewegung, in der freilich vieles ungegoren war und blieb. Rothfels betont gegenüber den kurzsichtigen, einseitigen und übelwollenden Beurteilern, daß die führenden Köpfe des Widerstandes, mochten sie von noch so ausgesprochen militärischer und aristokratischer Grundlage her wirken, nicht aus Berufs- oder Standesmotiven dabei waren, sondern aus übernationalen, moralischen und humanen Einsichten. Das gemeinsame Ziel der Widerstandskräfte war die Wiederherstellung der Menschenwürde, der Achtung der Wahrheit und des Rechts, war der Aufstand des rein Menschlichen gegen den „Übermenschen“. Rothfels weist mit Recht auf die überzeitliche Bedeutung der Oppositionsgeister als Menschheitsbefreier, als Pioniere der echten Humanitas, als *"standard bearers in the midst of chaos"* hin. Er macht kritische Vorbehalte gegenüber Gisevius, wendet sich gegen die Schlüsse aus den Naziverbrechen, die zu einer unsachlichen Verallgemeinerung in der These der Kollektivschuld und in der Beurteilung des deutschen Volkscharakters geführt haben. Er deutet an, warum die deutsche Widerstandsbewegung vom Ausland totgeschwiegen oder verkleinert oder absichtlich übersehen werde.

„Stichwort Walküre“ als Schauspiel „Verschwörung“ in Augsburg uraufgeführt

Der Putsch vom 20. Juli 1944 als Schauspiel für das Jahr 1949? Der Zweifel sind nicht wenige: von der Partein Gunst und Haß verwirrt, schwankt — wenn auch nicht das lautere Charakterbild —, so doch die Mutmaßung über die primäre Triebkraft der Verschwörer in unserer Gegenwart Geschichte. Zwar kann keiner vernennen, daß die Männer um Stauffenberg Träger eines Deutsch-Seins im höchsten Sinne gewesen sind. Aber manch einer bestreitet noch immer, daß allein dieses und nicht das Militär-Sein Anlaß ihres Handelns war. Adelstitel, Epauletten und rote Biesen verwirren manchen Blick: wer aus der großen Masse weiß denn etwa um den Traum Stauffenbergs, den Militärputsch in eine echte Revolution für eine gerechte soziale Ordnung überzuführen? Wer kennt schon die Memoranden und Direktiven des Kreisauer Kreises, wer die Konzeptionen Dr. Goerdelers zu einem „Vorläufigen Grundgesetz“? Und wer weiß um den Einzelfall des Gestapo-Gewaltigen Nebe, der für seine Mitwisserschaft gehängt wurde? Wem sind die Namen eines Grafen Helmuth v. Moltke oder eines Generals Fromms schon Begriff?

Wenige nur sind es. Und ein Schauspiel, das mit (trotz ihrer Namenstarnung für den Wissenenden unschwer erkennbaren) Persönlichkeiten aus dem Verschwörerkreis arbeitet, steht deshalb vor einer Fülle von Publikums-Problemen. Denn nur dann, wenn man den Einzelfall Nebe in dem Bühnenschicksal des Dr. Sonn erkennt (seinem Kriminalrat im Range eines SS-Generals), kann das Stück nicht als eine absonderliche Ehrenrettung der SS aufgefaßt werden. Denn Dr. Sonn versucht, ähnlich wie Nebe, für seinen Teil die unmeßbare Schuld zu sühnen: der Anblick eines Auschwitz Totenheeres trieb ihn zu den Verschwörern. Als der Anschlag mißlingt, gesteht er freiwillig seine Mittäterschaft und lehnt den angebotenen Freitod ab: „Ich will mit den Männern des 20. Juli hängen, — wenn sie mich neben sich dulden“ (!).

Unleugbar ist diese Bühnengestalt von einer echten Tragik gezeichnet, echt wie die Paralleltragödie des Generals Frisch (General Fromm). Fernab von aller „Harras“-Herrlichkeit, die, allen Kassenerfolgen zum Trotz, den Teufels-General so problematisch macht, spiegelt sich in dieser Figur die ganze Tragik des aktiven Militärs: dieser dienstergraute General hat im entscheidenden Moment nicht die Kraft besessen, sich auf die Seite der Verschwörer zu stellen, obwohl er

sich ihnen innerlich verbunden fühlt. Der Eid gegenüber einem „Obersten Kriegsherrn ohne Gesicht“ ist stärker als der Anruf seines Herzens, und aus einer vermeintlichen Treue wird Verrat.

Neben ihm steht der Graf Schwerin, dessen Haus Treffpunkt der Verschwörer war, steht der junge Major seines Stabes, der dem ersten Standgericht entging, und steht der Borsig-Kumpel, der gleichfalls einem Stauffenberg sein Wort gab. Sie alle füllen das Zimmer in der Prinz-Albrecht-Straße, in dem ein SS-Gruppenführer Eichmann die Hintergründe des Putsches zu erheilen versucht: Typus des inferioren Emporkömmlings, Vertreter des von Minderwertigkeitskomplexen getriebenen Gewaltmenschen, das alles haßt, was es nicht zu verstehen vermag. In all diesen Figuren manifestiert sich die Goethesche Reflexion, nach der Gerechtigkeit die Eigenschaft wie das Phantom der Deutschen ist.

Die Stärke dieses Stückes: es wird nicht mit unsichtbaren Säbeln gerasselt oder gegen den deutschen Schild geschlagen. Es wird weder die nationalistische Fanfare geblasen noch in das militaristische Horn gestoßen. Das Stück besitzt etwas von dem, was das Publikum noch nicht be-

sitzen kann: Distanz. Es werden in ihm auch keine billigen Konjunktur-Phrasen gedroschen: abgesehen von einem etwas konventionell geratenen Anlauf besitzt der Dialog die in Zeitstücken so seltene Prägnanz der Diktion. (Wie viel wird etwa in der blitzschnellen Wechselschrede zwischen dem verhörenden SS-Offizier und dem Grafen Schwerin ausgedrückt: „Wie kommt es, Herr Graf, daß so viele verschiedenegeartete Menschen den Weg zu Ihrem Gut fanden?“ „Mein Haus steht jedem offen!“ „Auch — Mördern?“ „Auch — Ihnen, Herr Eichmann!“) Man spürt, daß das Stück in dieser Fassung nicht das Erstlingswerk eines Unbekannten ist, sondern die tiefgreifende Bearbeitung eines so bühnenerfahrenen Autors wie Walter Erich Schäfer, des Augsburger Chefdramaturgen.

Die Aufführung war von überraschend hoher Qualität. Denn die kluge, spürbar auf menschliche Vertiefung binzielende Inszenierung Stefan Dahlens konnte sich auf so ausgezeichnete Darsteller wie Anton Dietl, Horst Kreuter, Fritz Umgelter, Gert Benofsky, Friedrich Carlmayr, Martin Borns und Fritz Mölle stützen. Das Publikum spendete dem Stück wie der Inszenierung außergewöhnlichen Beifall.

Walter Panofsky

Nummer 4

Vaterland

DIE SEITE, DIE Ihnen

Hilfswerk 20. Juli 1944

Rund 150 Namen enthält die Liste der von den Nationalsozialisten im Zusammenhang mit dem 20. Juli Getöteten: 62 Offiziere, darunter viele Generalstäbler, 9 Arbeiterführer verschiedener Richtungen, 3 Geistliche, mehrere Beamte. Ein Drittel sind Träger adeliger Namen, Schwertadel, Mitglieder jener uns bekannten Familien, die durch die Jahrhunderte ihre Söhne auf den Schlachtfeldern für das Vaterland hingaben. Alles in allem eine Auslese von Männern und Frauen, Deutschen, die das Gewissen trieb, und die Pflicht und Vaterland höher achteten als ihr Leben.

Der Erfolg war der Widerstandsgruppe vom 20. Juli versagt. Darum war ihr Opfer um nichts geringer. Diesen Soldaten fiel ja auch der Entschluß zum Ungehorsam um so schwerer, als sie sich durch den Fahnenfeld gebunden fühlten. Sie waren in der Mehrzahl überzeugte Christen, denen der Eid mehr war als eine „Idee“.

Was der Entschluß dieser Männer und ihr Handeln bedeutet, erkennen wir am klarsten, wenn wir unsere eigene Kleinmütigkeit daneben halten, die wir uns auf passive Resistenz beschränkten, wenn wir es nicht gar vorzogen, trotz besserer Einsicht lieber das Abzeichen anzustecken, um keine persönlichen oder beruflichen Unannehmlichkeiten zu haben und uns so womöglich unbeschwert mit an die reich besetzte Tafel setzen zu können.

Mit Ehrfurcht und Bewunderung spricht der Geistliche, der — gegen den ausdrücklichen Befehl des Tyrannen — den Verurteilten den letzten Beistand leistete, von der Haltung, mit der diese Männer in den Martiertod gingen. Aber eines wird ihre Seele bis zum letzten Hauch tief bedrückt haben, die Frage: was wird aus unseren Familien?

Es galt ja der Brauch der Sippenhaftung. Die unersättliche Rache des Unmenschen tobte sich ja auch schonungslos an Frauen und Kindern aus. Deswegen fristen die meisten Hinterbliebenen in bitterster Not ihr Dasein, entblößt von allem. Vielfach in der Ostzone ansässig, haben sie keine Hoffnung, hier je wieder in ihre Rechte eingesetzt zu werden. Besonders hart ist es, daß die Mittel fehlen, um die in der Berufsausbildung stehenden Söhne und Töchter etwas Ordentliches lernen zu lassen und so die Voraussetzungen zu schaffen, die persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und sich dann aus eigener Kraft wieder einen geachteten Platz zu erarbeiten.

Deutsche, hier ist eine Ehrenschild abzutragen! Ehre verlorren, alles verloren! Hier darf niemand zurückstehen!

Spenden in jeder Höhe nimmt das Hilfswerk 20. Juli 1944, (20b) Nörten-Hardenberg, Kreissparkasse Northeim, Filiale Nörten, Nr. 1222, oder der Unterzeichnete entgegen.

Dr. Seemann
Dorlmund-Gartenstadt
Hermann-Löns-Straße 13

Die Völker sind frei geschaffen

Vor zwei Tagen stand ich vor einem Zeitungsstand, um etwas gelangweilt die Zeitschriften zu studieren. Da fiel mein Blick auf das „Vaterland“, und — um es offen zu gestehen — meine Gedanken waren nicht die besten, nahm ich doch an, daß die KPD wieder einmal einen neuen Weg gefunden hat, um Menschen für Moskau zu gewinnen. Dieser Gedanke war ganz natürlich, da ich den „Nationalen Kommunismus“ in Ostdeutschland zur genüge kennen gelernt habe. Trotzdem kaufte ich das Blatt, und ich bin dankbar dafür.

Ein Kilo Dynamit zu wenig

20. Juli 1944: Die Tragödie der deutschen Widerstandsbewegung

Zum geistigen Haupt einer Generalverschwörung geworden hatte der Oberst im Generalstab von Stauffenberg sich entschlossen, die auslösende Tat, den Tod des Despoten, selber herbeizuführen. Der in der Bendlerstraße ausgearbeitete Plan der Machtübernahme durch das Heer war fertig, als er zum 20. Juli nach Ostpreußen zum Vortrag befohlen wurde. Er packte den Zeitfänger und den Sprengstoff, mit dem er Hitler und seinen ganzen Stab in die Luft sprengen wollte, in die Aktentasche, landete in Rastenburg und fuhr mit dem Wagen zu der in den Wäldern versteckten „Wolfsschanze“.

Als er sich ihr näherte, unterließ ihm die erste „Fehlleistung“. Er hatte ursprünglich zwei Kilogramm Hexogen für erforderlich gehalten. Er wurde anderen Sinnes und ließ ein Kilogramm-paket im Wagen zurück. Nur die Hälfte des Sprengstoffs hatte er bei sich, als er in die Lagerbaracke ging, in der die um 12.30 angesetzte Lagebesprechung stattfinden sollte.

Als der Beratungsraum betrat, sah er einen riesigen, fast fünf Meter langen, etwa zwei Meter breiten schweren Eibentisch vor sich. Er bestand aus einer etwa zehn Zentimeter dicken, mit Generalstabskarten bedeckten Tischplatte, die auf zwei mächtigen, etwa doppelt so dicken, den Schmalseiten parallel laufenden Füßen ruhte. Als die Besprechung begann, stand am linken Ende der dem Eingang zunächst liegenden Längsseite des Tisches General Jodl, rechts neben ihm Hitler; beide beugten sich über die in den Karten des Kriegsschauplatzes eingetragenen letzten operativen Meldungen. Der Platz rechts neben Hitler war frei; am rechten Ende der Längsseite saß oder stand der Verbindungsoffizier der Luftwaffe, Generalleutnant Bodenschatz. An der Schmalseite nahm Oberst von Stauffenberg Platz, neben ihm saß der Stenograph, der die Besprechung festhalten sollte. Auf der anderen Längsseite folgten die Offiziere Korten, Schmudt, Feglein und andere. Das war die vorausgesehene Situation: Hitler mit seinem Stabe in die Lagebesprechung vertieft. Stauffenberg stellte den Zeitfänger der Höllmaschine ein und setzte die Aktentasche auf den Fußboden. Hierbei aber verließ ihn zum zweiten Male die hochgespannte Aufmerksamkeit. Er stellte sie nicht auf die Innenseite des Fußes, nicht einmal an seine äußere Kante unterhalb der Längsseite, auf der Hitler stand, sondern auf die Außenseite, dort wo der Stenograph saß. Unter dem Vorwand, telefonieren zu müssen, verließ er das Gebäude, ging an dem Führergästebunker vorbei, überquerte die Lagerstraße, ging an dem Ärztehaus entlang und kam schließlich zum Nachrichtenbunker, in dem ein Mitverschworener kommandierte, um von dort, auf der anderen Seite des Lagers, die Explosion abzuwarten.

Stauffenbergs zwei Fehlgriffe bewirkten, daß Hitler und die meisten seines Stabes mit dem Leben davorkamen. In einem Bunker oder Gebäude aus Stein hätte der Explosionsdruck eines Kilogramms Hexogen vielleicht ausgereicht, jedes Lebewesen zu zerquetschen. Die leichtgebaute Baracke jedoch flog auseinander. Ein Großteil der Sprengkraft verpuffte nach unten in den zwischen dem Fußboden und der Erde vorhandenen Hohlraum. Der Tisch wurde nur etwas angehoben. Der Stenograph, Korten, Schmudt und noch ein weiterer Offizier wurden tödlich verletzt. Hitlers Oberkörper aber war durch die Tischplatte, sein Unterkörper durch den schweren Tischfuß vor der unmittelbaren Bombenwirkung geschützt. Die Beine wurden ihm nicht ab-, sondern nur hoch- und auf den Tisch gerissen. Mit einer Freilung des rechten Oberschenkels und des rechten Oberarmes kam er davon. Generalfeldmarschall Keitel, dem nur das Haar versengt war, und ein SD-Mann trugen den Ohnmächtigen ins Freie, als er

schon aufwachte und dem eben herbeieilenden Adjutanten Schaub mit den ersten Worten, die er wieder sprach, den Befehl gab, das Lager abzusperren.

Stauffenberg aber hatte inzwischen den dritten, „unbegreiflichen“, verhängnisvollsten Fehler begangen. Er hatte sich zu weit entfernt. Er stand so weit weg, daß er nur den Knall der Explosion hören konnte. In dem dichten, aus Tarnungsgründen gewählten Waldgelände konnte er nicht einmal den Qualm und Staub aufsteigen sehen. Er ging direkt zum Lagertor, das er um 12.44 Uhr passierte. Zu seinem Adjutanten sagte er nur: „Alles in Ordnung“, und fuhr zum Flugplatz. In Berlin angekommen, meldete er dem General-Obdacht den Tod Hitlers. Dieser gab die Meldung an Generaloberst Fromm, den Befehlshaber



Roland Freisler und Oberst v. Stauffenberg
Photo: SZ-Archiv

des Heimatheeres weiter, und so wurde die Aktion „Walküre“ in Gang gebracht. Truppen besetzten das Regierungsviertel in Berlin, im Reich erhielten die Wehrkreiskommandeure den Befehl, die vollziehende Gewalt zu übernehmen und in Frankreich begann General von Stülpnagel die höheren SS-Offiziere zu verhaften. Dutzende von hohen und höchsten Offizieren hatten sich unwiderruflich kompromittiert, als Generaloberst Fromm schließlich unsicher wurde, weil ihm Oberst von Stauffenberg auf persönliches Befragen nur immer wieder zu sagen wußte: „Die sind alle tot.“ Schließlich, um 18.05, rief Fromm Keitel in der Wolfsschanze an, ob er auf Grund von Hitlers Tod die vollziehende Gewalt übernehmen solle. Erst so erfuhr man dort, daß die Nachricht von dem Attentat doch nach Berlin gedrungen war und daß der Oberst von Stauffenberg — den man in einem Lazarett in Rastenburg glaubte — sie nach Berlin gebracht hatte. Kurz danach rief Goebbels wegen der unerklärlichen militärischen Absperrung des Regierungsviertels an und Hitler befahl dem gerade bei Goebbels ins Zimmer tretenden Major Römer telefonisch, mit dem Wachbataillon in die Bendlerstraße zu marschieren und dort Ordnung zu schaffen. So waren einige Stunden nach dem Beginn des Putsches seine Urheber teils fusilliert, teils verhaftet. Der führende Kopf der befreienden Tat hatte in der entscheidenden halben Stunde drei Fehlgriffe getan. In seiner Seele waren Gegenkräfte wirksam gewesen.

Mochte Oberst von Stauffenberg sich auch alle bewußten Zweifel an der Rechtmäßigkeit seines Planens und Tuns widerlegt haben; er stammte aus einer Familie mit lebendigen christlichen Traditionen. In dem an die Christengemeinde in Rom gerichteten Sendschreiben des Völkerpostals Paulus mag eine historische Auffassung die taktische Absicht bewundern, die besondere Kaiser- und Staatstreue der Christen hervorzuheben, um einer Verfolgung durch die heidnische Staatsgewalt vorzubeugen. Die Kirchen hingegen nehmen den Grundsatz: „Seld untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat“, zeitlos und absolut.

Aber er ging ja noch viel weiter. Er sagte sich nicht nur von Treue und Gehorsam los, sondern er entschloß sich zum Aufruhr und Mord an dem Staatsoberhaupt, das er als Tyrannen und Volksverderber erkannte. Nun hatte zwar die in der Renaissance, dem Zeitalter der erwachenden individuellen Menschenrechte ausgebreitete Lehre der Reformatoren, daß der Tyrannenmord unter Umständen erlaubt, ja geboten sei, auch bei katholischen Moraltheologen Eingang gefunden. In einem „Fürstenspiegel“ hatte der Jesuit Mariana (1599) die Auffassung vertreten, daß der Tyrannenmord durch „Private“ erlaubt sei, wenn Absetzung und Tötung durch das Volk nicht erfolgen könne. Aber diese Lehre wurde schon zu ihrer Zeit heftig bekämpft; sie wurde weder zur amtlichen Anschauung des Jesuitenordens

selbst, noch wurde sie von der Kirche gebilligt. Es galt vielmehr bald danach „als sichere Lehre“, daß niemand auf seine private Autorität hin zu einem Tyrannenmord befugt sei; ein Syllabus hat ihn ausdrücklich verworfen. Es mag sein, daß Stauffenberg einen Priester fand, der angesichts eines Hitler die extremen Auffassungen Marianas teilte. So mag er sich in seinem Bewußtsein zu seiner Mordtat für berechtigt gehalten haben — sein Verhalten zeigt, daß er tief in seinem Innern „wußte“, daß er doch nicht ausreichend autorisiert war.

Noch eine dritte Belastung kam hinzu, die ihn unsicher machte. Sein Anschlag sollte ja nicht nur den Tyrannen treffen; auch ein Dutzend seiner Mitarbeiter gedachte er auszurotten. Er hatte sich zwar dazu überredet, in ihnen nur Helfershelfer des großen Verbrechens zu sehen. Aber durfte er wirklich ein Dutzend seiner Standesgenossen und Kameraden ermorden? Er konnte zwar auch ihnen gegenüber die Stimme des Gewissens zum Schweigen bringen. Aber er war in der Ehrfurcht vor Gott und Gottes Geboten aufgewachsen. Das „Du sollst nicht töten“ klang in ihm fort, wenn er es auch nicht mehr hören wollte. Gottes fünftes Gebot in einem Angriff auf — in diesem Augenblick — Wehrlose außer Kraft zu setzen, das konnte er nicht wirklich. Die Kraft der Geisteskräfte, die ihn geprägt hatten, blieb in ihm ungebrochen.

In der Stunde der Tat war Stauffenberg, ohne es zu ahnen, von einem furchtbaren Schuldgefühl beherrscht. In unheimlicher Entsprechung bewirkten seine drei Ueberschreitungen des Sittengesetzes seine drei Fehlhandlungen: zu wenig Sprengstoff, die Bombe an falscher Stelle, Auslösung der Aktion auf gut Glück hin. Hitler und die meisten seiner Mitarbeiter blieben am Leben, Stauffenberg und unzählige seiner Mitverschworenen, Mitwisser und Mitläufer endeten vor den Kugeln oder am Galgen. Die Befreiungstat des 20. Juli scheiterte nicht zufällig. Kein in der christlich-katholischen Sittenlehre und ihren, sie sichernden, religiösen Bindungen aufgewachsener Mensch übertritt das göttliche Gesetz auf eigene Faust ungestraft. Es wirkt in seinem Unbewußten auch dann weiter, wenn sein Verstand tausend gute Gründe findet, sich darüber hinwegzusetzen. In der tragischen Gestalt Stauffenbergs scheiterte die deutsche Widerstandsbewegung. Nicht die anarchische Tat eines einzelnen, sondern nur die zu einem weltumfassenden Bündnis zusammengefaßte Menschheit selbst konnte den Dämon fällen, der frevelnd den Krieg entzesselt hatte.

Was der Leser meint:**Hinterbliebene des 20. Juli in Not**

Rund 150 Namen enthält die Liste der von den Nationalsozialisten im Zusammenhang mit dem 20. Juli Getöteten. 62 Offiziere, 9 Arbeiterführer verschiedener Richtungen, 3 Geistliche, eine Anzahl Beamte. Alles in allem eine Auslese von Männern und Frauen, die das Gewissen trieb, und die die Pflicht und Vaterland höher achteten als ihr Leben.

Der Erfolg war der Widerstandsgruppe vom 20. Juli versagt. Darum war ihr Opfer um nichts geringer. Diesen Soldaten fiel ja auch der Entschluß zum Ungehorsam um so schwerer, als sie sich durch den Fahneneid gebunden fühlten. Sie waren in der Mehrzahl überzeugte Christen, denen der Eid mehr war als eine „Idee“. Mit Ehrfurcht und Bewunderung spricht der Geistliche, der gegen ausdrücklichen Befehl den Verurteilten den letzten Beistand leistete, von der Haltung, mit der diese Männer in den Tod gingen.

Aber eines wird ihre Seele bis zum letzten Hauch tief bedrückt haben, die Frage: was wird aus unseren Familien?

Die Rache tobte sich auch an den unbeteiligten Frauen und Kindern aus. Deswegen fristen die meisten Hinterbliebenen in bitterster Not ihr Dasein, entblößt von allem. Besonders hart ist es, daß die Mittel fehlen, um die in der Berufsausbildung stehenden Söhne und Töchter etwas Ordentliches lernen zu lassen und so die Voraussetzung zu schaffen, die persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und sich dann aus eigener Kraft wieder eine geachtete Stellung zu erwerben.

Daheim, hier ist eine Ehrengeld abzutragen!

Spenden in jeder Höhe nimmt das Hilfswerk 20. Juli 1944, (20b) Nörten-Hardenberg, Kreissparkasse Northeim, Filiale Nörten Nr. 1222, oder der Unterzeichnete entgegen.

Dortmund-Gartenstedt,
Hermann-Löns-Str. 13

Dr. Seemann,

Nummer 4

Vaterland

DIE SEITE, DIE Ihnen

Hilfswerk 20. Juli 1944

Rund 130 Namen enthält die Liste der von den Nationalsozialisten im Zusammenhang mit dem 20. Juli Getöteten. 62 Offiziere, darunter viele Generalstäbler, 9 Arbeiterführer verschiedener Richtungen, 3 Geistliche, mehrere Beamte. Ein Drittel sind Träger adeliger Namen; Schwertadel, Mitglieder jener uns bekannten Familien, die durch die Jahrhunderte ihre Söhne auf den Schlachtfeldern für das Vaterland hingaben. Alles in allem eine Auslese von Männern und Frauen, Deutschen, die das Gewissen trieb, und die Pflicht und Vaterland höher achteten als ihr Leben.

Der Erfolg war der Widerstandsgruppe vom 20. Juli versagt. Darum war ihr Opfer um nichts geringer. Diesen Soldaten fiel ja auch der Entschluß zum Ungehorsam um so schwerer, als sie sich durch den Fahneneid gebunden fühlten. Sie waren in der Mehrzahl überzeugte Christen, denen der Eid mehr war als eine „Idee“.

Was der Entschluß dieser Männer und ihr Handeln bedeutet, ermessen wir am klarsten, wenn wir unsere eigene Kleinmütigkeit daneben halten, die wir uns auf passive Resistenz beschränkten, wenn wir es nicht gar vorzogen, trotz besserer Einsicht lieber das Abzeichen anzustecken, um keine persönlichen oder beruflichen Unannehmlichkeiten zu haben und uns so womöglich unbeschwert mit an die reich besetzte Tafel setzen zu können.

Mit Ehrfurcht und Bewunderung spricht der Geistliche, der — gegen den ausdrücklichen Befehl des Tyrannen — den Verurteilten den letzten Beistand leistete; von der Haltung, mit der diese Männer in den Martiriod gingen. Aber eines wird ihre Seele bis zum letzten Hauch tief bedrückt haben, die Frage: was wird aus unseren Familien?

Es galt ja der Brauch der Sippenhaftung. Die unersättliche Rache des Unmenschen tobte sich ja auch schonungslos an Frauen und Kindern aus. Deswegen fristen die meisten Hinterbliebenen in bitterster Not ihr Dasein, entblößt von allem. Vielfach in der Ostzone ansässig, haben sie keine Hoffnung, hier je wieder in ihre Rechte eingesetzt zu werden. Besonders hart ist es, daß die Mittel fehlen, um die in der Berufsausbildung stehenden Söhne und Töchter etwas Ordentliches lernen zu lassen und so die Voraussetzungen zu schaffen, die persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln und sich dann aus eigener Kraft wieder einen geachteten Platz zu erarbeiten.

Deutsche, hier ist eine Ehrengeld abzutragen! Ehre verloren, alles verloren! Hier darf niemand zurückstehen!

Spenden in jeder Höhe nimmt das Hilfswerk 20. Juli 1944, (206) Nörten-Hardenberg, Kreissparkasse Northeim, Filiale Nörten, Nr. 1222, oder der Unterzeichnete entgegen.

Dr. Seemann
Dortmund-Gartenstadt
Hermann-Löns-Straße 13

Die Völker sind frei geschaffen

Vor zwei Tagen stand ich vor einem Zeitungsstand, um etwas gelangweilt die Zeitschriften zu studieren. Da fiel mein Blick auf das „Vaterland“, und — um es offen zu gestehen — meine Gedanken waren nicht die besten, nahm ich doch an, daß die KPD wieder einmal einen neuen Weg gefunden hat, um Menschen für Moskau zu gewinnen. Dieser Gedanke war ganz natürlich, da ich den „Nationalen Kommunismus“ in Ostdeutschland zur genüge kennen gelernt habe. Trotzdem kaufte ich das Blatt, und ich bin dankbar dafür.

A b s c h r i f t

"L a n d e s v e r r a t" a l s L a n d e s t r e u e.

Mit Erschütterung muss man feststellen, dass die Männer der deutschen Widerstandsbewegung im In- und Auslande noch lange nicht jene moralische Anerkennung gefunden haben, die ihnen vor der Geschichte zukommt. Gewiss sind noch nicht alle Einzelheiten des deutschen Widerstandes bekanntgeworden, aber vieles wurde inzwischen doch schon der Öffentlichkeit unterbreitet. Aus einer grösseren Anzahl von Büchern, die über dieses Thema bereits erschienen sind, sollen hier nur zwei besonders genannt werden, und zwar das von Dr. Rudolf Pechel, "Deutscher Widerstand" (Eugen Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1947) und das von allen Welsh Dulles, "Germanys Underground" (The Macmillan Company New York 1947). Pechel gibt eine umfassende Überschau über die deutsche Widerstandsbewegung und begründet, dass sie schon im Jahre 1932 nach der Gründung der sogenannten "Harzburger Front" begonnen hat und dass sie von der deutschen Arbeiterschaft, den Kreisen der deutschen Intelligenz, den Kirchen sowie Vertretern des Adels und des Offizierstandes getragen wurde. Dulles bestätigt gewissermassen diese Feststellung auf Grund eigener jahrelanger Beobachtungen von amerikanischer Seite, wodurch er als Alliierter vor der internationalen Öffentlichkeit die aufopfernden Bemühungen der Männer des deutschen Widerstandes legitimiert. Aber hier geht es nicht um eine Erörterung über die Tätigkeit der deutschen Widerstandsbewegung, sondern um ihre moralische Grundlage.

In jedem modernen Staatswesen ist eine Opposition nötig und wesentlich. So sehr, dass in einem derartig demokratischen Staat wie England der Führer der parlamentarischen Opposition offiziell vom Staate ein Gehalt bezieht. Die Mittel nun, deren sich eine Opposition in einem freien Staatswesen bedienen kann und muss, sind solche demokratischer Natur. Eine Diktatur aber zeichnet sich dadurch aus, dass sie glaubt, nicht nur auf eine Opposition verzichten zu können, sondern sie verfolgen und erwürgen zu müssen. Aber in allen Diktaturen haben gleichwohl diese Unterdrückungsmethoden die Opposition noch nie zum Schweigen gebracht und nur gezwungen, mit illegalen Mitteln zu arbeiten, deren wichtigste die Heimlichkeit und die Konspiration sind.

In dem allzusehr dem Gehorsamskomplex verfallenen deutschen Volke hat sich im Hinblick auf die Opposition zur Diktatur schon sehr frühzeitig und immer stärker das Wort "Verrat" breitgemacht. Die Entwicklung der modernen Kampfmittel und der modernen polizeilichen und psychologischen Terrorsysteme für Diktatoren haben es nun im Zusammenhang mit der Tatsache, dass grössere Räume, wie Europa, wirtschaftlich aufeinander angewiesen und verkehrstechnisch entsprechend eng miteinander verknüpft sind, fast unmöglich gemacht, die Diktatur eines Einzellandes ohne Hilfe von aussen zu stürzen. Diese Notwendigkeit wurde noch dadurch verstärkt, dass, aus welchen Gründen auch immer, die deutsche Diktatur manche mittelbare und unmittelbare Unterstützung vom Auslande erhalten hat. (In dieser Hinsicht mag auf den Brief von Heinrich Brüning in Heft 7 der "Deutschen Rundschau" verwiesen sein.) Daher ergab sich auch für die deutsche Opposition sehr früh die Notwendigkeit, aufklärend, warnend und sogar beschwörend auf ausländische Kreise und Regierungen einzuwirken. Doch nicht genug damit, dass sogar weite Kreise der deutschen Hitler-Gegner einen aus all-deutschen Ressentiments genährten Abscheu gegen alle mit dem Ausland versuchten Aktionen gegen das Böse empfanden gab und gibt es auch allzu viele Ausländer, die sich geneigt zeigten, die deutschen Widerstandskämpfer als Männer ohne nationale Gesinnung, ja sogar als "Verräter" anzusehen. Das mag jeweils auf mangelndes geistiges Differenzierungsvermögen oder

oder auf versteckte kapitalistische oder militaristische Zuneigung zu dem diktatorialen System zurückzuführen sein. Die Patrioten des Widerstandes mussten und müssen jedoch um der Sache willen auch bereit sein, das Opfer der Verkennung oder sogar das der Schmähung auf sich zu nehmen.

Dabei haben jene Männer; die aus patriotischer Gesinnung die Verbindung mit dem Ausland hergestellt haben, keineswegs leichtfertig gehandelt. Erst als sich herausstellte, dass kein anderer Weg möglich und angesichts der Unmessbarkeit des Ausmasses von Mord, Not und Leid, das heranrückte, haben sie diesen Schritt getan. "Rebellion gegen den Tyrannen ist Gehorsam gegen Gott", das schwebte ihnen als Motto immer wieder vor. Für sie alle gab es ein höheres Gesetz, eine höherstehende sittliche Pflicht, als das geschriebene Gesetz des Usurpators. Für sie war die "lex aeterna" das Gewissen, das keiner irdischen Instanz verantwortlich sein darf. Die Zahl derer nun, die aus "Gehorsam gegen Gott" den Schritt von der Treue gegenüber dem Staat zu der Treue gegenüber dem Volk wagten und danach handelten, ist unübersehbar gross. Dabei ist es eine Tragik besonderer Art, dass dieses stille Heldentum kaum einen äusserlich greifbaren Erfolg zeitigte, weil entweder das Ausland das Böse nicht rechtzeitig erkannte und dem "anderen Deutschland" kein Vertrauen und keine Hilfe schenkte oder weil das diktatorische System so engmaschig war, dass man, ihm nicht wirksam beikommen konnte. Es kam hinzu, dass, wie Adalbert Stifter sagte, "Das Ideal der Sittlichkeit keinen gefährlicheren Nebenbuhler hat als das Ideal der höchsten Stärke, des kräftigsten Lebens." Dieser Nebenbuhler "Macht" hat allzu viele Männer, zumal Uniformierte, die eigentlich mit zum Widerstand gehört hätten, verführt. Trotzdem kann sich auch der deutsche Widerstand darauf berufen, das geheime Einverständnis des grössten Teiles des Volkes hinter sich gehabt zu haben. Aber leider das "geheime" nur, weil eben die gegenüberstehende Macht zu stark war. Natürlich kommt es bei allen Aktionen gegen das Böse im wesentlichen auf die Motive an, die dazu führten, und dabei können selbstverständlich nur die ethischen Anspruch auf Anerkennung erheben. Ausserlich gesehen gab es immer zwei greifbare Motive: das eine, das dahin zielte, den zu erwartenden Krieg zu verhindern, das andere, den Krieg, der "mit Erfolg" provoziert worden war, so sehr abzukürzen wie möglich. Beide Ziele waren nur mit einer Beseitigung des gesamten Nazisystems zu erreichen, und seitens des Auslandes war zumindest eine wohlwollende Einstellung nötig, wenn schon keine Unterstützung zu erreichen war.

Auch der Hinweis der deutschen Gegner der Widerstandsbewegung, dass das Zusammenarbeiten mit dem Ausland vornehmlich Vorteile für dieses Ausland hätte ergeben müssen, ist nicht stichhaltig. Europa ist in dieser Hinsicht wirklich unteilbar, keines seiner Länder kann mehr in einer "splendid isolation" leben, und sie sind alle wechselseitig derart aufeinander angewiesen, dass sich sogar eine notwendige Wandlung des Begriffes "national" immer deutlicher aufzwingt. Wer für Europa handelt, begeht eine nationale Tat, und wer dagegen handelt, begeht echten Verrat. Damit wird jeder partikuläre Egoismus nicht nur zu einer Versündigung an eigenen, sondern auch an europäischen Volke, gerade wenn er sich auf die Souveränitätsrechte beruft, oder sich hinter der scheinbaren Idee der nationalen Unantastbarkeit verkriecht. Der deutsche Widerstand war sich über die Gründe, die zum Nazismus geführt hatten, genau so klar wie über die Verantwortlichkeit, die das deutsche Volk damit vor der Welt übernommen hatte, aber er weiss auch, dass dieses Gift international viril werden könnte und dass es dagegen nur ein Gegengift gibt: die europäische Idee. Deshalb wurde der von gestern übernommene Begriff des Nationalbewusstseins zu Gunsten des grösseren Begriffes von morgen aufgegeben, des europäischen Bewusstseins. Aus dem Kampfe gegen Hitler entstanden "Europäer" und sie wollen es bleiben - trotz der vielen Gestrigen. Es spricht auch nicht gegen jene Deutsche, die das Ausland von geplanten verbrecherischen

Aktionen

Aktionen Hitlers so rechtzeitig unterrichteten, dass eine Verhinderung noch möglich gewesen wäre, wenn sie von ihren ausländischen Partnern von gestern, die leider nicht rechtzeitig handelten, heute verleugnet werden sollten.

Zu seinem Buch "In unserem Lager ist Deutschland" erklärte kürzlich Alfred Kantorowicz: "Damit war nicht das Lager der Emigration allein gemeint, sondern vor allem das Lager derer, die den Kampf im Lande weiterführten, illegal, da Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität ja ausserhalb der Gesetze des Dritten Reichs standen." Zweifellos war es ein Missbrauch der Staatsmacht und damit ein reines Verbrechen, dass von Staats wegen, beginnend mit dem 30. Juni 1934, zunächst hunderte, schließlich tausende und endlich Millionen Menschenleben, sei es unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Nützlichkeit, der rassischen Notwendigkeit, von Massnahmen bei Fluchtversuch, dem der Euthanasie oder anderer willkürlich ermordet wurden. Und zwangsläufig musste dieses Staatssystem dank der von ihm gewählten Mittel auf wirtschaftlichem, politischem und psychologischem Gebiet zum Kriege in Europa und der Welt führen. Und alles zu versuchen und aufs Spiel zu setzen, um diesen Verbrechen Einhalt zu gebieten und das eigene Volk wie die Welt vor dem mörderischsten aller Kriege zu bewahren oder ihn später abzukürzen - das soll Verbrechen gewesen sein? Pechel führt in seinem oben genannten Buch den Nachweis, dass "Der Kampf gegen den Nationalsozialismus von einer Elite des deutschen Volkes als verpflichtender Auftrag Gottes für die höchsten Werte der Menschheit geführt worden ist, ohne das geringste Motiv persönlichen Ehrgeizes oder eines Suchens nach eigenem Vorteil."

Und überaus gefährlich war wirklich jegliche, auch die kleinste Handlung gegen die Nazi-Diktatur: immer war die Todesstrafe das geringste Strafmass und das Konzentrationslager das sicherste Ende. Ein Blick auf die §§ 88-93 des im Dritten Reich neu gefassten Strafgesetzbuches zeigt, dass der Begriff des Hochverrats für die einzig möglichen Kampfmittel der Opposition praktisch zusammenfällt mit dem des Landesverrats. In § 89 heisst es: "Wer es unternimmt, ein Staatsgeheimnis zu verraten, wird mit dem Tode bestraft", wobei unter Staatsgeheimnis alles fällt, was irgendwie für das "Wohl des Reiches" erforderlich ist. Auch jeder, der damit einer ausländischen Regierung in Beziehung tritt, um sie zu "Zwangsmassregeln gegen das Reich oder andere schwere Nachteile für das Reich" zu veranlassen, wird nach § 91 mit dem Tode bestraft. Ausdrücklich wird auch noch "jede gegen das Reich gerichtete Unternehmung fremder Streitkräfte" dem Kriege gleichgeachtet, so dass also beispielsweise ein durch die deutsche Widerstandsbewegung im europäischen Interesse erbetenes Auslaufen der britischen Flotte als Demonstration gegen eine der typischen nationalsozialistischen Provokationen einer "Herbeiführung des Krieges" gegen das Dritte Reich gleichgekommen wäre. Man könnte nun leicht rein juristisch argumentieren, dass jegliche derartige Handlung gegen die Diktatur kein Verbrechen sein kann, da die Diktatur als solche ja ein Missbrauch der Macht und damit ungesetzlich ist. Daraus liesse sich dann für die Männer des Widerstandes der Begriff der Notwehr, bei der Recht gegen Unrecht steht, herleiten, wobei die Notwehr auch dann straflos ist, wenn nicht nur der Angreifer, sondern gleichzeitig auch nichtbeteiligte Dritte verletzt werden sollten. Die dabei miteinbezogenen Opfer müssen natürlich immer in einem gesunden Verhältnis zu dem vernünftigerweise zu erwartenden Erfolg stehen. Das musste sich der deutsche Widerstand genau so überlegen, und er tat es, wie es auch Pflicht der verantwortlichen Politiker und Soldaten des Dritten Reiches gewesen wäre. Das hingegen konnte man weder von dem von Deutschland provozierten Kriege im allgemeinen und erst recht nicht von den unzähligen Tragödien sagen, für die Stalingrad und Tunis symptomatische Begriffe wurden. Der hochverräterische Landesverrat, denn so müsste man eigentlich den

Gegebenheiten entsprechend formulieren, wäre auch nach formaljuristischen Überlegungen nur ein Versuchsdelikt. Schiller trifft dabei ins Schwarze, wenn er sagt:

"Entworfen bloss, ist's ein gemeiner Prevel,
Vollführt, ist's ein unsterblich Unternehmen
Und wenn es glückt, so ist es auch verzieh'n."

Aber vom Formal-Juristischen darf diese Frage wirklich nicht geklärt werden. Die Diktatur kann man, ohne den Begriffen Gewalt anzutun, als einen rechtswidrigen Angriff auf einen wesentlichen Bestandteil der Menschenrechte, nämlich auf die Freiheit, ansehen. Jede Aktion gegen die Diktatur wird damit ohne weiteres zu einem Rechtsakt. Denn alle positiv rechtlichen Erwägungen müssen vor dem Naturgesetz verstummen, wonach die Regierung ihre Macht nur vom Volke empfangen, also nie über mehr Rechte verfügen kann als das Volk selbst, also auch nicht über das Recht, dem Volk, sei es auch nur durch Nichtgewährung seines Rechtes auf Freiheit, zu schaden. Ähnlich wurde dem Königtum in Frankreich schon im 17. Jahrhundert seine absolutistische Macht bestritten: "Die Regel, si veut le roi, si veut la loi, kann nicht gelten, weil kein Volk sich jemals bedingungslos dem Willen eines Königs unterwarf. Der Gehorsam des Volkes ist bedingt durch den Gehorsam des Königs dem Gesetz gegenüber", schrieb Claude Joly in einem Traktat von 1652.

Jede Tat kann nach den Begriffen der modernen Rechtslehre auch aus einer Unterlassung, und zwar des ethisch Zwingenden, bestehen. "Treue" gegenüber dem Diktator kann damit zum Verrat am Volke werden, sowie umgekehrt der "Verrat" an den Nazis Treue zum Volke bedeutet und eine patriotische Tat wird. In diesem Zusammenhang ist es nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, dass das internationale Gericht in Nürnberg den dieserart gelagerten "Landesverrat" nicht nur als straf-frei erklärt, sondern als eine Pflicht und umgekehrt die Nichtbegehung dieses "Landesverrats als Landestreue" als strafbar. Sollte dieser Grundsatz Bestandteil der Gesetzes-Kodifizierungen der verschiedenen Nationen werden, dann wäre es auch auf diesem Wege möglich, das notwendige Zustandekommen einer geeinten europäischen Föderation zu fördern!

Gehen wir noch einen Schritt weiter, dann stellt sich sogar die Frage, ob ein Attentat auf den Diktator, in diesem Falle also auf Hitler, eine sittliche Tat, d.h. vor Gott gerechtfertigt gewesen wäre. Wir wissen, dass Männer wie General Beck und Goerdeler sich aus religiösen Gründen lange Zeit gegen das Attentat ausgesprochen hatten, um erst sehr spät, als sie keinerlei anderen Ausweg mehr sahen, ihre Zustimmung zu dem Attentat zu geben. Von Freiherrn von Leonrod, einem Vertrauten des Grafen Stauffenberg, wird berichtet, er habe seinen Beichtvater, den später ebenfalls hingerichteten Pater Delp, befragt, ob Tyrannenmord eine Sünde sei, und darauf im besonderen Hinblick auf Hitler eine verneinende Antwort erhalten. Thomas von Aquin, der bedeutendste Moraltheologe der katholischen Kirche, hat sich gegen den privaten Tyrannenmord gewandt. Doch bis heute ist die Diskussion um die Schrift "de rege et regis institutione" des Jesuitenpeters Jean de Mariana aus dem 16. Jahrhundert nicht verstummt, der darin auch den privaten Tyrannenmord für erlaubt erklärte. Der Jesuitenorden hat sich dieser Auslegung bis auf den heutigen Tag widersetzt. Es ist verständlich, dass die Moraltheologie - und hier sind sich die evangelischen mit den katholischen Theologen einig - auf eine grundsätzliche Anerkennung eines privaten Tyrannenmordes verzichten muss, was aber auch für die Theologen keineswegs bedeutet, dass unter ganz bestimmten Voraussetzungen und Notständen im Einzelfall der Tyrannenmord keine Sünde zu sein braucht.

Wie

- III -

Wie sehr es bei Aktionen gegen einen Staat, einen Herrscher oder einen Diktator immer und in allem auf den "Gehorsam gegen Gott" ankommt, zeigen auch die Verse aus dem Wilhelmuslied, der späteren niederländischen Nationalhymne:

"Vor Gott will ich bekennen
Und seiner ganzen Macht,
Dass ich zu seinen Zeiten
Den König hab' veracht,
Weil dass ich Gott dem Herren
Der höchsten Majestät,
Hab müssen obedieren
In der Gerechtigkeit."

Dass der Kampf gegen den Tyrannen nach Ausbruch des Krieges zu einer noch grösseren Problematik und auch Tragik wächst, ist leicht verständlich. Unzählige der Besten haben sich zudem immer wieder die Frage vorgelegt, ob sie nicht auch bei dem ganz eindeutig vom Dritten Reich provozierten Kriege verpflichtet wären, "fürs Vaterland zu sterben." An die Stelle langer Betrachtungen über dieses Thema wollen wir zur Erläuterung einen kurzen Dialog aus Giraudoux' "Der trojanische Krieg wird nicht stattfinden" stellen:

- "Andromache: Es sind die Tapferen, die im Kriege fallen.
Um durch ihn nicht getötet zu werden, muss man schon sehr viel Glück haben und über eine grosse Geschicklichkeit verfügen. Dazu muss man wenigstens einmal vor der Gefahr den Kopf einziehen oder sich bücken. Die Soldaten, die später unter den Triumphbogen paradieren, sind jene, die vor dem Tode flüchteten. Wie würde ein Land an Ehre und Macht gewinnen können, wenn es diese beiden Arten von Soldaten verlieren würde?
- Priamus: Meine Tochter, die erste Feigheit ist die erste Runzel eines Volkes.
- Andromache: Was ist die grössere Feigheit?
Den anderen feige zu erscheinen und den Frieden zu sichern oder gegenüber sich selbst feige zu sein und den Krieg zu provozieren?
- Demokos: Die Feigheit besteht darin, den Tod für das Vaterland nicht jeder Art von Tod vorzuziehen.
- Andromache: Man stirbt immer für sein Vaterland! Auch wenn man in ihm nur würdig, tätig und verständig gelebt hat."

Nun, es mag einen manchmal zur Resignation treiben, wenn man aus dem Leben und der Geschichte allzuoft lernen muss, dass die Feigheit vor sich selbst, verbunden mit der mutigen Provokation zum Kriege, auf weit mehr Beifall rechnen kann als der Mut, der Masse als Feigling oder Verräter zu erscheinen, um den Frieden zu sichern oder den Krieg zu verkürzen.

All das sind Überlegungen, die in der einen oder anderen Form zu den Tages- und Nachtgesprächen der Männer des deutschen Widerstandes gehörten, mit denen sie unentwegt gerungen haben und für die sie schliesslich nach bestem Wissen und Gewissen gegenüber den Menschheitsidealen eine Lösung fanden. Um so mehr haben sie es bedauert, dass sie nach der Wiederrichtung des Nationalsozialismus nicht wie die gleichgearteten Männer in Italien oder Japan zu der ebenso notwendigen wie langwierigen Rückführung des deutschen Volkes in die Völkerfamilie hinzugezogen worden sind. "Hitlers Feinde sind unsere Freunde" - so hiess es

es einmal. Aber die Mehrzahl der Kämpfer gegen Hitler sieht sich einem unüberwindlichen Misstrauen gegenüber. Sie sind unbequem und bestenfalls mit Abneigung hochgeschätzt! Zur Beletage der Besatzungsmächte, in der Entscheidungen fallen, hat kaum einer von ihnen Zutritt, ihre Behandlung bleibt dem Wohlwollen unterer und mittlerer Chargen überlassen", stellt dazu Rudolf Pechel in seinem Buche fest. Noch schlimmer ist es sogar, dass in nicht vereinzelt Fällen die mutigen Kämpfer der deutschen Untergrundbewegung mit dem Nachweis, formale Berührungspunkte mit der Partei oder der Wehrmacht gehabt zu haben, heute belastet und so "kaltgestellt" werden. Das ist bei der Vielfalt an Mitteln und Listen, die angewendet werden mussten, um trotz Gestapo und SD überhaupt gegen die Nazis aktiv zu werden, nicht allzu schwer. Richelieu soll gesagt haben, er benötige von einem Menschen nur ein kleines Stückchen Papier mit vier eigenhändig geschriebenen Worten, um ihn irgendeines Verbrechens zu überführen, das ihn auf das Schafott bringe. In dieser Hinsicht haben es die "Geruchsammen", also die Attentisten des Dritten Reichs, mit ihren weissen Fragebogen besser, denn sie hatten mit dem Feind keine Berührung, und sie haben in der kritischen Zeit meist nicht einmal jene vier Worte geschrieben. Damit stürzt allerdings die Mystik der statistisch erfassbaren Gerechtigkeit, vor der so manche bewundernd stehen, in sich zusammen.

So steht der deutsche Widerstand heute noch genau so vereinsamt mit sich und Gott wie während des Kampfes. Das ist sein Schicksal. Aber eine grosse Idee und mutige Tat trägt ihre Frucht in sich selbst, auch wenn sie ihr letztes Ziel nicht erreicht. General von Tresckow, einer der mutigsten Kämpfer gegen den Diktator, sagte kurz vor seinem Tode, wie uns Fabian von Schlabrendorff in seinem ausgezeichneten Buch "Offiziere gegen Hitler" mitteilt.: "Wenn Gott einst Abraham verheissen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass auch Gott Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird."

Es ist nun keineswegs so, als ob sich das Problem "Landesverrat als Landestreue" für die deutsche Untergrundbewegung zum ersten Male gestellt hätte. Es finden sich vielmehr in der Geschichte unzählige Beispiele dafür. Erinnern wir hier nur an das deutlichste Beispiel aus der modernen Geschichte, den Kampf vieler Franzosen für Frankreich gegen Napoleon. Sehr viele haben gegen Napoleon gestanden, darunter schliesslich auch die meisten Marschälle, die ihn ebenfalls "verraten" haben, als sein Handeln sich allzu deutlich gegen die Interessen des französischen Volkes richtete. Sogar der urgetreue Caulaincourt liess schon am 18. Mai 1813 den russischen General Schuwalow wissen, an welchen Stellen das kaiserliche Heer besonders schwach sei, und er bat, die Kosaken dort zuschlagen zu lassen, bevor neue Reserven herbeigeht wären, weil sonst "der Krieg noch Jahre dauern wird." Man muss schon daran denken, dass von den 600 000 Mann der kaiserlichen Armee 520 000 tot oder gefangen in Russland geblieben sind, um die charakterliche Grösse Caulaincourts sowie sein Verantwortungsgefühl gegenüber seinem Vaterland und dessen Menschen, den Vätern, Mittern, Männern, Frauen und Kindern ganz zu begreifen. Aus gleichen Überlegungen verhielt er sich ein wenig später ähnlich gegenüber Fürst Metternich - und in beiden Fällen blieb sein Unternehmen erfolglos. Wer denkt da nicht an gleichgelagerte deutsche Handlungen, sei es vor der Besetzung des linken Rheinlandes, vor dem Überfall auf die Tschechoslowakei, vor dem Ausbruch des Krieges und dann vor dem Überfall auf Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, und so viele, viele andere Fälle?

Angesichts der Frage, wie die Geschichte oder zumindest verantwortliche politische Persönlichkeiten über den "Landesverrat" als Landestreue denken, erscheint es angebracht, den Nachweis dafür, dass es sich dabei gerade in einer Diktatur um eine s i t t l i c h e F f l i c h t handelt, durch

durch einen Engländer an dem Beispiel eines Franzosen führen zu lassen. Der englische Staatsmann Duff Cooper, der heute Botschafter Seiner Majestät des englischen Königs in Paris ist, behandelt dieses Thema in seinem ausgezeichneten Buch "Talleyrand" (im Inselverlag zu Leipzig 1935). Überall wird seine Verehrung für diesen unstrittenen Staatsmann, den grössten Diplomaten und Europäer, den Frankreich je gehabt hat, sichtbar. Es geht nun nicht darum, die Männer des deutschen Widerstandes mit dem Format eines Talleyrand zu vergleichen, sondern es geht hier nur um das Prinzip des sittlich gerechtfertigten Verhaltens gegenüber dem Usurpator. Auch bei Talleyrand musste diese Untersuchung auf das Motiv abgestellt werden, und trotz seines unstrittenen Charakters hat die Geschichte wohl nachgewiesen, dass das Motiv seines politischen Handelns immer Frankreich und Europa hiess, so wie die Geschichte nachweisen wird, dass auch der deutsche Widerstand als Motiv nur Deutschland und Europa kannte. Schon in seiner Denkschrift vom 25. November 1892 umreissst Talleyrand sein aussenpolitisches Programm: "Wir haben - unzweifelhaft ein wenig zu spät - gelernt, dass für Staaten wie für Einzelmenschen wahrer Wohlstand nicht darin besteht, dass man sich Gebiete anderer aneignet oder in sie einbricht, sondern darin, dass man sein eigenes Gebiet förderlich verwaltet. Wir haben gelernt, dass alle Gebietserweiterungen, alle Eroberungen, ob durch Gewalt oder durch List, die nach geltendem Vorurteil lange Zeit mit Begriffen wie "Vormachtstellung", "Führerschaft", "politische Stetigkeit", "Überlegenheit" über andere Mächte benannt wurden, nur grausame Scherze politischen Irrwahns und falsche Maßstäbe für "Macht" sind; und dass ihre wahre Wirkung in vermehrten Schwierigkeiten der Verwaltung und in verminderter Wohlfahrt und Sicherheit der Regierten zum Nutzen vergänglichen Vorteils oder nichtiger Eitelkeit der Regierenden besteht. Frankreich sollte darum in seinen Landesgrenzen bleiben. Das schuldet es seinem Ruhm, seinem Gefühl für Gerechtigkeit und Vernunft, seinem eigenen Vorteil wie dem anderer Völker, denen dadurch die Freiheit geschenkt wird." Duff Cooper fügt hinzu: "Wenn wir im Gedächtnis behalten, dass dies die wahren Anschauungen Talleyrands waren und blieben, so werden wir leichter verstehen, weshalb es ihm unmöglich war, als ehrlicher Aussenminister Napoleons zu handeln." (S. 76).

Schon den Frieden von Amiens hätte Talleyrand lieber günstiger für England gesehen, weil ihm "ein dauernder Friede immer lieber war als ein zeitlicher Triumph." Von welcher Aktualität aber sind, auf uns übertragen, folgende Aussagen Duff Coopers: "Immerhin hatte Talleyrand als Franzose und als treuer Minister des Ersten Konsuls allen Grund, auf sein Werk stolz zu sein. In der kurzen Spanne von zwei Jahren war Frankreich aus der Erniedrigung erhoben und zu überlegener Geltung geführt worden. Durch Siege draussen war der Friede errungen, durch Milde drinnen die Zwietracht gestillt. Hätte Napoleon in diesem Augenblick die Kraft besessen, seinen Eroberungsdurst zu meistern, so sähe die ganze Weltgeschichte anders aus. Talleyrand erkannte das und war vergeblich bemüht, den Ersten Konsul zur Mässigung zu veranlassen. Napoleon war entschlossen, Piemont in Frankreich einzugliedern, Talleyrand war eifrig darauf bedacht, es seinem angestammten Herrscher zurückzugeben. Er ging sogar so weit, den englischen Gesandten zu warnen auf die Pläne Napoleons aufmerksam zu machen. Man weiss, dass Napoleon den englischen gesamten Lord Whitworth vor dem gesamten diplomatischen Korps beleidigte. Dieser berührt gewordene Auftritt ist, wie Napoleon selbst zugibt, zum Teil durch seinen Ärger über Talleyrands Vorstellungen und ihr Ergebnis verursacht worden. Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, dass Talleyrand uns die damals von ihm eingenommene politische Haltung zwischen Frankreich und England, nützlich und wünschenswert sei, hat sich niemals gewandelt. Er hatte keine Angst vor Napoleon, er unterlag der Wirkung seiner Persönlichkeit nicht wie die anderen Minister, er war sich völlig klar darüber, welche Politik dem Wohle Frankreichs dienen würde. Er sah deutlich, auf welchem Wege Napoleon durch seinen Ehrgeiz getrieben wurde, und alle

zeitgenössischen Zeugnisse bekunden übereinstimmend, dass er seinen Einfluss gegen die Wiederaufnahme des Krieges aufbot. Der Erfolg war ihm versagt. Nun spricht es sich leicht hin, dass er nach seinem Misserfolg eigentlich von seinem Amte hätte zurücktreten müssen. In Wahrheit wäre es kleinliche Grundsatzreiterei gewesen, wenn er Napoleons Dienst in diesem Augenblicke verlassen hätte, da den strahlenden Morgenhimmel seines jungen Erfolges noch keine Wolke trübte. Ein solcher Amtsverzicht wäre völlig sinn- und nutzlos gewesen. An Talleyrands Aufgabe hätten dann weniger geschickte Hände und ein weniger selbständiges Hirn herangestümpert, und der junge Autokrat hätte seinen fähigsten Ratgeber verloren- den einzigen obendrein, der wirklich geeignet war, ihm bei seinem stürmischen Vorwärtsrasen als Bremse zu dienen (S.165.)

Der preussische Gesandte in Paris berichtet zum Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Österreich: "Herr von Talleyrand ist verzweifelt. Hätte er es vermocht, oder vermöchte er es noch, den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder ihn auf der Stelle zu beenden, bevor der Sieg den Ehrgeiz oder die Niederlage die Verzweiflung zur Fortsetzung treibt, er würde in einer solchen Handlung das glorreichste Ereignis seiner Amtsführung erblicken." (S.181). Duff Cooper zeigt nochmals deutlich, dass Talleyrand die Problematik richtig gesehen hat: "Der Feldzug war eine einzige Reihe von Siegen; sie begann mit der Übergabe Ulms durch den österreichischen General Mack, der vollkommen am Ende war und sich mit seiner ganzen Heeresgruppe ergab. Kaum hatte Talleyrand, der in Strassburg geblieben war, diese Nachricht erhalten, als er auch schon eiligst in einer Denkschrift die Politik darlegte, auf die Frankreich nach seiner Meinung durch dies bedeutsame Ereignis hingewiesen wurde. Er hatte sofort die Gefahr erkannt: die kurzsichtigen und ehrgeizigen Soldaten, durch diesen unblätigen Sieg kühn gemacht, würden fordern, dass nun ein machtvoller Angriffskrieg einsetzte; dabei würde entweder das schon Gewonnene verlorengehen - oder aber Österreich dermassen zusammengewürdet werden, dass es für den Augenblick jeden Gewaltfrieden unterschreiben musste und sich nachher geduldig auf den Rachefeldzug vorbereitete. Die Stunde des Sieges ist die Probe auf die Kunst des Staatsmannes." (S.183). Aber die sich überstürzenden Siege verschlangen alle Ratschläge zu politischer Mässigung. "Eine solche erstaunliche und beispiellose Reihe von Erfolgen genügte freilich, um auch die stärksten Hirne schwindeln zu machen, und eine Zeitlang nahm ganz Frankreich am Siegesrausch seines triumphierenden Kaisers teil. Aber Talleyrand blieb kühler Zuschauer. Drei Tage nach der Schlacht bei Austerlitz schrieb er abermals an den Kaiser; wieder bediente er sich derselben Sprache, empfahl er dringend dieselbe Politik, für die er vor sechs Wochen nach dem Fall Ulms eingetreten war." (S.186).

In das zentrale Problem unserer ganzen hier angestellten Betrachtungen führt jedoch Duff Cooper mit folgender Feststellung: "Es ist einer der schwersten Fehler der Autokratie oder unumschränkten Einzelherrschaft als Regierungsform, dass sie keinen Raum für eine gesetzmässige Opposition lässt. Der einzelne Untertan, der ehrlich davon überzeugt ist, dass sein Land leidet und infolge schlechter politischer Führung auch weiterhin leiden wird, hat zwischen zwei Wegen zu wählen: entweder er muss beim Untergang seines Landes ein untätiger Zuschauer sein oder er muss zur Abwendung des Unheils Schritte tun, die von seinen Feinden als Landesverrat bezeichnet werden. Offene Opposition ist Empörung oder Landfriedensbruch, heimliche Opposition wird zum Hochverrat; und doch kann es Voraussetzungen geben, durch die ein solcher Landesverrat zur Pflicht eines vaterlandliebenden Mannes wird."

Vom Jahre 1807 an tat Talleyrand alles ihm mögliche, um Napoleons ehrgeizige Pläne zu durchkreuzen und seinen Sturz zu beschleunigen. Und

das

dann die Erbschaft aufrichtig aus Trümmern, Leid und Not verwalten mussten. Das änderte sich erst langsam in dem Masse, als die Verbündeten mit den um die böse Erbschaft aufrichtig bemühten Franzosen um Europas willen zusammenarbeiteten. Bei Duff Cooper heisst es: "Für das Wort Niederlage ist in der Weltanschauung des Chauvinismus kein Platz. Wenn auch das Wort Chauvinismus in den Tagen des ersten Napoleon noch nicht geprägt worden war, so war es doch dem Geiste nach schon damals lebendig, und den von diesem Geiste Beseelten schien es nur recht und billig, dass ganz Europa der französischen Nation als Fußschemel zu dienen hätte. Nun, da die Welle des Sieges Frankreich nicht mehr trug, gab es für Patrioten dieses Schlages dafür nur eine Erklärung: Verrat ... Der kriegshetznerische Nationalist ist immer der erste, der seine Landsleute als Verräter schmäht." (S.299).

Wir müssen also wieder einmal erleben, dass alles schon einmal dagewesen ist, wenn auch stets mit den jeweiligen zeitentsprechenden Änderungen. Schon Talleyrand war "frei von dem engen nationalistischen Geist und "ebenso sehr Europäer wie Franzose", und er durfte annehmen, "das französische Volk als Mitverschworenen" hinter sich zu haben. Er kämpfte gegen d a n Mann, der damals mit Kriegsgewalt Europa unter seinem Befehl "einigen" wollte. Talleyrand hat vieles erreicht, aber nicht sein Hauptziel: ein einiges Europa. Die Männer des deutschen Widerstandes sind ebenfalls über den nationalistischen Geist hinaus, sie sind bewusste Europäer, und sie hatten sich gegen d e n Mann erhoben, der zum zweitenmal nach Napoleon Europa mit den Waffen unter seiner Herrschaft "einigen" wollte, und schliesslich haben auch sie den besseren Teil des deutschen Volkes als Mitverschworene auf ihrer Seite. Auch ihr noch unerreichtes Ziel heisst: ein geeintes föderatives Europa, in dem das besiegte Deutschland einen adäquaten Platz erhält, bei dessen Zuweisung berücksichtigt werden sollte, dass es auch in den dunkelsten Zeiten stets ein "anderes Deutschland" gegeben hat, das immer bereit war und sein wird, jeglichen Deutschen Nationalismus und Militarismus niederzuhalten. Noch ist es nicht zu spät, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn es aber dahin kommt, dann würde sich zu dem moralischen Wert der Anstrengungen, Leiden und Opfer der Widerstandsbewegung auch noch ein äusserer Erfolg gesellen, der einigen Generationen wieder ein menschenwürdiges Dasein bescheren könnte - wodurch dann der Mut zum "Landesverrat" als Landestreue an der Wiege der europäischen Wiedergeburt den ihm zukommenden Ehrenplatz erhalten hätte.

das ist der Wendepunkt in der Geschichte des Kaiserreiches. Er war davon überzeugt, dass zum Wohle Frankreichs und zum Wohle Europas die Macht Napoleons vernichtet werden müsse." (S.200). Eine Ergänzung dazu finden wir auf S.214: "Er war ebenso sehr Europäer wie Franzose, und er war davon überzeugt, dass weder dem Wohle Frankreichs noch dem Wohle Europas gedient sei wenn der ganze Erdteil unter den Willen eines einzigen Menschen gezwungen werde - auch dann nicht, wenn dieser Mensch der Kaiser der Franzosen war. Talleyrand, geboren um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, war frei von dem engen nationalistischen Geist, der sich jetzt durchzusetzen begann, und seine aufs Nützliche gerichtete, friedliebende Klugheit erlag nicht den Lockungen des Eroberungsgedankens. Er war in allen Einzelheiten mit der Karte Europas vertraut, und er wollte sie erhalten, nicht sie zerstören." Als der Wahnsinn zu einer allen sichtbaren Methode geworden war, konspirierte Talleyrand mit keinem Geringeren als dem Zar Alexander von Russland persönlich, den er mit all seinen Künsten zu überreden versuchte, Napoleon nur ja kein freies Spiel zu lassen: "Er betonte, das französische Volk habe nur einen einzigen Wunsch - nämlich den, alles Kriegsführen zu beenden und sich der Früchte seiner Eroberungen in Frieden erfreuen zu dürfen. Der Zar sei der einzige Mensch, der sich als Mittler zwischen Napoleon und das französische Volk stellen könne - und der es deshalb auch tun müsse: denn sonst werde es auch weiterhin vom Kaiser in der Spur seines Siegeswagens ins völlige Verderben geschleift werden." (S.221). "Das war Verrat; aber es war Verrat von grossartigem Mass", schreibt Duff Cooper, um fortzufahren: "Hätte er nur an sein persönliches Wohlergehen gedacht, so hätte er anders gehandelt; denn er setzte alles aufs Spiel - seine Stellung, sein Vermögen, vielleicht sein Leben - wenn er sich dem Willen eines Mannes widersetzte, der bisher noch jeden Europäer vernichtet hatte. Aber für Talleyrand ging es um die Rettung Europas; er war sich völlig klar darüber, wie dieses Ziel erreicht werden konnte. Und er wagte alles, um es zu erreichen." (S.223). Dabei unterlässt es der englische Autor nicht, besonders darauf hinzuweisen, dass Talleyrand aus politischer Überzeugung schon ein Gegner Napoleons wurde, als dieser noch auf der Höhe seiner Macht stand, im Gegensatz zu den Marschällen, die sich vermutlich nicht nur aus politischen Erwägungen erst dann von Napoleon abwandten, als sein Spiel verloren war. (Sagen wir: nach der Tragödie von Stalingrad oder der Landung der Alliierten im Westen!) Später stellte Talleyrand zu seinem Verhalten noch fest: "Da Napoleon selbst mich in eine Lage gebracht hatte, in der ich zwischen Frankreich und ihm wählen musste, so traf ich die Wahl, die mir die höchste aller Pflichten vorschrieb." (S.445). Eine Äusserung, die man mit jener Frage nach dem Verrat gegenüber Zar Alexander in Verbindung bringen kann: "Das, Sire, ist nur eine Frage des Datums." (S.319).

Und als schliesslich die Sieger über Napoleon mit jenen zusammenarbeiteten, die sich des Opfers des "Landesverrates" als Landestreue unterzogen hatten, und die verbündeten Monarchen gemeinsam mit Talleyrand in der Pariser Oper erschienen, da geschah vor über hundertdreissig Jahren etwas, was auch bei uns bei einer gleichen Zusammenarbeit eingetreten wäre: "Bei ihrem Erscheinen brach das ganze Haus in angestimmte Hochrufe aus. Die Franzosen haben ganz gewiss nicht weniger Stolz oder Vaterlandsliebe als andere Völker und wenn sie damals fremde Heerführer, die an der Spitze ihrer Truppen in ihr Land eingedrungen waren und nun an dem Platz standen, an dem sie so oft ihren Kaiser gesehen hatten, mit spontanem Beifallklatschen begrüsst, so beweist das, wie tief ihre Unzufriedenheit gewesen war. Nicht ohne Berechtigung durfte Talleyrand behaupten, dass er sich nur dann in Verschwörungen einliess, wenn er das französische Volk als Mitverschworenen hatte." (S.285)

Doch auch noch in einem anderen Zusammenhang war es damals fast genau so wie heute: die Niederlage wurde von allzu vielen nicht auf das Konto desjenigen verbucht, der sie kausal verursacht hatte, sondern derjenigen, die unentwegt versucht hatten, viel Unglück abzuwenden und

dann

Vor fünf Jahren

Ein halbes Dutzend trennt uns am 20. Juli von dem Tage, an dem Deutsche aus allen Lagern versuchten, das uns auferlegte Schicksal noch einmal zu wenden und wenigstens unser Volk vor weiteren Opfern und unsere Städte vor weiterer sinnloser Zerstörung zu bewahren. Das Wesentlichste aber blieb der Welt zu zeigen, daß in diesem letzten Aufbruch die Deutschen sich selbst reinigen wollten von dem, was ihren Namen verdunkelt hatte über ein Jahrzehnt.

Fünf Jahre sind gleichsam nur ein Augenblick im Ablauf der Weltgeschichte. Der Rückblick auf die vergangenen zeigt jedoch, wie übergewaltig von Irren und Wirren und wie entscheidungsvoll selbst die Entwicklung einer so kurzen Zeitspanne sein kann. Und es scheint uns an diesem Jahrestag geboten, in besonderer Einklehr Rückschau zu halten darauf, was aus dem Erbe der Männer vom 20. Juli wurde.

Geben wir uns keinen Zweifel darüber hin: An diesem 5. Jahrestag sind die Stimmen im Lande lauter als in den vergangenen Jahren, die in diesem Befreiungsversuch nichts als den Verrat an einer gewaltigen Idee und den Dolchstoß gegen den "Vergifteten" Führer sehen wollen, der ohne die Verräter den Krieg noch zu einem guten Ende gebracht hätte. Kein Argument ist töricht genug, um hierbei als Beweis zu dienen - von der immer noch spukenden "Geheimwaffe" bis zu dem "unmittelbar bevorstehenden" Ende des Stalin-Regimes. Und viele Landsleute sind noch immer geneigt, die "bewundernswerten Leistungen" wie Reichsautobahnen, Olympiade, Rheinlandbefreiung und "Heimkehr" Deutsch-Österreichs gegen das System der Rechts- und Vertragsbrüche, die Judenmorde und die unblutigen "Einverleibungen" aufzuwerten. Die gefährliche These: Mögen die Nazis auch schlecht gewesen sein; aber in einem "gigantischen" Entscheidungskampfe, in dem es um die Existenz eines Volkes geht, darf niemand sich gegen den "Führer" wenden, gelangt werden. Die Flüsterpropaganda der in ganzen "noch einmal davongekommenen" mittleren Führungsschicht des verflorenen Regimes sorgt dafür. Wir wollen

nicht daran vorbeisehen, daß der trostlose Zwiespalt unserer innerstaatlichen Entwicklung und die bisherige Aussichtslosigkeit, in absehbarer Zeit einen vertraglich begrenzten und festgelegten Platz im Rate der Völker zu erhalten, diese schmachtvolle Rückschau auf das "Reich des Führers" begünstigt. Die Masse der verirrten "Landsleute" will nicht und wird nie die Schuld bei sich selber suchen, sondern vergleichend feststellen. Daran wird kein Demokratisierungsversuch etwas ändern können. Aber Demontage und augenblickliche Handhabung der Antinazifizierung wird diese Auffassung weiter stärken.

Umso wichtiger ist es, nüchtern und ohne nachträgliche rechthaberische Besserwisserei eine Bilanz der Kräfte, die letztlich im Attentat am 20. Juli 1944 mündeten, zu ziehen und die Möglichkeit ihres Ausstrahlens in unsere Tage zu überprüfen.

Seien wir ehrlich: Es war - einschließlich der radikalen Linken - nur eine ganz kleine Gruppe von sehenden Menschen, die sich weder von Emblemen noch von Schlagworten blenden ließen. Sie waren schon vor der Machtergreifung zutiefst davon durchdrungen, daß dieser Mann und seine Bewegung die Macht über Deutschland gewinnen dürften und blieben auch nach der Machtergreifung davon überzeugt. Man kann weder sagen, daß es ein besonderer Verdienst war, zu ihnen zu gehören, noch eine Erleuchtung. Es war das Ergebnis sachlicher Überlegungen, verbunden mit einer sehr wachen Erinnerung an die Tage, an denen dieser Hitler im Putsch des November ¹⁹²³ schon einmal deutlich bewiesen hatte, daß er weder charakterlich noch menschlich die Qualitäten zu einer lautereren politischen Führerpersönlichkeit besaß. Seine engste Umgebung aus jenen Tagen wußte das am besten: Ein guter Grund, diese im Zuge der einzelnen Stappen der "Säuberung" zu beseitigen.

Und seien wir weiter ehrlich: Die von Anfang an gegen Hitlers Macht zum Aufstehen entschlossenen Kräfte waren in den Gruppen der radikalen Linken und der konservativen Rechten am tätigsten vertreten. Die Gemeinsamkeit des politischen Hauptzieles ließ von Anfang an in den Gefängnissen und Lagern jene menschliche Tuschfühlung besonderer Art entstehen, die später zu dem für den Außenstehenden nur schwer verständlichen geistigen Zusammenfinden der extrem auseinanderliegenden politischen Gruppen in brüderlicher Gesinnung im Kreisauer Kreis führte. Und Klaus Stauffenbergs Befreiungsversuch darf nur so betrachtet werden, daß er sich letztlich den Freunden aus beiden Gruppen zutiefst verpflichtet fühlte, als er die Tat wagte.

Über eins kann rückschauend kein Zweifel bestehen: Als die Erkenntnis, daß Hitlers Weg Deutschlands Unglück sein würde, eine befreiende Tat forderte, lag das Los zu handeln bei den Männern der Rechten und den Soldaten. Das entspricht dem geschichtlichen Verantwortungsbegriff, der auf Sie überkommen war. Aus dieser Verantwortung heraus müssen vor allem die Soldaten verstanden werden, die - ob politisch klag und überhaupt durchführbar, b-leibe hier dahingestellt - schon am 29. Januar 1933 die Auffassung vertraten, daß die Potsdamer Grenadiere im letzten Augenblick auch ohne Befehl des Reichsoberhauptes den Machtantritt verhindern müßten. Sie unterlagen den Opportunisten, die sich als Realpolitiker gaben. Auch am 30. Juni 1934 unterlagen die Soldaten, als sie den feigen Mord an zwei Kameraden, den Generalen Schleicher und Brüder durch Himmlers Befehlen zu sühnen verlangten. Die entscheidende letzte Stunde für ein energisches "Halt", das damals nur noch von den bewaffneten Soldaten gesprochen werden konnte, wurde am 4. Februar 1938 verspielt: Mit der Beseitigung des Generalobersten von Fritsch wurden den politischen Kräften, die ernstlich daran arbeiteten, unter allen Umständen selbst gegen den Vorwurf landesverräterischer Verbindungen zu den Freunden im Ausland, den Frieden zu erhalten,

das sichernde Schwert aus der Hand geschlagen. Von nun an wußte Hitler, daß er dieser Armee alles bieten konnte.

Mit Kriegsbeginn wurde der Strom der Verschworenen im Lande breiter. Auch bisherige Nationalsozialisten stießen hinzu. Die Sorge um ihr Land stand ihnen über der Treue zum Führer. Wir wissen, wie skeptisch die Köpfe des Widerstandes, Beck und Gerdeler, gegen solchen Zustrom waren.

Wir wissen heute, daß ohne die tätige Hilfe und Unterstützung von Männern wie Halldorf, Nebe und Schulenburg die Vorbereitungen nie soweit gediehen wären. Sie sind durch grausamen Tod mit denen vereint, von denen sie sich bekehren ließen.

Das Attentat und der Umsturzversuch am 20. Juli schlugen fehl. Es ist müßig, die Einzelheiten erneut zu untersuchen, die dazu führten. Aber in den vergangenen fünf Jahren ist die Frage nicht zur Ruhe gekommen: Was hat diese merkwürdige und unorginisch scheinende Verschwörerelique, die nur vorläufig sich auf den weisen General Beck als Haupt geeint zu haben schien, nun eigentlich gewollt, außer den Tode Hitlers und seiner Trabanten? Haben sie uns, die wir so tief im Elend stehen wie noch nie eine Generation vor uns, überhaupt etwas zu sagen? Man ist überrascht aus den wenigen Zeugnissen, die uns überkommen sind, den hohen Grad von Aktualität - gerade 4 Jahre nach dem Ende des rörderischen Krieges - zu sehen, den die Programmpunkte haben, die den Männern des Widerstandes erstes Anliegen waren: Sinnvolle Aufgliederung des Reiches unter Beseitigung der Vormachtstellung Preußens, Wiederherstellung des Rechtes, Neugliederung des sozialen Aufbaues, Zusammenspiel aller europäischen Kräfte, die sich zum abendländischen Boden bekennen - um nur die wichtigsten zu nennen. Und die Frage steht offen, ob es nicht unter der maßgebenden Beteiligung deutscher Kräfte an der Bewältigung dieser Probleme (wie sie eine rechtzeitige Selbstreinigung ~~die~~ von den in der Welt verhaßten Regime ermöglicht hätte), gelungen wäre, schon greifbarere und sicherere Lösungen zu finden, als sie unter den drückenden Verhältnissen einer bedingungslosen Kapitulation zu finden versucht wurden und weiter versucht werden müssen. Vor allem aber stand hinter den führenden Männern des 20. Juli jene militärischen und politischen Kräfte, die das große weltanschaulich-politische

Phänomen im Osten, den Stalinismus, nicht mit unsachlichem Haß, sondern in kühler Beurteilung eines Potentials verfolgt und studiert hatten. Daher gaben sie sich keinen unsinnigen Wunschträumen hin, die zwischen Ausrottung und Kolonisierung schwanken, sondern erstrebten eine Lösung, die dem Voloß im Osten seine unmittelbare Bedrohung des mitteleuropäischen Raumes zwar nehmen, * jedoch eine Einbeziehung in die europäische Wirtschaft und den Handel durchaus offen lassen sollte. Die dilettantenhafte Unkenntnis Hitlers von fremden Völkern und Ländern ließ ihn unter Nichtachtung der primitivsten militärischen und politischen Grundsätze den Ostfeldzug vom Zaune brechen. In diesem Augenblick stand es für die treibenden Kräfte der Widerstandsbewegung unumstößlich fest, daß Hitler mit Gewalt beseitigt werden müsse. Zwischen Erkenntnis und Tat lagen drei Jahre - und diese Tat mißlang. Aber die in ihren tiefsten Instinkten gereizte und durch unser falsches, unerbliches und dummes Spiel zu wüthender Rache-entschlossene bolschewistische Macht ließ sich in ihrem Siegeszug nicht aufhalten und zahlte unseren Lande grausam heim, was Hitlers Hybris in dem von ihm unrechtmäßig besetzten Ländern angerichtet hatte. Dies ist mit Sicherheit die teuerste Lehre, die wir aus dem Hitler-Reich zu ziehen haben. Ob sie unter Hitler zu verhindern war, ist heute müßig zu fragen. Daß ohne Hitler, oder einen rechtzeitig beseitigten Hitler dieser Krieg nie begonnen wäre, ist sicher. Daher liegt die eigentlich tragische Stunde des deutschen Widerstandes auch nicht beim letzten Versuch des 20. Juli 1944, sondern in den Tagen des Münchener Abkommens und im September 1939, da es nicht gelang, diesen Krieg zu verhindern.

Kurz nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 gehörte es zum guten Ton in Deutschland, in Verbindung zum 20. Juli gestanden zu haben. Manch einer rühmte sich dessen, ohne einen der Beteiligten gekannt zu haben. Indessen ist es ruhiger geworden um die Angehörigen des 20. Juli. Die Überlebenden haben in der Mehrzahl still und bescheiden den Kampf um das tägliche

- 6 -

Brot aufgenommen Schulter, an Schulter mit den Brüdern und
Schwestern in gleicher Not. Nur wenige von ihnen gelangten
in einflußreiche Stellungen. Aber alle verbindet gerade
an diesem Gedenktag die Verpflichtung, ebenso zu stehen
für das, um dessen Willen die Väter, Freunde und Brüder
starben: Die Unteilbarkeit unseres Landes, das Recht, die
Freiheit und den Frieden: In tyrannos !

weichen, sondern sie wagen sie auch anderen nicht zuzumuten, vor allem nicht den Schülern. Es ist gewiß ein schönes Gesetz der Pädagogik, daß das Kind spielend lernen soll. Aber wir dürfen das nicht mißverstehen. Spiele sind nicht immer leicht, sondern oft sehr anstrengend und ernst.

Die Zumutung einer schwierigen Aufgabe hat überhaupt für unser Leben eine wichtige Funktion. Wem nichts zugemutet wird, dem wird auch nichts zugebraut. Ein solcher Mensch wird das Mißtrauen bald spüren, mit dem man ihm begegnet und das ihm seine Ehre nimmt. Man wende nicht ein, die Erfahrung habe gezeigt (so etwa argumentieren meist die Pädagogen), daß man den Menschen nichts Schweres zumuten dürfte, daß sie sich gegen jedes ungewohnte Maß an Schwierigkeit wehren und es nicht aufzunehmen wollen. Was sagt aber diese Erfahrung anders, als daß der Mensch geneigt ist, im lange Gewohnten zu beharren? Machiavelli sagt mit Recht: Setzt die Menschen immer wieder in die Notwendigkeit, um ihr Leben kämpfen zu müssen, und sie werden ihre Leistungen verdoppeln. Setzt also die Menschen immer wieder in die Notwendigkeit, schwierigen Gedankengängen folgen zu müssen, und sie werden ihnen bald zu folgen vermögen. Verhält es sich denn anders mit unserer Tugend, die ja nicht einfach eine Tatsache, sondern ein Vermögen ist? Wer einer ständigen sittlichen Anstrengung ausweicht, wird sehr bald meinen, keine ernste Arbeit an sich leisten zu können. Ständige leichte Kost verdirbt die Leistungsfähigkeit der Verdauungsorgane.

Natürlich sollen keine künstlichen Schwierigkeiten geschaffen werden, etwa zu erzieherischen Zwecken; und Schwierigkeiten sind keine Unklarheiten. Aber nur wer echte Schwierigkeiten meistert, vermag auch Unklarheiten aufzulösen. Denn was ist die Unklarheit anders als eine nichtgemeisterte Schwierigkeit? Sollte nicht jeder unserer Akademiker, der Hochschule und Universität erfolgreich besudt hat, instande sein, die sicher nicht immer leichten Gedanken Thomas' von Aquin mit zu

vollziehen? Und sollte er dadurch und darüber hinaus nicht in der Lage sein, die Philosophie Kants zu begreifen? Wie viele von ihnen aber vermöchten auch nur das Vorwort zur „Kritik der reinen Vernunft“ zu verstehen!

Wir sprechen nicht einer allgemeinen und umfassenden philosophischen Bildung das Wort. Beethoven besaß eine solche „Bildung“ nicht, nicht einmal die eines Abiturienten. Aber er besaß das Vermögen, die Kantische „Kritik der praktischen Vernunft“, die Kantische Sittenlehre zu begreifen.

Wir sollten vor allem wissen, und zwar in der echten Erfahrung, was wirkliche Schwierigkeiten sind, und daß unsere Würde daran hängt, ob wir sie uns und unseren Mitmenschen zuzumuten wagen. Wir sündigen an der Ehre des Menschen, wenn wir ihm Unklarheiten zumuten, aber wir achten seine Würde, wenn wir ihm Schweres zumuten.

Wir können neben jener schlechten Schwierigkeit, die aus der Unklarheit kommt, eine dreifache Art von Schwierigkeiten in der Literatur unterscheiden: die Schwierigkeit des Gedankens, die Schwierigkeit der Sache, die gedacht wird, und die Schwierigkeit des Einfachen, die den meisten Lesern verborgen bleibt.

Die Schwierigkeit des Gedankens ist die am ersten fühlbare, und zugleich diejenige, der wir am leichtesten auszuweichen geneigt sind. Unsere Philosophen des Idealismus sind Musterbeispiele dieser Schwierigkeit. Selbst die einfachsten Dinge und Verhältnisse werden verwickelt, hintergründig und undurchsichtig, sobald sie von ihnen gedacht werden. Da sind wir dann schnell mit dem Urteil bei der Hand: wozu das? —, womit wir uns wohl leichter den Zugang zu dieser Gedankenwelt verhauen, als wir ihn später wieder freimachen können. Wir sollten zu verstehen suchen, daß es hier gar nicht um die einfachen Dinge geht, sondern um das Denken dieser Dinge; also um eine besondere Weise der geistigen Existenz. Und wenn wir diese verstehen, sie als ein echtes Anliegen begreifen, dann mag es geschehen, daß wir plötzlich erkennen, wie abgründig in der Tat die

einfachsten Dinge sein können, nämlich in Beziehung auf uns.

Die Schwierigkeit der Sache ist nicht so ohne weiteres sichtbar. Man muß sie erfahren haben, um sie recht zu begreifen und zu würdigen. Platon zum Beispiel ist ein Denker, der zugleich ein Meister der Sprache ist, was man nicht eben von allen Denkern behaupten kann. Es mutet oft unglaublich an, wie souverän er sachliche Schwierigkeiten meistert. So kann er oft den Eindruck einer leichten, unbeschwernten Meisterschaft erwecken, die den unaufmerksamen Leser leicht irreführt. Es ergeht uns dann, wie wenn wir einem großen Pianisten zuhören. Die überlegene Meisterschaft des Spiels läßt das Bewußtsein der Schwierigkeit nicht aufkommen, und man ertappt sich wohl bei dem Gedanken, es müsse so schwer nicht sein, es dem Meister gleichzutun. Ein Versuch dazu ist nützlich, vorausgesetzt natürlich, daß man genügend kritisches Vermögen besitzt, sein Unvermögen beschämt einzugestehen.

Die dritte Art der Schwierigkeit bleibt den meisten ein Geheimnis. Ihre Überwindung setzt in der Tat die größte Klarheit und Vollkommenheit des Geistes voraus. Diese Schwierigkeit ist mit der zweiten Art nahe verwandt, aber ihr nicht gleich. Um dies zu verdeutlichen, bleiben wir am besten beim Beispiel der Musik. Bei dieser dritten Art handelt es sich nicht um die meisterhafte Bewältigung eines schwierigen Werkes, die den Anschein der Leichtigkeit erweckt, sondern wir haben es etwa mit einem langsamen Adagio zu tun, das technisch leicht zu bewältigen ist. Der Musikschüler lernt es im ersten Jahr und „kann“ es dann. Viele spielen es so durch ihr Leben hin. Aber wiederum wird nur der Meister wissen, was in ihm an Wahrheit und Schönheit verborgen liegt, nur er wird es in die Wirklichkeit heben können. Diese Einfachheit hat eine Nähe zum Göttlichen, das auch überall offen und einfach ist und doch tief verborgen bleibt: denen, die es nicht selbst in sich wissen. So wird es vielen Lesern mit einem berühmten Buch der Weltliteratur ergen, mit den „Bekenntnissen“ des heiligen Augustinus. Wieviele mögen die-

ses Buch mit gespannter Erwartung in die Hand nehmen und es dann bald enttäuscht wieder beiseitelegen. Denn hier ist alles so furchtbar einfach, um nicht zu sagen naiv; es gibt keine schwierigen Aufgaben zu lösen; vertieft sich der Leser aber daraufhin einmal in die Einführung, die Romano Guardini zu dem Buch geschrieben hat, so hört er den Meister das Adagio spielen, und er wird beschämt erkennen, daß hier einer gekommen ist, der das verborgene Wort lebendig macht, weil er es in sich trägt.

Diese Schwierigkeit des Einfachen ist ein großes und gütiges Geschenk an den Menschen, denn sie schützt den Meister und schützt sein Werk; wie auch Gott in seiner einfachen Offenheit tief geschützt ist vor dem Zugriff des Bösen, dem er verhorgen bleibt. WW

Der deutsche Widerstand

„Es besteht einige Hoffnung für Deutschlands Zukunft, da es Deutsche waren, die von innerhalb des Reiches selbst den Versuch machten, die Welt von Hitler zu befreien. Auf ihr Beispiel und ihre Ideen können die Deutschen bauen, wenn sie den Weg zur Demokratie wählen.“ So schließt Allen Welsh Dulles' Buch über den deutschen Widerstand.^{*)} Ein Buch, das wegen seiner objektiven, gerechten und umfassenden Betrachtungsweise eine Leistung auf dem Gebiete der politischen Geschichtsschreibung der Gegenwart ist. Der Rahmen eines Berichtes über das Attentat des 20. Juli ist weit überschritten; Dulles gibt eine Analyse der Machtfaktoren im totalitären Staat Hitlers, sowie der Ideen jener Widerstandsgruppen, die sich nachher, freiwillig oder wider Willen, am 20. Juli vereinigten, und die zusammen vernichtet wurden.

Dulles, der seit 1942 im Auftrag des State Department von der Schweiz aus über den deutschen Widerstand berichtete und darüber als Leiter der OSS-Mission in Deutschland seine Kenntnisse der verschiedenen Gruppen erweitern

^{*)} Allen Welsh Dulles: „Germany's Underground“, Macmillan, New York 1947.

konnte, schreibt nicht nur mit Bewunderung und Achtung, sondern mit größter Teilnahme von den Männern, die jahrelang unermüdet gegen einen der stärksten Polizeistaaten der Welt kämpften. Wir können ihm dankbar sein, daß er heute, wo das Ausland geneigt ist, Deutsche und Nationalsozialisten gleichzusetzen, sein Buch veröffentlicht hat. Beim Lesen dieses Zeugnisses eines Ausländers müssen wir uns aber fragen, wie heute der Deutsche über die Untergangsbewegung denkt. Was ist der Nachhall der antinationalsozialistischen Bewegung, welcher zwar kein Erfolg beschieden war, die aber der Welt gezeigt hat, daß auch in Deutschland Freiheits- und gerechtigkeitsliebende Menschen für ihre Überzeugung in den Tod gingen. Zählt in der Meinung des Deutschen nur der Erfolg, und sind Hitlers Ideen deshalb verpönt, weil sie nicht den Sieg errangen?

Diese und ähnliche Fragen drängten sich mir bei einer Reise im Schwerebeschäftigten-Abteil eines süddeutschen Personenzuges auf, als ehemalige Offiziere, die sich „unter sich“ fühlten, auf den Widerstand zu sprechen kamen. Einer hatte energisch ein dickes Buch zugeklappt — es waren Ulrich von Hassel Tagebücher „Vom anderen Deutschland“ — und gesagt: „Wenn man so etwas liest, wundert man sich nicht mehr, daß wir den Krieg verlieren mußten.“ Im Ton lag Verachtung gegen die „Verräter“ und tiefste Verständnislosigkeit, daß diese Männer Deutsche sein könnten. Der übrige Kreis stimmte bei, alle wußten von Sabotageakten zu berichten, die den Ausgang des Krieges entscheidend beeinflusst hätten. Da für die jungen Offiziere Hitler und Deutschland identisch waren und ein übernationaler Standpunkt, der sich auf Menschheitswerte bezog, unverständlich war, schienen ihnen Hassel und seinesgleichen, die Gegner eines wahnsinnigen Krieges, Verräter und Feinde zu sein. Kein Wort der Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie fiel.

Wenn bei solchen Leuten jetzt noch das Odium des Verrates auf dem deutschen Widerstand liegt, dann muß es für einen deutschen Offizier damals unmöglich gewesen sein, sich der magi-

schen Wirkung eines Begriffes von deutscher Ehre zu entziehen. Dulles schildert in nüchternen Worten den Konflikt der Generale, die zwar den Krieg verloren wußten, sich aber durch ihren Eid jenseits des Rationalen an die Person Hitlers gebunden fühlten. Als Ausländer kann Dulles nur aufzeigen, welches Machtmittel Hitler sich durch den Eid jedes Soldaten auf seine Person geschaffen hatte, ohne sich im Menschen einfüllen zu können, die durch den Eid unlösbar gebunden den Weg des Verderbens mehr oder minder bewußt beschritten und nicht wagten, um höherer Werte willen den Eid auf einen offenkundigen Wahnsinnigen zu brechen.

Es ist in dem Zusammenhang interessant, daß ein wesentlicher Teil des deutschen Widerstandes seine Kraft aus dem christlichen Glauben zog. Wer nicht an den Nationalsozialismus glaubte, war damit allein noch nicht fähig, aus dem magischen Kreis auszutreten. Dazu brauchte er andere positive Kräfte, wie sie vor allem der Glaube an ewige Wertordnungen gab. Die Gruppe des 20. Juli, der die Kommunisten fernstanden, war weit mehr eine christliche als eine bürgerliche Front.

Noch ein weiteres Gemeinsames der Widerstandsgruppen, besonders der Zivilisten fällt auf: sie waren alle Männer, die das Ausland gut kannten. Welthürger ebensosehr wie Deutsche. Dulles schildert eingehend ihre vergeblichen Versuche seit 1937, das Ausland auf die Gefahr des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen, und wirft besonders Amerika vor, daß sie dort keine Unterstützung fanden: „In jenen Tagen war es die Politik der meisten Länder, selbst um des Friedens willen den Teufel zu beschwichtigen. Vor dem Kriege nahm der Westen die dringenden Bitten jener Antinazi, die es aufzuklären suchten, nicht allzu ernst. Als Hitler in den Krieg zog und die Augen des Westens endgültig über die Bedeutung des Hitlerismus geöffnet wurden, wollte niemand mehr irgendetwas mit einem Deutschen zu tun haben, ob Nazi oder nicht; alle waren verdächtig.“

Als die Alliierten 1943 in Casablanca die Formel von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands prägten,

wurde die Zusammenarbeit des deutschen Widerstandes mit dem Ausland und die Bemühungen des Widerstandes im Innern Deutschlands erheblich erschwert. Dulles, von der Schweiz aus, mußte die Entwicklung tatenlos beobachten und bekam auch auf seine genauen Berichte über das bevorstehende Attentat vom 20. Juli keine Unterstützung aus Amerika. Die Formel der bedingungslosen Kapitulation wurde von Goebbels geschickt zu bedingungsloser Sklaverei umgedeutet und von den Deutschen auch so verstanden. Diese Formulierung machte es dem Widerstand unmöglich, einen Keil zwischen Hitler und das Volk zu treiben.

Es ist ein tragisches Verhängnis der besten und mutigsten Deutschen, daß sie offenbar nicht einig handeln können; auch der Widerstand war in sich selber gespalten und darum nicht schlagkräftig. Dies war mit ein Grund dafür, daß der deutsche Widerstand vom Ausland so wenig ernstgenommen wurde. Bei allem Wohlwollen und Verständnis für die deutsche Situation erspart uns auch Dulles nicht den Vorwurf der politischen Unreife.

Den größten Raum des Buches nimmt die Schilderung des 20. Juli selbst und der verschiedenen Hauptgruppen des Widerstandes ein; sie weicht nicht von den anderen, schon bekannten Darstellungen ab und bringt auch nicht viel Neues. Doch ist das Bild, das Dulles entwirft, objektiver und klarer, als es die Schilderungen der überlebenden Teilnehmer selbst sind. Leider geht er nur kurz auf den Kreisauer Kreis und seine Ziele ein, die im Ausland noch recht unbekannt sind, obwohl sie die wichtigste geistige Bemühung des Widerstandes darstellten.

Dieses Buch wird dazu beitragen, ein anderes Bild von Deutschland aus der Zeit des Nationalsozialismus entstehen zu lassen. Umso bedauerlicher wäre es, wenn im Lande selbst der Widerstand, dem wir unsere Ehrenerrettung dem Ausland gegenüber verdanken, aus einer falschen Ehrauffassung als Verrat an Deutschland gekennzeichnet und diskreditiert würde.

Alice Platen-Hallermann.

Ulrich von Hassels Tagebücher

Ulrich v. Hassel war in seiner Grundhaltung Christ, von Beruf und Berufung Diplomat, nach seiner gesellschaftlichen Herkunft Adliger. Christliche Gläubigkeit, staatsmännische Tugenden und aristokratischer Stolz gaben ihm das Profil einer Persönlichkeit von besonderem Format. Sittlich-religiöse Überzeugungen, politische Einsicht und sein Klassenbewußtsein zwangen ihn zum Kampf gegen Hitler und sein System. Er hat diesen Kampf zäh und verbissen gekämpft, bis die Henker des Dritten Reiches ihn am 8. September 1944 ermordeten. Seine unter abenteuerlichen Umständen geretteten Tagebücher*) zeigen gerade deshalb so stark die dunkle Spannung dieses unterirdischen Ringens, das, 1938 begonnen, am 20. Juli 1944 tragisch endete, weil die Stilmittel sehr karg sind: neben Schilderungen von wechselnder Bedeutung stehen oft nur schnelle Notizen, stichwortartige Bemerkungen, flüchtige Hinweise.

Die Zahl der handelnden Personen ist klein: Generaloberst Beck (scharfsinnig und souverän, aber „mehr Clausewitz als Gneisenau“), der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Goerdeler (der nie versagende Motor der ganzen Widerstandsbewegung, aber „zu sanguinisch“ und „doch eine Art Reaktionär“), der preußische Finanzminister Dr. Popitz (klug, uneigennützig, realistisch, aber nicht bei allen Gruppen gleich beliebt), dazu schließlich Ulrich v. Hassel selbst, der nach langer diplomatischer Tätigkeit in Genua, Rom, Barcelona, Kopenhagen, Belgien und wieder in Rom als Botschafter am Quirinal (1932–37) sich dem Antikomintern-Pakt und jeder militärischen Blockbildung der Achse widersetzte. Der Vortrag, den sein Sohn, Johannes Dietrich v. Hassel, im Februar 1946 in Tübingen hielt**), erhellt die führende

*) Ulrich von Hassel, *Vom anderen Deutschland*, Atlantis Verlag, Zürich und Freiburg i. Br. 1946. 415 S.

**) Johann Dietrich von Hassel, *Verräter? Patrioten!*, Verlag I. P. Bachem, Köln 1946. 42 S.

Stellung, die dieser Kreis gegenüber der Gruppe um General Oster (in den Ämtern „Abwehr“ und „Ausland“ des OKW) und gegenüber jener der Arbeiterschaft unter Leuschner und Jakob Kaiser einnahm. Zusammen schritten alle diese Männer zehn Monate vor Kriegsende zur Tat. Die Größe der ihrer Tat innewohnenden Tragik kann daran ermesselt werden, daß diejenigen, die sie unternahmen, wußten, daß sie zu spät kam.

Als der Krieg schließlich ausgebrochen war, gab es nur noch eine Rettung: Frieden, solange Deutschland noch Erfolge erzielte oder erzielen konnte. Bis 1941 waren die Gegner bereit, ihn abzuschließen, unter einer Bedingung allerdings: nicht mit Hitler. Die Aufzeichnungen v. Hassels sind nun nichts anderes als die Geschichte eines Verhängnisses: solange Deutschland siegte und einen tragbaren Frieden erhalten konnte, sahen die Männer des Widerstandes keine Möglichkeit, Hitler zu stürzen, als Deutschland aber verlor und der Sturz der Diktatur in den Bereich des Möglichen rückte, lehnten die Gegner jeden Frieden außer einer bedingungslosen Kapitulation ab. Als daher Graf Stauffenberg die Aktentasche mit der Zeitbombe an den Besprechungstisch Hitlers legte, wußten v. Hassel und seine Freunde, daß sie ihr Leben nicht mehr dafür aufs Spiel setzten, Deutschland vor harten Friedensbedingungen zu retten, sondern nur noch für die auf lange Sicht berechnete Wirkung, dem Ausland zu zeigen, daß Deutschland und Hitler nicht ein und dasselbe waren. Diese beschränkte Zielsetzung gibt der Tat ihre besondere Würde und zeigt zugleich die Schwäche der Bewegung auf, aus der sie entstand.

Diese Bewegung war nicht genügend realistisch. Sie war christlich, und das hätte sie auf den Weg bringen können. Denn es besteht eine merkwürdige Beziehung zwischen christlicher Gläubigkeit und politischem Realismus. Das echte Vertrauen in Gott stellt den Menschen in eine andere Ebene des Seins, die herausgehoben ist aus der verwirrenden Mehrdeutigkeit der Entscheidungen dieser Welt, und die dem Betrachtenden die Möglichkeit gibt, die Dinge

und Ereignisse, die von einem rein diesseitigen Standpunkt aus immer in These und Antithese aufgespalten sind, zu überschauen und sie dadurch eher in ihrer wahren Bedeutung zu erkennen. Der religiös-politische Mensch wird so in einem tieferen Sinne Realist. Es paßt sehr wohl zusammen, daß v. Hassel, der sich mitten im Bombenhagel mit ein paar evangelischen Glaubensgenossen ernsthaft mit der Frage der Offenbarung auseinandersetzte, von einer erstamlichen außenpolitischen Klarsichtigkeit war. Die Nobelpolitik der nationalsozialistischen „Realpolitik“ zeichnet sich auf dem Hintergrund seiner Urteile scharf und eindrucksvoll ab. Nur zum Entscheidenden reichte es nicht (und darin kommt wohl eine bestimmte Tragik des Christentums, vor allem des Protestantismus, in seinem Verhältnis zur Welt überhaupt zum Ausdruck): die christlichen Einsichten und sehr edlen religiösen Beweggründe blieben zu sehr im Subjektiven und dardstießen die irdisch-geschichtliche Klassendecke nicht. Der Realismus dieses Widerstandes christlicher Menschen reichte infolgedessen nicht zu; sie kamen von ihrer gesellschaftlichen Schicht nicht los. Auch v. Hassel setzte seine Hoffnung auf die Generale. Dieser Irrtum war verhängnisvoll.

Es gab dumme Generale wie Keitel, von dem Hitler einmal sagte, er habe den Verstand eines Kinopostiers. Es gab schwankende Generale wie Halder. Es gab andererseits glänzende Truppenführer. Und dennoch haben sie alle in ihrer Verantwortung vor dem Volke versagt. Warum? Weil keiner begriffen hat, daß die alten Offiziersideale an ein anderes Gesellschaftsgefüge gebunden gewesen waren, daß sie für das nationalsozialistische System nicht mehr „galten“, ja daß ihre bleibende Geltung gerade die besten Militärs gegen den Tyrannen verpflichteten. Die deutschen Offiziere des Zweiten Weltkrieges versuchten, nach altpreußischen Grundsätzen in einem Staat zu leben, der keine aufgeklärte Monarchie, sondern eine Diktatur war. Deshalb wirkten sie so antiquiert im Vergleich mit den modernen Offizierstypen: dem mechanisch ausfüh-

renden Prätorianerführer der SS oder der Russen und dem durch das demokratische System an den Entscheidungen mitbeteiligten amerikanischen Offizier. Keiner der deutschen Generale wollte nur Prätorianer sein, keiner fand aber auch zu der rechten Zeit den Mut, die vorwärtsweisende politische Tat zu verantworten. Und als sich einige Offiziere endlich zum Attentat entschlossen, stand dahinter der Gedanke, rückwärtschreitend die Staatsform den eigenen Idealen anzupassen, das heißt: die Monarchie anzustreben.

v. Hassel hat es bei aller Kritik immer wieder mit den Generalen versucht, weil er aus seinem Klassenbewußtsein heraus keinen anderen Weg gehen konnte und weil er kein Revolutionär war.

Als Einzelne haben Aristokraten immer wieder Hervorragendes geleistet, die Schicht als solche aber hat keine Bedeutung mehr. Das wollte v. Hassel nicht sehen. Er verfolgte gespannt die Adelsnachrichten, erzählte rührende Geschichten aus Doorn, sprach von „Material“, wenn er Soldaten sah, und — bei aller edlen Menschlichkeit — auch gelegentlich von „Film“, wenn es sich um einen Feldzug handelte, in dem Menschen zu tausenden fielen. Das „anständige Deutschland“, für das er kämpfte, war die adlige und großbürgerliche „Oberschicht“. Er verachtete als Aristokrat nicht nur Hitler und seine Männer, sondern auch — wenn auch in einer anderen Weise — das „gutmütige, aber fast sklavische“ Volk.

v. Hassel und seine Freunde waren zu sehr Diplomaten und zu wenig Kämpfer, wie sie zum Beispiel die französische Résistance hervorgebracht hat. Man frühstückte, man dinierte, nahm den Tee, snupierte, — jeden Tag mit einer anderen „höchst einflußreichen“ Persönlichkeit. Man verhandelte, plante und — zerrückte. Man wollte den reibungslos ablaufenden Putsch, — mit Göring, gegen Göring, mit Himmler, gegen Himmler (v. Hassel war beide Male dagegen) und schließlich mit den Generalen. Es fehlte an der Unbedingtheit, am Ende, wenn kein Weg zwischen totalem Sieg und totaler Nie-

derlage mehr übrigblieb, die zweite Lösung zu wählen. Man hatte keine Verbindung zum Volk. Das „Rätseltier ‚Masse‘“ war nur ein Faktor in einer Rechnung. Der Begriff „Sozialismus“ blieb bis zum Schluß ein Schreckgespenst. (Aus der Widerstandsgruppe der Arbeiter wird in v. Hassels Niederschrift nur Leuschner einmal erwähnt.) Es gibt außer einigen recht vagen Gesichtspunkten keine zu neuen Zielen hinführenden Ideen. Es fordert nirgendwo ein echtes revolutionäres Feuer, es offenbart sich nirgendwo der unbedingte Wille zur Tat, auch auf Kosten der ewig wägenden Vorsicht.

So sind die Tagebücher v. Hassels erfüllt von einer zwar sehr vornehmen, durch subjektives Christentum immer wieder veredelten, aber sonst überholten, die wahre, erneuernde Aktivität lähmenden Atmosphäre der Herrenzimmer, in denen sich die Verhandlungen abspielten. Das mindert die Größe der Person v. Hassels nicht, es spiegelt aber seine Tragik: daß er nämlich just die Schicht zur politischen Tat für befähigt hielt, die das ehernen Gesetz der Geschichte gerade zum Abtreten bestimmt hatte.

Im übrigen sind diese Tagebücher, die auf eine abenteuerliche Weise geführt, später goretet und unverändert, also mit dem Reiz des Unmittelbaren veröffentlicht worden sind, eine Fundgrube des Wichtigen, Interessanten und Tatsächlichen aus den Jahren des Dritten Reiches und seiner „inneren Kreise“, Jedermann, dem sie schon jetzt oder später zugänglich sind, wird sie mit Nutzen lesen. RP

Hitlers Außenpolitik

Wir dürfen es als einen außergewöhnlichen Glücksfall bezeichnen, daß schon heute dem deutschen Volke ein wirklich wertvolles Buch über die Außenpolitik des Dritten Reiches vorgelegt werden kann. Besonders günstige Umstände haben es dem Verleger Erich Kordt ermöglicht, unter Mitwirkung des bekannten deutschen Auslandsjournalisten Karl Heinz Abshagen eine gründliche Darstellung der diplomatischen Verhandlungen

und der politischen Ereignisse der Vorkriegs- und Kriegsjahre zu geben.^{*)}

Wir finden es begräulich, daß man gegen alle klischeehaften Lobspprüche von vornherein mißtrauisch ist, und wir teilen dieses Mißtrauen. Dennoch können wir nicht umhin, diese Darstellung des letzten Abschnittes der deutschen Außenpolitik als reinerstgültig zu bezeichnen. Das Buch ist hervorragend geschrieben, und es dient eher notwendiger Klärung. Auf 450 Seiten ist eine genaue, gut unterrichtende Beschreibung des unheilvollsten Kapitels deutscher Diplomatie und Außenpolitik gegeben. Der Verfasser tritt hinter einer sachlichen Darstellung im Rankeschen Sinne persönlich völlig zurück; er läßt nur die von der gründlichen Sachkenntnis des Diplomaten aufgegliederten und gesichteten Tatbestände bestehen. Dieser Umstand gerade gibt dem Buch seine einzigartige Wirkung. Man befürchte nicht ein trockenes Aktenstudium. Schon den Ereignissen selbst ist ein natürlicher, hoher Spannungsgehalt eigen. Überdies versteht sich Kordt meisterhaft auf die Kunst der fesselnden und, soweit es die Materie zuläßt, auch oft witzigen Darstellung. Soviel zum Lob des Buches und seines Verfassers.

Die einundzwanzig Kapitel des Werkes sind ein einzigartiges Scherbenstück über die „intuitive“ Außenpolitik eines Mannes, der zwar das Bild Bismarcks in seinem Arbeitsraum hängen hatte und sich gern in der Pose des Vollenders seines Werkes gefiel, der aber von der staatsmännischen Kunst des Reichskanzlers, von dessen Diplomatie und Einsicht in Möglichkeiten und Unmöglichkeiten auch nicht einen Hauch verspürt hat. Man greife beliebige Abschnitte aus Kordts Buch heraus: wo wurde von Hitler auch nur eine einzige außenpolitische Frage wirklich konstruktiv gelöst, wo eine Aufgabe zu einem für alle Teile befriedigenden Ende geführt? Überall herrschte, allerdings oft im Sinne einer sehr bösen „Genialität“, Bluff und Täuschung, eine nichts als verächtliche Einschätzung des Gegners — und oft auch des Bundesgenossen — verbunden mit einer grotesken Überschätzung der eigenen Fähigkeiten

und Mittel. Und überall war das typische Verhalten des ichbezogenen, erfolgsgierigen Parvenus vorherrschend, der nicht dem stillen Reifen eines Erfolges entgegenwarten kann: — die Birne muß herunter vom Baum, und sei sie auch noch so groß! Man sehe sich nur einmal den biographisch-ethnographischen Wahnwitz der berüchtigten Wiener Schiedssprüche an, mit denen Hitler „Diplomaten“ den europäischen Südländern beglückte, und mit denen sie eine 10 Jahrhunderte auf dem Fleiß deutscher Bauern aufgohaute, geachtete eigene Stellung ohne jeden Gewinn zerstörten; man sehe sich den katastrophalen Ablauf der deutsch-russischen Beziehungen, die Zwiespältigkeit des deutsch-japanischen Bündnisses an (für welches Kordts Darstellung als besonders zutreffend und aufschlußreich zu bezeichnen ist), und man wird fassungslos vor einer Politik stehen, die wirklich in jeder Hinsicht alles das vermissen ließ, was man bis auf unsere Tage als die Grundlagen einer echten Außenpolitik zu begründen pflegte. Kordt schreibt hierzu (Seite 55): „Eine Betrachtung der Außenpolitik, die Hitler nach der Machtergreifung geführt hat, bestätigt, daß er den äußersten Utilitarismus für höchste Staatskunst hielt und seiner „Intuition“ vertraute, ihm einzugeben, was das Nützlichste des Tages sei. Mit allen seinen programmatischen Feststellungen für die von ihm zu befolgende Außenpolitik ist er in der Praxis in Konflikt geraten.“

Ja, aber seine Erfolge! Gemacht: Wie die Enderfolge aussahen, das erlebten und erleben wir zu unserem Leidwesen am eigenen Leibe; und seine bestechenden Anfangserfolge waren wohl zum größten Teil, hier wie auch auf militärischem Gebiet, erst möglich durch Fehler, wahrhaft unbegreifliche Fehler seiner Gegner. Kordt kann das Ver-

^{*)} Erich Kordt, *Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung.* (Unter Mitwirkung von Karl Heinz Abshagen.) Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1947. 420 Seiten. Gebunden RM 9.50.

dienst für sich buchen, diese Versäumnisse und diese Schuld der Außenpolitik Englands und Frankreichs anhand des vorliegenden Aktenmaterials deutlich dargestellt zu haben. Aus seiner Darstellung geht mit aller Klarheit hervor, daß es zumindest fragwürdig ist, eine Allsinschuld des deutschen Volkes und nicht nur seiner wahrhaft nichtswürdigen Führung auch auf außenpolitischem Gebiet zu behaupten. Die Beschreibung der widerspruchsvollen britischen und französischen Haltung in der Abrüstungsfrage, ihrer inneren Uneinigkeit, die sich besonders grotesk beim deutschen Einmarsch ins Rheinland zeigte, und nicht zuletzt ihrer geradezu unfassbaren Gutgläubigkeit und Ahnungslosigkeit, wird zu einer scharfen Anklage gegen die westliche Diplomatie. (Aber wir Deutsche sollten gerade diese Seiten nicht mit „Schadenfreude“ lesen; die am schlimmsten Gepöhlten sind ja wir selber.) Kordts Buch zeigt unumwunden, daß eine energische und zielbewußte Politik in London und Paris die endgültige Katastrophe hätte verhindern können, und daß eine solche Haltung wahrscheinlich auch zu einem Sturz Hitlers und seines Systems von innen her geführt hätte. Jedoch: die deutsche Opposition ist vom Ausland in beschämendem Maße im Stich gelassen worden. Es ist schon so, wie Kordt bitter

feststellt (Seite 115): „Auch überzeugte Gegner Hitlers wurden irre, als das Ausland sich in steigendem Maße bereit fand, eine gewaltsame Abänderung ungerechter Bestimmungen des Versailler Vertrages durch Hitler fast ohne Widerspruch hinzunehmen, auch dann, wenn eine friedliche Revision vorher den demokratischen Regierungen Deutschlands hartnäckig, häufig mit den schlechtesten und schwächsten Argumenten, verweigert worden war.“

Von hervorragendem Wert sind, um ein Letztes zu nennen, die Beschreibungen der mitandelnden Personen. Darunter ist die Darstellung Ribbentrops und seines Werdegangs ein Kabinetstück für sich. Hier wie überall kommt dem Verfasser seine in langen Dienstjahren erworbene eingehende Kenntnis des diplomatischen Milieus und seiner Menschen zugute.

Eine Übersetzung des Buches in möglichst viele fremde Sprachen wäre von größtem Wert. Kordts Buch ist geeignet, mit Unklarheiten und Unwahrheiten aufzuräumen. Es sei auch die Hoffnung ausgesprochen, daß ein Mann von den Kenntnissen und den Verdiensten Kordts möglichst bald wieder einen entsprechenden Wirkungsbereich in unserem Lande findet. Solche Männer sind uns heute so nötig wie das tägliche Brot.

RA

Mitteilungen

Rainer Barzel (geboren 20. Juli 1924 in Braunsberg/Ostpreußen) hat Rechtswissenschaft studiert und ist Journalist.

Professor Dr. Martin Buber (geboren 8. Februar 1878 in Wien), Religionsforscher, führend in der neujüdischen Bewegung, einer der besten deutschen Schriftsteller, der uns insbesondere mit dem chassidischen Gedankengut bekanntgemacht und, zusammen mit Fr. Rosenzweig, die Schriften des Alten Testaments deutsch nachgedichtet hat, lehrte von 1930 an in Frankfurt am Main Religionswissenschaft. Er ist heute Professor an der Universität Jerusalem. Der in der vorliegenden Ausgabe der FH von ihm veröffentlichte Beitrag ist ein Teil seiner dortigen Antrittsvorlesung. An Titel seiner Werke nennen wir: „Daniel“ (1913), „Ich und Du“ (1923), „Reden über das Judentum“ (Gesamtausgabe 1923), „Die chassidischen Bücher“ (Gesamtausgabe 1928), „Die Schrift“, verdolmetscht (I—XI, 1926 ff.).

Professor Dr. Hans Nawiasky (geboren 24. August 1880 in Graz) war von 1909 an Privatdozent des Öffentlichen Rechts in Wien, seit 1909 Staatsrechtslehrer an der Universität München. Als einer der schärfsten Gegner des Nationalsozialismus von 1922 an mußte er 1933 Deutschland verlassen. Er begab sich in die Schweiz, wo er Professor des Öffentlichen Rechts an der Handelshochschule St. Gallen wurde.

1949

23. Januar 8 Uhr morgens

Die deutsche Widerstandsbewegung in anderer Sicht — Aus Elisabeth Schwambs Tagebuchblättern

Es hat in den letzten Jahren nicht an Bemühungen gefehlt, die dramatische Episode des 20. Juli 1944 als die Angelegenheit einer reaktionären Offiziersclique hinzustellen. Keine der Veröffentlichungen über den Kampf des unterirdischen Deutschlands kann Anspruch auf geschichtliche Wahrheit erheben, wenn sie nicht der grundlegenden Tatsache gedenkt, daß die eigentlichen Triebkräfte der deutschen Widerstandsbewegung in den illegal arbeitenden sozialistischen Gruppen zu finden waren, und zwar lange vor der Zeit, als mit dem aufhellenden Blitz einer Bombe im allernächsten Nähe Hitlers der bisher im Dunkeln geführte Stoß gegen die durchkonstruierte Despotie aller Zeiten einer breiten Öffentlichkeit sichtbar wurde. Die Heister in den scharlachroten Roben des Volksgerichtshofes willerten argwöhnisch den düster drohenden Massen hintergrund einer Bewegung, deren geistige Elite sie einer satanischen Vernichtungsmaschine zu überantworten vermochten, ohne allerdings den „namenslosen Funktionär“ zu fassen, den sie als zweites und drittes Glied hinter den zentralen Figuren dieser weit verzweigten Verschwörung zu Recht vermuteten. Es hat an Verhör, Foltern — ja, auch an Versprechungen, bei Preisgabe des letzten Geheimnisses den Kerker frei zu lassen zu können — nicht gefehlt. Die in den Konzentrationslagern hart gewordenen Männer schwiegen, und es gelang der Gestapo eigentlich nirgends, in den Kreis weiterer naher Beteiligten der sozialistischen Geheimorganisation einzudringen, deren Spitzen sich erst zu einer Zusammenarbeit mit den übrigen Kräften der Opposition im bürgerlichen Lager angeschlossen hatten, nachdem ihnen klar geworden war, daß der braune Machtapparat ohne die Mitwirkung der Armee nicht aus dem Angela gehoben werden konnte.

Der Kreisauer Kreis

„Der Tod hatte unter der politischen Führungsschicht Deutschlands noch nie eine so ungeheure und erbarmungslose Ernte gehalten wie in diesen Wochen und Monaten nach dem Attentat“, sagt Emil Henk in einer Darstellung des historischen Tatbestandes. „Den Henkern fielen zum Opfer: Die Generale und ein Großteil der beteiligten Militärs, Leuschner und fast der ganze Kreis seiner engsten Mitarbeiter. Himmeler hatte auch im Tode seine Bürokratie, der politisch zusammengehörte, ging auch vereint in den Tod. So wurden am 23. Januar 1945 die politischen Führer des Kreisauer Kreises hingerichtet: der stolze und unheimliche Graf Moltke, der geistige Politiker Theo Haubach, der leidenschaftliche und tapfere Dr. Julius Leber und der verschwegene Staatsrat Dr. Ludwig Schwamb. Den schwerkranken Haubach trug man auf einer Bahre an den Galgen.“

Was der jetzt in Heidelberg lebende Emil Henk, einer der wenigen Überlebenden der Tragödie des 20. Juli 1945, in seiner gleichnamigen Schrift zur Vorgeschichte des Attentats auf Hitler und in diesem besonderen Falle über den letzten Akt des gescheiterten Putsches aussagt, mag durch die Aufzeichnungen einer Frau ergänzt werden, die auch in unserer engeren Heimat als sozialdemokratische Wahlrednerin bekannt wurde: der Gattin des von Freisler dem Tode überantworteten Leiters der Illegalität für den Bereich Kassel-Heidelberg, Staatsrat a. D. Schwamb. Sie bekennt sich schlicht zu der Aufgabe, weniger die Politiker als die Menschen des „20. Juli“ herauszustellen, aber gerade ihrer feinen fräulichen Beobachtungsgabe verdankt die Nachwelt sehr wesentliche Porträts der um ihren gastlichen Tisch versammelten führenden Männer des sozialistischen Widerstandes.

Die Freunde im Hause Schwamb

„Im Jahre 1928 brachte mein Mann Dr. Carlo Mierendorff in unser Haus. Noch heute sehe ich den strahlenden Freund vor mir. Gewandt, überschäumend, heiter und stark und nicht zuletzt musikalisch. Schon sehr früh, ich möchte sagen: schon vor 1933, dachte Carlo Mierendorff an eine gewaltsame Beseitigung Hitlers. Da mußte er gleich nach der Machtübergabe bis 1938 ins Konzentrationslager. Nicht lange nach seiner Entlassung fand er sich mit unseren Männern zur gemeinsamen Abwehr des verhassten Regimes zusammen. Dr. Carlo Mierendorff war meiner Ansicht nach der geistige Urheber des Gegenanschlags auf Hitler. Ihm schlossen sich unsere Männer an, ihm folgten sie, obwohl er doch fast der Älteste war. Mitten in seinem Kampfe für die Freiheit fiel er im



Die Freislersche Auffassung: „Wer sich das Deutsche Reich ohne Adolf Hitler denken kann, ist des Todes würdig“, war Gesetz für die Richter des Volksgerichtshofes. Foto: FP-Archiv

Dezember 1943 in Leipzig einem Fliegerangriff zum Opfer.“

„Die Freundschaft von Dr. Julius Leber und meinem Mann ging eigentlich von uns, den beiden Frauen, aus. Dr. Leber, ein geborener Elsässer, hatte für Deutschland optiert. Er war groß von Wuchs, hatte einen richtigen Altmannschädel und war ein brillanter Wortführer. Selbst seine Freunde, die ihm ebenbürtig an Geist waren, hatten es oft schwer, sich ihm gegenüber zu behaupten. Wir lernten in ihm einen Mann kennen, der durch die lange Haft in den Konzentrationslagern nicht im mindesten gebrochen war. Im Gegenteil — er war dort seelisch und geistig gewachsen. Wer ihn nicht näher kannte, hätte ihm

kaum zugehört, daß er, einmal dem politischen Alltag entronnen, sich am kleinsten Geschöhen freuen konnte. Wie zärtlich, wie galant konnte er zu seiner kleinen Tochter Kathrinchen sein, und wie ein Freund war er seinem Jungen Matthias! Von denen, die sich ihm verschrieben hatten, verlangte er restlos Hingabe zur Sache. Oft sahen wir ihn schon in den Händen der Vererber und waren dann sehr glücklich, wenn wir ihn bei einem Zusammentreffen für neue Taten wieder trafen. Als Carlo Mierendorff fiel, war es Julius Leber, der neben Wilhelm Leuschner fast alle Verhandlungen in der illegalen Bewegung in Berlin führte. Am 10. Juli 1944 verhaftete ihn die Gestapo. Seine Verhaftung gab den Anlaß zu dem verfrühten Anschlag auf Hitlers Leben.“

„Das Gesuch wird Hitler vorgelegt!“

„Als mein Mann 1928 ins hessische Innenministerium berufen wurde, das damals von Minister Wilhelm Leuschner geleitet wurde, trafen wir mit einem der entschlossensten Kämpfer in der Sozialdemokratischen Partei zusammen. Leuschner kam von den Gewerkschaften. Er nahm auch an den Tagungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf teil — und das noch nach der Machtübergabe durch Hitler. Damit wollte er unter allen Umständen die Ausschaltung der deutschen Gewerkschaften, deren Vertreter er war, aus dem öffentlichen Leben verhindern. Als er im Frühjahr 1933 verhaftet und jahrelang in Konzentrationslagern gefangen gehalten wurde, waren es immer wieder seine Bekannten im Ausland, die sich für ihn einsetzten, da sie glaubten, ihn noch retten zu können. Hitler dem KZ-Stachelreut gelobte er mit seinen Freunden, daß sie — wenn einmal der Tag der Freiheit für sie kommen sollte — im gleichen Augenblick mit den Vorbereitungen der Vernichtung Hitlers und seiner Schreckensherrschaft beginnen wollten.“

So hebt diese Frau, die den Weg eines unendlichen einsamen Schicksals ging, Gesicht um Gesicht der in

ihrem Hause verkehrenden Männer aus dem Zwielicht einer bewegten Zeit, um schließlich bei einem Bilde zu verweilen, dessen Züge ihr die vertrautesten waren — dem ihres Mannes. Sie folgt den biographischen Schritten des jungen Schwamb bis in die frühesten Jahre, zeichnet den kompromisslosen Studenten und den aus dem Grauen der Materialschlachten heimkehrenden Offizier, der sich fortan nur noch einer Idee verschreibt — der des dienenden und helfenden Sozialismus. Sie geht für den viel beschäftigten Ministerialdingeltinger in gegnerische Wahlversammlungen, um ihn auf dem laufenden zu halten, erlebt die Dienstentlassung im Jahre 1933 und teilt mit ihm das karge Brot eines Rechtsanwaltes, der als gemäßigter Sozialist „wie ein Seuchenkranker“ gemieden wird. Das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit ist gebannt, als der ehemalige Staatsrat Schwamb durch Vermittlung eines Freundes eine Stellung in Berlin erhält. Im Hause Schwamb in der Ravensberger Straße teilt man dies unverhoffte Glück in heifer Solidarität mit den Familien der verfolgten Freunde, die nach und nach aus den Konzentrationslagern kommen und ohne Umschweife wieder an die

Rundmarsch der Gefangenen

Von Albrecht Haushofer

In Moskau hab ich einst ein Bild gesehn.
Van Gogh, der Meister, Dunkler Quader Bau.
Ein Innenhof, Gefangene grau in grau,
die hoffnungslos in engen Kreisen gehn.

Nun schau ich selber durch die Gitterstäbe
In einen Hof, darin man Menschen treibt
wie Herdenvieh, das noch zu hüten bleibt,
bevor man ihm das Beil zu spüren gebe.

Als Herrscher aller dieser grauen Bahnen
steht einer draußen, den die Lust erfüllt,
wenn andere leiden. Einer, der noch brüllt,

wenn andere schweigend schon die Wandlung
lohnern.
die aus den Gräbern sprossend längst beginnt,
bevor sie rot in rote Ströme rinnt.

In der letzten Nacht nationalsozialistischer Herrschaft wurden vierzehn Häftlinge des Berliner Leichter-Sträßen-Gefängnisses aus ihren Zellen geholt mit der Versicherung, daß sie frei seien, daß ihre Entlassung jedoch noch in der Prinz-Albrecht-Straße bestätigt werden müsse, wohin sie sogleich gebracht würden. Nur wenige Schritte wurden die Gefangenen in die Frühlingssonne geführt, während sie die befreienden Schritte der Sieger aus nächster Nähe hörten — dann wurden sie alle durch Genickschuß niedergestreckt. Als nun die Toten aufland, war einer unter ihnen, der ein Heft mit Gedichten in der Hand hielt. Es war Albrecht Haushofer. Der ihn so fand, war sein eigener Bruder. Die Verse, die er aus des Toten Händen nahm, trugen die Überschrift: „Moabiter Sonette“.

Illegale Arbeit gehen. Mit ihnen der bedachsamen Ludwig Schwamb. Seine Frau Elisabeth wird nach dem Attentat gemeinsam mit ihm verhaftet, freigegeben und tritt acht Wochen lang kreuz und quer durch Deutschland, um das Gefängnis ausfindig zu machen, in dem sich ihr Mann befindet. Endlich darf sie ihn in dem berühmten Kerker der Leichter Straße sehen, jeden zehnten Tag für eine halbe Stunde, zuweilen auch länger —

In Himmels Vorzimmer

„Bis dann der verhängnisvolle 13. Januar kam, an dem er durch Freisler zum Tode verurteilt wurde. Ich hatte von der Verurteilung keine Ahnung. Man gab mir sogar zum 19. Januar eine Sprecheraussicht. Mein Mann sagte mir, obwohl wir eine Stunde zusammen waren, mit keinem Wort, wie es um ihn stand, nachdem er aus meinem Verhalten ahnte, daß ein nach seiner Verurteilung geschriebener Brief mir vorenthalten worden war. Da brachte es dieser tapferen Mensch über sich, mir nichts zu sagen. Erst durch einen SS-Beamten erfahre ich, daß mein Mann zum Tode verurteilt worden war.“

Ich brachte am anderen Tage ein Gnadengesuch zum Volksgerichtshof, wo mir der Beschuldigte zuteil wurde, ich möchte das Gesuch am 23. Januar in die Prinz-Albrecht-Straße bringen. Um 11.30 Uhr betrat ich das Gebäude und brachte das Gesuch in das Vorzimmer von Himmeler. Himmeler selbst verließ das Zimmer, nachdem er erfahren hatte, was ich wollte, und sein sowjetischer Vertreter sagte mir wörtlich: „Gehen Sie gelöst nach Hause. Das Gesuch wird Hitler vorgelegt, und ich glaube, Ihnen schon jetzt sagen zu können, daß das Todesurteil in Zuchthausstrafe umgewandelt wird.“ Nach langem Marsch, — es war wieder einmal Alarm in Berlin — kam ich bei Freunden in Dahlem an, die sich inzwischen eingefunden hatten und mich davon unterrichteten, daß diese teuflischen Menschen in der Prinz-Albrecht-Straße mich schändlich belogen hatten. Mein Mann war bereits mit noch neun anderen Helden am 23. Januar morgens um acht Uhr durch den Strang hingerichtet worden —

einandersetzung anregen können. Aber selbst Malers wie Carl Barth. Pudlich oder Champion spürt man das Bemühen um Gegenwärtiges in der Aussage an, nicht einmal Julius Breitz entzieht sich ihm, und der Westfale Theo Hölcher schickte gar eines der besten Bilder der Ausstellung seine „östlichen Segler“ in durchaus eigenwilliger Komposition.

Begreiflicherweise ist der Anteil der rheinischen Künstler an dieser Gesamtschau des Landes Nordrhein-Westfalen größer, doch werden wesentliche Aussagen nicht selten von den Westfalen vorgetragen. Neben Hölcher ist der bis 1948 im Lippischen ansässige Thomas Grochowiak zu nennen, der musikalische Erlebnisse zu Augen-erlebnissen umformen will. Christel Poll aus Bielefeld, die mit lebensnähigen Aquarellen mit Recht Beachtung findet, Heinrich Bergs (Vlotho), dem es gelingt, die Dämmerung von Moorlandschaften einzufangen, und vor allem Prof. Schumm in einer mystischen Intensität und Eberhard Viegner in seiner durchdachten und doch ursprünglichen Geistigkeit. Josef Wedewer und der Graf von Merveld unterstützen diesen durchaus westfälisch-expressiven Klang, den Mundinger (Telgte) mit seinen besonderen Stilmitteln allgemein-niederdeutsch zu variieren sucht.

Unter den Bildhauern steht Prof. Adolf Wamper (Bielefeld) an erster Stelle, er schickte eine wunderschön grazile Arbeit mit seiner „kleinen Siebenden“. Hubert Hartmann (Wiedenbrück) zeigt eine Plastik des Malers Repke. Besondere Beachtung findet Ewald Matzke mit seinen Tierstudien, in denen es ihm, ähnlich wie Franz Marc, darum geht, nunmehr in der Bildhauerei das eigentliche Sein des Tieres zu erfassen („so wie das Tier sich selbst fühlt“). Aufmerksamkeit verdienen die westfälischen Bildhauer Wilhelm Wulff (Soest) und Friedrich Franz Viegner (Delecke).

Die Graphik brilliert mit Meisterleistungen von Arvid Mather, Otto Pankok, Otto Coester und Willy Drix. Merkwürdig, daß in dieser typisch westfälischen Kunst die Künstler des Münsterlandes und des östlichen Westfalens nicht auch vertreten sind.

Insgesamt eine lohnende Ausstellung, die eine weise und wissende Oekonomie der Jury beweist. Fast drei Viertel der Einsendungen wurden ausjurirt. Was blieb, darf Anspruch darauf erheben, Westdeutschlands Kunst zu repräsentieren.



Staatsrat a. D. Ludwig Schwamb, der am 23. Januar 1945 mit neun anderen Widerstandskämpfern, u. a. mit Dr. Theo Haubach, den schweren Weg in den Tod ging. Foto: FP-Archiv

Zwischen zwei Generationen

Zum hundertsten Geburtstag des Dichters August Strindberg am 22. Januar

Er stand zwischen den Generationen des Naturalismus und des Expressionismus: er hatte die witternden Organe für das jeweils Neue und wurde so über die Vergangenheit hinaus Wegbereiter für das Komende. Als der Naturalismus in Blüte stand, als Hans Jørgen die Kristiania-Bohème schrieb als Tolstols „Macht der Finsternis“ und Garborgs Roman „Bei Mama“ erschienen, begann der Dramatiker Strindberg seinen Weg mit „Fräulein Julie“ und dem Trauerspiel „Der Vater“. Dramen, die an Naturalismus auch ohne die berühmte bekennende Vorrede zu „Fräulein Julie“ nichts zu wünschen übrig ließen.

Sieht man aber näher zu, so schwingt schon in diesen Stücken etwas ganz anderes mit, das nichts mehr mit der Gestaltung von Wirklichem zu tun hat. Durch die Szene der Johannisnacht wie durch den Schluß von „Fräulein Julie“ klingt die leise triptische Stimmungs- und Todeslyrik des Belgiers Meisterlinck der damals seinen Weg begann; hinter dem „Vater“ wird der zornige Protest gegen die Welt Henrik Ibsens und seine Verehrung der Frauen als der wahren Stützen der Gesellschaft vernehmbar, der sich dann zu der berühmten Anmerkung über die Gespenster verdichtete, daß die Sache so, wie ihnen sie zeigte, sicher nicht stimme: man müsse erst einmal den toten Kammerherrn Alving über seine Ehe hören, ehe man sich da ein Urteil erlauben dürfe. Strindberg hat die alte Wirklichkeit auflösen und eine neue beschwören, oft eine Wirklichkeit des Hasses der Angst, des Grauens, eine existentielle Wirklichkeit, wie man heute sagen würde, in jedem Fall aber eine dichterische Wirklichkeit. Er war ein Mensch der sein Leben dicht an den Grenzen des Pathologischen entlang lebte: seine „Beichte eines Toren“ sein „Blaubuch“, „Inferno“, „Sohn der Magd“ sind Bekenntnisse eines Mannes, der mit der Welt des Normalen wenig zu tun hatte, und das Erinnerungsbuch seiner Gattin Frida Uhl „Liebe, Leid und Zeit“ gibt ein Lebensbild, vor dem man zuweilen tiefes Mitleid mit dem Manne Strindberg empfindet. Er hat einen schweren Kampf mit den Dämonen des Daseins gekämpft: er hat ihn männlich bestanden — und wir verdanken diesem Kampf ein paar der schönsten Dichtungen, die die moderne Bühne besitzt. Vielleicht das schönste von allen Dramen des Mannes aus dem Blauen Turm ist das Trauerspiel,

die Geschichte von der Tochter Indras, die zu den Menschen geht und die Erkenntnis heimbringt: es ist schade um die Menschen. Das Drama, eines der frühesten Dokumente des szenischen Expressionismus, steht nicht allein; da ist die „Kronbraut“, da ist „Ostern“, die großartig unheimliche „Gespenster-sonette“ und der „Schneiderrauhen“, da ist das faszinierende Porträt Gustavs des Dritten und als Gegenstück dazu die Königin Christine, in dem der alle Frauenhasser noch einmal seinem Herzen Luft macht, ehe er mit „Nach Damaskus“ Frieden macht mit der Welt wie mit den Frauen. Es gibt viele, die neben ihm für die Szene geschaffen haben; es gibt wenige, die so wie er immer aus einer dichterischen Beziehung zur Welt gestalteten, ohne sich und das eigene Leben zu schonen.

Westdeutsche Kunst in Hagen

Der Karl-Ernst-Osthaus-Preis der Stadt Hagen, der 1947 erstmalig dem Präsidenten des „Westdeutschen Künstlerbundes“, Eberhard Viegner (Soest), verliehen wurde, gelangte bei der Eröffnung der zweiten Ausstellung dieses Bundes in Hagen zum zweiten Male zur Verteilung. Die Kommission hatte sich entschieden, ihn in vier Teilen zu vergeben: an den Wamper Bildhauer Robert Hartmann, einen versöhnlichen, stillen und in seiner Aussage tiefen Künstler, an den Bildhauer Kurt Schöppel (Kellerberg), der herber und mehr zum Ausdruck drängend arbeitet, an den Maler Hermann Teubert (Kalkar), eine eigenwillige Begabung, von der noch Überraschungen zu erwarten sind, und an den Maler Georg Meistermann (Solingen), der heute schon zu den führenden jungen Kräften der modernen Kunst gehört, einem abstrakten Künstler hoher Meisterschaft.

Eine Übersicht der Gesamtausstellung zeigt, daß man im Gegensatz zur ersten Ausstellung diesmal den jungen und auch den experimentierenden Künstlern einen größeren, den gebührenden Anteil zubilligte. Wilhelm Nay, Gustav Deppe, Paul Wellershaus, Wille Deutzmann, Emil Schumacher vertraten ein intensives Auseinandersetzen mit neuen Formprinzipien, die zu einer fruchtbaren Aus-

DIE WELT

Ziel: Friede ohne Hitler

Zum Urteil gegen Ernst Freiherr von Weizsäcker

Von Dr. CURT BLEY

Das amerikanische Militärgericht hat es sich nicht leicht gemacht. Die Verhandlungen gegen 21 frühere Diplomaten, Kabinettsmitglieder und SS-Leute dauerten mehr als zwölf Monate. Der Volksgerichtshof des Dritten Reiches pflegte nicht einmal soviel Tage an seine Todesurteile zu verschwenden.

In Nürnberg haben Anklage und Verteidigung ein umfangreiches Material vortragen können. Sicher haben die amerikanischen Richter ihr Äußerstes getan, um die Persönlichkeit Weizsäckers und sein Verhalten gerecht zu würdigen. Der Ankläger Professor Kempner hatte die Todesstrafe für Weizsäcker beantragt. Das Gericht hat auf sieben Jahre Gefängnis erkannt. Unter Ablehnung weitergehender Strafanträge hat es Weizsäcker nur in den Punkten des Verbrechens gegen den Frieden durch Planung, Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges gegen die Tschechoslowakei und wegen der Deportation ausländischer Juden für schuldig befunden.

Weizsäcker wurde auf Grund von unwiderlegbaren Dokumenten verurteilt. Es liegen Telegramme und Weisungen an ausländische Missionschefs vor, die völkerrechtswidrigen Inhalt besaßen und mit seinen „W“ gezeichnet waren. Weizsäcker hatte Kenntnis genommen. Zu diesen Tathandlungen gehören Pläne wie die Umsiedlung und schließliche Massenvernichtung zahlloser Juden in den besetzten Ländern. Der Angeklagte hat selbst erklärt, daß er von den Angriffsabsichten Hitlers gegen Österreich, Polen, Holland, Belgien und Norwegen amtlich erfahren habe. Dieses Bündel von Anklagen wiegt sehr schwer.

Chamberlain oder ein General

Trotz dieser Lage erhebt sich hier der erste Einwand gegen das Urteil Weizsäckers. Der Angeklagte hat trotz der Dokumente gegen die Kriegspolitik Hitlers Widerstand geleistet. Er wollte mit dem Einsatz seines Lebens den Frieden Deutschlands und der Welt sichern. Er schlug der britischen Regierung über den Schweizer Gesandten Dr. Burckhardt vor, nach München nicht den gutmütigen Premierminister Chamberlain zu schicken, sondern einen General, der nötigenfalls „mit der Peitsche auf den Tisch schlagen kann“. Er ging so weit, der britischen Regierung die Mobilisierung der Home Fleet vorschlagen zu lassen, um Hitler rechtzeitig den Ernst der Weltlage klarzumachen und durch diese Demonstration der gegnerischen Stärke zu verhindern, daß Deutschland und die Welt in einen Krieg hineinschlitterten. Weizsäcker war es,

der München zustande brachte und damit noch einmal den Frieden rettete, obwohl dies auf Kosten der Tschechoslowakei ging. Weizsäcker spielte mit dem italienischen Botschafter Attolico zusammen, um Hitler vom Kurs in die kommende Katastrophe abzubringen. Es gelang ihm, Mussolini zu einer Warnung an Hitler zu veranlassen, daß Italien vorläufig keinen Krieg führen könne.

Nachdem Weizsäcker den Krieg nicht hatte verhindern können, versuchte er ihn abzukürzen. Kein Geringerer als der Führer des norwegischen Widerstandes, Bischof Berggrav, sagte zugunsten Weizsäckers aus, daß er der einzige gewesen sei, der einen Friedensschritt englischer und französischer Kirchenfürsten im Januar 1940 an Hitler heranbringen wollte. Dies sei ihm nicht gelungen, aber seine Versuche bildeten einen Beweis „für den guten Willen dieses Edelmannes in dem tragischsten Konflikt seines Lebens“. Es gibt mehr Zeugen für den Widerstand Weizsäckers, darunter Lord Halifax, den Papst und Francis-Poncet. Lord Halifax hat eine eidesstattliche Erklärung abgegeben, in der er Weizsäcker als „überzeugten Gegner des Nationalsozialismus“ bezeichnet.

Zeugen gegen Dokumente

Es ist fraglich, ob man einen solchen Mann durch Dokumente verurteilen kann. Die Richter eines freien demokratischen Landes haben das Klima einer illegalen Opposition im totalitären Staat nicht kennen lernen können.

Wer hierzulande an verantwortlicher Stelle stand, mußte viel wissen und viel unterzeichnen. Seine Handlungen lassen sich dann miteinander aufrechnen, wenn er wirklich für einen Frieden ohne Hitler kämpfte. Unter illegalen Verhältnissen können immer nur wenige Männer die wahren Absichten eines Mitspielers beurteilen. Der amerikanische Ankläger hat deshalb unrecht, wenn er meint, die Zahl der Persönlichkeiten, die für Weizsäcker aussagten, sei gering gegenüber der Last der Dokumente. Es ist umgekehrt erstaunlich, wieviel Männern Weizsäcker volles Vertrauen schenkte. Jede Indiskretion hätte ihn an den Galgen gebracht.

Stellen wir uns vor, der russische Oberstleutnant Tokajew befände sich noch bei der SMA in Karlshorst. Wieviel Dokumente hat er unterzeichnet? Käme ein Ankläger dorthin, so müßte er ihn für schuldig befinden. Tokajew ist geflohen und hat in einem Buch seine antibolschewistische Einstellung bekannt. Aber ist immer erst die Emigration notwendig, um die echte Gesinnung eines führenden Politikers zu erkennen? Ist es nicht notwendiger, die Opposition bliebe

im Lande, auch wenn sie sich „die weiße Weste beschützt“?

Jeder, der ernsthaft illegal tätig ist, kommt irgendwann zu der Erkenntnis, daß Freunde und Kameraden in wichtigen Stellungen nicht nur erhalten, sondern in diese geradezu hineingebracht werden müssen. Das Zeitalter des demokratischen Massenaufstandes ist vorbei. Ein Umsturz in einem totalitären Staat kann nur von wenigen Männern in Machtstellungen getragen werden. Weizsäcker hielt eine solche Schlüsselposition für den Frieden der Welt. Es wäre sehr wichtig, wenn heute in diesem oder jenem totalitären Staat als Staatssekretär des Außenministeriums ein Weizsäcker sitzen würde. Auch dieser würde inzwischen viel unterschrieben haben. Aber vielleicht hätte er noch mehr verhindert. Vielleicht erweist er sich als Bahnbrecher für eine freie Ordnung.

Gehen leichter als Bleiben

Der amerikanische Ankläger Kempner irrt also, wenn er Weizsäcker vorwirft, daß er zwischen 1933 und 1939 Deutschland nicht verlassen hätte. Gehen war leichter, Bleiben schwerer und — sinnvoller. Damit ist nicht der Zwang zur Emigration im Falle persönlicher Verfolgung bestritten oder die Notwendigkeit eines geistigen Führungsstabes im Ausland verkannt. Aber der Ort des Kampfes um den Frieden ohne Hitler lag in Deutschland. Hier kam es auf eine Handvoll Männer an.

„Als ein Deutscher und ein Mann, der sein Vaterland liebte, wollte er nie die Vernichtung seiner Heimat“, erklärte Barron E. Magee, der amerikanische Verteidiger Weizsäckers. Dies muß betont werden, wenn es sich um die Beschreibung des Widerstandes handelt, den Weizsäcker und seine Freunde geleistet haben.

Weizsäcker ist dabei in tragische Situationen geraten, die nur vor seinem Gewissen entschieden werden konnten. Er war ein Diplomat alter Schule. Er kämpfte im Namen des Gesetzes, des Rechtes, der Ordnung gegen das Gewaltregime, in dem er als Staatssekretär angestellt war. Im Namen des Gesetzes muß sich der Widerstand ungesetzlicher Mittel bedienen. Er mußte dadurch in die

"Der Tag" vom 1. März 1949.

Die Hinterbliebenen der Verschwörer vom
20. Juli und die noch lebenden Kampfgefähr-
ten jener Opfer haben das „Hilfswerk 20. Juli
1944“ gegründet. (DPD)

Herrn Grafen Carl Hans
von Hardenberg
Nörten-Hardenberg

vorzulegen.

Bln. 2.3.49.

14. m.

[Handwritten signature]

Von Kurt Hoff

Stiftung „*Memorial 20. Juli 1944*“
Geschäftsstelle: *Nörten-Hardenberg*
Vardenhaus

Die Toten des 20. Juli

Vor wenigen Jahren noch war unsere Heimat ein blühendes Land, reich an ehrwürdigen Städten und wohlbewahrten Werken der Väter. Dann ist eine Krankheit über das Land gekommen, deren Wesen sich vielleicht bezeichnen läßt mit einem Wort aus Shakespeares „Timon von Athen“: „Denn Politik thront höher als Gewissen“. Es hat sich erwiesen und wird sich immer wieder bewahrheiten, daß es eine schlechte Politik ist, die sich über das Gewissen stellt; dennoch kann eine solche Politik von ungeheurer Wirkung, kann die Macht, die diese Politik führt, weltbedrohend sein: sie ist gerade deshalb von schrecklicher Angriffskraft, weil sie sich vom Gewissen gelöst hat.

Die Männer des 20. Juli hatten das erkannt. Sie waren sich darin einig, daß sie die Politik wieder unter das Gewissen stellen wollten und sie waren bereit, für diesen Vorsatz zu sterben. Das ist das Große an ihnen, eine Größe, auf die wir nicht verzichten dürfen, weil sie uns in Pflicht nimmt für die Zukunft. Diese Männer, ja ihr Vorhaben selbst, standen im Schatten der Tragik: nicht allein, daß die Macht, die sie stürzen mußten, eine Übermacht war. Furchtbare Zwiespalte klapften im Innern der Verschwörung und wahrscheinlich in einem jeden der Verschwörer.

Die Frage, ob ein Attentat erlaubt sei, kann nur vom Gewissen beantwortet werden; es gibt darüber in keinem Falle eine Entscheidung, die dem Gewissen vorgreifen dürfte. Selbst aber, wenn das Gewissen, in einem höchst ungewöhnlichen Falle, diese

Frage bejaht, wird der Attentäter sich sagen müssen, daß er der Schuld schwerlich ausweichen kann; er wird wahrscheinlich mit dem Schuldigen Unschuldige treffen, etwa einen Posten; er muß bereit sein, Menschen zu töten, die keinen Anteil am Verbrechen haben, sondern nur durch militärische oder bürgerliche Pflicht in dessen Umkreis gestellt worden sind. Aber die Männer des 20. Juli mußten auch der freilich als unabwendbar erkannten Niederlage den Weg bereiten: eine entsetzliche Notwendigkeit für einen vaterlandstreuen Mann. Viele mußten der Tradition zuwiderhandeln, in der sie aufgewachsen waren; sie mußten bereit sein, Schmach für Ehre und Ehre für Schmach zu nehmen.

Diese Not des Gewissens, der Vaterlandsliebe, des Ehrgefühles müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir die Männer des 20. Juli verstehen wollen. Sie waren sich schwerlich einig in dem, was erstrebt werden sollte; sicherlich hätten viele, wenn sie gesiegt hätten, ihre politische Überzeugung gewandelt und den Forderungen der Stunde, der veränderten sozialen und politischen Wirklichkeit angeschlossen. Wir können heute, von dem Orte unserer Erfahrung, ihre Absicht nicht richten. Stark waren sie in dem Glauben, daß das Recht wieder aufgerichtet werden mußte um des eigenen Landes und Volkes, wie um der Welt willen und sei es auch um den Preis des schmerzlichsten Opfers. Es ist heute nicht schwer zu erkennen, was sie versäumt oder verfehlt haben, was in ihrem Plan nicht richtig war; sehr schwer aber ist es, zu begreifen, was sie durchkämpfen mußten und was ihre Tat von innen und außen behinderte. Das Ziel ihres Unternehmens konnte nur eine neue und echte Verantwortung Aller, die vom Sittlichen belebte, durchglühnte Einheit des Volkes sein, und wie uneins war noch das Volk unter dem Zwang, in der Blendung der herrschenden Macht und ihrer zerfallenden Ideologie! Wie einsam mögen diese Männer oft gewesen sein, wie verlassen von aller Hilfe, enttäuscht von Angehörigen und Freunden, enttäuscht von der Welt, die ihnen keine Bundesgenossen stellte, im Gegenteil sie verkannte oder ihnen mißtraute; wie weit waren sie aus den natürlichen Zusammenhängen geraten, während sie doch im großen sittlichen, geistigen Zusammenhang standen oder

ihm entgegenstrebten; welche Nächte, welches Suchen und Irren auf und ab durch das zusammenbrechende Land, von Haus zu Haus, von Amt zu Amt; welch vergebliches Warten und verzweifelter Beraten, zermürendes, ermüdendes Ringen mit Irrtum und Ablehnung! Aber auch welche Standhaftigkeit ohne Bestätigung, welche Beispielhaftigkeit ohne Beistand!

Manche unter ihnen waren aus erleuchteter Einsicht in das Wesen des Tyrannen und der Tyrannei von Anfang an zum Kampfe entschlossen. Sie kämpften jahrelang in einer Art offener Verborgenheit, die unerhörten Mut forderte. Gegen Andere konnte der Vorwurf erhoben werden, daß sie dem Diktator gedient und Auszeichnungen von ihm angenommen hatten, bis sie, entweder aus der Erkenntnis der Schlechtigkeit oder der Verderblichkeit und Aussichtslosigkeit seiner Sache, sich gegen ihn verschworen. Aber Vorwürfe dieser Art verlieren doch ihre Berechtigung, sobald sie auf einen klaren Willen treffen, der sühnen und bessermachen will. An den Verfehlungen haben Unzählige Anteil, auch solche, die diesen Anteil leugnen. Mut, Opfer- und Leidensbereitschaft zeichnen diese wenigen aus. Mit der Sühne wendet sich die Zeit; Sühne aber ist Tat und Leiden, ist ein besseres Wirken, das Ringen um eine neue Würde.

Im Entschluß zur tätigen Sühne sind uns die Männer des 20. Juli vorausgegangen. Sind sie nicht sehr einsam geblieben? Wir können nicht von ihnen sprechen, ohne der Frauen an ihrer Seite zu gedenken. Welches Leid haben sie getragen und verschwiegen, welche Bewährung geleistet, mochten sie nun wissen oder nur ahnen, helfen oder warnen, hoffen oder verzweifeln! Und wie entsetzlich allein waren oftmals auch sie! Am wunderbarsten aber war die Gelassenheit und Gefäßtheit im äußeren Leben dieser Männer und Frauen. Sie wußten, bei einem jeden Schritt konnten sie in den Abgrund stürzen, eine jede Nacht konnte die letzte unter ihrem Dache sein; jeder Abschied war wie endgültige Trennung, eine jede Fahrt konnte an eine Stelle führen, von der es keine Heimkehr mehr gab — und sie standen im Alltag und seinem Dienste, lächelnd, als wüßten sie nicht

von den sie umdrohenden Gefahren, als hätten sie nicht einen Entschluß gefaßt auf Leben und Tod. In ihnen war etwas Unwiderrufliches geschehen. Sie bangten wohl — aber sie waren bereit. Sie hatten etwas vom Adel der französischen Revolution, dessen Haltung vor der Guillotine auch von seinen Feinden bewundert worden ist. Den Männern und Frauen des 20. Juli aber ging es nicht mehr um Recht oder Ansprüche eines Standes: es ging ihnen um die menschliche Würde überhaupt, um die letzte Hoffnung für ihr Vaterland.

Ihre Vaterlandsliebe hat etwas neues, besonderes, und vermöge dieser Liebe vor allem gehören sie der Zukunft an. Sie erhofften keinen Ruhm, nur die Überwindung der Schande, keinen andern Sieg, als den der Sittlichkeit und des Rechtes. Die besten unter ihnen fühlten, daß ein Volk am furchtbarsten leidet unter einer Schuld und der Flucht vor ihr —, und daß die stärkste, redlichste Liebe das Volk von Schuld zu befreien, sein Gewissen zu erwecken, zu erschüttern, das Bewußtsein eines neuen, reinen Wertes in ihm zu festigen sucht. Je mehr die Hoffnungen auf politischen Gewinn, auf Behauptung einer, wenn auch noch so geringen Macht hinschwanden, umso höher stieg der Wert des Beispiels, des Willens zum Recht. Mehr und mehr wurde die Ritterlichkeit dieser Männer auf das Innerste verwiesen: ein nicht mehr anders können, ein Hoffen wider die Hoffnung, wie weit hatten sie sich entfernt von dem Glanze, der einst vor ihren Augen den Namen „Vaterland“ umleuchtete! Es ging nur noch um den äußersten Versuch, dem Unrecht ein Ende zu setzen, das Verbrechen aufzuheben.

Aber das Gelingen war ihnen versagt —, und es ist wohl nicht der härteste Vorwurf an ein Volk, daß es keine Verschwörer hervorbringt oder kein Glück in Verschwörungen hat. Das schwerste Versäumnis liegt ja nicht in der Verschwörung; es liegt lange vor ihr. Als die Verschwörer scheiterten, wurden sie groß, nicht im Sinne tragischer Vergeblichkeit sondern christlicher Bewährung. Ihren eigentlichen Sieg errangen sie in der Schmach der Zelle, unter Mißhandlungen, vor ihrem Richter, der

alle Gewalt der Willkür über sie hatte, aber keine über ihre Haltung; sie siegten als Bekenner. Und doch waren sie nicht Heroen, wie die Heldenverehrung eines abgelaufenen Zeitalters sie zu schildern liebte: sie waren Menschen, die ihr menschliches Herz, ihre letzte Hoffnung so wenig verleugneten, wie die Welt; Menschen, erhoben, geädelt von ihrem Glauben in der tiefsten Erniedrigung. Ihr Ende war, wie Nikolaus Christoph von Halem sagen konnte „traurig und ohne Glanz, aber auch ohne Schuld und nicht schmähhch.“ Halem war schon im Juni 1942 verhaftet, wiederholt gefoltert und am 16. Juni 1944 zum Tode verurteilt worden. Der Abschiedsbrief, den er nach dem 20. Juli an seinen mit den Verschwörern dieses Tages verhafteten und dem Tode verfallenen Freund Karl Ludwig Freiherrn zu Guttemberg schrieb, darf vielleicht als ein Zeugnis des Menschentums gelten, das wir mit den Toten des 20. Juli betrauern, das wir nie vergessen sollen. Halem empfiehlt dem Freunde seine Söhne und seine Frau:

„Sorgt dafür, daß der Vater nicht im Leben und Denken meiner Söhne ein dunkler Punkt und eine Wunde bleibe, von der je weniger desto besser gesprochen wird. Erspart ihnen wenigstens diese fortwuchernde Folge meines Unglücks, an dessen Entstehung sie in keiner Weise teilhaben. Dies kann die Familie allein nicht bewirken, zumal sie fast nur aus Frauen besteht. Eure Freundschaft allein kann H. und die Kinder vor dem grauen Mittelmaß bewahren, das Witwen und Waisen so oft verschlingt. Wie froh würde mich deshalb auch der Gedanke machen, daß Du und die anderen Verbindung mit meiner Mutter aufnehmen.“

Dann blickte er auf sein Leben zurück:

„Von diesem Ort aus erscheint mir mein Leben als ein wunderlich verschlungener Pfad, der sich aber jetzt ganz ins Ungewisse, Verworrene zu wenden scheint. Aber ich sehe die nächste Biegung mit Ruhe nahen, was sich dahinter auch verbergen mag. Ich glaube, bei Jesajas steht: „Fürchte dich nicht, denn ich habe dich erlöset! Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein!“ So gebe auch ich leichten Herzens

preis, was diesem Anruf nicht folgen kann. Aber es ist eine in alle Tiefen dringende Erfahrung, wenn dieser Vordergrund, das Ich so schattenhaft zu werden beginnt. Wie verändert es den Rückblick, wenn plötzlich geraten erscheint, in ihm den einzigen Aspekt zu suchen! Über wie vieles kann man nicht mit einmal ganz fröhlich und sanftmütig lachen, denn ich habe — Gott sei Dank — das Lachen noch nicht verlernt, sondern höchstens in mehreren Lebenslagen die Kraft und Lust dazu neu gewonnen. Dennoch zeigt mir der Rückblick mehr Schatten als Licht. Ich sehe jetzt erst, wie sehr ich mein Leben nur als Reaktion Triebe, Nöte und Anwandlungen gelebt habe, und wie wenig ich dabei von der Stelle gekommen, im Sinne höherer Wirklichkeit in Bewegung geraten bin. So geht das Düstere immer wieder von mir selbst, das Helle von andern Menschen aus. Auch von Dir! Und wenn ich bei aller Skepsis gegenüber meiner Macht, das Unheil zu wenden, doch keineswegs gesonnen bin, mich wehrlos fallen zu lassen, wenn ich im Bewußtsein des mir angetanen schmachlichen Unrechts und des eigenen Rechts mit gespannter Aufmerksamkeit und ungeminderter Kraft auf jede Gelegenheit spähe, um diese widerliche würgende Schlinge von meinem Halse abzustreifen, so vor allem aus dem brennenden Wunsch, Ungetanes zu tun, Unerfülltes zu vollenden, auszusprechen, was mir zu diesem Zweck als Gedanke gegeben wurde, und in eine höhere Schicht des Lebens zu wachsen. Denn es ist hart, auf eine so sinnlose Weise unterzugehen und jeder Anstrengung würdig, nach einem besseren Los zu streben. Ich weiß sehr wohl, daß andere einstweilen so gut wie nichts, ich selbst aber auch nicht viel mehr dafür tun kann. Um so mehr suche ich meine Kraft zu sammeln und für eine Stunde bereit zuhalten, in der es auf mehr ankommt als dulden, aushalten, widerstehen. Aber es würde mich nur schwächen, wenn ich mich inzwischen in Hoffnungen und Aussichten wiegen würde, die auf Hilfe von außen, auf unvorhergesehene Wendungen oder ähnliche Traumgebilde gegründet sind. Schon viele Menschen sind unschuldig umgebracht worden, und diese Zeit macht ja die Beiläufigkeit eines einzelnen Schicksals besonders deutlich . . . "

Das letzte ist ein Dank, eine frohe Erinnerung und Hoffnung, höchste Gefäßtheit:

„Grüße mir die Freunde, und gib meine Bitte weiter an sie. Übernimm Du es, sie ein wenig dazu anzuhalten. Ich denke an Euch alle mit der größten Herzlichkeit. Jedes fröhliche Lachen klingt mir noch im Ohr, jedes ernste Wort geht mir durch den Kopf, jeder gute Rat, jeder Blick, alle Freundlichkeit sind mir gegenwärtig, und deutlich, sie umgeben mich wie ein Panzer gegen tausend kleine Widrigkeiten.

Wer weiß, mein Lieber, vielleicht sitzen wir eines Tages wieder bei einem guten Glase zusammen und denken mit Lachen und Wehmut der alten Zeiten. Wenn aber nicht, so will ich Dir heute für das Geschenk Deiner Freundschaft und die vielen guten Stunden danken, die wir in ihr miteinander verlebt haben. Aus ihnen erwuchs, wie nicht aus vielen anderen Dingen zu ihrem Teil der Reichtum meines Lebens.“

Menschen dieser Art dürfen nicht tot sein; sie müssen fortleben in ihrem Volke. An der Form, die sie unter der Schuld, dem Versäumnis Aller, in Sühnebereitschaft und Todesmut, an der äußersten Grenze des Daseins fanden vor Gott, kann eine neue Form sich bilden: Menschen, die die Politik und mit ihr alle Anliegen des Lebens unter das Gewissen stellen und bereit sind, der Vormacht des Gewissens ein jedes Opfer zu bringen. Und indem wir versuchen, diese Toten als Lebende zu bewahren, in der Zeit, die ihrer bedarf, kehren wir noch einmal zurück zu dem Dichter, der, wie kaum ein anderer, die Tragik aussprach des Zwiespaltes zwischen Politik und Gewissen und den Adel des in diesem Zwiespalt dem Gewissen gehorchenden Menschen gestaltete.

„Doch lieb ich noch mein Vaterland“

sagt Timon am Ende

„und nicht
erfreut der allgemeine Schiffbruch mich
wie das Gerücht es sagt.“

Es ist ein Wort aus einem an Weltverachtung, ja, Welt- und Menschenhaß fast beispiellosen Gedicht. Bitterste Erfahrungen an Volk und Vaterland mögen es eingegeben haben, und doch endet es nicht mit Haß, sondern mit Liebe. Und das ist wohl die letzte Ehre der Männer des 20. Juli, daß sie den Schiffbruch wohl sahen und hinnahmen, aber sich seiner nicht freuten: daß sie, aus Liebe zum Vaterland, aber einem Vaterland unter der Wahrheit und dem Rechte, das der Welt verpflichtet ist, mitten im Schiffbruch das Beispiel gaben der Sühne, des Glaubens, des Gehorsams gegen das Gewissen. Unter der Herrschaft des Gewissens allein erheben sich Menschen aus Massen, Soldaten über den unermesslichen Befehl, dessen Vollzug nicht erlaubt ist, bildet sich ein Volk in der Menschheit, behauptet sich das Volk in der Geschichte.

Reinhold Schneider

22. Juni 1949

Die Feststellungen des Untersuchungsausschusses

Vorwürfe gegen 21 Beamte des Auswärtigen Dienstes geprüft — Vier Beamte nicht geeignet

Bonn, 14. Juli (NZ). — Der Untersuchungsausschuß des Bundestages für die Personalpolitik im Auswärtigen Amt stellt im einzelnen zu den gegen 21 Persönlichkeiten erhobenen Vorwürfen fest:

Gesandter Dr. Werner von Bargen: „Der Ausschuß hält Dr. von Bargen in jeder Beziehung für nicht geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.“ Der Ausschuß unterstellt die Behauptungen von Bargen, daß sein Bericht im früheren Auswärtigen Amt nicht kausal für die Deportation der Juden gewesen, weil diese schon anderweitig beschlossen sei, und daß er an der Widerstandsbewegung des 20. Juli teilgenommen habe, als richtig, vertritt jedoch einstimmig die Auffassung, „daß allein schon die Tatsache des Vorhandenseins der von Dr. von Bargen verfaßten und unterzeichneten Aktenstücke ihn für die Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst untragbar erscheinen läßt.“

Dr. Herbert Dittmann: „Der Ausschuß ist der Auffassung, daß Dr. Dittmann nicht in der Personalabteilung, aber wegen seines Verhaltens vor dem Ausschuß hinsichtlich des Rademacher-Prozesses auch nicht im Auswärtigen Amt weiter beschäftigt werden soll.“ Dr. Dittmann, so heißt es in der Begründung, nehme nicht für sich selbst in Anspruch, an irgendeiner Widerstandsbewegung beteiligt gewesen zu sein, er habe im Gegenteil zweimal während des Krieges in der Personalabteilung des Ribbentrop-Amtes gearbeitet. „Es muß höchst bedenklich erscheinen, daß ein solcher Mann als Chef der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik tätig sein könnte. Das würde, abgesehen von der persönlichen Seite des Falles, unter objektiven Gesichtspunkten zu einer Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik und des Auswärtigen Dienstes führen.“

Botschafter Dr. Werner von Grundherr: Der Ausschuß hat in diesem Falle — „im Interesse des deutschen Ansehens“ — von einer Berichterstattung abgesehen, nachdem der Ausschußvorsitzende den Bundesaußenminister mündlich mitgeteilt hat, „daß es im Interesse der Bundesrepublik liege, wenn Dr. von Grundherr, auch mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Auswärtigen Amt ausscheidet.“ Der Ausschuß stellt fest, daß Dr. von Grundherr am 23. Mai 1952 sein Abschiedsgesuch eingereicht habe.

Gesandter Dr. Kurt Heinburg: „Nachdem das Anstellungsverhältnis von Dr. Heinburg zum 31. Mai 1952 beendet sein wird, sieht der Ausschuß von einer Stellungnahme ab, unter der Voraussetzung, daß Dr. Heinburg nicht weiter beschäftigt wird.“

Ministerialdirektor Herbert Blankenhorn: „Der Ausschuß hält Blankenhorn für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.“ Blankenhorns Mitgliedschaft in der NSDAP sei rein formal gewesen und besitze gegenüber der in den Vernehmungen anderer Zeugen festgestellten Tatsache, daß Blankenhorn zu den treibenden Kräften in der Widerstandsgruppe des 20. Juli gehört habe, kein Gewicht. „Bei Würdigung der Umstände, unter denen Blankenhorn am 21. September 1949 seine Tätigkeit in der Bundesregierung begonnen hat, ist rechtlich gegen die Führung seiner Dienstgeschäfte in Personalsachen nichts einzuwenden.“

Hasso von Eitzdorf, stellvertretender Leiter der Länderabteilung im Auswärtigen Amt: „Der Ausschuß hält Dr. von Eitzdorf für geeignet zur weiteren Verwendung im Auswärtigen Dienst.“ Der Ausschuß stellt fest, Dr. von Eitzdorf sei nicht an den verbrecherischen Handlungen des Kommandos von Künsberg beteiligt und nur formal Mitglied der NSDAP gewesen. Er habe unter Einsatz seines Lebens Widerstand geleistet. Die Tatsache, daß er gerade in der Periode sensationeller militärischer Siege daran ging, einen militärischen Umsturz gegen Hitler ins Werk zu setzen und einen konkreten Plan dafür entwickelte, spricht ihn von jeder Verantwortung für das nationalsozialistische Regime frei. Der Ausschuß habe nicht nur keine Bedenken, sondern erkläre ausdrücklich, daß er ihn für geeignet zur Weiterverwendung halte.

Dr. Wilhelm Haas, Botschafter in Ankara: „Gegen die Weiterverwendung von Dr. Haas im Auswärtigen Dienst bestehen keine Bedenken, jedoch spricht sich der Ausschuß gegen seine Weiterverwendung in der Personalverwaltung aus.“ Der Ausschuß stellt fest, er habe an der

persönlichen Integrität von Dr. Haas keine Zweifel, die Auffassungen, die Dr. Haas jedoch von den Notwendigkeiten der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst gehabt habe, „entsprechen nicht der tatsächlichen außenpolitischen Lage der Bundesrepublik. Das berührt nicht seine Eignung für den Auslandsdienst.“

Baron Herwarth von Bittenfeld, Leiter des Protokolls im Bundeskanzleramt: „Gegen die Weiterverwendung von Herwarth von Bittenfeld bestehen keine Bedenken. Im gesamten Aktenmaterial sei nichts hervorgetreten, was Herwarth von Bittenfeld in irgendeiner Weise beleierte.“

Kurt von Kamphoener, Generalkonsul erster Klasse: „Der Ausschuß erhebt gegen eine Weiterverwendung bis zu dem am 17. Juli 1952 (Vollendung des 65. Lebensjahres) in Frage kommenden Pensionierung keine Bedenken.“ Kamphoener war, stellt der Ausschuß fest, seiner Gesinnung nach nicht Nationalsozialist. Er sei trotz seines vorgerückten Alters zur Wehrmacht gegangen, um sich nicht an Handlungen des Auswärtigen Amtes beteiligen zu müssen, die für ihn rechtlich und moralisch nicht tragbar gewesen wären.

Dr. Ruprecht von Keller, Legationsrat 1. Klasse: „Es bestehen keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung.“ Der Ausschuß habe jedoch davon abgesehen, den Legationsrat von Keller als ausdrücklich geeignet zu bezeichnen, da sich von Keller als Beobachter des Auswärtigen Amtes beim Rademacher-Prozess „zumindest nicht sehr diplomatisch“ benommen habe. Es liege auch kein Beweis dafür vor, daß der damalige bayrische Staatsminister, Dr. Anton Pfeiffer, von Keller aus Entnazifizierungsschwierigkeiten herausgeholt habe.

Albrecht von Kessel, Vortragender Legationsrat: „Der Ausschuß erachtet von Kessel für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.“ Der Ausschuß sei der Meinung, so heißt es in dem Bericht, daß in Albrecht von Kessel ein Mann echten Widerstandes zu sehen sei. Gegen seine dienstliche Haltung sei nichts Belastendes hervorgetreten.

Dr. Theo Kordt, Botschafterrat: „Der Ausschuß hält Theo Kordt für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.“ Der Ausschuß sehe in Dr. Kordt einen Mann echten Widerstandes. Hinsichtlich der Weitergabe der Telegramme des ehemaligen deutschen Gesandten in Dublin, die Nachrichten der Gegenspionage enthielten, treffe ihn kein Vorwurf, da ihm der Inhalt dieser Nachrichten unbekannt gewesen sei. Sein Verhalten in der Angelegenheit des Ankaufs gestohlener Dokumente aus der britischen Botschaft in Rom während des Krieges entspreche zwar nicht normalen diplomatischen Gepflogenheiten, der Ausschuß halte es jedoch nicht für widerlegbar, daß Dr. Kordt in gutem Glauben gehandelt habe.

Hans Ulrich von Marchtaler, Legationsrat 1. Klasse: „Gegen die weitere Verwendung von Marchtaler bestehen keine Bedenken.“ In den vom Ausschuß geprüften Akten sei nichts für Dr. von Marchtaler Nachteiliges hervorgetreten. Auch seine Erklärung über sein Verhalten bei den Verhören durch die amerikanische Besatzungsmacht in Tokio erscheine dem Ausschuß glaubwürdig.

Wilhelm Melchers, Vortragender Legationsrat: „Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung Melchers; spricht sich jedoch gegen seine Verwendung in der Personalabteilung und gegen jede Einflußnahme auf diese durch ihn aus.“ Der Ausschuß habe über die persönliche Integrität von Melchers keine Zweifel und sehe in seiner Haltung innerhalb des Kreises der Männer des 20. Juli eine echte Widerstandshandlung. Der Ausschuß habe jedoch den Eindruck, daß sich die amtliche Tätigkeit von Dr. Melchers während des letzten Krieges unter einem außerordentlich eingegengten Horizont abgespielt hat. Auch die Tätigkeit von Dr. Melchers im Organisationsbüro und in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes habe offensichtlich unter einer Beschränktheit der Aspekte gelitten.

Gottfried von Nostitz-Dreznitzki, Konsul 2. Klasse: „Der Ausschuß hält von Nostitz für geeignet zur weiteren Verwendung im Auswärtigen Dienst.“ Von Nostitz sei ein Mann echten Widerstandes. Die Behauptungen, Nostitz habe eine Rolle bei der Bombardierung Warschaus gespielt, seien falsch. Auch die Beschuldigung, daß von Nostitz bei der Behandlung des vom Papst unterbreiteten

Vorschlags einer Waffenruhe zu Weihnachten 1939 eine zweifelhafte Rolle gespielt habe, treffe nicht zu. Das gleiche gelte für die Verdächtigung des französischen Hochkommissars, die Sammlung von Affidavits erschieße zwar bedenklich, sei jedoch angesichts der Situation der ersten Nachkriegsjahre verständlich und entschuldigbar. Das gleiche gelte für die Haltung von Nostitz bei den Nürnberger Verhören.

Peter Pfeiffer, Generalkonsul 1. Klasse: „Der Ausschuß erhebt gegen die weitere Verwendung von Pfeiffer keine Bedenken, empfiehlt jedoch, im ersten Jahre keine Verwendung im Ausland in Aussicht zu nehmen, zumal Pfeiffer erklärt hat, daß seine Wünsche zunächst nicht auf eine solche Verwendung gerichtet seien.“ Abgesehen von der nicht restlos aufzuklärenden Absendung des letzten Telegramms aus dem Generalkonsulat in Algier, so begründet der Ausschuß sein Votum, seien keine Umstände zutage getreten, aus denen bewiesen werden könne, daß sich Pfeiffer während des Dritten Reiches menschlich, moralisch und juristisch nicht korrekt verhalten habe.

Dr. Werner Schwarz, Beamter in der Organisations- und Personalabteilung des Auswärtigen Amtes: „Dr. Schwarz ist nicht geeignet zur Weiterverwendung in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes; im übrigen werden gegen seine Verwendung keine Bedenken erhoben.“ Der Ausschuß stellt fest, die Art seiner Tätigkeit im Organisationsbüro und die Dr. Wilde zugefügte Belastung — Schwarz hatte von dem jetzigen Leiter der Personalabteilung, Dr. Wilde, behauptet, er sei Mitglied der NSDAP gewesen, eine Behauptung, die nach den Feststellungen des Ausschusses als nicht glaubwürdig anzusehen ist, lasse Dr. Schwarz „als ungeeignet für eine Tätigkeit in der Personalabteilung erscheinen“.

Dr. Hans Schwarzmann, Regierungsrat im Auswärtigen Amt: „Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung von Dr. Schwarzmann, empfiehlt jedoch zunächst von einer Verwendung im Ausland abzusehen. Dr. Schwarzmann habe an keiner Handlung teilgenommen, die ihn belaste, seine Weiterverwendung könne das Ansehen der Bundesrepublik nicht schädigen. Der Ausschuß sehe in Dr. Schwarzmann jedoch keinen Fachbearbeiter, dessen Kenntnisse und dienstliche Erfahrungen für den Aufbau des Auswärtigen Amtes unentbehrlich gewesen wären.“

Susanne Simonis, bisherige Frauenreferentin in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes: „Gegen die weitere Beschäftigung von Frau Simonis im Auswärtigen Amt sind keine Bedenken zu erheben.“ Frau Simonis sei an einer echten Widerstandshandlung beteiligt gewesen und habe sich nicht im nationalsozialistischen Sinne betätigt.

Dr. Alois Tichy, Gesandtschaftsrat: „Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung von Dr. Tichy, empfiehlt aber eine Verwendung im internen Dienst des Auswärtigen Amtes.“ Dr. Tichy habe sich nicht im Sinne der NS-Politik betätigt, heißt es in der Begründung, jedoch ließen die Umstände des vorliegenden Falles „bei seiner Verwendung im Auslandsdienst Zurückhaltung erscheinen“.

Dr. Heinz Trütschler von Falkenstein, Konsul 1. Klasse: „Der Untersuchungsausschuß erhebt grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung im Auswärtigen Amt, empfiehlt aber, bis auf weiteres keine Beförderungen auszusprechen. Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung von Dr. Trütschler im Ausland aus.“ Eine Verwendung des Mannes im Ausland, der während des ganzen Krieges in der politischen Abteilung „sprachregelmäßig“ an der Gestaltung der Kriegspropaganda beteiligt gewesen sei, würde das Ansehen der Bundesrepublik schädigen, heißt es in der Begründung des Ausschusses, der es insbesondere für untragbar hält, daß Dr. von Trütschler als Referatsleiter des Auswärtigen Amtes die Europapolitik der Bundesrepublik repräsentiert. „Ebenso ist angesichts der Haltung Dr. Trütschlers bei seinen verschiedenen Vernehmungen, insbesondere bei der zweiten vor dem Ausschuß, wo sich der Zeuge trotz der Vorlage unbezweifelbar echter Dokumente von großer Bedeutung auf das „Nicht-erinnern-Können“ zurückzog, seine Beförderung nicht gerechtfertigt.“

Der Ausschuß stellt in seinem Bericht fest, daß seine Beschlüsse in der jeweiligen Besetzung einstimmig gefaßt worden sind.

Der 20. Juli / 1932 und 1944

Zwei Schicksalstage in der deutschen Geschichte / Von Dr. Jakob Stöcker

Der 20. Juli 1932 ist kein Ruhmestag in der Geschichte der preußischen Demokratie, ebensowenig wie der 20. Juli 1944 in der Geschichte der Wehrmacht und der Generalstäbler, die einen Major Remer mit einem der wichtigsten Aufträge dieses Tages betrauten, ohne sich zu vergewissern, daß gerade für den Auftrag der Verhaftung Goebbels' und der „Wilhelmstraße“ der Beste gerade gut genug sei. Daß das Remer nicht war, hat er inzwischen erneut bewiesen. Auch Preußens Innen- und Polizeiminister Severing, sonst vielfach bewährt in seiner Laufbahn vom „kleinen Metallarbeiter“ zum (beinahe) Staatsmann, versagte am 20. Juli 1932 schon aus dem Grunde, weil er ihn nicht einkalkulierte — trotz vieler Anzeichen, die ihre Schatten vorausgeworfen, und trotz der Mahn- und Warnungsrufe, die vorausschauende Publizisten und Politiker ausgestoßen hatten.

Es bleibt die Meinung vieler, daß alles zu retten gewesen wäre, wenn Severing die Order gegeben hätte, auf Papens und Brachts unverschrämte, verfassungsbrechende Forderung nicht Order zu parieren und den Kampf aufzunehmen. Wenn man rückschauend einerseits den einige Monate später eintretenden finanziellen, moralischen und politischen Bankrott der NSDAP und ihres Protektors Papen zu Buch schlägt, andererseits die Faktoren, die auf Seiten Preußens standen — damals noch das große Bollwerk der Demokratie unter den Ländern — mit seiner gutbewaffneten, auf Severing und die Weimarer Verfassung eingeschworenen Polizei, die in Berlin erheblich stärker war als das kleine dortige Reichwehrintingent (von dessen Dirigenten Schleicher keineswegs feststand, wie seine spätere Demaskierung erwies, daß er sich mit Lust in ein Abenteuer gestürzt hätte, das auch dem alten Hindenburg keineswegs lieb war), so spricht vieles dafür, daß es garnicht zum Kampf gekommen wäre. Denn die Situation, wenn auch durch die einige Monate vorher erfolgten preußischen Landtagswahlen erschwert, die die

Linksmeinheit der preußischen Koalitionsregierung von der KPD abhängig machte, war nicht ohne positive Vorzeichen.

Die Meinungsverschiedenheiten der Historiker beruhen zumeist darauf, daß sie, oft im Banne ihrer politischen Weltanschauung, die historische Chronologie der Ereignisse und der gesamten Situation rückschauend verschieben, wenn diese Situation in ihrem Kausalzusammenhang und wichtige Glieder der Kette von Ursache und Wirkung vergessen sind. Vergessen ist, daß trotz der Wahlerfolge der NSDAP in den einzelnen Ländern die Bewegung rückläufig war — wie denn die Reichstagswahl am 6. November des gleichen Jahres mit dem Verlust von 35 Mandaten erwies — und daß die „Eiserne Front“ des republikanischen Reichsbanners mit Höltermann, der Hösing abgelöst, im Vormarsch war, nachdem sie Geist und Körper erneuert hatte und auf 3½ Millionen angewachsen war. Die „Eiserne Front“ wollte damals kämpfen, und Heilmannsborg, der dem Zentrum angehörende Kommandeur der preußischen Polizei in Berlin, wollte es auch, ebenso wie der Polizeipräsident Grezinsky. Schließlich steht man mit seiner Meinung nicht alleine da, denn die mit Hitlers Machtergreifung in die Emigration gezwungenen Zeugen dieses Tages, der preußische Finanzminister Klepper und der demokratische Staatssekretär Severings, Aberg, haben noch vor zwei Jahren die Rolle Severings an jenem Tag scharf unter die Lupe genommen. Man ist schließlich nicht Polizeiminister, um das hervorragende Instrument, das man herangebildet, nicht einzusetzen, wenn plötzlich der Zwickel-Bracht und Severings früherer Untergebener, der Essener Polizeipräsident Meißner (wo ist diese sehr zwielichtige Erscheinung geblieben?), in Severings Amtszimmer erscheinen und ihn mit kaum verborgenen Zynismus zum Verschwinden auffordern — was dann im Laufe des Nachmittags geschah, nachdem der Minister anfangs erklärt hatte, „nur der Gewalt zu weichen“.

Verhängnis“, Hitler, zur Macht kam. „Der Rest ist Schweigen“ — sagt Shakespeare!

Der Historiker, der die Kontinuität geschichtlicher Ereignisse und ihre, wenn auch nicht immer sichtbare Zusammengehörigkeit aufzeigen will, hat zu den Geschehnissen der Offiziersverschwörung und des am 20. Juli 1944 versuchten Bombenattentats auf Hitler noch nicht den nötigen Abstand. An Publikationen über diesen Tag und seine Auswirkungen — sie waren tragischer Art — fehlt es gewiß nicht, aber es ist gerade dieser Tag wie kaum ein anderer in der Geschichte deutscher „Daseinsverfehlung“ mit der ganzen Problematik deutscher Seele und deutscher Menschen behaftet. Auch über diesen Tag stand wie über vielen anderen das Donnerwort: Zu wenig und zu spät. Als die Bombe des Obersten Graf Stauffenberg, in Hitlers

Führer-Hauptquartier bei Rastenburg in Ostpreußen platzte, platzte sie viel zu spät. Aber sie verfehlte durch einen jener rätselhaften Zufälle, die Hitlers und Goebbels' Propaganda dann als Akt der Vorsehung erklärten, das eigentliche Ziel und richtete damit viel Unheil an. Es rächte sich nicht nur an dem Kreis der Attentäter und ihren Familien (die die Qualen der Sippenhaft zu erdulden hatten), sondern am ganzen deutschen Volk, das gezwungen wurde, nun unter dem schwersten und härtesten Terror des zu letzter Macht aufsteigenden Himmels durchzuhalten — bis fünf Minuten nach Zwölf und bis zur wahnwitzigen, sinnlosen Zerstörung von Leben und Werten, die gerettet worden wären, wenn die Bombe den Mann des deutschen Verhängnisses ausgelöscht und wenn sie ihn früher getroffen hätte.

Volk ohne Kompaß

Am Tage des Fünfjahr-Gedächtnisses soll nicht in ihrem ganzen Umfang der Tragik gedacht werden, die der 20. Juli im Gefolge hatte. Die Ueberlebenden sollen wohl der Toten und ihres reinen Willens, ihres hohen Idealismus und ihres todbereiten Opfermutes gedenken, aber auch des Goethewortes: Zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag. „Ueber Gräber vorwärts“ — muß die Parole lauten, nachdem uns Hitlers tausendjähriges Reich so weit zurückgeworfen hat. Aber wenn man der Toten gedenkt, haben die Lebenden auch die Pflicht, der Fehler zu gedenken, die immer wieder durch das Manko politischer Schulung im Geist wahrer Demokratie gemacht werden.

Hier sind wir alle schuldig als Mitglieder eines Volkes, das aus der Zerrissenheit seiner Geschichte und damit auch seiner Seele, aus dem nachwirkenden Geist der Kleinstaaterei nicht die Einheit in der staatlichen und landmannschaftlichen Mannigfaltigkeit gefunden hat, und das aus solcher Kompaßlosigkeit heraus das Steuer einem Wahnsinnigen in die Hand gab; mit der schweren Sonderschuld der ewigen nationalistischen Reaktion jener verderblichen Mächte in Deutschland, die in Personen wie Papen, Hugenberg und Schacht die Ueberbleibsel des Feudalismus und ihres schwerindustriellen Anhangs zu konservieren und immer wieder das Spiel ihres persönlichen Macht- und Geltungstriebs zu spielen versuchten. Hier liegt auch das verbindende Glied zum 20. Juli 1932, der ja im Zeichen Papens stand, und der ein besonders schwarzer Tag der Geschichte wurde, da 1932 das Schicksal noch zu wenden war.

Der tragische Glanz, der bei allen schweren Folgen über dem 20. Juli 1944 liegt, beruht auf dem in deutscher Geschichte seltenen Versuch, der Erkenntnis moralisch mutiger Männer, daß gehandelt werden müsse, die Tat folgen zu lassen — über alle Hemmungen falscher Pflichtenauflage hinweg. Die Fehler, die gemacht wurden, waren echt deutsch, denn bei dem Kreis der Militärs so wohl wie bei dem der Zivilisten und Politi-

ker fehlte es bei aller fachlichen Tüchtigkeit in einzelnen doch letzten Endes an der Einheit und Klarheit der Aktion, deren Gelingen auch für den Fall des Scheiterns des Attentates möglich gewesen wäre. Daß die Generalstäbler der Bendlerstraße, aus der hohen Schule des Schweigers Moltke und Schlieffens kommend (der den entscheidenden Flügel mit den stärksten Kräften ausstatten wollte), einen Major Remer mit der wichtigen Aufgabe betrauen konnten, die im engen Raum der Wilhelmstraße amtierenden Minister, mit Goebbels an der Spitze, festzusetzen, spricht nicht für ihre Putsch-Eignung, auch nicht für die Erkenntnis des richtigen Zeitpunktes. Solche Aufgabe ist oft genug mit Erfolg von ein paar Berufsrevolutionären erfüllt worden.

Die anderen mit dem 20. Juli verbundenen Kreise sehr verschiedener, sehr wertvoller Männer entbehrten des eigentlichen Zusammenhalts und damit zielbewußter Stoßkraft. So kam schließlich mancherlei zusammen, was die Aktion auch in Berlin scheitern ließ, obwohl doch der Apparat der Wehrmacht einen Tag lang in der Hand der Verschwörer war. Der Kreis der Zivilisten hatte die Folgen mitzutragen: Goerdeler, der ein Sonderchicksal hatte, Leuschner (der ehemalige sozialdemokratische Innenminister in Hessen) und der Kreisauer Kreis, um nur die wichtigsten zu nennen. Sie werden im Buche der Geschichte und der Erinnerung auch bei denen fortleben, die den gewählten Augenblick als zu spät oder zu früh ansehen, denn der Krieg war bereits klar verloren, und die Wucht der Tatsachen und der weit fortgeschrittenen Invasion hätte sich — das ist meine persönliche Meinung — in kürzester Zeit elementar gerade auch an der Front der militärischen Fachleute durchgesetzt.

Das Walten der Vorsehung bleibt rätselhaft. Die Prüfung des deutschen Volkes mußte bis zur Neige des großen Leidenskelches gehen. Aber auch hier möge es heißen: Durch Nacht zum Licht!

Parole: „Kanonen statt Butter“

Es ist im übrigen müßig, der verlorenen Minute nachzutrauern, die nicht wahrgenommen, keine Ewigkeit zurückbringt. Der 20. Juli war nun einmal der Schicksalstag nicht nur Preußens, wie die nun vor uns liegenden Konsequenzen dieses Tages erweisen; und Severing war schließlich nur einer (und nicht der schlechteste) Exponent einer fehlgeleiteten Gesamt-Entwicklung der Weimarer Demokratie, die in ihrer an sich guten Verfassung versäumt hatte, nicht nur den § 48 dieser Verfassung zum Diktatur-Instrument der Rechten werden zu lassen, sondern sich auch der moralischen und tatsächlichen Macht zu bedienen, als sie noch von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes getragen war. Schließlich hatte § 1 dieser Verfassung gelaute: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“.

Der historische Prozeß dieser Fehlentwicklung war bereits halb verloren, als der verwegenen-bedenkenlosen Papen Reichskanzler wurde, der nicht nur Preußen an jenem Tage strangulierte, sondern auch später den bereits bankrotten Hitler an die Macht brachte, die Papen selbst mit seinen 5% Deutschnationalen nicht halten konnte. Papen setzte nur das Tipfelchen auf ein I, das weniger in Preußen als im Reich der vielen Interessensparteien bereits seit 1924 (bis 1928) zu Rechtskoalitionen mit dem Zentrum geführt, das in Preußens Koalitionsregierung mit Braun und Severing (und den Demokraten) zehn Jahre seinen Mann gestanden. Diese vier Jahre Rechtskoalition im Reich waren entscheidend für Hitlers Wegbereitung geworden, denn in dieser Zeit hatten Reichswehr und Reaktion mit dem alten Hindenburg als Reichspräsident ihre Machtposition so ausgebaut, daß die 1928 wieder zum Zuge kommende Linke (noch dazu unter schwachen Führern) sie nicht mehr zertrümmern konnte. Das Volk, das in der Reichstagswahl von 1928 mit der Wahlparole von SPD, Demokraten und selbst des Zentrums: „Wohnungsbau und Kinderspeisung gegen Panzerkreuzer“ gesiegt, erlebte nicht nur den Panzerkreuzer A der später von A-Z zu Bruch gehenden Flotte, sondern die nicht nur von Göring verkündete, sondern auch protokollierte Parole: „Kanonen statt Butter“, und mit den zertrümmerten Wohnungen auch das zertrümmerte Vaterland.

Der 20. Juli 1932, das war sehr bald zu übersehen, wäre nicht möglich gewesen ohne die vorher ausgehandelte Tolerierung der Papenregierung durch die Nazis, die dafür die Aufhebung des Uniformverbotes der SA und SS erlangten, das die vorausgegangene Regierung Brüning-Groener trotz aller militärischen Einstellungen aus Gründen der Staatsnotwendigkeit hatte aussprechen müssen — einer der Gründe, die zu ihrem Ersatz durch Papen führte. Nun hieß es wieder: „Die Straße frei den braunen Batallionen“, und in den Tagen nach der Wahl vom 30. Juli erfolgten Attentate und Ausschreitungen der SA in jeder Form und am laufenden Band. Man erinnere sich auch des grausigen Delikts der Potempa-Mörder, denen Hitler das berühmte Telegramm schickte, in dem er sich mit ihnen solidarisch erklärte, als Papen in diesem Falle nicht umhin konnte, von seinen Tolerierern

abzurücken und die Anti-Terror-Verordnungen zu verschärfen.

Die Geister, die man mit dem 20. Juli gerufen hatte, wurde man nicht mehr los, und nicht nur Preußen wurde das Opfer, sondern schließlich auch Papen, der durch Schleicher ersetzt wurde, als Papen, der Herrenreiter, um sich im Sattel zu halten, dazu übergehen wollte, mit noch anderen Bestimmungen der bereits schwer lädierten Weimarer Verfassung Parforce zu reiten. Das hielt selbst Schleicher für zu gefährlich, und so siegte er (ein letztes Mal) bei Hindenburg über den Katastrophemann, den er dem alten Reichspräsidenten als Nachfolger des ebenfalls von Schleicher gestürzten Brüning aufgedrängt hatte.

Der Kreis schloß sich, als wiederum der Reichskanzler Schleicher von Papen gestürzt wurde und mit seiner Hilfe „das deutsche

Wir dürfen sie nicht im Stiche lassen!

Hinterbliebene des 20. Juli 1944 in schwerer wirtschaftlicher Not

Der 20. Juli 1944 ist als der Versuch des Sturzes der nationalsozialistischen Diktatur in die Annalen der Weltgeschichte eingegangen. 153 deutsche Männer fanden einen grausamen Tod. Ihre Angehörigen wurden durch das unmenschliche Prinzip der Sippenhaftung in tiefstes materielles und seelisches Elend gestürzt. Der deutsche Zusammenbruch befreite sie zwar vor akuter Gefahr und Drangsalierung, viele von ihnen befinden sich aber heute noch in schwerer materieller Bedrängnis. Aus dieser Situation heraus fanden sich vor etwa drei Jahren einige hochherzige und uneigennützig Menschen, die den insgesamt 150 Hinterbliebenen-Familien geistige, seelische und materielle Hilfe, Rat, Verbindung untereinander und eine gewisse Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen nach außen zu verschaffen suchten. Sie gründeten das „Hilfswerk des 20. Juli 1944“, dessen Geschäftsführung in Händen von Grafin Hardenberg in dem kleinen südhannoverschen Städtchen Noerthen-Hardenberg liegt.

An der Spitze dieses unpolitischen, überparteilichen und überkonfessionellen Hilfswerks steht ein Kuratorium (mit den Mitgliedern: Walter Bauer, Gustav Dahrendorf, Carl-Hans Graf Hardenberg, Annedore Leber, Hermann Freiherr von Lünebeck, Pater August Roesch, Alexander Graf Stauffenberg, Paul Collmer, Eugen Gerstenmaier, Emil Henk, Otto Lenz, Professor Gerhard Ritter, Fabian von Schlabrendorf und Elisabeth Struensee).

Das Hilfswerk begann seine Arbeit in aller Stille. Vielen Hinterbliebenen konnte fühlbare Hilfe verschafft werden. Durch Geld, Vermittlung von Krankenhausaufenthalt, Sanatoriums-Kursen, Schul- und Studienbeihilfen usw. wurde schon viel Not gelindert. Die Mittel flossen aus Spenden einzelner Persönlichkeiten, des Evangelischen Hilfswerkes und des Caritas-Verbandes. Seit der Währungsreform ist hier jedoch ein grundlegender Wandel eingetreten. Die Beiträge aus deutschen Quellen sind fast völlig versiegt. Eine Betreuung konnte praktisch nur noch weitergeführt wer-

den durch die Vermittlung mit ausländischen Hilfsquellen. Das Kuratorium vertritt jedoch die Ansicht, daß eine ausländische Hilfe allein nicht der Sinn des Hilfswerks sein kann. Die Hinterbliebenen müssen wissen, daß es eine Dankbarkeit gibt, daß man sie nicht im Stiche läßt in dieser schweren Zeit.

Deshalb hat sich das Hilfswerk an die Kreise der Wirtschaft, des Handels und der Industrie gewandt mit der Bitte um Unterstützung bei der Erfüllung der Betreuungsbewertung. Die Hilfe des Auslandes setzt voraus, daß im Inland die Menschen sich von sich aus dafür einsetzen, mitzuwirken an der Linderung der Not ihrer nächsten Mitmenschen.

Im Ausland fand die Teilnahme an dem Schicksal der hinterbliebenen Familien ihren äußeren Ausdruck in der Gründung eines „20. Juli Memorial Fund“ in England unter dem Protektorat des Bischofs von Chichester, dem u. a. auch Mrs. Bielenburg und Lady Cripps angehören. In den Vereinigten Staaten entstand das „American committee to aid survivors of the German resistance“. Als die treibende Kraft gilt hier der New Yorker Bankier Eric Warburg, ein Sohn des früheren Hamburger Bankkaufmanns Warburg. Dem Committee gehören unter anderem auch Dorothy Thompson und Allan W. Dulles an. Versendung von Paketen, Einladungen, Unterstützungen, Studienbeihilfen usw. boten für die Betreuten eine wertvolle Unterstützung. Aber auch von privater Seite ist vieles getan worden. In Amerika z. B. durch den Professor der Philosophie Kuhn, in der Schweiz durch den Arzt Dr. von Erlach, der über 100 Kindern einen Kur- und Erholungsaufenthalt in der Schweiz verschaffte. Auch in Schweden soll jetzt eine größere Zahl von Kindern aufgenommen werden. Neben der tatsächlichen materiellen Hilfe ist aber durch die selbstlose Hilfsbereitschaft im Ausland ein Kontakt zwischen den Ländern und eine wertvolle Brücke der Verständigung entstanden.

Unter den Angehörigen und Betreuten befindet sich in Form von persönlichen und familiären Erinnerungen, Briefschaften und anderen Dokumenten noch eine Fülle von Material, das für eine spätere Geschichtsschreibung einmal von unschätzbarem Wert sein kann. Die verstorbene Dichterin Ricarda Huch hatte sich schon in ihren letzten Lebensjahren damit beschäftigt, Material für ein umfassendes Werk über den deutschen Widerstand zu sammeln. Dieses soll jetzt für eine geschichtlich-objektive Darstellung der Widerstandsbewegung verwendet werden. Der Freiburger Professor Ritter hat einen deutschen Historiker damit beauftragt, für ein solches Werk Material zu sammeln. Die Brief- und Dokumentensammlung von Ricarda Huch kann bereits jetzt schon als das kostbarste Stück der Geschichte des deutschen Widerstandes angesprochen werden.

D. R.

Weder Remer noch „Oderbruch“

Gedanken eines Soldaten zum 20. Juli

Von HANS BREITHAUPT

Noch immer ist die Diskussion über die Bedeutung des 20. Juli nicht frei von Leidenschaft und politischem Ressentiment. Erst in jüngster Zeit bewies ein Vorgang der deutschen Innenpolitik, wie sehr sogar noch der politische Opportunismus unserer Tage an seinem Erbe zehrt. Denn was ist es anderes, wenn heute ein Herr v. Ostau mit der Unterschrift Remers für die „Vereinigung unabhängiger Deutscher“ wirbt?

Nichts ist im heutigen Deutschland so notwendig, wie die politische Versöhnung. Das Recht sachlicher Opposition bleibt hierdurch unangetastet. Ostaus Parole aber bedarf der Richtigstellung: Der damalige Führer des Wachbataillons Berlin hat sich dem Putschversuch entgegengeworfen, um — wie er heute sagt — Blutvergießen unter Brüdern zu verhindern. Dabei aber wurde er zum Exponenten nationalsozialistischer Reaktion! Daß er sich zum Popanz nationalsozialistischer Propaganda machen ließ, macht ihn heute untuglich zum Exponenten konservativer Versöhnungsversuche.

Millionen atmeten auf, als damals jene Nachricht vom Attentat die Front durchlief. Sie hofften, daß nun der jahrelange Fron zu Ende sei, der sie die Bürde eines ungewollten Krieges tragen ließ. — Doch neben ihnen kämpften in Front und Heimat die Millionen der anderen. Wer waren diese? Beide waren nichts anderes, als die Millionenmassen der Namenlosen und der an die anonymen Mächte der Propaganda ausgelieferten. Während die einen in dumpfem Instinkt aufbegehren gegen ein Joch, kannten die anderen nur eine Richtschnur ihres Handelns: ihre eigene schlichte Anständigkeit, die sie verbehaltslos Jenen gehorchen ließ, die ihre Verderber waren.

Aber es gab noch eine dritte Gruppe. Sie ist nur klein. Sie ist unwitert von der Tragik derer, die wissend auf verlorenem Posten steht. Wir finden sie in den Bereichen, wo mit der Tragweite der Stellung und dem persönlichen Erlebnis auch das Maß der Einsicht verbunden ist: in den Amtsstuben der Ministerien, in den Befehlsstellen, in den Hauptquartieren der Heeresgruppen und Armeen und — in erster Linie — bei den Divisionen der Front, den Gefechtsständen der Regimenter, der Bataillone und Kompanien.

Hier sind die Nervenzentren der Führung. Hier mußte es sich entscheiden, ob die todesmutige Tat einer Gruppe Verschworener die Revolution auslösen würde, oder ob dieser Aufstand des Gewissens scheitern würde an jener teuflischen Spekulation auf die militärische Disziplin, gipfelnd in der Verkettung gemeinsten Parteiegoismus mit selbstlosester Vaterlandsliebe.

Es sind die Apostel einer mißverstandenen „Umerziehung“, die heute gern von „Kadavergehorsam“ und „geistiger Unzulänglichkeit“ sprechen, wenn das Wort „Vaterlandslove“ in diesem Zusammenhang auftaucht. Was wissen sie von der Einsamkeit derer, die als Soldaten Jahr um Jahr ihr Leben in die Schanze schlugen für einen Krieg, der nicht der Ihre war, nach dem Attentat jedoch ihre eigenen Kameraden des „Dolchstoßes“ bezichtigten und mit der Kraft der Verzweiflung weiterkämpften für eine Sache, deren Hohlheit sie

längst durchschaut hatten? An diesen ist jener Befreiungsversuch in Wahrheit gescheitert!

Eliten sind immer in der Minderheit. Und wenn es geistige Eliten war, die am 20. Juli den dumpfen Geist der Masse zu stürzen suchte, so war es auch geistige Eliten, an der sie letzten Endes scheiterte. Das Entscheidende für das Scheitern des Aufstandes an der Front war dies: Es fehlte jeder Glaube an eine reale Möglichkeit!

Die unversöhnliche Feindschaft unseres Gegners schuf an der Front einen politischen Realismus, der zur unübersteiglichen Barriere vor den Herzen derer wurde, um die der deutsche Widerstand in den eigenen Reihen warb. „Unconditional Surrender“, die stereotype Antwort auf alle Bemühungen der deutschen Opposition um ein Gespräch, wurde zum stärksten Argument der Staatsgewalt, das noch die einander Widerstrebendsten zusammenhielt, den Feldmarschall und den Gantleiter.

Das ist die Tragik des 20. Juli: Diejenigen, die mit Hitlers Beseitigung den allgemeinen Untergang zu verhindern suchten, fielen zwangsläufig denen in den Rücken, die mit letzter Kraft, wenn nicht den Sieg, so doch die Selbstbehauptung des Vaterlandes zu erkämpfen hofften.

Das Wort vom „Dolchstoß“ ist falsch. Es ist genau so ein Ressentiment, wie

wenn man die Männer, die damals den Rebellen ihre Gefolgschaft versagten, heute noch immer zu „Nazis“ stempeln will. Der „Oderbruch“ aus des „Teufels General“ fand die Ablehnung der deutschen Jugend, weil sie in ihm nur das Werkzeug der Schuld sieht, dessen Tat für die alte Weisheit zeugt, daß „Böses Böses muß gebären“. Aber auch Remer irrt, denn Stauffenberg ist kein „Oderbruch“. Es war wohl eine geschichtliche Notwendigkeit, daß durch das Scheitern seiner Tat dem deutschen Volk ein Ballast von Ressentiments erspart blieb, den es vielleicht nie wieder hätte von sich werfen können und der gerade die Besten aus seinen Reihen für immer zu Verfeimten gestempelt hätte. War doch auch die übrige Welt nicht reif für seine Tat. Wenn das Wort des Grafen Moltke sich erfüllen sollte, daß der Nationalsozialismus sich selbst ad absurdum führen muß, so scheint es nach diesem Kriege manchmal so, als ob die Feindschaft einer Welt gegen Deutschland wie untereinander nun auch die Sieger ad absurdum führen würde. Es liegt nicht in unserer Kraft, dies zu ändern. Aber es liegt in uns, endlich im eigenen Volk zu einer echten Versöhnung zu gelangen. Denn wir müssen zuerst die Erkenntnis wahrnehmen, die zugleich mahnende Verpflichtung ist an die Welt: Die Toten dieses Tages waren das deutsche Opfer auf dem Altar der Versöhnung.

Der französische Einfluß in Europa

Neuer Ausblick nach Deutschland und Italien

Paris, 19. Juli

Der vergangenen fünf Jahre haben Entwicklungen in der französischen auswärtigen Politik gezeigt, die genau so wichtig sind wie die Entwicklung auf andern Gebieten des nationalen Lebens. Vielerlei Umstände waren es, die bewirkten, daß Frankreich seine Rolle als Vermittler im Zusammenspiel der Völker aufgab, die es unmittelbar nach der Befreiung eingenommen hatte; gleichzeitig änderte sich seine Haltung Deutschland gegenüber — vielleicht die auffallendste Wandlung im französischen Denken seit dem Kriege. Schließlich wuchs sich der Glaube an die Realität eines Vereinigten Europas so weit aus, daß Frankreich mit Recht für sich in Anspruch nehmen konnte, bei dem im August in Straßburg beginnenden Experiment eine führende Stellung einzunehmen.

Die Aufgabe, die die französische Diplomatie sich in den früheren Jahren selbst gestellt hatte, nämlich das Zünglein an der Waage zu sein, war nicht besonders ruhmreich, aber sie paßte sich geschickt dem wechselnden Zeitgeschehen an. 1945 und 1946 war die Welt noch nicht in zwei verschiedene Lager gespalten. Die Kommunisten saßen immer noch in der französischen Regierung, und General de Gaulle, als Chef der provisorischen Regierung von 1944, hatte den „französisch-sowjetischen Pakt“ abgeschlossen. Dieser Pakt sollte damals im Rahmen der kollektiven Sicherheit zu den Grundlagen der französischen Außenpolitik gehören und ein Bollwerk gegen eine neue deutsche Gefahr bilden.

Es ist unmöglich, genau zu sagen, wann der Wechsel in der französischen Außen-

politik begann. Was dabei eine große Rolle gespielt hatte, war das ablehnende Verhalten Rußlands gegenüber Frankreich. Wahrscheinlich verschärzten sich die Russen die französischen Sympathien endgültig, als sie die wirtschaftlichen Sanktionen Frankreichs im Saargebiet ablehnten. Die Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947, bei der Bidault endgültig zu der Erkenntnis gelangte, daß die Zusammenarbeit der vier Mächte keine großen Möglichkeiten mehr bot, bedeutete zweifellos einen Wendepunkt.

Kein gesondertes Rhein-Ruhr-Gebiet

Deutschland hatte die schwierigste Wendung durchzumachen. Die Unterzeichnung des Londoner Abkommens im Juni 1948 bedeutete einen Wendepunkt der französischen Deutschlandpolitik und die endgültige Beerdigung der französischen Pläne für ein gesondertes Rhein-Ruhr-Gebiet. Von diesem Zeitpunkt an — zuerst mit Widerwillen und später ohne besonderen Enthusiasmus — war Frankreich bereit, am Vorhaben seiner westlichen Partner zum Wiederaufbau Deutschlands mehr oder weniger teilzunehmen.

Der Wechsel wurde in Frankreich zuerst nicht besonders gut aufgenommen. Bidault hatte eine bemerkenswerte Unbekümmertheit gegenüber der öffentlichen Meinung und der parlamentarischen Kontrolle an den Tag gelegt. Er hatte auch vorher wenig dafür getan, die Konzeptionen des Kabinetts seinen Landsleuten schmackhaft zu machen.

Erfolgreicher war Bidaults Nachfolger Schuman. Sein Beitrag zur Entwicklung eines neuen Europas und einer neuen Deutschlandpolitik war beachtlich. Schu-

Zehntausend Blitze

Neues Belichtungsgerät für Nachtaufnahmen

Der Schreck aller Gäste bei Familienfeiern und ähnlichen Anlässen war früher der Amateur- oder Berufsphotograph, der nach umständlichen Vorbereitungen das Zimmer zwar nur für den Bruchteil einer Sekunde mit dem Schein des Blitzlichtes, dafür aber um so nachhaltiger mit Rauch und Gestank erfüllte. Der elektrisch arbeitende und heute allgemein im Gebrauch befindliche „Vacublitz“ bedeutete demgegenüber bereits einen großen Fortschritt, das Non-plus-ultra der Blitzlichttechnik aber scheint der neue deutsche „Multiblitz“ zu sein.

Seine Wirkungsweise beruht darauf, daß in einer edelgasgefüllten Spezialröhre durch hochgespannte elektrische Stoßentladung ein intensiver Lichteffer erzeugt wird. Die Röhre ist nicht viel größer als eine Auto-Scheinwerferbirne und kann gut 10.000 Mal benutzt werden — für die Praxis ein gewaltiger Fortschritt. Um sie in Betrieb zu setzen, wird ein Hochspannungserzeuger benötigt. Dieser sitzt in einem tragbaren Kasten, etwa doppelt so groß wie eine ausgewachsene Zigarrenkiste. Als Stromquelle ist ein 6-Volt-Akku vorgesehen oder auch der Anschluß an das Lichtnetz.

Sieht man sich die Betriebsdaten des „Multiblitz“ an, dann muß man staunen, was da alles in einem so kleinen und handlichen Gerät während der Aufnahme vor sich geht. Ein System von Zerrhackern, Transformatoren, Gleichrichtern und Kondensatoren sitzt im Gehäuse des Zubehörkastens. Die niedrige Spannung des Akkus oder des Lichtnetzes wird darin auf eine Hochspannung von 2000 bis 3000 Volt gebracht. Im Augenblick der Blitzentladung liefert das kleine Wunderding eine Leistung von mehreren hundert Kilowatt. Diese enorm hohe Leistung, die durch die Stromspeicherwirkung der Kondensatoren erzielt wird, tritt natürlich nur für den Bruchteil einer Sekunde auf. Die Entladungszeit, also die Blitzdauer, ist außerordentlich kurz und beträgt nur etwa $\frac{1}{1000}$ Sekunde. Für diesen Bruchteil einer Sekunde beträgt

die Helligkeit der Röhre 50 Millionen Lumen (zum Vergleich: eine elektrische Photobirne von 250 Watt hat 9000 Lumen).

Das vom Multiblitz erzeugte Licht kann photographisch als ein Super-Tageslicht bezeichnet werden. Das bedeutet, daß auch auf normalem Tageslicht-Farbfilm Blitzlichtaufnahmen gemacht werden können, ohne daß irgendwelche störenden Farbstiche auf dem Bilde in Erscheinung treten.

Während bisher Blitzlichtaufnahmen mit Zeiteinstellung des Verschlusses gemacht werden mußten oder die sogenannten Vacublitz auf $\frac{1}{100}$ bis $\frac{1}{500}$ Sek. Verschlussgeschwindigkeit synchronisiert wurden, kann der Multiblitz auf Verschlussgeschwindigkeiten bis zu $\frac{1}{2500}$ Sek. synchronisiert werden. Die eigentliche Belichtungszeit beträgt dabei in allen Fällen immer nur $\frac{1}{1000}$ Sek. Schnellste Bewegungen, bei denen bisher jeder Verschluss und jeder Blitz versagte, lassen sich damit einwandfrei klar aufs Bild bringen. Bei einem schnell fahrenden Motorrad werden selbst die Spelchen noch scharf abgebildet. Verwackelte



Der „Multiblitz“ mit Zubehör

Foto: Archiv

Bilder gibt es nicht mehr. Bei Schlitzverschlüssen allerdings ist die Synchronisation nur für solche Zeiten möglich, bei denen der Blitz die volle Bildbreite freigibt, bei der Leica III c also bis $\frac{1}{100}$ Sek.

Anton Kloss

21 Tagen, anderthalb Stockwerk hoch, vier Räume, Bad, Innen-WC, Speisekammer. Die Konstruktion besteht aus zusammengeschweißten Stahlblech-Leichtprofilen. Die Zimmerhöhe beträgt 2,50 m. Verschiedenartige Platten, mit dem Stahlskelett organisch verbunden, bilden die Wände. Auch die Dachkonstruktion besteht aus diesen Leichtprofilen, in die Felzriegel, aber auch Platten oder Schiefer eingedeckt werden können.

Dreizehn verschiedene Bauarten

Bei der Versuchs-Siedlung wurde von der Ausstellungsleitung eine fest umrissene Aufgabe gestellt. Wie dürfen wir heute bauen? Diese Frage galt es, in der Darstellung verschiedener Bausysteme zu beantworten. So veranschaulichen die 33 Häuser der Versuchssiedlung 13 verschiedene Bauarten. In einem Film hat man außerdem den Aufbau der Siedlung festgehalten, so daß der Ausstellungsbesucher Gelegenheit hat, nach den Fertigprodukten nun auch noch ihre Entstehung im einzelnen zu studieren.

Man sieht unter anderem: einen Stahlskelett-Montagebau mit Wänden, Decken und Dach eigener Konstruktion; einen Stahlskelett-Betonbau, bei dem Wände und Decken aus zementgebundenem Holzklein zugleich die Schalung für das Skelett und die Deckenbalken bilden; ein Haus aus montierten und vergossenen stockwerkshohen Platten mit Decken und Stahlbeton-Plattendach eigenen Systems. Zwei Häuser zeigen in ihren Wänden auf der Westseite dampfgehärteten Glasbeton. Nichttragende Wände dieser Art von nur 15 cm Stärke besitzen dieselbe Wärmedämmung wie eine 38 cm starke Ziegelwand. Die Steine lassen sich außerdem zersägen!

Das Stahldach, das einige der Häuser aufweisen, kann durchaus den Wettbewerb mit dem Holzdach aufnehmen. Beweis dafür ist die Tatsache, daß bei drei Dächern der Versuchshäuser nur 9,25, 5,8 und 5,2 kg Stahl je qm überdachter Fläche für den Dachstuhl erforderlich waren. Ferner werden Stahlfenster und Stahltüren gezeigt, auch Installationszellen und vorgefertigte Innenelemente, Fußböden aus Spachtelbelägen auf der Grundlage von Kunstharz, Asphaltfußböden und Wärmefußheizungen.

Von der Kleinsiedlung bis zu städtischen Siedlungsbauten zeigen namhafte Architekten und bekannte Firmen alles, was wir heute bauen können und wenn uns auch manche Decke beneidet.

Weltrekord mit Strahlantrieb?

Superrennwagen werden unmodern

Der Geschwindigkeits-Weltrekord für Autos wird von dem Railton-Rennwagen des Londoner Pelzhändlers John Cobb mit 635 km Stundengeschwindigkeit gehalten. Er wurde auf der bekannten Rekordstrecke des großen Salzsees — Utah (USA) über eine englische Meile (1609 m) ausgefahren.

Dieser Überrennwagen — von zwei Napier-„Lion“-Flugmotoren, die in 48 Zylindern bei 64 Liter Hubvolumen 2500 PS leisten, angetrieben — ist ein wahres Ungeheuer von über 7 m Länge und 2 m Breite.

Der Wagen läßt sich nicht anfahren, sondern muß mit einem Lastwagen angeschoben werden. Er kann fast nur geradeaus fahren, da der Steuereinschlag ganz gering ist.

Dieses Monstrum, das den Weltrekord nur durch eine gigantische Zusammenballung von Pferdestärken erreichen konnte, dürfte wohl der letzte derartige Versuch gewesen sein. Für die Zukunft stehen zwei Wege zur Steigerung des

worden sind. Der Schnellkeitsrekord des 5,5-Liter-Mercedes-Rennwagens über eine englische Meile liegt bei 432 km Stundengeschwindigkeit.

Dr. Porsche hatte einen Wagen in Konstruktion, der mit 24 Liter Inhalt nur



Simplex-Servla-Strahlantrieb für Motorräder

Zeichnung: Artely

38 VII der Motorgröße des Cobbschen Ungeheuers aufweisen und durch wesentlich verkleinerten Querschnitt sowie bessere aerodynamische Form 650 km. Höchstgeschwindigkeit erreichen sollte.

Da dieser Rennwagen nicht mehr gebaut werden kann, bleibt nur der zweite

Remer — „nicht belastet“

Die Rolle des Wachbataillon-Kommandeurs am 20. Juli 1944 / Von Alexander von Hase

Die fünfjährige Wiederkehr des Tages der Widerstandsbewegung, das Wiederauftauchen des Generals Remer in der Öffentlichkeit, sowie zahlreiche publizistisch weit verbreitete Irrtümer veranlassen mich zu dieser kurzen Darlegung.

Die Aufgabe meines Vaters stand in unmittelbarer, vielleicht in unmittelbarer Wechselwirkung mit der Aufgabe des Grafen Stauffenberg, dem Attentat, selbst. Er sollte das scharf zentralistisch organisierte System an seiner Schlagader treffen und den Blutumlauf im Herzen unterbinden.

Die Aufgabe meines Vaters fiel ihm auf Grund seiner Stellung als Kommandant von Berlin zu. Ihre Durchführung bedingte seit langem sein Festhalten in Berlin seitens der technischen Leitung der Verschwörung im O. K. H., General Olbricht. Der Plan selbst war schon 1943 wesentlich herangereift. Die Beziehung meines Vaters zu den Verschwörern rührte aus der Zeit 1933/34, da er selbst Adjutant des Generalobersten von Fritsch war und so auch 1938 in die Umstrukturierung Witzlebens und Halders eingeweiht war.

Über die in der Reichshauptstadt zu überwindenden technischen Schwierigkeiten, die, wie mir scheint, häufig unterschätzt werden, ist zu sagen, daß die Schwäche in der Situation der Verschwörer darin bestand, daß die von ihnen zu verwendenden Einheiten entweder peripher, meist aber im weiteren Umkreis zur Hauptstadt stationiert waren und allein bis zur Verladung sechs Stunden benötigten. Eine weitere Schwierigkeit erwuchs aus der wankelmütigen Gesinnung der kommandierenden Generals von Koritzfleisch.

Um sich vor unliebsamen Überraschungen dieser Art zu sichern, hatte General Olbricht im Jahre 1943 eine intensivere Verbindung zwischen dem Generalkommando III, dem dortigen Chef des Stabes, General von Rost, und meinem Vater herbeigeführt. Rost, eine energische, temperamentvolle Persönlichkeit, war bereit, den kommandierenden General notfalls festzusetzen, bzw. völlig lahmzulegen. Im Herbst 1943 schon gab er ein Beispiel dafür, als er auf Grund einer Verabredung unter dem Stichwort „Berlin brennt“ fast das gesamte Korps in einer Nacht nach Berlin überführte. Großes Entsetzen herrschte im Propaganda-Ministerium, Goebbels und der Gauleiter von Brandenburg stürzten sehr besorgt in der Kommandantur an.

So war es außerordentlich bedauerlich, daß Rost im Juni 1944 von Berlin versetzt wurde. Der Draht zwischen Kommandantur und Generalkommando riß ab.

Neben dem Weggang Rosts aus Berlin, wurde für den Verlauf der Ereignisse die Ernennung Remers zum Kommandeur des Wachbataillons bedeutsam. Dieser erzählte sogleich jedem, der es hören wollte, daß der Führer ihn nach Berlin geschickt habe, um für ein gutes Verhältnis zwischen Wehrmacht und Partei zu sorgen, und Remer selbst wollte inmitten des am 21. Juni 1944 brennenden Berlin noch nazistische Feuer anzünden, um die Sonnenwende im Geiste des Führers zu feiern. So wurde Remer tatsächlich zum Problem. Nicht intellektuell, denn geistig bedeutsam erschien er gerade nicht, sondern rein faktisch als persona gratissima des Diktators, dessen man sich nicht ohne weiteres entledigen konnte. Tat man es schließlich doch im Augenblick der Krise, so konnte es verächtlich sein. Das Beste blieb, Remer in die Tradition des Gehorsams einzuspinnen, die ja rein militärisch wieder absolutieren mußte, wenn Hitler selbst erledigt war. Denn dann wurde auch jeder Gegenputsch zum Saboteur...

Als am frühen Nachmittag des 20. Juli 1944 General Olbricht das verabredete Zeichen an meinen Vater durchgab, war die Schwierigkeit der Lage die etwa dargestellte. Das ausgelöste Stichwort „Walküre“ an die kommandierenden Generale des Ersatzheeres durchgegeben, führte zum Einsatz der auf Berlin dirigierten Truppenteile. Etwa zwei Stunden nach Auslösen des Befehls erschien die Situation als befriedigend. Da kam die Nachricht, daß Hitler lebte — in diesem Augenblick mußte das Vakuum der verfügbaren Mittel, gar bei der Umkehr des Wachbataillons, zur Katastrophe hinwirken. Doch greifen wir nicht vor.

Noch erinnere ich mich deutlich, wie am frühen Nachmittag des 20. Juli die Kommandantur plötzlich durch einen stärkeren Truppenkordon gesichert wurde. Widerspruchslos hatten die Fernschreiber des O. K. H. die Meldung übernommen, daß eine neue Regierung sich gebildet hätte, der nationalsozialistische Staat besiegt worden wäre, widerspruchslos bildete mein Vater Stoßtrupp zur Verhaftung der Minister und sonstigen Größen des Dritten Reiches. Auch Remer nahm den Befehl hin, das Regierungsviertel zu zernieren, d. h. praktisch in Belagerungszustand zu versetzen. Das war die psychologische Wirkung des Gehorsams, auf die die Verschwörer gebaut hatten.

Da kam um 18 Uhr die Meldung des Reichsrundfunks, daß ein Attentat auf Hitler mißlungen sei. Zur gleichen Zeit sperrte die Streifenabteilung „Großberlin“ die zentralen Bahnhöfe ab. Der persönliche SS-Adjutant Hitlers wurde verhaftet in die Kommandantur gebracht.

Zu dieser Zeit hatte Remer, schon dem Einfluß seiner NS-Führungsoffiziere erliegend,

die Schwenkung vollzogen; er sah die größte Stunde seiner militärischen Laufbahn gekommen, indem er sich nun gegen meinen Vater stellte, um die unmittelbaren Befehle von Hitler selbst zu empfangen! Während Graf Stauffenberg sich mit äußerster Energie bemühte, die schon auf Berlin rollende Truppe voran zu treiben, setzte jetzt die Gegenaktion Remers ein! Inzwischen hatte sich die Lage weiter geklärt. Beck, Olbricht und Hoepfner waren als Meutierer erklärt worden. Alles schien verloren. In diesem Augenblick kam mein Vater zu dem Entschluß, da der Stoßtrupp, der Goebbels verhaften sollte, nicht zurückgekehrt und wohl von Remer abgefangen war, persönlich Goebbels zu verhaften, um die Reichshauptstadt dennoch in seine Hände zu bekommen.

Inzwischen ließ Remer seine Soldaten mit gefüllten Bajonetten die Kommandantur besetzen und in unsere Wohnung eindringen.

Die ersten Verhaftungen wurden vorgenommen. Mein Vater soll, wie mir das internationale Militärgericht in Nürnberg mitteilte, bei Goebbels von dem Obersturmabführer Huppenkoether im Auftrag Himmlers verhaftet worden sein. Ein jüngst darüber gegebener Bericht der „Frankfurter Illustrierten“ ist schon in seinen Zeitangaben falsch und in der Form entstellend.

Am 7. und 8. August kam mein Vater in den ersten großen Prozeß vor dem Volksgerichtshof als „einer der Männer, die am besten gewußt hätten, was gespielt wurde und so auch versucht hätte zu handeln“. Der nationalsozialistische Staat verurteilte ihn als einen Feind des Reiches zum Tode. Allerdings habe ich davon damals, da ich verhaftet war, erst nach Monaten erfahren.

nicht zu vertreten. Natürlich kann es der Privatindustrie keine Vorschriften machen, aber eine merkwürdige Industrie ist das, müssen wir sagen. Was uns weit mehr interessiert, ist, von wem sich diese Privatindustrie ihre Vorschriften machen läßt!

Dabei sind wir überzeugt, daß sie sich nicht etwa den Befehlen mehr oder weniger imaginären nazistischen Untergrundbewegungen fügt, sondern, was die Sache wesentlich kompliziert, einer geistigen Grundhaltung hierzulande. Und daß nicht nur sie sich fügt, beweisen schließen Bahn, Post, Landrat und andere, in der Zeitungsnotz vorsichtigerweise nicht mitaufgeführte Ämter.

Man stelle sich vor, daß Männer, die bei der politischen Säuberung Deutschlands mithelfen, brotlos bleiben. Und man stelle sich weiter vor, daß dasselbe Deutschland nach demokratischer Behandlungsweise durch die Siegermächte ruft, die unter unsäglichen Opfern vor rund vier Jahren einen Krieg beendeten, deren größere und kleinere Träger, Repräsentanten, Nutznießer und Verlängerer jene waren, die von den Spruchkammern im allgemeinen weit über Gebühr milde, eingestuft wurden, und deren Schatten heute auf ihre Richter fallen soll.

Das deutsche Volk hat die Wahl: sich zu ändern oder der endgültigen Verdammnis anheimzufallen. Prophylaxis — das ist das griechische Verb von der vorbeugenden Angst. Wir fragen in aller Öffentlichkeit: wovor haben heute diejenigen Furcht, die sich scheuen, Männer zu beschäftigen, die über Nazis zu Gericht saßen?

R. G.

Flucht in die

Warum findet entlassenes Spru

Immer wieder werden wir beobachten können, daß sich in Deutschland eine heftige Reaktion in allen Bevölkerungsschichten bemerkbar macht, wenn behauptet wird, die nazistische Ideologie sitze noch tief verankert.

Leider ändert diese Reaktion nichts an der Wahrheit dieser Behauptung. Wenn wir mit Menschen, die wie aufgezeigt reagieren, zusammenkommen — und wir brauchen nicht erst viel nach ihnen zu suchen — dann wäre es müßig, mit ihnen ideologisch zu theoretisieren. In der Ideologie gibt es so viele Mäuselöcher, in die sie sich nach Bedarf zurückziehen können, ohne daß es überhaupt Argumente gäbe, die sie überzeugen, zumal diese Art von Zeitgenossen nicht der Vernunft und der Sachlichkeit, sondern allein dem Ressentiment und dem Nationalismus ergeben ist. Dingen also die Vernunft und Sachlichkeit ausschließen. Was bis zu einem gewissen Grade wirksam könnte — oder sie zumindestens einstweilen stumm machen könnte — sind Tatsachen, die eine unmißverständliche Sprache sprechen.

Etwa diese: 200 ehemalige Kläger, Vorsitzende und Ermittler von bayerischen Spruchkammern forderten in München, nach Abschluß ihrer Tätigkeit entsprechend dem Zusicherungsgesetz beschäftigt zu werden. Große Gemeinden, darunter auch München, fanden zwar nichts dabei, ehemalige Nazis zu beschäftigen, weigerten sich aber strikt, Angehörige der Spruchkammern in ihren Dienst zu nehmen. Dasselbe sei bei der Bahn, der Post und den Landratsämtern festzustellen. Ein Vertreter des bayerischen Arbeitsministeriums erklärte dazu, das Arbeitsministerium habe

„Bis zuletzt für Hitler“

Achim Oster gegen das Auftreten Remers

Achim Oster, der Sohn des im Konzentrationslager Flossenbürg ermordeten deutschen Generals, wendet sich in einem offenen Brief gegen die politische Aktivität des ehemaligen Generalmajor Remer. Oster schreibt: Du hast bis zuletzt bei denen gestanden, die unser Vaterland zerstörten. Glaubst Du, daß Dein Platz jetzt ausgerechnet in der Politik ist? Oster erinnert Remer daran, daß sie beide zwar im „schicksalhaften Jahr 1933 Soldat geworden seien, jedoch am 20. Juli 1944 in getrennten Lagern gestanden hätten. „Meine Kameraden wurden am Abend des 20. Juli von Deinen Soldaten erschossen. Mein Freund und mein Vater wurden im Verlaufe Deines Handelns erhängt“. Bisher, so schreibt Oster, sei es nicht wichtig erschienen, Remer dies vorzuhalten. Da aber bekannt geworden sei, daß Remer am 20. Juli 1949 eine Rede vor der Gemeinschaft unabhängiger Deutscher zu halten beabsichtige, müsse ihm gesagt werden, daß er politisch versagt habe. Sein Eingreifen habe den letzten Versuch zur Rettung Deutschlands mit vereitelt. Den Leidenden bliebe nur die Aufgabe, Wunden zu heilen und aufzubauen.

Haftentschädigung in Niedersachsen!

Das Gesetz durch den Landtag verabschiedet

Niedersachsens Landtag hat sich beeilt. Am 5. und 6. Juli fand die dritte und vierte Lesung statt. Nach relativ kurzen Debatten wurden Verbesserungsanträge genehmigt, die Opposition einer Fraktion überstimmt, und da ist es nun, das Haftentschädigungsgesetz.

Es weist gegenüber denen der anderen Länder bemerkenswerte Verbesserungen auf.

Die jetzige Fassung des Gesetzes unterscheidet sich wesentlich von der ursprünglichen Regierungsvorlage! Aber jedenfalls ist es nun geschafft. Es fehlt nur noch die Genehmigung durch die Militärregierung.

Auch in Niedersachsen werden pro Monat erlittener Haft 150 DM Entschädigung gezahlt werden. Wesentlich ist aber, daß schon ab einem Monat Inhaftierung Entschädigung vorgesehen ist. Die Auszahlung wird sich über vier Jahre erstrecken, Ansprüche bis zu 450 DM sollen binnen eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes befriedigt werden. Falls die Entschädigungssumme zur Gründung einer Existenz oder zum Wohnungsbau verwendet werden soll, kann sie auf einmal ausbezahlt werden. Das Gleiche im Falle der Auswanderung.

Ein weiterer Vorzug des niedersächsischen Gesetzes ist es, daß die Ansprüche auf Entschädigung vererbbar sind!

Berichtigung

In Nr. 28 vom 13. Juli unterlief uns bedauerlicherweise ein sinnentstellender Druckfehler. In unserer Meldung über die Wiedergutmachung in Schleswig-Holstein auf Seite 1 muß es heißen: „Nach dem Gesetz können alle Personen, die vom 30. Januar 1933 bis zum 8. Mai 1945 länger als einen Monat aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ihrer Freiheit beraubt wurden, Haftentschädigung beanspruchen.“

Es fehlte ein Sulla D. Welt

Warum die Widerstandsbewegung des 20. Juli scheitern mußte

In der Reihe der öffentlichen Vorlesungen der Universität Bonn sprach der Historiker Prof. Max Braubach über die Widerstandsbewegung gegen Hitler. Das überfüllte Auditorium Maximum erlebte in lautloser Spannung das Muster einer kritisch-historischen Behandlung eines Problems der jüngsten Vergangenheit. Können wir es wirklich schon „Vergangenheit“ nennen? Ging es hier nicht um Entscheidungen, vor denen die meisten der Zuhörer selbst noch gestanden hatten? Spürte man nicht in der schweigenden Spannung, daß hier jeder einzelne sich noch einmal vor eine Entscheidung gestellt fühlte?

Braubach ging von der Frage aus, ob gewisse Kreise des Auslandes recht haben, wenn sie Deutsche und Nationalsozialisten gleichsetzen. Es war und ist unbestritten, so antwortete er, daß viele Deutsche der sogenannten neuen „Weltanschauung“ des Nationalsozialismus ablehnend gegenüberstanden, vor allem die Kirchen. Aber diese Ablehnung blieb im allgemeinen mehr passiver Natur.

Die Widerstandsbewegung, die am 20. Juli sichtbar wurde, ging in ihren Wurzeln bis auf 1933 zurück. Im Mai dieses Jahres verabredeten Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner, daß der Gewerkschaftsgedanke lebendig erhalten werden sollte. Auch auf jung-konservativer Seite gab es schon Widerstandsgruppen, die sich etwa an die Namen v. Halem, v. Schlabrendorff, Edgar Jung knüpften. Der 30. Juni war für das Heer kein Sieg über die SA, sondern der Anfang seiner Dekomposition. Ob im Herbst 1938 die Opposition mit Beck, Hassell, Gerdeler etwa schon kurz vor dem Handeln stand, ist bisher nicht sicher nachzuweisen. Sicher aber ist, daß damals unter Beck der Oberquartiermeister v. Stülpnagel den Umsturz schon vorbereitet hatte. Die Kreisauer Gruppe, zu der auch der Jesuit Delp und der evangelische Pfarrer Gerstenmeier gehörten, schlug bewußt die

Brücke zu Arbeitern und Sozialisten. Es begann nun von allen Seiten das Ringen um die Generale, die Feldmarschälle, aber „diese hoffnungslosen Feldweibelnaturen“, wie Hassell sie genannt hat, versagten zum weitaus größten Teil.

Das Attentat vom 20. Juli war aber auf keinen Fall, wie Hitlers Sprachregelung es wollte und wie auch Churchill es damals glaubte, die Tat einer Offiziersclique, die sich salvieren wollte. Es war ein Widerstand, der auf echter Feindschaft aus politischen und moralisch-religiösen Gründen beruhte und nicht erst durch den nahen Zusammenbruch hervorgerufen war.

Warum aber ist die deutsche Widerstandsbewegung gescheitert?

Ernst Jünger hat im April 1944 in sein Pariser Tagebuch eingetragen, daß es sich nur um eine moralische Opposition handele, nicht um eine mit echtem politischen Instinkt; es fehle ihr ein Sulla oder auch nur ein simpler Volksgeneral. Angesichts der Kreisauer warf er die Frage auf, ob diese letzten Blüten des deutschen Idealismus der diabolischen Gewalt Hitlers gewachsen seien. Beck war ein Clausewitz ohne einen Schuß Blücher oder Yorck, deshalb mußte er in der entscheidenden Stunde versagen. Schwere Schuld trifft die Generale, die sich nicht nur aus Scheu vor Eidbruch, sondern vor allem aus fehlendem politischem Verständnis versagten.

Dies alles hat mit zum Scheitern beigetragen. Entscheidend aber war, daß die Widerstandsbewegung weder im Volke noch bei der Wehrmacht die Bereitschaft gefunden hat, die nötig gewesen wäre.

Die Widerstandsbewegung hat zuletzt nur noch Deutschlands Ehre zu retten versucht, so wie es in den letzten Worten des Generals von Tresckow ausgedrückt ist, der nach dem 20. Juli freiwillig an der Front den Tod suchte: Gott habe Abraham versprochen, Sodom zu retten, wenn er auch nur zehn Gerechte dort fände.

B.B.

Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 3465

Schriftlicher Bericht

des Untersuchungsausschusses

(47. Ausschuß)

gemäß Antrag der Fraktion der SPD betreffend

Prüfung, ob durch die Personalpolitik
Mißstände im Auswärtigen Dienst eingetreten sind

— Nr. 2680 der Drucksachen —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Brill

Inhalt	Seite
I. Allgemeiner Teil	3
II. Die einzelnen Fälle	5
v. Bargaen	5
Blankenhorn	6
Dittmann	8
v. Etzdorf	12
v. Grundherr	14
Haas	14
Heinburg	18
Herwarth v. Bittenfeld	19
v. Kamphoevener	19
v. Keller	19
v. Kessel	21
Theo Kordt	22
v. Marchtaler	24
Melchers	24
v. Nostitz	26
Peter Pfeiffer	28
Schwarz	30
Schwarzmann	31
Simonis	32
Tichy	33
Trützschler v. Falkenstein	34
III. Zusammenfassung	35
IV. Empfehlungen	36
V. Antrag des Ausschusses	37
Anlage 1:	
Schreiben an den Bundesaußenminister vom 14. Mai 1952	38
desgl. vom 17. Mai 1952	41
Anlage 2:	
Dokumententeil:	
1. „Ihr naht euch wieder...“ Artikelserie von Heinz-Mansfeld, veröffentlicht in der „Frankfurter Rundschau“ am 1., 3., 4., 5. und 6. September 1951	41

	Seite
II. Telegramm Dr. v. Bargens vom 9. Juli 1942	48
III. Bericht Dr. v. Bargens vom 11. November 1942	48
IV. desgl. vom 4. Dezember 1942	49
V. Kolonialplan vom 4. September 1940 (in englischer Sprache; Rückübersetzung ins Deutsche durch den Sprachendienst des Bundestages)	50
VI. Denkschrift von Dr. v. Eitzdorf aus dem Herbst 1939	52
VII. Erklärung des ehemaligen Generalobersten, zuletzt Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder vom 8. März 1952	55
VIII. Telegramm des AA vom 17. September 1943 an den Reichsbevollmächtigten in Dänemark; Verfasser des Telegramms Dr. v. Grundherr	58
IX. Beantwortung der Fragen 8 und 10 des Fragebogens des Unterausschusses „Auswärtiger Dienst“ vom 27. September 1950 durch die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten	59
X. Judenmaßnahmen in einem der Länder, die zum Referat Pol IV des Ribbentropschen AA, Referatsleiter Dr. Heinburg, gehörten	60
XI. Auszüge aus dem Buch von Hans Rothfels „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, Krefeld 1949, Seiten 74 bis 76, Seite 158 und Seite 219	72
XII. Brief von Lord Halifax vom 9. August 1947	73
XIII. Telegrammwechsel zwischen dem AA und der Gesandtschaft Bern vom 1. und 3. Dezember 1939 betr. Sichtung von Material aus der Britischen Botschaft in Rom durch Botschaftsrat Dr. Kordt	74
XIV. Darstellung der Teilnahme von Dr. Melchers an der Widerstandsbewegung, von ihm selbst am 28. Februar 1946 verfaßt	76
XV. Erklärung des Ministerialdirektors Blankenhorn über die Motive seiner Ablehnung einer Intervention zugunsten von Nostitz im Jahre 1950	89
XVI. Schreiben des AA vom 29. Januar 1942 über die deutsche Kriegspropaganda auf der iberischen Halbinsel, Verfasser Legationsrat v. Trützschler (Rückübersetzung ins Deutsche durch den Sprachendienst des Bundestages)	89
XVII. Erlaß des Reichsaußenministers vom 5. April 1943 betr. die Bildung eines Europa-Ausschusses und Richtlinien für die Arbeit des Europa-Ausschusses	90
— Ernennung des Legationsrats v. Trützschler zum Sekretär des Europa-Ausschusses im AA Ribbentrops (Rückübersetzung ins Deutsche durch den Sprachendienst des Bundestages)	91

Anlage 3:

I. Schreiben des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts vom 1. März 1952	93
II. Erklärung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts vom 25. März 1952	97

I. Allgemeiner Teil

Der Untersuchungsausschuß ist durch Beschluß des Bundestages vom 24. Oktober 1951 in der 170. Sitzung (Stenographischer Bericht Seite 7035C bis 7036D) gebildet worden. Er bestand aus sieben Mitgliedern, nämlich den Herren Abgeordneten Fürst Fugger von Glött, Dr. Gerstenmaier, Dr. Köhler (CDU/CSU), Dr. Arndt, Dr. Brill, Erler (SPD), Dr. Becker (Hersfeld) (FDP). Im Laufe der Verhandlungen ist der Abgeordnete Dr. Arndt aus dem Ausschuß ausgeschieden und durch den Abgeordneten Birkelbach ersetzt worden. Außerdem hat der Abgeordnete Onnen den Abgeordneten Dr. Becker (Hersfeld) während dessen Erkrankung, der Abgeordnete Dr. Vogel den Abgeordneten Dr. Gerstenmaier und der Abgeordnete Freiherr v. Fürstenberg den Abgeordneten Fürst Fugger v. Glött zeitweise vertreten. Der Ausschuß wählte den Abgeordneten Dr. Becker (Hersfeld) zum Vorsitzenden, den Abgeordneten Dr. Köhler zu seinem Stellvertreter und den Abgeordneten Dr. Brill zum Berichterstatter; die Abgeordneten Dr. Becker (Hersfeld) und Erler sind zeitweise als Teilberichterstatter tätig gewesen.

Nach dem Antrag der Fraktion der SPD vom 12. Oktober 1951, Drucksache Nr. 2680, sollte der Ausschuß prüfen:

1. Wurden oder werden im Auswärtigen Dienst, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, Personen beschäftigt, deren Verhalten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet ist, künftig das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden?
2. Auf welche Einflüsse ist eine Beschäftigung solcher Personen zurückzuführen?
3. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um Mißgriffe in dieser Personalpolitik aufzudecken und zu verhüten oder Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren?

Zur Erfüllung dieser Aufgabe beschloß der Untersuchungsausschuß am 16. November 1951, an den Herrn Bundesaußenminister folgendes Schreiben zu richten:

„Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!

In Ihrer Eigenschaft als Bundesaußenminister beehren wir uns, Ihnen Kenntnis zu geben von den Beschlüssen, die der Untersuchungsausschuß Nr. 47 zur Erledigung der Drucksache Nr. 2680 heute einstimmig gefaßt hat.

Der Untersuchungsausschuß hat beschlossen, zur Durchführung seiner Aufgabe Sie um Übersendung einer Liste aller im Dienst des Auswärtigen Amtes stehenden Personen des höheren, gehobenen und mittleren Dienstes zu ersuchen, und zwar mit folgenden Angaben:

1. Vor- und Zuname,
2. Geburtstag und -ort,
3. derzeitige Beschäftigung,
4. Eintritt in das jetzige Auswärtige Amt,
5. letzte Beschäftigung vor dem 8. 5. 45,
6. Mitgliedschaft bei der NSDAP oder deren Gliederungen,
7. Mitteilung, welche Angaben der Betreffende zu Punkt 6 in seiner Bewerbung gemacht hat und ob und welche Feststellungen an Hand des Document Center gemacht sind und welche Angaben der Betroffene zur Aufklärung etwa hierbei festgestellter Widersprüche gemacht hat.

Der Ausschuß hat ferner einstimmig beschlossen, die Personalakten der in der Anlage dieses Schreibens aufgeführten Personen, die in den Artikeln der „Frankfurter Rundschau“ genannt waren, sicherzustellen in der Form, daß diese Akten zu Händen des Vorsitzenden dieses Ausschusses übergeben werden.

Der Ausschuß wird sich mit Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetter in Verbindung setzen, damit durch die Führung der Untersuchung von beiden Seiten keine Verzögerungen entstehen.

Wir bitten Sie veranlassen, daß bis zum 22. 11. 1951, vormittags, sowohl diese Akten wie die vorher genannte Liste ausgehändigt werden.

Der Ausschuß hat ferner einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß jede neue Etatisierung der in der Anlage genannten Personen bis zum Abschluß seiner Untersuchungen unterbleiben soll. Dabei bleibt vorbehalten, weitere Personen im Laufe der Untersuchung zu benennen.

Es darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß Ihrerseits danach verfahren wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

(gez.) Dr. Becker“

Weiter hat der Ausschuß am 23. November 1951 in Anwesenheit des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetter über die bisherigen Maßnahmen zur Klärung der gegen den Auswärtigen Dienst erhobenen Vorwürfe gehört. Da der Leiter der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Dittmann, in das Verfahren einbezogen werden sollte, wurden die Herren Dr. Wilde und Dr. Schwarz als Vertreter des Auswärtigen Amtes zu den Sitzungen zugelassen.

Endlich wurde beschlossen, grundsätzlich nicht öffentlich zu tagen. Nur die Vernehmung des Journalisten Michael Heinz-Mansfeld sollte öffentlich durchgeführt werden.

Der Untersuchungsausschuß hielt es für praktisch, seiner Tätigkeit die von Herrn Heinze-Mansfeld in der „Frankfurter Rundschau“ am 1., 3., 4., 5. und 6. September 1951 veröffentlichten Artikel, die insgesamt die Überschrift tragen: „Ihr naht euch wieder . . . Einblicke in die Personalpolitik des Bonner Auswärtigen Amtes“, zugrunde zu legen. Diese Artikel sind im Dokumententeil dieses Berichtes (Anlage 2) unter Nr. 1 enthalten.

Das Auswärtige Amt hat die in dem vorstehenden Schreiben vom 16. November 1951 erbetenen Akten dem Ausschuß übergeben. In der Vernehmung von Herrn Heinze-Mansfeld, die am 18. Dezember 1951 in öffentlicher Sitzung erfolgte, wurden dem Ausschuß diejenigen Protokolle und Dokumente des sogenannten Wilhelmstraßen-Prozesses bezeichnet, auf denen die Darstellung der in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichten Artikel beruht. Die Bände sind aus dem Archiv des Institutes für Zeitgeschichte in München beschafft worden. Vollständig war das allerdings nicht möglich, da in mehreren Fällen bestimmte Dokumenten-Nummern nicht aufgefunden werden konnten.

Am 10. Januar 1952 hat der Berichtersteller einen 36 Seiten umfassenden Vorbericht erstattet, der sich ausschließlich auf die Personalakten des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes und des neuen Auswärtigen Amtes stützte. Angesichts des Zustandes dieser Akten konnte jener Bericht jedoch von vornherein nicht als erschöpfend betrachtet werden. Die Personalakten des alten Auswärtigen Amtes sind im Jahre 1943 durch einen Bombenangriff vernichtet worden. Sie konnten nur zum Teil rekonstruiert werden, weshalb die benutzten Akten eines echten urkundlichen Wertes entbehren. Aber auch die Personalakten des neuen Auswärtigen Amtes sind in einigen Fällen - z. B. Dr. v. Etzdorf und Dr. Schwarzmann - nur bedingt beweiskräftig. Die neuen Personalakten Dr. v. Etzdorfs können noch nicht einmal eine Loseblattsammlung genannt werden. Sie bestehen aus einem Hefter, aus dem nach Belieben jedes Stück entfernt werden könnte. Außerdem fehlt den Personalakten das Inhaltsverzeichnis. Die Personalakten Dr. Schwarzmanns sind in einem ähnlichen Zustande; die Aktenblätter sind nicht numeriert. In anderen Fällen sind die Personalakten des neuen Auswärtigen Amtes in tadelloser Ordnung. Der Zustand der Akten läßt im allgemeinen nicht den Eindruck aufkommen, daß im Auswärtigen Amt eine zentrale Stelle vorhanden ist, die die Vorschriften der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Fachministerien kennt oder die diese Vorschriften durchführt. Der Ausschuß hält es für seine Pflicht, vorab auf diesen Zustand aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern.

Für alle Vernehmungen sind sodann aus den Nürnberger Prozeßmaterialien (in der Folge kurz „Nürnberger Dokumente“ genannt) diejenigen Stücke gruppiert worden, die sich auf eine einzelne Person des jetzigen Auswärtigen Dienstes beziehen. Nicht der Sachzusammenhang des Nürn-

berger Prozesses und auch nicht das Vorbringen jener Personen bei den Vernehmungen durch die Gerichtskommission oder bei Spruchkammerverhandlungen war für die Verwendung der Nürnberger Dokumente durch den Ausschuß maßgebend, sondern lediglich das Interesse, das durch Ziffer 1 des Bundestagsbeschlusses vom 24. Oktober 1951 umschrieben worden ist.

Schließlich hat es der Untersuchungsausschuß für richtig gehalten, zur Ermittlung der Sachverhalte einige Literatur herauszuziehen. „Das Urteil im Wilhelmstraßen-Prozeß“, herausgegeben von Dr. Kempner und Dr. Haensel unter Mitwirkung von Rechtsanwalt Tuerck, Schwäbisch Gmünd 1950, hat allen Mitgliedern des Ausschusses vorgelegen. Die Bücher von Dr. Erich Kordt, „Wahn und Wirklichkeit“, Stuttgart 1948, und „Nicht aus den Akten“, Stuttgart 1950, sind beim Vortrage des Berichtserstatters teilweise verwendet worden. Auszüge aus dem Buch „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, von Hans Rothfels, Krefeld 1949, sind verlesen worden. Die Kenntnis der Bücher „Verschwörung in Deutschland“ von Allen W. Dulles, Kassel 1949, „Vom anderen Deutschland“ von Ulrich von Hassel, Zürich 1946, „Nürnberger Tagebuchnotizen“ des Frhr. v. d. Lippe, Frankfurt a. M. 1951, und „Erinnerungen“ von Ernst v. Weizsäcker, München 1950, ist, wie bereits im Bericht Dr. Schettlers vom 24. November 1951 geschehen, vom Ausschuß vorausgesetzt worden. Auf diese Literatur wurde jedoch kein entscheidender Wert gelegt; sie wurde nur zur Ergänzung der Beweisaufnahme herangezogen.

Auskünfte des Document Center hat der Ausschuß nicht eingeholt.

Im Verlaufe seiner Verhandlungen über den Rademacher-Prozeß, die einen Teil des Komplexes v. Barmen bildeten, erhielt der Ausschuß Kenntnis davon, daß außer den alten Personalakten noch sogenannte Geldakten des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes vorhanden sind. Diese Geldakten sind nicht beigezogen worden, weil anzunehmen war, daß sich darin für die vom Ausschuß verhandelten Fälle wirklich interessante Einzelheiten nicht befinden.

Die einzelnen Untersuchungshandlungen sind in sinngemäßer Anwendung der Strafprozeßordnung durchgeführt worden. Das gilt insbesondere für die Vernehmungen. Alle Zeugen wurden vor der Vernehmung auf die Bedeutung des Eides hingewiesen. Der Ausschuß hat in allen Fällen und aus verschiedenen Gründen davon abgesehen, die Zeugen zu vereidigen. Nach Abschluß der Beweisaufnahme hat der Ausschuß ein Votum abgegeben, das den Vertretern des Auswärtigen Amtes unmittelbar nach der Beschlußfassung mündlich mitgeteilt wurde. Eine Zusammenstellung der Voten in der Form zweier Schreiben an den Herrn Bundesaußenminister findet sich als Anlage 1 am Schluß dieses Berichtes.

Alle Beschlüsse des Ausschusses sind in der jeweiligen Besetzung einstimmig gefaßt worden.

II. Die einzelnen Fälle

Vorbemerkung: Um dem Plenum des Deutschen Bundestages eine völlig freie Urteilsfindung zu ermöglichen, werden die vom Ausschuß untersuchten einzelnen Fälle in alphabetischer Ordnung dargestellt.

1. Werner v. Barga

Geboren am 14. Februar 1898 in Wischhafen, Kr. Stade/Niederelbe, evangelisch-lutherisch, verheiratet, drei Kinder. — Abitur in Schulpforla, Referendarexamen im ganzen gut, Gerichtsassessor-examen befriedigend, Dr. jur. cum laude.

Laufbahn: 1925/26 Attaché Konsulat Thorn, 1926/28 Auswärtiges Amt (Rechtsabteilung), 1928/32

Gesandtschaft Riga, 1932/34 AA (Rechtsabteilung), 1934/36 persönlicher Referent von Staatssekretär v. Bülow, 1937/40 Botschaft Brüssel, 1940/43 Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber in Belgien, 1943/44 AA (Leiter des Referats Westeuropa in der Politischen Abteilung), 1944 Geschäftsträger in Paris, 1945 Wehrmacht (Hauptmann). Bis September 1946 in amerikanischer Internierung, danach Verwaltungsrechtsrat in Niedersachsen, 2. April 1951 Berufung in das Auswärtige Amt.

1928 Legationssekretär, 1935 Legationsrat, 1938 Botschaftsrat, 1941 Gesandter, VLR z. Wv.

Pg. vom 1. Mai 1933, Mitglieds-Nr. 2579492. Entlastet und in Gruppe V eingereiht durch den Entnazifizierungshauptausschuß in Stade am 7. Oktober 1947.

Ergebnis der Ermittlungen von Dr. Schetter:

Artikel der „Frankfurter Rundschau“	Dienstliche Äußerung (Ausführliche schriftliche Stellungnahme in der Anlage)	Würdigung
1. v. B. war Pg., Botschaftsrat, hatte Gesandtenrang, war Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Brüssel.	Angaben treffen zu.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. 1933/34 war v. B. Frankreich-Referent im Auswärtigen Amt.	Trifft nicht zu.	Angabe der FR ist unrichtig.
3. v. B. hat energisch bestritten, daß das Auswärtige Amt mit Deportationen etwas zu tun gehabt habe. Er ist auch nach Vorlage seiner eigenen Berichte bei dieser Meinung verblieben.	v. B. hat tatsächlich bestritten, daß das AA mit Deportationen etwas zu tun gehabt habe. Es ist jedoch nicht richtig, daß durch seine eigenen Berichte das Gegenteil bewiesen worden ist.	Behauptung der FR entstellt den wahren Sachverhalt.
4. v. B. scheint den Begriff „Beihilfe zum Mord“ nicht zu kennen.	Ist keine Tatsache, sondern nur Meinungsäußerung der FR, die für v. Barga nicht wichtig ist.	Keine Tatsachenfeststellung.
5. Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung kann v. B. zunächst nicht mit ja oder nein beantworten und muß sie schließlich verneinen.	Angabe der FR ist richtig. Frage der Beteiligung am Widerstand könnte dargetan werden.	Keine unrichtige Angabe der FR.
6. Behauptung v. B.s, er habe gegen Deportation und Geiselserschießungen protestiert, konnte nicht durch Dokumente in einem Verhör bewiesen werden. Befragt, sagte v. B.: „Ich weiß nicht, ob meine Berichte vollständig vorhanden sind“. Weitere Frage: „Gibt es Berichte, in denen Sie nicht dagegen protestiert haben?“ Antwort v. B.: „Daran kann ich mich nicht erinnern“.	Ein Protest ist tatsächlich erfolgt. Dokumente standen und stehen mir nicht zur Verfügung.	Die Angaben der FR können nicht als direkt falsch bezeichnet werden.

Dr. v. Bargaen ist in der 16. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 19. März 1952 vernommen worden. Außerdem hat der Ausschuß die Bandaufnahme seiner Zeugenaussage im Radmacher-Prozeß gehört.

Dr. v. Bargaen wird beschuldigt, von der **Deportation belgischer Juden** gewußt und nichts dagegen unternommen zu haben. Um die Schwere der Beschuldigung deutlich zu machen, sei noch einmal hervorgehoben, daß Dr. v. Bargaen von 1937 bis 1940 als Gesandtschaftsrat (ab 1938 als Botschaftsrat) bei der Deutschen Botschaft in Brüssel tätig gewesen ist; der Krieg gegen Belgien unterbrach seine Tätigkeit nur für kurze Zeit, von 1940 bis 1943 war er der Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber in Belgien. Bei seiner Vernehmung durch Dr. Schetter hat Dr. v. Bargaen am 5. Oktober 1951 mit Bezug auf die Deportationen der Juden aus Belgien wörtlich folgendes gesagt: „Weder die Gesandtschaft in Brüssel noch ich hatten mit den Deportationen etwas zu tun“. Verantwortlich gewesen sei die Gestapo-Stelle in Brüssel; er habe nur von Dritten über die Maßnahmen dieser Dienststelle etwas gehört (Sonderakten Nr. 3 zu I Org 100—14, Vernehmungsniederschrift S. 2 u. 3). Diese Angabe steht in Widerspruch zu der Aussage, die Dr. v. Bargaen am 17. Juli 1948 vor der Kommission I des Militärgerichtshofes Nr. IV, Fall XI, Dokumente S. 16 490 ff., gemacht hat, wo er zugegeben hat, als Vertreter des AA beim Militärbefehlshaber an einzelnen Deportationshandlungen mitgewirkt zu haben. Außerdem sind dem Zeugen Dr. v. Bargaen in der Verhandlung des Untersuchungsausschusses eine Anzahl von Dokumenten vorgelegt worden, die sich auf die Zeit zwischen Juli und Dezember 1942 beziehen; durch sie wird im einzelnen das Ausmaß des Anteils, den Dr. v. Bargaen an den Deportationen der Juden gehabt hat, bewiesen. Dr. v. Bargaen hat dabei sogar das AA darauf aufmerksam gemacht, daß die vorhandenen Polizeikräfte nicht ausreichen, was nach Auffassung des Ausschusses auf eine Anforderung von Polizeieinheiten zur Durchführung der Deportationen hinausläuft. Erst der Vorhalt der Dokumente hat Dr. v. Bargaen dazu bringen können, mit vielen Vorbehalten die Behauptung, er könne sich nicht erinnern usw., durch eine ungefähr wahrheitsgemäße Aussage über die Rolle, die er bei den belgischen Judendeportationen gespielt hat, zu ersetzen. Die Dokumente sind in Anlage 2, Nrn. II bis IV, wiedergegeben.

Weiter wird Dr. v. Bargaen beschuldigt, **Geiseler-schießungen in Frankreich** nicht verhindert zu haben. Dr. v. Bargaen war von 1943 bis 1944 Leiter des Referates Westeuropa in der Politischen Abteilung des AA und 1944 Geschäftsträger in Paris. Dr. v. Bargaen stellte auch in Abrede, mit Geiseler-schießungen etwas zu tun gehabt zu haben. In der Verhandlung des Untersuchungsausschusses hat er jedoch ein von ihm unterzeichnetes Telegramm vom 6. April 1944 zugegeben, in dem von Geiseler-schießungen die Rede ist. Außerdem hat er zugegeben, bei Laval vorstellig geworden zu sein,

um für den Fall, daß ein französischer Legionär (Hauptmann Christophini), der in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten war, erschossen werden sollte, Repressalien zu verlangen.

Dr. v. Bargaen hat mitgeteilt, einmal mit General Stülpnagel in Paris für den Fall des Gelingens des Attentats auf Hitler abgesprochen zu haben, als Parlamentär verwendet zu werden, und weitere Angaben über seine **Verbindung zu Widerstandskreisen** gemacht.

Schließlich hat der Ausschuß einen **Brief Dr. v. Bargaens** aus Gerardmer vom 16. August 1944 an den Gesandten v. Bergmann zur Kenntnis genommen. In diesem Brief teilt Dr. v. Bargaen mit, daß Paris „allmählich“ von den deutschen Dienststellen geräumt werden soll. Da Paris bereits am 23. August 1944 von den Alliierten eingenommen wurde, erschien dem Ausschuß dieses Schreiben des Gesandten Dr. v. Bargaen in bezug auf seine **Urteilsfähigkeit in politischen Dingen** besonders bedeutungsvoll. Das gleiche gilt für seine Aussage, daß er nie etwas von der Existenz der Konzentrationslager Auschwitz und Natzweiler gehört habe.

Votum

Der Ausschuß hält Dr. v. Bargaen in jeder Beziehung für nicht geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst. Gegen eine Verwendung in einer anderen Bundesbehörde bestehen keine Bedenken.

Gründe:

Seine Behauptungen,

- a) daß sein Bericht nicht kausal für die Deportierung der Juden gewesen sei, weil diese schon anderweitig beschlossen worden sei,
- b) daß er an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944 teilgenommen habe,

werden als richtig unterstellt. Gleichwohl ist der Ausschuß einstimmig der Auffassung, daß allein schon die Tatsache des Vorhandenseins der von Dr. v. Bargaen verfaßten und unterzeichneten Aktenstücke ihn für die Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst untragbar erscheinen läßt.

Der Ausschuß vertritt den Standpunkt, daß es nicht seine Sache, sondern Sache der vorgesetzten Behörde Dr. v. Bargaens ist, zu prüfen, ob und wie weit er in bezug auf Art und Inhalt seiner Aussagen straf- oder disziplinarrechtlich zur Verantwortung gezogen werden soll.

2. Herbert Blankenhorn

Geboren am 15. Dezember 1904 in Mühlhausen/Elsaß, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder.

Laufbahn: März 1928 badischer Gerichtsreferendar, Juni 1929 Attaché im AA, August 1932 Gesandtschaft Athen, Dezember 1935 Botschaft Washington, September 1939 Gesandtschaft Helsinki, Dezember 1939 kurze Tätigkeit im AA, Mai

1940 bis 1943 Gesandtschaft Bern, 1943/45 AA (Protokoll). 6 Monate automatischer Arrest, März 1946 bis April 1948 stellvertretender Generalsekretär des Zonenbeirates für die britische Zone, dann Generalsekretär der CDU für die britische Zone in Köln und persönlicher Referent des Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Dr. Adenauer, seit 21. September 1949 persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1950 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, seit 1951 Leiter der politischen Abteilung des AA.

Juni 1936 Legationssekretär, 16. Mai 1940 Gesandtschaftsrat, 28. September 1943 Legationsrat I. Kl., 1950 Ministerialdirektor.

Mitglied der NSDAP seit dem 1. Dezember 1938; Mitglieds-Nr. 6 977 147. Ein erster Antrag ist im Jahre 1934 wegen eines Zusammenstoßes mit dem mecklenburgischen Gauleiter Hildebrandt, bei dem Blankenhorn die Stellung der NSDAP zur Judenfrage grundsätzlich abgelehnt hatte, zurückgewiesen worden. Blankenhorn hat den Aufnahmeantrag 1937 auf Vorschlag des Vertreters der Parteiführer in Washington, SS-Standartenführer Scholz,

erneuert. Durch Bescheid des Entnazifizierungsausschusses Hamburg in Gruppe V eingereiht.

Blankenhorn hat an einer Reise von Beamten des AA, die im September 1941 an die Ostfront stattfand, teilgenommen. Er war in Witebsk, Smolensk und im Warschauer Ghetto. Der Ausschuss hat zwei Fotografien dieser Reisegesellschaft gesehen; eine zeigt sie auf freiem Felde vor einem D-Zug, die andere vor einer griechisch-orthodoxen Kirche in der Nähe von Witebsk. Auf beiden Bildern ist der Zeuge in Zivil erkennbar. Nach der Aussage von Blankenhorn sollte diese Besichtigungsfahrt den in Auslandsmissionen tätigen deutschen Beamten Gelegenheit geben, auf Grund ihrer an der Front gewonnenen Eindrücke die Militärpolitik des Dritten Reiches zu vertreten. Der Zeuge gibt an, daß bei einigen Reiset Teilnehmern das Gegenteil erreicht wurde, da das Gesehene sie erschütterte hat.

Dr. Schetter faßt Beschuldigung, Äußerung und Würdigung in bezug auf Blankenhorn wie folgt zusammen:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. B. sei SCer und Pg. gewesen.	Während des Studiums weder dem SC noch irgendeiner studentischen Verbindung angehört.	Angabe der FR ist unrichtig.
2. B. sei der erste ex-Pg.-Ministerialdirektor der Bundesregierung 1950 und habe sich dessen gerühmt.	B. hat sich dessen nie gerühmt. Angabe der FR sei eine böswillige, jeder Tatsache entbehrende Unterstellung.	Angabe der FR ist unrichtig.

Blankenhorn ist in der 31. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 5. Mai 1952 nachmittags vernommen worden. Der Ausschuss hat dabei keinen Wert auf die persönliche Seite gelegt, sondern die Rolle untersucht, die Blankenhorn in den verschiedenen Phasen der Personalpolitik der Bundesregierung gespielt hat. Aus der Vernehmung Blankenhorns, weiteren Zeugenvernehmungen (Hummelsheim, Dr. Haas, Dr. Melcher, Dr. Schwarz u. a.) und aus den Personalakten Dr. von Marchtaler, Dr. Trützschler v. Falkenstein, Dr. v. Bargen, v. Kamphoven und v. Kessel ergibt sich folgendes:

a) Mindestens seit März 1949 haben in Abteilung V des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Herren v. Maltzahn, Holzhausen und v. Fries eine anscheinend nicht autorisierte eigene Tätigkeit in bezug auf den Aufbau des Auswärtigen Dienstes entwickelt. Zu diesem Zwecke korrespondierten sie mit Bewerbern, stellten einen Organisationsplan sowohl für ein Auswärtiges Amt wie für Missionen im Auslande auf und merkten auch für die Besetzung einzelner Stellen die Namen bestimmter Personen vor.

b) Am 20. Juni 1949 wurde Landrat Walter Hummelsheim vom Oberdirektor des Vereinigten

Wirtschaftsgebietes, Dr. Pünder, beauftragt, die personalpolitischen Vorbereitungen für die Besetzung der ECA-Vertretungen in Paris und Washington zu treffen. Als Grundsatz galt dabei, daß frühere NS-Funktionäre und Mitglieder der NSDAP mit einem bestimmten Eintrittstermin als Bewerber nicht in Frage kamen. Hummelsheim hinterließ nach der Erledigung seines Auftrages, d. h. nachdem die genannten ECA-Vertretungen geschaffen worden waren, 140 entscheidungsreife Bewerbungen, die durch einen seiner Mitarbeiter, Freiherrn v. Buddenbrock, im Februar oder März 1950 dem Organisationsbüro für die konsularisch-wirtschaftlichen Vertretungen, das innerhalb des Bundeskanzleramtes eingerichtet worden war, übergeben wurden. Außerdem hatten die Herren Ministerialdirektor Dr. Krautwig und Dr. Martini von der Dienststelle des Oberdirektors auf Veranlassung von Dr. Pünder einen Organisationsplan für ein Auswärtiges Amt ausgearbeitet, der von Dr. Krautwig dem Organisationsbüro zugeleitet worden ist.

c) Nach der Errichtung der Bundesregierung wurde unter der Leitung des jetzigen Botschafters in Brüssel und damaligen bayerischen Staatsministers Dr. Anton Pfeiffer ein Arbeitsstab gebildet, der die Aufgabe hatte, eine Denkschrift für

den Auswärtigen Dienst auszuarbeiten. Zu diesem Arbeitsstab gehörten auch die Herren Dr. Dittmann, Dr. Schwarzmann, Holzhausen und Dr. Haas. Diese Denkschrift enthielt u. a. schematische Darstellungen; Personen waren in ihr nach der Erinnerung von Blankenhorn nicht genannt. Die Tätigkeit dieses Arbeitsstabes endete, nachdem entschieden worden war, vorläufig ein Auswärtiges Amt nicht zu bilden.

d) Blankenhorn war in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der CDU für die britische Zone auch Geschäftsführer des außenpolitischen Ausschusses dieser Partei. Beamte der britischen Militärregierung hatten die Anregung gegeben, eine Verbindungsstelle zwischen der künftigen deutschen Bundesregierung und der Militärregierung zu schaffen und sich Gedanken über die Zusammensetzung einer solchen Verbindungsstelle zu machen. So hat Blankenhorn mit früheren Kollegen aus dem Auswärtigen Dienst korrespondiert und diesen eine Übernahme in Aussicht gestellt.

e) Im September 1950 hat dann Dr. Melchers einen größeren Plan für die Errichtung und Besetzung von Auslandsmissionen vorgelegt, der auch die Besetzung der einzelnen Referate in den Auslandsmissionen einschloß. Als Ganzes ist dieser Plan nicht zur Durchführung gekommen.

f) Über das Ernennungsverfahren im Bundeskanzleramt bzw. im AA hat der Ausschuß nach Befragung des Zeugen erfahren, daß diese Dienststellen neben dem eigentlichen Vorschlag ein Formular benutzen, das im Dritten Reich üblich war; nur die Spalten über die Zugehörigkeit zur NSDAP usw. sind weggelassen worden. Im Einverständnis mit dem Zeugen wurde festgestellt, daß dieses Formular als unvollständig betrachtet werden muß, da es über die politische Zuverlässigkeit des Bewerbers keine Angaben enthält. Nur bei der Ernennung von Missionschefs werden Ausführungen über den politischen Werdegang der Kandidaten beigelegt.

g) Bis zur Ernennung eines Staatssekretärs für das AA war Blankenhorn insofern an den Ernennungen beteiligt, als die Vorschläge durch ihn dem Herrn Bundeskanzler zur Entscheidung vorgelegt wurden. Nach mündlich erteilten Richtlinien des Herrn Bundeskanzlers ist dabei die Entnazifizierung mit besonderem Ernst geprüft worden. Herr Dr. Adenauer war der Auffassung, daß bei der Entnazifizierung der höheren Beamten nicht immer mit der nötigen Strenge vorgegangen worden sei. Wenn ihm eine Ernennung nicht durchsetzbar erschien, hat Blankenhorn gegenüber Dr. Haas vorher abgewinkt.

Votum:

Der Ausschuß hält Blankenhorn für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Blankenhorns Mitgliedschaft in der NSDAP war rein formal und besitzt gegenüber der in den Ver-

nehmungen anderer Zeugen, insbesondere von Dr. Melchers, festgestellten Tatsache, daß Blankenhorn zu den treibenden Kräften in der Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 gehörte, kein Gewicht. Übrigens war er nicht Mitglied eines SC.

Bei Würdigung der Umstände, unter denen Blankenhorn am 21. September 1949 seine Tätigkeit in der Bundesregierung begonnen hat, ist rechtlich gegen die Führung seiner Dienstgeschäfte in Personalsachen nichts einzuwenden.

3. Herbert Dittmann

Geboren am 3. Januar 1904 in Langenberg, Kr. Wiedenbrück/Westf., katholisch, verheiratet, keine Kinder. — Referendar- und Assessorprüfung befriedigend, Doktorprüfung rite.

Laufbahn: 1929/32 Attaché im AA. 1933/36 Botschaft Moskau, 1936/1938 Vizekonsul in Jerusalem, 1939/40 AA (Tätigkeit in der Rechts- und Personalabteilung), 1940/41 Gesandtschaft Teheran, 1941/43 AA (1941 Personalabteilung, dann bis 1943 Arbeitsgruppe Graf v. d. Schulenburg und Aushilfe in der Personalabteilung), 1943/44 Generalkonsul in Izmir, 1946/48 beauftragter Richter beim Landgericht Dortmund, Juli 1948 Oberlandesgerichtsrat beim OLG Hamm, 1. Oktober 1949 Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission), 1951 AA.

1932 Legationssekretär, 1939 Legationsrat, 1940 Gesandtschaftsrat, 1941 Legationsrat I. Kl., 1943 Generalkonsul, 10. Oktober 1950 Vortragender Legationsrat. Durch Ernennungsvorschlag vom 19. Juli 1951 für die Beförderung zum Ministerialdirigenten vorgesehen und mit der Leitung der Personalabteilung des AA beauftragt.

Mitglied der NSDAP seit dem 1. Dezember 1937, Mitglieds-Nr. 4 789 472. Durch Bescheid der Denazifizierungskammer Wiedenbrück vom 27. Juni 1947 unter den Bestimmungen der Britischen Militärregierungsverordnung Nr. 79 entlastet (Gruppe V).

In der Vernehmung, die Dr. Schetter am 3. Oktober 1951 vorgenommen hat, ist die Behauptung der Artikel der „Frankfurter Rundschau“, Dr. Dittmann sei der einzige Pg., der in einer Bundesbehörde die Stellung eines Personalchefs erreicht habe, von Dr. Dittmann selbst als zutreffend bezeichnet worden. Er machte jedoch geltend, daß er ein Gegner des Nationalsozialismus und nur formell Mitglied der NSDAP gewesen sei. Sodann legte Dr. Dittmann Wert auf die Feststellung, an den Nürnberger Prozessen in keiner Weise beteiligt gewesen zu sein. Die Angabe der „Frankfurter Rundschau“, daß Dr. Dittmann SCer gewesen sei, trifft zu.

Die Tatsache, daß Dr. Dittmann während des Dritten Reiches, und zwar im Verlaufe des Krieges zweimal, in der Personalabteilung des Ribbentrop-AA tätig gewesen ist und jetzt wieder als Chef der Personalabteilung des neuen AA verwendet werden sollte, hat den Untersuchungsausschuß zu einer besonders eingehenden Nachprüfung

veranlaßt. Während seiner Untersuchungen im Falle Dr. Dittmann fand der Prozeß gegen den ehemaligen Legationsrat Rademacher statt, der zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. An diesem Prozeß nahm ein Vertreter des AA, Dr. v. Keller, als Beobachter teil. Dr. Dittmann ist darüber in der 10. Sitzung am 21. Februar und in der 13. Sitzung am 11. März 1952 eingehend vernommen worden. Über diesen Komplex erstattet der Vorsitzende des Ausschusses folgenden Sonderbericht:

I. Dr. Dittmann ist Chef der Personalabteilung des AA. Er war unter Ribbentrop in der Personalabteilung des damaligen AA tätig. Er war Pg., ist aber entlastet.

Wenn auch formal-juristisch gesehen die Pgeigenschaft Dr. Dittmanns, da er entlastet ist, nicht mehr ins Gewicht fällt, so ist es doch nicht mehr angängig, daß er heute Chef der Personalabteilung des AA ist, nachdem er bereits unter Ribbentrop in der Personalabteilung des damaligen AA tätig war. Er verweist zwar (vergl. 13. Sitzung, Seite 18 des stenographischen Protokolls) darauf, daß die NSDAP zweimal gegen seine Verwendung in der Personalabteilung des damaligen AA Bedenken erhoben habe und daß er zweimal die Personalabteilung habe verlassen müssen. Da aber dem Ausschuss bekannt ist, daß grundsätzlich in keinem Ministerium zum Chef der Personalabteilung eine Persönlichkeit ernannt ist, die in der Zeit von 1933 bis 1945 in einer Personalabteilung der damaligen Reichsministerien tätig war, so crachtet der Ausschuss es für richtig, daß Dr. Dittmann nicht als Chef der Personalabteilung verbleibt.

II. Der Unterausschuss des Ausschusses Nr. 7 (für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten), der zur Prüfung der Personalangelegenheiten im AA eingesetzt war, hatte empfohlen, Herrn Hecker nicht wieder einzustellen. Es ist festgestellt worden, daß Dr. Hecker gleichwohl wieder eingestellt worden ist. Dr. Dittmann hat bei seiner Vernehmung vor dem Ausschuss erklärt, daß er erst vor kurzem von der Empfehlung der Nichteinstellung Kenntnis erhalten habe und daß die Einstellung des Dr. Hecker schon in die Wege geleitet gewesen sei, als er Chef der Personalabteilung geworden sei. Diese Angaben sind nicht zu widerlegen. Es kann also keine Feststellung getroffen werden, daß Dr. Dittmann persönlich eine Schuld daran trifft, daß entgegen der Empfehlung des Unterausschusses gehandelt worden ist. Es bleibt aber festzustellen, daß diejenigen Herren des AA, welche als dessen Vertreter den Verhandlungen des Unterausschusses gefolgt sind, es nicht für nötig gehalten haben, in einem Bericht diese Tatsachen festzuhalten, die entsprechenden Notizen daraus der Personalabteilung für die Generalakten zu überweisen und eine entsprechende Notiz den Spezialakten des

Dr. Hecker beizufügen. Der Ausschuss stellt ausdrücklich fest, daß die hier gerügte Handlungsweise nicht nur einen formalen Mangel in der geschäftsmäßigen Behandlung, sondern eine Mißachtung des Beschlusses eines parlamentarischen Ausschusses darstellt.

III. Die bisherige Beweisaufnahme hat ergeben, daß bei der Einstellung des Herrn Damerau Dr. Dittmann dessen Entnazifizierungsakten lediglich in der Privatwohnung von Damerau eingesehen hat. Sie befinden sich nicht bei den Personalakten des Herrn Damerau. Der Ausschuss ist der Meinung, daß — selbst wenn man hieraus nicht den Schluß einer Begünstigung des Herrn Damerau ziehen will, wofür nicht genügend Unterlagen vorhanden sind — man doch die Bearbeitung einer Personalangelegenheit in dieser Form als ungewöhnlich und auffallend bezeichnen muß, und zwar um so mehr, als bei der Wiedereinstellung im AA die Entscheidung der Spruchkammer sowohl nach Tenor wie nach Begründung von Bedeutung erscheint.

IV. In der „Frankfurter Rundschau“ vom 8. März 1952 heißt es in einem Artikel mit der Überschrift „Die immer oben schwimmen“ von Karl Gerold wie folgt:

„... Dazu gehört zunächst einmal die Frage nach der Rolle, die der „Beobachter“ vom Auswärtigen Amt, Rupprecht v. Keller, im Rademacher-Prozeß gespielt hat ... Er hat, wie nachgewiesen, in den ersten Tagen des Prozesses als alter AA-Mann sowohl mit dem Gerichtsvorsitzenden wie auch mit Staatsanwalt und Verteidiger gesprochen. Was er mit dem Gerichtsvorsitzenden und dem Staatsanwalt besprochen hat, ist nicht bekannt. Der Verteidiger aber teilt mit, daß Dr. v. Keller auch ihm gegenüber die „Meinung“ vertrat — selbstverständlich ohne auf den Verlauf des Prozesses Einfluß nehmen zu wollen —, er, v. Keller und das Auswärtige Amt, würden es als gut befinden, wenn der Prozeß keine „Ausweitung“ erfahren würde! Und zwar: keine Ausweitung auf heute in Bonn tätige Beamte des Auswärtigen Amtes! ...“

A. In der 13. Sitzung des Unterausschusses vom 11. März 1952 ist Dr. Dittmann sehr ausführlich darüber befragt worden, ob und mit welchem Auftrag er Dr. v. Keller nach Nürnberg als Beobachter geschickt habe, was Dr. v. Keller ihm daraufhin berichtet habe, insbesondere ob Dr. v. Keller die zuvor zitierte Besprechung mit dem Verteidiger gehabt habe, was er darüber berichtet habe und was das AA, also Dr. Dittmann, daraufhin veranlaßt habe. Dr. Dittmann hat (vgl. Seite 7 ff. des Protokolls der 13. Sitzung) dazu folgende Aussagen gemacht:

a) Dr. v. Keller habe die Weisung bekommen, dort zu beobachten und zu berich-

ten. Diese Weisung sei ihm mündlich erteilt worden; eine Aktennotiz sei nicht gefertigt.

- b) Dr. v. Keller habe berichtet, daß er mit dem Vorsitzenden gesprochen habe, daß er auch mit dem Staatsanwalt und dem Verteidiger mal gesprochen habe; was er gesprochen habe, wisse er, Dr. Dittmann, im einzelnen nicht.
- c) Dr. v. Keller habe ihm eine Besprechung mit dem Verteidiger in der zuvor zitierten Form zugegeben. Er, Dr. Dittmann, habe auf diese Bemerkung keinen großen Wert gelegt, und er wisse daher nicht, was Dr. v. Keller dem Verteidiger bei dieser Besprechung gesagt habe.

Irgendwelche konkreten Angaben hat Dr. Dittmann — trotz eingehender Befragung — nicht gemacht. — Das war also am 11. März 1952.

- B. In der 14. Sitzung des Ausschusses, am 12. März 1952, ist dann der vorgenannte Dr. v. Keller vernommen worden. Aus seiner Darlegung (vergl. Seite 19 ff. der 14. Sitzung) ist folgendes festzustellen:

- a) Er ist von dem Zeugen v. Welck, Bearbeiter der Personalien der höheren Beamten in der Personalabteilung des AA, beauftragt worden, als Beobachter nach Nürnberg zu gehen. Eine von Dr. Dittmann unterzeichnete schriftliche Erklärung ist ihm, als Ausweis gegenüber dem Gericht, mitgegeben worden (vergl. Seite 19 ff.).

- b) Dr. v. Keller hat das, was nach seiner Meinung als Zweck seiner Entsendung anzusehen war, dahin formuliert (vergl. Seite 21): Es könnten sich Belastungen des AA ergeben

1. hinsichtlich solcher Herren, die sich bereits im Dienst befinden,
2. hinsichtlich solcher Herren, die sich bewerben und über die man im Rademacher-Prozeß mehr als aus ihren Bewerbungsschreiben erfährt.

Solchen Belastungen sei dann nachzugehen.

- c) Der Verteidiger Rademachers, Rechtsanwalt Tipp, ist Dr. v. Keller aus dem Nürnberger OKW-Prozeß bekannt, in welchem beide als Verteidiger amtiert haben.

In einem Gespräch Dr. v. Kellers mit Herrn Tipp ist nach Dr. v. Kellers Darstellung (vergl. Seite 26) die Frage der möglichen Ausweitung des Prozesses auf andere Personen, die im AA beschäftigt sind oder beschäftigt waren, berührt worden. Tipp habe, so sagt Dr. v. Keller aus, gesagt, dieser Prozeß

könne diesen oder jenen Seitenblick bringen mit diesem oder jenem Namen in einer Urkunde, sei es eine Mitzeichnung, Kenntnisnahme, ein „zugeleitet über“ oder sonst irgendeine Annäherung an den Prozeßgegenstand; die Presse würde eine solche Sache mit großer Freude aufgreifen und dergleichen.

Dr. v. Keller hat bei seiner Rückkehr nach Bonn Dr. Dittmann in etwa gleicher Weise über dieses Gespräch berichtet.

- C. Aus Seite 31 des Protokolls der Sitzung vom 12. März 1952 und aus der erneuten Vernehmung Dr. v. Kellers am 27. März 1952 ergibt sich, daß Dr. v. Keller durch Mitteilung des Verteidigers wußte, daß er, Tipp, vielleicht die Herren Blankenhorn und Seelos als Zeugen benennen müsse und daß der Name Dr. Dittmann in den Gerichtsakten genannt sei, auch die Photokopie eines von Dr. Dittmann mit „Kenntnis genommen“ oder so ähnlich abgezeichneten Berichts, des sogenannten Ostberichts, bei den Gerichtsakten sei.

Am 27. März 1952 hat Dr. v. Keller ausgesagt, daß er Dr. Dittmann in der zweiten Hälfte Februar 1952 hiervon Kenntnis gegeben und mit seinem Einverständnis eine weitere Kopie in Nürnberg bestellt habe. Diese sei kurz nach dem 1. März 1952 in Bonn bei ihm, Dr. v. Keller, eingetroffen und am 8. März 1952 anlässlich seiner Aussprache mit Dr. Dittmann über den an diesem Tage in der „Frankfurter Rundschau“ erschienenen Artikel, diesem, Dr. Dittmann, ausgehändigt worden.

- D. Hier sei nun aus der 13. Sitzung vom 11. März 1952, also am Tage vor der ersten Vernehmung des Dr. v. Keller, folgendes eingeschaltet. Als in jener Sitzung (11. März 1952) Dr. Dittmann vernommen worden war (vergl. IV A), hat er am Schluß dieser Sitzung mit einer Einleitung, so als wenn er auf eine ganz neue, mit diesen Dingen nicht in Zusammenhang stehende Sache zu sprechen kommen wollte, folgendes gesagt (vergl. Seite 19 ff. des Protokolls vom 11. März 1952):

„Dann habe ich noch eine zweite Sache, Herr Vorsitzender, die mir sehr am Herzen liegt. Mir ist das Gerücht zu Ohren gekommen, daß angeblich Herr Mansfeld noch weiteres Material das mich belasten soll, haben soll — als Gerücht —, und zwar hat sich das Gerücht dahin verdichtet, daß ein Bericht über Einsatzgruppenkommandos im Osten vorliegen soll, den ich abgezeichnet hätte. Ich habe mich sehr stark bemüht,

dieses Urkundenmaterial zu bekommen, und ich habe jetzt dieses Dokument aus dem Nürnberger Archiv in Photokopie hier vor mir liegen. Da ich mit der Möglichkeit rechne, daß diese Dinge vielleicht auch noch in der Presse veröffentlicht werden, möchte ich gern heute eine kurze Erklärung hierzu abgeben, damit die Dinge klargestellt werden.

Der Vorsitzende Abgeordneter Dr. Köhler, hat, erstaunt hierüber, erklärt, er höre zum erstenmal aus dem Munde des Zeugen, daß solche Behauptungen aufgestellt würden. Dr. Dittmann hat dann Gelegenheit bekommen, sich zur Sache zu äußern, und hat auch die betreffenden Photokopien dem Ausschuß vorgelegt. Auf die Frage, ob dieses Dokument ein fertiger Bericht gewesen sei, den er nur nachträglich zur Kenntnisnahme vorgelegt bekommen habe, oder ob es sich um einen noch nicht endgültig fertiggestellten Bericht gehandelt habe, den er zu dem Zweck erhalten habe, um sich gegebenenfalls über die Zweckmäßigkeit des Berichtes und seine Ausgestaltung zu äußern, hat er eine völlig klare und eindeutige Aufklärung nicht gegeben.

E. Nach der ersten Vernehmung des Dr. v. Keller vom 12. März 1952 ist der Zeuge Dr. Dittmann nochmals, und zwar am 14. März 1952, in der 15. Sitzung des Ausschusses vernommen worden. Auf Vorhalt (vergl. Seiten 25 ff. des stenographischen Protokolls der 15. Sitzung) hat er wie folgt Stellung genommen. Er hat zugegeben, daß er Dr. v. Keller eine Bescheinigung ausgestellt habe, die dieser dem Vorsitzenden des Gerichts habe übergeben sollen. Diese Tatsache sei ihm bei der ersten Vernehmung entfallen gewesen. Dr. v. Keller sei während der Prozeßdauer zwischenzeitlich nach Bonn gekommen und habe ihm auch zwischenzeitlich mündlich berichtet. Im ersten Zwischenbericht habe ihm Dr. v. Keller mitgeteilt, daß die Herren Blankenhorn und Seelos mit in das Verfahren hineingezogen werden könnten. Sein, Dr. Dittmanns, Name sei bei der Gelegenheit „noch“ nicht genannt worden. Er, Dr. Dittmann, habe bei diesem ersten Zwischenbericht zu Dr. v. Keller sinngemäß gesagt: was denn das mit dieser Anklage (Rademacher) zu tun habe, wenn jemand in die besetzten Ostgebiete gefahren sei. Er habe Dr. v. Keller gebeten, Herrn Blankenhorn darüber zu unterrichten.

F. Die Aussage des Dr. v. Keller bei seiner zweiten Vernehmung vom 27. März 1952 ergibt ganz deutlich, daß

1. Dr. Dittmann in der zweiten Hälfte Februar durch Dr. v. Keller Kenntnis

von dem Vorhandensein der Dr. Dittmann betreffenden Photokopie in den Gerichtsakten erhalten hat,

2. daß Dr. Dittmann die Anregung Dr. v. Kellers, für ihn, Dr. Dittmann, eine Kopie zu besorgen, angenommen hat,

3. daß Dr. v. Keller diese Kopie am 8. März 1952 ausgehändigt hat.

Dr. Dittmann mußte aber aus seiner Vernehmung vom 11. März 1952 wissen, daß es dem Ausschuß darauf ankam,

a) ob Herren im AA die Befürchtung hatten und haben mußten, in den Rademacher-Prozeß hineingezogen oder in ihm genannt zu werden;

b) ob mit Rücksicht hierauf die Einwirkung des Dr. v. Keller auf den Verteidiger erfolgt ist oder nicht.

G. Es kann dahingestellt bleiben, ob Dr. Dittmann im Zeitpunkt der Entsendung des Dr. v. Keller schon von der Tatsache des Vorhandenseins der ihn betreffenden Urkunde in den Akten der Nürnberger Gerichte Kenntnis gehabt hat. Jedenfalls steht fest:

a) Am 11. März 1952, bei seiner ersten Vernehmung, wußte er, daß sich diese Urkunde bei den Akten des Rademacher-Prozesses in Nürnberg befand; eine Photokopie hat er durch Dr. v. Keller im Nürnberger Archiv bestellt und am 8. März 1952 erhalten;

b) gleichwohl hat er bei seiner Vernehmung am 11. März 1952 diesen klaren Tatbestand übergangen durch Vorlage dieser Photokopie mit der Einleitung: „Dann habe ich noch eine zweite Sache ...“ und durch die wissentlich unwahre Behauptung, es gehe ein Gerücht, daß mit dieser photokopierten Urkunde gegen ihn vorgegangen werden solle, und hat einen ihm genau bekannten Tatbestand, — dessen genaue Bekanntgabe Dr. Dittmann, dem früheren Oberlandesgerichtsrat, bei seiner Vernehmung als notwendig klar war und vom Ausschuß erwartet werden konnte —, nach einstimmiger Auffassung des Ausschusses durch eine absichtlich verschleierte Darstellung vorenthalten.

Votum

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß Dr. Dittmann nicht in der Personalabteilung, aber wegen seines Verhaltens vor dem Ausschuß hinsichtlich des Rademacher-Prozesses auch nicht im Auswärtigen Amt weiter beschäftigt werden soll. Gegen seine Verwendung in einer anderen Bundesverwaltung bestehen keine Bedenken.

Gründe:

Dr. Dittmann nimmt für sich selbst nicht in Anspruch, an irgendeiner Widerstandshandlung während des Dritten Reiches beteiligt gewesen zu sein. Er hat im Gegenteil zweimal während des zweiten Weltkrieges in der Personalabteilung des Ribbentrop-AA gearbeitet. Es muß höchst bedenklich erscheinen, daß ein solcher Mann als Chef der Personalabteilung des AA der Bundesrepublik tätig sein konnte. Das würde, abgesehen von der persönlichen Seite des Falles, unter objektiven Gesichtspunkten zu einer Schädigung des Ansehens der Bundesrepublik und des Auswärtigen Dienstes führen.

4. Hasso v. Etzdorf

Geboren am 2. März 1900 in Elbing, evangelisch, verheiratet, keine Kinder. — Referendar- und Gerichtsassessorprüfung ausreichend, Dr. jur. rite.

Laufbahn: 1928/31 Attaché im AA, 1931/34 Botschaft Tokio, 1934/1936 Sekretär des Reichsaußenministers Frhr. v. Neurath, 1937/38 Botschaft Rom, 1938 Konsul in Palermo, 1938/39 AA, 1939/44 Vertreter des AA beim Oberkommando des Heeres, 1945 Generalkonsul in Genua 1. Oktober 1948 bis 30. Juni 1950 Deutsches Büro für Friedensfragen, 1. Juli 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für

Auch in diesem Falle betrachtet es der Ausschuß nicht als seine Aufgabe, in eine straf- oder disziplinarrechtliche Würdigung des Verhaltens eines Beamten vor dem Untersuchungsausschuß einzutreten; das ist Sache der vorgesetzten Dienstbehörde. Das Verhalten von Dr. Dittmann in der 13. und 15. Sitzung läßt den begründeten Verdacht entstehen, daß er falsche uneidliche Aussagen gemacht hat und sich eine Verletzung der Dienstpflichten des Beamten in bezug auf ein achtungswürdiges Verhalten, insbesondere auch der dienstlichen Wahrheitspflicht zuschulden kommen ließ. Er erscheint deshalb für die Verwendung im Auswärtigen Dienst nicht geeignet.

auswärtige Angelegenheiten), stellvertretender Leiter der Länderabteilung im AA.

1934 Legationssekretär, 1938 Legationsrat, 1939 Vortragender Legationsrat, als Vertreter des AA beim OKH zuletzt im Range eines Majors d. R., VLR z. Wv.

1919 Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, 1924/33 Mitglied des Stahlhelms.

1. Juni 1933 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 3 286 356. Seit dem 30. Juni 1938 Sturmbannführer, später Obersturmbannführer der SA (Angleichungs-rang entsprechend seiner Beamtenstellung). Durch Spruch der Spruchkammer Kaufbeuren vom 28. Mai 1948 entlastet.

Ergebnis der Ermittlungen von Dr. Schetter:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. E. war Pg.	Wird nicht bestritten.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. v. E. sei SA-Standartenführer gewesen und am 30. Januar 1933 in die SA eingetreten.	Nicht SA-Standartenführer gewesen, nicht am 30. Januar 1933 eingetreten. Richtig, daß er seit 1938 einen Angleichungs-rang, zuletzt als Obersturmbannführer, besaß.	Die Behauptung der FR könnte als eine Halbwahrheit angesehen werden und ist zumindest entstellt.
3. Verbindungsoffizier vom AA zum OKH.	Wird zugegeben.	Keine Unrichtigkeit der FR.
4. v. E. war im Juli 1940 im Hauptquartier in Fontainebleau am organisatorischen Einsatz des Kommandos Künsberg beteiligt.	Unrichtig, daß v. E. im Juli 1940 in Fontainebleau am organisatorischen Einsatz des Kommandos Künsberg beteiligt gewesen sei und daß er seine Mit-täterschaft an dem Verstoß gegen die Haager Landkriegs-ordnung zugegeben habe. Nach Dr. Kempner in Nürnberg übergebener Aussage hat v. E. erklärt, daß er erst mit dem Rußlandfeldzug nähere Beziehungen zur Gruppe Künsberg erhalten habe und daß er angewiesen gewesen sei, ihre or-	Artikel der FR über Beteili-gung am organisatorischen Ein-satz des Kommandos Küns-berg in Fontainebleau ist un-richtig. Richtig ist, daß v. E. Beziehungen zur Gruppe Küns-berg erst mit dem Rußland-feldzug erhalten und ihre or-ganisatorischen Wünsche zu vertreten hatte.

Artikel der FR

Dienstliche Äußerung

Würdigung

5. Überbringer eines Handschreibens von Weizsäckers an die Generale im Jahre 1942 mit der Aufforderung, „ja nicht militärisch zu erlahmen“.

organisatorischen Wünsche gegenüber der hierfür zuständigen Organisationsabteilung im Generalstab zu vertreten, bei der der bekannte Oberst Graf Stauffenberg federführend war.

v. E. hat niemals ein Handschreiben von Weizsäckers „an die Generale“ übergeben, nur gelegentlich einen Brief an unmittelbaren Dienstvorgetzten Generaloberst Halder übergeben. Nicht crinnerlich, ob im Brief die Wendung verzeichnet war, „ja nicht militärisch zu erlahmen“.

Artikel ist unrichtig. Richtig allein ist, daß einmal ein Handschreiben v. Weizsäckers an Generaloberst Halder durch v. E. übermittelt worden ist. Die Behauptungen der FR sind zumindest entstellt und übertrieben.

Der Ausschuß hat zunächst die **Entnazifizierungsangelegenheit** des Dr. v. Eitzdorf geprüft. Nach Art. 13 des Befreiungsgesetzes vom 5. März 1946 muß erwiesen sein, daß der Betroffene nach Maßgabe seiner Kräfte aktiven Widerstand geleistet und dadurch Nachteile erlitten hat. Die Spruchkammer hat ausgeführt, v. Eitzdorf habe dadurch Nachteile erlitten, daß er seelisch dauernd unter Druck gestanden habe und von allem sonst üblichen Gunstbezeugungen, Auszeichnungen und Beförderungen ausgeschlossen gewesen sei. Worin dieser Ausschluß konkret gesehen worden ist, konnte nicht geklärt werden. Sicher ist nur, daß diese Phrase auf die Äußerung eines v. Eitzdorf nahestehenden früheren AA-Beamten (Legationsrat Steg) zurückgeht und dann in den Akten immer wiederholt worden ist.

Weiter hat der Ausschuß festgestellt, daß der SA-Rang Dr. v. Eitzdorfs tatsächlich nur ein Angleichungsrang gewesen ist; er wurde ihm während seiner Zugehörigkeit zur Botschaft in Rom verliehen, damit er bei den zahlreichen Besuchen von Parteigrößen der NSDAP, dem politischen Stile jener Zeit entsprechend, in Uniform auftreten konnte.

Nach der Vorlage von Dokumenten durch den Zeugen wie von Dokumenten, die der Ausschuß beschafft hatte, ist festgestellt worden, daß Dr. v. Eitzdorf keinerlei Verantwortung für die Tätigkeit des **Kommandos Künsberg** trägt und seine Vermerke bloße geschäftsleitende Verfügungen ohne sachliche Bedeutung gewesen sind. Daß sich Dr. v. Eitzdorf bei Mitteilungen an das OKW oder an das OKH, die eine ausgesprochen nationalsozialistische Politik zum Inhalt hatten, stets nur auf einige Büronotizen beschränkte, geht u. a. aus der Mitteilung des kolonialen Weltverteilungsplanes des von Ritter v. Epp geleiteten Kolonialministeriums hervor, der in Anlage 2 als Dokument Nr. V abgedruckt ist.

Auch die Frage jener **Bemerkung** in einem Handschreiben v. Weizsäckers „ja militärisch nicht zu erlahmen“ ist vom Ausschuß geprüft worden. Es ist sicher, daß diese Auffassung nicht durch eine Rundreise Dr. v. Eitzdorfs bei den höheren Truppenführern verbreitet worden ist, sondern nur in einem Brief an Halder stand. Sie hatte den Sinn, Deutschland verhandlungsfähig zu erhalten. Weizsäcker selbst und ein Teil seiner Anhänger vertraten die Ansicht, daß Deutschland auch nach der Beseitigung Hitlers in der Lage sein müsse, in einer günstigen Situation zu verhandeln; ein anderer Teil der Verschwörer war dagegen bereit, eine militärische Niederlage in Kauf zu nehmen. Der fragliche Brief v. Weizsäckers ist nicht erhalten. Das sogenannte Kriegstagebuch Dr. v. Eitzdorfs, das in Wirklichkeit eine Sammlung von Notizen und für die politische und strategische Kriegführung bedeutsamen Materialien war, befindet sich seit April 1945 in alliierterem Besitz. Das vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg als Dokument anerkannte Kriegstagebuch des Generalobersten Franz Halder enthält keine Eintragungen zu dieser Sache. Fest steht jedenfalls, daß Dr. v. Eitzdorf nur an Halder in einem Brief die Auffassung eines Teiles der Weizsäcker-Leute überbracht hat.

Von besonderer Bedeutung erschien dem Ausschuß die **Widerstandstätigkeit**, die Dr. v. Eitzdorf tatsächlich ausgeübt hat. Sehr bald ein Gegner des Nationalsozialismus, verfaßte er im Oktober 1939 im Hauptquartier von Zossen eine **Denkschrift**, ließ sie im Hauptquartier kursieren und verbreitete sie auch selbst bei den höheren Truppenführern und an der Front; Oberstleutnant Großkurth war ihm bei der Verbreitung an die Truppe behilflich. Das Original dieser Denkschrift ist heute im State Department in Washington; es ist 1945 auf einem holsteinischen Gute, wo es versteckt war, erbeutet worden. Aus einer Erklärung des ehemaligen Generalobersten Franz Halder vom 26. Juni 1948 geht hervor, daß er diese Denkschrift kannte und mit

Dr. v. Etdorf darüber gesprochen hat. Außerdem war sie im Januar 1940 Gegenstand einer Unterhaltung zwischen Halder und Generaloberst Beck.

Der Ausschuß hat danach festgestellt, daß Dr. v. Etdorf selbständig einen Widerstand entwickelt hat, der ihm, wenn er entdeckt worden wäre, sicher das Leben gekostet hätte. Die Denkschrift ist in Anlage 2 als Dokument Nr. VI abgedruckt; um ihre Bedeutung zu beleuchten, ist als Dokument Nr. VII eine Erklärung des ehemaligen Generalobersten Franz Halder vom 8. März 1952 beigegeben.

Votum

Der Ausschuß hält Dr. v. Etdorf für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Dr. v. Etdorf war nicht an den verbrecherischen Handlungen des Kommandos Künsberg beteiligt.

Dr. v. Etdorf hat eine politisch vertretbare Anschauung über die Notwendigkeit einer guten militärischen Lage für den Fall eines Umsturzes weitergegeben.

Dr. v. Etdorf war nur formal Mitglied der NSDAP; sein SA-Rang war ein nach der Spruchkammerpraxis im amerikanischen Besatzungsgebiet bedeutungsloser Angleichungsgrad.

Dr. v. Etdorf hat unter Einsatz seines Lebens Widerstand geleistet. Es kann dahingestellt bleiben, aus welcher politischen Haltung heraus dieser Widerstand erfolgte. Die Tatsache, daß er gerade in der Periode sensationeller militärischer Siege daran ging, einen militärischen Umsturz gegen Hitler ins Werk zu setzen, und einen konkreten Plan dafür entwickelte, spricht ihn von jeder Verantwortung für das nationalsozialistische Regime frei. Der Ausschuß hat gegen Dr. v. Etdorf nicht nur keine Bedenken, sondern erklärt ausdrücklich, daß er ihn für geeignet zur Weiterverwendung hält.

5. Werner v. Grundherr zu Altenthann und Weiherhaus

Geboren am 20. Januar 1888 in Nürnberg, evangelisch, ledig, keine Kinder. — Erziehung im Kadettenhaus, aktiver Offizier beim landgräflichen Husarenregiment Nr. 14 in Kassel, 1910/13 staatswissenschaftliches Studium, 1913 Dr. phil. magna cum laude (Greifswald), sonst keine Prüfungen.

Laufbahn: 1918/20 Attaché im AA (1920 Balkanreferat), 1921/23 Gesandtschaft Bukarest, 1923/25 AA, 1924 neun Monate Gesandtschaft Athen, 1925/34 Gesandtschaft Helsinki, 1934/45 AA (Politische Abteilung — Referent für die skandinavischen und baltischen Länder). Mai 1945 bis März 1947 automatischer Arrest, ab 25. Januar 1950 Bundeskanzleramt (Referent in der Dienststelle für aus-

wärtige Angelegenheiten), 1. November 1950 Generalkonsul in Athen, 26. Juni 1951 Botschafter in Athen.

1921 Legationssekretär, 1926 Titel Gesandtschaftsrat, 1928 Gesandtschaftsrat II. Kl., 1932 Gesandtschaftsrat I. Kl., 1940 Titel Gesandter, 29. November 1950 Generalkonsul I. Kl., 26. Juni 1951 Botschafter.

Dr. v. Grundherr war nicht Mitglied der NSDAP. Ein vom ihm 1940 gestellter Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, er könne als Junker nicht aufgenommen werden.

Der Ausschuß hat im Falle Dr. v. Grundherr mit Hilfe der Nürnberger Dokumente eine sehr eingehende Untersuchung durchgeführt. Er ist dabei zu einem anderen Ergebnis gekommen als es Dr. Schotter mit dem ihm zur Verfügung stehenden Material erzielen konnte. In Anbetracht des Alters des Botschafters Dr. v. Grundherr hat der Ausschuß dem Herrn Bundesaußenminister durch seinen Vorsitzenden mündlich mitgeteilt, daß es im Interesse der Bundesrepublik liege, wenn Dr. v. Grundherr, auch mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, mit dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Auswärtigen Dienst ausscheidet. Nachdem der Bundesaußenminister die Einleitung entsprechender Maßnahmen in Aussicht gestellt hatte, beschloß der Ausschuß wiederum einstimmig, im Interesse des deutschen Ansehens von einer Berichterstattung im Falle Dr. v. Grundherr abzusehen. In Anlage 2 wird jedoch als Dokument Nr. VIII ein Telegramm des AA vom 17. September 1943 an den Reichsbevollmächtigten für Dänemark mitgeteilt, zu dem Dr. v. Grundherr in der 24. Sitzung des Ausschusses am 4. April 1952 aus eigener Veranlassung erklärt hat, der Text dieses Telegramms sei von ihm einer Schreibdame diktiert worden.

Votum

Der Ausschuß verweist auf die mündlich getroffene Absprache und bittet um Mitteilung, sobald Dr. v. Grundherr das in Aussicht genommene Gesuch eingereicht hat. Es ist dringend erwünscht, daß es vor Abschluß des Ausschlußberichtes eingeht.

Anmerkung: Durch Schreiben des Staatssekretärs des AA vom 26. Mai 1952 ist dem Ausschuß mitgeteilt worden, daß das Abschiedsgesuch des Botschafters Dr. v. Grundherr am 23. Mai 1952 eingegangen ist.

6. Wilhelm Haas

Geboren am 4. September 1896 in Bremen, evangelisch, verheiratet, vier Kinder. — Promotion zum Dr. jur. cum laude.

Laufbahn: 1922/24 Attaché im AA, 1924/25 Botschaft Paris, 1925/27 Gesandtschaft Addis Abeba, 1927/28 Generalkonsulat Shanghai, 1929 Gesandtschaft Peking, 1930/31 AA (ständiger Sekretär der deutschen Völkerbundsdelegation), 1934/37 Bot-

schaft Tokio; durch Verfügung vom 13. Mai 1937 gemäß § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 in den dauernden Ruhestand versetzt. 1938/45 Wirtschaftsberater der IG-Farbenindustrie für China, 1947/49 Chef der Präsidialkanzlei des Bremer Senats, 25. November 1949 Bundeskanzleramt (Organisationsbüro), anschließend AA.

1926 Legationssekretär, 9. Dezember 1947 Staatsrat (Bremen), 16. März 1951 Ministerialdirektor, inzwischen zum Botschafter (Ankara) ernannt.

Nicht Mitglied der NSDAP, vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.

Die Untersuchungen von Dr. Schetter haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. H. sei SCer.	Objektiv unrichtig, da H. vor 18 Jahren aus dem „Altherrenverband“ eines Corps im Köseener SC ausgeschieden ist und nach der Nazi-Zeit wiederholt an ihn gerichtete Aufforderungen zum Wiederbeitritt zu dem überlebten studentischen Verbindungswesen eindeutig abgelehnt hat. Der implizite erhobene Vorwurf, er habe Bewerbungen von SCern bevorzugt, entbehrt mithin der Grundlage.	Die Behauptung der FR, daß H. SCer sei, ist halbwahr, nachdem er vor 18 Jahren ausgeschieden ist.
2. Schied 1937 aus dem AA aus, übernahm hochdotierten Posten als politischer Beobachter der von der IG finanzierten DEFAG in Ostasien.	Als Mitarbeiter der Zentralfinanzverwaltung der IG war H. selbstverständlicher- und üblicherweise politischer Beobachter wegen kaufmännischer Dispositionen. Dotation war üblich und ausreichend, um Unterhalt seiner Familie und emigrierter Schwiegereltern zu bestreiten. Mit seiner Familie mittellos nach Deutschland zurückgekehrt.	Angabe der FR entsteht.
3. Bohle hat die erforderliche Genehmigung der NSDAP zur Übernahme des Postens erteilt.	Hat ein ganzes Jahr gedauert, bis es IG gelang, den Widerspruch der Auslandsorganisation der NSDAP gegen die Verwendung von H. als Mitarbeiter zu beseitigen. Hs ursprünglich für Japan vorgesehene Mitarbeit wurde von Bohle überhaupt abgelehnt. Zurücknahme des Einspruchs gegen Tätigkeit in China erfolgte mit der Auflage, eine Reisetätigkeit von China nach Japan werde ausdrücklich untersagt.	Angabe der FR entsteht.
4. H. hatte engsten Kontakt mit Botschaft in Peking.	Behauptung ist unrichtig. Kontakt beschränkte sich auf unreläbliche Wahrnehmung der Aufgaben gegenüber deutschen Behörden, war auf wenige Fälle beschränkt. An nationalsozialistischen Veranstaltungen der Botschaft hat H. niemals teilgenommen, war dort auch nicht erwünscht.	Behauptung der FR ist stark entstellt.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
5. H. ließ sich als DP erklären und auf Kosten der IRO nach Europa zurücktransportieren.	H. hat von UNRRA einen Identitätsausweis als DP erhalten. Er wurde von chinesischen und amerikanischen Stellen nicht zu dem Kreis der Deutschen gerechnet, die durch den Nationalsozialismus kompromittiert waren, war von einer Zwangsrepatriierung auf amerikanische Staatskosten ausgeschlossen. Bedurfte in Ermangelung eines gültigen Passes eines UNRRA-Ausweises zur Heimreise. Hat darüber hinaus von UNRRA keine Hilfe in Anspruch genommen. Seine und seiner Familie Heimreise wurde ausschließlich aus eigenen Mitteln bestritten.	Behauptung, daß H. als DP erklärt wurde, ist entstellt. Behauptung der FR, daß er auf Kosten der IRO heimgekehrt sei, ist unrichtig.
6. Vorwurf, H. habe sich bei seiner Tätigkeit in Bonn inoffiziell vom Heß-Protégé Hans Schroeder beraten lassen, offensichtlich nicht unbedeutend.	Schroeder ist von einzelnen Referenten des AA gelegentlich wegen Auskünften über frühere Beamte in Anspruch genommen worden. H. habe sich in keinem Falle durch Schroeder beraten lassen.	Unrichtige Behauptung der FR.

Der Untersuchungsausschuß hat Dr. Haas in der 4. Sitzung am 18. Januar, in der 9. Sitzung am 20. Februar und in der 26. Sitzung am 22. April 1952 eingehend vernommen.

In der erstgenannten Sitzung hat sich der Ausschuß vor allem mit der Klärung der Vorwürfe, die die „Frankfurter Rundschau“ gegen die Person von Dr. Haas erhoben hat, beschäftigt. Es ist dabei festgestellt worden, daß Dr. Haas wegen sogenannter jüdischer Versippung 1937 entlassen wurde, große Schwierigkeiten hatte, um die Erlaubnis zur Ausübung einer kaufmännischen Tätigkeit in Ostasien zu bekommen, und daß kein Beweis für die Annahme vorliegt, er sei in jenem Teile der Welt als Agent der NSDAP, ihrer Auslandsorganisation oder des Ribbentropschen AA tätig gewesen. Auch die Umstände seiner Rückkehr nach Deutschland sind durch den Ausschuß aufgeklärt worden. Das Ergebnis der Beweisaufnahme deckt sich in diesem Punkte mit den von Dr. Schetter getroffenen Feststellungen. Haas besaß also einen von der UNRRA ausgestellten DP-Ausweis, hat aber seine Heimreise nach Deutschland selbst bezahlt.

In der zweiten Vernehmung hat sich der Untersuchungsausschuß mit der Tätigkeit von Dr. Haas hinsichtlich der Zusammenstellung seines ersten Arbeitsstabes befaßt und dabei die Einberufung von Dr. Melchers, Dr. v. Grundherr und Frau Simonis geprüft. Der Untersuchungsausschuß hat dabei festgestellt, daß sich Dr. Haas im ersten Falle nahezu ausschließlich auf seine eigene Kenntnis der

Persönlichkeit von Dr. Melchers verlassen hat. Im zweiten Falle hat Dr. Haas darauf vertraut, daß der Gesandte Dr. v. Grundherr im Entnazifizierungsverfahren als „vom Gesetz nicht betroffen“ bezeichnet worden ist, und deshalb keine weiteren Untersuchungen über die amtliche Wirksamkeit Dr. v. Grundherrs im Ribbentropschen AA angestellt. Wichtige Tatsachen darüber sind Dr. Haas erst während der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses durch den Berichterstatter bekannt geworden. Auch im dritten Falle hat Dr. Haas — diesmal zutreffenderweise — sein Urteil über Frau Simonis, das auf langer persönlicher Bekanntschaft beruht, als ausreichend angesehen.

Weiter hat der Untersuchungsausschuß in der zweiten Vernehmung die Umstände, unter denen das Organisationsbüro seine Arbeit begann, geprüft. Er hat dabei festgestellt, daß das Büro zu wenig Räume, zu wenig Arbeitsmaterialien und anfangs auch zu wenig Arbeitskräfte besaß, so daß es dem Ansturm von Bewerbungen (etwa 20 000) nicht gewachsen war. Die vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet angefallenen Materialien sind nicht anders behandelt worden als die übrigen Eingänge.

Schließlich hat der Untersuchungsausschuß eingehend die **Einstellungsrichtlinien** erörtert, nach denen die **Personalpolitik** gemacht worden ist. Der Untersuchungsausschuß bezieht sich in diesem Punkte auf die Mitteilungen, die der Zeuge bereits dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und dem von diesem zur Nachprüfung der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst eingesetzten Unter-

komitee im Jahre 1950 gemacht hat. Danach steht fest, daß Dr. Haas dem Herrn Bundeskanzler schriftlich nicht fixierte Vorschläge mündlich vortragen hat und diese die Billigung des Herrn Bundeskanzlers gefunden haben.

Endlich hat sich der Untersuchungsausschuß mit dem Vorwurf beschäftigt, daß durch die Tätigkeit von Himke, Locper, Papenfuß und Dr. Kreutzwald bei den oberen (gehobenen mittleren) Beamten das Korps der Politischen Leiter wieder versammelt sei. Der Ausschuß hat festgestellt, daß die Tätigkeit der Genannten tatsächlich eine dahingehende Wirkung gehabt hat. Durch das Einschalten von Oberregierungsrat Dr. Gördes sind diese Bestrebungen jedoch zum Teil vereitelt, zum Teil rückgängig gemacht worden.

In der 26. Sitzung am 22. April 1952 ist die Frage des Schicksals der Vorarbeiten des Personalbüros des Beraters für den Marshall-Plan beim Oberdirektor für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet durch folgende Erklärung des Freiherrn von Buddenbrock vom 19. April 1952 aufgeklärt worden:

„Ich trat im Sommer 1949 meinen Dienst beim Berater für den Marshall-Plan, einer Dienststelle des Verwaltungsrates in Frankfurt/M., an. Der Personalreferent des Beraters für den Marshall-Plan war zu jener Zeit Landrat Hummelsheim. Ihm oblag die Aufgabe, geeignetes Personal für die beiden ersten deutschen Vertretungen im Ausland, die Deutsche Vertretung bei der OEEC in Paris und die Deutsche Vertretung bei der ECA in Washington, auszusuchen.“

Der Eingang der Bewerbungen für alle Vergütungsgruppen der TOA überstieg bei weitem die für den Aufbau dieser Vertretungen erforderliche Zahl von Angestellten. Eine größere Anzahl von Bewerbern vermutete außerdem, daß diese Dienststelle auch mit der Eröffnung weiterer Vertretungen im Ausland befaßt würde.

Da es zu jener Zeit noch für möglich gehalten wurde, daß weitere Wirtschaftsvertretungen in Marshall-Plan-Ländern eröffnet werden könnten, und da es keine andere Behörde gab, die mehr legitimiert erschien, um die eingegangenen Bewerbungen auszuwerten, wurden alle Gesuche, denen nicht sofort entsprochen werden konnte, einstweilen archiviert. Planungen über eine eventuelle Verwendung der Bewerber wurden nicht durchgeführt, außer daß auf den Bewerbungsakten gelegentlich vermerkt wurde, für welche Tätigkeit oder für welches Land sich der Bewerber besonders interessierte.

Das Personal der Dienststelle „Der Berater für den Marshall-Plan“ wurde nach der Konstituierung der Bundesrepublik zum großen Teil vom Bundesministerium für die Angelegenheiten des Marshall-Plans übernommen. Mit der Auflösung des Verwaltungsrats schied Herr Hummelsheim aus der Dienststelle aus.

Die Bewerbungen wurden noch einige Monate vom ERP-Ministerium, das sie zuständigkeithalber übernahm, weitergeführt und dann allmählich zwischen Februar und März 1950 an das Organisationsbüro für die wirtschaftlichen und konsularischen Vertretungen im Ausland nach entsprechender Mitteilung an die Bewerber abgegeben. Meiner Erinnerung nach behielt das ERP-Ministerium diejenigen Bewerbungen zurück, an denen es selbst noch interessiert war oder aus denen klar hervorging, daß die Bewerber sich ausschließlich für eine Tätigkeit in Paris, Washington oder beim ERP-Ministerium selbst bewerben wollten.

Nachweislich der im ERP-Ministerium noch vorhandenen Konzepte der Begleitschreiben, mit denen die Bewerbungen an das Organisationsbüro abgegeben wurden, sind dem Organisationsbüro insgesamt etwa 180 Bewerbungen zugegangen.

Da ich selbst am 1. Mai 1950 vom Organisationsbüro übernommen und mit Personalangelegenheiten befaßt wurde, ist mir aus eigener Erfahrung bekannt, daß diese Bewerbungen im Organisationsbüro weiter bearbeitet wurden. Auf Grund dieser Bewerbungen sind, soweit mir bekannt, bisher 39 Einberufungen, ergangen, das sind fast 22% der übernommenen Gesuche. Zu den einberufenen Bewerbern gehören die Herren:

Wienholt	Opfermann
R. Wolff	Pflüsterer
Girndt	(Pfeffermann)
Schmelcher	v. Haefen
Terdenge	Keller
Tiedt	Keppler
Traut	Krebs, H.
Türk	Krebs, K.
Vacano	Lemke
Schulze	Liebrecht
P. M. Weber	Helmolt
v. Plehwe	Hofmann
Reuschenbach	Koenig
H. Richter	Frings
Rosen	Fritsching
Noebel	Gräf
Obermaier	H. U. Mayer
Blomer	Bottler
Brandt	Degen.
Allardt	

Der Zeuge Dr. Haas blieb angesichts dieses Dokumentes bei der Erklärung, daß bei diesem Material „eine Vorbereitung im Sinne des AA“ nicht vorgelegen habe und es deshalb nicht anders als andere Bewerbungen habe behandelt werden können.

In bezug auf die Behandlung von Einzelfällen hat der Ausschuß festgestellt, daß Dr. Haas die Verantwortung für die Einberufung von Dr. Melchers, Dr. v. Grundherr, Dr. v. Bargen u. a. trägt;

außerdem fällt unter seine Verantwortlichkeit die Anstellung von Dr. Hecker entgegen den Empfehlungen des Unterausschusses „Auswärtiger Dienst“ (vgl. S. 9 dieses Berichtes). Schließlich hat der Ausschuß in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, daß nach der Auffassung von Dr. Haas der Aufbau des Auswärtigen Amtes ohne eine erhebliche Anzahl von Fachbeamten des alten AA nicht möglich gewesen wäre. Der Ausschuß ist der Meinung, daß die Überspannung dieses Prinzips künftig das Vertrauen des Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik hätte gefährden können.

Als dann ist die Frage der Grundsätze der Personalpolitik noch einmal behandelt worden. Der Untersuchungsausschuß beschloß, die Beantwortung der Fragen 8 und 10 des Unterkomitees des Auswärtigen Ausschusses durch das AA im Jahre 1950 in die Dokumentensammlung dieses Berichtes aufzunehmen (siehe Anlage 2, Dokument IX). Nach der Besprechung von Einzelfällen (Hummelsheim, Begewisch, Prinzhorn) hat der Ausschuß dann die beiden grundsätzlichen Fragen, welche Methoden für die Personalpolitik des Auswärtigen Dienstes anzuwenden sind, und welche Verantwortung bestanden hat, geprüft. Zu der ersten Frage ist festgestellt worden, daß Dr. Haas Herrn Blankenhorn den Vorschlag gemacht hat, einen aus sieben Personen bestehenden Aufnahmearbeitsausschuß für den Auswärtigen Dienst einzusetzen. Dieser sollte aus je einem Vertreter der großen Bundestagsfraktionen, einem anerkannten Vertreter der deutschen Wissenschaft, einem Vertreter der Außenhandelswirtschaft, einem Vertreter der industriellen Wirtschaft und einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes bestehen und die Befugnis haben, Personen als geeignet oder ungeeignet für den Auswärtigen Dienst zu erklären. Dieser Vorschlag ist ebensowenig wie die Einstellungsrichtlinien schriftlich fixiert worden. Blankenhorn hat dazu erklärt, daß „nach Auffassung des Bundeskanzlers dem Vorschlag nicht oder noch nicht stattgegeben werden sollte“. Der Vorschlag bezweckte, dem Auswärtigen Dienst insgesamt im In- und Auslande das notwendige Vertrauen zu erwerben.

Zur Frage der Verantwortlichkeit hat der Ausschuß festgestellt, daß Dr. Haas während seiner Amtszeit von einem Jahr und acht Monaten dem Bundesaußenminister fünfmal Vortrag gehalten hat. Bestimmte Vortragstage mit Besprechungszeiten und eine Bezeichnung bestimmter Beschlüsse, die mündlichen Vortrag erfordern, gab es nicht.

Votum

Gegen die Weiterverwendung von Dr. Haas im Auswärtigen Dienst bestehen keine Bedenken; jedoch spricht sich der Ausschuß gegen seine Weiterverwendung in der Personalverwaltung aus.

Gründe:

Der Untersuchungsausschuß hat an der persönlichen Integrität von Dr. Haas keine Zweifel.

Unter den von November 1949 bis Sommer 1951 herrschenden Verhältnissen im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt hat sich Dr. Haas bemüht, den Anforderungen eines Auswärtigen Dienstes, so wie er ihn sah, Rechnung zu tragen.

Trotz dieser Bemühungen ist unter der Verantwortlichkeit von Dr. Haas eine Zusammensetzung des AA zustande gekommen, die, wie die im Bericht vorgetragenen Einzelfälle beweisen, nicht aufrechterhalten werden konnte.

Die Auffassungen, die Dr. Haas von den Notwendigkeiten der Personalpolitik im Auswärtigen Dienst gehabt hat, entsprechen nicht der tatsächlichen außenpolitischen Lage der Bundesrepublik. Das berührt nicht seine Eignung für den Auslandsdienst.

7. Curt Heinburg

Nachdem vier Mitglieder des Ausschusses in das Protokoll der Vernehmung von Dr. Heinburg durch Dr. Kempner Einsicht genommen hatten und der Berichterstatter den Inhalt der gegen Dr. Heinburg vorliegenden Dokumente vorgetragen hatte, beschloß der Ausschuß in der 31. Sitzung am 5. Mai 1952 vormittags:

In der Erwägung, daß Dr. Heinburg 67 Jahre alt und nur als Angestellter tätig ist, kann von einer Überprüfung dieses Falles durch den Untersuchungsausschuß im Rahmen der dem Ausschuß gestellten Aufgabe dann abgesehen werden, wenn feststeht, daß das Angestelltenverhältnis mit Dr. Heinburg seitens des Auswärtigen Amtes spätestens bis zum 1. Juli 1952 gelöst ist. Der Ausschuß wäre dann in der Lage, festzustellen, daß im Augenblick der Abgabe seines Berichtes Dr. Heinburg nicht mehr im Auswärtigen Amt tätig ist.

Der Vertreter des AA, VLR Dr. Wilde, hat Herrn Staatssekretär Dr. Hallstein von diesem Beschluß Kenntnis gegeben. Wenig später wurde dem Ausschuß mitgeteilt, daß Dr. Heinburg den Staatssekretär des AA gebeten hat, sein Anstellungsverhältnis zum 31. Mai 1952 zu lösen. Daraufhin beschloß der Ausschuß folgendes

Votum

Nachdem das Anstellungsverhältnis von Dr. Heinburg zum 31. Mai 1952 beendet sein wird, sieht der Ausschuß von einer Stellungnahme ab unter der Voraussetzung, daß Dr. Heinburg in Personalangelegenheiten nicht weiterbeschäftigt wird.

Der Ausschuß hat die berichtete Erledigung des Falles Heinburg ebenso wie im Falle Dr. v. Grundherr im Interesse des Ansehens der Bundesrepublik und zur Wahrung der deutschen Interessen für notwendig gehalten. Um jedoch dem Plenum des Bundestages ein konkretes Motiv für die Ausschlußbeschlüsse zu geben, wird in Anlage 2 das Dokument Nr. X abgedruckt, das sich auf Judenmaßnahmen in einem der Länder bezieht, für die Dr. Hein-

burg in der Politischen Abteilung des alten AA während des zweiten Weltkrieges als Referent tätig gewesen ist; Dr. Heinburg war der Leiter des in diesem Dokument ständig erwähnten Referates Pol IV.

8. Hans Herwarth v. Bittenfeld

Geboren am 14. Juli 1904 in Berlin, evangelisch, verheiratet, ein Kind. — 1926 Referendarprüfung, 1929 diplomatisch-konsularische Fachprüfung.

Laufbahn: 1. Mai 1927 Eintritt in das AA, 1930 Attaché, Januar bis Juli 1930 der Pariser Delegation für die Rückgliederung des Saargebietes zugeteilt, 1931/39 Botschaft Paris, dazwischen November 1938 bis April 1939 zum Generalkonsulat in Memel delegiert, 1939 Botschaft Moskau, 1939/45 Wehrmacht, 1945/49 Bayerische Staatskanzlei, seit 6. September 1949 Leiter des Protokolls im Bundeskanzleramt.

1938 Legationssekretär, 1940 Gesandtschaftsrat; 1945 Oberregierungsrat, September 1946 Regierungskonsult, 1. Oktober 1949 Ministerialrat, 22. November 1950 Ministerialdirigent.

Herwarth v. Bittenfeld galt nach den Gesetzen des Dritten Reiches als „Nichtarier“; er war nicht Mitglied der NSDAP und ist nach Mitteilung des öffentlichen Klägers bei der Spruchkammer München X vom 29. April 1947 vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.

Die „Frankfurter Rundschau“ hat ihm zum Vorwurf gemacht, er sei von den Brüdern Anton und Peter Pfeiffer in die Bayerische Staatskanzlei befördert worden und habe Dr. Schwarzmann nachgezogen.

Richtig ist, daß Herwarth v. Bittenfeld im November 1945 durch den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hoegner und den Chef der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Anton Pfeiffer, in den bayerischen Staatsdienst eingestellt worden ist. Mit dem Eintritt Dr. Schwarzmanns hatte er nichts zu tun; Dr. Schwarzmann war persönlicher Referent von Dr. Anton Pfeiffer. Auch Dr. Schwarzmanns Einstellung in die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten ist ohne Zutun von Herwarths erfolgt.

Bei dieser Sachlage war der Ausschuss der Meinung, daß für ihn nichts zu untersuchen übrigbleibt.

Votum

Gegen die Weiterverwendung von Herwarth v. Bittenfeld bestehen keine Bedenken.

Gründe:

In dem gesamten Aktenmaterial ist nichts hervorgetreten, was Herwarth v. Bittenfeld in irgendeiner Weise belastet. Nürnberger Dokumente gegen ihn liegen nicht vor.

9. Kurt v. Kamphoeven

Geboren am 17. Juli 1887 in Istanbul, evangelisch, verheiratet, ein Kind. — Referendarprüfung ausreichend, Oxford Diploma Economics „with distinction“, Dolmetscherprüfungen in sechs Sprachen.

Laufbahn: 1911 Attaché bei der Botschaft in Madrid, 1913 Gesandtschaft Sydney, 1917/18 Gesandtschaft Sofia, 1918/20 Friedensabteilung des AA, 1920/23 Botschaft London, 1923/26 Konsul in Liverpool, 1926/31 Botschaft Madrid, 1931/45 AA (Völkerbundsreferat, zum Teil in Genf tätig); 1942/45 Wehrmacht. Seit 19. Januar 1950 Referent in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten, Oktober 1950 Generalkonsulat Istanbul.

1917 Legationssekretär, 1923 Gesandtschaftsrat, 1929 Botschaftsrat, 1931 Vortragender Legationsrat, 1950 Generalkonsul I. Kl.

Zuerst Demokrat, dann 1930/33 Mitglied der SPD.

1942/44 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 8 978 435. Durch Bescheid der Spruchkammer Hamburg vom 21. Dezember 1949 entlastet (Gruppe V).

Der Vorwurf der „Frankfurter Rundschau“, v. Kamphoeveners Aussage in Nürnberg, er sei 1942 in die NSDAP eingetreten, um für seine Abstellung zur Wehrmacht eine politische Unbedenklichkeitsbescheinigung zu erhalten, stehe im Gegensatz zu einer Angabe in seinem Lebenslauf, wonach er als politisch unzuverlässig abgeschoben worden sei, hat sich dahin aufgeklärt, daß v. Kamphoeven bei Ribbentrop als politisch unzuverlässig galt, zur Wehrmacht jedoch nur dann kommen konnte, wenn diese Bedenken durch seinen Parteieintritt ausgeräumt wurden.

Votum

Der Ausschuss erhebt gegen eine Weiterverwendung bis zu der am 17. Juli 1952 (Vollendung des 65. Lebensjahres) in Frage kommenden Pensionierung keine Bedenken.

Gründe:

v. Kamphoeven war seiner Gesinnung nach nicht Nationalsozialist. Soweit in den Nürnberger Dokumenten sein Name überhaupt vorkommt, stellen diese in keiner Weise eine Belastung für ihn dar. Er ist trotz seines vorgedrückten Alters zur Wehrmacht gegangen, um sich nicht an Handlungen des AA beteiligen zu müssen, die für ihn rechtlich und moralisch nicht tragbar gewesen wären.

10. Rupprecht v. Keller

Geboren am 19. März 1910 in Berlin-Schöneberg, katholisch, verheiratet, ein Kind. — Assessor-examen gut, Dr. jur. magna cum laude (Erlangen).

Laufbahn: 1936/37 AA, 1937/38 Gesandtschaft Helsinki, 1938/40 Auswärtiges Amt (Vorzimmer des

Direktors der Politischen Abteilung), 1940/44 Wehrdienst, 1. Oktober 1944 bis 8. Mai 1945 AA (Referat Pol I M). März 1947 bis November 1948 Hilfs-, später Hauptverteidiger im Nürnberger Juristen-, IG-Farben- und Wilhelmstraßen-Prozeß, Dezember 1948 bis Dezember 1949 Sekretär des Zweizonen-IG-Farben-Entflechtungsausschusses (FARDIP), August 1948 bis August 1949 anwalt-schaftlicher Probedienst in Bayern, 2. Januar 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

1937 Attaché, 1942 Vizekonsul, 19. Januar 1951 Legationsrat I. Kl.

Mitglied der NSDAP seit 1. April 1940; Mitglieds-Nr. 8 012 248. Vorher 1933/35 Scharführer der SA-Marine, 1936 NSFK. Durch Spruch der Spruchkammer Starnberg am 26. Mai 1948 entlastet, nachdem er zuerst in Gruppe IV (Mitläufer) eingereiht worden war.

Die Vernehmung durch Dr. Schetter am 2. Oktober 1951 hat folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. K. ist Pg. gewesen.	Trifft zu.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. v. K. gehörte dem SC an.	War Mitglied der KV-Verbindung Rheno-Bavaria, München.	Unrichtige Angabe der FR.
3. v. K. habe Entnazifizierungsschwierigkeiten gehabt.	Im Sammelverfahren als Mitläufer eingestuft, auf Einspruch ohne mündliche Verhandlung entlastet.	Angabe der FR entstellt.
4. Dr. Anton Pfeiffer habe über die Entnazifizierungsschwierigkeiten hinweggeholfen.	Unrichtig.	Unrichtige Angabe der FR.
5. v. K. sei Anklageassistent in Nürnberg gewesen.	Unrichtig.	Unrichtige Angabe der FR.
6. v. K. war in Nürnberg Assistent der Verteidigung.	Richtig.	Keine unrichtige Angabe der FR.

Der Untersuchungsausschuß hat Dr. v. Keller in der 14. Sitzung am 12. März 1952 über die Behauptungen der „Frankfurter Rundschau“ und über seine Tätigkeit im Ribbentropschen AA vernommen. Dabei hat sich die Richtigkeit der von Dr. Schetter getroffenen Feststellungen ergeben. Es liegt kein Beweis dafür vor, daß Dr. v. Keller durch den damaligen bayerischen Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer aus Entnazifizierungsschwierigkeiten herausgeholfen worden sei. Die Angabe, Dr. v. Keller sei zuerst Anklageassistent und dann Verteidiger gewesen, beruht offensichtlich auf einem Irrtum; er ist im IG-Farben-Prozeß nur Assistent der Verteidigung und später Hauptverteidiger gewesen.

Hinsichtlich der Tätigkeit Dr. v. Kellers im Ribbentropschen AA ist nichts festgestellt worden, was ihn für den Dienst in der Bundesrepublik als ungeeignet erscheinen lassen könnte. Ribbentrop hatte offenbar ein starkes Mißtrauen gegen Dr. v. Keller. So hat Ribbentrop z. B. seinen Vater, der zuletzt Botschafter in Ankara war, bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst noch nicht einmal zu einem Abschiedsbesuch empfangen, obwohl sich dieser mehrere Tage lang zur Abmeldung in Berlin aufhielt.

Schließlich hat der Ausschuß in der genannten Sitzung und in der 19. Sitzung am 27. März 1952 Dr. v. Keller über die Erteilung und die Ausführung seines Auftrages, beim Rademacher-Prozeß als Beobachter des AA tätig zu sein, gehört. Diese Angelegenheit ist bereits in dem Bericht über Dr. Dittmann ausführlicher behandelt, so daß hier darauf verwiesen werden kann.

Votum

Es bestehen keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung.

Gründe:

Die Angaben der „Frankfurter Rundschau“ sind zum Teil (SC, Anklageassistent) unrichtig, zum Teil widerlegt.

Die Haltung Dr. v. Kellers während des Rademacher-Prozesses hat jedoch nicht die volle Zustimmung des Ausschusses gefunden. Er hat sich dabei nach Auffassung des Ausschusses zumindest nicht sehr diplomatisch benommen. Aus diesem Grunde hat der Ausschuß davon abgesehen, Dr. v. Keller als ausdrücklich geeignet zu bezeichnen; er erhebt lediglich gegen dessen Weiterverwendung keine Bedenken.

Sympathisch hat es den Ausschuß berührt, daß Dr. v. Keller bei der Vernehmung über seine Beobachterrolle im Rademacher-Prozeß von Anfang an die Wahrheit gesagt hat.

11. Albrecht v. Kessel

Geboren am 6. November 1902 in Oberglauche/Schlesien, evangelisch, ledig. — Referendarexamen ausreichend, diplomatisch-konsularische Prüfung gut.

Laufbahn: 1927/30 AA, 1930/32 Botschaft beim Vatikan, 1932/34 Generalkonsulat Kattowitz, 1935 Generalkonsulat Memel, 1935/37 Gesandtschaft Bern, 1937/41 AA, 1941/43 Konsulat Genf, 1943/45 Botschaft beim Vatikan. Bis 1950 Herausgeber einer

außenpolitischen Korrespondenz, 17. Mai 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), wenige Tage später dem Generalkonsulat in Paris zugeteilt, seit 12. September 1951 stellvertretender Leiter der deutschen Pleven-Plan-Delegation.

1927 Attaché, September 1934 Legationssekretär, März 1939 Legationsrat II. Kl., 1943 Legationsrat I. Kl., 20. Oktober 1950 Vortragender Legationsrat.

Nicht Mitglied der NSDAP. Angleichungsrang im NSKK. Durch Spruch der Spruchkammer 6 in Stuttgart am 7. Januar 1948 entlastet.

v. Kessels Vernehmung durch Dr. Schetter führte zu nachstehendem Ergebnis:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. K. hält engen Kontakt mit Kordt und Etzdorf und hat Aussage von Erich Kordt gelesen, die unmittelbar vor seiner eigenen Vernehmung protokolliert wurde.	—	—
2. v. K. sollte in Nürnberg auf die Widerstandstätigkeit des Weizsäckerkreises eingehen. 49 Fragen wurden an v. K. gestellt. v. K. muß sie verneinen, „war nicht anwesend“, „kann sich nicht erinnern“.	v. K. sind mehrere hundert Fragen vorgelegt worden, wobei es sein kann, daß er 49 Fragen ausweichend beantwortet hat. Ein Teil der Fragen enthüllte die Ahnungslosigkeit des Richters, wenn v. K. z. B. gefragt wurde, ob die deutsche Widerstandsbewegung ihre Pläne schriftlich niedergelegt habe.	Sachverhalt durch FR entstellt.
3. Bei der Vernehmung bleibt übrig, daß er eine befreundete Jüdin indirekt gewarnt habe.	—	—
4. NSKK-Obersturmführer, der zweimal versucht habe, in die NSDAP einzutreten.	v. K. ist vom damaligen Chef des Protokolls gerufen worden und habe die Mitteilung erhalten, daß er NSKK-Sturmführer geworden sei. Auf seinen Protest habe der Protokollchef lachend erklärt, es sei unvermeidlich, daß v. K. irgendeine Uniform besitze. NSKK-Dienst habe v. K. nicht geleistet, weil er gar nicht Autofahren kann.	Angabe ist im wesentlichen richtig, auch wenn v. K. nicht NSKK-Obersturmführer, sondern nur NSKK-Sturmführer war.
	Beim 1. Antrag zur Aufnahme in die NSDAP hat v. K. betont, er sehe sich als Mitglied des Jungstahlhelms dazu veranlaßt. Er sei sich klar gewesen, daß sein Antrag wegen Herausstellung seiner konservativen Grundhaltung wahrscheinlich nicht bearbeitet werden würde.	Angabe der FR ist an sich richtig, aber Sachverhalt unvollständig wiedergegeben.

was auch der Fall war. -- Zum 2. Antrag sei er auf besonderen Druck Ribbentrops veranlaßt worden, der von sämtlichen Mitgliedern des AA verlangte, sie müßten nochmals ein Gesuch auf Aufnahme in die NSDAP stellen und der Personalabteilung eine eidesstattliche Versicherung abgeben, diesen Schritt vollzogen zu haben. Er habe Antrag an falsche Ortsgruppe in Berlin gerichtet, um Zeit zu gewinnen. Ehe sein Gesuch an die zuständige Stelle weitergeleitet war, wurde er ins Ausland versetzt. Wegen seines Auslandsaufenthaltes sei sein Gesuch zu den Akten genommen worden.

Der Untersuchungsausschuß hat in der 31. Sitzung am 5. Mai 1952 vormittags zunächst die Frage der Entlastung v. Kessels nachgeprüft und festgestellt, daß dieser den Angleichungsrang im NSKK bekommen hat, um anlässlich italienischer Staatsbesuche in Uniform auftreten zu können.

Hinsichtlich der **Widerstandstätigkeit** v. Kessels hatte Dr. Schetter bereits in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß die Erwähnung v. Kessels im Hasselschen Tagebuch und in Allen W. Dulles' „Germany's Underground“ nicht als voller Beweis angesehen werden kann und dazu grundsätzlich ausgeführt: „Diese literarischen Veröffentlichungen sind mit besonderer Vorsicht zu verwerten. Sie sind nicht als Beweismaterial geschrieben, sondern als historische und literarische Produktion zur Welt gekommen. Immerhin dürfen sie nicht übersehen werden und können zur Ergänzung anderer Beweismittel herangezogen werden“. Der Ausschuß hat es deshalb für richtig gehalten, den Zeugen aufzufordern, konkrete Angaben zu machen. Der Zeuge hat daraufhin eine **Unterredung**, die er **mit dem britischen Legationsrat Harrison** unmittelbar nach dem Reichsparteitag 1938 im Diplomatenzuge zu dem Zweck hatte, Botschafter Henderson vor der Kriegspolitik Hitlers zu warnen, wiedergegeben. Außerdem hat der Zeuge mitgeteilt, daß er im Sommer 1939 dem in Dresden kommandierenden General v. Falkenhäusen einen konkreten **Vorschlag** gemacht habe, **Hitler** anlässlich der Besichtigung einer Bunkerlinie **zu beseitigen**.

Außerdem hat der Untersuchungsausschuß von der Aussage Kenntnis genommen, die v. Kessel am 22. Juli 1948 vor dem Militärgerichtshof Nr. IV zu Fall XI in Nürnberg gemacht hat, und die positiven Angaben v. Kessels über die Beteiligung an den Bestrebungen v. Weizsäckers besonders gewürdigt. Er hat dabei festgestellt, daß ausweichend erscheinende Antworten des Zeugen nach der Art der Fragen nichts Außergewöhnliches darstellen.

Votum

Der Ausschuß erachtet v. Kessel für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Der Untersuchungsausschuß ist der Meinung, daß in Albrecht v. Kessel ein Mann echten Widerstandes zu sehen ist.

Gegen die dienstliche Haltung v. Kessels ist nichts Belastendes hervorgetreten.

12. Theo Kordt

Geboren am 8. Oktober 1893 in Düsseldorf, katholisch, verheiratet, keine Kinder. — 1921 Referendarprüfung, Dr. jur. (Köln), Dezember 1923 diplomatisch-konsularische Prüfung unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Stresemann.

Laufbahn: 1922/24 AA, 1925 Vizekonsul in Neapel, 1926/31 Gesandtschaft Bern, 1931/34 AA (Sekretär des Staatssekretärs v. Bülow), 1934 Gesandtschaft Athen, 1938 Botschaft London, 1939/46 Gesandtschaft Bern, 1947 Lehrauftrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn, August 1948 Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen im Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, danach Beobachter des Landes Nordrhein-Westfalen beim Parlamentarischen Rat, 1. Dezember 1948 Leitung des Referats für internationales Recht beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Mai 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

1926 Legationssekretär, 1934 Gesandtschaftsrat, 1938 Botschaftsrat.

1. August 1939 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 7 054 874. Die Angaben des Document Center werden von Dr. Kordt bestritten. Er habe nie-

mals einen Antrag gestellt, 1941 vom Landesgruppenleiter der NSDAP in der Schweiz, Reichsfreiherrn v. Bibrach zwar eine Anwärterkarte erhalten, aber kein Parteibuch; er sei auch nie ver-

eidigt worden. Durch Spruch der Spruchkammer Bonn-Land im Juni 1947 entlastet (Gruppe V).

Die Vernehmung von Dr. Kordt durch Dr. Schetter hatte folgendes Ergebnis:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. K. sei Pg. gewesen und habe dies nicht angegeben, als er im April 1950 in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten tätig geworden sei.	K. hat nie in Abrede gestellt, im Besitz einer Parteianwärterkarte gewesen zu sein. Die implizite aufgestellte Behauptung, er hätte Mitgliedsbuch beantragt und erhalten, ist falsch.	Da K. hiernach nicht Pg. gewesen ist, ist die Behauptung der FR, er habe die Parteizugehörigkeit der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten nicht angegeben, unrichtig.
2. K. sei als Botschaftsrat in Bern am 3. Dezember 1939 nach Mailand gefahren, um aus der Britischen Botschaft gestohlene Dokumente für das Ribbentrop-AA anzukaufen. Dadurch sei Strafdelikt einer soliden Sachhehlerei erfüllt. Vorgang sei im internationalen diplomatischen Corps absolut ungewöhnlich.	Er habe keine aus der Britischen Botschaft gestohlenen Dokumente für das Ribbentrop-AA angekauft. Die gegenteilige Behauptung im Artikel ist falsch; damit entfallen die daran angeknüpften Kombinationen.	Hiernach ist die Behauptung der FR, K. habe gestohlene Dokumente angekauft, unrichtig.
3. Weiterleitung von Spionagetelegrammen mit Angaben von Bombenzielen in England sei nicht unbedingt Aufgabe eines Diplomaten.	In der Weiterleitung eines chiffrierten Diensttelegramms, auf die die FR Bezug nimmt, ist keine Unregelmäßigkeit zu erblicken. Die Behauptung sucht einen unrichtigen Sachverhalt vorzutäuschen und entstellt die Tatsache.	Die Behauptung der FR über Weiterleitung von Spionagetelegrammen, die chiffriert weitergegeben worden sind, entstellt die Tatsache.
4. Zeugen der britischen Seite für die Verbindung Kordts zum Foreign Office haben nach dem Kriege nichts von sich hören lassen.	Die Behauptung, die gerichtlichen Aussagen K.s über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus seien von britischer Seite nicht bestätigt worden, ist unrichtig.	Die Vernehmungsprotokolle betreffend K. ergeben, daß K. mit der britischen Seite in Verbindung gestanden hat; daher ist Artikel unrichtig.

Der Untersuchungsausschuß hält die Beteiligung von Dr. Kordt an der Widerstandsbewegung für erwiesen. Er unterstellt, daß sie so, wie in dem Buch von Hans Rothfels „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, 1. Auflage 1949, auf den Seiten 74 bis 76, Seite 158, und in dem Abschnitt „Anmerkungen“ auf Seite 219 dargestellt wird, nach Sinn und Tendenz den Tatsachen entspricht (vgl. Anlage 2, Dokument Nr. XI). Außerdem hat der Ausschuß den Brief Lord Halifax vom 9. August 1947 als echt anerkannt und als richtig unterstellt (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XII). Der Aufsatz von Hans Rothfels „International aspects of German opposition to Hitler“ ist vom Ausschuß nicht geprüft worden, dagegen hat er einen kurzen Vortrag des Berichterstatters über den wesentlichen Inhalt der Aussagen gehört, die Dr. Kordt am 14. und 15. Juli 1948 vor der Kommission I des Mil-

tärgerichtshofes Nr. IV zu Fall XI in Nürnberg gemacht hat.

Dem Untersuchungsausschuß hat eine beglaubigte Abschrift des Telegramms vorgelegen, durch das der damalige Botschaftsrat bei der Gesandtschaft in Bern, Dr. Kordt, angewiesen worden ist, sich zur Prüfung von Material, das durch den italienischen Heizer aus der Britischen Botschaft in Rom gestohlen und zum Kauf angeboten worden war, nach Mailand zu begeben (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XIII). Dr. Kordt hat dazu bei seiner Vernehmung in der 28. Sitzung erklärt, daß er die Echtheit der Dokumente an der ihm bekannten Handschrift von Lord Perth (Sir Eric Drummond) erkannt und nur zweimal je zwanzig Minuten Gelegenheit hatte, Stichproben zu machen. In seinem Bericht habe er es als wünschenswert bezeichnet, das Material in deutsche Hand zu bekommen. Auf

Vorhalt hat Dr. Kordt zugegeben, daß eine solche Tätigkeit im allgemeinen nicht zu den Aufgaben eines Diplomaten gehöre, sich jedoch damit verteidigt, daß sich Deutschland damals im Kriege befand.

Dem Zeugen sind weiter die **dechiffrierten Telegramme des deutschen Gesandten in Dublin**, die Nachrichten der Gegenspionage enthalten, vorgelegt worden. Er hat zugegeben, diese Nachrichten an das AA weitergeleitet zu haben, sich aber mit der nicht widerlegbaren Tatsache verteidigt, daß ihm der chiffrierte Inhalt nicht bekannt und eine Dechiffrierung in Bern im übrigen in keiner Weise möglich gewesen sei. Der Umstand, daß alle Telegramme etwa fünf Tage lang in Bern gelegen haben, bevor sie nach Berlin weitergegeben worden sind, ist vom Zeugen mit der Überlastung des Berner Chiffrierbüros erklärt worden.

Votum

Der Ausschuß hält Dr. Theo Kordt für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Der Ausschuß sieht in Dr. Kordt einen Mann echten Widerstandes.

Hinsichtlich der Weitergabe der Telegramme der Gesandtschaft in Dublin trifft ihn kein Vorwurf, da ihm der Inhalt dieser Nachrichten unbekannt war.

Sein Verhalten in der Angelegenheit des Dokumentenankaufs in Mailand entspricht nicht normalen diplomatischen Aufgaben und Gepflogenheiten. Der Ausschuß stützt sich bei dieser Beurteilung auf das eigene Urteil des Zeugen. Da aber gerade ein Angehöriger der Widerstandsbewegung verschiedener Meinung darüber sein konnte, bis zu welchem Grade Widerstand gegen ein diktatorisches Regime ohne Verletzung der Interessen seines Vaterlandes ausgedehnt werden darf, hält es der Ausschuß nicht für widerlegbar, daß Dr. Kordt als Politiker und Beamter in gutem Glauben gehandelt hat.

13. Hans Ulrich v. Marchtaler

Geboren am 12. Oktober 1906 in Berlin, evangelisch, verheiratet, keine Kinder. — Referendar-, Assessor- und Doktorprüfung mit „ausgezeichnet“ (sämtlich in Tübingen); diplomatisch-konsularische Prüfung als einziger mit „vorzüglich“.

Laufbahn: August 1932 Referent im Institut für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht in Berlin, Februar 1934 Attaché im AA, 1935/36 Gesandtschaft in Budapest, 1936/38 AA (Büro des Reichsaußenministers Freiherrn v. Neurath), 1938 Vertretung des Gesandten in Dublin, September 1938 bis 1945 Botschaft Tokio. Blieb bis April 1948 ohne automatischen Arrest in Japan und kehrte im De-

zember 1948 in die Schweiz zurück. 15. Oktober 1949 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), Sommer 1950 bis Mai 1951 deutscher Verhandlungsausschuß für den Schumanplan in Paris, 12. Juni 1951 Botschaft Rio de Janeiro.

1936 Legationssekretär, 1940 Gesandtschaftsrat, 1950 Legationsrat I. Kl.

Mitglied der NSDAP seit 1940. Durch Bescheid der Denazifizierungskammer Iserlohn vom 19. August 1948 entlastet (Gruppe V).

Die „Frankfurter Rundschau“ wirft Dr. v. Marchtaler vor, er habe sich nach der Besetzung Tokios durch die Amerikaner der Besatzungsmacht als Zeuge gegen seine Kollegen angeboten. Am 19. September 1951 hat Dr. v. Marchtaler von Rio de Janeiro aus die dienstliche Erklärung abgegeben, daß er sich niemals angeboten habe, sondern — wie alle Beamten — geholt worden und für seine ehemaligen Kollegen eingetreten sei.

Votum

Gegen die weitere Verwendung von Dr. v. Marchtaler bestehen keine Bedenken.

Gründe:

In den zur Verfügung stehenden Akten und in sämtlichen vom Ausschuß geprüften Materialien ist nichts für Dr. v. Marchtaler Nachteiliges hervorgetreten. Auch seine Erklärung über sein Verhalten bei den Verhören durch die amerikanische Besatzungsmacht in Tokio erscheint dem Ausschuß glaubwürdig.

14. Wilhelm Melchers

Geboren am 20. Januar 1900 in Bremen, evangelisch-reformiert, ledig. — 1923 Referendarprüfung, Jena 1924 Dr. jur. cum laude, 1927 diplomatisch-konsularische Prüfung genügend.

Laufbahn: 1924/25 Zweigstelle für Außenhandel des AA in Bremen, 1925/27 AA, 1927/31 Gesandtschaft Addis Abeba, 1931/34 AA, 1934/35 Botschaft Tokio, 1935/37 Gesandtschaft Teheran, 1938/39 Konsul in Haifa, 26. Oktober bis 10. Dezember 1939 Gesandtschaft Bern, 11. Dezember 1939 bis Mai 1945 AA (Politische Abteilung, Referat Vorderer Orient). 1946/48 Evangelisches Hilfswerk in Bremen, Juni 1948 bis Dezember 1949 Senat der Hansestadt Bremen, seit 6. Dezember 1949 Bundeskanzleramt (Organisationsbüro, Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten), später AA.

1925 Attaché, 1931 Legationssekretär, 1937 Konsul, 1940 Legationsrat I. Kl., 1943 Vortragender Legationsrat, 16. März 1951 erneut VLR.

Mitglied der NSDAP seit 1. September 1939, Mitglieds-Nr. 7 077 242. Entlastet durch Bescheid der Spruchkammer Bremen vom 13. April 1948.

Die Vernehmungen von Dr. Melchers durch Dr. Schetter haben zu folgendem Ergebnis geführt:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. M. sei Pg. und VLR bis 1945 gewesen.		
2. M. hat bei Ribbentrop Proteste des Mufti entgegengenommen, der immer nur gekommen sei, „wenn mal ein paar Juden gerettet werden sollten.“	Es sei richtig, daß der Mufti ihn (M.) als Referenten für den Vorderen Orient aufgesucht hat, um dagegen zu protestieren, daß bulgarischen und rumänischen Juden freies Geleit über die Türkei nach Palästina gewährt werde. M. hat die Proteste niemals irgendwie gefördert oder unterstützt, so daß der Mufti sie meist schriftlich im Ministerbüro einreichte.	Behauptung der FR an sich richtig, jedoch entstellt, da durch FR Eindruck erweckt werden soll, als käme es auf einen Juden mehr oder weniger nicht an.
3. Der Name M. erscheint ab 1943 auf dem Verteilerschlüssel für Telegramme des AA.	Ist auf Antrag von M. hin auf den Verteilerschlüssel gesetzt worden, um breitere Informationen zu bekommen.	Behauptung der FR an sich richtig, jedoch ohne Bedeutung.
4. Es klingt unglaublich, daß M. eidlich behauptet, sein Amt habe mit Terror und Deportation nichts zu tun gehabt.	Das AA hat in eigener Zuständigkeit mit Terror- und Deportationsmaßnahmen gegenüber Juden nichts zu tun gehabt; es sei lediglich als Nachrichtenmittler zuständiger innerer Stellen an Stellen im besetzten und neutralen Ausland tätig gewesen.	Die Angabe der FR enthält nach der Einlassung von M. eine unrichtige Meinungsäußerung.
5. Auf Vorhalt von Dokumenten ist M. eines anderen belehrt worden.	M. wurden Dokumente überhaupt nicht vorgelegt. Lediglich ein Telegramm wurde produziert mit einer Randverfügung „Pol. VII z. g. Kts.“. Diese Verfügung war mit einem Faktum durchkreuzt ohne seine Paraphe. Kempner habe sich von ihm mit den Worten verabschiedet: „Sie sind ein weißer Rabe“.	Angabe der FR ist danach unrichtig.
6. M. habe beim Verhör die gleiche Formulierung wie v. Nostitz gebraucht, „er sei nur Postbote gewesen“.	Die durch das AA gegangenen Dokumente, die sich mit Terror- und Deportationsmaßnahmen beschäftigten, sind nur Übermittlungs- oder sog. Inserattelegramme gewesen.	Angabe der FR entstellt.

Dr. Melchers ist in der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 22. Februar, der 12. Sitzung am 29. Februar und der 31. Sitzung am 5. Mai 1952 nachmittags vernommen worden.

Der Untersuchungsausschuß hat sich zunächst mit der politischen Tätigkeit Dr. Melchers' während der Kriegszeit beschäftigt. Dabei hat er insbesondere festgestellt,

daß die Tatsache, daß Dr. Melchers Proteste des Mufti, die den Abtransport von Judenkindern aus Rumänien nach Palästina betrafen, seinen Dienst-

vorgesetzten vorgelegt hat, nicht zu beanstanden ist, weil Dr. Melchers

a) außer dieser geschäftsleitenden keinerlei sachbearbeitende Tätigkeit ausgeübt hat und

b) selbst ein ablehnendes Votum von Melchers an der Judenvernichtung durch die SS nichts hätte ändern können;

daß Dr. Melchers in dem neu errichteten Konsulat in Haifa unter den schwierigsten Umständen eine anerkennenswerte Tätigkeit ausgeübt hat;

daß Dr. Melchers zum engsten Kreise der Widerstandsgruppe innerhalb des AA gehört hat und sich während des ganzen 20. Juli 1944 im AA bereit hielt, um nach der Beseitigung Hitlers am Aufbau einer neuen Regierungsgewalt in Deutschland mitzuarbeiten; eine von Dr. Melchers am 28. Februar 1946 verfaßte Darstellung seiner Teilnahme an der Widerstandsbewegung wird in Anlage 2 als Dokument Nr. XIV diesem Bericht beigegeben.

In den weiteren Sitzungen hat sich der Untersuchungsausschuß mit der Tätigkeit von Dr. Melchers im **Organisationsbüro** beschäftigt und dabei im wesentlichen die gleichen Feststellungen getroffen, wie sie sich bereits aus der Vernehmung von Dr. Haas ergeben hatten. Insbesondere ist die Frage geprüft worden, warum erst in einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt die Einschaltung des Document Center erfolgt ist. Dabei hat sich herausgestellt, daß der Zeuge von der Existenz des Document Center erst durch den Verkehr mit dem Petersberg erfahren hat und Einzelfälle die Veranlassung zur Heranziehung des Document Center gewesen sind, während man sich im übrigen auf alte Bekanntschaften, das eigene Urteil, formlose kollegiale Besprechungen usw. verlassen hat.

Mit Dr. Melchers ist in der zweiten und dritten Vernehmung sodann eine große Anzahl von Einzelfragen besprochen worden, u. a. auch die der oberen (gehobenen mittleren) Beamten. Bei der engen Zusammenarbeit von Dr. Haas und Dr. Melchers ist es verständlich, daß die Vernehmung das gleiche Ergebnis hatte wie die von Dr. Haas, über die oben bereits Mitteilungen gemacht worden sind.

In der letzten Vernehmung von Dr. Melchers hat der Ausschuß versucht, der **Behandlung der Bewerbung des jetzigen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Otto John**, auf den Grund zu gehen. Es steht fest, daß sich Dr. John um die Jahreswende 1949/50 beworben hat, am 7. Januar 1950 auch der Nürnberger Verteidiger Helmut Becker um eine Auskunft über Dr. John gebeten worden ist, die von Becker umgehend gegeben worden ist. Der Untersuchungsausschuß hat ferner festgestellt, daß ein Verwandter des am 20. Juli 1944 getöteten Generalobersten Beck, Rudolf Beck, sich am 3. März 1950 günstig über Dr. John geäußert hat, Dr. John selbst zwischenzeitlich, nämlich im Februar 1950, im AA vorgesprochen hat, daß sich Bundesminister Kaiser später für Dr. John verwendet hat — und trotzdem keine Entscheidung des AA über die Einstellung von Dr. John erfolgt ist. Dr. Melchers erklärte zu dem Komplex Dr. John, daß er sich völlig frei davon fühle, Dr. John bewußt oder unbewußt irgendwelche Nachteile zugefügt zu haben.

Votum

Der Ausschuß erhebt gegen die Weiterverwendung von Dr. Melchers keine Bedenken, spricht sich jedoch gegen seine Verwendung in der Personalabteilung und gegen jede Einflußnahme auf

diese durch ihn aus. Der Ausschuß empfiehlt der Bundesregierung eine genaue Durchsicht des Protokolls vom 5. Mai 1952 über die Vernehmung von Dr. Melchers vor dem Ausschuß.

Gründe:

Der Untersuchungsausschuß hat über die persönliche Integrität von Dr. Melchers keine Zweifel. Er sieht in seiner Haltung innerhalb des Kreises der Männer des 20. Juli 1944 eine echte Widerstandshandlung.

Der Ausschuß hat jedoch den Eindruck, daß sich die amtliche Tätigkeit von Dr. Melchers während des letzten Krieges unter einem außerordentlich eingegengten Horizont abgespielt hat.

Auch die Tätigkeit von Dr. Melchers im Organisationsbüro und in der Personalabteilung des AA hat offensichtlich unter einer bestimmten Beschränktheit der Aspekte gelitten.

Die Aussagen von Dr. Melchers im Falle Dr. Otto John bedürfen der Nachprüfung unter dem Gesichtspunkt der Dienstpflicht des Beamten, sich bei allen dienstlichen Äußerungen der Wahrheit zu befleißigen. Selbst wenn, wie der Untersuchungsausschuß anzunehmen geneigt ist, Dr. Melchers subjektiv die Wahrheit gesagt hat, bleibt zu untersuchen, welche Schlüsse aus dem mangelnden Erinnerungsvermögen zu ziehen sind.

15. Gottfried v. Nostitz-Drzewiecki

Geboren am 19. August 1902 in Dresden, evangelisch-lutherisch, ledig. — 1925 Referendarprüfung gut oder sehr gut (Unterlagen fehlen), Ende 1929 diplomatisch-konsularische Prüfung gut.

Laufbahn: 1927/30 AA, 1930/33 Gesandtschaft Belgrad, 1933/34 AA, 1934/38 Gesandtschaft Wien, 1938/40 AA, 1940/45 Konsulat Genf. 1. August 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

1934 Legationssekretär, 1939 Legationsrat II. Kl., 1941 Konsul II. Kl.

Mitglied der NSDAP seit 1941; Mitglieds-Nr. 8 156 544. Seit 1938 im NSKK. — v. Nostitz hat dazu folgende Erklärung abgegeben:

„1942 erhielt ich die Mitteilung von meiner Annahme als Parteianwärter, 1943 Parteiabzeichen und -karte. Da ich aber weder vereidigt wurde, noch das Mitgliedsbuch erhielt oder beantragte, bin ich nicht Parteimitglied geworden.“

Durch Bescheid der Spruchkammer Wolfratshausen/Isar vom 21. April 1947 entlastet (Gruppe V).

Die Erhebungen von Dr. Schetter haben folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. N. sollte zur Botschaft Paris versetzt werden, französische Regierung verweigerte trotz Entnazifizierung Visum mit Begründung, N. habe als Konsul II. Kl. in Genf mit SD zusammengearbeitet.	Der französischerseits geäußerte Verdacht, daß v. N. mit SD zusammengearbeitet habe, ist widerlegt. Auf Anweisung des franz. Innenministeriums erhielt v. N. das Einreisevisum. Die Behauptung der Zusammenarbeit mit dem SD ist daher objektiv unrichtig.	Artikel erweist sich nach Einlassung von N. als unrichtig.
2. „Ballettmeister“ Erich Kordt habe v. N. für den Nürnberger Prozeß einstudiert.	Behauptung ist objektiv unrichtig.	Behauptung der FR ist objektiv unrichtig.
3. v. N. hat während der Nürnberger Prozesse dauernd Verbindung mit Kordt, Eitzdorf und Kessel gehabt, Protokolle der anderen eingesehen, die ihm sogar nach Stuttgart geschickt worden sind. v. N. schickt seine eigenen Affidavits in mehreren Exemplaren herum.	v. N. war im Interesse der Erforschung der Wahrheit darauf bedacht, sein Gedächtnis über jahrelang zurückliegende Vorgänge aufzufrischen. Mangels Unterlagen hat er Kontakt mit anderen aufgenommen und Protokolle eingesehen, die ohnehin jedem zugänglich waren.	Behauptung der FR wird im wesentlichen als nicht unrichtig zu bezeichnen sein, abgesehen davon, daß dieser Behauptung keine besondere Bedeutung beizumessen ist.
4. v. N. steht im Tagebuch v. Hassels und zeigte damals starke Tendenz, Weizsäcker zu verteidigen.	v. N. hat v. Weizsäcker schon v. Hassell gegenüber verteidigt. v. N. war nach den zahlreichen Notizen v. Hassells einer seiner politischen Vertrauten, wie durch den Sohn v. Hassels, Wolf-Ulrich v. Hassell, bestätigt werden kann.	Behauptung der FR ist im wesentlichen zutreffend, enthält aber sonst keine wesentlichen Dinge.
5. v. N. hat Bombardierung der offenen Stadt Warschau befürwortet und vorgeschlagen.	Diese Behauptungen sind objektiv unrichtig. v. N. wurde im Referat Pol. I M im Mai 1940 seiner Stellung enthoben, weil er sich mit Erfolg bemüht hat, Brüssel vor einer Bombardierung zu bewahren. Seine Haltung im Falle Brüssel ist in zwei Publikationen erwähnt.	Nach Einlassung von N. sind die Behauptungen der FR unrichtig.
6. v. N. habe das Angebot des Papstes, Weihnachten 1939 eine Waffenruhe zu veranstalten, hinhaltend behandelt, damit es nicht zu einer Waffenruhe kommt.	Die Behauptungen sind objektiv unrichtig.	Nach Einlassung von N. sind Behauptungen der FR objektiv unrichtig.
7. v. N. habe in seinen Vernehmungen zwanzigmal erklärt, er erinnere sich nicht.	Die FR hat übersehen, daß von den 20 Antworten 11 Antworten auf Suggestivfragen Kempners gewesen sind, dem es im Kreuzverhör darauf ankam, die Person von N. zu diffamieren. Die diesbezüglichen Sätze in dem Artikel entstellten deshalb die Protokollauszüge.	Nach Einlassung von N. ist die Darstellung der FR unvollständig und entstellt damit die Tatsachen.

8. v. N. sei Pg. und Konsul II. Kl. gewesen, will aber „nur Postbote“ gewesen sein.

Diese Bemerkung „nur Postbote“ ist nicht im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in Genf, sondern mit der Tätigkeit im Referat Pol. I M gemacht worden. Laut Protokoll hat v. N. erklärt, das Referat Pol. I M sei in sehr vielen Dingen ein Postbote, ein Übermittler von Mitteilungen gewesen; das trifft zu.

Artikel enthält eine Halbwahrheit und entstellt den Sachverhalt.

9. Wie viele biedere „Postbeamte“ waren wohl bei ihrer Entnazifizierung in der Lage, 35 „Persilscheine“ vorzulegen, wie sie v. N. nötig zu haben glaubte?

Die FR unterläßt, anzugeben, daß sich unter diesen Zeugnissen 7 Zeugnisse von Hinterbliebenen und sonstigen Überlebenden des 20. Juli 1944, 18 Zeugnisse angesehenster Ausländer und nur 5 Zeugnisse von früheren Angehörigen des AA befanden.

Die Angabe der FR ist unvollständig, vermittelt ein falsches Bild und entstellt damit die Tatsachen.

Der Untersuchungsausschuß hat sich bei der Vernehmung v. Nostitz' in der 19. und 27. Sitzung am 27. März und 23. April 1952 insbesondere mit der Haltung des Zeugen in Bezug auf das **Bombardement von Warschau** und den Waffenruhe-Vorschlag, den der Papst Weihnachten 1939 gemacht hatte, beschäftigt. Er hat festgestellt, daß diese Beschuldigungen falsch sind. Der Zeuge hat bei der ganzen Frage, ob Warschau bombardiert werden soll, überhaupt nicht mitgewirkt und sich später der Bombardierung der offenen Stadt Brüssel widersetzt. — Bei der Behandlung des vom Papst unterbreiteten **Vorschlages einer Waffenruhe Weihnachten 1939** trifft v. Nostitz keine Schuld, da ihm von diesem überhaupt nichts bekannt geworden ist.

Es ist richtig, daß die Akten v. Nostitz' eine ungewöhnlich große Zahl von Affidavits enthalten. v. Nostitz hat zugegeben, daß er sich diese zur Stützung und Kontrolle seines Gedächtnisses beschafft habe. Einen besonderen Plan habe er dabei nicht verfolgt.

v. Nostitz hat an den Bestrebungen des Widerstandskreises im alten AA teilgenommen. Seine wiederholten Reisen von Genf nach Berlin erklären sich aus dem Wunsch, das Unternehmen zu stützen und religiöse Bedenken der Attentäter zu zerstreuen. So war er am 6. Juli 1944 in Berlin anwesend, als die Umsturzpläne von Graf Peter York, Graf Fritz-Dietloff v. d. Schulenburg, Adam Trott zu Solz, Werner v. Haefen und Graf Berthold Stauffenberg besprochen wurden.

Die von der „Frankfurter Rundschau“ angegebene Tatsache, daß v. Nostitz im Jahre 1950 durch den Französischen Hohen Kommissar die Einreise nach Frankreich verweigert worden ist, konnte aufgeklärt werden. Zu der in den Akten v. Nostitz'

befindlichen Notiz, daß sich Ministerialdirektor Blankenhorn geweigert habe, zugunsten v. Nostitz zu intervenieren, hat Blankenhorn selbst eine Erklärung abgegeben, die in Anlage 2 als Dokument Nr. XV abgedruckt ist. Unterdessen hat v. Nostitz auch ein französisches Einreisevisum erhalten.

Die Frage, ob sich der Zeuge beim Verhör in Nürnberg unwürdig verhalten habe, wurde vom Untersuchungsausschuß verneint. v. Nostitz mußte 141 Fragen beantworten; auf 20 von ihnen hat er erklärt, sich nicht erinnern zu können, wobei 11 von diesen 20 Fragen Suggestivfragen gewesen sind.

Votum

Der Ausschuß hält v. Nostitz für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

Gründe:

Der Ausschuß sieht in v. Nostitz einen Mann echten Widerstandes.

Die Behauptungen über das Bombardement von Warschau und den Vorschlag einer Waffenruhe Weihnachten 1939 durch den Papst haben sich als gegenstandslos erwiesen. Das gleiche gilt für die Verdächtigungen des Französischen Hohen Kommissars.

Die Sammlung von Affidavits erscheint zwar bedenklich, ist in der Situation der ersten Nachkriegsjahre jedoch verständlich und entschuldigbar.

Das gleiche gilt für die Haltung v. Nostitz' bei den Nürnberger Verhören.

16. Peter Pfeiffer

Geboren am 3. Februar 1895 in Speyer, katholisch, ledig. — Referendarexamen Mai 1922 „bestanden“, Assessorexamen Dezember 1924 gut, diplomatisch-konsularische Prüfung Januar 1928 gut.

Laufbahn: 1926/28 AA, Februar bis November 1928 Gesandtschaft Prag, November 1928 bis Februar 1930 AA (Ministerbüro), Februar 1930 bis August 1934 Botschaft Moskau, September 1934 bis September 1938 Botschaft Paris, Oktober 1938 bis Oktober 1940 Botschaft Rom, November 1940 bis November 1941 Gesandtschaft Tirana, Februar bis November 1942 Generalkonsulat Algier, November 1942 bis März 1944 interniert, August 1944 bis April 1945 AA, 1945/46 automatischer Arrest, seit 18. November 1949 Bundeskanzleramt (Leiter des Deutschen Büros für Friedensfragen), später Leiter

der Ausbildung der Anwärter des Auswärtigen Dienstes.

1929 Legationssekretär, 1938 Gesandtschaftsrat II. Kl., 1941 Generalkonsul, 1942 Generalkonsul I. Kl.

Mitglied der NSDAP seit Ende 1941; Mitglieds-Nr. 8 128 186. In öffentlicher Verhandlung der Spruchkammer München am 4. Mai 1948 entlastet (Gruppe V).

Die Vernehmung durch Dr. Schetter führte zu folgendem Ergebnis:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Pf. sei Pg. gewesen.	Trifft zu, daß Mitglied laut Mitgliedskarte vom Dez. 1940, die ihm im April 1941 ausgehändigt wurde.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. Pf. ist NS-Generalkonsul in Algier gewesen.	War Deutscher Generalkonsul in Algier.	Keine wesentlich unrichtige Angabe der FR.
3. Von Pf. stammt der viel belächelte Funkspruch nach der Landung der Alliierten in Nordafrika: „Stadt unter Artilleriefeuer. Dies ist mein letztes Telegramm. Es lebe der Führer. Pfeiffer.“	Telegramm ist unvollständig wiedergegeben. Den Wortlaut besitzt Pf. nicht mehr. Nach seiner Erinnerung hatte Telegramm folgenden Inhalt und Aufbau: „Ich erfahre, daß zwischen alliierten Landungstruppen und französischem Kommando Waffenstillstand für Algier abgeschlossen worden ist, amerikanische Gefangene sind freigegeben. Die Stadt ist ruhig, lediglich im Hafen brennt durch deutsche Bomber in Brand gesetztes Benzinlager. Haben Geheimsachen verbrannt, werden jetzt Chiffriermaterial und -gerät vernichtet.“ Telegramm kam in Berlin mit dem Schluß an: „Sieg Heil Führer und Deutschland. Pfeiffer“. Pf. übernimmt für diese Form und Fassung Verantwortung, obwohl sie nicht ganz dem Original in Algier entspricht.	Unrichtige Angabe der FR wird kaum behauptet werden können.
4. Peter und Anton Pfeiffer beförderten v. Herwarth in Bayerische Staatskanzlei.	Peter Pf. war nach 1945 mangels jeder amtlichen Stellung nicht in der Lage, irgend jemanden in die Bayerische Staatskanzlei „zu befördern“.	Angabe der FR ist als unrichtig zu bezeichnen.
5. FR spricht von Dozentenposten der Diplomatenschule für v. Rintelen und Erich Kordt.	Es gibt keine ständigen Dozenten. Es werden von Fall zu Fall nur fachkundige Personen zu Vorträgen eingeladen.	Angabe der FR entstellt.

Der Untersuchungsausschuß hat Peter Pfeiffer in seiner 30. Sitzung am 25. April 1952 gehört. Über die Tatsache seiner auffallend guten Beurteilung durch die Parteistellen der NSDAP befragt, hat der Zeuge erklärt, diese gehe auf den ersten Landesgruppenleiter in Italien, Ehrlich, zurück und sei dann in den Akten immer wieder abgeschrieben worden. Daß er, „obwohl praktizierender Katholik“, 1944 zum Botschaftsrat in Paris vorgesehen war und auch entsandt werden sollte, hat Pfeiffer erst durch den Untersuchungsausschuß erfahren. Pfeiffer hat sich damals zur Wehrmacht gemeldet; seine Abstellung wurde jedoch abgelehnt.

Text und Umstände der Absendung des letzten Telegramms aus Algier hat der Zeuge dem Untersuchungsausschuß genau so dargestellt wie in der früheren Zusammenstellung von Dr. Schetter angegeben.

Wegen der Anstellung Herwarth v. Bittenfelds in der Bayerischen Staatskanzlei wird auf den Bericht über diesen verwiesen.

Dem Ausschuß war bekannt, daß v. Rintelen nur ein einziges Mal als Dozent in Speyer tätig gewesen ist.

Der Untersuchungsausschuß hat anerkennend zur Kenntnis genommen, daß Pfeiffer in keiner Weise zu behaupten versucht, mit den Männern des Widerstandes, denen er seine höchste Achtung bezeugt, in Verbindung gestanden zu haben.

Votum

Der Ausschuß erhebt gegen die Weiterverwendung von Peter Pfeiffer keine Bedenken, empfiehlt jedoch, im ersten Jahre keine Verwendung im Ausland in Aussicht zu nehmen, zumal der Zeuge dem Ausschuß erklärt hat, daß sein Wunsch zunächst nicht auf eine solche Verwendung gerichtet sei.

Gründe:

Abgesehen von der nicht restlos aufzuklärenden Absendung des letzten Telegramms aus dem Generalkonsulat in Algier sind keine Umstände zutage getreten, aus denen bewiesen werden könnte, daß sich Pfeiffer während des Dritten Reiches menschlich, moralisch oder juristisch nicht korrekt verhalten habe. Der Ausschuß hat gegen eine Weiterverwendung insbesondere auch deshalb keine Bedenken, weil es sich bei Pfeiffer offensichtlich um einen gut begabten und gebildeten Mann handelt (er beherrscht fünf Fremdsprachen, u. a. Italienisch und Russisch).

17. Werner Schwarz

Dr. Schwarz war von 1923 bis 1937 im Auswärtigen Dienst des ehemaligen Deutschen Reiches und wurde 1937 entlassen, weil er mit einer sogenannten Nichtarierin verheiratet war.

Dr. Schwarz ist in der 6. Sitzung des Ausschusses am 13. Februar, in der 7. am 14. Februar und in

der 11. Sitzung am 22. Februar 1952 vernommen worden.

In seiner Vernehmung durch Herrn Dr. Schetter am 30. Oktober 1951 hat Dr. Schwarz bereits gesagt, daß seine Aufgaben, nachdem er im Januar 1950 in die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt eingetreten war, hauptsächlich auf den Gebieten der Verwaltung und der Organisation lagen, er von Dr. Haas aber auch mit zur Beratung von Personalangelegenheiten herangezogen worden ist. Später habe er Nachwuchsfragen bearbeitet.

Der Zeuge Dr. Schwarz ist zuerst zu der Frage der oberen (gehobenen mittleren) Beamten vernommen worden. Er hat bestätigt, daß mit seiner Zustimmung der inzwischen verstorbene Himke, Loeper und Papenfuß (Kanzler im früheren Auswärtigen Dienst) berufen worden seien, um den Personalkörper der oberen (gehobenen mittleren) Beamten aufzubauen. Diese haben unter der Verantwortlichkeit von Dr. Kreutzwald und mit Hilfe von Damerow an ehemalige Kollegen privat brieflich die Aufforderung zum Wiedereintritt in den Auswärtigen Dienst gerichtet. Als ihm aufgefallen sei, daß dadurch eine größere Anzahl von P.g.s reaktiviert wurde, habe er die Sache abgestellt. Um neue Kräfte zu gewinnen, seien dann im Dezember 1951 die Landesregierungen aufgefordert worden, jüngere Beamte aus der Regierungsinspektorenlaufbahn zu veranlassen, sich für den Auswärtigen Dienst zu melden.

Dr. Schwarz hat es sodann für richtig gehalten, dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „privat“ mitzuteilen, daß der neue Leiter der Personalabteilung, VLR Dr. Wilde, Mitglied der NSDAP gewesen sei. Der Vorsitzende hat darauf gedrungen, daß ihm diese Mitteilung offiziell gemacht wurde. Dr. Wilde ist in der 11. Sitzung am 22. Februar 1952 durch den Ausschuß vernommen worden und hat dabei dem Sinne nach erklärt:

Seit meinem 11. Lebensjahre habe ich sehr aktiv an der katholischen Jugendarbeit teilgenommen und diese Tätigkeit, obgleich ich mich im juristischen Vorbereitungsdienst befand, auch im „Dritten Reich“ fortgesetzt. Nach einem Zusammenstoß mit der Geheimen Staatspolizei bin ich 1935 nach Genf gegangen und wurde dort, trotzdem ich mich mit Emigrantenkreisen angefreundet hatte, vom Ortsgruppenleiter der NSDAP aufgefordert, in die Partei einzutreten. Ich habe dem Mann erklärt, daß ich aus grundsätzlichen weltanschaulichen Gesichtspunkten nicht der NSDAP beitreten könne. Damit ich meinen Vorbereitungsdienst beenden könnte, bot mir der Ortsgruppenleiter an, einen Aufnahmeantrag zu unterschreiben und versprach mir dabei ausdrücklich in die Hand, daß er diesen Antrag nicht weitergeben werde. Ich bin nach Deutschland zurückgekehrt und habe 1939 den Assessor gemacht. Ich habe niemals eine Mitgliedskarte erhalten, niemals Beiträge gezahlt noch mich

sonstwie für die NSDAP betätigt. Im Gegenteil hatte ich im Reichswirtschaftsministerium sofort wieder Schwierigkeiten mit der NSDAP. Als ich zum Regierungsrat ernannt werden sollte, legte der Stab Heß sein Veto ein und erklärte, daß ich weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen angehöre und außerdem jedes Interesse an von der Partei betreuten Organisationen vermissen lasse. Ich habe mich dann in die Militärverwaltung geflüchtet. Meine Ernennung zum Regierungsrat hat sich über zwei Jahre verzögert.

Der Ausschuß hat nach der Vernehmung von Dr. Wilde beschlossen:

Die Darlegungen von Dr. Wilde werden vom Ausschuß als glaubwürdig angesehen. Für den Ausschuß gilt die Angelegenheit als erledigt.

Votum

Dr. Schwarz ist nicht geeignet zur Weiterverwendung in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes; im übrigen werden gegen seine Verwendung keine Bedenken erhoben.

Gründe:

Der Ausschuß möchte die Tatsache, daß Dr. Schwarz zu den aus sogenannten rassischen Gründen Verfolgten gehört, anerkennen und spricht sich deshalb für seine Weiterverwendung aus. Die Art seiner Tätigkeit im Organisationsbüro und die Dr. Wilde zugefügte Belastung lassen Dr. Schwarz jedoch als ungeeignet für eine Tätigkeit in der Personalabteilung erscheinen.

18. Hans Schwarzmann

Geboren am 16. Februar 1913 in Aschaffenburg, evangelisch, verheiratet, vier Kinder. — 1935 Referendarprüfung gut, 1936 Diplom-Volkswirt fast gut, 1936 Dr. jur. cum laude (Erlangen), keine Berufsprüfung für den Auswärtigen Dienst.

Laufbahn: Februar bis April 1940 AA (Wirtschaftsabteilung), 16. April bis Mitte 1940 Gesandtschaft Kopenhagen (nach der Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen), 25. August 1940 bis 1. November 1941 AA (Ministerbüro Ribbentrop), 1. November 1941 bis 1. Februar 1942 Generalkonsulat Casablanca, anschließend bis 9. November 1942 Generalkonsulat Algier, November 1942 bis Frühjahr 1944 Internierung, Juni 1944 bis April 1945 Wehrmacht, Dezember 1947 bis 31. Juli 1950 Bayerische Staatskanzlei, 2. August 1950 Bundeskanzleramt (Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

29. Mai 1941 Legationssekretär, 30. April 1944 Legationsrat, 30. November 1949 Regierungsrat auf Widerruf, 27. März 1950 Regierungsrat auf Lebenszeit, jetzt noch aus dem bayerischen Staatsdienst in das AA abgeordnet.

Die Frau des Reichsaußenministers v. Ribbentrop ist eine Kusine von Frau Schwarzmann. Zwischen den Frauen hat familiärer Verkehr stattgefunden. Dr. Schwarzmann selbst ist nach seiner Angabe nicht in nähere Berührung mit Ribbentrop gekommen.

Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1933; Mitglieds-Nr. 3 151 913. Durch Bescheid der Spruchkammer Landsberg am Lech vom 22. August 1947 als Mitläufer kategorisiert (Gruppe IV).

Die Untersuchungen von Dr. Schetter haben folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Sch. sei Pg. gewesen.	Angabe ist zutreffend.	Keine unrichtige Angabe der FR.
2. Sch. sei von Herwarth in die Bayerische Staatskanzlei gezogen worden.	Behauptung ist unrichtig. Sch. hat v. Herwarth bis zum Eintritt in die Bayerische Staatskanzlei überhaupt nicht gekannt.	Angabe der FR ist unrichtig.
3. Sch. sei Verbindungsmann zu Botschafter Abetz gewesen, durch dessen Hand der berühmte Vorgang über die geplante Ermordung der französischen Minister Mandel und Reynaud gegangen sei.	Sch. war nicht der Botschaft Paris, sondern dem Ministerbüro in Berlin zugeteilt. Unrichtig, daß Sch. mit der geplanten Erschießung der Minister Mandel und Reynaud etwas zu tun gehabt habe. Ein diesbezügliches Telegramm hat Sch. lediglich im Durchdruck zur Kenntnis erhalten.	Angabe der FR ist entstellt.

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
4. Sch. habe laufend völkerrechtswidrige Aufträge weitergegeben.	Angabe der FR ist unrichtig. Sch. hat im Ministerbüro nur Durchdrucke der Berichte der Botschaft erhalten. Völkerrechtswidrige Aufträge sind überhaupt nicht durch seine Hand gegangen.	Angabe der FR ist unrichtig.
5. Sch. habe vorerwähnte Tatsachen bei seiner Entnazifizierung verschwiegen.	Sch. wurde im schriftlichen Verfahren entnazifiziert. Auf eine Eingabe des Office of Chief of Counsel for War Crimes in Nürnberg hat eine erneute Prüfung zur Bestätigung des Spruches der Spruchkammer geführt. Entscheidende Instanz war der bekannte Staatssekretär a. D. Camille Sachs.	Angabe der FR ist unrichtig.

Die Untersuchungen des Ausschusses haben sich insbesondere auf die **dienstliche Tätigkeit Dr. Schwarzmans im Ministerbüro von Ribbentrop** erstreckt. Nach der Angabe Dr. Schwarzmans in der 28. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 24. April 1952 sei er in das Ministerbüro gekommen, weil Ribbentrop einen großen Dienstverkehr mit dem sogenannten Botschafter Abetz in Paris erwartet habe. Um Feststellungen über Art und Umfang seiner Tätigkeit zu treffen, ist dem Zeugen eine Anzahl von Nürnberger Dokumenten über die Judenfrage in Frankreich, den Schutz französischer Kriegsgefangener, die Ausnutzung der französischen Wirtschaftskraft durch Deutschland, die Verwertung französischer Wertpapiere und die Erschießung der früheren französischen Minister Reynaud und Mandel vorgelegt worden. Der Zeuge hat dazu erklärt, daß diese Dokumente von ihm nur mit geschäftsleitenden Verfügungen versehen worden sind, die der Sammlung und Ordnung des Materials zur Vorlage für Ribbentrop und zur Aufbewahrung im Ministerbüro dienen. In keinem Falle habe er eine sachbearbeitende oder vortragende Tätigkeit ausgeübt. In bezug auf das Dokument betreffend den Vorschlag des sogenannten Botschafters Abetz, die ehemaligen französischen Minister Mandel und Reynaud zu erschießen, hat Dr. Schwarzman erklärt, daß er sich darüber aus Gewissensgründen und Mitteilungsbedürfnis mit seinen Kollegen im Ministerbüro und im Vorzimmer des Staatssekretärs v. Weizsäcker unterhalten habe. Einen dienstlichen Zweck hätten diese Besprechungen schon deshalb nicht haben können, weil Ribbentrop unverzüglich negativ reagiert habe. Dr. Schwarzman war damals 28 Jahre alt.

Votum

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung von Dr. Schwarzman,

empfiehlt jedoch, zunächst von einer Verwendung im Ausland abzusehen.

Gründe:

Dr. Schwarzman hat tatsächlich an keiner Handlung teilgenommen, die ihn belastet. Seine Weiterverwendung kann das Ansehen der Bundesrepublik nicht schädigen.

Der Untersuchungsausschuß sieht in Dr. Schwarzman keinen Fachbeamten, dessen Kenntnisse und dienstliche Erfahrungen für den Aufbau des AA unentbehrlich gewesen wären. Angesichts der besonderen Umstände, unter denen er in das AA eingetreten und verwendet worden ist, hält es der Ausschuß in seinem und im allgemeinen Interesse für geboten, daß er zunächst in der Zentrale und nicht im Auslandsdienst verwendet wird.

19. Susanne Simonis

Geboren am 29. Januar 1904 in Berlin-Charlottenburg, katholisch, ledig. — Abitur als Externe, sechs Semester Studium der Rechts- und Staatswissenschaften ohne Abschlußprüfung.

1930/41 Redaktion der Frauenzeitschrift „Fürs Haus“, 1941/45 Führung des Haushalts von Dr. Erich Kordt in Tokio. 1. Januar 1950 Deutsches Büro für Friedensfragen, seit 1. April 1950 Bundeskanzleramt (Frauenreferat der Personalabteilung in der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten).

Mitglied der Frauenschaft der Auslandsdeutschen in Tokio seit etwa 1941. Durch Bescheid der Spruchkammer Stuttgart vom 8. März 1948 vom Befreiungsgesetz nicht betroffen.

Die Untersuchungen von Dr. Schetter haben folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Stand in Ostasien der NS-Frauenschaft sehr nahe.	Besuchte wie alle weiblichen Botschaftsangehörigen seit Juni 1941 in Tokio die regelmäßigen Arbeitsnachmittage der „auslandsdeutschen Frauenschaft“, die ihren früheren Charakter als „Hilfsverein“ insofern aufrechterhielt, als vorwiegend Kindersachen genäht wurden.	Artikel der FR entstellt Sachverhalt.
2. Hielt über Radio Tokio Reden an deutsche Frauen.	Radiovortrag in Tokio gehalten. Auf Wunsch in Tokio Vortrag über Leben im Kriegsdeutschland gehalten. Nationalsozialistische Schlagworte kamen nicht darin vor. Gleicher Vortrag auf Aufforderung auch in Yokohama und Kobe gehalten.	Keine Unrichtigkeit der FR.
3. Frau S. verlangt für Eintritt des Nachwuchses in das AA abgeschlossenes Hochschulstudium über das sie selbst nicht verfügt.	Hat Universitätsstudium nicht abgeschlossen.	Insofern keine Unrichtigkeit des Artikels der FR.

Der Untersuchungsausschuß hat Wert auf die Rekonstruktion der Rede gelegt, die Frau Simonis über Radio Tokio gehalten hat. Das Manuskript hat vorgelegen und keinen Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

Der Untersuchungsausschuß hat weiter die Tätigkeit von Frau Simonis im Widerstand geprüft und festgestellt, daß sie im Jahre 1938 mit einer wichtigen Nachricht, die zur Durchkreuzung der Kriegspolitik Hitlers bestimmt war, nach London geschickt wurde. Frau Simonis mußte diese Nachricht

auswendig lernen und hat sie nach Überschreiten der deutschen Grenze im D-Zug niedergeschrieben und weitergegeben.

Votum

Gegen die weitere Beschäftigung von Frau Simonis im Auswärtigen Dienst sind keine Bedenken zu erheben.

Gründe:

Frau Simonis war an einer echten Widerstandshandlung beteiligt. Sie hat sich nicht im nationalsozialistischen Sinne betätigt.

20. Alois Tichy

Geboren am 14. Juli 1906 in Antonienhütte (Oberschlesien), katholisch, geschieden, keine Kinder. — Referendarexamen ausreichend, Assessorprüfung voll befriedigend, Promotion zum Dr. jur. cum laude (Breslau), japanische Sprachprüfung mit Auszeichnung, diplomatisch-konsularische Prüfung ausreichend.

Laufbahn: 1933 AA, März 1934 bis Juli 1935 Gesandtschaft Kaunas, 1935/45 Botschaft Tokio.

1. November 1949 Deutsches Büro für Friedensfragen, 1. Juli 1950 Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission).

1937 Legationssekretär, 1940 Gesandtschaftsrat.

1934 Parteianwärter, 1937 Mitglied der NSDAP; Mitglieds-Nr. 4 679 248. Durch Sühnebescheid der Spruchkammer Ludwigsburg vom 28. Mai 1948 mit einer Sühne von 50 RM als Mitläufer in Gruppe IV eingereiht.

Die Vernehmung durch Dr. Schetter ergab:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. Pg. und Parteirichter, daher Funktionär der NSDAP von 1936 bis 1943.	Niemals Parteirichter gewesen. Im Nov. 1937 in Partei aufgenommen und Aufgabe eines Schlichters in Tokio übertragen erhalten. Empfiehlt Auskunft beim Document Center.	Keine Unrichtigkeit der FR, daß T. Pg. gewesen. Unrichtig, daß T. Parteirichter gewesen. Richtig, daß T. Schlichter der NSDAP gewesen ist und damit in gewissem Umfange Funktionär. Behauptung der FR enthält insofern eine nicht sehr wesentliche Abweichung von der Richtigkeit.

Der Untersuchungsausschuß, der Dr. Tichy in der 20. Sitzung am 28. März 1952 vernommen hat, ist bemüht gewesen, die Frage zu klären, ob die **Tätigkeit eines Uschla-Funktionärs in Tokio** mit der Tätigkeit eines Parteirichters identisch ist. Die Prüfung hat ergeben, daß innerhalb der Auslandsorganisation die Institution der Uschla auch fortbestand, nachdem sie 1934 in Deutschland selbst durch die Parteirichter ersetzt worden war. Dr. Tichy ist schlichtend zwischen Mitgliedern der NSDAP sowie zwischen solchen und Mitgliedern der deutschen Kolonie in Tokio tätig gewesen. Urteile sind von ihm nicht gefällt worden.

Votum

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen die Weiterverwendung von Dr. Tichy, empfiehlt aber eine Verwendung im internen Dienst des Auswärtigen Amtes.

Gründe:

Dr. Tichy hat sich nicht im Sinne der NSDAP politisch betätigt, jedoch lassen die Umstände des vorliegenden Falles bei seiner Verwendung im Auslandsdienst Zurückhaltung geboten erscheinen.

21. Heinz Trützschler v. Falkenstein

Geboren am 26. November 1902 in Nordhausen, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder. — Dr. phil. (Historiker) 1924 in Halle „mit Auszeichnung“.

Laufbahn: 1929/30 wissenschaftlicher Assistent im Institut für auswärtige Politik an der Universität Hamburg, 1930/33 Sekretariat des Völkerbundes in Genf (Informationsabteilung), 1934 AA, 1935/39 Konsulat Genf, März bis Mai 1939 Gesandtschaft Prag, Mai bis September 1939 Botschaft

Warschau, 1939/45 AA (Politische Abteilung). Nach automatischem Arrest 1946/49 im Hessischen Statistischen Landesamt, Ende 1949 Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission). 20. November 1934 Attaché, 28. November 1936 Vizekonsul, 10. August 1941 Legationsrat, Februar 1944 Legationsrat I. Kl., 13. August 1949 Oberregierungsrat, 22. November 1950 erneut Legationsrat I. Kl. Im August 1951 ist eine Kabinettsvorlage betreffend die Ernennung Dr. v. Trützschlers zum Gesandten I. Kl. vorbereitet worden.

Am 17. August 1936 hat Dr. v. Trützschler die dienstliche Erklärung abgegeben, daß er sich in seinem beruflichen Werdegang niemals der Vermittlung von Abgeordneten oder führenden Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei bedient hat und daß er insbesondere den Abgeordneten Dr. Breitscheid nicht persönlich kannte. Ebenso hat Dr. v. Trützschler erklärt, daß seine Tätigkeit in der Informationsabteilung des Genfer Völkerbundes nicht auf Beziehungen zu dem früheren sozialdemokratischen Juristen Dr. Wertheimer zurückzuführen sei; er habe im Völkerbundssekretariat vielmehr in dauerndem Kampf mit Dr. Wertheimer gestanden.

Mitglied der NSDAP seit dem 1. Oktober 1940; Mitglieds-Nr. 8 183 952. Entlastet durch Spruch der Spruchkammer Wiesbaden vom 7. Mai 1948; Hauptgrund der Entlastung: Weigerung, sich in den Führungsstab Ribbentrops eingliedern zu lassen, und angebliches Übergehen bei der Beförderung — siehe oben: 1934 Attaché, 1936 Vizekonsul, 1941 Legationsrat, 1944 Legationsrat I. Kl.

Die Vernehmung Dr. v. Trützschlers durch Dr. Schetter hat folgendes ergeben:

Artikel der FR	Dienstliche Äußerung	Würdigung
1. v. T. hat dem SC angehört.	Es ist unwahr, daß er dem SC angehört oder angehört habe.	Die Behauptung der FR ist unrichtig.
2. v. T. hatte einst die Aufgabe, die gut gefärbten Weißbücher für die Ribbentrop-Außenpolitik zu verfassen und Presseinformationen und Propaganda zu bearbeiten.	Es ist unwahr, daß er die Aufgabe gehabt habe, die Weißbücher zu verfassen. Wahr ist, daß er bei der technischen Edition verschiedener Weißbücher mitgewirkt habe, aber nicht als Verfasser der Weißbücher angesprochen werden könne, da politische Zielsetzung, Aufbau und Gesamtgestaltung nicht von ihm, sondern von anderen Personen bestimmt worden seien. Aus der Erinnerung könne er sagen, daß selbst Dr. Kempner nicht behauptet habe, daß er die Weißbücher verfaßt, sondern nur, daß er an ihrer Zusammenstellung mitgewirkt habe.	Behauptung der FR, v. T. sei der Verfasser der Weißbücher, ist unrichtig. Richtig allein ist, daß v. T. an der Edition der Weißbücher mitgewirkt hat. Artikel der FR ist insgesamt daher mindestens entstellt.

Dr. v. Trützschler ist in der 19. und der 27. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 27. März und 23. April 1952 vernommen worden. Dabei hat sich folgendes ergeben:

Dr. v. Trützschler hat auf die Frage nach der Art und dem Maß seiner Beteiligung an der **Verfassung von Weißbüchern** stets ausweichend geantwortet und die Verantwortung für die unwahre Darstellung des **Bombardements von Freiburg im Breisgau** durch deutsche Flieger sofort auf einen Kollegen geschoben, nachdem er zugegeben hatte, daß ihm und anderen Beamten der Politischen Abteilung Zweifel an der Richtigkeit der deutschen Angaben gekommen sind. Nachdem Dr. v. Trützschler ein Schreiben vorgehalten worden war, in dem er das OKW um Mitteilungen für die hitlerische Kriegspropaganda in Spanien und Portugal gebeten hat (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XVI), hat er von sich aus dem Ausschuß mitgeteilt, daß er während des ganzen Krieges die „**Sprachregelungen**“, deren sich die **deutschen diplomatischen Missionen** bedienen sollten, im AA gemacht hat bzw. an ihrer Abfassung beteiligt gewesen ist.

Schließlich hat Dr. v. Trützschler bis zuletzt in Abrede gestellt, von seiner **Ernennung zum Sekretär für den Europa-Ausschuß des Ribbentropschen AA** irgend etwas zu wissen bzw. sich daran zu erinnern. Dem Zeugen wurde das entsprechende Dokument (vergl. Anlage 2, Dokument Nr. XVII) vorgelegt, das ihn im Verteiler und in der Liste, die die Zusammensetzung des Komitees enthält und unter Nr. 4 die Aufgaben des Sekretärs bezeichnet, nennt. Auch nach der Vorlage ist Dr. v. Trützschler bei der Behauptung geblieben, daß er sich weder an die Einsetzung des Europa-Ausschusses noch an seine Bestimmung zum Sekretär dieses Ausschusses erinnern könne.

Votum

Der Untersuchungsausschuß erhebt grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung im Auswärtigen Amt, empfiehlt aber, bis auf weiteres keine Beförderungen auszusprechen. Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung von Dr. Trützschler von Falkenstein im Ausland aus.

Gründe:

Eine Verwendung des Mannes, der während des ganzen Krieges in der Politischen Abteilung „**sprachregelnd**“ an der Gestaltung der Kriegspropaganda beteiligt gewesen ist, im Ausland würde das Ansehen der Bundesrepublik schädigen. Insbesondere hält es der Untersuchungsausschuß für untragbar, daß Dr. v. Trützschler als Referatsleiter des AA die Europa-Politik der Bundesrepublik repräsentiert. Ebenso ist angesichts der Haltung Dr. v. Trützschlers bei seinen verschiedenen Vernehmungen, insbesondere bei der zweiten, vor dem Ausschuß, wo sich der Zeuge trotz der Vorlage unbezweifelbar echter Dokumente von großer Bedeutung auf das Nicht-erinnern-können zurückzog, seine Beförderung nicht gerechtfertigt. Schließlich empfindet es der Ausschuß als einen

Mangel an Wahrheitssinn, daß Dr. v. Trützschler bis jetzt nichts unternommen hat, um sich über die wahren Vorgänge beim Bombardement von Freiburg im Breisgau zu unterrichten, obgleich ihm die Informationsquellen dafür angegeben worden sind.

III. Zusammenfassung

Der Untersuchungsausschuß kann eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse nur im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten, die ihm gegeben waren, vornehmen. Durch die Erschließung der Nürnberger Materialquellen, bei der sich das Münchner Institut für Zeitgeschichte als eine wertvolle Einrichtung erwiesen hat, war es dem Ausschuß möglich, in der Beweisaufnahme wesentlich über das Ergebnis hinauszukommen, das der Bericht von Dr. Schetter festgestellt hat. Der Untersuchungsausschuß muß jedoch darauf aufmerksam machen, daß durch die Erschließung neuer Materialquellen das Bild, das er durch die Abgabe seiner Voten vom gegenwärtigen Auswärtigen Amt und vom gegenwärtigen Auswärtigen Dienst gezeichnet hat, ergänzt oder korrigiert werden könnte. Künftige Publikationen der Akten des Ribbentropschen Auswärtigen Amtes, insbesondere der angeblich noch in London lagernden sämtlichen Akten über die Judenpolitik, wären imstande, die Beurteilung einzelner Persönlichkeiten unter Umständen sogar grundlegend zu ändern. Nur unter Beachtung dieser Situation, der sich der Untersuchungsausschuß gegenüber sah, können und dürfen die Voten geprüft und die Zusammenfassung verstanden werden.

Der Untersuchungsausschuß ist sich auch in jedem Zeitpunkte seines Verfahrens darüber im klaren gewesen, daß er ein politisches Instrument ist, beauftragt, bestimmte politische Fragen zu beantworten. Er nimmt also für sich nicht den Rang einer historischen Forschungskommission in Anspruch. Bei seiner Methode hat sich der Ausschuß mit den normalen Mitteln der juristischen Logik begnügt, wie sie durch die vom Grundgesetz vorgeschriebene sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung vorherbestimmt sind. So nahe es gelegen hätte, unter strafprozessualen Gesichtspunkten weitere Methoden anzuwenden oder im historischen Interesse andere Methoden zu gebrauchen, hat der Ausschuß doch bewußt darauf verzichtet.

Zusammenfassend beantwortet der Untersuchungsausschuß die vom Plenum gestellten Fragen wie folgt:

1. Wurden oder werden im Auswärtigen Dienst, insbesondere auch im Auswärtigen Amt, Personen beschäftigt, deren Verhalten während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geeignet ist, künftig das Vertrauen des In- und Auslandes zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden?

Ja.

Es wurden einige Personen beschäftigt, deren Verwendung das Vertrauen des In- und Auslandes

zur demokratischen Entwicklung beeinträchtigen konnte. Sie sind zum Teil entfernt, zum Teil sollen die Vorschläge des Untersuchungsausschusses über ihre weitere Verwendung es unmöglich machen, daß fernerhin eine Gefährdung des Ansehens der Bundesrepublik stattfindet.

2. Auf welche Einflüsse ist eine Beschäftigung solcher Personen zurückzuführen?

Bei den höheren Beamten lassen sich in bestimmten Fällen (Dr. Haas, Dr. Melchers, Blankenhorn, Dr. Schwarz, Dr. Dittmann) kausale Zusammenhänge in bezug auf die Berufung von früheren Mitgliedern des AA nachweisen. Das Verhalten dieser Beamten könnte durch eine fahrlässige Führung der Amtsgeschäfte erklärt werden, die durch guten Glauben und nicht genügende Kenntnis aller Tatsachen zustande gekommen ist.

In bezug auf die oberen (gehobenen mittleren) Beamten kann diese Frage kausal eindeutig beantwortet werden. Es steht fest, daß mit Vorwissen und unter Duldung unmittelbarer Vorgesetzter eine Gruppe ehemaliger Nationalsozialisten am Werke gewesen ist, die durch einen außerhalb des Amtes geführten Briefwechsel versucht hat, Personen, die während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft durchaus nicht immer ein einwandfreies Verhalten an den Tag gelegt haben, zu reaktivieren. Einer dieser Leute ist verstorben, die anderen waren schon zu Beginn der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses versetzt worden.

Es ist Sache des Bundestages, aus dieser Antwort auf die von ihm unter 2) gestellte Frage Folgerungen abzuleiten.

3. Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um Mißgriffe in dieser Personalpolitik aufzudecken und zu verhüten oder Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren?

Der Bundesaußenminister hatte den Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Dr. Schetter beauftragt, die Anschuldigungen der „Frankfurter Rundschau“ zu untersuchen. Mißgriffe in der Personalpolitik sind durch das Ergebnis der Schetterschen Untersuchungen infolge der angewandten Methode nicht aufgedeckt worden. Der Untersuchungsausschuß mußte — wie der vorliegende Bericht beweist — zu einem anderen Ergebnis kommen.

Dem Untersuchungsausschuß ist während seiner Tätigkeit bekannt geworden, daß der Bundesaußenminister in verschiedenen Fällen im Sinne der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses Mißstände abgestellt hat. Welche Maßnahmen die Bundesregierung ergriffen hat, um Mißgriffe der festgestellten Art in Zukunft zu verhüten, ist dem Untersuchungsausschuß bisher nicht bekannt.

Um Angriffe auf Verwaltungsangehörige des Auswärtigen Dienstes abzuwehren, hat der Staats-

sekretär des Auswärtigen Amtes vor der Presse Erklärungen abgegeben, die in Anlage 3 abgedruckt sind.

IV. Empfehlungen

Der Untersuchungsausschuß empfiehlt:

1. In der Erwägung,

- a) daß die dem Bundesaußenminister unmittelbar verantwortlichen leitenden Beamten (Staatssekretär und Leiter der Abteilung II) völlig überlastet sind,
- b) daß die in den nachstehenden Ziffern 2 bis 6 genannten Zielsetzungen und damit eine Normalisierung der Arbeit des Auswärtigen Amtes in sachlicher und demokratischer Beziehung erreicht und die notwendige Verbindung zum Parlament verbessert werden können, wenn die vorgenannten leitenden Beamten von einem Teil der von ihnen wahrgenommenen Aufgaben entlastet werden, ist im Bundesaußenministerium ein weiterer Staatssekretär zu bestellen, der insonderheit
 - a) unmittelbar verantwortlich dem Bundesaußenminister, ausschließlich die Verwaltung des Auswärtigen Amtes leitet;
 - b) die Durchführung der in Ziffer 2 festgelegten personalpolitischen Grundsätze überwacht;
 - c) die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen koordiniert;
 - d) für die laufende Unterrichtung der Auslandsmissionen Sorge trägt.

2. Der Posten des Leiters der Personalabteilung im Auswärtigen Amt soll beschleunigt mit einer Persönlichkeit besetzt werden, die nicht als Angehöriger des Ribbentropschen AA der Politik des Dritten Reiches widerstandslos gedient hat und nach jeder Richtung Gewähr bietet, daß die Personalpolitik den Erfordernissen der Demokratie entspricht. Dem Leiter der Personalabteilung müssen die ihm nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Bundesministerien zustehenden Befugnisse, insbesondere das Recht des unmittelbaren Vortrags beim Staatssekretär, tatsächlich eingeräumt werden.

3. Das Bundesgesetz über die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 ist innerhalb des Geschäftsbereichs des AA beschleunigt durchzuführen. Besonderer Nachdruck ist auf die Durchführung der Wiedereinstellungsbestimmungen dieses Gesetzes zu legen. Spätestens bis zum 30. September 1952 hat das AA dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und dem Haushaltsausschuß des Bundestages einen Bericht über die Durchführung des Wiedergutmachungsgesetzes zu geben. Dabei ist ins-

besondere mitzuteilen, wiewiele frühere Angehörige des Auswärtigen Dienstes, die durch das Hitlerregime widerrechtlich oder unter Anwendung von Zwang entfernt worden oder ausgeschieden sind, wieder eingestellt wurden und aus welchen Gründen bei der restlichen Zahl von Wiedergutmachungsberechtigten von einer Wiedereinstellung abgesehen worden ist.

4. Der Bundestag beauftragt die Mitglieder des Untersuchungsausschusses Nr. 47 in ihrer Gesamtheit, zwei Personen mit außenpolitischer und juristischer Bildung und Erfahrung mit der Nachprüfung der bisher vorliegenden Beschwerden über die Personalpolitik des AA zu betrauen. Sie haben dem Bundestag in geeigneter Weise über das Ergebnis dieser Prüfung zu berichten.
5. Künftige Aktenpublikationen und andere wissenschaftliche Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Zentralbehörden der nationalsozialistischen Zeit werden unter der Verantwortung des Bundesjustizministeriums daraufhin geprüft, ob sie Auf-

schlüsse für die Verwendbarkeit der darin erwähnten Personen im Bundesdienst geben.

6. Der Bundestag beauftragt die Bundesregierung, bis zum 31. Dezember 1952 dem Auswärtigen Ausschuss einen umfassenden Bericht über die rechtliche Gestaltung des Auswärtigen Dienstes ausländischer Staaten und die dort für den Auswärtigen Dienst geltenden Anstellungsbedingungen vorzulegen. Der Auswärtige Ausschuss wird zu diesem Bericht Stellung nehmen und sich dazu äußern, ob und nach welchen Richtlinien ein Gesetz über den Auswärtigen Dienst für die Bundesrepublik zu schaffen wäre.

V. Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

den Bericht im ganzen zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 18. Juni 1952

Der Untersuchungsausschuß

(47. Ausschuß)

Dr. Becker (Hersfeld)

Vorsitzender

Dr. Brill

Berichterstatler

Schreiben an den Bundesaußenminister vom 14. Mai 1952

Der Vorsitzende
des Untersuchungsausschusses
Nr. 47

An den
Bundesaußenminister
Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Untersuchungsausschuß Nr. 47 hat die Beweisaufnahme im wesentlichen abgeschlossen. Ein abschließender Bericht wird gefertigt werden. Ohne der Begründung dieses Berichtes vorgreifen zu wollen, möchten wir vorab, im Hinblick darauf, daß ein Beförderungstopp vereinbart war, nunmehr abschließend die Meinung des Ausschusses — immer vorbehaltlich des noch zu fertigenden Berichtes hinsichtlich der Einzelheiten — wie folgt ergebenst mitteilen:

1. VLR Dr. Wilhelm Melchers:

Der Ausschuß erhebt gegen seine Weiterverwendung keine Bedenken, spricht sich jedoch gegen jede Verwendung in der Personalabteilung und gegen jede Einflußnahme auf sie durch ihn aus.

Der Ausschuß empfiehlt genaue Durchsicht des Protokolls vom 5. Mai d. J. über die Vernehmung des Herrn Melchers vor dem Ausschuß.

2. LR Dr. Rupprecht von Keller:

Es bestehen keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung.

3. Staatsrat Dr. Wilhelm Haas:

Wie bereits mitgeteilt, bestehen keine Bedenken.

4. Dr. Peter Pfeiffer:

Der Ausschuß erhebt gegen seine Weiterbeschäftigung keine Bedenken, empfiehlt jedoch, im ersten Jahr keine Verwendung im Ausland in Aussicht zu nehmen, zumal Herr Dr. Pfeiffer dem Ausschuß erklärt hat, daß sein Wunsch zunächst nicht nach einer solchen Verwendung gehe.

5. Dr. Hans Herwarth von Bittenfeld:

Keine Bedenken.

6. Dr. Hans Schwarzmann:

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung, empfiehlt jedoch aus den bereits mündlich dem Herrn Staatssekretär mitgeteilten Gründen, zunächst von einer Verwendung im Ausland abzusehen.

7. Dr. Heribert von Strempel:

Der Ausschuß nimmt keine Stellung, da Herr von Strempel dem Auswärtigen Amt nicht mehr angehört.

8. Dr. Gottfried von Nostiz-Drzewiecki:

Der Ausschuß hält Herrn Dr. von Nostiz für geeignet zur Weiterverwendung.

9. Botschafter Dr. Werner von Grundherr:

Der Ausschuß verweist hier auf die mündlich getroffene Absprache und bittet um Mitteilung, sobald Herr von Grundherr das in Aussicht genommene Gesuch eingereicht hat. Es ist dringend erwünscht, daß es vor Abschluß des Berichtes eingeht.

10. Dr. Hans-Ulrich von Marchtaler:

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken.

11. VLR Dr. Herbert Dittmann:

Der Ausschuß ist der Auffassung, daß Herr Dr. Dittmann nicht in der Personalabteilung, aber auch wegen seines Verhaltens vor dem Ausschuß hinsichtlich des Rademacher Prozesses nicht im Auswärtigen Amt weiterverwendet werden soll. Gegen seine Verwendung in einer anderen Bundesverwaltung bestehen keine Bedenken.

12. Dr. Hasso von Eitzdorf:

Der Ausschuß hält Herrn von Eitzdorf für geeignet zur Weiterverwendung.

13. Albrecht von Kessel:

Der Ausschuß erachtet Herrn von Kessel für geeignet zur Weiterverwendung.

14. Dr. Werner von Bargaen:

Der Ausschuß hält Herrn von Bargaen in jeder Beziehung für nicht geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst. Gegen eine Verwendung in einer anderen Bundesbehörde bestehen keine Bedenken.

15. Dr. Kurt von Kamphoevener:

Der Ausschuß erhebt gegen eine Weiterverwendung bis zu der per 17. Juli 1952 in Frage kommenden Pensionierung keine Bedenken.

16. Dr. Heinz Trützscher von Falkenstein:

Der Ausschuß erhebt grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Weiterbeschäftigung im Auswärtigen Amt, empfiehlt aber, bis

auf weiteres keine Beförderungen auszusprechen. Der Ausschuß spricht sich gegen eine Verwendung des Herrn Trützschler von Falkenstein im Ausland aus.

17. Frau Susanne Simonis:

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen eine Weiterverwendung im Auswärtigen Amt.

18. Dr. Alois Tichy:

Der Ausschuß erhebt keine Bedenken gegen seine Weiterverwendung, empfiehlt aber eine Verwendung im internen Dienst des Auswärtigen Amtes.

19. Dr. Theo Kordt:

Der Ausschuß hält Herrn Dr. Kordt für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

20. Min.-Dir. Herbert Blankenhorn:

Der Ausschuß hält Herrn Blankenhorn für geeignet zur Weiterverwendung im Auswärtigen Dienst.

21. Geh. Rat Dr. Heinburg:

Nachdem das Anstellungsverhältnis des Herrn Heinburg zum 31. Mai 1952 beendet sein wird, sieht der Ausschuß von einer Stellungnahme ab unter der Voraussetzung, daß Herr Heinburg in Personalangelegenheiten nicht weiterbeschäftigt wird.

Dem Ausschuß war in Aussicht gestellt, die Ermittlungsakten des Auswärtigen Amtes über den Fall Stahlberg zuzuleiten. Da der Ausschuß auf den 4. Juni eine beratende Sitzung festgesetzt hat, wäre es erwünscht, wenn diese Akten vorher eingehen würden. Bei dem Ausschuß sind eine große Anzahl Beschwerdeschreiben über Ablehnungen von Anstellungsgesuchen eingegangen. Die in Frage kommenden Adressen sind Herrn Dr. Haas vor kurzem gegeben worden. Er hat zugesagt, über die in seine Zeit fallenden Ablehnungen dem Ausschuß noch Kenntnis zu geben. Wir bitten, zu veranlassen, daß hinsichtlich der anderen möglichst bald Stellung genommen wird.

Der Ausschuß hat ferner den Wunsch, zu erfahren, welche der jetzt noch tätigen Herren für andere dort tätige Herren Entlastungszeugnisse in Spruchkammerverfahren ausgestellt haben, da auch dieser Punkt in den Veröffentlichungen der Frankfurter Rundschau angeschnitten ist.

Die hier befindlichen Personalakten werden zur Abfassung des Berichtes noch benötigt. Die dort vorhandenen Besoldungsbeilagen dürften personelle Entscheidungen im Rahmen der eingangs mitgeteilten Stellungnahme des Ausschusses auch ohne Vorliegen der eigentlichen Personalakten möglich machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihre sehr ergebenen

Dr. Becker (Hersfeld)
(Vorsitzender)

Dr. Brill
(Berichterstatter)

Anlage 1, II

Schreiben an den Bundesaußenminister vom 17. Mai 1952

Der Vorsitzende
des Untersuchungsausschusses
Nr. 47

An den
Bundesaußenminister
Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Im Nachgang zu dem Schreiben des Untersuchungsausschusses Nr. 47 vom 14. Mai 1952 beehren wir uns, ergebenst mitzuteilen, daß der Untersuchungsausschuß Nr. 47 hinsichtlich des Senatsrats Dr. Schwarz folgenden Beschluß gefaßt hat:

Herr Dr. Schwarz ist ungeeignet zur Weiterverwendung in der Personalabteilung des Auswärtigen Amtes; im übrigen werden gegen seine Verwendung keine Bedenken erhoben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihre sehr ergebenen

Dr. Becker (Hersfeld)
(Vorsitzender)

Dr. Köhler
(stellv. Vorsitzender)

Anlage 2, I

„Ihr naht euch wieder . . .“ Einblick in die Personalpolitik des Bonner Auswärtigen Amtes. Artikelserie von Heinze-Mansfeld, veröffentlicht in der „Frankfurter Rundschau“ am 1., 3., 4., 5. und 6. September 1951

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau“
vom 1. September 1951

Die Besetzung des Auswärtigen Amtes muß einen besonderen Takt verlangen. Mit gutem Recht kann der Bürger der Bundesrepublik erwarten, daß seine Repräsentanten dem Ausland gegenüber über die vielgepriesene „weiße Weste“ verfügen. Zahlreiche Stimmen

erhoben sich schon und warnten davor, das neue „AA“, Koblenzer Straße, Bonn, zu einer Wiedergeburt der Wilhelmstraße Berlin werden zu lassen. Tatsächlich waren die Vorwürfe gegen die Personalpolitik der Koblenzer Straße nie detailliert. Lediglich drei anonyme Schreiben, die im Frühjahr dieses Jahres versandt wurden, befaßten sich im einzelnen mit den Hintergründen der Stellen-

besetzung im Auswärtigen Amt. Diese Schreiben, eine bösartige Karikatur und zwei hektographierte Rundbriefe, deren Herkunft dunkel bleibt, bildeten vorübergehend Gesprächsstoff im Bundestag und in der Koblenzer Straße. Es lohnte nicht, darauf einzugehen, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß ein Teil der darin aufgestellten Behauptungen tatsächlich auf Wahrheit beruht.

Nun lenkt eine andere Tatsache die Aufmerksamkeit von neuem auf dies umstrittene Amt: Der Leiter der Personalabteilung, Staatsrat **Dr. Wilhelm Haas**, wurde durch Generalkonsul a. D. **Dr. Herbert Dittmann** ersetzt. Um die Mitarbeiter von Haas, **Dr. Wilhelm Melchers** und **Dr. Rupprecht von Keller**, schwebt ein Hauch von Ungewißheit. In eingeweihten Bonner Kreisen wird jedoch angenommen, daß beide nicht ins Amt zurückkehren. Einschließlich Haas rechneten Sie wohl mit einer Auslandsvertretung.

Neben Dittmann steht bisher nur noch die Besetzung des Leiters der Abteilung II, der „Politischen Abteilung“, mit Ministerialdirektor **Dr. Herbert Blankenhorn** fest. Weitere vier Abteilungen sind nur „provisorisch“ besetzt. Man spricht von ihnen im Rührmich-an-Ton. Die Abteilungsleiter müssen erst durch Kanzler und Kabinett bestätigt werden. Außerdem liegt noch eine Liste von 24 Generalkonsuln vor, über die zudem noch die Regierungen der Länder, bei denen sie arbeiten sollen, zu entscheiden haben.

Bevor nun Entschlüsse gefaßt werden, sei auf einige Tatsachen hingewiesen, die bemerkenswert sind. Unter der Ära Haas sind Pannen passiert. Im Vorläufer des „AA“, der sogenannten Verbindungsstelle zur alliierten Hochkommission, waren eine Reihe Persönlichkeiten aufgelaucht, deren Auftreten in der in- und ausländischen Presse beanstandet wurde. Ein Teil dieser Leute ist trotzdem heute bereits auf Posten im Ausland. Angesichts der oben erwähnten Liste von Konsuln und angesichts der Tatsache, daß in den heutigen Provisorien Persönlichkeiten tätig sind, die vielleicht bestätigt und dann wiederum Angriffen ausgesetzt werden, muß auf die Zusammenhänge eingegangen werden.

Haas selbst bot keine Angriffsflächen. Er ist allerdings SCer. SC ist die Abkürzung für Senioren-Convent = Altherrenverbände der studentischen Corps. Das AA Wilhelmstraße war immer stark durchsetzt mit Angehörigen des SC. Haas schied 1937 wegen seiner „nicht-arischen“ Frau aus dem AA aus. Er übernahm einen hochdotierten Posten als politischer Beobachter bei der von der IG finanzierten Defag in Ostasien. Die Tätigkeit in China konnte er nur mit ausdrücklicher Genehmigung der NSDAP antreten, die der

damalige Gauleiter und Chef der NS-Auslandsorganisation, Staatssekretär E. W. Bohle, sofort erteilte. Haas hatte engsten Kontakt mit der deutschen Botschaft in Peking, ließ sich jedoch nach Kriegsende als DP erklären und auf Kosten der IRO nach Europa zurücktransportieren. Der Vorwurf, Haas habe sich bei seiner Tätigkeit in Bonn inoffiziell vom Hess-Protégé und ehemaligen Chef der Personalabteilung bei Ribbentrop, Ministerialdirektor a. D., einst SA-Brigadeführer und Landesgruppenleiter in Ägypten, **Hans Schröder**, dem „Mann mit dem phänomenalen Gedächtnis“ beraten lassen, ist offensichtlich nicht unberechtigt.

Die Mitarbeiter von Haas waren jedoch massiveren Anfeindungen ausgesetzt. **Dr. Wilhelm Melchers**, Pg., als Vortragender Legationsrat bis 1945 im Dienst, nahm bei Ribbentrop die Proteste des Mufti von Jerusalem entgegen, der „immer nur kam, wenn mal ein paar Juden gerettet werden sollten“. Ab 1943 erscheint sein Name auf dem umfangreichen Verteilerschlüssel des AA, und es klingt unglaublich, wenn Melchers in seiner Vernehmung in Nürnberg — unter Eid — behauptet, sein Amt habe mit Terror- und Deportationsmaßnahmen nichts zu tun gehabt. Er wird bei dieser Vernehmung auch gleich durch Vorhalt von Dokumenten, auf denen sein Name steht, eines Besseren belehrt.

Dr. Rupprecht v. Keller, Pg. und SCer, hatte große Schwierigkeiten bei seiner Entnazifizierung in München. Über diese half ihm **Dr. Anton Pfeiffer**, damals bayerischer Staatsminister, hinweg, der später von derselben Personalabteilung, der v. Keller angehörte, als Botschafter nach Brüssel empfohlen und inzwischen bestätigt wurde. Seinen Bruder, **Dr. Peter Pfeiffer**, Pg., letzter NS-Generalkonsul in Algier, findet man heute als Leiter der Diplomatenschule in Speyer. Von ihm stammt der viel belächelte Funkspruch, den er nach Landung der Alliierten in Nordafrika dem Äther anvertraute und der etwa lautete: „Stadt unter Artilleriefeuer. Dies ist mein letztes Telegramm. Es lebe der Führer Pfeiffer“. Beide Pfeiffers übrigens beförderten **Dr. Hans v. Herwarth** aus dem alten AA nach Kriegsende in die bayerische Staatskanzlei, und v. Herwarth ist heute Chef des Protokolls in der Koblenzer Straße. Er wiederum zog in die Staatskanzlei den mit Ribbentrop verschwägerten **Dr. Hans Schwarzmann**, Pg., nach, der ihm auch nach Bonn folgte. Bis jetzt saß er im Vorzimmer von Haas. Man vergaß wohl dabei, daß Schwarzmann als Verbindungsmann von Botschafter Abetz (Paris) zu Ribbentrop laufend völkerrechtswidrige Aufträge weitergab und daß durch seine Hände der berüchtigte Vorgang über die geplante Ermordung der franzö-

sischen Minister Mandel und Reynaud ging. Diese Tatsachen vergaß er nämlich selbst bei seiner Entnazifizierung.

Zurück nun zum Personaltriumvirat Haas — Melchers — Keller: Ohne Rücksicht auf den zeitlichen Ablauf der Geschehnisse seien hier drei Fälle genannt, die der deutschen Öffentlichkeit bisher vorenthalten wurden und die man wohl als Pannen bezeichnen kann:

Heribert v. Stempel sollte als Botschaftsrat und Vertreter im Amt dem deutschen Missionschef in Rio de Janeiro, Dr. Fritz Oellers, folgen. Einen Tag vor der Ausreise auf dem italienischen Dampfer „Conte Grande“ wurde Stempel zurückgepfiffen. Stempels Name ist noch aus mehreren gegen ihn angestregten Untersuchungsverfahren in den USA zu bekannt. Als 1. Sekretär der deutschen Botschaft in Washington hatte er während des Krieges maßgebend die Finanzierung der Nazipropaganda in den USA dirigiert. Und dort hatte man das noch nicht vergessen.

Dann geschah ein Unglück mit Dr. Gottfried v. Nostiz. Nostiz, auf den in diesem Zusammenhang noch einmal zurückzukommen ist, sollte zur deutschen Auslandsvertretung nach Paris. Trotz erfolgreicher Entnazifizierung verweigerte die französische Regierung das Visum.

Begründung: Nostiz habe als Konsul II. Klasse in Genf mit dem SD zusammengearbeitet. So mußte er vorläufig in der Koblenzer Straße bleiben.

(Wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau“ vom 3. September 1951

Die dritte Panne scheint nun zu einer ernsthaften Krise zu werden: Angriffsflächen bietet der deutsche Botschafter in Athen, Dr. Werner Ferdinand Karl Alexander v. Grundherr. Der Gesandte und Geheimrat v. Grundherr (SCer) unter Ribbentrop sagte in öffentlicher Verhandlung im Gerichtssaal von Nürnberg unter Eid aus, daß er als Sachbearbeiter für die skandinavischen Länder die ersten Gelder an Quisling geleitet habe, daß er Mord- und Terrormaßnahmen des deutschen Generalbevollmächtigten in Dänemark, SS-Obergruppenführer Dr. Best, gedeckt habe. Ihm sei bekannt gewesen, daß Best weitere völkerrechtswidrige Maßnahmen vornehmen würde, die er, Grundherr, dann auch hätte decken müssen. Auch bei den Judendeportationen „einschließlich Frauen und Kindern“ und der völligen Knebelung Dänemarks hat „der kleine Herr Grundherr“, wie er sich (lt. Protokoll) nennt, „seine Finger im Kuchen“, so sagt der verhörende Be-

amte. Dieses Protokoll, aus dem hervorgeht, daß Grundherr erst auf Vorhalt von Dokumenten bereit ist, die Wahrheit zu sagen, wurde bereits am 18. Januar 1951 dem Bundespräsidialamt und dem Bundeskanzleramt zugeliefert. Es kam wohl nicht ganz in die richtigen Hände. Deshalb zitierte MdB Dr. Bernhard Reismann (Zentrum) in der 145. Bundestagssitzung am 31. Mai 1951 Auszüge aus diesem Dokument. Am 14. Juni 1951 wurde jedoch aus dem Generalkonsul ein Botschafter v. Grundherr. Am 4. Juli wurde der Bundespräsident nochmals in dieser Sache unterrichtet. Da diese Information auch an verschiedene Mitglieder des Bundestages ging, wird die Opposition wohl eine massive Anfrage in der kommenden Sitzungsperiode starten. Im Juli wurde Grundherr übrigens noch vom Kanzler auf dem Bürgenstock empfangen.

Was den aufmerksamen Beobachtern im Fall Grundherr entging, ist zunächst, daß noch eine ganze Reihe von Originaldokumenten erhalten sind, aus denen hervorgeht, daß Grundherr immerhin aktiv in die Terrorpolitik des „Dritten Reiches“ eingriff und daß er trotzdem seine Entnazifizierung gut überstand. Diese zweite Tatsache ist symptomatisch für alle Namen, die im Laufe dieser Ausführungen noch genannt werden. Unter diesen Umständen war es natürlich nicht möglich, Grundherr in Skandinavien wieder einzusetzen. Was allerdings ein Mann, der seit 1925 ausschließlich die nordischen Länder bearbeitete, nun plötzlich auf dem Balkan soll, bleibt unerfindlich. Oder ist die Diplomatie von heute so wenig differenziert, daß es nur auf eine geschäftsmäßige Routine ankommt?

Was dem AA noch bevorsteht, wenn bekannt wird, daß Dr. Ullrich v. Marchtaler, Pg. und SCer, der sich als Gesandtschaftsrat der deutschen Botschaft in Tokio bis 1945 sofort nach Kriegsende in Tokio den Amerikanern für Aussagen gegen seine ehemaligen Kollegen zur Verfügung stellte, mittlerweile als Botschaftsrat an der deutschen Vertretung in Rio gelandet ist, ist kaum abzusehen. Dieses schwere Erbe hat nun der zum kommissarischen Leiter der Personal- und Verwaltungsabteilung im AA ernannte Ministerialdirektor Dr. Herbert Dittmann zu übernehmen. Er bringt dazu zunächst zwei bemerkenswerte Eigenschaften mit: Er ist sowohl Katholik als auch ... SCer. An sich werden Katholiken exkommuniziert, wenn sie schlagenden Verbindungen angehören. Außerdem hat Dittmann noch eine Eigenschaft: Er war Pg. In der Personalabteilung bei Ribbentrop 1938/39 tätig, wurde er von diesem noch zum Generalkonsul gemacht und hat somit noch einmal Seltenheitswert: Das AA ist die einzige Bundesbehörde, die in

Dittman einen Pg. als Personalchef hat. Diese Tatsache widerspricht einem Kabinettsbeschuß.

Am Rande sei erwähnt, daß auch der andere bestätigte Abteilungsleiter des AA, Ministerialdirektor Dr. Herbert Blankenhorn, Pg. war und SCer ist. Er seinerseits nimmt den Ruhm für sich in Anspruch, bei seiner Ernennung zum Leiter der Verbindungsstelle zur alliierten Hochkommission im Frühjahr 1950 der erste Ministerialdirektor-Ex. Pg. der Bundesregierung gewesen zu sein.

Aber um die Hintergründe dieser Personalpolitik zu erforschen, ist man gezwungen, einen Blick in die jüngste Vergangenheit zu tun. Und es klingt wie ein Treppwitz der Weltgeschichte, wenn man zu der Erkenntnis kommt, daß in den Zeugenständen und im Zeugenflügel der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg die Wiege der heutigen Koblenzer Straße zu suchen ist.

Um diese Behauptung zu beweisen, muß man auf einen Mann näher eingehen, der vielleicht weniger im Prozeß selbst, als am Rande und hinter den Kulissen in Erscheinung trat: Acht Jahre war der Gesandte **Erich Kordt** Ribbentrops rechte Hand. Im Nürnberger Prozeß saß er mit dunkler Brille auf der Zuhörerbank und assistierte der Anklage gegen Ribbentrop, dem er seine unwahrscheinlich schnelle Karriere verdankte, und Neurath. Dieser SS-Obersturmbannführer aus „Scherz“ — so nennt er es heute — und Pg. half dem Internationalen Gerichtshof, durch die buchstäblich lastwagenweise angefahrenen Tonnen von Akten hindurchzufinden. Der bekannte Nürnbergverteidiger Dr. Carl Haensel äußerte später einmal, Erich Kordt „habe Neurath ans Messer geliefert“. Erich Kordt macht eine Kehrtwendung, als Staatssekretär Weizsäcker im Wilhelmstraße-Prozeß auf die Anklagebank kam, und wurde zum ersten Mitarbeiter der Verteidigung! Hier, wo das „physische Risiko geringer als bei Hitler war“ (so sagte später Weizsäcker in seinen „Erinnerungen“), erwachte auch die Tatkraft Erich Kordts. Mit den Methoden dieses Gerichts vertraut, erkannte er seine Chance und stellte nun sein Bleiben im Amt, wie das seiner Kollegen und Vorgesetzten, als Widerstand dar. Er verstärkte diesen Eindruck später durch seinen „Mammut-Persilschein von 441 Seiten“ (Spiegel 48/50): „Nicht aus den Akten“).

Die Reihe der Zeugen, die nun genannt werden, ist nicht vollständig, jedoch finden wir die Zeugen aus den Jahren 46/48 Dr. **Theo Kordt**, Dr. **Hasso v. Etdorf**, Dr. **Gottfried v. Nostiz**, **Albrecht v. Kessel**, Dr. **Werner v. Borgen**, Dr. **Kurt v. Kamphoevener**, Dr. **Trützschler v. Falkenstein** und die schon genannten Dr. **Werner v. Grundherr**, Dr. **Wil-**

helm Melchers, Dr. **Hans Schwarzmann**, Dr. **Rupprecht v. Keller**, der, wie **Erich Kordt**, vom Anklage- zum Verteidigungsassistenten wechselte, alle wieder. Und zwar 1951 im Bereich des neuen Auswärtigen Amtes, Koblenzer Straße in Bonn!

(wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau“ vom 4. September 1951

Man kann diese Liste vervollständigen und wird dann feststellen, daß weitere Zeugen, die damals für die Wilhelmstraße aussagten, heute in anderen Bonner Ministerien zu finden sind. Kein Stand in Deutschland hatte es so leicht, sich wieder zusammenzufinden. Während andere reisen und suchen mußten, um alte Bekannte wiederzutreffen, die sie vielleicht über die Klippen der Spruchkammer hinwegbringen konnten, wurde den Diplomaten des ehemaligen AA gratis ein historischer Treffpunkt geboten: Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg.

Der „Manchester Guardian“ nannte dieses Aufgebot an Wilhelmstraße-Prominenz „Die Tillergirls von Nürnberg“ und bewunderte „während der Verhandlung den tadellosen Rhythmus der Beinchen.“

„Ballettmeister“ Erich Kordt studierte seinerseits Kessel, Etdorf und Nostiz ein. Nostiz legte bei seiner Entnazifizierung ein Schreiben von Erich Kordt vor, vor seiner Vernehmung in Nürnberg hat er dauernd Verbindung mit Kordt, Kessel und Etdorf, sieht die Protokolle der anderen ein, die ihm sogar nach Stuttgart nachgeschickt werden, und schickt seine eigenen Affidavits (in diesem Zusammenhang wohl am besten mit Persilschein zu übersetzen) in mehreren Exemplaren herum. Kessel seinerseits hält engsten Kontakt mit Kordt und Etdorf und hat die Aussage von Erich Kordt gelesen, die unmittelbar vor seiner eigenen Aussage protokolliert wurde. Setzen wir nun noch voraus, daß zwischen Erich Kordt und seinem Bruder Theo ein ununterbrochener Erfahrungsaustausch stattfand, so ist der tadellose „Rhythmus“ der Gruppe garantiert.

Bevor man sich nun die einzelnen Personen des „Balletts“ ansieht, sei darauf aufmerksam gemacht, daß im alten AA Ribbentrops kein Beamter aufgefordert oder gezwungen wurde, der NSDAP beizutreten. Als einzige Beamtengruppe des Dritten Reiches war von der Tatsache der Mitgliedschaft der Partei die Karriere nicht abhängig. Erst ab Sommer 1939 wurde es schwierig, über den Vortragenden Legationsrat hinauszukommen, wenn man nicht Pg. war. Bis dahin galt jedoch die Devise: Wer wollte, der konnte. Und ob

sie wollten! Manch einer durfte auch nicht. So bemühten sich die schon genannten Werner v. Grundherr und Heribert v. Stempel je einmal, in die NSDAP aufgenommen zu werden. Sie wurden abgelehnt. Annähernd ein halbes Dutzendmal — ohne Erfolg — bewarb sich auch eines der Mitglieder des alten AA, den wir heute zwar nicht in der Koblenzer Straße, sondern nur als Leiter des Bundespresse- und Informationsamtes finden: Nürnbergzeuge Dr. Fritz v. Twardowski, vormals Gesandter in der Kulturabteilung bei Ribbentrop.

Erich Kordt selbst ist offensichtlich zu geschickt, um sich schon in den Vordergrund zu schieben. Er begnügt sich zunächst mit einem Dozentenposten an der Diplomatenschule in Speyer und mit dem Posten eines Auslandsberaters beim Ministerpräsidenten Karl Arnold in Düsseldorf. Als Vorhut hat er in die Koblenzer Straße seine Cousine und Hausdame, Frau Susanne Simonis geschickt, die dort den weiblichen Nachwuchs betreut. In seinem „Nicht aus den Akten“ ist sie Mitwisserin des Widerstandes. Daß sie einst in Ostasien der NS-Frauenschaft sehr nahestand und über Radio Tokio Reden an die deutschen Frauen hielt, steht dort allerdings nicht. Bedingung für den Eintritt des Nachwuchses, den Frau Simonis zu betreuen hat, ist u. a. ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Über diesen Nachweis verfügt Frau Simonis nicht.

Dr. Theo Kordt, der provisorische Leiter der Länderabteilung war Pg. Er hatte diese Tatsache allerdings vergessen, als er im April 1950 in dem Dienst für auswärtige Angelegenheiten tätig wurde. Erst die automatische Rückfrage im Document Center in Berlin erwies seine vollgültige Parteimitgliedschaft. Zu derselben Zeit stellte sich das Bundesinnenministerium auf den Standpunkt, daß jeder Bewerber — gleichgültig für welchen Posten — bei dem sich eine Differenz zwischen eigener Angabe und Document-Center-Auskunft ergab, nicht eingestellt wurde. So genau nahm man es offensichtlich in der damaligen Dinstelle für auswärtige Angelegenheiten, dem Vorläufer des AA, nicht.

Auch er ist — nach Erich Kordt — Widerständler. Etwas merkwürdig mutet an, daß er am 3. Dezember 1939 als Botschaftsrat in Bern von dort nach Mailand fährt, um aus der britischen Botschaft gestohlene Dokumente für das Ribbentrop AA anzukaufen. Abgesehen davon, daß hierdurch das Strafdelikt einer soliden Sachhehlerei erfüllt ist, beweist der Vorgang, der im internationalen diplomatischen Corps absolut ungewöhnlich ist, wie weit die Manieren der Nazis bereits im alten Corps des AA eingegrissen waren. Auch die Weiterleitung von reinen Spionagetelegrammen mit Angaben von

Bombenzielen in England für die deutsche Luftwaffe ist nicht unbedingt Aufgabe eines Diplomaten, der noch dazu Widerstand leistet.

(Wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau“ vom 5. September 1951

Aber die Dokumentenaffäre in Mailand gibt noch einen anderen, bemerkenswerten Hinweis: Theo Kordt sieht die Dokumente durch und meldet nach Berlin, daß sie „aufschlußreiche Fehlurteile und falsche Prognosen über die deutsche und italienische Politik“ enthielten. Da Erich Kordt nun — nach dem Krieg — berichtet, daß sein Bruder bis Kriegsanfang und noch nachher die britische Regierung laufend informiert habe, stimmt die Feststellung von Theo Kordt aus den britischen Dokumenten bedenklich. Hinzu kommt noch, daß die Zeugen der britischen Seite für die Verbindung Theos zum Foreign Office, welche Erich angibt, nach dem Krieg nichts von sich hören lassen. Jedenfalls nichts Freundliches über die Gebrüder Kordt. Andere, sonst von Erich Kordt zum Thema Widerstand genannte Zeugen, sind tot, sie haben ihren Widerstand während des Krieges mit dem Leben bezahlt. Oder aber sie gehören der oben genannten Reihe der Nürnbergzeugen an.

Dr. Hasso v. Etdorf, den wir heute neben Theo Kordt in der Länderabteilung finden, war Pg. und SA-Standartenführer. Auch er erinnert sich, als er im April 1950 nach Bonn kommt, dieser Tatsache nur in dem Zusammenhang, daß er diesen Rang „repräsentativ“ verliehen bekommen habe. An sich ist dies erstaunlich, denn das Datum seines Eintritts in die SA ist historisch: Es war der 30. Januar 1933 (vor oder nach dem Fackelzug?). Nach Kriegsausbruch fungiert er als Verbindungsmann zum AA und AKH. Juli 1940 ist er im Hauptquartier in Fontainebleau am organisatorischen Einsatz des „Kommando Künzberg“ beteiligt. Dieses hatte den Auftrag, Kunstschätze zu plündern. Ein Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung Art. 46 und 56. Seine Mittäterschaft gibt Etdorf in seiner Vernehmung in Nürnberg nach Leugnen zu. Außerdem ist er der Überbringer des Handschreibens Weizsäckers an die Generale im Jahre 1942, „ja nicht militärisch zu erlahmen“. „Merkwürdige Sprache eines Widerständlers“, kommentiert der verhörende Beamte. In dem Tagebuch des nach dem 20. Juli hingerichteten Vertreters des alten AA, Ulrich v. Hassel, wird Etdorf als Nachrichtenträger öfters genannt. Von einem aktiven Widerstand steht dort nichts.

Auch Dr. Gottfried v. Nostitz finden wir in diesem Tagebuch. Er zeigt schon damals eine

starke Tendenz, Weizsäcker zu verteidigen. Seine Vernehmung in Nürnberg steht unter dem Zeichen „Ich erinnere mich nicht“. Dieses Nichterinnern setzt automatisch bei peinlichen Fragen ein, gleichgültig, ob es um Vorgänge geht, die neun oder ein Jahr zurückliegen. So erinnert er sich z. B. nicht mehr daran, daß er einst die Bombardierung der offenen Stadt Warschau befürwortete und vorschlug, das Angebot des Heiligen Vaters, Weihnachten 1939 eine Waffenruhe zu veranlassen, hinhaltend zu behandeln, damit es nicht zu einer Waffenruhe komme. Auf 13 Seiten Protokoll taucht 20mal die Formulierung auf: „Ich erinnere mich nicht.“ Zum Schluß war der Konsul II. Klasse und Pg. im Ribbentrop-AA „nur ein Postbote“.

Da diese Formulierung auch beim Verhör von Dr. Wilhelm Melchers auftaucht, der Vortragender Legationsrat war und diese Bezeichnung gleich auf Gesandte und Botschafter ausdehnt, darf man nur hoffen, daß die Koblenzer Straße nicht zu einem Postamt wird. Wieviel biedere Postbeamte waren wohl bei ihrer Entnazifizierung in der Lage, 35 „Persilscheine“ vorzulegen, wie sie Herr v. Nostitz nötig zu haben glaubte? Wir finden ihn heute in der Länderabteilung der Koblenzer Straße.

Das Kreuzverhör von Albrecht v. Kessel, Legationsrat a. D. bei Ribbentrop, ist bemerkenswert: Der Verhörbeamte der IMTG gibt Kessel, der engsten Kontakt mit Weizsäcker hatte, die Chance, eindeutig und ausführlich auf die Widerstandsfähigkeit des Weizsäcker-Kreises einzugehen. Der Verhörende stellt 49 ins Detail gehende, präzise Fragen, die — positiv beantwortet — das Bild echten Widerstandes geben könnten. Kessel muß sie alle unter Eid verneinen, oder er „war nicht anwesend“, „weiß nicht genau“, „kann sich nicht erinnern“. Der einzige markante Zeuge, den er angeben kann, ist „leider“ gestorben. Und effektiv bleibt nichts, als eine Warnung an eine befreundete Jüdin in Rom. Frage: „Die ist von ihnen gewarnt worden?“ Antwort: „Die ist indirekt gewarnt worden. Ich konnte nicht mehr mit ihr in Verbindung treten.“

(wird fortgesetzt)

Abschrift aus „Frankfurter Rundschau“ vom 6. September 1951

Kessel, der NSKK-Obersturmführer war, versuchte zweimal, in die NSDAP aufgenommen zu werden. Heute ist er stellvertretender Generalkonsul in Paris.

Lohnend ist auch ein Blick in das Provisorium der Rechtsabteilung des AA. Dr. Werner v. Bargen, Pg. und vor dem Krieg Botschaftsrat

in Brüssel, während des Krieges mit dem Gesandtenrang ausgestattet und zum Vertreter des AA beim Mil.-Bef. in Brüssel ernannt. 1933/34 ist er Frankreichreferent im AA. Auch er erinnert sich an viele Dinge nicht mehr, bestreitet in seiner Vernehmung energisch, daß das AA mit Deportationen etwas zu tun gehabt habe, und bleibt auch nach Vorlage seiner eigenen Berichte bei dieser Meinung. Den Begriff „Beihilfe zum Mord“ scheint er offensichtlich nicht zu kennen. Die Frage, ob er zur Widerstandsbewegung gehört habe, kann er zunächst nicht mit ja oder nein beantworten, muß sie dann schließlich verneinen. Seine Behauptung, er habe gegen Deportationen und völkerrechtswidrige Geiselschließungen protestiert, können durch Dokumente in seinem Verhör nicht bewiesen werden. „Ich weiß nicht, ob meine Berichte vollständig vorhanden sind.“ Frage: „Gibt es Berichte, in denen Sie dagegen protestiert haben?“ Antwort: „Daran kann ich mich nicht erinnern.“

Es sei noch Dr. Kurt v. Kamphoevener, Botschaftsrat a. D. und SCer, erwähnt, einst Chef der Telegrammkontrolle bei Ribbentrop, heute deutscher Generalkonsul in der Türkei. Dieser gibt in Nürnberg an, er sei 1942 in die NSDAP eingetreten, weil „es mir unmöglich gewesen wäre, meinem Wunsch gemäß zur Front zu gehen, wenn es mir nicht zumindest gelang, ein politisches Unbedenklichkeitszeugnis zu erhalten“. Abgesehen davon, daß diese Formulierung für Kenner der innerdeutschen Verhältnisse gewagt klingt, steht diese Aussage unter Eid im Gegensatz zu seinem jetzt in der Presse veröffentlichten Lebenslauf, in dem es heißt, er sei als politisch unzuverlässig an die Front abgeschoben worden.

In der handelspolitischen Abteilung der Koblenzer Straße finden wir noch Heinz Trützschler von Falkenstein, SCer, Legationsrat a. D., aus der politischen Abteilung Ribbentrops von 1939 bis 1945. Dort hatte er einst die Aufgabe, die gutgefärbten Weißbücher für die Ribbentrop-Außenpolitik zu verfassen und Presseinformationen und Propaganda zu bearbeiten.

In derselben Abteilung ist heute auch Dr. Alois Tichy tätig, Pg., bis August 1945 Gesandtschaftsrat bei der deutschen Botschaft in Tokio und Parteirichter, d. h. Funktionär der NSDAP von 1938 bis 1943.

Dr. Emil v. Rintelen, Pg., Botschafter z. b. V. bei Ribbentrop, ist sogar im Urteil im Wilhelmstraße-Prozeß genannt. Es heißt dort: „Am 19. August 1942 berichtet Rintelen von Ribbentrops Büro in einem Telegramm an das AA, daß die Abtransporte aus Rumänien am 10. September anfangen werden; die

Juden würden nach dem Lubliner Ghetto verbracht werden, wo der arbeitsfähige Teil arbeitseinsatzmäßig angesetzt, während der Rest der Sonderbehandlung unterzogen werden solle. Weiter sei Vorsorge getroffen, daß die Juden beim Überschreiten der rumänischen Grenze ihre Staatsangehörigkeit verlieren. Verhandlungen mit dem AA seien seit einiger Zeit im Gange, ihr günstiger Ausgang erscheine gesichert. Zum Schluß bittet Rintel um Genehmigung für die Durchführung der Abschiebungsarbeiten. Man findet Rintelens Namen außerdem noch auf einer Reihe ähnlicher Originaldokumente. Heute ist er Dozent an der Diplomatschule in Speyer.

Wenn in dieser Aufzählung nicht das vielleicht notwendige Maß der Vollständigkeit erreicht wurde, so liegt es nur daran, daß man in Bonn mit „Provisorien“ arbeitet und nicht einmal die Namen aller Besetzungen offiziell zu erfahren sind.

Alle Illusionen über die Verwendbarkeit der alten AA-Leute dürften endgültig vergehen, wenn die jetzt aus alliierter Hand wieder in deutsche Hand übergehenden Personalakten der Wilhelmstraße gesichtet werden. Unter diesen befindet sich nämlich eine Liste, die Ribbentrop für Himmler anfertigen ließ, um die politische Zuverlässigkeit seines Amtes zu bekunden. Diese Liste enthält nur die Namen derjenigen Beamten, die dem SD angehörten.

Nach Aufzählung dieser Tatsachen sei jedoch ein Absatz zitiert, der bei Beginn des Ausbaus der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten in der „Neuen Zeitung“ vom 15. Dezember 1949 zu finden ist:

„Gleichzeitig wird in den beteiligten Kreisen betont, daß politisch einwandfreie und sachlich qualifizierte Kräfte aus dem alten AA mit eingesetzt werden sollten. Voraussetzung für diese wäre, so betont man, daß sie eindeutig für den neuen Staat eintreten und gewillt sind, mit Händen und Füßen für diesen Staat zu kämpfen.“

Gerade dieser letzte Satz sollte uns beim heutigen Stand der Dinge bedenklich stimmen. Auf der Suche nach Fachleuten kann man doch wohl nicht auf Personen zurückgreifen, die sich an ein Amt klammerten — mit Händen und Füßen —, im vollen Bewußtsein dessen, daß dieses Amt sich mit dem verbrecherischen Regime identifizierte.

Über das AA Wilhelmstraße, über seine Tätigkeit im Dritten Reich und über das Auftreten seiner Mitglieder vor den Schranken des Gerichtes sollte man vielleicht den Mantel der Nächstenliebe decken. Die grauenhaften Originaldokumente werden fast noch übertroffen durch die peinlichen Ausreden und Lügen der Zeugen. Es sei aber nachdrücklich davor gewarnt, mit dem Ruf nach Fachleuten der Wilhelmstraße ein neues Heim in der Koblenzer Straße in Bonn zu geben. Man hüte sich davor, noch einmal eine „geschlossene Gesellschaft“ zu legitimieren; es könnte — um bei Jean Paul Sartre zu bleiben — wiederum „schmutzige Hände“ geben. Abgesehen davon, daß von verschiedenen Seiten tatsächlich einwandfreie Fachleute vorgeschlagen wurden, beweisen die Berichte aus dem Ausland, daß auch Nichtfachleute in den Auslandsvertretungen gleichwertige Arbeit leisten.

Die Vertreter der deutschen Bundesrepublik im Ausland geben ihre Visitenkarten als Repräsentanten eines Volkes ab, das aus seiner Vergangenheit gelernt haben sollte. Eine Entwicklung, wie sie uns jetzt zu drohen scheint, ließe im Ausland böse Rückschlüsse auf die innerdeutsche Lage zu.

Oder soll das nachfolgende Wort eines Historikers weiterhin Gültigkeit behalten?

„In unsere Diplomatie sich hineinbegeben, das heißt, dem gesunden Menschenverstand, dem Recht und der Kraft auf ewig entsagen; ein solches Sortiment von verhunzten Menschenfiguren hat es wohl noch nie gegeben; es wäre im höchsten Grade komisch, wenn es nicht so traurig wäre.“ So schrieb Carl v. Grolmann an seinen Schwager, als dieser Diplomat werden sollte. Das war im Jahre 1809.

Telegramm Dr. von Bargens vom 9. Juli 1942

Telegramm

(G-Schreiber)

Brüssel, Dienststelle des A. A., den 9. Juli 1942

Ankunft: Dienststelle des A. A., den 9. Juli 1942 —

Nr. 602 v. 9. 7. Auf Nr. 788 *) v. 29. 6.

*) D III 516 g.

Militärverwaltung beabsichtigt, gewünschten Abtransport von 10 000 Juden durchzuführen. Militärverwaltungschef gegenwärtig im Hauptquartier, um Angelegenheit mit Reichsführer SS zu erörtern. Bedenken gegen Maßnahme könnten sich einmal daraus ergeben, daß Verständnis für Judenfrage hier noch nicht sehr verbreitet und Juden belgischer Staatsangehörigkeit in Bevölkerung als Belgier angesehen werden. Maßnahme könnte daher als Beginn allgemeiner Zwangsverschickungen ausgelegt werden. Auf der anderen Seite sind Juden weitgehend in hiesigem Wirtschaftsprozeß eingegliedert, so daß Schwierigkeiten auf Arbeitsmarkt befürchtet werden könnten. Militärverwaltung glaubt jedoch, Bedenken zurückstellen zu können, wenn Verschickung belgischer Juden vermieden wird. Es werden daher zunächst polnische, tschechische, russische und sonstige Juden ausgewählt werden, womit das Soll theoretisch erreicht werden könnte. Praktische Schwierigkeiten sind insofern zu erwarten, als durch Bekanntwerden beginnender Abschiebungen aus Frankreich und Holland im hiesigen Judentum schon gewisse Unruhe entstanden ist und daher Juden versuchen werden, sich Zugriff zu entziehen. Für Zwangsmaßnahmen aber reichen vorhandene Polizeikräfte nicht aus. Weiterer Bericht folgt.

Bargen

Bericht Dr. von Bargens vom 11. November 1942

Dienststelle des Auswärtigen Amts
Brüssel

Brüssel, den 11. November 1942.

Nr. 2528/42 g

Betr.: Juden in Belgien.

Auf Grund der in der Judenverordnung des Militärbefehlshabers vom 28. 10. 1940 enthaltenen Verpflichtung haben sich rund 42 000 Männer und Frauen (über 16 Jahre) gemeldet. Hiervon

waren 38 000 nichtbelgische Staatsangehörige. Insgesamt dürften 52 000—55 000 Juden einschließlich der nichtmeldepflichtigen Kinder in Belgien gelebt haben. Hiervon sind 15 000 Männer, Frauen und Kinder nach dem Osten abgeschoben worden. Weitere Transporte werden demnächst Belgien verlassen. Unter den Abgeschobenen befinden sich Staatenlose, ehemalige Deutsche, Tschechen, Polen, Holländer, Rumänen, Griechen, Slowaken, Russen, Norweger, Luxemburger, Kroaten und Angehörige der drei baltischen Staaten. Gleichfalls befinden sich auch einige Belgier hierunter, die deswegen verschickt werden, weil sie in der Öffentlichkeit den Judenstern nicht getragen haben.

Zunächst wurde ein „Arbeitseinsatzbefehl“ über die „Judenvereinigung“ den von der Abschiebung Betroffenen zugestellt. Da jedoch im Laufe der Zeit durch Gerüchte über Abschachten der Juden usw. dem Arbeitseinsatzbefehl nicht mehr Folge geleistet wurde, wurden die Juden durch Razzien und Einzelaktionen erfaßt. In der letzten Zeit sind illegale Abwanderungen nach Frankreich, insbesondere nach dem unbesetzten Gebiet und nach der Schweiz festgestellt worden. Vorsichtig geschätzt dürften etwa 3 000—4 000 Juden nach der Schweiz ausgewandert sein. Genaue Angaben lassen sich jedoch nicht darüber machen.

An das

Auswärtige Amt,
Berlin.

B a r g e n

Anlage 2, IV

Bericht Dr. von Bargens vom 4. Dezember 1942

Berlin, den 4. Dezember 1942

zu D III 1065 g

An

die Dienststelle des
Auswärtigen Amtes
Brüssel

Auf Bericht v. 27. 11. 42
Nr. 2053/42 g

Mit dortigem Drahtbericht Nr. 602 vom 9. 7. dieses Jahres war dem geplanten Abtransport einer größeren Anzahl von Juden zugestimmt, auf der anderen Seite aber gebeten worden, von der Verschickung der Juden belgischer Staatsangehörigkeit zunächst abzu-
sehen. Nach vorläufigem Abschluß der Verschickungsaktion für das laufende Jahr gibt nunmehr der abschließende Bericht über die heutige Situation Veranlassung, die auf Grund des erwähnten Drahtberichts bezogene Stellungnahme einer Nachprüfung zu unterziehen. Wenn heute sich das in Belgien verbliebene Judentum über die Anordnungen des Militärbefehlshabers hinwegsetzt, ferner mit allen Mitteln versucht, seinen jüdischen Charakter zu verwischen und sich

damit in schwer zu säubernde Schlupfwinkel zu verkriechen, und wenn schließlich bereits Ansätze zur Beteiligung dieser Juden am aktiven Widerstand gegen die Besatzungsmacht festgestellt werden, dann sollte ein energisches Zugreifen eine weitere Ausbreitung dieses Gefahrenherdes verhindern.

Ich darf daher bitten, im Benehmen mit dem Militärbefehlshaber die Möglichkeiten zu erwägen, die getroffenen Maßnahmen nunmehr auf alle Juden in Belgien auszudehnen und diese bis zur möglichen Durchführung der Transporte in Sammellagern zusammenzufassen; Einzelfragen bezüglich Ausnahmebehandlung von Juden in Mischehen, solchen christlicher Konfession oder mit Kindern, könnten im Benehmen mit der Sicherheitspolizei geklärt werden. Eine durchgreifende Säuberung Belgiens von den Juden muß früher oder später auf alle Fälle erfolgen. Für eine Durchführung der Maßnahme im gegenwärtigen Zeitpunkt spricht unter anderem der Umstand, daß die bisherigen Abtransporte die Bevölkerung hinreichend mit diesen Dingen vertraut gemacht und das Judentum selbst auf weitgehende Maßnahmen vorbereitet haben. Die Tatsache, daß in den benachbarten Niederlanden das gesamte Judentum evakuiert wurde, dürfte in dieser Hinsicht den belgischen Juden keinen Zweifel gelassen haben. Neben der notwendigen Beseitigung der oben erwähnten Gefahren aber empfiehlt es sich, die Bevölkerung nicht in dauernder Unruhe zu halten, sondern die unvermeidlichen Maßnahmen in einem Zuge aufeinanderfolgend durchzuführen. Das Verschieben auf

(Fortsetzung unleserlich)

Anlage 2, V

Kolonialplan vom 4. September 1940

Rückübersetzung von Urkunde No. NG - 2725

Büro des Obersten Kriegsgerichtshofs.

4. September 1940

Geheim

Etzdorfs Handzeichen v. 4. Sept.

Stempel:

Vertreter des Auswärtigen Amtes
beim Oberkommando der Wehrmacht 324
Eingangsdatum: 5. September 1950

Kolonialpläne

Minister: Ritter v. Epp
Staatssekretär: Wenig
Abt. I: Polizei, Personalabt., Verwaltung, Kolonialpolitik
Unterstaatssekretär Bielfeld
Abt. II: Rechtsabteilung
Minister Asmis
Abt. III: Wirtschaft
Weigelt (DB)
sowie Abteilungen für Fragen der Eingeborenen und der Verteidigung.

Bei einer friedlichen Aufteilung mit England:**An Deutschland:**

Franz. und belg. Kongoland
 Tsad-See-Gebiet (Holzreichtum)
 Franz. Äquatorial-Afrika
 die ehemaligen Kolonien.

Bei einer gleichzeitigen Aufteilung der englischen Besitzungen:**An Deutschland:**

(zusätzlich)
 Uganda
 Sansibar
 eine Hälfte von Kenia (südlicher Gebirgstiel mit Nairobi)
 Nigeria
 Goldküste
 Dahome
 Stützpunkte Dakar, Bathurst.

Außerdem fordert die Kriegsmarine:

Ascension
 Tristan da Cunha
 St. Helena
 Komoren
 Maskarenen
 Seychellen
 Amiranten
 Madagaskar für die Juden.

An Spanien:

Marokko
 Algier bis Oran und südlich bis Z. ...
 Gibraltar
 Ausweitung von Spanisch-Neu-Guinea bis Cap Lopez.

An Italien:

Übernahme der englischen Schutzabkommen in Arabien
 (Hadramaut usw.)
 Tunis
 Zugang zum Tsad-See und Libyen-Ostafrika
 Engl. u. franz. Somaliland
 das übrige Gebiet von Kenia
 Übernahme der Stellung Englands zu Ägypten
 (einschließlich Sudan)
 Malta
 Aden
 Zypern?

Siam:

Ansprüche auf Laos und Kambodscha angemeldet.

Denkschrift von Dr. v. Etzdorf aus dem Herbst 1939

A.

Das drohende Unheil

Entgegen der Auffassung der verantwortungsbewußten politischen und militärischen Stellen und ungeachtet kürzlich felerlich wiederholter Verpflichtungen soll Hitler beschlossen haben, durch einen Einfall nach Belgien dem Kriege eine neue Wendung zu geben.

Die angeblich für Mitte November veranschlagte Ausführung dieses Beschlusses würde das Ende Deutschlands bedeuten.

I.

Der Einmarsch, dessen militärisches Ziel unklar ist, würde nach Anfangserfolgen alsbald stecken bleiben, eine Entscheidung des Krieges jedenfalls nicht herbeiführen. Gründe: Die Wetterlage im November, die einen rasanten Einsatz unserer Luftwaffe verhindert; die natürlichen Verteidigungsanlagen des Landes (Ardennen, steile Flußtäler, Albert-Kanal), welche die Panzerwaffe empfindlich blockieren; die Fortifikationen; die Verstärkung der belgischen Armee durch die französische, denn der Bruch der belgischen Neutralität durch uns schafft automatisch eine gemeinsame französisch-belgische Front.

II.

Der Widerstandswille der Franzosen wird entgegen anderer Voraussage nicht schwächer sondern stärker werden: den Franzosen wird ein populäres Kriegsziel nahegebracht, um das sie bislang verlegen sind — die unmittelbare Bedrohung des „heiligen Boden Frankreichs“ über Belgien und die Notwendigkeit offensiven Widerstandes dagegen.

In England, das auch bei voller Beherrschung der Küstenlinie fliegerisch nicht „zu Boden gezwungen“ werden könnte (Mangel an geeigneten Flugzeugen, unzulängliche Bodenorganisation, Unsinn der Idee von den Luftlande-Divisionen), würden die letzten Zweifel schwinden, daß der Kampf gegen Hitler bis zum Ende durchgeführt werden muß.

III.

Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg mit allen seinen moralischen und materiellen Folgen (Man wird nicht nur Material, sondern auch mit Kreuzzugsgeist erfüllte Menschen schicken).

Die Neutralen des gegenwärtigen Krieges (1,2 Milliarden gegen 200 Millionen im letzten Kriege), deren Friedenssehnsucht trotz fast einhelligen Abscheus gegen einen Sieg Hitlers, bis jetzt doch noch so groß ist, daß sie jeden Abschluß des Krieges annehmbar finden würden, diese Neutralen würden zu der Überzeugung kommen, daß nur eine Niederlage Hitlers ihre Existenz sichern kann. Der offene Eintritt weiterer Staaten in den Krieg gegen uns wäre daher möglich.

Italien würde eine weitere wohlwollende Neutralität (Rohstoff-Transit) unmöglich gemacht werden.

Die Sowjet-Union schließlich würde Deutschland kaum eine Entlastung geben wollen oder können, sie würde sich, wie in den letzten Wochen darauf beschränken, ihre Macht dort auszudehnen, wo es am wenigsten riskant ist, gegebenenfalls auch gegen Deutschland (Leichenfledderer!).

Es wird sich mithin gegen uns eine Front bilden, der wir auf die Dauer weder

IV.

im Kriegsmaterial (Munitionsverschleiß schon im polnischen Feldzugsmonat das Mehrfache einer Monatserzeugung bei einem Vorrat für 1½ Monate — gegenüber einem unerschöpflichen Gegner).

noch

V.

kriegswirtschaftlich (zunehmende Abspernung von den Neutralen, Wirtschaftsschwächung der für unseren Lebensmittellimport lebenswichtigen baltischen Staaten, Fragwürdigkeit der russischen Lieferungen wegen Transportschwierigkeiten)

noch

VI.

moralisch gewachsen sein werden, Die Folge würde sein: Zerbrechen der militärischen und inneren Front — Zerfall — Bolschewismus — oder bestenfalls Partikularismus und Loslösungen.

B.

Das Gebot der Stunde

Die Entscheidung darüber, ob die Neutralität Belgiens verletzt wird, ist daher ausschlaggebend für die Zukunft der Nation.

Mit anderen Worten: Es muß verhindert werden, daß der Einmarsch-Befehl zur Ausführung gelangt.

Dies ist nur zu erreichen, indem man die Regierung Hitlers rechtzeitig zum Sturz bringt. Argumente, Proteste oder Rücktritts-erklärungen der militärischen Führung allein würden erfahrungsgemäß weder ein Einlenken noch Nachgeben bewirken. Hitlers Entschluß zum Angriff durch Belgien entspricht einmal seinem Temperament („nichts ist unmöglich“ Gewaltmethoden), und seiner augenblicklichen moralischen Verfassung (Berauschtsein vom letzten blutigen Erfolge und Blutdurst nach weiterem) wie weiterhin der Erkenntnis, daß seine Regierung zu keinem Vergleichsfrieden mit dem Gegner kommen kann, daher sollen die Schiffe verbrannt, die Brücken abgebrochen werden.

C.

Keine Bedenken!

Man wende nicht ein:

I.

„Der Führer“ habe für Deutschland außenpolitisch, innenpolitisch und wirtschaftlich so Einzigartiges geleistet und mit notorischem Glück so oft bewiesen, daß ihm nichts unmöglich sei, daß es undankbar und vermessenes wäre, ihm jetzt in den Arm zu fallen.

Die sogenannte Unfehlbarkeit des Führers ist eine blasphemische Legende. Seine Erfolge waren Scheinerfolge oder das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung, wobei die durch seine Methoden hervorgerufenen Nachteile die Vorteile übertrafen.

1. Fälschlicherweise rühmt sich Hitler des häufigeren, die Revision des Versailler Vertrages sei sein Werk.

(a) Das Ende der Reparationen wurde bereits im Juli 1932 erreicht und die militärische Gleichberechtigung am 11. Dezember 1932 zugestanden. Ihre praktische Verwirklichung wurde erst in Zweifel gestellt, als Hitler durch seine Politik die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Deutschland mobilisiert hatte.

(b) Die Angliederung Österreichs war vor Hitlers Machtübernahme kein innen- sondern ein außenpolitisches Problem. Erst die Methoden der Verfolgung innerpolitischer Gegner in Deutschland brachte die österreichische Regierung dazu, sich dem häufig bekündeten Anschlußwillen der Bevölkerung zu widersetzen. Keine österreichische Regierung hätte es vorher gewagt, sich gegen den Anschluß auszusprechen. Die Hemmung des Anschlusses lag in der französisch-italienischen Opposition, sie wäre also spätestens (durch

Option für oder gegen Italien) während des Abessinienkonfliktes fortgefallen, d. h. reichlich zwei Jahre vor dem 13. März 1938.

(c) Unter den gleichen Voraussetzungen wäre nach dem Anschluß Österreichs der Zerfall der Kleinen Entente und damit die Einfügung der Tschechoslowakei in den deutschen Einflußkreis eine Frage eher von Monaten als von Jahren gewesen.

(d) Die gewaltsame Besetzung der Rest-Tschechei hat dagegen schwere Nachteile für Deutschland mit sich gebracht, die bei einer friedlichen und vertragsgemäßen Einbeziehung der Tschechei vermieden worden wären.

(e) Ohne den Zug auf den Hradschin wäre aber der polnische Feldzug im Herbst 1938 oder Frühjahr 1939 ohne Hilfeleistung der Westmächte an Polen durchführbar gewesen, zu einer Zeit allerdings, als Hitler noch Polen als angeblichen Schutzwall gegen die Sowjet-Union betrachtete.

(f) Die Prognosen schließlich, die Hitler vor dem jetzigen Konflikt stellte, sprechen für sich: Isolierung des deutsch-polnischen Konflikts, gegebenenfalls Bündnishilfe Italiens. Die Absage Italiens und der britisch-polnische Vertragsabschluß führten zum Widerruf des bereits gegebenen Vormarschbefehls, der später erneut gegeben wurde unter der Voraussetzung, daß die Westmächte höchstens einen Scheinkrieg führen würden, um nach Beendigung des polnischen Feldzugs schleunigst nachzugeben. In keinem anderen Lande der Welt hätten nach derartigen leichtfertigen Fehlern Außenminister und Regierungschef auf ihren Posten bleiben können.

2. Nicht anders ist die Bilanz der Hitlerischen Innen- und Wirtschaftspolitik.

Als sein größtes Verdienst galt zeitweise die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Befreiung Deutschlands von der bolschewistischen Gefahr. Es ist festzuhalten, daß die Arbeitslosigkeit der Jahre 1929—32 kein deutsches, sondern ein allgemeines Problem war. Alle hiervon in gleicher Weise betroffenen Industriestaaten haben in den Jahren 32 — 37 einen großen wirtschaftlichen Aufschwung und damit verbunden eine beträchtliche Verminderung der Arbeitslosigkeit erlebt. Dies ist allerdings in den meisten Staaten ohne schwerwiegende Vorgriffe auf die Zukunft, ohne eine gewaltige innere Verschuldung und ohne eine Verschleuderung des nationalen Reichtums, wie sie Hitlers Politik mit sich brachte, erreicht worden.

Die innerstaatliche Neuordnung hat dem deutschen Volke keine wirkliche Einheit gebracht. Im Gegenteil ist an die Stelle kontrollierbarer Einzelstaaten, deren allmähliche organische Ablösung durch eine starke

Reichsgewalt eine Frage der Zeit war, eine Vielheit von fast unabhängigen Machthabern getreten, die nach eigenem Gutdünken handeln und in praxi niemandem verantwortlich sind. Neben der Wehrmacht bestehen eine Reihe von Wehrverbänden, die eigenen Gesetzen gehorchen. Die einheitliche Verwaltung ist abgelöst durch einen schädlichen Dualismus zwischen Partei und Staat. An die Stelle der christlichen Religion unseres Volkes ist ein seltsames Gemisch von sogenannten Weltanschauungen getreten, die den sittlichen Bestand des Volkes ernsthaft gefährden und eine allgemeine Verwahrlosung und Zuchtlosigkeit hervorgebracht haben. Der Rechtsstaat ist verschwunden und hat einem Zustand von Willkür und Korruption Platz gemacht, der den Satz von Gemeinnutz, der dem Eigennutz vorgehen soll, zu einer Groteske verdreht. Noch nie war Deutschland dem Chaos und dem Bolschewismus näher als jetzt nach sechs Jahren Hitler-Regimes, das es in den letzten Wochen fertigbrachte, 20 Millionen Menschen dem Bolschewismus zu überantworten.

II.

Man wende ferner nicht ein:

Das Volk und die Armee (bis in hohe Posten, soweit die Dummheit reicht) werden einen coup d'état jetzt nicht begreifen, ihn vielmehr samt seinen Urhebern verabscheuen, nachdem der Führer soeben in Polen mit stupenden Erfolgen gesiegt hat, die uns das Schönste auch für die Zukunft hoffen lassen. Die Verkennung der Lage durch die deutsche Öffentlichkeit und das Unverständnis dafür, nach einem glänzenden militärischen Feldzuge Konzessionen machen zu müssen, sind begreiflich. Das débacle wird erst allgemein erkannt werden, wenn es da ist. Dann freilich wäre der Staatsstreich populär, aber er käme zu spät und würde das Unheil nicht mehr abwenden, in das wir alle, ob mit Hitler oder ohne ihn, und mitsamt unseren schönen polnischen Lorbeerern hineinstürzten. Denn die Kriegsfurie, einmal aus dem Kasten, ist mit Vernunft nicht wieder zurückzulocken: Der Krieg folgt seinen eigenen unerbittlichen Gesetzen, und jede Heeresleitung will vor allem siegen, d. h. heutzutage, vernichten. Die relative Unpopularität des Unternehmens muß daher mit dem nötigen Maß an Zivilcourage hingenommen werden. Sobald dem Publikum erst die Augen darüber geöffnet sind, was Deutschland aus der Hand eines Besessenen bevorstand, wird sich eine bessere Erkenntnis bald durchsetzen. Im übrigen schafft die nach anfänglichem Friedeoptimismus sich zunehmende verbreitende dumpfe Ungewißheit über den Ausgang des Krieges schon jetzt eine unseren Plänen entgegenkommende Stimmungslage, und soll man last

not least auch mitberechnen, wie sehr der Sturz des Hitler-Regimes „an sich“ von vielen und nicht den schlechtesten Deutschen herbeigesehnt wird.

III.

Man sage schließlich nicht:

Der Soldat müsse zu seinem Fahneneid stehen.

Der Fahneneid wurde Herrn Hitler als dem verantwortlichen Führer Deutschlands, d. h. unter gegenseitiger Verpflichtung geschworen. Dieser Fahneneid hat seine Gültigkeit verloren, da Hitler, seiner eigenen Pflicht vergessend, sich anschickte, Deutschland seinen besessenen Zielen zu opfern. Seines Fahnenrides ist der deutsche Soldat also ledig. Es verbleibt ihm aber die höchste nationale Pflicht, dem deutschen Vaterlande gegen dessen Verderber die Treue zu halten.

Wer gleichwohl meint, der Fahneneid gegenüber Herrn Hitler bestünde fort und es entspräche nicht den Traditionen des deutschen Soldaten und des deutschen Beamten, einen geleisteten Eid zu brechen — dem sei geantwortet: In höchster Gefahr für Nation und Staat haben deutsche Patrioten nicht gezögert, ihrem Gewissen zu folgen. York sagte seinem König einen untragbar gewordenen Gehorsam auf.

Für eine revoltierende Gesinnung, eine „Fronde“ der preußischen Offiziere gibt es in der Geschichte im übrigen Beispiele genug. Man denke nur an Marwitz und was er zu diesem Thema zu sagen wußte — wobei es dahin gestellt bleiben kann, ob Herr Hitler sich überhaupt jene verklärende Ehrfurcht verdient hat, die allein ein höheres Gesetz als das sonst für Volktribunen übliche begründet.

D.

Die neue Reichsgewalt

I.

Ehrenhafter Friede

Die Bedingungen, unter denen eine spätere deutsche Regierung Frieden schließen kann, hängen von der Stärke ab, die Deutschland in die Waagschale werfen kann. Ein Eingreifen von staatserhaltender Seite verspricht überhaupt nur solange Erfolg, als eine militärische Niederlage oder ein 9. November vermieden wird. Eine Regierung des 9. November würde kaum bessere Bedingungen erhalten als die Regierung der „Volksbeauftragten“. Nur eine Regierung, die auf eine intakte Armee zählen kann, wird einen „ehrenhaften Frieden“ (peace with honour) zu schließen vermögen, d. h. einen Frieden, der Deutschland in seinem ethnographischen

Grenzen nicht antastet (etwa auf der Grundlage der Münchner Konferenz), unter Herstellung einer Landverbindung des Reichs mit Ostpreußen und Angliederung des ostoberschlesischen Industriegebiets.

Eine solche Lösung entspräche dem wirklichen nationalen Interesse. Sie vermiede die Belastung mit fremdem Volkstum und würde Deutschland trotzdem aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen den maßgebenden Einfluß in einer Rest-Tschechei und einem Rest-Polen geben. Sie würde schließlich auch ein Äquivalent sein für die Opfer und Lorbeeren des polnischen Feldzuges. Die Mäßigung im Erfolge ist im übrigen immer die größte politische Tat gewesen. (Frieden von Nikolsburg).

Für einen solchen Frieden würden auf der anderen Seite wirken:

Eine allgemeine Erleichterung über die Beseitigung der Gefahren, die das Regime Hitlers für alle Staaten bedeutete; die manifeste Kriegsabwehrung der Franzosen, sobald sie nicht im eigenen Lande angegriffen sind; der dringende Friedenswunsch der gesamten neutralen Welt; die allgemeine Furcht vor einer weiteren Ausdehnung des Bolschewismus in Europa.

Ein solcher Friede würde auch England und Frankreich das Gesicht wahren, da beide Länder bei der Neugestaltung der Rest-Tschechei und von Rest-Polen mitsprechen können.

II.

(abhanden gekommen)

III.

Erste Maßnahmen

1. Die programmatische Verkündigung

In letzter Minute vor einer äußeren und inneren Auflösung gilt es zu handeln; Für einen Abschluß eines ehrenhaften Friedens;

Für die Errichtung eines Rechtsstaates (habeas-corpus-Akte; Auflösung der Gestapo);

Für einen staatlichen Aufbau, der Anständigkeit, Sauberkeit und den eigentlichen preussischen Traditionen entspricht;

Für eine Beteiligung des Volkes an der öffentlichen Willensbildung, wie sie dem freien deutschen Manne zukommt (Auflösung der NSDAP?);

Für einen gerechten und wahrhaftigen deutschen (preussischen) Sozialismus;

Für eine christlich-sittliche Erneuerung.

2. Die eigentlichen Maßnahmen

u. a. Besetzung von Rundfunk und Presse;

Besetzung der Post und Gas pp.-Werke;

Lokale Säuberung durch Militärbefehlshaber usw.

Bleistiftnotiz: Die weiteren Seiten sind abhanden gekommen; sie betrafen die zu ergreifenden militärischen Maßnahmen.

Anlage 2, VII

Erklärung des ehemaligen Generalobersten zuletzt Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder, vom 8. März 1952

Erklärung

Ich, Franz Halder, geboren 30. Juni 1884 zu Würzburg, z. Z. wohnhaft in Königstein/Taunus, zuletzt Generaloberst und Chef des Generalstabes des deutschen Heeres, sage über die Gründe, die zur Entsendung des Herrn Hasso von Eitzdorf in das Hauptquartier OKH als Verbindungsmann zwischen Auswärtigem Amt und Oberkommando des Heeres geführt haben, und über die Tätigkeit des Herrn von Eitzdorf in dieser Eigenschaft das folgende aus. Ich bin bereit, die Aussage zu bekräftigen und durch mündliche Zeugenschaft zu erhärten und zu ergänzen.

Zwischen dem Staatssekretär Freiherrn von Weizsäcker als Mittelpunkt der Widerstandsbewegung gegen Hitler und sein Regime im Auswärtigen Amt und mir als Mittelpunkt des Widerstandskreises

im Generalstab des Heeres bestand seit meiner Amtsübernahme als Chef des Generalstabs des Heeres im September 1938 enges Einvernehmen. War schon in Friedenszeiten der persönliche Gedankenaustausch durch Hitlers Verbot einer unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Generalstab und durch die Überwachung beider Dienststellen durch die Gestapo auf geheime nächtliche Zusammenkünfte an drittem Ort beschränkt, so wurde er bei Beginn des Kriegszustandes durch die Verlegung des OKH in das Hauptquartier außerhalb Berlins völlig unterbrochen. Um die Verbindung der Widerstandsgruppen aufrechtzuerhalten, machte mir Freiherr von Weizsäcker den Vorschlag, von Seiten des Auswärtigen Amtes einen ihm besonders vertrauten Vertreter des Widerstandskreises in der Rolle eines Verbindungsoffiziers zu mir in das Hauptquartier des OKH zu entsenden. Ich war mit dem Vorschlage um so mehr einverstanden, als ich außer in Fragen des Widerstands der engen Verbindung mit Freiherrn von Weizsäcker auch zur Orientierung über die tatsächliche außenpolitische Lage bedurfte. Das war notwendig, um den Oberbefehlshaber des Heeres gegenüber der immer zweckbestimmten und oft geradezu lügenhaften Orientierung durch Hitler immun zu machen. Für beide Zwecke hielt Freiherr von Weizsäcker den Berufsdiplomaten und damaligen Rittmeister d.R. Hasso von Etzdorf, dem er besonderes Vertrauen schenkte, für den geeigneten Mann und erwirkte seine Kommandierung.

Bis zu meinem Ausscheiden aus dem Amt als Chef des Generalstabes des Heeres (September 1942) hat Herr von Etzdorf die ihm übertragenen Aufgaben zu Herrn von Weizsäckers und meiner vollsten Zufriedenheit erfüllt. Das Vertrauen, das ich ihm von Anfang an als gleichgesinnten Angehörigen des Widerstandskreises entgegenbrachte, hat er in jeder Beziehung voll bewährt. Aus den Äußerungen meines verstorbenen Oberbefehlshabers, des Feldmarschalls von Brauchitsch, weiß ich, daß auch er Herrn von Etzdorf vollstes Vertrauen entgegengebracht hat und sich in diesem Vertrauen nie enttäuscht gefühlt hat.

Herr von Etzdorf gehörte zu meiner nächsten Umgebung und hatte unmittelbaren Vortrag bei mir und beim Oberbefehlshaber des Heeres. Über seine offizielle Tätigkeit im Austausch von Nachrichten und Gedanken zwischen Auswärtigem Amt und Heerführung gibt das vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg als Dokument anerkannte „Kriegs-Tagebuch des Generalobersten Franz Halder“ in sehr zahlreichen Einträgen eingehend Bescheid. Über seine inoffizielle Tätigkeit als Verbindungsmann zwischen der diplomatischen und der militärischen Widerstandsgruppe enthält dieses „Kriegs-Tagebuch“ aber keine Einträge. Dieses Sammelheft für steno-graphische Notizen aus den täglichen Vorträgen und Besprechungen lag offen auf meinem Schreibtisch. Da ich schon in meiner Amtszeit der Überwachung durch Agenten des SD sicher war und ständig mit Beschlagnahmung meiner persönlichen Papiere und Korrespondenzen rechnen mußte, sind Notizen über Aussprachen mit Männern des Widerstandskreises in diesem „Tagebuch“ begreiflicherweise unterblieben oder nur in einer Form angedeutet worden, die dem Nichteingeweihten nicht erkennbar ist. Es hat aber kaum einen „offiziellen Vortrag“ des Herrn von Etzdorf bei mir gegeben, bei dem nicht die Aussprache über Fragen des Widerstandes und die Erörterung der Möglichkeiten aktiven Handelns im Vordergrund gestanden wäre.

In besonderem Maße hat Herr von Etzdorf sich in den kritischen Monaten des Herbstes 1939 und Winters 1939/40 an den Umsturz-vorbereitungen im Hauptquartier des OKH aktiv beteiligt. Er arbeitete damals in der „Vorbereitungsgruppe“ eng zusammen mit den bekannten Widerstandskämpfern General Heinrich von Stülp-nagel, General Wagner, beide im Zusammenhang mit dem 20. Juli zu Tode gekommen, Großkurth (gefallen) und Fiedler (in russischer

Gefangenschaft) und stand in ständiger Verbindung mit Admiral Canaris, General Oster und Ministerialrat Dohnanyi, die im OKW die Widerstandszelle bildeten (sämtlich nach dem 20. Juli hingerichtet). Aus seiner Feder entstand damals (Oktober 1939) eine umfangreiche Denkschrift, in der er nicht nur überzeugend und mitreißend die Gründe darstellte, warum Hitler so frühzeitig wie möglich zu beseitigen sei, — nötigenfalls durch Gewalt —, sondern auch im einzelnen genaue und sorgfältig durchdachte Vorschläge machte bezüglich der Ausschaltung von SS und Gestapo, Besetzung der Rundfunksender, Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Presse, programmatischer Verkündigung der provisorischen Regierung, lokaler Säuberungsmaßnahmen durch die örtlichen Militärbefehlshaber des Heimatgebietes usw. In einer Besprechung zwischen Generaloberst Beck und mir im Januar 1940 wurde diese Denkschrift erörtert und in ihrem Wert anerkannt. Sie wurde auch dem Oberbefehlshaber des Heeres zur Kenntnis gebracht. Wenn die Vorbereitungen, an denen Herr von Etdorf so hervorragend aktiv beteiligt war, nicht zur praktischen Durchführung kamen, sondern infolge der Zurückhaltung der zur Durchführung benötigten höheren Truppenführer versandeten, so ist das ganz gewiß nicht Schuld des Herrn von Etdorf.

Herr von Etdorf gehörte zu den Wenigen, die sich durch die militärischen Erfolge des Frankreich-Feldzuges den Blick nicht trüben ließen. Sein Widerstandswille und seine Bereitschaft zum aktiven Handeln blieben, solange ich mit ihm zusammenarbeitete, die gleichen. Er war der Träger des ersten Gedankenaustausches zwischen Auswärtigem Amt und Generalstab, als im Sommer 1940 Hitlers Gedanken sich einem Angriffskrieg gegen Rußland zuwandten. Er blieb im Sinne der Auffassung beider Dienststellen auch persönlich bemüht, wo er konnte, ohne Rücksicht auf seine eigene Person alle gegen ein solches Beginnen sprechenden Einwände scharf hervorzuheben. Er hat sich auch durch die Anfangserfolge des Heeres in Rußland nicht täuschen lassen und immer wieder die Notwendigkeit betont, so bald wie möglich zu einem tragbaren Frieden zu kommen. Daß das nur ohne Hitler möglich sei, erschien selbstverständlich. Der Gedanke der Beseitigung des Diktators blieb daher das beherrschende Thema unserer persönlichen Aussprachen. Ebenso wie Freiherr von Weizsäcker und wie das Oberkommando des Heeres sah Herr von Etdorf die unüberschreitbare Grenze für alle aktiven Widerstandshandlungen da, wo sie zu einem Nachteil oder zu einer Behinderung der schwer ringenden Front hätten führen müssen. „Sabotage“-Gedanken sind nie zwischen uns erörtert worden, vielmehr bestand Einigkeit darüber, daß ein unerschütterliches Feststehen der deutschen Front die Voraussetzung sei, wenn Deutschland zu Friedensgesprächen verhandlungsfähig bleiben sollte.

Die Tatsache, daß der tiefere Sinn des Auftrags, mit dem Herr von Etdorf zum OKH entsendet worden war, durch Vorsicht und Geschicklichkeit der Beteiligten und nach dem 20. Juli durch die Treue und Verschwiegenheit der Mitverschworenen geheim bleiben konnte, hat Herrn von Etdorf davor bewahrt, das Schicksal der Widerstandskameraden zu teilen, das entweder in den Tod oder — wie bei mir — zu KZ- und Gefängnishaft der Beteiligten und ihrer Familien führte.

Franz Halder

Telegramm des AA vom 17. September 1943 an den Reichsbevollmächtigten
in Dänemark

Abschrift

von Document Number: NG — 5121
Office of Chief of Counsel for War Crimes
(Page 13 of original)

Inl. II 417 g. K.

Akt. Z. e. o. Pol. VI 1873 g Rs.

U. St. S. Pol.

Dg. Pol.

Gehelme Reichssache

Berlin, den 17. September 1943

Diplogerma

Consugerma Kopenhagen

Nr. 1265

Referent: Ges. v. Grundherr

Betreff: Abtransport von Juden aus Däne-
mark.

Nach Abgang

LR Wagner, Inl. II

Freilassen für die Telegramm Kontrolle

Eingeg.: 17. 9. 1943 1315

17. 9. 1943

Initialen von

v. Grundherr

v. Erdmannsdorff

Hencke

Telegramm (Nicht geh. Ch. V. offen LZ.)

(geh. Ch. V.)

Geh. Verm. f. Behördenleiter

Geh. Verm. f. Geh. Reichssachen

Geh. Verm. f. Geheimsachen

ohne besonderen Geheimvermerk

Nicht Zutreffendes durchstreichen

Unter Bezugnahme auf Drahtbericht 1032
v. 8. 9.

Für Reichsbevollmächtigten.

Reichsaußenminister ersucht Sie, über die Art
der Durchführung des Abtransports der
Juden, der im Prinzip beschlossen ist, genaue
Vorschläge zu machen, die insbesondere auch
enthalten sollen, wieviel Polizeikräfte Sie
dazu benötigen, damit hier diese Polizei-
abteilungen in Besprechungen mit der SS
freigemacht werden können.

Die Angelegenheit ist streng vertraulich zu
behandeln.

Hencke

Anlage 2, IX

Beantwortung der Fragen 8 und 10 des Fragebogens des Unterausschusses „Auswärtiger Dienst“ vom 27. September 1950 durch die Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten

Frage 8:

Welche Bewertungs- und Anstellungsgrundsätze gelten für die früheren Beamten des Auswärtigen Amtes?

Frage 10:

Werden grundsätzlich alle Beamte des Auswärtigen Amtes, die „Nicht-Pg“ waren oder „entlastet“ sind, wieder angenommen?

Die Bewerbungen der früheren Beamten des Auswärtigen Amtes werden nach den für alle Bewerbungen geltenden Grundsätzen behandelt: fachliche Eignung, politische Verlässlichkeit im Sinne des demokratischen Staatsgedankens, soziales Verantwortungsgefühl und charakterliche Festigkeit.

Bei der Bewertung der politischen Verlässlichkeit ehemaliger Mitglieder der NSDAP wird die Einstufung bei der Entnazifizierung nicht als allein maßgeblich angesehen, da die Entlastungen häufig ohne genügende Kenntnis der Zusammenhänge erfolgt sind, andererseits aber auch die Haltung mancher Entlasteter unter dem nationalsozialistischen Regime mehr Achtung verdient als diejenige mancher „Nicht-Pgs“. In vereinzelten Fällen können auch im summarischen Verfahren als „Mitläufer“ eingestufte, die auf Einspruch und ein mögliches Entlastungsverfahren verzichtet haben, den „Entlasteten“ gleichgesetzt werden. Zu beachten ist auch, daß sich unter den Beamten, die „Nicht-Pgs“ waren, zahlreiche befinden, die einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt haben, aber aus Gründen, die keineswegs immer zu ihren Gunsten sprechen, abgelehnt wurden.

Beamte des früheren Auswärtigen Amtes, die „Nicht-Pg“ waren oder „Entlastete“ sind, werden nur nach Maßgabe der allgemeinen Bewertungs- und Anstellungsgrundsätze wieder aufgenommen.

Beamte, die „Nicht-Pg“ waren, werden bevorzugt eingestellt, und zwar

1. Beamte, die aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen vom Nationalsozialismus verfolgt worden sind,
2. Beamte, die aus politischen Gründen eine dienstliche Zurücksetzung erdulden mußten,
3. die übrigen „Nicht-Pg“. Ihnen gleichgestellt werden solche früheren Pg, die sich als aktive Gegner des Nazi-Regimes erwiesen haben und auch bei Anlegung des schärfsten Maßstabes als zu recht entlastet angesehen werden müssen.

Der Zeitpunkt der Einstellung wird durch dienstliche Erfordernisse und haushaltsmäßige Voraussetzungen bestimmt, jedoch werden bei mehreren für eine Stelle geeigneten Kandidaten die durch den Nationalsozialismus Benachteiligten zunächst berücksichtigt.

Ein Rechtsanspruch auf Verwendung im auswärtigen Dienst besteht für Angehörige des früheren auswärtigen Dienstes nicht, jedoch wird ein moralischer Anspruch in den vorgenannten Fällen anerkannt, falls fachliches Können, soziales Verantwortungsgefühl und charakterliche Festigkeit in dem Maße vorhanden sind, wie dies für den Aufbau des auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik gefordert werden muß.

Judenmaßnahmen in einem der Länder, die zum Referat Pol IV des
Ribbentropschen AA, Referatsleiter Dr. Heinberg, gehörten.

Document No. NG 3354
for War Crimes
Office of Chief of Counsel
Stempel: Geheime Reichssache
D III 417 g
Nur als Verschlusssache
zu behandeln.

Telegramm
(G.Schreiber)

Belgrad, den 8. September 1941 10.45 Uhr
Ankunft: den 8. September 1941 12.30 Uhr
Nr. 608 vom 8. 9. 41
Mit G.Schreiber

Geheime Reichssache

(handschr.)
D III

Nachweislich haben sich bei zahlreichen Sabotage- und Aufruhr-
akten Juden als Mittäter herausgestellt. Es ist daher dringend ge-
boten, nunmehr beschleunigt für Sicherstellung und Entfernung
zum mindesten aller männlichen Juden zu sorgen. Die hierfür in
Frage kommende Zahl dürfte etwa 8000 betragen. Es befindet sich
z. Z. ein Konzentrationslager im Bau, doch erscheint es im Hin-
blick auf die zukünftige Entwicklung ratsam, diese Juden so rasch
wie möglich außer Landes zu bringen, d. h. mit Leerfrachtkähnen
die Donau abwärts, um sie auf rumänischem Gebiet (Insel im Donau-
delta) abzusetzen. Ich bitte um Schaffung der entsprechend nötigen
Voraussetzungen bezüglich der Duldung durch Rumänien.

gez. Vecsemeyer — Benzler

Stempel:

Chef A.O.
St.S. Keppler
U.St.S. Pol
U.St.S. R
U.St.S. Luther
Botsch. Ritter
Leiter Abt. Pers.
" " Ha. Pol
" " Kult.
" " Presse
" " Rundfunk
" " Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol.

(handschr.)
Wird bei D (N Karlstadt)
bearbeitet.
nach der
abzugeben. B.
J.J. 3553
Stempel:
Arbeitsexemplar bei
Pol IV eintragen.

(Seite 2 des Originals)

Büro RAM. D III 417 g
D III
betr. R. Über St.S. (Handz.) Ws.
Lu. 13/9. U.St. S. Woermann
vorgelegt

Zu Telegramm Nr. 608 vom 8. 9. 41 aus Belgrad über Verbringung von 8000 Juden aus Serbien auf rumänisches Gebiet hat der Herr RAM bemerkt, daß diese Maßnahme ohne Zustimmung der Rumänen nicht durchgeführt werden könnte, und daß wohl ein anderer Weg gefunden werden müßte.

„Westfalen“, den 11. Sept. 1941.

(Sonnleithner)
gez.: Sonnl.
231 286

(Handschr.)
Abt. Deutschland vgl. Tel. 636 aus Belgrad
Bitte um Beteiligung.

Woermann 12./9.

(Seite 3 des Originals)

0107 NR. 83 ERN DGBELGRAD WLR

Stempel: Geheime Reichssache
Geheim D III 417 g

1. Vermerk.

Mit Pol IV ist vereinbart
daß die Sache bei D III bearbeitet werden soll. Pol IV ist auch mit
der nachfolgenden Entscheidung einverstanden.

(Stempel:) S.Bln. Aw. Z Nr. 83 12/9.
(weitere Zeichen unleserlich)

Berlin, den 11. September 1941

2. An
die Dienststelle des
Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts
in Belgrad

Stempel: Offen mit G.-Schreiber!

Nr. 1207
Re.: U.St.S. Luther
LR Rademacher

Fernschreiben (G.-Schreiber)
Auf Fernschreiben Nr. 608 vom 8. 9. 41

Vor Abgang
Pol IV
(handschr.) B II IX
mit der Bitte um Mit-
zeichnung

Einem Abschieben von Juden auf
fremdes Staatsgebiet kann nicht zuge-
stimmt werden. Auf diese Weise wird
eine Lösung der Judenfrage nicht er-
reicht.

Nach Abgang:
D II (Handz.)
mit der Bitte um
Kenntnisnahme

Es wird anheimgestellt, die Juden in
Arbeitslagern sicherzustellen und für
notwendige öffentliche Arbeiten her-
anzuziehen.

U.St. (Pol)
(Handz.) Ws.
H.Rt.Pol. 1819
Stempel: Eingeg. 11. 9.
20.45
z.Ch.B.

Luther
(Handz.) Lu.
10/10. P.9/9.

(Seite 4 des Originals)

sofort D III

Stempel: Nur als Verschlusssache zu behandeln.

Telegramm (G.-Schreiber)

Belgrad, den 10. September 1941 18.50 Uhr

Ankunft: den 11. September 1941 2.40 Uhr
(handschr.)

Stempel: Auswärtiges Amt D III 423 g
eing. 12. September 1941
Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

Ges.Rat von Bülow, Apparat 505

Geh. Reichss. 608 Nr. 621 vom 10. 9.

*) Pol IV

Im Anschluß an 608*) vom 8. 9.

(handschr.)

LR. Rademacher
bitte den Vorgang
Pol IV zu übernehmen.
Ich vermisste Vorschläge
von Belgrad. Allge-
meine Redensarten
fördern die Lösung
nicht. Bitte telepho-
nieren Sie dieserhalb
mit Botschafter v. Rin-
teln Sondergespräch.

Rasche und drakonische Erledigung
serbischer Judenfrage ist dringendstes
und zweckmäßigstes Gebot. Erbitten von
Herrn Ram entsprechende Weisung, um
beim Militärbefehlshaber Serbien mit
äußerstem Nachdruck wirken zu kön-
nen. Seitens serbischer Regierung und
Bevölkerung ist keinerlei Widerstand
zu erwarten, um so weniger, als bis-
herige Teilmaßnahmen sich bestens be-
währt haben. Gleichlautender Befehl
vom Reichsführer SS an Chef der Ein-
satzgruppe der Sicherheitspolizei und
SD-Standartenführer Fuchs würde An-
gelegenheit wesentlich fördern.

Lu.

Veesemeyer — Benzler

Stempel:

Chef A.O.
St.S. Keppler
U.St.S. Pol
U.St.S. R/
U.St.S. Luther
Botsch. Ritter
Leiter Abt. Pers.
" " Ha. Pol.
" " Kult.
" " Presse
" " Rundfunk
" " Inf.
Chef Prot.
Dg. Pol
Arb. Expl. bei Pol IV

(Seite 5 des Originals)

(handschr.) zu D III 424 g

Auszugsweise Abschrift aus der Aufzeichnung über die Direktoren-
konferenz vom 9. September 1941

1. U.St.S. Woermann bittet zu dem Telegramm aus Belgrad, be-
treffend Abtransport von 8000 Juden nach Rumänien, die An-
gelegenheit bei Abteilung D zu übernehmen (Arbeitsstück bei
Pol IV eingetragen). Der vorgeschlagene Transport nach Rumä-
nien kommt nicht in Frage.

Sonderreferat VLR Kruemmer

Abschriftlich
Referat D III

auf Weisung des Herrn U.St. S. Luther vorgelegt.

Berlin, den 13. September 1941

gez.: Harften

(Seite 6 des Originals)

(handschr.) D III 424 g
Telegramm G.-Schreiber

Belgrad, den 12. September 1941 13.00 Uhr

Ankunft: den 12. September 1941 13.50 Uhr

Nr. 636 vom 12. 9. Cite!

*) D III 417 g

Auf Nr. 1207*) und im Anschluß an Nr. 621 vom 10. 9.

(handschr.) D III bitte sofort mit RSHA sprechen, dann Bericht
Lu. 12./9.

Unterbringung in Arbeitslagern bei jetzigen inneren Zuständen nicht möglich, da Sicherung nicht gewährleistet. Judenlager behindern und gefährden sogar unsere Truppen. So ist sofortige Räumung Lagers von 1200 Juden in Sabac notwendig, da Sabac Kampfgebiet und in Umgegend aufständische Banden in Stärke von mehreren tausend Mann festgestellt. Andererseits tragen Juden nachweislich zur Unruhe im Lande wesentlich bei. Im Banat hat, seit dort Juden entfernt worden sind, hier in Serbien besonders schädliche Gerüchtemacherei sofort aufgehört. Abschiebung zunächst männlicher Juden ist wesentliche Voraussetzung für Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände. Wiederhole daher dringend meine Bitte. Falls sie erneut abgelehnt wird, bleibt nur noch sofortige Abschiebung etwa nach Generalgouvernement oder Rußland, was aber erhebliche Transportschwierigkeiten machen dürfte. Andernfalls muß Judenaktion vorläufig zurückgestellt werden, was gegen die mir von Herrn Ram erteilten Weisungen.

Benzler

(handschriftliche Randbemerkung)

Nach Auskunft Sturmbannführer Fuchs RSHA IV D VI Aufenthalt in Rußland und Generalgouvernement unmöglich. Nicht einmal die Juden aus Deutschland können dort untergebracht werden.

..... bestimmt Erschießen

R. 13/9.

Stempel:

Hergestellt in 15 Stück

Davon sind gegangen:

Nr. 1 an R III (Arb.St.)

Nr. 2 an R.A.M.

Nr. 3 an St. S.

Nr. 4 an Chef A.O.

Nr. 5 an B.R.A.M.

Nr. 6 an Leiter Abt. Pol.

Nr. 7 an " " Recht

Nr. 8 an " " Pers.

Nr. 9 an " " Ha.Pol.

Nr. 10 an " " Kult.

Nr. 11 an " " Presse

Nr. 12 an " " Prot.

Nr. 13 an " " Dtschld.

Nr. 14 an " " Ru.

Nr. 15 an Dg. Pol.

(Seite 7 des Originals)

Referat D III zu D III 424 g

Stempel: Geheim

Aufzeichnung

Die Notwendigkeit der von der Dienststelle des Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes in Belgrad gewünschten Abschiebung der 1200 männlichen Juden, wenn nicht nach Rumänien, so doch nach dem Generalgouvernement oder nach Rußland vermag ich nicht einzusehen. Rußland ist als Operationsgebiet zur Aufnahme dieser Juden völlig ungeeignet. Wenn sie schon in Serbien eine Gefahr sind, sind sie in Rußland eine noch viel größere. — Das Generalgouvernement ist bereits mit Juden übersättigt.

M. E. müßte es bei der nötigen Härte und Entschlossenheit möglich sein, die Juden auch in Serbien in Lagern zu halten. Wenn die Juden dort, nach wie vor, Unruhen schüren, muß gegen sie mit verschärftem Standrecht vorgegangen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Juden weiter konspirieren, wenn erst eine größere Anzahl von Geiseln erschossen ist.

Ich schlage daher den anliegenden Erlaß vor.

Hiermit

(Handz.) Lu. 16/9.

Herrn Unterstaatssekretär Luther

mit der Bitte um Weisung vorgelegt.

Berlin, den 13. September 1941

gez.: Rademacher

(Seite 8 des Originals)

Stempel: Geheime Reichssache!

(handschr.) D III 471 g

Stempel: Nur als Verschlusssache zu behandeln.

(handschr.)

sofort auf den

Rg. Rademacher bitte R.

Lu. 1/10.

Telegramm

(G.-Schreiber)

Belgrad, den 28. September 1941 14.30 Uhr

Ankunft: den 28. September 1941 15.10 Uhr

Nr. 701 vom 28. 9.

Geheime Reichssache.

Für Herrn Reichsaußenminister persönlich.

*) III 417 g

**) bei Pol IV

***) bei D III

Ich habe wiederholt (vergleiche Drahtberichte Nr. 608*), 621**) und 636***) Unterstützung des Amtes bei sofortiger Abschiebung hiesiger männlicher Juden aus Serbien gebeten, die mir jedoch abgelehnt worden ist. Ich darf daran erinnern, daß Sie mir in Fuschl ausdrücklich Ihre Hilfe zugesagt haben, die Juden und außerdem auch Freimaurer und englandhörige Serben, sei es donauabwärts, sei es in Konzentrationslagern in Deutschland oder im Generalgouvernement unterzubringen. Sofortige Lösung der Judenfrage ist im Augenblick hier politisch wichtigste Aufgabe und Voraussetzung für Inangriffnahme der Beseitigung von Freimaurern und uns feindlicher In-

telligenz. Im Gange befindliche militärische Aktion zur Aufstandsbekämpfung schafft jetzt geeigneten Zeitpunkt für Beginn der Aktion. Zudem hat mich General Boehme ebenso wie Militärbefehlshaber erneut nachdrücklichst gebeten, auch in ihrem Namen möglichst sofortige Abschiebung Juden außer Landes zu erwirken. Es handelt sich um zunächst achttausend männliche Juden, deren Unterbringung in eigenen Lagern unmöglich, da diese für Unterbringung von rund zwanzigtausend Serben aus Aufstandsgebieten in Anspruch genommen werden müssen. Unterbringung in neuen Lagern und außerhalb Belgrads

Stempel:
 Chef A.O.
 St.S. Keppler
 U.St. S. Pol.
 U.St.S. R.
 U.St.S. Luther
 Botsch. Ritter
 Leiter Abt. Pers.
 " " Ha. Pol.
 " " Kult.
 " " Presse
 " " Rundfunk
 " " Inf.
 Chef Prot.
 Dg. Pol.
 Arb. Expl. bei D III

(Seite 9 des Originals)

infolge Aufstandslage ebenfalls unmöglich. Mit restlichen, etwa 20 000 Juden und Familienangehörigen, werden wir hier fertig werden müssen. Abschiebung auf Inseln Donaudelta erscheint transportmäßig die einfachste Lösung, da Leerfrachtkähne sofort bereit stehen. Dies Verfahren ist nach meiner Unterrichtung auch bereits bei Abschiebung Juden aus Tschechien mit Erfolg angewandt worden. Erbitten zusammen mit Voosenmeyer in dieser Frage, die erste Voraussetzung für angestrebte Dauerbefriedung dringendst Ihre Unterstützung.

Benzler

(Seite 10 des Originals)

Stempel Geheim!

Vortragsnotiz

Zu dem beiliegenden Telegramm des Gesandten Benzler aus Belgrad vom 29. September 1941 (die Vorgänge sind bereits über das Büro RAM angefordert worden) nehme ich wie folgt Stellung:

1. Benzler macht die Beseitigung von 8000 Juden aus dem altserbischen Gebiet zur Voraussetzung für die Inangriffnahme der Beseitigung von Freimaurern und der uns feindlichen Intelligenz.
2. Benzler hält das Verbleiben dieser 8000 Juden für unvereinbar mit der von uns beabsichtigten Befriedungsaktion, bemerkt aber, daß er sich mit den restlichen etwa 20 000 Juden und Familienangehörigen werden abfinden müssen.
3. Benzler bittet um Genehmigung zur Abschiebung der erwähnten 8000 Juden auf eine Insel im Donaudelta, d. h. also auf rumänisches Staatsgebiet.

Wenn der Militärbefehlshaber mit Benzler dahingehend einig ist, daß diese 8000 Juden in erster Linie die Befriedungsaktion im serbischen Altreich verhindern, so muß meiner Ansicht nach der Mili-

tärbefehlshaber für die sofortige Beseitigung dieser 8000 Juden Sorge tragen. In anderen Gebieten sind andere Militärbefehlshaber mit einer wesentlich größeren Anzahl von Juden fertig geworden, ohne überhaupt darüber zu reden.

Meiner Ansicht nach können wir dem rumänischen Staatsführer, welcher ohnehin genügend Sorgen mit der Abschiebung seiner eigenen Juden hat, nicht zumuten, weitere 8000 Juden aus fremdem Staatsgebiet zu übernehmen. Im übrigen ist es wohl als sicher anzunehmen, daß diese

Zur Vorlage
über den
Herrn Staatssekretär
bei dem
handschr. Z. Ws.

(Seite 11 des Originals)

8000 Juden wenige Tage nach ihrem Eintreffen auf der Insel im Donaodelta verschwinden und in Rumänien selbst auftauchen würden.

Ich bitte daher um die Ermächtigung, diese Frage mit Obergruppenführer Heydrich, welcher in den nächsten Tagen auf kurze Zeit von Prag nach Berlin kommen wird, zu besprechen. Ich bin überzeugt davon, daß wir im Einvernehmen mit ihm sehr bald zu einer klaren Lösung dieser Frage kommen können.

Berlin, den 2. Oktober 1941

gez. Luther
(Luther)

(Seite 12 des Originals)

Stempel	1. Attachées
Geheime Reichssache	2. —
Nur als Verschlusssache	3. Büro R.A.M.
zu behandeln	handschr.
handschr.	zu D III 470 g
eilt.	

Telegramm
(G-Schreiber)

Sonderzug, den 2. Oktober 1941 — 22.20 Uhr
Ankunft: den 2. Oktober 1941 — 23.30 Uhr

Nr. 1060 vom 2. 10. 41
handschriftl.

J. N. St. S. Luther
vorgelegt.

Sonnleithnen dreimal

*) bei D III

Büro R.A.M.
Auswärtiges Amt — Ministerbüro
Geheime Reichssache.

Zu dem Telegramm aus Belgrad Nr. 701*) vom 28. 9. betreffend Abschiebung von Juden aus Serbien bittet der Herr R.A.M. zu veranlassen, daß sofort mit dem Reichsführer SS in Verbindung getreten und die Frage geklärt wird, ob er nicht 8000 Juden mit übernehmen könne, um sie nach Ostpolen und sonst irgendwohin zu schaffen.

Ministerbüro
Dr. Weber

Referat D III

(Seite 13 des Originals)

D III 535 g

Stempel Geheim

Aufzeichnung
über das Ergebnis meiner Dienstreise nach Belgrad.

Zweck der Dienstreise war, an Ort und Stelle zu prüfen, ob nicht das Problem der 8000 jüdischen Hetzer, deren Abschiebung von der Gesandtschaft gefordert wurde, an Ort und Stelle erledigt werden könne.

Die erste Aussprache mit Gesandten Benzler und Staatsrat Turner auf der Dienststelle des Militärbefehlshabers von Serbien ergab, daß bereits über 2000 dieser Juden als Repressalie für Überfälle auf deutsche Soldaten erschossen waren. Auf Anordnung des Militärbefehlshabers sind für jeden getöteten deutschen Soldaten 100 Serben zu erschießen. Im Vollzuge dieses Befehls wurden zunächst die aktiven kommunistischen Führer serbischer Nationalität — etwa 50 an der Zahl — und dann laufend Juden als kommunistische Hetzer erschossen.

Im Verlaufe der Aussprache ergab sich, daß es sich von vornherein nicht um 8000 Juden handelte, sondern nur um rund 4000, von denen außerdem nur 3500 erschossen werden können. Die restlichen 500 benötigt die Staatspolizei, um den Gesundheits- und Ordnungsdienst in dem zu errichtenden Ghetto aufrechtzuerhalten.

Wieso die Differenz von 8000 zu 4000 Juden entstanden war, konnte in der ersten Besprechung nicht geklärt werden. Die über diese Frage von mir angestellten Ermittlungen ergaben, daß Staatsrat Turner die Zahl von 8000 Herrn Ges. Benzler angegeben hatte, und zwar 1500 aus Smedrivo, 600 aus dem Banat (ein Rest von 2000), 1200 aus Sabatsch, 4700 aus Belgrad.

In dieser Aufstellung war insofern ein Fehler unterlaufen, als die Juden aus Smedrivo und dem Banat doppelt gezählt und in der Belgrader Zahl von 4700 nochmals enthalten waren; außerdem hatte sich ein Teil der Belgrader Juden

(Seite 14 des Originals)

inzwischen ins Aufstandsgebiet verdrückt.

In der ersten Aussprache gab Staatsrat Turner in bitteren Worten seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß den ersten Hilferufen nicht unmittelbar Folge geleistet war. Die Lage wäre sehr prekär gewesen, erst durch das Eintreffen der deutschen Divisionen sei sie etwas gebessert worden.

Ich habe die Gründe auseinandergesetzt, weshalb die Juden weder nach Rumänien noch in das Generalgouvernement oder in den Osten abgeschoben werden konnten. Staatsrat Turner konnte sich diesen Gründen nicht verschließen. Er fordert aber nach wie vor die Abschiebung der restlichen Juden aus Serbien.

Ins einzelne gehende Verhandlungen mit den Sachbearbeitern der Judenfrage, Sturmbannführer Weimann von der Dienststelle Turner, dem Leiter der Staatspolizeistelle, Standartenführer Fuchs und dessen Judenbearbeitern ergaben:

1. Die männlichen Juden sind bis Ende dieser Woche erschossen, damit ist das in dem Bericht der Gesandtschaft angeschnittene Problem erledigt.
2. Der Rest von etwa 20 000 Juden (Frauen, Kinder und alte Leute) sowie rund 1500 Zigeuner, von denen die Männer ebenfalls noch erschossen werden, sollte im sogenannten Zigeunerviertel der Stadt Belgrad als Ghetto zusammengefaßt werden. Die Ernährung für den Winter könnte notdürftig sichergestellt werden.

In einer Schlußbesprechung bei Staatsrat Turner war dieser bereit, eine solche Lösung grundsätzlich zu akzeptieren. Das Zigeunerviertel der Stadt Belgrad ist aber nach seiner Ansicht ein absoluter Seuchenherd und muß aus hygienischen Gründen niedergebrannt werden. Es käme nur als Übergangsstation in Frage.

Die Juden und Zigeuner, die nicht als Repressalie erschossen werden, sollen daher zunächst im Zigeunerviertel zusammengefaßt und dann nachts zur serbischen Insel Mitrovica abtransportiert werden. Dort werden zwei ge-

(Seite 15 des Originals)

trennte Lager errichtet. In dem einen sollen die Juden und Zigeuner und in dem anderen 50 000 serbische Geiseln untergebracht werden. Sobald dann im Rahmen der Gesamtlösung der Judenfrage die technische Möglichkeit besteht, werden die Juden auf dem Wasserwege in die Auffanglager im Osten abgeschoben.

Meinen Gesamteindruck in der Angelegenheit möchte ich dahin zusammenfassen, daß die Belgrader Dienststellen unter dem Eindruck des täglich heftiger werdenden Aufstandes, wobei zeitweilig die Stadt Belgrad selbst bedroht war, die ganze Frage zunächst zu schwarz gesehen haben, daß außerdem die Gesandtschaft und die örtlichen Staatspolizeistellen nicht derartig eng zusammenarbeiten, wie es sachlich erforderlich ist.

Ges. Benzler, mit dem ich diese Frage anschnitt, bestätigte meinen Eindruck. Er sagte, er verhandle nicht mehr mit Standartenführer Fuchs. Dies habe seinen Grund darin, daß Fuchs ihn in der Frage der Freimaurerlisten illoyal behandelt habe. Zunächst hätte er die von ihm gewünschten Freimaurerlisten überhaupt nicht herausgegeben. Auf sein Drängen hätte er dann eine Liste geliefert, die unvollständig und unrichtig gewesen sei. So hätten auf der Liste falsche Namen gestanden, einige Leute seien nur mit dem Vornamen aufgeführt, außerdem seien auf der Liste der Prinzregent und der frühere Innenminister Zwetkowitsch erfaßt gewesen, obwohl der Staatspolizei bekannt gewesen wäre, daß die Liste dazu dienen sollte, die Freimaurer zu erfassen, die für Repressalien in Frage kämen.

Seit dieser Zeit wende er sich nur noch an Staatsrat Turner unmittelbar, dem Fuchs bis zu einem gewissen Grade unterstellt ist. Mir selbst sind Standartenführer Fuchs und seine Sachbearbeiter stets hilfsbereit entgegengekommen, haben mir Einblick in ihre Vorgänge gewährt und gut mit mir zusammengearbeitet. Die Aussprache mit Sturmbannführer Weimann, der Turner unterstellt ist, ergab, daß bei den unmittelbaren Sachbear-

(Seite 16 des Originals)

beitern und ausführenden Organen eine örtliche Lösung der ganzen Frage im Gegensatz zu Turner selbst optimistisch beurteilt werde.

Es ist mir daher zweifelhaft, ob die Methode, nur mit Staatsrat Turner zu verhandeln, im vorliegenden Falle die zweckmäßigste war.

Berlin, den 25. Oktober 1941.

gez. Rademacher.

handschriftl.
R 1 über U. St. S. Luther
an St. S. ab 10/10
... VI P o l. IV

(Seite 21 des Originals)

Referat D III
handschr.
Rg. Torska
bitte R
mit Vor-
gängen Lu.
21/11

Zu D III 535 g

Stempel

Geheim

Ergänzung
zur Aufzeichnung über das Ergebnis meiner Dienstreise
nach Belgrad.

Der Text der Führer-Vollmacht, die Gesandter Benzler für Serbien erhalten hat, ist mir nicht bekannt. Soviel ich erfahren habe, umfaßt die Vollmacht den gesamten politischen Sektor.

Aus dem Umfang dieser Vollmacht ergibt sich meines Erachtens auch die Verantwortung für die politischen Dinge. Die örtlichen Statspolizeistellen unterstehen meines Wissens bis zu einem gewissen Grade der Dienststelle des Staatsrats Turner, andererseits erhalten sie aber auch unmittelbare Weisung vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin.

Hiermit

handschr. Luther

über Herrn Unterstaatssekretär Luther 17/11
Herrn Staatssekretär von Weizsäcker

weisungsgemäß wieder vorgelegt. handschr. Ws. 19/11

Berlin, den 15. November 1941

gez. Rademacher

handschr.

u. R.

H. USt.S. Luther

Ich lege die Instruktion für H. Benzler so aus, daß er mit der in der Vorlage vom 7/8 geschilderten Behandlung des Problems über den Rahmen seiner Zuständigkeit hinausgeht. Dasselbe trifft m. E. dann auch für das A.G. zu.

Ich werde die Sache mit Benzler besprechen, sobald er kommt.
Ws. 19/11.

(Seite 22 des Originals)

handschr.

D III

Lu 27/11

Berlin, den 22. Nov. 1941.

bitte R

An Abteilung D:

Zu Aufzeichnung D III 535 g vom 7. November.

Der Führererlaß vom 28. April d. J. bestimmt, daß der Bevollmächtigte des Auswärtigen Amts für die Behandlung aller in Serbien

aufauchenden Fragen außenpolitischen Charakters zuständig ist. Insbesondere (d. h. also im Rahmen der außenpolitischen Tätigkeit des Bevollmächtigten) ist es seine Aufgabe, eine den politischen Interessen des Reichs abträgliche Betätigung serbischer politischer Elemente zu verhindern.

Demnach hat der Gesandte Benzler und mit ihm das Auswärtige Amt sich mit dem Abtransport von Juden aus Serbien nach anderen Ländern zu befassen. Dagegen geht es über Benzlers und des Auswärtigen Amtes Aufgabe hinaus, darin aktiv mitzuwirken, wie die dafür zuständigen militärischen und inneren Instanzen das Judenproblem innerhalb der serbischen Grenzen bewältigen. Sie erhalten ihre Instruktionen hierfür bekanntlich auf anderem Wege als durch das Auswärtige Amt.

Ich habe dem Gesandten Benzler heute mündlich dasselbe gesagt. Es wird sich empfehlen, ihn noch entsprechend schriftlich zu unterrichten.

gez. Weizsäcker.

(Seite 23 des Originals)

(Handschr.)

LR Rademacher

D III 664 g

Sofort D III

Ges. Benzler möge sich wegen
eingehender Fragen sofort mit
Rg. Torska in Verbindung setzen

Stempel:

Geheim

Lu. 9/12.

Vermerk

Gesandter Benzler, der z. Z. in
Berlin ist, teilte fernmündlich mit:

In dem Plan zur weiteren Behandlung der serbischen Juden sei zu der Belgrader Besprechung insofern eine Änderung eingetreten, als die Juden nicht mehr auf eine serbische Insel gebracht würden, sondern in das Lager Semlin. Die zunächst vorgesehene Insel stehe unter Wasser. Die Kroaten hätten sich damit einverstanden erklärt, daß die Juden nach Semlin als ein Übergangslager gebracht würden. Gesandter Benzler bat, die Juden daher möglichst bald nach dem Osten abzunehmen. Ich habe erwidert, daß dies vor dem Frühjahr auf keinen Fall in Frage käme, da zunächst der Abtransport der Juden aus Deutschland vorginge. Auch ein Abtransport im Frühjahr sei noch zweifelhaft.

Hiermit

(Handz.) Lu

Herrn Unterstaatssekretär Luther
mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Berlin, den 8. Dezember 1941

gez. Rademacher

(handschr.)

H. Ges. Benzler
nicht nach
da er am 8. 12. bereits abgereist ist.

4 . . . R. 19/12.

(Seite 24 des Originals)

U.St.S.-D Nr. 5115

Berlin, den 12. Dezember 1941

(handschr.)

D III 664 g

D III

Notiz.

Zu der Notiz vom 22. November 1941.

In der obigen Notiz wurde festgelegt, daß der Gesandte Benzler und mit ihm das Auswärtige Amt sich mit dem Abtransport von Juden aus Serbien nach anderen Ländern zu belassen hat, daß es dagegen über Benzlers und des Auswärtigen Amtes Aufgaben hinausgeht, daran aktiv mitzuwirken, wie die dafür zuständigen militärischen und inneren Instanzen das Judenproblem innerhalb der serbischen Grenzen bewältigen.

Hierzu darf ich auf das Telegramm des Ministerbüros aus dem Sonderzug (gez. Dr. Weber) vom 2. Oktober d.J. Nr. 1060 hinweisen, welches wie folgt lautet:

„Zu dem Telegramm aus Belgrad Nr. 701 vom 28. 9. betreffend Abschiebung von Juden aus Serbien bittet der Herr RAM zu veranlassen, daß sofort mit dem Reichsführer-SS in Verbindung getreten und die Frage geklärt wird, ob er nicht 8 000 Juden mit übernehmen könne, um sie nach Ostpolen und sonst irgendwohin zu schaffen.“

(unleserl. Handz.)

O. 17/12.

Kurz vor Eintreffen des Telegramms erhielt ich von dem Ministerbüro die Weisung des Herrn RAM übermittelt, daß ich die ganze Angelegenheit mit Obergruppenführer Heydrich besprechen solle, um eine den Wünschen des Gesandten Benzler gerechtwerdende Lösung hinsichtlich der 8 000 Juden in Serbien zu finden. Ich muß also annehmen, daß es im Sinne des Herrn RAM lag, wenn sich das Auswärtige Amt in diese an sich sicherlich recht heikle Angelegenheit einschaltete. Aus diesem Grund und da die Angelegenheit ohnehin als erledigt zu betrachten ist, halte ich es nicht für

(Seite 25 des Originals)

empfehlenswert, dem Gesandten Benzler nochmals eine entsprechende schriftliche Weisung zu erteilen.

Hiermit Herrn Staatssekretär v. Weizsäcker vorgelegt.

gez.: Luther

(Luther)

(Handschriftliche Randbemerkung Seite 24 des Originals)

D

Ich glaube nicht, daß sich die beiden Anliegen widersprechen, lege aber nach Erledigung auf eine . . . nachträgliche Weisung an Benzler auch keinen besonderen Wert mehr.

Lu. 17/12.

Auszüge
aus dem Buch „Die Deutsche Opposition gegen Hitler“
von Hans Rothfels

a) Seite 74 bis 76

Schon im August waren von Staatssekretär von Weizsäcker, der auf das Drängen oppositioneller Elemente hin von Bülow's Nachfolge angenommen hatte, geheime Mitteilungen nach London gesandt worden, um Chamberlain und den britischen Außenminister Lord Halifax von der Existenz der Opposition zu unterrichten und ein „Bündnis der Friedensfreunde“ anzuregen. Mit dem Herannahen des kritischen Termins, d. h. der Eröffnung des Nürnberger Parteitags (5. September), tat v. Weizsäcker, im Einvernehmen mit Beck, einen noch ungewöhnlicheren Schritt. Eine Kusine Erich Kordts wurde mit einer Botschaft, deren Wortlaut sie auswendig gelernt hatte, an seinen Bruder Theo, der damals Geschäftsträger in London war, gesandt. Nach einer Fühlungnahme mit Sir Horace Wilson, dem nächsten Berater Chamberlains, bat Theo Kordt, vom Außenminister insgeheim empfangen zu werden. In der Nacht des 7. September betrat er Downing Street 10 durch den Garteneingang. Er legte Lord Halifax eine von Staatssekretär von Weizsäcker formulierte Erklärung vor, die ausdrücklich im Namen „politischer und militärischer Kreise in Berlin, die mit allen Mitteln einen Krieg verhindern wollen“, abgegeben wurde. Die Erklärung betonte die Notwendigkeit einer unzweideutigen Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegstreiberei. Lasse man seiner Gewaltpolitik freie Bahn, so werde „der Weg für eine Rückkehr zu den Begriffen von Anstand und Ehre unter europäischen Nationen endgültig versperrt.“ Es sei wahrscheinlich, daß eine offene britische Erklärung den Krieg verhindern werde und eine solche diplomatische Niederlage könne das nationalsozialistische Regime nicht überleben. Sollte gleichwohl Hitler auf seiner kriegerischen Politik bestehen, so erklärte Kordt, in der Lage zu sein, zu versichern, daß die politischen und militärischen Kreise, für die er spreche, „will take arms against a sea of troubles and by opposing end them.“

Während das Zitat aus Hamlets großem Monolog über „Sein oder Nichtsein“ gleichsam den tragischen Charakter des Moments festhält, endete Weizsäcker's Botschaft in einer klaren Zusage: „Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten.“ Der britische Außenminister, der diesen höchst freimütigen Eröffnungen aufmerksam zugehört hatte, erwiderte, er werde den Premierminister und ein oder zwei Kollegen unterrichten und versprach, die Angelegenheit auf das Vertraulichste zu behandeln. Wie sich später zeigen wird, gehört unter diejenigen, die eingeweiht wurden, offenbar auch Winston Churchill.

Während man in Berlin auf entsprechende Schritte wartete, waren die Militärs bereit, das Zeichen zur Aktion zu geben. Ein Rückschlag erfolgte naturgemäß, als Chamberlain sich entschloß, nach Berchtesgaden zu fliegen. Aber in den kritischen Tagen von Godesberg, als die erhöhten Forderungen Hitlers zu einem Stillstand in den Verhandlungen führten, schien noch einmal die Aussicht zum Zuge zu kommen zu bestehen. Beck war zwar inzwischen entlassen worden (am 27. August), wenngleich diese Tatsache für einige Zeit noch verhüllt blieb. Aber sein Nachfolger, General Halder, war bereit loszuschlagen, und Befehle für eine Aktion, die am Morgen des 29. September beginnen sollte, waren vorbereitet. Das Auswärtige Amt wurde vom Wehrministerium in Kenntnis gesetzt, daß alles fertig sei. Da traf am Mittag des 28. September die Nachricht ein, daß Chamberlain und Daladier die Einladung zur Zusammenkunft von München angenommen hatten. Wie „ein elektrischer Schlag“, so ist bezeugt, lief diese sensationelle Mitteilung durch die beteiligten Regierungskreise, und das Ergebnis war, daß die Grundlage des Planes zusammenbrach.

Zwei Wochen später schrieb Gerdeler an einen amerikanischen Freund: „... Das deutsche Volk wollte keinen Krieg; die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden ...“

die Welt war rechtzeitig gewarnt und unterrichtet worden. Wenn man die Warnung beachtet und danach gehandelt hätte, würde Deutschland schon heute frei von seinem Diktator sein und sich gegen Mussolini wenden. In wenigen Wochen könnten wir damit beginnen, einen dauerhaften Weltfrieden zu gestalten, der auf Gerechtigkeit, Vernunft und Anstand beruht. Ein geläutertes Deutschland mit einer Regierung anständiger Männer würde bereit gewesen sein, zusammen mit England und Frankreich unverzüglich auch das spanische Problem zu lösen, Mussolini zu beseitigen, und in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten Frieden im Fernen Osten zu schaffen. Der Weg wäre für eine gute Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten offen gewesen, für eine Befriedigung der Beziehungen zwischen Kapital, Arbeit und Staat, für eine Hebung der sittlichen Begriffe und für einen neuen Versuch, den allgemeinen Lebensstandard zu heben . . .“

b) Seite 158:

Die Bemühungen anderer Oppositioneller wurden erwähnt, der Hassel und Schlabrendorff, der Trott und Kordt, die gleichfalls im Sommer 1939 Berührung mit dem Ausland aufnahmen.

c) Seite 219:

In schärfstem Gegensatz dazu hat der Bischof von Chichester nicht nur bezeugt, daß aktive Schritte in Opposition zur Politik Hitlers und Ribbentrops von den Brüdern Kordt und v. Weizsäcker unternommen wurden, sondern auch, daß — Baron Vansittart davon wußte. Außerdem hat Lord Halifax in einem Brief an Theo Kordt vom 9. August 1947 anerkannt, daß er sich sehr gut der Mitteilungen erinnere, die ihm durch Vansittart in den Tagen vor Kriegsausbruch zugekommen seien und die nach dessen Angaben von Erich Kordt stammten, der damit ein großes Wagnis auf sich genommen habe.

Anlage 2, XII

Brief von Lord Halifax vom 9. August 1947

Garrowby,
York

Telegrams: Bishop Wilton
August 9th, 1947.

Dear Dr. Kordt,

I have your letter of July 29th. Of course I remember very well the information that came to me through Lord Vansittart in those days before the War, and that he said reached him from your brother. You will no doubt have been in communication with Lord Vansittart direct.

I cannot doubt that in so acting your brother took very great risk and in doing so gave very practical evidence of his active opposition to the criminal policy of Hitler.

I return the photostat that you sent me.

Yours sincerely
gez. Halifax

Dr. Theo Kordt,
Bad Godesberg
Rhineland — British Zone,
Jahnstraße 37,
GERMANY.

**Telegrammwechsel zwischen dem AA und der Gesandtschaft Bern
vom 1. und 3. Dezember 1939 betr. Sichtung von Material aus der Britischen
Botschaft in Rom durch Botschaftsrat Dr. Kordt**

Document No. NG — 5388
Office of Chief of Counsel for War Crimes

(Seite 1 des Originals)

Berlin, den 1. Dezember 1939. zu Pol. II 1819 g.Rs.Ang. II
St. S.
Conaugerman Mailand Geheime Reichssache
Nr. 66

Telegramm in Ziffern
(Geh. Ch. Verf.)
Ganz Geheim!

Kordt ist angewiesen, sich umgehend dorthin zu begeben und von
dort telegrafisch zu berichten.

Weizsäcker

(Seite 2 des Originals)

Berlin, den 1. Dezember 1939. zu Pol. II 1819 g.Rs.Ang. I
Geheime Reichssache
St. S.
Diplogerma Bern
Nr. 446

Telegramm in Ziffern
(Geh. Ch. Verf.)
Ganz geheim! Für Gesandten persönlich!

Dem Generalkonsulat Mailand ist offensichtlich echtes vertrauliches
Material englischer Herkunft angeboten worden. Bitte Botschafts-
rat Kordt zur Sichtung Materials umgehend nach Mailand entsenden.
Kordt soll von dort aus telegrafisch berichten, auch über Preis.

Zweck der Reise muß auch Italicnern gegenüber geheimgehalten
werden. Bitte für etwa hier erfolgende italienische Anfragen draht-
lich zu berichten, was Kordt nötigenfalls italienischen Stellen gegen-
über als Reisezweck angibt.

Generalkonsulat Mailand ist unterrichtet.

Weizsäcker

Vermerk:

Abt. Pers. (Gesandter Schroeder) ist
telefonisch über die Anweisung des
Herrn RAM unterrichtet.

(Seite 3 des Originals)

Telegramm (Geh. Ch. V.)

Mailand, den 3. Dezember 1939. 17.00 Uhr
 Ankunft: den 3. Dezember 1939. 21.30 Uhr
 Nr. 19 v. 3. Dezember 1939.

Citissimo.

Für Herrn Staatssekretär Weizsäcker persönlich. Auf Drahterlas
 No. 66*) vom 1. d. M.

*) Pol II 1819 gRs

Botschaftsrat K. berichtet: Zweifellos echtes Material enthält politische Korrespondenz britischer Botschaft Rom 1933 bis Ende 1938. Bei großem Gesamtumfang (2 volle Koffer) und beschränkter Zeit war nur teilweiser Überblick möglich. Erlasse und Berichte, die große Anzahl britischer Staatsmänner und Diplomaten, darunter Simon, Eden und Sir Eric Drummond (Lord Perth) zu Verfassern haben, vermitteln interessanten Einblick in Arbeitsweise und politische Problemstellungen, z. B. Ostpaktverhandlungen „Albanien, Jugoslawien, Abessinien, Spanien, Österreich“. Zeigt erstaunliche zweitrangige Rolle, die Frankreich zu jener Zeit spielte. Aufschlußreiches Fehlurteil und falsche Prognose (. . . 1 Gr. verst.) über deutsche und italienische Politik.

Propagandistisch zu verwertende Tatbestände habe ich nicht ermitteln können, was jedoch nicht ausschließt, daß solches Material vorhanden. Eingehende Durchsicht würde mehr als eine Woche Arbeit erfordern.

Da Sammlung viele Durchschläge eingegangener und abgegangener Telegramme, teilweise sogar Ori-

(Stempel:)

Ganz Geheim!

(Seite 4 des Originals)

II.

ginalziffern enthält, ist Material wahrscheinlich auch für Selchow wertvoll. Halte es für wünschenswert, Material in deutsche Hand zu bekommen.

Schluß des Gutachtens Botschaftsrats K.

Zusatz Generalkonsulats: Eigentümer mit dem K. vermieden hat, zusammenzutreffen, der aber wegen seiner Kenntnisse und Verbindungen vielleicht als Agent in Zukunft verwertbar, wofür er Interesse zeigte, verlangte zunächst eine Million Lire. Es ist gelungen, seine Forderung auf 300 000 Lire herunterzudrücken, die Montag, 4. Dez. abends 9 Überweisung zahlbar wäre. Betrag ist aus nichtamtlichen Mitteln bereitgestellt und könnte vorschußweise gezahlt werden gegen unauffällige Erstattung aus dortigen Mitteln, worüber erst nach stattgehabter Zahlung folgen würde.

Erbitte in jedem Falle Anruf an mich persönlich morgen Montag bis sechs Uhr nachmittags. Falls Material gekauft werden soll, bitte zu fragen „wann wird Generalkonsul Bene wieder in Mailand sein“. Halte mich dann für ermächtigt, bis 300 000 Lire zu zahlen, werde natürlich bemüht sein, Preis noch zu drücken. Falls Kauf abgelehnt wird, bitte durchsagen „Legationsrat Mohrmann kann zu beabsichtigter Besprechung nicht kommen.“

Weber

Darstellung der Teilnahme von Dr. Melchers an der Widerstandsbewegung

Mit dem Legationsrat Dr. Adam v. Trott zu Solz hatte ich seit 1941 engste Fühlung, da sich unsere Arbeitsgebiete berührten. Es ist kaum eine Woche vergangen, ohne daß wir nicht Besprechungen miteinander gehabt hätten. So verspürten wir bald, daß wir sehr ähnliche politische Anschauungen vertraten, jedenfalls aber beide das Hitlerregime aus tiefstem Herzen ablehnten und haßten. Wir schenkten uns nach verhältnismäßig kurzer Bekanntschaft das größte Vertrauen, das man sich in jener Zeit überhaupt entgegenbringen konnte, indem wir uns rückhaltlos unsere Einstellung kundtaten.

Im Jahre 1942 — der genaue Zeitpunkt ist mir nicht mehr gegenwärtig — teilte Trott mir eines Tages mit, daß von militärischer Seite ein Attentat auf Hitler geplant sei. Voraussichtlich würde es sehr bald zur Ausführung kommen. Er weihte mich ein, weil im gegebenen Augenblick eine Reihe zuverlässiger Leute im A. A. zur Verfügung stehen müsse. Er bitte mich, vorerst nicht nach der Quelle seiner Nachricht zu fragen und ihm Stillschweigen in die Hand zu versprechen.

Nach einigen Tagen indessen erzählte Trott mir ziemlich enttäuscht, der Plan sei aus Gründen, die er nicht genau kenne, abgeblasen. Anscheinend halte man den psychologischen Moment noch nicht für gekommen.

In den folgenden Monaten habe ich Trott wiederholt gefragt, ob sich bei den Militärs nicht endlich die Einsicht durchsetze, daß es nun unbedingt erforderlich werde zu handeln. Hitler in seiner grenzenlosen Vermessenheit und Ignoranz reite das deutsche Volk zu Tode. Trott schien jedoch nicht anzunehmen, daß der Attentatsplan in absehbarer Zeit wieder aufgenommen werde.

Mit dem Vortragenden Legationsrat Dr. Hans Bernd v. Haeften war ich seit 1933 gleichfalls befreundet. Haeften war ein überzeugter Anhänger der Bekenntnis-Kirche und wir hatten uns häufig über die Aussichten des Christentums unter dem Hitlerregime unterhalten. Eine sehr angeregte Aussprache über die Möglichkeit eines Widerstandes gegen den nationalsozialistischen Terror haben wir im Jahre 1942 einmal abends in der Wohnung von Trott, der uns eingeladen hatte, gehabt. Aus Haeftens Reden war damals zu entnehmen, daß er sich offenbar doch konkrete Hoffnungen auf eine gewaltsame Beseitigung des Regimes mit Hilfe des Militärs mache.

An jenem Abend legte ich gleichsam eine Art politisches Glaubensbekenntnis ab und machte unter Hinweis auf das Buch von Rauschning: „Die Revolution des Nihilismus“ Ausführungen über die Methodik des Nationalsozialismus. Dies vollzog sich im Rahmen einer sehr lebhaften Debatte, die ich indessen natürlich nicht mehr wiederzugeben vermag. Dagegen kann ich das Résumé des von mir selber Gesagten deshalb ziemlich genau bringen, weil man in jenen Tagen die gewonnenen Erkenntnisse und die für sie gefundenen Formulierungen im Kreise von Gesinnungsgenossen und Freunden immer und immer wieder anzuwenden und zu interpretieren gewohnt war, teils um zu überzeugen und einen Austausch von Erfahrungen anzuregen, teils um der eigenen niedergedrückten Seele Luft zu machen.

Die Struktur des Nationalsozialismus, so sagte ich, sei deutschem Empfinden ganz fremd, und bis ins einzelne ein hitlerisches Plagiat des italienischen Faschismus, der romanischer Mentalität entspreche und sich vielfach an römische Vorbilder anlehne. Es sei eine Folge der persönlichen Minderwertigkeit der treibenden Geister in Deutschland, daß dieses von einem ganz undeutsch empfindenden Mann importierte System hier besonders bössartige Formen angenommen habe. Denn es werde in raffinierter Weise dazu benutzt, dem leider politisch recht instinktlosen deutschen Volke durch Taschenspielerkniffe und Massenhypnose jedes Augenmaß für politische Realitäten zu nehmen, es durch pausenlose Propaganda apathisch gefügig zu machen, bis man ihm nach Belieben die widersprechendsten Parolen einhämmern konnte. Ein ausgeklügelter, feinverastelter Organismus der Überwachung und Bespitzelung Sorge für die hundertprozentige Kontrolle dieses Vorganges vom obersten Ministerium herab bis in das Schlafzimmer der Familie. Die enorme Menge von neben- und übereinander geordneten Ämtern und Posten und sich dauernd verändernden Zuständigkeiten und Funktionen führe zu einer endlosen Orgie des „sich gegenseitig Regierens und Kontrollierens“, durch das die Masse atemlos in Gang gehalten und fortgesetzt hin- und hergezerrt werde. So schaffe das hitlersche „Führerprinzip“, das uns angeblich von den trostlosen Auswüchsen des Weimarer Parlamentarismus habe befreien sollen, eine gefährliche Bonzenherrschaft, die umso fataler

sei, als sie angesichts der Natur des Führerprinzips nicht von unten her angegriffen oder abgeschüttelt, sondern nur von oben her revidiert werden könne. Nicht nur aktiver Widerstand und passive Resistenz von unten nach oben hinauf sei todeswürdig, sondern sogar Kritik und Zweifel ein Verbrechen gegen den Staat. Das verzweigte Netz des Kontrollorganismus schließe das Zustandekommen jedes weiteren Kreises erfassenden organisierten Widerstandes im Volke aus. Nicht einmal sichtbare Märtyrien seien mehr möglich: die Delinquenten verschwänden spurlos ohne Geräusch oder würden durch hoffnungslose Diffamierung vor der Öffentlichkeit erledigt.

Das autoritäre System erkenne nur eine von oben nach unten gerichtete, wie eine Lawine drohende Willensbildung an und produziere so eine das ganze Volk durchsetzende Zunft von kleinen und kleinsten Tyrannenkreaturen, deren goldlitzerverbrämte Sklavenseelen von Selbstherrlichkeit nach unten und Kadavergehorsam nach oben tropften. Die endlose Stufenleiter der Machtbefugnisse spitzte sich, rapide in ihren Vollmachten anwachsend, pyramidenartig nach oben zu, um im „Führer“ in die unumschränkte Machtvollkommenheit auszulaufen, die jeder Willkür Tür und Tor öffne, da sie von unten weder kontrolliert noch gesteuert werden könne. Die Machtfülle, die der Spitze der Pyramide, dem Führer, eingeräumt werde, sei so ungeheuerlich, daß durch sie sogar integre Menschen der Gefahr ausgesetzt sein würden, dem Cäsarenwahn und der Hybris zu verfallen. Ein pathologisches Gehirn aber könne faktisch den ganzen Staatsapparat einschließlich der Wehrmacht widerspruchslos mißbrauchen und das ganze Volk in die uferlosesten Abenteuer hetzen. Die Armee in Händen eines Mannes wie Hitler sei dann wie das Rasiermesser in den Pranken des Gorilla in der bekannten Novelle von Edgar Allan Poe.

Werde aber dieser Pyramide die Spitze abgebrochen, so werde sie ihrer einzigen Klammer beraubt und sofort völlig zusammenstürzen: das System werde im Nervenzentrum getroffen. Darum sei die Beseitigung gerade des Führers die einzig und allein mögliche, aber auch probate Methode zur Vernichtung des nationalsozialistischen Regierungssystems der persönlichen Unfreiheit. Jedes andere Verfahren müsse das Volk noch tiefer in seine Fesseln verstricken.

Es sei deswegen kein Pakt möglich mit denen, die sich sträubten, die Person Adolf Hitlers als die Urwurzel alles Übels anzuerkennen und jetzt noch an der Gewissenlosigkeit und gottlosen Niedertracht gerade dieses Mannes zweifeln. Solcher Zweifler aber gäbe es gerade unter den Militärs eine große

Menge. Es seien die Elemente, die einem sterilen Kasernenhofgeist verfallen seien und deren dauernder Hinweis auf ihre Gehorsamspflicht nur ein trauriger Beweis für ihren Mangel an Zivilcourage und klarer Vernunft sei. Wer nicht erkenne, daß Hitler der Urheber unserer entsetzlichen Lage sei, könne nicht zu uns gehören.

Die infame Konsequenz des Führersystems sei nämlich diese: die Führung könne dem Volke ihre Meinung aufzwingen und in den Mund legen. Sie könne ihm ihren Willen unterschieben, könne ihm vorschreiben, was es zu „wollen“ habe und es damit nach außen für jedes Verbrechen mitverantwortlich machen. So entstehe das, was man sarkastisch „freiwilligen Zwang“ und „eingepeitschte Einsatzbereitschaft“ nenne. Es sei das Kennzeichen des vollendeten Terrors, daß nicht nur die leiseste Auflehnung gegen diesen verordneten Willen ein Beweis gemeinschaftsschädlicher Gesinnung, sondern ihre Denunzierung vaterländischer Pflicht sei, da ja nach der Ideologie des Führerprinzips Willensbildung und Kritik von unten nach oben hin Meuterei bedeute. Vor allem, was mit Meuterei zu tun habe, hätten aber die Militärs eine unüberwindliche Scheu, und ich befürchte, auch die Einsichtigen würden zögern zu handeln.

Haeften erwiderte hierauf: Die Erkenntnis von der Inferiorität Hitlers habe sich innerhalb des maßgebenden Offizierskorps schon seit langem weitgehend Bahn gebrochen. Es sei eine Gruppe ausgezeichnete Offiziere vorhanden, die vermutlich eines Tages bereit sein werde, an die Aufgabe mit allen sich hieraus ergebenden Konsequenzen heranzugehen. Man dürfe nur nicht verkennen, daß die Wehrmacht ein komplizierter Apparat und daß die Vorbereitung derartiger Pläne nicht ohne Überwindung erheblicher Schwierigkeiten möglich sei. Wir sprachen nun über die schwierige Aufgabe, die sich in jedem Falle den Beamten des Auswärtigen Amtes stelle, dem Auslande die Augen über unsere Situation zu öffnen und Verständnis dafür zu erwecken. Mit großer Sorge konnten wir feststellen, daß der Haß gegen uns mit dem Umfange des Unheils immer mehr anwachse. Man müsse, so meinte ich, deutlich machen, daß die nationalsozialistische Gewaltherrschaft dem Volke unter Anwendung von Betrug und Täuschungsmanövern wie eine mit Widerhaken besetzte Zwangsjacke überzogen worden sei, aus der es sich nun — eben der Natur des Systems wegen — nicht wieder frei machen könne. Das habe Goebbels im Jahre 1933 vor den Beamten des A. A. mit dünnen Worten frohlockend und unmißverständlich erklärt, wenn er gesagt habe: „Wir sitzen nun im Sattel und werden ihn nie wieder freiwillig räumen!“

Dem Auslande gegenüber müsse man mit ebenso großer Hartnäckigkeit wie Emphase immer wieder darauf hinweisen, daß nur dieses diabolische Terrorsystem es der „Führung“ ermöglicht habe, das Volk, das zum Ärger von Goebbels und Ribbentrop noch gestern in seiner wachsenden Seelennot Chamberlain und Daladier in München spontan zugejubelt habe, gegen seine Überzeugung in den gewissenlosesten aller Kriege seit Napoleon I. Zeiten zu jagen. Nur wer erfaßt habe, wie man mit dem Rauschgift einer mit modernen Instrumenten gewaltsam eingespritzten Propaganda den Verstand der Menge lähmen und mit der erbarmungslosen Hypnose kommandierter Aufmärsche und eindruckstheoretischer Kundgebungen programmatischen Jubel erzeugen könne, nur wer diese satanische Apparatur zur Erregung politischer Bühnengeräusche studiert habe, nur der könne ermessen, was sich hinter der Szene abspiele. Es komme hinzu, daß das deutsche Volk sich aus der Zeit des Obrigkeitstaates immer noch einen heillosen Respekt bewahrt habe vor allen Willensäußerungen des Staates und daher befangen sei in einer unpolitischen Auffassung von Disziplin und Gehorsam, die sich Hitler in der gewissenlosesten Weise zu nutze mache und ausbeute.

So müsse es tatsächlich dahin kommen, daß die Deutschen eines Tages die Allierten in Berlin als Befreier begrüßen würden, wie es im Jahre 1814 die Franzosen in Paris getan hätten. Man müsse hoffen und streben, der Tyranie vorher mit eigenen Mitteln Herr zu werden.

Mit Haefen hatte ich im Jahre 1943 noch einmal eine sehr interessante Aussprache in meinem Dienstzimmer im Auswärtigen Amt. Es waren in der letzten Zeit die ersten glaubhaften Nachrichten über unerhörte systematische Greuel der SS in den östlichen besetzten Gebieten durchgesickert. Das Phänomen einer immer weiter um sich greifenden, bedenkenlosen Grausamkeit stand vor uns auf. Haefen warf die Frage auf, wie es überhaupt möglich sei, daß es in Deutschland Menschen gäbe, die für solche Dinge zu haben seien und sich zu würgenden Bestien abrichten ließen. Er suchte zu den Geschehnissen von der ethischen Seite her eine Einstellung zu gewinnen und sprach von der völligen Abkehr der uns regierenden Menschen von allen ererbten göttlichen Werten. Er stellte eine totale Umwandlung aller uns überlieferten Begriffe von Ehre, Anstand und Menschentum fest und machte sich Gedanken über die Möglichkeiten, diesen rasenden Verfall einzudämmen, insbesondere die Jugend vor völligem Verderb zu retten.

Ich versuchte die Erscheinung von der medizinischen Seite zu erklären. Das hitlersche

autoritäre System sei so besonders gefährlich, weil es das Hochkommen und Zusammenwirken schadhafter und ausgesprochen minderwertiger Elemente begünstige. Eine Staatsform, die nur die Willensbildung von oben herab dulde, müsse die Entfaltung böser Neigungen fördern, da das Regulativ der Rechtsordnung gegenüber der Willkür versage. Seien schon Hitler und seine engsten Mitarbeiter pathologische Gehirne, so sei das der Führerelique nach unten auswachsende Geist der Führer zweiten und dritten Ranges zum großen Teil aus bösen Charakteren, entgleisten Existenzen und irregeleiteten Idealisten zusammengesetzt. Im Allgemeinen habe sich Gleiches mit Gleichem ankristallisiert.

Böse Instinkte schliefen in jedem Menschen und daher in jeder Volksmasse. Hitlers Clique finde mittels ihres Führersystems die Möglichkeit, sie ungehindert zu wecken und sich zunutze zu machen. Die Judenhetze appelliere an die bösen Instinkte und legalisiere das Verbrechen. Die Situation erinnere mich an jene Novelle Poes, in der der wahnsinnige Leiter einer Irrenanstalt mit den Geisteskranken gemeinsame Sache gemacht und das Pflegenpersonal eingesperrt und wie Irre behandelt habe.

Daß sich Leute fänden, die die gräßlichsten Befehle ausführten, sei z. T. auf Terror zurückzuführen, wie die Geschichte vom Polizisten zeige, der bei der Exmittierung von Juden mit Tränen im Auge tröstende Worte gestammelt habe. Daß aber die Grausamkeit in allen ihren Stufen von der kleinen Drangsalierung bis zur Bestialität derartig wuchere, sei ein Symptom: das Symptom einer krankhaften psychologischen Anfälligkeit, ja einer epidemischen Geistesstörung. Diese Krankheit verrate sich nicht nur in der zunehmenden Verbreitung der Sucht zu schikanieren, zu ängstigen, zu erniedrigen, zu schänden und zu quälen, sie zeige sich auch an anderen Anzeichen sexualpsychologischer Art: an der sogenannten dynamischen Geistes Einstellung, die das Bewußtsein suggerieren solle, kein Ziel sei zu hoch, keine Aufgabe zu schwierig; an dem Bestreben, einen Fetischismus um den großgewachsenen, blonden, blauäugigen Menschen zu errichten; an der krampfhaften Übertreibung strammer militärischer Formen; an der systematischen Art und Weise, wie die beiden Geschlechter der reiferen Jugend aufeinander gehetzt würden.

Die Einwirkung moralischer nicht intakter und pathologischer Führer auf eine krankhaft disponierte Masse müsse natürlich zu bösen Ergebnissen führen. Am verheerendsten wirke sich das auf die für Eindrücke besonders empfängliche Jugend aus. Der verkrampte Geist des Dynamismus werde dem

Nachwuchs der Nation durch besonders „bewährte“ Lehrer auf Ordensburg und Adolf Hitler Schulen mit hysterischer Brutalität eingepflegt und ihm so die Haltung, die ihren Grund in den Schäden eines krankhaften Seelenzustandes habe, als erstrebenswerte „Weltanschauung“ eingebläut.

Woher aber komme dieses epidemische Auftreten sadistischer Neigungen und perverser Verirrungen und wie erklärten sich diese Anzeichen gestörten psychischen Gleichgewichts? Es seien Erscheinungen, wie wir sie häufig in der Geschichte beobachten könnten, wenn wir z. B. an die Inquisition mit ihren Folterungen und Autodafés, an die Greuel der Glaubenskriege und an die großen Revolutionen mit ihrem Blutrausch und Schreckensnöten dächten. Alle diese Erscheinungen lägen wohl begründet in weiter zurückliegenden seelischen Reizungen und Erschütterungen, durch welche in der Tiefe der menschlichen Brust schlummernde, längst für gezähmt gehaltene tierische Triebe geweckt und freigemacht würden.

Die Seele des Menschen sei empfindlich wie eine photographische Platte. Häßliche Eindrücke der Kinderzeit würden vielfach auf den Seelenzustand des Mannesalters ihre dunklen Schatten, wenn sie nicht durch mildernde Einflüsse zurückgedrängt und ausgelöscht werden könnten. Die Behandlung der Seele des Menschen in Kindheit und Jugend sei bestimmend für seine spätere seelische Prägung. Ich müsse daher vermuten, daß die psychischen Erlebnisse der Weltkriegs- und Nachkriegszeit mit seinen Qualen, Entbehrungen, Erniedrigungen und Seelennöten der Abgrund sei, aus dem die Dämonen stiegen, die heute die Menge des deutschen Volkes in Besitz zu nehmen drohten. Unter anderem habe sich die moralische Behandlung, die dem deutschen Volke nach seiner Niederlage zuteil geworden sei, furchtbar gerächt. Es sei besessen von der Ausgeburt tiefsitzender Minderwertigkeitskomplexe, für die es einen lindernden Ausgleich nicht gefunden habe. Ich könne nur mit Grauen daran denken, was nach Ablauf von 20 Jahren — das sei die Zeit, die das Kind brauche, um zum Mann zu werden — entstehen werde, wenn wir nicht einen Weg fänden, die in diesem entsetzlichen und hoffnungslosen Kriege gelegten Keime zu neuer, wohl noch schlimmerer Besessenheit zu ersticken.

Das Mittel des politischen Mordes hätte ich stets verabscheut, indessen eingesehen, daß kein anderer Weg mehr gangbar sei. Es müsse Licht in die Nacht des Irrsinns gebracht werden. Jetzt stelle Hitler einen verlogenen Herrenmenschentyp als Ideal heraus und verführe das Volk zu einem Größenwahn, aus dem es nur einen nie wieder heilbaren Sturz tun könne. Es müsse aufgeräumt

werden, so rasch wie möglich. Die Hitlerclique müsse beseitigt und das offenkundig verbrecherische und verdorbene Element müsse ausgerottet, der kleinere Bösewicht unschädlich gemacht werden. Das müsse in wenigen Wochen erledigt sein. Dann aber müsse großzügig vergeben, vergessen und amnestiert werden. Die Rache dürfe nicht zu neuen psychischen Erschütterungen führen. Ein allgemeiner „Aufbruch“ zur Umkehr müsse kommen, eine Befreiung der unterdrückten Seele, ein Bekenntnis der Schuld, eine Linderung der Gewissenspein, eine Entspannung der seit Jahren überdrehten Nerven, eine Wiederherstellung des psychischen Gleichgewichts.

Eine Bannung der Dämonen sei nur möglich durch Gewinnung einer ganz neuen geistigen Haltung. Und hier setze die Aufgabe des Erziehers und der Kirche ein. Der Lehrerstand müsse der erste Stand im Staate werden. Er dürfe nur aus besten Elementen und einwandfreien Charakteren gebildet werden. Es gelte die Jugend zu befreien von den schauerlichen Eindrücken und seelischen Erlebnissen der letzten Zeit, ihr neue positive Gedanken zum Ausgleich der trostlosen Komplexe zu bringen, damit die Schatten beschworen würden, die sich — verhängnisvoll für die Zukunft — auf die Seelen gelegt hätten.

Ich hätte aus innerster Überzeugung stets die Anschauung bekämpft, der Offiziersstand sei der erste im Staate, und hätte die englische Auffassung geteilt, daß das Militär ein notwendiges Übel sei. Ich verträte die Ansicht, daß die in der militärischen Ausbildung aufgewandten Lebensenergien des deutschen Volkes irregeleitet würden. Die Züchtung des militärischen Gehorsams, preußischer Prägung, begünstige die Entstehung eines unerfreulichen Strebergeistes und leiste der Bildung von Minderwertigkeitskomplexen Vorschub. An ihre Stelle müsse die Erweckung eines echten Sportgeistes treten, der die Fairness und Kameradschaftlichkeit im Wettbewerb fördere und uns die ehrliche Hinnahme von Niederlagen ohne Ausreden und Dolchstoßlegenden und die neidlose Anerkennung auch der Überlegenheit Anderer ermögliche. Eine solche geistige Haltung werde überdies unsere außenpolitische Einstellung von Grund aus ändern und uns von politischer Großmannssucht befreien. Dann werde auch die lächerliche Sucht nach Uniform und Rangabzeichen, der groteske Ordensfimmel und die Hackenklapperei ganz von selbst aufhören. Die verkrampte Mentalität eines überspitzten Militarismus werde einer gelbsteren und freieren Haltung Platz machen.

Haeflén und ich waren uns einig darin, daß die Umstellung vom autoritären zum demokratischen System in wohlerrungenen Etap-

pen vor sich gehen müsse, wenn die Beseitigung des Hitlerregimes einmal gelungen sei. Die Front sei noch so gut imstande, daß sie halten werde bis ein Versuch gemacht sei, die unvermeidliche Kapitulation unter einigermassen erträglichen Voraussetzungen zu erreichen. Ein vorheriger sichtbarer Wandel in der Heimat werde vielleicht dazu beitragen können. Unsere Aufgabe aber sei es dann, dem Auslande das Geschehene zu interpretieren und zu versuchen, seine Unterstützung und Mitarbeit zur Förderung dieses psychischen Heilungsprozesses zu gewinnen, der für die Zukunft Europas und den Frieden der Welt von entscheidender Bedeutung sei.

Mit allen meinen Argumentierungen und Anregungen habe ich, das war erst später zu erkennen, sicherlich offene Türen eingemacht. Haeflten und Trott waren wohl damals bereits auf dem Wege der Verwirklichung des einzigen Ausweges aus sonst auswegloser Lage.

So hat Trott in dieser Zeit wiederholt Reisen ins Ausland unternommen, für deren dienstliche Untermauerung er meine Mitwirkung einige Male erbat. Ich merkte, daß es ihm in seinem Arbeitsbereich offenbar an genügenden Motiven zu ihrer dienstlichen Begründung fehlte. Ich veranlaßte daher, daß ihm zusätzliche Aufträge für seine Reisen in die Schweiz und in die Türkei aus meinem Arbeitsgebiet erteilt würden, das mit dem seinen eng verzahnt war. Ich hoffte und nahm an, daß Trott in Wirklichkeit besondere Zwecke mit seinen Reisen verfolge; doch habe ich ihn absichtlich nie danach gefragt und er hat mir von sich aus auch nichts darüber gesagt.

Anfang 1944 besuchte mich Haeflten wieder einmal in meinem Dienstzimmer. Er sah mich lange schweigend an. Dann sagte er etwa dieses:

„Das Staatsoberhaupt eines großen Kulturvolkes läßt sich die Greuel seiner entmenschten Prätorianergarde, der SS, im Filme vorführen, um daraus Lust und Kraft zu neuer Niedertracht, zu neuen Hekatombenopfern zu ziehen. — Dieser aus dem Sumpf der Gemeinheit emporgewachsene Österreicher ist eine Ausgeburt der Hölle.“

Wir leben in einer Zeit, in der das Böse in der Welt ganz offensichtlich triumphiert. Das muß wohl zeitweise immer wieder so sein. Das ist wohl Gottes Wille und hat seinen Sinn. Die Weltgeschichte zeigt das. Unsere Bestimmung ist es, gegen das Böse zu kämpfen.“

Wenige Wochen nach dieser Unterredung las ich während meiner nun folgenden Krankheit in dem Buch von Schuré: „Les grands Initiés“ diesen Satz:

„Pour que le Verbe de l'esprit pénètre dans l'homme de chair, il faut que l'homme soit secoué jusqu'au fond par les grandes commotions de l'histoire. Alors la vérité éternelle en jaillit comme une traînée de lumière.“

Ich nahm mir vor, diesen Satz Haeflten zu zeigen.

Ich habe keine Gelegenheit mehr dazu gefunden.

Im März 1944 erkrankte ich an einer Lungenentzündung, so daß ich vier Monate dienstunfähig war. In dieser Zeit hielt ich mich zuerst auf dem Weißen Hirschen und im Erzgebirge auf und war zuletzt noch zur Erholung in der Schweiz. Nach meiner Rückkehr von dort meldete ich mich am 17. Juli 1944 in Berlin wieder zum Dienst. Ich traf bei dieser Gelegenheit Trott im Flur des Amtes. Er bat mich sofort dringend um eine Unterredung, die im großen Dienstzimmer des Staatssekretärs Keppler stattfand, für den Trott zu arbeiten hatte. Nachdem Trott mir sein Bedauern über meine lange Abwesenheit zum Ausdruck gebracht hatte, bat er mich in die von Schreibtisch und Telefon am weitesten entfernte Ecke des Zimmers und sagte mir dann leise: „Also jetzt ist es endlich so weit.“ Er teilte mir nun mit, daß eine größere Gruppe sich zusammengefunden habe, die unter ausschlaggebender Mitwirkung des Militärs einen wohl vorbereiteten Staatsstreich für einen der nächsten Tage plane. Hitler solle beseitigt werden. Näheres könne er mir noch nicht mitteilen. Er könne doch aber wohl meiner Mitwirkung sicher sein? Man benötige im Amt einige absolut zuverlässige und fest entschlossene Beamte.

Ich antwortete Trott, ich bedauere, daß ich erst jetzt vom Urlaub zurückkomme, sei aber doch herzlich froh, daß ich noch nichts verpasse. Er kenne ja genau meine Überzeugung. Ich begrüße es von ganzem Herzen, daß der langersehnte Augenblick endlich gekommen sei. Hoffentlich komme das Unternehmen nicht schon zu spät und könne noch zu einer Verbesserung unserer außenpolitischen Chancen bei rascher Beendigung des Krieges führen.

Auf meine Frage, wer beteiligt sei, antwortete mir Trott, er werde mir später einiges mitteilen, nenne jetzt aber absichtlich keine Namen, da das eine unnötige Gefährdung der Betreffenden im Falle von vorzeitigen Verhaftungen und auch eine Belastung der Eingeweihten mit sich bringe. Ich fand das durchaus richtig und warnte Trott vor jedweder Niederschrift von Namen. Er müsse auch seinen Einfluß geltend machen, daß die Militärs, die nach meiner Erfahrung politisch etwas unbeholfen seien, auf keinen Fall Listen anlegten. Trott pflichtete mir bei und versicherte, daß keine Listen vorhanden

scien. Er wolle nun gern meine Ansicht darüber hören, wer im Amt als unbedingt zuverlässig und wer als unzuverlässig anzusehen sei. Ich versprach ihm nähere Angaben.

Hierauf fragte mich Trott, wen ich wohl für einen geeigneten Außenminister halte. Zwar sei hierüber wohl bereits eine Entscheidung getroffen, doch interessiere ihn meine Ansicht. Ich nannte die Botschafter Nadolny, v. Hassel und Frh. v. Weizsäcker. Ich fügte hinzu, man müsse auf jeden Fall unbedingt verhindern, daß in irgendeiner Kombination etwa der Name Papens auftauche. Papen sei innen- und außenpolitisch völlig untragbar und ungeeignet; man müsse das auch den Militärs von vornherein zu verstehen geben. Trott machte seine Bemerkungen über diese Vorschläge und fragte dann nach der Besetzung des Amtes des Staatssekretärs. Ich nannte den Botschaftsrat in Bern Theo Kordt. Trott ging hierauf nicht weiter ein und richtete plötzlich die Frage an mich, wen ich wohl für geeignet halte, den Posten eines Propagandachefs zu übernehmen. Da ich nichts erwiderte, fragte er unmittelbar: „Was denken Sie über den Gesandten v. Hentig? Sie kennen ihn ja genau. Die Militärs legen auf seine Teilnahme großen Wert. Ich antwortete, das liege sehr nahe, da ihnen Hentig aus seiner Vortragstätigkeit genau bekannt sei. Er habe ja aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht. Doch brach Trott die Unterhaltung ab und wir verabredeten einen neuen Termin für den nächsten Tag.

Am folgenden Morgen, 18. Juli, teilte ich Trott mit, welche in Berlin befindlichen Mitglieder des Auswärtigen Amtes ich im kritischen Zeitpunkt für gefährlich oder nazistisch eingestellt, welche ich für unzuverlässig, belastet oder sonst unzureichend aktionsfähig, welche ich für zuverlässig und einsatzfähig hielt. Über eine Reihe von Beamten konnte ich keine Angaben machen, da ich sie nicht genügend kannte. Meine Meinung wurde, von einigen Ausnahmen abgesehen, von Trott im allgemeinen geteilt; einige Beobachtungen schienen ihm entgangen zu sein oder neue Gesichtspunkte zu vermitteln. Das ergab sich aus seinen wiederholten Zwischenrufen: „Richtig, das muß berücksichtigt werden!“ Wir sprachen dann über mehrere im Auslande befindliche Beamte, die ich an Hand einer gedruckten Liste der im Jahre 1933 aufgelösten Fachgruppe der höheren Beamten des A. A. durchging. Endlich nickte Trott mir zu. Es sei doch erstaunlich, meinte er, wie tadellos das Auswärtige Amt sich über die elf Jahre gehalten habe. Es sei intakt wie kaum eine andere Behörde. Ich stimmte Trott lebhaft zu: die Politische Abteilung, die Wirtschafts- und die Rechtsab-

teilung könnten, von einigen notwendigen Änderungen abgesehen, fast in der gegenwärtigen Besetzung übernommen werden. Trott fand das auch: die Nazifizierungsversuche Ribbentrops, Bohles und des berüchtigten Unterstaatssekretärs Luther seien absolute Fehlschläge gewesen. Gewiß seien in die Presse-, Informations-, Rundfunk- und Inlandabteilung eine Menge unerwünschter Elemente eingedrungen. Der Kern des Amtes mit den eigentlich wichtigen Arbeitsgebieten sei gesund. Der alte Stamm des Amtes sei seiner Sachkenntnis und Erfahrung wegen nach wie vor unentbehrlich geblieben. Ich stimmte zu, knüpfte aber die Frage daran an, ob das feindliche Ausland, auf dessen Meinung es doch nach der unvermeidlichen Niederlage sehr ankommen werde, diese Ansicht wohl teilen würde. Schließlich seien wir ja alle doch äußerlich Parteimitglieder geworden. Trott antwortete hierauf sehr bestimmt und auffallend nachdrücklich etwa wörtlich:

„Lieber Melcher, darauf können Sie sich verlassen, die wissen über jeden von uns ganz genau Bescheid. Machen Sie sich da keine unnötigen Sorgen. In der Beziehung ist nichts zu befürchten. Jeder wird so behandelt werden, wie er es verdient.“

Wir sprachen dann über die Frage der Neugestaltung des Auswärtigen Amtes überhaupt. Das Amt müsse, meinte Trott, erheblich verkleinert und insbesondere der gesamte von den Nazis geschaffene aufgeblähte Apparat der verschiedenen Propagandaabteilungen abgebaut werden. Die Beamtenschaft müsse nach politischen und sachlichen Gesichtspunkten scharf gesiebt werden. Die aus politischen Gründen erfolgten Entlassungen müßten natürlich überprüft werden.

Wir kamen dann gesprächsweise auf die Notwendigkeit einer Dezentralisierung einzelner Ministerien zu sprechen. Ich erzählte Trott, daß ich mir dieses Problem gelegentlich hätte durch den Kopf gehen lassen. Mir schwebte ein nicht umfangreiches Reichskabinett von etwa zehn parlamentarischen Ministern vor, denen aber keine Mammutministerien, sondern eine größere Zahl dezentralisierter Reichsämter mit übersichtlichen Zuständigkeiten unter Leitung beamteter Staatssekretäre unterständen. Das biete auch den Vorteil der Ausschaltung mancher unfruchtbaren Konkurrenz und begünstige die Beständigkeit eines konsequenten Kurses auf den einzelnen Fachgebieten. So könne ich mir z. B. ein Reichspostamt, ein Reichseisenbahnamt, ein Reichsschiffahrtsamt usw. mit je einem Staatssekretär unter einem gemeinsamen parlamentarischen Reichsverkehrsminister vorstellen. Wir unterhielten uns dann noch über die Notwendigkeit einer großzügigen Reichsreform. Ich sprach mich z. B. für die Gleichstellung der preußischen Provinzen und

der Länder und für die Ersetzung des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats durch eine zweite Kammer aus, die aus Vertretern der Länder und der Stände zusammengesetzt sein sollte.

Das führte uns endlich auf das Thema der Wahlrechtsreform, eines meiner Steckenpferde. Ich wies darauf hin, daß die überspitzte Demokratie des Weimarer Wahlrechts wider Willen recht eigentlich der Wegbereiter des Nationalsozialismus geworden sei. Es habe, um die Willensbildung von unten nach oben hinauf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen und möglichst keine Stimmen verloren gehen zu lassen, ein Stimmenverrechnungsverfahren, ja, man könne sagen, ein Stimmenberücksichtigungssystem erfunden, das jeder obskuren Splitterpartei Chancen geboten habe. Nur so sei es solchen kleinen Parteien wie den Deutsch-Völkischen und den Nationalsozialisten gelungen, Vertreter ins Parlament zu entsenden. Die Möglichkeit, Reststimmen auf einer Reichsliste zu verrechnen und Listenbindungen mit anderen Parteien einzugehen, habe die Wähler ermutigt, ihre Stimmen für kleine Gruppen mit geringen Aussichten zu riskieren. Ein unerfreuliches Berufsparlamentarierium sei entstanden, das mit seinen Wählern vielfach keine rechte Fühlung gehabt und für seine dauernde Wiederwahl durch Placierung an sicherer Stelle auf einer der verschiedenen Listen mühelessen Sorge haben können. Bei der Menge der vertretenen Parteien habe sich endlich — und das sei besonders verhängnisvoll gewesen — eine ganz negative, demagogische, weil oft ganz heterogene Opposition herausgebildet, die ihre Parteinteressen in den Vordergrund gerückt habe und selten zur Übernahme einer tragfähigen Verantwortung bereit und in der Lage gewesen sei. Der „parteiliche“ Schacher sei aufgekommen, häufige Kabinettskrisen seien die Folge gewesen. Das Volk habe für den Exponenten seiner eigenen Souveränität, den Reichstag, keine Achtung mehr aufbringen können und ihn als hoffnungslose „Quasselbude“ gebrandmarkt. Angesichts der Unzulänglichkeit des Parlaments habe Brüning auf den Art. 48 der Reichsverfassung lossteuern müssen, um besondere Vollmachten zu erreichen.

So habe das Wahlrecht von 1919 nicht nur technisch das Hochkommen der nationalsozialistischen Splittergruppen ermöglicht, sondern auch das Volk empfänglich gemacht für den Gedanken des Führerprinzips, das ihm als Patentlösung gegen den kostspieligen und lähmenden Parteienhader vorgegaukelt worden sei. Wir müßten versuchen, eine dem englischen Wahlrecht ähnliche Lösung zu finden, die kleinere Wahlbezirke schaffe, in denen jeweils nur ein Kandidat durchkommen, eine Partei obsiegen dürfe. Das werde

uns einen Reichstag mit drei bis vier lebensfähigen Parteien und ein ausbalanciertes parlamentarisches Leben der Selbstkontrolle durch eine verantwortliche kritische Opposition bringen.

Die nächste Unterhaltung zwischen uns fand am gleichen Tage nachmittags statt. Trott weihte mich nun ein, daß unser gemeinsamer Freund, der Vortragende Legationsrat v. Haefen, als Verbindungsmann zwischen den Militärs und dem Auswärtigen Amt fungiere und mit der Vorbereitung der Übernahme des Amtes durch die neue Regierung beauftragt sei. Sein Bruder sei der Adjutant des Obersten Graf Staußenberg. Für uns hier in Berlin sei zunächst der Chef des Inlandheeres General Olbricht maßgebend. Er nannte noch die Namen mehrerer anderer Offiziere, bezeichnete ferner als maßgebende Person den Generaloberst v. Beck. Ich fragte nicht weiter, da ich nur das für mich im Augenblick Wichtige wissen wollte.

Trott führte aus, das ganze Unternehmen sei von langer Hand sehr sorgfältig vorbereitet. Der Staatsstreich werde nicht nur in Berlin, sondern in der Provinz und im besetzten Gebiet sofort nach dem Attentat ausgelöst werden. Natürlich liege der erste Teil der Aktion in Händen des Militärs, das ja allein die Mittel zur Durchführung besitze. Es handele sich bei dem ganzen Plan indessen nicht etwa um ein rein militärisches Unternehmen, sondern um eine von breiter Basis getragene Aktion, die insbesondere die Opposition im Arbeiterlager mit umfasse. Mehrere ehemals führende Sozialdemokraten seien zur Mitarbeit berufen. Er nannte Namen. Ich möge doch auch im Rahmen des Auswärtigen Amtes mein Augenmerk darauf richten, die sozialdemokratisch eingestellten Kreise zur Mitarbeit zu erfassen, soweit mir solche geläufig seien. Ich nannte einige Kollegen.

Trott fügte hinzu, die vor uns stehenden Zeiten seien in jedem Falle sehr schwer und ernst. Man müsse natürlich dem Feinde gegenüber der Wahrheit gemäß die Schuld der Hitlerregierung für diesen Krieg im vollen Umfange zugeben. Ich erwiderte Trott, die Situation sei in dieser Beziehung überhaupt ganz verschieden von der des Jahres 1919. Ich sei der Überzeugung, daß ein Versuch, die Kriegsschuld der Hitlerregierung zu vertuschen oder zu beschönigen, nicht nur von vornherein zum Scheitern verurteilt, sondern auch politisch unklug und moralisch schädlich sei. Eine andere Frage sei es, wem wir das Entstehen der Nazibewegung und das Hitlerregime im Urgrunde letztendlich zu verdanken hätten; dieses Problem verdiene eine sehr eingehende Behandlung vor dem internationalen Forum. Diesen Dingen auf den Grund zu gehen sei vordringlichste Aufgabe der historischen und teilweise wohl

auch medizinischen Forschung. Im übrigen müsse dieses immer wieder unterstrichen werden: Die wirkliche Stimmung des deutschen Volkes habe sich deutlich anlässlich des Besuches von Chamberlain und Daladier in München manifestiert. Das Volk habe beiden spontan zugejubelt, weil es Ruhe und Frieden begehrte.

Trott gab mir Recht. Der Einmarsch in die Tschechoslowakei und der Kriegsausbruch seien vom Volke ganz anders als 1914 mit bedrückter Stimmung und eisigem Schweigen aufgenommen. Daß die Menge späterhin die Siege des Heers schon in dem Gedanken mit Jubel begrüßt habe, der Krieg werde hierdurch verkürzt, müsse schließlich verständlich erscheinen. Die hierbei an den Tag gelegte Begeisterung habe sich aber keineswegs mit der von den Siegen des ersten Weltkrieges messen können, was deutlich beweise, daß der Krieg von 1939 vom Volke nicht als Verfechtung einer gerechten Sache empfunden und von vornherein unpopulär gewesen sei. Auch sei ja von wirklichem Haß der Bevölkerung gegen den Feind trotz der verheerenden Luftangriffe wenig Nachhaltiges zu verspüren.

Ich antwortete darauf sehr ernst, daß im Gegenteil ein ganz großer Teil des Volkes, obwohl er Väter und Söhne im Felde habe, zu Gott für den raschen Sieg des Feindes bete, für den Sieg des Feindes, trotz aller Todesangst im Luftschutzkeller, da ja kein anderer Weg zur Befreiung von diesem Regime des Frevelmuts und der Vermessenheit mehr sichtbar sei.

Aus diesem Grunde sei es, so erklärte ich weiter, nach meiner Überzeugung eine nationale Notwendigkeit und Pflicht, die Aktenbestände des A. A. vor der drohenden Vernichtung zu bewahren, auch wenn sie Gefahr liefen, in die Hände der Engländer oder Amerikaner zu fallen. Nichts beweise deutlicher die ständige bremsende Tätigkeit der alten Berufsbeamten des A. A. (und damit auch der vernünftigen Teile des deutschen Volkes), und nichts zeige klarer die allein im Schoße der Naziregierung entspringende Schuldquelle für die ganze haarsträubende „Außenpolitik“ der letzten elf Jahre. Deswegen seien auch der mir eng befreundete Leiter des Politischen Archivs, Legationsrat Dr. Ullrich, und seine Mitarbeiter entschlossen, die aus Anlaß der Fliegerangriffe evakuierten Aktenbestände so unterzubringen und zu tarnen, daß die Nazis sie nicht im letzten Augenblick vernichten könnten. Ich hätte sie nach Kräften in dieser Absicht bestärkt und unterstützt. Ich selbst hätte während des ganzen Krieges großen Wert darauf gelegt, meine Gutachten stets sorgfältig aktenkundig zu machen.

Trott nickte; denn ich hatte ihm schon wiederholt empfohlen, ein Gleiches zu tun, hatte allerdings damals kein besonderes Interesse bei ihm gefunden, da er allen bürokratischen Dingen abhold war.

Trott teilte mir nun noch einige Einzelheiten über die technische Durchführung der Aktion mit. Wenn die Nachricht von dem Gelingen des Attentats vorliege, werde das Regierungsviertel Berlins sofort abgesperrt und niemand mehr hinein- und herausgelassen werden. Für diese Zeit bis zur Übernahme des Amtes durch die neue Regierung werde v. Haeflens die notwendigen Vollmachten im Ausw. Amt in Händen haben. Es sei dann erforderlich, daß zuverlässige Beamte zur Stelle seien. Vermutlich werde der morgige Tag die Entscheidung bringen. Ich solle dann mittags in unmittelbarer Nähe des Amtes bleiben und unauffällig versuchen, andere Gleichgesinnte unter irgendwelchen Vorwänden griffnahe zu halten, dürfe sie indessen unter keinen Umständen etwas merken lassen.

Trott widerrief jedoch später diese Weisung: der 19. Juli werde keine Ereignisse bringen. Ich sollte aber für den folgenden Tag ebenso disponieren und bis dahin nicht wieder mit ihm in Verbindung treten.

Am 20. Juli beschleunigte ich meine laufenden dienstlichen Arbeiten, um möglichst freie Hand und ein gewisses Alibi zu haben. Ich stellte ferner fest, welche mir näherstehenden Kollegen anwesend sein würden und suchte andere irgendwie durch Verabredungen an Ort und Stelle zu halten. Ich selbst blieb für Trott jederzeit im Amt erreichbar. Wenn ich im folgenden keine genauen Zeitangaben machen kann, so ist dieser Mangel auf die nunmehr eintretende unerhörte Anspannung der Nerven zurückzuführen, die ja sowieso schon jahrelang durch die furchtbare Sorge wegen der unheilvollen Entwicklung der Dinge, durch die ständigen Tag und Nacht drohenden Luftangriffe und durch die immer rücksichtslosere Ausbeutung der Arbeitskraft weit überlastet waren.

Es muß wohl etwa um 15 Uhr gewesen sein, daß Trott in meinem Dienstzimmer anrief und mich bat, zu ihm in sein Zimmer (das Zimmer des Staatssekretärs Koppler) zu kommen. Trott war auffallend blaß, stand mitten im Zimmer und kam auf mich zu, nachdem ich die Tür zum Vorzimmer, in dem seine Sekretärin arbeitete, hinter mir geschlossen hatte. Er sagte mit leiser Stimme: „Es ist gemacht.“ Als ich ihn sprachlos anstarrte, hob er die Hand und tat mit dem Zeigefinger, als drücke er eine Pistole ab. Ich fragte: „Und Sie haben genaue, zuverlässige Nachricht?“ Er erwiderte, er sei sieben von den Offizieren angerufen und sie hätten ihm,

wie verabredet, gesagt: „er könne das Zimmer bekommen.“ Er habe mir das nur kurz mitteilen wollen. Ich sollte ihn jetzt zunächst wieder verlassen, er werde mich wieder rufen, sobald sich zeige, daß das Regierungsviertel abgesperrt sei. Wir öffneten eines der großen Fenster und sahen auf die Wilhelmstraße hinaus, durch die der Verkehr indessen noch ungehemmt floß.

Ich ergriff Trotts Hand und sagte: „Ich kann es noch nicht fassen, daß dieser entsetzliche Druck wirklich von uns genommen sein soll. Den 20. Juli werden wir nie vergessen.“ Wir schwiegen eine Weile.

Dann deutete Trott auf seinen Schreibtisch: dort lag ein fertiger Brief zur Unterschrift. Er endete mit der vorgeschriebenen Grußformel „Heil Hitler!“ Plötzlich lachte Trott und rief im Flüsterton: „Diesen elenden Gruß braucht ich nun nicht mehr zu unterschreiben!“ Ich antwortete ihm scherzend: „Mir würde das nun einen besonderen Genuß bereiten, daß bewußt zum letzten Male tun zu können.“ Trott sagte: „Sie haben ganz recht. Gehen Sie jetzt. Ich muß noch andere Freunde informieren. Wir können jetzt doch nichts unternehmen. Bitte schweigen Sie und reden Sie zu niemandem bis Häften hier ankommt. Er ist noch bei den Militärs. Hoffentlich kommt er heil durch, bevor draußen abgesperrt wird.“ „Nun“, meinte ich, „der wird doch wohl von den Militärs einen Ausweis bekommen haben!“ Trott antwortete lächelnd: „So etwas wird in der Aufregung meist vergessen. Womöglich lassen sie ihn auch trotzdem nicht durch. In solchen Augenblicken passieren die unmöglichsten Dinge.“

Auf dem Korridor begegnete ich etwas später dem mir befreundeten Vortragenden Legationsrat Dörtenbach. Er fragte mich, ob ich soeben die Rundfunksondermeldung gehört habe. Ich verneinte auf's Äußerste gespannt. Da Dörtenbach, den ich als Gesinnungsgenossen kannte, gar keine freudige Erregung verriet, schwante mir Böses. Er teilte mir mit, es sei ein Attentat auf Hitler erfolgt, indessen mißlungen. Hitler sei so gut wie unverletzt. — Ich war wie erstarrt und lief zunächst in mein Dienstzimmer. — Mein erster Gedanke war, daß diese Nachricht vielleicht eine absichtliche Irreführung durch die Nazis oder aber eine taktische Falschmeldung unserer Leute sei. Vielleicht war es Hentig, der schon am Werk und auf diesen Trick gekommen war, um vorzeitige Gerüchte zu überdecken. — Ich suchte meinen Freund Leg. Rat Ullrich auf, der einen Radioapparat neben seinem Schreibtisch stehen hatte. Er hatte jedoch nichts gehört und war entsetzt, als ich ihm von der Sondermeldung erzählte. Er äußerte Befürchtungen, daß nun eine neue nazistische Mord-, Verfolgungs- und Bespitzelungswelle über das Land gehen werde.

Von meinem Zimmer aus rief ich nun Trott an und bat ihn um eine dringende „dienstliche“ Rücksprache. Ich traf ihn in seinem Dienstraum nicht allein an. Im Stuhle in der äußersten Ecke des Zimmers saß der wissenschaftliche Hilfsarbeiter Dr. Werth, ein Mitarbeiter und Freund Trotts. Es war mir sofort klar, daß er eingeweiht war. Ich machte Trott von der Sondermeldung Mitteilung, der sie anscheinend soeben schon von Werth gehört hatte. Wir tauschten Vermutungen aus über die Entstehung der Meldung. Auch Trott äußerte die Hoffnung, daß es sich dabei nur um eine taktische Maßnahme handle. Wir kamen zu dem Schluß, daß die Ereignisse ja in aller Kürze zeigen müßten, was an der Meldung war. Werth meinte, es komme jetzt alles darauf an, ob die Militärs das weitere Programm durchführen würden, einerlei ob Hitler tot sei oder nicht.

Wir gingen ans Fenster und sahen auf die Wilhelmstraße hinunter. Wahrhaftig war die Straße fast leer und offensichtlich schon abgesperrt. Man ließ die unterwegs befindlichen Wagen und Passanten noch abziehen. Nach wenigen Minuten lag die Straße öde. Militärpatrouillen im Stahlhelm wiesen solche, die die anliegenden Gebäude verlassen wollten, zurück.

„Gottseidank!“ rief Trott, „dann klappt die Sache also doch!“ Es sei jetzt einerlei, ob das Attentat gelungen sei oder nicht. Der Staatsstreich sei im Gange. Das sei gar keine Frage. Wir müßten nun auch energisch zupacken und unsere Köpfe hinhalten wie die Militärs es täten. Jetzt gäbe es wenigstens kein Zurück mehr.

Die bedrückte Stimmung, die uns befallen hatte, wich einer erleichterten Aufgeräumtheit. Überall in der Wilhelmstraße öffneten sich die Fenster und alles sah mit Spannung der Entwicklung entgegen. Wir scheuten uns nun auch nicht mehr, uns gemeinsam am Fenster blicken zu lassen. „Hoffentlich kommt Häften bald“, sagte Trott und bat mich, im Amt Umschau zu halten und vor allem festzustellen, was auf dem Flur der Personalabteilung vor sich gehe.

Ich traf dort eine ganze Reihe von Kollegen in angeregtem Gespräch. Die Türen standen zum Teil offen. Unterstaatssekretär Henke hatte gerade zu einer dienstlichen Veranstaltung abfahren wollen, war aber an der Tür des Hauses zurückgeschickt worden. Der mir eng befreundete Dirigent der Personalabteilung, Gesandter Bergmann, zog mich in sein Zimmer, sah mich an und schwieg lange. Dann sagte er: „Melchers, was jetzt kommt, wird nicht komisch. Schen Sie Ihre Notizbücher und Ihren Schreibtisch nochmal durch und nehmen Sie sich beim Telefonieren in Acht.“ Ich fragte ihn, ob er etwa an-

nehme, daß das Regierungsviertel auf Befehl Himmlers abgesperrt sei. Er fragte zurück, ob ich Veranlassung hätte, etwas Anderes anzunehmen. Wir wurden unterbrochen und trennten uns.

In Trotts Zimmer war inzwischen Haefen angekommen. Werth war im Augenblick nicht anwesend, kam aber nach kurzer Zeit zurück. Trott und Haefen sprachen leise miteinander. Haefen schien von der Sondermeldung noch gar nichts zu wissen. Sie äußerten wiederholt, alles sei so ausgezeichnet vorbereitet, daß ein Mißlingen unmöglich sei, auch wenn Hitler noch lebe, wovon sie aber anscheinend nicht überzeugt waren. Haefen erwartete jeden Augenblick von den Militärs die Weisung, das Amt bis zum Eintreffen des neuen Titulars zu übernehmen und sicherzustellen. Er hatte anscheinend eine vorläufige schriftliche Vollmacht in der Tasche und wußte genau, welche Sofortmaßnahmen er durchzuführen hatte, insbesondere welche Personen er verhaften lassen mußte. Es wurde darüber gesprochen, welche von diesen z. Z. im Amt anwesend seien. Ich konnte einzelne Auskünfte erteilen. Haefen fragte mich, ob ich Bergmann gesehen habe und was er gesagt habe. Ich berichtete ihm kurz. Man kam darauf zu dem Entschluß, daß Bergmann sofort aufgeklärt und eingeweiht werden müsse, da seine Mitarbeit dringend erwünscht sei. Haefen zögerte aber noch. Bergmanns Gesinnung stehe außer jedem Zweifel, meinte er, doch sei er zu sehr Beamter, um sich sofort zur Teilnahme an einer noch unsicheren Sache entschließen zu können. Die Meldung von dem Mißlingen des Attentats werde ihn abschrecken. Trott meinte, ich sei doch so eng mit Bergmann befreundet, daß ich jetzt sofort mit ihm sprechen möge. Ich antwortete, ich sei ja durch nichts ausgewiesen, könne ihm auch nicht glaubhaft beweisen, von welcher Seite die Truppen auf der Straße kämen. Ich kenne ja kaum die Namen der leitenden Männer des Unternehmens und sei in die letzten Zusammenhänge noch nicht eingeweiht. So werde ich bei Bergmann trotz aller Freundschaft wenig ausrichten können, denn er werde natürlich genauestens unterrichtet werden wollen. Haefen sah das ein und entschloß sich, sofort allein zu Bergmann zu gehen, da ein größeres Aufgebot kaum zweckmäßig sei.

Trott, Werth und ich sahen wieder auf die Straße hinab. Sie war leer. Wachen standen vor den Eingängen der Häuser. Nun versuchte Trott, Haefens Bruder, den Adjutanten Stauffenbergs anzurufen, bekam aber keine Verbindung. Er wiederholte seinen Versuch erneut ohne Erfolg.

Haefen kam zurück. Er war enttäuscht. Es sei so gewesen, wie er erwartet habe. Berg-

mann habe ihm geantwortet, er habe das Gesagte nicht gehört. Im Übrigen könne er ihm, Haefen, nur den guten Rat geben, seine Finger von Dingen zu lassen, die für ihn zu nichts Gutem führen und auch für andere verhängnisvoll werden könnten. Darauf wandte Trott sich an mich und fragte, ob ich Bergmann so genau kenne, daß ich wisse, daß er unbedingt anständig sei. Ich erwiderte, daß darüber nicht der geringste Zweifel bestehe. Haefen könne gänzlich unbesorgt sein. Im übrigen habe Bergmann meiner Ansicht nach bei dem derzeitigen Stand der Dinge gar keine andere Antwort geben können. Auf seine Mitarbeit sei indessen absolut sicher zu rechnen, sobald die Situation klarer sei. Man dürfe schließlich nicht vergessen, daß er der gesamten Belegschaft des A. A. gegenüber eine besonders schwere Verantwortung trage. Haefen nickte, er sei ja selbst mit Helmut Bergmann gut befreundet und hege gar keine Bedenken.

Nun versuchte Haefen selbst, telefonische Verbindung mit seinem Bruder zu bekommen. Irgend jemand meldete sich auf der anderen Seite, der Bruder war aber nicht zu erreichen. Haefen fragte, um irgendetwas zu sagen, warum wohl die Wilhelmstraße militärisch abgesperrt sei. Er könne das Amt nicht verlassen und wolle gerne wissen, wie lange das noch dauere. Man solle doch seinen Bruder bitten, ihn baldigst anzurufen.

Werth und ich verließen zeitweilig das Zimmer, um im Amt Umschau zu halten. Haefen und Trott besprachen die bevorstehenden Maßnahmen. Aus ihrer Unterhaltung ergab sich, daß der Gesandte Werner Otto v. Hentig und der Leg. Rat Herbert Blankenhorn eingeweiht waren. Letzterer hatte, während er in Bern auf Posten war, anscheinend schon für die Vorbereitung der Aktion gewirkt. Einige in Europa tätige Beamte, darunter Haefens Vetter, Generalkonsul v. Haefen in Basel, sollten sofort telegraphisch in das Amt einberufen werden.

Als immer noch keine Weisungen eingingen, versuchte Haefen erneut telefonische Verbindung mit den Militärs zu bekommen. Dies geschah im Vorzimmer, das leer war, da die Sekretärin schon längere Zeit fort war. Haefen hatte jedoch keinen Erfolg. Mir kamen jetzt doch allmählich Bedenken und ich äußerte zum ersten Male Zweifel, ob die wiederholten telefonischen Versuche wohl klug und angebracht seien. Haefen und Trott schwiegen. Wir warteten weiter. Es kam keine Nachricht. Wir alle klammerten uns an den Gedanken, daß die Aktion doch offenbar fortgesetzt werde, da ja die Absperrung des Regierungsviertels weiter durchgeführt werde.

Wir sahen wieder und wieder aus dem Fenster. Das Entsetzliche trat ein: die Straße

wurde wieder freigegeben, Menschen und Wagen strömten am Hause vorüber. Man sah, daß Unterstaatssekretär Henke nun abfahren konnte. Wieder setzte Haefen sich ans Telefon, um seinen Bruder zu erreichen. Haefen war kreidebleich. Aus seinen Augen sprach die aufkommende Erkenntnis der ungeheuerlichen Gefahr, in der wir uns befanden. Warum antwortete sein Bruder nicht? Nach ihm griff Trott zum Hörer, sprach mit irgendjemandem und erkundigte sich wiederum zum Schein, weshalb die Straße abgesperrt sei, er habe Eiliges außerhalb des Amtes zu erledigen. Er erkundigte sich nach Haefens Bruder; doch schien er nicht da zu sein.

Ich vergewisserte mich nochmals am Fenster, daß die Straße tatsächlich freigegeben war, und redete dann nachdrücklichst auf Haefen und Trott ein; nunmehr das Telefonieren zu unterlassen, da sie sich damit außerordentlich gefährden müßten. Es sei ja nun ganz gewiß keine Weisung mehr von den Militärs zu erwarten. Wir sollten doch am besten das Zimmer ohne Verzug verlassen. Worth pflichtete mir lebhaft bei. Er mußte nun sowieso dienstlich fort und bat mich dringend, meinen Einfluß aufzubieten, und Haefen und Trott zum Verlassen des Zimmers zu bewegen.

Es war wohl etwa 7 Uhr abends. Trott erklärte, er wolle bis 8 Uhr in seinem Zimmer bleiben. Ich sagte ihm, ich sei für ihn und Haefen jederzeit die ganze Nacht über im nahegelegenen Hotel Adlon, wo ich wohnte, zu erreichen. Haefen solle doch auch jetzt gehen; es sei nicht gut, wenn man uns hier alle beisammen sähe. Wir verließen dann nacheinander das Zimmer. Ich erledigte noch einige Telefone von meinem Zimmer aus, sah noch ganz kurz meinen Freund Leg. Rat Ullrich und begab mich dann ins Adlon, wo ich mit einigen Kollegen zu Abend aß. Ich begrüßte im Hotel noch den Botschafter v. Hassel und ging früh zur Ruhe, da ich maßlos enttäuscht und erschöpft war.

Mitten in der Nacht gellte das Organ Hitlers im Radio durchs Hotel. Er wetterte gegen die „Usurpatoren“. Lag in diesem Wort noch eine kleine Hoffnung? Hielten sich noch entschlossene Widerstandsgruppen? Die Rachsucht dieses Mannes würde sich überschlagen. Die Grausamkeit seiner Schergen würde neue unerhörte Orgien feiern. Eine fürchterliche Gefahr kam mit Riesenschritten auf uns zu.

Am folgenden Tag beschloß ich, Trott unter allen Umständen aufzusuchen. Ich traf ihn in seinem Zimmer an. „Sie haben inzwischen wohl selbst gehört, wie alles mißglückt ist“, flüsterte er. „Haefen sagt, dieser Mann ist mit dem Bösen im Bunde.“ Ich antwortete

Trott, ich sei empört, daß die Militärs ein solches Attentat mit so unzureichenden Mitteln durchgeführt hätten. Schließlich seien sie das Hantieren mit Waffen und Kriegsmaschinen doch gewohnt und zu den größten Bravourstücken fähig. Anscheinend seien sie aber tatsächlich nicht in der Lage, einen einzelnen vor ihnen stehenden Mann umzulegen. Trott wurde plötzlich sehr weich: „Empört sind Sie, Bedenken Sie, daß diese Leute ihr Leben für diese Sache hingeben müssen.“ Er verstehe doch, was ich meine, antwortete ich. Er sei doch wohl ebenso wie ich aufs Tiefste enttäuscht. Es bleibe doch ein Hohn der Weltgeschichte, daß Hitler mitten im Kriege den Waffen seiner eigenen Offiziere habe entgegen können. Mir sei das völlig unverständlich. In diesem einen Punkte habe man doch hundertprozentig sicher gehen müssen.

Wir schwiegen bedrückt. Ich fragte Trott, ob etwa noch eine Widerstandsgruppe beim kämpfenden Heere vorhanden sei. Ob er noch irgendeine Hoffnung für die Zukunft habe. „Nein“, antwortete er, „es gibt keine Hoffnung mehr, auch für die Zukunft nicht. Jetzt ist es aus. Das Verhängnis muß seinen Gang gehen. Kein Stein wird auf dem anderen bleiben. Hitler wird diesen wahnwitzigen Krieg weiterführen — als echter Nihilist — bis alles zerstört ist.“ Und dennoch, fügte er hinzu, es sei doch gut, daß sich Leute gefunden hätten, die wenigstens den Versuch gewagt hätten, diese Gewaltherrschaft zu brechen. Das bleibe eine historische Tatsache, und darüberhinaus ein Symptom.

Wir setzten uns nun an den Tisch in der Ecke des großen Zimmers. Um den Druck abzuschütteln, der auf uns lag, erklärte ich Trott, ich werde nun eine Abbildung der Kriestasstatue des Harmodios und Aristogeiton, der Tyrannentöter von Athen, über meinen Schreibtisch hängen. Die Nazis verstanden nicht, was das zu bedeuten habe. Trott lächelte und meinte, das passe ja gut neben das Bild von Galiläi, das ich, wie Trott wußte, früher einmal in mein Zimmer gehängt hatte, weil dieser Mann, wie wir alle, einen Eid gegen seine Überzeugung hatte schwören müssen (... und sie bewegt sich doch!)

Nun erzählte mir Trott, daß er sich am gestrigen Abend noch bis um 11 Uhr in seinem Dienstzimmer aufgehalten habe, daß aber nichts mehr erfolgt sei, und keine Nachricht eingegangen. Wir verabredeten genau, was wir sagen wollten, wenn wir etwa gefragt würden, warum wir gestern Nachmittag in Trotts Zimmer zusammengekommen seien. Wir waren ja zum mindesten gemeinsam am Fenster gesehen worden. Es war nicht schwierig, eine Sprachregelung zu finden, da sich unsere Arbeitsgebiete eng berührten, und wir gewisse Angelegenheiten

gemeinsam zu erledigen hatten. Angesichts meines viermonatigen Krankheitsurlaubs hatten sich die Dinge, die wir zu besprechen hatten, außerdem gehäuft. Werth als Vertreter Trotts paßte gleichfalls in den Rahmen und Haeften war ihr gemeinsamer Vorgesetzter als stellvertretender Dirigent der Kulturpolitischen Abteilung.

Noch einmal hat Trott mich in sein Zimmer gerufen. Ich entsinne mich nicht mehr, ob es am gleichen oder am folgenden Tage war. Er teilte mir mit, daß Haeftens Bruder, der Adjutant des Grafen Stauffenberg, erschossen worden sei. Wir waren erschüttert. Ich habe Trott dann nicht mehr wieder gesprochen.

Kurze Zeit darauf erfuhr ich, daß unser Kollege v. Haeften festgenommen sei. Als ich Trott nach weiteren zwei Tagen unter dienstlichem Vorwand sprechen wollte, hieß es, er sei verreist. Bergmann teilte mir wenig später streng vertraulich mit, daß nun auch Trott verhaftet worden sei. Bergmann war sichtlich verändert, als er mir das mitteilte, und es wurde mir klar, daß er nach dem, was ich über sein Gespräch mit Haeften wußte, unter demselben schrecklichen Druck stehen mußte, wie ich selbst. Denn das war klar: wer auch nur ein Geringes von dem beabsichtigten Umsturzversuch gewußt hatte, der war des Todes. — Obwohl Bergmann und ich sehr eng miteinander befreundet waren, haben wir, auch in der Folge, nie ein Wort über die Erlebnisse des 20. Juli zueinander gesprochen. Wir konnten und durften uns auf keinen Fall gegenseitig mit verhängnisvoller Kenntnis belasten.

Die folgenden Tage, Nächte und Wochen waren für mich eine entsetzliche Tortour. Jeden Augenblick mußte ich mit meiner Verhaftung rechnen. Welche Mittel würden die Gestapoleute anwenden, um Haeften und Trott zur Preisgabe ihrer Vertrauten zu zwingen? Ich mußte annehmen, daß sie früher oder später die Namen aller Eingeweihten würden angeben müssen. Ich konnte mir nicht denken, daß sie eine so unerhörte Willenskraft würden aufbringen können, sie zu verschweigen. Jedes Klopfen an der Tür ließ mich innerlich zusammenfahren. Immer wieder legte ich mir zurecht, was ich antworten wollte, wenn ich vernommen würde.

Unter irgendeinem dienstlichen Vorwand versuchte ich Werth, der seinen Dienstraum in der Kurfürstenstraße hatte, telefonisch zu erreichen, nur um mich zu vergewissern, daß er noch nicht verhaftet sei. Wiederholt hieß es jedoch, er sei nicht anwesend, so daß ich schon das Schlimmste befürchtete. Andererseits durfte ich auch nicht zu häufig bei ihm anrufen. Mußte man doch annehmen, daß wir überwacht wurden, wie es so vielen in

diesen Wochen erging. Ich suchte daher ganz unauffällig durch Dritte zu erfragen, wo Werth stecke. Erst nach vielen Tagen gelang es mir endlich, mit ihm in Verbindung zu kommen, und ich nahm nun an, daß er sich absichtlich zurückgehalten habe.

Wenige Tage nach der Verhaftung Trotts teilte mir ein Kollege mit, daß Leg. Rat Blankenhorn im Protokoll mich gern sprechen wolle. Mir war sofort klar, worum es sich handle, wußte ich doch, daß Blankenhorn mit im Spiele gewesen war. Ich ging zu ihm, aber wir beide sagten zunächst nichts und schwiegen. Dieses Schweigen kennzeichnet das Schauerliche der Situation. Selbst seinem nächsten Freunde durfte man kein Wort anvertrauen, um ihn nicht mit unheilvollem Wissen zu beschweren. Auch war es ja klar, daß man sich die Chance, unverdächtig durch diese Wochen zu kommen, nur verringerte, wenn man andere ins Vertrauen zog; denn auch sie konnten ja morgen in Händen der Gestapo sein. Darum wehrte ich mich auch gegen die Vertiefung und Verbreiterung meines eigenen Wissens. Was ich nicht wußte, konnte mir die Gestapo gegebenenfalls nicht entlocken. Ich hatte mir das alles hundertmal überlegt. Andererseits sehnte sich die belastete Seele zu ihrer Erleichterung nach einer Aussprache.

Blankenhorn sagte mir, er sei bedrückt, weil er wisse, daß sein Name bei den Militärs auf gewissen Listen figuriere, was allerdings mit der Sache nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehe. Ich erwiderte ihm, das könne ja ohne sein Zutun geschehen sein. — Ich selbst sei am 20. Juli nachmittags längere Zeit im Zimmer von Trott gewesen; doch auch das brauche mit den Geschehnissen ja in keinerlei Beziehung zu stehen. Blankenhorn nickte und wir verabredeten uns wissen zu lassen, wenn wir wichtiges erführen. Wir wußten, ohne viel zu reden, genau von einander, in welcher Not wir waren.

Einige Tage später klopfte es an die Tür meines Dienstzimmers und es erschienen zwei Beamte der Gestapo, die sich sofort als solche auswiesen. Ich hatte ein Gefühl, als gefriere mein Inneres zu Eis. Zu meiner Beruhigung merkte ich, als ich den Leuten meinen Namen nannte, daß ich meine Stimme, offenbar vollkommen in der Gewalt hatte. Sie fragten wider Erwarten indessen nach dem Gesandten v. Hentig, den man häufig in meinem Zimmer suchte, da er früher mein Vorgänger gewesen war. Ich erwiderte, ich wolle sehen, ob er im Amt sei, und verließ mein Zimmer. Die Beamten ließen mich gewähren und folgten mir langsam. Ich eilte um die Ecke des Flurs zu Hentig, um ihn vorzubereiten. Hentigs Blick sagte mir alles, er antwortete aber laut: „Ich lasse die Herren bitten.“ Nach kurzer Zeit erschien er selbst

in meinem Zimmer, und erklärte mir, er müsse zu einer Vernehmung. Ich möge dem Gesandten Bergmann Mitteilung machen, wenn er bis zum Abend nicht zurück sei. Dann verließ er das Haus mit den beiden Beamten. Ich ging indessen sofort zu Bergmann und teilte ihm das Vorgefallene mit. Bergmann schwieg. Er war sehr ernst; wir trennten uns rasch.

Nach etwa zwei Stunden erschien Hentig jedoch wieder im Amt, kam sofort zu mir und sagte: „Es war ganz etwas Anderes. Es handelte sich um Jansen, und ich sollte aussagen, was ich über ihn wußte.“

Walther Jansen, der Leiter des Pressearchivs, war vor einigen Tagen — wie es hieß, wegen defaitistischer Äußerungen — verhaftet worden. Ich wußte, daß Jansen sehr enge Beziehungen zu Hentig unterhielt. Auf meine Frage, ob Jansen etwa auch im Zusammenhang mit dem 20. Juli verhaftet sei, antwortete Hentig, es habe nicht den Anschein. Ich fragte nicht weiter; denn es blieb sich ja gleich, ob Hentig nicht mehr wußte oder ob er nicht mehr sagen wollte.

Um Jansen, der sehr gute Nachrichtenquellen besaß, hatte sich schon seit 1940 ein Kreis von 6 bis 8 ganz kompromißlosen Nazi-gegnern gebildet, zu dem insbesondere mein Mitarbeiter und Vertreter Leg. Rat Dr. Hans Schlobies, und durch ihn auch ich selbst, gehörten. Schlobies, Jansen und ich sahen uns täglich. Die anderen Herren, Dr. Plewe, Dr. Schaar, Dr. Littmann sah ich gelegentlich beim Mittagessen oder im Pressearchiv. Jansen hatte ferner außer mit Hentig enge Verbindung zu Dr. Knaus, dem Verbindungsmann des Wehrmachtspresseamtes zum Auswärtigen Amt. Wir waren allesamt von Anfang an von der völligen Aussichtslosigkeit des Krieges überzeugt und erkannten klar, daß die politischen und militärischen Methoden der Nazis nur zu einer andauernden Vergrößerung des Unheils führen mußten. Wir waren fest entschlossen, bei sich bietender Gelegenheit an einer Beseitigung des Nazi-regimes mitzuwirken. Wegen meiner bis zum 17. Juli 1944 währenden Abwesenheit von Berlin und meines dann gleich einsetzenden engen Zusammenarbeitens mit Trott habe ich keine Kenntnis davon erhalten, in welchem Umfange die Gruppe Jansen mit dem 20. Juli in Verbindung stand. Ich habe mich auch nach dem Scheitern der Unternehmung gehütet, Erhebungen darüber anzustellen. Nicht einmal Schlobies habe ich danach gefragt. Auch mit Hentig habe ich über den 20. Juli kein Wort weiter gesprochen. Ich will hier noch erwähnen, daß der mir als Gesinnungsgenosse bekannte Leg. Sekr. Munzel, mit dem ich dienstlich enge Fühlung hatte, mir später Andeutungen gemacht hat, daß er von Hentig seit Langem ins Ver-

trauen gezogen war und ihm Auskünfte und Ratschläge technischer Natur für die Durchführung seiner besonderen Aufgaben hatte zukommen lassen.

Eines Tages kam die Sekretärin des Botschafters Graf Schulenburg, mit dem ich laufend in dienstlicher Verbindung stand, schluchzend zu mir. Fräulein Schilling, die früher bei mir gearbeitet hatte, bat mich um Rat. Seit Tagen sei Graf Schulenburg nicht zum Dienst gekommen, und habe auch nichts von sich hören lassen. Sie könne keine Verbindung mit ihm bekommen. Er sei weder im Amt noch im Sonderzug des Reichsministers noch auf seiner Besitzung, und niemand wisse, wo er sein könne. Ich ging zu Bergmann, teilte ihm das mit und erkundigte mich, ob er etwas von Schulenburg wisse oder erfahren könne. Er antwortete mir: „Lieber Melchers, ich kann Ihnen darüber nichts sagen“, und ging dann unvermittelt auf ein anderes Thema über. Ich wußte nun Bescheid. Auch dieser hochangesehene und beliebte alte Herr war also in die Hände der Gestapohä-scher gefallen!

Nach Wochen erfuhr ich, aus dem Kollegenkreise, noch bevor etwas hierüber in der Presse veröffentlicht wurde, daß Haeflten, Trott und der Botschafter v. Hassell zum Tode verurteilt worden seien. Das Urteil gegen Haeflten und Hassell sei bereits vollstreckt. Trotts Hinrichtung sei indessen vorläufig verschoben, da er noch als Zeuge für gewisse Vorgänge im Auslande benötigt würde. Die Haltung unserer Freunde vor dem Volksgerichtshof sei hervorragend gewesen. Haeflten habe Hitler während seiner Vernehmung als die Inkarnation des Bösen bezeichnet.

Werth, den ich traf, machte sich noch Hoffnungen für das Leben Trotts. Er sei für eine Reihe von Informationen wohl kaum vorläufig zu entbehren, und angesichts der verzweifelten Lage sei jeder Tag doch ein Gewinn.

Es vergingen wieder Wochen, bis behauptet wurde, Trott sei nun hingerichtet. Bergmann konnte das indessen nicht bestätigen, da die Personalabteilung des Auswärtigen Amtes einer amtlichen Mitteilung hierüber von Seiten der Gestapo nicht für würdig befunden wurde.

Ich habe mich in jener Zeit wochenlang nach Möglichkeit vom außerdienstlichen Verkehr mit den mir befreundeten Kollegen zurückgezogen. Ich fuhr abends in anstrengender zweistündiger Fahrt nach Gransco in der Mark, wo ich Ruhe, Behaglichkeit und Schutz vor nächtlichen Luftangriffen fand. Morgens kehrte ich zum Dienst nach Berlin zurück, gewärtig der Schrecken des Tages: der Gestapo und der feindlichen Bombengeschwader.

Wenn ich der Gestapo anscheinend gar nicht verdächtig geworden bin, so habe ich das wohl in erster Linie meinem langen Krankheitsurlaub zu verdanken. Meine Abwesenheit bis zum 17. Juli machte meine Beteiligung unwahrscheinlich. Wäre ich in der Zeit von März bis Juli 1944 gesund in Berlin gewesen, so wäre ich ganz gewiß viel tiefer in alles eingeweiht worden. Meine häufigen langen Besprechungen mit Trott in der Zeit vom 17. bis 22. Juli sind angesichts unseres engen dienstlichen Kontaktes niemandem besonders aufgefallen.

Eins aber steht fest:

Wir alle, die wir an der Aktion des 20. Juli im Auswärtigen Amt beteiligt waren und der Gestapo dennoch entgangen sind, wir alle verdanken unser Leben nur unseren toten Freunden Hans Bernd von Haeften und Adam v. Trott zu Solz, die unsere Namen nicht preisgegeben haben — bis zum bitteren Ende.

Bremen, den 28. Februar 1946

gez. Wilhelm Melchers, Dr. jur.

Vortragender Legationsrat

Anlage 2, XV

Erklärung des Min. Dir. Blankenhorn vom 7. April 1952

Meine Stellungnahme hatte mit der Person des Herrn von Nostitz nichts zu tun. Herr von Nostitz war mir seit vielen Jahren bekannt. Ebenso bekannt war mir seine Einstellung zum Nationalsozialismus und seine Widerstandstätigkeit. Ich habe deshalb niemals für möglich gehalten, daß der gegen Herrn von Nostitz erhobene Vorwurf zu Recht bestand.

Ich war auch zunächst bereit, mich für ihn bei den Franzosen einzusetzen. Diese Absicht konnte ich jedoch aus allgemein-politischen Gründen leider nicht verwirklichen, da die dienstlichen Beziehungen zur Französischen Hohen Kommission gerade damals sehr angespannt waren, so daß ich es mir versagen mußte, eine neue Differenz mit der Französischen Hohen Kommission an Hand des „Falles Nostitz“ zu schaffen.

Anlage 2, XVI

Schreiben des AA vom 29. Januar 1942 über die deutsche Kriegspropaganda auf der iberischen Halbinsel

Rückübersetzung der Urkunde No. NG - 2958
Büro des Obersten Kriegesgerichtshofs

Berlin, den 29. Januar 1942

e. O. Pol XI/27
Antwort Pol. XI, 40
bei den Akten

An das

Oberkommando der Wehrmacht

Dg. Pol.

— W Pr. — Aus den Berichten unserer Dienststellen in Madrid und Lissabon geht hervor, daß die Referent: Legationsrat v. Trützschler feindliche Propaganda mit wachsendem Erfolg abfällig über die augenblickliche Situation

Vor Absendung:
Pol. III
Pol. I N

Nach Absendung:
P IX b
Ru III

zur Kenntnisnahme
1 Exemplar an
Minister Kruemmer

tion an der Ostfront und in Nord-Afrika urteilt, was sich bereits in einem erheblichen Absinken der Begeisterung für die Achsmächte bemerkbar macht. Es erscheint daher angebracht, der Bevölkerung der iberischen Halbinsel in einer eindrucksvollen und leicht verständlichen Weise die Bedeutung und den tieferen Sinn des augenblicklichen Abwehrkampfes im Osten klarzumachen. Bekanntlich hat kürzlich der deutsche Militär-Attaché in Lissabon den Wunsch nach Einsatz einer wirksamen deutschen Gegenpropaganda zum Ausdruck gebracht, die es vor allem klar machen soll, daß die russische Armee nach ihren hohen Menschen- und Materialverlusten keine Aussicht auf Erfolg haben wird, sobald die deutsche Wehrmacht ihren Angriffsbefehl erhält. Er erscheint außerdem erforderlich, die hohen Verluste aller unserer Feinde an allen Fronten herauszustellen.

Das Auswärtige Amt würde es daher begrüßen, wenn das Oberkommando der Wehrmacht diesbezügliche Artikel von Militärschriftstellern zur Verfügung stellen könnte, die unsere Missionen in Spanien und Portugal in der spanischen und portugiesischen Presse veröffentlichen lassen müßten. Es wäre auch zu begrüßen, wenn die militärische Lage in kurzen öffentlichen Radiosendungen im Deutschen Nachrichtendienst für Spanien und Portugal erörtert würde. Radioübertragungen von deutschen Offizieren in spanisch oder portugiesisch wären ein sehr wirksames Propagandamittel.

Das Auswärtige Amt wäre Ihnen für eine baldmögliche Stellungnahme zu diesen Vorschlägen dankbar.

Im Auftrag

(v. Erdmannsdorff)

Anlage 2, XVII

Erlaß des Reichsaußenministers vom 5. April 1943 betr. die Bildung eines Europa-Ausschusses und Richtlinien für die Arbeit des Europa-Ausschusses

Rückübersetzung der Urkunde NG-3009
Büro des Obersten Kriegesgerichtshofs

Personalakte 324/44 geheim
(Stempel)

Berlin, den 19. Februar 1944

Auswärtiges Amt
Inland II 714 geheim
eingegangen am 19. April 1944
Anlage () doppel

(Stempel)
Geheim

Zu Ihrer Unterrichtung füge ich hiermit die Verfügung des Herrn Reichsaußenministers vom 5. April 1943 bei, die sich mit der Er-

richtung eines „Europa-Ausschusses“ sowie mit „Anweisungen über die Arbeit des Europa-Ausschusses“ befaßt.

(Unterschrift) Steengracht

(Handschrift)
zu den Akten
das Handzeichen von von Thadden
18. April

An:
die Abteilungsleiter
den Leiter der Informationsabteilungen I bis XVI
den Leiter von Inland I und Inland II
sowie an die Leiter von selbständigen Abteilungen
Minister Professor Berber
Dr. Megerle
Legationsrat I. Klasse von Schmieden
Legationsrat von Trützschler
— Einzelaussendung —
Leiter der Informationsabteilung XV

Verfügung

1. Unter meiner Leitung wird im Auswärtigen Amt ein „Europa-Ausschuß“ errichtet, der aus folgenden Mitgliedern bestehen wird:

Staatssekretär v. Steengracht (gleichzeitig stellvertretender Leiter)
Botschafter Gaus
Botschafter von Rintelen
Unterstaatssekretär Hencke
Ministerialdirektor Wiehl
Minister Albrecht
Minister Schmidt (Presse)
Minister Ruehle
Minister Professor Berber
Dr. Meberle
Legationsrat I. Klasse von Schmieden
Legationsrat Wagner
Brigadeführer Six
Brigadeführer Frenzel
Legationsrat von Trützschler wird zum Sekretär des „Europa-Ausschusses“ ernannt.

2. Der „Europa-Ausschuß“ tritt nur nach Bedarf zusammen, und seine Arbeit ist vertraulich. Ich behalte mir vor, den genauen Zeitpunkt, wann die interessierten Reichs- und Parteistellen über die Errichtung des „Europa-Ausschusses“ in Kenntnis gesetzt und er sucht werden sollen, Delegierte zu entsenden, zu bestimmen.

3. Zur Vorbereitung der Sitzungen des „Europa-Ausschusses“ werden schon jetzt folgende Gruppen ernannt:

Gruppe A: Leitung Prof. Berber

Aufgabe dieser Gruppe ist es, eine graphische Darstellung des historischen, geographischen und statistischen Materials über die einzelnen europäischen Länder zusammenzustellen. Diese Gruppe hat außerdem historische Tatsachen über die politische Entwicklung in Europa insbesondere mit Rücksicht auf die früheren Formen der europäischen Zusammenschlüsse vorzubereiten. Die außenpolitischen Berater der einzelnen Abteilungen im Auswärtigen Amt stehen Prof. Berber bei der Zusammenstellung des Materials über die einzelnen Länder laufend zur Verfügung.

Gruppe B: Unter der Leitung von Botschafter v. Rintelen

Diese Gruppe wird die Probleme untersuchen, die einer rechtlichen Regelung in der kommenden Durchführung der neuen europäischen Ordnung bedürfen. Von besonderer Bedeutung sind die Fragenkomplexe, für die eine gesamteuropäische Lösung erreicht werden muß oder die mit den zukünftigen Signatarstaaten einheitlich geregelt werden müssen. Bei der Durchführung der dieser Gruppe zugewiesenen Aufgaben sind die dem „Europa-Ausschuß“ angehörigen Abteilungsleiter ermächtigt, Stellvertreter aus den dieser Abteilung angehörigen Referenten zu ernennen.

Gruppe C: Unter der Leitung von Minister Schmidt (Presse)

Diese Gruppe wird mit der Überwachung und nötigenfalls mit der Leitung der Propaganda über die europäischen Probleme, vor allem mit der Kontrolle und der Koordinierung der Presse, Vertragsabmachungen usw. nach einheitlichem Plan beauftragt. Die Abteilungsleiter dieser Gruppe sind ebenfalls berechtigt, Vertreter aus den in ihrer Abteilung für diese besondere Arbeit vorhandenen Referenten zu ernennen.

4. Das von diesen Gruppen bei ihrer Tätigkeit erworbene Material wird laufend gesammelt und bei dem Ausschussesekretär, Legationsrat von Trützschler, aufbewahrt, damit es jederzeit greifbar ist. Legationsrat von Trützschler sammelt weiterhin wie üblich Unterlagen über die feindlichen Kriegsziele sowie andere wichtige ausländische Berichte, die sich mit der europäischen Frage befassen. Führerhauptquartier, den 5. April 1943.

(gezeichnet) Ribbentrop

Anweisungen über die Arbeit des „Europa-Ausschusses“

1. Die Hauptaufgabe des Ausschusses im gegenwärtigen Kriegszustand umfaßt die Materialsammlung und Aufbereitung von Unterlagen, die zur künftigen Regelung der neuen europäischen Ordnung nach Kriegsende dienen. Z. Z. werden keine bestimmten Pläne für die Gestaltung eines zukünftigen Gesamt-Europa ausgearbeitet. Es muß davon ausgegangen werden, daß in Zukunft die Beziehungen von Groß-Deutschland zu einzelnen europäischen Ländern entweder eng oder lose sind und nicht nach einem gleichbleibenden Schema festgelegt werden können. Bei jedem einzelnen Land und Volk muß jeweils eine Sonderentscheidung getroffen werden. Es steht jedoch bereits jetzt fest, daß das zukünftige Europa nur Bestand haben kann, wenn Groß-Deutschlands Vorherrschaft mit Erfolg behauptet wird. Die Sicherstellung dieser Vorherrschaft ist daher die Grundbedingung für die neue Ordnung. Von besonderer Bedeutung ist außerdem die Prüfung der Fragen, für die eine gesamteuropäische Lösung angestrebt werden muß.

2. Was die propagandistische Behandlung der europäischen Frage anbetrifft, müssen wir uns zunächst auf allgemeine Formulierungen beschränken, sobald sich die Möglichkeit bietet, die Tatsache zum Ausdruck zu bringen, daß unser Ziel die Schaffung einer gerechten neuen Ordnung ist, die die Existenz der europäischen Völker in enger gegenseitiger wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit und die Ausschaltung fremder Bevormundung sicherstellen wird. Ein in Einzelheiten gehender Hinweis auf die politische Struktur des zukünftigen Europa kommt jetzt noch nicht in Frage. Würden wir hierfür Grundsätze aufstellen, so würde dies die Forderung dieser Völker nach Selbstregierung und Unabhängigkeit und, im Hinblick auf eine erfolgreiche propagandistische Behandlung, dem-

entsprechende Versprechungen unsererseits nach sich ziehen; es steht jedoch heute schon fest, daß vielmehr die Sicherheit des zukünftigen Europa gegen eine Bedrohung von außen her eine Beschränkung der Unabhängigkeit und Opfer von jedem dieser Länder verlangt. Außerdem gestattet die verwickelte Lage und die nationale Struktur Europas nicht, hierzu einheitliche Bestimmungen für alle Länder aufzustellen. Wir müssen uns zunächst darauf beschränken, den verschiedenen Nationen zu versprechen, daß jede in dem zukünftigen Europa ihren angemessenen Platz finden wird. Im allgemeinen muß jedoch davon Abstand genommen werden, näher auf solche Fragen einzugehen.

3. Die richtige Auswertung der von allen Ländern geteilten Furcht, daß der Bolschewismus nach Europa übergreifen könnte, kann sich als eine wirksame Hilfe erweisen, die europäischen Nationen von der Notwendigkeit der zukünftigen neuen Ordnung zu überzeugen. Je sichtbarer es wird, daß Sowjet-Rußland im Falle eines alliierten Sieges nur die Regierungen in Europa dulden wird, die Moskau genehm und daher bolschewistisch sind, und je klarer es allen Nationen wird, daß nur die deutsche Wehrmacht diese Gefahr verhindern kann, desto eher werden alle Länder die Notwendigkeit einer europäischen neuen Ordnung erkennen, die vor allem so angelegt sein muß, daß sie in Zukunft die Wiederholung einer ähnlich gefährlichen Lage verhindert. Außerdem muß die Notwendigkeit betont werden, daß sich die Westmächte — d. h. England und die Vereinigten Staaten — aus Europa heraushalten und daß zur Erhaltung des Friedens in Europa zukünftige Interventionen unterbunden werden müssen. Die Aufdeckung der Kriegsziele unserer Feinde, insbesondere der Kriegsziele Moskaus, ist daher die beste Propaganda, die wir z. Z. benutzen können, um die Dringlichkeit der zukünftigen europäischen Ordnung klar herauszustellen. Europa muß so organisiert werden, daß keine gefährliche Lage mehr entstehen kann. Es ist nicht besonders erforderlich, die Schlußfolgerungen propagandistisch zu betonen, die aus der augenblicklichen Krise für die Gestaltung des zukünftigen Europa gezogen werden können. Je mehr die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern dahin gebracht werden kann, ihre eigenen Schlußfolgerungen zu ziehen, desto besser.

(gezeichnet) Ribbentrop

Anlage 3, I

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts
110 - 10 I Pers A 379

Bonn, den 1. März 1952

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

In seiner 185. Sitzung vom 16. Januar 1952 hat der Bundestag folgenden Beschluß gefaßt:
„Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird ersucht, dem Bundestag sobald als möglich einen ausführlichen Bericht

über die Ausführung des Haushaltsplanes des Auswärtigen Amts für 1950 vorzulegen.

In diesem Bericht ist insbesondere darzustellen, wieviele der im Haushaltsplan 1950 bewilligten Stellen bis jetzt unbesetzt ge-

blieben sind und welche Gründe die Verzögerung verursacht haben."

Hierzu beehre ich mich in Ergänzung meiner gelegentlich der 185. Sitzung bereits gemachten Ausführungen dem Bundestag folgendes zu berichten:

Der in den Haushaltsplan des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramts für das Rechnungsjahr 1950 eingebaute Etat der „Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten“ für 1950 — das Auswärtige Amt wurde erst am 15. März 1951 gebildet — ist am 30. Juni 1951 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, d. h. praktisch erst vom Juli 1951 ab vollziehbar geworden. Die seit diesem Zeitpunkt verflossenen Monate sind seitens des Auswärtigen Amts, das selbst das größte Interesse an einem beschleunigten Wiederaufbau der Behörde und vor allem der Auslandsvertretungen hat, nach besten Kräften genutzt worden. Wenn es trotzdem bis heute nicht gelungen ist, alle im Etat gegebenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen, so waren hierfür verschiedene Gründe maßgebend, auf die im einzelnen weiter unten eingegangen werden wird.

1. Inland

Der Haushaltsplan 1950 sah für die damalige Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten zur Verwendung im Inland 330 Planstellen vor:

B 2	1 Staatssekretär
B 4	6 Ministerialdirektoren
B 7a	7 Ministerialdirigenten
A 1a	40 Vortragende Legationsräte/ Ministerialräte
A 2b	40 Legationsräte I. Kl./ Oberregierungsräte
A 2c2	35 Legationsräte/ Regierungsräte
	129 Planstellen des höheren Dienstes

Ferner:

A 2d	45 Amtsräte
A 3b	38 Regierungsamtmänner
A 4b1	50 Konsulatssekretäre I. Kl.
A 4c2	50 Konsulatssekretäre
A 5b	10 Regierungsobersekretäre
A 7a	2 Regierungsssekretäre
A 8a	4 Regierungsassistenten
A 10a	1 Oberbotenmeister
A 10a	1 Ministerial-Hausinspektor
	201 Planstellen für die übrigen Dienste

a) Höherer Dienst:

Von den 129 Planstellen waren am 1. März 1952 planmäßig 56 besetzt, nämlich:

B 2	1
B 4	2
B 7a	4
A 1a	11
A 2b	24
A 2c2	14

Formell sind also heute noch 73 Planstellen unbesetzt. Es ist jedoch zu beachten, daß 13 Verfahren zur Übernahme aus anderen Verwaltungen bzw. Wiederübernahme in das Beamtenverhältnis — manche bereits seit Juli v. J. — laufen, nämlich:

B 4	1
B 7a	1
A 1a	6
A 2b	5

so daß tatsächlich nur 10 Stellen, d. h. weniger als die Hälfte, noch nicht planmäßig besetzt sind. Von diesen werden jedoch zur Zeit 43 Stellen bereits kommissarisch durch abgeordnete Beamte und Angestellte verwaltet, 20 hiervon sind ehemalige Beamte des Auswärtigen Amts z. Wv., bei denen zum Teil zunächst die Ergebnisse der Untersuchungen des 47. Bundestagsausschusses abgewartet werden müssen. Andere sind für eine alsbaldige Verwendung im Ausland in Aussicht genommen, so daß ihre Etatisierung im Inland untunlich erscheint, 8 weitere sind Beamte der Länder usw., die ihre Eignung für den Auswärtigen Dienst erst unter Beweis stellen müssen, auch stehen ihrer alsbaldigen Etatisierung die Bestimmungen der „Reichsgrundsätze über Einstellung, Anstellung und Beförderung vom 14. Oktober 1936“ in der Fassung der „Bekanntmachung beamtenrechtlicher Vorschriften in der Bundesfassung vom 24. Januar 1951“ entgegen, nach denen ein kommissarischer Beamter erst mindestens 1 Jahr an einer Obersten Bundesbehörde tätig gewesen sein muß (§ 6 a.a.O.), bevor er endgültig übernommen werden kann. Die restlichen 15 standen bisher noch in keinerlei Beamtenverhältnis, hier beträgt die Probezeit mindestens 3 Jahre (§ 5 a.a.O.). Es sind somit tatsächlich nur noch 17 Planstellen frei, nämlich:

B 4	2
B 7a	1
A 1a	2
A 2b	1
A 2c2	11

Sie werden für den Ausbau der Handelspolitischen Abteilung sowie der Länder- und der Kultur-Abteilung benötigt.

b) Übrige Dienste:

Die obigen Ausführungen haben auch für die Personalstellen des gehobenen, mittleren

und unteren Dienstes Gültigkeit. Von den 201 Stellen waren am 1. März 1952 planmäßig 102 besetzt:

A 2d	28
A 3b	19
A 4b1	29
A 4c2	16
A 5b	4
A 7a	2
A 8a	2
A 10a	2

10 weitere Stellen:

A 2d1	1
A 3b1	1
A 4b1	4
A 4c2	4

sind durch laufende Verfahren zur Übernahme von 4 Bundes- und 6 Länderbeamten blockiert. Ferner werden 69 Stellen von Kräften im Abordnungs- oder Angestelltenverhältnis (25 von Beamten des Auswärtigen Amtes z. Wv., 10 von Bundesbeamten, 15 von Länderbeamten und 19 von Angestellten) verwaltet, so daß insgesamt 181 Planstellen in Anspruch genommen und nur noch 20 Stellen für den Ausbau der Handelspolitischen-, der Länder- und der Kultur-Ableitung frei sind, nämlich:

A 2d	7
A 3b	9
A 4b1	2
A 4c2	2

II. Ausland

a) Höherer Dienst:

Im Haushaltsplan für 1950 sind für das Ausland 147 Planstellen bewilligt worden, nämlich:

B 7a	27 Generalkonsuln I. Kl.
A 1a	16 Generalkonsuln
A 1a	8 Ministerialräte und Vortragende Legationsräte
A 2b	45 Konsuln I. Klasse
A 2c2	51 Konsuln und Vizekonsuln

Am 1. März 1952 waren davon planmäßig 71 besetzt:

B 7a	18
A 1a	6
A 1a	4
A 2b	25
A 2c2	18

Von den hiernach noch freien 76 Planstellen sind zwei B 7a Stellen und eine A 1a Stelle durch laufende Verfahren zur Übernahme von Beamten anderer Verwaltungen, bzw. zur Wiederübernahme in das Beamtenverhältnis blockiert. Weitere 37 werden durch Kräfte im Abordnungs- oder Angestellten-

Verhältnis (9 Beamte des Auswärtigen Amtes z. Wv., 6 Länderbeamte und 22 Angestellte) verwaltet, nämlich:

B 7a	2
A 1a	3
A 1a	4
A 2b	10
A 2c2	18

so daß noch 36 Stellen haushaltsrechtlich frei sind und zwar:

B 7a	5
A 1a	6
A 2b	10
A 2c2	15

b) Übrige Dienste:

Im Haushaltsplan für 1950 sind für das Ausland 286 Planstellen bewilligt:

A 2d	32 Kanzler I. Klasse
A 3b	15 Kanzler
A 4b1	73 Konsultssekretäre I. Kl.
A 4c2	107 Konsultssekretäre
A 10a	59 Amtsgehilfen

Von diesen waren am 1. März 1952 planmäßig 115 besetzt:

A 2d	19
A 3b	7
A 4b1	43
A 4c2	41
A 10a	5

Von den hiernach noch freien 171 Planstellen sind 11 durch laufende Verfahren zur Wiederübernahme in den Beamtenstand blockiert:

A 3b	1
A 4b1	4
A 4c2	5
A 10a	1

Weitere 91, nämlich:

A 2d	5
A 3b	1
A 4b	11
A 4c2	38
TO. A-B	36

werden durch Kräfte im Abordnungs- oder Angestelltenverhältnis verwaltet (25 Beamte des A.A. z. Wv., 5 Bundes- und 23 Länderbeamte sowie 38 TO.A Angestellte bzw. TO.B Lohnempfänger, so daß zur Zeit noch 69 Planstellen frei sind und zwar:

A 2d	6
A 3b	7
A 4b1	15
A 4c2	23
A 10a	18

III. Auslandsvertretungen

Der Haushaltsplan 1950 sieht die Errichtung von 27 Generalkonsulaten I. Kl., 16 Generalkonsulaten und 4 Konsulaten, mithin insgesamt 47 konsularischen Auslandsvertretungen vor. Die politische Entwicklung ist

jedoch der haushaltsrechtlichen vorausgesehen, es können daher seit einiger Zeit in den Hauptstädten diplomatische Vertretungen errichtet werden.

Von den genehmigten 27 Generalkonsulaten I. Kl. haben 20 — zum Teil bereits vor mehr als Jahresfrist — ihre Tätigkeit aufgenommen:

Amsterdam
Athen
Belgrad
Brüssel
Buenos Aires
Kalkutta (Bombay)
Dublin
Istanbul
Kopenhagen
London
New York
Oslo
Ottawa
Paris
Pretoria
Rio de Janeiro
Rom
Santiago
Stockholm
Zürich

Wegen der übrigen 7 Generalkonsulate I. Kl. ist folgendes zu bemerken:

Die Agréments für **Djakarta** und **Sidney** sind erst in diesen Tagen eingetroffen. Beide Behörden können nunmehr in Kürze errichtet werden.

Für die Errichtung einer diplomatischen Vertretung in **Tokyo** ist das Inkrafttreten des japanischen Friedensvertrages Voraussetzung. Es ist infolgedessen mit der Japanischen Regierung über die AHK bzw. SCAP bisher nur die gegenseitige Errichtung einer Vertretung vereinbart worden, deren Eröffnung in Kürze zu erwarten ist. Das Personal reist am 7. d. Mts. aus.

Der Errichtung einer Vertretung in **Wien** steht der Umstand entgegen, daß hierfür die erforderliche Zustimmung der UdSSR vorerst schwerlich zu erhalten sein wird. Besprechungen mit der Österreichischen Regierung über die Möglichkeit der Schaffung eines Modus vivendi sind eingeleitet.

Mexico hat sich mit der Errichtung einer Konsularbehörde einverstanden erklärt. Dagegen liegt eine Zustimmung zur Herstellung diplomatischer Beziehungen noch nicht vor. Infolgedessen konnte dort vorerst nur die Wirtschaftsabteilung errichtet werden.

Für **Madrid** und **Lissabon** wurde eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen.

Von den vorgesehenen 16 Generalkonsulaten sind 7 errichtet:

Basel
Chicago

Luxemburg
Mailand
Marseille
Montevideo
San Francisco

Für die übrigen 9 Generalkonsulate gilt folgendes:

Das Agrément für **Karachi** (Botschaft) ist erst vor einigen Tagen eingegangen. Die Vertretung kann in Kürze errichtet werden. Dagegen liegen die beantragten Agréments für **Panama/Mittelamerika** (außer El Salvador) noch nicht vor. Die Regierung in **Bangkok** hat die Anfrage wegen der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen bisher nicht beantwortet.

Mit der Persischen Regierung konnte eine Vereinbarung über die Errichtung einer Gesandtschaft in **Teheran** aus politischen Gründen bisher nicht getroffen werden.

Die Entsendung eines Gesandten nach **Kairo** verursacht gewisse Schwierigkeiten wegen der gestellten Forderung, das Beglaubigungsschreiben an den „König von Ägypten und des Sudans“ zu richten. Verhandlungen mit der Ägyptischen Regierung sind im Gange.

Die Ausreise der für Peru und Venezuela vorgesehenen Gesandten und des Personals nach **Lima** und **Caracas** steht unmittelbar bevor.

Für **Antwerpen** und **Bogota** ist eine Entscheidung über die personelle Besetzung noch nicht getroffen worden, doch ist in **Bogota** (wie übrigens auch in **Lima**) bereits seit einiger Zeit eine Wirtschaftsabteilung tätig.

Von den 4 im Haushaltsplan 1950 vorgesehenen Konsulaten sind bisher nur die Konsulate in **Atlanta** und **New Orleans** eingerichtet worden. Der Leiter des Konsulats in **Sao Paulo** (das in ein Generalkonsulat I. Kl. umgewandelt wird), ist jedoch bereits in **Sao Paulo** eingetroffen. Das Konsulat in **Lille** wird in allernächster Zeit besetzt werden. Die Besetzung hat sich dadurch verzögert, daß der in Aussicht genommene Leiter zurückgetreten ist.

Abschließend darf bemerkt werden, daß die Leiter der Generalkonsulate in

Athen, Amsterdam (Den Haag), Belgrad, Brüssel, Buenos Aires, Kopenhagen, Ottawa, Rom, Rio de Janeiro und Santiago

inzwischen zu Botschaftern,

die Leiter der Generalkonsulate in Paris, London und New York zu Geschäftsträgern

und die Leiter der Generalkonsulate in Dublin, Luxemburg, Montevideo, Oslo, Pretoria und Stockholm

zu Gesandten bestellt worden sind.

Hallstein

Anlage 3, II

**Auszug aus der Ansprache des Staatssekretärs Professor Hallstein
anlässlich des Presseempfangs
am Dienstag, dem 25. März 1952, 16.30 Uhr, im Palais Schaumburg**

Nun komme ich zu den Fragen der Personalpolitik. Hier erlauben Sie mir vielleicht, am persönlichsten zu sprechen. Ich habe nicht die Absicht, zu kritisieren, insbesondere etwa habe ich nicht die Absicht, den Untersuchungsausschuß zu kritisieren oder irgend jemand. Ich glaube sogar, daß das, was der Untersuchungsausschuß in der Pressekonferenz mitgeteilt hat, abgewogen war und daß er durchaus zu erkennen gegeben hat, wie es nicht anders sein kann, daß das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und daß der Ausschuß Ergebnisse infolgedessen im Augenblick nicht mitteilen könne. Ich habe auch nicht die Absicht, zu plädieren. Auch das wäre eine Stellungnahme in einem solchen Verfahren und würde sich nicht gehören. Ich habe allerdings einen Wunsch. Ich wäre sehr dankbar, wenn doch in der Behandlung dieser Dinge — das möchte ich offen sagen — es vermieden würde, daß voreilig generalisiert wird. Ich habe erst jetzt die Zeitungen alle lesen können und habe den größten Teil des Sonntags damit verbracht und bin schon etwas überrascht, zu sehen, wie doch mancherorts die Verallgemeinerungen aus gewissen Behauptungen gediehen sind. Wenn wir alle zu uns sagen, daß wir uns in diesen Dingen ein gewisses Maß auferlegen würden, würde es der Sache mehr dienen. Sie wissen, es sind verschiedene Instanzen in diesem Falle tätig. Es ist das Auswärtige Amt selber tätig. Wir haben eine erste Untersuchung selber veranstaltet. Wir haben die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Es sind mindestens zwei Herren des Amtes bei all diesen Vernehmungen zugegen gewesen. Ich brauche nicht zu sagen, daß der Bundeskanzler wie ich selber an dem Verlauf der Dinge und dem Ergebnis das intensivste Interesse nehmen. Ich glaube auch, und Sie werden es nicht mißverstehen, wenn ich auch von mir spreche, daß weder der Bundeskanzler noch ich irgendwie hier in dem Verdacht stehen, als deckten wir — sagen wir einmal grob — die Renazifizierung einer Bundesbehörde. Ich glaube nicht, daß wir es nötig haben, uns von einem solchen Verdacht zu reinigen. Es ist nur so, daß die öffentliche Erörterung dieser Dinge etwas leidet unter der Verallgemeinerung, von der ich gesprochen habe, und auch etwas leidet unter gewissen Irrtümern, die ich nun doch vielleicht etwas konkreter aufklären möchte. Die öffentliche Diskussion leidet unter gewissen Merkmalen der Fragestellung, das kann man wohl sagen, unter gewissen Identifikationen, die nicht gerechtfertigt sind, zu denen einmal gehört die Identifizierung von Nazi und Pg. Ich glaube an sich, daß diese Dinge ausgestanden wären. Sie wissen, daß vor geraumer Zeit im Bundestag eine Debatte stattgefunden hat, die gedacht war als ein Schlußstrich unter die Denazifizierung. Das soll um Gottes willen nicht heißen, daß ich glaube, daß nicht aufgepaßt werden müßte in der Personalpolitik. Ich bin weit entfernt davon. Selbstverständlich muß man das tun. Ich will mich auch nicht auf einen terminologischen Streit einlassen, um was für eine Art Vorgang es sich handelt, um eine neue Denazifizierung oder nicht. M. E. ist es eine. Wenn das Wort Denazifizierung einen Sinn hat, hat es den Sinn, die öffentliche Verwaltung von Nationalsozialisten zu befreien, ungeachtet der Form des Verfahrens. Aber auf diese Dinge kommt es jetzt nicht an. Ich möchte Ihnen zunächst einige Zahlen mitteilen: Wir haben

insgesamt im auswärtigen Dienst — höhere Beamte und Angestellte — 445 Personen tätig. Davon sind ehemalige Angehörige des alten Auswärtigen Amtes 137 Personen, also 31%. Es sind ehemalige Pgs 154 Personen, also 35%. Von diesen 445 sind in der Zentrale tätig 200 höhere Beamte und Angestellte, davon ehemalige Angehörige des alten Auswärtigen Amtes 78, also 39%, und ehemalige Pgs 95, also 47,5%. Im Ausland beschäftigt sind die übrigen 245, davon ehemalige Mitglieder des alten Auswärtigen Amtes 59, also 24%, und ehemalige Pgs ebenfalls 59, also gleichfalls 24%. Sie erschen daraus eine gewisse Ungleichmäßigkeit der Proportionen in bezug auf die Zentrale und das Ausland. Diese Ungleichmäßigkeit ist nicht auffällig, sondern sie liegt darin, daß wir ins Ausland ehemalige Pgs lange Zeit überhaupt nicht geschickt haben und dann nur sehr zögernd und nur in sehr geringen Prozentsätzen, weil dort natürlich besondere Vorsicht am Platze ist. Dort handelt es sich um die Außenpositionen. Dadurch steigert sich nach den Regeln der Mathematik der Anteil der Pgs im Inland. Es ist richtig, daß der Prozentsatz, der sich ergibt, wenn man nur in die Betrachtung einbezieht — das ist in einer der Kritiken geschehen — die Abteilungsleiter und Ministerialdirigenten und Referatsleiter im Inland, daß sich dieser Prozentsatz noch weiter verschlechtert. Er verschlechtert sich aber nicht bis zum Grade, der behauptet worden ist, nämlich 85%, sondern da sind es 65% an Pgs. An leitenden Beamten und Angestellten, also Ministerialdirektoren und -dirigenten und die sogenannten Referatsleiter, die eigentlichen Hauptreferenten, sind es insgesamt 75 Personen. Davon sind Mitglieder des alten Auswärtigen Amtes 46, also 61,3%, ehemalige Pgs 49, also 65,3%. Meine Meinung über diese Zahl: Ich halte von all diesen Zahlen verhältnismäßig wenig. Vielleicht teilen Sie diese Auffassung nicht. Insbesondere würde ich sagen, wenn es sich bei diesen 65% um Nazis handelte, so würde ich sagen, wäre das Ergebnis ungeheuerlich, und ich sage Ihnen ganz offen: Das Ergebnis wäre sogar ungeheuerlich, wenn es sich nur um 1% handelt. Das ist ein Punkt, in dem wir ja doch mit all unserer Kritik einig sind, daß jemand, der durch irgendeine Art von Mitwirkung an diesem Regime irgendwie belastet ist, in keiner Weise geeignet ist, im öffentlichen Dienst, insbesondere im öffentlichen Dienst dieses Amtes tätig zu sein. Wenn wir überhaupt einen derartigen Prozentsatz haben — vor einem deutschen Publikum ist es, glaube ich, nicht schwer, die Erklärung dafür zu finden —, das ist ein Stück deutscher Geschichte. Gehen Sie in alle Verwaltungen. Wir wollen nicht pharisäerhaft sein. Schen Sie in die Verwaltungen hinein und in alle Betriebe — vielleicht ist es in den Redaktionen anders — irgendwo haben wir einen bestimmten Prozentsatz, indem sich einfach ein Stück des deutschen Schicksals spiegelt. Ich wiederhole noch einmal: Ich bitte um Gottes willen das nicht so zu verstehen, als wenn ich mich vor Nazis stellen wollte. Aber mir scheint es keine mögliche Forderung zu sein, die Tatsache, daß die deutschen Vertreter untadelig sein sollen, so zu verstehen, daß nun ausgerechnet in diesem Auswärtigen Amt kein ehemaliges Parteimitglied soll erscheinen dürfen. Ich glaube nicht, daß man die Dinge so ansehen kann. Es wäre ja auch keine repräsentative Vertretung, und man glaube auch nicht, daß das Ausland sein Urteil über das deutsche Volk davon abhängig macht, ob ein Legationsrat X oder Y der Partei angehört hat oder nicht. Erlauben Sie mir ein offenes Wort: Die Tatsache, wie z. B. in der deutschen Öffentlichkeit das Kriegsverbrecherproblem abgehandelt wird, ist viel wichtiger für die Regulierung und Normalisierung des Verhältnisses unseres Volkes zu anderen Völkern, als eine von diesen Tatsachen. Ich sage nicht, daß diese Tatsachen nicht wichtig sind. Wir werden diesem Fall alle erforderliche Sorgfalt widmen. Aber man darf nicht so tun, als ob das Heil der deutschen Außenpolitik davon abhängt. Die deutsche Außenpolitik wird von diesen Personen gemacht. Hier handelt es sich

um eine Anzahl von Beamten, die ausgesucht sind, mit der Sorgfalt, deren Menschen fähig sind, die immer wieder untersucht und geprüft worden sind, übrigens auch von den Alliierten. Ich sage nicht, daß wir keine Fehler gemacht hätten oder daß keine Fehler gemacht würden. Ich wehre mich nur dagegen, als wären wir nicht bereit, diese Fehler zu korrigieren, oder es könnten anderwärts keine Fehler gemacht werden. So kann man die Dinge nicht ansehen. Sehen sie einmal, was in dieser ganzen Zeit mit Hilfe dieses ganzen Arbeitsstabes geleistet worden ist. Es ist doch nicht wenig, und es sind doch Aufgaben von einer so unerhörten Schwierigkeit, diese Wiederanknüpfung von internationalen Beziehungen, daß man der Mitwirkung erfahrener, in diesem Berufe Erfahrener, gar nicht entraten kann. Es ist ein Handwerk, das auch gelernt sein muß, und das bestimmte Fähigkeiten voraussetzt. Es ist ja gar nicht richtig, was oft gesagt wird, daß draußen im Lande die geeigneten Leute nur so herumsitzen und darauf warten, in dieses Amt gerufen zu werden. Ich bemühe mich seit 18 Monaten und habe keine Spur unverfolgt gelassen, die versprach, irgendjemand zu finden, der noch nicht in den Blickkreis getreten war. Die Ausbeute dieser intensiven und angestrengten Sache ist geradezu minimal. Erstens kommen wir zwei Jahre zu spät als Bundeszentralbehörde. Die anderen Ressorts, bei aller Hilfsbereitschaft, sind nicht bereit, die Leute, die eine Qualität haben, die international brauchbar sind, uns zuliebe abzugeben. Diese Herren haben Beförderungschancen inzwischen gehabt, mit denen wir gar nicht konkurrieren können, schon haushaltsmäßig nicht. Inzwischen hat sich unsere Wirtschaft entwickelt. Ich habe neulich einen Referendar kennengelernt, der mir mit großer Artigkeit, aber mit großer Bestimmtheit gesagt hat, er habe bereits seinen Vertrag mit einem Weltunternehmen, das in Deutschland domiziliert ist. Er mache in vier bis fünf Monaten seinen Assessor und dann seinen Doktor und würde dann übernommen. Ich darf Ihnen sagen: Ich habe diesem Problem der personellen Entwicklung des Amtes sehr viel Kraft gewidmet und neulich einmal in zwei Besprechungen mit zwei Abteilungen darüber gesprochen, daß wir einen umfassenden Plan entwerfen müssen für die Heranziehung und Ausbildung eines ausreichenden Nachwuchses für alle Zweige des auswärtigen Dienstes, nicht bloß das Auswärtige Amt, sondern auch alle anderen Dienste. Hier liegt die einzige Lösung im Heranziehen von jungen, tüchtigen Kräften. Wir müssen wahrscheinlich eine Art von Zehnjahres-Plan machen, um die Fülle der Aufgaben zu bewältigen, die wir auf dem internationalen Felde zu bewältigen haben. Nehmen Sie die Beschickung der vielen internationalen Instanzen. Schon hier habe ich Mühe, wenn der Europarat kommt und fragt, daß eine Stelle besetzt werden muß und bittet, geeignete Personen zu empfehlen. Auch in die Schumanplanbehörden und die Behörden der Verteidigungsgemeinschaft müssen Leute hincin. In der UNESCO haben wir heute, abgesprochen von ein bis zwei jungen Herren, noch keine Leute in den Sekretariaten. Das alles kann man nur machen, wenn man eben eine großzügige Planung in die Zukunft hinein unternimmt.

Es ist in der Pressekonferenz des Untersuchungsausschusses klar geworden, daß noch gar nichts gesagt werden kann über die Ergebnisse. Wenn ich mich recht erinnere, ist dort gesagt worden, daß von 22 Fällen, die konkret zur Untersuchung anstehen, bisher gehört worden sind drei bis vier. Nehmen Sie diese Relation und dann geraten die Dinge wieder in die richtige Proportion. Weshalb sage ich das? Ich sage das einfach aus zwei Gründen, zunächst aus menschlichen Gründen, weil ich es als beamtenmäßiger Leiter dieser großen Behörde nicht mit ansehen kann, wenn meine Mitarbeiter durch eine solche nicht namentlich stattfindende Attacke, die mit allgemeinen Vorstellungen arbeitet, sich natürlich getroffen fühlen und die Wirkungen zeigen sich auch. Ein solches Trommelfeuer von Kritik

bleibt nicht ohne lähmende Wirkungen auf den Dienst, ganz abgesehen davon, daß es natürlich die Anziehungskraft dieses Dienstes auf Kräfte von außerhalb noch weiter herabsetzt; und dann natürlich auch aus dienstlichen Gründen, denn es kann nicht ohne Schaden für die Behandlung des außenpolitischen Geschäfts bleiben, wenn in Bausch und Bogen eine Verwaltung in der Weise, wie es mancherorts geschehen ist — ich will auch nicht meinerseits unzulässig verallgemeinern, in Mißkredit gebracht wird. Das ist nicht gut. Es ist auch nicht so, wie behauptet wird, daß die Aufmerksamkeit auf Mißstände von diesem sensationellen Umfang vom Ausland erst auf diese Dinge gelenkt worden sei, sondern es ist — ich kann das belegen — umgekehrt so, daß erst die Masse dieser Erörterungen, die in Gang gekommen ist, in einer so undefinierten Weise teilweise, nun das Ausland beinahe erschreckt hat und aufgeregt hat und nun zu Reaktionen des Auslandes führte. Das ist der kausale Verlauf dieser Dinge. Was die Behandlung der einzelnen Fälle anlangt, brauche ich in diesem Kreise nicht zu sagen, daß wir selbstverständlich diese Untersuchung mit aller Sachlichkeit, mit aller Strenge führen werden, und daß wir jede Konsequenz ziehen werden, die sich aus den Ergebnissen ergibt, sei es aus den Ergebnissen der Arbeit des Untersuchungsausschusses, die wir mit allem gebührenden Respekt verfolgen, sei es aus unseren eigenen Untersuchungen. Aber das versteht sich von selbst. Nur, von da bis zu Behauptungen, wie ich sie teilweise gelesen habe von grundstürzenden und geradezu revolutionären Veränderungen ist weiß Gott ein großer Schritt.